

Hochschulpolitik und Hochschulgesetzgebung in Hessen in den 1960er und 1970er Jahren.

Das Beispiel Gießen

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung des Doktorgrades
der Philosophie des Fachbereichs Geschichts- und Kulturwissenschaften
der Justus-Liebig-Universität

vorgelegt von

Corina Sargk
aus Nidderau

Juni 2010

„Keine Schuld ist dringender, als die, Dank zu sagen.“
(Marcus Tullius Cicero)

Mein Dank gilt einer ganzen Reihe von Menschen, die mich während meines Dissertationsprojektes unterstützt haben: An erster Stelle möchte ich mich ganz herzlich bei Herrn Prof. Dr. Horst Carl bedanken, der mich als Doktorandin von Herrn Prof. Dr. Dr. h. c. Peter Moraw, der mein Interesse an der Fragestellung weckte, „übernommen“ hat und mir zahlreiche Anregungen gab. Auch Herrn Prof. Dr. Winfried Speitkamp, der sich als Zweitgutachter zur Verfügung stellte, möchte ich an dieser Stelle meinen Dank aussprechen.

Mein Dank gilt aber auch den Ansprechpartnern in den verschiedenen Archiven, die durch ihre Hilfsbereitschaft zur Ergebnisfindung beigetragen und die Forschung ermöglicht haben. An erster Stelle möchte ich mich bei Frau Dr. Eva-Marie Felschow vom Universitätsarchiv der Justus-Liebig-Universität bedanken, die die Entstehung der Arbeit mit Rat und Tat unterstützte. Nicht versäumen möchte ich, meinen Dank auch Herrn Dr. Johann Zielin vom Hauptstaatsarchiv Wiesbaden abzustatten.

Besonderer Dank sei an dieser Stelle meinen Eltern und meinem Partner Marc ausgesprochen, die mich immer bestätigt und an mich geglaubt haben: Danke!

INHALTSVERZEICHNIS

VERZEICHNIS DER ABBILDUNGEN.....I

1. EINLEITUNG 1

- 1.1 THEMA, FRAGESTELLUNG UND PERSPEKTIVE DER ANALYSE 1
- 1.2 STAND DER FORSCHUNG 5
- 1.3 QUELLENLAGE UND AUFBAU DER STUDIE 14
- 1.4 ÜBERBLICK ÜBER DIE SITUATION DER GIEßENER UNIVERSITÄT NACH 1945 18

2. DIE HOCHSCHULREFORM IM BUNDESREPUBLIKANISCHEN DISKURS.....23

- 2.1 ÜBERBLICK ÜBER DEN DISKURS UM DIE HOCHSCHULREFORM 23
 - 2.1.1 *Methodische Überlegungen* 23
 - 2.1.2 *Überblick über den medialen Kontext* 24
 - 2.1.3 *Überblick über den Diskurs* 28
- 2.2 VERHÄLTNIS HOCHSCHULE – STAAT UND GESELLSCHAFT 44
 - 2.2.1 *Das Verhältnis von Hochschule und Staat: Die Frühphase des Diskurses*
..... 44
 - 2.2.2 *Exkurs: Die tatsächliche Rechtsform*..... 46
 - 2.2.3 *Der Antagonismus: Universitäre Autonomie versus staatlichen
Utilitarismus*..... 48
 - 2.2.4 *Das Verhältnis von Hochschule und Gesellschaft bzw. Wirtschaft*..... 52
- 2.3 VERBESSERUNG DER UNIVERSITÄREN STRUKTUR 56
 - 2.3.1 *Die Ausgangslage: Feststellung der Ineffizienz*..... 56
 - 2.3.2 *Die Strukturreform: Die Universitätsleitung* 60
 - 2.3.3 *Reduzierung der Verwaltungsebenen* 64
 - 2.3.4 *Fakultäten versus Fachbereiche* 66
 - 2.3.5 *Das Kuratorium als Präzedenzfall des Diskurses* 69
- 2.4 DEMOKRATISIERUNG DER HOCHSCHULE..... 69
 - 2.4.1 *Übertragung des demokratischen Prinzips auf die Hochschule*..... 69

2.4.2 Die Frage der Paritäten.....	74
2.4.3 Die Stellung der Assistenten als Testfall für die Demokratisierung.....	78
2.4.4 Die Notwendigkeit einer Reform des Lehrkörpers.....	84
2.4.5 Transparenz und Information	86
2.5 STUDIENREFORM.....	88
2.5.1 Einleitung: Überblick über den Diskurs	88
2.5.2 Bildung versus Ausbildung	90
2.5.3 Rationalisierung des Studiums.....	94
2.5.4 Studieninhalte und Lehrformen.....	103
2.6 „MASSENPROBLEM“ UND NUMERUS CLAUSUS	116
2.6.1 Einleitung: Die Situation	116
2.6.2 Der Diskurs um Lösungsvorschläge	118
2.6.3 Die Problematik des Numerus clausus	120
2.6.4 Die Frage der Zulassungskriterien.....	121
2.7 ORDNUNGSRECHT / AKADEMISCHES DISZIPLINARRECHT	123
2.8 POLITISCHES MANDAT DER STUDENTENSCHAFT	126
2.8.1 Überblick über den Diskurs	126
2.8.2 Die formaljuristische Argumentation: Negation des politischen Mandats	127
2.8.3 Die Instrumentalisierung der Freiheit von Forschung und Lehre: Unterstützung des politischen Mandats	129
2.9 RESÜMEE	131

3. DIE HESSISCHE HOCHSCHULGESETZGEBUNG ZWISCHEN 1965 UND 1971 133

3.1 DAS GESETZ ÜBER DIE WISSENSCHAFTLICHEN HOCHSCHULEN DES LANDES HESSEN VON 1966	133
3.1.1 Die Vorgeschichte bis zur Kabinettsvorlage.....	133
3.1.2 Die Beratungen im Kulturpolitischen Ausschuss.....	156
3.1.3 Inhalt und Begründung des Gesetzes.....	167
3.1.4 Der Diskurs um das Hessische Hochschulgesetz.....	174
3.1.4.1 Reaktionen der Presse	175
3.1.4. 2 Der hessenweite Diskurs.....	177

3.1.4.3 Der Gießener Diskurs	192
3.1.4.3.1 Reaktionen des Gießener Rektorats und Senats.....	192
3.1.4.3.2 Reaktionen der Wissenschaftlichen Mitarbeiter in Gießen	195
3.1.4.3.3 Reaktionen der Studentenschaft in Gießen	196
3.2 DAS GESETZ ÜBER DIE HOCHSCHULEN DES LANDES HESSEN UND DAS GESETZ ÜBER DIE UNIVERSITÄTEN DES LANDES HESSEN VON 1970	199
3.2.1 Erste Überlegungen zur Novellierung	199
3.2.2 Weiterer Verlauf und Inhalt	208
3.2.3 Der Diskurs im Umfeld des Referentenentwurfs.....	213
3.2.3.1 Reaktionen der Presse	213
3.2.3.2 Der hessenweite Diskurs.....	214
3.2.3.3 Die Reaktionen der Gewerkschaft	224
3.2.3.4 Der Gießener Diskurs	226
3.2.3.4.1 Reaktionen des Senats.....	226
3.2.3.4.2 Reaktionen der Fakultäten	226
3.2.3.4.3 Reaktionen Gießener Hochschullehrer	229
3.2.4 Entwürfe der Landesregierung	234
3.2.5 Inhalt der Gesetzeswerke	271
3.2.6 Der Diskurs im Umfeld des Hessischen Hochschul- und Universitätsgesetzes.....	281
3.2.6.1 Reaktionen der Presse	281
3.2.6.2 Der hessenweite Diskurs.....	283
3.2.6.3 Der Gießener Diskurs	289
3.3 RESÜMEE	294

4. DAS BEISPIEL GIEßEN300

4.1 VERHÄLTNIS HOCHSCHULE – STAAT/GESELLSCHAFT.....	300
4.1.1 Im Kontext des Hochschulgesetzes von 1966.....	300
4.1.2 Im Vorfeld des Hessischen Hochschul- und Universitätsgesetzes von 1970	308
4.2 VERBESSERUNG DER UNIVERSITÄREN STRUKTUR	311
4.2.1 Diskurs um die Reformbedürftigkeit der akademischen Selbstverwaltung	311

4.2.2 Die Novelle der vorläufigen Satzung	312
4.2.3 Die Satzungsänderung von 1967 – Entscheidung zugunsten des Direktoriums	316
4.2.4 Fakultäten versus Fachbereiche	319
4.2.4.1 Der allgemeine Diskurs	319
4.2.4.2 Die Stellungnahme Linsers	321
4.2.4.3 Die Argumentation des Senats	323
4.2.4.4 Die Diskussion um die Medizinische Fakultät	323
4.2.4.5 Die Überlegungen in den anderen Fakultäten	337
4.3 DEMOKRATISIERUNG	347
4.3.1 Einleitung	347
4.3.2 Erste Schritte auf dem Weg zur „Demokratisierung“	347
4.3.3 Der Testfall: Anstaltsrat oder: Innovationen auf dem Papier versus Geisteshaltungen	350
4.3.4 Ein weiterer Meilenstein: Die „Vorschaltsatzung“ – Anspruch und Wirklichkeit	360
4.3.5 Die andere Seite: Contra Demokratisierung	364
4.3.6 Klärung durch das Hessische Universitätsgesetz von 1970	369
4.4 STUDIENREFORM	370
4.4.1 Einleitung	370
4.4.2 Überblick: Die Studienreform in den einzelnen Fakultäten	371
4.4.3 Die Studienreform am Beispiel der Medizinischen Fakultät	387
4.4.3.1 Allgemeine Einleitung	387
4.4.3.2 Charakterisierung der Studienreform	389
4.4.3.3 Erste Phase der Studienreform: Von 1956 bis 1964	391
4.4.3.4 Zweite Phase der Studienreform in Gießen: 1965 bis 1968	392
4.4.3.5 Exkurs: Voraussetzungen für das Gelingen der Studienreform	395
4.4.3.6 Dritte Phase der Studienreform: Die Jahre 1968 bis 1971	399
4.4.3.7 Beurteilung der Studienreform	400
4.5 „MASSENPROBLEM“ UND NUMERUS CLAUSUS	401
4.5.1 Überblick über die Entwicklung der Studentenzahlen	401
4.5.2 Relation zwischen Studentenzahlen je Lehrstuhl	403
4.5.3 Entwicklung des Lehrkörpers	404
4.5.4 Graduelle Verschlechterung der Situation	406

<i>4.5.5 Reaktionen auf die Zustände: Streiks in den Naturwissenschaften und der Abteilung für Erziehungswissenschaften</i>	<i>411</i>
4.5.5.1 Medizinische und Naturwissenschaftliche Fakultät.....	411
4.5.5.2 Die Abteilung für Erziehungswissenschaften und die Philosophische Fakultät	413
4.5.5.3 Die Wirtschaftswissenschaftliche Sektion.....	416
<i>4.5.6 Der Höhepunkt des Massenproblems am Ende des Untersuchungszeitraumes</i>	<i>418</i>
4.6 ORDNUNGSRECHT	420
4.7 POLITISCHES MANDAT	424
4.8 RESÜMEE	428

5. SCHLUSSBEMERKUNG.....431

QUELLENVERZEICHNIS444

LITERATURVERZEICHNIS.....446

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS476

Verzeichnis der Abbildungen

- Abbildung 1:** Karikatur aus dem AStA-Info vom 12. Februar 1968
- Abbildung 2:** Entwicklung der Immatrikulationen und der Mittelbau-Stellen
- Abbildung 3:** Entwicklung der Studentenzahlen pro Lehrstuhl
- Abbildung 4:** Entwicklung der Studentenzahlen und des Lehrkörpers

Abbildung 1: Karikatur aus dem AStA-Info vom 12. Februar 1968



Quelle: UAG, Akten der zentralen Verwaltung Nr. 201-16. Band 1.

1. Einleitung

A university is an institution which applies systematic research to almost everything under the sun – except itself.¹

1.1 Thema, Fragestellung und Perspektive der Analyse

„Sie kommen wohl auch mit zum Asta-Fasching, Herr Kollege?“ – diese Frage ist Gegenstand einer Unterhaltung, dargestellt in einer Gießener Karrikatur aus dem AStA-Info vom 12. Februar 1968. Sie zeigt Rektor Weyl mit einem Kollegen; beide mit dem traditionellen universitären Talar bekleidet. Das Oberhaupt der Universität ist darüber hinaus mit der Rektorenkette der Gießener Universität geschmückt. Sein Kollege fragt ihn daraufhin, dargestellt mittels einer Sprechblase, ob er – aufgrund seines „Aufzuges“ – auch mit zum AStA-Fasching komme. Drei Monate also nachdem zwei Studenten in Hamburg mit ihrem Transparent am 9. November 1967 auf den universitären Muff von 1000 Jahren aufmerksam gemacht und damit die Ikonographie des Dezenniums nachhaltig geprägt hatten, übten auch die Gießener Studenten ikonographisch an den Traditionen der Ordinarienuniversität Kritik. Die Hamburger wie die Gießener Studenten rekurrten damit auf den häufig beschworenen Mythos der Universitäten, der besagte, dass jene Bildungseinrichtungen im Kern gesund seien, dass sie als „Bewahrer einer spezifisch deutschen Kultur den Nationalsozialismus unbeschadet überstanden“ hätten. Sie opponierten – nicht nur mit diesen ikonographischen Mitteln, sondern generell in dieser Zeit – gegen diese die Vergangenheit und die eigene Verwicklung verdrängende Haltung. Darauf und auf die „Bildungskatastrophe“, unter der sie bereits zu leiden hatten, wollten sie aufmerksam machen.² Allein anhand dieser Momentaufnahmen aus dem Analysezeitraum wird die Relevanz des Bildungsaspektes als Schlüssel zum Verständnis der damaligen Entwicklungen und Ereignisse evident³, steht das Jahr 1968 in der Tat für Bildung und Aufklärung.⁴ „Daß die Struktur der Professorenrepublik, [...], womöglich ihre Angemessenheit verloren hatte, als sich die Universität institutionell diffe-

¹ Caplow; Theodore; Mc Gee, Reece J.: The Academic Marketplace. New Brunswick ²2001. S. 25.

² Vgl. Rodrain-Pfennig, Margit: 1968 zwischen Bildungskatastrophe und Bildungsreform oder von Picht zu Pisa. In: Schwab, Andreas; Schappach, Beate; Gogos, Manuel (Hg.): Die 68er. Kurzer Sommer – lange Wirkung. Frankfurt am Main 2008 (= Schriften des Historischen Museums Frankfurt am Main 27). S. 26-35. Hier: S. 28.

³ Vgl. ebd.

⁴ Vgl. Kraushaar, Wolfgang: 1968. Das Jahr, das alles verändert hat. München; Zürich ²1998. S. 320.

renzierte, als Kliniken, Institute, Seminare entstanden, als die Professoren Direktoren und Chefs mehr oder weniger großer Personalkörper wurden, ließ sich nun immerhin diskutieren.“⁵

Zu zentralen Fragen in diesem Diskurs entwickelten sich folgende: „Wie sollen die Beziehungen von Staat und Universität geregelt werden? Wie kann die Führung der Hochschule verbessert werden? Wie kann man das Studium rationalisieren? Kann man zu einer Arbeitsteilung unter den deutschen Hochschulen kommen? Welche Chancen hat die Forschung in der deutschen Universität?“⁶ Neben der Beschaffung der finanziellen Mittel mussten die Kulturpolitiker der Länder nun Fragen auf diese Antworten finden, Konzepte über die effektive Organisation der rasch wachsenden Universitäten und Hochschulen entwickeln und jene Ergebnisse in Hochschulgesetzen niederlegen.⁷ Trotz der vielfachen Opposition, auf die sie stießen, brachten jene Kulturpolitiker mit ihrem Tun Bewegung in die Hochschullandschaft.⁸ Wichtiger (oppositioneller) Katalysator war zweifelsohne die Studentenbewegung, die bereits häufig zum Gegenstand verschiedener Untersuchungen erklärt wurde, wohingegen Hochschulpolitik und -gesetzgebung dieser Jahre, insbesondere die hessische, erst wenig erforscht sind.

Zu Beginn der hier relevanten Entwicklung standen eine Reihe insgesamt sehr heterogener Impulse: Anfängen von der Kritik an der sogenannten Restauration in den Hochschulen der 50er Jahre, über die Beschwörung einer Bildungskatastrophe⁹, bis hin zur Sorge, als Exportland den Anschluss auf dem Weltmarkt zu verpassen. Aber auch das Postulat eines Rechtes auf Bildung und die neue Einschätzung von Bildung als einem wichtigen Kapital sind an dieser Stelle zu nennen. Ellweins Ableitung, dass aus diesen verschiedenen Faktoren keine leitende Idee resultierte, „schon gar keine von humaner Bildung“, ist beizupflichten. Dennoch beeinflusste dieses „Konglomerat von Vorstellungen“¹⁰ den öffentlichen Diskurs nachhaltig. Doch werfen wir einen detaillierteren Blick auf die Entwicklungen: Nach dem Zweiten Weltkrieg standen zunächst Maßnahmen zum Wiederaufbau bzw. zur Wiederherstellung

⁵ Ellwein, Thomas: Krisen und Reformen. Die Bundesrepublik seit den sechziger Jahren. München 1993 (= Deutsche Geschichte der neuesten Zeit vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart). S. 19.

⁶ Besson, Waldemar: Universitätsreform in der heutigen Zeit. Ein Vortrag. Hg. v. Senator für Wissenschaft und Kunst. Berlin 1967. S. 16.

⁷ Vgl. Ellwein, Thomas: Krisen und Reformen. Die Bundesrepublik seit den sechziger Jahren. S. 19.

⁸ Vgl. ebd.

⁹ Vgl. Picht, Georg: Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation. Freiburg im Breisgau 1964.

¹⁰ Vgl. Ellwein, Thomas: Die deutsche Universität. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Wiesbaden 1997. S. 254.

des universitären Studienbetriebes im Fokus. Da dort ein erheblicher Nachholbedarf bestand, waren diesem Aspekt auch noch die Empfehlungen des Wissenschaftsrates von 1960, die ein Ausbauprogramm beinhalteten, geschuldet. Die universitären Strukturen blieben unverändert, die Chance des prinzipiellen Neuanfangs wurde verpasst.¹¹

Hatte bereits der Sputnikschock 1957 als erstes Alarmsignal fungiert, wirkte Pichts negativer Entwurf aus dem Jahr 1964, der eine Bildungskatastrophe am Horizont heraufziehen sah, als Initialzündung für weitere Maßnahmen.¹² Zudem schuf die in der konservativen Wochenzeitung „Christ und Welt“ publizierte Artikelserie öffentliche Aufmerksamkeit und bereitete damit den Boden für eine zunehmend sich intensivierende Bildungsdebatte¹³, in der die Studenten schon früh die „Hochschule in der Demokratie“ postulierten und die schließlich in der (Dahrendorf'schen) Forderung nach „Bildung als Bürgerrecht“ gipfelte.

Die sich anschließenden sechziger Jahre stellen insgesamt, wie bereits angedeutet, aus universitätsgeschichtlicher Perspektive einen Wendepunkt dar: Hatten Wirtschaftswunder und „scheinbar grenzenlose Bildungsexpansion“ noch die erste Hälfte des Jahrzehnts dominiert, begannen sich bereits Mitte der 1960er Jahre auch im universitären Bereich Grenzen abzuzeichnen. Die Wirtschaftskrise von 1966 indizierte bereits den Abschwung der Wachstumsphase. Bei gleichzeitiger Stagnation der Mittel für die Hochschulen stiegen die Studierendenzahlen kontinuierlich weiter an¹⁴, so dass man schon bald vom sogenannten „Massenproblem“ zu sprechen begann.¹⁵ „Raumnot, völlige Überfüllung von Lehrveranstaltungen, der Mangel an Lehrpersonal trotz Aufstockung der Professoren- und Assistentenstellen waren seit

¹¹ Vgl. Besson, Waldemar: Universitätsreform in der heutigen Zeit. S. 11.

¹² Vgl. Maier, Hans: Die andere Bildungskatastrophe. In: Maier, Hans; Zöller, Michael (Hg.): Die andere Bildungskatastrophe. Hochschulgesetze statt Hochschulreform. Köln 1970. S. 7-26. Hier: S. 7.

¹³ Vgl. Rodrain-Pfennig, Margit: 1968 zwischen Bildungskatastrophe und Bildungsreform oder von Picht zu Pisa. In: Schwab, Andreas; Schappach, Beate; Gogos, Manuel (Hg.): Die 68er. Kurzer Sommer – lange Wirkung. S. 27: In der Tat trug sie zunächst jedoch bildungsökonomische Vorzeichen.

¹⁴ Vgl. Felschow, Eva-Marie; Lind, Carsten; Busse, Neill: Krieg – Krise – Konsolidierung. Die „zweite Gründung“ der Universität Gießen nach 1945. Herausgegeben vom Präsidenten der Justus-Liebig-Universität Gießen. Gießen 2008. S. 141.

¹⁵ Vgl. Bahrtdt, H. P.: Soziologie der „Massenuniversität“. In: Universitätstage 1963. Universität und Universalität. Veröffentlichung der Freien Universität Berlin. Berlin 1963. S. 150-164; Roegele, Otto B.: Die Studentenlawine rollt auf uns zu. In: Die Politische Meinung 13 (1968) Nr. 123. S. 25-36.

Anfang der 1960er Jahre ihr [der Krise; C.S.] sichtbares Zeichen.“¹⁶ Erst die Studentenunruhen ab 1966 machten diese Krise offenkundig. Genauso wie die Assistenten, deren Zahl rapide angestiegen war, hatten sie keinerlei Mitspracherechte in den Selbstverwaltungsorganen der Universitäten. Die Institution Universität musste den neuen Aufgaben und Umständen der Zeit angepasst werden.¹⁷ Zu Recht jedoch stellte Besson 1967 fest, dass den Reformern im Vergleich mit der Situation von 1810 eine gemeinsame Philosophie fehlte. Die Fronten verliefen in der Tat durch alle universitären Gruppen hindurch.¹⁸

Da das Hessische Hochschulgesetz als Initialzündung für eine Reihe weiterer Ländergesetze wie beispielsweise in Nordrhein-Westfalen, Berlin und Bayern fungierte, die die Angelegenheiten der Hochschulen einheitlich zu regeln suchten, ist ihm ein gewisses Maß an Bedeutung beizumessen, eignet es sich als Gegenstand einer wissenschaftlichen Analyse: „Es leitete damit einen Prozess der Zentralisierung in der Hochschulpolitik ein, der 1976 einen Höhepunkt in dem vom Bund verabschiedeten ersten Hochschulrahmengesetz finden sollte.“¹⁹ Genauso wie jenes erste Gesetz dieses Jahrzehnts den Charakter der hessischen Hochschulen prägte, veränderte auch das Gesetz über die Universitäten des Landes Hessen von 1970 ihre Gestalt auf den ersten Blick erheblich. Im hier in den Blick genommenen Analysezeitraum erfuhren die Hochschulen in der Tat eine fundamentale Veränderung ihres einstigen Charakters: Sie entwickelten sich zu Massen-Universitäten, die einen stärkeren Akzent auf Praxisnähe legten. Darüber hinaus wurden sie politischer, die Mitbestimmung sollte Einzug in die Mauern des einstigen „Elfenbeinturms“ halten. Dies hatte selbstredend auch Konsequenzen für das Verhältnis zwischen Professoren und Studenten.

Dass den Weg von der Ordinarienuniversität zur Gruppenuniversität nicht nur große Universitäten wie beispielsweise die Freie Universität Berlin vollzogen, soll der Analyse anhand des Fallbeispiels Gießen Plastizität verleihen²⁰: Denn die bereits skizzierte bundesdeutsche Unruhe erfasste in den Jahren 1965 bis 1970 auch die Justus-Liebig-Universität, was man allein an der Frequenz der Satzungsänderungen

¹⁶ Rodrain-Pfennig, Margit: 1968 zwischen Bildungskatastrophe und Bildungsreform oder von Picht zu Pisa. In: Schwab, Andreas; Schappach, Beate; Gogos, Manuel (Hg.): Die 68er. Kurzer Sommer – lange Wirkung. S. 27.

¹⁷ Vgl. Jochimsen, Reimut: Aufgaben der Universität heute und morgen. Festvortrag zur Eröffnung der Kieler Universitätstage am 20. Januar 1969. In: Christina Albertina 7 (1969). S. 15-25. S. 18.

¹⁸ Vgl. Besson, Waldemar: Universitätsreform in der heutigen Zeit. Ein Vortrag. Hg. v. Senator für Wissenschaft und Kunst. Berlin 1967. S. 7: „Wir wissen nicht, zu welchen Menschen wir unsere Studenten bilden sollen. Wir wissen nicht einmal, ob wir überhaupt einen Bildungsauftrag haben.“

¹⁹ Felschow, Eva-Marie; Lind, Carsten; Busse, Neill: Krieg – Krise – Konsolidierung. S. 137.

²⁰ Vgl. Felschow, Eva-Marie; Lind, Carsten; Busse, Neill: Krieg – Krise – Konsolidierung. S. 167.

ablesen kann: Nahezu jedes Jahr nahm man in diesem Zeitraum eine solche vor oder beriet sie zumindest.²¹

Die Wahl des Analysezeitraumes erklärt sich auf den ersten Blick, bilden doch das Hessische Hochschulgesetz von 1966 und das Hessische Hochschulgesetz und das Hessische Universitätsgesetz von 1970 die beiden Eckpfeiler der Untersuchung insgesamt. Selbstredend ist in diesem Kontext auch der Hinweis, dass gerade auch der Zeitraum der Genese der beiden Gesetzeswerke nicht vernachlässigt werden darf. Oehler, der die Hochschulentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland nach 1945 mithilfe einer Einteilung in vier verschiedene Phasen nachzeichnet²², charakterisiert diese Zeit nach der Wiederaufbauphase – in dieser war, wie von Brentano konstatiert, zu einer „grundsätzlichen Neuorientierung [...] weder Zeit noch Instanz noch Konzeption vorhanden“²³ – nach 1945 und der einsetzenden Hochschulexpansion in den 1950er Jahren als Phase der Strukturreformen, die „in Kompromissstrukturen Anfang der 70iger Jahre einmündete, nachdem ‚systemverändernde‘ Reformstrategien in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre Platz gegriffen hatten.“²⁴ Sie sei von einer Fortsetzung des Hochschulausbaus bis in die 1970er Jahre gekennzeichnet, der allerdings von der Studienplatznachfrage überholt wurde. Aufgrund der Gesetzgebungsfolge der Länder geriet der Hochschulbereich in einen Strukturumbbruch: Zum einen kam es zu einer fundamentalen Veränderung der Selbstverwaltungsstrukturen, zum anderen zu einer Integration der Ingenieurschulen und Höheren Fachschulen in den Hochschulbereich und zur Bildung von Fachhochschulen. Signifikant waren auch die studentischen Postulate nach „demokratischer Öffentlichkeit“, gruppenparitätischer Mitbestimmung und dem politischen Mandat²⁵

1.2 Stand der Forschung

Boten die „Dienstjubiläen der Revolte“ von 1968 zwar schon von Anfang an Anlass sich auch insgesamt mit den uns interessierenden Jahren auseinanderzusetzen²⁶,

²¹ Vgl. Moraw, Peter: Kleine Geschichte der Universität Gießen von den Anfängen bis zur Gegenwart. Gießen ²1990. S. 250.

²² Vgl. Oehler, Christoph: Hochschulentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland seit 1945. Frankfurt; New York 1989 (= Campus Forschung 357). S. 13f.

²³ Vgl. Brentano, Margherita von: Politikum wider Willen – Zur gegenwärtigen Lage der Universität. In: Leibfried, Stephan (Hg.): Wider die Untertanenfabrik. Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule. Köln 1967 (= Stimmen zur Zeit 6). S. 373-383. Hier: S. 375.

²⁴ Vgl. ebd.: Schließlich kommt es in der vierten Phase zu einer Strukturverfertigung im äußeren Ausbau des Hochschulbereichs und auch gegenüber den vorausgehenden Reformen.

²⁵ Vgl. Oehler, Christoph: Hochschulentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland seit 1945. S. 20.

²⁶ Vgl. Kraushaar, Wolfgang: 1968. S. 314: Kraushaar illuminiert sehr schön, wie konträr das Jahr 1968 in den Jahren 1988 und 1998 interpretiert wurde: Hatte die bundesdeutsche Gesellschaft an-

dauerte es zunächst aufgrund der Schutzfristen der Archivgesetze der Länder und des Bundes bis in die 1990er Jahre, bis auf Archivalien basierte Studien, Masterarbeiten und Dissertationen vorgelegt werden konnten: Ein wichtiges Instrument für Forscher stellte der im Jahr 2000 publizierte Archivführer zu den Studentenprotesten der 60er Jahre, der zugleich eine Chronik und eine Bibliographie beinhaltet, dar. Die von Becker und Schröder herausgegebene Veröffentlichung will „einen Weg durch das unübersichtliche Geflecht staatlicher, universitärer, kommunaler und privater Archive bahnen.“²⁷

Infolge dieser Öffnung der Archive trat damit neben die linke, meist autobiographisch geprägte Rezeption die wissenschaftliche²⁸: So systematisierte erstmals Gilcher-Holtey in ihrem 1998 herausgegebenen Sammelband 1968²⁹; bis dato – und nicht selten auch danach – war „der Zeitzeuge der Feind des Historikers“ gewesen.³⁰ Im zeitlichen Umfeld des dreißigsten Jubiläums entwickelte sich eine wissenschaftliche Diskussion, die nach dem Stellenwert und der Wirkmächtigkeit von „1968“ fragte. Dabei standen sich zwei Lager gegenüber: Konnte das eine im Hinblick auf die Gestaltungskraft der „68ern“ lediglich einen Mythos erkennen³¹, identifizierte das andere Lager im Regierungswechsel von 1969 gar eine „Umgründung der Bundesrepublik“.³²

Mittlerweile ist das Spektrum der Literatur ein Jahr nach dem 40. Jubiläum im Allgemeinen sehr groß³³: Dabei wird nun die außerparlamentarische Revolte fast im-

scheinend 1988 unter dem Stichwort „Fundamentalliberalisierung“ ihren Frieden mit der Protestgeneration gemacht, herrschte 1998 vielmehr Ablehnung vor. Die mit der 68er-Generation in Verbindung gebrachten Werte wurden verworfen, ihre Streiter gar als Verlierer angegriffen.

²⁷ Becker, Thomas P.; Schröder, Ute (Hg.): Die Studentenproteste der 60er Jahre. Archivführer – Chronik – Bibliographie. Köln; Weimar; Wien 2000. S. 12.

²⁸ Auch Mischprodukte entstanden im Laufe der Zeit, wie beispielsweise Götz Aly's medienwirksame Publikation „Unser Kampf“ (Vgl. Aly, Götz: Unser Kampf. 1968 – ein irritierter Blick zurück. Frankfurt am Main 2008), in der er die These der strukturellen Identität von NS-Bewegung und 68er-Bewegung akzentuierte.

²⁹ Vgl. Gilcher-Holtey, Ingrid (Hg.): 1968 – vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft. Göttingen 1998.

³⁰ Kraushaar, Wolfgang: Der Zeitzeuge als Feind des Historikers? Ein Literaturbericht zur 68er Bewegung. Erw. Fassung der Beilage zu: Mittelweg 36 (1999) Nr. 8. S. 49-72.

³¹ Vgl. Lübke, Hermann: Der Mythos der kritischen Generation. Ein Rückblick. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 20 (1988). S. 17-25.

³² Görtemaker, Manfred: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart. München 1999. S. 475ff. Ende der 1990er Jahre dann wurden zunehmend die „langen 1960er Jahre“ in den Fokus des Interesses gerückt. (Vgl. beispielsweise Doering-Manteuffel, Anselm: Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert. Göttingen 1999; Schildt, Axel; Siegfried, Detlef; Lammers, Karl Christian (Hg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften. Hamburg 2000).

³³ Aus diesem Grund ist mittlerweile auch eine Reihe von Literaturberichten zum Thema publiziert wurden (Vgl. u. a. Dirsch, Felix: Kulturrevolution oder Studentenbewegung? Ansätze zur Historisierung der Ereignisse von „1968“. In: Zeitschrift für Politik 55 (2008). S. 5-32; ders.: „1968“: Von der

mer in den Kontext der fundamentalen sozialen und kulturellen Umbrüche der 1960er- und 1970er-Jahre gestellt.³⁴ Eine Intensivierung erfuhr die Forschung zum internationalen, transnationalen und globalen Charakter von „1968“.³⁵ Und auch den

erlebten Zeitzeugenschaft zum Gegenstand der Historiographie? Eine Literatúrauswahl in der Rückschau auf das Jubiläumsjahr 2008. In: Zeitschrift für Politik 56 (2009). S. 89-97; Gassert, Philipp: Ein Wendepunkt der Nachkriegszeit? „1968“ in der Jubiläumsliteratur zum Dreißigsten. In: Historische Mitteilungen 15 (2002). S. 286-296; ders.: Sammelrezension „1968 in der Bundesrepublik.“ In: H-Soz-u-Kult. <hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2007-2-183>. Aufgerufen am 27.04.2010; Greven, Michael Th.: Jubiläumsliteratur – „1968“ und die „68er“ als Erinnerungsort und aktuelle Projektionsfläche. In: Neue Politische Literatur 53 (2008). S. 195-204; Hausteil, Petra: Von der Jahrestagsprosa zur Analyse. Das Jahr 1968 im Spiegel der Forschung. In: Neue Politische Literatur 53 (2008). S. 401-429; Kraushaar, Wolfgang: Der Zeitzeuge als Feind des Historikers? Ein Literaturüberblick zur 68er-Bewegung. In: ders.: 1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur, Hamburg 2000. S. 253-347; Lauermaun, Manfred: Vierzig Jahre 1968: Ein Literaturüberblick. In: Berliner Debatte Initial 20 (2009). S. 111-149; Rübner, Hartmut: Zähmende Historisierung oder fundamentale Destruktion. Was um 2008 zu „1968“ erschien. In: Birke, Peter; Hüttner, Bernd; Oy, Gottfried Oy (Hg.): Alte Linke – Neue Linke? Die sozialen Kämpfe der 1968er Jahre in der Diskussion. Berlin 2009. S. 207-218; Siegfried, Detlef: Forschungsbericht 1968. In: H-Soz-u-Kult. <hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/id=2327>. Aufgerufen am 27.04.2010; ders.: Furor und Wissenschaft. Vierzig Jahre nach „1968“. In: Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History 5 (2008). S. 130-141; Söllner, Alfons: „1968“ – Eine Nachlese. In: Mittelweg 36 (2008). S. 33-59; Steinacker, Sven: Es bewegt sich was – Die sechziger und siebziger Jahre als Wendezeit in Westdeutschland. In: Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau 31 (2008) Nr. 2. S. 5-21.

³⁴ Vgl. beispielsweise DeGroot, Gerard: The 60s unplugged. A kaleidoscopic history of a disorderly decade. London 2008; Etzemüller, Thomas: 1968 – ein Riss in der Geschichte? Gesellschaftlicher Umbruch und 68er-Bewegungen in Westdeutschland und Schweden. Konstanz 2005; Hecken, Thomas: Gegenkultur und Avantgarde 1950-1970. Situationisten, Beatniks, 68er. Tübingen 2006; Jacobshagen, Arnold; Leniger, Markus; Henn, Benedikt (Hg.): Rebellische Musik. Gesellschaftlicher Protest und kultureller Wandel um 1968. Köln 2007 (= Musicolonia 1); Koenen, Gerd: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977. Köln 2001; Kurlansky, Mark; Fritz, Franca; Koop, Heinrich: 1968. Das Jahr, das die Welt veränderte. Köln 2005; Marwick, Arthur: The Sixties, Cultural revolution in Britain, France, Italy, and the United States, c.1958-c.1974. Oxford 1998; Weber, Wolfgang: Die „Kulturrevolution“ 1968. In: Dotterweich, Volker (Hg.): Kontroversen der Zeitgeschichte. Historisch-politische Themen im Meinungsstreit. München 1998. S. 207-228.

³⁵ Vgl. beispielsweise American Historical Review, Forum „The International 1968, Part I & Part II“, 114 (2009). S. 42-135, S. 329-404; Davis, Belinda u. a. (Hg.): Changing the world, changing oneself. Political protest and collective identities in West Germany and the U.S. in the 1960s and 1970s. New York 2010 (= Protest, culture and society 3); Dubinsky, Karen u. a. (Hg.): New world coming. The sixties and the shaping of global consciousness. Toronto 2009; Ebbinghaus, Angelika; Henninger, Max; Linden, Marcel van der (Hg.): 1968. Ein Blick auf die Protestbewegungen 40 Jahre danach aus globaler Perspektive. Leipzig 2009; Eley, Geoff: Forging democracy. The history of the left in Europe. 1850-2000. Oxford 2002; François, Etienne u. a. (Hg.): 1968 – ein europäisches Jahr? Leipzig 1997 (= Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung 6); Frei, Norbert: 1968. Jugendrevolte und globaler Protest. München 2008; Horn, Gerd-Rainer: The spirit of '68. Rebellion in Western Europe and North America. 1956-1976. Oxford 2007; Juchler, Ingo: Die Studentenbewegungen in den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland der sechziger Jahre. Eine Untersuchung hinsichtlich ihrer Beeinflussung durch Befreiungsbewegungen und -theorien aus der Dritten Welt. Berlin 1996 (= Beiträge zur politischen Wissenschaft 88); Karner, Stefan; Tomilina, Natalja u. a. (Hg.): Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968. Graz 2008 (= Kriegsfolgen-Forschung Sonderband 9); Kastener, Jens; Mayer, Davis (Hg.): Weltwende 1968. Ein Jahr aus globalgeschichtlicher Perspektive. Wien 2008 (= Globalgeschichte und Entwicklungspolitik 7); Klimke, Martin: The other alliance. Student protest in West Germany and the United States in the global sixties. Princeton 2010 (= America in the world); Kraft, Sandra: Vom Autoritätskonflikt zur Machtprobe. Die Studentenproteste der 60er Jahre als Herausforderung für das Establishment in Deutschland und den USA. Phil. Diss. Heidelberg 2008; Leggewie, Claus: 1968 – Ein transatlantisches Ereignis und seine Folgen. In: Junker, Detlef u. a. (Hg.): Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges. Ein Handbuch. Bd. 2: 1968–1990. Stuttgart 2001. S. 632-643; Prince, Simon: Northern Ireland's '68. Civil rights, global revolt and the

Wechselwirkungen mit etablierten Akteuren in Politik, Medien, Verwaltung wird nunmehr größere Beachtung geschenkt.³⁶ Schließlich sind eine Reihe von Lokal- und Regionalstudien am Entstehen, wie beispielsweise die Studien von Notker Hammerstein über die Universität Frankfurt, bzw. bereits entstanden.³⁷ Zunehmend rückten im Kontext des 40. Jubiläums 2008 kulturgeschichtliche Fragestellungen in den Fokus des Interesses.³⁸

Im Besonderen fällt das Spektrum zum Thema Bildung jedoch erheblich kleiner aus als erwartet, vor allem, wenn man die Publikationen, die zwar den Aspekt der „Hochschulreform“ und „Hochschulrevolte“ im Titel führen, ihn jedoch entweder einseitig oder kaum empirisch gestützt, abzieht: Gibt es zwar einige Monographien, so behandeln diese zumeist einen herausgegriffenen Aspekt des uns interessierenden Analysezeitraums, wie beispielsweise die Studie Bergers und Bartz' über den Wis-

origins of the troubles. Dublin 2007; Schildt, Axel; Siegfried, Detlef (Hg.): Between Marx and Coca-Cola. Youth cultures in changing European societies. 1960-1980. New York 2006; Schmidtke, Michael: Der Aufbruch der jungen Intelligenz. Die 68er Jahre in der Bundesrepublik und den USA. Frankfurt am Main 2003 (= Campus historische Studien 34); Slobodian, Quinn: Radical Empathy. The Third World and the New Left in 1960s West Germany. Phil. Diss. New York 2008; Suri, Jeremi: Power and protest. Global revolution and the rise of détente. Cambridge, Mass. 2003; Tolomelli, Marica: „Repressiv getrennt“ oder „organisch verbündet“. Studenten und Arbeiter 1968 in der Bundesrepublik Deutschland und in Italien. Opladen 2001 (= Forschung Politikwissenschaft 113).

³⁶ Vgl. beispielsweise Hodenberg, Christina von: Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945-1973. Göttingen 2006 (= Moderne Zeit 12); Lucke, Albrecht von: 68 oder neues Biedermeier. Der Kampf um die Deutungsmacht. Berlin 2008: Er gewinnt den Eindruck, dass 1968 das Ergebnis der jeweiligen Interpretatoren ist; Paulus, Stefan: Vorbild USA? Amerikanisierung von Universität und Wissenschaft in Westdeutschland 1945-1976. München 2010 (= Studien zur Zeitgeschichte 81).

³⁷ Vgl. beispielsweise Bothien, Horst-Pierre: Protest und Provokation, Bonner Studenten 1967/1968 (= Forum Geschichte 6). Essen 2007; Kraushaar, Wolfgang (Hg.): Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Hamburg 1998; Linke, Angelika; Scharloth, Joachim (Hg.): Der Zürcher Sommer 1968. Zwischen Krawall, Utopie und Bürgersinn. Zürich 2008 (= NZZ Libro); Nagel, Katja: Die Provinz in Bewegung. Studentenunruhen in Heidelberg 1967-1973. Heidelberg 2009 (= Buchreihe der Stadt Heidelberg 13); Rohstock, Anne: Von der „Ordinarienuniversität“ zur „Revolutionszentrale“? Hochschulreform und Hochschulrevolte in Bayern und Hessen 1957-1976. Erscheint demnächst; Rüegg, Walter: Die 68er Jahre und die Frankfurter Schule. Vortrag vom 31. Mai 2008 in Heidelberg. Heidelberg 2008; Spix, Boris: Abschied vom Elfenbeinturm? Politisches Verhalten Studierender 1957-1967. Berlin und Nordrhein-Westfalen im Vergleich. Diss. masch. Universität Siegen 2007; Zoller, Peter (Hg.): Aktiver Streik. Dokumentation zu einem Jahr Hochschulpolitik am Beispiel der Universität Frankfurt am Main. O. O. und o. J.

³⁸ Vgl. beispielsweise Burckhardt, Martin: 68. Die Geschichte einer Kulturrevolution. Berlin 2009; Gassert, Philipp: Das kurze „1968“ zwischen Geschichtswissenschaft und Erinnerungskultur: Neuere Forschungen zur Protestgeschichte der 1960er-Jahre. In: H-Soz-u-Kult. <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/2010-04-001>. Aufgerufen am 30.04.2010; Hey, Bernd; Wittmütz, Volkmar (Hg.): 1968 und die Kirchen. Bielefeld 2008 (= Religion in der Geschichte 17); Hodenberg, Christina von; Siegfried, Detlef (Hg.): „Wo „1968“ liegt. Reform und Revolte in der Geschichte der Bundesrepublik. Göttingen 2006: Der Sammelband fasst 1968 als Chiffre für eine historisch weiterzufassende Kulturrevolution auf, unterlässt aber eine ausreichende internationale Kontextualisierung; Malinowski, Stephan; Sedlmaier, Alexander: „1968“ als Katalysator der Konsumgesellschaft. Performative Regelverstöße, kommerzielle Adaptionen und ihre gegenseitige Durchdringung. In: Geschichte und Gesellschaft 32 (2006). S. 238-267; Siegfried, Detlef: Sound der Revolte, Studien zur Kulturrevolution um 1968. Weinheim 2008 (= Materialien zur historischen Jugendforschung).

senschaftsrat³⁹ oder die Studie Spix' über das politische Verhalten Studierender in den 1960er Jahren⁴⁰ – generell lässt sich konstatieren, dass die Studentenbewegung ein Thema darstellt, dem die Forschung von Anfang an⁴¹ ein erhebliches Gewicht beigemessen hat. So behandelte Jarausch in seiner Monographie über die deutschen Studenten bereits die Nachkriegsjahre von 1946 bis 1970 – und damit den uns interessierenden Zeitraum – mit.⁴² Aus der Perspektive, die „Jugendrevolte als Studentenbewegung“ aufzufassen, geht der Autor genauso dem Hintergrund und den Motiven als auch dem Verlauf der Ereignisse, deren Beginn er auf die Ermordung Ohnesorgs datiert, und der weiteren Entwicklung bis zum Zerfall auf die Spur.⁴³ Bemerkenswert erscheint sein Hinweis auf die linksradikale Tradition, in der die Studentenbewegung seines Erachtens stand: So scheute er nicht vor einem Vergleich mit der Finkenschaft, also der freistudentischen (nichtkorporierten) Bewegung des 19. Jahrhunderts, und den Weimarer Sozialisten, erkennt aber zugleich den internationalen Zusammenhang „des weltweiten Intellektuellenprotests“ und auch das Restaurationsklima der Ordinarienuniversität.⁴⁴

Eine Reihe anderer Autoren geht auf das Thema im uns interessierenden Zeitraum an der Peripherie ihres Überblicks, sei es nun Monographie, Lexikon-Artikel oder (Zeitschriften-)Aufsatz, ein, wie es beispielsweise Webler in seiner „Geschichte der

³⁹ Vgl. Bartz, Olaf: Der Wissenschaftsrat. Entwicklungslinien der Wissenschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1957-2007. Stuttgart 2007; Berger, Rolf: Zur Stellung des Wissenschaftsrats bei der wissenschaftspolitischen Beratung zwischen Bund und Ländern. Baden-Baden 1974.

⁴⁰ Vgl. Spix, Boris: Abschied vom Elfenbeinturm? Politisches Verhalten Studierender 1957-1967. Berlin und Nordrhein-Westfalen im Vergleich. Diss. masch. Universität Siegen 2007: In dieser Studie zieht der Autor den Vergleich zwischen dem politischen Verhalten Studierender in Nordrhein-Westfalen auf der einen und Berlin auf der anderen Seite.

⁴¹ Vgl. beispielsweise Friedeburg, Ludwig von; Hörlemann, Jürgen; Hübner, Peter; Kadritzke, Ulf; Ritsert, Jürgen; Schumm, Wilhelm (Hg.): Freie Universität und politisches Potential der Studenten. Über die Entwicklung des Berliner Modells und den Anfang der Studentenbewegung in Deutschland. Neuwied; Berlin 1968: In dieser Studie wird der Zeitraum von 1948 bis 1968 beschrieben und die Auseinandersetzungen um die studentische Partizipation und deren Recht auf politische Meinungsbekundungen zwischen Studentenvertretung und Universitätsadministration analysiert. Von Friedeburg interpretiert den Konflikt als Konsequenz der Intention der Universität, die originär weit reichenden administrativen Kompetenzen der studentischen Organe zu den eigenen Gunsten zurückzudrängen und das Recht zur politischen Meinungsäußerung soweit zu limitieren, dass lediglich mit der öffentlichen Meinung und Politik konforme Äußerungen toleriert werden dürften.

⁴² Vgl. Jarausch, Konrad: Deutsche Studenten 1800-1970. Frankfurt am Main 1984 (= Neue historische Bibliothek). S. 214 ff.

⁴³ Vgl. ebd.: Seine These ist, dass die Betroffenheit über den Tod Ohnesorgs den Protest einer Berliner Minderheit in eine Bewegung der westdeutschen studentischen Mehrheit verwandelte. Als weitere Etappen der Bewegung beschreibt er das Attentat auf Dutschke, den Sturm des Springer-Hauses, die Ostermärsche und den Sternmarsch gegen die Notstands-Gesetze nach Bonn.

⁴⁴ Vgl. ebd. S. 226.

Hochschulen seit 1945“ in der Enzyklopädie der Erziehungswissenschaft und der Sammelband „Der gesellschaftsgeschichtliche Ort der 68er Bewegung“ tun.⁴⁵

Erste Versuche, sich mit dem Thema Hochschulpolitik der 1960er Jahre auseinanderzusetzen, wurden bereits Ende der 1970er bzw. Anfang der 1980er Jahre unternommen.⁴⁶ Die politologisch-soziologische Analyse Hübners intendiert die sozialdemokratische Hochschulreform im Zeitraum zwischen 1960 und 1980 nachzuzeichnen, wobei der Universität Münster besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird.⁴⁷ Auch relativ zeitnah zum Analysezeitraum setzen sich die Autoren im Sammelband „Forschungsgegenstand Hochschule. Überblick und Trendbericht“ mit den uns interessierenden Jahren auseinander, wobei sie verschiedene Aspekte, wie den Lehrkörper, herausgreifen und seit 1945 in den Blick nehmen.⁴⁸ Eine umfassendere Sichtweise machen sich Peisert und Framheim in ihrer Studie, in der sie „Das Hochschulsystem in der Bundesrepublik Deutschland“ in den Fokus nehmen, zueigen: Ausgehend von den Grundlagen und den zentralen Gremien für Koordination und Planung analysieren sie die Planung und Aspekte der Hochschulorganisation, um dann auf die Wandlungsfähigkeit des Hochschulsystems und die Beziehung zwischen Staat und Hochschule zu sprechen zu kommen. Schließlich bildet das Thema Effizienz den Abschluss der Analyse.⁴⁹ Auch Schabedoth wählt die bundesdeutsche Perspektive; dabei rückt er nach der Charakterisierung der Ausgangslage und den programmatischen Voraussetzungen für das Eingreifen der Bundesregierung in den Hochschulreformprozess die Implementation der Hochschulreform in den Mittelpunkt seiner doch sehr parteipolitisch ausgerichteten Analyse. Auch den Ergebnis-

⁴⁵ Vgl. Teppe, Karl (Hg.): Der gesellschaftsgeschichtliche Ort der „68er“-Bewegung. Münster 1998 (= Westfälische Forschungen. Zeitschrift des Westfälischen Instituts für Regionalgeschichte des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe 48 (1998)); Webler, Wolff-Dietrich: Geschichte der Hochschule seit 1945. In: Ausbildung und Sozialisation in der Hochschule. Stuttgart 1983 (= Lenzen, Dieter (Hg.): Enzyklopädie der Erziehungswissenschaft. Handbuch und Lexikon der Erziehung in 11 Bänden und einem Register-Band. Band 10). S. 169-192: Auch er untergliedert die Hochschulentwicklung, wie Oehler, in verschiedene Epochen: So kristallisiert er die Phase der Restitution, des Ausbaus, der Differenzierung und der Zentralisierung heraus.

⁴⁶ So fokussierte Bauß bereits 1977 die Hochschul- und Studentenpolitik. (Vgl. Bauß, Gerhard: Die Studentenbewegung der sechziger Jahre in der Bundesrepublik und Westberlin. Handbuch. Köln 1977).

⁴⁷ Vgl. Hübner, Horst: Sozialdemokratische Hochschulpolitik, Ordinarienuniversität und Studentenbewegung 1960-1980. Eine politisch-soziologische Analyse sozialdemokratischer Hochschulreform in Nordrhein-Westfalen unter besonderer Berücksichtigung der Universität Münster. Münster 1982 (= Hochschulschriften: Abt. Soziologie).

⁴⁸ Vgl. Goldschmidt, Dietrich; Teichler, Ulrich; Webler, Wolff-Dietrich (Hg.): Forschungsgegenstand Hochschule. Überblick und Trendbericht. Frankfurt am Main; New York 1984 (= Campus Forschung 403).

⁴⁹ Vgl. Peisert, Hansgert; Framheim, Gerhild: Das Hochschulsystem in der Bundesrepublik Deutschland. Funktionsweise und Leistungsfähigkeit. Stuttgart 1979: Sie charakterisieren die Entwicklung der Hochschulen auch treffend als Weg von der Ordinarienuniversität zur Gruppenuniversität.

sen, sowohl Erfolge als auch Defizite, widmet der Autor jeweils ein eigenes Kapitel, in dem er die Ergebnisse an den programmatischen Zielsetzungen misst.⁵⁰

Einen anderen Weg beschreiten Rudolf und Husemann: Sie betrachten die Hochschulpolitik im uns interessierenden Zeitraum komparatistisch und stellen die Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland denen der in der Deutschen Demokratischen Republik gegenüber. Wie Oehler⁵¹ rekurrieren sie dabei auf eine Phaseneinteilung, wobei sie für die Bundesrepublik in der Nachkriegszeit drei, für die DDR fünf eruieren.⁵² Einen Schritt weiter gehen die Autoren im Sammelband von Röhrs, der die Tradition und Reform der Universität unter einem internationalen Aspekt beleuchten will und dafür einen interdisziplinären Ansatz wählt: In dieser Publikation setzt sich der Herausgeber u. a. selbst mit dem Einfluss der Universitätsidee Humboldts auf die USA auseinander und Soetard beschäftigt sich mit der fundamentalen Umwälzung des Universitätswesens in den 1960ern in Frankreich.⁵³ Aufgrund des Faktums, dass „seit 30 Jahren [...] eine historische Arbeit, die die Geschichte der Universitätsreformen zum Schwerpunkt hat [...]“⁵⁴, fehlt, widmet sich die vorliegende Analyse diesem Thema.

Vereinzelt erfuhr das Thema der Hochschulreform auch bereits im Rahmen von Symposien, Tagungen und Ausstellungen erste Würdigung: So setzte man sich beispielsweise in Siegen 1992 während des Symposiums „Anspruch – Realität – Perspektiven“ mit der Hochschulreform der 1970er Jahre auseinander und kam automatisch auch auf die 1960er Jahre als Ursprünge derselben zu sprechen.⁵⁵ Einen generelleren Zugang zum Thema wählte der SFB/FK 435 „Wissenskultur und gesellschaftlicher Wandel“ der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main 2006 für seine Tagung, die dem Titel „Zwischen Idee und Zweckorientierung“ fol-

⁵⁰ Vgl. Schabedoth, Hans-Joachim: Hochschulreform – eine verpasste Chance. Die politische Auseinandersetzung um die Hochschulreform – seit 1969. Voraussetzungen, Verlauf, Ergebnisse. Hagen 1982 (= Demokratischer Sozialismus in Theorie und Praxis).

⁵¹ Obgleich er sich auf die Hochschulen konzentriert, ist seine Studie leider nicht empirisch fundiert.

⁵² Vgl. Rudolf, Hedwig; Husemann, Rudolf: Hochschulpolitik zwischen Expansion und Restriktion. Ein Vergleich der Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Frankfurt; New York 1984 (= Campus Forschung 389).

⁵³ Vgl. Röhrs, Hermann (Hg.) unter Mitarbeit von Hess, Gerhard: Tradition und Reform der Universität unter internationalem Aspekt. Ein interdisziplinärer Ansatz. Frankfurt am Main; Bern; New York; Paris 1987 (= Studien zur Erziehungswissenschaft 20).

⁵⁴ Lauer, Manfred: Vierzig Jahre 1968. In: Berliner Debatte Initial 20 (2009). S. 125/126.

⁵⁵ Vgl. Symposium „Anspruch – Realität – Perspektiven. Die Hochschulreform der 70er Jahre im Licht der politischen Situation von heute am 22. Oktober 1992 in Siegen (= Podium; Siegener Universitätsreden): Dabei lag ein besonderer Akzent der Veranstaltung auf der Gesamthochschule.

gend den Vorbildern und Motiven von Hochschulreformen seit 1945 auf die Spur ging.⁵⁶

Ein ähnliches Phänomen, wie bereits bei der Literatur beobachtet und beschrieben, lässt sich auch hinsichtlich der Tagungen und Ausstellungen konstatieren: Auch hier wurde oftmals das Jahr 1968 als Untersuchungsgegenstand präferiert bzw. fokussiert: So veranstaltete man in Linz anlässlich des 40. Jubiläums von 1968 eine Tagung, die es sich zur Aufgabe gemacht hatte, die Protestbewegung aus globaler Perspektive zu analysieren – ein Ansatz, über den generell Konsens herrscht und der dort seinen Niederschlag in den vier großen behandelten Themenkreisen fand: Das Gewicht der „3. Welt“; grenzüberschreitende Interaktionen und Bezüge; Vieldeutigkeit von „Reform“ in Osteuropa sowie große Deutungen und Wirkungen von „1968“. Das Thema Bildung bzw. Hochschulpolitik dagegen erfuhr in dieser globalen Analyse keine explizit sichtbare Beachtung.⁵⁷

Einen anderen Zugang wählte die Tagung in Berlin, die einem primären Interesse an 1968 als Bildungsbewegung zeitigte, wobei Impulse und Konsequenzen der damit einhergehenden Umbrüche in der bundesrepublikanischen Geschichte eine nähere Analyse erfuhren.⁵⁸ Wichtigste Prämisse dieser Tagung, die dadurch die Interdependenz zwischen 1968 auf der einen und Bildungspolitik auf der anderen Seite herauspräparierte, war die folgende: „Die Eigentümlichkeit der Studenten-, Schüler-, Frauen- und Elternbewegungen bestand jedoch im Unterschied zur extremen politischen „Neuen Linken“, zu den Spontis, zu den Anarchisten und erst recht zu den späteren Terroristen darin, Bildung und Erziehung zum Gegenstand kritischer Analyse (...) und provokativer Praxis (...) gemacht zu haben.“⁵⁹

Wurden in Berlin 2008 gleich zwei Ausstellungen zum Thema präsentiert⁶⁰, nahm sich auch das Historische Museum in Frankfurt dem Jahr 1968 an. Die Frankfurter

⁵⁶ Vgl. Zwischen Idee und Zweckorientierung. Vorbilder und Motive von Hochschulreformen seit 1945. Frankfurt am Main 2. - 4. März 2006.

⁵⁷ Vgl. Tagungsbericht 1968 – Ein Blick auf die Protestbewegungen 40 Jahre danach aus globaler Perspektive / 1968 – A view of the protest movements 40 years after, from a global perspective. Linz 11.09.2008-13.09.2008. In: H-Soz-u-Kult. <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=2393>. Aufgerufen am 21.11.2009.

⁵⁸ Vgl. Konferenz „68“. Umbrüche in bildungsgeschichtlichen Perspektiven. Impulse und Folgen eines kulturellen Umbruchs in der Geschichte der Bundesrepublik. In: H-Soz-u-Kult. <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=10166>. Aufgerufen am 21.11.2009.

⁵⁹ Ebd.: Leider liegt zu dieser Konferenz noch kein Tagungsband vor.

⁶⁰ Von Ende Januar bis Ende Mai 2008 wurde im Berliner Amerika-Haus die Ausstellung „'68 – Brennpunkt Berlin“ gezeigt. Die Stiftung Stadtmuseum Berlin präsentierte 2008 im Ephraim-Palais bis zum 2. November die Ausstellung „Berlin 68. sichten einer revolte“. (Vgl. Kröger, Claus: Ausstellungs-Rezension zu: Die 68er. Kurzer Sommer – lange Wirkung 01.05.2008-02.11.2008. Historisches Museum Frankfurt am Main. In: H-Soz-u-Kult. <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/type=rezausstellungen&id=65>. Aufgerufen am 21.11.2009).

Schau „Die 68er. Kurzer Sommer – lange Wirkung“, die ein ganzes Spektrum an Themen in diesem Kontext behandelte, kam auch auf den Themenbereich Bildung und Erziehung zu sprechen, weshalb sie für die vorliegende Analyse besonders interessant ist. Dabei wurden sowohl die Aspekte des Bildungsnotstands als auch der Politisierung der Universitäten schlaglichtartig beleuchtet. Signifikant an der Ausstellung ist die Tatsache, dass sie auf „eine abschließende Mastererzählung“ verzichten wollte, jedoch bereits in ihrem Untertitel die eigene Einschätzung postulierte, nämlich die der tief greifenden Konsequenzen der Protestereignisse.⁶¹

Widmete sich die historische Forschung der Hochschulpolitik verschiedener Bundesländer bisher nur vereinzelt⁶², rückten in letzter Zeit universitätsgeschichtliche Darstellungen nicht selten die 1960er und 1970er Jahre in den Fokus des Interesses⁶³: Speziell für Gießen findet man bereits im Ausstellungskatalog von 1982 die Jahre von 1946 bis ca. 1980 skizzenhaft in verschiedenen Aufsätzen behandelt⁶⁴; auch Moraw schenkte der Gegenwart in seiner „Kleinen Geschichte der Universität Gießen“⁶⁵ seine Aufmerksamkeit. Dennoch dauerte es bis ins Jahr 1990, bis Bernhard eine detailliertere Monographie über die hessische Hochschulgeschichte zumindest der Jahre 1945 bis 1957 vorlegte. Darin kommt er in seinem chronologischen Teil auch auf die hessische Hochschulpolitik mit ihren Konsequenzen für Gießen zu sprechen. Beginnend beim Kriegsende zeichnet er die Konturen der hessischen Hochschulpolitik unter Erwin Stein nach. Anschließend wendet er sich der amerikanisch-hessischen „Hochschulreform“ in Gießen zu und kommt schließlich auf die Hochschulentwicklung und Bildungsplanung in Westdeutschland am Beispiel der Gießener Hochschule zwischen 1946 und 1957 zu sprechen. Schließlich

⁶¹ Vgl. Schwab, Andreas; Schappach, Beate: Die 68er. Kurzer Sommer – lange Wirkung. In: Schwab, Andreas; Schappach, Beate; Gogos, Manuel (Hg.): Die 68er. Kurzer Sommer – lange Wirkung. S. 16-23. Hier: S. 18f.

⁶² Vgl. beispielsweise Gräfin, Birte: Bildungspolitik in Bremen von 1945 bis zur Gründung der Universität 1971. Hamburg; Münster 2006; Kermer, Wolfgang (Hg.): „1968“ und die Akademiereform. Von den Studentenunruhen zur Neuorganisation der Stuttgarter Akademie in den siebziger Jahren. Ostfildern; Ruit 1998.

⁶³ Vgl. beispielsweise Enke, Ulrike (Hg.): Die Medizinische Fakultät der Universität Gießen. Institutionen, Ereignisse und Akteure von der Gründung 1607 bis ins 20. Jahrhundert. Stuttgart 2007; Schweitzer, Walter; Friedrichs, Karl August (Hg.): Universität Passau. Gestern – heute – morgen. Festschrift für Karl-Heinz Pollock. Passau 1997.

⁶⁴ Vgl. N.W.: Die Jahre 1946-1957. In: 375 Jahre Universität Gießen. 1607-1982. Geschichte und Gegenwart. Ausstellung im Oberhessischen Museum und Gail'sche Sammlungen 11. Mai bis 25. Juli 1982. Gießen 1982. S. 214-217; ders.: Die Justus-Liebig-Universität 1957-1968. In: 375 Jahre Universität Gießen. 1607-1982. Geschichte und Gegenwart. S. 217-219; Dienstbach, Ingo; Kübel, Klaus; Stieger, Hartmut: Skizzen zur neueren Entwicklung der Justus-Liebig-Universität (1968 bis zur Gegenwart). In: 375 Jahre Universität Gießen. 1607-1982. Geschichte und Gegenwart. S. 220-269.

⁶⁵ Vgl. Moraw, Peter: Kleine Geschichte der Universität Gießen. S. 241-275: In den beiden letzten Kapiteln zeichnet er den Weg der Gießener Universität in den Jahren von 1957 bis 1989 nach.

komplettiert eine sozialgeschichtliche Analyse der Gießener Professoren die Studie.⁶⁶

Anlässlich des 400. Jubiläums der Justus-Liebig-Universität analysierten Felschow, Lind und Busse die „zweite Gründung“ der Universität Gießen nach 1945 unter den Schlagwörtern „Krieg – Krise – Konsolidierung.“ Die uns interessierenden Jahre werden in den letzten beiden Kapiteln behandelt. Dabei wird den Ereignissen im Umfeld der Studentenbewegung, die auch Brinkmann in einem Aufsatz thematisiert, im letzten Abschnitt besondere Aufmerksamkeit geschenkt.⁶⁷

1.3 Quellenlage und Aufbau der Studie

Fällt die Bestandsaufnahme über die aktuelle Forschungsliteratur zu konkreten Fragestellung der vorliegenden Arbeit, spricht: zur Hochschulpolitik des Landes Hessens, eher dürftig aus, haben sich allerdings bereits die Zeitgenossen umso intensiver mit den Themen Hochschulpolitik und Hochschulgesetzgebung auseinandergesetzt. Eine regelrechte Flut von gedruckten Quellen, die es zu klassifizieren gilt, begegnet dem Historiker an dieser Stelle: Da die hochschulpolitische Publizistik⁶⁸ und auch die Denkschriften⁶⁹, Gutachten und Empfehlungen zur Hochschulreform von größter Signifikanz für den Gesamtkontext waren, wurde diesen beiden Quellengattungen eine besondere Bedeutung innerhalb der Studie beigemessen, die ihren

⁶⁶ Vgl. Bernhardt, Markus: Gießener Professoren zwischen Drittem Reich und Bundesrepublik. Ein Beitrag zur hessischen Hochschulgeschichte 1945-1957. Gießen 1990 (= Studia Giessensia 1).

⁶⁷ Vgl. Felschow, Eva-Marie; Lind, Carsten; Busse, Neill: Krieg – Krise – Konsolidierung. S. 117-170; zur Gießener Studentenbewegung: Brinkmann, Heinrich: Von Demos, Teach-ins, Kinderläden. Die Studentenbewegung der späten 60er und frühen 70er Jahre in Gießen. In: Spiegel der Forschung 24 (November 2007) Nr. 2. S. 63-70; Sargk, Corina: Studentische Protestformen. Vom Auszug der Studenten zum Sit-in, Go-in und Teach-in. In: Carl, Horst; Felschow, Eva-Marie; Reulecke, Jürgen; Roelcke, Volker; Sargk, Corina (Hg.): Panorama 400 Jahre Universität Gießen. Akteure – Schauplätze – Erinnerungskultur. Gießen 2007. S. 292-297.

⁶⁸ Vgl. beispielsweise Barthold, Werner: Die Hessische Hochschulgesetzgebung – Modell einer verfassungswidrigen und revolutionären Utopie und des marxistischen Staatsabsolutismus. Ohne Angabe; Dichgans, Hans: Berufung auf Probe und weitere Vorschläge zur Struktur des Lehrkörpers. In: Mitteilungen des Hochschulverbandes XV (1967). S. 235-238; Krockow, Christian Graf von: Der Dinosaurier will überleben. Reform oder Revolution an den Universitäten? In: Der Monat 20 (August 1968) Nr. 239. S. 39-46; Leibfried, Stephan (Hg.): Wider die Untertanenfabrik. Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule. Köln 1967; Nolte, Ernst: Hochschulreform und Politik. In: Zeitschrift für Politik N.F. 15 (1968) Nr. 3. S. 281-294; Stoltenberg, Gerhard: Hochschule – Wissenschaft – Politik. Zwölf Beiträge. Frankfurt am Main; Berlin 1968; Studenten zur Hochschulreform. Hg. v. der Niedersächsischen Landeszentrale für Politische Bildung. Hannover 1968; Institutsreform. Modelle studentischer Mitbestimmung. Hg. v. Verband Deutscher Studentenschaften Köln 1969.

⁶⁹ Vgl. beispielsweise Clausen, Lars; Frese, Jürgen; Saß, Hans-Martin; Scharlau, Winfried; Schmidt, Siegfried J.; Wilhelmi, Hans-Herbert: Assistenten in einer neuen Universität. Denkschrift zur Stellung der Assistentenschaft in der Universität Bielefeld. Gütersloh 1968 (= Wissenschaftstheorie – Wissenschaftspolitik – Wissenschaftsgeschichte 9); Leibfried, Stephan: Die angepasste Universität. Zur Situation in der Bundesrepublik und den USA. Frankfurt am Main ²1968; „Reformieren aber nichts ändern“. VDS-Stellungnahme zum Westdeutschen Rektorenkonferenz-Beschluss über die Drittelparität. In: Hochschuldienst XXI (1968) Nr. 19. S. 13.

Niederschlag primär im zweiten Kapitel gefunden hat. Eine weitere nicht zu vernachlässigende Rolle spielten in diesem Kontext auch zum einen die kulturphilosophischen Essays, Vorträge⁷⁰ und Aufsätze und Monographien zur Idee und Entwicklung der Universität⁷¹ und zum anderen soziologische Analysen⁷² und Interpretationen historischen und statistischen Quellenmaterials und empirischer Umfrageergebnisse über die gesellschaftliche Lage des Hochschulwesens⁷³. Nur wenige systematische, zusammenhängend interpretierte empirische Analysen und systematische Bestandsaufnahmen und Berichte zur Lage der Hochschulen⁷⁴ entstanden im Untersuchungszeitraum.⁷⁵

Eine weitere wichtige Säule stellt die Quellengattung der Tageszeitungen und (institutionenbezogenen) Periodika dar. Einer genaueren Analyse wurden die Ausgaben der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, der Frankfurter Rundschau, der Gießener Allgemeinen Zeitung, des Gießener Anzeigers und der Deutschen Universitätszeitung bzw. des Hochschul-Dienstes unterzogen. Zumal sich gerade in den beiden letztgenannten Organen sowohl Professoren, Assistenten als auch Studenten zu Wort meldeten und darin die Grundlage für einen öffentlichen Diskurs legten.

⁷⁰ Vgl. beispielsweise Hess, Gerhard: Probleme der deutschen Hochschule und die Neugründungen. Konstanz 1966 (= Konstanzer Universitätsreden 1); Mössbauer, Rudolf L.: Strukturprobleme der deutschen Universität. Bremen 1965; Vossler, Otto: Gedanken über die Universität. Vorgetragen am 28. November 1968 in einer öffentlichen Sitzung derselben Gesellschaft. (= Sitzungsberichte der Wissenschaftlichen Gesellschaft an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main: Sitzungsberichte 7 (1968). Nr. 2. Wiesbaden 1969. S. 5-24; Universitätstage 1967. Universität und Demokratie. Veröffentlichung einer Vortragsreihe der Freien Universität Berlin am 19. und 20. Januar 1967. Berlin 1967. In diese Kategorie fallen auch vergleichende Analysen wie beispielsweise: Amerikanische Universitäten und Deutsche Hochschulreform. Heidelberg 1967.

⁷¹ Vgl. beispielsweise Anrich, Ernst: Die Idee der deutschen Universität und die Reform der deutschen Universitäten. Darmstadt 1960; Jaspers, Karl; Rossmann, Kurt: Die Idee der Universität. Für die gegenwärtige Situation entworfen. Berlin; Göttingen; Heidelberg 1961.

⁷² Vgl. Schumm, Wilhelm: Kritik der Hochschulreform. Eine soziologische Studie zur hochschulpolitischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. München 1969; Werner, E.; Zieris, E.; Lipp, W.: Student und Studium in Bochum. Zur Soziologie der Gründungssemester an der Ruhr-Universität. Mit einem Vorwort von Prof. Dr. J. C. Papalekas. Stuttgart 1970.

⁷³ Vgl. beispielsweise Bauermeister, Wolf: Die Nichtordinarien. Untersuchung über Arbeitsbedingungen und Rechtsstellung der habilitierten Hochschullehrer ohne Lehrstuhl. Göttingen 1970 (= Schriften des Hochschulverbandes 23): Diese Analyse weist auf das Missverhältnis zwischen Zahl der Lehrenden und der Studentenzahl, die die unzureichende Versorgung der viel zu geringen Zahl der Habilitierten ohne Lehrstuhl, auf das Problem der Verkürzung der akademischen Laufbahn und auf die unterschiedliche Situation der Nichtordinarien, die eine Generallösung unmöglich macht, hin. (S.152).

⁷⁴ Das Hochschulwesen in der Bundesrepublik Deutschland. Probleme und Tendenzen. Hg. in Verbindung mit dem Deutschen Akademischen Austauschdienst. Bearbeitet im Sekretariat der Kultusministerkonferenz unter Mitwirkung des Sekretariats der Westdeutschen Rektorenkonferenz. Stand Juli 1965.

⁷⁵ Vgl. Nitsch, Wolfgang: Hochschule. Soziologische Materialien. Heidelberg 1967 (= Pädagogische Forschungen; Veröffentlichungen des Comenius-Instituts; Reihe: Erziehungswissenschaftliche Studien 40).

Bereits von Brentano unternahm den Versuch die den Diskurs dominierenden Reformansätze zu typisieren und zugleich Motive für diese zu eruieren; diesem kann man noch heute folgen: Zum einen eruierte sie die radikal-progressive, zum zweiten die funktionalistische und zum dritten die bewahrende und ergänzende Tendenz, die jeweils von den unterschiedlichen universitären Gruppen Unterstützung erfuhren. So erfuhr die auf Konservierung zielende Hochschulreform ihre Unterstützung vornehmlich aus der Gruppe der Ordinarien. Als zu Grunde liegendes Motiv identifizierte sie das politische Versagen der deutschen Universitäten gegenüber dem Nationalsozialismus. Als Konsequenz intendierten jene Ordinarien zur Bildungsidee der neuhumanistischen idealistischen Universitätsidee zurückzukehren. Repräsentanten aus Staats- und Wirtschaftskreisen und Wissenschaftliche Mitarbeiter befürworteten dagegen die Modernisierungsreform. Aufgrund der veränderten Relation zwischen Theorie und Praxis in der verwissenschaftlichten Welt, so von Brentano, fordere die Öffentlichkeit als Geldgeber einen konkreten Gegenwert für ihre Investition. Polarisierend zu den Ordinarien traten die Studenten mit Vehemenz für die Hochschulreform mit dem Anspruch auf Systemtransformation ein. Diese radikal-progressive Tendenz enthalte die Grundvoraussetzungen der beiden zuvor genannten Tendenzen, versuche sie aber neu zu definieren und ziehe andere Konsequenzen daraus. Die Progressiven verlangten eine Neubestimmung von der „Einheit von Forschung und Lehre“ und der „Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden.“⁷⁶

Die Analyse der Meso- und Mikroebene basiert auf einem intensiven Studium ungedruckter Quellen.⁷⁷ Um die politische Dimension, sprich den Verlauf der Gesetzgebungsverfahren, nachzeichnen zu können, wurden die einschlägigen Aktenbestände im Hessischen Hauptstaatsarchiv in Wiesbaden (HHStA) eingesehen. Dabei wurde vornehmlich auf die Akten des Kultusministeriums rekurriert. Um die staatliche Überlieferung zu ergänzen und dadurch beispielsweise einen tiefer gehenden Eindruck für die Motivation Schüttes im Analysezeitraum zu gewinnen, wurde ebenfalls der dienstliche Nachlass des Kultusministers zu Rate gezogen.⁷⁸ Ergänzt wurden jene Archivbestände durch die publizierten Stenografischen Protokolle des

⁷⁶ Vgl. Brentano von, Margherita: Politikum wider Willen – Zur gegenwärtigen Lage der Universität. In: Leibfried, Stephan (Hg.): Wider die Untertanenfabrik. Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule. Köln 1967. S. 373-383. Hier: S. 376ff.; Schabedoth, Hans-Joachim: Hochschulreform – eine verpasste Chance. S. 85 ff.

⁷⁷ Die Quellengrundlage für die Arbeit ist insgesamt sehr gut.

⁷⁸ Vgl. Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn: Nachlass Ernst Schütte (11.07.1904-24.10.1972): Leider ist der Nachlass noch nicht gründlich sortiert, was partiell zu überraschenden Funden führte. Aufgrund des dürftigen dienstlichen Nachlasses Ludwig von Friedeburgs war dieser für die vorliegende Arbeit dagegen keine Hilfe.

Hessischen Landtags. Unabdingbar für die Analyse der Mikroebene waren die Quellen im Universitätsarchiv der Justus-Liebig-Universität Gießen. Für die Fragestellung wurden Sitzungsprotokolle⁷⁹ des Senats und der Fakultäten genauso ausgewertet wie Besprechungs-Notizen, Korrespondenz, Stellungnahmen, Mitteilungen, Memoranden und Statistiken. Additiv wurden auch die Akten des Bestands Brinkmann⁸⁰ – Flugblätter, studentische Zeitschriften, Anträge und Protokolle des Studentenparlaments – genutzt, um die studentischen Aspekte besser illuminieren zu können.

Bewusst wurde in der Studie die Perspektive, die ihren Niederschlag in der Abfolge der drei Hauptkapiteln niederschlägt, gewählt: Von der Vogelperspektive ausgehend sollen zunächst die wichtigsten Aussagen des bundesrepublikanischen Diskurses herauspräpariert werden, um im zweiten Schritt ihren Einfluss auf die Entwicklung der hessischen Hochschulpolitik anhand der beiden Gesetzeswerke aus den Jahren 1966 und 1970 zu überprüfen. Mit der Analyse des Entstehungsprozesses dieser beiden Landeshochschulgesetze wird ein Politikbildungsprozess im Hochschulbereich dargestellt, dessen Ergebnis ein fundamentaler Wandel einer gesellschaftlichen Institution, nämlich der Ordinarienuniversität, war. Dabei wurde gerade den Entstehungszusammenhängen besonderes Interesse beigemessen. Das letzte große Kapitel fokussiert das Fallbeispiel der Justus-Liebig-Universität Gießen. Das Untersuchungsinteresse gilt dabei folgenden Fragen: Wie groß war der Einfluss des Diskurses auf die kleine, sich erst neu wieder entfaltende hessische Hochschule? Welche Ideen wurden tatsächlich realisiert? Wie waren die Reaktionen der verschiedenen universitären Gruppen auf die Hochschulgesetzgebung? Wie gestalteten diese den Diskurs selbst mit? bzw. inwiefern und in welcher Form fanden die Inte-

⁷⁹ Generell lässt sich sowohl in den Wiesbadener als auch in den Gießener Beständen die Tendenz erkennen, dass Protokolle zunehmend in einem generalisierenden Stil verfasst und damit die Akteure so manches Mal nicht dezidiert benannt wurden, um eigentliche Konflikte bzw. Auseinandersetzungen nicht exakt rekapitulieren zu können. Eine Einschätzung, die von Notker Hammerstein (Gespräch am 26. April 2010) als Akteur bestätigt wurde.

⁸⁰ War Heinrich Brinkmann (* 1942) zu Beginn seines Studiums der Fächer Geschichte, Germanistik, Philosophie und Pädagogik an der Universität Münster dem Ring-Christlich-Demokratischer Studenten beigetreten, meldeten sich bei ihm aufgrund der „Spiegel-Affäre“ erste Zweifel. Nach seinem Studium in Frankfurt, wo er bei Adorno, Horkheimer und Habermas gehört hatte, wechselte er zum Wintersemester 1965/66 an die Universität Gießen. Dort trat er im Sommersemester 1966 in den Sozialistischen Deutschen Studentenbund ein. Nach seiner Promotion habilitierte er sich 1983 in Gießen im Fach Politikwissenschaft. Zunächst war er dort als Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Dozent tätig, bevor er verschiedene Lehrstuhlvertretungen u. a. in Mainz und Gießen übernahm. Nach dem Zerfall der Studentenbewegung engagiert sich Brinkmann seit den 80er Jahren als Mitglied der „Grünen“ in der Gießener Kommunalpolitik: 1985 bis 1989 und 1993 bis 2001 war er als Ehrenamtliches Magistratsmitglied in Gießen tätig. (Vgl. Brinkmann, Heinrich: Von Demos, Teach-ins, Kinderläden. In: Spiegel der Forschung 24 (November 2007) Nr. 2. S. 63-71). Sein gesammeltes Material hat er dem Gießener Universitätsarchiv zur Verfügung gestellt.

ressen der verschiedenen universitären Gruppen antizipativ oder konflikthaft ihren Eingang in den Politikbildungsprozess?

Um den verschiedenen vertikalen Ebenen gerecht zu werden, hat sich die vorliegende Analyse im Rahmen einer analytisch orientierten Geschichtswissenschaft eine Integration von Ansätzen der Ereignis- und Institutionsgeschichte, aber auch der Diskursanalyse zueigen gemacht.

1.4 Überblick über die Situation der Gießener Universität nach 1945

Werfen wir nun einen genaueren Blick auf die Gießener Situation, um die Auswirkungen der Hochschulreformdebatte und Hochschulgesetzgebung auf die Justus-Liebig-Universität besser in die universitäre Gesamtentwicklung einordnen zu können: Im Folgenden soll mit groben Pinselstrichen ein kurzer Überblick über die Situation der Universität nach 1945 gegeben werden. War die Stadt Gießen 1945 aufgrund der Zerstörungen des Bombenkrieges zu den 45 „total zerstörten Städten“ zuzurechnen, herrschte an der Universität eine analoge Situation vor: Seit Januar 1945 war es nicht mehr möglich, in den Instituten zusammenhängend zu arbeiten. – Durch einen Luftangriff am 14. März 1945 wurden die bis dahin noch weitestgehend intakten Institute und Kliniken der Veterinärmedizinischen Fakultät schwer beschädigt.⁸¹ – Aus diesem Grund heraus machten sich die verbliebenen Professoren und Studenten ans Werk, die Reste ihrer einstigen Institutsgebäude und -bestände vor dem kompletten Verfall zu retten.⁸² Nach der Kapitulation verfügte die Besatzungsmacht den Lehrbetrieb an der Gießener Universität, wie auch an allen anderen deutschen Hochschulen, einzustellen. Verschiedene Anträge auf Wiedereröffnung der Ludoviciana wurden negativ beschieden, gar ein Zusammenschluss mit und nach Marburg erwogen.

Die amerikanische Militärregierung konnte zunächst nicht auf ein Konzept zurückgreifen, das eindeutig regelte, auf welcher staatlichen Ebene die Universitätsproblematik zu behandeln sei.⁸³ Schon bald aber wurde deutlich, dass Gießen für die Amerikaner keine hohe Dringlichkeitsstufe besaß; viele ihrer Gesuche wurden aufgeschoben oder gar gänzlich ignoriert.⁸⁴ Finanziell sah man sich nicht in der Lage, neben Frankfurt am Main und Marburg eine weitere Universität in Hessen zu finan-

⁸¹ Vgl. Felschow, Eva-Marie; Lind, Carsten; Busse, Neill: Krieg – Krise – Konsolidierung. S. 37.

⁸² Vgl. Bernhard, Markus: Gießener Professoren zwischen Drittem Reich und Bundesrepublik. S. 9ff.

⁸³ Vgl. ebd. S. 15.

⁸⁴ Vgl. ebd. S. 37f.

zieren, so dass die Schließung der Ludoviciana 1946 einvernehmlich von dem amerikanischen Universitätsoffizier Hartshorne in Marburg, ein wichtiger Protagonist für diesen Zeitraum, dem Finanzminister und dem Regierungspräsidenten verfügt wurde.⁸⁵

Dem Widerspruch von Rektor und Senat wurde nicht entsprochen, weshalb daraufhin die Rückgewinnung des Universitätsstatus zum langfristigen Ziel erklärt und alles Erdenkliche unternommen wurde, um die relevanten Stellen von der Notwendigkeit des Fortbestehens der eigenen Alma Mater zu überzeugen: Anfangen von Spendensammlungen für den Wiederaufbau über Initiativen hinsichtlich der Raumfrage bis hin zu Werbung für die Universität in der Öffentlichkeit – doch dieses Engagement war nicht von Erfolg gekrönt, wurde dem damaligen Rektor Bechert der Beschluss verkündet, dass lediglich Landwirtschaft und Veterinärmedizin in Gießen verbleiben sollten. Die Marburger Universität sollte die Dozenten der übrigen Fächer übernehmen. Beim zweiten Anlauf wurde dem Antrag auf Eröffnung einer Hochschule mit reduziertem Fächerspektrum vonseiten der Landesregierung stattgegeben, so dass die institutionelle Entwicklung der ehemaligen Ludwigs-Universität am 27. Mai 1946 schließlich einen vorübergehenden Abschluss in der Eröffnung als Justus-Liebig-Universität für Bodenkultur und Veterinärmedizin – als finanzielle Minimallösung – fand.⁸⁶

Ein weiteres Problem, mit dem man auch in Gießen zu kämpfen hatte, waren die Maßnahmen der Amerikaner, um die Demokratisierung der Gesellschaft zu realisieren: Eine Fragebogenaktion, in der Rechenschaft über politische, ökonomische und berufliche Vergangenheit zu geben war, stieß bei den Gießener Dozenten auf große Ablehnung. Trotz des Engagements Hartshornes zugunsten eines mildereren Umganges wurden von den im letzten Kriegsesemester 1944/45 tätigen 115 Dozenten mehr als ein Drittel dauerhaft oder zeitweilig entlassen.⁸⁷ Nach dieser Phase nahmen dann die sogenannten Spruchkammern ihre Tätigkeit auf, die verschiedene Entlassungen durch ihre Beurteilungen wieder relativierten, so dass nicht wenige Betroffene wieder in gesellschaftlich angesehene Positionen zurückkehren konnten. Erheblich schwieriger und zeitintensiver gestaltete sich dagegen die Rehabilitierung der von den Nationalsozialisten aus ihren Ämtern gedrängten Hochschullehrer.⁸⁸

⁸⁵ Vgl. N.W.: Die Jahre 1946-1957. In: 375 Jahre Universität Gießen. 1607-1982. Geschichte und Gegenwart. S. 214.

⁸⁶ Vgl. ebd. 45ff.

⁸⁷ Felschow, Eva-Marie; Lind, Carsten; Busse, Neill: Krieg – Krise – Konsolidierung. S. 55ff.

⁸⁸ Vgl. ebd.

Die neue Hochschule bestand, wie ihr Name schon sagte, aus zwei Fakultäten, nämlich der landwirtschaftlichen und der veterinärmedizinischen, erweitert um fünf naturwissenschaftliche Lehrstühle. Die einstige Medizinische Fakultät wurde in Form einer Medizinischen Akademie von der neuen Hochschule isoliert. Ministerielle Maßnahmen, wie der Transfer verschiedener Seminarbibliotheken nach Frankfurt, Marburg und Darmstadt, schwächten die neue Institution zusätzlich.⁸⁹ Gingen die Bemühungen des Kultusministers Erwin Stein in den sich nun anschließenden Jahren in die Richtung, der Justus-Liebig-Hochschule durch einen ernährungswissenschaftlichen Schwerpunkt ein markantes Profil zu geben, konzentrierte sich das Engagement der Naturwissenschaftler auf den Ausbau der eigenen Fächergruppen, konkret vor allem auf die Wiedererlangung des Ausbildungsrechtes. Diesen Bemühungen war letztlich, wenn auch limitiert, Erfolg beschieden: 1948 genehmigte Stein die Zulassung von 30 Studenten in der Naturwissenschaftlichen Fakultät.

Am 11. September 1950 wurde der Hochschule als Teil der einstigen Ludoviciana durch das „Gesetz zur Errichtung der Justus-Liebig-Hochschule in Gießen“ eine rechtliche Basis zugestanden.⁹⁰ Zwar musste man in Gießen auch weiterhin auf den Universitätsstatus verzichten, doch sollte zumindest der Zusatz „für Bodenkultur und Veterinärmedizin“ künftig entfallen. Unerfüllt blieb auch der Wunsch, „der Hochschule den Charakter einer Körperschaft öffentlichen Rechts zu geben.“ Vielmehr verfügte der Minister, dass sie eine unselbstständige Staatseinrichtung sein sollte, deren Vermögen der staatlichen Verwaltung unterliegen sollte. Die Neuerungen des Gesetzes bestanden zum einen in der Trennung in akademische Selbstverwaltung und der allgemeine Verwaltung und zum anderen in der Institutionalisierung eines Hochschulbeirates. Erheblich größeren Unmut erregte in Gießen die Intention des Ministers, dass der „Umfang der Naturwissenschaftlichen Fakultät sich nach den Erfordernissen der Landwirtschaftlichen Fakultät und der Veterinärmedizinischen Fakultät“⁹¹ bestimmen sollte. Mit dieser Entwicklung und mit der Überleitung der Medizinischen Akademie als Organ der Hochschule inklusive des Rechts zur Promotion und Habilitation – wenn auch anfangs die Ausbildung nur in den klinischen Semestern erfolgen durfte – endeten die Jahre der Ungewissheit. Eine Basis, die von vielen Akteuren als Hoffnungszeichen für eine weitere Entwicklung

⁸⁹ Vgl. N.W.: Die Jahre 1946-1957. In: 375 Jahre Universität Gießen. 1607-1982. Geschichte und Gegenwart. S. 215.

⁹⁰ Vgl. ebd. S. 216.

⁹¹ Gesetz zur Errichtung der Justus-Liebig-Hochschule. In: Justus-Liebig-Universität Gießen. Hg. vom Rektorat der Justus-Liebig-Universität zur Gründungsfeier 1967. Gießen 1967. S. 21.

aufgefasst wurde, war geschaffen: Das Ziel, den Universitätsstatus wiederzuerlangen, blieb bestehen.

Auf verschiedenen Wegen versuchte man sich diesem Ziel zu nähern: So akzentuierte man in der Ausbauphase der Hochschule den Bereich der Lebenswissenschaften. Nach der Einrichtung einer Professur für menschliche Ernährungslehre wurden im Laufe der 1960er Jahre weitere Spezialfächer angesiedelt und dadurch die Profilierung vorangetrieben. Von größter Signifikanz dabei ist der Aspekt, dass man im Rahmen der intendierten Stärkung der Naturwissenschaften nicht nur die Ausbildung von Fachwissenschaftlern, sondern auch die von Lehramtskandidaten forcierte und schließlich auch realisierte. „Die Wiedererlangung der gymnasialen Lehrerbildung in den Naturwissenschaften gab einen wichtigen Impuls zur Verbreiterung des Fächerspektrums.“⁹² Trotz des gescheiterten Versuches, mittels einer Ostuniversität⁹³ die Transformation der Allgemeinen Abteilung in eine Geisteswissenschaftliche Fakultät zu erreichen, konzentrierte sich die Universität bzw. der Jubiläums-Ausschuss in den Jahren 1954-1957 auf die Wiedererlangung des Ranges einer „Universität“. Und tatsächlich waren die Bemühungen von Erfolg gekrönt: Anlässlich der 350-Jahrfeier 1957 konnte die Wiedereröffnung der Universität feierlich begangen werden⁹⁴, überreichte doch Ministerpräsident Zinn eine Ausfertigung des „Gesetzes zur Errichtung der Justus Liebig-Universität.“⁹⁵ In den folgenden Jahren galt es jedoch zunächst einmal diesen Titel mit dem Leben einer Volluniversität zu füllen. Vor diesem Hintergrund ist die große Freude über das Geschenk der Stadt Gießen, die anlässlich des Jubiläums einen Lehrstuhl für Philosophie stiftete, verständlich. Zudem sollte es als Initialzündung für den künftigen Ausbau der Geisteswissenschaften wirken: In den folgenden Jahren folgte ihr Ausbau rasch, so dass die Philosophische Abteilung, die mit einem Lehrstuhl begonnen hatte, 1965 bereits über 26 verfügte. 1964 schließlich erlangte sie erneut ihre Autonomie als eigenständige fünfte Fakultät.⁹⁶

Insgesamt war die Zeit nach der Wiedererlangung des Universitätsstatus’ von einer positiven Tendenz gekennzeichnet: Die Studentenzahlen begannen stetig zu wach-

⁹² Felschow, Eva-Marie; Lind, Carsten; Busse, Neill: Krieg – Krise – Konsolidierung S. 98.

⁹³ Diese sollte primär die Erforschung des Ostens und der ehemaligen deutschen Ostgebiete übernehmen und darüber hinaus für die vertriebenen Hochschullehrer eine neue Wirkungsstätte werden.

⁹⁴ Vgl. N. W.: Die Justus-Liebig-Universität 1957-1968. In: 375 Jahre Universität Gießen. 1607-1982. Geschichte und Gegenwart. S. 217.

⁹⁵ In diesem hatte der Gesetzgeber noch weiteren Gießener Postulaten Rechnung gezollt, wie beispielsweise der Aufhebung der Limitierung der Naturwissenschaftlichen Fakultät und der Umwandlung der Akademie für Medizinische Forschung und Fortbildung in eine Medizinische Fakultät.

⁹⁶ Vgl. ebd. S. 218.

sen. Schließlich brachte die von der Landesregierung intendierte Umgestaltung der Lehrerausbildung Veränderungen größeren Ausmaßes mit sich: Die einstigen Pädagogischen Institute Jugenheim und Weilburg wurden als Hochschulen für Erziehung an die Universitäten Frankfurt und Gießen angegliedert.

Bedingt durch den Ausbau des Fächerspektrums und die steigenden Studentenzahlen begann man über eine bauliche Neugestaltung nachzudenken. Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates von 1960 konnten dabei als Argumentationshilfe herangezogen werden. Sechste und letzte Fakultät im uns interessierenden Zeitraum sollte die Juristische Fakultät werden. Ihr Aufbau erfolgte bereits bald nach der Etablierung der Philosophischen Fakultät. Im Gegensatz zu dieser „hatten die wirtschafts- und staatswissenschaftlichen Fächer unter den Fittichen der Landwirtschaftlichen Fakultät in begrenztem Maße überdauern können.“⁹⁷ Waren zwar erste Überlegungen zum Ausbau der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften im Engeren Senat schon Mitte der 1950er Jahre erörtert worden, wirkten auch in diesem Kontext die Empfehlungen des Wissenschaftsrates als Initialzündung. Ein Memorandum wurde in Auftrag gegeben, 13 Lehrstühle für die neue Fakultät gefordert; schließlich wurden sogar 18 Lehrstühle von der Landesregierung bewilligt. Mit ihrer Eröffnung hatte Gießen auch faktisch wieder den Rang einer klassischen Universität gewonnen. In den folgenden Jahren sah sich die Justus-Liebig-Universität mit verschiedenen Problemen konfrontiert: Dominierte der Mangel die direkten Nachkriegsjahre, war es ab den 1960er Jahren die Masse: Die Expansion der Studentenzahlen bei den tradierten universitären Strukturen stellte sie vor eine große Herausforderung. Wie sie damit umging, wird Gegenstand des vierten Kapitels der vorliegenden Analyse sein.

⁹⁷ Felschow, Eva-Marie; Lind, Carsten; Busse, Neill: Krieg – Krise – Konsolidierung. S. 131.

2. Die Hochschulreform im bundesrepublikanischen Diskurs

Ein Mann, der Herrn K. lange nicht gesehen hatte, begrüßte ihn mit den Worten: „Sie haben sich gar nicht verändert.“ „Oh!“ sagte Herr K. und erbleichte.
(B.Brecht)

Die Universität als Herr K., der sich nicht verändert hat; die Universität als „Insel der Ruhe“, die Studenten in voller Freiheit des Lehrens und Lernens bildet und sie auf wissenschaftliche Berufe vorbereitet; die Universität als Reservierungsort der bürgerlichen Gesellschaftsideale des 19. Jahrhunderts, die den Weg zum Morgen, dem Ende des 20. Jahrhunderts nur schwer findet: Eine kranke Universität in einer im Umbruch befindlichen Gesellschaft. – Das ist das Bild der bundesdeutschen Universitäten heute.⁹⁸

2.1 Überblick über den Diskurs um die Hochschulreform

2.1.1 Methodische Überlegungen

Für die vorliegende Arbeit soll – trotz der mittlerweile nahezu inflationären Verwendung des terminus technicus „Diskurs“ – die Historische Diskursanalyse als theoretischer Ansatz fruchtbar gemacht werden. Als Ausgangspunkt derselben steht die Überlegung, „dass zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt nur eine begrenzte Menge von Aussagen zu einem bestimmten Thema gemacht werden kann, obwohl rein sprachlich gesehen eine unendliche Menge von möglichen Aussagen existiert“.⁹⁹ Bei Foucault heißt es dazu: „Diskurs wird man eine Menge von Aussagen nennen, insoweit sie zur selben diskursiven Formation gehören. [...] Er wird durch eine begrenzte Zahl von Aussagen konstituiert, für die man eine Menge von Existenzbedingungen definieren kann.“¹⁰⁰ Der Diskurs übernimmt die Funktion, die Möglichkeiten von Aussagen zu einem bestimmten Aspekt zu regeln; somit organisiert er das Sagbare und Denkbare. „Die Regeln und Regelmäßigkeiten des Diskurses, seine Möglichkeiten zur Wirklichkeitskonstruktion, seine gesellschaftliche Ver-

⁹⁸ Die Meinung der Studenten. In: Thema: Universitätsreform. Wünsche – Pläne – Ziele. In: 150 Jahre Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität. Bonn 1968 (= Bonner Universitätsblätter 1968). S. 89-100. Hier: S. 90.

⁹⁹ Vgl. Landwehr, Achim: Geschichte des Sagbaren. Einführung in die Historische Diskursanalyse. Tübingen 2004. S. 7.

¹⁰⁰ Foucault, Michel: Archäologie des Wissens. S. 170. Frankfurt am Main 1997. S. 170.

ankerung und seine historischen Veränderungen“¹⁰¹ – das alles sind Fragen, die an den Hochschulreform-Diskurs ebenfalls zu stellen und deren Antworten von größter Relevanz sind. Pointiert kann man die Historische Diskursanalyse in der Tat als „Geschichte des Sagbaren“ charakterisieren.¹⁰²

An dieser Stelle sei der Fokus auf den Gegenstand des hier interessierenden Diskurses, der durchaus als ambivalenter Diskurs gelten muss, da er, sowohl bewahrende als auch verändernde Eigenschaften aufweist, gerichtet: die Hochschulpolitik und -gesetzgebung. Im Folgenden soll nun die Korpusbildung erfolgen: Im Untersuchungszeitraum ist man mit einer regelrechten „Flut von Material“ oder um mit einem Quellenzitat zu sprechen: mit einem „Platzregen von Manifesten, Resolutionen, Konzepten, Reden, Leitartikeln“¹⁰³ konfrontiert, der der Hochschule eine Identitätskrise attestierte.¹⁰⁴ Zunächst ist ein Überblick über diesen intendiert: Neben einer Charakterisierung der Medien insgesamt sollen zunächst exemplarisch die Publikationen, die den öffentlichen Diskurs am nachhaltigsten geprägt haben, sich also „als möglichst repräsentativ für den Diskurs“¹⁰⁵ erwiesen haben, vorgestellt werden. In den sich anschließenden Unterkapiteln soll der Fokus verengt werden auf die einzelnen Aussagen des Diskurses, wie beispielsweise das Verhältnis von Hochschule und Staat, anhand derer die verschiedenen Argumente detaillierter diskutiert werden sollen. – Ein durchaus nicht unproblematisches Unterfangen, da in diesem Kontext Aussagen herauspräpariert werden, die in der Diskussion zumeist nur in Kombination erörtert wurden, die also den Diskurs als solchen erst konstituierten.

2.1.2 Überblick über den medialen Kontext

Einen wichtigen Pfeiler des öffentlichen Diskurses bildet die Vielzahl von selbstständigen Publikationen, die sich mit dem Thema der Idee bzw. der Aufgabe der Universität auseinandersetzen; unter ihnen auch soziologische Analysen und Interpretationen historischen und statistischen Quellenmaterials und empirischer Umfrageergebnisse über die gesellschaftliche Lage des Hochschulwesens, einige wenige

¹⁰¹ Landwehr, Achim: Geschichte des Sagbaren. S. 7.

¹⁰² Vgl. ebd. S. 13.

¹⁰³ Mallmann, Walter: Bemerkungen zu Fragen der Hochschulreform. In: Justus-Liebig-Universität. Mitteilungsblatt des Rektorats Nr. 7 (18. Dezember 1968). S. 10-12. Hier: S. 10.

¹⁰⁴ Vgl. Schabedoth, Hans-Joachim: Hochschulreform – eine verpasste Chance. Die politische Auseinandersetzung um die Hochschulreform – seit 1969. S. 1.

¹⁰⁵ Vgl. Landwehr, Achim: Geschichte des Sagbaren. S. 107.

systematische, zusammenhängend interpretierte empirische Untersuchungen und systematische Bestandsaufnahmen und Berichte zur Lage der Hochschulen.¹⁰⁶

Als Initialzündungen für den Diskurs um die Hochschulreform bzw. -politik wirkten des Weiteren verschiedene Denkschriften, Gutachten und Empfehlungen. Hierbei nahmen Institutionen wie die Westdeutsche Rektorenkonferenz¹⁰⁷ und der Wissenschaftsrat¹⁰⁸ eine wichtige Rolle ein. Aber auch Verbände wie die Deutsche Forschungsgemeinschaft¹⁰⁹, der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft¹¹⁰, das

¹⁰⁶ Vgl. Nitsch, Wolfgang: Hochschule. Soziologische Materialien. Heidelberg 1967 (= Pädagogische Forschungen; Veröffentlichungen des Comenius-Instituts; Reihe: Erziehungswissenschaftliche Studien 40). S. 9ff.: Zu Recht enthält seine Enumeration darüber hinaus noch „Beiträge zur Hochschulforschung aus anderen Disziplinen“.

¹⁰⁷ Am 21. April 1949 wurde die Westdeutsche Rektorenkonferenz durch die Rektoren der Universitäten und gleichgestellten Hochschulen der drei westlichen Besatzungszonen gegründet. Sie initiierte beispielsweise die Hinterzartener Arbeitstagen und die Hochschultagung in Bad Honnef zur Studentenförderung (gemeinsam mit dem Hochschulverband und dem amerikanischen Kommissar). Zunächst wurde dieses Gremium von einjährig wechselnden Präsidenten geleitet, bis 1953 ein Präsidialausschuss aus vier Mitgliedern institutionalisiert wurde. Schließlich sollte 1968 ein dreiköpfiges Präsidium eingeführt werden. 1956 war das Sekretariat von Göttingen nach Bonn-Bad Godesberg verlagert worden. Nach der Wiedervereinigung nahm die WRK als erste Wissenschaftsorganisation 21 Hochschulen aus den fünf neuen Bundesländern und dem ehemaligen Ost-Berlin auf und nennt sich seit dem 4. November 1990 Hochschulrektorenkonferenz. (Vgl. u. a. Fischer Jürgen: Westdeutsche Rektorenkonferenz: Geschichte, Aufbau, Gliederung. Bad Godesberg ³1966; Heuser, Wolfgang: 50 Jahre Hessische Rektoren-Konferenz. 21. April 1949 - 21. April 1999. Bonn 1999).

¹⁰⁸ Dieser war 1957 durch ein Verwaltungsabkommen des Bundes und der Länder geschaffen worden. Er sollte die Wissenschaftsförderung von Bund und Ländern verbessern. Aufgrund der neuen Herausforderungen in der Großforschung und die immer kostenintensiver werdende Ausstattung naturwissenschaftlicher Institute wurde eine gemeinsame Planung auf dem wissenschaftlichen Sektor und auch die finanzielle Beteiligung des Bundes immer wichtiger. Der Wissenschaftsrat konstituierte sich aus Persönlichkeiten der Wissenschaft, der Politik und des öffentlichen Lebens. (Vgl. Berger, Rolf: Zur Stellung des Wissenschaftsrats bei der wissenschaftspolitischen Beratung zwischen Bund und Ländern).

¹⁰⁹ Der institutionelle Vorläufer der heutigen DFG, die „Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft“, wurde bereits am 30. Oktober 1920 gegründet. Von Anfang an war die Förderung und Unterstützung exzellenter Forschung und Wissenschaftler ihr erklärtes Ziel. Als zentrale Selbstverwaltungsorganisation der deutschen Wissenschaft gab sie sich am 2. August 1951 ihre bis heute gültige Satzung. „Sie hat den Auftrag, ‚die Wissenschaft in allen ihren Zweigen‘ zu fördern. Die DFG unterstützt und koordiniert Forschungsvorhaben in allen wissenschaftlichen Disziplinen. Ihre besondere Aufmerksamkeit gilt dabei der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Darüber hinaus berät sie Parlamente und Behörden in wissenschaftlichen Fragen und pflegt die Verbindungen der Forschung zur ausländischen Wissenschaft und zur Wirtschaft.“ (Vgl. u. a. allgemein: Nipperdey, Thomas: Fünfzig Jahre Forschungsförderung in Deutschland. Ein Abriß der Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft. 1920-1970. Bonn-Bad Godesberg 1970; Zierold, Kurt: Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar. Wiesbaden 1968; zu speziellen Themen: Eckart, Wolfgang U. (Hg.): Man, Medicine and the State. The Human Body as an Object of Government Sponsored Medical Research in the 20th Century. Stuttgart 2006; Heinemann, Isabel; Wagner, Patrick (Hg.): Wissenschaft – Planung – Vertreibung. Neuordnungskonzepte und Umsiedlungspolitik im 20. Jahrhundert. Stuttgart 2006; Zimmermann, Michael (Hg.): Zwischen Erziehung und Vernichtung. Zigeunerpolitik und Zigeunerforschung im Europa des 20. Jahrhunderts. Stuttgart 2007).

¹¹⁰ Die Geschichte des Stifterverbandes reicht bis in die frühe Weimarer Republik zurück, als das Wissenschaftssystem unter materieller Not zu leiden hatte. Im Herbst 1920 trafen sich führende Wissenschaftler und Industrielle und initiierten eine „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“. Kurze Zeit später wurde der „Stifterverband der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“ mit der Intention, in den „Erwerbsständen“ Geld für Forschung und Lehre zu sammeln, gegründet. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg hielt man bei der Neugründung an diesem Ansatz „Wirtschaft fördert

Deutsche Studentenwerk¹¹¹, der AStA, der Hochschulverband¹¹², später die Bundesassistentenkonferenz¹¹³, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, aber auch der Sozialistische Deutsche Studentenbund, der Ring Christlich-Demokratischer Studenten¹¹⁴ und andere politische Studentenverbände, die versuchten, durch Stellungnahmen in der Öffentlichkeit und über ihre Mitglieder Einfluss im Sinne der jeweiligen Verbandsinteressen zu nehmen, sind an dieser Stelle zu nennen.¹¹⁵ In Abhängigkeit zu ihrer Ausgangslage gelang den einzelnen Gruppierungen dies auch. Bemerkenswert in diesem Kontext ist, dass die Gewerkschaften erst ab 1970 wachsendes hochschulpolitisches Engagement an den Tag legten.¹¹⁶

Des Weiteren befassten sich öffentliche Vorträge, eine Reihe von Tagungen wie beispielsweise die hochschulpolitischen Tagungen in Hinterzarten¹¹⁷ oder die Diskussionen im Rahmen des Bergedorfer Gesprächskreises zu Fragen der freien indus-

Wissenschaft“ fest. Seit Ende der 1960er Jahre rief der Stifterverband verstärkt eigene Förderprogramme ins Leben, um Impulse für die Weiterentwicklung des Wissenschaftssystems zu geben. Die Förderung bürgerschaftlichen Engagements im Bereich der Stiftungen und die Auswertung statistischer Daten zum Wissenschaftssektor kamen in den 1950er Jahren als weitere Aufgabenbereiche hinzu. (Vgl. u. a. Spiegel, Heinz-Rudi: Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft 1949-1998. In: Dahlemer Archivgespräche 5 (1999). S. 155-166; Schulze, Winfried: Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft 1920-1995. Berlin 1995).

¹¹¹ „Das Deutsche Studentenwerk (DSW) ist der freiwillige Zusammenschluss der 58 Studentenwerke in der Bundesrepublik Deutschland“ (<http://www.studentenwerke.de/main/default.asp?id=01100>). Aufgerufen am 18.01.2010). Damals wie heute erfüllen diese öffentliche Aufgaben der wirtschaftlichen, sozialen, gesundheitlichen und kulturellen Förderung der Studierenden an deutschen Hochschulen. Bereits 1921 wurde die Vorläuferinstitution davon gegründet. Zur Geschichte des Deutschen Studentenwerkes: 1921-2001: 80 Jahre Deutsches Studentenwerk. Bonn 2002.

¹¹² Der Deutsche Hochschulverband, der 1950 neu gegründet wurde, setzt sich „für eine unparteiische Wissenschaft in einem freiheitlichen Rechtsstaat ein. Seine grundlegenden Prinzipien sind die Freiheit und die Unteilbarkeit von Forschung und Lehre.“ Der Verband gestaltet die Hochschul- und Bildungspolitik in Deutschland aktiv mit. Darüber hinaus vertritt er auf hochschulpolitischem, rechtlichem und wirtschaftlichem Gebiet die Interessen der Hochschullehrer gegenüber Staat und Gesellschaft. Großen Wert legt er darüber hinaus auf die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. (Vgl. u. a. Bauer, Franz: Geschichte des Deutschen Hochschulverbandes. München 2000; Fritzsche, Bence: Dreißig Jahre Hochschulverband. Reden und Referate zum 30jährigen Bestehen auf dem 30. Hochschulverbandstag vom 4. bis 6. März 1980 in Hannover. Bonn-Bad Godesberg 1980).

¹¹³ Auf diese wird im Kapitel 2.4 „Demokratisierung der Hochschule“ noch näher einzugehen sein.

¹¹⁴ Signifikant ist jedoch die Tatsache, dass das Thema der Hochschulreform bis Mitte der 1960er Jahre außerhalb der studentischen Diskussion, wie die studentische Publizistik beweist. (Vgl. Spix, Boris: Abschied vom Elfenbeinturm?)

¹¹⁵ Vgl. ebd. S. 94f.

¹¹⁶ Vgl. Webler, Wolff-Dietrich: Forschung zu Hochschulpolitik und -planung des Staates, der Verbände und sozialer Bewegungen. In: Goldschmidt, Dietrich; Teichler, Ulrich; Webler, Wolff-Dietrich (Hg.): Forschungsgegenstand Hochschule. S. 233-274. Hier: S. 238.

¹¹⁷ Vgl. beispielsweise Tellenbach, Gerd (Hg.): Probleme der Deutschen Hochschulen. Die Empfehlungen der Hinterzartener Arbeitstagungen im August 1952. Göttingen 1953 (= Schriften des Hochschulverbandes 3).

triellen Gesellschaft¹¹⁸ und Fernseh- und Rundfunksendungen mit der hochschulpolitischen Lage der Zeit und waren richtungsweisend für den Diskurs.

Auch die Medien partizipierten am Diskurs: Eine dominierende Position auf dem Gebiet der Periodika nahm die Zeitschrift „Die Deutsche Universitätszeitung“, die seit 1969 mit dem „Hochschuldienst“ vereinigt wurde, ein. Hier meldeten sich zumeist die Betroffenen selbst, angefangen bei Professoren über Assistenten und Wissenschaftlichen Mitarbeitern bis hin zu den Studenten, zu Wort. Insgesamt betrachtet kann diese Beteiligung der akademischen Öffentlichkeit an der Diskussion als neues Phänomen klassifiziert werden, wie Vergleiche mit vorausgegangenen Jahrzehnten ergeben.¹¹⁹ Auch Politiker und Verbände nahmen in diesem Medium Stellung zu aktuellen Fragen und Aspekten der Hochschulreform. Oftmals entspann sich in der Zeitschrift selbst bereits eine Diskussion, lieferten sich Befürworter und Gegner bestimmter Sachverhalte einen Schlagabtausch, den man bewusst abdruckte und somit der Öffentlichkeit zugänglich machte.

Wurden diese Reformvorschläge – abgesehen von den Fernseh- und Rundfunksendungen und den öffentlichen Vorträgen – zumeist nur von dem akademischen Publikum rezipiert, so zog die Reformdebatte auch in der weiteren Öffentlichkeit durchaus ihre Kreise; Schlüsselereignisse wie beispielsweise die Verabschiedung des Hessischen Hochschulgesetzes von 1965 oder die Gründung der Bundesassistentenkonferenz 1968 wirkten als Katalysatoren. Überregionale Zeitungen wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Die Zeit“ und „Die Welt“, die über eben solche Bericht erstatteten, wurden zu Foren der Diskussion, weshalb sie für diese Arbeit ebenfalls als Quellengruppe herangezogen wurden.

Zunächst soll aus der Vogelperspektive der Diskurs insgesamt differenziert werden, wofür auf zwei unterschiedliche Ansätze rekurriert wird. In einem zweiten Schritt soll der Fokus dann auf einzelne Aspekte des Diskurses verengt werden. Damit spiegelt die Analyse zugleich ein Phänomen des öffentlichen Diskurses selbst wider, denn nach einer Auseinandersetzung mit dem Gesamtphänomen Universität zu Be-

¹¹⁸ Vgl. beispielsweise Neue Wege zur Hochschulreform: Differenzierte Gesamthochschule – Autonome Universität. Diskussionsleiter: Prof. Hellmut Becker; Referent: Ralf Dahrendorf. Hg. v. Bergerdorfer Gesprächskreis zu Fragen der freien industriellen Gesellschaft. Hamburg; Berlin 1967.

¹¹⁹ Vgl. Schelsky, Helmut: Einsamkeit und Freiheit. Düsseldorf 1971. S. 185: Ein Vergleich mit den 1920er Jahren verdeutlicht dies eindrücklich. Im Analysezeitraum kamen nun Vorschläge sowohl von offizieller und halboffizieller Seite als auch von einzelnen Gelehrten.

ginn des Untersuchungszeitraumes setzte eine „Partikularisierung“¹²⁰ des Reform-Diskurses ein, wurden verschiedene Aspekte isoliert analysiert.

2.1.3 Überblick über den Diskurs

Kloss' Eindruck, dass in der frühen Nachkriegszeit kaum der Wunsch zu erkennen war, „Sinn und Zweck der Universitäten neu zu definieren“¹²¹, kann beigespflichtet werden:

Anders als in der DDR wurde im Gebiet der späteren Bundesrepublik nach 1945 die Frage nach einer grundlegenden Hochschulreform zunächst nicht ernstlich gestellt. Eher war das Bestreben unverkennbar, wieder an eine Tradition anzuknüpfen und die jüngste Vergangenheit als einen verderblichen Bruch mit eben dieser Tradition zu begreifen.¹²²

In den unmittelbaren Nachkriegsjahren konzentrierten sich die Universitäten und der Staat zunächst einmal auf die Gewährleistung der äußeren, materiellen Grundlagen.¹²³ Die Restauration der Universitäten nach dem Weimarer Vorbild wurde betrieben¹²⁴, weshalb Teichler im Kontext seiner vorgenommenen Phaseneinteilung von der Restitutionsphase spricht¹²⁵. Sein Urteil darüber fällt bemerkenswerter Wei-

¹²⁰ Vgl. Teichler, Ulrich: Probleme der Hochschulreform in der Bundesrepublik Deutschland (Diskussionsbericht). In: Teichler, Ulrich; unter Mitarbeit von Opitz, Kurt (Hg.): Faktoren und Zielvorstellungen der Hochschulreform in der Bundesrepublik Deutschland. Bericht und Dokumentation über eine Tagung im Unesco-Institut für Pädagogik in Hamburg vom 9. bis 13. Juni 1969. Hamburg 1970. S. 61-100. Hier: S. 96. Bereits zu Beginn seiner Einleitung weist Teichler allerdings auf die mit der Partikularisierung verbundene Gefahr der Reformdiskussion hin, die nicht verschwiegen werden soll: Durch die isolierende Betrachtungsweise berge sie die Gefahr einer Verzerrung der Diskussion. Sein Eindruck ist, dass die Diskussionspartner oftmals aneinander vorbeiredeten, da ihr Wunsch zur Veränderung unterschiedlich ausgeprägt sei. Kompromisse führten schließlich dazu, dass sich die gewünschten Wirkungen gegenseitig aufheben würden.

¹²¹ Kloss, Günther: Hochschulreform in der Bundesrepublik Deutschland. Die Last der Tradition. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 6 (1968) Nr. 21. S. 20-41. Hier: S. 20; auch Besson stellte dies fest: Die Restauration des bürgerlichen Lebens sei an den deutschen Universitäten deutlichst sichtbar gewesen. „Die Chance des prinzipiellen Neuanfangs nach 1945 wurde verpasst. (Vgl. Universitätsreform in der heutigen Zeit. Ein Vortrag von Professor Dr. Waldemar Besson. Hg. v. Senator für Wissenschaft und Kunst. Berlin 1967. S.11).

¹²² Ellwein, Thomas: Die deutsche Universität. S. 243.

¹²³ Vgl. beispielsweise Schneider, Friedrich: Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates und die Probleme der Hochschulgesetzgebung. In: Loccumer Protokolle 8 (1968): Hochschulpolitik und Gesellschaftspolitik. Tagung vom 18. bis 21. März 1968. Loccum 1968. S. 36-52. Hier: S. 36f.

¹²⁴ Vgl. Peisert, Hansgert; Framheim, Gerhild: Das Hochschulsystem in der Bundesrepublik Deutschland. S. 12; Rudolf, Hedwig; Husemann, Rudolf: Hochschulpolitik zwischen Expansion und Restriktion. Ein Vergleich der Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Frankfurt; New York 1984. S. 23; Schelsky, Helmut: Einsamkeit und Freiheit. S. 134; Schüle, Johann August: Monster oder Freiraum? Texte zum Problemfeld Universität. Gießen 1979. S. 161.

¹²⁵ Vgl. Teichler, Ulrich: Einleitung. In: Teichler, Ulrich; unter Mitarbeit von Opitz, Kurt (Hg.): Faktoren und Zielvorstellungen der Hochschulreform in der Bundesrepublik Deutschland. S. 7-17. Hier: S. 7.

se, weil zeitlich sehr früh, äußerst harsch aus: Restituiert wurde nämlich damit seiner Meinung nach auch die „Unfähigkeit der Hochschule den gesellschaftlichen Wandel vermittelt eigener Ziel- und Strukturveränderungen mit zu vollziehen.“¹²⁶

Zu diesem Zeitpunkt war der Gedanke an eine grundlegende Hochschulreform noch nicht „sagbar“, da dieser Bruch allzu deutlich auf das Versagen in der NS-Zeit hingedeutet hätte. Mit dem Anknüpfen an die Zeit der Weimarer Republik konnte man leichter auf die lange Tradition der Universität als Institution rekurrieren.

Zwar ist Schabedoth definitiv zu widersprechen, wenn er konstatiert, dass der Hochschule erst seit Mitte der 1960er Jahre eine Identitätskrise attestiert wurde¹²⁷, doch war die Intensität des öffentlichen Diskurses um die Hochschulreform tatsächlich seit 1945 sehr gering.¹²⁸ Vereinzelte Rufe nach einer Reform verhallten weitestgehend unerhört. Obgleich bereits Becker¹²⁹ 1918 die Notwendigkeit einer solchen erkannt hatte, zweifelte zu jener Zeit die Majorität an Heimpels Ansicht, dass die Universität im Kern gesund sei, nicht.¹³⁰

Erst als diese erste Phase des Wiederaufbaus zu Ende ging und die Wirtschaft der jungen Bundesrepublik zu prosperieren begann, konnte man auch den Fokus auf die inhaltliche Ausgestaltung der altherwürdigen Institution Universität richten. Zu den exogenen Faktoren gehört zweifelsohne auch die demographische Entwicklung, die auch in der Interdependenz zur ökonomischen Situation zu sehen ist: Diese Veränderungen der Rahmenbedingungen evozierten die Veränderungen des Diskurses; d. h.: Erst nach der Überwindung der sozio-ökonomischen Krise, in der sich die bundesrepublikanische Bevölkerung in der direkten Nachkriegszeit befand, war man bereit die Krise der Universitäten wahrzunehmen, konnte man sich nicht länger auf das Argument, dass die Universität „im Kern gesund“ sei, zurückziehen.¹³¹ Zunächst lautete die Forderung nach Kontinuität im Wandel: „Die Aufgabe einer Reform muss es sein, den gesunden Kern der Tradition in den Dienst der Notwendig-

¹²⁶ Ebd.

¹²⁷ Vgl. Schabedoth, Hans-Joachim: Hochschulreform – eine verpasste Chance. S. 1.

¹²⁸ Vgl. Schmidt, Lothar; Thelen, Dieter: Hochschulreform. Gefahr im Verzuge? Mit einem Gesetzesentwurf. Frankfurt 1969 (= Informationen zur Zeit). S. 9.

¹²⁹ War Carl Heinrich Becker (1876-1933) zu diesem Zeitpunkt noch Vortragender Rat im preußischen Kultusministerium, wurde er bereits 1919 Staatssekretär und schließlich 1921 und 1925-30 parteiloser preußischer Kultusminister in der Regierung Otto Braun. Er kann als Förderer der Hochschulreform gelten. Auch initiierte er die ersten Pädagogischen Akademien und die Deutsche Dichterkademie. Seit 1930 war Becker, der Begründer der Islamwissenschaft in Deutschland, dann als Professor und Herausgeber der Zeitschrift „Der Islam“ in Berlin tätig. (Vgl. Deutsche Biographische Enzyklopädie. Band 1: Aachen-Boguslawski. München 1995. S. 376).

¹³⁰ Vgl. Kloss, Günther: Hochschulreform in der Bundesrepublik Deutschland. Die Last der Tradition. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 6 (1968) Nr. 21. S. 22.

¹³¹ Vgl. Hess, Gerhard: Probleme der deutschen Hochschule und die Neugründungen. S. 21.

keiten unserer Zeit zu stellen.“¹³² Allmählich konnte daraus ein neu akzentuierter, intensiver Diskurs entstehen: Dieser Diskurs um die Hochschulreform avancierte in den 1960er Jahren zu einem der bestimmenden Themen mit der größten Relevanz und Brisanz in der Publizistik – zu keiner Zeit sprach man so viel von Universität und Bildung, was den Zeitgenossen auch durchaus bewusst war.¹³³ Nicht zuletzt zum einen durch Georg Pichts¹³⁴ Veröffentlichung „Die Bildungskatastrophe“¹³⁵ und zum anderen durch die Studentenbewegung.¹³⁶ Bereits Zeitgenossen realisierten die Bedeutung, die dieser zukam – erst eine neue Generation formulierte dieses Postulat nach einer grundlegenden Hochschulreform in bewusster Abgrenzung zum Dritten Reich:

Ohne die Studenten, gerade ohne die heute häufig verfeimten Gruppen, stünde es noch viel schlechter um die Reform der Universität, als es ohnehin der Fall ist. [...] Die studentischen Gruppen haben nicht nur zur Aufdeckung der Mängel, sondern auch zur intellektuellen Analyse und zur Erinnerung der wissenschaftlich gebundenen Emanzipationsziele der Universität eine nicht wegzudenkende Leistung erbracht.¹³⁷

Im Folgenden soll anhand zweier Modelle zur Kategorisierung ein Überblick über den Diskurs gegeben werden. Mithilfe der Periodisierung des Soziologen

¹³² Gutachten zur Hochschulreform. Hg. v. Studienausschuß für Hochschulreform. Hamburg 1948. S. 4.

¹³³ Vgl. Bahrtdt, Hans: Universität und Öffentlichkeit. In: Deutsche Universitätszeitung II (1969). S. 1-3. Hier: S. 1; Schwarz, Richard: Universitas und Universität – sind sie heute überholt? In: Deutsche Universitätszeitung XII (1969). S. 1-4. Hier: S. 1.

¹³⁴ Der Pädagoge und Religionsphilosoph Georg Picht (1913-1982), Urenkel des Archäologen Ernst Curtius und Neffe des Romanisten Ernst Robert Curtius, studierte klassische Philologie, Philosophie und Pädagogik in Freiburg. Nach seiner Tätigkeit an der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft, wurde er 1965 Ordinarius für Religionsphilosophie an der Theologischen Fakultät der Universität Heidelberg. In den Jahren 1952-62 war er Mitglied des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen und kann mit seiner Kritik am deutschen Bildungswesen als Wegbereiter der Bildungsreform gelten. (Vgl. Deutsche Biographische Enzyklopädie. Band 7: May-Pleßener. München 1998. S. 662).

¹³⁵ Vgl. Freiheit in Not. Universität heute – Chaos oder Reformmodell? Hg. v. Verein für Studentische und Hochschulfragen e.V. Bonn 1972. S. 1.

¹³⁶ Vgl. Bahrtdt, Hans: Universität und Öffentlichkeit. In: Die Deutsche Universitätszeitung II (1969). S. 1; Laepple, Klaus: Die Akzente der Diskussion der Hochschulreform und ihre Ergebnisse seit 1968. In: Material zur Diskussion der Hochschulreform. Bonn 1972 (= Materialien zur Tagungs- und Seminararbeit der Politischen Akademie Eichholz 22). S. 32-35. Hier: S. 32; Reimann, Bruno W.: Hochschulreform – Illusion und Pleite? Bonn 1978. S. 52.

¹³⁷ Narr, Wolf Dieter: Krise oder Ende der Universitätsreform? Fünf Minuten nach zwölf – Ein Appell zur radikalen Universitätsreform. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfrage 23 (1969). S. 44-62. Hier: S. 54.

Schelsky¹³⁸ lassen sich die verschiedenen Reformvorschläge in drei Phasen einteilen. Die Akteure des frühen öffentlichen Diskurses verstanden sich selbst noch als Bildungs- und Erziehungsreform der Universität. In diesem Rahmen machte man bewusst Anleihen an die Reformbemühungen Beckers und auch an angelsächsische Vorschläge.¹³⁹ Ihren Akzent setzten diese Reformvorschläge auf die Stärkung der Allgemeinbildung. Auch die Erziehung der Studenten zum Gemeinschaftsleben und ihre außerwissenschaftliche Erziehung im Allgemeinen wurden bei diesen Vorschlägen groß geschrieben. Da man lange Zeit als Schwerpunkt des Gutachtens des „Studienausschusses für Hochschulreform“¹⁴⁰, besser bekannt unter der Bezeichnung „Blaues Gutachten“ aus dem Jahr 1948, das Studium generale angesehen hatte – dies sollte jedoch nur der Ergänzung des Lehrplans dienen, um der Ausbildung reiner Spezialisten im Vorfeld mittels Ringvorlesungen und kleinen Arbeitsgruppen präventiv zu begegnen –, wurde im Diskurs ein Begriff von Allgemeinbildung konserviert, der die Entwicklung der modernen Wissenschaft und die damit verbundene Berufssituation der Akademiker ignorierte.¹⁴¹ Als Empfehlungen sprach der Studienausschuss auch die Vermehrung der Diätenstellen für habilitierte Dozenten und die Einführung einer neuen Klasse von Lehrstellen des sogenannten Mittelbaus aus. Damit intendierten die Hamburger Gutachter sowohl die Förderung des akademischen Nachwuchses als auch die Intensivierung des akademischen Unterrichts. Auch der Vorschlag, „bewährte Persönlichkeiten aus dem praktischen Leben“ zu akade-

¹³⁸ Über die politische Lehre von Thomas Hobbes habilitiert, folgte Helmut Schelsky (1912-1984) 1953 dem Ruf auf den damals einzigen Lehrstuhl für Soziologie in der Bundesrepublik nach Hamburg. Infolge seiner „empirischen Kehre“ entstanden verschiedene bahnbrechende Untersuchungen, durch die er zu einem der wichtigsten Forscher in der deutschen Nachkriegssoziologie avancierte und damit auch die Soziologie als Wissenschaft etablierte. 1960 folgte der Ruf an die Universität Münster, der mit der Übernahme der Leitung der Sozialforschungsstelle Dortmund einherging. Zu dieser Zeit widmete er sich nachdrücklich dem Thema einer wissenschaftlich begründeten Universitätsreform. Zugleich übernahm er die Leitung des Gründungsausschusses der Universität Bielefeld, an die er 1970 übersiedelte. Von den Entwicklungen dort enttäuscht, initiierte er 1973 die Rückverlagerung seines Lehrstuhles an die Universität Münster, wo er 1978 emeritiert wurde. (Vgl. Deutsche Biographische Enzyklopädie. Band 8: Plett - Schmidtseder. München 1998. S. 598).

¹³⁹ Nicht unbedeutend war der Einfluss ausländischer – zumeist amerikanischer oder aber auch englischer – Vorbilder auf den öffentlichen Diskurs in der Bundesrepublik: Mithilfe eines Vergleichs zwischen dem eigenen und dem jeweils anderen Hochschulsystem versuchte man – auch später, die ausländischen Erfahrungen für die deutsche Situation fruchtbar zu machen. (Vgl. beispielsweise: Amerikanische Universitäten und Deutsche Hochschulreform. Heidelberg 1967 (= Sonderdruck aus Jahrbuch für Amerikastudien XII (1967)). S. 36-47; Raiser, Ludwig: Deutsche Hochschulprobleme im Lichte amerikanischer Erfahrungen. Kiel 1966.)

¹⁴⁰ Es stellt einen wichtigen Meilenstein auf dem Weg der Hochschulreform dar. Bochow und Joas gehen in ihrer Beurteilung sogar noch einen Schritt weiter und charakterisieren es als „eines der bedeutendsten Dokumente in der Vorgeschichte der BRD.“ (Vgl. Bochow, Michael; Joas, Hans: Der Lehrkörper der deutschen Hochschulen. In: Goldschmidt, Dietrich; Teichler, Ulrich; Webler, Wolff-Dietrich (Hg.): Forschungsgegenstand Hochschule. S. 81-105. Hier: S. 91).

¹⁴¹ Vgl. Schelsky, Helmut: Einsamkeit und Freiheit. S. 185, 186.

mischen Lehrern zu berufen, war dieser Idee geschuldet. Im Gutachten wird ebenfalls konstatiert, dass die an der modernen Universität praktizierte Lernfreiheit den Studenten erschwere, selbstständig zu studieren, weil sich die Voraussetzungen für die wissenschaftliche Arbeit komplizierter gestalteten: „Die Lernfreiheit des deutschen Studenten soll erhalten bleiben, aber diese Freiheit schließt nicht aus, im Gegenteil, sie erfordert, dass der Student von seinen akademischen Lehrern ständig beraten wird. Die Freizügigkeit ist nach Möglichkeit zu fördern.“¹⁴² Aufgrund der Intention, an die Tradition wieder anknüpfen zu wollen, waren weit reichende Rationalisierungsvorschläge zu diesem Zeitpunkt noch nicht denkbar.

Kennzeichnend für die Reformvorschläge der zweiten Phase des Diskurses waren die Bemühungen um einen räumlichen, finanziellen und personellen Ausbau der vorhandenen Hochschulen.¹⁴³ Hatte man bereits 1948 die „Vermassung“ des Studiums als Problem erkannt¹⁴⁴, erblickte der Historiker Gerhard Ritter¹⁴⁵ 1960 im „Massenstudium“ die Ursache der „Krise des deutschen Universitätswesens.“ Es stelle eine große Gefahr dar, da durch dieses allzu leicht eine Klasse des akademischen Proletariats kreiert würde.¹⁴⁶ Hielt er noch eine Vermehrung der ordentlichen Lehrstühle entsprechend der expandierenden Studentenzahlen für unrealistisch^{147 148},

¹⁴² Blaues Gutachten. In: Neuhaus, Rolf: Dokumente zur Hochschulreform 1945-1959. Wiesbaden 1961. S. 341.

¹⁴³ Vgl. dazu auch Denninger, Erhard: Das Hochschulrahmengesetz – Kernstück einer Bildungsreform? Frankfurt am Main 1972. S. 10, der diese These ebenfalls stützt, wenn er konstatiert, dass man lange Zeit die „Bildungskatastrophe“ als rein quantitatives Problem betrachtet hatte.

¹⁴⁴ Vgl. Schlaeger, Hilke: Hochschulreform nach 1945. In: Kipphoff, Petra; Randow, Thomas von; Zimmer, Dieter E. (Hg.): Hochschulführer. Hamburg ³1966. S.49-58. Hier: S. 49; Nitsch, Wolfgang: Hochschule. Soziologische Materialien. S. 92: Durch die Vermassung des Studiums sei ein notwendiger Kontakt der Studenten mit den Dozenten seltener geworden. Gleichzeitig bereite die höhere Schule sie weniger als früher auf das Studium vor.

¹⁴⁵ Der Pastorensohn Gerhard (Georg Bernhard) Ritter (1888-1967), der bei Hermann Oncken promovierte und sich mit einer Untersuchung über den Ockhamisten Marsilius von Inghen habilitierte, setzte sich darstellerisch mit der gesamten Geschichte vom Spätmittelalter bis zu Gegenwart auseinander. Dabei war er sowohl methodisch als auch politisch sehr traditionsbewusst. Während seiner Tätigkeit als Ordinarius in Hamburg kam er in Kontakt mit dem Kreis um Aby Warburg. Danach erhielt er einen Ruf nach Freiburg, wo er in einen offenen Konflikt mit dem badischen Zentrum geriet. „Seine Überzeugung vom überparteilichen Charakter des Staats ließ ihn 1933 sofort auf Distanz zur ‚völkischen‘ Ideologie des nationalsozialistischen Regimes wie auch zum Freiburger Rektor Martin Heidegger gehen.“ Vor dem Hintergrund seiner Ablehnung der „Deutschen Christen“ engagierte er sich in der „Bekennenden Kirche“. Gemeinsam mit Kollegen verfasste er Denkschriften zur gesellschaftlichen Neuordnung nach dem Ende der Diktatur. Nach dem Krieg wirkte er maßgeblich am Neuaufbau der deutschen Geschichtswissenschaft mit. (Vgl. Deutsche Biographische Enzyklopädie. Band 8: Plett-Schmidseder. München 1998. S. 329).

¹⁴⁶ Vgl. Ritter, Gerhard: Die Krisis des deutschen Universitätswesens. Tübingen 1960. S. 3.

¹⁴⁷ Vgl. ebd. S. 4. Er zog die Einführung von fachlichen Eignungsprüfungen für alle Studenten am Ende des ersten Studienjahres in Betracht. (Vgl. ebd. S. 13). Seiner Meinung nach gehörten Elementarkurse nicht an die Universität, müsste diese doch vielmehr von solchen Nachprüfungen entlastet werden. Schließlich richtet Ritter seine Aufmerksamkeit auf die Schaffung eines ausgeglichenen Examenssystems. (Vgl. ebd. S. 24). Einführende Veranstaltungen sollten von Hilfskräften über-

charakterisierte der Historiker Ernst Anrich den „energischen Ausbau der bestehenden Universitäten und Technischen Hochschulen“ als archimedischen Punkt.¹⁴⁹ Nach einer Beschreibung wesensunmittelbaren Formen der Universität wendet Anrich sich ihrer Gefährdung zu und kristallisiert dabei fünf Faktoren heraus. Der „Überflutung durch die große Zahl“¹⁵⁰, erster Punkt seiner Liste, stehe ein nicht gewachsener Lehrkörper, der mit dieser überfordert sei, gegenüber.¹⁵¹ Neben der Gefährdung durch die Expansion von außer-universitären Forschungsinstituten¹⁵² klassifizierte er das „Erlahmen der universitären Geschlossenheit“ als höchst problematisch.¹⁵³ Die Existenz einer studentischen Bewegung eruierte er ferner als Desiderat.¹⁵⁴

nommen werden. Ihm schwebte ein verstärkter Einsatz der Gruppe der „wissenschaftlichen Räte“ vor, denen jedoch eine angemessene Stellung eingeräumt werden müsse. (Vgl. ebd. S. 29).

¹⁴⁸ Bereits die Hochschulkonferenz in Bad Honnef 1955 hatte sich auf die Themen „Ergänzung des Lehrkörpers“ und „Studentenförderung“ spezialisiert. (Vgl. Tellenbach, Gerd: Studien- und Prüfungsordnungen im Zusammenhang mit der Hochschulreform. (=Referat auf der Tagung der westdeutschen Kultusminister und Hochschulrektoren am 26./27. Oktober 1960 in Marburg). In: Mielitz, Reinhard (Hg.): Gerd Tellenbach. Der sibyllinische Preis. Schriften und Reden zur Hochschulpolitik 1946-1963. Freiburg 1963. S. 229-238. Hier: S. 229). Eine weitere Etappe innerhalb des langen Hochschulreform-Weges nach 1945 stellte der Reformplan des Hofgeismarer Kreises von 1956 dar, der von der folgenden Erkenntnis geleitet war: „Abgesehen von der ihrer zahlenmäßigen Unzulänglichkeit genügen die Lehrkörper der Hochschulen auch in ihrer Gliederung und in der Verteilung ihrer Aufgaben nicht mehr den Forderungen der Gegenwart. Der überlieferte Aufbau des Lehrkörpers setzt gesellschaftliche und wirtschaftliche Verhältnisse voraus, die heute nicht mehr bestehen. Auch aus diesen Gründen kann er seine Aufgaben nicht mehr erfüllen.“ (Neugliederung des Lehrkörpers. Hg. v. Hofgeismarer Kreis. In: Neuhaus, Rolf (Hg.): Dokumente zur Hochschulreform 1945-1959. Wiesbaden 1961. S. 467). Basierend auf einer Funktionsanalyse der Hochschullehrer nehmen die Reformer darin eine Differenzierung der Tätigkeitsbereiche derselben in Verwaltungstätigkeiten, technisch-organisatorischen Routinearbeiten und der Partizipation in der Selbstverwaltung, Forschung, Lehre, Unterricht und Erziehung vor. Daraus leiten sie dann nachfolgend die Existenz von drei Funktionsgruppen für die Universität ab: Zum einen sollte es eine Gruppe von Forschern und Lehrern geben, die die weitere Entwicklung der Wissenschaft forcieren. Zum Zweiten wird die Notwendigkeit einer Gruppe von Lehrern mit ausgeprägten wissenschaftlichen Anlagen und Interessen, die für die Wissensvermittlung, methodische Schulung und der Beratung der Studenten Sorge tragen, gesehen. Schließlich müsse die wissenschaftliche Routinearbeit von einer weiteren Gruppe des Lehrkörpers übernommen werden. (Vgl. Neugliederung des Lehrkörpers. Hg. v. Hofgeismarer Kreis. In: Neuhaus, Rolf (Hg.): Dokumente zur Hochschulreform 1945-1959. S. 486). Künftige wissenschaftliche Kräfte sollten alle drei dieser Stadien durchlaufen. Im mittleren Bereich sollten jedoch vollwertige und vor allem für den Nachwuchs attraktive Dauerpositionen geschaffen werden, um einer mentalen Fixierung auf das Ordinariat zu begegnen.

Signifikant für den hier zu analysierenden Diskurs ist, dass die Hofgeismarer Reformer schon zu diesem Zeitpunkt darum wussten, dass organisatorische Maßnahmen allein nicht ausreichen würden: Ihre Hoffnung war es, dass diese zumindest eine Veränderung des geistigen Lebens an den Hochschulen initiieren würden, in deren Rahmen dann auch die „geistigen Probleme der Hochschulreform“ gelöst werden könnten. (Vgl. ebd. S. 497). Doch auch dieser Plan verhallte ebenso wie die nachfolgenden mahnenden Stimmen ohne größeres Echo.

¹⁴⁹ Anrich, Ernst: Die Idee der deutschen Universität und die Reform der deutschen Universitäten. Darmstadt 1960. S. 91.

¹⁵⁰ Vgl. ebd. S. 58ff.

¹⁵¹ Vgl. ebd. S. 64ff.

¹⁵² Vgl. ebd. S. 69.

¹⁵³ Vgl. ebd. S. 70ff.

¹⁵⁴ Vgl. ebd. S. 76ff.

Da die Universität jedoch noch nicht „unwiederbringlich verloren“ sei, widmet sich Anrich auch der Reform. Für ihn bestand die Notwendigkeit am Punkt der Studentenzahlen anzusetzen und einen intensiven Ausbau zu postulieren.¹⁵⁵ Bemerkenswert ist die Aussage, weil sie absolut repräsentativ für den öffentlichen Diskurs jener Zeit gelten kann. Doch geht er noch einen Schritt weiter und nimmt damit eine Zwischenstellung zwischen der zweiten und der dritten Phase ein, wenn er feststellt, dass eine Erweiterung der Kapazitäten allein nicht ausreiche: „Es kommt vielmehr auf die inneren, die geistigen Maßstäbe an, die der geldlichen Aufwendung zu Grunde gelegt werden; nur diese können die Not steuern.“¹⁵⁶ In der Rückbesinnung auf das ursprüngliche Wesen der Universität sieht er den Schlüssel zu einer erfolgreichen Reform.¹⁵⁷

Bald setzte sich die Meinung durch, dass rein „äußere“ Maßnahmen zur Hochschulreform nicht alleine ausreichen¹⁵⁸: So sah der deutsch-britische Soziologe, Autor und Liberale Ralf Dahrendorf in seiner wegweisenden Publikation „Bildung ist Bürgerrecht“ (1965) die Überfüllung der Hochschulen bereits als Ausdruck ihres strukturellen Mangels an, womit er nicht alleine stand: Noch Anfang der 1970er Jahre stößt man auf diese Argumentationslinie.¹⁵⁹ Er konstatierte, dass die Hochschulen durchaus in der Lage wären, eine erhebliche Erhöhung der Studentenzahlen aufzunehmen, wenn ihre innere Organisation darauf abgestimmt würde.¹⁶⁰ Sein Lösungsansatz zielte auf eine Reduzierung der durchschnittlichen Studiendauer ab. Dabei intendierte er eine Gliederung der wachsenden Studentenzahlen, die dann „in begrenzter Zeit sinnvollen Abschlüssen“¹⁶¹ zugeführt werden sollten. Aufgrund des von ihm als neu formulierten Ziels der Reform – eben möglichst vielen Studenten

¹⁵⁵ Vgl. ebd. S. 91.

¹⁵⁶ Ebd. S. 82.

¹⁵⁷ Vgl. ebd. S. 83; so heißt es dort zuvor: „Es kommt vielmehr auf die inneren, die geistigen Maßstäbe an, die der geldlichen Aufwendung zu Grunde gelegt werden; nur diese können die Not steuern.“ (Ebd. S. 82).

¹⁵⁸ Vgl. Kromphardt, Karl: Um die innere Reform unserer Hochschulen und Universitäten. In: Der Convent 20 (1969) Nr. 3. S. 72-74. Hier: S. 72; Münch, Werner: Die Ergebnisse der studentischen Protestbewegung seit 1968. In: Material zur Diskussion der Hochschulreform. S. 36-44. Hier: S. 39.

¹⁵⁹ Im Jahr 1971 gab Richard Löwenthal, der die Hochschulkrise in der Strukturkrise des deutschen Hochschulsystems und in der „internationalen Krise im Bewusstsein, in der politischen und kulturellen Haltung des intellektuell aktivsten Teils der jungen Generation der westlichen Welt“ begründet sah (Vgl. Löwenthal, Richard: Hochschule für die Demokratie. Grundlinien für eine sinnvolle Hochschulreform. Köln 1971. S. 12f.), seinen Kommentar zum Stand der Hochschuldiskussion ab. Die erste Krise führte er auf zwei Momente zurück, wobei er sich absolut im Rahmen des Diskurses bewegt: Die Strukturkrise sei durch die Entwicklung zur Massenuniversität bedingt und gehe mit einem Fragwürdigwerden auf inhaltlicher Ebene einher. (Vgl. ebd. S. 13f.).

¹⁶⁰ Vgl. Dahrendorf, Ralf: Bildung ist Bürgerrecht. Ein Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik. Hamburg 1965. S. 101ff.

¹⁶¹ Ebd. S. 109.

Bildung und Ausbildung zuteil werden zu lassen – stellte die Studienreform das Schlüsselmoment einer expansiven Bildungspolitik dar: Mehr Studenten sollten zu einem qualifizierten Abschluss geführt werden. Neue Formen der Lehre galt es dafür fruchtbar zu machen.¹⁶² Strukturell betrachtet müsse die Universität zur „Multi-versität“ transformiert werden.¹⁶³

Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates¹⁶⁴ zur Struktur- und Verwaltungsorganisation (1968) – dieser hatte sich in seiner Anfangsphase aufgrund des rein quantitativen Drucks der wachsenden Studentenzahlen ebenfalls auf Fragen des Ausbaus wissenschaftlicher Einrichtungen konzentriert¹⁶⁵ – demonstrieren, dass sich bereits 1968 eine dritte Phase ihre Bahn gebrochen hatte¹⁶⁶: Den Wissenschaftsrat erreichte diese Einsicht mit einiger Zeitverzögerung¹⁶⁷: Er setzte sich zwar auf der einen Seite mit den hochschulpolitischen Fragen eher reaktiv auseinander, doch wurden seine Empfehlungen auf der anderen Seite zumeist kritiklos von der Ministerialbürokratie übernommen¹⁶⁸ – ein wichtiger Hinweis für die Einschätzung seiner Rolle im öffentlichen Diskurs: Das Ergebnis ist, „die Einsicht, daß es sich beim Ausbau der Hochschulen nach der Mitte des 20. Jahrhunderts nicht mehr um bloße Reformen, sondern um Neugestaltungen großzügiger Art handeln muß.“¹⁶⁹ Jene Einsicht¹⁷⁰, dass man allein „mit formalen Änderungen an der Universitätsstruktur [...] den

¹⁶² Vgl. ebd. S. 108f.

¹⁶³ Vgl. ebd. S. 111.

¹⁶⁴ Die Bedeutung des Wissenschaftsrates – auch und gerade für den öffentlichen Diskurs – liegt in seinem Charakter als „Clearingstelle“, die „zwischen den verschiedenen die Hochschulentwicklung betreffenden Interessen vermittelte und Kompromisse in ‚Empfehlungen‘ umsetzt“ begründet. (Rudolf, Hedwig; Husemann, Rudolf: Hochschulpolitik zwischen Expansion und Restriktion. S. 29).

¹⁶⁵ Vgl. Berger, Rolf: Zur Stellung des Wissenschaftsrats bei der wissenschaftspolitischen Beratung zwischen Bund und Ländern. S. 106f.

¹⁶⁶ Vgl. Schelsky, Helmut: Einsamkeit und Freiheit. S. 197, 198.

¹⁶⁷ Vgl. Berger, Rolf: Zur Stellung des Wissenschaftsrats bei der wissenschaftspolitischen Beratung zwischen Bund und Ländern. S. 110/111.

¹⁶⁸ Vgl. ebd.

¹⁶⁹ Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Struktur und Verwaltungsorganisation der Universitäten. Hg. v. Wissenschaftsrat. Bonn – Bad Godesberg 1968. S. 8. So wurden im Analysezeitraum beispielsweise die Universitäten Konstanz, Bochum, Ulm und Bielefeld neu gegründet (Vgl. beispielsweise: Neue Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen Jahrgang VII (1969). Nr. 22. S. 18-24; Mikat, Paul; Schelsky, Helmut: Grundzüge einer neuen Universität. Zur Planung einer Hochschulgründung in Ostwestfalen. Gütersloh 1967 (= Wissenschaftstheorie – Wissenschaftspolitik – Wissenschaftsgeschichte 1).

¹⁷⁰ Aschoff konstatierte diese Notwendigkeit bereits 1965 während einer Ansprache: „Die letzten 15 Jahre stand unsere Hochschule vor allem vor dem Problem, für eine ständig wachsende Zahl von Studierenden ein ordnungsgemäßes Studium sicherzustellen. Jetzt scheint dieses Wachstum für einige Jahre zum Stillstand gekommen zu sein. Ich glaube, wir sollten diese äußerliche Stabilisierung nutzen, um die inneren Probleme unserer Hochschulen erneut zu durchdenken.“ (Aschoff, Volker: Von der Freiheit der Wissenschaft und ihrer Gefährdung in unserer Zeit (= Ansprache des scheidenden Rektors am 12.11.1965). In: Aschoff, Volker: Alma Mater Utopia. Reden und Briefe zur Hochschulreform. Ratingen 1967. S. 34-38. Hier: S. 34).

Kern der Probleme“¹⁷¹ nicht treffe, hatte sich etabliert. Symptomatisch für das Stadium, in das der Diskurs zwei Jahre später, also im Jahr 1969 eingetreten war, ist bereits der Untertitel der Publikation Schelskys „Die Universität im Fadenkreuz des Versagens.“¹⁷² Der desolate Zustand der Universitäten ließ sich nicht länger verleugnen¹⁷³ – In Schelskys Schlussfolgerung präsentiert sich der Diskurs der 1960er erneut selbstreferentiell, wenn er Bezug auf ein früheres Stadium des Diskurses zur Hochschulpolitik nimmt: Die Situation der 1920er bzw. Anfang der 1950er, „als man sich der Illusion hingab, die Universität wäre ‚im Kern gesund‘“ erinnerte ihn an die damals gegenwärtige.¹⁷⁴ – Mit der antithetischen Formulierung des Heimpelschen Zitats beschreibt Narr dies folgendermaßen: „[...] die Universität ist in vielen ihrer Glieder, wenn nicht gar im Kern krank.“¹⁷⁵ Die Aufgaben, die sich den Hochschulen in der Phase des Wiederaufbaues nach 1945 gestellt hatten – organisatorische Neugestaltung in der Lehre¹⁷⁶, Öffnung für das Massenstudium und das Realisieren der geistig-politischen Gesamtfunktion – waren nicht erfüllt worden.¹⁷⁷ Nun galt es daher vielmehr konkret die Probleme zu eruieren und sie zu benennen, um dann nach möglichen Lösungsansätzen zu suchen, zumal die Universitätsreform zu dieser Zeit nach Schelskys Erachten von einer Planungsspielerei dominiert wurde, „die sich darin erschöpft, neue Organisationsformen vorzuschlagen [...]“.¹⁷⁸ Neben exogenen Faktoren¹⁷⁹, die der Autor für die veränderte Situation verantwortlich

¹⁷¹ Vgl. Neue Wege zur Hochschulreform: Differenzierte Gesamthochschule – Autonome Universität. Hg. v. Bergedorfer Gesprächskreis zu Fragen der freien industriellen Gesellschaft. S. 8.

¹⁷² Vgl. Schelsky, Helmut: Abschied von der Hochschulpolitik oder Die Universität im Fadenkreuz des Versagens. Bielefeld 1969. Schließlich attestierte Löwenthal, genauso wie bereits Schelsky es 1969 getan hatte, der Hochschule ihre Unfähigkeit zur Selbstreform. (Vgl. Löwenthal, Richard: Hochschule für die Demokratie. S. 16).

¹⁷³ Vgl. beispielsweise auch: Vogel, Bernhard: Universität heute – Chaos oder Reformmodell? In: Freiheit in Not. Universität heute – Chaos oder Reformmodell? Hg. v. Verein für Studentische und Hochschulfragen. Bonn 1972. S. 1-6.

¹⁷⁴ Schelsky, Helmut: Abschied von der Hochschulpolitik oder Die Universität im Fadenkreuz des Versagens. S. 133/134.

¹⁷⁵ Narr, Wolf Dieter: Die gegenwärtige Funktion des Assistenten und ihre Problematik dargestellt auf der Assistententagung der Evangelischen Akademie Loccum im Januar 1968. In: Jacobsen, Hans-Adolf; Dollinger, Hans (Hg.) unter Mitwirkung von Bredow, Wilfried von: Die Deutschen Studenten. Der Kampf um die Hochschulreform. Eine Bestandsaufnahme. München 1968. S. 226-240. Hier: S. 229.

¹⁷⁶ Vgl. Löwenthal, Richard: Hochschule für die Demokratie. S. 61f.: Als unabdingbare Voraussetzungen für diese sieht er die Verbesserung der didaktischen Methoden und die Einführung eines disziplinierten Grundstudiums in den Massenfächern, in denen ein solches noch nicht existent ist.

¹⁷⁷ Vgl. ebd. S. 14, 15.

¹⁷⁸ Schelsky, Helmut: Abschied von der Hochschulpolitik oder Die Universität im Fadenkreuz des Versagens. S. 10.

¹⁷⁹ Verantwortlich für die veränderte Situation waren für ihn zum einen der Anstieg der Studentenzahlen, der auch schon von Ritter als höchst problematisch erkannt worden war, und zum anderen das Hineindrängen von Ausbildungswünschen in die Hochschulen. (Vgl. Schelsky, Helmut: Abschied von der Hochschulpolitik oder Die Universität im Fadenkreuz des Versagens. S. 19).

macht, erkannte er in der Funktionsschwäche bzw. -unfähigkeit des alten Systems der „zunftmäßig begründeten Honoratioren-Selbstverwaltung“ ein solches. Eine leitmotivisch wiederkehrende These besagte, dass die Verwaltungs- und Reformschwäche der universitären Selbstverwaltung auf der Struktur der Kollegialverwaltung basiere.^{180 181}

Neben dieser chronologischen lässt sich allerdings auch eine diachron-inhaltliche Klassifizierung der im Diskurs vorgetragenen Reformansätze vornehmen. Diese differenziert zwischen einer vorherrschenden bewahrenden und ergänzenden Tendenz, einer funktionalistischen und schließlich einer radikal-progressiven Tendenz. Diese verschiedenen Tendenzen, die ihren Niederschlag im Diskurs fanden, wurden von den unterschiedlichen Gruppen unterstützt.¹⁸² So bezog die auf Konservierung zielende Hochschulreform ihre Unterstützung vornehmlich aus dem Lager der Ordinarien.¹⁸³ Repräsentanten des Staates und der Wirtschaft, aber auch die wissenschaftlichen Mitarbeiter forcierten im öffentlichen Diskurs die Modernisierungsreform.¹⁸⁴ Die letztgenannte Tendenz stieß bei den Studenten auf größte Resonanz. Greifbar wurden diese widerstreitenden Reforminteressen beispielsweise anhand der Bestimmung der Aufgaben und Ziele der Universität, über die großer Dissens

¹⁸⁰ Vgl. Schelsky, Helmut: Abschied von der Hochschulpolitik oder Die Universität im Fadenkreuz des Versagens. S. 38. Doch sieht er die Schuld nicht allein bei den Professoren gelegen, sondern auch bei den Assistenten, Studenten und Behörden. (Vgl. ebd. S. 36, 45, 108ff.).

¹⁸¹ Bemerkenswert ist das Faktum, dass man diese These vereinzelt schon Anfang der 1960er Jahre findet: So konstatierte Rossmann, dass sowohl die Reorganisation des Lehrkörpers als auch die des Instituts- und Klinikwesens zentral für die Reform der inneren Struktur der Universität sei, da die „Selbstmächtigkeit“ desselben die Einheit des Lehrkörpers weitestgehend obsolet gemacht habe. (Vgl. Jaspers, Karl; Rossmann, Kurt: Die Idee der Universität. S. 235). Bereits zu Anfang der Studie diagnostizierten sie neben einem Niveauverlust von Studenten und Dozenten im Laufe der vergangenen hundert Jahre ein Schwinden des Zusammengehörigkeitsgefühls „in einem einzigen gemeinsamen Geist, der Idee der Universität.“ (Vgl. ebd. S. 5f.).

¹⁸² Vgl. Schabedoth, Hans-Joachim: Hochschulreform – eine verpasste Chance. S. 85.

¹⁸³ Vgl. ebd. S. 86.

¹⁸⁴ Exemplarisch sei an dieser Stelle auf Dahrendorf verwiesen. Der Autor tritt in seiner für den Diskurs entscheidenden Publikation vehement für eine aktive Bildungspolitik ein. Diese ist für ihn nur in Interdependenz mit einem Bürgerrecht auf Bildung begründbar. (Vgl. Dahrendorf, Ralf: Bildung ist Bürgerrecht. S. 22). Konsequenz einer aktiven Bildungspolitik sei die Expansion des Bildungswesens, die durch eine Reform realisiert werden könne. (Vgl. ebd. S. 45ff.). Doch die Veränderung der Bildungseinrichtungen alleine reiche nicht aus. Vielmehr gelte es auch die „Bildungsreserven“ zu mobilisieren, also „vor allem bisher unterrepräsentierte Gruppen in und durch weiterführende Schulen“ (Ebd. S. 63.) zu bringen, was einer Forderung nach einer Modernisierung der Gesellschaft gleichkam. (Vgl. ebd. S. 65ff.). Der Autor stellte einen Zusammenhang zwischen dem Erfolg der expansiven Bildungspolitik und der Erhöhung der Studentenzahlen fest.

Bemerkenswert erscheint sein Bekenntnis, dass das Prinzip der Einheit von Forschung und Lehre auf allen Ebenen einer flexibleren Vorstellung weichen müsse. (Vgl. ebd. S. 113). Schließlich schlug Dahrendorf verschiedene Maßnahmen wie Bildungswerbung (sprich: Werbung für Bildung als solches) und Straffung des Studiums (Vgl. ebd. S. 122f., 129). vor, bevor er mit einem Kapitel über Bildungsforschung, -planung und -politik schloss. (Vgl. ebd. S. 136ff.).

herrschte¹⁸⁵: Zu Beginn der 1960er Jahre, als die Idee der deutschen Universität noch zentraler Untersuchungsgegenstand war, sahen vor allem die Unterstützer der bewahrenden Tendenz in der Wissenschaft selbst, im Streben nach Wissenschaft bzw. im Wissensbesitz die „Tiefe der Universität“ begründet.¹⁸⁶ Anrich charakterisiert die Universität daher sowohl als Anstalt der Bildung als auch als moralische Anstalt; schließlich sogar als Anstalt der Nation.¹⁸⁷ Eine ähnliche Position findet man bei dem Philosophen Jaspers¹⁸⁸, der gemeinsam mit Rossmann 1961 die Institution Hochschule einer Analyse unterzog. Für ihn bestand die Aufgabe der Universität noch immer in der Suche nach der Wahrheit in der Gemeinschaft von Forschern und Studenten.¹⁸⁹ Aus diesem Grund, so folgerte er, sei es mit äußerlichen Maßnahmen allein nicht getan,¹⁹⁰ vielmehr sei die Realisierung zweier Reformstränge, die nur simultan zu erfüllen sind, wie das folgende Zitat verdeutlicht, notwendig:

[...] „Doppelgesicht“ der Universitätsreform will sagen: untrennbar sind die beiden Aufgaben erstens der äußeren Organisation und Versorgung der Universität und zweitens der inneren Verwandlung der Denkungsart zur Wiedergewinnung der Idee der Universität in neuer Gestalt.¹⁹¹

Und wenig später:

¹⁸⁵ Vgl. Lüst, Reimar: Die Hochschule heute. In: Scheibe, Erhard; Süßmann, Georg (Hg.): Einheit und Vielheit. Festschrift für Carl Friedrich v. Weizsäcker zum 60. Geburtstag. Göttingen 1973. S. 275-290. Hier: S. 287. Er charakterisiert die Situation folgendermaßen: „Auf der einen Seite wird nach wie vor die Vorstellung einer freien, sich selbst genügenden Wissenschaft vertreten, eines dementsprechend freien, in der Regel nicht angeleiteten oder durch Berufsanforderungen beeinträchtigten Studiums bei politischer Abstinenz. Dem steht die Zielvorstellung einer Institution gegenüber, die besondere Verantwortung für die Initiierung gesellschaftlicher Veränderungen hat, der andere Aufgaben unterzuordnen wären. Unter diesen nehmen extreme Positionen für sich in Anspruch, auch unter Überspielung politischer Entscheidungsorgane gesellschaftliche Veränderungen mit Gewalt in Gang bringen zu müssen.“

¹⁸⁶ Vgl. Anrich, Ernst: Die Idee der deutschen Universität und die Reform der deutschen Universitäten. S. 4, 5.

¹⁸⁷ Vgl. ebd. S. 9ff.

¹⁸⁸ Hatte Karl (Theodor) Jaspers (1883-1969) zunächst begonnen Jurisprudenz zu studieren, wechselte er jedoch frühzeitig zur Medizin. Darin wurde er 1908 mit dem Thema „Heimweh und Verbrechen“ promoviert. Nach seiner Habilitation wurde er im Jahr 1916 Extraordinarius für Psychologie in Heidelberg. „Der für sein philosophisches Denken entscheidende Begriff der Grenzsituation findet sich bereits 1919 in der ‚Psychologie der Weltanschauungen‘, einer Schrift, die den Übergang zur Philosophie markiert.“ Seit 1948 wandte er sich dann verstärkt philosophiegeschichtlichen Themen zu. Insgesamt betrachtet hinterließ Jaspers ein umfangreiches wissenschaftliches Werk, das Psychiatrie, Psychologie, Philosophie, Kunst und Religionsgeschichte umfasst. (Vgl. Deutsche Biographische Enzyklopädie. Band 5: Hesselbach-Kofler. München 1997. S. 309).

¹⁸⁹ Vgl. Jaspers, Karl; Rossmann, Kurt: Die Idee der Universität. S. 1.

¹⁹⁰ Vgl. ebd. S. 3.

¹⁹¹ Ebd. S. 39.

[...] eine sachgemäße Hochschulreform kann zwar nur unter den realen Bedingungen von Staat und Gesellschaft, aber entscheidend doch nur aus dem Inneren der zeitlosen Idee der Universität erfolgen.¹⁹²

Die Universität, an einem Scheideweg angelangt, stehe nun vor der Entscheidung entweder die Idee der Wahrheitserkenntnis zu realisieren oder aber sie zu verlieren und damit zum Ausbildungsapparat zu degenerieren.¹⁹³

Infolge der Artikelserie Picht's aus dem Jahr 1964, in der er „Die deutsche Bildungskatastrophe“ prognostizierte und die aus diesem Grund hohe Wellen in der Öffentlichkeit schlug, erhielt der Diskurs eine neue Dimension, denn darin explizierte er die Interdependenz zwischen dem bevorstehenden Bildungsnotstand und dem wirtschaftlichen Notstand¹⁹⁴ und wies sich damit als Vertreter der funktionalistischen Tendenz aus: Am Horizont sah Picht bereits das Ende des wirtschaftlichen Aufschwunges heraufziehen; denn ohne qualifizierte Nachwuchskräfte, so seine Argumentation, könne im technischen Zeitalter keine Leistung im Produktionssystem erzielt werden.¹⁹⁵ Im Vergleich zu den bereits analysierten, den Diskurs prägenden Schriften argumentierte Picht vielmehr von der Schule her kommend: Zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen erklärte er die auf zwei Millionen angewachsene Schülerzahl, die auf einen erheblichen Lehrermangel treffen werde.¹⁹⁶ Zugleich jedoch sei ein drastischer Mangel an Abiturienten zu verzeichnen¹⁹⁷, den er gar zum Kardinalproblem¹⁹⁸ stilisierte. Die Verantwortlichkeiten sah er sowohl bei den Ländern als auch beim Bund, dessen Versagen er folgendermaßen beschrieb: „Der Notstand des westdeutschen Bildungswesens erklärt sich daraus, dass die beiden Kernprobleme einer modernen Kulturverwaltung – das Problem der Bildungsplanung und das Problem der Finanzierung – nicht gelöst worden sind.“¹⁹⁹ Zur Lösung des

¹⁹² Ebd. S. 35.

¹⁹³ Vgl. ebd. S. 9/10. Erblickte Ritter im Phänomen des Massenstudiums die Ursache für die Krise, erlaubt der differenziertere Blick von Jaspers und Rossmann neben diesem verschiedene andere Problemfelder zu isolieren: Bedingt durch die Spezialisierung, die eine Vermehrung der Fächer initiiert und damit die universitäre Arbeitsweise der eines Industrieunternehmens angenähert hat, sei die alte Universitätsverfassung ausgehöhlt worden. (Vgl. ebd. S. 4f.).

¹⁹⁴ Vgl. Picht, Georg: Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation. Freiburg im Breisgau 1964. S. 17. Später beispielsweise konstatiert er: „Unser Bildungswesen ist funktionsunfähig geworden.“ (Vgl. ebd. S. 26).

¹⁹⁵ Vgl. ebd. S. 17.

¹⁹⁶ Vgl. ebd. S. 20, 22.

¹⁹⁷ Vgl. ebd. S. 23.

¹⁹⁸ Vgl. ebd. S. 67ff.

¹⁹⁹ Vgl. ebd. S. 54.

Problems schlug er zwei Kategorien von Maßnahmen vor: Zum einen müssten binnen zehn Jahren sowohl das ländliche Schulwesen modernisiert, die Zahl der Abiturienten verdoppelt und die nötige Menge an Lehrern²⁰⁰ ausgebildet werden und zum anderen müsste das System der Kultusverwaltung neu geordnet werden.²⁰¹

In Bezug auf die Universität kam er zu dem Ergebnis, dass sie ihre Aufgaben selbst bestimme; doch würden die gesellschaftlichen Erwartungen im Hochschulbereich prädisponiert. Ausbildung und Forschung maß er den gleichen Rang bei. Als *Conditio sine qua non* definierte er die Erziehungsaufgabe der Universität gegenüber den Studenten hin zur selbstkritischen Vernunft.²⁰² Für Dahrendorf, der sich in seiner wegweisenden Publikation „Bildung ist Bürgerrecht“ (1965) mit Bildungspolitik im Allgemeinen, aber mit Pichts Statements im Besonderen auseinandersetzte, waren die Hochschulen bereits zu Ausbildungsstätten geworden; diese Ansicht kulminierte schließlich in der funktionalistischen Aussage: „Die deutsche Hochschule muss sich zu ihrer Lehraufgabe bekennen.“²⁰³

Anfang der 1970er Jahre schließlich hatte der Diskurs die gesellschaftlichen Bedürfnisse bereits internalisiert, wie das Postulat des Politikwissenschaftlers und Publizisten Richard Löwenthal²⁰⁴ demonstriert: Zum Ersten sollte die Universität als Garant für die Weiterentwicklung der Wissenschaft durch Forschung fungieren. Zum Zweiten wies er den Hochschulen eindeutig die Aufgabe der Ausbildung für wissenschaftlich qualifizierte Massenberufe zu. Schließlich erblickte er in der politischen Bildung ein wichtiges universitäres Aufgabenfeld.²⁰⁵ – Zeigt sich Löwenthal

²⁰⁰ Als Lösungsansatz in Bezug auf Gymnasiallehrer schlug er für Lehrer der Unter- und Mittelstufe an Gymnasien ein nur halb so langes Studium vor, während dem sie neben der essentiellen Pädagogik auch das gelernt hätten, was sie in der schulischen Praxis benötigten. Eine Abschlussprüfung sollte nach sechs Semestern abgelegt werden. Außerdem sollten sich diese Gymnasiallehrer nach einer Bewährung in der Praxis die Möglichkeit erhalten, an die Universität zurückzukehren, um die Fakultät für die Oberstufe zu erwerben. Diese Zweiteilung sollte die Rationalisierung vorantreiben. Ein ähnliches System konnte sich Picht auch für die Volksschullehrer vorstellen.

²⁰¹ Vgl. ebd. S. 68.

²⁰² Vgl. Schabedoth, Hans-Joachim: Hochschulreform – eine verpasste Chance. S. 14, 15.

²⁰³ Dahrendorf, Ralf: Bildung ist Bürgerrecht. S. 20f.

²⁰⁴ Richard Löwenthal (1908-1991), der in Berlin und Heidelberg Nationalökonomie und Soziologie studierte und 1931 mit einer Arbeit über die „Marxsche Theorie des Krisenzyklus“ promoviert wurde, arbeitete während des Dritten Reichs im Ausland als Journalist. Nach einem Forschungsauftrag am Russian Research Center der Harvard University lehrte er 1961 bis 1975 Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Im Zentrum seiner Forschungs- und Lehrtätigkeit stand die Analyse totalitärer Systeme. Darüber hinaus griff er auch immer wieder in aktuelle politische Debatten ein, womit er sich den Ruf eines scharfen und streitbaren Analytikers erwarb. (Vgl. Deutsche Biographische Enzyklopädie. Band 6: Kogel-Maxsein. München 1997. S. 457-458).

²⁰⁵ Vgl. Löwenthal, Richard: Hochschule für die Demokratie. Grundlinien für eine sinnvolle Hochschulreform. S. 37: Aus diesen drei Aufgaben resultierte für ihn die Grundforderung nach der Freiheit der Wissenschaft, was bemerkenswert erscheint: Denn hier bringt Löwenthal zwei absolut konträre Prinzipien zusammen und ist sich dessen auch durchaus bewusst. (Vgl. ebd. S. 75). Und dennoch konstatiert er als Resümee die Notwendigkeit der Neubestimmung des Verhältnisses von Wis-

mit der ersten Aufgabe noch absolut der Anfangsphase des Diskurses verpflichtet, stehen die beiden letzten dieser jedoch diametral gegenüber, sind den gesellschaftlichen Bedürfnissen²⁰⁶ geschuldet und weisen ihn als Repräsentanten der funktionalistischen Tendenz aus. Noch deutlichere Worte fand der Schweizer Experimentalphysiker Edgar Lüscher, um die Aufgabe der künftigen Universität in der Gesellschaft zu definieren: Er charakterisierte sie als Berufsschule. Diese habe zwar auch die Elitenbildung zu fördern, sei aber vornehmlich für die Grundlagenforschung, die Bereitstellung und Vorbereitung zuverlässiger Daten als Basis für Diskussionen auf der politischen und gesellschaftlichen Ebene verantwortlich.²⁰⁷ Die funktionalistische Tendenz hatte sich vor dem Hintergrund der Quantitäten etabliert.

Bemerkenswert erscheint, dass das Spektrum, der universitären Aufgaben bis hin zur „Erziehung zu politischer Freiheit und Demokratie“²⁰⁸ reichte. Doch auch diese Aufgabe wurde von Anfang an kontrovers diskutiert. Bereits die „Schwalbacher Richtlinien“ aus dem Jahr 1948, die die Aspekte wie Organisation, Hochschullehrer, Institute und die Stellung der Hochschule in Staat und Öffentlichkeit thematisierten und die Autonomie der Hochschule gegenüber der Kultusadministration akzentuierten, waren auf den Punkt Politik zu sprechen gekommen: Die Hochschulverwaltung sollte so gestaltet werden, „dass die Träger der Hochschulorganisation ihre Stellung

senschaft und Gesellschaft bzw. Politik. (Vgl. ebd. S. 38). Die Hochschulen dürften sich nicht der gesellschaftlichen Nachfrage nach wissenschaftlichen Ergebnissen entziehen, da sie ebenfalls Teil dieser Gesellschaft seien. (Vgl. ebd. S. 46/47). Aus demselben Grund räumt er den Vertretern der Parlamente und Angehörigen der verschiedenen Berufe ein Mitspracherecht bezüglich der Studienreform ein. (Vgl. ebd. S. 58/59). An diesem Postulat wird die Veränderung innerhalb des Diskurses evident.

²⁰⁶ Auch Jürgen Habermas' Denken (Vgl. Habermas, Jürgen: Universität in der Demokratie – Demokratisierung der Universität. In: Universitätstage 1967. Universität und Demokratie. Veröffentlichung einer Vortragsreihe der Freien Universität Berlin am 19. und 20. Januar 1967. Berlin 1967. S. 67-79. Hier: S. 67f.) ist von den Bedürfnissen der Gesellschaft wesentlich geprägt. Als Ausgangspunkt konstatiert er den engen Konnex von Forschung und Lehre mit den Funktionen des Wirtschaftsprozesses. Daraus resultiert für ihn als Konsequenz die Vermittlung und Erzeugung von technisch verwertbarem Wissen durch die Universität. Des Weiteren müsse die Universität dafür Sorge tragen, die Absolventen mit einem Mindestmaß an extrafunktionalen Fähigkeiten auszustatten. Die Studenten müssten sich kulturelle Überlieferungen im Rahmen ihrer Studienzeit aneignen, interpretieren und fortbilden. (Vgl. ebd. S. 68). Als dritte Aufgabe der Hochschulen sieht er die Ausprägung des politischen Bewusstseins der Studenten an. (Vgl. ebd. S. 69). Habermas vertrat die Meinung, dass die Universität ihre Stellung in der Demokratie behaupten müsse. Dies gelänge jedoch nur mithilfe der Demokratisierung der Hochschule selbst. (Vgl. ebd. S. 71f.). Auch die Tagespolitik sollte Bestandteil der universitätsinternen Öffentlichkeit sein dürfen: Die Universität sei zwar nicht der Ort politischen Willen zu demonstrieren, doch der Ort für die Erörterung politischer Fragen, wenn und soweit diese Diskussion grundsätzlich an dieselben Regeln der Rationalität gebunden sei, innerhalb deren sich die wissenschaftlichen Reflexion bewege. (Ebd. S. 75ff.).

²⁰⁷ Vgl. Schabedoth, Hans-Joachim: Hochschulreform – eine verpasste Chance. S. 21f.

²⁰⁸ Baumgarten, Eduard: Zustand und Zukunft der deutschen Universität. Tübingen 1963. S. 32.

auch als politische Verantwortung begreifen und auf sich nehmen können.“²⁰⁹ Demgegenüber wies ein weiteres frühes Dokument des Diskurses, das „Blaue Gutachten“, erste Ansätze einer Demokratisierung auf der institutionellen Ebene auf. Darin wurde die Erweiterung des Senats und der Fakultäten durch außerplanmäßige Mitglieder und ein Anhörungsrecht der Studentenvertreter während der Beratungen studentischer Angelegenheiten vorgeschlagen.²¹⁰ Vor diesem Hintergrund könnte man zugespitzt formulieren, dass die britischen und amerikanischen Besatzungsmächte, funktionalistisch agierend, aufgrund der Erfahrungen im eigenen Land und mit dem Nationalsozialismus die Demokratisierung der Hochschulen intendierten, um diese von innen heraus gegenüber einer weiteren politischen Gefahr zu stärken, diesen Gedanken in den Diskurs implementierten, der dann später von verschiedenen universitären Gruppen, Anhängern der radikal-progressiven Tendenz, bis zur Forderung nach der so genannten Drittelparität übersteigert wurde.

Eine diametral entgegengesetzte Reaktion, deren Einfluss noch lange nachwirkte, evozierten die Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus jedoch im bundesrepublikanischen Diskurs: Noch im Jahr 1961 opponierte Jaspers gegen die Universität als Ort der Politik und kontrastierte sie demgegenüber als Ort der Wahrheitssuche²¹¹ – womit er sich als Vertreter der bewahrenden Tendenz auswies. Die Universität könne sich aufgrund der überstaatlichen Herkunft ihrer Idee nicht im Dienst des Staates vollenden.²¹² Und auch Rossmann schreibt ihr als Grundrecht die volle Autonomie zu.²¹³ – Wie diese Gedankengänge demonstrieren, erblickte man den Staat noch immer als potentielle Gefahr am Horizont.²¹⁴ Daraus resultierte eine Akzentuierung des Selbstverwaltungs-Gedankens, der, wie noch zu zeigen sein wird, lange Zeit ein dominierender Aspekt im Diskurs um die Hochschulreform war²¹⁵ und der erst im Laufe des Untersuchungszeitraumes eine Relativierung erfuhr.²¹⁶

²⁰⁹ Vgl. Hedwig Rudolf; Rudolf Husemann: Hochschulpolitik zwischen Expansion und Restriktion. S. 25/26.

²¹⁰ Vgl. Gutachten zur Hochschulreform. Hg. v. Studienausschuß für Hochschulreform. S. 54f.

²¹¹ Vgl. Jaspers, Karl; Rossmann, Kurt: Die Idee der Universität. S. 153.

²¹² Vgl. ebd. S. 25.

²¹³ Vgl. ebd. S. 231.

²¹⁴ Vgl. ebd. S. 157.

²¹⁵ Vgl. Boppel, Werner: Hochschulrecht und Hochschulverfassung im Wandel der Zeit. In: Material zur Diskussion der Hochschulreform. S. 9-17. Hier: S. 14: „Der Zusammenbruch des NS-Regimes führte zu einer völligen Neuorientierung des öffentlichen Lebens, das auch die Auffassungen vom Wesen und den Aufgaben einer Universität sowie das Universitätsverfassungs- und Verwaltungsrecht nachhaltig beeinflusste.“

²¹⁶ Jürgen Habermas sollte sich 1967 damit auseinandersetzen und als Nebenwirkung dieser „krisenhaften Verankerung der Selbstverwaltungsautonomie“ einen „gewissen Immobilismus“ feststellen, der eine Hochschulreform aus eigener Kraft entgegenstand. (Vgl. Habermas, Jürgen: Universität in

Der vielfach geäußerten Angst vor der Politisierung – von den Studenten durch Forderungen nach Demokratisierung und politischem Mandat in die Hochschule hineingetragen – und deren negativen Konsequenzen begegnet man bei Schelsky.²¹⁷ Als Gegner der radikal-progressiven Tendenz bedient er sich des folgenden gängigen Argumentes:

Die sachlich erforderlichen Reformen der Mitbestimmung und Mitberatung von Assistenten und Studenten konzentrieren und beschränken sich nicht auf Maßnahmen, durch die eine Verbesserung und Intensivierung von Ausbildung und Forschung zu erwarten ist, sondern richten ihren Fokus vielmehr auf Bereiche, wo solche Ansprüche schädlich oder unberechtigt sind.²¹⁸

Äußerst schwierig sei die Übertragung von allgemein politischen Schemata der Sozialisierung und Politisierung auf das universitäre System, das in seiner Leistungsfähigkeit stark an Sonderbedingungen gebunden sei²¹⁹ – eine wiederholt, gerade von Anhängern der bewahrenden Tendenz vorgetragene Aussage im Diskurs.

Immer wieder beschäftigten sich Repräsentanten einer bewahrenden Haltung, wie Löwenthal, mit dem „Irrweg der Demokratisierung“.²²⁰ Dabei resultierte aus seinem Abgleich zwischen den mit der Eliminierung der autoritären Strukturen verbundenen Hoffnungen und der Realität, wie sie sich für ihn darstellte, folgende Charakterisierung:

Revolutionäre Gruppen haben die Eroberung von Positionen in den demokratischen Gremien dazu als Mittel benutzt, um einzelne Fachbereiche oder ganze Hochschulen in Schulungs- und Propagandazentren für ihren Kampf gegen die freiheitliche Demokratie umzufunktionieren.²²¹

der Demokratie – Demokratisierung der Universität. In: Universitätstage 1967. Universität und Demokratie. S. 70).

²¹⁷ Vgl. Schelsky, Helmut: Abschied von der Hochschulpolitik oder Die Universität im Fadenkreuz des Versagens. S. 32.

²¹⁸ Ebd. S. 49/50.

²¹⁹ Vgl. ebd. S. 45; anstelle jener Binnenpolitisierung – so die Charakterisierung von Schelsky – wäre eine Politisierung in dem Sinne vonnöten gewesen, als dass sich die Hochschulen und die Wissenschaft als politische Kräfte bewusst wurden. (Vgl. ebd. S. 52f.).

²²⁰ Vgl. Löwenthal, Richard: Hochschule für die Demokratie. S. 23.

²²¹ Ebd. S. 33.

Vor der Folie dieser Status-quo-Beschreibung verwundert es nicht, dass sein Urteil vernichtend ausfiel: „Das Konzept der Demokratisierung der Hochschule auf Grundlage von Interessensgruppen ist fehlgeschlagen.“²²² Schließlich diagnostizierte er als Konsequenzen eine Lähmung der Selbstverwaltungsorgane – bedingt durch die Politisierung, einen fühlbaren Leistungsabfall²²³ und vor allem einen weiteren Aufschub „jener leistungsorientierten, modernen Reform der Studiengänge für die Massenberufe, die der Gesetzgeber erwartet.“²²⁴ Vor allem sei die Demokratisierung nicht zielführend gewesen, da sich die demokratisierten Gruppenuniversitäten als genauso reformunfähig erwiesen wie ihre Vorgänger, die Ordinarienuniversitäten. Mit Vehemenz sprach er sich gegen die Anwendung der Proporz-Regelung im Rahmen der Personalpolitik aus.²²⁵ Um die Freiheit der Wissenschaft zu gewähren und das Niveau aufrecht zu erhalten, dürften bezüglich der Promotion und der Assistenzprofessur nur diejenigen entscheiden, die selbst über die entsprechenden Qualifikationen verfügten.²²⁶ Wie an anderer Stelle noch zu zeigen sein wird, findet sich dieses Argument gegenüber der radikal-progressiven Tendenz immer wieder im Rahmen des Diskurses.

Nach diesem ersten Überblick soll nun den einzelnen, den Diskurs dominierenden Aspekten nachgegangen werden, die Besson in den ersten drei seiner fünf Prinzipienfragen folgendermaßen zusammenfasst:

- 1) Wie sollen die Beziehungen von Staat und Universität geregelt werden?
- 2) Wie kann die Führung der Hochschule verbessert werden?
- 3) Wie kann man das Studium rationalisieren?²²⁷

2.2 Verhältnis Hochschule – Staat und Gesellschaft

2.2.1 Das Verhältnis von Hochschule und Staat: Die Frühphase des Diskurses

Im Jahr 1945 nahmen in allen vier Besatzungszonen die Hochschulen ihren Betrieb wieder auf. Obgleich die drei westlichen Besatzungsmächte ab ovo divergierende Konzepte bezüglich des Hochschulsystems hatten, verfolgten sie dennoch ein ganz

²²² Ebd. S. 35.

²²³ Vgl. ebd. S. 34f.

²²⁴ Ebd. S. 35.

²²⁵ Vgl. ebd. S. 41f.

²²⁶ Vgl. ebd. S. 45.

²²⁷ Besson, Waldemar: Universitätsreform in der heutigen Zeit. S. 16.

ähnliches Vorgehen, denn „sie knüpften in der Regel an das an, was sie voranden.“²²⁸ Damit jedoch gewährten sie den restaurativen Kräften erhebliche Gestaltungsräume und versäumten es generell eine eigenständige Hochschulpolitik zu betreiben²²⁹. Als Konsequenz wirkte die Deklaration der Restauration einer Reform von außen präventiv entgegen.²³⁰

Vorrangiges Ziel der Alliierten war es „die Freiheit der Wissenschaft und die Autonomie der Hochschule zu sichern“²³¹: Daher forcierten das „Blaue Gutachten“ und die „Schwalbacher Richtlinien“ u. a. die Limitierung der staatlichen Einwirkungsmöglichkeiten zugunsten der Wissenschaftsfreiheit.²³² Als Element der neuen demokratischen Ordnung wurde die genossenschaftliche Selbstverwaltung legitimiert. Auch die Universitäten bemühten sich, an die Form der Organisation von Forschung und Lehre und an die Verfassungsstruktur anzuknüpfen, ohne jedoch ihre Adäquatheit zu hinterfragen.²³³ Denn nach den Erfahrungen im Dritten Reich hörten die Universitäten zunächst auf, im Staat den gleichberechtigten Partner der Hochschulpolitik zu sehen; man ging vielmehr dazu über, sich im permanenten Antagonismus gegenüber diesem zu profilieren: So betonte man bewusst den Gedanken der Selbstverwaltung und beseitigte die polizeistaatlichen Überbleibsel im Universitätsrecht²³⁴ – man übte Distanz zum Staat.²³⁵ Auch später begriffen die Professoren die innere Erneuerung der Universität vor dem Hintergrund der Humboldtschen Tradition als ihre alleinige Angelegenheit²³⁶, hatten sie doch in Reaktion auf die NS-Zeit für die Wiederbelebung des Kulturstaatsgedankens votiert.²³⁷ So verwundert es auch nicht, dass die Hochschulen im Entwurf des Hessischen Hochschulgesetzes einen der gefährlichsten Angriffe auf die künftige Entwicklung der Hochschulen seit dem

²²⁸ Ellwein, Thomas: Die deutsche Universität. S. 239: „Damit hatte das Herkömmliche seine Chance; es gab keinen institutionellen Bruch.“

²²⁹ Vgl. Schelsky, Helmut: Abschied von der Hochschulpolitik oder Die Universität im Fadenkreuz des Versagens. S. 108.

²³⁰ Vgl. Rudolf, Hedwig; Husemann, Rudolf: Hochschulpolitik zwischen Expansion und Restriktion. S. 26.

²³¹ Schumm, Wilhelm: Kritik der Hochschulreform. Eine soziologische Studie zur hochschulpolitischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. München 1969. S. 51.

²³² Vgl. Webler, Wolff-Dietrich: Geschichte der Hochschule seit 1945. In: Ausbildung und Sozialisation in der Hochschule. S. 172.

²³³ Vgl. Schumm, Wilhelm: Kritik der Hochschulreform. S. 74f.

²³⁴ Vgl. Boppel, Werner: Hochschulrecht und Hochschulverfassung im Wandel der Zeit. In: Material zur Diskussion der Hochschulreform. S. 14.

²³⁵ Vgl. Peisert, Hansgert; Framheim, Gerhild: Das Hochschulsystem in der Bundesrepublik Deutschland. S. 26.

²³⁶ Vgl. Schelsky, Helmut: Einsamkeit und Freiheit. Düsseldorf 1971. S. 135.

²³⁷ Vgl. Oehler, Christoph: Hochschulentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland seit 1945. S. 25.

Kriegsende sahen.²³⁸ Die Universität, so formulierten die Verteidiger der universitären Autonomie, dürfe nicht dem gesellschaftlichen Proporz ausgeliefert werden, sie dürfe nicht ihrer Autonomie beraubt werden, da diese den Garant für das optimale Gerechtwerden der eigenen Sach- und Verwaltungsstruktur darstelle. Die kritische Funktion der Wissenschaft und ihre Unabhängigkeit, so argumentierte man weiter, könne nur bewahrt werden, wenn die verwaltungstechnischen Voraussetzungen der wissenschaftlichen Arbeit von den Universitäten selbst geregelt würden.²³⁹ Zunehmend avancierte die Autonomie der Hochschule zu *dem* demokratischen Postulat, wie man bereits zwanzig Jahre später bemerkte²⁴⁰, das man ohne Mühe mit dem Hinweis auf eine lange Tradition²⁴¹ rechtfertigen konnte.

Schrittweise erfuhr der Wunsch nach größerer Selbstbestimmung der Universitäten eine noch stärkere Ausprägung; wurde die Tendenz „Herr im eigenen Haus“ zu werden eine dominierende. Von universitärer Seite aus formulierte man daher verschiedene Forderungen, die intendierten, den Staat so weit wie möglich aus der „eigenen“ Institution herauszudrängen. Auch vor dem Sektor der Wirtschaftsverwaltung machten diese nicht Halt.²⁴²

2.2.2 Exkurs: Die tatsächliche Rechtsform

Schließlich erhielt die deutsche Hochschule durch das Grundgesetz 1949, in dem die Freiheit von Forschung und Lehre rechtlich fixiert worden war, ihren ambivalenten Charakter, der deutlich in ihrer Rechtsform zum Ausdruck kommt und auf den der Diskurs immer wieder rekurrierte, wie dies beispielsweise elf Jahre später der Fall war, als Jaspers konstatierte: „Die Universität hat ihr Dasein durch den Staat, dem

²³⁸ Vgl. Ballerstedt, Kurt: Hochschule und Staat im Entwurf des Hessischen Hochschulgesetzes. In: Die Deutsche Universitätszeitung VIII/IX (1965). S. 10-14. Hier: S. 10: Denn, so der Autor weiter, im Zentrum des Entwurfs stünden solche Bestimmungen, die dem Staat zur Entscheidungsgewalt „über Art und Richtung von Maßnahmen einer Reform in Permanenz“ verhelfen sollten.

²³⁹ Vgl. Heldmann, Werner: Die Universität zwischen Proporz und Autonomie. In: Die Deutsche Universitätszeitung I (1969). S. 2-6. Hier: S. 4.

²⁴⁰ Vgl. Stoltenberg, Gerhard: Hochschule – Wissenschaft – Politik. S. 7.

²⁴¹ Vgl. Boppel, Werner: Hochschulrecht und Hochschulverfassung im Wandel der Zeit. In: Material zur Diskussion der Hochschulreform. S. 9.

²⁴² Vgl. Hennis, Wilhelm: Die deutsche Unruhe. Studien zur Hochschulpolitik. Hamburg 1969 (= Zeitfragen Nr. 6). S. 31-35. Schließlich kam es 1954 zu Auseinandersetzungen zwischen Staat und Hochschule, die das ganze Jahr währten. Während einer gemeinsamen Sitzung der Westdeutschen Rektorenkonferenz und der ständigen Konferenz der Kultusminister am 17. Dezember 1954 führte man eine Klärung der beiden Attitüden herbei. (Vgl. ebd. S. 35ff.). Vgl. zum Aspekt der Reform der Wirtschaftsverwaltung: Hall, Karl-Heinrich: Zur Finanzverfassungsreform der Hochschulen. In: Deutsche Universitätszeitung XIX (1970). S. 7-12.

sie dient. Aber wegen der überstaatlichen Herkunft ihrer Idee kann die Universität im Dienst des Staates sich nicht vollenden.“²⁴³

So waren und sind die Hochschulen in der Bundesrepublik zwar Einrichtungen des Staates²⁴⁴ – hier kommt der finanzielle Aspekt²⁴⁵, die Berufung und Regelung der Rechtsverhältnisse der Hochschullehrer, die Aufstellung von Prüfungsordnungen für Staatsprüfungen sowie die Genehmigung der akademischen Prüfungsordnungen und die Genehmigung der Hochschulsatzungen zum Tragen²⁴⁶ –, zugleich war und ist ihnen aber die Rechtsform von Körperschaften des öffentlichen Rechts eigen²⁴⁷, was sie lediglich unter die Rechtsaufsicht des Staates stellt(e), die wiederum ihre Grenzen aufgrund des Artikels 5 Absatz 3 des Grundgesetzes hat(te).²⁴⁸ In ihren Kompetenzbereich fallen bzw. fielen daher Fragen der Forschung und Lehre, die Erstellung von Prüfungsordnungen, die Im- und Exmatrikulation der Studenten, die Aufrechterhaltung der akademischen Ordnung, Vorschläge zur Ergänzung des Lehrkörpers, die Verleihung akademischer Grade und schließlich die Repräsentation der Hochschule „nach Maßgabe der Satzung“²⁴⁹ – kurz die Verwaltung der Wissenschaftlichkeit und die ihren Vollzug unmittelbar tangierenden Angelegenheiten.²⁵⁰ Noch 1972 wurde in jener akademischen Selbstverwaltung der organisatorische Ausdruck ihrer geistigen Autonomie erblickt.²⁵¹

²⁴³ Jaspers, Karl; Rossmann, Kurt: Die Idee der Universität. S. 25; später betont er nochmals den zweiseitigen Charakter – nämlich den staatsfreien und den staatlichen – der Universität als Körperschaft des öffentlichen Rechts. (Vgl. ebd. S. 114). Auch Raiser betont die gegebene Bindung der Universität an den Staat (Vgl. Besson, Waldemar: Universitätsreform in der heutigen Zeit. S. 17).

²⁴⁴ Vgl. Jaspers, Karl; Rossmann, Kurt: Die Idee der Universität. S. 31.

²⁴⁵ Aufgrund der Schwierigkeit die Freiheit der Universität auf wissenschaftlichem Gebiet einerseits und ihre finanzielle Abhängigkeit vom Staat andererseits zu trennen, forcierten die Hochschulen in der Nachkriegszeit eine verstärkte Mitsprache bei der Bereitstellung und der Verwendung der staatlichen Mittel. (Vgl. Boppel, Werner: Hochschulrecht und Hochschulverfassung im Wandel der Zeit. In: Material zur Diskussion der Hochschulreform. S. 16).

²⁴⁶ Vgl. Das Hochschulwesen in der Bundesrepublik Deutschland. Probleme und Tendenzen. S. 12; Hennis fasst dies folgendermaßen zusammen: „Die Universitäten brauchen aber den Staat als „Patron“. (Hennis, Wilhelm: Haben wir einen Beruf zur Hochschulgesetzgebung? In: Loccumer Protokolle 8 (1968): Hochschulpolitik und Gesellschaftspolitik. S. 17-35. Hier: S. 25.).

²⁴⁷ Vgl. Boppel, Werner: Hochschulrecht und Hochschulverfassung im Wandel der Zeit. In: Material zur Diskussion der Hochschulreform. S. 15; Mangoldt, Hans von: Universität und Staat. Zur Lage nach dem Hochschulrahmengesetz. Tübingen 1979. S. 5; Schabedoth, Hans-Joachim: Hochschulreform – eine verpasste Chance. S. 3.

²⁴⁸ Vgl. Boppel, Werner: Hochschulrecht und Hochschulverfassung im Wandel der Zeit. In: Material zur Diskussion der Hochschulreform. S. 15.

²⁴⁹ Vgl. ebd.

²⁵⁰ Anrich, Ernst: Die Idee der deutschen Universität und die Reform der deutschen Universitäten. S. 16.

²⁵¹ Vgl. Boppel, Werner: Hochschulrecht und Hochschulverfassung im Wandel der Zeit. In: Material zur Diskussion der Hochschulreform. S. 15.

Zusammenfassend kann man konstatieren, dass die Universitäten eine Art Mittelstellung zwischen völliger Abhängigkeit und völliger Autonomie einnehmen²⁵²:

Die Universität ist also mitten hineingestellt in das grundrechtliche Spannungsverhältnis von Staat und Bürger, und mit Front nach beiden Seiten. Die Universität ist aus dem Grundrecht der Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre zugleich berechtigt und verpflichtet; sie ist zugleich Grundrechtsträger und Grundrechtsdiener; einerseits empfängt und genießt sie, andererseits gewährt und schützt sie die Freiheit von Forschung und Lehre.²⁵³

2.2.3 Der Antagonismus: Universitäre Autonomie versus staatlichen Utlarismus

Im Laufe der ersten Phase nach dem Zweiten Weltkrieg geriet das Verhältnis zwischen Universität auf der einen Seite und Gesellschaft bzw. Staat auf der anderen Seite allmählich in den Fokus des hochschulpolitischen Diskurses bzw. in das Kreuzfeuer der Kritik, begann man, sich die Frage zu stellen, ob „[...] im Zeitalter der pluralistischen Demokratie die Universität noch am Prinzip der Abstinenz vom spezifisch politischen Bereich des gesellschaftlichen Lebens festhalten“²⁵⁴ könne.

So konstatierte Jaspers bereits 1961, dass die Universität unmöglich den Charakter eines „Staates im Staat“ annehmen dürfe.²⁵⁵ Obgleich er um den Antagonismus von Staat und Universität, von Nützlichkeitsgedanken auf der einen Seite und Erkenntnissuche auf der anderen Seite²⁵⁶, wusste, betonte er gerade die Signifikanz der Kooperation dieser beiden Institutionen.²⁵⁷ Der Umgang der Universität mit dem Staat, der immer in der dominierenden Position sein werde und damit durchaus immer eine Gefahr darstelle, gestalte sich nämlich dann als unproblematisch, wenn eine Kongruenz beider Institutionen in Bezug auf die Idee der Universität vorherrsche.²⁵⁸ Aufgrund der Interdependenz zwischen Hochschule und Staat dürfe sich keiner

²⁵² Heppe, Hans von: Aufbau- und Organisationsfragen der Universität. In: Kolumbe, Erich; Bruhn, Wolfgang (Hg.): Gestalt und Wandlung der Universität. Hamburg 1963. S. 101-114. Hier: S. 104.

²⁵³ Bettermann, Karl August: Die Universität in der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. In: Universitätstage 1963. Universität und Universalität. Veröffentlichung der Freien Universität Berlin. Berlin 1963. S. 56-72. Hier: S. 57.

²⁵⁴ Fraenkel, Ernst: Universitas litterarum und pluralistische Demokratie. In: Universitätstage 1967. Universität und Demokratie. Veröffentlichung einer Vortragsreihe der Freien Universität Berlin am 19. und 20. Januar 1967. S. 5-19. Hier: S. 5.

²⁵⁵ Vgl. Jaspers, Karl; Rossmann, Kurt: Die Idee der Universität. S. 149.

²⁵⁶ Vgl. ebd. S. 25.

²⁵⁷ Vgl. ebd. S. 150.

²⁵⁸ Vgl. ebd. S. 157.

gänzlich vor dem anderen verschließen²⁵⁹, so auch die Position des Juristen und Bildungsfachmanns Hans von Heppe²⁶⁰ 1963.

Immer häufiger war nun Kritik am nicht hinterfragten Autonomie-Postulat vernehmbar, wie folgende Beschreibung des Status quo verdeutlicht: Das Pendel sei nach 1945 zu weit zur anderen Seite ausgeschlagen, bemerkte Stoltenberg 1968: „Die institutionelle Distanz der Universität, die notwendig ist, habe partiell auch zu einer geistigen Distanzierung von konkreten Problemen des Staates und der Gesellschaft geführt.“²⁶¹ Und weiter: „In Deutschland sind bestimmte Korrekturen gegenüber der zu starken Distanz der Nachkriegszeit vom öffentlichen Geschehen erforderlich und weithin bereits erfolgt.“²⁶²

Verfechter der funktionalistischen Tendenzen gingen nunmehr d'accord, dass das Ende der Universität alten Stils erreicht sei und es des Anfangs einer Universität in der Demokratie bedürfe, die die von der Gesellschaft erwarteten Leistungen erbringen könne.²⁶³ Im öffentlichen Diskurs fand dies folgendermaßen Eingang:

Die rückblickende, fast liebenswerte Liaison unserer Nachkriegsdemokratie mit der traditionellen Hochschule geht zu Ende. Zwei Tendenzen ringen miteinander. Entweder ist die Steigerung der Produktivität der einzige Gesichtspunkt einer Reform, welche eine entpolitierte Hochschule in das System der gesellschaftlichen Arbeit funktionslos integriert und sie zugleich aus ihrer Verzahnung mit der politischen Öffentlichkeit löst. Oder die Universität behauptet ihre Stellung in der Demokratie. [...].²⁶⁴

²⁵⁹ Vgl. Heppe, Hans von: Aufbau- und Organisationsfragen der Universität. In: Kolumbe, Erich; Bruhn, Wolfgang (Hg.): Gestalt und Wandlung der Universität. S. 106: Dies hinderte den Autor allerdings nicht zuvor für die Expansion der Selbstverwaltungsrechte auf den Aufgabengebieten, die ihre materielle Basis bilden, einzutreten.

²⁶⁰ Hans von Heppe (1907-1982), promovierter Jurist, war in den Jahren 1966 bis 1971 beamteter Staatssekretär. (Vgl. Heppe, Hans von: In: Munzinger online. <http://www.munzinger.de>. Aufgerufen am 27.01.2010).

²⁶¹ Stoltenberg, Gerhard: Die Stellung des Hochschullehrers in der Gesellschaft. Rede des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung anlässlich des 18. Hochschulverbandstages in Düsseldorf am 6. Juli 1968. In: Jacobsen, Hans-Adolf; Dollinger, Hans (Hg.) unter Mitwirkung von Bredow, Wilfried von: Die Deutschen Studenten. S. 170-179. Hier: S. 172.

²⁶² Ebd. S. 174.

²⁶³ Vgl. Narr, Wolf Dieter: Krise oder Ende der Universitätsreform? Fünf Minuten nach zwölf – Ein Appell zur radikalen Universitätsreform. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 23 (1969). S. 61. Auch Schelsky sieht das Ende der Autonomie und Selbstverwaltung der Hochschule für gekommen. (Vgl. Helmut Schelsky: Abschied von der Hochschulpolitik oder Die Universität im Fadenkreuz des Versagens. S. 135).

²⁶⁴ Habermas, Jürgen: Universität in der Demokratie – Demokratisierung der Universität. In: Universitätstage 1967. S. 71.

Erneut ist man an dieser Stelle also mit einer Reversion des Diskurses konfrontiert. Im Laufe der Zeit verlagerte sich der Schwerpunkt des Diskurses zum Teilaspekt „Hochschule und Staat“ vom Grundsätzlichen zum Organisatorischen.²⁶⁵

Konsensual und zugleich ambivalent präsentiert sich der Diskurs am Ende des Untersuchungszeitraumes im Bezug auf den Autonomie-Gedanken: Denn er war zum einen von der Erkenntnis geprägt, dass eine gänzliche Autonomie der Universität nicht möglich sei. Zum anderen wollte man eine „schöpferische Distanzierung“ auch nicht in toto aufgeben – ein Postulat, dem auch beispielsweise Repräsentanten der Assistenten beipflichteten.²⁶⁶ Und doch stellte sich am Ende des Untersuchungszeitraumes, als die Erfolgsaussichten der Hochschulreform am Schwinden begriffen waren, nochmals eine tief greifende Veränderung im Diskurs ein, wurde der Ruf nach dem „Staat“ laut²⁶⁷:

Trotz der nicht mehr zählbaren Vorschläge zur Hochschulreform hat die Reform selbst eine gründliche Niederlage erlitten. Das liegt nicht nur an der halbdurchdachten Art der meisten Vorschläge, das liegt vor allem daran, dass die verschiedenen an der Universitätsreform aktiv und passiv beteiligten Gruppen keine Reformstrategie und Reformtaktik gefunden und akzeptiert haben, die auf mehr eingestellt gewesen wäre als auf die volle Kapitulation des anderen oder auf die bloße Modifikation der bestehenden Verhältnisse. So entstand innerhalb der Universität der Ruf nach dem „Staat“. Sei es, dass man ihn zur modifizierten Erhaltung heranziehen wollte, sei es, dass man nur über eine Staats- und Gesellschaftsreform insgesamt der Universität beizukommen glaubte.²⁶⁸

²⁶⁵ Vgl. Heppe, Hans von: Aufbau- und Organisationsfragen der Universität. In: Kolumbe, Erich; Bruhn, Wolfgang (Hg.): Gestalt und Wandlung der Universität. S. 104.

²⁶⁶ Vgl. Narr, Wolf Dieter: Die gegenwärtige Funktion des Assistenten und ihre Problematik dargestellt auf der Assistententagung der Evangelischen Akademie Loccum im Januar 1968. In: Jacobsen, Hans-Adolf; Dollinger, Hans (Hg.) unter Mitwirkung von Wilfried von Bredow: Die Deutschen Studenten. S. 232.

Interessant ist die Instrumentalisierung des Autonomie-Arguments vonseiten der Bonner Studenten, die auf den ersten Blick extraordinär – weil eher eine Randerscheinung – erscheint. Auf den zweiten Blick jedoch lässt sich die komplette Argumentations-Strategie erschließen, die das Autonomieproblem als „Problem der organisierten Kontrolle“ klassifiziert: Der Grad der universitären Freiheit könne mittels eines Gremiums, das die Entscheidungsbefugnisse eines Einzelnen überwache, gesteigert werden. Anschließend folgt ihr Votum für ein Mitgestaltungs- und Mitbestimmungsrecht der Studenten im wissenschaftlichen Prozess. (Vgl. Thema: Universitätsreform. Wünsche – Pläne – Ziele. Die Meinung der Studenten. In: 150 Jahre Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität. S. 92).

²⁶⁷ Vgl. Narr, Wolf Dieter: Krise oder Ende der Universitätsreform? In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 23 (1969). S. 45.

²⁶⁸ Ebd.

Plötzlich besannen sich auch Verfechter der universitären Autonomie auf die Notwendigkeit der Kooperation von Staat und Hochschule auf dem Gebiet der Hochschulreform²⁶⁹, da sie nun ebenfalls realisierten, dass es der Universität nicht gelingen würde, sich „am eigenen Zopf aus dem Sumpf“ zu ziehen:

Der Hochschulreform kann nur geholfen werden, wenn in Staat und Hochschule die Vertreter sachbezogener Reformen ihre Anstrengungen parallelisieren, wobei jeder seine spezifischen Mittel verwenden muß. Hochschule und Gesellschaft müssen näher zusammengeführt werden. Als Staat im Staate kann die Hochschule nicht existieren. Wenn die Beteiligten ihre Lage nicht erkennen und danach handeln, wird eine große Chance der Reform verpasst sein. Darunter würde nicht nur die Hochschule selbst zu leiden haben, sondern auch die Gesellschaft, die ohne zeitgemäße Reform die Aufgaben der Zukunft nicht lösen wird.²⁷⁰

Für die Staatsbürger sah dieses Verhalten allerdings so aus, dass sich die Professoren, als sie vor ihrem Versagen nicht länger die Augen verschließen konnten, wieder auf den Staat als entscheidenden Partner der Hochschulpolitik besannen²⁷¹ – ein Grund für das beträchtliche Ausmaß der Kritik an den Hochschulen.

Welche Schwierigkeit die Klärung des Verhältnisses zwischen Staat und Universität barg, demonstriert Kloss' stichwortartige Äußerung „Staat und Universität: Ein weiteres Hindernis für die Reform.“²⁷² Letztlich blieben die verschiedenen Versuche, das Verhältnis von Autonomie der Wissenschaft und staatlicher Einflussnahme von Grund auf neu zu bestimmen, ohne Ergebnis.²⁷³

²⁶⁹ Vgl. Schelsky, Helmut: Einsamkeit und Freiheit. S. 136.

²⁷⁰ Vgl. Stein, Werner: Hochschulreform und ihre Gegner. In: Die Deutsche Universitätszeitung VI (1972). S. 244.

²⁷¹ Vgl. ebd. S. 136.

²⁷² Kloss, Günther: Hochschulreform in der Bundesrepublik Deutschland. Die Last der Tradition. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 6 (1968) Nr. 21. S. 24. Dazu führt er weiter aus: „Neben der konservativen Struktur der alten deutschen Hochschule ist die eigenartige Beziehung zwischen Staat und Universität ein weiteres beträchtliches Hindernis auf dem Wege zur Veränderung.“ Auch Besson sah in der Beziehung von Staat und Hochschule „die eigentliche Last unserer Situation“ (Besson, Waldemar: Universitätsreform in der heutigen Zeit. S. 17).

²⁷³ Vgl. Nitsch, Wolfgang: Hochschule. Soziologische Materialien. S. 99; Schlaeger konstatiert in diesem Kontext ebenfalls, dass das Verhältnis von Hochschule und Staat auch nach zwanzig Jahren noch nicht gänzlich geklärt sei (Vgl. Schlaeger, Hilke: Hochschulreform nach 1945. In: Kippstoff, Petra; Randow, Thomas von; Zimmer, Dieter E. (Hg.): Hochschulführer. S. 50).

2.2.4 Das Verhältnis von Hochschule und Gesellschaft bzw. Wirtschaft

Im Untersuchungszeitraum hatte eine gravierende Veränderung im öffentlichen Bewusstsein stattgefunden, die für den uns hier interessierenden Gegenstand von größer Relevanz war: Denn die immense Bedeutung, die dem Bildungswesen bzw. der Wissenschaft für die kulturelle und ökonomische Zukunft der Gesellschaft generell zuzumessen ist, war nun innerhalb und außerhalb der universitären Mauern erkannt worden²⁷⁴, wie folgende Zitate demonstrieren: „Eines der tragenden Elemente eines Staates ist sein Bildungswesen.“²⁷⁵ Und: „Die Hochschule hat als eine der wichtigsten Institutionen der Gesellschaft zu gelten.“²⁷⁶ Daraus resultierte die für den Diskurs repräsentative Schlussfolgerung, dass die Reform der Hochschulen „ein zentral bedeutsames Problem für die gesamte Gesellschaft“ sei.²⁷⁷ Die Probleme der Hochschulen konnten nicht isoliert gesehen werden, da zwischen der Erneuerung der Hochschulen und der gesellschaftlichen Reform ein untrennbarer Zusammenhang bestehe, wie von Dohnanyi ausführte.²⁷⁸ Die notwendige Hochschulreform wurde als Assimilationsprozess der Hochschulen an die Entwicklung der Wissenschaft *und* der Gesellschaft verstanden.²⁷⁹

Aufgrund der Interdependenz von industrieller Entwicklung und wissenschaftlich-technischem Fortschritt – so war sogar von der parallelen „Verwissenschaftlichung der Gesellschaft und der Vergesellschaftung der Wissenschaft“ die Rede²⁸⁰ – rückte die Universität zunehmend in den Fokus des staatlichen Interesses.²⁸¹ Infolge des Sputnik-Schocks und der Prognose Pichts drängten zunehmend berufliche Ausbil-

²⁷⁴ Vgl. Aschoff, Volker: Alma Mater Utopia. Ein Brief an Stelle eines Vorwortes. In: Aschoff, Volker: Alma Mater Utopia. Reden und Briefe zur Hochschulreform. S. 9-14. Hier: S. 9; Oehler, Christoph: Hochschulentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland seit 1945. S. 26; Picht, Georg: Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation. Freiburg im Breisgau 1964. S. 16.

²⁷⁵ Picht, Georg: Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation. S. 16.

²⁷⁶ Langguth, Gerd: Heilswahrheit contra Wissenschaftsfreiheit. – Zur Funktion der Wissenschaft –. In: Langguth, Gerd (Hg.): Aspekte zur Reformpolitik. Beiträge engagierter Studenten. Mainz 1971. S. 67-83. Hier: S. 67; Schelsky konstatierte gar, dass die Wissenschaft selbst zum Produktionsfaktor geworden sei. (Vgl. Schelsky, Helmut: Abschied von der Hochschulpolitik. S. 41).

²⁷⁷ Kogon, Eugen: Rebellion und Reform an unseren Hochschulen. In: Frankfurter Hefte 24 (1969) Nr. 3. S. 151-158. Hier: S. 158.

²⁷⁸ Vgl. Dohnanyi, Klaus von: Hochschulpolitik 1972 – Hochschule im gesellschaftlichen Konflikt. Bonn 1972. S. 6.

²⁷⁹ Vgl. Aschoff, Volker: Alma Mater Utopia. Ein Brief an Stelle eines Vorwortes. In: Aschoff, Volker: Alma Mater Utopia. S. 10.

²⁸⁰ Schelsky, Helmut: Einsamkeit und Freiheit. S. 154.

²⁸¹ Vgl. Webler, Wolff-Dietrich: Forschung zu Hochschulpolitik und -planung des Staates, der Verbände und sozialer Bewegungen. In: Goldschmidt, Dietrich; Teichler, Ulrich; Webler, Wolff-Dietrich (Hg.): Forschungsgegenstand Hochschule. S. 248; Die Konsequenz sei eine Variation des Begriffs der „Autonomie der Hochschule“. (Vgl. Laepple, Klaus: Die Akzente der Diskussion der Hochschulreform und ihre Ergebnisse seit 1968. In: Material zur Diskussion der Hochschulreform. S. 32).

dungswünsche in die Hochschule hinein.²⁸² Denn auch die Gesellschaft trug zunehmend den Aspekt der Funktionalisierung an sie heran. Sie wollte die Erfüllung gesellschaftlicher Aufgaben durch die Universität realisiert sehen.²⁸³ Der deutsche Politikwissenschaftler Wilhelm Hennis²⁸⁴ umschrieb die neue Funktion, die den Hochschulen daraus erwuchs, wie folgt:

Nüchtern betrachtet, sehen wir die Hochschule heute überwiegend als einen „sozialen Tatbestand“ (W. Hennis), deren Funktion sich ableitet aus bestehenden gesellschaftlichen Bedürfnissen und Interessen, die typisch sind für das fortgeschrittene Stadium moderner industrialisierter Gesellschaft.²⁸⁵

Fungierte die Studentenbewegung, die „das Verhältnis von Hochschule und Gesellschaft neu zu bestimmen“²⁸⁶ trachtete, wie Oehler es formulierte, als Katalysator, wirkte jedoch auch nicht zuletzt Pichts Veröffentlichung in diesem Kontext stimulierend: Denn in dieser stellte er der bundesrepublikanischen Entwicklung zum zweitgrößten Exportland der Welt den Provinzialismus auf dem Bildungssektor²⁸⁷

²⁸² Vgl. Gutjahr-Löser, Peter: Die Reaktion der Professoren auf die studentische Protestbewegung. In: Material zur Diskussion der Hochschulreform. S. 45-50. Hier: S. 45: Er fasst die Erfüllung des Ausbildungsauftrages der Hochschule als „weiteres Krisengebiet“ auf; Löwenthal, Richard: Hochschule für die Demokratie. S. 37; Schelsky, Helmut: Abschied von der Hochschulpolitik oder Die Universität im Fadenkreuz des Versagens. S. 19, 157. Daneben weist Schelsky zu Recht auf eine zweite Forderung hin, nämlich die, „die auf Anwendung in Wirtschaft, Technik und im militärischen Bereich zielende Forschung zu steigern“. (Ebd. S. 157).

²⁸³ Vgl. Schwarz, Richard: Universitas und Universität – sind sie heute überholt? In: Die Deutsche Universitätszeitung XII (1969). S. 2; Grünwald, Gerald: Die Hochschulen und ihre Leistung in der Gesellschaft. Einführende Worte in das Thema. In: Die Deutsche Universitätszeitung XII (1972). S. 499-500. Hier: S. 499: Er verdeutlicht diesen Aspekt, wenn er konstatiert, dass die Prämisse, dass die Hochschule der Gesellschaft zu dienen hat, mittlerweile unumstritten sei.

²⁸⁴ Wilhelm Hennis, 1923 geboren, studierte Rechtswissenschaften in Göttingen, promovierte und habilitierte sich schließlich in Frankfurt für das Fach Politische Wissenschaften. Als Politikwissenschaftler setzte er sich primär mit der Problematik des Regierens unter den Bedingungen des modernen Staates auseinander, wodurch er sich einen Ruf als bedeutender Vertreter seines Fachs erwarb. Neben seiner wissenschaftlichen Tätigkeit, sein Weg führte ihn u. a. an die Universitäten Hamburg, Freiburg, New York und Berlin, tat er sich auch in vielen politischen und politiknahen Bereichen hervor: So zählt er zu den Mitbegründern des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes. Mit Schelsky geriet er in eine Kontroverse über die neue Universität Bielefeld. Schließlich unterzeichnete er 1970 den Gründungsauftrag für den eher konservativen Hochschullehrer-Bund „Freiheit der Wissenschaft“.

²⁸⁵ Vgl. Lemper, Lothar Theodor: Garantieren die neuen Hochschulgesetze die Funktion der Hochschulen? In: Material zur Diskussion der Hochschulreform. S. 18-27. Hier: S. 19.

²⁸⁶ Oehler, Christoph: Hochschulentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland seit 1945. S. 26.

²⁸⁷ Tatsächlich war die Bundesrepublik in den 1960er Jahren im internationalen Vergleich hinsichtlich der Zahl der Abiturienten und Hochschulabsolventen auf den hinteren Plätzen anzutreffen. (Vgl. Peisert, Hansgert; Framheim, Gerhild: Das Hochschulsystem in der Bundesrepublik Deutschland. S. 117).

kontrastiv gegenüber, um dann die sich daraus ergebenden schwerwiegenden Konsequenzen für die künftigen Generationen heraufzubeschwören²⁸⁸:

Das Erziehungs- und Bildungswesen der BRD ist bei weitem nicht mehr in der Lage, den Bedarf unserer Gesellschaft an qualifizierten Nachwuchskräften zu decken und den durchschnittlichen Bildungsstand unseres Volkes auf einem Niveau zu halten, das den Standards des 20. Jahrhunderts entspricht.²⁸⁹

Ergänzt wurde Pichts Aufruf zur Ausweitung der höheren Bildung noch durch Dahrendorfs Publikation „Bildung ist Bürgerrecht“, so dass Konsens darüber bestand, dass eine Expansion des tertiären Bereichs anzustreben sei.²⁹⁰ So wundert es nicht, dass man in der Hochschulexpansion einen „wichtigen Faktor zur Stimulierung des Wirtschaftswachstums“ erblickte.²⁹¹

Drei Interessen, denen im Folgenden nochmals detaillierter nachgegangen werden soll, bestimmten das Verhältnis von Hochschule und Gesellschaft:

1. Die Bildungsinteressen der Individuen,
2. die sozialen Interessen an gesellschaftskritischer, innovatorischer, erkenntnisvermehrender Rationalität verbreitender, normenbildender Wissenschaft und schließlich
3. die ökonomischen Interessen an hochqualifizierten Arbeitskräften oder der Vermehrung verwertbarer Forschungsergebnisse.²⁹²

Aufgrund der immensen Bedeutung, die dem dritten Aspekt zukommt, soll an dieser Stelle mit ihm begonnen werden. – Geradezu leitmotivisch für den Diskurs war nämlich der Hinweis auf den Bedarf der Gesellschaft an wissenschaftlich ausgebildetem Nachwuchs.²⁹³ Er gipfelte schließlich in der folgenden repräsentativen Aus-

²⁸⁸ Vgl. Picht, Georg: Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation. S. 15.

²⁸⁹ Ebd. S. 26.

²⁹⁰ Vgl. Peisert, Hansgert; Framheim, Gerhild: Das Hochschulsystem in der Bundesrepublik Deutschland. S. 117f.

²⁹¹ Teichler, Ulrich: Die Universität vor den Anforderungen der modernen Arbeitswelt. In: Röhrs, Hermann (Hg.) unter Mitarbeit von Hess, Gerhard: Tradition und Reform der Universität unter internationalem Aspekt. Ein interdisziplinärer Ansatz. Frankfurt am Main u. a. 1987. S. 313-328. Hier: S. 313.

²⁹² Vgl. Webler, Wolff-Dietrich: Geschichte der Hochschule seit 1945. In: Ausbildung und Sozialisation in der Hochschule. S. 172.

²⁹³ Vgl. beispielsweise Kloss, Günther: Hochschulreform in der Bundesrepublik Deutschland. Die Last der Tradition. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 6 (1968) Nr. 21. S. 38; Besson, Waldegar: Universitätsreform in der heutigen Zeit. S. 11.

sage Löwenthals am Ende des Untersuchungszeitraumes: „Die quantitativ überwiegende Aufgabe der Hochschule von heute ist die Vorbereitung auf Massenberufe der modernen Industriegesellschaft.“²⁹⁴

Doch beginnen wir ab ovo: Erst relativ spät im Untersuchungszeitraum brach sich nämlich in verstärktem Maße – um bei der Terminologie der Einleitung zu bleiben – die funktionalistische Tendenz innerhalb des Diskurses Bahn, die eine leistungsstärkere Universität für die Gesellschaft wünschte.²⁹⁵ Ihre Befürworter, Repräsentanten von Staat und Wirtschaft, nahmen eine ähnliche Position wie die Gesellschaft insgesamt ein, denn auch sie waren spätestens seit Pichts Zukunftsprognosen von der Sorge um einen sich entwickelnden wirtschaftlichen Notstand erfüllt.²⁹⁶ Da sie das Bedürfnis der Wirtschaft nach neuen Erkenntnissen und lange ausgebildetem Personal kannten²⁹⁷, stand daher die Erzeugung und Vermittlung von technisch verwertbarem Wissen, sprich die Deckung des Bedarfs „einer Industriegesellschaft an qualifizierten Nachwuchskräften“ und die „erweiterte Reproduktion der Ausbildung selber“²⁹⁸ an exponierter Stelle ihrer Prioritätenliste. Überspitzt könnte man es tatsächlich so umschreiben, dass der Wirtschaft das Ideal-Bild der Hochschule als Service-Institution vorschwebte, an der die Studenten extrafunktionale Fähigkeiten wie Anpassung und Einordnung in die spätere Berufsrolle einüben sollten.²⁹⁹ Denn:

Hochentwickelte Industriegesellschaften brauchen qualifizierte Leistungs- und Lenungskräfte jeder Art in wachsendem Umfang, sie bieten die entsprechenden Stellen, und die Industrie und Verwal-

²⁹⁴ Löwenthal, Richard: Hochschule für die Demokratie. S. 55. Er sprach sich auch für ein Mitspracherecht für die Vertreter der Parlamente und die der betreffenden Berufe im Bezug auf die Studienreform aus. (Vgl. ebd. S. 58/59).

²⁹⁵ Vgl. Leibfried, Stephan: Die angepasste Universität. Zur Situation in der Bundesrepublik und den USA. Frankfurt am Main ²1968. S. 8 f.

²⁹⁶ Vgl. Picht, Georg: Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation. Freiburg im Breisgau 1964. S. 17.

²⁹⁷ Vgl. Edding, Friedrich: Die Hochschulen im Wachsen der Wirtschaft. In: Universitätstage 1967. Universität und Demokratie. S. 80-94. Hier: S. 80. An dieser Stelle weist Edding zu Recht auch auf die Ambivalenz des Verhältnisses hin, wenn er konstatiert, dass die Wirtschaft zugleich die Nachfrage nach Studienplätzen stimuliere, indem sie berufliche Chancen in Aussicht stelle.

²⁹⁸ Habermas, Jürgen: Universität in der Demokratie – Demokratisierung der Universität. In: Universitätstage 1967. Universität und Demokratie. S. 67f. Nicht länger stand, wie Schabedoth es 1982 als Dysfunktionalität diagnostizierte, das zweckfreie Suchen nach neuen Wahrheiten, sondern vielmehr das nach wirtschaftlich verwertbaren Erkenntnissen im Zentrum des Interesses. (Vgl. Schabedoth, Hans-Joachim: Hochschulreform – eine verpasste Chance. S. 9).

²⁹⁹ Vgl. Schabedoth, Hans-Joachim: Hochschulreform – eine verpasste Chance. S. 57ff. – auch wenn dieser Gedanke wesentlich später formuliert wurde.

tung, die öffentlichen Dienste und Verbände, die Justiz und die höheren freien Berufe erheben an den Nachwuchs hohe Ansprüche.³⁰⁰

Dass die Hochschulen unter den sich gewandelten Voraussetzungen Wissenschaft in einem umfassenderen Sinne zu betreiben hatten, drang zunehmend in das Bewusstsein aller Diskutanten in der Reformdebatte. Neben der methodischen Gewinnung, systematischen Darstellung und öffentlichen Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse gehöre die Berufsvorbereitung und auch die Weiterbildung ebenso dazu wie die Ratgeberfunktion.³⁰¹

2.3 Verbesserung der universitären Struktur

2.3.1 Die Ausgangslage: Feststellung der Ineffizienz

Obgleich der universitäre Betrieb lange Zeit von der Erforschung der Organisationsformen unberührt geblieben war³⁰², setzte sich im Analysezeitraum – vor dem Hintergrund der Quantitäten – zunehmend auch innerhalb dieser Institution die Einsicht durch, dass sie in ihrer derartigen Ausgestaltung nicht „fit“ für die Zukunft sei, wie es Rieger formulierte; dass man „an Organisationsformen aus der Zeit des vergangenen Jahrhunderts“³⁰³ festhalte; dass also gerade die universitären Formen dringend einer Veränderung bedurften.³⁰⁴

³⁰⁰ Gehlen, Arnold: Zu den Problemen der Hochschulreform und der Unruhe unter den Studenten. In: Unternehmer und Bildung. Festschrift zum 60. Geburtstag von Ludwig Vaubel. Köln; Opladen 1968 (= Veröffentlichungen der Walter-Raymond-Stiftung 10). S. 27.

³⁰¹ Vgl. Martin, Berthold: Ziele der Hochschulreform heute. In: Die Deutsche Universitätszeitung IV (1969). S. 1-5. Hier: S. 2. Zwar könnte man gegen dieses Argument einwenden, dass die Politik durchaus den Interessen der Wirtschaft näher stand als denen der Wissenschaft, zumal man den Hochschulen selbst gewisse Aufgaben zuwies, doch nahmen auch die akademischen Vertreter diese Forderung wahr: beispielsweise ordnete Rucker (Rucker, August: Wandel in den Funktionen der Universität. In: Die Deutsche Universitätszeitung V (1967). S. 4-8. Hier: S. 4) die Aufgaben der Hochschulen in ein noch weiteres Feld ein, wenn er bemerkt: „Diese Aufgaben schließen die Förderung von politischer Kritik und Gesellschaftskritik und die intensive Einführung der Studierenden in ihre späteren Lebensbereiche ein. Es muss hierbei erreicht werden, dass die Stellung des Studierenden in der Universitätskörperschaft seine spätere in der Gesellschaft widerspiegelt, so dass auf diese Weise die zukünftige Führungsschicht auf ihre Aufgabe in der Gesellschaft vorbereitet ist und nicht nur als wissenschaftlich gebildeter Spezialist die Universität verlässt.“

³⁰² Vgl. Bonheim, Helmut: Gedanken über Organisationswissenschaft und Universitätsbetrieb. In: Die Deutsche Universitätszeitung XV / XVI (1969). S. 1-4. Hier: S. 1.

³⁰³ Veraltetes System der deutschen Hochschule. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27. Februar 1964; Die hier zitierte Meinung wurde in 220 Berichten ausländischer Wissenschaftler vertreten.

³⁰⁴ Vgl. Rieger, Wolfgang: Die Politisierung von Wissenschaft und Bildung. In: Die Deutsche Universitätszeitung I (1971). S. 19. Diese Erkenntnis diagnostizierten bereits Zeitgenossen, wie der Artikel Seels beweist. (Vgl. Seel, Wolfgang: Die Gegenwart: In den Strudeln des Reformzwangs. Gefahren der Um- und Irrwege bei der inneren Erneuerung der Hochschulen / Modell eines „Kleinen Senats“. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. März 1968).

Entscheidend für eine radikale Reform der bundesdeutschen Universitäten ist eine neue wissenschaftliche Bestimmung ihrer Funktion und die zur Erreichung dieser wissenschaftlichen Bestimmung erforderliche organisatorische Struktur.³⁰⁵

Da Politik und Gesellschaft diese Verwaltungsunfähigkeit auf die Struktur der Kollegialverwaltung zurückführten, wurden die Professoren als Verantwortliche identifiziert³⁰⁶: Denn kritische Einsichten über Mängel der Fakultät oder Schwächen verschiedener Maßnahmen würden in kollegialen Sitzungen seltenst realisiert bzw. konkret benannt. Durch diese kollegiale Rücksichtnahme würden offensichtliche dienstliche Schwächen und Verfehlungen ihrer Mitglieder von der kollegialen Selbstverwaltung nicht aufgegriffen bzw. nicht erkannt.³⁰⁷ Neben diesem Immobilismus der Kollegialorgane stieß auch die Undurchsichtigkeit der Entscheidungsprozesse, das Defizit einer straffen Zentralverwaltung, aber auch vor allem die Sorge der Ordinarien, ihrer Privilegien verlustig zu gehen auf heftige Kritik in der Öffentlichkeit und – gerade auch die letzt genannten Aspekte – bei Assistenten und Studenten.

Nicht nur vonseiten der Politik und von Institutionen wie dem Wissenschaftsrat und der Westdeutschen Rektorenkonferenz³⁰⁸ wurden die Struktur- und die Verwaltungsreform neben der Studienreform als zentrale Ziele der Hochschulreform erklärt³⁰⁹, auch die Wirtschaft forcierte die Hochschulverwaltungsreform und gab dem Diskurs dadurch entscheidende Impulse.

Als der Einfluss der funktionalistischen Tendenz nämlich innerhalb des Diskurses wuchs, verglich man immer häufiger die Probleme der Hochschulreform mit dem ökonomischen Sektor, mit den „verspäteten Rationalisierungsproblemen eines

³⁰⁵ Thema: Universitätsreform. Wünsche – Pläne – Ziele. Die Meinung der Studenten. In: 150 Jahre Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität. S. 92.

³⁰⁶ Vgl. Schelsky, Helmut: Abschied von der Hochschulpolitik oder Die Universität im Fadenkreuz des Versagens. S. 36.

³⁰⁷ Vgl. ebd. S. 38f.

³⁰⁸ Vgl. Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Struktur und Verwaltungsorganisation der Universitäten. Hg. v. Wissenschaftsrat. Bonn – Bad Godesberg 1968; Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Struktur und zum Ausbau des Bildungswesens im Hochschulbereich nach 1970. Hg. v. Wissenschaftsrat. Bonn 1970; Empfehlungen, Entschlüsse und Nachrichten vom Präsidenten mitgeteilt. Hg. v. der Westdeutschen Rektorenkonferenz. Bonn – Bad Godesberg 1959-1965; 1967.

³⁰⁹ Vgl. Martin, Berthold: Ziele der Hochschulreform heute. In: Die Deutsche Universitätszeitung IV (1969). S. 2.

Großbetriebes.“³¹⁰ Immer häufiger rückte der „Aspekt der betriebswirtschaftlichen Effizienz“³¹¹ ins Zentrum der Überlegungen.

In Bezug auf die Hochschulverwaltung bedeutete dies, dass ihre systemimmanente Ineffizienz nunmehr immer häufiger und mit größter Vehemenz herausgestrichen und die akademische Selbstverwaltung als Kernschwäche charakterisiert wurde: „Das alte System der zunftmäßig begründeten Honoratioren-Selbstverwaltung ist gegenüber neuen Aufgaben der Lehre und Forschung funktionsschwach und ineffektiv und in einigen Fällen bereits funktionsunfähig.“³¹² Und „sie [...] ist den administrativen Erfordernissen eines Großbetriebes von der Ausdehnung einer normalen Hochschule [...] nicht mehr gewachsen.“³¹³ Auch Vogel attestierte der Institution Ähnliches, er verwendet beispielsweise den Begriff des Riesenapparates, der eine innere Strukturreform benötige.³¹⁴ Die vorhandenen Kräfte reichten offensichtlich nicht mehr aus, dem immens angewachsenen Apparat gerecht zu werden. Rein quantitativ – hinsichtlich der Anzahl der Stellen – war die Verwaltung hinter diesen neuen Anforderungen zurückgeblieben³¹⁵, war der Senat, wie Diplom-Soziologe Einhard Schrader konstatierte, nicht mehr länger der Verwaltung eines solchen Großbetriebes gewachsen, noch Stätte des interdisziplinären Gedankenaustau-

³¹⁰ Schelsky, Helmut: Einsamkeit und Freiheit. S. 161. Vgl. auch: Schmidt, Lothar; Thelen, Dieter: Hochschulreform. Gefahr im Verzuge? Mit einem Gesetzentwurf. Frankfurt 1969. S. 65f.; Hochschule in der Demokratie. SDS-Denkschrift. Frankfurt 1972. S. 86ff.

³¹¹ Schrader, Einhard: Die Organisation des Instituts im Rahmen einer Universitätsreform – Ein Diskussionsvorschlag –. In: Die Deutsche Universitätszeitung II (1969). S. 7-11. Hier: S. 11: Letztlich kritisiert er dies weit verbreitete Denken, da das Problem seiner Meinung nach damit zu kurz gefasst werden würde: Denn die Verwaltung würde dadurch isoliert von anderen Bereichen und Funktionen der Hochschule betrachtet werden. (Vgl. ebd. S. 10).

³¹² Schelsky, Helmut: Abschied von der Hochschulpolitik oder Die Universität im Fadenkreuz des Versagens. S. 17.

³¹³ Jochimsen, Reimut: Aufgaben der Universität heute und morgen. Festvortrag zur Eröffnung der Kieler Universitätstage am 20. Januar 1969. In: Christina Albertina 7 (1969). S. 15. Als weitere Kernprobleme identifiziert er die „hierarchische Verfestigung der Autoritätsstrukturen“ und die „zunehmende Unproduktivität des Lehr- und Forschungsbetriebes.“ (Ebd.). Und auch Letzelter diagnostiziert die Reformbedürftigkeit der Hochschulverwaltung, die er auf zwei Ursachen zurückführt: Zum einen sei die Verwaltung rein stellentechnisch zurückgeblieben; zum anderen stelle die mangelnde Kontinuität ein weiteres Problem dar. Er führt noch drei Lösungsmöglichkeiten auf – die alte preußische Kuratorialverfassung, den hauptamtlichen Hochschulpräsidenten und die Kanzlerverrichtung (Vgl. Letzelter, Franz: Zum Thema Hochschulverwaltung. In: Die Deutsche Universitätszeitung III (1965). S. 3-5. Hier: S. 3.).

³¹⁴ Vogel, Bernhard: Die Hochschulpolitik zwischen den Anforderungen der Forschung und der Lehre. In: Loccumer Protokolle 8 (1968): Hochschulpolitik und Gesellschaftspolitik. S. 1-16. Hier: S. 12.

³¹⁵ Vgl. Heppe, Hans von: Aufbau- und Organisationsfragen der Universität. In: Kolumbe, Erich; Bruhn, Wolfgang (Hg.): Gestalt und Wandlung der Universität. S. 103; Letzelter, Franz: Zum Thema Hochschulverwaltung. In: Die Deutsche Universitätszeitung III (1965). S. 3.

sches.³¹⁶ Zunehmend wuchs die Belastung der Universitätslehrer und Assistenten mit Verwaltungsaufgaben³¹⁷, hielt die Kontrolle von Bücherrechnungen u.v.m. die Hochschullehrer von ihrer eigentlichen Arbeit ab, um es mit den überspitzten Worten Bonheims zu formulieren.³¹⁸ Die Klagen der Hochschullehrer, dass ihnen viel zu wenig Zeit für die eigene Forschung verbliebe³¹⁹, da die Verwaltungstätigkeiten einen immer breiteren Raum in ihrem Tagesablauf einnehmen, prägten den Diskurs nachhaltig.³²⁰ Radikal müssten die Verwaltungsaufgaben der Lehrstuhlinhaber reduziert werden, so lautete ihre Forderung.³²¹ Das Postulat nach einer eigenen, eigens für sie eingerichteten Verwaltung – möglichst getragen von Hochschulmanagern, die die Mitglieder entlasten sollten³²² – ließ nicht lange auf sich warten. Doch auch die diametrale Position stieß auf Resonanz: Eine völlige Abstinenz von der Verwaltung sei nicht erstrebenswert³²³, da die wichtigsten Verwaltungsaufgaben an Seminaren nur von den jeweiligen Fachvertretern entschieden werden könnten³²⁴, ganz aus der Hand wollte man die Entscheidungskompetenz auf der Verwaltungsebene dann doch nicht geben.

Da das Vertrauen in die Arbeit der universitären Selbstverwaltungsgremien erheblich erschüttert war, überlegte man vonseiten der Politik eine Reihe alternativer Vorschläge. Diese reichten von einer Einheitsverwaltung, die die von vielen Seiten als nicht mehr zeitgemäß erachtete Trennung zwischen akademischer Verwaltung und Wirtschaftsverwaltung³²⁵ obsolet machen sollte, bis hin zur Globalzuweisung der

³¹⁶ Vgl. Schrader, Einhard: Die Organisation des Instituts im Rahmen einer Universitätsreform – Ein Diskussionsvorschlag –. In: Die Deutsche Universitätszeitung II (1969). S. 7: Sein Beitrag liest sich als ein Plädoyer für das Institut – als Grundeinheit – in einer reformierten Universität.

³¹⁷ Vgl. Jaspers, Karl; Rossmann, Kurt: Die Idee der Universität. S. 235: Rossmann folgert daraus, dass allein ein universitätseigener und den Selbstverwaltungsorganen der Universität unterstehender Verwaltungsapparat diesen Missstand beheben könne; Rumpf, Hans. In: Heimendahl, Eckhart (Hg.): Die Zukunft der Universität. Lehre und Forschung oder Forschung und Lehre und Verwaltung. München 1966. S. 111.

³¹⁸ Vgl. Bonheim, Helmut: Gedanken über Organisationswissenschaft und Universitätsbetrieb. In: Die Deutsche Universitätszeitung XV/XVI (1969). S. 1-4. Hier: S. 2.

³¹⁹ Vgl. Bahrdt, Paul. In: Heimendahl, Eckhart (Hg.): Die Zukunft der Universität. S. 33.

³²⁰ Vgl. Bargmann, Wolfgang: Heimendahl, Eckhart (Hg.): Die Zukunft der Universität. S. 71.

³²¹ Vgl. Besson, Waldemar. In: Eckhart Heimendahl (Hg.): Die Zukunft der Universität. S. 49; Glemser, Oskar. In: Heimendahl, Eckhart (Hg.): Die Zukunft der Universität. S. 106; Anrich konstatierte gar, dass die Professoren von den belastenden Verwaltungsaufgaben befreit werden müssten, „die nichts oder kaum noch etwas mit Selbstverwaltung zu tun“ haben. (Vgl. Anrich, Ernst: Die Idee der deutschen Universität und die Reform der deutschen Universitäten. S. 105).

³²² Vgl. Besson, Waldemar: Universitätsreform in der heutigen Zeit. S. 19.

³²³ Vgl. Ebd. S. 63.

³²⁴ Vgl. Haas, Rudolf. In: Eckhart Heimendahl (Hg.): Die Zukunft der Universität. S. 63.

³²⁵ Vgl. Martin, Berthold: Ziele der Hochschulreform heute. In: Die Deutsche Universitätszeitung IV (1969). S. 4.

finanziellen Mittel für die Hochschulen.³²⁶ Im Folgenden sollen davon die den Diskurs dominierenden Problemkreise aufgezeigt werden: Es waren die Ausgestaltung der Universitätsspitze³²⁷ und deren Amtszeit, die Straffung des Berufungsverfahrens, das Verhältnis von akademischer Verwaltung und Wirtschaftsverwaltung.³²⁸, aber auch die Organisation, Koordination und Kooperation der Fachbereiche, die Einrichtung von ständigen Kommissionen zur Unterstützung des Präsidenten und die Verbindung von Staatsgewalt und Universität.³²⁹

2.3.2 Die Strukturreform: Die Universitätsleitung

Nach 1945 hatte man eine „stärkere Ausbildung der Spitze“³³⁰ versäumt, was auf die Erfahrungen mit dem Führerprinzip des Dritten Reichs zurückzuführen ist.³³¹

Doch im Untersuchungszeitraum wurde schon bald die Forderung nach eben einer solchen virulent³³²: So sah der Politiker Berthold Martin³³³ nicht unbegründet in der Schaffung einer modernen Universitätsleitung ein wichtiges Einzelziel innerhalb der

³²⁶ Vgl. Hasemann, Karl-G.: Gedanken zur Universitätsreform. Bremen 1969 (= Schriftenreihe Pro Universitate Bremensi 6). S. 16ff.: Damit sollte den Hochschulen die Möglichkeit eines Übertrages auf das nächste Haushaltsjahr gewährleistet werden; Heldmann, Werner: Die Universität zwischen Proporz und Autonomie. In: Die Deutsche Universitätszeitung I (1969). S. 2-6. Hier: S. 6: Zudem sollte dadurch auch ein größeres Maß an Planungssicherheit gewonnen werden; Schelsky, Helmut: Abschied von der Hochschulpolitik oder Die Universität im Fadenkreuz des Versagens. S. 97: Schelsky erblickt gar in der Realisierung einer mittel- bzw. langfristigen Finanz- und Haushaltsplanung für den Bereich der Hochschulen und Forschung das entscheidende Moment für den Aus- bzw. Umbau der Hochschulen; Simon, Uwe-Rainer: Vorstellungen zur Hochschul- und Studienreform. In: Studenten zur Hochschulreform. Hannover 1968. S. 35-55. Hier: S. 39. Warnende Stimmen diesbezüglich waren eher selten wie beispielsweise der Hinweis Anrichs, dass solche Globalzuweisungen die „Überdehnung der eigentlichen Selbstverwaltungsaufgaben“ noch steigern würden. (Vgl. Anrich, Ernst: Die Idee der deutschen Universität und die Reform der deutschen Universitäten. S. 53).

³²⁷ Vgl. ebd.

³²⁸ Vgl. Das Hochschulwesen in der Bundesrepublik Deutschland. Probleme und Tendenzen. S. 13: Dort werden additiv noch die erweiterte Partizipation der Nichtordinarien und der nicht habilitierten Wissenschaftler an der akademischen Selbstverwaltung, die Stellung der Studentenschaft und die Studienreform angeführt, die aber in einem eigenen Unterkapitel thematisiert werden sollen.

³²⁹ Vgl. Hasemann, Karl-G.: Gedanken zur Universitätsreform. S. 16ff.

³³⁰ Hennis, Wilhelm: Haben wir einen Beruf zur Hochschulgesetzgebung? In: Loccumer Protokolle 8 (1968): Hochschulpolitik und Gesellschaftspolitik. S. 20.

³³¹ Im „Blauen Gutachten“ von 1948 findet man daher lediglich die Forderung nach einer Stärkung von Rektor und Senat gegenüber den Fakultäten. (Vgl. Gutachten zur Hochschulreform. Hg. v. Studiaaus-schuß für Hochschulreform. S. 51).

³³² Zumal sich Verfechter der universitären Autonomie davon erhofften, die Universität zum einen gegen staatliche und gesellschaftliche Eingriffe behaupten zu können und zum anderen die innere Flexibilität anzustreben. Auch versprach man sich mehr Effektivität hinsichtlich der eingesetzten Mittel. (Vgl. Besson, Waldemar: Universitätsreform in der heutigen Zeit. S. 20).

³³³ Berthold Martin (1913-1973), von Hause aus Psychiater, gehörte als Gründungsmitglied der CDU Gießen seit 1954 dem Hessischen Landtag, seit 1957 dem Bundestag an. Im Jahr 1962 wurde ihm der Vorsitz des Bundestagsausschusses für Kulturpolitik und Publizistik übertragen. Seit 1965 war er Vorstandsmitglied der CDU/CSU-Fraktion. (Vgl. Deutsche Biographische Enzyklopädie. Band 6: Kogel- Maxsein. München 1997. S. 636).

längst überfälligen Strukturreform³³⁴, denn sie musste der Massenuniversität Rechnung tragen.³³⁵ Schließlich hatten die gestiegenen Anforderungen und Aufgaben auch vor der Universitätsspitze nicht Halt gemacht.

Als größter Mangel am bestehenden Rektoratssystem galt die kurze Amtszeit desselben von nur einem Jahr; vor diesem Hintergrund entwickelte sich im Laufe des Untersuchungszeitraumes die Forderung nach einer größeren Kontinuität der Verwaltungsspitze.³³⁶ Um diesem Missstand abzuhelpen, gab es, beispielsweise vonseiten der Politik, Überlegungen die Amtszeit des ursprünglich einjährig, vornehmlich repräsentativ, tätigen Rektors auf vier oder fünf Jahre auszudehnen. Eine solche exponierte Position eines Einzelnen stieß gerade von Seiten der Professoren auf großen Widerstand³³⁷, die das Prinzip des „primus inter pares“ beibehalten wollten.

Schon bald wurde jedoch das Argument ins Feld geführt, dass es mit der alleinigen Verlängerung der Amtszeit nicht getan sei.³³⁸ Als Argument führten die Vertreter der professoralen Gruppe jedoch an, dass durch eine solch lange Amtszeit der Abstand der Wissenschaftler von der Forschung erheblich wachse³³⁹, hatte doch nicht nur Schrader im Rektor einen Wissenschaftler gesehen, „der die Bürde dieses Amtes unter Vernachlässigung der eigenen wissenschaftlichen Produktion auf sich nimmt.“³⁴⁰ Auch wäre die Gefahr eines Machtmissbrauches bei einer Amtszeit diesen Ausmaßes wahrscheinlicher als bei dem einjährigen Rektorat.³⁴¹

Vor dem Hintergrund dieser Gefahren wurde im Laufe des Untersuchungszeitraumes zunehmend der Ruf nach dem starken Mann, der Ruf nach der Präsidialverfas-

³³⁴ Vgl. Martin, Berthold: Ziele der Hochschulreform heute. In: Die Deutsche Universitätszeitung IV (1969). S. 3.

³³⁵ Simon, Uwe-Rainer: Vorstellungen zur Hochschul- und Studienreform. In: Studenten zur Hochschulreform. S. 43.

³³⁶ Ebd. S. 39.

³³⁷ Hensel, K. Paul: Das Hochschulgesetz. Entwicklungstendenzen des Gesetz-Entwurfes. In: Die Deutsche Universitätszeitung VI (1965). S. 26-32. Hier: S. 29: „Amtdauer des Rektors keine Garantie für Reform“; Walz, Hanna: Überlegungen zum neuen Hessischen Hochschulgesetz. Opposition nicht einmütig hinter den Hochschulen. In: Die Deutsche Universitätszeitung VI (1965). S. 37-43. Hier: S. 40.

³³⁸ Vgl. Besson, Waldemar: Universitätsreform in der heutigen Zeit. S. 19; Simon, Uwe-Rainer: Vorstellungen zur Hochschul- und Studienreform. S. 44.

³³⁹ Vgl. Fromme, Friedrich Karl: Der Sprung von einem auf vier Jahre. Die Amtszeit der hessischen Universitätsrektoren soll drastisch verlängert werden. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. Mai 1965.

³⁴⁰ Schrader, Einhard: Die Organisation des Instituts im Rahmen einer Universitätsreform – Ein Diskussionsvorschlag -. In: Die Deutsche Universitätszeitung II (1969). S. 7.

³⁴¹ Vgl. Hartner, Willi: Der wahre Revolutionär erkennt die Fehler des Alten. Gedanken zur geplanten hessischen Hochschulreform. In: Die Deutsche Universitätszeitung VI (1965). S. 56-58. Hier: S. 57.

sung laut³⁴², der auch Eingang in die Hochschulgesetzgebung fand. Durch die Installation eines starken Hochschulpräsidenten, der sich durch eine längere Amtszeit auszeichnen sollte, erhofften sich Repräsentanten der funktionalistischen Tendenz den Einzug einer strafferen Organisation, einer verbesserten Rationalität und Ökonomie in die Hochschulen.³⁴³ Vom künftigen Präsidenten, der an der Spitze einer vereinigten Verwaltung stehen sollte, erwarteten Politik, Wirtschaft und Gesellschaft die Integration der inner- und außeruniversitären Funktionsansprüche an die Hochschule. Als Voraussetzungen sollte er sowohl Verständnis für die Wissenschaft als auch für die Verwaltung mitbringen und beides in seiner Tätigkeit vereinen. In seinen Kompetenzbereich sollte die Ausübung und Delegation aller Exekutivfunktionen fallen, dennoch sollte er aber von der Universität kontrolliert werden.³⁴⁴

Für die Institutionalisierung dieses neuen Amtes in Deutschland gab es zwei Möglichkeiten, wie Wolfgang Seel, Gründungskanzler der Ruhr-Universität Bochum, sie aufzeigt:

Die Schaffung des Präsidenten an der deutschen Universität würde vereinfacht so geschehen: Entweder übernimmt der Rektor zugleich die Stellung des bisher selbständig leitenden Verwaltungsbeamten (Kurator, Kanzler usw.), dem bisher die Betreuung der staatlichen Angelegenheiten oblag, oder der bisher leitende Verwaltungsbeamte (Kurator, Kanzler) übernimmt die bisherigen Aufgaben des Rektors. Will man zugleich aber die starke Zentralgewalt wie in Amerika, so muß man diese mit einer starken Exekutivgewalt und dem Eingriffsrecht in die Fakultäten ausstatten.³⁴⁵

Kritische Stimmen führten als Gegenargument gegenüber der Präsidialverfassung allerdings die Gefahr des Herauslösen des Präsidentenamtes aus der Kollegialver-

³⁴² Vgl. ebd.; Kalischer, Wolfgang: Repräsentative Aspekte der Pläne und Vorschläge zur Hochschulreform in der BRD. In: Teichler, Ulrich; unter Mitarbeit von Opitz, Kurt (Hg.): Faktoren und Zielvorstellungen der Hochschulreform in der Bundesrepublik Deutschland. S. 46-59. Hier: S. 54; Dr. Martin, Berthold: Ziele der Hochschulreform heute. In: Die Deutsche Universitätszeitung IV (1969). S. 3; Seel, Wolfgang: Präsident oder Rektor? In: Die Deutsche Universitätszeitung XI (1967). S. 8-9. Hier: S. 8.

³⁴³ Vgl. Seel, Wolfgang: Präsident oder Rektor? In: Die Deutsche Universitätszeitung XI (1967). S. 8.

³⁴⁴ Vgl. Teichler, Ulrich: Probleme der Hochschulreform in der Bundesrepublik Deutschland. (Diskussionsbericht). In: Teichler, Ulrich; unter Mitarbeit von Opitz, Kurt (Hg.): Faktoren und Zielvorstellungen der Hochschulreform in der Bundesrepublik Deutschland. S. 85.

³⁴⁵ Seel, Wolfgang: Präsident oder Rektor? In: Die Deutsche Universitätszeitung XI (1967). S. 8.

fassung und damit einhergehend die Gefahr der Politisierung ins Feld³⁴⁶: „Der Präsident würde sich aus den gegebenen Machtverhältnissen heraus mit der Zeit an die staatlichen Stellen anlehnen, weil der Staat der Geldgeber ist. Jedes Präsidialsystem führt zum „Super-Kurator“.³⁴⁷ An dieser Stelle ist erneut die vorherrschend bewahrende Tendenz vernehmbar, die vor einer zu großen Abhängigkeit gegenüber dem Staat mahnte. Gerade die dem Vorschlag zugrunde liegende Annahme, dass die Universität einem Unternehmen ähnele, negierten ihre Unterstützer kategorisch.³⁴⁸ Schließlich habe die Einführung des Präsidialsystems den Verlust der Originalität durch den Wechsel der Persönlichkeiten, wie es bei der Rektoratsverfassung der Fall sei, und auch das Moment der geistigen Repräsentation zur Konsequenz.³⁴⁹ Im April 1968 schließlich beschlossen die Kultusminister als einen Grundsatz für ein neues Hochschulrecht die Einführung einer Präsidialverfassung oder eines mehrjährigen Rektorats, um die Leitung zu stärken.³⁵⁰ ³⁵¹ Zwanzig Jahre nach Kriegsende war damit der Gedanke an eine starke Leitung „sagbar“ geworden. Fast scheint es, als ob die Studentenbewegung der Politik den Eindruck vermittelt hatte, im Zweifelsfalle als demokratisches Korrektiv gegenüber einer zu mächtig werdenden Universitätsspitze wirken zu können.

Ogleich Rektorats- und Präsidialverfassung den bundesdeutschen Diskurs dominierten, gewann der Typ der Direktorialverfassung zunehmend an Einfluss: Im Zuge des Entwurfes für ein neues hessisches Hochschulgesetz nämlich drang dieses Modell in den öffentlichen Diskurs ein. Angelehnt war es an den Vorschlag der hessi-

³⁴⁶ Vgl. Heldmann, Werner: Die Universität zwischen Proporz und Autonomie. In: Die Deutsche Universitätszeitung I (1969). S. 5.

³⁴⁷ Seel, Wolfgang: Präsident oder Rektor? In: Die Deutsche Universitätszeitung XI (1967). S. 9.

³⁴⁸ Vgl. Martin, Berthold: Ziele der Hochschulreform heute. In: Die Deutsche Universitätszeitung IV (1969). S. 3: „[...] aus alledem folgt einerseits, dass den Universitäten kein strukturfremdes Präsidialsystem aufgezwungen werden darf.“

³⁴⁹ Vgl. Seel, Wolfgang: Präsident oder Rektor? In: Die Deutsche Universitätszeitung XI (1967). S. 9.

³⁵⁰ Vgl. Der staatliche Einfluss auf die Hochschulen soll größer werden. Präsidialverfassung oder mehrjähriges Rektorat / Lehrstühle geschwächt / Beschlüsse der Kultusminister. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. April 1968.

³⁵¹ Als Mittelweg wurde das so genannte Rektor-Kanzler-System vorgeschlagen, das jedoch eher an der Peripherie des Diskurses angesiedelt war: Hierbei sollte der Rektor, der zugleich als Repräsentant der Universität fungieren sollte, die akademischen Angelegenheiten übernehmen, wohingegen die Haushalts-, Bau- und sonstigen Verwaltungsangelegenheiten und die technische Durchführung der akademischen Angelegenheiten in den Kompetenzbereich des Kanzlers fallen sollten. Die Selbstständigkeit der beiden Amtspersonen und deren vertrauensvolle Kooperation wären für dieses System zwingend notwendig. Da sie jedoch allein zu schwach wären, müsste an die Stelle des Senats ein kleiner Senat treten, der um das Wohl der gesamten Universität besorgt sein müsse. Von einem solchen System der „Check and Balances“ erwartete man die Prävention von Machtmissbrauch; zugleich würde es der Notwendigkeit der Reform gerecht werden. Klar müssten jedoch die Zuständigkeitsgrenzen definiert werden. (Vgl. ebd.).

schen Rektoren, die eine Regelung der Amtszeit in der Satzung anstatt im Gesetz präferierten³⁵² und die damit die vom Präsidenten ausgehende Gefahr relativieren wollten, indem sie dem Gedanken des „primus inter pares“ mehr Gewicht verleihen wollten. Allein aber der Terminus technicus für diese Verfassungsform weckte bei einem nicht geringen Teil Assoziationen, die sich nicht unbedingt mit der Tradition einer freiheitlichen Selbstverwaltung in Einklang bringen ließen. Als bedenklich wurde auch die Regelung befunden, die besagte, dass die Mitglieder des Direktatoriums im Rahmen ihrer Zuständigkeit ihre Geschäfte selbstständig – ein erneutes Aufblitzen der Sonderstellung – führen sollten.³⁵³

2.3.3 Reduzierung der Verwaltungsebenen

Lange Zeit bildete der Lehrstuhl die wichtigste Grundeinheit der Selbstverwaltung; an ihm traf der Ordinarius die Entscheidungen über Lehr-, Personal und Forschungsangelegenheiten. Übergreifende Fragen der Forschung und Lehre fielen in den Kompetenzbereich der Fakultäten als Versammlung der Ordinarien. Die Senate fungierten als zentrale Koordinations- und Leitungsgremien der Universitäten und setzten sich aus jährlich wechselnden Repräsentanten der Fakultäten zusammen.³⁵⁴

Im Zuge der stetig anwachsenden Studentenzahlen erwies sich dieses System zunehmend als ineffektiv³⁵⁵, was auch von Universitätslehrern nicht bestritten werden konnte, da die Universitäten allmählich einem Transformationsprozess hin zu Großbetrieben für Forschung und Lehre unterlagen.

Als Konsequenz ergab sich die Notwendigkeit der Strukturreform³⁵⁶ mit dem Ziel einer Vereinfachung. Zu diesem Zwecke sollten die Verwaltungsebenen der Hochschulen auf zwei reduziert werden: auf eine Zentralinstanz, der die Aufgabe der Koordinierung, konkreter: alle „übergeordnete Verwaltungsaufgaben der Fakultäten und der gesamten Universität“³⁵⁷ zuwachsen sollte und in der auch wissenschaftspo-

³⁵² Vgl. Rotter, Hartmut: Gemeinschaftsleistung des Hessischen Landtages. Der Hessische Hochschulgesetzentwurf nach der 2. Lesung. In: Die Deutsche Universitätszeitung IV(1966). S. 11-15. Hier: S. 13.

³⁵³ Vgl. ebd. S. 13.

³⁵⁴ Vgl. Peisert, Hansgert; Framheim, Gerhild: Das Hochschulsystem in der Bundesrepublik Deutschland. Funktionsweise und Leistungsfähigkeit. S. 26f.

³⁵⁵ Vgl. Becker, Karl-Wilhelm: Die Problematik der Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland. Gedanken zur bildungspolitischen Konzeption der Bundesregierung. In: Die Deutsche Universitätszeitung XIX (1970). S. 3-7. Hier: S. 3f.

³⁵⁶ Vgl. Peisert, Hansgert; Framheim, Gerhild: Das Hochschulsystem in der Bundesrepublik Deutschland. S. 26f.

³⁵⁷ Heldmann, Werner: Die Universität zwischen Proporz und Autonomie. In: Deutsche Universitätszeitung I (1969). S. 5.

litische Diskussionen geführt werden konnten³⁵⁸, und eine Grundebene, auf der das „Prinzip der möglichst kleinen, selbständigen Einheiten“³⁵⁹ sowohl für den Sektor Lehre als auch Forschung realisiert werden sollte, denn:

Die zur Zeit bestehende Regelung, die Verantwortung für die Lehre auf die Lehrstuhlinhaber einerseits, die Fakultäten andererseits zu delegieren, impliziert eine doppelte Überforderung. [...] Als sinnvolle Alternative bietet sich nur ein Abteilungssystem an, das Dezentralisierung und Koordinierung zugleich garantiert.³⁶⁰

Die einstige Fakultäts-, Lehrstuhl- und Institutsstruktur sollte dadurch obsolet gemacht werden³⁶¹, denn sowohl das Lehrstuhl- als auch das Institutsprinzip betrachtete vornehmlich der neu entstandene Mittelbau als nicht mehr zeitgemäß³⁶²: Nicht selten wurde auf den Widerspruch zwischen den Organisationsprinzipien des hierarchisch-gegliederten Institutssystems auf der einen Seite und der freien, gleichberechtigten Zusammenarbeit während der wissenschaftlichen Arbeit auf der anderen Seite hingewiesen.³⁶³ – Zumal gerade die Assistenten einen großen Teil der anfallenden Arbeitsbelastung übernahmen. – Ein genereller Widerspruch zwischen möglicher wissenschaftlicher Forschung und ihrer empirischen Organisationsform läge darin begründet.³⁶⁴

³⁵⁸ Vgl. Schumm, Wilhelm: Kritik der Hochschulreform. S. 163.

³⁵⁹ Simon, Uwe-Rainer: Vorstellungen zur Hochschul- und Studienreform. In: Studenten zur Hochschulreform. S. 41f.: Für die Forschung schlug er die Einrichtung von Forschungsteams, fest institutionalisierten und eingerichteten wissenschaftlichen Departments und interdisziplinären Departments vor.

³⁶⁰ Litten, Jens: Theoretische Überlegungen zu praktischen Konsequenzen der Hochschulreform. In: Studenten zur Hochschulreform. S. 57-88. Hier: S. 82.

³⁶¹ Vgl. Universitäten sollen am Abitur teilhaben. Keine „Paritäten“ / Das Gutachten des Wissenschaftsrates. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. Dezember 1968.

³⁶² Aufgrund der immensen Bedeutung, die dem ökonomischen Aspekt der „Divisionalisierung“ im Untersuchungszeitraum beigemessen wurde, muss man annehmen, dass der hier analysierte Diskurs Anleihen an ökonomischen Ideen machte bzw. von diesen beeinflusst wurde. (Vgl. beispielsweise Fandel, Günter; Dyckhoff, Harald; Reese, Joachim: Industrielle Produktionsentwicklung. Eine empirisch-deskriptive Analyse ausgewählter Branchen. Berlin; Heidelberg; New York u. a. 1994; Kleinschmidt, Christian: Der produktive Blick. Wahrnehmung amerikanischer und japanischer Management- und Produktionsmethoden durch deutsche Unternehmer 1950-1985. Berlin 2002. S. 260ff.; Weber, Wolfgang; Kabs, Rüdiger: Einführung in die Betriebswirtschaftslehre. Wiesbaden 2006. S. 205ff.).

³⁶³ Vgl. Schumm, Wilhelm: Kritik der Hochschulreform. S. 12.

³⁶⁴ Litten, Jens: Theoretische Überlegungen zu praktischen Konsequenzen der Hochschulreform. S. 69: Deutlichst zutage trete dieser Widerspruch anhand des Missverhältnisses von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen im Institut.

2.3.4 Fakultäten versus Fachbereiche

Sowohl innerhalb als auch außerhalb der universitären Mauern wurde als wichtiger Kritikpunkt hinsichtlich der Fakultäten angemerkt, dass sie aufgrund der Spezialisierung der Wissenschaften und des Anstiegs der Studentenzahlen durch ihre Größe zu schwerfällig geworden waren und dadurch ihre Aufgaben nicht mehr effizient erfüllen konnten.³⁶⁵ Der Verbund der Fächer in eben denselben, so wurde des Weiteren oft angeführt, habe „eher etwas Zufälliges“.³⁶⁶ Daraus resultiere, dass wissenschaftliche Diskussionen, die in diesem Gremium eigentlich ausgetragen werden sollten, ad absurdum geführt würden. Gerade auch im Kontext von qualifizierten Berufungsvorschlägen wurde daher ihre Kompetenz angezweifelt, da sie nicht mehr länger überschaubar seien. Infolge der Spezialisierung sei lediglich das fachlich zuständige Mitglied in der Lage, sich ein valides Urteil zu bilden.³⁶⁷

Als Konsequenz wurde der Ruf nach möglichst kleinen Einheiten³⁶⁸, die sie selbst tangierende Entscheidungen selbstständig treffen könnten, laut.³⁶⁹ Eine Modernisierung in Form einer neuen Organisationsform, des Fachbereichs, wurde als ultimative Lösung postuliert.³⁷⁰ Bereits im Jahr 1968 konnte die Frankfurter Allgemeine Zei-

³⁶⁵ Vgl. Martin, Berthold: Ziele der Hochschulreform heute. In: Die Deutsche Universitätszeitung IV (1969). S. 4; auch Tellenbach plädiert für die Ablösung des Fakultäten-Prinzips zugunsten einer anderen Gliederung in Einheiten. (Vgl. Tellenbach, Gerd: Gutachten zur Neuplanung einer Hochschule in Baden-Württemberg (1961; erstattet im Auftrag des Kultusministeriums). In: Reinhard Mielitz (Hg.): Gerd Tellenbach. Der sibyllinische Preis. S. 249-253. Hier. S. 250. Obgleich Hennis dieses Argument zur Genüge kennt, sieht er nicht darin das eigentliche Problem begründet, sondern vielmehr in der betriebenen Politik des Ausbaus statt des Neubaus. (Vgl. Hennis, Wilhelm: Die deutsche Unruhe. S. 98).

³⁶⁶ Vgl. Schrader, Einhard: Die Organisation des Instituts im Rahmen einer Universitätsreform – Ein Diskussionsvorschlag -. In: Die Deutsche Universitätszeitung II (1969). S. 7.

³⁶⁷ Vgl. Hennis, Wilhelm: Die deutsche Unruhe. S. 99: Doch auch an dieser Stelle vertritt der Autor eine diametrale Position, denn er entkräftet dieses Argument mit dem Hinweis darauf, dass alle Fakultätsmitglieder ihr vertretenes Fach studiert, bevor sie sich darin spezialisiert hätten. (Vgl. ebd. S. 100).

³⁶⁸ Als Vorbild diente hierbei die amerikanische Universität: Das dort institutionalisierte Department-System zeichnet sich dadurch aus, dass kein einzelner Professor wie in Deutschland das Institut leitet, sondern eine große Anzahl an Professoren eines Fachgebietes in einer Abteilung zusammengefasst und darin gleichberechtigt tätig sind. Einer Reihe von Diskutanten erschien es für die moderne Universität geeigneter als die traditionelle deutsche Hochschulstruktur, schienen doch die Vor- die Nachteile zu überwiegen. Gerade dieses gleichberechtigte Nebeneinanderwirken bewirkte, „dass die Zahl der Studenten sich automatisch auf viele Lehrer verteilt.“ Außerdem könne dadurch die Einheit von Forschung und Lehre weiterhin aufrecht erhalten werden. Aufgrund des großen Lehrkörpers habe man – entgegen des deutschen Institutssystems – eine enge Betreuung der Studenten in Amerika realisieren können. Die administrativen Aufgaben übernahm ein so genannter „Chairman“. Zudem habe sich das Department-System als prädestiniert für die Kooperation der Mitglieder eines Fachgebietes oder verschiedener Disziplinen in Bezug auf Berufungen erwiesen (Vgl. Mössbauer, Rudolf L.: Strukturprobleme der deutschen Universität. Bremen 1965).

³⁶⁹ Vgl. Simon, Uwe-Rainer: Vorstellungen zur Hochschul- und Studienreform. In: Studenten zur Hochschulreform. Hannover 1968. S. 39.

³⁷⁰ Vgl. Schabedoth, Hans-Joachim: Hochschulreform – eine verpasste Chance. S. 83. Auch die Bundesassistentenkonferenz beispielsweise plädierte zugunsten der Fachbereiche. (Vgl. Keine Lanze

tung konstatieren, dass das Gros der Reformer als unterste Verwaltungsebene nur noch die Fachbereiche gelten lassen wollte.³⁷¹

Der Fachbereich war als neue Grundeinheit von Forschung und Lehre³⁷² und damit „Knotenpunkt der Verwaltungsfunktion“³⁷³ gedacht. Dabei sollte er die meisten Aufgaben der Verwaltung in Forschung und Lehre von den Fakultäten übernehmen und Chancen für fachlich orientierte, demokratisierte Entscheidungsprozesse bieten.³⁷⁴

Die Häufigkeit des Kontaktes und die „Gemeinsamkeit der Probleme auf den Gebieten der Lehre, besonders der Studienziele, der Forschung, der Dienstleistungen und der Verwaltung“ wurden zum ausschlaggebenden Kriterium für die Zusammenfassung der verschiedenen Disziplinen in den geplanten Fachbereichen. Signifikant war aber die intendierte Größe: Lediglich 8-16 planmäßige Professoren sollten in diesem neu zu schaffenden Gremium über Fragen der Strukturplanung, der Lehre, Forschung, Personal- und Haushaltsangelegenheiten (wie beispielsweise die Aufstellung des Haushaltsplanes) beraten. Auch die Entwicklung interdisziplinärer Forschung ist in diesem Kontext zu nennen. Als Organe des Fachbereiches waren die Fachbereichskonferenz, Fachbereichskommissionen, Dekanat, Dekan und die Vollversammlung vorgesehen.³⁷⁵

Gegner dieser Planungen struktureller Art – und damit Vertreter der bewahrenden Tendenz – argumentierten, dass der größere Personalkörper der Fakultät mehr Möglichkeiten biete, Differenzen zwischen eng benachbarten Fächern zu neutralisieren als der Fachbereich. Dieser, so ihre Befürchtung, würde unter internen Auseinander-

für die Fakultäten. Plädoyer für die Fachbereiche / Assistenten-Konferenz in Bonn. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. März 1969).

³⁷¹ Vgl. Fröhder, Walter: Klausurarbeit Hochschulgesetz. Vier Entwürfe in Hessen vorbereitet. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. August 1968; verteidigende Stimmen wie die Sternbergers, der sie trotz ihres Alters nicht abgeschafft sehen wollte, blieben vereinzelt: So empfahl beispielsweise noch Buchheim die Fakultäten beizubehalten, sie jedoch obligatorisch in Fachbereiche zu gliedern. (Vgl. Sternberger, Dolf: Verteidigung der Fakultät. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. Juli 1968; Buchheim, Hans: Die Gegenwart: Fakultäten bewahren, Habilitierte vermehren. Brief an einen deutschen Kultusminister. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. Juni 1970).

³⁷² Vgl. Martin, Bertold: Ziele der Hochschulreform heute. In: Die Deutsche Universitätszeitung IV (1969). S. 5.

³⁷³ Rosenbaum, Ulrich: Die Fachbereiche sollen Knotenpunkte der Verwaltungsfunktion werden. Westdeutsche Rektorenkonferenz legte zweiten Teil der Empfehlungen vor. In: Die Deutsche Universitätszeitung V/VI (1969). S. 14-15. Hier: S. 14.

³⁷⁴ Vgl. Teichler, Ulrich: Probleme der Hochschulreform in der Bundesrepublik Deutschland. (Diskussionsbericht). In: Teichler, Ulrich; unter Mitarbeit von Opitz, Kurt (Hg.): Faktoren und Zielvorstellungen der Hochschulreform in der Bundesrepublik Deutschland. S. 88.

³⁷⁵ Vgl. ebd.

setzungen erheblich stärker leiden. Weiterhin glaubte man bemerkenswerterweise, dass Klüngelei in der Fakultät unwahrscheinlicher sei als im Fachbereich.³⁷⁶

Unter den Kritikern des Fachbereichs nahmen der Westdeutsche Fakultätentag Medizin und die Bundesärztekammer eine exponierte Position ein, so dass sie entscheidenden Einfluss auf den Diskurs nahmen: Beide betonten vor dem Hintergrund der Sachzwänge, dass man die allgemeinen Überlegungen nicht ohne Weiteres auf die Medizinischen Fakultäten übertragen könne: Diese dürften nicht in Fachbereiche aufgesplittet werden, da die Medizin per se durch ihre Aufgaben – Forschung, Lehre, bundeseinheitliche Ausbildung und Krankenversorgung – eine Einheit darstelle. Die intendierten Strukturen dagegen erschwerten die Erfüllung eben jener Aufgaben³⁷⁷, was durchaus als berechtigter Einwand zu gelten hatte.

Auch im Kontext der Strukturreform zu erwähnen ist die Forderung nach einer Neuordnung des Berufungswesens, das insgesamt objektiver gestaltet werden sollte³⁷⁸: Zu diesem Zweck wurde der den Diskurs dominierende Vorschlag gemacht, die Stellen öffentlich auszuschreiben, um längere Vakanzen zu vermeiden.³⁷⁹ Nicht mehr länger war man vonseiten des Staates gewillt, bei solch wichtigen Entscheidungen die Rolle eines Zuschauers einzunehmen. Endgültig wollte die Politik nun das Leistungsprinzip – anstelle des in der gesamten Universitätsgeschichte lange Zeit praktizierten Beziehungsprinzips, man denke an die Familienuniversität des 19. Jahrhunderts – institutionalisieren: Ein Aspekt, der dem Hochschulsystem insgesamt nur förderlich sein konnte.

³⁷⁶ Vgl. Buchheim, Hans: Die Gegenwart: Fakultäten bewahren, Habilitierte vermehren. Brief an einen deutschen Kultusminister. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. Juni 1970.

³⁷⁷ Vgl. Medizin-Fakultäten warnen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. Dezember 1968.

³⁷⁸ Vgl. Martin, Berthold: Ziele der Hochschulreform heute. In: Die Deutsche Universitätszeitung IV (1969). S. 5.

³⁷⁹ Vgl. Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 10. April 1968: Grundsätze für ein modernes Hochschulrecht und für die strukturelle Neuordnung des Hochschulwesens. In: Jacobsen, Hans-Adolf; Dollinger, Hans (Hg.) unter Mitwirkung von Bredow, Wilfried von: Die Deutschen Studenten. S. 298-300. Hier: S. 299; Erklärung des Verbandes Deutscher Studentenschaften zur Hochschulreform vom 24. Juni 1968. In: Jacobsen, Hans-Adolf; Dollinger, Hans (Hg.) unter Mitwirkung von Bredow, Wilfried von: Die Deutschen Studenten. S. 288-291. Hier: S. 291; Hellwig, Martin: Hochschulgesetzentwurf der Deutschen Burschenschaften. In: Die Deutsche Universitätszeitung XIII (1969). S. 9-10. Hier: S. 10; Thesen zur Hochschulorganisation und für die strukturelle Neugliederung des Lehrkörpers, vorgelegt von der Bundesassistentenkonferenz in ihrem „Kreuznacher Hochschulkonzept“. In: Jacobsen, Hans-Adolf; Dollinger, Hans (Hg.) unter Mitwirkung von Bredow, Wilfried von: Die Deutschen Studenten. S. 241-243. Hier: S. 243.

2.3.5 Das Kuratorium als Präzedenzfall des Diskurses

Auf der universitären Ebene sollten der gestärkten fachbezogenen Selbstverwaltung das Konzil und das Kuratorium – beide Gremien waren als Garant „einer demokratisch legitimierten einheitlichen Selbstverwaltung“ intendiert – gegenüberstehen.³⁸⁰

Das Kuratorium gewann im Laufe der Zeit, als sich abzeichnete, dass die Universitäten die Hochschulreform doch nicht selbstständig realisieren konnten, innerhalb der Reform-Diskussion verstärkt an Bedeutung – ein Reflex auf den sich abzeichnenden Wandel im Diskurs.³⁸¹ Es sollte eine Verbindung zwischen Hochschule und Gesellschaft schaffen, aber auch als Vermittlungsinstanz zwischen Universität und staatlicher Kulturverwaltung fungieren. Die Furcht jedoch, dass der Staat mithilfe dieses neuen Gremiums in die Universität „hineinregieren“ würde, war in den Reihen der Ordinarien weit verbreitet.³⁸²

Und auch ein sich aus Vertretern der Parteipolitik, Gewerkschaften und Industrien konstituierendes Kuratorium stieß auf wenig Gegenliebe bei der Majorität der universitären Diskutanten, da die Universität dadurch dem Einfluss gesellschaftlicher Interessensgruppen ausgesetzt sei.³⁸³ Gegner dieser neuen Organisationsform betonten, dass Sachentscheidungen nicht durch Kuratorien getroffen werden könnten, die nach gesellschaftlichem Proporz konstituiert sind. Damit würden diese nämlich die Bedingungen ihrer Kritik selbst übernehmen.³⁸⁴

2.4 Demokratisierung der Hochschule

2.4.1 Übertragung des demokratischen Prinzips auf die Hochschule

In den Kontext der verschiedenen universitären Gremien ist auch das in diesen Jahren aktuell werdende Thema der Demokratisierung einzuordnen³⁸⁵: Denn die Zusammensetzung der Selbstverwaltungsorgane evozierte eine rege allgemeine Dis-

³⁸⁰ Schumm, Wilhelm: Kritik der Hochschulreform. S. 163f.

³⁸¹ Die Forderung nach absoluter Autonomie der Universität löste die Forderung, sich gegenüber gesellschaftlichen bzw. staatlichen Bedürfnissen nicht gänzlich zu verschließen, ab.

³⁸² Vgl. Schumm, Wilhelm: Kritik der Hochschulreform. S. 165: Aus diesem Grund schlug Schumm beispielsweise vor, neben den universitären Vertretern und den Repräsentanten des Staates Experten der Wissenschaftspolitik von den verschiedenen universitären Personengruppen und von Regierung und Parlament abdelegieren zu lassen.

³⁸³ Vgl. Martin, Berthold: Ziele der Hochschulreform heute. In: Die Deutsche Universitätszeitung IV (1969). S. 3.

³⁸⁴ Vgl. Heldmann, Werner: Die Universität zwischen Proporz und Autonomie. In: Die Deutsche Universitätszeitung I (1969). S. 4.

³⁸⁵ Vgl. Schrader, Einhard: Die Organisation des Instituts im Rahmen einer Universitätsreform – ein Diskussionsvorschlag – In: Die Deutsche Universitätszeitung II (1969). S. 2.

kussion weit über die universitären Mauern hinaus. Die Dominanz der Ordinarien in den Entscheidungsgremien auf allen Ebenen der Selbstverwaltung stand im Fokus des allgemeinen Interesses und wurde gerade vonseiten der Assistenten und Studenten heftig kritisiert.³⁸⁶

Aus dem Anspruch, dass in den verschiedenen universitären Gremien Entscheidungen wie beispielsweise solche über Bauplanung oder Verteilung von Forschungsmitteln getroffen wurden, die Relevanz und Gültigkeit für alle Universitätsangehörigen hätten, resultierte für die Demokratisierungs-Befürworter die Ablehnung des Ausschlusses bestimmter Mitglieder.³⁸⁷ „Eine demokratische Selbstverwaltung muß daher die Vertreter aller Universitätsmitglieder an der Entscheidung aller Fragen beteiligen.“^{388 389}

Bis zum Beginn des Untersuchungszeitraums war allerdings kein Fortschritt erzielt worden: „1958 mußte der Karlsruher Studententag konstatieren, daß man einer solchen Demokratisierung keinen Schritt näher gekommen war [...]“³⁹⁰

³⁸⁶ Vgl. Albers, Detelev: Demokratisierung der Universität. In: Die Deutsche Universitätszeitung XII (1967). S. 18-26. Hier: S. 19: Daneben sah er die Beseitigung der Unübersichtlichkeit der bestehenden Institutionen als weitere essentielle Voraussetzung für eine demokratische Selbstverwaltung an. Auch die „Verkümmerung demokratisch angelegter Organe“ beklagt er.

³⁸⁷ Vgl. ebd. S. 19. Es verwundert nicht, dass der VDS sich in die Demokratisierungs-Phalanx einreihete (Vgl. Erklärung des Verbandes Deutscher Studentenschaften zur Hochschulreform vom 24. Juni 1968. In: Jacobsen, Hans-Adolf; Dollinger, Hans (Hg.) unter Mitwirkung von Bredow, Wilfried von: Die Deutschen Studenten. S. 289).

³⁸⁸ Ebd. Auch Narr äußerte sich dahingehend: „Wichtig ist die Schaffung von Bedingungsverhältnissen für eine Selbstbestimmung der Universität, die all ihren Mitgliedern Teilnahme erlaubt, die den Zielen der Verbesserung von Forschung, Lehre, Studium und Ausbildung gerecht wird.“ (Narr, Wolf Dieter: Krise oder Ende der Universitätsreform? Fünf Minuten nach zwölf – Ein Appell zur radikalen Universitätsreform. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfrage 23 (1969). S. 61); Schmidhäuser, Eberhard: Die Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden. Grundsätze einer neuen Hochschulordnung. In: Loccumer Protokolle 8 (1968): Hochschulpolitik und Gesellschaftspolitik. S. 133-141. Hier: S. 139.

³⁸⁹ Und: „Dabei ist davon auszugehen, dass die Freiheit der Wissenschaft eine weitgehend unabhängige Selbstverwaltung der Universität verlangt. An dieser Selbstverwaltung müssen alle Mitglieder der Universität im Rahmen ihrer Funktionen gleichberechtigt beteiligt werden.“ (Simon, Uwe-Rainer, Ring Christlich-Demokratischer Studenten: Vorstellungen zur Hochschul- und Studienreform. In: Studenten zur Hochschulreform. S. 38). Auch Vertreter der Assistenten setzten sich deziidiert für eine Beteiligung aller universitären Gruppen ein, wie am folgenden Zitat deutlich wird: „...alle Gruppen sind am Geschehen der Universität ohne privilegierte Inseln zu beteiligen; eine Gleichheit der Chancen ist in der Ausbildung im Zugang und im inneruniversitären Aufstieg zu gewährleisten; die „gewachsene“ Positionsautorität verschiedener Positionen und Gremien ist durch eine sachlich begründete und so kontrollierbare Autorität zu ersetzen; Rechtssicherheit ist zu garantieren, die die jeweiligen Erwartungen kalkulierbar umschreibt; eine durchgängige Öffentlichkeit ist herzustellen, die keinerlei Arcana institutionis, facultatis usw. mehr zulässt.“ (Narr, Wolf Dieter: Die gegenwärtige Funktion des Assistenten und ihre Problematik dargestellt auf der Assistententagung der Evangelischen Akademie Loccum im Januar 1968. In: Jacobsen, Hans-Adolf; Dollinger, Hans (Hg.) unter Mitwirkung von Bredow, Wilfried von: Die Deutschen Studenten. S. 232).

³⁹⁰ Meschkat, Klaus: Auf Sand gebaut? – Gedanken zur neuen Universität. In: Leibfried, Stephan (Hg.): Wider die Untertanenfabrik. Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule. S. 25-41. Hier: S. 34: Die inneren Strukturen, so führt der Autor weiter aus, seien beibehalten worden, so dass die

Erst bedingt durch die Entstehung eines selbstständigen Mittelbaus, dem vornehmlich Lehraufgaben zufielen, gewann die Forderung nach einer solchen gleichberechtigten Beteiligung aller Universitätsangehörigen an der Selbstverwaltung immer stärkere Relevanz, wurde die Forderung nach mehr Mitbestimmung immer lauter³⁹¹, zumal die Zahl der vortragenden Stimmen rein numerisch betrachtet stetig am Wachsen war. Um die Entwicklung des Diskurses zu beschreiben, kann man auf eine Beobachtung des Studenten Albers³⁹², auf die man in den Quellen stößt, rekurrieren: Er konstatierte 1967, dass „die Forderung nach gleichberechtigter Beteiligung aller Universitätsangehörigen an der Selbstverwaltung [...] in der Dringlichkeit ständig zu genommen“³⁹³ habe. In diesem Kontext sind die diversen studentischen Aktionen, die eine Katalysator-Funktion für den Diskurs um die Demokratisierung der Hochschulen übernahmen, ebenfalls nicht zu vernachlässigen.³⁹⁴ Denn von studentischer Seite war man nicht mehr länger gewillt Objekt zu sein³⁹⁵; sondern verstand sich nun als Subjekt. Als Reaktion auf das Versagen ihrer eigenen Eltern im Dritten Reich wollten die Studenten an der Demokratie partizipieren, wollten es besser machen als ihre Eltern und entwickelten daraus ein gänzlich neues Selbstbewusstsein. Obgleich die Gegner der Demokratisierung, zumeist Ordinarien, die in dieser lediglich die Politisierung der Universität erblickten, einräumen mussten, dass die Forderung einen wahren Kern enthalte – denn hinter diesem Postulat stand das dringende Bedürfnis nach Mündigkeit und Partizipation der Studenten, beides Aspekte, die man bis zu diesem Zeitpunkt nur marginal berücksichtigt habe – begegneten sie dem studentischen Ansinnen auf Mitwirkung³⁹⁶ immer despektier-

Selbstverwaltung noch immer auf die Ordinarien beschränkt bleibe. Für ihn resultierte dieser Sachverhalt aus ihrer Interessenskongruenz mit den Interessen der Wirtschaftsmächte.

³⁹¹ Vgl. Schwan, Alexander: Die Hochschule als Spannungsfeld von Wissenschaft und Freiheit. Schwan, Alexander; Sontheimer, Kurt (Hg.): Reform als Alternative. Hochschullehrer antworten auf die Herausforderung der Studenten. Köln und Opladen 1969. S. 46-62. Hier: S.48.

³⁹² Der spätere Politikwissenschaftler (1943-2008) und Landesvorsitzende der SPD wurde bekannt durch das Plakat „Unter den Talaren der Muff von tausend Jahren“, das er während der Rektoratsübergabe gemeinsam mit einem Kommilitonen dem Zug der Professoren voran trug. (Vgl. Albers, Detlev. In: Munzinger online. <https://www.munzinger.de>. Aufgerufen am 27.01.2010).

³⁹³ Vgl. Albers, Detlev: Demokratisierung der Universität. In: Die Deutsche Universitätszeitung XII (1967). S. 18.

³⁹⁴ Vgl. Jarausch, Konrad: Deutsche Studenten 1800-1970. S. 237.

³⁹⁵ Vgl. zur Objektstellung der Studenten: Litten, Jens, Sozialdemokratischer Hochschulbund: Theoretische Überlegungen zu praktischen Konsequenzen der Hochschulreform. In: Studenten zur Hochschulreform. S. 60.

³⁹⁶ Dieses hatte der VDS beispielsweise in seiner 20. Mitgliederversammlung am 24. Juni 1968 formuliert. (Vgl. Erklärung des Verbandes Deutscher Studentenschaften zur Hochschulreform vom 24. Juni 1968. In: Jacobsen, Hans-Adolf; Dollinger, Hans (Hg.) unter Mitwirkung von Bredow, Wilfried von: Die Deutschen Studenten. S. 288-292. Hier: S. 289).

lich³⁹⁷, beschrieben es als „Zeitgeistparole“: Diese bezwecke „neue Einflußprivilegien für neue an den Entscheidungsprozessen bisher nicht oder nicht genügend beteiligte Gruppen. Demokratisierung bedeutet meistens eine rückschrittliche Oligarchie der Linksextremen, die von Sachnähe weit entfernt sind.“³⁹⁸ Ende der 1960er Jahre hatte die studentische Mitbestimmung schließlich prinzipiell Eingang in die Hochschulgesetzentwürfe in Bezug auf universitäre Entscheidungen gefunden.³⁹⁹ Als die Hochschulkrise dann seit 1967 akut wurde und die Erkenntnis, dass die universitäre Struktur keineswegs einem demokratischen Gebilde gleichkomme⁴⁰⁰, begannen die Bildungspolitiker zu reagieren. Diese Reaktion schlug sich schließlich im Konzept der Demokratisierung nieder, das u. a. auf der Vorstellung basierte, dass die studentischen Proteste überwiegend „eine Folge der Frustrierung der studierenden Jugend durch ein veraltetes und autoritär erstarrtes Hochschulsystem sei.“ Als Konsequenz versprach man sich von der Beseitigung der autoritären Strukturen – denn die absolute Ordinarienherrschaft schien passé zu sein⁴⁰¹, zu zeitgemäßen inhaltlichen Reformen zu gelangen⁴⁰²:

Demokratisierung der Hochschule meint – bezogen auf die Gremien, in denen Entscheidungen gefällt werden – die relevante nicht lediglich symbolische Beteiligung aller Mitglieder der Korporation in ihren Selbstverwaltungsorganen. Keine Herrschaft soll mehr ausgeübt werden ohne die Beteiligung derer, die ihr unterworfen sind.⁴⁰³

³⁹⁷ Vgl. Schumm, Wilhelm: Kritik der Hochschulreform. S. 101.

³⁹⁸ Verenius, Andreas: Die Kampagne gegen die Ordinarien. In: Die Deutsche Universitätszeitung II (1972). S. 64-66. Hier: S. 66.

³⁹⁹ Vgl. ebd. .

⁴⁰⁰ Vgl. Sontheimer, Kurt: Die Demokratisierung der Universität. In: Schwan, Alexander; Sontheimer, Kurt (Hg.): Reform als Alternative. Hochschullehrer antworten auf die Herausforderung der Studenten. S. 63-73. Hier: S. 63.

⁴⁰¹ Vgl. Ebd. S. 69; Schwan beschreibt das System gar folgendermaßen: „Die Hochschule der Nachkriegsepoche ist in weiten Teilen zur anonymen und atomisierten Massengesellschaft geworden, in der wenige Privilegierte, die Ordinarien, einen weitverzweigten Betrieb von sehr disparaten Disziplinen und Institutionen in autonomer Selbstverwaltung kollegial steuern sollen und wollen, ohne ihn noch überblicken zu können. [...] Gleichwohl treffen sie in nahezu ausschließlicher Kompetenz Entscheidungen für die gesamte Hochschule, ohne verlässliche Kenntnisse von der Wirkung solcher Entscheidungen für die unmittelbar Betroffenen wie für die Gesellschaft, der die Ergebnisse des Lern-, Lehr- und Forschungsprozesses weitgehend unkontrolliert zugeführt werden.“ (Schwan, Alexander: Die Hochschule als Spannungsfeld von Wissenschaft und Freiheit. In: Schwan, Alexander; Sontheimer, Kurt (Hg.): Reform als Alternative. S. 49ff.).

⁴⁰² Vgl. Löwenthal, Richard: Hochschule für die Demokratie. S. 24. Auch Hochschullehrer machten sich dieses Erklärungsmodell zueigen, wie Schwan und Sontheimer demonstrieren (Vgl. Vorwort. In: Schwan, Alexander; Sontheimer, Kurt (Hg.): Reform als Alternative. Hochschullehrer antworten auf die Herausforderung der Studenten. S. 5).

⁴⁰³ Berger, Joachim: Die Demokratisierung der Universitäten. In: Regensburger Universitätszeitung 5 (1969) Nr. 5. S. 4-6. Hier: S. 5.

Verfechter der Demokratisierung untermauerten ihre Forderung mit dem Hinweis, dass für die Hochschule als gesellschaftlichen Bereich auch die Prinzipien der freien Demokratie gelten müssten.⁴⁰⁴ Auch hier sei der Gleichheitssatz und das Sozialstaatsprinzip zu beachten.⁴⁰⁵ Einer spiegelverkehrten Perspektive dieses Arguments bedienten sich die Demokratisierungsgegner: Sie sprachen sich dezidiert und prinzipiell gegen „die Einführung eines politischen Gleichheitsprinzips in eine Organisation, die an erster Stelle den Sachverstand benötigt“⁴⁰⁶, aus:

Die demokratischen Prinzipien des politischen Raumes sind keineswegs in analoger Weise übertragbar auf Institutionen des Staates, die einen ganz anderen Auftrag haben als der Staat selbst, und zwar deshalb, weil die Wechselwirkungs- und Rückkopplungs-Mechanismen, die für ein funktionierendes Gleichgewicht benötigt werden, ganz andere sind.⁴⁰⁷

Neben dem Hinweis auf die strukturellen Veränderungen, die sich für die Institution Universität insgesamt ergeben hatten⁴⁰⁸, lässt sich im Analysezeitraum zunehmend auch ein weiteres Argumentationsmuster eruieren, das von der Veränderung der wissenschaftlichen Arbeit ausgeht: In zunehmendem Maße kristallisierte sich die Inadäquatheit der Organisationsform „gegenüber den funktionalen Bedingungen wissenschaftlicher Arbeit“⁴⁰⁹ heraus. Die Mitarbeit aller, nicht nur der Ordinarien, wurde dabei explizit postuliert.⁴¹⁰

⁴⁰⁴ Vgl. Albers, Detlev: Demokratisierung der Universität. In: Die Deutsche Universitätszeitung XII (1967). S. 18; Kolumbe, Erich; Bruhn, Wolfgang (Hg.): Gestalt und Wandlung der Universität. S. 50. Bereits 1963 räumte Baumgarten ein, dass sich Grundprinzipien der Demokratie als Maxime für den universitären Forschungs- und Lehrbetrieb bewähren und durchsetzen könnten (Vgl. Baumgarten, Eduard: Zustand und Zukunft der deutschen Universität. S. 41).

⁴⁰⁵ Vgl. Nitsch, Wolfgang: Hochschule. Soziologische Materialien. S. 137.

⁴⁰⁶ Seel, Wolfgang: Gescheiterte Hochschulreform~!? In: Die Deutsche Universitätszeitung V (1972). S. 188- 191. Hier: S. 189.

⁴⁰⁷ Vgl. Lüst, Reimar: Die Hochschule heute. In: Scheibe, Erhard; Süßmann, Georg (Hg.): Einheit und Vielheit. S. 287: Mit Nachdruck konstatierte er, dass die Partizipation der verschiedenen Gruppen keinen starren Regeln unterliegen, sondern sich vielmehr an den Sachaufgaben orientieren sollte. Hinzu käme, dass die Forderung nach Mitbestimmung, wie sie den öffentlichen Diskurs dieser Jahre prägte, weit über die Mitbestimmung, die das Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsrecht gewähre, hinausgehe.

⁴⁰⁸ Vgl. Albers, Detlev: Demokratisierung der Universität. In: Die Deutsche Universitätszeitung XII (1967). S. 18.

⁴⁰⁹ Schumm, Wilhelm: Kritik der Hochschulreform. S. 37: Er führt dazu an anderer Stelle weiter aus: „Die strukturellen Gegensätze, die das gesamte Erscheinungsbild der Universität bestimmen, werden mit dem Widerspruch der Bürokratisierung und dem Problem der Hierarchie am deutlichsten benannt.“ (Ebd. S. 43).

⁴¹⁰ Vgl. ebd.

Kritiker der Demokratisierung bemängelten die Politisierung der Selbstverwaltungsorgane als Folge der Demokratisierung. Sie diagnostizierten zudem einen deutlichen Leistungsabfall und den Aufschub der dringend notwendigen leistungsorientierten Reform der Studiengänge. Schließlich gipfelte ihre Kritik in der Aussage, dass die demokratisierten Gruppenuniversitäten sich genauso unfähig zur Reform erwiesen hätten wie die traditionellen Ordinarienuniversitäten, dass das Konzept der Demokratisierung fehlgeschlagen sei.⁴¹¹

2.4.2 Die Frage der Paritäten

Der Diskurs wurde von der Frage nach dem „formalen Mechanismus von Mehrheitsentscheidungen“ dominiert. – Lediglich eine Minorität der Vertreter dieser progressiv-radikalen Tendenz internalisierte und explizierte, dass es damit alleine nicht getan sei, dass Demokratisierung vielmehr „Abbau unbegründeter Herrschaft im Medium rationaler und öffentlicher Diskussion“ bedeutete.⁴¹² – Drei Alternativen wurden im Kontext des quantitativen Ausmaßes der Mitbestimmung erörtert, wobei die so genannte Drittelparität den stärksten „seismographischen“ Ausschlag der öffentlichen Meinung erzielte⁴¹³, da sich an ihr die Gemüter schieden: Eben diese sollte eine Parität zwischen den Lehrstuhlinhabern, dem Mittelbau und der Studentenschaft in den jeweiligen Gremien gewährleisten.⁴¹⁴

Aus rein pragmatischen Aspekten sprach die Existenz dreier Gruppen an der Universität – nämlich die der Professoren, Wissenschaftlichen Mitarbeiter und Studenten – für die Drittelparität.⁴¹⁵ Als gewichtigeres Argument dafür wurde ins Feld geführt, dass der Mittelbau durch diesen Lösungsvorschlag vor einer Zwangscoalition

⁴¹¹ Vgl. Löwenthal, Richard: Hochschule für die Demokratie. S. 34f.

⁴¹² Berger, Joachim: Die Demokratisierung der Universitäten. In: Regensburger Universitätszeitung 5 (1969) Nr. 5. S. 5. Auch Jaudas, ein Vertreter des Liberalen Studentenbundes, der die formale Mitbestimmung als Mindestforderung ansah, war 1968 zu einem ähnlichen Ergebnis gelangt: Von den universitären Gremien aus müsse der Demokratisierungsprozess weiter voran getragen werden. (Vgl. Jaudas, Joachim: Stellungnahme zur Hochschul- und Studienreform. In: Studenten zur Hochschulreform. Hg. v. der Niedersächsischen Landeszentrale für Politische Bildung. S. 7-31. Hier: S. 20).

⁴¹³ Der Vollständigkeit halber sei an dieser Stelle noch auf zwei weitere Spielarten der Paritäten-Diskussion hingewiesen: die Parität zwischen dem gesamten Lehrkörper auf der einen und den Studenten auf der anderen Seite und die so genannte Schachtelparität, die eine Parität zwischen den Lehrstuhlinhabern und den zu gleichen Teilen vertretenen Gruppen des Mittelbaus und der Studentenschaft fixierte. (Vgl. Albers, Detlev: Demokratisierung der Universität. In: Die Deutsche Universitätszeitung XII (1967). S. 20f.).

⁴¹⁴ Nachdem auch das nichtwissenschaftliche Personal begann seine Forderungen als universitäre Gruppe zu artikulieren, drang die Forderung nach der Viertelparität in den Diskurs ein. (Vgl. beispielsweise: Für Viertelparität an Hochschulen. Gleichberechtigung des nichtwissenschaftlichen Personals gefordert. In: Frankfurter Rundschau vom 10. Februar 1970).

⁴¹⁵ Vgl. Berger, Joachim: Die Demokratisierung der Universitäten. In: Regensburger Universitätszeitung 5 (1969) Nr. 5. S. 5.

mit den Lehrstuhlinhabern geschützt würde. Keine der drei aufgeführten Gruppen könne den anderen beiden ihren Willen oktroyieren, keine die anderen majorisieren,⁴¹⁶ was ein Höchstmaß an Offenheit für sachliche Entscheidungen verbürge.⁴¹⁷ Auch verfügten die Professoren dadurch nicht bereits aufgrund der Sitzverteilung die Entscheidungskompetenz, was sie zur Diskussion zwingen würde.⁴¹⁸ Die Drittelparität, die, wie der Politiker Lohmar⁴¹⁹ feststellte, neben der Demokratisierung von vielen zum Zauberwort der Hochschulreform auserkoren, stieß aber auch auf schärfste Ablehnung⁴²⁰, mit der rund 1500 Hochschullehrer am 17. April 1968 schriftlich fixiert im so genannten Marburger Manifest an die Öffentlichkeit traten, um auf ihre Gefahren aufmerksam zu machen. In dem vierseitigen Dokument wandten sie sich gegen die Übertragung des parlamentarischen Proporzsystems auf die Universitäten, da parlamentarische Verfahrensweisen in einer freiheitlich demokratischen Staatsordnung vornehmlich auf die Gesetzgebung und nicht zugleich auf alle Lebensbereiche des Staates zu beziehen seien.⁴²¹ Sie gaben zu bedenken, dass mit der Einführung des Proporzsystems in die universitären Organisationsstrukturen sicherlich der Zerfall derselben in ein Konglomerat von Interessensverbänden eintreten würde.⁴²²

⁴¹⁶ Vgl. Sontheimer, Kurt: Die Demokratisierung der Universität. In: Schwan, Alexander; Sontheimer, Kurt (Hg.): Reform als Alternative. Hochschullehrer antworten auf die Herausforderung der Studenten. S. 70: Als Vorbild bezieht Sontheimer sich auf das Otto-Suhr-Institut in Berlin. Dort sei auch das eindeutige Übergewicht der Lehrenden gegenüber den Lernenden in die Praxis umgesetzt worden.

⁴¹⁷ Vgl. ebd.; Albers, Detlev: Demokratisierung der Universität. In: Die Deutsche Universitätszeitung XII (1967). S. 21.

⁴¹⁸ Vgl. Berger, Joachim: Die Demokratisierung der Universitäten. In: Regensburger Universitätszeitung 5 (1969) Nr. 5. S. 5.

⁴¹⁹ Der Politikwissenschaftler und Publizist (Karl) Ulrich Lohmar (1928-1991) wurde 1957 in den Bundestag gewählt. Diesem gehörte er bis 1976 an. Als Lehrbeauftragter war er nach seiner Promotion 1963 an der Universität Münster tätig. In den Jahren 1967-69 arbeitete er als Chefredakteur der Tageszeitung „Neue Westfälische“ in Bielefeld. 1968 habilitierte er sich schließlich an der Universität Münster, 1971 folgte er dem Ruf an die Gesamthochschule Paderborn. Sein besonderes Interesse galt der Wissenschaftspolitik, woraus auch seit 1969 seine Tätigkeit als Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft resultierte. (Vgl. Deutsche Biographische Enzyklopädie. Band 6: Kogel- Maxsein. München 1997. S. 463).

⁴²⁰ Vgl. Hennis, Wilhelm: Haben wir einen Beruf zur Hochschulgesetzgebung? In: Loccum Protokolle 8 (1968): Hochschulpolitik und Gesellschaftspolitik. S. 33; ders.: Die deutsche Unruhe. S. 94: Er führt in diesem Kontext an, dass der Studentenschaft die Voraussetzungen der repräsentativen Demokratie fehlten: So beispielsweise die nötige Dauer ein Amt innezuhaben. Er schlug vor, den Studenten als eine Art Beamten auf einen Eid festzulegen. (Vgl. ebd. S. 91f.) Schließlich beurteilt er die Drittelparität als Gefährdung.

⁴²¹ Vgl. 1500 Professoren warnen vor Mitbestimmung der Studenten. Gegen „Politisierung und Demokratisierung“ der Universität / Vermischung von Hochschulreform und Plänen gesellschaftlichen Umsturzes. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. Juni 1969.

⁴²² Vgl. Das Marburger „Manifest zur Politisierung und sogenannten Demokratisierung der Hochschulen der Länder der Bundesrepublik Deutschland“. In: Jacobsen, Hans-Adolf; Dollinger, Hans (Hg.) unter Mitwirkung von Bredow, Wilfried von: Die Deutschen Studenten. S. 203.

Letztlich würden partiell Personen über Studiengänge entscheiden, die sie selbst noch nicht durchlaufen hätten. – Der Hochschulverband hatte diesbezüglich bereits im April keinerlei Widerspruch aufkommen lassen –: „Die Studenten lernen. An Forschung und Lehre aktiv und tätig teilzunehmen, sind sie im Regelfall noch nicht fähig. Die Folgen für den Anteil der Studenten an der akademischen Selbstverwaltung liegen auf der Hand.“⁴²³ – Durch die Anwendung des Proporzsystems befürchtete man zudem das Anschwellen der Universitätsgremien, die dadurch arbeitsunfähig und kostspielig würden. Die Universität würde letztlich als Gesamteinstitution geschwächt. Neben dem Hinweis, dass andere Länder ein solches Verfahren ebenfalls nicht praktizierten, betonte jene Opposition, dass die Hochschullehrer ihre Amtspflichten in der Gewissheit übernommen hatten, dass ihnen an den Hochschulen die Arbeitsbedingungen für freie Forschung und Lehre garantiert würden.⁴²⁴ Eine abgestimmte Mitbestimmung – analog zur Qualifikation – wurde von den Unterzeichnenden vorgeschlagen.

Zweier weiterer, immer wieder zu hörender und durchaus nachvollziehbarer Gegenargumente gegen die Drittelparität bedienten sich vor allem die Professoren, wenn sie auf die nur relativ kurze Verweildauer der Studenten an der Universität⁴²⁵ und die Diskrepanz zu den Verantwortungsverhältnissen⁴²⁶ verwiesen. Denn die Konsequenzen von Fehlentscheidungen würden diese lediglich zu spüren bekommen, wenn sie schnell eintreten würden.⁴²⁷ Manche wiesen auch dezidiert auf die „Unreife vieler junger Leute“ hin.⁴²⁸

Dieser überwiegend bewahrenden Tendenz standen innerhalb des Diskurses die Verfechter der radikal-progressiven Tendenz diametral gegenüber, die in dem Hin-

⁴²³ Erklärung zur Hochschulreform des Präsidiums des Hochschulverbandes vom 27. April 1968. In: Jacobsen, Hans-Adolf; Dollinger, Hans (Hg.) unter Mitwirkung von Bredow, Wilfried von: Die Deutschen Studenten. S. 182.

⁴²⁴ Vgl. Das Marburger „Manifest zur Politisierung und sogenannten Demokratisierung der Hochschulen der Länder der Bundesrepublik Deutschland“. In: Jacobsen, Hans-Adolf; Dollinger, Hans (Hg.) unter Mitwirkung von Bredow, Wilfried von: Die Deutschen Studenten. S. 204.

⁴²⁵ Vgl. ebd.

⁴²⁶ Vgl. Schmidhäuser, Eberhard: Die Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden. Grundsätze einer neuen Hochschulordnung. In: Loccumer Protokolle 8 (1968): Hochschulpolitik und Gesellschaftspolitik. S. 139.

⁴²⁷ Vgl. Erklärung zur Hochschulreform des Präsidiums des Hochschulverbandes vom 27. April 1968. In: Hans-Adolf Jacobsen; Hans Dollinger (Hg.) unter Mitwirkung von Wilfried von Bredow: Die Deutschen Studenten. S. 182, 183.

⁴²⁸ Gehlen, Arnold: Zu den Problemen der Hochschulreform und der Unruhe unter den Studenten. In: Unternehmer und Bildung. Festschrift zum 60. Geburtstag von Ludwig Vaubel. S. 31; auch Vogel forderte die Beteiligung in Abhängigkeit zum Verbleib an der Universität – Studenten kurze, Professoren lange Verweildauer – zu ordnen. (Vgl. Vogel, Bernhard: Die Hochschulpolitik zwischen den Anforderungen der Forschung und der Lehre. In: Loccumer Protokolle 8 (1968): Hochschulpolitik und Gesellschaftspolitik. S. 13).

weis auf den viel zitierten „höheren Sachverstand“⁴²⁹ lediglich eine „Schutzbehauptung zur Verteidigung autoritärer Strukturen“ erblickten.⁴³⁰ Der Politikwissenschaftler und Publizist von Krockow erhoffte sich gar durch die Mitbestimmung des Mittelbaus und der Studenten, kritischen Gegendruck gegen das Bestehende zu institutionalisieren:

Die vor allen Details zentrale Frage der Hochschulreform muß deshalb lauten: Wie lässt sich in der alten Institution kritischer Gegendruck gegen das je Bestehende, Anerkannte, dem Schein nach Selbstverständliche neu institutionalisieren? Darauf kann es im Sinne unserer Überlegungen über die Bedingungen der Möglichkeit von Reformen im Grunde nur eine überzeugende Antwort geben: dadurch, dass dem „Mittelbau“ und den Studenten Positionen verantwortlicher Mitbestimmung eingeräumt werden. Die vieldiskutierte „Drittelparität“ wäre nur ein – allerdings unerlässliches – Mittel hierzu.“⁴³¹

Vor dem Hintergrund der Studentenunruhen räumte beispielsweise der Hochschulverband 1968 ein, dass er anstelle der Drittelparität eine abgestufte Mitwirkung für angemessen erachte⁴³²: Die Beteiligung der verschiedenen Gruppen sollte dabei von ihren Möglichkeiten, zu den jeweiligen Fragenkreisen sachdienliche Beiträge leisten zu können, abhängig gemacht werden.⁴³³ Schließlich sei die Universität „keine Gesellschaft von Gleichen“, sondern verfüge vielmehr über „gestufte Verantwortlichkeiten.“⁴³⁴ Nachdem sich bereits im April 1968 die Kultusministerkonferenz für das Prinzip der qualitativen Repräsentation ausgesprochen hatte⁴³⁵, goutierte schließlich

⁴²⁹ Vgl. beispielsweise Seel, Wolfgang: Gescheiterte Hochschulreform~!? In: Die Deutsche Universitätszeitung V (1972). Hier: S. 189: „Die Einführung eines politischen Gleichheitsprinzips in eine Organisation, die an erster Stelle den Sachverstand benötigt, ist vom Denkansatz her schon falsch.“

⁴³⁰ Berger, Joachim: Die Demokratisierung der Universitäten. In: Regensburger Universitätszeitung 5 (1969) Nr. 5. S. 5.

⁴³¹ Krockow, Christian Graf von: Der Dinosaurier will überleben. Reform oder Revolution an den Universitäten? In: Der Monat 20 (August 1968) Nr. 239. S. 44. In den Jahren von 1961 bis 1969 war er (1927-2002) als Professor für Politikwissenschaften an den Universitäten Göttingen, Saarbrücken und Frankfurt tätig.

⁴³² Vgl. Erklärung zur Hochschulreform des Präsidiums des Hochschulverbandes vom 27. April 1968. In: Hans-Adolf Jacobsen; Hans Dollinger (Hg.) unter Mitwirkung von Wilfried von Bredow: Die Deutschen Studenten. S. 181.

⁴³³ Hasemann, Karl-G.: Gedanken zur Universitätsreform. S. 20.

⁴³⁴ Thieme, Werner: Hochschullehrer und Hochschulreform. In: Mitteilungen des Hochschulverbandes XVI (1968) Nr. 2. S. 53-57. Hier: S. 56.

⁴³⁵ Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 10. April 1968: Grundsätze für ein modernes Hochschulrecht und für die strukturelle Neuordnung des Hochschulwesens. In: Hans-Adolf Jacobsen;

auch die Westdeutsche Rektorenkonferenz im Januar 1969 dasselbe (wobei sie den Ordinarien auch weiterhin ihre dominierende Rolle zugestand.⁴³⁶) Eine qualifizierte Mitbestimmung war unumgänglich geworden.⁴³⁷

2.4.3 Die Stellung der Assistenten als Testfall für die Demokratisierung

Obgleich bereits die britische Hochschullehrerdelegation eine soziale Öffnung der Hochschule forderte, intendierten die deutschen Professoren vielmehr „die Exklusivität des Ordinariats [...]“ zu sichern.“⁴³⁸ Dahrendorf charakterisiert die Situation in diesem Kontext 1965 wie folgt:

Das Hierarchie-Problem hat sich verlagert. An die Stelle des Privatdozenten von vorgestern ist heute der Assistent als die problematische Zentralfigur der Universität getreten. Die Universitas magistrorum et scholarium ignoriert beharrlich jene immer wachsende Gruppe in ihrer Mitte, deren Mitglieder laut Reichsassistentenordnung gewissermaßen magistri und scholares in einer Person sind.⁴³⁹

Damit wies er auf die Verdopplung der Assistentenstellen hin⁴⁴⁰, die durch die Empfehlungen des Wissenschaftsrates aus dem Jahr 1960 initiiert wurde.⁴⁴¹ Doch neben diesen quantitativen Maßnahmen hatte man auf der qualitativen Ebene der Mitsprache nichts unternommen: Noch 1969 waren diesbezüglich keine Veränderungen zu verzeichnen, so dass man vonseiten der Politik immer noch konstatieren musste, dass „eine Neuordnung der Rechtsstellung der wissenschaftlichen Assistenten“ dringend notwendig sei.⁴⁴²

Hans Dollinger (Hg.) unter Mitwirkung von Wilfried von Bredow: Die Deutschen Studenten. S. 298.

⁴³⁶ Vgl. Narr, Wolf-Dieter: Qualitative Repräsentation? In: Die Deutsche Universitätszeitung VI (1968). S. 1.

⁴³⁷ Kogon, Eugen: Rebellion und Reform an unseren Hochschulen. In: Frankfurter Hefte 24 (1969) Nr. 3. S. 158. Auch Besson kam so beispielsweise zu dem Ergebnis, dass „abgestufte Formen der Mitbestimmung“ zu realisieren seien. (Vgl. Besson, Waldemar: Universitätsreform in der heutigen Zeit. S. 13).

⁴³⁸ Bochow, Michael; Joas, Hans: Der Lehrkörper der deutschen Hochschulen. In: Dietrich Goldschmidt; Ulrich Teichler; Wolff-Dietrich Webler (Hg.): Forschungsgegenstand Hochschule. S. 92.

⁴³⁹ Hess, Gerhard; Dahrendorf, Ralf; Menke-Glückert, Peter; Ritter, Joachim: Strukturprobleme unserer wissenschaftlichen Hochschulen. Köln; Opladen 1965. S. 22.

⁴⁴⁰ Vgl. Müller, Werner: Zur Stellung der Assistenten in der Korporation der Universität. Die hochschulrechtliche Situation. In: Die Deutsche Universitätszeitung X/XI (1966). S. 10-13. Hier: S. 11.

⁴⁴¹ Vgl. Wilhelmi, Hans-Herbert: Der wissenschaftliche Assistent und seine Stellung in der Hochschule – Ein Diskussionsbeitrag. In: Die Deutsche Universitätszeitung IX (1966). S. 6-11. Hier: S. 6.

⁴⁴² Martin, Berthold: Ziele der Hochschulreform heute. In: Die Deutsche Universitätszeitung IV (1969). S. 5.

Erst allmählich – bedingt durch eben jenes Anwachsen der Assistentenstellen in den 1960er Jahren und ihren Bedeutungszuwachs innerhalb des Lehr- und Forschungsbetriebs⁴⁴³, in dem sie immer mehr Aufgaben übernahmen – entwickelten die Assistenten, die im internationalen Vergleich über ausgesprochen geringe Mitspracherechte verfügten⁴⁴⁴, mehr Selbstbewusstsein, internalisierten, sich als eine von drei universitären Teilkörperschaften zu verstehen und nach außen hin, auf dem von den Studenten bereits „demokratisch bereiteten Boden“, als solche aufzutreten.⁴⁴⁵ Daraus resultierte auch, dass sie erst relativ spät begannen den hier analysierten Diskurs verstärkt aktiv mitzugestalten: Erst im letzten Drittel des Jahrzehnts meldeten sie sich immer häufiger zu Wort und verliehen ihrer Forderung nach Anerkennung als Hochschullehrer Nachdruck⁴⁴⁶, begannen sich zu emanzipieren. Die Gründung einer eigenen Interessensvertretung, der Bundesassistentenkonferenz, datiert schließlich auf das Jahr 1968. Noch im gleichen Jahr legte sie ihr Kreuznacher Hochschulkonzept vor – ein Dokument, das große Relevanz für den Diskurs insgesamt besitzt, da dieser Vorschlag zur Neugliederung des Lehrkörpers erstmalig in der Nachkriegszeit nicht bei der Spitzengruppe des Lehrkörpers beginnt.⁴⁴⁷

Im Allgemeinen wurde darin die Forderung nach Abbau bzw. Abschaffung der hierarchischen Strukturen erhoben.⁴⁴⁸ Im Besonderen manifestierte sich ihre Kritik an der Stellung des Assistenten. An prominenter Stelle der Liste mit Kritikpunkten, die

⁴⁴³ Vgl. Bochow, Michael; Joas, Hans: Der Lehrkörper der deutschen Hochschulen. In: Dietrich Goldschmidt; Ulrich Teichler; Wolff-Dietrich Webler (Hg.): Forschungsgegenstand Hochschule. S. 95.

⁴⁴⁴ Vgl. Teichler, Ulrich: Probleme der Hochschulreform in der Bundesrepublik Deutschland (Diskussionsbericht). In: Teichler, Ulrich; unter Mitarbeit von Opitz, Kurt (Hg.): Faktoren und Zielvorstellungen der Hochschulreform in der Bundesrepublik Deutschland. S. 81.

⁴⁴⁵ Vgl. beispielsweise Clausen, Lars; Frese, Jürgen; Saß, Hans-Martin; Scharlau, Winfried; Schmidt, Siegfried J.; Wilhelmi, Hans-Herbert: Assistenten in einer neuen Universität. Denkschrift zur Stellung der Assistentenschaft in der Universität Bielefeld. Gütersloh 1968.

⁴⁴⁶ Vgl. Assistenten: „Reform-Monologe“ durch Gespräche ersetzen. Bundes-Hochschulkonferenz gefordert / Frage nach der Struktur des Lehrkörpers. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. April 1969.

⁴⁴⁷ Vgl. Bochow, Michael; Joas, Hans: Der Lehrkörper der deutschen Hochschulen. In: Dietrich Goldschmidt; Ulrich Teichler; Wolff-Dietrich Webler (Hg.): Forschungsgegenstand Hochschule. S. 95.

⁴⁴⁸ Kreuznacher Hochschulkonzept. Reformziele der Bundesassistentenkonferenz. Beschlüsse der zweiten Vollversammlung in Bonn. 10. und 11.10.1968. Hg. v. der Bundesassistentenkonferenz. Bonn 1968. S. 31. dort heißt es: „Eine Neugliederung muß die Möglichkeiten freier Forschung und Lehre für alle Mitglieder des Lehrkörpers gleichermaßen garantieren, damit das Angebot an Lehre vergrößert, Lehre und Forschung verbessert und die negativen menschlichen Auswirkungen zu langer Abhängigkeit und Unselbständigkeit verringert werden. Jede Neuordnung muß von der Einsicht ausgehen, dass die Leistungen in Forschung und Lehre in einem direkten Verhältnis zur Freiheit und Unabhängigkeit der Personen steht, die sie erbringen. Sie sind allein durch die Verpflichtung zu gegenseitiger Kooperation und Koordination gebunden.“

nicht nur von der BAK moniert wurden, stand die persönliche Abhängigkeit⁴⁴⁹ desselben von seinem Habilitationsvater. Drei Ursachen sind für den ersten Aspekt zu benennen: In seiner Stellung war der Assistent weisungsgebunden⁴⁵⁰, zugleich aber musste er sich in Forschung und Lehre weiterqualifizieren. Weiterhin war er relativ kurz eingestellt.⁴⁵¹

Um der Gefahr der Abhängigkeit Vorschub zu leisten, wünschte man sich vonseiten der Assistenten, mehr Distanz in das Verhältnis zum Chef zu bringen – nicht mehr länger sollte der Assistent dem Lehrstuhl „ausgeliefert“ sein⁴⁵² –, indem die Assistentenzeit der „kollegialen Steuerung und Strukturierung“⁴⁵³ unterworfen werden sollte, sprich indem die „ständigen Grundeinheiten von Forschung und Lehre“ zum faktischen Dienstherren erhoben werden sollten.⁴⁵⁴ Im gleichen Jahr plädierte auch die Kultusministerkonferenz für die Zuordnung der Assistenten zu größeren Forschungseinheiten, um einer unangemessenen Abhängigkeit vom einzelnen Lehrstuhl“ präventiv zu begegnen.⁴⁵⁵ Doch dies wurde bei Fakultäten der Größenordnung von 60 Ordinarien und 300 Assistenten als Farce entlarvt.⁴⁵⁶ Schließlich gab zwei Jahre später die Abhängigkeit des Assistenten vom Mehrheitswillen in politi-

⁴⁴⁹ Vgl. Baumgarten, Eduard: Zustand und Zukunft der deutschen Universität. S. 11; Schumm, Wilhelm: Kritik der Hochschulreform. S. 160; Schumm sieht als integralen Bestandteil des Modells wissenschaftlicher Arbeit im Fachbereich die Eliminierung der persönlichen Abhängigkeit der wissenschaftlichen Mitarbeiter von einzelnen Hochschullehrern. Daran schließt er die Forderung nach einer transparenten Leistungskontrolle an; Kreuznacher Hochschulkonzept. Hg. v. der Bundesassistentenkonferenz.. S. 32.

⁴⁵⁰ Vgl. Narr, Wolf Dieter: Die gegenwärtige Funktion des Assistenten und ihre Problematik dargestellt auf der Assistententagung der Evangelischen Akademie Loccum im Januar 1968. In: Jacobsen, Hans-Adolf; Dollinger, Hans (Hg.) unter Mitwirkung von Bredow, Wilfried von: Die Deutschen Studenten. S. 237; Jaspers, Karl; Rossmann, Kurt: Die Idee der Universität. S. 223.

⁴⁵¹ Vgl. Plander, Harro: Der Assistent ist tot! Es lebe der Assistent? Ein Beitrag zur Problematik des wissenschaftlichen Mitarbeiters. In: Die Deutsche Universitätszeitung XVI (1971). S. 509-512. Hier: S. 509.

⁴⁵² Schmidhäuser, Eberhard: Die Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden. Grundsätze einer neuen Hochschulordnung. In: Loccumer Protokolle 8 (1968): Hochschulpolitik und Gesellschaftspolitik. S. 140; vgl. auch Martin, Berthold: Ziele der Hochschulreform heute. In: Die Deutsche Universitätszeitung IV (1969). S. 5.

⁴⁵³ Narr, Wolf Dieter: Die gegenwärtige Funktion des Assistenten und ihre Problematik dargestellt auf der Assistententagung der Evangelischen Akademie Loccum im Januar 1968. In: Jacobsen, Hans-Adolf; Dollinger, Hans (Hg.) unter Mitwirkung von Bredow, Wilfried von: Die Deutschen Studenten. S. 238.

⁴⁵⁴ Vgl. Simon, Uwe-Rainer, Ring Christlich-Demokratischer Studenten: Vorstellungen zur Hochschul- und Studienreform. In: Studenten zur Hochschulreform. S. 43.

⁴⁵⁵ Vgl. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 10. April 1968: Grundsätze für ein modernes Hochschulrecht und für die strukturelle Neuordnung des Hochschulwesens. In: Jacobsen, Hans-Adolf; Dollinger, Hans (Hg.) unter Mitwirkung von Wilfried von Bredow: Die Deutschen Studenten. S. 298.

⁴⁵⁶ Vgl. Hennis, Wilhelm: Haben wir einen Beruf zur Hochschulgesetzgebung? In: Loccumer Protokolle 8 (1968): Hochschulpolitik und Gesellschaftspolitik. S. 29f.

sierten Fachabteilungsräten Anlass zur Sorge, wie der Publizist Günther Gillessen sie artikulierte.⁴⁵⁷

Nicht mehr länger konnten die Universitäten aufgrund der quantitativen Gegebenheiten die Augen vor der Tatsache verschließen, dass sich der Aufgabenbereich des Assistenten zunehmend vergrößert hatte – so reichten seine Aufgaben von der zeitintensiven Unterweisung der Studienanfänger bis hin zur Erledigung der Verwaltungsgeschäfte: Er trat also infolge des „Massenansturms“ auf die Universitäten im Untersuchungszeitraum zumeist als „Mädchen für alles“ in Erscheinung und hatte zugleich immer weniger Zeit für die eigene Weiterqualifikation zur Verfügung⁴⁵⁸, weshalb die Westdeutsche Rektorenkonferenz – neben dem Recht der Assistenten unter ihrem eigenen Namen publizieren zu dürfen⁴⁵⁹ – aus diesem Grund 1968 forderte, dass dem Assistenten die Hälfte seiner Dienstzeit für die eigene Ausbildung und Forschung zugestanden werden sollte.⁴⁶⁰ Trotz seiner Bedeutung für die Praxis⁴⁶¹ erhielt der Assistent nicht die dementsprechende Anerkennung innerhalb des universitären Betriebes.⁴⁶²

⁴⁵⁷ Vgl. Gillessen, Günther: Mehr Professoren – nicht Assistenten. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. März 1970.

⁴⁵⁸ Vgl. Bauermeister machte mit seiner Umfrage darauf aufmerksam, dass Zweidrittel der nebenamtlich Tätigen dieser akademischen Gruppe 50 bis 80 Stunden wöchentlich arbeiteten. Gar 80 Prozent der Hauptamtlichen arbeiteten ebenso lange. Über die Hälfte der Befragten standen weniger als 20 und drei viertel weniger als 30 Stunden zur wissenschaftlichen Arbeit zur Verfügung. (Vgl. Bauermeister, Wolf: Die Nichtordinarien. Untersuchung über Arbeitsbedingungen und Rechtsstellung der habilitierten Hochschullehrer ohne Lehrstuhl. Göttingen 1970. S. 100ff., 104); Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3. Februar 1968; Plander, Harro: Der Assistent ist tot! Es lebe der Assistent? Ein Beitrag zur Problematik des wissenschaftlichen Mitarbeiters. In: Die Deutsche Universitätszeitung XVI (1971). S. 509; Schelsky, Helmut: Abschied von der Hochschulpolitik oder Die Universität im Fadenkreuz des Versagens. S. 63. Auch Weber, Harmsen und Militzer legten eine Untersuchung zur Arbeitszeit wissenschaftlicher Assistenten vor, in der sie von folgender Situationsbeschreibung ausgingen: „Persönliche Abhängigkeiten und konkurrierende Anforderungen machen es ihnen oft unmöglich, in angemessener Zeit hinreichende Qualifikationen für ihre jeweils angestrebten Ziele zu erwerben.“ In ihrer Studie dokumentierten sie die starke Belastung der Assistenten durch ein hohes Lehrdeputat und durch Verwaltungsaufgaben. Daraus resultierte für die Autoren die Forderung der Reduzierung des Lehrdeputats und die bessere Abstimmung der verschiedenen Aufgaben der Assistenten. (Vgl. Weber, Klaus; Harmsen, Axel; Militzer, Klaus: Eine Untersuchung zur Arbeitszeit wissenschaftlicher Assistenten. In: Die Deutsche Universitätszeitung X (1971). S. 297-299. Hier: S. 297, 299).

⁴⁵⁹ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. Februar 1968: Im Falle einer Kooperation sollten sie als Koautoren genannt und auch am Honorar beteiligt werden.

⁴⁶⁰ Vgl. ebd.

⁴⁶¹ Vgl. Martin, Berthold: Ziele der Hochschulreform heute. In: Die Deutsche Universitätszeitung IV (1969). S. 5; Wilhelmi, Hans-Herbert: Der wissenschaftliche Assistent und seine Stellung in der Hochschule – Ein Diskussionsbeitrag -. In: Die Deutsche Universitätszeitung IX (1966). S. 7.

⁴⁶² Vgl. Teichler, Ulrich: Probleme der Hochschulreform in der Bundesrepublik Deutschland (Diskussionsbericht). In: Teichler, Ulrich; unter Mitarbeit von Opitz, Kurt (Hg.): Faktoren und Zielvorstellungen der Hochschulreform in der Bundesrepublik Deutschland. S. 83.

Aus diesem Grund fand die Forderung nach mehr Mitbestimmung⁴⁶³ dieser universitären Gruppe Eingang in den Diskurs; begann sie nun gerade den Strukturwandel der Universität als Argument für die Integration der Assistenten zu bemühen.⁴⁶⁴ Da die Assistenten genauso wie Professoren und Studenten am Wissenschaftsbetrieb teilhatten, seien sie auch genauso Glied dieser Körperschaft und müssten genauso umfassende Mitsprachrechte – beispielsweise auch hinsichtlich der Verteilung der Mittel⁴⁶⁵ – in den Organen der Kollegialverwaltung erhalten.

Auch der Unsicherheitsfaktor wurde als Argument im Kontext der Stellung des Assistenten, aber auch des Mittelbaus allgemein, in die Waagschale geworfen: So kontrastiert der Politiker Dichgans⁴⁶⁶ die Position des jungen Ordinarius, der einen Vertrag auf Lebenszeit unterzeichnet hat, mit der des Wissenschaftlichen Rates, der einen solchen erst nach einer Zeit im „Schwebezustand“ bekommt.⁴⁶⁷ Daher war im Untersuchungszeitraum immer häufiger der Ruf nach einer frühzeitigen Entscheidung über die Habilitation – auf Antrag des Assistenten –, spätestens aber nach vier Jahren, zu hören.⁴⁶⁸

Eine erhebliche Verbesserung hinsichtlich der Situation des Assistenten erhoffte sich die Bundesassistentenkonferenz daher von der Einführung des Assistenz-Professors.⁴⁶⁹ Dieser sollte gleichberechtigt an Forschung und Lehre partizipieren⁴⁷⁰; eng damit verbunden war die Eliminierung der Abhängigkeit.⁴⁷¹ Auch das

⁴⁶³ Vgl. Bauermeister, Wolf: Die Nichtordinarien. S. 146: 92 % der Befragten plädierten für eine Verstärkung der Mitbestimmung in einzelnen Gremien.

⁴⁶⁴ Wilhelmi, Hans-Herbert: Der wissenschaftliche Assistent und seine Stellung in der Hochschule – Ein Diskussionsbeitrag –. In: Die Deutsche Universitätszeitung IX (1966). S. 7: „Der einsam forschende Gelehrte ist, jedenfalls an der Hochschule, nicht mehr denkbar, ebenso wenig sein sokratischer Dialog mit einem Studenten als nicht nur zufälligem Partner. Der wissenschaftliche Assistent gehört heute dazu. Er ist unverzichtbares Atom der Elemente Forschung und Lehre.“

⁴⁶⁵ Vgl. Litten, Jens, Sozialdemokratischer Hochschulbund: Theoretische Überlegungen zu praktischen Konsequenzen der Hochschulreform. In: Studenten zur Hochschulreform. S. 60.

⁴⁶⁶ Hans (Hermann) Dichgans (1907-1980), promovierter Jurist, gehörte in den Jahre von 1961-1972 dem Deutschen Bundestag an und widmete sich vornehmlich bildungspolitischen Fragestellungen. (Vgl. Deutsche Biographische Enzyklopädie. Band 2: Bohacz-Ebhardt. München 1995. S. 512).

⁴⁶⁷ Vgl. Dichgans, Hans: Berufung auf Probe und weitere Vorschläge zur Struktur des Lehrkörpers. In: Mitteilungen des Hochschulverbandes XV (1967). S. 235-238. Hier: S. 236.

⁴⁶⁸ Vgl. Narr, Wolf Dieter: Die gegenwärtige Funktion des Assistenten und ihre Problematik dargestellt auf der Assistententagung der Evangelischen Akademie Loccum im Januar 1968. In: Jacobsen, Hans-Adolf; Dollinger, Hans (Hg.) unter Mitwirkung von Bredow, Wilfried von: Die Deutschen Studenten. S. 238.

⁴⁶⁹ Auch Kogon votiert für die Ernennung geschulter Nachwuchskräfte zu Assistenzprofessoren. (Vgl. Kogon, Eugen: Rebellion und Reform an unseren Hochschulen. In: Frankfurter Hefte 24 (1969) Nr. 3. S. 158).

⁴⁷⁰ Vgl. Bochow, Michael; Joas, Hans: Der Lehrkörper der deutschen Hochschulen. In: Dietrich Goldschmidt; Ulrich Teichler; Wolff-Dietrich Webler (Hg.): Forschungsgegenstand Hochschule. S. 96; Kreuznacher Hochschulkonzept. Hg. v. der Bundesassistentenkonferenz. S. 34f.

⁴⁷¹ Vgl. Rüsen, Jörn: Assistenzprofessur – verlustreicher Fortschritt. In: Die Deutsche Universitätszeitung IX/X (1970). S. 35.

geringe Lehrdeputat wurde zumeist als Fortschritt gewertet.⁴⁷² Additiv sollte der Aufstieg zum Professor nun nur noch von Qualifikationsbestätigungen abhängig sein.⁴⁷³ Im Unterschied zu diesem allerdings war diese Position nicht als eine lebenslängliche geplant⁴⁷⁴, sondern vielmehr als Ordinariat auf Zeit.⁴⁷⁵ Die Position sollte die Rekrutierung des Nachwuchses auf demokratischer Basis ermöglichen.⁴⁷⁶ Der konservative Publizist Günther Gillessen weist in diesem Kontext auf den Charakter der neuen Positionen als Durchgangsstationen hin, der die Gefahr mit sich bringen könnte, dass es sich die künftigen Assistenz-Professoren leicht mit der Lehre machen würden. Doch auch in den Reihen der Assistenten selbst stieß das Modell auf Kritik: Als problematisch wurde es nämlich gerade auch für diejenigen Assistenzprofessoren bewertet, die keine Alternative zur Tätigkeit an der Hochschule hatten; sie würden zum Opfer desselben werden.⁴⁷⁷ Neben dem Hochschulverband, dessen Präsident im Assistenzprofessor „eine zum Scheitern verurteilte Figur der Bundesassistentenkonferenz“⁴⁷⁸ erblickte, beäugten auch andere universitäre Gruppen wie beispielsweise die der Wissenschaftlichen Beamten und Angestellten an der Universität Konstanz den Vorschlag eher kritisch.⁴⁷⁹ Nicht nur der Erste hegte Zweifel an der Attraktivität und vor allem an der Praktikabilität der Position aufgrund des geringen Einsatzes in der Lehre; dennoch, so prognostizierte Finkenstaedt, würde er zu wenig Zeit für die eigene Fortbildung haben, da er in der Selbstverwaltung eingesetzt würde.⁴⁸⁰

⁴⁷² Vgl. Weber, Klaus; Harmsen, Axel; Militzer, Klaus: Eine Untersuchung zur Arbeitszeit wissenschaftlicher Assistenten. In: Die Deutsche Universitätszeitung X (1971). S. 297.

⁴⁷³ Vgl. ebd..

⁴⁷⁴ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. März 1969.

⁴⁷⁵ Vgl. Schelsky, Helmut: Abschied von der Hochschulpolitik oder Die Universität im Fadenkreuz des Versagens. S. 63: Auch die Habilitation als Nachweis der Hochschullehrerqualifikation sollte, der BAK zufolge, entfallen. Diese sollte mit der Promotion erbracht werden.

⁴⁷⁶ Vgl. Rüsen, Jörn: Assistenzprofessur – verlustreicher Fortschritt. In: Die Deutsche Universitätszeitung IX/X (1970). S. 35.

⁴⁷⁷ Vgl. ebd.

⁴⁷⁸ Finkenstaedt, Thomas: Die Hochschulen im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft. In: Die Deutsche Universitätszeitung XIII (1971). S. 405-412. Hier: S.410: Er vertrat die Ansicht, dass sich die damit verbundenen Hoffnungen nicht erfüllen würden, sondern vielmehr eine Transformation eines großen Teils der Assistenten zu „Hilfsarbeiterstellen“ stattfinden würde.

⁴⁷⁹ Vgl. Vereinigung der wissenschaftlichen Beamten und Angestellten der Universität Konstanz: Assistenzprofessoren und Forschungsknechte? In: Die Deutsche Universitätszeitung VI (1970). S. 5-6: Ihre Sorge galt dabei der eigenen Position, da sie befürchteten, dass die neue Dienstklasse „unbelastet von Dienstleistungspflichten“ sich [...] zu Lehrenden heranbilden kann.“ Und weiter: „Diese Strukturänderung darf jedoch unter keinen Umständen dazu führen, dass eine nicht-privilegierte Mehrheit des Mittelbaus künftig zu abhängigen Bediensteten ohne reale Weiterbildungs- und Aufstiegschancen degradiert wird.“

⁴⁸⁰ Vgl. Finkenstaedt, Thomas: Die Hochschulen im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft. In: Die Deutsche Universitätszeitung XIII (1971). S. 410.

2.4.4 Die Notwendigkeit einer Reform des Lehrkörpers

Der Bedarf der Forschung an einem größeren Arbeitsstab von verschiedenen spezialisierten Dauerkräften wuchs im Untersuchungszeitraum kontinuierlich und auch für die Intensivierung der Lehre in den Massenfächern war ein gesteigerter Personalaufwand vonnöten⁴⁸¹, weshalb vermehrt Mittelbau-Stellen geschaffen wurden. Die traditionelle Struktur des Lehrkörpers konnte den Bedürfnissen in zunehmendem Maße nicht mehr gerecht werden –

Akademische und wissenschaftliche Räte, nichtplanmäßige Professoren und Dozenten tragen einen großen Teil der Arbeit und Verantwortung, sie sind qualifizierte wissenschaftliche Kräfte, ein geminderter Status ist weiterhin nicht zumutbar.⁴⁸²

– Schließlich war jenes „autoritäre Zunftprinzip“ noch ein Rudiment aus den Anfängen der Universität im Mittelalter, das sich im Laufe der Zeit „mit dem technisch-bürokratischen Amtsfunktionalismus“ vermischt habe.⁴⁸³ Eine Neugliederung des Lehrkörpers an den wissenschaftlichen Hochschulen⁴⁸⁴ entwickelte sich zur „eigentliche[n] Aufgabe der gegenwärtigen Hochschulpolitik.“⁴⁸⁵

Trotz verschiedener Maßnahmen, stellvertretend seien an dieser Stelle die Empfehlungen des Wissenschaftsrates a) zur Neugliederung des Lehrkörpers an wissenschaftlichen Hochschulen“ (1965) und b) zur Stellung wissenschaftlicher Assistenten (1968) genannt, zeichneten sich keine signifikanten Fortschritte bezüglich einer Reform der Personalstruktur ab⁴⁸⁶: So stellte sich die Situation Schmidt und Thelen 1969 gar als „Ansammlung von Stellen und Titeln und der absoluten Machtstellung ihrer Spitze“ dar. Aufgrund der Interdependenz, die beide zwischen dieser und der

⁴⁸¹ Vgl. Empfehlungen des Wissenschaftsrates: Neugliederung des Lehrkörpers an den wissenschaftlichen Hochschulen. In: Die Deutsche Universitätszeitung V (1965). S. 24-26. Hier: S. 24; Clausen, Lars; Frese, Jürgen; Saß, Hans-Martin; Scharlau, Winfried; Schmidt, Siegfried J.; Wilhelmi, Hans-Herbert: Assistenten in einer neuen Universität. S. 9f.

⁴⁸² Gehlen, Arnold: Zu den Problemen der Hochschulreform und der Unruhe unter den Studenten. In: Unternehmer und Bildung. Festschrift zum 60. Geburtstag von Ludwig Vaubel. S. 30.

⁴⁸³ Vgl. Jaspers, Karl; Rossmann, Kurt: Die Idee der Universität. S. 215f.

⁴⁸⁴ Vgl. Baumgarten, Eduard: Zustand und Zukunft der deutschen Universität. S. 10; Teichler, Ulrich: Probleme der Hochschulreform in der Bundesrepublik Deutschland (Diskussionsbericht). In: Teichler, Ulrich; unter Mitarbeit von Opitz, Kurt (Hg.): Faktoren und Zielvorstellungen der Hochschulreform in der Bundesrepublik Deutschland. S. 83.

⁴⁸⁵ Vgl. Schelsky, Helmut: Abschied von der Hochschulpolitik oder Die Universität im Fadenkreuz des Versagens. S. 123; vgl. auch „Künftig kein Mittelbau mehr. 10 Thesen zur Personalstruktur“. In: Die Deutsche Universitätszeitung X (1971). S. 307. Auch Rau akzentuierte diese Notwendigkeit: „Die Neuordnung der Personalstruktur ist ein wesentlicher Teil der Hochschulreform.“

⁴⁸⁶ Vgl. Schmidt, Lothar; Thelen, Dieter: Hochschulreform. Gefahr im Verzuge? S. 17f.

Hochschulreform in toto sahen, resümierten sie letztlich: „Ein unübersichtliches System von Stellen und Titeln erschwert jede Reform.“⁴⁸⁷

Eine Vereinfachung der Hierarchie wurde daher zur zentralen Forderung erhoben.⁴⁸⁸ „Nicht begründbare qualitative Schranken“ sollten innerhalb des Lehrkörpers eliminiert werden.⁴⁸⁹ Die Empfehlungen der Westdeutschen Rektorenkonferenz, die sich hinsichtlich der Reform der Lehrkörper- und Personalstruktur an den Gedanken der Bundesassistentenkonferenz orientierten, waren diesen Überlegungen geschuldet: Sie intendierten nämlich innerhalb der Gruppe der Hochschullehrer, die sich aus Professoren und Dozenten konstituieren sollte, keine rechtlichen Unterschiede mehr, sondern postulierten vielmehr für beide die gleichberechtigte Mitwirkung in Forschung, Lehre und Selbstverwaltung. Forscher und Lehrer minderen Rechts sollten nicht mehr länger akzeptabel sein, denn „wer lehrt und forscht, soll Hochschullehrer sein.“⁴⁹⁰ Neben den Studenten sollten lediglich Graduierte, Hochschullehrer und Wissenschaftliche Mitarbeiter als universitäre Gruppen existieren.⁴⁹¹ Das Streben nach Einheitlichkeit war auch Hauptmovers für die Forderungen des VDS, aufgestellt auf der 20. Mitgliederversammlung: So sollte eine einheitliche Professur und die Zusammenfassung der Assistenten, Akademischen Räte und Lektoren in der Gruppe der Dozenten neuer Art realisiert werden.⁴⁹²

⁴⁸⁷ Ebd. Bei Gillessen riefen die bis 1970 ergriffenen Maßnahmen gar die Assoziation eines „ständigen Flickwerks“ hervor, das die Lehrkörper immer komplizierter und hierarchischer gestaltet habe. (Vgl. Gillessen, Günther: Mehr Professoren – nicht Assistenten. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. März 1970).

⁴⁸⁸ Vgl. Jaspers, Karl; Rossmann, Kurt: Die Idee der Universität. S. 227.

⁴⁸⁹ Thesen zur Hochschulorganisation und für die strukturelle Neugliederung des Lehrkörpers, vorgelegt von der Bundesassistentenkonferenz in ihrem „Kreuznacher Hochschulkonzept“. In: Jacobsen, Hans-Adolf; Dollinger, Hans (Hg.) unter Mitwirkung von Bredow, Wilfried von: Die Deutschen Studenten. S. 242: „Es muß anerkannt werden, dass auch der durch wissenschaftliche Leistungen qualifizierte Assistent oder Akademische Rat dem Lehrkörper zugehört.“

⁴⁹⁰ Rektorenkonferenz empfiehlt Abschaffung des „Mittelbaus“. Keine Assistenten und Räte mehr / Statt dessen Graduierte, Hochschullehrer und wissenschaftliche Mitarbeiter im Lehrkörper. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. Februar 1970; bereits 1967 hatte Besson die Mitbestimmung aller im Forschungsprozess selbstständig Tätigen gefordert. (Vgl. Besson, Waldemar: Universitätsreform in der heutigen Zeit. S. 23).

⁴⁹¹ Eine Änderung in der Struktur des Lehrkörpers musste letztlich auch nachhaltige Konsequenzen für die Besoldung der an der Universität Tätigen mit sich bringen, auf die im Rahmen der vorliegenden Arbeit jedoch nur hingewiesen werden kann. (Vgl. beispielsweise Plander, Harro: Die Neuordnung der Besoldung im Hochschulbereich. Eine Auseinandersetzung mit Vorschlägen der Kultusministerkonferenz. In: Die Deutsche Universitätszeitung IV (1972). S. 144-147).

⁴⁹² Vgl. Erklärung des Verbandes Deutscher Studentenschaften zur Hochschulreform vom 24. Juni 1968. In: Jacobsen, Hans-Adolf; Dollinger, Hans (Hg.) unter Mitwirkung von Bredow, Wilfried von: Die Deutschen Studenten. S. 289.

2.4.5 Transparenz und Information

Da sowohl Politik als auch Gesellschaft dem bestehenden Hochschulsystem ein Defizit hinsichtlich Information und Transparenz attestiert hatten⁴⁹³, trat im Untersuchungszeitraum – dem Prinzip der „checks and balances“ folgend⁴⁹⁴ – neben eine effektive Mitwirkung das Postulat der Öffentlichkeit der Selbstverwaltungsorgane als zweite Säule einer internen Demokratisierung der Hochschule.⁴⁹⁵ Für die Majorität der Diskutanten hatte die Forderung nach Öffentlichkeit der Sitzungen der Universitätsgremien etwas Bestechendes, da der Eindruck entstanden war, dass die Vertraulichkeit lediglich als Alibi für eine kollegiale Ordinarienpolitik diene.⁴⁹⁶ Gerade von studentischer Seite aus versprach man sich ein größeres Maß an Transparenz durch die Einführung der Öffentlichkeit für Beratungen in den verschiedenen universitären Gremien.⁴⁹⁷ Mit diesem Gedanken konnte man sich vonseiten der Hochschulleitung, repräsentiert durch das Organ der Westdeutschen Rektorenkonferenz, durchaus für die großen Gremien, in denen vorbereitende legislative Entscheidungen getroffen werden und in denen man Rechenschaft über politisches Handeln ablegen muss, anfreunden. Gemäß einem elementaren Gebot der repräsentativen Demokratie allerdings lehnten die Rektoren die Öffentlichkeit für Senate, Fakultäten und Kommissionen mit dem Hinweis ab, dass in diesen auch weiterhin „ein auf Verständigung zielender Gedankenaustausch stattfinden müsse.“⁴⁹⁸

⁴⁹³ Vgl. Schelsky, Helmut: Abschied von der Hochschulpolitik oder Die Universität im Fadenkreuz des Versagens. S. 18. Dies war auf einer anderen Ebene höchst problematisch, denn fundiertes Informations- und Datenmaterial über die immens gewachsenen Studentenzahlen war unerlässlich geworden. Ohne eine verbesserte Statistik konnte nur ins Blaue reformiert werden – ohne jeglichen konkreten Anhaltspunkt. Eine Konsequenz war die Einrichtung des Hochschul-Informationssystems (= HIS GmbH), das in regelmäßigen Abständen statistische Erhebungen durchführen und deren Ergebnisse veröffentlichen sollte, die wiederum als numerische Basis für einzuleitende Maßnahmen herangezogen werden konnten. (Vgl. Ohne eine bessere Statistik wird ins Blaue reformiert. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. Oktober 1966).

⁴⁹⁴ Da die Universitäten bereits einmal versagt hatten, sollten die Mauern des einstigen Elfenbeinturms nunmehr transparenter bzw. der Elfenbeinturm in die Gesellschaft eingemeindet werden.

⁴⁹⁵ Vgl. Berger, Joachim: Die Demokratisierung der Universitäten. In: Regensburger Universitätszeitung 5 (1969) Nr. 5. S. 5; Narr, Wolf Dieter: Die gegenwärtige Funktion des Assistenten und ihre Problematik dargestellt auf der Assistententagung der Evangelischen Akademie Loccum im Januar 1968. In: Jacobsen, Hans-Adolf; Dollinger, Hans (Hg.) unter Mitwirkung von Bredow, Wilfried von: Die Deutschen Studenten. S. 238.

⁴⁹⁶ Vgl. Meyer, Joachim-Ernst: Öffentlichkeit – Mitbestimmung. Was bedeuten sie für die Hochschulreform? In: Georgia Augusta 11 (1969). S. 2-3. Hier: S. 2: Als einer der Wenigen präferiert er die nicht öffentlichen Sitzungen, da bei solchen die Gruppeninteressen hinter der Sachbezogenheit zurücktreten würden; hierzu auch: Erklärung des Verbandes Deutscher Studentenschaften zur Hochschulreform vom 24. Juni 1968. In: Jacobsen, Hans-Adolf; Dollinger, Hans (Hg.) unter Mitwirkung von Bredow, Wilfried von: Die Deutschen Studenten. S. 290.

⁴⁹⁷ Vgl. Simon, Uwe-Rainer, Ring Christlich-Demokratischer Studenten: Vorstellungen zur Hochschul- und Studienreform. In: Studenten zur Hochschulreform. S.38/39.

⁴⁹⁸ Bedenken der Rektoren. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. März 1969.

Neben der Transparenz universitärer Entscheidungsprozesse rückte auch das Moment der Kontrolle zunehmend in den Fokus der Aufmerksamkeit der Reformer: Im März 1971 trug der schon oben angeführte Zusammenschluss der westdeutschen Rektoren der Forderung nach mehr Transparenz und Kontrolle an den Universitäten Rechnung, indem er sich für die Einrichtung von Rechtsausschüssen, Beschwerdeinstanzen und Schlichtungsgremien aussprach.⁴⁹⁹

In eine ähnliche Richtung zielten die Bemühungen hinsichtlich des Prüfungswesens: Die Öffentlichkeit von Prüfungen sollte zum Standard erhoben werden, um ein möglichst hohes Maß an Objektivität einzuführen.⁵⁰⁰ „Um das Examenszimmer nicht mehr als dunklen Ort erscheinen zu lassen, wo Glückswürfel fallen“, wurde 1967 beispielsweise schon über die Einführung studentischer Beisitzer diskutiert.⁵⁰¹

Doch auch diese Forderung stieß nicht auf ungeteilte Zustimmung: So wandte beispielsweise Hennis gegen die Öffentlichkeit von Zwischenprüfungen ein, dass der Stoff für jene limitiert sei, so dass der Prüfling die Anforderungen in absehbarer Zeit kenne. Als Konsequenz würde der Schwierigkeitsgrad der Prüfungen erhöht werden.⁵⁰² Auch die Warnung, dass der Wunsch nach Transparenz des Prüfungsverfahrens nicht zur Bevorzugung korrekter Mittelmäßigkeit führen dürfe, war zu hören.⁵⁰³ Auch dem hessischen Justizminister Strelitz ging es 1969 um „prüfbare Prüfungen“, als er den dicht gewebten Schleier des Examensgeheimnisses der juristischen Prüfungen zerriss: Nunmehr sollten den Kandidaten des juristischen Assessor-Examens auf Antrag Einblick in ihre Prüfungsakten gewährt werden.⁵⁰⁴

Schließlich machte die Forderung nach größerer Transparenz auch vor dem höchsten akademischen Grad nicht Halt⁵⁰⁵: Die Qualifikationsbeurteilung der Habilitation sollte objektiviert werden – so die Vorstellung der Assistenten und auch des

⁴⁹⁹ Vgl. Rieger, Wolfgang: Die demokratische Hochschule. Universitätsrektoren empfehlen Selbstkontrolle. In: Die Deutsche Universitätszeitung V (1971). S. 146.

⁵⁰⁰ Vgl. Schmidhäuser, Eberhard: Die Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden. Grundsätze einer neuen Hochschulordnung. In: Loccumer Protokolle 8 (1968): Hochschulpolitik und Gesellschaftspolitik. S. 139.

⁵⁰¹ Fromme, Friedrich Karl: Das heiß begehrte Drittel. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. November 1967.

⁵⁰² Hennis, Wilhelm: Haben wir einen Beruf zur Hochschulgesetzgebung? In: Loccumer Protokolle 8 (1968): Hochschulpolitik und Gesellschaftspolitik. S. 29: Hinzu kam noch, dass sich der Schwache nicht gerne in der Öffentlichkeit präsentiere.

⁵⁰³ Vgl. Bahrdt, Hans Paul: Leistungsstand, Leistungsdefizit und Leistungskontrolle bei den Studenten von heute. In: Die Deutsche Universitätszeitung XIII (1972). S. 536-542. Hier: S. 542.

⁵⁰⁴ Vgl. Prüfbare Prüfungen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. März 1969.

⁵⁰⁵ Vgl. Litten, Jens, Sozialdemokratischer Hochschulbund: Theoretische Überlegungen zu praktischen Konsequenzen der Hochschulreform. In: Studenten zur Hochschulreform. S. 78: Hier tritt er für die Institutionalisierung eines unabhängigen Prüfergremiums ein, das sich aus verschiedenen Dozenten verschiedener Universitäten konstituieren sollte.

VDS⁵⁰⁶, die von der Kultusministerkonferenz 1968 aufgegriffen wurde. Als Ziel erklärte man zum einen die Ablösung der Zulassung zur Habilitation von der Bedürfnisfrage und zum anderen die Eliminierung der Abhängigkeit des Habilitanden von einem Habilitationspromoter.⁵⁰⁷

Zunehmend verbreitete sich auch an den Universitäten die Einsicht, dass das Demokratieverständnis integrativer Bestandteil des universitären Aufgabenkatalogs sein müsse, dass die Demokratisierung kein interner und somit exklusiver Prozess sein dürfe. Die Wissenschaft habe ihrer Verantwortung gegenüber der demokratischen Gesellschaft Rechnung zu tragen⁵⁰⁸: Der Faktor Information (nach außen) konnte aus diesem Grund nicht länger vernachlässigt werden. Um diesem gerecht zu werden, besannen sich die Hochschulen auf die Einrichtung von Pressestellen, die die Öffentlichkeit künftig über aktuelle Forschungsarbeiten informieren sollten. Dass dies ebenso wie die gesamte Hochschulreform ein langwieriger Prozess war, dass sich dieser wichtige Gedanke erst etablieren musste, verdeutlicht der Artikel „Wenn die Wissenschaft schweigt“ aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung aus dem Jahr 1969: Darin wird die noch immer unzureichende „Informierung“ über die Forschung durch die Universitäten beklagt.⁵⁰⁹

2.5 Studienreform

2.5.1 Einleitung: Überblick über den Diskurs

In der direkten Nachkriegszeit wurden die bestehenden Studiengänge zunächst fortgeführt. Für eine Vielzahl existierten keine Studienordnungen. Wie insgesamt wollten die Universitäten auch inhaltlich an die Zeit vor dem Dritten Reich anknüpfen, so dass die Studieninhalte daher zunächst nicht zur Diskussion gestellt wurden. Erst

⁵⁰⁶ Vgl. Teichler, Ulrich: Probleme der Hochschulreform in der Bundesrepublik Deutschland (Diskussionsbericht). In: Teichler, Ulrich; unter Mitarbeit von Opitz, Kurt (Hg.): Faktoren und Zielvorstellungen der Hochschulreform in der Bundesrepublik Deutschland. S. 83; Erklärung des Verbandes Deutscher Studentenschaften zur Hochschulreform vom 24. Juni 1968. In: Jacobsen, Hans-Adolf; Dollinger, Hans (Hg.) unter Mitwirkung von Bredow, Wilfried von: Die Deutschen Studenten. S. 289. Auf ihrer 20. Mitgliederversammlung stellte der VDS u. a. die Forderung auf, die Habilitation zugunsten „einheitlichen, objektivierten Berufungsverfahrens“ abzuschaffen. In diesem Kontext sei auf alle wissenschaftlichen Arbeiten inklusive der Vorlesungsrezensionen zu rekurrieren.

⁵⁰⁷ Vgl. Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 10. April 1968: Grundsätze für ein modernes Hochschulrecht und für die strukturelle Neuordnung des Hochschulwesens. In: Jacobsen, Hans-Adolf; Dollinger, Hans (Hg.) unter Mitwirkung von Wilfried von Bredow: Die Deutschen Studenten. S. 298.

⁵⁰⁸ Vgl. Die Gegenwart: Die Wissenschaft ist der Gesellschaft verantwortlich. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. Oktober 1970.

⁵⁰⁹ Vgl. Flöhl, Rainer: Wenn die Wissenschaft schweigt. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. Februar 1969.

die Expansion der Studentenzahlen wirkte als Katalysator für den Diskurs.⁵¹⁰ Nicht mehr länger konnte man die Augen vor der Überfüllung der Hochschulen, die gar als „Sturmflut der Studenten“ bezeichnet wurde⁵¹¹, einfach verschließen.⁵¹² Initiiert wurde der Diskurs schließlich durch zwei Politiker: Hans Dichgans und Ernst Schütte.⁵¹³

Die erste Phase der Studienreform ging 1966 mit den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung des Studiums aus dem Jahr 1966 zu Ende. Diese – ein großer Teil von ihnen wurde im Untersuchungszeitraum bis 1970 realisiert und in den Empfehlungen zur Struktur und zum Ausbau des Bildungswesens konkretisiert⁵¹⁴ – stellen einen erheblichen Einschnitt für den Diskurs dar: Bis dahin nämlich war derselbe von der Prämisse der quantitativen Expansion dominiert gewesen⁵¹⁵ – schließlich hielten die Universitäten noch immer daran fest, im „Kern gesund“ zu sein. Nach und nach sickerte die Erkenntnis in den Diskurs ein, dass rein qualitative Maßnahmen kaum ausreichen würden, um das Problem zu lösen.⁵¹⁶ So warnte beispielsweise die BAK 1969 vor der „allzu vordergründigen Lösung des Ausbaus [...]“.⁵¹⁷ Gemeinsam mit der Studentenbewegung gab diese Institution nämlich auch

⁵¹⁰ Vgl. Schumm, Wilhelm: Kritik der Hochschulreform. S. 117.

⁵¹¹ Vgl. Seel, Wolfgang: Briefe an die Herausgeber: Die Sturmflut der Studenten. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. August 1967.

⁵¹² Vgl. Hofmann, Werner: Bilder und Zeiten: Die Krise der Universität. Die Wissenschaft wird ausgehöhlt. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. Juli 1967; Kleine Meldungen: „Die Westdeutsche Rektorenkonferenz...“ In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. Januar 1964; Wenke, Hans: Strukturen und Lebensformen neuer Universitäten. In: Die Deutsche Universitätszeitung III (1965). S. 6-14. Hier: S. 14.

⁵¹³ Vgl. ebd. Ernst Schütte (1904-1972) war von 1946 bis 1956 Professor an der Pädagogischen Akademie Kettwig, die er seit 1956 leitete. Während seiner Zeit als Landesminister für Erziehung und Volksbildung in Hessen (1959-1969) widmete er sich, wie noch zu zeigen sein wird, vor allem der Schul- und Hochschulreform. Darüberhinaus straffte er die Ausbildungspläne der Lehrkräfte in Hessen. (Vgl. Deutsche Biographische Enzyklopädie. Band 9: Schmidt-Theyer. München 1998. S. 175).

⁵¹⁴ Vgl. Wolff, Christian: Die stille Gegenreform. Zur Reform des Prüfungswesens. In: Ruperta Carola 24 (1972) Nr. 50. S. 42-59. Hier: S. 44.

⁵¹⁵ Vgl. Riese, Hajo: Hochschulreform und kein Ende. In: Gegenwartskunde. Zeitschrift für Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Bildung 17 (1968). S. 21-24. Hier: S. 22: Sie stellen einen Einschnitt dar, obgleich die bestehende institutionelle Gliederung des Bildungswesens davon nicht tangiert wird.

⁵¹⁶ Vgl. Becker, Karl-Wilhelm: Die Problematik der Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland. Gedanken zur bildungspolitischen Konzeption der Bundesregierung. In: Die Deutsche Universitätszeitung XIX (1970). S. 5; Stoltenberg, Gerhard: Studienreform – Hochschulreform. In: Stoltenberg, Gerhard: Hochschule – Wissenschaft – Politik. S. 23-36. Hier: S. 27f.: Er sieht neben dem zügigen Ausbau bestehender Hochschulen und dem Neubau von Hochschulen und dem Überdenken der Funktion des Abiturs die Entlastung durch die Realisierung der Studienreform als Lösung.

⁵¹⁷ Aus den Hochschulen: Studium soll forschendes Lernen sein. Arbeitstagung der Bundesassistentenkonferenz zum Thema Gesamthochschule. In: Frankfurter Rundschau vom 11. September 1969.

der Studienreform wichtige Impulse. Auch die Gründung neuer Universitäten wirkte als Stimulans.⁵¹⁸

Im Laufe des Untersuchungszeitraumes kam es dann zu einer erheblichen Akzentverschiebung innerhalb des Diskurses: Hatte man bereits 1965 die Notwendigkeit einer Hochschul- und damit aufs Engste verbunden einer Studienreform, nicht bestritten⁵¹⁹, internalisierte man in der zweiten Phase zunehmend die immense Bedeutung der Studienreform als neuralgischen Punkt für die Hochschulreform insgesamt⁵²⁰: Die Neuordnung des Studiums wurde als „Schicksalsfrage für Deutschlands Zukunft“⁵²¹ gewertet.⁵²² Der Diskurs war nun auf der qualitativ-inhaltlichen Ebene angelangt.

Ein weiteres Phänomen lässt sich innerhalb des Diskurses beobachten: Stand zu Beginn die Frage, wie schnell und wie gut die Studenten ihre Studienziele erreichen konnten, im Fokus des Diskurses, gewann die Studienreform zunehmend einen wissenschaftstheoretischen Aspekt hinzu⁵²³, wie gerade anhand der aufkommenden Popularität der Hochschuldidaktik ersichtlich wird.

2.5.2 Bildung versus Ausbildung

Obleich es vor dem Hintergrund der NS-Zeit nicht verwundert, dass man in der Nachkriegszeit im universitären Bereich verstärkt auf den Bildungsgedanken rekurrierte, wurde dieser im Laufe der Zeit durchaus kontrovers diskutiert. So wurde in unserem Untersuchungszeitraum bereits heftigst über den Bildungs- und Erziehungsauftrag gestritten. Verfechter dieses Gedankens stellten mit Bedauern fest, dass die ganzheitliche Persönlichkeitsbildung keine dominierende Rolle mehr spiele,

⁵¹⁸ Vgl. Peisert, Hansgert; Framheim, Gerhild: Das Hochschulsystem in der Bundesrepublik Deutschland. S. 105.

⁵¹⁹ Vgl. Neue Wege der Hochschulreform. Dokumentation zur Vorlage der Landesregierung zu einem Gesetz über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen (Hochschulgesetz) – Formulierungshilfen der hessischen Hochschulen – Diskussionsentwurf I des Kultusministers. In: Die Deutsche Universitätszeitung VI (1965). S. 3-13. Hier: S. 3. Auf den engen Zusammenhang zwischen Hochschul- und Studienreform weist auch Nevermann hin. (Vgl. Nevermann, Knut: Studienreform als politische Bildung. In: Leibfried, Stephan (Hg.): Wider die Untertanenfabrik. S. 291-297. Hier: S. 295).

⁵²⁰ Vgl. Heppe, Hans von: Aufbau und Organisationsfragen der Universität. In: Kolumbe, Erich; Bruhn, Wolfgang: Gestalt und Wandlung der Universität. S. 103.

⁵²¹ Stoltenberg, Gerhard: Studienreform – Hochschulreform. In: Stoltenberg, Gerhard: Hochschule – Wissenschaft – Politik. S. 36.

⁵²² Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Struktur und zum Ausbau des Bildungswesens im Hochschulbereich nach 1970. Hg. v. Wissenschaftsrat. S. 10: Und drei Jahre später konstatierte der Wissenschaftsrat in seinen Empfehlungen: „Kern einer Hochschulreform, die bildungspolitische Zielsetzungen verwirklichen soll, müssen daher die Fragen des Studiums und der Studienreform sein.“

⁵²³ Vgl. Seel, Wolfgang: Gescheiterte Hochschulreform~!? In: Die Deutsche Universitätszeitung V (1972). S. 188/189.

und betonten als Konsequenz ausdrücklich, dass gerade eine solche Menschenbildung weiterhin das höchste Ziel der Universität bleiben müsse.⁵²⁴ Zumeist resultierte diese konservativ-reformatorische Tendenz aus der Einsicht in das Versagen der deutschen Universität gegenüber dem Nationalsozialismus.⁵²⁵ Sie dominierte den Diskurs noch bis in die 1950er und war gedacht als Komplement für den Lehrplan⁵²⁶, um der Einengung des Studiums auf die Ausbildung von Spezialisten präventiv zu begegnen.⁵²⁷

Relikt dieses Umgangs mit der unmittelbaren Vergangenheit war innerhalb des Hochschulreformdiskurses die Forderung nach der Notwendigkeit einer Intensivierung des Studium generale. Dieses sollte zum einen die Folgen der Spezialisierung abmildern – es sollte „ausgehend von der wissenschaftlichen Fundierung im Spezialstudium den Blick über dessen Grenzen hinaus ins Grundsätzliche“ erweitern und sich dabei auf das „Ganze der kulturellen Verantwortung“ beziehen⁵²⁸ – und zum anderen zum lebenslangen Selbststudium anregen.⁵²⁹ Zudem sollte es die Studenten in die Lage versetzen gesellschaftliche und politische Fragestellungen analytisch und rational zu durchdenken. Im Laufe des Untersuchungszeitraumes allerdings verlor dies zunehmend seine Wirkmächtigkeit, wurde von einem anderen Konzept abgelöst.⁵³⁰

⁵²⁴ Vgl. Schwarz, Richard: Situation und Krise der heutigen Universität. In: Die Deutsche Universitätszeitung I (1965). S. 3-15. Hier: S. 3, 14.

⁵²⁵ Vgl. Brentano, Margherita von: Politikum wider Willen – zur gegenwärtigen Lage der Universität. In: Leibfried, Stephan: Wider die Untertanenfabrik. S. 376. Bereits im „Blauen Gutachten“ stand neben der Kritik, dass die Hochschule mit der sozialen Umschichtung nicht Schritt gehalten habe, der Vorwurf im Zentrum, dass die Hochschule den spezialisierten Intellekt ausbilde, und dadurch eine Aufsplitterung in ein Konglomerat von Fachschulen betreibe. Beiden Aspekten sei die Gefahr einer neuen politischen Katastrophe inhärent. (Vgl. Studienausschuss für Hochschulreform: Blaues Gutachten. In: Neuhaus, Rolf (Hg.): Dokumente. S. 290, 292).

⁵²⁶ Eine andere Gruppe definierte die Kombination von fachlicher und menschlicher Ausbildung als Aufgabe des Studiums. Schließlich solle die Wirksamkeit der Ausbildung darin bestehen diese auch urteilsfähig zu machen, den „Geist in Aktion“ zu versetzen – eine reine „Stoffpaukerei“ wurde abgelehnt. Es wurden aber auch erhebliche Zweifel an einem außerwissenschaftlichen Erziehungsauftrag der Universität angemeldet: So gab der Wissenschaftsrat beispielsweise zu bedenken, dass ein eben solcher zu einer politischen, weltanschaulichen oder religiösen Bindung der Institution Universität führe. (Vgl. Schelsky, Helmut: Einsamkeit und Freiheit. S. 194). Und auch Schwarz wandte ein, dass Erziehung Menschenbildung zu einem gewissen Ziel hin sein wolle. (Vgl. Schwarz, Richard: Situation und Krise der heutigen Universität. In: Die Deutsche Universitätszeitung I (1965). S. 8).

⁵²⁷ Vgl. Schelsky, Helmut: Einsamkeit und Freiheit. S. 185.

⁵²⁸ Zielinski, Johannes: Über die Hochschulreform und das Problem der Bildung unter besonderer Berücksichtigung von Aufgabe und Stellung der Technischen Hochschule in einer Industriekultur. In: Die Deutsche Universitätszeitung IV (1965). S. 14-18. Hier: S. 16.

⁵²⁹ Vgl. Naudascher, Eduard: Gedanken zur Intensivierung des Studium generale. In: Die Deutsche Universitätszeitung XVII/XVIII (1969). S. 11-15. Hier: S. 14: Er fordert ein solches für die Naturwissenschaftler, genauso wie er für die Geisteswissenschaftler komplementär ein „studium reale“ für notwendig erachtet.

⁵³⁰ Vgl. Schumm, Wilhelm: Kritik der Hochschulreform. S. 66: Es verwundert nicht, dass er die Erziehung der Studenten als eine Aufgabe der Hochschule erklärt.

Die Universität gehört zu den Institutionen des Menschen, von denen wir erwarten, dass sie eine entscheidende Hilfe für die Probleme der Zeit bringen sollen.⁵³¹

Was in diesem Zitat zunächst nur nebulös anklingt, lässt sich für den Untersuchungszeitraum leicht interpretieren. Denn hier scheint die Auffassung der gewandelten Anforderungen an die Universität durch. Wurde sie über Jahrhunderte hinweg als Ort, an dem die zweckfreie Suche nach der reinen Wahrheit praktiziert wurde⁵³², postuliert, rückte mit dem Entstehen der modernen Industriegesellschaft zunehmend der Utilitätsanspruch an die Hochschulen heran: Die Gesellschaft erwartete, dass die Universität nun auch für die Aus- und Fortbildung für akademische Berufe Sorge trug.⁵³³ Ihr wurde nunmehr die „Erzeugung bedarfsgerechter Berufstüchtigkeit“ als Hauptaufgabe zugeschrieben⁵³⁴, zumal der Sputnik-Schock noch in den 1960er Jahren seinen Schrecken nicht verloren hatte.

Von der Öffentlichkeit wurde daher die Assimilation der Studiengänge an die Vorbereitung auf die Massenberufe als zentraler Aspekt der Hochschulreform empfunden: „Es handelt sich bei der Studienreform also um die Neugestaltung von Zulassung, Studiengang und Studienabschluß gemäß den Bedürfnissen einer demokratischen Leistungsgesellschaft.“⁵³⁵ Dabei war die Mitsprache von Vertretern der Parlamente und der Berufsverbände für eine Reihe der Diskutanten unumgänglich.⁵³⁶ Diese Erwartungen stellten die Hochschulen in den 1960er Jahren vor ein Problem, nämlich vor das der Integration von Bildung und Ausbildung⁵³⁷.

Der Konnex zwischen Hochschule und berufspraktischer Ausbildung sollte also verstärkt werden⁵³⁸. Neben die Ausbildung zum Wissenschaftler trat daher nun ein

⁵³¹ Marder, Jörg: „Der Versuch von Reformen hat noch nicht begonnen“. Zur Aufgabe der Universitäten. In: Deutsche Universitätszeitung I (1971). S. 3-4. Hier: S. 3.

⁵³² Vgl. Schabedoth, Hans-Joachim: Hochschulreform – eine verpasste Chance. S. 9; Jaspers, Karl; Rossman, Kurt: Die Idee der deutschen Universität. S. 1ff.

⁵³³ Vgl. Simon, Uwe-Rainer: Vorstellungen zur Hochschul- und Studienreform. In: Studenten zur Hochschulreform. S. 35.

⁵³⁴ Vgl. Offe, Claus: Historische Aspekte der Funktion und Struktur der deutschen Universität. In: Teichler, Ulrich; unter Mitarbeit von Opitz, Kurt (Hg.): Faktoren und Zielvorstellungen der Hochschulreform in der Bundesrepublik Deutschland. S. 20-31. Hier: S. 25.

⁵³⁵ Löwenthal, Richard: Hochschule für die Demokratie. S. 55.

⁵³⁶ Vgl. ebd. S. 58f.

⁵³⁷ Vgl. Schwarz, Richard: Situation und Krise der heutigen Universität. In: Die Deutsche Universitätszeitung I (1965). S. 12; Wenke, Hans: Strukturen und Lebensformen neuer Universitäten. In: Die Deutsche Universitätszeitung III (1965). S. 7f.

⁵³⁸ Vgl. Hamm-Brücher, Hildegard: Die Krise ist lösbar. In: Das Deutsche Bildungsmagazin 5 (1972) Nr. 11. S. XIV.

neues Ziel: Von nun an sollten die Hochschulen wirtschaftlich verwertbare Erkenntnisse „produzieren“ und zugleich das ihr eigene Beratungswissen zur Verfügung stellen.⁵³⁹ Als ihre neue Aufgabe wurde zunehmend die Heranbildung von „Werkleuten der Gelehrsamkeit“ verstanden.⁵⁴⁰ Der ehemalige bayerische Kultusminister Rucker⁵⁴¹ fasst diesen Sachverhalt folgendermaßen zusammen:

So besteht heute die Funktion der Universität darin, den Studierenden auf sein künftiges Leben vorzubereiten und ihn primär die wissenschaftlichen Grundlagen seiner Tätigkeit in einem „akademischen Beruf“ zu liefern.⁵⁴²

Immer häufiger äußerten gerade auch die Studenten den Wunsch, nicht zu viel unnötiges, lediglich für die Examina relevantes Wissen zu erhalten, sondern vielmehr Kenntnisse, die sie für ihren späteren Beruf und Leben benötigten.

Demgegenüber erhoben sich nicht nur vonseiten der Hochschullehrer warnende Stimmen, die eine „Denaturierung“ der Hochschulen zu reinen Ausbildungsstätten befürchteten.⁵⁴³ Die Universität dürfe nicht zur reinen Fachschule werden.⁵⁴⁴ Doch die Entwicklung schritt unaufhörlich voran: 1968 konstatierte Stoltenberg gar, dass das Studium zur Berufsvorbereitung geworden sei, weshalb die tradierte Einheit von Lehre und Forschung nur in einer neuen Form aufrechterhalten werden könne.⁵⁴⁵

⁵³⁹ Vgl. Schabedoth, Hans-Joachim: Hochschulreform – eine verpasste Chance. S. 9.

⁵⁴⁰ Vgl. Hauptziel der Universität soll die wissenschaftliche Berufsausbildung sein. Bildungspolitisches Programm der Unionsparteien / Nicht unbedingt Auflösung der Fakultäten / Für Zweit- und Nebenhochschulen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27. August 1969; Kaiser, Heinrich: Die Hochschulen als Produzenten. „Werkleute der Gelehrsamkeit“ heranzubilden ist eine Aufgabe, von der die Struktur der Universitäten bestimmt wird. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. Januar 1966.

⁵⁴¹ Von Hause aus Städtebauer betätigte sich August Rucker (1900-1978) in seiner zweiten Lebenshälfte auch als Politiker in verschiedenen nationalen und internationalen Ausschüssen. In den Jahren 1954-1957 bekleidete er das Amt des bayerischen Kultusministers. (Vgl. Deutsche Biographische Enzyklopädie. Band 8: Plett-Schmidseder. München 1998. S. 434).

⁵⁴² Rucker, August: Wandel in den Funktionen der Universität. In: Die Deutsche Universitätszeitung V (1967). S. 4.

⁵⁴³ Dr. Hanna Walz: Überlegungen zum neuen Hessischen Hochschulgesetz. Opposition nicht einmütig hinter den Hochschulen. In: Die Deutsche Universitätszeitung VI (1965). S. 37-43. Hier: S. 37.

⁵⁴⁴ Vgl. Vossler, Otto: Gedanken über die Universität. S. 21.

⁵⁴⁵ Vgl. Stoltenberg, Gerhard: Studienreform – Hochschulreform. In: Stoltenberg, Gerhard: Hochschule – Wissenschaft – Politik. S. 23f.

War dieses Humboldt'sche Prinzip bisher unangetastet geblieben⁵⁴⁶, geriet es, im Untersuchungszeitraum, der von den „Wandlungen eines [noch] industriellen Wirtschaftssystems“ geprägt war bzw. von der Angst vor dem „Zurückbleiben Deutschlands hinter anderen wissenschaftlichen Zivilisationen“⁵⁴⁷, ebenfalls in den Fokus des allgemeinen Interesses und wurde nicht mehr länger als gegeben hingenommen – auch wenn sich der Wissenschaftsrat in seinen Empfehlungen 1966 zugunsten jener Einheit ausgesprochen hatte.⁵⁴⁸ Zumeist wurde von professoraler Seite aus weiterhin daran festgehalten.⁵⁴⁹ Doch von den Gegnern wurde die Einheit von Forschung und Lehre als Mythos identifiziert, da diesen Anspruch zum einen die Massenveranstaltungen obsolet werden ließen und zum anderen die eigentliche Forschung außerhalb der Universität betrieben werde.⁵⁵⁰

2.5.3 Rationalisierung des Studiums

Immer häufiger wurde der Aspekt der Effizienz der akademischen Ausbildung in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt. Immer häufiger war von der „Unproduktivität des Lehr- und Forschungsbetriebes“ die Rede: „In den Massenfä-

⁵⁴⁶ So sprach sich Jaspers 1961 noch mit größter Vehemenz für die Einheit der Forschung und Lehre als Basis des Studiums aus, da eine Aufspaltung in Fachschulen und Forschungsanstalten die Idee der Universität zerstören würde. (Vgl. Jaspers, Karl; Rossmann, Kurt: Die Idee der Universität. S. 64). Auch eine Reglementierung des Studiums lehnte er ab. Dem zunehmend aufkommenden Bedürfnis nach Faktenwissen wollte Rossmann mithilfe der Angliederung von Unterrichtsinstituten begegnen, die die Universitäten entlasten sollten. (Vgl. ebd. S. 209).

⁵⁴⁷ Picht, Georg: Die deutsche Bildungskatastrophe. S. 13, 17.

⁵⁴⁸ Vgl. Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen. Verabschiedet in der Vollversammlung des Wissenschaftsrates am 14. Mai 1966. Hg. v. Wissenschaftsrat. Bonn 1966. S. 8.

⁵⁴⁹ Vgl. Heimendahl, Eckhart (Hg.): Die Zukunft der Universität. Lehre und Forschung oder Lehre und Verwaltung. Beispielsweise Haas, Rudolf: S. 59: „Akademische Lehre ohne Forschung ist blind, Forschung ohne Lehre ist stumm; beide sind von einer funktionierenden Verwaltung abhängig. Es geht also nicht um die Entscheidung zwischen Lehre und Forschung oder Lehre und Verwaltung, sondern um die Gestaltung einer akademischen Lebensform, in der Forschung, Lehre und Verwaltung so vernünftig zusammenwirken, dass wir weder auf die Ebene einer total verwalteten Wissenschaft absinken noch die Routinearbeiten der täglichen Universitätsorganisation auf das künstliche Niveau einer verwissenschaftlichen Verwaltung anheben.“ Auch Joachim Kühnau plädiert für die „Ehe“ von Forschung und Lehre. (Vgl. ebd. S. 86); Wilhelm Walcher schließt sich seinen Vorrednern an, wenn er feststellt, dass integraler Bestandteil der akademischen Lehre die „Lehre durch Forschung“ ist. (Vgl. ebd. S. 89). Schließlich weist Otto Haxel auf die „verheerenden Folgen“ einer Trennung von Forschung und Lehre hin. (Vgl. ebd. S. 98); Jochimsen, Reimut: Aufgaben der Universität heute und morgen. In: Christina Albertina 7 (1969). S. 20; Tellenbach, Gerd: Gutachten zur Neuplanung einer Hochschule in Baden-Württemberg (1961; erstattet im Auftrag des Kultusministeriums). In: Mielitz, Reinhard: (Hg.): Gerd Tellenbach. Der sibyllinische Preis. Schriften und Reden zur Hochschulpolitik 1946-1963. S. 249; Wenke, Hans: Strukturen und Lebensformen neuer Universitäten. In: Die Deutsche Universitätszeitung III (1965). S. 8. Aber auch so mancher Politiker hielt an dem Humboldt'schen Prinzip weiterhin fest. (Vgl. Martin, Berthold: Ziele der Hochschulreform heute. In: Die Deutsche Universitätszeitung IV (1969). S. 2).

⁵⁵⁰ Vgl. Teichler, Ulrich: Probleme der Hochschulreform in der Bundesrepublik Deutschland (Diskussionsbericht). In: Teichler, Ulrich; unter Mitarbeit von Opitz, Kurt (Hg.): Faktoren und Zielvorstellungen der Hochschulreform in der Bundesrepublik Deutschland. S. 68f.

chern wird die Funktion der Vorbereitung auf akademische Berufe weithin nicht mehr ausreichend erfüllt.“⁵⁵¹ Lange Studienzeiten und hohe Abbrecherquoten galten in der Öffentlichkeit als Symptome mangelnder Effizienz der deutschen Universitätsausbildung.⁵⁵² Als *Opinio communis* im Diskurs galt daher einer Verlängerung des Studiums präventiv zu begegnen.⁵⁵³ Gab man sich von universitärer Seite aus zögerlich „der Überfüllung in den Massenfächern durch eine tiefgreifende Korrektur der Studienwege zu begegnen,“ forcierten diametral dazu die wissenschaftspolitischen Vorschläge des Bundes und einzelner Länder, aber auch gerade der Privatwirtschaft eine „Rationalisierung des Studiums“, sprich die Verkürzung der Studienzeiten.⁵⁵⁴

Mittels verschiedener inhaltlicher Vorschläge versuchten die Universitäten dem Vorwurf, dass sie ihre Leistungsfähigkeit verloren hätten und die Kenntnisse und wissenschaftlichen Fertigkeiten der frisch gebackenen Akademiker oftmals nicht den Anforderungen der Berufswelt genügten⁵⁵⁵, zu begegnen. Stimulierend wirkten die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung des Studiums aus dem Jahr 1966⁵⁵⁶, mit denen er den Gedanken einer Leistungssteigerung aufgriff und die Reduzierung von „Reibungsverlusten“ intendierte.⁵⁵⁷ Ausgangspunkt der Überlegungen des Wissenschaftsrats war die Annahme, dass die Schwierigkeiten⁵⁵⁸ auf die falsche Liberalität der Universitätstradition zurückzuführen sind: Nicht mehr länger könne das bisherige Maß an Freiheit der Studiengestaltung aufrechterhalten werden.⁵⁵⁹ Daraus resultierte dann die bewusste Prononcierung des Prinzips „einer

⁵⁵¹ Jochimsen, Reimut: Aufgaben der Universität heute und morgen. In: Christina Albertina 7 (1969). S. 15.

⁵⁵² Vgl. Friedeburg, Ludwig von: Studienreform – Erwartungen und Möglichkeiten. Rede des hessischen Kultusministers Ludwig von Friedeburg bei der Jahresversammlung 1974 der Westdeutschen Rektorenkonferenz in Augsburg am 6. Mai 1974. S. 2.

⁵⁵³ Vgl. Stoltenberg, Gerhard: Studienreform – Hochschulreform. In: Stoltenberg, Gerhard: Hochschule – Wissenschaft – Politik. S. 28f.

⁵⁵⁴ Schumm, Wilhelm: Kritik der Hochschulreform. S. 117.

⁵⁵⁵ Vgl. Bahrdt, Hans Paul: Leistungsstand, Leistungsdefizit und Leistungskontrolle bei den Studenten von heute. In: Die Deutsche Universitätszeitung XIII (1972). S. 537.

⁵⁵⁶ Vgl. Leibfried, Stephan: Die angepasste Universität. S. 56; Vogel, Bernhard: Die Hochschulpolitik zwischen den Anforderungen der Forschung und der Lehre. In: Loccumer Protokolle 8 (1968): Hochschulpolitik und Gesellschaftspolitik. S. 8.

⁵⁵⁷ Vgl. Leibfried, Stephan: Die angepasste Universität. S. 59.

⁵⁵⁸ Als Missstände sprach der Wissenschaftsrat die zu lange Studiendauer, die hohe Abbruchquote und die Überlastung des Lehrkörpers an. (Vgl. Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen. Hg. v. Wissenschaftsrat. S. 10).

⁵⁵⁹ Vgl. Lüst, Reimar: Die Hochschule heute. In: Scheibe, Erhard; Süßmann, Georg (Hg.): Einheit und Vielheit. S. 281; Schütte, Ernst: Überfällige Hochschulreform durch Gesetz. Begründung des Gesetzentwurfs über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen (Hochschulgesetz). In: Die Deutsche Universitätszeitung VI (1965). S. 14-23. Hier: S. 17: Er diagnostizierte ebenfalls, dass die Studenten in den Massenfächern nicht mehr in der Lage seien sich selbst ihren Studienweg zu bahnen.

sinnvoll institutionalisierten Planung; die dem Prinzip der akademischen Freiheit entgegengestellt werden sollte.⁵⁶⁰ – Noch 1968 argumentierte man ganz ähnlich, wie das Bekenntnis des Kultusministers Vogel demonstriert: „Ich glaube, der, der heute sein Studium beginnt, muß erst in die Lage versetzt werden, diese Freiheit sinnvoll zu gebrauchen.“⁵⁶¹

Im Fokus der Empfehlungen stand die Aufgliederung des Studiums in einen berufsvorbildenden Teil des Studiums, in ein Aufbau- und ein Kontaktstudium⁵⁶² – ein Gedanke, der auch danach immer wieder aufgegriffen wurde. Intensiv, zügig und straff geführt – diese drei Adjektive können zur Charakterisierung der Empfehlungen herangezogen werden.⁵⁶³ Zwecks einer verbesserten Führung der Anfangssemester schlug der Wissenschaftsrat u. a. auch individuelle Beratung, Kleingruppen, Studienpläne, Zwischenprüfungen und die Begrenzung des Lehrstoffs und der obligatorischen Lehrveranstaltungen vor.⁵⁶⁴ Ein weiteres wichtiges Konstituens der Empfehlungen war die vorgeschlagene Maximaldauer von vier Jahren für das Studium im Gros der Disziplinen. Und auch die Westdeutsche Rektorenkonferenz und die Kultusministerkonferenz, argumentierten, dass es der Aufstellung von Studienplänen bedürfe, wolle man das Studium straffen.⁵⁶⁵

Kritische Stimmen blieben nicht aus und gaben dem Diskurs insgesamt neue Impulse. An prominenter Stelle wurde diese Tendenz der „Verschulung“ – um mit der despektierlichen Terminologie der Gegner zu sprechen –, deren Ausbreitung bereits

⁵⁶⁰ Vgl. Habermas, Jürgen: Zwangsjacke für die Studienreform – Die befristete Immatrikulation und der falsche Pragmatismus des Wissenschaftsrates. In: Leibfried, Stephan: Wider die Untertanenfabrik. Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule. S. 86-96. Hier: S. 88. Schneider explizierte die Ambivalenz: Zwar werde der Student eingeeengt, doch trage er auch durchaus Nutzen davon. (Vgl. Schneider, Friedrich: Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates und die Probleme der Hochschulgesetzgebung. In: Loccumer Protokolle 8 (1968): Hochschulpolitik und Gesellschaftspolitik. S. 49).

⁵⁶¹ Vogel, Bernhard: Die Hochschulpolitik zwischen den Anforderungen der Forschung und der Lehre. In: Loccumer Protokolle 8 (1968): Hochschulpolitik und Gesellschaftspolitik. S. 8.

⁵⁶² Vgl. Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen. Hg. v. Wissenschaftsrat. S. 16. Noch 1968 rekurrierte Brezinka auf eine solche Aufgliederung – er schlägt nur die in ein Grund- und ein Aufbaustudium vor – mit der Begründung, dass schließlich nur eine Minorität der Studenten in die Forschung ginge. (Vgl. Brezinka, Wolfgang: Krise und Erneuerung der deutschen Universitäten. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 6 (1968) Nr. 21. S. 5-19. Hier: S. 17).

⁵⁶³ Vgl. ebd. Auf einen Vorschlag einer Aufteilung des Studiums stößt der Rezipient immer wieder im Untersuchungszeitraum: Vgl. beispielsweise Simon, Uwe-Rainer: Vorstellungen zur Hochschul- und Studienreform. In: Studenten zur Hochschulreform. S. 49ff.

⁵⁶⁴ Vgl. Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen. Hg. v. Wissenschaftsrat. S. 18-22.

⁵⁶⁵ Vgl. Das Hochschulwesen in der Bundesrepublik Deutschland. Probleme und Tendenzen. S. 21; Gehlen, Arnold: Zu den Problemen der Hochschulreform und der Unruhe unter den Studenten. S. 28f.

1963 feststellbar waren⁵⁶⁶, sowohl von Studenten als auch Professoren moniert. Nyssen, der als Grundzug der Empfehlungen eine Leistungssteigerung um jeden Preis herauskristallisierte, konstatierte beispielsweise, dass mit dieser Tendenz das vitale Interesse der sich demokratisierenden Gesellschaft getroffen sei.⁵⁶⁷ Doch werde damit gerade die Wissenschaftlichkeit des Studiums in Frage gestellt,⁵⁶⁸ eine immer wieder zu hörende Folgerung: An die Stelle des selbstständig denkenden Studenten trete „die zu optimaler Lernfähigkeit konditionierte Lernmaschine“.⁵⁶⁹ Der Student werde zum „Objekt einer auf die ‚künftigen Aufgaben‘ verkürzten Wissensvermittlung [...]“⁵⁷⁰, ihm werde lediglich ein Schülerstatus zugestanden.⁵⁷¹ Opponenten führten immer wieder ins Feld, dass durch den Zwang der Einhaltung eines engen Studienplanes der Spielraum, in dem Fähigkeiten ausgetestet, die individuelle Neugier befriedigt und wichtige Erfahrungen – wie beispielsweise die Beteiligung an den Aufgaben der Studentenvertretung⁵⁷² – gesammelt werden könnten, erheblich eingeschränkt würde.⁵⁷³ Schließlich fördere die Studienfreiheit die Fähigkeit der Reflexion.⁵⁷⁴ Jaspers hatte im Kontext solcher Bestrebungen bereits 1961 vom „Sündenfall der Universitätslehre“ gesprochen, zumal sie der Idee nach Freiheit des Studiums konträr gegenüber stünden⁵⁷⁵:

Der Sündenfall der Universitätslehre beginnt, wenn man den Besuch gewisser Vorlesungen und Übungen obligatorisch macht. Dann kommt man schließlich zu einer Reglementierung des Studiums. Die Verschulung will gute Durchschnittserfolge im Besitz von Lernbarkeiten mit einiger Sicherheit erzielen. Auf diesem für die Universität

⁵⁶⁶ Vgl. Müller, Peter: Der Student und die Hochschule. In: Universitätstage 1963. Universität und Universalität. Universität und Universalität. S. 135-149. Hier: S. 140.

⁵⁶⁷ Vgl. Nyssen, Friedhelm: Die gesellschaftspolitischen Implikationen der geplanten „Neuordnung des Studiums“. In: Leibfried, Stephan: Wider die Untertanenfabrik. Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule. S. 97-111. Hier: S. 108/109.

⁵⁶⁸ Vgl. ebd. S. 118/119.

⁵⁶⁹ Vgl. ebd. S. 104.

⁵⁷⁰ Habermas, Jürgen: Zwangsjacke für die Studienreform – Die befristete Immatrikulation und der falsche Pragmatismus des Wissenschaftsrates. In: Leibfried, Stephan (Hg.): Wider die Untertanenfabrik. Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule. S. 94.

⁵⁷¹ Vgl. ebd. S. 89. Habermas, 1929 geboren, spielte eine wichtige Rolle während der Studentenrevolte in Frankfurt. Gab er dort der Studentenbewegung vom linken Lager aus zunächst wichtige geistige Impulse, ging er Ende der 1960er Jahre auf Distanz zu den radikalen Studentengruppen.

⁵⁷² Vgl. Nyssen, Friedhelm: Die gesellschaftspolitischen Implikationen der geplanten „Neuordnung des Studiums“. In: Leibfried, Stephan (Hg.): Wider die Untertanenfabrik. S. 108/109.

⁵⁷³ Vgl. Habermas, Jürgen: Zwangsjacke für die Studienreform – Die befristete Immatrikulation und der falsche Pragmatismus des Wissenschaftsrates. In: Leibfried, Stephan (Hg.): Wider die Untertanenfabrik. S. 95.

⁵⁷⁴ Vgl. ebd. S. 94.

⁵⁷⁵ Vgl. Schwarz, Richard: Universitas und Universität – sind sie heute überholt? In: Die Deutsche Universitätszeitung XII (1969). S. 4.

verderblichen Weg erstickt mit der Freiheit des Lernens zugleich auch das Leben des Geistes. Denn dieses ist immer nur ein glückliches, unberechenbares Gelingen im Strom des Versagens, nicht als Fabrikat des Durchschnitts zu erzielen.⁵⁷⁶

Die Universität dürfe ihre Aufgabe nicht in der alleinigen Vermittlung von Prüfungswissen verstehen, so warnte eine Reihe von Stimmen. Wenn sie diesem Verlangen nachgebe, würde sie sich schließlich selbst aufgeben, so lautete die Argumentation.⁵⁷⁷ Zudem wurde als Konsequenz des Leistungsdruckes eine Erhöhung der Studienabbrecher-Quote erwartet.⁵⁷⁸

Vor diesem Hintergrund wundert es nicht, dass die Empfehlungen als „Korsett für die Studienreform“ charakterisiert und die Rahmenprüfungsordnungen der Kultusministerkonferenz und der Westdeutschen Rektorenkonferenz gar als „Zwangsjacke für die Studienreform“ stigmatisiert wurden.⁵⁷⁹

Eine weitere wichtige Etappe auf dem Weg der Rationalisierung stellt der Hochschulgesamtplan für Baden-Württemberg von 1967 dar, der unter der Leitung von Dahrendorf erarbeitet worden war: Seine äußerst vernichtende Bilanz macht das Ausmaß der Krise der akademischen Ausbildung sichtbar. Er stellte fest, dass die deutsche Universität insgesamt zu wenige Studenten aufnehme und dass von denen, die aufgenommen würden, zu viele ihr Studium vorzeitig abbrächen. Damit aber noch nicht genug; so konstatierte er weiter, dass diejenigen, die das Studienende erreichten, zu lange studierten, zumal weder die Quantität noch die Qualität des Erlernten ausreichten. Als Konsequenz fordert er zum einen die Einführung eines Kurzstudiums mit berufspraktischer Ausrichtung und zum anderen die eines Langstudiums mit einem stärker theoretischen Charakter. Mit seinem Vorschlag intendiert er mittels einer Erhöhung der „Durchlaufgeschwindigkeit“ die „Studentenexplosion“ in den Griff zu bekommen. Nicht nur vonseiten der Politik erhoffte man sich von der Einführung von dreijährigen Studiengängen positive Impulse hinsichtlich der Quantitäten, sprich eine Reduzierung der Studentenzahlen, sah man in der

⁵⁷⁶ Vgl. Jaspers, Karl; Rossmann, Kurt: Die Idee der Universität. S. 77.

⁵⁷⁷ Vgl. Dietzel, Gottfried T. W.: Die Uni soll uns Examenssicherheit geben! Beispielhafte Wünsche angehender Juristen an die Hochschulreform – Ergebnisse einer Befragung. In: Die Deutsche Universitätszeitung. I (1969). S. 6-9. Hier: S. 8.

⁵⁷⁸ Vgl. Löwenthal, Richard: Hochschule für die Demokratie. S. 69.

⁵⁷⁹ Vgl. Wolff, Christian: Die stille Gegenreform. Zur Reform des Prüfungswesens. In: Ruperta Carola 24 (1972) Nr. 50. S. 42/43.

Einrichtung solcher Kurzstudiengänge einen Angelpunkt für Maßnahmen zur Studienreform.

Die Bundesassistentenkonferenz stellte diesen Überlegungen 1968 ihr „demokratisch-egalitäres Konzept einer integrierten Gesamthochschule“ gegenüber. Dieses intendierte die Eliminierung der Hierarchie der Studienabschlüsse. Vielmehr sollten gestufte Abschlüsse institutionalisiert werden. Deziidiert sprach sich die BAK gegen eine Differenzierung zwischen lehrbezogenen Kurzstudiengängen und forschungsbezogenen Langstudiengängen von vornherein aus. Diametral stand sie auch einer Studienzeitbegrenzung gegenüber.⁵⁸⁰

Auch bei einem sehr großen Teil der Studenten stießen diese Rationalisierungstendenzen verständlicherweise auf wenig Gegenliebe, wie anhand des folgenden Vetos verifiziert werden kann:

Rationalisierung des Studiums um den Preis einer durchgängigen und straffen Reglementierung der Studiengänge läuft dem Bildungsprinzip, d. h. der Vermittlung nicht nur eines pragmatisch verfügbaren Wissens, sondern auch von Denkhaltungen, die verfestigte Verhaltensweise zu mobilisieren erlauben, faktisch zuwider.“⁵⁸¹

So standen beispielsweise auch die Studenten der Justus-Liebig-Universität diesem Gedanken ablehnend gegenüber, wie man ihrer Stellungnahme zur Vorlage der Landesregierung für das Gesetz über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen (Hochschulgesetz) von 1965 entnehmen kann. Sie erachteten langfristige Studienordnungen nur für sinnvoll, wenn sie nicht als Reglementierungen gedacht, sondern vielmehr als Orientierungshilfen verstanden werden sollten.⁵⁸²

Doch die studentische Position stellt sich als äußerst ambivalent dar: Es scheint, dass sich in dem Maße, in dem sich die funktionalistische Tendenz ihre Bahn brach, auch die Kluft zwischen der Humboldt'schen Freiheit und den Anforderungen der Studenten, die von der Universität eine Examensgarantie verlangten⁵⁸³, vergrößerte.

⁵⁸⁰ Vgl. Kreuznacher Hochschulkonzept. Hg. v. der Bundesassistentenkonferenz. S. 18f.

⁵⁸¹ Litten, Jens: Theoretische Überlegungen zu praktischen Konsequenzen der Hochschulreform. In: Studenten zur Hochschulreform. S. 65.

⁵⁸² Vgl. Wider die Absicht der Reform. Stellungnahme der Studierenden der JLU zur Vorlage der Landesregierung: Gesetz über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen (Hochschulgesetz). In: Die Deutsche Universitätszeitung VI (1965). S. 54-55. Hier: S. 54f.

⁵⁸³ Vgl. Dietzel, Gottfried T.W.: Die Universität soll uns Examenssicherheit geben! Beispielhafte Wünsche angehender Juristen an die Hochschulreform – Ergebnisse einer Befragung. In: Die Deutsche Universitätszeitung I (1969). S. 7.

Die Studienpläne wurden nicht mehr länger nur als Gängelung, sondern als Instrument, um Ordnung, Klarheit und Transparenz zu schaffen, wahrgenommen.⁵⁸⁴

Als weiteres Instrument zur Effektivierung des Studiums wurde die Einführung von Zwischenprüfungen diskutiert.⁵⁸⁵ Mithilfe dieser sollte eine Kontrolle der Studienleistungen – auch für den Studenten selbst – institutionalisiert werden. Frühzeitig sollten sowohl Leistungsstärken als auch Leistungsschwächen dadurch erkannt werden.⁵⁸⁶

Und schließlich bediente man sich in den 1960ern von universitärer Seite aus immer häufiger des Mittels der Zwangsexmatrikulation bzw. der Einführung der befristeten Immatrikulation. Zeitungsmeldungen, die die Einführung einer solchen verkündeten, sind keine Seltenheit. So schloss die Freie Universität Berlin 1964 Studenten aus, die länger als zwölf Semester studierten.⁵⁸⁷ 1965 verfuhr die Universität Erlangen-Nürnberg mit 172 „bummelnden“ Studenten ebenso.⁵⁸⁸ Auch über die Universität Göttingen musste die Frankfurter Allgemeine Zeitung Gleiches vermelden.⁵⁸⁹ Mitte der 1960er Jahre wurde die jahrhundertealte Tradition der Freiheit des Studiums also erstmals von der Realität eingeholt und zur Diskussion gestellt. Schließlich musste sie dem Pragmatismus des Augenblicks, durch die Studentenmassen bedingt, weichen.

Obgleich sich die Westdeutsche Rektorenkonferenz 1965 lediglich für Regelstudienzeiten ausgesprochen hatte⁵⁹⁰ – der Student sollte gleich bei der Immatrikulation den Hinweis erhalten, wann er sich spätestens zum Examen gemeldet haben

⁵⁸⁴ Vgl. Fritzsche, Carl-Hellmut: Briefe an die Herausgeber: Rat beim Studium ist kein Gängeln. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. September 1966. Dietzel wies diesen zunehmenden Wunsch nach Examenssicherheit mittels einer Umfrage unter angehenden Juristen nach. Diese sprachen sich in der Umfrage explizit für die Änderung der universitären Ausbildung unter der Prämisse größerer Effektivität hinsichtlich des existierenden Referendarexamens aus. Gar 84 % der Befragten wünschten eine stärkere Verschulung der ersten Semester des Studiums. (Vgl. Dietzel, Gottfried T.W.: Die Universität soll uns Examenssicherheit geben! Beispielhafte Wünsche angehender Juristen an die Hochschulreform – Ergebnisse einer Befragung. In: Die Deutsche Universitätszeitung I (1969). S. 7).

⁵⁸⁵ Vgl. beispielsweise Nord, F. E.: Hochschule und Gesellschaft. In: Die Deutsche Universitätszeitung II und III (1965). S. 5-9 und 15-16. Hier: S. 7.

⁵⁸⁶ Vgl. Behnke, Heinrich: Die deutsche Universität in der verwandelten Welt. In: Die Deutsche Universitätszeitung II (1967). S. 4-8. Hier: S. 5; Hartner, Willi: Der wahre Revolutionär erkennt die Fehler des Alten. Gedanken zur geplanten hessischen Hochschulreform. In: Die deutsche Universitätszeitung VI (1965). S.56-58. Hier: S. 56.

⁵⁸⁷ Vgl. Die Freie Universität schließt Studenten aus. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. Juli 1964.

⁵⁸⁸ Vgl. „Bummelnde“ Studenten ausgeschlossen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. Juli 1965.

⁵⁸⁹ Vgl. Kleine Meldungen: Senat der Universität Göttingen: Befristete Immatrikulation ab Sommersemester 1966. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. Juli 1965.

⁵⁹⁰ Vgl. Das Hochschulwesen in der Bundesrepublik Deutschland. Probleme und Tendenzen. S. 22.

musste –, stieß auch dieser Vorschlag auf vehemente Kritiker, die darin die Gefahr sahen, dass sich kein Student mehr über das eigene Fach hinaus umsehen, geschweige denn die Universität einmal wechseln würde.⁵⁹¹ Eine Studienzeitbegrenzung wirke einem Studium generale, hochschulpolitischen Tätigkeiten und interdisziplinären Studien entgegen.⁵⁹² Als Argument für dieses „Recht auf Bummeln“⁵⁹³, wie es einmal in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung bezeichnet wurde, musste zumeist die akademische Freiheit herhalten. Das Bummeln sei der Entwicklung einer kritischen Persönlichkeit äußerst förderlich, da dabei eigene Entscheidungen äußerst wichtig seien.⁵⁹⁴

Betterman sah in diesen Rationalisierungsvorschlägen gar eine „Studentenreform“, denn diese bedeutet nichts anderes als die „zwangsweise[n] Eingewöhnung der Studenten in jenen Leistungsdruck, der in Staat und Wirtschaft herrscht, und der Herstellung funktionierender Staatsbürger.“⁵⁹⁵ Auch andere Gegner werteten diese als Assimilation an die Erfordernisse eines industriellen Großbetriebs.⁵⁹⁶

Gar als unakademisch wurde der Versuch, die Studentenmassen durch Verkürzung der Studienzeit zu reduzieren, charakterisiert.⁵⁹⁷ Immer wieder war von studentischer Seite der berechtigte Einwand zu vernehmen, dass die studienbeschränkenden Maßnahmen die Folgen, jedoch nicht die Ursachen der strukturellen Mängel beseitigten⁵⁹⁸: Die mechanische Studienzeitbegrenzung setze nur an den Symptomen der Studienzeitverlängerung an und umgehe die Probleme einer sinnvollen und dringend notwendigen Studienreform, so der Kommentar des Verbands Deutscher Studentenschaften.⁵⁹⁹

⁵⁹¹ Vgl. Ludwig, Walter: Briefe an die Herausgeber: Bedenkliche Studienzeitverkürzung. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. September 1965.

⁵⁹² Vgl. Wolff, Christian: Die stille Gegenreform. Zur Reform des Prüfungswesens. In: Ruperta Carola 24 (1972) Nr. 50. S. 54.

⁵⁹³ Vgl. Recht auf Bummeln. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. September 1965.

⁵⁹⁴ Vgl. Dietzel, Gottfried T.W.: Die Universität soll uns Examenssicherheit geben! Beispielhafte Wünsche angehender Juristen an die Hochschulreform – Ergebnisse einer Befragung. In: Die Deutsche Universitätszeitung I (1969). S. 8.

⁵⁹⁵ Leibfried, Stephan: Die angepasste Universität. S. 50.

⁵⁹⁶ Vgl. ebd. S. 45.

⁵⁹⁷ Vgl. Anrich, Ernst: Die Idee der deutschen Universität und die Reform der deutschen Universitäten. S. 90.

⁵⁹⁸ Vgl. Jaudas, Joachim: Stellungnahme zur Hochschul- und Studienreform. In: Studenten zur Hochschulreform. S. 9.

⁵⁹⁹ Obgleich der Vorschlag von Dichgans keinerlei Relevanz für den damaligen Diskurs hatte, soll er aufgrund seiner Aktualität an dieser Stelle wenigstens erwähnt werden: Er forderte die Einführung von Studiengebühren beim Überschreiten von Mindeststudienzeiten, auf die alle Studenten bereits zu Beginn ihres Studiums aufmerksam gemacht werden sollten. (Vgl. Dichgans, Hans: Intensivierung und Verkürzung des Studiums. Die Deutsche Universitätszeitung IV (1965) S. 23).

Schließlich musste man im Jahr 1972 feststellen, dass dieses Instrument versagt hatte: Die Studienzeitebegrenzung hatte keine neuen Studienplätze geschaffen, wie Wolff vermeldete.⁶⁰⁰ Daraus resultierte die Erkenntnis: „Die Verkürzung der Studiendauer sollte nicht dekretiert werden, sondern die Frucht einer sinnvollen Reform sein.“⁶⁰¹ Die quantitative Argumentationslinie war einer qualitativen gewichen.

Neben der befristeten Immatrikulation bzw. der Zwangsexmatrikulation trat in den Debatten häufig auch noch ein weiteres, rein technisches Instrument mittels dessen man die Effizienz des Studiums bzw. in diesem Falle konkret der akademischen Infrastruktur steigern wollte, nämlich die Veränderung der Vorlesungszeiten. Die zweimalige Immatrikulation wurde von verschiedenen Seiten als Verwaltungsluxus, der Leerlauf in den Semesterferien als nicht rationell erachtet.⁶⁰² Zum Zwecke der Rationalisierung gab es verschiedene Vorschläge: Einer davon war die Idee ein „akademisches Jahr“ einzuführen – also den Studienbetrieb mit dem Kalenderjahr zu synchronisieren. Davon versprach man sich eine bessere Planung hinsichtlich Studienplatzwechslern, aber vor allem hinsichtlich der Vorlesungen: Mittels dieses Instruments sollte der Student in die Lage versetzt werden, mithilfe eines Jahresvorlesungs-Verzeichnisses das Studium besser überblicken zu können. Zudem würden die Wintersemesterferien in das Studiensemester einbezogen, in denen das Studium bei der Majorität der Studenten brachläge: So wurde beispielsweise vorgeschlagen, das Studienjahr am 15. September beginnen und am 15. Juni enden zu lassen.⁶⁰³

Ein anderer Vorschlag vonseiten der Politik hatte sich das anglo-amerikanische Organisationsmodell der Trisemester zum Vorbild genommen.⁶⁰⁴ Damit, so meinte man, könne die unproduktive Zeit reduziert werden. „Der geringere Bedarf sollte dadurch erzielt werden, dass man mit drei Unterrichtsperioden statt zwei pro Jahr

⁶⁰⁰ Vgl. Wolff, Christian: Die stille Gegenreform. Zur Reform des Prüfungswesens. In: Ruperta Carola 24 (1972) Nr. 50. S. 54: Sie habe gar das Gegenteil bewirkt.

⁶⁰¹ Ebd.

⁶⁰² Vgl. Brecht, Karl: Gedanken und Vorschläge zur Studienreform aus medizinischer Sicht. In: Die Deutsche Universitätszeitung I (1967). S. 7-10. Hier: S. 7.

⁶⁰³ Vgl. ebd.; ders.: Akademisches Jahr statt zwei Semestern. Dringliche Maßnahmen zur Studienreform. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. November 1966; in die gleiche Richtung ging der Vorschlag ein Studienjahr einzuführen, der beispielsweise von Rüegg vertreten wurde. (Vgl. Rüegg gegen Trisemester. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. Februar 1968); Stegmann, Tilbert: Für die Abschaffung des Semesters. In: Die Deutsche Universitätszeitung VII (1968). S. 13.

⁶⁰⁴ Vgl. Kultusminister für Trisemester. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. Februar 1968: So erhofften sich die Kultusminister mittels der Einführung ebensolcher die Lösung des Überfüllungsproblems; Trisemester statt Semester gefordert. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. Oktober 1967: Der Artikel geht auf die Forderungen des stellvertretenden Vorsitzenden des Bildungsrates, Dr. Hans Maier, ein, der sich dezidiert neben vielfältigen anderen Maßnahmen für die Einführung der Trisemester ausspricht; Asdonk, Theodor: Briefe an die Herausgeber: Trisemester statt Semester. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. Januar 1970.

die Studienzeit verkürzt, weniger Jahrgänge die Universität gleichzeitig aufsuchen und damit die Zahl der Studenten vermindert würde.“⁶⁰⁵ Einwände – nicht nur von studentischer Seite – ließen doch dabei nicht lange auf sich warten⁶⁰⁶; schwerwiegendstes Argument dagegen war, dass die Studenten die vorlesungsfreie Zeit durchaus nicht mit Faulenzen verbrächten, sondern Übungen besuchten, Veranstaltungen nachbereiten und Geld verdienen müssten.⁶⁰⁷

Ein dritter Vorschlag zur Steigerung der Effektivität hatte sich der Einführung von Quartalen verschrieben. Grundintention dieses Gedankens war es die vorlesungsfreie Zeit nicht aufzugeben, zugleich aber die zur Verfügung stehende Zeit besser auszunutzen. Dafür sollten zwei Quartale für jeweils zwei Gruppen von Studenten eingeführt werden. Die erste Gruppe sollte ihre Veranstaltungen in den Quartalen I und III besuchen, während die zweite Gruppe die Veranstaltungen der Quartale II und IV besuchen sollte. Danach wäre ein Tausch der beiden Gruppen vorgesehen gewesen.⁶⁰⁸ Die angeführten Vorteile waren denen der anderen beiden Ideen relativ ähnlich: So versprach man sich eine allgemeine Reduzierung der Teilnehmerzahlen an den Veranstaltungen, was wiederum Rückwirkungen auf die durchschnittliche Größe der Hörsäle gehabt, was dann wiederum das Sinken des Bedarfs an Erweiterungsbauten und Neubauten mit sich gebracht hätte. Eine Intensivierung der Bibliotheks-Nutzung erwartete man ebenfalls.⁶⁰⁹

2.5.4 Studieninhalte und Lehrformen

Von mindestens genauso hoher Signifikanz war aber die Frage nach dem neuen, inhaltlichen Charakter des Studiums; sie avancierte daher ebenfalls zum festen Bestandteil des Hochschulreformdiskurses.⁶¹⁰ Verschiedene Aspekte wurden dabei jeweils zum Schwerpunkt erhoben, wie im Folgenden zu zeigen sein wird.

Nahezu einig war man sich, was die veränderten Anforderungen an ein wissenschaftliches Studium anbelangte: Man konnte den Studenten aufgrund der sich schnell wandelnden gesellschaftlichen Anforderungen bzw. aufgrund der sich rapide

⁶⁰⁵ Völkel, Angelika: Quartale statt Semester. In: Die Deutsche Universitätszeitung III (1969). S. 11.

⁶⁰⁶ Vgl. „Die Qualität ist in Gefahr“. Hochschulverband warnt vor der Einführung eines Studienjahres. In: Frankfurter Rundschau vom 10. März 1970; Vogel, Bernhard: Die Hochschulpolitik zwischen den Anforderungen der Forschung und der Lehre. In: Loeccumer Protokolle 8 (1968): Hochschulpolitik und Gesellschaftspolitik. S. 10.

⁶⁰⁷ Vgl. Völkel, Angelika: Quartale statt Semester. In: Die Deutsche Universitätszeitung III (1969). S. 11.

⁶⁰⁸ Vgl. ebd.

⁶⁰⁹ Vgl. ebd.

⁶¹⁰ Vgl. Grass, Karl Martin: Idealtypischer Entwurf für eine neue Hochschule. In: Material zur Diskussion der Hochschulreform. S. 51-60. Hier: S. 55.

verändernden technisierten Welt nicht mehr einen mit Bildung und Wissen voll gefüllten Rucksack, dessen Proviant bis zu ihrem Lebensende reichen würde, schnüren⁶¹¹, sondern musste „mit der „Halbbildung“ leben“.⁶¹² Diesem Aspekt musste auch die akademische Ausbildung Rechnung tragen⁶¹³: Das Studium mit Wissen zu überfrachten wurde als falscher Ansatz erkannt, exemplarisches Wissen⁶¹⁴ und Selbstausbildung in den Vordergrund gerückt, wofür immer wieder eine Auswahl des Stoffes zu leisten war⁶¹⁵: Nun sollten die Studierenden während ihres Aufenthaltes an der Universität dazu angeleitet werden, die Fähigkeit des methodisch-wissenschaftlichen Denkens zu erlernen⁶¹⁶: „Was wir tun sollten, ist, uns bemühen, die Studenten zu lehren, wie man am besten lernt, Probleme zu lösen.“⁶¹⁷ Und von anderer Seite:

Es müsste darum gehen, dem Einzelnen viel konsequenter die Voraussetzungen wissenschaftlichen Arbeitens zu vermitteln, das heißt Grundlagen, Methodik und Systematik eines Faches und seines Studiums, Umgehenkönnen mit den Arbeitsmitteln, Kenntnisse der Randprobleme und Hilfswissenschaften, Voraussetzungen kritischer Problemstellung.⁶¹⁸

⁶¹¹ Vgl. Dichgans, Hans: Intensivierung und Verkürzung des Studiums. In: Die Deutsche Universitätszeitung IV (1965). S. 22; Jüchter, Heinz Theodor: Studieren an neuen Universitäten (2). Anmerkungen zu den konkreten Planungen / Ansatzpunkte und Spielräume. In: Die Deutsche Universitätszeitung I (1966). S. 6-10. Hier: S. 10; W.S.: Widersprüchliches zum Numerus clausus. Regelstudienzeit, Studienordnung, Prüfungen in der Diskussion. In: Die Deutsche Universitätszeitung VIII (1971). S. 244; Seel, Wolfgang: Gescheiterte Hochschulreform~!? In: Die Deutsche Universitätszeitung V (1972). S. 191; Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen. Hg. v. Wissenschaftsrat. S. 15; Vossler, Otto: Gedanken über die Universität. S. 21: Er charakterisiert es als „aussichtsloses Unterfangen der Universität“ dem Studenten so viel Wissen wie möglich auf den Weg mitgeben zu wollen, zumal man die Zukunft nicht kenne.

⁶¹² Vgl. Krüsmann, Rudolf: Briefe an die Herausgeber: Mit „Halbbildung“ leben. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3. März 1966.

⁶¹³ Vgl. Dichgans, Hans: Intensivierung und Verkürzung des Studiums. In: Die Deutsche Universitätszeitung IV (1965). S. 22.

⁶¹⁴ Vgl. Lojewski, Günther von: Wer reformieren will, muß provozieren. Neue Antriebe für die Hochschulreform. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. Dezember 1966.

⁶¹⁵ Vgl. Schütte, Ernst: Überfällige Hochschulreform durch Gesetz. Begründung des Gesetzentwurfs über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen (Hochschulgesetz). In: Die Deutsche Universitätszeitung VI (1965). S. 17.

⁶¹⁶ Vgl. ebd. S. 199, 200; Vossler, Otto: Gedanken über die Universität. S. 21.

⁶¹⁷ Colbe, W. Busse von: Mängel und Modelle des wirtschaftswissenschaftlichen Studiums. In: Schaller, Klaus (Hg.): Wissenschaft und Lehre. Hochschuldidaktische Vorschläge und Versuche. Heidelberg 1970. S. 110-125. Hier: S. 112; Dietzel, Gottfried T.W.: Die Universität soll uns Examenssicherheit geben! Beispielhafte Wünsche angehender Juristen an die Hochschulreform – Ergebnisse einer Befragung. In: Die Deutsche Universitätszeitung I (1969). S. 8; Löwenthal, Richard: Hochschule für die Demokratie. S. 60.

⁶¹⁸ Müller, Peter: Der Student und die Hochschule. In: Universitätstage 1963. Universität und Universalität. S. 140.

Das Studium sollte den Studenten zu einer Ausgangsposition verhelfen, von der aus er seine Ausbildung sinnvoll fortsetzen konnte.⁶¹⁹

Sowohl die Westdeutsche Rektorenkonferenz als auch die Kultusministerkonferenz hatten mithilfe ihrer Empfehlungen die Weichen des Diskurses in genau diese Richtung gestellt: Sie hatten nämlich „die Beschränkung der stofflichen Anforderungen des Studiums zugunsten einer Konzentration auf die Systematik des Faches, die Methodik wissenschaftlichen Denkens und die fachliche Grundausbildung“ angeregt. Erneut plädierte der Wissenschaftsrat 1970 für die Vermittlung der Fähigkeit zum Um- und Weiterlernen während des Studiums.⁶²⁰ Wie nachhaltig diese Überlegungen den Diskurs geprägt haben, demonstriert Lüst⁶²¹, der noch 1973 „die Revision der bestehenden Studiengänge unter dem Gesichtspunkt der exemplarischen Stoffauswahl“ postulierte.⁶²² Dennoch sollten die Studiengänge auch weiterhin wissenschaftlich fundiert sein.⁶²³

In diesen Kontext einzuordnen ist auch die damals innovative Idee eines Kontaktstudiums für Berufstätige⁶²⁴: Aufgrund der fortschreitenden Entwicklung der Wissenschaften und der gesellschaftlichen Bedürfnisse begann man die Weiterführung der Ausbildung für essentiell zu erachten⁶²⁵, wurde eine permanente Bildung vonnöten.⁶²⁶ Daher sollten Berufstätige nach einer gewissen Zeit ihres Studienabschlusses

⁶¹⁹ Vgl. Dichgans, Hans: Intensivierung und Verkürzung des Studiums. In: Die Deutsche Universitätszeitung IV (1965). S. 21; W.S.: Widersprüchliches zum Numerus clausus. Regelstudienzeit, Studienordnung, Prüfungen in der Diskussion. In: Die Deutsche Universitätszeitung VIII (1971). S. 244.

⁶²⁰ Vgl. Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Struktur und zum Ausbau des Bildungswesens im Hochschulbereich nach 1970. Hg. v. Wissenschaftsrat. S. 8: In diesem Kontext warnte er vor einer Fixierung auf Berufsbilder. Vielmehr sollten die Studiengänge an Tätigkeitsfeldern orientiert werden.

⁶²¹ Reimar Lüst wurde 1923 geboren und betätigte sich als (Astro-)Physiker und Wissenschaftsmanger. Darüber hinaus war er seit 1965 Mitglied des Wissenschaftsrates, dessen Vorsitz er von 1969 bis 1972 innehatte. Zudem war er in den Jahren von 1967 bis 1973 Mitglied des Beratenden Ausschusses für Forschungspolitik des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft. Lüst folgte 1971 Adolf Butenandt im Amt des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft nach. (Vgl. Lüst, Reimar. In: Munzinger online. <https://www.munzinger.de>. Aufgerufen am 18.03.2010).

⁶²² Vgl. Lüst, Reimar: Die Hochschule heute. In: Scheibe, Erhard; Süßmann, Georg (Hg.): Einheit und Vielheit. S. 281: Zugleich wird anhand dieses Zitats deutlich, wie wenig nach Meinung des Autors bis zu diesem Zeitpunkt in dieser Richtung geschehen ist. 1968 beispielsweise hatte Scheider in diesem Kontext konstatiert: Da die Studienzeit limitiert werden solle, sei die Frage zu stellen: „Was muß in einem Fach exemplarisch gefordert werden?“ (Schneider, Friedrich: Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates und die Probleme der Hochschulgesetzgebung. In: Loccumer Protokolle 8 (1968): Hochschulpolitik und Gesellschaftspolitik. S. 48).

⁶²³ Vgl. ebd.

⁶²⁴ Colbe, W. Busse von: Mängel und Modelle des wirtschaftswissenschaftlichen Studiums. In: Schaller, Klaus (Hg.): Wissenschaft und Lehre. Hochschuldidaktische Vorschläge und Versuche. S. 125.

⁶²⁵ Vgl. Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen. Hg. v. Wissenschaftsrat. S. 33.

⁶²⁶ Vgl. Jüchter, Heinz Theodor; Heinz, Wolfgang: Studienreform 1965. S. 32.

die Möglichkeit eingeräumt bekommen an die Universität zurückzukehren und sich mit den Ergebnissen der neuesten Forschung vertraut zu machen⁶²⁷:

Die Einrichtung von Kontaktstudiengängen sollte davon ausgehen, im Beruf stehende Akademiker nicht den Kontakt zur Hochschule und damit zur Forschung in ihrem Fach verlieren zu lassen. Lehrveranstaltungen des Kontaktstudiums müssen darauf ausgerichtet sein, die Teilnehmer mit neuen grundlegenden methodischen Arbeitsweisen, neuen Forschungsprojekten und Forschungsergebnissen vertraut zu machen. Immer wird das Kontaktstudium ein relativ gedrängtes und intensives, auf kurze Zeiträume beschränktes Fachstudium sein.⁶²⁸

Auch auf den neuartigen Gedanken des Fernstudiums muss in diesem Kontext der Weiterbildung kurz verwiesen werden.⁶²⁹

Eine oft zu hörende Forderung in dieser Zeit war die nach der Notwendigkeit der „Entrümpelung“ des Studien- bzw. Prüfungsstoffes.⁶³⁰ Für alle Fächer, so die weit verbreitete Meinung, müssten die Studieninhalte neu ausgewählt und regelmäßig didaktisch und methodisch überprüft werden.⁶³¹ Erstmals kam in den späten 1960ern der Ruf nach einer Hochschuldidaktik auf⁶³² – initiiert von studentischer

⁶²⁷ Vgl. Simon, Uwe-Rainer: Vorstellungen zur Hochschul- und Studienreform. In: Studenten zur Hochschulreform. S. 51.

⁶²⁸ Ebd.

⁶²⁹ Vgl. Beer, Brigitte: Das Fernstudium breitet sich aus. Es fehlt an Kontrolle des Unterrichts durch Lehrbriefe. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. August 1964; dieselbe: Das Fernstudium soll hoffähig werden. Ein Institut für Lehrerfortbildung wird auf Anregung der Stiftung Volkswagenwerk geplant. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. März 1966; dieselbe: Endlich Fernstudium. Tübingen geht voran – Die „Quadrige“ schaltet sich ein. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. Dezember 1967; dieselbe: Die Hochschule kommt ins Haus. Zum ersten Spitzengespräch über das Fernstudium. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. November 1969; Erprobung des Fernstudiums. Anfänge an der Universität Bielefeld. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. Dezember 1969; Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Struktur und zum Ausbau des Bildungswesens im Hochschulbereich nach 1970. Hg. v. Wissenschaftsrat. S. 12; Peisert, Hansgert; Framheim, Gerhild: Das Hochschulsystem in der Bundesrepublik Deutschland. S. 108; Sader, Ulrich: Briefe an die Herausgeber: Was die Universität zu lehren hat. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. April 1966.

⁶³⁰ Vgl. Dichgans, Hans: Intensivierung und Verkürzung des Studiums. In: Die Deutsche Universitätszeitung IV (1965). S. 24; Löwenthal, Richard: Hochschule für die Demokratie. S. 60.

⁶³¹ Vgl. Jüchter, Heinz Theodor: Studieren an neuen Universitäten. Wege zur didaktischen Reform akademischer Lehre. In: Die Deutsche Universitätszeitung XII (1965). S. 18; ders.: Studieren an neuen Universitäten (2). Anmerkungen zu den konkreten Planungen / Ansatzpunkte und Spielräume. In: Die Deutsche Universitätszeitung I (1966). S. 10; Schütte, Ernst: Überfällige Hochschulreform durch Gesetz. Begründung des Gesetzentwurfs über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen (Hochschulgesetz). In: Die Deutsche Universitätszeitung VI (1965). S. 17.

⁶³² Vgl. Hentig, Hartmut von. In: Heimendahl, Eckhart (Hg.): Die Zukunft der Universität. Lehre und Forschung oder Lehre und Verwaltung. Einheit oder Trennung von Lehre und Forschung? S. 28f.: „Wir brauchen eine Hochschuldidaktik (S. 28), die das Verhältnis der Arbeitsformen zueinander, die Dauer des Studiums im Verhältnis zu seiner Nutzung, die Zahl der Studenten im Verhält-

Seite⁶³³, die sich neben dem Interaktionsverhältnis von Dozenten und Studenten, von Forschenden und ihren Mitarbeitern gerade mit solchen Aspekten wie der Auswahl, Struktur und Ordnung der Bildungsinhalte auseinandersetzen sollte. Auch einzelne Arbeitsformen der Lehre und ihrer Methodik sollten in diesem Rahmen einer gründlichen Analyse unterzogen werden⁶³⁴, da tradierte und überholte Lehrverfahren unmotivierte Studenten hervorbrächten, die schließlich den Veranstaltungen gänzlich fernblieben.⁶³⁵ Nachdem man sich von der Idee des Anknüpfens an die Tradition vor dem Zweiten Weltkrieg verabschiedet hatte, so scheint es, wurde auch ein inhaltlicher Neuanfang denkbar: Allmählich begannen sich die Universitäten selbst zum Forschungsgegenstand zu erheben. Der Hochschuldidaktik sollte dabei die Aufgabe zufallen zu klären, an welchen Objekten wissenschaftliches Arbeiten gelehrt werden könne.⁶³⁶

Welchen Stellenwert der Hochschuldidaktik im Kontext der Studienreform beigegeben wurde, demonstriert die Tatsache, dass die beiden Begriffe, wie der Erziehungswissenschaftler Schaller 1970 berichtete, zunehmend als Synonyme gebraucht wurden.⁶³⁷ – Schließlich sah man in einer Verbesserung der Lernformen und Arbeitsbedingungen den Schlüssel zur gewünschten Leistungssteigerung⁶³⁸, setzte sich allmählich innerhalb des Diskurses die Meinung durch, dass die traditionellen Un-

nis zu den Dozenten, die technischen Lernmittel usw. untersucht.“; Jüchter, Heinz Theodor: Studieren an neuen Universitäten. Wege zur didaktischen Reform akademischer Lehre. In: Die Deutsche Universitätszeitung XII (1965). S. 18f.; Martin, Berthold: Ziele der Hochschulreform heute. In: Die Deutsche Universitätszeitung IV (1969). S. 5; Peisert, Hansgert; Framheim, Gerhild: Das Hochschulsystem in der Bundesrepublik Deutschland. S. 90f.; Simon, Uwe-Rainer: Vorstellungen zur Hochschul- und Studienreform. In: Studenten zur Hochschulreform. S. 54; Staek, Lothar: Reflexionen zur Hochschuldidaktik. Begründungen und Ergebnisse einer Seminarbefragung. In: Die Deutsche Universitätszeitung IV (1972). S. 152-154. Hier: S. 152.

⁶³³ Vgl. Schüle, Johann August: Monster oder Freiraum? S. 59. Aus studentischer Perspektive ließen sich nämlich vor allem drei Kernprobleme eruieren: Neben der kritischen Klärung und Neuformulierung der Studienziele wurden sowohl Umfang und Auswahl des Studienstoffes als auch eine didaktische und methodische Reform des Lehrplans verlangt.

⁶³⁴ Vgl. Schaller, Klaus: Einleitung. Fragestellungen der gegenwärtigen Diskussion zur Hochschuldidaktik. In: Schaller, Klaus (Hg.): Wissenschaft und Lehre. Hochschuldidaktische Vorschläge und Versuche. Heidelberg 1970. S. 5-17. Hier: S. 8.

⁶³⁵ Vgl. Staek, Lothar: Reflexionen zur Hochschuldidaktik. Begründungen und Ergebnisse einer Seminarbefragung. In: Die Deutsche Universitätszeitung IV (1972). S. 152: Der akademische Lehrer müsse anstreben, sich selbst überflüssig zu machen, indem er als „Informationskritiker, Moderator, Operator und Organisator“ fungiere.

⁶³⁶ Vgl. Jüchter, Heinz Theodor: Studieren an neuen Universitäten. Wege zur didaktischen Reform der Lehre. In: Die Deutsche Universitätszeitung XII (1965). S. 18f.

⁶³⁷ Vgl. Schaller, Klaus: Einleitung. Fragestellungen der gegenwärtigen Diskussion zur Hochschuldidaktik. In: Schaller, Klaus (Hg.): Wissenschaft und Lehre. Hochschuldidaktische Vorschläge und Versuche. S. 5; Gross, R.; Linker, H.: Für und wider die „Große Vorlesung“. In: Die Deutsche Universitätszeitung IX/X (1970). S. 20-22. Hier: S. 20: Sie beobachteten, dass die Hochschuldidaktik regelrecht in Mode gekommen sei.

⁶³⁸ Vgl. Bahrdt, Hans Paul: Leistungsstand, Leistungsdefizit und Leistungskontrolle bei den Studenten von heute. In: Die Deutsche Universitätszeitung XIII (1972). S. 540.

terrichtsformen, wenn nicht gänzlich ersetzt, doch zumindest durch andere, neue ergänzt werden müssten.⁶³⁹ Die Lehrveranstaltungen wurden nun auf universitärer Ebene als neuralgischer Punkt identifiziert.⁶⁴⁰

In diesen Kontext ist auch die Diskussion des Veranstaltungstyps der Großen Vorlesung einzuordnen. Deren Effizienz wurde von ihren Kritikern in Frage gestellt⁶⁴¹: Ihrem Charakter nach sei sie ein Monolog, während diesem kaum Möglichkeiten zur Rückmeldung hinsichtlich des Lehrerfolges gegeben seien⁶⁴²; die Studenten würden regelrecht zum „Wissenskonsum“ konditioniert, da sie selbst nicht aktiviert würden.⁶⁴³ Es gelte gegen die „Trägheit der Masse“ anzukämpfen.⁶⁴⁴ Als Konsequenz wurde die Beendigung ihres Primats gerade von studentischer Seite immer häufiger gefordert.⁶⁴⁵

In Massenvorlesungen würde die Große Vorlesung lediglich der Vermittlung von Informationen dienen, eine Denkschulung könne dort nicht stattfinden, zumal die Studenten fast gänzlich mit der Anfertigung von Mitschriften beschäftigt seien: „Dem unvoreingenommenen Beobachter dürfte der Stil unserer Vorlesungen den Eindruck erwecken, dass entweder der Buchdruck noch nicht erfunden oder die Mehrzahl unserer Studenten nicht in der Lage sei, gedruckte Schrift zu lesen.“⁶⁴⁶ Die Vorlesung, so war auch von anderer Seite zu hören, sei einer Transformation hin zum „Mitschreibekurs“ unterlegen.⁶⁴⁷ Die Studenten erhielten verstümmelte Informationen, die durch die Lektüre von Büchern nicht korrigierbar seien. Dieser Veranstaltungstyp war nicht mehr länger mit dem gewandelten Selbstverständnis der Studenten, das sich durch Partizipation und Aktivität auszeichnete, in Einklang

⁶³⁹ Vgl. Staek, Lothar: Begründungen und Ergebnisse einer Seminarbefragung. In: Die Deutsche Universitätszeitung IV (1972). S. 152.

⁶⁴⁰ Vgl. Stegmann, Tilbert: Die Vorlesung in der Universität – Ein Sofortprogramm. In: Die Deutsche Universitätszeitung IV (1968). S. 11-14. Hier: S. 11.

⁶⁴¹ Vgl. Brecht, Karl: Gedanken und Vorschläge zur Studienreform aus medizinischer Sicht. In: Die Deutsche Universitätszeitung I (1967). S. 9.

⁶⁴² Vgl. Dieckmann, Karl: Textbücher anstelle konventioneller Vorlesungen. Ein Erfahrungsbericht aus dem Fach „Betriebswirtschaftliche Steuerlehre“. In: Die Deutsche Universitätszeitung VIII (1972). S. 332-335. Hier: S. 332.

⁶⁴³ Vgl. ebd. S. 332; Stegmann, Tilbert: Die Vorlesung in der Universität – Ein Sofortprogramm. In: Die Deutsche Universitätszeitung IV (1968). S. 12: Der Autor charakterisiert den Sachverhalt so, dass die Studenten regelrecht dazu verleitet würden, sich berieseln zu lassen.

⁶⁴⁴ Vgl. ebd. S. 11.

⁶⁴⁵ Vgl. Simon, Uwe-Rainer: Vorstellungen zur Hochschul- und Studienreform. In: Studenten zur Hochschulreform. S. 51: „Die Vorlesungen sollten darauf beschränkt werden, kritisch die Ergebnisse und Probleme der Forschung darzustellen bzw. Einführung in ein Fach zu geben. Anstelle von Vorlesungen sollte der Schwerpunkt auf die Arbeit in kleinen Gruppen und Seminaren gelegt werden.“

⁶⁴⁶ Eckstein, Brigitte: Die Effizienz der „Großen Vorlesung“. In: Die Deutsche Universitätszeitung III (1970). S. 3-5. Hier: S. 3.

⁶⁴⁷ Vgl. Tilbert, Stegmann: Die Vorlesung in der Universität – Ein Sofortprogramm. In: Die Deutsche Universitätszeitung VI (1968). S. 11.

zu bringen. Als Konsequenz forderte eine Reihe der Unterrichtenden das zur Verfügung-Stellen von Skripten oder eines allgemein zugänglichen Lehrbuches, so dass die Studenten wieder ihrer eigentlichen Aufgabe, dem Mitdenken, nachkommen könnten.⁶⁴⁸ Die Vorlesung sollte die großen Zusammenhänge aufzeigen, weshalb von einigen Diskutanten gefordert wurde, sie als Krönung des gesamten Studiums relativ ans Ende zu setzen.⁶⁴⁹ Sie sollte wieder zur Perle der Universität werden, wie dies Behnke formulierte.⁶⁵⁰

Vorlesungsbegleitende Tutorienarbeit könnte die wohl zuverlässigste und differenzierteste Rückmeldung gewährleisten.⁶⁵¹ Ein anderer hochschuldidaktischer Vorschlag zielte auf die Einrichtung von Kolloquien ab, die die Vorlesungen fruchtbarer für die Studenten machen sollten.⁶⁵² Auch war die Frage nach der Entwicklung neuer didaktischer Mittel wie Film, Fernsehen und programmiertes Lernen en vogue.⁶⁵³

⁶⁴⁸ Vgl. Dieckmann, Karl: Textbücher anstelle konventioneller Vorlesungen. Ein Erfahrungsbericht aus dem Fach „Betriebswirtschaftliche Steuerlehre“. In: Die Deutsche Universitätszeitung VIII (1972). S. 332-335: Seinem Vorschlag zufolge sollten sich die Studenten bereits vor der Behandlung des eigentlichen Stoffes das nötige Grundlagenwissen angeeignet haben. Eine erste gemeinsame Stoffbehandlung war für die sogenannten „Textbuch-Vorlesungen“ vorgesehen. Darin sollte ihnen die Möglichkeit eingeräumt werden Fragen zu stellen. Als Ziel war u. a. die Vermittlung von Erfolgserlebnissen intendiert. Eine weitere Intensivierung sollte in einer zeitlich eng mit der Vorlesung verbundenen Übung erfolgen. Vgl. auch Simon, Uwe-Rainer: Vorstellungen zur Hochschul- und Studienreform. In: Studenten zur Hochschulreform. S. 51. Ähnliche Vorschläge wie bei Dieckmann finden sich auch bei Tilbert, Stegmann: Die Vorlesung in der Universität – Ein Sofortprogramm. In: Die Deutsche Universitätszeitung IV (1968). S. 11: „In der Vorlesung muß mit einem in Buchform vorliegenden Faktenfundament gearbeitet werden; als Übergangslösung empfehlen sich das Hektographieren oder billiger Druck. Anhand dieses Faktenheftes kann die Vorlesung vorbereitet, begleitet und nachbereitet werden. Der Dozent muß nicht mehr erst das primitive Grundwissen referieren, sondern kann frei einzelnes herausgreifen und seine Methodik lebendig exemplifizieren.“ Vgl. auch Eckstein, Brigitte: Die Effizienz der „Großen Vorlesung“. In: Die Deutsche Universitätszeitung III (1970). S. 3ff.: Sie weist in diesem Kontext darauf hin, dass das Problem der Lehrbücher aus der Meinung, man dürfe es den Studenten nicht zu einfach machen, resultiere; Gross, R.; Linker, H.: Für und wider die „Große Vorlesung“. In: Die Deutsche Universitätszeitung IX/X (1970). S. 22.

⁶⁴⁹ Vgl. Gross, R.; Linker, H.: Für und wider die „Große Vorlesung“. In: Die Deutsche Universitätszeitung IX/X (1970). S. 21f.

⁶⁵⁰ Vgl. Behnke, Heinrich: Die deutsche Universität in der verwandelten Welt. In: Die Deutsche Universitätszeitung II (1967). S. 4-8. Hier: S. 8.

⁶⁵¹ Vgl. Eckstein, Brigitte: Die Effizienz der „Großen Vorlesung“. In: Die Deutsche Universitätszeitung III (1970). S. 4.

⁶⁵² Vgl. Tellenbach, Gerd: Möglichkeiten der Rationalisierung und Verkürzung des Studiums in der Philosophischen Fakultät. In: Mielitz, Reinhard (Hg.): Gerd Tellenbach. Der sibyllinische Preis. S. 259-264. Hier: 262. In die gleiche Richtung zielt der Vorschlag Simons, der die Einrichtung von Arbeitsgruppen forderte, in denen der Student zur kritischen Rezension der Vorlesung veranlasst werde. (Vgl. Simon, Uwe-Rainer: Vorstellungen zur Hochschul- und Studienreform. In: Studenten zur Hochschulreform. S. 51).

⁶⁵³ Vgl. Brigitte Eckstein: Die Effizienz der „Großen Vorlesung“. In: Die Deutsche Universitätszeitung III (1970). S. 5; Simon, Uwe-Rainer: Vorstellungen zur Hochschul- und Studienreform. In: Studenten zur Hochschulreform. S. 53.

Bis die verschiedenen Verbesserungsvorschläge realisiert worden seien, sollte man sich des Mittels der Vorlesungskritik bedienen.^{654 655}

Verfechter der Großen Vorlesung begegneten diesen Vorwürfen mit dem Hinweis auf die personalen Werte dieses Veranstaltungstypus – die Begegnung mit großen Persönlichkeiten in den Vorlesungen wurde dabei ins Feld geführt⁶⁵⁶: Diese habe gegenüber dem Selbststudium aus Büchern den erheblichen Vorteil, dass Anfangssemester, denen es Schwierigkeiten bereiten würde das Wesentliche aus diesen herauszufiltern, in der Vorlesung eine Akzentuierung des Stoffes durch den Dozenten erhielten.⁶⁵⁷ Insgesamt betrachtet sei der Veranstaltungstyp dadurch auch wesentlich einprägsamer als die Lektüre der Fachliteratur. Zudem wären die auditiven Lerntypen weiter verbreitet als die visuellen. Des Weiteren könnten gerade auch fachfremde Studenten an einer Vorlesung partizipieren, womit sie möglicherweise auch die eigene Studienfachwahl überdenken könnten.

Wie bereits an anderer Stelle aufgezeigt, näherten sich Vertreter der Wirtschaft dem Problem der Studienreform von einem anderen Zugang: Sie trugen die Notwendigkeit der Integration von Bildung und Ausbildung an die Universität heran, sie forderten konkret die Integration des Praxisbezugs in die universitären Curricula, was auch innerhalb der Gesellschaft auf breite Akzeptanz stieß. Mithilfe des Projektstudiums sollte dieser Vorschlag in die Realität umgesetzt werden. Diese Idee der Reform muss wohl als „radikalster Versuch, die konventionelle Lernsituation an der Universität zu verändern“⁶⁵⁸, gelten und sollte sich gerade an den Erfordernissen der

⁶⁵⁴ Vgl. Eckstein, Brigitte: Die Effizienz der „Großen Vorlesung“. In: Die Deutsche Universitätszeitung III (1970). S.4.

⁶⁵⁵ Als Instrument zur Verbesserung der Lehre wurde auch die sogenannte Vorlesungskritik, wie man sie beispielsweise in Berlin praktizierte (Vgl. Staek, Lothar: Reflexionen zur Hochschuldidaktik. Begründungen und Ergebnisse einer Seminarbefragung. In: Die Deutsche Universitätszeitung IV (1972). S. 154), viel diskutiert. Darunter verstand man: „Studentische Rezensionen von Lehrveranstaltungen sind eine primär interessensbezogene Kritik der Studierenden an dem Beitrag der Lehrenden zu dem prinzipiell in Wechselwirkung von Lehrenden und Studierenden sich bewegenden Bildungsprozess, wobei im Gegensatz zur Schulsituation die prinzipielle soziale Emanzipation des kritisierenden Lernenden vom unmündigen Schüler des Lehrenden vorausgesetzt wird, zugleich aber auch nicht davon die Rede sein kann, dass der Kritiker den Standpunkt des prinzipiell wissenschaftlich gleichrangigen oder gar überlegenen professionellen fachlichen Rezensenten einnehmen kann oder soll; vielmehr muss er sich darauf konzentrieren, das studentische soziale und intellektuelle Interesse an einem sinnvollen Studium durch den Nachweis von Widersprüchen zwischen allgemeinen und speziellen Ansprüchen und der tatsächlichen Leistung des Lehrers zur Geltung zu bringen.“ (Vgl. Nitsch, Wolfgang: Vorlesungsrezensionen als Hochschulkritik. In: Stephan Leibfried (Hg.): Wider die Untertanenfabrik. S. 220-245. Hier: S. 230).

⁶⁵⁶ Vgl. Brunner, Hellmut: Plädoyer für die Große Vorlesung. In: Die Deutsche Universitätszeitung VI (1970). S. 12-13. Hier: S. 13.

⁶⁵⁷ Vgl. Gross, R.; Linker, H.: Für und wider die „Große Vorlesung“. In: Die Deutsche Universitätszeitung IX/X (1970). S. 22: „Die „Große Vorlesung ist nicht als Wiedergabe von Lehrbuchwissen aufzufassen, sondern als Anleitung zur Sichtung und Bewältigung des Stoffangebotes.“

Gesellschaft und der Praxis orientieren. Mittels dieser Form sollten die Studenten wieder den Zugang zu den Zusammenhängen finden und diese verstehen zu begreifen⁶⁵⁹, da ihnen oftmals der Blick für das Ganze verloren gegangen sei. Als Voraussetzung für das Projektstudium sah man die Arbeit in Kleingruppen an, die auch für sich genommen viele Anhänger fand⁶⁶⁰: So trat beispielsweise der (Wissenschafts-)Historiker Gerd Tellenbach bereits 1960 für solche ein, da die Massenhaftigkeit doch letztlich schädlich sei.⁶⁶¹ – Zumal ihre Verfechter in der Wiederherstellung persönlicher Beziehungen zwischen akademischen Lehrern und Studenten einen ersten Schritt in die richtige Richtung zur Überwindung der Universitätskrise sahen.⁶⁶² Solche Kleingruppen sollten von Tutoren betreut werden, die positive Verhaltensweisen der Gruppenmitglieder initiieren und die wissenschaftstheoretischen Grundlagen des jeweiligen Faches ansatzweise diskutieren sollten. Man erhoffte sich durch diese neue Veranstaltungsform einen Abbau von Ängsten, das Erlernen einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Fach und die Einschätzung der Relevanz des Faches durch die Studenten.⁶⁶³ Und tatsächlich ergaben Experimente im Untersuchungszeitraum, dass die Arbeit in kleinen Gruppen die selbstständige Arbeit förderte, dass die Studenten lernten Fragen zu formulieren und dadurch ihre passive Lernhaltung zu überwinden.⁶⁶⁴ 1970 schließlich empfahl auch der Wissenschaftsrat die Initiierung von Arbeitsgruppen.^{665 666}

⁶⁵⁸ Vgl. Peisert, Hansgert; Framheim, Gerhild: Das Hochschulsystem in der Bundesrepublik Deutschland. S. 107f. Basierend auf der Initiative von Studenten und dem Lehrpersonal wurde das Projekt entwickelt, geplant und durchgeführt. Dabei griff es Probleme von „gesellschaftlicher Relevanz im Rahmen angestrebter Berufsfelder“ heraus. Das Konzept des forschenden Lernens lag ihm zugrunde. Da das Projektstudium jedoch zumeist auf Hindernisse stieß, blieb es jedoch in der Praxis eine Randerscheinung.

⁶⁵⁹ Vgl. Bruns, Herbert: Gedanken zur Studienreform und zum Projektstudium aus der Sicht eines Naturwissenschaftlers, insbesondere Biologen und Ökologen. In: Die Deutsche Universitätszeitung VI (1972). S. 238-243. Hier: S. 238: Dezidiert weist er aber darauf hin, dass man über das Ziel hinausschießen würde, wenn man das ganze Studium ausschließlich als Projektstudium organisieren würde. (Vgl. ebd. S. 242).

⁶⁶⁰ Vgl. beispielsweise Staek, Lothar: Reflexionen zur Hochschuldidaktik. Begründungen und Ergebnisse einer Seminarbefragung. In: Die Deutsche Universitätszeitung IV (1972). S. 152.

⁶⁶¹ Vgl. Tellenbach, Gerd: Studien- und Prüfungsordnungen im Zusammenhang mit der Hochschulreform. In: Mielitz, Reinhard (Hg.): Gerd Tellenbach. Der sibyllinische Preis. S. 232.

⁶⁶² Vgl. Gillessen, Günther: Plädoyer für kleine Gruppen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. März 1969.

⁶⁶³ Vgl. Jüchter; Heinz Theodor: Studieren an neuen Universitäten. Wege zur didaktischen Reform akademischer Lehre. In: Die Deutsche Universitätszeitung XII (1965). S. 20; Jungbluth, Jürgen H.; Schmidt, Hans-Eckhart: Einordnung und Stellung von Tutoren in der Hochschule. In: Die Deutsche Universitätszeitung II (1971). S. 42.

⁶⁶⁴ Vgl. Berendt, Brigitte: Experimente zur Studienreform mit der Arbeit in kleinen Gruppen zur Auflockerung großer Lehrveranstaltungen. In: Die Deutsche Universitätszeitung V (1968). S. 18-20. Hier: S. 18.

⁶⁶⁵ Vgl. Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Struktur und zum Ausbau des Bildungswesens im Hochschulbereich nach 1970. Hg. v. Wissenschaftsrat. S. 12/13.

Da das Prüfungswesen eine Grundfunktion der Universität darstellte und auch immer noch darstellt, bildete das Prüfungswesen einen wichtigen Hebel für die Studienreform⁶⁶⁷: Eine Studienreform müsse zwangsläufig eine Reform des Prüfungswesens bedingen⁶⁶⁸, ja dieses eigentlich als Ausgangspunkt wählen.⁶⁶⁹

Die Reform der Prüfungsordnungen war jedoch besonders problematisch und wurde daher auch äußerst kontrovers diskutiert. Auch hierzu wurde eine Vielzahl von Gedanken und Vorschlägen geäußert⁶⁷⁰; auch hier war die Realisierung mit den größten Schwierigkeiten verbunden.⁶⁷¹ Gerade das Postulat nach Einheitlichkeit der Studienbedingungen und Prüfungsanforderungen wirkte den Reformversuchen wiederholt entgegen.⁶⁷²

Das Gros der Meinungen lief allerdings darauf hinaus, dass man das Prüfungswesen im Allgemeinen vereinfachen und zugleich erweitern müsse: Eine Vereinfachung versprach man sich durch die Konzentration⁶⁷³ und Reduzierung ihrer Anzahl⁶⁷⁴, eine Erweiterung sollte durch das „Erfassen der gesamten geistigen Energien, des

⁶⁶⁶ Ein anderer Vorschlag, um eine Verzahnung von Studium und Praxis zu realisieren, wählte sich ein englisches Modell als Vorbild: nämlich die sogenannten „sandwich courses“. Dabei sollten Phasen der Ausbildung an der Universität mit Phasen der Ausbildung in der Praxis abwechseln. Als positiven Nebeneffekt erhoffte man sich, dass es den Studenten dadurch erleichtert werden könne, ihre Berufswahl zu treffen – es wurde gar als Beitrag zur Berufsberatung verstanden. (Vgl. Hase-mann, Klaus: Berufspraktische Ausbildung im Universitätsstudium. Das Beispiel der englischen „sandwich courses“. In: Die Deutsche Universitätszeitung XII (1970). S. 10-11).

⁶⁶⁷ Vgl. Brezinka, Wolfgang: Krise und Erneuerung der deutschen Universitäten. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 6 (1968) Nr. 21. S. 18; Groothoff, Herrmann: Akademisches Studium und akademischer Beruf. In: Loccumer Protokolle 8 (1968): Hochschulpolitik und Gesellschaftspolitik. S. 105; Schwarz, Richard: Situation und Krise der heutigen Universität. In: Die Deutsche Universitätszeitung I (1965). S. 11: Der Autor bemerkt an dieser Stelle, dass jede Hochschulreform bei den Prüfungspraktiken anzusetzen habe. Vgl. auch Tellenbach, Gerd: Möglichkeiten der Rationalisierung und Verkürzung des Studiums in der Philosophischen Fakultät. In: Mielitz, Reinhard (Hg.): Gerd Tellenbach. Der sibyllinische Preis. S. 234/235: „Durch ihre richtige Gestaltung [der Prüfungsordnungen; C.S.] kann Entscheidendes zur Rettung der schwergefährdeten wissenschaftlichen Ausbildung geschehen.“

⁶⁶⁸ Vgl. Marder, Jörg: „Der Versuch von Reformen hat noch nicht begonnen“. Zur Aufgabe der Universitäten. In: Die Deutsche Universitätszeitung I (1971). S. 4. Auch Wolff weist dezidiert auf den Konnex zwischen Studienreform auf der einen und Reform des Prüfungswesens auf der anderen Seite hin (Vgl. Wolff, Christian: Die stille Gegenreform. Zur Reform des Prüfungswesens. In: Rupert Carola 24 (1972) Nr. 50. S. 42).

⁶⁶⁹ Vgl. Schwarz, Richard: Situation und Krise der heutigen Universität. In: Die Deutsche Universitätszeitung I (1965). S. 11.

⁶⁷⁰ Vgl. Teichler, Ulrich: Probleme der Hochschulreform in der Bundesrepublik Deutschland (Diskussionsbericht). In: Teichler, Ulrich; unter Mitarbeit von Opitz, Kurt (Hg.): Faktoren und Zielvorstellungen der Hochschulreform in der Bundesrepublik Deutschland. S. 76.

⁶⁷¹ Vgl. Jüchter, Heinz Theodor: Studieren an neuen Universitäten. Wege zur didaktischen Reform akademischer Lehre. In: Die Deutsche Universitätszeitung XII (1965). S. 21.

⁶⁷² Vgl. ebd.

⁶⁷³ Vgl. Tellenbach, Gerd: Möglichkeiten der Rationalisierung und Verkürzung des Studiums in der Philosophischen Fakultät. In: Mielitz, Reinhard (Hg.): Gerd Tellenbach. Der sibyllinische Preis. S. 235.

⁶⁷⁴ Vgl. ebd.

Urteils und Könnens der Persönlichkeit“ erzielt werden.⁶⁷⁵ Viel diskutiert wurde auch der Gedanke die in den Seminaren erbrachten Leistungen mit Noten zu versehen und in die Prüfungsleistung mit einzubeziehen, um so deren punktuellen und enzyklopädischen Charakter abzuschwächen und simultan den Schwerpunkt eher auf methodisches Operieren zu legen⁶⁷⁶ – sprich: die Abschlussprüfungen durch studienbegleitende Kontrollen zu substituieren⁶⁷⁷ oder zumindest zu supplieren.⁶⁷⁸ Schließlich sollten die Prüfungen neben dem Nachweis gegenüber Dritten eine weitere Aufgabe erfüllen, nämlich die der eigenen Kontrolle der Studenten.⁶⁷⁹ Schließlich sei noch auf die Diskussion der Zulassung von kollektiven Prüfungsleistungen hingewiesen.⁶⁸⁰

Da den akademischen Prüfungen eine Steuerungsfunktion zukam⁶⁸¹, erhoffte man sich von einigen Seiten mithilfe dieses Instruments schon relativ früh ungeeignete Studenten herausfiltern zu können.⁶⁸²

Bereits 1965 hatte sich die Westdeutsche Rektorenkonferenz dazu entschieden die Einführung einer Zwischenprüfung als Selektionsverfahren zu empfehlen. Um die Reform der Veranstaltungen sorgte sie sich dabei nicht.⁶⁸³ Gegner einer solchen wandten ein, dass das Studium durch Zwischenprüfungen schematisch limitiert und zugleich von der wissenschaftlichen Problematik wegführen würde.⁶⁸⁴ Und auch der Wissenschaftsrat und der VDS plädierten für die Zwischenprüfung zum Zwecke der Überprüfung der Eignung zum gewählten Studium. Von jenem Nachweis erhoffte man sich zudem einen positiven Effekt hinsichtlich der Entlastung der Universitäten

⁶⁷⁵ Vgl. Jaspers, Karl; Rossmann, Kurt: Die Idee der Universität. S. 141.

⁶⁷⁶ Vgl. ebd.

⁶⁷⁷ Vgl. Bahrndt, Hans Paul: Leistungsstand, Leistungsdefizit und Leistungskontrolle bei den Studenten von heute. In: Die Deutsche Universitätszeitung XIII (1972). S. 541.

⁶⁷⁸ Vgl. Löwenthal, Richard: Hochschule für die Demokratie. S. 65.

⁶⁷⁹ Vgl. Hartner, Willi: Der wahre Revolutionär erkennt die Fehler des Alten. Gedanken zur geplanten hessischen Hochschulreform. In: Die Deutsche Universitätszeitung VI (1965). S. 57. Für beide Aspekte war das folgende Desiderat ausschlaggebend: „Prüfungsleistungen sollten legitime Objektivationen der zentralen Arbeitsleistungen während des Studiums sein.“ (Bahrndt, Hans Paul: Leistungsstand, Leistungsdefizit und Leistungskontrolle bei den Studenten von heute. In: Die Deutsche Universitätszeitung XII (1972). S. 542.).

⁶⁸⁰ Vgl. Löwenthal, Richard: Hochschule für die Demokratie. S. 63.

⁶⁸¹ Vgl. Tellenbach, Gerd: Studien- und Prüfungsordnungen im Zusammenhang mit der Hochschulreform. In: Mielitz, Reinhard (Hg.): Gerd Tellenbach. Der sibyllinische Preis. S. 234.

⁶⁸² Vgl. Behnke, Heinrich: Die deutsche Universität in der verwandelten Welt. In: Die Deutsche Universitätszeitung II (1967). S. 5; so sprach sich beispielsweise Lübke bereits 1964 für eine bessere Hochschulauslese im Kontext mit der Studienreform aus. (Vgl. Lübke setzt sich für die Studienreform ein. Der Bundespräsident fordert bessere Auslese an den Hochschulen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3. Februar 1964).

⁶⁸³ Vgl. Kloss, Günther: Hochschulreform in der Bundesrepublik Deutschland. Die Last der Tradition. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 6 (1968) Nr. 21. S. 31.

⁶⁸⁴ Vgl. Ritter, Gerhard: Die Krisis des deutschen Universitätswesens. S. 23.

von ungeeigneten Studenten – vor dem Hintergrund der Expansion der Immatrikulationen ein nachvollziehbarer Gedanke, der zuvor nicht in Erwägung gezogen werden musste. Für die Studenten sollte sie simultan einer besseren Selbsteinschätzung zugute kommen. Um ihrer Funktion auch tatsächlich gerecht zu werden, mussten jedoch gewisse Voraussetzungen erfüllt sein: So durfte eine Zwischenprüfung solcher Funktion keine Wissensprüfung sein, sondern vielmehr eine Verständnisprüfung, also ein Nachweis „der Beherrschung wissenschaftlicher Grundtechniken und der Methodologie des betreffenden Faches“.⁶⁸⁵

Doch wurde auch dieses Instrument nicht als ungeteilter Erfolg gewertet, da es die ersten vier Semester ebenfalls in ein Prüfungsstudium transformieren, also letztlich eher zur Verlängerung des Studiums beitragen könne.⁶⁸⁶ Als weitere mögliche Nebenwirkung war die zusätzliche Belastung der Dozenten im Gespräch. Ebenfalls wurde im Rahmen des Diskurses auf die Gefahr hingewiesen, dass die Zwischenprüfung zum Regulativ werden würde, das für eine Anpassung der Studentenzahlen an die vorhandenen Kapazitäten vornehmen würde.⁶⁸⁷ Vier Jahre später fiel das Urteil von Wolff noch vernichtender aus, da sich die Zwischenprüfung nun gänzlich zu einer zweiten Prüfung gewandelt habe und nichts mehr mit dem Aspekt der Studienberatung gemein hätte: „Sie ist Instrument der Selektion aufgrund fragwürdiger Kriterien und dient nicht der Beratung und Förderung der Studenten, sie reglementiert und begrenzt das Studium in unverantwortlicher Weise und steht mit den Lern- und Studienzielen in eklatantem Widerspruch.“⁶⁸⁸ Da er jene Selektion kategorisch ablehnte, votierte er für die Abschaffung der Zwischenprüfung.⁶⁸⁹ Auch wurde von studentischer Seite der Einwand erhoben, dass es sich bei der Zwischenprüfung um eine punktuelle Prüfung handelt, jedoch eine Studienkontrolle als Prozess verstanden werden müsse.⁶⁹⁰

Abschließend sei noch kurz auf die Überlegungen hinsichtlich des Promotionsverfahrens hingewiesen, das man auch einer Reform unterziehen wollte. Der Wunsch nach mehr Objektivität und Gerechtigkeit dominierte hier die Diskussion und die

⁶⁸⁵ Vgl. Dietzel, Gottfried T.: Die Zwischenprüfung im Streit der Argumente. In: Die Deutsche Universitätszeitung VI (1968). S. 20-23. Hier: S. 20f.

⁶⁸⁶ Vgl. Groothoff, Herrmann: Akademisches Studium und akademischer Beruf. In: Loccumer Protokolle 8 (1968): Hochschulpolitik und Gesellschaftspolitik. S. 105f.

⁶⁸⁷ Vgl. Dietzel, Gottfried T.: Die Zwischenprüfung im Streit der Argumente. In: Die Deutsche Universitätszeitung VI (1968). S. 21.

⁶⁸⁸ Wolff, Christian: Die stille Gegenreform. Zur Reform des Prüfungswesens. In: Ruperta Carola 24 (1972) Nr. 50. S. 53.

⁶⁸⁹ Vgl. ebd. S. 53.

⁶⁹⁰ Vgl. Jaudas, Joachim: Stellungnahme zur Hochschul- und Studienreform. In: Studenten zur Hochschulreform. S. 22.

Realisierung einer neuen Promotionsordnung.⁶⁹¹ Aus diesem Grund sollte die Institution des Doktorvaters abgeschafft werden; an seiner Stelle sollte ein Ausschuss des jeweiligen Faches über die Annahme der Doktorarbeit entscheiden.⁶⁹² Mithilfe dieser Regelung konnten Probleme im Kontext mit der Bindung an einen Doktorvater – wie beispielsweise der Tod des Doktorvaters oder Meinungsverschiedenheiten über die Methodik⁶⁹³ –, beseitigt werden: Einwände gegenüber dieser Möglichkeit wurden von professoraler Seite aus erwartet.⁶⁹⁴ Statt des Rigosums sollte die Einführung der Disputation für eine größere Wissenschaftsnähe Sorge tragen.

Zwar wirkten diese Vorschläge und Ideen durchaus als Stimulans für die Diskussion der Studienreform, doch letztendlich war die praktische Umsetzung derselben ausschlaggebender Maßstab für den Erfolg der Studienreform:

Die Studienreform wird nicht in Beschlüssen und Empfehlungen von Gremien vollzogen, sondern im Alltag der deutschen Hochschule, in der Arbeit eines jeden Professors, eines jeden Assistenten, einer jeden Fakultät und eines jeden Senates. Die Reform vollzieht sich im Hörsaal, im Laboratorium, in der Arbeitsgruppe, und nicht in Beschlüssen und Plänen akademischer und nichtakademischer Instanzen.⁶⁹⁵

Und darum war es nicht sehr gut bestellt, denn noch 1972 erklärte der sozialdemokratische Politiker Klaus von Dohnanyi auf der 97. Plenarversammlung der Westdeutschen Rektorenkonferenz die Studienreform – neben der Stärkung der Forschung – zum Schwerpunkt künftiger Hochschulpolitik. Ziele und Inhalte der existierenden Studiengänge seien mit der Zielsetzung neu zu definieren, „die jeweilige Regelstudienzeit einzuhalten.“⁶⁹⁶ Trotz Studentenbewegung und organisatorischer Hochschulreform hätten sich hinsichtlich der Problemstellung der Studienreform kaum Veränderungen abgezeichnet.⁶⁹⁷

⁶⁹¹ Vgl. Rieger, Wolfgang: Gerechtigkeit für den „Doktor“. In: Die Deutsche Universitätszeitung XI (1971). S. 345.

⁶⁹² Vgl. ebd.

⁶⁹³ Vgl. Wegener, Roland: Zu viel oder zu wenig Reform? In: Die Deutsche Universitätszeitung XI (1971). S. 345.

⁶⁹⁴ Vgl. ebd.: „Nicht ohne Grund: war doch gerade die Arbeit von Doktoranden an ihrer eigenen Forschung oftmals nicht unwesentlich beteiligt.“

⁶⁹⁵ Seel, Wolfgang: Präsident oder Rektor? In: Die Deutsche Universitätszeitung XI (1967). S. 3.

⁶⁹⁶ Klaus von Dohnanyi, Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Schwerpunkte künftiger Hochschulpolitik: Studienreform und Stärkung der Forschung (Wortlaut der Rede auf der 97. Plenarversammlung; Jahresversammlung der WRK am 29. Mai 1972 in Hamburg). In: Die Deutsche Universitätszeitung XII (1972). S. 496-498. Hier: S. 498.

⁶⁹⁷ Vgl. Friedeburg, Ludwig von: Studienreform – Erwartungen und Möglichkeiten. S. 7.

2.6 „Massenproblem“ und Numerus clausus

2.6.1 Einleitung: Die Situation

Am offensichtlichsten wurde die Krise der Universität zweifelsohne am massenhaften Ansturm von Studenten auf ein akademisches Studium, denn diesen Faktor konnte man numerisch messen. Die quantitativen Probleme⁶⁹⁸ ließen sich somit nicht wegdiskutieren: Bereits in den 1950ern setzte die Expansion des Hochschulbereichs ein, die in der ersten Hälfte der 1960er ihren Höhepunkt erreichte. Ein weiterer Anstieg war dann seit 1970 zu verzeichnen.⁶⁹⁹ – Der Anteil der Studenten an der gleichaltrigen Bevölkerung hatte sich zwischen 1950 und 1975 von 3,5 auf 14 Prozent erhöht.⁷⁰⁰ Ein Vergleich zwischen der Betreuungsrelation in Leicester mit der in Berlin unterstreicht die Dramatik der Situation an den deutschen Hochschulen. Wurden 1967 4,6 Studenten in Leicester von einem Mitglied des Lehrkörpers betreut, kamen in Berlin auf einen Dozenten 56 Studenten.⁷⁰¹ Doch nicht nur an einer so großen Universität wie Berlin gehörten solch „unerträgliche“⁷⁰² Zustände zum universitären Alltag; auch an hessischen Universitäten zeichnete sich ein ähnliches Bild ab. Hier wurde der prognostizierte Wert der Studenten für das Jahr 1970 um das Dreifache übertroffen.⁷⁰³ – Nicht ohne Folgen konnte diese quantitative Expansion für die Funktionsfähigkeit der tradierten, universitären Strukturen bleiben; sie waren dem Ansturm nicht gewachsen.⁷⁰⁴ Denn die Studentenmassen hatten zwar das Bild gewandelt, nicht jedoch die Strukturen⁷⁰⁵, was auch Zeitgenossen bemerkten.⁷⁰⁶

⁶⁹⁸ Vgl. Brezinka, Wolfgang: Krise und Erneuerung der deutschen Universitäten. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 6 (1968) Nr. 21. S. 8.

⁶⁹⁹ Vgl. Peisert, Hansgert; Framheim, Gerhild: Das Hochschulsystem in der Bundesrepublik Deutschland. S. 23.

⁷⁰⁰ Vgl. ebd. S. 22/23. Auch Blasius' Diagnose von 1971 verleiht dem Aspekt Plastizität; denn er konstatierte, dass die Zahl der Studierenden sich stärker vermehre als die Einwohnerzahl Deutschlands. (Vgl. Blasius, Wilhelm: Zur Futurologie der deutschen Universitäten – Gedanken und Berechnungen. In: Die Deutsche Universitätszeitung XII (1971). S. 372-374. Hier: S. 373).

⁷⁰¹ Vgl. Grohs, Gerhard: Konsequenzen des Wissenschaftsrates für die Umstrukturierung des Lehrkörpers. In: Die Deutsche Universitätszeitung VI (1967). S. 21-25. Hier: S. 22.

⁷⁰² Vgl. Karpen, Hans-Ulrich: Zulassungskriterien für Numerus-clausus-Fächer. Bemerkungen und Vorschläge zu einer unerträglichen Situation. In: Die Deutsche Universitätszeitung XX (1971). S. 662-664. Hier: S. 663.

⁷⁰³ Vgl. Friedeburg, Ludwig von: Studienreform – Erwartungen und Möglichkeiten. S. 11.

⁷⁰⁴ Vgl. Becker, Karl-Wilhelm: Die Problematik der Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland. Gedanken zur bildungspolitischen Konzeption der Bundesregierung. In: Die Deutsche Universitätszeitung XIX (1970). S. 3-7. Hier S. 3ff.

⁷⁰⁵ Vgl. Hess, Gerhard: Wandlungen der deutschen Universität. S. 6.

⁷⁰⁶ Vgl. Baumgarten, Eduard: Zustand und Zukunft der deutschen Universität. S. 45. Eduard Baumgarten (1899-1982) repräsentierte „eine auf breiter historischer und geisteswissenschaftlicher Basis stehende Philosophie und Soziologie.“ (Deutsche Biographische Enzyklopädie. Band 1: Aachen-Boguslawski. München 1995. S. 343).

Nur multikausal lässt sich diese Expansion erklären: Denn sowohl die geburtenstarken Jahrgänge, die nun an die Universitäten drängten, als auch die verstärkte Nachfrage nach weiterführender Bildung bis zur Hochschulreife⁷⁰⁷ – bedingt durch die (soziale) Öffnung⁷⁰⁸ – und die zunehmende Akademisierung wurden zur Erklärung herangezogen.⁷⁰⁹ Schließlich, so meinte man im Untersuchungszeitraum, trugen auch die verlängerten Studienzeiten dazu bei.⁷¹⁰ Obgleich sich die Situation für Dahrendorf vice versa darstellte, stand er nicht alleine: Er führte die Überfüllung der Hochschulen nicht auf eine Naturgewalt, sondern auf ihre inneren, strukturellen Mängel zurück.

Der bis in die 1970er betriebene Hochschulausbau konnte jedoch nicht mit der Studienplatznachfrage mithalten⁷¹¹, was bereits Ritter 1960 prognostiziert hatte.⁷¹² Ein Missverhältnis zwischen Lehrkörper und Lehreinrichtungen auf der einen und den Studentenmassen auf der anderen Seite musste sich einstellen.⁷¹³ Das „hemmungslose Wachstum der Studentenschaft“ erschütterte die Universität massiv in ihren geistigen Fundamenten. Ein organisatorischer Umbau sei dringend vonnöten.⁷¹⁴ In diesem Wachstum sah man die Personifikation des Todes des Geisteslebens, wie es Zielinski, etwas pathetisch, formulierte. Der Run der Studenten nach Scheinen verhindere das Entstehen einer Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden.⁷¹⁵

Die Studenten „haben durch ihren quantitativen Druck gewissermaßen passiv eine Universität herausgefordert, die schon vorher ihren eigenen Zielen nicht mehr ge-

⁷⁰⁷ Auch Maier weist darauf hin, dass das Bevölkerungswachstum als entscheidender Faktor auf das Bildungswesen wirke. (Vgl. Maier, Hans: Reform in der Demokratie. In: Schwan, Alexander; Sontheimer, Kurt (Hg.): Reform als Alternative. S. 11-19. Hier: S. 14). Vgl. auch Anrich, Ernst: Die Idee der deutschen Universität und die Reform der deutschen Universitäten. S. 62.

⁷⁰⁸ Vgl. Löwenthal, Richard: Hochschule für die Demokratie. S. 14.

⁷⁰⁹ Vgl. Anrich, Ernst: Die Idee der deutschen Universität und die Reform der deutschen Universitäten. S. 62.

⁷¹⁰ Vgl. Becker, Karl-Wilhelm: Die Problematik der Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland. Gedanken zur bildungspolitischen Konzeption der Bundesregierung. In: Die Deutsche Universitätszeitung XIX (1970). S. 4; Müller, Werner: Die Expansion des höheren Bildungswesens. In: Erich Kolumbe; Wolfgang Bruhn (Hg.): Gestalt und Wandlung der Universität. S. 74; Oehler, Christoph: Hochschulentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland seit 1945. S. 14, 17, 18, 20; Peisert, Hansgert; Framheim, Gerhild: Das Hochschulsystem in der Bundesrepublik Deutschland. S. 63, 66.

⁷¹¹ Vgl. Oehler, Christoph: Hochschulentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland seit 1945. S. 20.

⁷¹² Vgl. Ritter, Gerhard: Die Krisis des deutschen Universitätswesens. S. 4.

⁷¹³ Vgl. auch Anrich, Ernst: Die Idee der deutschen Universität und die Reform der deutschen Universitäten. S. 68.

⁷¹⁴ Vgl. Ritter, Gerhard: Die Krisis des deutschen Universitätswesens. S. 4.

⁷¹⁵ Vgl. Zielinski, Johannes: Über die Hochschulreform und das Problem der Bildung unter besonderer Berücksichtigung von Aufgabe und Stellung der Technischen Hochschule in einer Industriekultur. In: Die Deutsche Universitätszeitung IV (1965). S. 15.

recht geworden war“⁷¹⁶, wie Narr den Zusammenhang zwischen der quantitativen und der qualitativen Seite des Problems interpretierte. Am besten lässt sich die Interdependenz zwischen der Expansion der Studentenmassen und ihrem wachsenden Einfluss mit einem mathematischen Terminus *technicus* beschreiben: Eine gewisse Proportionalität kann man im Untersuchungszeitraum eruieren⁷¹⁷; je größer die Studentenzahlen wurden desto größer wurde ihr Einfluss innerhalb des Diskurses.

2.6.2 Der Diskurs um Lösungsvorschläge

Wenn ich nach meiner Vorlesung am Dienstag und Donnerstag mittags 1 Uhr [...] das Auditoriengebäude verlasse, gerate ich jedes Mal in einen Menschenknäuel, der sich für Minuten nicht vorwärts bewegt. Aus allen Hörsälen dringen Studenten in großer Zahl und versuchen, durch den einzigen Ausgang des Baues ins Freie zu gelangen, um irgendwo [...] Mittag zu essen. In diesem Augenblick stellt sich fast automatisch die Assoziation „Masse“ oder „Massenuniversität“ ein.⁷¹⁸

Vor diesem Hintergrund muss die Hochkonjunktur von Schlagwörter wie „Massenproblem“, „Massenansturm“⁷¹⁹, „Vermassung“⁷²⁰ oder „Springflut der Studenten“ im öffentlichen Diskurs verstanden werden; die Hochschule wurde als Massenuniversität⁷²¹ charakterisiert, die immense Zunahme der Studentenzahlen als Charakteristikum der Entwicklung in der Nachkriegszeit herausgestellt.⁷²² Immer wieder wurde auch auf die damit verbundene Gefahr der Entstehung der Klasse des akademischen Proletariats hingewiesen.⁷²³

Die Frage, wie die bundesrepublikanischen Bildungseinrichtungen in die Lage versetzt werden könnten, die Studentenexpansion in den Griff zu bekommen, war eine

⁷¹⁶ Narr, Wolf Dieter: Krise oder Ende der Universitätsreform? Fünf Minuten nach zwölf – Ein Appell zur radikalen Universitätsreform. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfrage 23 (1969). S. 52.

⁷¹⁷ Vgl. ebd.

⁷¹⁸ Bahrtdt, H. P.: Soziologie der „Massenuniversität“. In: Universitätstage 1963. Universität und Universalität. S. 150-164. Hier: S. 150.

⁷¹⁹ Gehlen, Arnold: Zu den Problemen der Hochschulreform und der Unruhe unter den Studenten. In: Unternehmer und Bildung. Festschrift zum 60. Geburtstag von Ludwig Vaubel. S. 28.

⁷²⁰ Vgl. Habermas, Jürgen: Vom sozialen Wandel akademischer Bildung. In: Leibfried, Stephan (Hg.): Wider die Untertanenfabrik. S. 10-24. Hier: S. 10.

⁷²¹ Vgl. Löwenthal, Richard: Hochschule für die Demokratie. S. 14.

⁷²² Vgl. Schüle, Johann August: Monster oder Freiraum? S. 163.

⁷²³ Vgl. Ritter, Gerhard: Die Krisis des deutschen Universitätswesens. S. 3.

der zentralen Grundvoraussetzungen zur Lösung des quantitativen Problems⁷²⁴ und avancierte daher zu einem zentralen Moment im Diskurs.

Ein Blick aus der Vogelperspektive lässt hierbei drei Phasen sichtbar werden: Zunächst bemühte man sich um die Lösung des Problems mittels eines verstärkten Ausbaus und vermehrter Neubauten wissenschaftlicher Hochschulen. Enorme finanzielle, personelle und bauliche Anstrengungen wurden unternommen, doch wurden diese schon bald von der Realität eingeholt. – Erneut zeigt sich hier die Ambivalenz des Diskurses: Lange Zeit wagte man sich überhaupt nicht, dann nur zögerlich an inhaltliche Reformen heran, wie das folgende Zitat beweist:

Allgemein gesagt: Alle Reformen stehen unter Zeitdruck, ihnen mangelt eine Konzeption. Vor allem: Der notwendige Zusammenhang zwischen Reform und Bewältigung der Massen von Studenten ist nur ungenügend hergestellt. Das erhellt aus folgendem: Auf der einen Seite ruft man aus rein quantitativen Erwägungen – „wir werden mit der großen Zahl der Studenten nicht mehr fertig“ – nach quantitativen Maßnahmen: mehr Räume, mehr Personal! Auf der anderen Seite will man Veränderungen nur am (qualitativen) Maßstab des „Wesens der Universität“, der „unabdingbaren Einheit der Wissenschaft“ orientieren.⁷²⁵

Da ein Zusammenhang zwischen den erheblich längeren Studienzeiten und der stark angewachsenen Zahl der Studenten im Untersuchungszeitraum beobachtet wurde⁷²⁶, stelle man in einer weiteren Phase die Verkürzung der Studienzeiten und die Reduzierung der Durchlaufzeiten der Studenten, wie bereits im vorhergehenden Kapitel angesprochen, in den Fokus der Maßnahmen: Um den „Abbau des Studentenberges“ zu realisieren, wurde vorrangig von staatlicher Seite aus die Erhöhung der „Durchlaufgeschwindigkeit“ in Betracht gezogen. Von einer besseren Gliederung der Studenten erhoffte sich beispielsweise Dahrendorf die wachsenden Zahlen von Aspiranten sinnvollen Abschlüssen zuzuführen. Zur Realisierung einer inneren Reform votierte er daher für die Begrenzung der Studentenzahlen, sprich für die Einführung

⁷²⁴ Vgl. Neue Wege zur Hochschulreform: Differenzierte Gesamthochschule – Autonome Universität. Hg. v. Bergedorfer Gesprächskreis zu Fragen der freien industriellen Gesellschaft. S. 13: Daneben listete dieser noch zwei weitere Fragen auf, die es zu klären galt: „Wie sieht – erstens – die Welt aus, in die Absolventen unserer weiterführenden Bildungseinrichtungen heute gehen?“ und: „Zweitens müssen wir die Wünsche und Fähigkeiten der Menschen selbst in Rechnung stellen.“

⁷²⁵ Hess, Gerhard: Probleme der deutschen Hochschule und die Neugründungen. S. 10.

⁷²⁶ Vgl. Nitsch, Wolfgang: Hochschule. Soziologische Materialien. S. 105.

des Numerus clausus⁷²⁷, womit er nicht alleine war.⁷²⁸ Schließlich realisierte man, dass der bisherige Ausbau nicht ausreiche. An diesem Punkt angelangt sah man nur noch die Möglichkeit, einen Numerus clausus einzuführen, um die Qualität des Studiums auch weiterhin garantieren zu können.⁷²⁹

2.6.3 Die Problematik des Numerus clausus

Als kurzfristige Maßnahme, die nicht von der eigentlich notwendigen Studienreform entband⁷³⁰, zog man, wie bereits erwähnt, die Einführung eines Numerus clausus in Betracht, der im Laufe des Untersuchungszeitraums von einer stetig wachsenden Zahl von Universitäten in verschiedenen Disziplinen praktiziert wurde bzw. werden musste, um ein ordnungsgemäßes Studium – gerade in den sogenannten Massenfächern, wo sich die Situation besonders problematisch gestaltete⁷³¹ – gewährleisten zu können.⁷³² Kontinuierlich verschlechterte sich die Situation: So konstatierte der Kölner Assistent Karpen 1971, dass es in immer mehr Fächern Zulassungsbeschränkungen gebe.⁷³³

Dass dieses Thema sowohl in der Öffentlichkeit⁷³⁴ als auch in der Universität nicht unumstritten war, ist offensichtlich: Aufgrund der problematischen Rechtslage, bedeutete der Numerus clausus letztendlich nichts anderes als eine Verweigerung des im Grundgesetz fixierten Grundrechts⁷³⁵ auf freie Berufswahl, entwickelte sich die Diskussion äußerst emotionsgeladen.

⁷²⁷ Vgl. Dahrendorf, Ralf: Bildung ist Bürgerrecht. S. 106, 112.

⁷²⁸ Hentig konstatierte, dass die Massenuniversität der Wiederherstellung der Möglichkeit, das Studium selbst zu bestimmen, präventiv entgegen wirke. (Vgl. Hentig, Hartmut von: Studieren als politischer Vorgang oder: Schule ohne Abschluss – Universität ohne Anfang. S. 85-122. Hier: S. 89).

⁷²⁹ Als flankierende Maßnahmen wurden ferner die Berechnung von Kapazitäten, die Erweiterung des Lehrangebots, die Realisierung des Fernstudiums im Medienverbund, Zentralfonds für Reformexperimente, Bedarfsprognosen und eine Intensivierung der Berufsforschung diskutiert. (Vgl. Das Thema Numerus clausus vor dem Bundestag. In: Die Deutsche Universitätszeitung III (1970). S. 12).

⁷³⁰ Vgl. Henckel, Wolfram: Die Gegenwart: Geordnetes Studium oder Paukschule. Der Nutzen der Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Studienreform hängt von der Art ihrer Ausführung ab. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. Mai 1967.

⁷³¹ Vgl. Westphalen, Tilmann: Studienzeitverkürzung, Massenmedium und Universitätsreform. In: Die deutsche Universitätszeitung II (1968). S. 8-13. Hier: S. 9.

⁷³² Vgl. Peisert, Hansgert; Framheim, Gerhild: Das Hochschulsystem in der Bundesrepublik Deutschland. S. 81f.

⁷³³ Vgl. Karpen, Hans-Ulrich: Zulassungskriterien für Numerus-clausus-Fächer. Bemerkungen und Vorschläge zu einer unerträglichen Situation. In: Die Deutsche Universitätszeitung XX (1971). S. 662.

⁷³⁴ So titelte beispielsweise die Frankfurter Rundschau am 22. Oktober 1969 „Numerus clausus – ein bildungspolitischer Skandal“.

⁷³⁵ Vgl. Karpen, Hans-Ulrich: Zulassungskriterien für Numerus-clausus-Fächer. Bemerkungen und Vorschläge zu einer unerträglichen Situation. In: Die Deutsche Universitätszeitung XX (1971). S. 662.

Bereits 1966 hatte Hess präjudiziert, dass die Einführung eines solchen einem „schweren Schlag für die demokratische Bildungspolitik“⁷³⁶ gleichkäme. Und nicht nur Ries konstatierte kategorisch, dass der Numerus clausus keine Lösung darstelle.⁷³⁷ Zumal dieser konservative Züge trage, seine Institutionalisierung zur „Etablierung neuer, jetzt ökonomisch motivierter Bildungsmonopole führen“ würde.⁷³⁸ Der Numerus clausus stehe dem Recht auf Bildung, das zuvor vonseiten der Politik propagiert worden war, diametral gegenüber, so auch die studentische Meinung. Er stelle eine weitere soziale Barriere dar.

Um allerdings langfristig eine Lösung des „Massenproblems“ herbeizuführen, musste das gesamte Bildungswesen einer Neuordnung unterzogen werden,⁷³⁹ musste eine vorausschauende Bildungsplanung⁷⁴⁰ flankiert von einer durchdachten Begabungslenkung realisiert werden. Eine Lenkung unterhalb des Hochschulbereichs wurde von Funktionalisten als wichtig erkannt.⁷⁴¹

2.6.4 Die Frage der Zulassungskriterien

Infrage wurden auch die Zulassungskriterien zu derart restringierten Studiengängen gestellt. Immer häufiger geriet das Abitur als alleiniges, als aussagekräftiges Zulassungskriterium in die Kritik⁷⁴² – schließlich lag die Übergangsquote für Absolventenjahrgänge bis 1973 bei ca. 90 Prozent.⁷⁴³ Aufgrund der nicht mehr existenten Einheit des Gymnasiums, so eine verbreitete Meinung, habe das Abiturzeugnis an sich keine homogene Aussagekraft mehr. Hinzu kämen ferner die erheblichen Qualitätsunterschiede zwischen den einzelnen Schulen.⁷⁴⁴ Vor diesem Hintergrund verwundert der bildungspolitische Wunsch nach einer Abkehr von der allgemeinen

⁷³⁶ Hess, Gerhard: Probleme der deutschen Hochschule und die Neugründungen. S. 25.

⁷³⁷ Vgl. Riese, Hajo: Hochschulreform und kein Ende. In: Gegenwartskunde. Zeitschrift für Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Bildung 17 (1968). S. 22.

⁷³⁸ Ebd. S. 22/23.

⁷³⁹ Vgl. Martin, Berthold: Ziele der Hochschulreform heute. In: Die Deutsche Universitätszeitung IV (1969). S. 5.

⁷⁴⁰ Vgl. Heppe, Hans von: Aufbau- und Organisationsfragen der Universität. In: Erich Kolumbe; Wolfgang Bruhn (Hg.): Gestalt und Wandlung der Universität. S. 109.

⁷⁴¹ Vgl. Neue Wege zur Hochschulreform: Differenzierte Gesamthochschule – Autonome Universität. Hg. v. Bergedorfer Gesprächskreis zu Fragen der freien industriellen Gesellschaft. S. 22.

⁷⁴² Vgl. beispielsweise Dahrendorf, Ralf: Bildung ist Bürgerrecht. S. 101/102; Dietzel, Gottfried T.: Die Zwischenprüfung im Streit der Argumente. In: Die Deutsche Universitätszeitung VI (1968). S. 20; Karpen, Hans-Ulrich: Zulassungskriterien für Numerus-clausus-Fächer. Bemerkungen und Vorschläge zu einer unerträglichen Situation. In: Die Deutsche Universitätszeitung XX (1971). S. 662.

⁷⁴³ Vgl. Peisert, Hansgert; Framheim, Gerhild: Das Hochschulsystem in der Bundesrepublik Deutschland. S. 65.

⁷⁴⁴ Vgl. Karpen, Hans-Ulrich: Zulassungskriterien für Numerus-clausus-Fächer. Bemerkungen und Vorschläge zu einer unerträglichen Situation. In: Die Deutsche Universitätszeitung XX (1971). S. 662; W.S.: Widersprüchliches zum Numerus clausus. Regelstudienzeit, Studienordnung, Prüfungen in der Diskussion. In: Die Deutsche Universitätszeitung VIII (1971). S. 244.

Hochschulreife nicht.⁷⁴⁵ Man müsse davon abkommen, dass 80 % der Abiturienten den universitären Weg einschlugen. Vielmehr müsse ein neuer Abschluss für junge Leute angestrebt werden, der es ihnen erlaube, direkt nach der Schule in der Industrie anzufangen.⁷⁴⁶

Ein Nachweis der Studierfähigkeit wurde aber – sogar 1966 auch vonseiten des VDS⁷⁴⁷ – als essentiell erachtet, da er zur Entlastung der Universitäten von ungeeigneten Studenten beitragen sollte.⁷⁴⁸ Dabei muss man die Pläne hinsichtlich der Einführung eines fachgebundenen Abiturs noch als gemäßigt charakterisieren, muten die verschiedenen Alternativen zum Abitur als Zulassungskriterium, die im Diskurs vorgebracht wurden⁷⁴⁹, für damalige Verhältnisse sehr innovativ an: Einer der weiter verbreiteten Vorschläge war der Hochschuleingangsprüfungen zu schaffen.⁷⁵⁰ Der Erziehungswissenschaftler und Bildungsforscher Edding⁷⁵¹ forderte beispielsweise am Ende des Untersuchungszeitraumes, dass die künftigen Studenten zunächst Praktika in verschiedenen Diensten absolvieren sollten, bevor sie das Studium mit 22 Jahren aufnehmen könnten. Dieses sollte den Charakter eines Intervallstudiums mit vorgängiger Berufsausbildung tragen; lebenslanges Lernen setzte er

⁷⁴⁵ Vgl. beispielsweise Gillessen, Günther: Sand im Universitätsgetriebe. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. Juli 1967; Karpen, Hans-Ulrich: Zulassungskriterien für Numerus-clausus-Fächer. Bemerkungen und Vorschläge zu einer unerträglichen Situation. In: Die Deutsche Universitätszeitung XX (1971). S. 662.

⁷⁴⁶ Vgl. Grimm, E. P.: Das Abitur ist keine Einbahnstraße zur Universität. Gegenwärtig studieren 80 Prozent eines Abiturienten-Jahrgangs. In: Die Deutsche Universitätszeitung V (1971). S. 151.

⁷⁴⁷ Vgl. Auswahl der Medizinstudenten. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27. August 1966.

⁷⁴⁸ Vgl. Dietzel, Gottfried T.: Die Zwischenprüfung im Streit der Argumente. In: Die Deutsche Universitätszeitung VI (1968). S. 20.

⁷⁴⁹ Im Kontext dieser Alternativen wird erneut die Forderung nach einem stärkeren Praxisbezug greifbar.

⁷⁵⁰ Vgl. Dahrendorf, Ralf: Bildung ist Bürgerrecht. S. 102: Als Alternative bot es sich seines Erachtens an, dem Abitur wieder zu seinem eigenen Gewicht zu verhelfen; Löwenthal, Richard: Hochschule für die Demokratie. S. 57. Auch Dohnanyi sprach sich für vom Abitur abhängige Hochschuleingangsprüfungen aus. (Vgl. Maier, Hans: Hochschuleingangsprüfungen statt Abitur? In: Die Deutsche Universitätszeitung XIX (1972). S. 789-790. Hier: S. 789).

⁷⁵¹ Friedrich Edding (1909-2002) nahm zunächst ein Theologiestudium in Bonn und Berlin auf, bevor er im sechsten Semester zu den Fächern Geschichte und Germanistik wechselte. Staatsexamen und Promotion legte er in Kiel ab. Danach war er von 1936-43 am Statistischen Reichsamt in Berlin tätig. Schließlich wurde er zum Kriegsdienst einberufen. Bereits während seiner Tätigkeit am Institut für Weltwirtschaft der Universität Kiel konzentrierte er sich immer mehr auf seine spätere Spezialdisziplin, die Bildungsökonomie. Im Zeitraum von 1959 bis 1963 war er Professor für Bildungsökonomie an der Hochschule für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt/M. Es folgte 1964 ein Ruf an die Technische Universität Berlin. Zeitgleich dazu war er auch bis zu seiner Emeritierung im Jahr 1977 Direktor am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin. Von Relevanz ist darüber hinaus seine Tätigkeit als Mitglied der Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates (1966.1972). „Seine Bemühungen, das Bildungswesen auch von wirtschaftlichen und finanzwissenschaftlichen Gesichtspunkten her zu verstehen, haben ihm im In- und Ausland einen Namen geschaffen.“ (Edding, Friedrich. In: Munzinger online. <https://www.munzinger.de>. Aufgerufen am 18.03.2010).

voraus.⁷⁵² Noch einen Schritt weiter ging die Forderung Pichts, der die Abschaffung des Abiturs und der Universitäten herkömmlicher Art forcierte. Er vertrat die Ansicht, dass nur noch studieren dürfe, wer bereits einen Beruf erlernt habe.⁷⁵³ Aufgrund der rechtlichen Bedenken und der noch recht guten Relation zwischen Abiturienten und Studienplätzen erschienen die Vorschläge jedoch als nicht praktikabel. Zudem führten ihre Gegner an, dass die Notengebung an der Schule einen viel längeren Zeitraum als die punktuelle Prüfung an der Universität umfasse. Der Hochschulzugang sei daher nicht von Schulleistungen abhängig zu machen.⁷⁵⁴ Auch wurde die Überforderung der Hochschulen hinsichtlich des Aufbaus eines Prüfungswesens zur Kontrolle der Hochschulreife befürchtet. Eine weitere Differenzierung und Vereinheitlichung des Abiturs müsse dagegen erklärtes Ziel werden.⁷⁵⁵

1971 intendierte die Westdeutsche Rektorenkonferenz, 60 Prozent der Studienplätze nach Leistung und 40 Prozent nach dem Anciennitätsprinzip zu vergeben.⁷⁵⁶ Ein Jahr später wurde schließlich die Zentrale Vergabestelle für Studienplätze ins Leben gerufen.⁷⁵⁷

2.7 Ordnungsrecht / Akademisches Disziplinarrecht

Obleich der Aspekt des Akademischen Disziplinarrechts bzw. des Ordnungsrechts im Diskurs insgesamt lediglich eine untergeordnete Rolle spielt – rein zeitlich betrachtet stellen die Diskussionen eher ein kurzes Intermezzo dar –, soll er doch an dieser Stelle skizzenhaft Erwähnung finden: Denn vor dem Hintergrund der Studentenproteste in den Jahren 1968 und 1969 erlangte das Thema des akademischen Disziplinarrechts bzw. des Ordnungsrechtes nicht nur an den Universitäten, sondern auch in der Öffentlichkeit einen ganz besonderen Stellenwert.

Hatte man von studentischer Seite bereits die Eliminierung der universitären Disziplinargerichtsbarkeit postuliert⁷⁵⁸, begegnete man dem geplanten Ordnungsrecht

⁷⁵² Vgl. Maier, Hans: Hochschuleingangsprüfungen statt Abitur? In: Die Deutsche Universitätszeitung XIX (1972). S. 789.

⁷⁵³ Vgl. ebd.

⁷⁵⁴ Vgl. W.S.: Widersprüchliches zum Numerus clausus. Regelstudienzeit, Studienordnung, Prüfungen in der Diskussion. In: Die Deutsche Universitätszeitung VIII (1971). S. 244.

⁷⁵⁵ Vgl. Maier, Hans: Hochschuleingangsprüfungen statt Abitur? In: Die Deutsche Universitätszeitung XIX (1972). S. 789.

⁷⁵⁶ Vgl. Karpen, Hans-Ulrich: Zulassungskriterien für Numerus-clausus-Fächer. Bemerkungen und Vorschläge zu einer unerträglichen Situation. In: Die Deutsche Universitätszeitung XX (1971). S. 664.

⁷⁵⁷ Vgl. Peisert, Hansgert; Framheim, Gerhild: Das Hochschulsystem in der Bundesrepublik Deutschland. S. 82.

⁷⁵⁸ Vgl. Simon, Uwe-Rainer: Vorstellungen zur Hochschul- und Studienreform. In: Studenten zur Hochschulreform. Hannover 1968. S. 44.

ebenfalls äußerst kritisch – zumal man darin ein Kampfmittel gegen die Revolte der Studenten sah. Das schnelle staatliche Agieren erweckte den Anschein, als „packe der Staat den Knüppel aus“, bevor er die nötigen Reformen realisiere.⁷⁵⁹ – Tatsächlich forcierte der Staat vor dem Hintergrund der Studentenunruhen die Einführung eines solchen.⁷⁶⁰ – Aufs Heftigste wurde daher nicht nur von studentischer Seite aus die Gewichtung gerügt: Einem Disziplinierungsinstrument, so stellte es sich dem Verband Deutscher Studentenschaft dar, werde der Reform der Hochschulen gegenüber eindeutig der Vorrang gegeben.⁷⁶¹ Diese widerspreche der eigentlichen Intention, die mit dem Ordnungsrecht verbunden sein müsse, nämlich einen Beitrag zur Befriedung und Versöhnung der widerstreitenden Gruppen zu leisten.⁷⁶² Keineswegs dürfe die Einführung eines neuen Ordnungsrechts die Hochschulreform ersetzen – vielmehr sei das genaue Gegenteil der Fall: Ein Polizeieinsatz könne nur dann präventiv gegenüber Unruhen wirken, wenn simultan die Hochschulreform in Gang käme.⁷⁶³

Da es sich bei dem Disziplinarrecht tatsächlich um ein Relikt aus dem Mittelalter gehandelt hatte – oder anders formuliert: es ein Residuum der akademischen Spezialgerichtsbarkeit darstellte⁷⁶⁴, herrschte weitestgehend Konsens darüber, dass das Disziplinarrecht auf der inhaltlichen Ebene einer Reform bedürfe.⁷⁶⁵ Generell wurden zwei Bereiche des zu schützenden Rechtsgutes differenziert: Zum einen ging es um den Schutz der „Würde und des Ansehens“ der Universität; zum anderen um die Beibehaltung dieses universitären Rechts zum Schutze der Wissenschaftsfreiheit. Die Majorität der Diskutanten vertrat die Position, dass die Universität nicht gänzlich auf ein solches „inneruniversitäres, modernes Disziplinar- oder Hausordnungs-

⁷⁵⁹ Vgl. Karpen, Hans-Ulrich: Briefe an die Herausgeber: Das Ordnungsrecht an den Hochschulen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. April 1969.

⁷⁶⁰ Vgl. Benda will ein Ordnungsrecht für alle Hochschulen. Erste Sitzung der „Bund-Länder-Kommission“ über die Studentenunruhen / Vorschläge der Regierung / Kiesinger drängt zu Entscheidungen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. Februar 1969; Kiesinger und Brandt wollen Hochschulreform forcieren. Die Vorschläge für ein einheitliches Ordnungsrecht / Relegation als schärfstes Mittel empfohlen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. Februar 1969; Einigung über Ordnungsrecht. Filbinger für Entwurf der Strelitz-Kommission / Konferenz am Freitag. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27. Februar 1969.

⁷⁶¹ Vgl. Das Ordnungsrecht an Hochschulen. Scharfer Protest des VDS gegen den Beschluss des Ministerpräsidenten. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29. März 1969.

⁷⁶² Vgl. Karpen, Hans-Ulrich: Briefe an die Herausgeber: Das Ordnungsrecht an den Hochschulen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. April 1969.

⁷⁶³ Vgl. Winters, Peter Jochen: Ordnungsrecht? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. Juli 1969.

⁷⁶⁴ Vgl. Geulen, Reiner: Im Räderwerk – Zum akademischen Disziplinarrecht. In: Leibfried, Stephan (Hg.): Wider die Untertanenfabrik. Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule. S. 194-201. Hier: S. 195.

⁷⁶⁵ Vgl. Kühnert, Hanno: Würde, Sitte und Ehrenhaftigkeit. Die Universität braucht ein Ordnungswerk, kein Ständerecht. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. Juli 1968.

recht“ verzichten könne, da Störungen von Forschung und Lehre präventiv begegnet werden müsste⁷⁶⁶: „Alles, was die Funktionsfähigkeit des Forschungs- und Lehrbetriebes stört, muss getroffen und lahmgelegt werden können. Die Universität sollte im Rahmen ihrer Aufgaben ein Polizeirecht haben, zumal die Polizei auf akademischem Gelände keinen Zutritt hat.“ Bezüglich dieses Aspektes wurde anstelle der existierenden Generalklausel⁷⁶⁷ die genaue Definition der Disziplinarstrafen – angefangen bei der mündlichen Verwarnung bis hin zum schriftlichen Verweis – und auch die der Ordnungsverstöße als besonders wichtig erachtet, um Willkür und Unsicherheit aus dem Disziplinarverfahren zu beseitigen.⁷⁶⁸ Dem Aspekt der Transparenz geschuldet war die Forderung die Verhandlungen vor dem Disziplinargericht und die Rechtssprüche desselben wie normale Urteile zu behandeln und die gefallenen Entscheidungen zu publizieren. Dabei sollte der Aspekt der Störung des Wissenschaftsbetriebs explizit genannt werden.

Vom rein terminologischen Standpunkt aus betrachtet sollten die Sanktionen auf das Verhalten der Universität beschränkt sein, da ein legitimer Erziehungsauftrag dieser Institution nicht existiere.⁷⁶⁹ Mit dieser Forderung gelangt man aber an einen weiteren neuralgischen Punkt hinsichtlich des Disziplinarrechts: Denn wo sollte dieses beginnen und wo sollte es aufhören? Eine klare Abgrenzung war unumgänglich, aber auch äußerst problematisch: Schließlich war man vom Gedanken, dass es beispielsweise mit der Verletzung des Anstandes und Ungehorsams gegenüber Anordnungen akademischer Behörden beginnen sollte, abgekommen.⁷⁷⁰ Die Sanktionen des Disziplinarrechts sollten sich nunmehr auf den universitären Bereich konzentrieren, da der Universität nun nicht mehr länger – wie in der ersten Phase der Hochschulreform – ein Erziehungsauftrag zugestanden wurde.⁷⁷¹

War der Aspekt der Vollstreckung schon immer prekär gewesen, da die Universität im Fall von Zwang auf Polizei- und Ordnungsbehörden rekurrieren musste, wurde er auch im Untersuchungszeitraum kontrovers diskutiert: Sollte der Rektor oder ein

⁷⁶⁶ Vgl. ebd.; Winters, Peter Jochen: Ordnungsrecht? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. Juli 1969.

⁷⁶⁷ Vgl. Geulen, Reiner: Im Räderwerk – Zum akademischen Disziplinarrecht. In: Leibfried, Stephan (Hg.): Wider die Untertanenfabrik. S. 200.

⁷⁶⁸ Vgl. Kühnert, Hanno: Würde, Sitte und Ehrenhaftigkeit. Die Universität braucht ein Ordnungswerk, kein Standesrecht. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. Juli 1968.

⁷⁶⁹ Geulen, Reiner: Im Räderwerk – Zum akademischen Disziplinarrecht. In: Leibfried, Stephan (Hg.): Wider die Untertanenfabrik.

⁷⁷⁰ Vgl. Kühnert, Hanno: Würde, Sitte und Ehrenhaftigkeit. Die Universität braucht ein Ordnungswerk, kein Standesrecht. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. Juli 1968.

⁷⁷¹ Vgl. Geulen, Reiner: Im Räderwerk – Zum akademischen Disziplinarrecht. In: Leibfried, Stephan (Hg.): Wider die Untertanenfabrik. S. 200.

Beauftragter von Staat oder Universität Ordnungssanktionen verhängen? Oder sollte diese Kompetenz Ordnungsausschüssen, die in justizförmlichen Verfahren handeln sollten, zufallen? Oder sollte gar eine Art „Schnelljustiz“ installiert werden?⁷⁷² Zwar sei es nicht unerlässlich, dass die Ordnungsentscheidungen sofort vollstreckt werden konnten, doch, so gab Karpen zu bedenken, habe das Ordnungsrecht auch in ruhigeren Zeiten zu gelten.⁷⁷³

Die Diskussion wurde letztendlich von der Realität eingeholt: Die Planungen hinsichtlich eines Ordnungsrechtes scheiterten schließlich, da sechs von elf Bundesländern die Ratifizierung des Staatsvertrages ablehnten.⁷⁷⁴

2.8 Politisches Mandat der Studentenschaft

2.8.1 Überblick über den Diskurs

Nicht minder umstritten war das politische Mandat der Studentenschaft. Unter diesem verstand man den Anspruch der Studentenschaft als zwangsweisen Zusammenschluss aller Studenten zu allgemein politischen Fragen, die sich nicht unter die Kategorie Hochschul- und Bildungspolitik subsumieren ließen, Stellung zu nehmen.⁷⁷⁵

Seit 1946 hatte sich der studentische Aufgabenbereich ausgeweitet. Über den Paragraphen der politischen Bildung gelangte das politische Mandat in die Studentenschaft hinein⁷⁷⁶ und wurde von ihnen – geduldet – in Anspruch genommen.

War das Thema bereits schon zu Beginn der 1960er virulent, erfuhr der Diskurs nach der Ermordung Benno Ohnesorgs im Jahr 1968 nochmals eine Intensivierung. Zur gleichen Zeit gewann er durch verschiedene Rechtsgutachten in den Jahren 1967/1968 auch juristisch schärfere Konturen⁷⁷⁷: Als sich nämlich die Auseinandersetzungen zwischen den Studenten und der staatlichen und universitären Verwaltung

⁷⁷² Vgl. Karpen, Hans-Ulrich: Briefe an die Herausgeber: Das Ordnungsrecht an den Hochschulen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. April 1969; ders.: Professorenstreik als Mittel des Ordnungsrechtes? Zur Diskussion des Entwurfs eines Hochschulrahmengesetzes. In: Deutsche Universitätszeitung IX (1972). S. 376-380. Hier: S. 378f.

⁷⁷³ Vgl. Vgl. Karpen, Hans-Ulrich: Briefe an die Herausgeber: Das Ordnungsrecht an den Hochschulen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. April 1969.

⁷⁷⁴ Vgl. Ordnungsrecht praktisch gescheitert. Sechs von elf Bundesländern wollen Staatsvertrag nicht ratifizieren. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. Juni 1969.

⁷⁷⁵ Vgl. Adam, Heribert: Studentenschaft und Hochschule. Möglichkeiten und Grenzen studentischer Politik. Frankfurt am Main 1965 (= Frankfurter Beiträge zur Soziologie 17). S. 43; Mützelburg, Dieter: Das Politische Mandat der Studentenschaft als wissenschaftliche Verantwortung. In: Deutsche Universitätszeitung XII (1967). S. 3-6. Hier: S. 3.

⁷⁷⁶ Vgl. Eschenburg, Theodor: Das „politische Mandat“ der Studentenschaften. In: Jacobsen, Hans-Adolf; Dollinger, Hans (Hg.) unter Mitwirkung von Bredow, Wilfried von: Die Deutschen Studenten. S. 358-360. Hier: S. 358, 360.

⁷⁷⁷ Vgl. Ridder, Helmut; Ladeur, Karl-Heinz: Das sogenannte politische Mandat von Universität und Studentenschaft. Rechtsgutachten. Köln 1973. S. 7.

immer mehr zuspitzten, unternahm die letzt genannte Gruppe immer häufiger Versuche das politische Mandat einzudämmen.⁷⁷⁸

Gerade im Jahr 1968 kam es verschiedentlich zur Verkündung von Gerichtsurteilen, die den Studenten das politische Mandat bestritten, so beispielsweise in Mannheim.⁷⁷⁹ Als die justizielle Realisierung tief greifendere Konsequenzen mit sich brachte, trat der Diskurs in den Jahren 1971/72 in eine neue Phase ein. Neue Argumente wurden in dieser jedoch nicht mehr hervorgebracht, sondern die alten lediglich verdichtet⁷⁸⁰, die nun im Folgenden einer Analyse unterzogen werden sollen.

2.8.2 Die formaljuristische Argumentation: Negation des politischen Mandats

Da sich der studentische Aufgabenbereich allmählich ausgeweitet hatte, ohne zunächst auf Gegenwehr zu stoßen, wurde im Diskurs häufig der Hinweis auf das Gewohnheitsrecht bemüht. Doch mindestens genauso häufig wurde er schließlich von Gegnern des politischen Mandats bestritten.⁷⁸¹

Immer wieder stößt man im Diskurs auf solch kategorische, oftmals professorale Äußerungen wie die folgende: „Ein demokratisches Mandat hat der Student als solcher nicht inne.“⁷⁸² Immer wieder wurde von juristischer Seite im Diskurs auf das Prinzip der negativen Koalitionsfreiheit hingewiesen und die Basis des von den Organen der Studentenschaft beanspruchten Rechts „im Namen aller Studenten zu allgemeinpolitischen Fragen Stellung zu nehmen und Forderungen aufzustellen“ in Frage gestellt.⁷⁸³ Denn die Studentenschaft als Zwangskörperschaft vertrat dadurch auch die allgemein-politischen Interessen der Unterlegenen, was letztlich eine Kollision mit den Freiheitsrechten des Einzelnen bedeuten konnte⁷⁸⁴ und als Argument

⁷⁷⁸ Vgl. Leibfried, Stephan; Preuß, Ulrich K.: Wissenschaft als gesellschaftliche Praxis im Interesse der Emanzipation – Thesen zum politischen Mandat der Studentenschaft. In: Leibfried, Stephan (Hg.): Wider die Untertanenfabrik. Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule. S. 340-352. Hier: S. 340.

⁷⁷⁹ Vgl. u. a. Gericht spricht politisches Mandat ab. Studenten bekommen gegen AStA Recht / Entscheidung in Mannheim. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. August 1968; Gericht bestreitet politisches Mandat der Studenten. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. März 1968.

⁷⁸⁰ Vgl. Ridder, Helmut; Ladeur, Karl-Heinz: Das sogenannte politische Mandat von Universität und Studentenschaft. Rechtsgutachten. Köln 1973. S. 7f.

⁷⁸¹ Vgl. Bieler, Frank: Zum Streit um das politische Mandat der Studentenschaften. In: Die Deutsche Universitätszeitung II (1972). S. 68-71. Hier: S. 71.

⁷⁸² Erklärung zur Hochschulreform des Präsidiums des Hochschulverbandes vom 27. April 1968. In: Jacobsen, Hans-Adolf; Dollinger, Hans (Hg.) unter Mitwirkung von Bredow, Wilfried von: Die Deutschen Studenten. S. 183.

⁷⁸³ Bieler, Frank: Zum Streit um das politische Mandat der Studentenschaften. In: Die Deutsche Universitätszeitung II (1972). S. 68.

⁷⁸⁴ Vgl. Mützelburg, Dieter: Das Politische Mandat der Studentenschaft. In: Die Deutsche Universitätszeitung XII (1967). S. 4.

gegen das politische Mandat herangezogen wurde.⁷⁸⁵ Wegen ihres Charakters als Zwangskörperschaft⁷⁸⁶, so folgte die Opposition zum politischen Mandat, müsse die Studentenschaft als Pflichtverband weiterhin auf jene Bereiche beschränkt bleiben, die ihr vorgeschrieben seien.⁷⁸⁷

Damit ist auch schon der nächste kontrovers diskutierte Aspekt angesprochen: das Ausmaß der Stellungnahmen. Kritiker des politischen Mandats wiesen dezidiert darauf hin, dass die Organe der Studentenschaft zu politischen Fragen lediglich im Rahmen studentischer Interessen Stellung nehmen durften. Ihre Stellungnahmen sollten nicht über den Rahmen der Hochschulpolitik hinausgehen.⁷⁸⁸ Zumal der Studentenschaft nicht die Funktion eines politischen Vertretungsorgans zukomme.⁷⁸⁹ „Als Pflichtverband muß die Studentenschaft in der Tat auf jene Bereiche beschränkt bleiben, die ihr heute vorgeschrieben sind. Ein politisches Mandat ist dafür untauglich.“⁷⁹⁰ Im Falle einer Anmaßung einer solchen Befugnis verletze die Studentenschaft das Grundrecht jeden Zwangsmitgliedes.⁷⁹¹ Gerne wurde in diesem Kontext auch das Argument vorgetragen, dass der AStA als Gliedkörperschaft der Hochschule nicht mehr Rechte als diese haben kann und diese verfüge eben gerade nicht über das Recht zu außeruniversitären Aspekten Stellung zu nehmen.⁷⁹²

⁷⁸⁵ Vgl. Benzinger, Josef: Die SPD zum sogenannten politischen Mandat. In: Die Deutsche Universitätszeitung VIII/IX (1968). S. 41; Wildenmann, Rudolf: Die Universität ist keine Ersatzpartei / Bemerkungen zum politischen Mandat. In: Die Deutsche Universitätszeitung VIII/IX (1968). S. 34-37. Hier: S. 34.

⁷⁸⁶ In diesem Kontext warfen Gegner des politischen Mandats dieser Zwangskörperschaft die Frage nach einer Auflösung des Allgemeinen Studentenausschusses auf: Sollte man an dessen Stelle freiwillige gewerkschaftliche Vereinigungen initiieren? Letztendlich musste sich aber auch jene Gruppe eingestehen, dass eine Abschaffung des AStAs nicht möglich sei, da es immer bestimmte Aufgabenkomplexe gibt, die zu erledigen sind. Nichts desto trotz sollte er genauso funktional wie andere Universitätsorgane behandelt werden; so sollte beispielsweise die Universität seinen Haushalt übernehmen, um dadurch den Weg für freiwillige Studentenorganisationen frei zu machen. (Vgl. Wildenmann, Rudolf: Die Universität ist keine Ersatzpartei. Bemerkungen zum politischen Mandat. In: Die Deutsche Universitätszeitung VIII/IX (1968). S. 37).

⁷⁸⁷ Vgl. Wildenmann, Rudolf: Die Universität ist keine Ersatzpartei. Bemerkungen zum politischen Mandat. In: Die Deutsche Universitätszeitung VIII/IX (1968). S. 37.

⁷⁸⁸ Vgl. Bieler, Frank: Zum Streit um das politische Mandat der Studentenschaften. In: Die Deutsche Universitätszeitung II (1972). S. 69.

⁷⁸⁹ Vgl. ebd. S. 70.

⁷⁹⁰ Wildenmann, Rudolf: Die Universität ist keine Ersatzpartei / Bemerkungen zum politischen Mandat. In: Die Deutsche Universitätszeitung VIII/IX (1968). S. 37.

⁷⁹¹ Vgl. ebd.

⁷⁹² Vgl. Eschenburg, Theodor: Das „politische Mandat“ der Studentenschaften. In: Jacobsen, Hans-Adolf; Dollinger, Hans (Hg.) unter Mitwirkung von Bredow, Wilfried von: Die Deutschen Studenten. S. 360; Der Kölner Verwaltungsgerichtsentscheid vom 11. April 1968 über das politische Mandat der Bonner Studentenschaft (mit Auszug aus der Urteilsbegründung). In: Jacobsen, Hans-Adolf; Dollinger, Hans (Hg.) unter Mitwirkung von Bredow, Wilfried von: Die Deutschen Studenten. S. 361-367. Hier: S. 363.

Doch die Zeitgenossen waren sich auch durchaus darüber im Klaren, dass eine dezierte Abgrenzung von hochschulpolitischen und allgemein politischen Fragen nicht unproblematisch war.⁷⁹³

2.8.3 Die Instrumentalisierung der Freiheit von Forschung und Lehre: Unterstützung des politischen Mandats

Wiesen die Stellungnahmen der Hochschulen zumeist ein hohes Maß an Ambivalenz auf – denn zum einen rekurrierte man darin auf die juristische Unzulänglichkeit der studentischen Meinungsäußerungen, zum anderen jedoch beteuerte man die konstruktive Teilnahme der Studentenschaft am politischen Leben⁷⁹⁴ – stieß die Indienstnahme von juristischen Argumenten bei der Studentenschaft auf wenig Gegenliebe. Sie entlarvte die Opposition zum politischen Mandat als politische Opposition, die lediglich juristisch getarnt sei.⁷⁹⁵ Zudem führte sie ins Feld, dass das politische Mandat einen Bestandteil der wissenschaftlichen Methodik darstelle.⁷⁹⁶

Als übliches Argument zugunsten des politischen Mandats wurde die durch Wahl übertragene Aufgabe, die Studentenschaft zu vertreten, ins Feld geführt. Dieses Recht erhalte sie durch die Satzung.⁷⁹⁷ Demgegenüber betonten die Gegner, dass sich dieser Vertretungsanspruch lediglich auf die notwendigen Aufgaben der Studentenschaft beziehe. Im Aufgabenkatalog, in der Satzung fixiert, sei nicht von politischer Betätigung die Rede. Auch die Ablehnung des politischen Mandats durch die Justiz beruhe auf dem Hinweis auf die Aufgabenbegrenzung; als Analogie verwies man auf diese gegenüber öffentlichen Verbänden und Selbstverwaltungsorganen.⁷⁹⁸ Großer Beliebtheit erfreute sich das Argument der besonderen gesellschaftlichen Stellung des Studenten. Seine kritische Funktion verleihe ihm eine besondere Verantwortung zu politischem Handeln.⁷⁹⁹ Doch Gegner akzeptierten dieses Argument nicht.⁸⁰⁰ Sie ließen ihre intellektuellen Fähigkeiten nicht zur Herleitung eines

⁷⁹³ Vgl. Martin, Berthold: Zum politischen Mandat der Studentenschaft. In: Die Deutsche Universitätszeitung VIII/IX (1968). S. 40-41. Hier: S. 40.

⁷⁹⁴ Vgl. Adam, Heribert: Studentenschaft und Hochschule. Möglichkeiten und Grenzen studentischer Politik. S. 53.

⁷⁹⁵ Vgl. Gerhard, Volker: Die Politik mit dem „politischen Mandat“. In: Die Deutsche Universitätszeitung VIII/IX (1968). S. 2-6. Hier: S. 4.

⁷⁹⁶ Vgl. ebd.

⁷⁹⁷ Vgl. Mützelburg, Dieter: Das Politische Mandat der Studentenschaft. In: Die Deutsche Universitätszeitung XII (1967). S. 4.

⁷⁹⁸ Vgl. Martin, Berthold: Zum politischen Mandat der Studentenschaft. In: Deutsche Universitätszeitung VIII/IX (1968). S. 40.

⁷⁹⁹ Vgl. Mützelburg, Dieter: Das Politische Mandat der Studentenschaft. In: Die Deutsche Universitätszeitung XII (1967). S. 4.

⁸⁰⁰ Vgl. ebd. S. 3ff.

Rechts bezüglich besonderer politischer Verantwortung gelten.⁸⁰¹ Diesen interpretatorischen Bogen spannten andere Befürworter jedoch noch weiter, wenn sie auf den Wissenschaftsbegriff als solchen rekurrierten: „Das politische Mandat der Studentenschaft folgt aus einem kritischen Verständnis von Wissenschaft und aus Grundprinzipien, die eine die Demokratie anstrebende Gesellschaft erfüllen muß.“⁸⁰² Die Universität, so der zweite Bundesvorsitzende der Humanistischen Studenten Union, Schnur, weiter, müsse sich als Stätte von Wissenschaft bewusst werden, dass sie Politik betreiben muss – im Sinne eines Beitrages zu den Veränderungen der eigenen Umwelt. Vor diesem Hintergrund sei es die Aufgabe der Studentenschaft Aufklärung mithilfe ihrer Organe zu betreiben: „Die Ausübung des politischen Mandats der Studentenschaft zielt darauf ab, Demokratie herzustellen, indem sie die unmündig gehaltenen Massen ihren Status in der Gesellschaft erkennen lässt.“⁸⁰³ Erneut wird an diesem Zitat das neue Selbstbewusstsein der Studenten evident. Der Hinweis auf den öffentlichen Charakter des Verbandes der Studentenschaft und auf die im Grundgesetz garantierte Freiheit von Forschung und Lehre wurde als weiteres unterstützendes Argument herangezogen⁸⁰⁴:

Da sie als Selbstverwaltungskörperschaft der wissenschaftlich Lernenden in spezifischer Weise an der Grundgesetzgarantie der Wissenschaft und der landesgesetzlichen Aufgabenstellung der Hochschule teilnimmt, ist sie auch frei darin, auf der Basis eines bestimmten wissenschaftstheoretischen Verständnisses den gesellschaftskritischen Aspekt wissenschaftlicher Tätigkeit, der von der Garantie der Wissenschaftsfreiheit in Art. 5 Abs. 3 S. 1 GG mitumfaßt ist, zu aktualisieren.⁸⁰⁵

Die Gegner des politischen Mandats betonten jedoch demgegenüber, dass sich die Erklärung der Garantie der Freiheit von Forschung und Lehre nicht auf die gesamte Institution bezöge, sondern auf die „autonome Wissenschaft als Sachgebiet“. Das

⁸⁰¹ Vgl. Martin, Berthold: Zum politischen Mandat der Studentenschaft. In: Die Deutsche Universitätszeitung 1968. S. 40.

⁸⁰² Schnur, Wilfried: Zum politischen Mandat der Studentenschaft. In: Die Deutsche Universitätszeitung VIII/IX (1968). S. 17-18. Hier: S. 17.

⁸⁰³ Ebd. S. 18.

⁸⁰⁴ Vgl. Leibfried, Stephan; Preuß, Ulrich K.: Zehn Thesen zum politischen Mandat. In: Die Deutsche Universitätszeitung VIII/IX (1968). S. 6-9. Hier: S. 7.

⁸⁰⁵ Ebd. S. 9.

politisches Mandat jedoch sei diesem autonomen Bereich der Wissenschaft nicht zuzurechnen.⁸⁰⁶

Wenn führende VDS-Funktionäre indessen das politische Mandat aus der „wissenschaftlichen“ Aufgabe der Universität und ihrer Organe ableiten, so muß dazu festgestellt werden, dass es sich hier nicht um den Wissenschaftsbegriff unserer Verfassung und unserer Universität handelt, sondern um ein Stück marxistischer Ideologie.⁸⁰⁷

2.9 Resümee

Im Analysezeitraum wurde dem Thema Bildung erhöhte Aufmerksamkeit – auch und vor allem – von der Öffentlichkeit geschenkt, so dass ein Diskurs von einer immensen Breite entstehen konnte. War dieser in seiner Frühphase von einem grundsätzlichen, umfassenderen Zugriff geprägt, konnte eine Partikularisierung des Reformdiskurses im Laufe der Zeit nachgewiesen werden: Dabei entwickelten sich das Verhältnis zwischen Hochschule und Staat, die universitären Strukturen, die Demokratisierung, die Studienreform und das Massenproblem zu signifikanten Aussagen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg intendierten die Alliierten die staatlichen Einwirkungsmöglichkeiten zugunsten der Wissenschaftsfreiheit zu limitieren. Die Universitäten begannen vor dem Hintergrund der Erfahrungen des Dritten Reichs den Gedanken der Selbstverwaltung immer stärker zu betonen, womit sie allmählich ins Kreuzfeuer der Kritik gerieten: Das Verhältnis zwischen Staat und Hochschule musste neu bestimmt werden. Am Ende des Untersuchungszeitraumes stellte sich der Diskurs ambivalent dar: Einerseits hatten die Universitäten erkannt, dass die gänzliche Autonomie nicht möglich war – dennoch wollten sie diese auch nicht in toto aufgeben. Zugleich wandten sie sich aber Hilfe suchend an den Staat, als die Erfolgsaussichten der Reform zu scheitern drohten, was ihr Ansehen in der Öffentlichkeit, die eine leistungsstarke Universität einforderte, erheblich schmälerte.

Zunehmend setzte sich die Meinung durch, dass die Universität alten Stils ihr Ende erreicht habe. Im Kreuzfeuer der Kritik standen vornehmlich der Immobilismus der Kollegialorgane, die Undurchsichtigkeit der Entscheidungsprozesse, das Defizit

⁸⁰⁶ Vgl. Bieler, Frank: Zum Streit um das politische Mandat der Studentenschaften. In: Die Deutsche Universitätszeitung II (1972). S. 71.

⁸⁰⁷ Martin, Berthold: Zum politischen Mandat der Studentenschaft. In: Die Deutsche Universitätszeitung VIII/IX (1968). S. 40.

einer straffen Zentralverwaltung und die Sorge der Professoren um ihre Privilegien. Aufgrund des immensen Wachstums der Studentenzahlen – bedingt durch die geburtenstarken Jahrgänge, die verstärkte Nachfrage und die verlängerten Studienzeiten – war man plötzlich mit den „Rationalisierungsproblemen eines Großbetriebs“ konfrontiert. Um diesen zu begegnen, wurden verschiedene Lösungsansätze entwickelt, die von der Einheitsverwaltung über die Straffung des Berufungsverfahrens bis hin zur Reduzierung der Verwaltungsebenen reichten.

Mit der Entstehung eines selbstständigen Mittelbaus und der zunehmenden Aktivität der Studentenbewegung wurde das Postulat nach mehr Mitbestimmung immer stärker in die Ordinarienuniversität hineingetragen, wo es für hitzige Auseinandersetzungen sorgte. Nun wurde auch diese alt ehrwürdige Institution politisiert, was beispielsweise am Postulat eines politischen Mandats für die Studentenschaft evident wird. Auch für die Hochschule als gesellschaftlichen Bereich müssten die Prinzipien einer freien Demokratie gelten. Besondere Brisanz hinsichtlich der organisatorischen Gestaltung dieser, sprich: hinsichtlich der Frage nach den Paritäten, entwickelte die so genannte Drittelparität. Ihre oppositionelle Position begründeten die Gegner, zumeist Ordinarien, mit dem Hinweis auf die kurze Verweildauer der Studenten und den eigenen höheren Sachverstand. Da sich jedoch die Inadäquatheit der traditionellen Struktur des Lehrkörpers gegenüber den veränderten Bedürfnissen nicht mehr länger leugnen ließ, erblickte man in der Reform des Lehrkörpers und der qualifizierten Mitbestimmung schließlich praktikable Lösungsansätze.

Wirkten die Studentenproteste als Katalysator für die Demokratisierung, war es die Expansion der Studentenzahlen für die Studienreform. Anfangs setzten die Lösungsvorschläge beim Ausbau der räumlichen, personellen und finanziellen Gegebenheiten an. Doch bald schon wurden diese von qualitativen Ansätzen abgelöst. Das Studium musste der veränderten Situation angepasst und inhaltlich überdacht werden: Die Überlegungen hinsichtlich der Praxisnähe und der Verkürzung der Studienzeiten waren dabei Reaktionen auf die gesellschaftlichen Bedürfnisse. Infolgedessen wurden Lehr- und Unterrichtsformen überdacht und sogar tradierte Prinzipien, wie das der Einheit von Forschung und Lehre und das der Freiheit des Studiums, zur Diskussion gestellt. Signifikant ist, dass die Studienreform zunehmend als neuralgischer Punkt für die Hochschulreform insgesamt identifiziert wurde. Demgegenüber spielte der Aspekt akademisches Disziplinarrecht bzw. Ordnungsrecht eine eher untergeordnete Rolle im Diskurs.

3. Die Hessische Hochschulgesetzgebung zwischen 1965 und 1971

Zur Geschichte der Hochschulreform, über die schon seit nahezu 50 Jahren geredet wird, kann man wohl Jacob Burckhardts Auffassung über geschichtliche Prozesse (aus den „Weltgeschichtlichen Betrachtungen“) zitieren: „Um nur wenig zu erreichen, braucht die Geschichte ganz enorme Veranstaltungen und einen ganz unverhältnismäßigen Lärm.“ Wir haben beides gehabt: enorme Veranstaltungen (seit vielen Jahren) und einen unverhältnismäßigen Lärm (seit kurzem) – nun sollte die Geschichte der Universität sich einen kleinen Ruck nach vorwärts geben.
(Wolfgang Seel)⁸⁰⁸

3.1 Das Gesetz über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen von 1966

3.1.1 Die Vorgeschichte bis zur Kabinettsvorlage

Nachdem der Wiederaufbau der Hochschulen in der Nachkriegszeit Fortschritte gemacht hatte und sich der Blick für die inhaltliche Neugestaltung zu schärfen begann, sah sich der Hochschulgesetzgeber in den 1960ern mit der Aufgabe konfrontiert, den Organisationsmangel der überkommenen Hochschulverfassung zu eliminieren – wurden sich Staat und zunehmend auch die Öffentlichkeit der Notwendigkeit einer Hochschul- und Studienreform bewusst: Dabei war die entscheidende Frage im Diskurs, ob es die Hochschulen selbst vermochten, sich zu reformieren.⁸⁰⁹ Zunächst galt es den Zustand der Rechtsunsicherheit zu beseitigen, sprich die Kompetenz- und Aufgabenbereiche der akademischen und staatlichen Verwaltung exakt voneinander abzugrenzen. Zudem wurde ein Mangel an festen Rechtsformen spürbar.⁸¹⁰

⁸⁰⁸ Seel, Wolfgang: Die Gegenwart: In den Strudeln des Reformzwangs. Gefahren der Um- und Irrwege bei der inneren Erneuerung der Hochschulen / Modell eines „Kleinen Senats“. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. März 1968.

⁸⁰⁹ Vgl. Neue Wege der Hochschulreform. Dokumentation zur Vorlage der Landesregierung zu einem Gesetz über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen (Hochschulgesetz) – Formulierungshilfen der hessischen Hochschulen – Diskussionsentwurf I des Kultusministers. In: Die Deutsche Universitätszeitung VI (1965). S.3-13. Hier: S. 3.

⁸¹⁰ An Rechtsformen, die beide Partner zur Begegnung und Kommunikation nötigte, weshalb ein Verwaltungsrat unter Vorsitz des Rektors institutionalisiert werden sollte. Als wichtig wurde auch die Neugestaltung der Position des Kanzlers erachtet. Nicht mehr länger sollte eine Contraposition zwischen Hochschule und Staat, wie die preußische Kuratorialverfassung angelegt war, aufrechter-

Die Wahrung der Kontinuität hinsichtlich der Verwaltungsführung und die Funktionsfähigkeit der akademischen Verwaltung waren weitere entscheidende Motive. Vor diesem Hintergrund intendierte der Staat die Zentralorgane der Universität mit effektiveren Befugnissen auszustatten: So sollte das Rektorat zeitlich auf fünf Jahre ausgedehnt werden und der Senat die Richtlinien der akademischen Verwaltung festlegen, ein umfassendes Informationsrecht wahrnehmen, auf Planung der Hochschule und die Entwicklung der Fakultäten Einfluss nehmen und für die Kooperation zwischen den Fakultäten Sorge tragen. Auch die Größe und innere Kohärenz der Fakultäten entsprach nicht mehr den „Geboten rationeller Wissenschaftspflege und effektiver Selbstverwaltung“⁸¹¹, weshalb man sich, wie auch die Universitäten einräumen mussten, von einem künftigen Gesetz die Möglichkeit versprach, die Fakultäten in „fachlich einheitliche und organisatorisch flexible Abteilungen zu untergliedern.“⁸¹² Als ungelöstes Problem eruierte die Politik ferner die Partizipation der Wissenschaftlichen Mitarbeiter an der Selbstverwaltung. Die Straffung des Berufungsverfahrens und die Erfüllung des Berufsstudiums als institutionelle Pflicht durch die Fakultäten waren weitere staatliche Postulate, die ganz im Zeichen des allgemeinen öffentlichen Diskurses standen.⁸¹³ So forderte Dichgans, den Fakultäten die Aufgabe der Ordnung des akademischen Lehr- und Ausbildungssystems durch langfristige und straffe Studienplanung zu übertragen – ohne Scheu vor der Nötigung, im Rahmen des berufsbezogenen akademischen Unterrichtsbetriebs die Fiktion der Einheit von Forschung und Lehre auch im eigenen Selbstverständnis aufzugeben. Die Fakultäten sollten nunmehr für die Aufstellung von Studienordnungen, für die rechtzeitige Bekanntgabe der Vorlesungspläne, regelmäßige Studienberatungen, intensivere Einschaltung des Mittelbaus in Lehrbetrieb und Nutzung der vorlesungsfreien Zeit für repertorienartige Kurse und für die Erweiterung der jährlichen Vorlesungszeit auf mindestens acht Monate verantwortlich sein. Letzter Punkt der Agenda war die Neuordnung des Studentenschaftsrechts.⁸¹⁴

Ein erster Versuch, sich mittels eines Gesetz mit der Materie des Hochschulrechts auseinanderzusetzen, datiert bereits aus dem Jahr 1950: Es handelt sich um das Ge-

halten werden. Vielmehr intendierte man vonseiten der Politik in der Person des Kanzlers eine „vermittelnde und filternde Zwischeninstanz im Verhältnis von Hochschule und Ministerium“ zu kreieren.

⁸¹¹ HHStA, Abt. 504, Nr. 6194 b): Streng vertraulich! Dr. Lenz: Motive zur Neuordnung des Hochschulrechts im Entwurf des Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen. Stand: 8. September 1964.

⁸¹² Ebd.

⁸¹³ Vgl. ebd.

⁸¹⁴ Vgl. ebd.

setz über die Justus-Liebig-Universität, mit dem der Kultusminister Erwin Stein in Gießen einen „betont staatlichen Charakter der Verfassung im Verwaltungsbereich“ kreierte: An die Stelle des Verwaltungsdirektors trat zur Unterstützung des Rektors das Kuratorium. Obgleich darin Professoren über die Mehrheit verfügten, stand an seiner Spitze jedoch als Repräsentant des Staates und Leiter der allgemeinen Verwaltung der „Kanzler neuen Stils“⁸¹⁵. Dieser war nicht mehr länger Professor, sondern Verwaltungsbeamter mit der Befähigung zum Richteramt. Schlug der Senat diesen zwar vor, unterstand er jedoch direkt dem Ministerium⁸¹⁶, was die Hochschule verständlicherweise als gravierenden Eingriff in die universitäre Autonomie wahrgenommen hatte. In seinen Kernelementen wurde das Gesetz dann sieben Jahre später wiederholt, so dass die allgemeine Verwaltung in Gießen noch im Analysezeitraum in den Händen des dem Ministerium verantwortlichen Kanzlers ruhte. „Der Staat hielt hier an seinen Vorbehalten gegenüber einer vollständigen Hochschulautonomie fest.“⁸¹⁷

Zwei Jahre später jedoch hatte sich das Bewusstsein weiterhin geschärft, wie eine Äußerung des Hessischen Ministerpräsidenten Dr. Georg August Zinn demonstriert. Er betonte am 28. Januar 1959 die Notwendigkeit, „das Recht der wissenschaftlichen Hochschulen zu vereinheitlichen und neu zu ordnen, um deren Eigenverantwortlichkeit zu erweitern.“⁸¹⁸

Daraufhin arbeiteten Angehörige des Kultusministeriums in Kooperation mit Vertretern der Hochschulen und auch der Studentenschaft⁸¹⁹ in den Jahren von 1960 bis 1962 an einem Hessischen Hochschulgesetz, das eine Vereinheitlichung der Rechtsverhältnisse der vier hessischen Hochschulen zum Ziel haben sollte und das als Rahmenkonzept konzipiert worden war.⁸²⁰ 1962 beschlossen Schütte und die Rektoren schließlich die Bildung einer Hochschulrechtskommission, der ein Referentenentwurf des Kultusministeriums als Diskussionsgrundlage der Kommissionsbera-

⁸¹⁵ Moraw, Peter: Kleine Geschichte der Universität Gießen. S. 233.

⁸¹⁶ Vgl. Felschow, Eva-Marie; Lind, Carsten; Busse, Neill: Krieg – Krise – Konsolidierung. S. 85.

⁸¹⁷ Vgl. ebd. S. 107.

⁸¹⁸ HHStA, Abt. 504, Nr. 6194 d): Dr. Müller: Grundsätze zu einer Konzeption für ein hessisches Hochschulgesetz (10. Juni 1964).

⁸¹⁹ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6200: Verband Deutscher Studentenschaften. Landesverband Hessen: Vorgeschichte des Hochschulgesetzes bis zur Beschlussfassung einer Kabinettsvorlage durch die Hessische Landesregierung – aus studentischer Sicht – (21. Juni 1965).

⁸²⁰ Neue Wege der Hochschulreform. Dokumentation zur Vorlage der Landesregierung zu einem Gesetz über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen (Hochschulgesetz) – Formulierungshilfen der hessischen Hochschulen – Diskussionsentwurf I des Kultusministers. In: Die Deutsche Universitätszeitung VI (1965). S. 3 ff.

tungen diene.⁸²¹ Im Februar 1962 leiteten die hessischen Rektoren dem Kultusministerium einen eigenen Entwurf zu, den sie der Studentenschaft nicht übergeben wollten. Auf Einladung des Gießener Kanzlers Köhler fand im Juli des gleichen Jahres ein Meinungsaustausch zwischen den Verwaltungsdirektoren und den Vertretern der Studentenschaften über das geplante Hochschulgesetz statt. Nach den Landtags-Wahlen im Herbst 1962 war eine signifikante Veränderung in der Argumentation des Ministerpräsidenten feststellbar: In seiner Regierungserklärung vor dem Landtag konstatierte er, dass ein neues Hochschulgesetz simultan der Hochschulreform dienen sollte – damit gewannen die Überlegungen eine gänzlich neue Dimension, so dass die bis dato laufenden und fast schon abgeschlossenen Verhandlungen daraufhin abgebrochen wurden⁸²²: Der erste Entwurf „verschwand [...] in der Schublade.“⁸²³

Von größter Signifikanz für den weiteren Verlauf der Diskussion um ein Hessisches Hochschulgesetz war die Regierungserklärung des Hessischen Ministerpräsidenten Zinn vom 30. Januar 1963.⁸²⁴ In dieser konstatierte Zinn, dass die Verkürzung der Dauer und die Konzentration des Studiums die zunächst erreichbaren Ziele seien. Und weiter: „Wir stehen damit vor einer völlig neuen Situation, die Anlaß ist, mit dem Erlass eines Hochschulrahmengesetzes bis zur weiteren Klärung zu warten, bis sich unsere hohen Schulen über die Notwendigkeit und die Art einer inneren Reform klar geworden sind.“⁸²⁵

Ein Jahr später, am 11. März 1964, veröffentlichte die Frankfurter Allgemeine Zeitung Schüttes Plädoyer für die Reform der Universitäten. Während seines Vortrages hatte er kritisch nach der Realität und den Möglichkeiten der Einheit von Forschung und Lehre gefragt, einen deutschen Robbins-Plan⁸²⁶ postuliert und als erste Maßnahme eine konsequente Rückführung der Studiendauer auf das Normalmaß vorge-

⁸²¹ Vgl. ebd.

⁸²² Vgl. HHStA, Abt. 502, Nr. 12198b).

⁸²³ Dr. Walz, Hanna: Überlegungen zum neuen Hessischen Hochschulgesetz. Opposition nicht einmütig hinter den Hochschulen. In: Die Deutsche Universitätszeitung VI (1965). S. 37-43. Hier: S. 37.

⁸²⁴ Vgl. ebd.

⁸²⁵ An seinen Worten wird deutlich, dass diese Notwendigkeit seines Erachtens bis zu diesem Zeitpunkt lediglich von staatlicher Seite wahrgenommen worden war.

⁸²⁶ Lord Robbin hatte im Auftrag der britischen Regierung den Vorsitz eines Ausschusses übernommen, der das höhere Bildungswesen in Großbritannien untersuchen sollte. 1963 veröffentlichte dieser dann den so genannten Robbins-Plan, in dem er die Expansion des Universitätssystems mithilfe von Neugründungen und die Anhebung des Status' der Pädagogischen Hochschulen vorschlug. (Vgl. Nord, Ferdinand Ernst (Hg.): Robbins-Bericht. Essen 1964 (= Wissenschaft und Wirtschaft 14). Schütte informierte sich des Weiteren auch über das amerikanische Bildungswesen. (Vgl. Nachlass Ernst Schütte, Hessische Regierung. Hochschulgesetzgebung (insbesondere Hessen) 1963-1972, Nr. 24: Korrespondenz mit William R. Gaede).

schlagen.⁸²⁷ Obgleich er die Universitäten als „krisenbedroht“ sah, gab er sich optimistisch. Sorgen bereitete ihm die Tatsache, dass die Kooperation zwischen den Wissenschaftlern in Deutschland nicht sehr gut funktionieren würde und Deutschland (daher) im Vergleich zu anderen Ländern in den klassischen Disziplinen abgeschlagen sei. Von den Antworten stehe besonders eine in der Diskussion: Das 150 Jahre alte Postulat der Einheit von Lehre und Forschung sei umgeschlagen zur Sperrklausel, zum Irrlicht zur Trübung des Blickes auf die Realitäten. Nicht die Universitas, sondern ein Kombinat von Fakultäten als Fachhochschulen sei die Wirklichkeit der Universität. Als Korporation der Institutsdirektoren und der die Prüfungen monopolisierenden Ordinarien sei die Universität vor kurzem von einem Professor definiert worden, der in den Verhältnissen lebte.⁸²⁸ Aufgrund der mit immer diffizileren Forschungsergebnissen angereicherten Ausbildungsgängen und Prüfungsordnungen seien die Studenten, seines Erachtens, dem Studium nicht mehr gewachsen. Abschließend attestierte er den Universitäten in seinem Vortrag ein Defizit an Lehrern.⁸²⁹

Aufgrund des Drängens der hessischen Rektoren fand schließlich am 23. und 24. Mai 1964 ein Treffen mit Kultusminister Schütte und seinen Mitarbeitern in Arnoldshain statt. Während dieser Zusammenkunft erörterten Vertreter der Universitäten und des Kultusministeriums generell die Notwendigkeit und die Möglichkeit einer Hochschulreform.⁸³⁰

Da im Jahr 1964 der von Zinn forcierte Prozess nur äußerst langsam voranschritt⁸³¹, kam man im Kultusministerium zu dem Ergebnis, dass ein Hessisches Hochschulgesetz dem Staat so viel Raum geben müsse, dass er notfalls selbst Reformen initiieren oder zumindest ungünstigen Entwicklungen präventiv begegnen könne. Zunehmend

⁸²⁷ Dass die Verkürzung der Studienzeiten ein Thema war, das Schütte sehr beschäftigte, bestätigt auch ein Blick in seinen Nachlass. (Vgl. Nachlass Ernst Schütte, Hochschulpolitik und Hochschulwesen allgemein 1949-1972, Nr. 25). So hatte er beispielsweise ebenfalls im März 1964 einen Aufsatz mit dem Titel „Was können Hochschullehrer zur Verkürzung des Studiums tun?“ (In: Mitteilungen des Hochschulverbands XII (März 1964) Nr. 2) publiziert. Er bezeichnet es gar in einem Manuskript als „Kernstück der Hochschulreform“. (Vgl. Nachlass Ernst Schütte, Hessische Regierung, Hochschulgesetzgebung (insbesondere Hessen) 1963-1972, Nr. 52: „Wer reformiert die Universitäten?“ (Manuskript)).

⁸²⁸ Nichts gefährlicher als Illusionen. Die unbewältigte Gegenwart der Universitäten / Ein Vortrag von Kultusminister Ernst Schütte. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. März 1964.

⁸²⁹ Vgl. ebd.

⁸³⁰ Vgl. HHStA, Abt. 502, Nr. 12198b).

⁸³¹ Die ausgesprochenen Empfehlungen zum Ausbau der Universitäten wurden zwar von der Landesregierung auch befolgt, doch zeigte die Landtagsdebatte vom 4. Juni 1964, dass es den Universitäten nicht gelungen war, die ihnen vom Staat zusätzlich gewährten Planstellen in einem ausreichenden Umfang zu besetzen. Dies wirkte als Katalysator für die Verbreitung der Überzeugung, „dass ein hinreichend aufgeschlossener und tatkräftiger Wille zu einer durchgreifenden Hochschulreform bei den Repräsentanten der Universitäten in befriedigendem Maße bisher nicht erkennbar sei.“

wurde Schütte in seinem Eindruck bestärkt, dass ein staatlicher Impuls notwendig sei, dass die Hochschulen eigenständig keine Reform realisieren könnten. Dabei war man sich im Ministerium durchaus der Tatsache bewusst, dass der vom Staat beeinflussten Hochschule dort Grenzen gesetzt waren, wo die Autonomie derselben im Bereich von Forschung und Lehre zu respektieren war. Demgegenüber wurden die Rufe in der Öffentlichkeit und auch der Opposition zu diesem Zeitpunkt immer lauter, die nicht nur eine Vereinheitlichung durch ein Hessisches Hochschulgesetz wünschten. Der aus früheren Jahren stammende Entwurf des Kultusministeriums trage den sich immer stärker abzeichnenden Bedürfnissen einer Hochschulreform nicht ausreichend Rechnung, da er sich noch stark an den liberalen Vorstellungen orientiere und in erster Linie die Selbstverwaltung der Hochschulen intendiere zu stärken.^{832 833}

Schließlich informierte Kultusminister Schütte am 30. September 1964 die Rektoren der hessischen Hochschulen über die „10 Punkte zur Hochschulreform“.⁸³⁴ Im Oktober 1964 vermeldete die Frankfurter Allgemeine Zeitung daraufhin, dass Schütte ein neues Hochschulgesetz plane⁸³⁵, in dem die Ergebnisse der in den vorangegangenen Jahren geführten Hochschuldiskussion fruchtbar gemacht werden sollten.⁸³⁶

⁸³² Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6194 d): Dr. Müller: Grundsätze zu einer Konzeption für ein hessisches Hochschulgesetz (10. Juni 1964).

⁸³³ Angemerkt sei an dieser Stelle, dass Schütte unterdessen am 22. Juni 1964 den neu gewählten Vorstand der hessischen Studentenschaften in Wiesbaden empfing und die Studentenvertreter bat, sich mit den im Kontext einer Hochschulreform anstehenden Fragen der Strukturveränderung der Gesamthochschule intensiv auseinanderzusetzen und geeignete Vorschläge zu unterbreiten. Am 22. Juli 1964 erfolgte des Weiteren ein Meinungsaustausch zwischen dem Vorsitzenden der Landesrektorenkonferenz Niebergall und Pfaffendorf (VDS). (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6200: Verband Deutscher Studentenschaften. Landesverband Hessen: Vorgeschichte des Hochschulgesetzes bis zur Beschlußfassung einer Kabinettsvorlage durch die Hessische Landesregierung – aus studentischer Sicht – (21. Juni 1965)).

⁸³⁴ Vgl. HHStA, Abt. 502, Nr. 12198b).

⁸³⁵ Richtet man den Fokus auf die Motive für die Neuordnung des Hochschulrechts stößt man auf eine sehr aufschlussreiche Quelle aus dem Jahr 1964. Signifikant an dieser ist, dass sie an prominenter Stelle auf die Inpflichtnahme der Hochschulen für „einen besonderen Dienst im staatlichen Gemeinwesen“ und damit auf eine uns bereits bekannte Aussage des allgemeinen Diskurses um die Hochschulreform rekurriert. Des Weiteren war man sich durchaus bewusst, dass man es nicht bei einer Vereinheitlichung des ungeordneten und äußerst heterogenen Hochschulrechts belassen konnte, indem man die Kompetenzbereiche zwischen akademischer und staatlicher Verwaltung exakt voneinander abgrenzte, sondern vielmehr zwischen den Amtsträgern beider Verwaltungsbereiche für Möglichkeiten der Kontakte und des Interessensausgleichs Sorge tragen musste. Schließlich gewann auch die Berufsausbildung einen wichtigen Stellenwert: „Das Hochschulgesetz hat von der Tatsache auszugehen, daß die tradierte Struktur der Universitätsverfassung zurückgeblieben ist hinter dem Fortschritt der wissenschaftlichen Forschung, ihrer zunehmenden Ausfächerung in neue Teildisziplinen(!) und dem damit notwendig gewordenen sächlichen und personellen Breitenwachstum der Universität. Die Universitäten können deshalb nicht nur als Forschungsanstalten mit der Annexpflicht, Forschung zu lehren, organisiert werden; vielmehr muß ihre Verantwortung für die akademische Berufsausbildung straffer geordnet werden.“ (HHStA, Abt. 504, Nr. 6194 b): Streng vertraulich! Dr.

Am 12. Oktober 1964 sandte der Kultusminister den „(1.) Diskussionsentwurf eines Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen“, der 44 Paragraphen umfasste und das Ergebnis seiner zu diesem Zweck geführten internen Beratungen im Ministerium war, an die hessischen Hochschulen.⁸³⁷

In der 59. Kabinettsitzung am 13. Oktober 1964 stand die Beratung der Grundlage des Entwurfs für ein Hessisches Hochschulgesetz auf der Tagesordnung. Der Kultusminister legte nun diesem Gremium die Leitlinien für die Formulierung des Entwurfs eines Gesetzes über die Wissenschaftlichen Hochschulen vor. Darin nannte er thesenartig die Ziele, die er mit dem geplanten Hochschulgesetz intendierte. Diese waren jetzt in der Tat nicht nur als Instrument zur Vereinheitlichung, sondern vielmehr zur Realisierung eines Stückes Hochschulreform gedacht. – Es herrschte nämlich Konsens zwischen Regierung und Opposition darüber, dass die überdehnten Studienzeiten auf das Normalmaß zurückzuführen seien.⁸³⁸ – Auf der Basis derselben wurde Schütte ermächtigt die weiteren Gespräche, die zur Fortführung des Gesetzgebungsverfahrens notwendig waren, zu führen.⁸³⁹

Erklärtes Ziel dieser Leitlinien war die Egalisierung der Rechtsverhältnisse an allen Hochschulen des Landes Hessens.⁸⁴⁰ Neben der Verlängerung der Amtszeit des Rektors auf fünf Jahre mit der Möglichkeit auf Wiederwahl waren die Neuregelung des Berufungsverfahrens, die Möglichkeit der Fakultäten, sich in Abteilungen zu untergliedern, die Erweiterung ihrer Aufgaben und die Neuregelung des Habilitationsverfahrens wichtige Kernelemente. Die Leitlinien sahen die Möglichkeit eines

Lenz: Motive zur Neuordnung des Hochschulrechts im Entwurf des Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen. Stand: 8. September 1964).

⁸³⁶ Vgl. Schütte plant Hochschulgesetz. Eigener Bericht. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. Oktober 1964; Das Presseorgan listete anschließend u. a. folgende Aspekte auf: Das Gesetz sollte die klare Trennung zwischen akademischer und staatlicher Verwaltung realisieren, die Rektoren sollten für fünf Jahre, die Dekane für zwei Jahre im Dienst bleiben. Weitere Punkte der Enumeration waren: ein neues Berufungsverfahren, die Möglichkeit der Fakultäten, Abteilungen selbst einzurichten, die Studienberatung durch die Fakultäten, die Einrichtung von Übungen und Kursen als Ergänzung zur Hauptvorlesung, neue Terminierung des Semesters, neue Aspekte des Habilitationswesens, die studentische Partizipation.

⁸³⁷ Vgl. HHStA, Abt. 502, Nr. 12198b).

⁸³⁸ Vgl. Dr. Walz, Hanna: Überlegungen zum neuen Hessischen Hochschulgesetz. Opposition nicht einmütig hinter den Hochschulen. In: Die Deutsche Universitätszeitung VI (1965). S. 37. Dennoch glaubte die Opposition, dass sowohl Lehr- als auch Lernfreiheit nicht so limitiert werden dürften, dass die Studenten lediglich ein durch eine Studienordnung fixiertes Programm absolvieren würden. Denn gerade auch freies Denken lerne man an der Universität. Vor diesem Hintergrund wundert es nicht, dass ihr der Entwurf eine zu starke Tendenz zur Pädagogisierung aufwies.

⁸³⁹ Vgl. HHStA, Abt. 502, Nr. 12207 b); 59. Kabinettsitzung am 13. Oktober 1964. Zudem sollte der Abschnitt vier um folgenden Passus ergänzt werden: „[...] zusammen mit den Prüfungsämtern und -organen darauf hinzuwirken, dass die Studenten sich nach Beendigung der in den Prüfungsordnungen festgesetzten Studienzeit zum Staats- bzw. Diplomexamen melden.“

⁸⁴⁰ Nachlass Ernst Schütte, Hochschulpolitik und Hochschulwesen allgemein 1949-1972, Nr. 25.

vorlesungsfreien Forschungsfreisemesters unter Weiterzahlung der Dienstbezüge einschließlich der Unterrichtspauschale vor. Darüber hinaus sollte zur Vertretung dieses Personenkreises ein Nichtordinarien- und ein Assistentenrat berufen werden; die Stellung des Kurators als Geschäftsführer der staatlichen Verwaltung sollte in der bereits praktizierten Art und Weise beibehalten werden. Neuerungen sahen die Leitlinien auch im Bereich der Rechte und Aufgaben der Studentenschaft, der Vorlesungszeiten und der Hochschule für Erziehung vor.⁸⁴¹

Bevor die Auseinandersetzungen während der Verhandlungen detailliert nachgezeichnet werden, sollen an dieser Stelle vorab die Hauptstreitpunkte zwischen Universitäten und dem Staat herausgestellt werden: Da die strikte Trennung der Verwaltung in die akademische Selbstverwaltung auf der einen und die staatliche Verwaltung auf der anderen Seite letztlich die Übertragung der seit 1950 bestehenden Gießener Rechtssituation auf alle hessischen Universitäten bedeutet hätte, war der Widerstand dagegen besonders stark ausgeprägt, sahen die drei anderen hessischen Hochschulen bereits ihre Autonomie am Schwinden: Denn der Kanzler als Leiter der allgemeinen Verwaltung sollte mit erheblichen Kompetenzen ausgestattet und direkt dem Kultusminister unterstellt sein. Auch die Verlängerung der Amtszeit des Rektors stieß auf erheblichen universitären Widerstand: Waren die Hochschulen bis dato dem Prinzip des „*primus inter pares*“ gefolgt, der vornehmlich Repräsentationsaufgaben zu erfüllen hatte, widersprach die Verlängerung der Amtszeit und da-

⁸⁴¹ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6194 b): Leitlinien für die Formulierung des Entwurfs eines Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen im Lande Hessen (ohne Angabe).

Aus der Verlängerung der Amtszeit des Rektors sollte die Ausweitung seiner Aufgaben resultieren: Zu den traditionellen Aufgaben sollte die Berechtigung, an allen Sitzungen der Fakultäten und Fakultätskommissionen teilzunehmen, treten. Darüber hinaus sollte er in Zusammenwirken mit dem Senat und den Fakultäten die innere und äußere Entwicklung der Hochschulen zu zeitgemäßen Formen fördern. Der Rektor war zudem als Vorsitzender des Verwaltungsrates vorgesehen.

Hinsichtlich der Neuregelung des Habilitationsverfahrens sei noch angemerkt, dass ein Habilitationsausschuss durch den Senat berufen werden sollte, der Sorge für einen zeit- und sachgerechten Ablauf der Habilitation tragen sollte. Der Habilitand sollte diesen Ausschuss anrufen können. Statt der Habilitationsschrift sollte auch die Vorlage schon gedruckter wissenschaftlicher Publikationen möglich sein.

Die Studentenschaft sollte ein Bestandteil der Hochschule und zugleich eine Körperschaft des öffentlichen Rechts sein, die an der Selbstverwaltung der Hochschule mitwirken und neben der Vertretung der Gesamtheit der Studenten das Recht zur Mitwirkung bei der Studentenförderung, einschließlich der wirtschaftlichen Selbsthilfe haben sollte. Ihre Vertreter sollten an den Sitzungen des Senats und der Fakultäten mit Stimmrecht teilnehmen. Auch im Falle, dass studentische Angelegenheiten in den Sitzungen der Senats- und Fakultätskommissionen behandelt würden, sollten sie mit Stimmrecht teilnehmen dürfen. Über Berufungsvorschläge, Habilitations- und Promotionsverfahren sowie über persönliche Angelegenheiten der Mitglieder des Lehrkörpers und der sonstigen Lehrkräfte sollten jedoch ausschließlich der Senat, die Fakultäten sowie die Senats- und Fakultätskommissionen ohne die Vertreter der Studentenschaft beraten. Die Studentenschaft sollte sich in einer Urabstimmung eine Satzung geben, die angenommen sein sollte, wenn mindestens die Hälfte ihrer Mitglieder an der Urabstimmung teilnimmt und die Mehrheit der Beteiligten der Satzung zustimmt. Sie sollte der Genehmigung des Kultusministers bedürfen.

mit die Schaffung einer erheblichen Sonder-, wenn nicht gar Machtposition ihrem Verständnis von der Universitätsspitze. Wie in Kapitel 2 bereits ausgeführt, spielten dabei die Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus eine wesentliche Rolle. Die ministeriellen Vorstellungen hinsichtlich des Berufungsverfahrens erweckten ebenfalls scharfen Protest unter den Hochschulen, da der Kultusminister durch den sogenannten Oktroy die Möglichkeit erhalten sollte, auch nicht von Fakultäten vorgeschlagene Persönlichkeiten zu berufen, womit das Jahrhunderte alte Privileg der Selbstergänzung obsolet gemacht wurde. Im Kontext der geplanten Neugliederung der Universitäten in kleinere Fächergruppen rief die geplante Integration der Hochschulen für Erziehung in Form von Abteilungen die Opposition vonseiten der Universitäten hervor. Nicht unumstritten waren auch die ministeriellen Vorstellungen hinsichtlich Partizipation und Vorlesungszeiten.⁸⁴²

Nach diesem Überblick nun wieder zurück zum Verlauf: Für den 21. Oktober 1964 war eine Besprechung des „Diskussionsentwurfes I“ mit den Rektoren und elf weiteren Professoren in Arnoldshain anberaumt worden. Während dieser monierten die Professoren die zu scharfe Trennung hinsichtlich der Verknüpfung von akademischer und staatlicher Verwaltung. Forschung und Verwaltung seien miteinander enger verwoben, was vom Gesetzentwurf zu berücksichtigen sei. Mit dieser Trennung folge der Entwurf zu sehr der preußischen Tradition: Anstelle einer anzustrebenden Integration von akademischer und staatlicher Verwaltung führe die vorgeschlagene Trennung vielmehr zu einer Frontstellung. Alternativ unterbreiteten der Frankfurter Rechtswissenschaftler Coing und der Marburger Physiker und DFG-Vizepräsident Walcher zwei Gegenvorschläge. Im Rahmen des ersten Vorschlags wurde die Trennung der Gegenstände der akademischen und staatlichen Verwaltung aufrechterhalten und eine stärkere Kooperation zwischen dem Kurator, der gegebenenfalls – ein wichtiger Aspekt – ein Organ der Universität werden sollte, und der akademischen Verwaltung forciert. Demgegenüber sah der gemeinsame Vorschlag von Coing und Walcher die Bildung eines Vierer-Rates an der Spitze der Universität mit einer Allzuständigkeit für die akademische und staatliche Verwaltung vor. Dieser sollte sich aus Rektor, Prorektor, Prärektor und Kurator (ebenfalls als Prorektor) konstituieren – hierbei hätte der Kurator als staatlicher Vertreter drei universitären Vertretern gegenüber gestanden, wären also die Machtverhältnisse dadurch eindeutig zugunsten der Universität verschoben worden. Ein Verwaltungsausschuss des

⁸⁴² Vgl. Unterkapitel 3.1.4 „Der Diskurs um das Hessische Hochschulgesetz“.

Senats sollte dieses Gremium unterstützen. Die laufenden Geschäfte sollte der Kurator wahrnehmen. An beiden Vorschlägen wird der Wunsch der Universitäten deutlich, den von Schütte intendierten staatlichen Zugriff abzumildern bzw. einzugrenzen, den Kurator stärker zu einer universitären Figur bzw. Position zu machen.

Die Rechtsnatur der Hochschulen bot ebenfalls Gesprächsstoff: In diesem Kontext wurde diskutiert, ob die Doppelnatur der Hochschulen als Einrichtung des Staates und zugleich als Körperschaften des öffentlichen Rechts beibehalten werden müsse oder ob diese nicht nur Körperschaften des öffentlichen Rechts seien. Eingehend erörterten die Anwesenden⁸⁴³ auch das Thema der Amtsdauer des Rektors. Sollte diese auf fünf Jahre verlängert werden – und damit einer des Professorenkollegiums in eine Sonderposition erhoben werden? Sollte ein Präsidialsystem eingeführt werden? Oder sollte man es bei einem modifizierten Rektoratssystem belassen? – Da bis zu diesem Zeitpunkt der Rektor lediglich Repräsentationsaufgaben erfüllt hatte, waren das nun die entscheidenden Fragen, die erörtert wurden. Fraglich erschien es den Diskutanten auch, ob sich geeignete Personen aus dem Bereich der Naturwissenschaften und Technik für eine solche fünfjährige Aufgabe zur Verfügung stellen würden. Im Hinblick auf den Themenkomplex Berufungsverfahren erörterten die Professoren die Frage der Ausschreibung der Lehrstühle und kamen schließlich zu dem Ergebnis, dass man es mit einem Ausschreibeverfahren versuchen wolle. Des Weiteren diskutierten die Vertreter der Universitäten und des Ministeriums verschiedene Änderungen des § 17.⁸⁴⁴ Im Kontext des vierten Aspekts – den Aufgaben der Fakultäten – berieten sie über die Einführung der Begrifflichkeiten „engere und weitere Fakultät“ und über „die Regelung der Zusammensetzung dieser Organe“.⁸⁴⁵

⁸⁴³ Eine Teilnehmerliste ist dem Ergebnisprotokoll nicht beigelegt.

⁸⁴⁴ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6194 b): Vorerst nur als Arbeitsunterlage: Ergebnisprotokoll der Besprechung am 21. Oktober 1964 (Arnoldshain), betr.: Entwurf eines Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen (26. Oktober 1964): Folgende Änderungen des § 17 des Entwurfs wurden erörtert: „Zu § 17 Abs. 2: Ist die Fakultät über die Errichtung oder dem Freiwerden eines Lehrstuhls informiert, so legt sie die Berufungsliste binnen sechs Monaten, im Falle der Emeritierung ein Jahr vor dem Wirksamwerden der Entpflichtung dem Kultusminister, vor. Zu § 17 Abs. 3 Satz 2: Die Fakultät muss eine Ausschreibung vornehmen, wenn sie nicht genügend geeignete Bewerber vorschlagen kann. Zu § 17 Abs. 4: Der Satz 1 soll folgende Fassung erhalten: ‚Wird die Berufungsliste nicht innerhalb der Vorlagefrist eingereicht, so ist der Kultusminister berechtigt, das Vorschlagsrecht an sich zu ziehen.‘ Außerdem soll ein Satz 2 angefügt werden: ‚In begründeten Fällen kann der Kultusminister auf Antrag eine Fristverlängerung gewähren.‘“ Ferner wurde diskutiert, ob nicht die Absätze 4 und 5) des § 17 zusammengehören.

⁸⁴⁵ Auch die Abänderung des § 10 Absatz 3 dahingehend, dass das Gesetz dazu ermächtigen sollte, in die Satzung der Fakultäten Bestimmungen aufzunehmen, die den Nummern 1 bis 4 des § 10 Abs. 3 entsprechen, wurde abgewogen. Nachdem die Diskutanten § 10 Absatz 3 Ziffer 5 für überflüssig erachtet hatten, wandte man die Aufmerksamkeit § 12 Absatz 2 zu: Dieser sollte zu Absatz 1 werden und die folgende Fassung erhalten: „Der Dekan führt die laufenden Geschäfte der Fakultät nach Maßgabe der Fakultätssatzung. Die Satzung kann bestimmen, daß der Dekan durch einen Fa-

Die Verantwortlichkeit des Dekans für die innere Ordnung der Fakultät wurde von den Repräsentanten der Hochschulen begrüßt. Gemeinsam überlegten die universitären und staatlichen Vertreter, was unter dem zeit- und sachgerechten Ablauf der Habilitation zu verstehen sei.

Da der Mangel am studentischen Interesse an der eigenen Selbstverwaltung allgemein beklagt wurde, schlugen die Vertreter des Ministeriums vor, die Studenten stärker partizipieren zu lassen. Die Frage, ob die Studentenschaft durch die Verleihung der Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zu sehr aus der Universität herauswachse, wurde aufgeworfen. Die Professoren monierten dagegen den Sachverhalt, dass den Studenten keinerlei Pflichten durch das Gesetz auferlegt würden. Nach der Diskussion über die Notwendigkeit der Rechtsfähigkeit der Studentenschaft im Hinblick auf Zwangsmitgliedschaft und Beitragshoheit wurden verschiedene Änderungen vorgeschlagen, unter denen die Beteiligung der Vertreter der Studentenschaft an den Sitzungen des Senats und die der Vertreter der Fachschaft an den Sitzungen mit Stimmrecht die bemerkenswertesten sind.

Die Vorgehensweise stand im Mittelpunkt der Diskussionen um die Vorlesungszeiten. Abschließend thematisierten die Teilnehmer noch den Aspekt der Wissenschaftlichen Anstalten. Hierbei monierten sie besonders § 26 Absatz 2, da die Bestimmung die Frage aufwerfe, ob das Weisungsrecht des Direktors erhalten bleiben sollte. Wenn der Gedanke der gleichberechtigten Kooperation (des Absatzes 2) vornehmlich auch mit den jüngeren Mitarbeitern aufrechterhalten werden sollte, so müsse der Aufbau der gesamten Bestimmung des § 26 verändert werden und Absatz 2 zudem eine andere Fassung erhalten. Zum Zweck der weiteren Bearbeitung wurde eine Kommission, bestehend aus dem Frankfurter Rechtswissenschaftler Mallmann⁸⁴⁶, dem Gießener Mediziner von Uexküll, dem Marburger Zivilrechtswissenschaftler Reinhardt und dem Marburger Physiker Walcher sowie Vertretern des Kultusministeriums gebildet.⁸⁴⁷

kultütsausschuss unterstützt wird. Diesem Ausschuss gehören der Prodekan und der designierte Dekan an.“

⁸⁴⁶ Walter Mallmann (1908-1982) studierte Rechtswissenschaft an den Universitäten Freiburg, München und Marburg, bevor er 1938 an der Universität Münster promovierte. Nach seinem Kriegsdienst erhielt er 1957 eine ordentliche Professur in Frankfurt am Main. 1965 folgte er dann dem Ruf an die Justus-Liebig-Universität Gießen, wo er bis zu seiner 1973 Emeritierung blieb. Zu seinen primären Forschungsgebieten zählten Öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaft. (Vgl. Mallmann, Walter. In: Schuder, Werner (Hg.): Kürschners deutscher Gelehrten-Kalender. Berlin 1966; Strauch, Hans-Joachim: Mallmann, Walter. Nachruf. Neue Juristische Wochenschrift 1983. S. 1532f.).

⁸⁴⁷ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6194 b): Vorerst nur als Arbeitsunterlage: Ergebnisprotokoll der Besprechung am 21. Oktober 1964 (Arnoldshain), betr.: Entwurf eines Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen (26. Oktober 1964).

Am 28. Oktober fand dann eine Besprechung mit den Verwaltungsdirektoren der hessischen Hochschulen statt, am 5. November eine mit den Studentenvertretern.⁸⁴⁸

Die Letztgenannten, die andere Aspekte als die bisher ausgeführten akzentuierten, begrüßten die Einführung einer Bestimmung über die Gliederung in Fachschaften. Sie machten allerdings darauf aufmerksam, dass die Fachschaften nicht immer mit den Fakultäten kongruent seien, was daher auch in § 31 Abs. 3 sowie in § 32 Abs. 3 des neu gefassten Entwurfs berücksichtigt wurde.⁸⁴⁹ Die Studenten schlugen vor, die Satzung der Studentenschaft vor der Veröffentlichung mit dem Senat lediglich zu „beraten“. Diesem Vorschlag wurde in dem neu gefassten § 31 Abs. 4 Beachtung geschenkt. Weiterhin regten sie an § 32 Abs. 2 Nr. 2 wie folgt zu fassen: „Mitwirkung bei der Studentenförderung und Wahrnehmung der wirtschaftlichen Selbsthilfe der Studenten; das Gesetz über die Studentenwerke [...] bleibt unberührt.“⁸⁵⁰ Nach ihren Vorschlägen zu § 33 Abs. 1 und § 37 Abs. 2 wandten sie sich § 36 Abs. 2 zu. In diesem sollte nach Ansicht der Studenten fixiert werden, dass die Vertreterversammlung der Studentenschaft die Höhe der Studentenbeiträge festsetzen sollte. Die Bestimmung des Organs, welches die Fixierung vornehmen sollte, sollte der Satzung überlassen bleiben. Schließlich sollte § 38 Satz 2 entsprechend ihrer Anregung geändert werden.⁸⁵¹

Schon nach dieser Besprechung in Arnoldshain und nach den Gesprächen mit den Studentenvertretern wurden schließlich einige Bestimmungen des Hochschulgesetzentwurfes neu gefasst, um zum einen eine engere Verzahnung von akademischer und allgemeiner Verwaltung zu realisieren und zum anderen den Charakter der staatlichen Verwaltung etwas abzumildern.⁸⁵²

Am 1. Dezember 1964 fand eine weitere Besprechung des Diskussionsentwurfes eines Gesetzes über die Wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen statt, während der die Professoren verschiedene Vorschläge zur Neuformulierung unter-

⁸⁴⁸ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6194 b): Besprechung mit Verwaltungsdirektoren der hessischen Hochschulen (28. Oktober 1964).

⁸⁴⁹ Die Formulierung in § 33 Abs. 3, die besagte, dass die Fachschaften die Fakultäten unterstützen sollten, war so gefasst, dass sie auch die Aufgliederung in verschiedene Fachschaften innerhalb einer Fakultät berücksichtigte.

⁸⁵⁰ Dieser Vorschlag war allerdings noch zu erörtern, da dadurch möglicherweise ein Widerspruch zu dem Gesetz über die Studentenwerke entstehen würde.

⁸⁵¹ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6194 b): Franck: Vorschläge der Studenten in der Besprechung mit dem Herrn Minister vom 5. November 1964.

⁸⁵² Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6194 b): Neufassung einiger Bestimmungen des Hochschulgesetzentwurfes, die sich aus den Anregungen in Arnoldshain ergeben haben und die weiterhin die Vorschläge von Professor Coing zu einer engeren Verflechtung der akademischen und allgemeinen Verwaltung verwirklichen sollen. Ein Teil der von den Studenten vorgetragenen Vorschläge wurde dabei auch berücksichtigt.

breiteten. Daran nahmen Mallmann (Frankfurt), Reinhardt (Marburg), von Uexküll (Gießen), Walcher (Marburg), Witte (Darmstadt), Kurator von Thümen (Frankfurt), Verwaltungsdirektor Zingel (Marburg), Regierungsdirektor Althaus (Justizministerium), Regierungsdirektor Zülch (Finanzministerium) und Oberregierungsrat Bickelhaupt teil.⁸⁵³ Nachdem die Rechtsnatur, die Gliederung der Verwaltung und die Organe der Hochschulen thematisiert worden waren, wandte sich die Diskussion der Selbstverwaltung und Auftragsverwaltung (§ 5) zu. Die Anwesenden diskutierten, ob die Wirtschafts- und Personalverwaltung tatsächlich als Auftragsangelegenheit aufgefasst werden könne, da die Personal- und Etathoheit beim Land verbleibe. Die Professoren verwiesen auf die Doppelnatur der Hochschulen als Körperschaft und Einrichtung des Landes. Wenn der Kurator als Organ dieser staatlichen Einrichtung die (staatliche) Wirtschafts- und Personalvertretung wahrnehme, handele es sich nicht mehr um eine Auftragsverwaltung. § 5 Absatz 2 Nr. 2 des neuen Vorschlags evozierte des Weiteren Diskussionen: Die Frage war, ob die Verwaltung des hochschuleigenen Vermögens eine Selbstverwaltungsangelegenheit unter der Rechtsaufsicht des Kultusministers sein könne. Aufgrund des ministeriellen Hinweises auf mögliche Schulden kamen die Diskutanten schließlich zu dem Ergebnis, dass es gerade nicht bei einer bloßen Rechtsaufsicht des Vermögens zu bewenden sei. Verschiedene weitere Vorschläge Professor Mallmanns beschäftigten sich mit Inhalt und Mittel der Staatsaufsicht und der Satzung der Hochschule. Schließlich erörterten die Anwesenden die Stellung des Rektors. Die Repräsentanten der Hochschulen kritisierten die fünfjährige Amtszeit des Rektors und unterbreiteten sogleich Änderungsvorschläge. Die Vorschläge der Professoren Reinhardt, Walcher und von Uexküll lassen sich dahingehend zusammenfassen, dass sie neben dem Rektor einen Prorektor und einen Rektor Designatus bestellt wissen wollten. Diese drei sollten sich dann in einem Gremium treffen, das beratende Funktion haben und in dem eine Aufteilung der Arbeitsgebiete erfolgen sollte. Dem Aspekt der Kontinuität wollte man dadurch Rechnung tragen, dass jedes Mitglied eine zweijährige Amtszeit ableisten sollte. Dieser Vorschlag stand noch gänzlich in der Traditionslinie, die den Rektor als *primus inter pares* verstanden wissen wollte, die auch aus der Universitätsspitze ein Kollegialorgan kreieren wollte. Der Vorschlag wurde jedoch vom Minister mit dem Hinweis niedergeschmettert, dass er die Notwendigkeit sehe, alle

⁸⁵³ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6195: Ergebnisprotokoll zur Besprechung über den Diskussionsentwurf eines Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen am 1. Dezember 1964 unter Leitung von Schütte und Ministerialdirigentin Dr. v. Bila.

Befugnisse in der Hand des Rektors zu vereinigen, da dieser doch schließlich die Entscheidungen zu treffen habe. Professor Mallmanns Vorschlag ging dahin, dass der designierte Rektor und ein oder mehrere Prorektoren die Aufgaben gemeinsam mit dem Rektor erfüllen sollten. Die Amtszeit des Rektors sollte zwei, die eines Prorektors mindestens drei Jahre betragen. Insgesamt votierte er für eine straffere Zusammenfassung des § 8, der den Rektor betraf. In Bezug auf den Senat kam die Frage auf, ob ihm tatsächlich das Recht zufallen sollte, die ständigen Kommissionen einzusetzen. Auch schlugen die Vertreter der Hochschulen vor, die Bestimmungen zu den Fakultäten neu zu fassen. Scharfe Kritik von ihrer Seite aus ertete die Neufassung in Bezug auf die Verlängerung der Vorlesungszeit. Eine solche Verlängerung auf vier Monate je Semester könne nur auf Bundesebene erfolgen.⁸⁵⁴

Bereits neun Tage später setzten sich Vertreter des Innen- und des Kultusministeriums zusammen⁸⁵⁵, um den Diskussionsentwurf zu erörtern. Während dieser Besprechung gelangten sie hinsichtlich der Verwaltung zu dem Ergebnis, dass die Hochschulen staatliche Einrichtungen bleiben sollten, da der Staat ihren Unterhalt trage. Nur die Beibehaltung dieses Status könne auch die parlamentarische Verantwortung des Ministers – ein Aspekt, dem dieser höchste Priorität beimaß – für die Hochschulen erhalten. Rechtlich ließe sich der Vorschlag realisieren, dass die Hochschulen zu reinen Körperschaften würden, wenn sie Personal- und/oder Etathoheit erhielten. Hier würde ein Globalzuschuss gewährt und die Hochschullehrer, wie auch andere Beamte der Universität, würden Universitätsbeamte. Doch konnten sich die Hochschulen mit diesem Vorschlag nicht anfreunden. Sei die Hochschule eine staatliche Institution, so käme eine staatliche Auftragsverwaltung nicht in Frage, da diese voraussetze, dass ein Dritter beauftragt werde. Da die Hochschule jedoch keine staatliche Einrichtung darstelle, sei sie kein Dritter. Aus all diesen Gründen konnte nur der Teil der Vorschläge des Protokolls übernommen werden, der die Integration fördere.⁸⁵⁶

Im sogenannten „Frankfurter Gespräch“ am 15. Dezember 1964 diskutierte Kultusminister Schütte den Diskussionsentwurf mit dem Vertreter der Studentenschaft und dem Vertreter der Hochschulen für den Hessischen Rundfunk. Nicht nur die Öffent-

⁸⁵⁴ Vgl. ebd.

⁸⁵⁵ Es handelte sich um die Herren Althaus, Zülch, Reuß (Innenministerium), Hartenberg, Kraneis, Franck (Kultusministerium).

⁸⁵⁶ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6195: Ergebnisprotokoll über die Besprechung am 10. Dezember 1964, betr.: Diskussionsentwurf eines Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen.

lichkeit, sondern auch die Hessische Rektorenkonferenz beschäftigte der Entwurf eines Regelwerkes.⁸⁵⁷ Im Januar berichtete die Presse dann, dass die zunächst öffentlich zur Diskussion gestellten Leitlinien für einen Entwurf nun zu Paragraphen gereift seien.⁸⁵⁸ Im gleichen Monat konnte der Hessische Kultusminister an den Ministerpräsidenten vermelden, dass die Verhandlungen mit den Professoren-Vertretungen und der Studentenschaft so verlaufen waren, dass ein erster Diskussionsentwurf – basierend auf den Leitlinien – in drei Beratungen die Impulse der Hochschulen und der Studentenschaft – wie gezeigt – aufgenommen habe. Während dieser Verhandlungen hatten die Vertreter der Hochschulen ihre Bedenken artikuliert. „Am 19. Januar 1965 ließ der Hessische Kultusminister den hessischen Hochschulen den „(2.) Diskussionsentwurf eines Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen“ (mit 48 Paragraphen) zugehen. Dieser wurde in den folgenden Wochen ausführlich in der Hessischen Rektorenkonferenz wie in den Senaten der hessischen Hochschulen behandelt.“⁸⁵⁹ Die Vertreter der Studentenschaft an den vier hessischen Hochschulen wurden von den Beratungen über diesen Entwurf in den Senaten und Fakultäten ausgeschlossen, weil das Hochschulgesetz zu diesem Zeitpunkt von den Hochschullehrern als eine „nicht-studentische Angelegenheit“ betrachtet wurde. Die Opposition der Studentenschaften gegenüber dieser Position blieb erfolglos.⁸⁶⁰ Dennoch erörterte der VDS den Diskussionsentwurf auf seiner 41. ordentlichen Landesverbands-Konferenz am 27. Januar, auf der auch eine Stellungnahme formuliert wurde. Nach verschiedenen nicht ganz so gravierenden Änderungsvorschlägen wandte sich der Verband spezifisch studentischen Problemstellungen zu, wie u. a. den Rechten und Pflichten der Studenten im § 28. Da die vom Kultusminister vorgeschlagene Formulierung dem Disziplinarstatbestand entspreche, der in das Gesetz über das studentische Disziplinarrecht aufgenommen werden sollte, und der VDS eine disziplinarrechtliche Ahndung der Verletzung der akademischen Standesehre als unzeitgemäß ablehnte, plädierten die Studenten für die folgende Formulierung: „Die Studenten sind verpflichtet, die Ordnung des aka-

⁸⁵⁷ Vgl. HHStA, Abt. 502, Nr. 12198b): In der Sitzung am 6. Januar 1965 nahmen der Vorstand des Landesverbandes Hessen im VDS und die Vorsitzenden der Allgemeinen Studentenausschüsse der hessischen Hochschulen teil.

⁸⁵⁸ Vgl. Fromme, Friedrich Karl: Das Schiff der Hochschulreform soll flott durch ein Gesetz gemacht werden. Das hessische Kultusministerium will die innere Gestalt der Universitäten verändern. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. Januar 1965.

⁸⁵⁹ Vgl. HHStA, Abt. 502, Nr. 12198b).

⁸⁶⁰ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6200: Verband Deutscher Studentenschaften. Landesverband Hessen: Vorgeschichte des Hochschulgesetzes bis zur Beschlußfassung einer Kabinettsvorlage durch die Hessische Landesregierung – aus studentischer Sicht – (21. Juni 1965).

demischen Lebens zu wahren.“ Zum Absatz 4 des Paragraphen schlugen sie ebenfalls eine Änderung vor, die lauten sollte: „Sie sollen sich bemühen, ihr Studium unter Berücksichtigung der Studienpläne und Prüfungsordnungen in angemessener Zeit abzuschließen.“ Nachdem der Verband das geplante Prozedere der Studentenschaftssatzung moniert hatte, unterbreitete er seine Änderungsvorschläge in Bezug auf die Aufgaben der Studentenschaft (§ 30) und auf die Beteiligung an der akademischen Verwaltung (§ 31): Da die Formulierung „studentische Angelegenheiten“ vonseiten der Studenten als unpräzise wahrgenommen wurde, sollte diese konkretisiert werden, sollten „die Vertreter der Studentenschaft [...] an den Sitzungen des Senats und der Senatskommissionen, die Vertreter der Fachschaften an den Sitzungen der Fakultäten und der Fakultätskommissionen mit Stimmrecht teil[nehmen]“. ⁸⁶¹ Einen weiteren Akzent legte der VDS auf den 6. Abschnitt, der die „Abteilungen für Erziehung“ betraf und der an späterer Stelle intensiver behandelt werden soll. ⁸⁶²

Gegenstand einer weiteren ganztägigen Beratung mit den Vertretern der Hochschulen am 24. Februar 1965 in Arnoldshain sollte eben jener Diskussionsentwurf Nr. 2 sein. ⁸⁶³ Während dieser erklärten sich die Hochschulen bereit, ihre Vorschläge, die sie als letzten Kompromiss betrachteten, in sogenannte „Formulierungshilfen“ zu fassen, die sie Schütte dann am 10. März 1965 übergeben sollten. ⁸⁶⁴ Diese bildeten die eigentliche Ansicht der hessischen Hochschulen nicht 1:1 ab, sondern stellten lediglich einen Kompromiss zwischen der Position des Ministers und der hessischen Hochschulen dar.

An dieser Stelle sollen die gravierendsten Divergenzen zwischen der Position der Hochschulen und des Staates herausgearbeitet werden: Die „Formulierungshilfen“ wichen in verschiedenen Punkten vom Diskussionsentwurf Nr. 2 ab, wobei an dieser

⁸⁶¹ Zu § 45 Abs. (2) wünschte man unbedingt folgende Bestimmung aufzunehmen: „Studentenvertreter sind an den Beratungen über die Hochschulsatzungen zu beteiligen.“

⁸⁶² Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6196 d): Verband Deutscher Studentenschaften – Landesverband Hessen –: Stellungnahme der hessischen Studentenschaften zum Diskussionsentwurf Nr. II eines Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen (Stand 19. Januar 1965). Eine weitere Stellungnahme legten die hessischen Studentenschaften zur Kabinettsvorlage der Hessischen Landesregierung für ein Hochschulgesetz am 30. Juni 1965 vor. (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6203).

⁸⁶³ Vgl. HHStA, Abt. 502, Nr. 12207 b): Brief des Hessischen Kultusministers an den Ministerpräsidenten (27. Januar 1965).

⁸⁶⁴ Die Hochschulen wiesen explizit darauf hin, dass sie in den Formulierungshilfen „bis an die Grenze des Vertretbaren“ gegangen seien, da sie einen Konsens mit dem Kultusminister nicht gefährden wollten. (Vgl. Neue Wege der Hochschulreform. Dokumentation zur Vorlage der Landesregierung zu einem Gesetz über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen (Hochschulgesetz) – Formulierungshilfen der hessischen Hochschulen – Diskussionsentwurf I des Kultusministers. In: Die Deutsche Universitätszeitung VI (1965). S. 4).

Stelle nur die wichtigsten fokussiert werden sollen: So postulierten die universitären Vertreter darin, dass die Wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessens ausschließlich Körperschaften des öffentlichen Rechts sein sollten. Der Diskussionsentwurf 2 führte dagegen an erster Stelle an, dass sie sowohl Körperschaften des öffentlichen Rechts als auch zugleich Einrichtungen des Landes sein sollten, um den staatlichen Zugriff auch weiterhin garantieren zu können.⁸⁶⁵ Als zweite Option nannte er die schon genannte als ausschließliche Rechtsform. In den „Formulierungshilfen“ thematisierte § 6 noch die Rechtsaufsicht, die auf die gesetz- und satzungsmäßige Erfüllung der den Hochschulen obliegenden Aufgaben beschränkt sein sollte. Signifikant an § 4 war, dass die „Formulierungshilfen“ abweichend vom Diskussionsentwurf zum einen das Vorschlagsrecht bei der Berufung von Lehrstuhlinhabern als akademische Angelegenheit und zum anderen auch die „Verwaltung des nicht aus öffentlichen Haushaltsmitteln erworbenen Vermögens der Hochschule“ auflistete.⁸⁶⁶ Im Hinblick auf den Inhalt der Rechtsaufsicht ging der Diskussionsentwurf über die Vorstellungen der Hochschulen hinaus, da dieser noch den Zusatz enthielt, dass der Kultusminister rechtswidrige Beschlüsse der Hochschulen beanstanden oder aufheben könne. Ein Zusatz, den die Hochschulen berechtigterweise gestrichen sehen wollten.⁸⁶⁷ Einen eigenen Paragraphen erhielt der Aspekt der Auftragsverwaltung in den „Formulierungshilfen“. Auch die Ansicht, dass die Regelung der Vorlesungszeiten in den Kompetenzbereich der Hochschulen fallen, fand ihren Niederschlag im Paragraphen 8 der „Formulierungshilfen“.⁸⁶⁸ Beide Dokumente sahen zwei Möglichkeiten hinsichtlich der Ausgestaltung der Universitätsleitung vor. Der Kanzler sollte dem Diskussionsentwurf 2 folgend das hochschuleigene Vermögen verwalten – eine Bestimmung, die den „Formulierungshilfen“ fehlt.⁸⁶⁹ Ein erheblich größeres Maß an Verantwortung wollte der Diskussionsentwurf den Fakultäten übertragen, weshalb die Bestimmungen im Vergleich zu den „Formulierungshilfen“ um Längen detaillierter und umfangreicher ausfielen.⁸⁷⁰ Vertreter des Rates der Nichthabilitierten sollten nur dann an den Sitzungen der Kollegialorgane mit Stimmrecht teilnehmen, wenn Angelegenheiten, die sie betreffen, behandelt würden, so die „Formulierungshilfen“. Nach diesen sollte der Kanzler u. a. auch den

⁸⁶⁵ Vgl. HHStA, Abt. 502, Nr. 12196 b): Diskussionsentwurf (Nr. 2). (Stand: 19. Januar 1965); HHStA, Abt. 504, Nr. 6196 b): Formulierungshilfen (24. Februar 1965).

⁸⁶⁶ Vgl. ebd.

⁸⁶⁷ Vgl. ebd.

⁸⁶⁸ Vgl. ebd.

⁸⁶⁹ Vgl. ebd.

⁸⁷⁰ Vgl. ebd.

Verwaltungsrat konstituieren⁸⁷¹, wobei er im Diskussionsentwurf nur an den Sitzungen desselben teilnehmen durfte. Auch hierbei sollte, laut „Formulierungshilfen“, ein Studentenvertreter lediglich in dem Fall mit Stimmrecht teilnehmen, wenn studentische Angelegenheiten behandelt würden. Sie forderten ebenfalls, dass der Verwaltungsrat das hochschuleigene Vermögen verwalten sollte. Auch unterbreiteten die universitären Vertreter konkrete Vorschläge für den Fall der Beanstandung der Beschlüsse des Verwaltungsrates durch den Kanzler. Dezidiert sprachen sich die „Formulierungshilfen“ gegen eine Verweigerung der Zulassung zum Habilitationsverfahren mit der Begründung, dass kein Bedürfnis für die Habilitation bestünde, aus.⁸⁷² Der Diskussionsentwurf 2 fixierte, dass nur diejenigen, die unwürdig seien, an einer Wissenschaftlichen Hochschule zu lehren, ausgeschlossen werden konnten.⁸⁷³ Neben einer Abmilderung hinsichtlich der Ausschreibung, wünschten die Hochschulen den folgenden Zusatz in Bezug auf die Berufung – die Kooptation des Lehrkörpers war eines der ureigensten Privilegien der Universität – verankert: „Er [der Kultusminister; C.S.] hat bei seiner Entscheidung die gleichen Anforderungen zu stellen wie die Fakultäten.“⁸⁷⁴ Auch hinsichtlich § 29 (Rechtsstellung der Studentenschaft) divergierten der Diskussionsentwurf 2 und die „Formulierungshilfen“: So sprach der erste dieser die Stellung einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zu, die Hochschulen dagegen konstatierten, dass die Studentenschaft eine „rechtsfähige Gliedkörperschaft der Hochschule“ sein sollte.⁸⁷⁵ Die Hochschulen goutierten eine präzise Definition hinsichtlich der studentischen Beteiligung an der akademischen Verwaltung.⁸⁷⁶ So sollten Vertreter der Studentenschaft an den Sitzungen des Senats, Vertreter der Fachschaft an den Sitzungen der Fakultät nur dann mit Stimmrecht teilnehmen, soweit studentische Angelegenheiten behandelt würden. Der Alternativ-Vorschlag Mallmanns im Diskussionsentwurf kam dieser Formulierung am nächsten. Auch hinsichtlich der Festsetzung der studentischen Beiträge wünschten sich die Hochschulen ein gewisses Maß an Kontrolle, wenn sie die Zustimmung des Senats und des Kultusministers zur Festsetzung fixiert sehen wollten. Ein letzter Aspekt, der erhebliches Unruhepotential barg, war die Integration der Institute für Erziehung in die Universitäten. Dazu heißt es in den „Formulierungshilfen“ lapidar:

⁸⁷¹ Vgl. ebd.

⁸⁷² Vgl. ebd.

⁸⁷³ Vgl. ebd.

⁸⁷⁴ Vgl. ebd.

⁸⁷⁵ Vgl. ebd.

⁸⁷⁶ Vgl. ebd.

„Diese Paragraphen bedürfen der Klärung der beteiligten Hochschulen“⁸⁷⁷ – eine Formulierung, die die dahinter stehende Opposition zunächst verschleierte.

Mit der Hessischen Studentenschaft verhandelte Schütte separat: So empfing Schütte am 25. Februar 1965 Vertreter der Hessischen Studentenschaften zum abschließenden umfassenden Meinungsaustausch über Vorschläge, die dem Ministerium am 19. und 20. Februar schriftlich übermittelt worden waren. Am 5. bzw. 8. März 1965 erörterte er nochmals mit dem VDS-Landesvorsitzenden die im Entwurf vorgesehene Rechtsstellung der Studentenschaft.⁸⁷⁸

Infolge der zweiten Besprechung in Arnoldshain wurde der Entwurf neu gefasst und erhielt dann die Bezeichnung Regierungs-Entwurf. Vonseiten des Ministeriums wurden Alternativ-Vorschläge der Bestimmungen über den Kanzler und den Verwaltungsrat (§§ 15, 16) gemacht. Über diese, genau wie über die Bestimmungen über die Amtszeit des Rektors, sollte jedoch noch beraten werden.^{879 880}

In der Kabinettsitzung am 16. März stand der Entwurf des Hochschulgesetzes erneut auf der Tagesordnung. Obgleich verschiedene Vorschriften des Entwurfs einzeln erörtert wurden, billigte das Kabinett in dieser Kabinettsitzung die Grundzüge des Entwurfs. Die Minister der Justiz und des Inneren hatten Stellungnahmen übersandt, die man vonseiten des Kultusministeriums schließlich versuchte, weitestgehend zu berücksichtigen. Zu diesem Zeitpunkt erwog der Minister, die Hochschulen kurz vor der Kabinetts-Sitzung am 27. April, in der der Entwurf dem Kabinett vorgelegt werden sollte, über die Kabinettsvorlage zu informieren.⁸⁸¹

⁸⁷⁷ Vgl. ebd.

⁸⁷⁸ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6200: Verband Deutscher Studentenschaften. Landesverband Hessen: Vorgeschichte des Hochschulgesetzes bis zur Beschlußfassung einer Kabinettsvorlage durch die Hessische Landesregierung – aus studentischer Sicht – (21. Juni 1965). Noch am 12. März 1965 wandte sich Pfaffendorf (VDS) nochmals postalisch an den Kultusminister, um seine Einwände bzw. Vorschläge bezüglich der Rechtsstellung der Studentenschaft zu artikulieren. In nuce regte er darin an, folgende Formulierung aufzunehmen: „Die Studentenschaft ist unbeschadet ihrer Zugehörigkeit zur Hochschule eine rechtsfähige Körperschaft des öffentlichen Rechts.“ (HHStA, Abt. 504, Nr. 6197: Brief Hans-Joachim Pfaffendorfs, Verband Deutscher Studentenschaften, an den Kultusminister, betr.: Hochschulgesetzgebung des Landes Hessen, hier: Rechtsstellung der Studentenschaft (Marburg, 12. März 1965).

⁸⁷⁹ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6196 d): Franck an Minister, betr.: Entwurf eines Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen, hier: Neufassung des Entwurfs aufgrund der Besprechung in Arnoldshain am 24. Februar 1965.

⁸⁸⁰ Mitte Februar bzw. Mitte März richtete der Justizminister zweimal ein Schreiben an den Kultusminister, in dem er jeweils auf einige Aspekte aufmerksam machte: So regte er beispielsweise an, dass es laut § 14 Abs. 4 b der Satzung der Studentenschaft überlassen bleiben sollte, die Teilnahme des Rektors an den Sitzungen zu regeln. Die Satzung der Studentenschaft sei jedoch nicht der rechte Ort, um Rechtsbeziehungen zwischen Rektor und Studenten zu ordnen. (Vgl. HHStA, Abt. 502, Nr. 12207 b): Brief des Hessischen Minister der Justiz an den Kultusminister, betr.: Entwurf eines Gesetzes, Bezug: Beratung im Kabinett am 16. März 1965 (19. März 1965)).

⁸⁸¹ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6197: H 3 – 410/01. Referent: Oberregierungs-Rat Franck. Dr. v. Bila, betr.: Entwurf eines Gesetzes (26. März 1965).

Hinsichtlich § 14 (Rektor) wurde in dieser Diskussion bemängelt, dass möglicherweise keine Einheitlichkeit in Bezug auf seine Amtszeit erzielt werden könne. Konsens herrschte darüber, dass an der fünfjährigen Amtszeit festgehalten werden sollte. Eine Übergangsregelung von neun Jahren sei jedoch vorzusehen. Die Absätze 9 und 11 sollten bleiben. Es wurde lediglich angeregt, zu überprüfen, ob der Rücktritt des Rektors vorgesehen werden müsse. Am Absatz 4 kritisierte man, dass der Rektor demzufolge nach „Maßgabe der Satzung der Studentenschaft“ an den Sitzungen des Allgemeinen Studentenausschusses teilnehmen sollte. Dies sollte gestrichen werden.⁸⁸²

In Bezug auf den Kanzler wurde der Einwand gemacht, dass der Kanzler besser Mitglied des Senats ohne Stimmrecht sein sollte. Wenn er nicht Vollmitglied des Senats sei, wäre folgender Zusatz einzufügen: „Der Kanzler nimmt an Sitzungen des Senats teil, er muß jederzeit gehört werden.“ Zudem wurde in der Sitzung dafür plädiert, Absatz 1 dahingehend zu erweitern, dass er für den geordneten Gang der Verwaltung und die Durchführung der Weisungen verantwortlich zeichnen sollte, womit der staatliche Zugriff in Form des Kanzlers nochmals stärker akzentuiert werden sollte. Prinzipiell bejahten die Kabinettsmitglieder die Einheit der Verwaltung, genauso wie das Organ des Verwaltungsrates.⁸⁸³

Bedenken hegten sie gegenüber der Bestimmung, dass der Vorsitzende den Bericht des Kanzlers dem Kultusminister zur Entscheidung vorzulegen habe. Zu überprüfen sei, ob die Bestimmung der Unterrichtung des Rektors in die Geschäftsordnung aufgenommen werden könne. Im Bezug auf § 13 – Organe der Hochschule – sei zu überprüfen, ob tatsächlich eine Organschaft des Kanzlers gegeben sei. Aufgrund der maßgeblichen Funktion wurde diese vom Kultusminister bejaht. Eine längere Diskussion löste der Paragraph über die Vorlesungszeiten aus. Über die Bestimmung per se herrschte Konsens, doch sollte ein Zusatz beigefügt werden, nach dem der Kultusminister nach Rechtsverordnung die Bestimmung in Kraft setzen könne. Zu § 26, der die Berufung thematisiert, schlug der Kultusminister eine Aufnahme einer ergänzenden Formulierung des Wissenschaftsrates vor; Absatz 5 Satz 2 wurde zudem gestrichen. Man erachtete § 24 Abs. 2 des Entwurfs Nr. 2 (Habilitation) für besser. Ferner fand der Vorschlag Eingang in die Diskussion, einen besseren Ausdruck für „unwürdig“ zu finden. Auch im Kontext des § 30 Absatz 3 zogen die Ka-

⁸⁸² Vgl. HHStA, Abt. 502, Nr. 6197: Dr. v. Bila: Vermerk über die Diskussion des Entwurfs des Hochschulgesetzes in der Kabinettsitzung am 16. März 1965 (16. März 1965).

⁸⁸³ Vgl. ebd.

binettsmitglieder die Formulierung des Entwurfs Nr. 2 vor. Schließlich sollte der Kanzler der Dienstvorgesetzte aller übrigen an der Hochschule tätigen Beamten oder tätigen Bediensteten sein.⁸⁸⁴ Anschließend wurden den einzelnen Ressorts die Änderungsvorschläge übermittelt, um dann so schnell wie möglich die gemeinsamen Beratungen durchführen zu können. Die Frage, ob die Amtsdauer des Rektors per legem geregelt werden könne, musste ebenfalls zügig geklärt werden. Zwischenzeitlich sollte die Begründung erarbeitet werden. Nach der Ressortbesprechung war die Kabinettsvorlage aufzustellen und geschäftsordnungsmäßig zu übersenden.⁸⁸⁵

Schließlich wurde der Entwurf im Anschluss an die Kabinettsitzung vom 16. März am 22. und 23. März unter Beteiligung der Staatskanzlei, des Justiz-, des Innen- und des Finanzministeriums im Kultusministerium nochmals erörtert. Während dieser Gespräche wurden diverse Bestimmungen neu gefasst: Angefangen bei der Formulierung hinsichtlich des nicht gedeckten Finanzbedarfes der Hochschulen über die Stellung des Kanzlers im Senat bis hin zur Einräumung des Vorschlagsrechts zur Errichtung Wissenschaftlicher Anstalten für die Abteilung für Erziehung.⁸⁸⁶

⁸⁸⁴ Vgl. ebd.

⁸⁸⁵ So dass am 27. April 1965 darüber entschieden werden konnte. Geplant war zu diesem Zeitpunkt eine Einbringung in den Landtag in den Sitzungen des Plenums am 17./18. und 20. Mai 1965.

⁸⁸⁶ Vgl. HHStA, Abt. 502, Nr. 12208 b): Abteilung I/1, betr.: Entwurf eines Hochschulgesetzes: Votum für die Kabinettsitzung am 27. April 1965 (27. April 1965): § 4 Abs. 1 a. F. sah vor, dass das Land den durch Einnahmen nicht gedeckten Finanzbedarf der Hochschule deckt; diese Fassung sei zu präferieren, da die Hochschulen partiell über erhebliche Einnahmen (z.B. Kliniken) verfügten, die bei der Deckung des Finanzbedarfs berücksichtigt werden müssten. § 16 Abs. 3 Satz 2 2. Halbsatz sah Studienberatungen, insbesondere für die Studenten der Anfangs- und Prüfungssemester vor. Die Prüfungssemester wurden in der Besprechung gestrichen, da für sie eine Studienberatung kaum mehr sinnvoll erschien. Nach § 20 Abs. 5 n. F. war der Kanzler Mitglied des Senats. Nach der alten Fassung sollte er nur an den Sitzungen des Senats partizipieren und das Recht haben, auf Verlangen gehört zu werden. Man gelangte in der Besprechung zu dem Ergebnis, dass die Mitgliedschaft im Senat der Stellung des Kanzlers nicht gerecht werde. Er müsse als Leiter der Personal- und Wirtschaftsverwaltung eine unabhängigere Stellung gegenüber dem Senat haben und sollte nicht durch seine Partizipation bei Abstimmungen in Konflikte gebracht werden. Der notwendige Konnex zwischen akademischer Verwaltung und Wirtschafts- und Personalverwaltung werde durch das Teilnahme- und Anhörrecht des Kanzlers und den Vorsitz des Rektors im Verwaltungsrat garantiert. Die alte Fassung, auf die sich die Vertreter aller Ressorts nach eingehender Diskussion geeinigt hatten, sei daher zu präferieren. „§ 21 Abs. 5 sieht ein Beanstandungsrecht des Kanzlers gegenüber Beschlüssen des Verwaltungsrats vor. Nach Abs. 5 Satz 3 und 4 a. F. durfte im Falle der Beanstandung der Beschluss nicht ausgeführt werden und der Kanzler hatte den Beschluss mit einem Bericht unverzüglich dem Kultusministerium zur Entscheidung vorzulegen. In der neuen Fassung ist die aufschiebende Wirkung der Beanstandung weggefallen. Außerdem soll die Vorlage des Kanzlerberichts durch den Vorsitzenden erfolgen. Auch hier erscheint die alte Fassung besser. Das Beanstandungsrecht hat nur Sinn, wenn die Ausführung des Beschlusses verhindert wird. Vorlegen und berichten sollte im übrigen derjenige, der auch das Beanstandungsrecht hat. Der Umweg über den Vorsitzenden führt nur zu unnötiger Verzögerung.“ Auch gegen das Vorschlagsrecht zur Errichtung Wissenschaftlicher Anstalten für die Abteilung für Erziehung bestanden keinerlei Bedenken.

Vom 20. April 1965 datiert eine Kabinettsvorlage, mit der die Landesregierung den Entwurf eines Gesetzes über die Wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen billigen und seine Einbringung im Landtag beschließen sollte.⁸⁸⁷

In der Sitzung am 27. April 1965 stimmte das Kabinett dem Gesetzesentwurf schließlich unter Maßgabe verschiedener Änderungen zu. An dieser Stelle sei nur auf die wichtigsten verwiesen: So sollte der Rektor während seiner vierjährigen Amtszeit von Lehrverpflichtungen befreit sein. Auch sollte die Satzung eine längere Amtszeit des Rektors als vier Jahre vorsehen können; dann aber sollte er die Bezeichnung „Präsident“ erhalten. Es wurde, wie es scheint, als Kompromiss die Möglichkeit eingeräumt, dass die Amtszeit des Rektors bis zum Beginn des Wintersemesters 1972 zwei Jahre betragen sollte. In diesem Fall sollte er seine Aufgaben mithilfe seines Amtsvorgängers erledigen. § 21 Absatz 3 erhielt die folgende Fassung:

(3) Der Verwaltungsrat beschließt über Angelegenheiten der Wirtschafts- und Personalverwaltung, soweit sie von besonderer Bedeutung sind. Dazu gehört insbesondere der Voranschlag über die zu erwartenden Haushaltseinnahmen und -ausgaben. Die Mitglieder des Verwaltungsrats sind an die Vorschläge des Senats nicht gebunden. Wird eine Anmeldung zum Haushalt nicht berücksichtigt, so ist sie auf Verlangen des Antragstellers dem Voranschlag beizufügen.⁸⁸⁸

Im sich anschließenden 5. Abschnitt wurde dem Kanzler, der die Beschlüsse vorbereiten und ausführen sollte, ein Beanstandungsrecht gegenüber den Beschlüssen des Verwaltungsrates eingeräumt für den Fall, dass diese „rechtswidrig oder unzumutbar“ seien oder wenn er gegen die Grundsätze einer wirtschaftlichen und sparsamen Verwaltung verstoße. Diese Beanstandung sollte dem Kultusminister unverzüglich mit einem Bericht des Kanzlers zur Entscheidung vorgelegt und den Mitgliedern des Verwaltungsrates mitgeteilt werden.⁸⁸⁹ Am 5. Mai 1965 ging dem Hessischen Landtag schließlich die Kabinettsvorlage mit dem Titel „Vorlage der Landesregierung – Gesetz über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen

⁸⁸⁷ Vgl. HHStA, Abt. 502, Nr. 12207 a): Kabinettsvorlage vom 20. April 1965.

⁸⁸⁸ HHStA, Abt. 504, Nr. 6198 b): Auszugsweise Abschrift aus dem Beschluß-Protokoll der 76. Sitzung des Kabinetts am 27. April 1965

⁸⁸⁹ Vgl. ebd.

(Hochschulgesetz)“, die 50 Paragraphen enthielt, vonseiten der Hessischen Landesregierung zu. Am gleichen Tag erläuterte Schütte auch der Presse den Entwurf.⁸⁹⁰ Die Frankfurter Allgemeine vermeldete am 31. Mai 1965, dass Hessens Universitäten vor Erregung „vibrierten“.⁸⁹¹ Anfang Juni wurde der Hochschulgesetzentwurf im Landtag beraten und dem Ausschuss für Kulturpolitik übergeben. Dabei beobachteten die Professoren die Beratungen von der Tribüne aus. In dieser Sitzung konstatierte Schütte, dass der Gesetzentwurf über ein Organisationsgesetz hinausgehe; er solle vielmehr den Hochschulen als Hilfestellung bei der nötigen Reform ihrer inneren Gestalt bieten. Zwar könne und dürfe der Staat diese Reform nicht erzwingen, doch habe er das Recht bzw. die Pflicht, die Ausgangssituation zu schaffen, die die Reform möglich mache.⁸⁹² – Mit dieser Ansicht stellt er sich in eine Traditionslinie mit seinem Amtsvorgänger Erwin Stein, der den Universitäten die Unfähigkeit zur Reform attestiert und daher das Eingreifen des Staates postuliert hatte. – Anschließend erläuterte Schütte die wichtigsten Punkte des Entwurfs. CDU-Politikerin Walz hob als positive Aspekte die Tendenz zur Demokratisierung und die Zulassung einer Gliederung in Abteilungen neben den bestehenden Fakultäten hervor. Zugleich jedoch monierte sie, dass der Entwurf staatlichem Dirigismus Tor und Tür öffnen würde. Zudem übte sie Kritik an der Stellung des Kanzlers und dem Oktroi⁸⁹³, wo-

⁸⁹⁰ Hessen will das Rektorat auf vier Jahre verlängern. Kultusminister Schütte legt den Entwurf eines Hochschulgesetzes vor / Fristen für Berufungen / Verwaltungsrat als Klammer. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. Mai 1965.

⁸⁹¹ Vgl. Fromme, Friedrich Karl: Erregung macht auch Professoren blind. Der Protest gegen den Entwurf des hessischen Hochschulgesetzes. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. Mai 1965. Auch der Jurist Werner Flume stellte eine „tiefe Kluft“ bei einem Vergleich des Entwurfes mit Humboldt fest. Besonders die Dienstaufsicht des Rektors erregte seinen Unmut, der in folgender Aussage kulminierte: „Nach dem tatsächlichen Inhalt des Entwurfs kann aber gar keine Rede davon sein, dass Rektor und Senat mit wirksameren Befugnissen ausgestattet wären. Nicht Rektor und Senat bestimmen nach dem Entwurf in der Universität, sondern der von der Landesregierung – wenn auch im Benehmen mit dem Rektor und dem Senat – ernannte Kanzler, der von Rektor und Senat unabhängig ist. Die Universitätsverfassung ist eine Kanzlerverfassung.“ Anhand der Stellung des Kanzlers, so die Meinung Flumes, trete der Geist des Entwurfes symptomatisch zutage: Der Aufgabenbereich der Universität und ihrer Professoren als die Zuständigen werde nicht anerkannt. Des Weiteren stellte er die Zulässigkeit des Oktrois und die Vorschlagsfrist für die Fakultäten in Bezug auf Besetzungen von Lehrstühlen in Frage. Aufgrund der mangelnden Sachkompetenz der Verwaltung, so seine Argumentation, müsse generell das Recht bestritten werden, Hochschullehrer von sich aus zu berufen. (Vgl. Flume, Werner: Das Hessische Hochschulgesetz – Anregung und Gefahr. Eine kritische Betrachtung. In: Handelsblatt vom 1. Juli 1965).

⁸⁹² Vgl. Hessischer Landtag. V. Wahlperiode: Stenographischer Bericht über die 39. Sitzung am 2. Juni 1965. S. 1656.

⁸⁹³ In ihren „Überlegungen zum neuen Hessischen Hochschulgesetz“ begründete sie diese Haltung folgendermaßen: „Wir sind dagegen, dass mit Oktroi über Fristsetzung hinaus dem Staat noch weitere Eingriffsrechte zugestanden werden, die im Grundsatz akademische Selbstverwaltung aushöhlen.“ Dr. Walz, Hanna: Überlegungen zum neuen Hessischen Hochschulgesetz. Opposition nicht einmütig hinter den Hochschulen. In: Die Deutsche Universitätszeitung VI (1965). S. 41.

mit sie eindeutig Stellung zugunsten der Universität bezog.⁸⁹⁴ Rodemers (FDP) kam zu dem Ergebnis, dass sich Pro und Contra letztlich die Waage hielten. Er postulierte die Schaffung des Amtes eines Bundeskultusministeriums.⁸⁹⁵

Nachdem der Kultusminister die „Formulierungshilfen“ nur partiell berücksichtigt hatte, zogen die hessischen Hochschulen schließlich diese zurück und postulierten ein Rahmengesetz, in dem alle signifikanten Fragen von den Hochschulen selbst geregelt werden sollten.

3.1.2 Die Beratungen im Kulturpolitischen Ausschuss

Schließlich wurde die Vorlage der Landesregierung an den Kulturpolitischen Ausschuss des Hessischen Landtages überweisen, der das ihm vom Parlament überwiesene Thema gründlich behandeln und sie für die abschließende Entscheidung im Plenum vorbereiten sollte. Im November 1965 nahm dieser die Beratungen auf, wobei sich sogleich eine Generaldebatte über die Stellung des Kanzlers entwickelte – ein erneuter Hinweis auf das Konfliktpotential, das diese in sich barg.

In der 33. Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses am 13. Januar 1966 fand eine Anhörung der Rektoren der Wissenschaftlichen Hochschulen und der Präsidenten des Rates der Hochschulen für Erziehung statt, in der sie auch ihren Gegenentwurf vom 22. Dezember 1965 erläuterten. Während dieser wurde deutlich, dass die Hochschulen den Entwurf, so die Wahrnehmung vonseiten des Ministeriums, denselben zu Recht für „ein Dokument des Misstrauens gegenüber den Hochschulen“⁸⁹⁶ wahrnahmen. Zu viele Aspekte, vornehmlich des innerkorporativen Verhältnisses, würden darin reglementiert, die aufgrund der Satzungsautonomie in den Kompetenzbereich der Hochschulen fielen. Aus diesem Grund wehrten sich die Rektoren gegen das Ansinnen des Ministers, der sich ihnen durch den Entwurf in direkter Kontinuität zu Erwin Stein präsentiert hatte.

Ein Garant für eine verstärkte Mitwirkung der Hochschulen bei der Aufstellung des Haushaltsvoranschlages und bei den Landtagsberatungen des Haushalts sollte § 4 sein. Griffen sie den Vorschlag des Kultusministers Schütte auf, in einer Einheitsverwaltung die Personal-, Wirtschafts- und akademische Selbstverwaltung zusam-

⁸⁹⁴ Vgl. Hessischer Landtag. V. Wahlperiode: Stenographischer Bericht über die 39. Sitzung am 2. Juni 1965. S. 1670ff.

⁸⁹⁵ Vgl. ebd. S. 1675; Schütte: Hochschulgesetz ein Anstoß zur Reform. Die CDU spricht von einer Gefahr des Dirigismus für Hessens Universitäten / Erste Lesung des Regierungsentwurfs in Wiesbaden. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3. Juni 1965.

⁸⁹⁶ HHStA, Abt. 502, Nr. 12208 a): Hessischer Landtag. V. Wahlperiode: Beschluss-Protokoll über die 33. Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses am 13. Januar 1966.

menzufassen⁸⁹⁷, gestand der Gegenentwurf dem Kultusminister ein Informationsrecht nur im Rahmen der Rechtsaufsicht zu, woran erneut deutlich wird, dass sie den geplanten staatlichen Einfluss mit aller Vehemenz zurückdrängen wollten. Aufgrund der optimalen Lösung, die ein Direktorium hinsichtlich der Kontinuitätsfrage und der Aufgabenverteilung darstelle, plädierten die Rektoren für diesen Verfassungstypus. Eine Akzentverschiebung nahm der Gegenentwurf im § 15 vor: Den Senat nämlich wollte man mit der Entscheidungskompetenz in allen Fragen und Aspekten von hochschulpolitischer Relevanz ausgestattet und damit die eigene Einflussosphäre gestärkt sehen. Die Verwaltungsdirektoren, die einen Tag später gehört wurden, sahen darin zu Recht eine Verschiebung der Verantwortlichkeiten, die möglicherweise die politische Verantwortlichkeit des Ministers tangieren konnte.

Demgegenüber sollte das Vetorecht des Kanzlers, der auf Vorschlag des Senats⁸⁹⁸ ernannt werden und nach dem Rektor stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrates sein sollte⁸⁹⁹, auf rechtswidrige Beschlüsse des Verwaltungsrates limitiert werden. Demgegenüber erachteten sie das Beanstandungsrecht des Kanzlers auch bei unzumutbaren Beschlüssen für unentbehrlich. Dafür schlugen sie die Form des Kanzlerberichts vor, der dem Ministerium gemeinsam mit der Stellungnahme der Hochschule vorgelegt werden sollte. Wurde bereits anhand der letzten beiden Vorschläge die Stoßrichtung des Gegenentwurfs deutlich, reiht sich auch der folgende nahtlos in die Argumentation der Rektoren ein: „Um die verfassungswidrige ungebundene Besetzungsbefugnis des Ministers“⁹⁰⁰ zu eliminieren, wollten sie den Hochschulen für den Fall der Ablehnung des Berufungsvorschlags die Vorlage eines zweiten Vorschlags gewähren.

Beim außerordentlichen Professor neuen Stils werde nicht mehr die Lehrstuhlreife vorausgesetzt; die Bewährung in Forschung und Lehre genüge.

Sollte die Studentenschaft dem Charakter nach auch eine rechtsfähige Gliedkörperschaft der Hochschulen sein, sollte ihre Partizipation an der akademischen Verwaltung jedoch auf die eigenen Angelegenheiten bzw. satzungsmäßig geregelten Fälle beschränkt werden. Die Rechtsaufsicht über die Studentenschaft sollte beim Kultusminister liegen.

⁸⁹⁷ Vgl. Entwurf hessischer Professoren. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. Januar 1966.

⁸⁹⁸ Er sollte nur in echter Mitwirkung der Hochschule, auf Vorschlag oder zumindest im Einvernehmen mit dem Senat vom Ministerium bestellt werden können. (Vgl. ebd.).

⁸⁹⁹ Vgl. Entwurf hessischer Rektoren. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. Januar 1966.

⁹⁰⁰ HHStA, Abt. 502, Nr. 12208 a): Herrn Ministerpräsidenten..., betr.: Hochschulgesetz (18. Januar 1966).

Die Hochschulen für Erziehung erfuhren im Gegenentwurf keine Berücksichtigung, da die Rektoren abwarten wollten, wie sich das Verhältnis dieser zu den Universitäten in der Zukunft gestalten würde.⁹⁰¹ Die Repräsentanten der Hochschulen für Erziehung dagegen begrüßten eine Integration. Ohne eine Optimierung des Regierungs-Entwurfs jedoch, präferierten sie die Beibehaltung des Status quo. Eine solche Verbesserung müsse „eine angemessene Vertretung in den Organen der Hochschulen“ mit sich bringen. Additiv sei ihr Status dem von Fakultäten anzugleichen.

Die Rektoren wünschten, den § 16 Absatz 3 (Studienreform) in der Gestalt zu ändern, dass man daraus nicht nur eine Intention zur Studienzeitverkürzung ablesen konnte.⁹⁰²

Einen Tag nach dieser Anhörung, am 14. Januar 1966, wurden während der 34. Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses die leitenden Verwaltungsbeamten der Hochschulen und Vertreter der Studentenschaft der Universitäten zur Gesetzesvorlage gehört.⁹⁰³

Trotz kleiner Einwände⁹⁰⁴ erklärte sich die Studentenschaft generell mit den Grundsätzen des Regierungsentwurfs einverstanden. Aufgrund der im Regierungsentwurf vorgesehenen weitgehenden Partizipation an der akademischen Verwaltung präferierten sie diesen gegenüber dem Gegenentwurf der Hochschulen. Wie aus den Akten hervorgeht, schien die CDU zu diesem Zeitpunkt dem Gegenentwurf der Hochschulen ein größeres Interesse entgegenzubringen als dem Regierungsentwurf.

Am 26. und 27. Januar 1966 nahm der Kulturpolitische Ausschuss die Beratungen des Hochschulgesetzes erneut auf; abgestimmt wurde dabei nicht. Nur solche Änderungen wurden fixiert, bei denen man die Einigkeit aller Fraktionen erzielt hatte.⁹⁰⁵

⁹⁰¹ Diese zögerliche Haltung wird vor dem Hintergrund ihrer Opposition gegenüber einer Integration verständlich.

⁹⁰² Vgl. HHStA, Abt. 502, Nr. 12208 a): Herrn Ministerpräsidenten..., betr.: Hochschulgesetz (18. Januar 1966).

⁹⁰³ Vgl. HHStA, Abt. 502, Nr. 12208 a): Hessischer Landtag, V. Wahlperiode: Beschluß-Protokoll über die 34. Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses am 14. Januar 1966

⁹⁰⁴ Wie beispielsweise gegen die Bestimmung über die Vorlesungszeiten und gegen § 16, Absatz 3; § 30 und Absatz 2; § 32.

⁹⁰⁵ So war man sich beispielsweise darüber einig, dass der Dekan für die Erfüllung der Lehrverpflichtungen nicht verantwortlich zeichnen sollte, sondern lediglich dazu anhalten sollte. Auch § 16 erfuhr eine Abmilderung zu einer Sollvorschrift: Die Fakultäten sollten nun nicht mehr verantwortlich für die Koordinierung der Forschungsprogramme mehrerer Lehrstühle sein, sondern lediglich dafür „sorgen“. Konsensual war auch die Haltung des Ausschusses gegenüber dem Beanstandungsrecht des Kanzlers gegenüber dem Verwaltungsrat, „das nur auf deren Unzweckmäßigkeit gestützt ist“.

Während dieser Beratungen kündigte die SPD einen Vorschlag an, „der den Universitäten das Wahlrecht zwischen drei Verfassungstypen, nämlich der Rektoratsverfassung, der Kollegialverfassung und der Präsidentialverfassung, einräumt.“⁹⁰⁶ Vertreter SPD, BHE und FDP die Ansicht, dass der Kanzler im Einvernehmen mit Rektor und Senat ernannt werden sollte, forcierte die CDU ein Vorschlagsrecht für Rektor und Senat. Der Ausschuss war sich einig, dass der Kanzler kein Beanstandungsrecht gegenüber Beschlüssen des Verwaltungsrats besitzen sollte, das allein auf deren Unzweckmäßigkeit basieren sollte. Des Weiteren tendierte das Gremium zum Vorschlag Professor Mallmanns, der besagte, den Oktroi auf solche Fälle zu limitieren, in denen es die Fakultäten versäumt hätten, fristgerecht einen akzeptablen Berufungsvorschlag zu unterbreiten. Für die Rechtsstellung der Studentenschaft entschied sich die Ausschuss für die folgende Formulierung: „Die Studentenschaft ist innerhalb der Hochschule eine rechtsfähige Gliedkörperschaft des öffentlichen Rechts.“ Der Abschnitt über die Abteilung für Erziehung wurde während dieser Beratungen ausgespart.⁹⁰⁷

Noch vor der zweiten Besprechung in Arnoldshain unterbreitete die FDP-Fraktion den Mitgliedern des Kulturpolitischen Ausschusses am 22. Februar 1966 konkrete Änderungsvorschläge. Diese setzten ausführlich beim § 14, der die Position des Rektors thematisierte, an.⁹⁰⁸

Um die Rechtsstellung der Studentenschaft zu umschreiben, entschied sich der Kulturpolitische Ausschuss für die Formulierung: „Die Studentenschaft ist innerhalb der Hochschule eine rechtsfähige Gliedkörperschaft des öffentlichen Rechts.“

Zu den §§ 1-13 legte Vertreter der SPD einen im Arbeitskreis der Fraktion ausgearbeiteten Vorschlag vor. Bezüglich der §§ 4 und früher (einstmals 4-10) behielten sich die Oppositionsparteien eine Stellungnahme offen.

⁹⁰⁶ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 12208 a): Herrn Ministerpräsidenten ...vorgelegt (27. Januar 1966).

⁹⁰⁷ Vgl. ebd.

⁹⁰⁸ Als § 14 a wollte die FDP einen Abschnitt über Pro- und Konrektoren eingefügt wissen. In Bezug auf die Habilitation votierte man dafür, dass eine Habilitation nicht mit dem Hinweis auf die Bedarfslage abgelehnt werden dürfe. Nach zwei Änderungswünschen hinsichtlich der Fassung von §§ 26 und 28, wollten sie den letztgenannten u. a. noch um folgenden Zusatz ergänzen: „(3) Die Zahl der Vertreter des Rates der Nichtordinarien, die an den Sitzungen der Kollegialorgane der Hochschule und der von diesen eingesetzten Ausschüssen teilnehmen, darf ein Zehntel des jeweiligen Organs oder Ausschusses nicht unterschreiten.“ (HHStA, Abt. 504, Nr. 6204: FDP-Fraktion im Hessischen Landtag an die Mitglieder des Kulturpolitischen Ausschusses, betr.: Hochschulgesetz – Abänderungsvorschläge der FDP-Fraktion (22. Februar 1966). Weiter heißt es:

„(1) Der Rektor repräsentiert die Hochschule. Er sorgt für das Zusammenwirken ihrer Organe, der Angehörigen des Lehrkörpers und der Studenten. Er fördert gemeinsam mit dem Senat, den Fakultäten und dem Verwaltungsrat die innere und äußere Entwicklung der Hochschule.

(2) Der Rektor vertritt die Hochschule, soweit die Vertretung nicht anderen Organen übertragen ist. Er kann den Kanzler im Einzelfall mit der Vertretung beauftragen. Der Rektor ist Vorsitzender des Senats und des Verwaltungsrates. Er übt das Hausrecht in der Hochschule aus.

(3) Der Rektor ist für die laufenden Geschäfte der Akademischen Verwaltung verantwortlich und trifft in unaufschiebbaren Fällen die notwendigen Maßnahmen. Hält der Rektor Senatsbeschlüsse für

Während der Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses Anfang März löste das Thema der Integration der Hochschulen für Erziehung eine Generaldebatte aus.⁹⁰⁹

Am zweiten Tag der Beratungen, am 3. März, wurden die §§ 3 1-24 thematisiert, jedoch über nichts abgestimmt.

Eine Annäherung der Standpunkte hatten die Vertreter der Parteien in den Punkten Hochschulverfassung, Verwaltungsrat und Kanzler erreicht. Diametral standen sich jedoch SPD und CDU bezüglich des Inhalts und der Formulierung der Liste der Gegenstände, die von der Satzung zu regeln waren, gegenüber. Alle Parteien wollten zudem das Recht auf den Oktroi für den Fall anerkennen, dass die Fristen bei Berufungsvorschlägen nicht eingehalten wurden. Darüber hinausgehend wollten SPD und FDP dem Minister diesen zugestehen, wenn er aus besonderen Gründen einen Vorschlag ablehnte. Mit diesem Zugeständnis konnte sich die CDU jedoch nicht anfreunden.⁹¹⁰

Am 17. März 1966 schloss der Kulturpolitische Ausschuss schließlich die erste Lesung des Hochschulgesetzes ab und schlug „dem Landtag vor, den Gesetzentwurf in der aus der Anlage ersichtlichen Fassung in zweiter Lesung anzunehmen und zur Vorbereitung der dritten Lesung an den Kulturpolitischen Ausschuss – unter Hinzuziehung des Ausschusses für Beamtenfragen – zurück zu überweisen.“⁹¹¹ In einer Reihe von Punkten konnte zu diesem Zeitpunkt noch keine Einigung erzielt werden.

rechtswidrig, so hat er sie zu beanstanden. Die Beanstandung hat aufschiebende Wirkung. Das Nähere regelt die Satzung.

(4) Der Rektor oder ein von ihm benannter Vertreter ist berechtigt, an den Sitzungen der Fakultäten, der Fakultätsausschüsse, der Vertreterversammlung der Studentenschaft und des Allgemeinen Studentenausschusses beratend teilzunehmen.

(5) Der Rektor wird vom Senat gewählt. Wiederwahl ist zulässig. Die Wahl bedarf der Bestätigung des Kultusministers.

(6) Die Amtszeit des Rektors beträgt mindestens zwei Jahre.

(7) Beträgt die Amtszeit mehr als zwei Jahre, kann die Satzung zulassen, daß der Rektor durch den Senat vorzeitig abberufen wird. Die Abberufung bedarf der Bestätigung des Kultusministers.

(8) Während seiner Amtszeit ist der Rektor von seinen Lehrverpflichtungen befreit. Der Anspruch auf die Unterrichtsgeldpauschale bleibt unberührt.“

⁹⁰⁹ Während dieser sprach sich die SPD für eine stärkere Einbeziehung aus. Ihr Vorschlag zeichnete sich dadurch aus, dass sie den Hochschulen für Erziehung die Rechtsnatur einer Fakultät ohne Habilitations- und Promotionsrecht zugestehen wollte. Auch die CDU plädierte für eine stärkere Integration, doch schlug sie vor, eine Abteilung für Erziehungswissenschaften in § 13 aufzunehmen und ihren Sonderstatus in den §§ 40ff zu konkretisieren. Die FDP plädierte für das Auslassen der Hochschulen für Erziehung aus dem Hochschulgesetz. Im Falle einer Aufnahme erachtete sie den Regierungsentwurf „noch für die beste Lösung“. Die Bezeichnung „Fakultät“ jedoch dürfe nicht gebraucht werden. Schließlich kam man zu dem Ergebnis, dass die Anregungen der Arbeitskreise nochmals überdacht und in der nächsten Sitzung erneut diskutiert werden sollten.

⁹¹⁰ Sie hatte aber auch keine Antwort auf die Frage, was nach der Ablehnung der von ihr vorgesehenen zweiten Vorschlagsliste passieren solle. (Vgl. HHStA, Abt. 502, Nr. 12209 a): Betr.: Hochschulgesetz. Herrn Ministerpräsidenten über Herrn Staatssekretär und Herrn Abteilungsleiter I (4. März 1966)).

⁹¹¹ HHStA, Abt. 504, Nr. 6204: Hessischer Landtag. V. Wahlperiode: Beschluß-Protokoll über die 42. Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses am 17. März 1966.

Bemerkenswert an den kontrovers diskutierten Aspekten war, dass die CDU in den meisten Aspekten darauf bedacht war, das Selbstbestimmungsrecht der Institution Universität so weit als möglich gegenüber den Regierungsvorschlägen auszudehnen: So intendierte sie gemeinsam mit der FDP die Hochschule auf dem Sektor der Wirtschafts- und Personalverwaltung lediglich der Fach-, nicht auch der Dienstaufsicht zu unterwerfen. Des Weiteren forderten die Christdemokraten ein Anhörungsrecht der Hochschulen bei den Haushaltsberatungen in den Ministerien und im Haushaltsausschuss. Das Beanstandungsrecht des Kanzlers aufgrund von Verstößen gegen die Prinzipien einer wirtschaftlichen und sparsamen Verwaltung sollte, ihrer Meinung nach, auf der Fachaufsicht unterliegende Angelegenheiten restringiert werden. Nach der Generaldebatte bezüglich der Hochschulen für Erziehung beschränkte sich die Kontroverse nur noch auf den Aspekt der Verwaltung (§ 43); diesbezügliche Regelungen wollte die CDU nämlich partiell dem Kompetenzbereich der Hochschulen zuschlagen. Obgleich beide Parteien dem Oktroi prinzipiell zustimmten, wollten sie den Hochschulen Konsensbereitschaft signalisieren.⁹¹² Hinsichtlich der Verfassung stießen die drei Verfassungsformen bei der Opposition auf Akzeptanz, doch waren ihre Ressentiments gegenüber einer vierjährigen Amtszeit des Rektors stark ausgeprägt. Auch eine Semesterdauer von 15 Wochen konnte ihre Zustimmung nicht finden.⁹¹³

Im gleichen Monat, kurz vor der zweiten Lesung des neuen Hochschulgesetzes im Hessischen Landtag, appellierten die Rektoren der Frankfurter, Darmstädter, Marburger und Gießener Hochschulen an die Abgeordneten, die Bitte der Hochschulen auf Sicherung und Realisierung ihres Rechts auf Selbstverwaltung zu berücksichtigen. Das Schreiben zeichnete sich durch seinen gemäßigten Ton aus und enthielt einige Konzessionen: Das Oktroi-Recht des Kultusministers wurde von den Rektoren darin beispielsweise nicht mehr in Gänze abgelehnt. Sie forderten jedoch eine Garantie, dass davon nur im Notfall Gebrauch gemacht und zudem die gleichen qualitativen Anforderungen beachtet werden würden. Auch im Hinblick auf die Amtsdauer des Rektors zeichnete sich ein Kompromiss ab. Einverstanden waren die Rektoren mit der Integrierung des Kanzlers, des höchsten Verwaltungsbeamten in der Universität, wie es der Regierungsentwurf vorsah. Sie plädierten für eine Bestellung

⁹¹² Aus diesem Grund wünschten sie die Ergänzung um den folgenden Satz: „Werden Einwände erhoben, so spricht der Kultusminister die beabsichtigte Berufung nicht aus, wenn eine anderweitige Besetzung im Einvernehmen mit der Fakultät erfolgen kann.“

⁹¹³ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6204: Hessischer Landtag. V. Wahlperiode: Beschluß-Protokoll über die 42. Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses am 17. März 1966.

desselben auf universitären Vorschlag hin, damit er nicht, was ihre größte Sorge war, als staatliche Aufsichtsperson in der Universität erscheine. Das Verhältnis der Universitäten zu den Hochschulen für Erziehung, so konstatierte der Frankfurter Rektor Rüegg, befände sich noch im Stadium des Experimentierens.^{914 915}

„Maßvolle und einsichtige Diskussionsbeiträge kennzeichneten den Tenor der zweiten Lesung dieser Vorlage, die zur Vorlage der dritten Lesung erneut an den Kulturpolitischen Ausschuß zurücküberwiesen wurde.“⁹¹⁶ Schließlich verabschiedete der Hessische Landtag am 30. März nach einer mehrstündigen Diskussion mit den Stimmen der beiden Regierungsparteien SPD und GPD gegen die Stimmen der FDP und bei Stimmenthaltung der CDU den Entwurf für das neue Hessische Hochschulgesetz in der zweiten Lesung. Die Sprecher aller Parteien brachten anschließend ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass noch existierende Streitfragen bis zur dritten Lesung, mit der man für Anfang Juni rechnete, ausgeräumt werden könnten. Kontrovers diskutiert wurde zu diesem Zeitpunkt noch der Aspekt des Berufungsrechts des Kultusministers, das die beiden Oppositionsparteien als zu weitreichend erachteten. Auch über die Amtsdauer des Rektors, die Stellung des Kanzlers, die Länge der Vorlesungszeit und den Rechtsstatus der Hochschulen für Erziehung war noch keine Einigkeit erzielt worden.⁹¹⁷

Am 27. April beriet der Kulturpolitische Ausschuss in dritter Lesung über das Hochschulgesetz, wobei nur Aspekte thematisiert wurden, zu denen Abänderungsvorschläge vorlagen.⁹¹⁸ Zu diesem Zeitpunkt war eine weitere Annäherung zwi-

⁹¹⁴ Köpke, Horst: Maßvoller Appell der Rektoren. Hessisches Hochschulgesetz vor der zweiten Lesung im Landtag. In: Frankfurter Rundschau – Ausgabe Süd vom 25. März 1966.

⁹¹⁵ An dieser Stelle lässt sich zusammenfassend konstatieren, dass eine intensive Beratungsarbeit durch den Kulturpolitischen Ausschuss zwischen der Regierungsvorlage und der zweiten Lesung stattfand. Durch seine substantielle Arbeit konnte dem Landtag eine in vielen Punkten entschärfte Fassung vorgelegt werden.

⁹¹⁶ HHStA, Abt. 504, Nr. 6205: Pressestelle der Philipps-Universität Marburg: Direktinformation 12/66. Betr.: Hessisches Hochschulgesetz (1. April 1966).

⁹¹⁷ Während dieser Landtagssitzung erklärte der FDP-Abgeordnete Roederer, dass die vorliegende Fassung des Gesetzes noch immer einige Reste „staatlichen Dirigismus“ enthalte, woraufhin Kultusminister Schütte versicherte, dass Hessen unter keinen Umständen mittels des neuen Gesetzes einen Angriff auf die Freiheit der Universitäten verüben wolle. Auch die SPD-Abgeordnete Horn pflichtete dem Kultusminister bei und betonte das Recht der Universitäten auf Freiheit der Forschung und Lehre, die es zu erhalten gelte. Dennoch dürften sie keine Staaten im Staate, sondern müssten Teil des Staates sein. Ein Appell an den Landtag und die Regierung erging vonseiten der kulturpolitischen Expertin Walz, ein Hochschulgesetz zu erlassen, das sowohl Staat als auch Universität in ihren Rechten sichere. (Vgl. Hessischer Landtag. V. Wahlperiode: Stenographischer Bericht über die 51. Sitzung am 30. März 1966. S. 2301-2350).

⁹¹⁸ Basis der Beratungen war die Ausschussfassung des Gesetzes Drucksache II/337 und die Abänderungsanträge der CDU I/1758 und 1761 und der FDP I/1760. Man plante die Ergebnisse der Sitzung am 3. Mai in den Fraktionen zu besprechen. Schließlich sollte die Abstimmung über die endgültige Fassung am 5. Mai erfolgen.

schen den Standpunkten der Regierungspartei auf der einen und die der Opposition auf der anderen Seite festzustellen. Divergenzen bestanden jedoch noch weiterhin in folgenden Punkten: Die CDU wollte für Wirtschafts- und Personalangelegenheiten lediglich „eine im Regelfalle auf allgemeine Weisungen beschränkte Fachaufsicht“ akzeptieren. Die Dienstaufsicht sollte ihres Erachtens gänzlich eliminiert werden – ein Punkt, über den man wohl durchaus Einigkeit erzielen konnte.⁹¹⁹ Hinsichtlich der Fachaufsicht gab die SPD zu bedenken, dass man beispielsweise bei Bau- und Grundstücksangelegenheiten auf das Recht auf Einzelzuweisungen nicht verzichten könne. Hinsichtlich der Semesterdauer schien es, als ob die CDU gewillt war, die Ausschussfassung anzunehmen.⁹²⁰

Für unseren Kontext besonders interessant ist das Faktum, dass die Christdemokratin Walz mit Nachdruck gegen die vierjährige Dauer des Rektorats als einziges Modell und für mehrere, wählbare Modelle, wie im hessischen Rektorenentwurf vorgesehen, plädierte. Dabei konnte sie sich das „Gießener Modell“ (zweijähriger Rektor, gemeinsam mit Prorektor und Rektor designatus) durchaus vorstellen – wenn es dem Aspekt der Kontinuität ausreichend Rechnung trüge.⁹²¹ Der Satzung sollte es dann überlassen werden, welches von ihr übernommen werde.⁹²² Die SPD konnte sich für die Einführung des Gießener Modells nicht wirklich erwärmen.

In Bezug auf die Abteilungen für Erziehungswissenschaften klappten die Meinungen ebenfalls auseinander: Wollte die SPD ihre besondere Form herausstreichen, ging es

⁹¹⁹ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6205: Kurzbericht über die 43. Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses am 27. April 1966.

⁹²⁰ Bemerkenswert an den kontrovers diskutierten Aspekten war, dass die CDU, erneut in den meisten Aspekten darauf bedacht war, das Selbstbestimmungsrecht der Institution Universität so weit als möglich gegenüber den Regierungsvorschlägen auszudehnen: Dies fing bei der Terminologie, beispielsweise in Bezug auf die Berufung von Lehrstuhlinhabern, an und reichte über die Forderung nach einer Abwahlmöglichkeit für Rektoren, die länger als vier Jahre amtieren, und setzte sich schließlich bei der Kritik an der Position des Kanzlers fort. Walz konstatierte in diesem Kontext, dass „auch die Stellung des Kanzlers zugunsten einer staatlichen Einflussnahme wesentlich überzogen“ sei. Als Alternative schlug sie vor, den Kanzler als echtes Organ der Universität vom Senat auf begrenzte Zeit wählen zu lassen. (Vgl. Walz, Dr. Hanna: Überlegungen zum neuen Hessischen Hochschulgesetz. Opposition nicht einmütig hinter den Hochschulen. In: Die Deutsche Universitätszeitung VI (1965). S. 40). Additiv sollten Details hinsichtlich der Verwaltung der Abteilungen für Erziehungswissenschaften durch die Hochschulsatzungen, nicht durch Gesetzesvorschriften geregelt werden.

⁹²¹ In der Stellungnahme Walz wird der Grund dafür deutlich: Die CDU pflichtete den Rektoren, die eine Dauer des Rektorats von vier Jahren ablehnten, bei. Diese wurde von ihnen nur für sinnvoll erachtet, wenn tatsächlich und nicht nur formal die Wirtschafts- und Personalverwaltung in die Hochschule integriert wäre, wenn also eine Art „Hochschulpräsident“ nach amerikanischem Muster angestrebt und der Rektor die akademische und Wirtschafts- und Personalverwaltung repräsentieren würde. (Vgl. Walz, Dr. Hanna: Überlegungen zum neuen Hessischen Hochschulgesetz. Opposition nicht einmütig hinter den Hochschulen. In: Die Deutsche Universitätszeitung VI (1965). S. 40).

⁹²² Vgl. ebd.

der CDU im Wesentlichen um eine Angleichung ihrer Rechte an die Fakultäten.⁹²³
§ 19 löste aus diesem Grund eine längere Diskussion aus.

Nach der dritten Lesung waren die Unterschiede in den Positionen nicht mehr so gravierend. In den Akten findet sich gar der Hinweis, dass die CDU den Eindruck erweckte, bewusst an verschiedenen Divergenzen festzuhalten, um das Gesetz ablehnen zu können. Es wurde eine weitere Annäherung im Allgemeinen und eine Einigung mit der FDP im Besonderen vonseiten des Ministeriums erwartet.⁹²⁴

Im Vorfeld der Besprechung beim Hessischen Ministerpräsidenten mit den Rektoren am 3. Mai 1966 rechnete die Ministerialbürokratie mit sieben zentralen Diskussionspunkten: So erwartete man die Opposition der Rektoren hinsichtlich der Aufwertung der Hochschulen für Erziehung zur Fakultät und ihren Vorschlag, zur Fassung der Regierungsvorlage zurückzukehren. Ein weiterer Anlass zur Kritik evozierte auch § 4 Absatz 2, in dem es hieß, „daß die Verwaltung von hochschuleigenem Vermögen als akademische Angelegenheit ‚gelten soll‘“. Die Rektoren vertraten vielmehr die Ansicht, dass die Verwaltung desselben eine akademische Angelegenheit war. Zudem postulierten die Rektoren eine einheitliche Regelung der Vorlesungszeiten. Ressentiments hegten sie auch weiterhin gegenüber einem vierjährigen Rektorat. Aus diesem Grund forcierten sie die Einführung des Gießener Modells – wohl auch mit der Hoffnung, alles beim Alten belassen zu können. Im Hinblick auf § 11 (Direktorialverfassung) wünschte sie sich anstelle von zwei Konrektoren *mindestens* zwei Konrektoren. Die Aufnahme der akademischen Ehrungen und Ehrenpromotionen in den Negativkatalog des zweiten Absatzes von § 35 war ein weiterer Punkt, von dem man erwartete, dass er von den Rektoren während der Besprechung beim Hessischen Ministerpräsidenten thematisiert werden würde, wie die Abteilungsleiterin dem Minister vermeldete.⁹²⁵

Tatsächlich ergaben die Gespräche der SPD mit den Rektoren⁹²⁶, dass diese gegen die Lösung des Kulturpolitischen Ausschusses hinsichtlich der Abteilungen für Erziehungswissenschaften waren, ein Entgegenkommen in diesem Punkt nicht möglich sei.

⁹²³ Vgl. ebd.

⁹²⁴ Vgl. HHStA, Abt. 502, Nr. 12209 a): Betr.: Hochschulgesetz. Herrn Ministerpräsident über Herrn Staatssekretär vorgelegt (27. April 1966).

⁹²⁵ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6205: Abteilungsleiterin: Vorlage Herrn Minister (27. April 1966).

⁹²⁶ Gerne hätten sie ihre Bedenken nochmals im Plenum vorgebracht. (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6205: Hessischer Landtag. V. Wahlperiode: Kurzbericht über die 46. Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses am 5. Mai 1966).

Während der 46. Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses wurde dann die Frage, wer Hochschulpräsident werden könne und dessen Stellung erörtert. § 3 Absatz 4 erhielt folgende Fassung: „(4) Die Wirtschafts- und Personalangelegenheiten werden von den zuständigen Hochschulorganen im Auftrage des Landes unter seiner Fachaufsicht verwaltet, die grundsätzlich durch allgemeine Weisungen ausgeübt wird (Wirtschafts- und Personalverwaltung).“ In § 10 Absatz fixierte man die Amtszeit des Rektors schließlich auf vier Jahre. Der sich anschließende Paragraph führte die Möglichkeit der Direktorialverfassung ein.⁹²⁷

In Bezug auf § 26 beschloss der Kulturpolitische Ausschuss noch den folgenden Satz anzufügen: „Werden Einwände erhoben, soll der Kultusminister die von ihm beabsichtigte Berufung nicht aussprechen, wenn der Lehrstuhl im Einvernehmen mit der Fakultät anderweitig besetzt werden kann.“ Und auch der § 27 erfuhr eine Ergänzung: Die Zulassung sollte nicht mit der Begründung verweigert werden, dass kein Bedürfnis für die Habilitation bestünde.⁹²⁸

In einem anderen Punkt jedoch kam die SPD den Rektoren während der Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses entgegen: So sollten Ehrungen und sonstige Prüfungen auf die Negativliste im § 35 Absatz 2 aufgenommen werden: „(2) Über Berufungsvorschläge, Habilitationen, Promotionen, sonstige Prüfungen, akademische Ehrungen und persönliche Angelegenheiten der Angehörigen des Lehrkörpers und der Wissenschaftlichen Mitarbeiter sowie über Stellenbesetzungen beraten und beschließen der Senat, die Fakultäten und die Senats- und Fakultätsausschüsse ohne die Vertreter der Studentenschaft.“ Die Dauer des Sommersemesters sollte kongruent zu der des Wintersemesters sein. Nach dem neuen § 46 sollten die Hochschulen für Erziehung nunmehr in Abteilungen für Erziehungswissenschaften umgewandelt werden.⁹²⁹

⁹²⁷ HHStA, Abt. 504, Nr. 6205: Hessischer Landtag. V. Wahlperiode: Beschluß-Protokoll über die 46. Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses am 5. Mai 1966:

„§ 11 Direktorialverfassung

(1) Das Hochschuldirektorium (Direktorium) besteht aus dem Rektor und mindestens zwei Konrektoren. Der Rektor führt den Vorsitz. Jedes Mitglied muß mindestens drei Jahre ununterbrochen dem Direktorium angehören. Jährlich darf in der Regel nur ein Mitglied ausscheiden.

(2) Die Mitglieder des Direktoriums führen die Amtsgeschäfte selbständig im Rahmen ihrer Zuständigkeit, soweit nicht wegen der Bedeutung der Sache das Direktorium im ganzen zur Entscheidung berufen ist. Die Zuständigkeit seiner Mitglieder wird durch die Satzung geregelt. Das Direktorium gibt sich eine Geschäftsordnung.“

⁹²⁸ Vgl. ebd.

⁹²⁹ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6205: Hessischer Landtag. V. Wahlperiode: Kurzbericht über die 46. Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses am 5. Mai 1966.

Der Kulturpolitische Ausschuss schloss die Beratungen des Hochschulgesetzes am 5. Mai ab. Mit den Stimmen von SPD, BHE und FDP, jedoch ohne die der CDU wurde der Entwurf in der Schlussabstimmung angenommen.⁹³⁰ Der Ausschuss erließ die Empfehlung an das Plenum, den erarbeiteten Gesetzentwurf in dritter Lesung anzunehmen, so dass dieser dann „nach einem Jahr zähen Ringens“ schließlich am 11. Mai 1966 durch den Landtag fast einstimmig verabschiedet wurde.

Bemerkenswert daran ist zum einen das Ergebnis der Abstimmung, denn verschiedene Aspekte neben dem Hauptkritikpunkt des Oktrois, gegen die sich die Oppositionsparteien gemeinsam gewandt hatten, blieben im Gesetz zwar vordergründig erhalten.⁹³¹ Doch ein abschließender komparativer Blick auf den Diskussionsentwurf I und die Regierungsvorlage demonstriert eine gravierende Meinungsänderung Schüttes in entscheidenden Aspekten: So war beispielsweise im Diskussionsentwurf I eine klare Trennung von akademischer Verwaltung und Wirtschaftsverwaltung vorgesehen, war die Wirtschaftsverwaltung in der Regierungsvorlage in die Universität integriert. Darin kam der Kultusminister in der Grundkonzeption dem Wunsch der Hochschulen nach.⁹³² Hatte Schütte anfangs eine ähnliche Richtung wie Stein verfolgt – nämlich den staatlichen Zugriff auf die Universitäten, die sich als reformresistent erwiesen hatten, die also schlichtweg versagt hatten, auszudehnen –, musste er schon bald seinen Kurs revidieren. Schließlich gelang es ihm nicht die Gießener Sonderregelungen auf die anderen hessischen Hochschulen zu übertragen. Die Ursache dafür ist in den veränderten Rahmenbedingungen zu suchen: War man in Gießen 1950, trotz des erheblichen staatlichen Eingriffes, letztlich erleichtert, nunmehr eine gesetzliche Basis zu erhalten, befanden sich die anderen drei hessischen Universitäten Mitte der 1960er Jahre in einer gänzlich anderen Ausgangsposition: Sie traten in einer „unerwartet einheitlichen Abwehrfront“ auf und präsentierten die „Ausarbeitung eines gemeinsamen Gegenentwurfs“, so dass der Minister den ursprünglichen Entwurf nur noch verwässern konnte.

Zum anderen ist die Tatsache signifikant, dass dadurch die Postulate des Wissenschaftsrates von 1960 in Hessen vor allen anderen Bundesländern in Gesetzesform

⁹³⁰ Vgl. ebd. Dabei erzielte man nur bei den folgenden Punkten keine Einstimmigkeit: § 3 Abs. 4, § 4 Abs. 1 Nr. 2, § 5 Abs. 2: CDU, § 6 Abs. 1 Nr. 8, § 10 Abs. 2, § 21 Abs. 1-4, § 21 Abs. 5, § 22 Abs. 4.

⁹³¹ Vgl. Schlaeger, Hilke: Keine Stimme gegen Hessisches Hochschulgesetz. In: Die Zeit vom 19. Mai 1966.

⁹³² Vgl. Neue Wege der Hochschulreform. Dokumentation zur Vorlage der Landesregierung zu einem Gesetz über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen (Hochschulgesetz) – Formulierungshilfen der hessischen Hochschulen – Diskussionsentwurf I des Kultusministers. In: Die Deutsche Universitätszeitung VI (1965). S. 4.

gegossen wurden.⁹³³ Mit dem Gesetz übernahm Hessen eine Vorreiterrolle, denn das Hochschulgesetz wirkte in der Tat bundesweit als Initialzündung für verschiedene Ländergesetze und leitete damit einen „Prozess der Zentralisierung in der Hochschulpolitik ein, der 1976 einen Höhepunkt in dem vom Bund verabschiedeten ersten Hochschulrahmengesetz finden sollte.“⁹³⁴

Inwieweit „der durch das Gesetz geregelten Hochschulreform nun Taten folgen“, war die alles entscheidende Frage: „Kultusminister Schütte sprach vom Ball, der nun den Universitäten zugeworfen sei. Die Zweifel, ob die Hochschule ihn aufnimmt, sind berechtigt. Aber an dem neuen Gesetz kann niemand mehr vorbei“⁹³⁵, so kommentierte „Die Zeit“ die Verabschiedung.

3.1.3 Inhalt und Begründung des Gesetzes

Formal betrachtet konstituierte sich das Gesetz über die Wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen vom 16. Mai 1966 aus acht Abschnitten: Nach den Grundlagen folgten die Abschnitte über die Organe der Hochschule, den Lehrkörper und die Wissenschaftlichen Mitarbeiter, über die Studenten und Studentenschaft und über die Wissenschaftlichen Anstalten. Am Ende des Gesetzes standen die dienstrechtlichen Vorschriften, besondere Vorschriften für die Johann-Wolfgang-Goethe-Universität und schließlich die Übergangs- und Schlussvorschriften. Inhaltlich betrachtet basierte es auf vier großen Säulen, wie eine Analyse ergibt: Nach der Definition der Aufgaben der Hochschulen – sie sollten der Forschung und Lehre dienen, die Studenten auf ihre Berufe vorbereiten und die Fortbildung Berufstätiger gewährleisten, zwei wichtige Aspekte im damaligen Diskurs –, der Beschreibung u. a. der rechtlichen Stellung⁹³⁶ und der Satzung im ersten Abschnitt lag ein Akzent des Regelwerkes auf der Kontinuität der Verwaltung: Da die jährliche Neuwahl des Rektors als äußerst problematisch erachtet wurde, sollte ein vierjähriger Rektor künftig Kontinuität garantieren. Aufgrund des Einspruches der Opposition institutionalisierte man schließlich einen Kompromiss, der den Universitäten hinsichtlich der Gestal-

⁹³³ Der Wissenschaftsrat nämlich hatte sich gegen die „Oligarchie der Lehrstuhlinhaber“ und die „Monokratie der Institutsdirektoren“ gestellt. (Vgl. Hessens Landtag billigt das Hochschulgesetz fast einstimmig. Stärkere Beteiligung der Nicht-Ordinarien / Einvernehmen über Berufungsverfahren / Drei Möglichkeiten der Verfassung. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. Mai 1966).

⁹³⁴ Felschow, Eva-Marie; Lind, Carsten; Busse, Neill: Krieg – Krise – Konsolidierung. S. 137.

⁹³⁵ Schlaeger, Hilke: Keine Stimme gegen Hessisches Hochschulgesetz. In: Die Zeit vom 19. Mai 1966.

⁹³⁶ Die Hochschulen sollten nunmehr rechtsfähige Körperschaften des öffentlichen Rechts sein. Präzise wurde definiert, dass akademische Angelegenheiten zu Selbstverwaltungsangelegenheiten zählen sollten. Wirtschafts- und Personalangelegenheiten sollten von den zuständigen Hochschulorganen im Auftrag des Landes unter seiner Fachaufsicht verwaltet werden.

tung ihrer Führungsspitze die Wahl ließ zwischen eben jenem für vier Jahre gewählten Rektor, einem Hochschulpräsidenten, der für acht Jahre gewählt werden sollte – bei unmittelbarer Wiederernennung sollten sogar zwölf Jahre möglich sein – und schließlich einem Direktorium, das sich aus dem Rektor und zwei Konrektoren konstituieren sollte, die jeweils mindestens für drei Jahre ihr Amt ausüben sollten. Jährlich sollte in der Regel nur ein Mitglied ausscheiden.

Nach einer Beschreibung der Kompetenzen des Senats wurde im § 15 die Verantwortung der Fakultäten⁹³⁷ für einen ordnungsgemäßen Ablauf des Studiums fixiert, sie also gesetzlich zur Studienreform verpflichtet: „Die Fakultäten sorgen dafür, dass die Studenten innerhalb der festgesetzten Minstdauer des Studiums in sachgerechter Reihenfolge über alle notwendigen Fächer ihres Studienbereiches Vorlesungen, Übungen und andere Unterrichtsveranstaltungen besuchen und ihr Studium abschließen können.“⁹³⁸ Zu diesem Zweck sollten sie Studienordnungen aufstellen, regelmäßige Studienberatungen durchführen und mit den Prüfungsorganen darauf hinwirken, dass von den Studenten die in den Prüfungsordnungen vorgesehenen Studienzeiten eingehalten wurden. Des Weiteren postulierte das Gesetz die Institutionalisierung von Übungen und Kursen in der vorlesungsfreien Zeit, um das Studium dadurch zu straffen, zu ergänzen und zu vertiefen. An der Spitze der Fakultät, die im Rahmen der Hochschulsatzung ihre eigenen Satzungen erlassen sollte, sollte der Dekan stehen.

Nachdem die Rechtsstellung und Aufgaben der Abteilungen für Erziehungswissenschaften und die Funktion des Verwaltungsrates⁹³⁹ und des Kanzlers⁹⁴⁰ geklärt

⁹³⁷ Dort heißt es: „(1) Die Fakultäten tragen in ihrem Bereich die Verantwortung für die Pflege der Wissenschaften in Forschung und Lehre. Zu ihren Aufgaben gehören die Gestaltung des Unterrichts und der akademischen Prüfungen. Sie fördern gemeinsame Forschungsvorhaben mehrerer Hochschullehrer und die Koordinierung der Forschungsprogramme. Sie beschließen über Habilitationen und Promotionen und verleihen akademische Grade nach besonderen Aufgaben.“

⁹³⁸ Gesetz über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen (Hochschulgesetz) vom 16. Mai 1966. In: Amtsblatt des Hessischen Kultusministers 19 (1966). S. 619-643. Hier: S. 627.

⁹³⁹ Dieser sollte sich aus dem Rektor, dem Kanzler, vier Hochschullehrern, einem Vertreter der Versammlung der Nichthabilitierten und einem Vertreter der Studentenschaft konstituieren und über Angelegenheiten der Wirtschafts- und Personalverwaltung, soweit sie von besonderer Relevanz waren, entscheiden, worunter der Voranschlag über die zu erwartenden Haushaltseinnahmen und -ausgaben fiel.

⁹⁴⁰ „(2) Der Kanzler führt nach den für die Landesverwaltung geltenden Vorschriften die Geschäfte der Wirtschafts- und Personalverwaltung. Er ist für den geordneten Gang der Verwaltung verantwortlich. Er ist Sachbearbeiter des Haushalts.“

Der Kanzler, der dem Regierungsentwurf nur „im Benehmen“ mit Rektor und Senat ernannt werden sollte, konnte durch das neue Gesetz nur noch „im Einvernehmen“ mit beiden bestellt werden, wodurch der Wunsch der Hochschule auf Mitsprache bei der Ernennung garantiert wurde. Seine Stellung gegenüber dem neu kreierte Verwaltungsrat wurde abgeschwächt. Sein Beanstandungsrecht gegenüber dessen Beschlüssen war auf Verstöße gegen das Recht oder Grundsätze einer wirtschaftlichen und sparsamen Verwaltung minimiert worden.

worden waren – der erste Aspekt bildete einen weiteren Schwerpunkt, da diese mit der Rechtsstellung von Fakultäten in die Universitäten integriert wurden⁹⁴¹ –, folgte der dritte Schwerpunkt des Gesetzes. Dieser lag auf der Verbesserung des Berufungsverfahrens der Hochschullehrer. Ausgangspunkt hierfür waren die häufig sehr langen Zeiten, die Berufungen von Lehrstuhlinhabern in Anspruch genommen hatten. Aus diesem Grund sahen die neuen Bestimmungen vor, dem Kultusminister die Berufsliste innerhalb von sechs Monaten – nach Kenntnisnahme – vorzulegen. Im Falle einer Beteiligung des Senats konnte sich die Vorlagefrist um einen Monat verlängern. Wenn die Fakultät keine geeignete Persönlichkeit benennen konnte, sollte der Beschlussfassung eine Ausschreibung vorgeschaltet werden. Auch sollte der Minister die Möglichkeit erhalten, eine ihm geeignet erscheinende Persönlichkeit zu berufen, wenn die Berufsliste ihm nicht rechtzeitig vorgelegt würde. Zuvor sollte der Fakultät jedoch Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden. Im Falle von Einwänden, „soll der Kultusminister die von ihm beabsichtigte Berufung nicht aussprechen, wenn der Lehrstuhl im Einvernehmen mit der Fakultät anderweitig besetzt werden kann.“⁹⁴² Des Weiteren sollte der Minister in begründeten Ausnahmefällen, Bedenken von seiner Seite aus vorausgesetzt, eine nicht von der Fakultät vorgesehene Persönlichkeit berufen können.⁹⁴³ – Wie man sieht, war das Recht des Oktrois im Laufe der Verhandlungen erheblich eingeschränkt worden.⁹⁴⁴

Aber auch das Studentenschaftsrecht erfuhr eine Veränderung: Denn das Gesetz erkannte den Studenten – zur Bewältigung ihrer Aufgaben⁹⁴⁵ – einen eigenen Status in Form der Körperschaft des öffentlichen Rechts zu. Besonders innovativ am hessischen Gesetzentwurf war die gesetzlich fixierte Beteiligung der Studenten an der akademischen Verwaltung: Mit Stimmrecht sollten studentische Vertreter demnach an Sitzungen des Senats und der Senatsausschüsse und Vertreter der Fachschaft an

⁹⁴¹ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7585: SPD-Landtagsfraktion berichtet. Bericht Nr. 14. VI. Legislaturperiode (1. Oktober 1968).

⁹⁴² Vgl. Gesetz über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen (Hochschulgesetz) vom 16. Mai 1966. In: Amtsblatt des Hessischen Kultusministers 19 (1966). S. 633.

⁹⁴³ Im Anschluss daran thematisierte das Gesetz in § 27 den Aspekt der Habilitation: Anstelle der Habilitationsschrift sollten nunmehr auch wissenschaftliche Veröffentlichungen, „aus denen die für den Hochschullehrerberuf erforderliche Leistung und Eignung des Bewerbers hervorgehen“, angenommen werden. Eine Verweigerung der Zulassung zur Habilitation mit dem Hinweis auf die Bedarfslage durfte nicht erfolgen.

⁹⁴⁴ Vgl. Hessens Landtag billigt das Hochschulgesetz fast einstimmig. Stärkere Beteiligung der Nicht-Ordinarien / Einvernehmen über Berufungsverfahren / Drei Möglichkeiten der Verfassung. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. Mai 1966.

⁹⁴⁵ Diese sollten u. a. von der Vertretung der Gesamtheit ihrer Mitglieder über die Wahrnehmung der hochschulpolitischen Belange ihrer Mitglieder bis hin zur Pflege des freiwilligen Studentensports reichen.

den Fakultätssitzungen und Sitzungen der Fakultätsausschüsse partizipieren. Ein Negativkatalog existierte lediglich für bestimmte Handlungen und Tagesordnungspunkte wie beispielsweise Berufungsvorschläge und Habilitationen. Bevor die besonderen Vorschriften für die Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt und die Übergangs- und Schlussvorschriften das Gesetz beschlossen, fokussierte der fünfte Abschnitt die Wissenschaftlichen Anstalten, die auf Vorschlag des Senats oder der Fakultäten vom Kultusminister errichtet werden sollten. Signifikant dabei ist Absatz 5, der die gleichberechtigte Zusammenarbeit aller Hochschullehrer im Rahmen der Anstaltsordnung betont.^{946 947}

Das „Gesetz über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen“ brachte erhebliche Veränderungen für die hessischen Hochschulen mit sich, denn nur Gießen war bis dahin auf gesetzliche Rahmenbedingungen fixiert worden. Aus diesem Grund bedeutete es für die anderen hessischen Hochschulen einen gravierenden Eingriff in ihre bisherige Autonomie. Demgegenüber stellte es für Gießen sogar eine erhebliche Verbesserung dar, da es dort eine Abschwächung des von Stein institutionalisierten staatlichen Zugriffs – hier war der Kanzler seit 1950 direkt dem Kultusminister unterstellt gewesen – auf die internen Angelegenheiten zur Folge hatte: Der Kanzler wurde in Gießen in die Universität eingegliedert. Integriert in das universitäre Organisationsgefüge partizipierte er nun als Mitglied des Senats an der akademischen Selbstverwaltung. Insgesamt betrachtet richtete Schütte die Universitäten mittels des Gesetzes stark auf ihre Leitungsebene aus, was vor dem Hintergrund der ständig wachsenden Studentenzahlen nachvollziehbar wird. Von besonderer Signifikanz war auch die erstmalige Öffnung des Senats für Nichthabilitierte und Studenten, die nun als mündige Universitätsmitglieder anerkannt und daher in Entscheidungsprozesse mit einbezogen wurden.

⁹⁴⁶ Vgl. Gesetz über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen (Hochschulgesetz) vom 16. Mai 1966. In: Amtsblatt des Hessischen Kultusministers 19 (1966). S. 631.

⁹⁴⁷ Das Gesetz verpflichtete die hessischen Hochschulen dem Kultusminister bis zum 1. Oktober 1967 die neu zu beschließenden Satzungen vorzulegen – eine Frist, die jedoch lediglich von der Technischen Hochschule Darmstadt und der Universität Gießen eingehalten wurde. (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7585: SPD-Landtags-Fraktion berichtet. Bericht Nr. 14. VI. Legislaturperiode (1. Oktober 1968)). Im Jahre 1968 wurde das Hochschulgesetz daraufhin zweimal novelliert, so dass auch den Universitäten Frankfurt und Marburg ausreichend Zeit zur Beratung zur Verfügung gestellt werden konnte. Die bisherigen Satzungen sollten bis zum 31. Dezember 1968 weiterhin ihre Gültigkeit behalten. (Vgl. ebd.). Noch im Sommer 1968 war es fraglich, ob diese neue Frist eingehalten werden konnte. Als problematisch stellte sich unter anderem die Zusammensetzung des Senats dar, an dem nun die Studentenschaft und die Wissenschaftlichen Mitarbeiter partizipieren sollten. (Vgl. ebd.). Wie man im Landtag jedoch anhand der vorliegenden Satzungen eruieren konnte, wurden die vom Hessischen Hochschulgesetz gebotenen Reformansätze nicht genutzt. So wurde nicht die Form der Präsidialverfassung, sondern vielmehr die der Direktorialverfassung gewählt.

Für die Analyse besonders interessant ist die Rede zur Begründung des Gesetzentwurfs über die Wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen vom 2. Juni 1966. In dieser wird der Gesetzentwurf – nach sechs Gesetzen zur Ordnung des Schulwesens – als Abschluss der kulturpolitischen Gesetzgebung und als Hilfestellung⁹⁴⁸ charakterisiert. Signifikant ist die Bezugnahme auf die Ansprüche einer modernen Industriegesellschaft, vor denen sich ein moderner Hochschulgesetzentwurf ausweisen müsse:

Niveau, Rang und Sinn unseres gesamten Lebens stehen heutzutage in einer unaufhebbaren Relation zu den Leistungen unserer Bildungsorgane, auch gerade dort, wo die Wissenschaft zum Medium der Bildung und Wissenschaft und Forschung mehr und mehr die Basis unserer Existenz geworden sind.⁹⁴⁹

Der Kultusminister betonte, dass die Wissenschaftlichen Hochschulen nun selbst aktiv werden mussten. Der Staat könne lediglich mithilfe der Gesetzgebung Hilfestellung leisten – eine euphemistische Umschreibung der eigentlichen, mit dem Gesetz verbundenen Intention:

Die Probleme der Hochschulreform sind schwer und vielschichtig; im letzten können sie nur die Hochschulen selbst lösen und die Lösungen in die Wirklichkeit überführen. Auf dem Weg dahin kommt aber viel auf die Hilfe des Staates an. Der Gesetzentwurf will solche Hilfe bieten.⁹⁵⁰

An prominenter Stelle findet sich das Plädoyer für eine „hinreichende Kontinuität der Amtsführung“ des Rektors. In den „Wirbel einer säkularen Entwicklung im industriell-technischen Zeitalter“⁹⁵¹ geraten, sei ein handlungsfähiger Rektor unabdingbar für die Wissenschaftlichen Hochschulen, das einjährige Rektorat obsolet geworden. Wäre es tatsächlich die Intention des Staates, mehr Einfluss zu gewinnen, so müsste er vielmehr das einjährige Rektorat konservieren, denn: „Jeder Selbstver-

⁹⁴⁸ Der alte Grundriss, so Schüttes Vergleich, passe nicht mehr für den notwendigen Neubau. (Vgl. Prof. Dr. E. Schütte: Überfällige Hochschulreform durch Gesetz. Begründung des Gesetzentwurfs über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen (Hochschulgesetz). In: Die Deutsche Universitätszeitung VI (1965). S. 14-23. Hier: S. 14.

⁹⁴⁹ HHStA, Abt. 502, Nr. 12196 a): Rede zur Begründung des Gesetzentwurfs für die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen (Hochschulgesetz) (2. Juni 1965).

⁹⁵⁰ Ebd.

⁹⁵¹ Ebd.

waltung droht tödliche Gefahr, wenn sie nicht funktioniert, d. h. ihre Aufgaben nicht zu erfüllen vermag. Ohne Zweifel schwächt der jährliche Wechsel die Stellung des Rektors.“ Die Conclusio lautete daher:

Der Gesetzentwurf sichert für die nächsten sechs Jahre wenigstens eine zweijährige Amtszeit. Ich selbst glaube, daß das Eigengewicht der universitären Dinge und die innere Logik der Entwicklung die Wiederwahl des Rektors nach zwei Jahren bewirken wird, – aber darüber sollen die Hochschulen selbst entscheiden. Als Normalmaß sieht der Entwurf die Amtszeit von vier Jahren vor; es bleibt den Hochschulen überlassen, über diese Zeit hinauszugehen, sie können, wenn sie es für richtig halten, sich selbst auch einen Präsidenten erwählen.⁹⁵²

Zudem könne ein Rektor die Leitung einer modernen Universität nicht nebenbei leisten, weshalb er von seiner Lehrverpflichtung befreit sein sollte – eine durchaus nachvollziehbare Argumentation, war doch eine Professionalisierung der Universitätsleitung vor dem Hintergrund der gestiegenen Studentenzahlen in der Tat notwendig geworden. Gleichzeitig erfuhr das Amt des Rektors aber auch dadurch eine weitere erhebliche Veränderung.

Eine weitere Säule der Vorlage der Landesregierung thematisierte § 16, Absatz 3, in dem die Verantwortung der Fakultäten für kürzere Studienzeiten fixiert wurde. Bezugnehmend auf Dahrendorf konstatierte Schütte, dass es keinerlei sachliche Argumente für längere Studienzeiten gebe.⁹⁵³ Der gebotenen Dringlichkeit, Maßnahmen zur Normalisierung der Studienzeiten zu ergreifen, sollte im Entwurf Rechnung getragen werden. Man war sich durchaus bewusst, dass dazu radikale Mittel vonnöten sein würden. Ein Gesetz könne dies zwar nicht realisieren, doch zumindest den Weg weisen – genauso wie den Studenten der Massenfächer der Weg durch das Studium gewiesen werden müsse.⁹⁵⁴ Als Nahziel erklärte der Kultusminister die Rückführung der Studienzeiten auf ein normales Maß. Die Frage nach dem „Semesterfragment des Sommers“ wurde zumindest angesprochen.

⁹⁵² Ebd.

⁹⁵³ Vgl. Dahrendorf, Ralf: *Bildung ist Bürgerrecht*. S. 103 f.

⁹⁵⁴ Vgl. HHStA, Abt. 502, Nr. 12196 a): Rede zur Begründung des Gesetzentwurfs für die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen (Hochschulgesetz) (2. Juni 1965).

In Bezug auf die Neuregelung des Berufungsverfahrens akzentuierte der Kultusminister die inkludierte Fristsetzung und begegnet zugleich dem Vorwurf möglicher Willkür:

Im übrigen ist der § 24 Abs. 5 so gefasst, daß jede Willkür (wenn man schon mal meint sie unterstellen zu müssen) ausgeschlossen ist. Er trägt allein der Tatsache Rechnung, daß nach geltendem Hochschulrecht und faktisch der Staat in der Mitverantwortung seiner Hochschulen steht. Wer darin eine Bedrohung der Freiheit der Universität sieht, hat ihre Stellung im demokratischen Staat nicht verstanden.⁹⁵⁵

Leitmotive für die §§ 28, 29 und 38, 39 waren Teamarbeit und Interdisziplinarität: So wies der Entwurf den zentralen wissenschaftlichen Instituten die Aufgabe zu, „den durch Spezialisierung gefährdeten Zusammenhang größerer Fachgebiete innerhalb einer Fakultät und über die Fakultätsgrenzen hinaus wieder in gemeinsamer Arbeit herzustellen [...]“.⁹⁵⁶ Auf Unverständnis stieß bei ihm die Polemik, dass dies eine Intervention in die akademische Freiheit darstelle.⁹⁵⁷

Der Gesetzentwurf erweiterte die studentischen Partizipationsmöglichkeiten um ein Vielfaches; Kultusminister Schütte deklarierte diesen Aspekt gar als Charakteristikum des vierten Abschnitts: Nunmehr sollten die Studenten nicht nur im Senat, in den Fakultäten und im Verwaltungsrat, sondern auch in den Senats- und Fakultätsausschüssen mitwirken, da dort die Gestaltung des Studienplans, Studienplanfragen, Ausbildungswünsche der Studenten, Förderungs- und Stipendienangelegenheiten erörtert wurden. Es hatte sich die Meinung durchgesetzt, dass die Studenten nur hinsichtlich besonderer Aufgaben des Lehrkörpers und Wissenschaftlicher Mitarbeiter ausgeschlossen werden konnten. Der Vertrauensvorschuss des Kultusministers gegenüber den Studenten, war erheblich, nichtsdestoweniger aber dringend überfällig:

Die Regelung des Entwurfs bringt der Studentenschaft jedenfalls ein Höchstmaß an Vertrauen entgegen. Ich bin sicher, daß die Studentenschaft dieses Vertrauen nicht enttäuschen wird. Es ist eine Erfah-

⁹⁵⁵ Ebd.

⁹⁵⁶ Ebd.

⁹⁵⁷ §§ 28 und 29 fokussierten die Vertretung der Nichtordinarien und Nichthabilitierten in den Kollegialorganen der Hochschulen. Wenn man die Tatsache würdige, dass die Leistung gerade dieser Mitarbeiter an dem Auftrag der modernen Hochschulen eminent bedeutsam geworden sei, so Schütte, stünden der Neuregelung keinerlei Bedenken entgegen.

rungstatsache, daß Aufgaben und Rechte erst die Verantwortungs-
freude begründen. Möglicherweise ist dies auch der Weg, manche
verkrampfte Situation im Miteinander von Professoren und Studen-
tenschaft zu entzerren. [...] ⁹⁵⁸

Gemeinsam mit den Hochschulen war das Ministerium auch der Integration der akademischen und der Wirtschafts- und Personalverwaltung einen Schritt näher gekommen: Den Schlüssel dafür erblickte man in der Auftragsverwaltung. Konkret bedeutete dies, dass die Verwaltung der akademischen Angelegenheiten, genauso wie die Wirtschafts- und Personalangelegenheiten den Organen der Körperschaft obliegen sollte; kein staatliches Organ sollte mehr am Hochschulort präsent sein. Besonders eminent tritt dies anhand der Stellung des Kanzlers zutage: Nicht länger sollte jener Aufsichtsinstanz für akademische Angelegenheiten sein, sondern diese nunmehr nach „Maßgabe der Satzung unter der Verantwortung des Rektors“ besorgen, weshalb es völlig abwegig sei, ihn mit dem Kurator preußischer Prägung zu vergleichen, wie dies die Hochschulen taten. ⁹⁵⁹ Diese Regelung war der Interdependenz zwischen wissenschaftlichen und ökonomischen Aspekten in der modernen Wissenschaft und Forschung geschuldet. ⁹⁶⁰

Aufgrund der Relevanz für die Gießener Situation sei an dieser Stelle noch auf die Einführung der universitätsnäheren Bezeichnung „Abteilung für Erziehung“ eingegangen. Als Begründung führte Schütte an, habe es sich als nachteilig erwiesen, zwei verschiedenen Institutionen das Lehramt an Volks- und Realschulen anzuvertrauen ⁹⁶¹ – ein durchaus plausibles Argument.

Schließlich zeigte sich der Minister sichtlich erfreut über die Tatsache, dass der Entwurf in toto als Initialzündung für eine deutschlandweite Diskussion wirkte. ⁹⁶²

3.1.4 Der Diskurs um das Hessische Hochschulgesetz

Nach diesem Überblick über den politischen Diskurs während der Genese des Gesetzes soll der Fokus nun auf die Reaktionen sowohl vor als auch nach der Verabschiedung gelenkt werden. Dabei wird mit der Bewertung durch die Presse begon-

⁹⁵⁸ Ebd.

⁹⁵⁹ Stellte das Gesetz für die Justus-Liebig-Universität nämlich einen Fortschritt dar, bedeutete es für die anderen drei hessischen Hochschulen einen erheblichen Schritt zurück, erfuhren sie doch dadurch einen gravierenden Eingriff in ihre bisherige umfangreiche Autonomie.

⁹⁶⁰ Vgl. HHStA, Abt. 502, Nr. 12196 a): Rede zur Begründung des Gesetzentwurfs für die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen (Hochschulgesetz) (2. Juni 1965).

⁹⁶¹ Vgl. ebd.

⁹⁶² Vgl. ebd.

nen, da durch die Wahl der Vogelperspektive das Panorama der verschiedenen Positionen, die von Ablehnung über relative Neutralität bis hin zur Zustimmung reichten, in der Öffentlichkeit nachgezeichnet werden kann. Aus diesem Grund wurden repräsentative Einschätzungen herausgegriffen. Schließlich sollen die hohen Wellen⁹⁶³, die die Hochschulgesetzes-Pläne schlugen, nicht den Blick auf das gesamte Meer der Meinungen verwehren. Im zweiten Schritt wird dieser dann auf die Reaktionen der einzelnen Interessensvertretungen verengt. Dabei wird der Diskurs während der verschiedenen Etappen der Gesetzesgenese, von den ersten Entwürfen bis hin zum verabschiedeten Gesetz, den vorgetragenen Argumenten folgend, fokussiert.

3.1.4.1 Reaktionen der Presse

Von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung wurde das geplante Hessische Hochschulgesetz 1965 als gemäßigte Reform charakterisiert: Um die hochschulpolitischen Probleme zu lösen, wende der Kultusminister nicht die innerhalb der Hochschuldiskussion radikalsten Vorschläge an, was dem konservativen Blatt positiv auffiel. Dennoch sei sein Vorschlag so innovativ, wie „es mit Rücksicht auf die Situation in den deutschen Hochschulen politisch möglich und geboten erscheint [...]“. ⁹⁶⁴

Bereits die positiv konnotierte Überschrift „Hessen vorn“ präjudiziert die Position, die in der katholischen Studentenzeitung „Initiative“ vertreten wurde. ⁹⁶⁵ Dort nämlich wurde der Entwurf als gut erachtet. Als seine Stärke wertete man, dass er auf wichtigen Ergebnissen der Hochschulreformdiskussion basiere. Die präzise Formulierung der universitären Aufgabe wurde besonders begrüßt. Aber auch die Trennung der akademischen und der staatlichen Verwaltung innerhalb des Hochschulbereichs stieß auf Resonanz bei dem studentischen Organ.

Eine äußerst differenzierte Bewertung erfuhr der Aspekt der Neuregelung des Berufungsverfahrens. Gleichsam für beide Seiten brächte diese eine erhebliche Verbesserung mit sich: Die zeitliche Limitierung des Vorschlagsrechts ermögliche es den

⁹⁶³ Wie hoch die Wellen tatsächlich schlugen, demonstriert der Versuch des Marburger Professors Benz, „die Gefühle des Abscheus gegen totalitäre Gewaltherrschaft zu mobilisieren, indem er den hessischen Gesetzentwurf als eine Parallele zu Ulbrichts Hochschulgesetzgebung bezeichnete.“ (HHStA, Abt. 504, Nr. 7585: SPD-Landtags-Fraktion berichtet. Bericht Nr. 14. VI. Legislaturperiode (1. Oktober 1968).

⁹⁶⁴ HHStA, Abt. 504, Nr. 6195: Gemäßigte Reform. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3. Oktober 1965.

⁹⁶⁵ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6195: Rotter, Hartmut: Hessen vorn. In: Katholische Studentenzeitung „Initiative“ 4 (November / Dezember 1964) Nr. 1/2.

Fakultäten unbeeinflusst durch die Regierung die ihr geeigneten Kandidaten zu benennen, womit ein fundamentales Element der akademischen Selbstverwaltung nicht tangiert werde. Simultan dazu müssten Regierung und Öffentlichkeit zukünftig nicht mehr tatenlos zusehen, wenn eine Fakultät ihre Entscheidungen hinauszögere. Positiv hervorgehoben wurde ebenfalls von der Studentenzeitung, dass der Entwurf keineswegs den Weg des geringsten Widerstandes wähle, was daran abzulesen sei, dass er versuche, die „Forderungen nach einer verstärkten interfakultativen Zusammenarbeit, nach zentralen wissenschaftlichen Instituten, nach einer Reform des Habilitationsverfahrens und nach einer verstärkten Einbeziehung der Nichtordinarien und Assistenten in die akademische Verwaltung“ zu erfüllen. Auch die Berücksichtigung der Studentenschaft fand – selbstredend – geradezu lobend Erwähnung: Mit der Verleihung des Rechts der Selbstverwaltung für bestimmte Aufgaben und mit der Zuerkennung von Rechtsfähigkeit, Satzungsautonomie und Beitragshoheit sei ein vorbildliches Modell geschaffen worden, das den bis dahin so vernachlässigten studentischen Sozialbereich endlich verfassungskonform regele.⁹⁶⁶

Der Hochschuldienst als Organ, in dem vornehmlich universitäre Vertreter publizierten, konnte im Hochschulgesetz dagegen keinen Fortschritt erkennen und bezog daher bereits im Vorfeld eine ablehnende Haltung. In seiner Interpretation stellte er klar die Tragweite desselben heraus: „Es geht dabei auch um die grundsätzliche Frage: Hochschulreform durch Gesetz, daß heißt von außen, oder durch Selbstreform der Hochschulen, das heißt von innen!“⁹⁶⁷ und trifft damit exakt den Nukleus des Konflikts: Hatten die Hochschulen in den Augen Schüttes versagt, so dass sein Eingreifen als Staatsvertreter für ihn unumgänglich wurde, intendierten die Hochschulen den staatlichen Zugriff so weit wie möglich zurückzudrängen und ihre eigenen Vorstellungen zu realisieren.

Zusammenfassend lässt sich dennoch konstatieren, dass der Entwurf generell im öffentlichen Diskurs durchweg positiv aufgenommen wurde und gar das Prädikat einer „mutige[n] Tat“⁹⁶⁸ erhielt, die „bahnbrechend in der BRD“ wirken könne. Auch nach der Verabschiedung hielt diese Tendenz durchaus an, so wertete die FAZ das Gesetz beispielsweise als Schritt der Reform, der den Nicht-Ordinarien eine

⁹⁶⁶ Vgl. ebd.

⁹⁶⁷ Hessisches Hochschulgesetz – kein Fortschritt. Die Hochschulen Hessens verurteilen in Erklärungen den Gesetzes-Entwurf – Vertrauen der Hochschulen in Kultusminister erschüttert – Autonomie der Hochschulen gefährdet. In: Hochschuldienst. Informationen aus dem wissenschaftlichen Leben XVIII (8. Juni 1965) Nr. 11.

⁹⁶⁸ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7585: SPD-Landtags-Fraktion berichtet. Bericht Nr. 14. VI. Legislaturperiode (1. Oktober 1968).

stärkere Stellung einräume.⁹⁶⁹ Treffend charakterisiert schließlich die Überschrift aus der „Welt“ –, [...]Die dirigistischen Giftzähne gezogen?“⁹⁷⁰ – die Entwicklung, die das Regelwerk durchlaufen hatte.

3.1.4.2 Der hessenweite Diskurs

Nach diesem Kaleidoskop der Pressestimmen sollen nun die Positionen der direkt Betroffenen analysiert werden. Zwar divergierten die Stellungnahmen der wissenschaftlichen Hochschulen in Bezug auf den Entwurf punktuell – so votierte einzig die Technische Hochschule Darmstadt im Frühjahr 1965 für den Entwurf eines Rahmengesetzes⁹⁷¹ –, waren sie sich aber dennoch bei ihrer Einschätzung des Regierungs-Entwurfs einig: Während der Vorstellung ihres Gegenentwurfes charakterisierten sie diesen als „ein Dokument des Misstrauens gegenüber den Hochschulen“. – Der Entwurf, der in wesentlichen Punkten die Zustimmung des VDS fand⁹⁷², stieß auf erhebliche Opposition bei den Hochschulen.⁹⁷³ – Zu viele Aspekte würden durch diesen reglementiert, die von den Hochschulen aufgrund ihrer Satzungsautonomie selbst zu regeln seien⁹⁷⁴ – ein signifikantes Argument für die Hochschulen, mit Ausnahme Gießens, da sie sich bisher im Rahmen ihrer Satzung weitestgehend selbstständig verwaltet hatten. Aber auch die Geschwindigkeit, mit der der Entwurf in die „parlamentarischen Mühlen gegeben werden sollte“, trug mit zu ihrem Unmut bei. Besonders hervorgehoben wurde in diesem Kontext das innerkorporative Verhältnis.⁹⁷⁵ So lehnte der Große Senat der Philipps-Universität Marburg die

⁹⁶⁹ Hessens Landtag billigt das Hochschulgesetz fast einstimmig / Stärkere Stellung der Nichtordinarien / Einvernehmen über Berufungsverfahren / Drei Möglichkeiten der Verfassung. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. Mai 1966.

⁹⁷⁰ Nachlass Ernst Schütte, Hessische Regierung. Hochschulgesetzgebung (insbesondere Hessen) 1963-1972, Nr. 98: Ein Rektor und ein Student über das Hessische Hochschulgesetz: Die dirigistischen Giftzähne gezogen? In: Die Welt vom 23. Mai 1966.

⁹⁷¹ Vgl. HHStA, Abt. 502, Nr. 12207 a): Kabinettsvorlagen (20. April 1965).

⁹⁷² Vgl. Die Studentenschaft zum Hochschulgesetz-Entwurf. Kommentar des Verbandes Deutscher Studentenschaften. In: Die Deutsche Universitätszeitung VI (1965). S. 54.

⁹⁷³ Fromme, Friedrich Karl: Erregung macht auch Professoren blind. Der Protest gegen den Entwurf des hessischen Hochschulgesetzes. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. Mai 1965.

⁹⁷⁴ Jedoch vertrage die Autonomie keinen Dirigismus, wie Hensel bemerkte. (Vgl. Prof. Dr. K. Paul Hensel, Marburg, Rektor der Philipps-Universität zu Marburg/Lahn: Das Hochschulgesetz. Entwicklungstendenzen des Gesetz-Entwurfes. In: Die Deutsche Universitätszeitung VI (1965). S. 26-32. Hier: S. 28).

⁹⁷⁵ Vgl. HHStA, Abt. 502, Nr. 12208 a): Herrn Ministerpräsidenten..., betr.: Hochschulgesetz (18. Januar 1966). Der Kabinettsentwurf, so der kritisch-ablehnende Standpunkt der Philipps-Universität Marburg restringiere die Selbstverwaltung der Hochschulen und erschüttere dadurch die Basis der Freiheit von Forschung und Lehre. Schließlich verwarf man den Entwurf als „sachlich und gesetzestechnisch dilettantisch“ – zumal man darin keinen „gesetzgeberischen Ansatz für eine in die Zukunft weisenden Hochschulreform“ erkennen konnte, sondern lediglich Tendenzen eines staatlichen Dirigismus. Vor dem Hintergrund dieser Charakterisierung muss der sich anschließende Appell an den Hessischen Landtag verstanden werden. (Vgl. UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 66: Hessisches Hochschulgesetz von 1966 und Entwurf für ein neues Hochschulgesetz von 1969

Vorlage der Landesregierung im Mai 1965 rundweg ab und bedauerte, dass die Vorschläge der hessischen Hochschulen im Kabinettsentwurf nicht berücksichtigt wurden. Die Vorlage limitiere die Selbstverwaltung der Hochschulen und „rühre damit an den Grundlagen der Freiheit von Forschung und Lehre.“ Primär klassifizierte die Marburger Universität die „längere Amtszeit des Rektors, die Stellung des Kanzlers, die Funktion der Fakultäten und Dekane, die Stellung des Verwaltungsrates, die Rechtsstellung der Studentenschaft, die Reglementierung des akademischen Unterrichts und die in ihren Konsequenzen nicht durchdachten Änderungen des Berufungs- und Habilitationsverfahrens sowie die künftige Gestalt der Hochschule für Erziehung“ als unannehmbar⁹⁷⁶ und fasste damit die Hauptkritikpunkte am Entwurf vonseiten der Hochschulen zusammen. Denn: Diese Aussagen des universitären Diskurses blitzten immer wieder auf.

Aufgrund der Signifikanz, die der Amtszeit des Rektors zukam, soll mit dieser Aussage begonnen werden. Nicht nur die Johann-Wolfgang-Goethe-Universität artikuliert ihre Bedenken gegenüber der „übermäßigen Ausdehnung“ der Amtszeit des Rektors.⁹⁷⁷ Alle drei hessischen Hochschulen wichen in ihren Vorstellungen vom Entwurf ab: Die universitäre Satzung sollte die Amtsdauer des Rektors, die fünf Jahre betragen konnte, regeln. Aber auch eine zweijährige Amtsdauer⁹⁷⁸ – in diesem Falle sollte der Rektor seine Aufgaben gemeinsam mit seinem Amtsvorgänger und seinem Amtsnachfolger die Geschäfte erledigen⁹⁷⁹ – und eine einjährige Amtsdauer sollten möglich sein. Die Professoren begründeten ihre Sorge damit, dass sie durch

sowie Stellungnahme hierzu; Satzung der Justus-Liebig-Universität 1965-1970: Erklärung des Senats der Philipps-Universität Marburg zu dem von der Hessischen Landesregierung vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen (Hochschulgesetz) (ohne Angabe)). Bereits im November 1964 hatte sich der scheidende Rektor Niebergall bei der Rektoratsübergabe gegen zu viele Reglementierungen im Hochschul-Gesetzentwurf gewandt. (Vgl. Bedenken gegen Hochschulgesetz-Entwurf. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. November 1964).

⁹⁷⁶ Vgl. Universität Marburg: Unannehmbar. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. Mai 1965. Der Rektor der Philipps-Universität resümierte schließlich, dass die Regelungen im Entwurf vielmehr dazu geeignet wären die Trennungstendenzen zu verstärken als aufzuheben. Mit dieser Meinung stand er, wie er selbst erklärte, unter den Hochschullehrern keineswegs alleine. (Vgl. Prof. Dr. K. Paul Hensel, Marburg, Rektor der Philipps-Universität zu Marburg/Lahn: Das Hochschulgesetz. Entwicklungstendenzen des Gesetz-Entwurfes. In: Die Deutsche Universitätszeitung VI (1965). S. 26ff.

⁹⁷⁷ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6200: Stellungnahme der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main zu der Vorlage der Hessischen Landesregierung eines Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen (Hochschulgesetz) vom 4. Mai 1965 (Drucksache Nr. 1366, ausgegeben am 11. Mai 1965).

⁹⁷⁸ Die Technische Hochschule Darmstadt plädierte dafür, dass die Amtsdauer des Rektors auf mindestens zwei Jahre fixiert werden sollte. (Vgl. HHStA, Abt. 502, Nr. 12207 a): Kabinettsvorlagen (20. April 1965)).

⁹⁷⁹ Anhand dieses Gedankens wird die Aversion gegenüber der geplanten Sonderstellung und die Präferenz von kollegialen Strukturen evident.

die Einführung einer längeren Amtszeit in einen Zwiespalt geraten könnten, denn würde ein Professor zum Rektor gewählt, müsse er letztlich von der Forschung Abstand nehmen. Dies könne schließlich bedeuten, dass sich kaum noch jemand bereit erklären könne, diese Bürde auf sich zu nehmen und schließlich das Rektoramt zur Domäne der Mittelmäßigkeit verkommen könnte.⁹⁸⁰ Eine zu lange Amtszeit, so der Marburger Rektor, käme einem Berufswechsel gleich. Schließlich müsse die Amtszeit nicht so lange sein, da jeder Rektor zuvor die Funktion des Dekans oder Ähnliches übernommen habe. Conclusio seiner Ausführungen war, dass die Amtszeit des Rektors keine Garantie für die Reform sei.⁹⁸¹ Er ignorierte jedoch die veränderten Rahmenbedingungen, sprich die ständig wachsenden Studentenzahlen. Wie die anderen hessischen Rektoren hielt er am ursprünglichen Charakter des Rektors, der als „*primus inter pares*“ lediglich Repräsentationsaufgaben wahrzunehmen hatte, fest. Sie maßen den Kollegialorganen noch immer eine wichtigere Bedeutung bei.

Im Januar 1966 meldete auch die Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft, die dem Entwurf nicht kategorisch-ablehnend gegenüberstand, wie an der Liste der von ihr begrüßten Aspekte ablesbar ist⁹⁸², ihre Bedenken gegenüber den geplanten Regelungen hinsichtlich der Amtszeit des Rektors an: Sie offerierte den Vorschlag, die Amtszeit der Rektoren auf zwei Jahre zu fixieren. Die Kontinuität, so begründete der Verband, könne durch die Etablierung eines Rektorengremiums garantiert werden, das sich aus einem Prorektor, einem Rektor und einem Rektor designatus zusammensetze. Damit nämlich seien die Rektoren sechs Jahre in der akademischen Selbstverwaltung tätig.⁹⁸³ Der VDS konnte sich zumindest eine Amtszeit von drei Jahren vorstellen, wie seine Stellungnahme zum Diskussionsentwurf demon-

⁹⁸⁰ Vgl. Fromme, Friedrich Karl: Der Sprung von einem auf vier Jahre. Die Amtszeit der hessischen Universitätsrektoren soll drastisch verlängert werden. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. Mai 1965.

⁹⁸¹ Vgl. Prof. Dr. K. Paul Hensel, Marburg, Rektor der Philipps-Universität zu Marburg/Lahn: Das Hochschulgesetz. Entwicklungstendenzen des Gesetz-Entwurfes. In: Die Deutsche Universitätszeitung VI (1965). S. 29.

⁹⁸² Insbesondere begrüßte die GEW die eindeutige Trennung der im Gesetz fixierten Hochschulverfassung und den autonomen Satzungsbereich der Hochschule. Auch die Expansion der universitären Aufgaben durch die Integration der wissenschaftlichen Fortbildung Berufstätiger fand positive Resonanz. Die Anregung zum Ausschreibungsverfahren bei der Aufstellung von Vorschlagslisten für die Berufung von Ordinarien und insbesondere die Sicherungen für das Recht auf Habilitation, die der Entwurf enthielt, die rechtliche Sicherung der studentischen Selbstverwaltung und ihre Mitwirkung in der akademischen Selbstverwaltung der Fakultäten und des Senats hielt die GEW ebenso wie die Anregung an die Fakultäten, sich in Abteilungen zu gliedern und auch Forschungsprogramme zu integrieren und die Ernennbarkeit von Nichtordinarien zu Institutsdirektoren für einen Fortschritt. (Vgl. HHStA, Abt. 502, Nr. 12208 b): Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (10. Juni 1965)).

⁹⁸³ Vgl. HHStA, Abt. 502, Nr. 12208 a): Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft – Landesverband Hessen: Stellungnahme der GEW zur Vorlage der Landesregierung: „Gesetz über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen (Hochschulgesetz). (4. Januar 1966).

striert⁹⁸⁴, da er generell in einer Verlängerung seiner Amtszeit ein Mittel zur Gewährleistung der Kontinuität erblickte.⁹⁸⁵

Mindestens genauso heftig umstritten war die Tatsache des Oktrois, die Frankfurter Allgemeine beschrieb ihn ironisch gar als Gespenst, das an den hessischen Hochschulen umgehe⁹⁸⁶: Er wurde als Eingriff in die universitäre Struktur aufgenommen⁹⁸⁷, was er letztlich auch in der ursprünglichen Version gewesen wäre – zumal die Kooptation der Universitätsmitglieder ebenfalls zu den tradierten Privilegien der Universität gehörte. Nach Meinung der drei Hochschulen sollte der Oktroi bei einem Berufungsverfahren davon abhängig gemacht werden, ob die Berufungsliste innerhalb der Vorlagefrist eingereicht wurde. Im Falle von Einwänden in der von den Hochschulen abzugebenden Stellungnahme sollte der Kultusminister den Oktroi nicht aussprechen, „wenn eine anderweitige Besetzung des Lehrstuhls im Einvernehmen mit den Fakultäten erfolgen kann.“⁹⁸⁸ Die Johann-Wolfgang-Goethe-Universität befürchtete, dass mittels der Fixierung des Oktrois einer Politisierung und Konfessionalisierung Tor und Tür geöffnet werde.⁹⁸⁹ Auch beim VDS, der die Beschleunigung des Berufungsverfahrens generell begrüßte, erntete das geplante unbegrenzte Recht des Kultusministers, einen von den Fakultäten abgelehnten Lehrstuhlinhaber zu berufen, erhebliche Kritik. In diesem Zusammenhang ist auch seine

⁹⁸⁴ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6194 b): VDS an den Kultusminister, betr.: Hochschulgesetzgebung des Landes Hessen, hier: Diskussionsentwurf vom 12. Oktober 1964.

⁹⁸⁵ Vgl. Die Studentenschaft zum Hochschulgesetz-Entwurf. Kommentar des Verbandes Deutscher Studentenschaften. In: Die Deutsche Universitätszeitung VI (1965). S. 54.

⁹⁸⁶ Vgl. „Es geht ein Gespenst um an den hessischen Hochschulen – es ist das Gespenst des Oktroi, der ministeriellen Berufung eines Professors ohne oder gegen den Vorschlag der Fakultät. Der Oktroi gehört ein wenig zu den bösen Hausgeistern der Universität. Vielleicht spielt er sogar die Rolle des Geistes in der Flasche, die man gut versiegelt, spinnwebüberzogen irgendwo in einem Winkel weiß, so dass man sie beinahe vergessen könne, jedenfalls nichts mehr zu befürchten habe. Nach dem hessischen Hochschulgesetzentwurf [...], der an diesem Mittwoch seine erste Lesung im Landtag erfährt, soll der Oktroi nun zu einer anerkannten Rechtsfigur werden.“ (Vgl. Fromme, Friedrich Karl: Nützliche Hilfe bei Berufungsverfahren. Aber die Universitäten wehren sich. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. Juni 1965).

⁹⁸⁷ Vgl. Prof. Dr. K. Paul Hensel, Marburg, Rektor der Philipps-Universität zu Marburg/Lahn: Das Hochschulgesetz. Entwicklungstendenzen des Gesetz-Entwurfes. In: Die Deutsche Universitätszeitung VI (1965). S. 30.

⁹⁸⁸ Ebd.: Obgleich Schütte einräumte, das Ministerium werde immer versuchen, die Vorschläge der Fakultäten zur Besetzung eines Lehrstuhles zu beachten, bestand er diametral dazu auf dem Oktroi als Ultima Ratio.

⁹⁸⁹ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6200: Stellungnahme der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main zu der Vorlage der Hessischen Landesregierung eines Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen (Hochschulgesetz) vom 4. Mai 1965 (Drucksache Nr. 1366, ausgegeben am 11. Mai 1965).

starke Akzentuierung des Selbstverwaltungsrechts der Hochschulen in akademischen Angelegenheiten, das nicht eingeschränkt werden dürfe, zu verstehen.⁹⁹⁰

Ein anderer Aspekt, dem von verschiedensten Seiten Beachtung geschenkt wurde, war der der Partizipation. Heftig kritisierte die Frankfurter Universität die Nachgiebigkeit gegenüber den „übertriebenen Forderungen“ der Studenten, „die über das Maß an Mitarbeit an der akademischen Selbstverwaltung“ hinausgingen. – Da noch eine Reihe weiterer Einzelheiten Bedenken auslöste, gelangte sie schließlich zu dem Ergebnis, den Entwurf in toto abzulehnen.⁹⁹¹ – Alle drei Rektoren wünschten die Grenzen der studentischen Partizipation – im Gegensatz zu Schütte – genau definiert⁹⁹²: Lediglich bei Sitzungen des Verwaltungsrats, des Senats und der Fakultät, soweit studentische Angelegenheiten erörtert wurden, sollten studentische Vertreter zugelassen werden.⁹⁹³ Der Marburger Rektor plädierte für eine studentische Mitwirkung im akademischen Senat nur im Falle der Behandlung „studentischer Angelegenheiten“, da die Verantwortung für den Lehr- und Forschungsbetrieb beim Lehrkörper liege und auch liegen müsse.⁹⁹⁴ Die Technische Hochschule Darmstadt schlug vor, Art und Umfang der studentischen Mitwirkung an der Verwaltung der Hochschule durch die Satzung der Universität zu regeln⁹⁹⁵, wohl um das Ausmaß derselben selbst festlegen und kontrollieren zu können. Selbstredend begrüßte der VDS dagegen den neuen Status der Studentenschaft als Körperschaft des öffentlichen Rechts und die Verleihung der Beitragshoheit, genauso wie die gesetzlich vorgesehene Beteiligung der Studentenschaft an Personal- und Wirtschaftsverwaltung sowie der akademischen Selbstverwaltung „ohne die nebulöse Beschränkung auf sogenannte studentische Angelegenheiten.“⁹⁹⁶ Zudem wünschte der Verband die studentischen Rechte präziser formuliert und forderte darüber hinaus noch die Teil-

⁹⁹⁰ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 6: Hochschulgesetz. VDS lobt und kritisiert den Hochschulgesetz-Entwurf (ohne Angabe).

⁹⁹¹ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6200: Stellungnahme der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main zu der Vorlage der Hessischen Landesregierung eines Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen (Hochschulgesetz) vom 4. Mai 1965 (Drucksache Nr. 1366, ausgegeben am 11. Mai 1965).

⁹⁹² So erschien es dem Marburger Rektor beispielsweise „zweckmäßig [...], zwischen Selbstverwaltung studentischer Angelegenheiten und Mitverwaltung von Angelegenheiten der Forschung und Lehre durch Vertreter der Studenten zu unterscheiden“. (Prof. Dr. K. Paul Hensel, Marburg, Rektor der Philipps-Universität zu Marburg/Lahn: Das Hochschulgesetz. Entwicklungstendenzen des Gesetz-Entwurfes. In: Die Deutsche Universitätszeitung VI (1965). S. 31).

⁹⁹³ Vgl. HHStA, Abt. 502, Nr. 12207 a): Kabinettsvorlagen (20. April 1965).

⁹⁹⁴ Vgl. Prof. Dr. K. Paul Hensel, Marburg, Rektor der Philipps-Universität zu Marburg/Lahn: Das Hochschulgesetz. Entwicklungstendenzen des Gesetz-Entwurfes. In: Die Deutsche Universitätszeitung VI (1965). S. 32.

⁹⁹⁵ Vgl. ebd.

⁹⁹⁶ Die Studentenschaft zum Hochschulgesetz-Entwurf. Kommentar des Verbandes Deutscher Studentenschaften. In: Die Deutsche Universitätszeitung VI (1965). S. 54.

nahme eines Vertreters der Studentenschaft mit Stimmrecht am Verwaltungsrat.⁹⁹⁷ Hinsichtlich der Satzung der Studentenschaft wünschten die Studenten die Begutachtung durch den Rektor zu streichen, zumal der Senat über diese ebenfalls entscheide. Das Zustimmungsrecht desselben wollte der VDS additiv in ein Begutachtungsrecht umgewandelt sehen. Neben verschiedenen Aspekten der Aufgaben der Studentenschaft forcierte der Verband in Bezug auf die Übergangsbestimmungen die Beteiligung von Studentenvertretern bei den Beratungen über die zukünftigen Hochschulsatzungen.⁹⁹⁸

Meldete der Marburger Rektor Hensel Bedenken gegenüber der Erhebung der Studentenschaft in den Rang einer rechtsfähigen Körperschaft an⁹⁹⁹, wurde die rechtliche Stellung der studentischen Selbstverwaltung von der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft positiv aufgenommen.¹⁰⁰⁰ Sie gab jedoch ihrem Bedauern darüber Ausdruck, dass die Probleme des Mittelbaus nicht stärker Berücksichtigung erfahren hatten und auch über den Verzicht, die Mitwirkungsrechte der Nichtordinarien und Nichthabilitierten im Senat, in den Fakultäten und Instituten zu erweitern.¹⁰⁰¹ Wie dieser Aussage zu entnehmen ist, galt es nicht nur den Studenten, sondern vielmehr auch den Nichthabilitierten Partizipationsmöglichkeiten einzuräumen, wofür sich neben der GEW u. a. auch der Hochschulverband mit Nachdruck einsetzte: Dieser nämlich sprach sich für eine bessere Beteiligung der Nichthabilitierten an

⁹⁹⁷ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6194 b): VDS an den Kultusminister, betr.: Hochschulgesetzgebung des Landes Hessen, hier: Diskussionsentwurf vom 12. Oktober 1964: Seinen Fokus richtete der Verband in ihrer Stellungnahme dabei zum einen auf das Thema Studentenschaft und zum anderen auf die Neuordnung der Studienordnungen. Erst in einem dritten Abschnitt setzten die Studenten ihre Anregungen zum Gesamtentwurf eines Hochschulgesetzes auseinander. Generell bestanden vonseiten des VDS keinerlei Bedenken gegenüber dem vorgelegten Diskussionsentwurf. Hinsichtlich des ersten behandelten Komplexes ist hervorzuheben, dass die Studentenschaft § 33 Absatz 1 aufgrund der Ungenauigkeit des Terminus „studentische Angelegenheiten“ folgendermaßen geändert sehen wollte: „Die Vertreter der Studentenschaft nehmen an den Sitzungen des Senats und der Fakultäten sowie an den Sitzungen der Senats- und Fakultätskommissionen mit Stimmrecht teil.“ Aus Gründen der Rechtssicherheit erachtete es der VDS als wichtig, dass das Organ der Studentenschaft, das die Höhe der Beiträge festsetzt, bereits im Gesetz bestimmt wird. Man wollte ausschließen, dass die Beiträge in einer Urabstimmung festgesetzt würden.

⁹⁹⁸ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6196 d): Verband Deutscher Studentenschaften – Landesverband Hessen: Stellungnahme der hessischen Studentenschaften zum Diskussionsentwurf Nr. II eines Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen (Stand: 19. Januar 1965).

⁹⁹⁹ Vgl. Prof. Dr. K. Paul Hensel, Marburg, Rektor der Philipps-Universität zu Marburg/Lahn: Das Hochschulgesetz. Entwicklungstendenzen des Gesetz-Entwurfes. In: Die Deutsche Universitätszeitung VI (1965). S. 31. Diese Erhebung fördere die Tendenz der Desintegration. Hensel wünschte die Studentenschaft lediglich mit Handlungsfähigkeit auszustatten, soweit die Studentenschaft zur Erfüllung der Aufgaben am Rechtsverkehr teilnehmen müsse. Als elegantere Lösung schlug er vor, der Studentenschaft den Status einer unselbstständigen Gliedkörperschaft der Hochschule einzuräumen und sie mit dem Recht auszustatten, am privaten Rechtsverkehr zu partizipieren.

¹⁰⁰⁰ Vgl. HHStA, Abt. 502, Nr. 12208 b): Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (10. Juni 1965).

¹⁰⁰¹ Vgl. ebd.

der Hochschulselbstverwaltung in allen Bereichen aus. In diesem Kontext waren die Verbandsmitglieder mit dem Nichthabilitierten-Rat nicht gänzlich zufrieden, da er keine echte Integration der Nichtordinarien erzielen könne. Nichthabilitierte und Nichtordinarien sollten – genauso wie die Studentenschaft – Vertreter in den Verwaltungsrat entsenden dürfen. Obgleich die Schaffung eines Habilitationsausschusses begrüßt wurde, erachtete der Verband diese geplante Institution als zu eng gesetzt, vielmehr sei ein „Ausschuß zur Förderung des Hochschullehrernachwuchses“ zu initiieren, dessen Aufgabenbereich breiter zu fassen sei. Zudem warnte die Vertretung der Hochschullehrer vor der Transformation der Habilitation in eine Prüfung, deren Ablegung qua Rechtsanspruch gesichert sei. Aus diesem Grund postulierte der Vorsitzende die Streichung des § 24 Absatz 2, genauso wie die des § 25 Absatz 1. Begrüßte der Hochschulverband generell die Beschleunigung des Berufungsverfahrens, wollte er jedoch die gleichen Qualitätsmaßstäbe angelegt sehen im Falle einer Berufung durch den Kultusminister. Eine diametrale Position nahm die Vertretung der Hochschullehrer hinsichtlich der Form des § 31 ein, der eine Beteiligung der Studentenschaft an der akademischen Verwaltung vorsah.¹⁰⁰²

Auch die Assistentenvereinigungen an den hessischen Hochschulen meldeten sich zum Thema Partizipation zu Wort: Auf positive Resonanz stieß die Aussicht des Diskussions-Entwurfes Nr. 2 auf eine Mitarbeit der nicht habilitierten Wissenschaftlichen Beamten und Angestellten in den Selbstverwaltungsorganen der Hochschule. Die Partizipation in den Selbstverwaltungsorganen sollte aber nicht im Sinne einer Interessensvertretung verstanden werden; zur Begründung führten sie Folgendes an: „Als Selbstverwaltungsorgane sollten vielmehr die Kollegialorgane der Hochschule alleine unter dem Gesichtspunkt der Verantwortung für Forschung und Lehre und dem des Sachverstandes für die zur Entscheidung stehenden Fragen zusammengesetzt werden.“¹⁰⁰³ Des Weiteren schlugen sie vor, zu den Beratungen der Kollegialorgane auch Assistentenvertreter einzuladen. Sinnvoll sei es, für jede Fakultät einen Assistenten-Vertreter mit Antragsrecht vorzusehen. Zur Untermauerung ihrer Forderungen führten sie an, dass die Gesamtheit der nicht habilitierten Wissenschaftlichen Beamten und Angestellten die Mitarbeit in den Kollegialorganen entscheidend trage.

¹⁰⁰² Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6196 d): Vorsitzender des Hochschulverbandes Landesverband Hessen Erhardt an den Kultusminister: Stellungnahme zu dem zweiten Diskussionsentwurf eines Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen vom 19. Januar 1965.

¹⁰⁰³ HHStA, Abt. 504, Nr. 6196 d): Stellungnahme der Assistentenvereinigungen an den Hessischen Hochschulen zu dem Diskussionsentwurf (Nr. 2) eines Hessischen Hochschulgesetzes (basierend auf der Besprechung vom 10. Februar 1965).

Diesen Aspekt müsse das Gesetz berücksichtigen. Eine Reihe von konkreten Änderungsvorschlägen folgte diesen gruppenspezifischen Forderungen.¹⁰⁰⁴

Eine weitere immer wieder auftauchende Aussage im Diskurs betraf die Vorlesungszeiten. Auch hierbei rekurrten Rektoren bzw. Hochschullehrer zur Untermauerung ihrer Argumentation durchaus auf den Aspekt der Autonomie¹⁰⁰⁵, die verschiedene Seiten gestärkt sehen wollte¹⁰⁰⁶: So monierte der Hochschulverband die Regelung der Vorlesungszeiten¹⁰⁰⁷ mit dem Hinweis, dass diese seines Erachtens nicht in ein Hochschulgesetz, sondern vielmehr in den Kompetenzbereich der akademischen Selbstverwaltung gehöre.¹⁰⁰⁸ Die GEW bezog eine ablehnende Haltung gegenüber der Verlängerung der Vorlesungszeiten¹⁰⁰⁹; genauso wie dies auch die Johann-Wolfgang-Goethe-Universität tat: Um ihre Opposition zu untermauern, wies sie darauf hin, dass eine solche die Zeit für Forschung, Prüfungen und Eigenstudium der Studenten limitiere, ohne dass jedoch nennenswerte Initiativen zu einer Studienreform im Gesetzentwurf verankert worden wären.¹⁰¹⁰ Lapidar bemerkte der

¹⁰⁰⁴ Vgl. ebd.

¹⁰⁰⁵ Dazu konstatierte Reinhardt aus Marburg: „Die im Grundgesetz verankerte Garantie der Freiheit von Forschung und Lehre bedingt für die Hochschule die Organisationsform, die die genannten Freiheiten zur Entfaltung kommen lässt und sicherstellt. Diesem Ziel dient die Selbstverwaltung. Das Hochschulgesetz wird daher nie soweit gehen dürfen, dass es die Satzungsautonomie der Hochschulen aufhebt.“ (Vgl. Professor Dr. R. Reinhardt, Marburg: Hochschulreform durch Hochschulgesetz? Grundsätzliche Stellungnahme zur Problematik des Hessischen Hochschulgesetz-Entwurfes. In: Die Deutsche Universitätszeitung VI (1965). S. 33ff.).

¹⁰⁰⁶ So war den leitenden Verwaltungsbeamten beispielsweise das im Regierungsentwurf vorgesehene Mitwirkungsrecht der Hochschule im Hinblick auf die Ernennung des Kanzlers (§ 21 a Abs. 1) zu schwach ausgeprägt. Aufgrund der ständig wachsenden Bedeutung von wirtschaftlichen Aspekten auf den akademischen Bereich begrüßten sie den Vorschlag, den Hochschulen bis zu einem gewissen Grad auch ein Mitwirkungsrecht hinsichtlich der wirtschaftlichen Seite des Berufungsverfahrens einzuräumen, genauso wie den Vorschlag hinsichtlich § 48 c Ziffer 7 (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6203).

¹⁰⁰⁷ Auf die gleiche Art und Weise argumentierte er gegen § 15 Absatz 5: Da die Begründung einer Sorgepflicht der Fakultäten für die Fortbildung von Berufstätigen einen schwerwiegenden Eingriff in die tradierten Rechte und Pflichten der Hochschullehrer bedeutete. Als Vorschlag unterbreitete der Verband, den Passus gänzlich zu streichen und stattdessen den § 2 Absatz 2 um folgenden Satz zu ergänzen: „Ihnen obliegt es, an der wissenschaftlichen Fortbildung von Berufstätigen mitzuwirken.“ In eine ähnliche Richtung weist auch die Kritik an § 18 des Entwurfs, der zwar inhaltlich begrüßt wird, aber ihres Erachtens nicht in ein Hochschulgesetz, sondern vielmehr in die Hochschulsatzung gehöre. Auch die Kooperation zwischen den Fakultäten sei eine mit Forschung und Lehre eng verbundene Angelegenheit, die dem Bereich der akademischen Selbstverwaltung gehöre. (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6196 d): Vorsitzender des Hochschulverbandes Landesverband Hessen Erhardt an den Kultusminister: Stellungnahme zu dem zweiten Diskussionsentwurf eines Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen vom 19. Januar 1965).

¹⁰⁰⁸ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6196 d): Vorsitzender des Hochschulverbandes Landesverband Hessen Erhardt an den Kultusminister: Stellungnahme zu dem zweiten Diskussionsentwurf eines Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen vom 19. Januar 1965.

¹⁰⁰⁹ Vgl. HHStA, Abt. 502, Nr. 12208 a): Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft – Landesverband Hessen: Stellungnahme der GEW zur Vorlage der Landesregierung: „Gesetz über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen (Hochschulgesetz)“ (4. Januar 1966).

¹⁰¹⁰ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6200: Stellungnahme der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main zu der Vorlage der Hessischen Landesregierung eines Gesetzes über die wissen-

Marburger Rektor Hensel, dass eine Verlängerung des Sommersemesters keine Studienzeitverkürzung bewirke.¹⁰¹¹ Und auch Einzelpersonen, wie beispielsweise der klassische Philologe Walter Wimmel aus Marburg, bezogen eine eindeutig diametrale Stellung gegenüber einem solchen Ansinnen.¹⁰¹² Obgleich er einräumte, dass Hochschullehrer Forschung und Lehre zu leisten hätten, konstatierte er mit Nachdruck, dass sich dieses Verhältnis nicht weiter zugunsten der Lehre belasten ließe. Er setzte seine Argumentation folgendermaßen fort:

Die Wissenschaftler sind nicht Mittel zu einem Ausbildungszweck, über den nach subjektiver Meinung befunden werden kann. Die Ausbildung der Studenten ist eine erfreuliche Beigabe der Wissenschaftsausübung. Man kann dieses Verhältnis nicht umkehren. Wissenschaft ist nicht Pädagogik. Sobald man die perfekte Ausbildung verwirklichen wollte, würde die auf Kosten der Wissenschaft gehen. Und es würde sich bald zeigen, was es heißt die Quellen zu verschütten.¹⁰¹³

Der VDS trat schließlich mit dem Vorschlag an die Öffentlichkeit, die Vorlesungszeiten des Sommersemesters auf den 1. April bis zum 15. Juli und die des Wintersemesters auf den 1. Oktober bis zum 31. Januar festzulegen.¹⁰¹⁴ Er begrüßte die Verlängerung des Sommersemesters um einen Monat, jedoch konstatierte der Verband ebenfalls, dass eine solche mechanische Studienzeitbegrenzung nur an den Symptomen der Studienzeitverlängerung ansetze und die Probleme einer „sinnvollen und dringend notwendigen Studienreform“ umgehe.¹⁰¹⁵

schaftlichen Hochschulen des Landes Hessen (Hochschulgesetz) vom 4. Mai 1965 (Drucksache Nr. 1366, ausgegeben am 11. Mai 1965).

¹⁰¹¹ Vgl. Prof. Dr. K. Paul Hensel, Marburg, Rektor der Philipps-Universität zu Marburg/Lahn: Das Hochschulgesetz. Entwicklungstendenzen des Gesetz-Entwurfes. In: Die Deutsche Universitätszeitung VI (1965). S. 31.

¹⁰¹² Der Öffentlichkeit war diese ablehnende Haltung unverständlich, da die Professoren das Sommersemester eigentlich bis dato auch immer als zu kurz empfunden hatten. Andere Aspekte konnten ihres Erachtens schon eher Misstrauen erwecken, wie beispielsweise die Amtszeit des Rektors. (Vgl. Fromme, Friedrich Karl: Erregung macht auch Professoren blind. Der Protest gegen den Entwurf des hessischen Hochschulgesetzes. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. Mai 1965).

¹⁰¹³ Wimmel, Walter: Das geplante hessische Hochschulgesetz. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. Oktober 1964.

¹⁰¹⁴ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6194 b): VDS an den Kultusminister, betr.: Hochschulgesetzgebung des Landes Hessen, hier: Diskussionsentwurf vom 12. Oktober 1964: Hinsichtlich des § 2 hatte der Verband bereits empfohlen neben den Aufgaben der Wissenschaftlichen Hochschulen und die nähere Bestimmung ihrer Mitglieder die Freiheit des Studiums bzw. die Lernfreiheit aufzunehmen.

¹⁰¹⁵ Vgl. Die Studentenschaft zum Hochschulgesetz-Entwurf. Kommentar des Verbandes Deutscher Studentenschaften. In: Die Deutsche Universitätszeitung VI (1965). S. 54. Dieser Verband war es auch, der eine Expansion der Aufgaben des Verwaltungsrates, in dem auch ein Vertreter der Studentenschaft mit Stimmrecht teilnehmen sollte, anregte: Ihm sollte in grundsätzlichen Fragen von Wirt-

Im Kontext der Organisation des Studiums waren die Fakultäten und deren im Gesetz fixierten Aufgaben ebenfalls Gegenstand des Diskurses. In den Stellungnahmen der Wissenschaftlichen Hochschulen kommt deutlich zum Ausdruck, dass diese lediglich eine allgemeine Umschreibung der Verantwortung der Fakultäten für die Ausbildung der Studenten wünschten, was dem Kultusminister jedoch nicht konkret genug erschien.¹⁰¹⁶ – Erneut wird daran die ministerielle Einschätzung bzw. das Misstrauen deutlich: In den Augen Schüttes hatten die Universitäten auch auf diesem Sektor kläglich versagt und mussten daher nun gesetzlich in die Pflicht genommen werden.

Der Hochschulverband kritisierte in diesem Kontext beispielsweise § 15 Absatz 5, da die Begründung einer Sorgepflicht der Fakultäten für die Fortbildung von Berufstätigen einen schwerwiegenden Eingriff in die tradierten Rechte und Pflichten der Hochschullehrer bedeute. Als Vorschlag unterbreitete der Verband, den Passus gänzlich zu streichen und stattdessen den § 2 Absatz 2 um folgenden Satz zu ergänzen. „Ihnen obliegt es, an der wissenschaftlichen Fortbildung von Berufstätigen mitzuwirken.“¹⁰¹⁷

In eine ähnliche Richtung weist auch die Kritik an § 18 des Entwurfs, der zwar inhaltlich begrüßt wurde, aber ihres Erachtens nicht in ein Hochschulgesetz, sondern vielmehr in die Hochschulsatzung, also erneut in den universitären Kompetenzbereich, gehöre. Auch die Kooperation zwischen den Fakultäten sei eine mit Forschung und Lehre eng verbundene Angelegenheit, die zu dem Bereich der akademischen Selbstverwaltung gehöre.¹⁰¹⁸ Die organisatorische Möglichkeit, die Fakultäten nochmals zu untergliedern, rief, beispielsweise bei der GEW, Zustimmung hervor.¹⁰¹⁹

schafts- und Personalangelegenheiten der Hochschulen eine Beschlussfunktion eingeräumt werden. (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6194 b): VDS an den Kultusminister, betr.: Hochschulgesetzgebung des Landes Hessen, hier: Diskussionsentwurf vom 12. Oktober 1964).

¹⁰¹⁶ Vgl. HHStA, Abt. 502, Nr. 12207 a): Kabinettsvorlagen (20. April 1965).

¹⁰¹⁷ HHStA, Abt. 504, Nr. 6196 d): Vorsitzender des Hochschulverbandes Landesverband Hessen Erhardt an den Kultusminister: Stellungnahme zu dem zweiten Diskussionsentwurf eines Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen vom 19. Januar 1965. Diese Einbeziehung der wissenschaftlichen Fortbildung Berufstätiger wurde auch von der GEW begrüßt. (Vgl. HHStA, Abt. 502, Nr. 12208 a): Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft – Landesverband Hessen: Stellungnahme der GEW zur Vorlage der Landesregierung: „Gesetz über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen (Hochschulgesetz)“ (4. Januar 1966)).

¹⁰¹⁸ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6196 d): Vorsitzender des Hochschulverbandes Landesverband Hessen Erhardt an den Kultusminister: Stellungnahme zu dem zweiten Diskussionsentwurf eines Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen vom 19. Januar 1965.

¹⁰¹⁹ Vgl. HHStA, Abt. 502, Nr. 12208 a): Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft – Landesverband Hessen: Stellungnahme der GEW zur Vorlage der Landesregierung: „Gesetz über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen (Hochschulgesetz)“ (4. Januar 1966).

Im weiteren Umfeld des Themas Fakultäten ist auch das der organisatorischen Gestaltung der Erziehungswissenschaften angesiedelt: Bereits am 11. Dezember 1964, also schon im Rahmen der Auseinandersetzungen um den Diskussionsentwurf, meldeten sich die Studentenschaften der Justus-Liebig-Universität Gießen und der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt diesbezüglich zu Wort: Sie klassifizierten den zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Entwurf in Bezug auf die in Abschnitt 4 behandelten „Institute für Erziehung“ eher als Rückschritt denn als Fortschritt in der Entwicklung der Lehrerbildung. Sie befürchteten negative Konsequenzen von der Umwandlung der Hochschulen in Institute – sowohl auf der juristischen als auch auf der universitären Ebene: Massive Bedenken hegten die beiden Studentenschaften vornehmlich gegenüber der Rechtsstellung der geplanten „Institute für Erziehung“. Der Terminus „Institut“ sei rechtlich noch weniger klar zu definieren als der der Hochschule. Schon sah man dadurch eine noch stärkere Limitierung der eigenen Autonomie am Horizont heraufziehen. Zwar sei im Entwurf der innere Verwaltungsaufbau fixiert, nicht jedoch die äußere Stellung der Institute. Das in den §§ 27 ff. ausgesprochene Prinzip der Globalübernahme und -angliederung sei ein dominierendes, das im Gesetz jedoch mehrfach durchbrochen werde. Obgleich die Studentenschaften einräumten, dass solche Durchbrechungen durchaus gerechtfertigt sein könnten, dürften sie keinesfalls dazu führen, dass am Ende schließlich die Übernahme der Hochschulen für Erziehung zu einer seminarweisen dezentralisierten Teilintegration stünde. „Wenn der Gesetzentwurf schon die Globalübernahme als Grundprinzip herausstellt, dann darf es keine gesetzlichen Einzelregelungen und -auslegungen geben, welche die Errichtung pädagogischer Fakultäten – mag man sie vorerst auch nicht verwirklichen können – von vorneherein ausschließen.“¹⁰²⁰ Des Weiteren berge § 29, Absatz 5 die Gefahr, dass jede Hochschule für Erziehung eine andere Stellung im universitären Rahmen einnehmen könne.¹⁰²¹

§ 27, Absatz 1 zufolge sollte die fachwissenschaftliche Ausbildung vollständig an den Fakultäten erfolgen, womit die Gießener und Frankfurter Studentenschaften einverstanden waren. Doch gaben sie zu bedenken, dass sehr wahrscheinlich die personellen und räumlichen Voraussetzungen nicht gegeben sein könnten, da man schon jetzt mit dem Problem der Überfüllung kämpfe. Auch warfen sie die Frage

¹⁰²⁰ HHStA, Abt. 504, Nr. 6195: Brief der Fachschaft Erziehung an der Justus-Liebig-Universität Gießen an das Hessische Kultusministerium (11. Dezember 1964): Studentenschaften der Hochschulen für Erziehung an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität und an der Justus-Liebig-Universität: Stellungnahme zum Abschnitt 4 des Diskussionsentwurfs.

¹⁰²¹ Ebd.

auf, ob die Fakultäten in stofflicher Hinsicht über das entsprechende Angebot verfügten. Sorgen bereitete ihnen schließlich auch, dass die Fakultäten möglicherweise auf ein vertieftes Wahlfachstudium drängen könnten. Als Folge befürchtete man, das Studium der Grundwissenschaften und Didaktik einschränken zu müssen.¹⁰²² Zu § 29 Absatz 1 warfen die Studentenschaften die Frage auf, warum kein akademischer Grad für besondere Leistungen verliehen werden dürfe – wenn Absatz 1 auf eine im Institut betriebene Lehre und Forschung hinweise. Damit bleibe das Nachwuchsproblem weiterhin bestehen und additiv könnten Zweifel an der Wissenschaftlichkeit aufkommen. Ein weiteres Indiz dafür, dass die Hochschulen in ihrer Selbstständigkeit limitiert werden sollten, erblickten die Studentenschaften in der Umbenennung des Direktors in einen Präsidenten:

[...] denn ohne diesen Grund wäre eine Umbenennung nicht notwendig. Damit wäre mit Ausnahme der Wahl des Direktors wieder der Status der früheren „Pädagogischen Institute“ erreicht. Wir schlagen daher vorher, statt dessen den Wortlaut des § 11, Abs. 1 des Gesetzes über das Lehramt an öffentlichen Schulen in den Entwurf zu übernehmen, womit gleichzeitig die akademische Selbstverwaltung betont würde.¹⁰²³

Da sich eine Institutionalisierung von Pädagogischen Fakultäten noch nicht realisieren ließe, schlugen sie schließlich vor, wenigstens die Termini „Direktor“ und „Institut“ in „Abteilung“ und „Vorstand“ umzuwandeln. Ihre Vision für die Zukunft war jedoch die Realisierung der Pädagogischen Fakultät, „die sich in Lehre und Forschung den vier Grundwissenschaften, der allgemeinen sowie der Fachdidaktik widmet und das Studium der Fachwissenschaften überträgt.“¹⁰²⁴

¹⁰²² Folgende weitere Fragen ergaben sich: „Wo sind die Studenten des „Instituts“ immatrikuliert? Welchen Fakultäten würden die jeweiligen Wahlfachstudenten im Hinblick auf ihre Studienordnungen zugeordnet sein? Von wem werden dann die studentischen Interessen der Studenten der Erziehungswissenschaften vertreten? Da man am § 27, Absatz 2 monierte, dass dieser keinen Lehr- und Forschungsauftrag bedeute, schlugen die Studenten vor, an die Stelle von „fördern“ die Wendung „...betreiben ...eigenständig“ oder „haben einen Lehr- und Forschungsauftrag“ zu setzen. Neben § 27 Absatz 3 wurde auch § 28 kritisiert: Mit Vehemenz protestierten sie gegen die Ausgliederung der Leibeserziehung und der technischen Fächer und plädierte in diesem Kontext für die namentliche Nennung der Fächer. (Ebd.).

¹⁰²³ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6195: Brief der Fachschaft Erziehung an der Justus-Liebig-Universität Gießen an das Hessische Kultusministerium (11. Dezember 1964): Studentenschaften der Hochschulen für Erziehung an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität und an der Justus-Liebig-Universität: Stellungnahme zum Abschnitt 4 des Diskussionsentwurfs.

¹⁰²⁴ Ebd.

Auch die Hochschulen für Erziehung schlugen vor, den Abteilungen für Erziehungswissenschaften den Status von Abteilungen zu gewähren, die anstelle der Fakultät treten sollten, und stimmten dabei mit den Vorstellungen der GEW überein: Um eine weitere Integration zu ermöglichen, wünschte diese § 42 Absatz 1 durch folgende Formulierung zu ersetzen: „Die Abteilungen für Erziehungswissenschaft besitzen die Rechte einer Fakultät. Sie nehmen diese Rechte in sinngemäßer Anwendung der §§ 16-19 wahr.“ Die Begrifflichkeit des Direktors in § 42 Absatz 2 Nr. 1 sollte durch die des „Vorsitzenden des Rates“ substituiert werden.¹⁰²⁵

Auch die konkreten Änderungsvorschläge des Landesverbands des VDS zielten in die gleiche Richtung: Die geplanten Erziehungswissenschaftlichen Abteilungen sollten künftig Organe der Hochschulen sein. Die nur formale Eingliederung der Abteilungen in die Universitäten erachtete der VDS als inkonsequent und nicht sachgerecht.¹⁰²⁶ Damit ihnen nicht der Charakter reiner Vorbereitungs- und Ausbildungsstätten für zukünftige Volks- und Realschullehrer anhafte, sollte § 38 Abs. (1) Satz 2 wie folgt geändert werden: „Der erziehungswissenschaftliche Teil des Studiums erfolgt an den erziehungswissenschaftlichen Abteilungen.“¹⁰²⁷ Wie die Studentenschaften der beiden hessischen Hochschulen schlug auch der VDS nach einem Hinweis auf das ungelöste Nachwuchsproblem für die Abteilungen die Bezeichnung eines Vorsitzenden des Rates anstelle des „Direktors“ im Entwurf vor. Die Erziehungswissenschaftliche Abteilung sollte sich, nach seinen Vorstellungen, im Rahmen der Hochschulsatzung eine eigene Satzung geben, die vom Kultusminister genehmigt werden musste. Da die Erziehungswissenschaftliche Abteilung nunmehr in die Hochschule integriert werden sollte, musste das Gesetz auch die Vertretung der an ihr tätigen Hochschullehrer in den Kollegialorganen der Hochschule garantieren. Als notwendig erachtete der VDS weiterhin die Regelung der Vertretung der Nicht-lehrstuhlinhaber der Erziehungswissenschaftlichen Abteilung, sowohl im Rat der

¹⁰²⁵ Vgl. HHStA, Abt. 502, Nr. 12208 a): Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft – Landesverband Hessen: Stellungnahme der GEW zur Vorlage der Landesregierung: „Gesetz über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen (Hochschulgesetz)“ (4. Januar 1966): Diesbezüglich vertrat der Kultusminister die Meinung, dass der Zeitraum zu kurz sei, als dass man ihnen den Status von Abteilungen – verbunden mit den Rechten von Fakultäten – zugestehen könnte. Eine weitere Integration wäre allerdings durch den Entwurf möglich.

¹⁰²⁶ Vgl. Die Studentenschaft zum Hochschulgesetz-Entwurf. Kommentar des Verbandes Deutscher Studentenschaften. In: Die Deutsche Universitätszeitung VI (1965). S. 54.

¹⁰²⁷ Ebd.

Erziehungswissenschaftlichen Abteilung als auch im Bereich der Hochschule selbst.¹⁰²⁸

Unter den Aussagen, die im Diskurs zwar eine untergeordnete Rolle spielten¹⁰²⁹ und vornehmlich von studentischer Seite thematisiert wurden¹⁰³⁰, sei noch auf das studentische Disziplinarrecht hingewiesen: Obgleich der Hessische Landesverband des VDS durchaus die Intention der Hessische Landesregierung und des Hessischen Landtages, das studentische Disziplinarrecht in Hessen nach rechtsstaatlichen Grundsätzen neu zu ordnen, zwar in seiner Stellungnahme vom 26. Juli 1965 begrüßte – vornehmlich die Verbesserungen gegenüber dem bis dato geltenden preußischen Disziplinargesetz vom 29. Mai 1879 und den Ausführungsbestimmungen vom 1. Oktober 1914, war der Verband nicht damit einverstanden, dass der Gesetzentwurf die Schaffung eines besonderen Standesrechts vorsah: Der Entwurf gehe aber weit darüber hinaus, die Unterwerfung unter die von den zuständigen Hochschulbe-

¹⁰²⁸ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6196 d): Verband Deutscher Studentenschaften – Landesverband Hessen –: Stellungnahme der hessischen Studentenschaften zum Diskussionsentwurf Nr. II eines Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen (Stand: 19. Januar 1965).

¹⁰²⁹ So war der Aspekt der Rechtsnatur der Wissenschaftlichen Hochschulen als Staatsanstalten durchaus umstritten. Der Aspekt der Körperschaftsrechte, nicht der der Staatsanstalt sollte nach Ansicht des VDS hervorgehoben werden, was der folgenden Formulierung entsprechen würde: „Die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und zugleich Einrichtungen des Staates.“ (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6194 b): VDS an den Kultusminister, betr.: Hochschulgesetzgebung des Landes Hessen, hier: Diskussionsentwurf vom 12. Oktober 1964). Nochmals meldete sich die Studentenschaft des Landes Hessen am 15. Februar 1966 zur Regierungsvorlage des Hessischen Hochschulgesetzes zu Wort: Darin trat sie für eine Betonung ihres Charakters als Körperschaft des öffentlichen Rechts und als Glied der Hochschule ein. Als ihre Aufgaben (§ 32, Absatz 3) definierte sie die „Vertretung der Gesamtheit ihrer Mitglieder im Rahmen ihrer gesetzlichen und satzungsmäßigen Befugnisse, die Wahrnehmung der hochschulpolitischen Belange ihrer Mitglieder, die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Selbsthilfe der Studenten, soweit sie nicht dem Studentenwerk übertragen ist, und die Mitwirkung bei der Studentenförderung.“ Mit den restlichen Aufgaben stimmte man mit dem Regierungsentwurf überein. (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6204: Studentenschaft des Landes Hessen – Der Vorsitzende: Abänderungsvorschläge zur Regierungsvorlage des Hessischen Hochschulgesetzes (15. Februar 1966)). Auch die leitenden Verwaltungsbeamten meldeten sich zu diesem Themenkomplex zu Wort, setzten ihn aber in Bezug zur Wirtschaftsverwaltung: Zunächst wiesen sie darauf hin, dass eine Auftragsverwaltung als Beauftragten eine selbstständige Institution voraussetze, was für das Verhältnis zwischen Hochschule und Land jedoch nicht gänzlich zutreffe. Die Hochschule erfülle nicht alle Kriterien einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft. Man kritisierte am Regierungsentwurf, dass er die Wirtschaftsverwaltung der Hochschule als Teil des Landeshaushaltes auffasse und versuche dies zu lösen, indem er direkte Rechtsbeziehungen zwischen der Fachaufsichtsbehörde und den Hochschulorganen herstellte, was jedoch nicht zum System der Auftragsverwaltung passe. Demgegenüber zogen die Verwaltungsbeamten den Entwurf der Hochschulen vor, dessen Konzeption als Durchgangsstadium zur wirtschaftlichen Selbstverwaltung der Hochschule aufzufassen sei, sehe die Hochschule als die Beauftragte an. Jedoch seien die Kompetenzbereiche innerhalb der Hochschule nicht hinlänglich geregelt. (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6203).

¹⁰³⁰ Beispielsweise beschäftigte sich der VDS auch mit der „Reglementierung des Studiums durch vorgeschriebene Studienzeiten“, die er als zu weitgehend erachtete. Ihre Sorge begründeten die Studenten damit, dass die Formulierung in § 15 „vorgeschriebene Studienzeit“ dahingehend interpretiert werden könne, dass damit eine Festsetzung von Semesterhöchstzahlen intendiert werde. (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6196 d): Verband Deutscher Studentenschaften – Landesverband Hessen –: Stellungnahme der hessischen Studentenschaften zum Diskussionsentwurf Nr. II eines Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen (Stand: 19. Januar 1965).

hörden getroffenen Anordnungen zur Regelung des Lehr- und Forschungsbetriebes zu fordern. Die Postulate einer besonderen Ehre des akademischen Bürgers und der Androhung disziplinarer Sanktionen bei unehrenhaftem Verhalten von Studenten wurden von den Studentenschaften im Zeichen rechtsstaatlicher Gleichheit vor dem Gesetz als nicht mehr zeitgemäße Bestimmungen erachtet. Da es sich tatsächlich um ein Relikt vergangener Zeiten handelte, eine nachvollziehbare Argumentation. Ferner wurde moniert, dass eine „gewisse[n] Messbarkeit und Voraussehbarkeit hoheitlichen Handelns für den vom Gesetz Betroffenen“ fehle: „Die generalklauselartige Formulierung der Disziplinarartatbestände verbunden mit dem vorgesehenen Opportunitätsprinzip bietet keine Rechtssicherheit“¹⁰³¹ – gerade in Bezug auf die Amtsträger der Studentenschaft und die Studentenzeitungen. Vorbehalte äußerte der Landesverband auch hinsichtlich der von den Hochschullehrern geforderten Errichtung einer eigenen Disziplinargerichtsbarkeit der Hochschulen. Er befürchtete durch eine solche eine Verstärkung der bereits existierenden Rechtsunsicherheit.¹⁰³²

¹⁰³¹ HHStA, Abt. 504, Nr. 6202: Verband deutscher Studentenschaften. Landesverband Hessen: Stellungnahme der hessischen Studentenschaften zur Kabinettsvorlage der Hessischen Landesregierung für ein Gesetz über das studentische Disziplinarrecht der wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen (Landtagsdrucksache Abteilung I Nr. 1377). (45. ordentliche Landesverbandskonferenz am 26. Juli 1965)).

¹⁰³² Im Anschluss an den allgemeinen Teil nahmen die Studenten Stellung zu den einzelnen Bestimmungen: Zu § 3 forderten sie, dass die Verjährungsfrist ein Jahr betragen sollte. Als Disziplinarwidrigkeit definierte der Landesverband zum einen die schuldhaftige Störung des Lehr- und Forschungsbetriebes und zum anderen die Zuwiderhandlung gegenüber Anordnungen, die vom Kultusminister, den Organen der Hochschule, der Studentenschaft, des Studentenwerkes unter Androhung disziplinarer Maßnahmen erlassen wurden. Auch der Verstoß gegen allgemeine Strafgesetze wurde als Disziplinarwidrigkeit gefasst. Der Hessische Landesverband opponierte gegen die im Gesetzentwurf vorgesehene Definition der Disziplinarartatbestände „Störung der Ordnung des akademischen Lebens“ und „unehrenhaftes Verhalten“. Auch gegen die im § 5 fixierten Disziplinarmaßnahmen hegte man verfassungsrechtliche Bedenken. Fragwürdig erschien ihnen, die Zulässigkeit der Relegation vor dem Hintergrund der §§ 3 und 12 des Grundgesetzes. Um die studentische Beteiligung an Disziplinarangelegenheiten zu stärken, schlug man vor, den aus dem Vorsitzenden und vier Beisitzern zusammengesetzten Disziplinarausschuss mit zwei studentischen Beisitzern zu versehen. Zu § 11 machte man neben einem konkreten Änderungsvorschlag auch den Einwand geltend, dass es rechtsstaatlich nicht zu vereinbaren sei, dass der Rektor der Hochschule nicht zugleich Ankläger und Richter sein dürfe. Auch wollte man vor Verhängung der Disziplinarmaßnahme eine Anhörung des Beschuldigten sichergestellt wissen. Nach den Änderungswünschen hinsichtlich der Beschlussfähigkeit des Disziplinarausschusses trat man mit Vehemenz für die ersatzlose Streichung des § 20 ein. „Die Verweigerung der Immatrikulation an einer anderen Hochschule mit der Begründung, der betreffende Student sei „einer Disziplinarwidrigkeit hinreichend verdächtig, die voraussichtlich zu einer schweren Disziplinarmaßnahme geführt hätte“, dürfte rechtswidrig sein.“ Generell, so schloss der Landesverband, sei der Gesetzesentwurf dahingehend zu überarbeiten, dass „die rechtsstaatlichen Garantien besser zum Ausdruck“ kämen. Dabei reichte das Spektrum der Vorschläge von der Eliminierung der Weisungsgebundenheit des Disziplinaranwaltes gegenüber dem Rektor über der Beherrschung des Disziplinarverfahrens von Prinzipien der Mündlichkeit, der Unmittelbarkeit und der Nicht-Öffentlichkeit bis hin zur Möglichkeit der Ablehnung von Mitgliedern des Disziplinarausschusses aufgrund von Befangenheit durch den Beschuldigten. (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6202: Verband deutscher Studentenschaften. Landesverband Hessen: Stellungnahme der hessischen Studentenschaften zur Kabinettsvorlage der Hessischen Landesregierung für ein Gesetz über das stu-

3.1.4.3 Der Gießener Diskurs

3.1.4.3.1 Reaktionen des Gießener Rektorats und Senats

Die Justus-Liebig-Universität Gießen sah sich „in lebenswichtigen Punkten“ durch den Kabinettsentwurf bedroht, was die Länge der Liste mit beanstandeten Aspekten unterstreicht: Sie reichte von der Amtsdauer des Rektors, der Stellung des Kanzlers, über die Funktion der Fakultäten und der Dekane bis hin zur Stellung des Verwaltungsrates. Auch das über den Rahmen der Rechtsaufsicht hinausgehende Recht der Akteneinsicht des Kultusministers, die Reglementierung des akademischen Unterrichts, der Modus des Berufungsverfahrens und die Stellung der Hochschule für Erziehung stießen auf wenig Gegenliebe auf Gießener Seite.¹⁰³³ Ihre Resolution gipfelte daher in den Worten: „Im Gegensatz zur Kabinettsvorlage der Hessischen Landesregierung fordert die Justus-Liebig-Universität ein Hochschulgesetz, das dem Reformwillen und der Gestaltungsfreiheit der Hochschulen Rechnung trägt.“¹⁰³⁴ Schließlich lehnte sie den Entwurf in toto ab, da die Vorlage kein in die Zukunft weisendes Gesetz repräsentiere, „sondern ein Reglement, welches in Gießen bereits eingeleitete Reformen, insbesondere im Hinblick auf die Studiendauer, hemmt, anstatt sie zu fördern.“¹⁰³⁵ Damit reihte sie sich in die oppositionelle Phalanx der anderen hessischen Hochschulen ein, was durchaus bemerkenswert erscheint.¹⁰³⁶

In einem vertraulichen Gespräch mit dem Oberbürgermeister Gießens, Bernd Schneider, am 1. Juni 1965, führte Rektor Boguth die Bedenken der Universität gegenüber dem Hochschulgesetz-Entwurf näher aus: Die Universität opponierte gegen § 8 Satz 3, weil dadurch die Möglichkeit eingeräumt werde, dass der Kultusminister bei Berufungsfällen auch die von der Universität angeforderten Gutachten verlange. Eine mögliche Konsequenz daraus konnte sein, dass außerhessische Universitäten

dentische Disziplinarrecht der wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen (Landtagsdrucksache Abteilung I Nr. 1377). (45. ordentliche Landesverbandskonferenz am 26. Juli 1965)).

¹⁰³³ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 6: Hochschulgesetz a): Protest des Gesamtsenats: Universität lehnt Hochschul-Gesetzentwurf ab. Wissenschaftler machen starke Bedenken geltend – Resolution des Großen Senats. Pressekonferenz mit eingehenden Erläuterungen: Freie Presse vom 28. Mai 1965.

¹⁰³⁴ Ebd.

¹⁰³⁵ Vgl. ebd.

¹⁰³⁶ Bemerkenswerter erscheint ferner, dass es demgegenüber auch in Gießen Professoren gab, die an der Institution Universität in der bis dato vorherrschenden Form, Kritik übten. So schrieb Prof. Keires an Schütte: „Die meisten Stimmen dagegen sind ‚Stimmen aus dem Grabe‘ mittelalterlicher Verblendung. Die Universitäten mit ihrer ‚Selbstverwaltung‘ (sprich Pfründenerhaltung) haben sich selbst nicht aus dem Sumpf eines forschungs- und Lehrschlendrians herauszuziehen vermocht und sogar viele Vorschläge des Forschungs- und Wissenschaftsrates bisher ignoriert; nun muß nach langer Geduld der Staat den Anfang machen. (Vgl. Nachlass Ernst Schütte, Hessische Regierung, Hochschulgesetzgebung (insbesondere Hessen) 1963-1972, Nr. 91: Brief Prof. Dr. Dr. A. Keires (Zahnärztliches Institut der Universität Gießen) an Schütte (4. Juni 1965)).

künftig sehr vorsichtige Formulierungen wählen würden, was wiederum eine stichhaltige Bewertung erschweren würde. Schneider gewann den Eindruck, dass die Universität das Informationsrecht des Kultusministers nicht monierte und dass auch das ständige Kontakthalten der Universität mit dem Kultusminister in § 8 fixiert werde sollte. Im Bezug auf § 11 erachtete es der Rektor der Justus-Liebig-Universität für unwahrscheinlich, dass eine Verkürzung der Studienzeiten durch eine Verlängerung der Semester erzielt werden könne. Boguth vertrat die Meinung, dass die Anpassung der Vorlesungszeit des Sommersemesters an das Wintersemester wünschenswert sei. Nachdem sich die beiden Herren über § 14 ausgetauscht hatten, waren sie sich einig darüber, dass die Universitäten nicht andauernd einen Schritt hinter der gesellschaftlichen Entwicklung sein sollten. Man überlegte, ob sich nicht anstelle der Formulierung „zeitgerechte Formen“ eine andere finden ließe, die auf die durch Wissenschaft, Ökonomie und Technik initiierte Entwicklung hinweise.

Da der Einfluss des Kanzlers in Gießen abgeschwächt werden sollte, stand an der Justus-Liebig-Universität die Position bzw. die Ausgestaltung der Universitätsspitze im Kreuzfeuer der Kritik, war Ziffer 8 des § 14 ein Hauptkritikpunkt: Das Gießener Modell biete ein gewisses Maß an Kontinuität in Form eines dreijährigen Turnus'. Im Falle einer Ausweitung des Rektorats und des Prorektorats auf zwei Jahre könnte man mit dem einjährigen Rector designatus einen fünfjährigen Turnus realisieren.¹⁰³⁷ Voraussetzung sei jedoch die Mitgliedschaft von Rektor, Prorektor und Rektor designatus im Verwaltungsrat. Ziffer 10 würde jedoch einen Bruch mit dieser Konzeption darstellen. Die beiden Fragen, die Boguth hinsichtlich §§ 16 und 17 aufwarf, zielten in die gleiche Richtung: Zum einen wollte er wissen, über welche Rechtsmöglichkeiten die Fakultäten verfügten, Studierende, die Satz 1 ignorierten, von der Universität zu verweisen. Zum anderen ergab sich für ihn hinsichtlich § 17 Absatz 3 die Frage, wem der Dekan verantwortlich sei und welche Möglichkeiten er habe, den Lehrkörper anzuhalten, die Lehrverpflichtungen ordnungsgemäß zu erfüllen. Zu § 19 Absatz 2, Satz 2 postulierte der Rektor, diese Regelung der Satzung zu überlassen. Schneider musste feststellen, dass gegenüber § 20 Absatz 1 erhebliche Bedenken von universitärer Seite bestanden, da der Senat es für besser erachtete, dem Kanzler volles Sitz- und Stimmrecht im Senat einzuräumen. Demzufolge wäre § 21 Absatz 1, Ziffer 2 die konsequente Ergänzung der Tätigkeit des Kanzlers. Aus

¹⁰³⁷ An dieser Stelle wird die Intention der Majorität der Hochschullehrer evident: Sie wollten das Prinzip der Kollegialität stärker akzentuiert wissen.

diesem Grund fand die ursprüngliche Version, wie sie in Arnoldshain mit den Rektoren besprochen worden war, bei Boguth mehr Anklang. Am § 21 Absatz 5 störte die universitären Vertreter die Begrifflichkeit „unzweckmäßig“. Sie präferierten demgegenüber die Formulierung „wenn der Beschluss rechtswidrig ist oder wenn er gegen die Grundsätze einer wirtschaftlichen und sparsamen Verwaltung stößt.“¹⁰³⁸ Die im § 24 Absatz 2 vorgesehene sechswöchige Frist erschien dem Rektor für zu kurz bemessen. Im Falle des Überschreitens der Vorlagefrist war man von universitärer Seite aus durchaus mit dem Erlöschen des Vorschlagsrechts der Universität einverstanden, genauso wie man mit dem Oktroi für Ausnahmefälle einverstanden war. Die zu diesem Zeitpunkt aktuelle Formulierung ließ jedoch bei der Universität die Sorge aufkommen, dass das Vorschlagsrecht der Universität durch das Berufungsrecht des Ministers ausgehöhlt werden könne. Als zu weitgehend empfand Boguth die Partizipation der Vertreter der Studentenschaft an den Sitzungen des Senats und der Fakultätsausschüsse (§ 33 Abs. 1). Schließlich registrierte Schneider die Bedenken des Rektors gegenüber den §§ 40-43, die von den Vertretern der Hochschule für Erziehung geteilt wurden; sie müssten in weiteren Gesprächen diskutiert werden.^{1039 1040}

Ein gutes Vierteljahr später, während eines Besuchs am 21. Oktober 1965, fasste der neue Rektor der Justus-Liebig-Universität Kepp ebenfalls nochmals die Bedenken dahingehend zusammen, dass sie sich auf die vorgesehene Dauer des Rektorats und auf die Stellung des Verwaltungsdirektors konzentrierten. Dabei wurde nicht sein Recht der Beanstandung bei Rechts- und Gesetzesverletzung von Beschlüssen der zuständigen Organe kritisch beäugt, sondern vielmehr sein Recht der Beanstandung, wenn er Beschlüsse für unzweckmäßig halte¹⁰⁴¹ – die Universität fürchtete anscheinend der Willkür damit Tor und Tür zu öffnen.

¹⁰³⁸ HHStA, Abt. 504, Nr. 6202: Brief des Oberbürgermeisters Gießens, Bernd Schneider, an den Ministerpräsidenten Dr. Georg Zinn über ein vertrauliches Gespräch mit Rektor Boguth der Universität Gießen hinsichtlich Bedenken gegenüber Hochschulgesetz-Entwurf (1. Juni 1965).

¹⁰³⁹ Vgl. ebd.

¹⁰⁴⁰ Auch der Vorsitzende des Rates an der Hochschule für Erziehung artikulierte seine Meinung gegenüber dem Diskussionsentwurf. In einem Brief an den Kultusminister vom 3. März 1965 erläuterte er seine Position. (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6196 d): Brief Prof. Hetzers, Präsident des Rats der Hochschule für Erziehung an der Justus-Liebig-Universität Gießen, an den Kultusminister, betr.: Diskussionsentwurf (Stand: 19. Januar 1965) eines Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen (3. März 1965)).

¹⁰⁴¹ Vgl. HHStA, Abt. 502, Nr. 12208 a): Vermerk über den Besuch des neuen Rektors der Justus-Liebig-Universität, Kepp (21. Oktober 1965).

3.1.4.3.2 Reaktionen der Wissenschaftlichen Mitarbeiter in Gießen

Auch die Wissenschaftlichen Mitarbeiter an der Justus-Liebig-Universität gaben im Januar 1966 eine Stellungnahme zum Entwurf des Hessischen Hochschulgesetzes ab, in der sie die Initiative der Hessischen Landesregierung die Hochschulreform durch ein Hochschulgesetz zu forcieren, begrüßten. Nicht unerwartet stieß die Verstärkung der Beteiligung der Nichtordinarien, Nichthabilitierten und Studentenschaft an der akademischen Selbstverwaltung auf breite Zustimmung in ihren Reihen. Moniert wurde von ihrer Seite aus jedoch, dass den Studenten letztlich weitergehende Rechte als den Wissenschaftlichen Mitarbeitern gewährt werden sollten. Es folgen verschiedene konkrete Änderungsvorschläge: Obgleich sie eine Intensivierung des Studiums generell befürworteten, sprachen sie sich dezidiert gegen eine Verlängerung des Sommersemesters aus, wenn nicht gleichzeitig garantiert werde, dass den Wissenschaftlichen Mitarbeitern genügend Zeit für ihre eigene wissenschaftliche Arbeit verbleibe. In Bezug auf § 26 forderte man, dass der Kanzler anstatt „im Benehmen“, im Einvernehmen mit Rektor und Senat ernannt werden sollte. Am Verwaltungsrat sollte nach Meinung der Wissenschaftlichen Mitarbeiter auch ein Vertreter ihrer Gruppe partizipieren. Obgleich sie Maßnahmen zur schnelleren Besetzung von Lehrstühlen begrüßten, opponierten sie gegen das Oktroirecht des Ministers. Vielmehr schlugen sie vor, nur vom Oktroi Gebrauch zu machen, wenn innerhalb der Vorlagefrist keine Berufungsliste eingereicht würde. Diese universitäre Gruppe bedauerte zudem, dass die Ausschreibung eine nur untergeordnete Rolle nach § 24 Absatz 3 spiele. Als sinnvoll erachteten die Wissenschaftlichen Mitarbeiter die Hinzuziehung von Vertretern ihrer Gruppe zur Beratung von Berufungslisten. Eine ganze Reihe von Verbesserungsvorschlägen hatten sie hinsichtlich § 29. In diesem fehle ein Hinweis auf die Aufgaben und Rechte, über die der zu konstituierende Rat von Nichthabilitierten (Wissenschaftlichen Mitarbeitern) verfügen sollte. Man votierte für die Aufnahme der Bestimmung, dass dem Rat auch die Vertretung in Personal- und Besoldungsangelegenheiten übertragen werde. Unerlässlich schien den Wissenschaftlichen Mitarbeitern zudem eine präzisere Formulierung ihrer Beteiligung an der akademischen Selbstverwaltung wie dies auch für die Studenten geschehen war¹⁰⁴² – eine durchaus berechtigte Forderung in Anbetracht ihrer zunehmenden Arbeitsbelastung. Die Wissenschaftlichen Mitarbeiter votierten gegen

¹⁰⁴² Sie plädierten für die folgende Formulierung: „Die Vertreter der Nichthabilitierten (wiss. Mitarbeiter) nehmen an den Sitzungen des Senats und der Senatsausschüsse, die Vertreter aus den Fakultäten nehmen an den Sitzungen der Fakultäten und der Fakultätsausschüsse mit Stimmrecht teil.“

die allgemeine Übergangsvorschrift nach § 47 Absatz 2: Ihres Erachtens war es unabdingbar – intendierte man die künftige Partizipation der Nichtordinarien, Nichthabilitierten und Studenten an der Gestaltung einer demokratischeren Hochschule –, dass eine neue Hochschulsatzung von einem Senat erlassen werde, der die genannten Personenkreise bereits umfasse.¹⁰⁴³

3.1.4.3.3 Reaktionen der Studentenschaft in Gießen

Die Studentenschaften der Justus-Liebig-Universität Gießen und der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt meldeten sich, wie bereits beschrieben, am 11. Dezember 1964 zu Wort. Auch im Jahr 1965 traten die Studierenden der Justus-Liebig-Universität mit einer Stellungnahme zur Vorlage der Landesregierung an die Öffentlichkeit, in der sie die Initiative des Kultusministers begrüßten. Insbesondere die Expansion des Mitspracherechts der Studentenschaft in Fakultät und Senat und die Fixierung des Status der Studentenschaft als Körperschaft des öffentlichen Rechts stießen auf positive Resonanz bei dieser universitären Gruppe. Einige Aspekte der Vorlage waren jedoch, beachtenswerter Weise aus ihrer Perspektive, einer Reform kontraproduktiv, da sie eine Verschulung und Politisierung bewirken könnten. An prominenter Stelle ihrer Enumeration stand die Kritik an den in § 16 enthaltenen Formulierungen, die eine geplante generelle Reglementierung der Studienzeit und Studiengänge befürchten ließen. Dies sei nicht vereinbar mit dem Charakter eines wissenschaftlichen Studiums – am tradierten Prinzip der Freiheit desselben wollten sie nämlich festhalten. Ihres Erachtens waren langfristige Studienordnungen nur dann sinnvoll, wenn sie nicht den Charakter von Reglementierungen, sondern von Orientierungshilfen aufwiesen. Eine weitere Behinderung der „freien wissenschaftlichen Entfaltung“ erblickten sie in den unter § 11 und 16, IV vorgesehenen Maßnahmen, da diese eine weitere Verschulung des Studiums bedingen würden. Durch die Verlängerung der Vorlesungszeiten und durch die Einführung von Kursen in der vorlesungsfreien Zeit verkürze sich die Zeit zur Nachbereitung. Der dritte gravierende Kritikpunkt thematisierte das Oktroi-Recht des Ministers: Dieses berge die Gefahr der Berufung nach politischen anstelle von wissenschaftlichen Aspekten und stehe zudem dem Prinzip der akademischen Selbstverwaltung diametral gegen-

¹⁰⁴³ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6204: Lutz Werding, Assistentenverband an der Justus-Liebig-Universität Gießen an Präsidenten des Landtags, Vorsitzende des Kulturpolitischen Ausschusses, Mitglieder desselben, Herrn Fraktionsvorsitzenden des Hessischen Landtags und an den Kultusminister (26. Januar 1966): Stellungnahme der Wissenschaftlichen Mitarbeiter der Justus-Liebig-Universität, Gießen, zum Entwurf des Hessischen Hochschulgesetzes.

über. Am Ende wies die Studentenschaft noch auf die Notwendigkeit der Präzisierung verschiedener Formulierungen im Gesetzentwurf hin.¹⁰⁴⁴

Auch die Studierenden der Geschichte kritisierten das geplante Hochschulgesetz in einer Resolution am 17. Mai 1965, da es ihrer Meinung sowohl in die Gesamtstruktur der Universität als auch in die individuelle Studiengestaltung der Studenten eingreife. Generell monierten die Historiker wie auch die Studenten in der allgemeinen Stellungnahme, dass durch den Gesetzentwurf der Verschulung und Politisierung Bahn gebrochen werde. An prominenter Stelle ihrer Kritikpunkte stand § 16 Absatz 3, der die Verantwortung für einen sinnvollen Studiengang von den Studierenden auf die Fakultät übertrug: „Für uns und überhaupt für alle Angehörigen der geisteswissenschaftlichen Fakultät kann ein sachgerechter Studiengang nur in einer sinnvollen Auswahl bestehen, wie wir sie auch später als Lehrer treffen müssen. Dagegen hemmt eine aufgezwungene, generelle Studienordnung die Entfaltung jeglicher kritischer Urteilsfähigkeit.“¹⁰⁴⁵ Auch an der Verlängerung der Vorlesungszeiten übten sie Kritik; diese fördere sicherlich nicht die Intensivierung des Studiums. Mit Sorge betrachteten die Studenten der Geschichte § 24 Absatz 5, da sie befürchteten, dass der Kultusminister eine Besetzung der Lehrstühle – unabhängig von der Universität – nach parteipolitischen Aspekten vornehmen könne. Des Weiteren galt ihre Kritik verschiedenen Textpassagen, die einen breiten Interpretationsspielraum zuließen, wie beispielsweise § 14, Absatz 1. §§ 14 und 20, 6 wollten sie um den Zusatz ergänzt wissen, dass Rektor und Kanzler nur beratend an den Sitzungen der studentischen Selbstverwaltungsgremien teilnehmen konnten. Konkrete Alternativvorschläge unterbreiteten die Studierenden der Geschichte in Bezug auf § 16, Absatz 3: Anstatt starrer, reglementierender Studienordnungen schlugen sie den Ausbau schon bestehender Studienberatungen, anstatt von Übungen und Seminaren in der vorlesungsfreien Zeit die rechtzeitige Bekanntgabe von Themen und Arbeitsgebieten für das folgende Semester vor. Dozenten und Assistenten sollten zu bestimmten Zeiten zur Anleitung und Beratung zur Verfügung stehen, so ihre Meinung, womit sie einer

¹⁰⁴⁴ Vgl. Wider die Absicht der Reform. Stellungnahme der Studierenden der Justus-Liebig-Universität zur Vorlage der Landesregierung: Gesetz über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen (Hochschulgesetz). In: Die Deutsche Universitätszeitung VI (1965). S. 54-55. Hier: S. 55: Ihre Präzisierungswünsche richteten sich auf § 14, I: „Rektor fördert gemeinsam mit Senat und Fakultäten die innere und äußere Entwicklung der Hochschule zu zeitgerechten (?) Formen“, auf § 20, I: „Der Kanzler wird im B e n e h m e n (?) mit dem Rektor und dem Senat von der Landesregierung ernannt.“ und auf § 30, II: „Die Studenten sind verpflichtet, sich e h r e n h a f t (?) zu verhalten.“

¹⁰⁴⁵ HHStA, Abt. 504, Nr. 6200: Resolution der Studierenden der Geschichte an der Justus-Liebig-Universität Gießen zur Vorlage der Landesregierung – Gesetz über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen (Hochschulgesetz) (17. Mai 1965).

Änderung der Funktion des Lehrenden das Wort sprachen: Nicht mehr länger sollte er alleine dozieren, sondern auch als eine Art Lernberater tätig werden. Ihre Alternative zu § 24 war, dass der Kultusminister nur für den Fall, dass die Fakultät bzw. der Senat ihren Vorschlag nicht innerhalb von sechs Monaten unterbreitet, das Recht zur Berufung erhalten sollte. Ihre Kritik gipfelte schließlich in der Feststellung: „Wir Studenten der Geschichte wollen uns nicht in eine berufsfremde Ausbildung zurückziehen. Aber wir wehren uns dagegen, dass die Universität zu einer Produktionsstätte von Lehramtskandidaten wird. Deshalb lehnen wir diesen Entwurf zum Hochschulgesetz ab.“¹⁰⁴⁶

Obleich die Studierenden der Romanischen Philologie die Regelungen, die der Studentenschaft als öffentlich-rechtliche Körperschaft mehr Partizipationsmöglichkeiten einräumte, begrüßten, opponierten sie ebenfalls gegen die Tendenz der Verschulung: Sie wandten sich gegen die Einführung eines obligatorischen Studienplanes, gegen die „einseitige Beschneidung des Lehrprogrammes“ im Hinblick auf das Staatsexamen und gegen die Reduzierung der bis dato zur selbstständigen wissenschaftlichen Arbeit zur Verfügung stehenden vorlesungsfreien Zeit:

Die sich in diesen Punkten dokumentierende Verschulung und die [...] wissenschaftliche Entmündigung der Studierenden steht im Widerspruch zu der seit der Neugründung der Gießener Philosophischen Fakultät mit Erfolg durchgeführten fakultätsinternen Studienreform, die für das Romanische Seminar in dem von Dozenten und Studierenden gemeinsam beschlossenen Merkblatt niedergelegt ist und einen Weg darstellt, den Studierenden die notwendige Orientierung für ihren Studiengang zu geben, ohne die Freiheit des selbstverantworteten Studiums preiszugeben. Demgegenüber enthält der § 16/3 des Hochschul-Gesetzes nicht nur eine Preisgabe der Lernfreiheit, sondern auch eine Preisgabe des Prinzips der Einheit von Forschung und Lehre.¹⁰⁴⁷

Sorge bereitete den Studenten der Romanischen Philologie auch die Möglichkeit der ministeriellen Einflussnahme auf die Besetzung von Lehrstühlen. Um die Studienreform voranzutreiben und der Resolution Nachdruck zu verleihen, erklärten sie sich abschließend solidarisch mit den Dozenten, die dieses Ziel ebenfalls verfolgten.¹⁰⁴⁸

¹⁰⁴⁶ Ebd.

¹⁰⁴⁷ HHStA, Abt. 504, Nr. 6200: Resolution der Studierenden der Romanischen Philologie in Gießen zum Entwurf eines neuen Hochschulgesetzes des Landes Hessen (13. Mai 1965).

¹⁰⁴⁸ Vgl. ebd.

3.2 Das Gesetz über die Hochschulen des Landes Hessen und das Gesetz über die Universitäten des Landes Hessen von 1970

3.2.1 Erste Überlegungen zur Novellierung

Die neue hessische Universität ist eine in jeder Hinsicht revolutionäre Universität.¹⁰⁴⁹

Bereits im Frühjahr 1968¹⁰⁵⁰ gab es erste Anzeichen dafür, dass dem Hessischen Hochschulgesetz vom 16. Mai 1966 nur eine kurze Geltungsdauer vergönnt sein würde.¹⁰⁵¹ Zunehmend kamen Forderungen nach einer Novellierung des Gesetzes auf: Im Mai 1968 konstatierte der Amtschef im Kultusministerium, Dr. Udo Kollatz: „Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß es in wesentlichen Punkten einer grundlegenden Novellierung bedarf.“¹⁰⁵² Zu diesem Zeitpunkt, so räumte er weiter ein,

¹⁰⁴⁹ Barthold, Werner: Die Hessische Hochschulgesetzgebung – Modell einer verfassungswidrigen und revolutionären Utopie und des marxistischen Staatsabsolutismus. München o. J. S. 41.

¹⁰⁵⁰ Überlegungen hinsichtlich einer Novellierung kamen bereits im Jahr 1967 auf, wie anhand des Quellenmaterials dokumentiert werden kann: Im November kündigten beispielsweise die Studentenvertreter, die eine stärkere Beteiligung in den universitären Gremien anstrebten, während einer Besprechung mit dem kulturpolitischen Arbeitskreis der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag eigene Vorschläge zur geplanten Novellierung an. (Vgl. HHStA, Abt. 502, Nr. 6634: SPD: Pressemitteilung vom 3. November 1967; Studenten wollen mehr Einfluss. Studenten beanspruchen in Selbstverwaltungsorganen der Hochschule mindestens 20 Prozent. In: Frankfurter Rundschau vom 6. November 1967). Auch der Referentenentwurf, der 1968 schließlich die Bezeichnung „Zweites Änderungsgesetz“ erhalten sollte, datiert vom März 1967.

Anfang Januar 1968 präsentierte die Studentenschaft des Landes Hessen in einer Petition ihre Änderungsvorschläge: Nachdem sie die ersatzlose Streichung der Ziffer 5 des § 6, Abs. 1 und des § 15, Abs. 4 postuliert hatten, wandten sich ihre Vorschläge dem Verwaltungsrat zu, in dem nicht länger nur ein Vertreter der Studenten und einer der Akademischen Mitarbeiter vertreten sein sollte, sondern nunmehr jeweils drei. Um einer Verwechslung von institutioneller und personeller Gliederung der Universität präventiv zu begegnen, schlugen sie die Etablierung einer Versammlung der Hochschullehrer vor. Auch wünschten sie jegliche Anklänge eines „überholten“ Disziplinarrechts (§§ 32, Abs. 2) zu eliminieren. Da gerade auf der Institutsebene studienrelevante Entscheidungen getroffen würden, sei eine studentische Partizipation an dieser Stelle wesentlich notwendiger als auf Fakultäts- oder Universitätsebene. Aus diesem Grund forderten sie für § 40, Abs. 3 folgende Formulierung: „Die Anstaltsräte leiten unter Vorsitz der Direktoren die Wissenschaftlichen Anstalten. Ein Anstaltsrat setzt sich zusammen aus den Hochschullehrern, Vertretern der Akademischen Mitarbeiter und von der Fachschaft bzw. Fachgruppe benannten Studenten. Sie erlassen für die Verwaltung und Benutzung der Anstalten Ordnungen. Der Kanzler ist vor Erlass der Anstaltsordnung zu hören.“ Am Ende ihrer Vorschläge plädierten die Studenten für die Etablierung eines Kuratoriums. (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6211: Studentenschaft des Landes Hessen: Petition. Vorschläge zur Änderung des Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen (Hochschulgesetz vom 16. Mai 1966). Marburg, 25. Januar 1968.

¹⁰⁵¹ Vgl. Dienstbach, Ingo; Kübel, Klaus; Stieger, Hartmut: Skizzen zur neueren Entwicklung der Justus-Liebig-Universität (1968 bis zur Gegenwart). In: 375 Jahre Universität Gießen. 1607-1982. Geschichte und Gegenwart. S. 221: Kurze Zeit zuvor war erst die Satzung der Justus-Liebig-Universität basierend auf der Hochschulgesetzgebung von 1966 erarbeitet und beschlossen worden (12. Juli 1967).

¹⁰⁵² HHStA, Abt. 502, Nr. 12209 a): Brief Dr. Dr. Udo Kollatz' an den Chef der Staatskanzlei Herrn Staatssekretär Birkelbach (9. Mai 1968).

hielt er eine solche Novellierung jedoch noch für verfrüht, da sie noch keine Endgültigkeit erreichen könne und sie zudem mit erheblichen hochschulpolitischen Problemen verbunden gewesen wäre.¹⁰⁵³ Im gleichen Monat jedoch betonte auch der Ministerpräsident während einer Besprechung mit Minister Schütte und Staatssekretärin Hamm-Brücher die Notwendigkeit, „in absehbarer Zeit einen weiteren Schritt zur Hochschulreform zu tun.“ Da die Öffentlichkeit die Realisierung einer modernen Lösung erwarte, brauche man nicht mehr länger auf die retardierenden Kräfte unter den Hochschullehrern Rücksicht zu nehmen – an dieser Stelle wird deutlich, dass die Politik der öffentlichen Meinung eine erheblich höhere Priorität beimaß als der universitären. Zu diesem Zeitpunkt überlegte das Ministerium, einen Arbeitskreis von sechs bis acht Hochschullehrern zu initiieren, der Vorschläge für eine Novelle zum Hessischen Hochschulgesetz erarbeiten sollte. Auch wollte das Kultusministerium einen eigenen Vorschlag vorlegen. Zeitgleich beschäftigte sich die Westdeutsche Rektorenkonferenz mit jenem Problembereich, weshalb die hessischen Akteure auf deren Ergebnisse warten wollten. Abschließend betonte der Ministerpräsident während des Gesprächs nochmals die Notwendigkeit, in absehbarer Zeit Vorschläge vorlegen zu können. Die Initiative musste dabei seines Erachtens eindeutig von der Hessischen Landesregierung ausgehen¹⁰⁵⁴; wie vormals in Steins Augen hatten sich die Universitäten auch in seinen als reformresistent erwiesen. Da „eine Novellierung des erst im Mai 1966 verabschiedeten Gesetzes [...] notwendig geworden, weil sich die Einsicht durchgesetzt hat, dass die aus dem 19. Jahrhundert stammenden inneren Strukturen der Hochschulen neuen Bedürfnissen angepasst werden müssen“¹⁰⁵⁵, fanden vermehrt Fragen der Hochschulorganisation Eingang in die öffentliche Diskussion, entstand schließlich ein eigener Diskurs. Im Januar und Mai 1968 veröffentlichte die Westdeutsche Rektorenkonferenz generelle Stellungnahmen zur Hochschulstruktur; am 10. April präsentierte die Konferenz der Kultusminister in einem Beschluss, was ihrer Ansicht nach Grundsätze „für ein modernes Hochschulrecht und für die strukturelle Neuordnung des Hochschulwesens“ sein sollten.

¹⁰⁵³ Vgl. ebd.: Als Alternative schlug Kollatz vor, eine propagandistisch exponierte Regierungserklärung abzugeben, in der die Regierung erklären sollte, ihr begonnenes Werk der Hochschulreform mit einem Schlussgesetz krönen zu wollen.

¹⁰⁵⁴ Vgl. HHStA, Abt. 502, Nr. 6632 a): Betr.: Hochschulreform (21. Mai 1968).

¹⁰⁵⁵ Denninger, von Friedeburg, Habermas, Wiethölter: Reform der Universität von Innen. Grundsätze für ein neues Hochschulrecht. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. Juli 1968.

Nach vorsichtigen Ansätzen zur Novellierung des Hochschulgesetzes erhielt die Diskussion schon bald eine andere Wendung, kam der Gedanke eines gänzlich neuen Gesetzes auf. Dem in den „Sozialdemokratischen Grundsätzen zur Hochschulgesetzgebung“ enthaltenen Aufruf des Bildungspolitischen Ausschusses der SPD folgend¹⁰⁵⁶, erarbeitete der Hessische Ministerpräsident zehn Reformvorschläge zur Neufassung des Hochschulrechts, die er am 30. Mai 1968 veröffentlichte. In diese flossen Gedanken der Godesberger Rektoren-Erklärung zur Hochschulreform vom 6. Januar 1968, des Beschlusses der Kultusminister Konferenz vom 10. April 1968, der EntschlieÙung der 62. Westdeutschen Rektorenkonferenz vom 22. Mai 1968 (über die quantitative Repräsentation der Mitglieder der Universität in den Organen der akademischen Selbstverwaltung), des Entwurfs über die Universität der Hansestadt Hamburg und der Regelungen und Vorschläge der Landesrektorenkonferenz Nordrhein Westfalen ein.¹⁰⁵⁷ Zudem hatten bereits zuvor die Senate der Universität Marburg, Frankfurt und Gießen, der Magistrat der Stadt Frankfurt, der Kurator und auch die Studentenschaft der Universität Frankfurt Stellungnahmen abgegeben.¹⁰⁵⁸ Die wichtigsten Inhalte dieser Reformvorschläge reichten von der Einführung der Präsidialverfassung über die Neuordnung des Berufungs-, des Prüfungs- und des Habilitationswesens bis hin zur Sicherung der Stellung des Mittelbaues. Des Weiteren waren die angemessene quantitative Vertretung der Hochschullehrer, der Assistenten und der Studenten in den Universitätsgremien, die Änderung der Institutsstruktur und die Ablösung des bisherigen Disziplinarrechts durch ein studentisches Ordnungsrecht zentrale Punkte.¹⁰⁵⁹

Anfang Juli vermeldete die Frankfurter Rundschau, dass die Landesregierung noch einige Kämpfe in Bezug auf die Novelle zum Hessischen Hochschulgesetz auszufechten habe; ausdiskutiert worden war bis dato die Verfassungsfrage. Kultusminister Schütte, der zu diesem Zeitpunkt gemeinsam mit Wirtschaftsminister Osswald und Justizminister Strelitz die hessischen Hochschulen besuchte, hatte sich an der

¹⁰⁵⁶ Vgl. HHStA, Abt. 502, Nr. 6632 b): „Sozialdemokratische Grundsätze zur Hochschulgesetzgebung“ 16. Februar 1968: Darin forderte der Bildungspolitische Ausschuss alle sozialdemokratischen Landtagsfraktionen und Kultusminister auf, auf der Basis dieser Grundsätze initiativ zu werden, und empfahl nachdrücklich, bei den weiteren parlamentarischen Beratungen bereits vorliegender Hochschulgesetzentwürfe diese Grundsätze zu berücksichtigen.

¹⁰⁵⁷ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6213: Schwerpunkte einer Novellierung des Hochschulgesetzes (ohne Angabe).

¹⁰⁵⁸ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6211: Franck an Frau Abteilungsleiterin H, betr.: Arbeitsentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen (Novelle) (17. Januar 1968).

¹⁰⁵⁹ Vgl. Denninger, von Friedeburg, Habermas, Wiethölter: Reform der Universität von Innen. Grundsätze für ein neues Hochschulrecht. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. Juli 1968.

Landesrektorenkonferenz Nordrhein-Westfalen orientiert. Die Fakultäten sollten von Fachbereichen abgelöst werden. In der Landesregierung war man bereits zum Ergebnis gekommen, dass lediglich eine Präsidialverfassung in Frage käme. Zwischen der Studentenschaft und dem Kultusminister wurde Übereinstimmung in der Frage erzielt, „daß das zu schaffende Konzil als oberstes Universitätsgremium in Zukunft nicht mehr aus „geborenen Mitgliedern“ bestehen sollte.“ Heftige Auseinandersetzungen erwartete man zu diesem Zeitpunkt hinsichtlich der studentischen Partizipationsrechte. Innerhalb der Hessischen Landesregierung herrschte Konsens darüber, dass eine schematische Beteiligung, wie die Drittelparität, nicht in allen Gremien eingeführt werden könne. Zudem war noch zu prüfen, inwieweit Beamte, Angestellte und Arbeiter in Entscheidungsprozesse einzubeziehen seien. Schütte vertrat die Meinung, dass die studentische Mitbestimmung an Sachbezogenheit und Sachgerechtigkeit zu orientieren sei. Besonders kontrovers diskutiert wurde auch das von Schütte befürwortete Kuratorium, das den Verwaltungsrat ersetzen sollte.¹⁰⁶⁰

In diesem zeitlichen Kontext stand auch der Diskussionsbeitrag der vier Frankfurter Professoren Erhard Denninger, Ludwig von Friedeburg, Jürgen Habermas und Rudolf Wiethölter.¹⁰⁶¹ Dieser rekurrierte auf vier zentrale Grundsätze, wobei der erste die Organisation der Hochschule fokussierte. Die Verbindung einer zentralisierten Verwaltung mit einer korporativen Selbstkontrolle erachteten die Herren als höchst wirksam. Der Einheit von akademischer und wirtschaftlicher Verwaltung entspreche die Aufsicht eines Kuratoriums, in dem die Organe der Stadt und des Staates vertreten sein sollten. – Damit griffen sie einen Gedanken Erwin Steins auf, den dieser bereits ein Jahrzehnt zuvor propagiert hatte und der dann jedoch aus dem Diskurs verschwunden war. – Nach ihrem Plädoyer zugunsten einer Präsidialverfassung wandten sich die vier Frankfurter Professoren der Willensbildung in den Organen zu. Diese sollte „nach Interessen der tatsächlich an der Forschung und Lehre beteiligten Gruppen“¹⁰⁶² organisiert sein, was mit einer gruppenparitätischen Grundrepräsentation einhergehen sollte. Die tatsächlichen Einheiten von Forschung und Leh-

¹⁰⁶⁰ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6212 d): Klaus Walter (MR): Landesregierung muss noch einige Kämpfe ausfechten. Novelle zum hessischen Hochschulgesetz geht nicht reibungslos über die Bühne. In: Frankfurter Rundschau vom 1. Juli 1968.

¹⁰⁶¹ Da dieser nicht durch den Senat der Frankfurter Universität ging, war zum einen, nach Aussage Notker Hammersteins (Gespräch am 26. April 2010), selbst die Universität von der Initiative überrascht. Zum anderen kann auf keinerlei Alten zurückgegriffen werden, die die Hintergründe klären könnten.

¹⁰⁶² Denninger, von Friedeburg, Habermas, Wiethölter: Reform der Universität von Innen. Grundsätze für ein neues Hochschulrecht. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. Juli 1968.

re sollte die Basis für die Institutionen der fachbezogenen Selbstverwaltung bilden, sprich: Kliniken und Abteilungen. Denn: „Die Reformbedürftigkeit der alten Struktur ergibt sich aus dem Mißverhältnis zwischen den formalen Zuständigkeiten der Fakultät und der tatsächlichen Kompetenz, Informationsbereitschaft und dem begründeten Interesse ihrer Mitglieder.“¹⁰⁶³ Schließlich konstatierten sie, dass die Autonomie der Wissenschaft nicht unpolitisch gewahrt werden könne.

Konkret postulierten sie als zentrale Organe der Hochschule einen Präsidenten, Senat und zentrale Ausschüsse, Konzil, Kuratorium, die Versammlung der Hochschullehrer und der Wissenschaftlichen Mitarbeiter und das Studentenparlament. Auf der Ebene der fachbezogenen Selbstverwaltung sah der Diskussionsbeitrag Wissenschaftliche Einrichtungen, Abteilungen, gemischte Kommissionen, Fakultätsausschüsse und Fachschaften vor. Berechtigterweise erblickten die Professoren in dem „Missverhältnis zwischen den administrativen Anforderungen eines Großbetriebs und der begrenzten Leistungsfähigkeit einer Honoratiorenverwaltung und ferner in dem Konkurrenzverhältnis zwischen staatlicher Wirtschaftsverwaltung und akademischer Selbstverwaltung“¹⁰⁶⁴ die Schwäche der Selbstverwaltungsorganisation.

Der Diskussionsbeitrag der Frankfurter Professoren und die angesprochenen zehn Reformvorschläge zur Neufassung des Hochschulrechts¹⁰⁶⁵ lagen dem Gespräch der Kommission in Schlangenbad, die sich aus Repräsentanten der Landesregierung und der Hessischen Hochschulen zusammensetzte, zugrunde¹⁰⁶⁶: Vom 15. bis 17. Juli berieten dort Ministerpräsident Zinn und Kultusminister Schütte gemeinsam mit Vertretern aller Gruppen der vier hessischen Hochschulen und einigen Experten der politischen Parteien über Grundsätze einer Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes.

„In einer intensiven, sachnahen Diskussion sind die wichtigsten gesetzlichen Regelungen für die Novellierung oder Neufassung eines Hessischen Hochschulgesetzes vorgeklärt worden.“¹⁰⁶⁷ Zentrale Aspekte der Arbeitstagung am 15. bis 17. Juli wa-

¹⁰⁶³ Ebd.

¹⁰⁶⁴ Ebd.

¹⁰⁶⁵ Andere Arbeitsmaterialien waren eine synoptische Darstellung der in der BRD aktuellen Regelungen zur Hochschulreform, die „Gedanken zur Reform des Universitätslehrkörpers“, formuliert vom Rat der Akademischen Mitarbeiter der Universität Marburg, „Grundzüge für die Neuordnung einer Hochschulorganisation mit Präsidialverfassung“ von Karl E. Hasemann, Köln, „Stellungnahme des Personalrates der Technischen Hochschule Darmstadt zur beabsichtigten Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes“ und der „Bericht der Arbeitsgruppe für Übergangssatzung der Universität Frankfurt am Main über Sitzung am 6./7. Juli 1968“.

¹⁰⁶⁶ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7585: SPD-Landtagsfraktion berichtet. Bericht Nr. 14. VI. Legislaturperiode (1. Oktober 1968).

¹⁰⁶⁷ HHStA, Abt. 504, Nr. 6213: Presseerklärung (ohne Angabe).

ren die Einführung einer Präsidialverfassung, die Neugliederung der Fakultäten in Fachbereiche, die Einrichtung eines Kuratoriums mit Vertretern aus Staat, Hochschule und öffentlichem Leben als Hochschulorgan und die Änderung der Personalstruktur des Lehrkörpers und des Mittelbaus. In diesem Kontext stand auch das Beteiligungsverhältnis der Professoren, des Mittelbaus und der Studenten an den Organen der Hochschulen zur Debatte.

In seiner einführenden Rede brachte Ministerpräsident Zinn seine Hoffnung zum Ausdruck, dass in den gemeinsamen Gesprächen nicht nur Ideen zur Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes entwickelt werden könnten, sondern vielmehr auch Vorstellungen hinsichtlich der „Grundzüge für eine übereinstimmende Hochschulgesetzgebung im Bundesgebiet“.¹⁰⁶⁸ Vor dem Hintergrund der Überfüllung und Verlängerung der Studienzeiten sei die Kritik an der Struktur der so genannten Ordinarienuniversität zunehmend gewachsen, aber auch die Kritik aus den Reihen der Ordinarien selbst sei unüberhörbar, so dass eine Vielzahl von Vorschlägen und Gegenvorschlägen gemacht wurden. Er selbst habe daraufhin überlegt, die Initiative zur Novellierung zu ergreifen. Die Entwicklung eines Modellentwurfes sei seines Erachtens sekundär, vielmehr gelte es Sachprobleme und mögliche Lösungen herauszuarbeiten. Anschließend sprach er drei dieser an: die Anzahl der Verwaltungsebenen, die Neuordnung des Berufungswesens und das studentische Disziplinarrecht. Nach Zinn ergriff Kultusminister Schütte das Wort und erläuterte die einheitliche Verwaltung, die in zwei Ebenen gestuft werden sollte, in die allgemeine Universitätsverwaltung mit dem Präsidenten an der Spitze und die Verwaltung der Fachbereiche. Nach der Charakterisierung der verschiedenen Organe durch den Kultusminister intendierte er eine Diskussion über die Fachbereiche, weil diese Institution als bedeutsamste Neuerung die Aufhebung der Fakultäten im herkömmlichen Sinn zur Folge habe, zugleich aber auch die Verwaltung auf der Lehrstuhl- bzw. Institutsebene überflüssig mache.¹⁰⁶⁹ Als eigentliche Aufgabe der Fachbereiche sah der Minister, wie die nachfolgende Diskussion zeigte, die organisatorische Zusammenfassung der einschlägigen Institute. Da die Fakultäten in ihrer Struktur nicht mehr entscheidungsfähig seien, würden die Fachbereiche notwendig. Die Bedenken vonseiten der universitären Vertreter reichten von einem Bedeutungsverlust der

¹⁰⁶⁸ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6213: Zusammenfassende Niederschrift über die Klausurtagung am 15. bis 17. Juli 1968 in Bad Schlangenbad zur Vorbereitung einer Novelle zum Hessischen Hochschulgesetz.

¹⁰⁶⁹ Vgl. ebd.

Fachbereiche bei einem starken Präsidenten über die Realisierung einer vollkommen einheitlichen Struktur bis hin zu der Frage, ob unterhalb des Fachbereiches noch weitere Strukturformen, die Verwaltungsentscheidungen exekutieren sollten, zu institutionalisieren seien. Wichtig sei eine Klärung der Frage, wie viele Verwaltungsebenen generell existieren sollten. Auch kam das Postulat auf, die Grundbeziehungen der einzelnen Wissenschaftsbereiche zueinander zu klären. Weiterer Diskussionspunkt war der finanzielle Aspekt. Im Laufe der Diskussion registrierte Schütte das geringe Vertrauen in autonome Entscheidungen der Fachbereiche bei den Diskutanten.

Schließlich wandten sich die Kommissionsmitglieder dem Themenkomplex Senat zu: In diesem Kontext kamen Zweifel auf, ob der Senat mit der vorgesehenen Aufgabenstellung wirklich in der Lage sei, seine Kontrollfunktion gegenüber dem Präsidenten wahrzunehmen. Vor diesem Hintergrund stellte der Rechtswissenschaftler Mallmann die Überlegung an, möglicherweise einen anderen Hochschulangehörigen an die Spitze des Senats zu stellen. Im Kontext der Umstrukturierung der Hochschule betonte Vossius, der Sprecher der Hessischen Nichtordinarien, dass statt einer starken Einwirkungsmöglichkeit des Staates vielmehr eine Stärkung der Hochschulautonomie wünschenswert sei. In Bezug auf die Position des Präsidenten führte Schütte aus, dass dem Präsidenten nach dem Arbeitspapier eine starke Stellung zugedacht sei. Das Konzept habe die Aufhebung der Universität im herkömmlichen Sinne zur Folge, worauf die vorgesehene Funktion des Präsidenten zugeschnitten sei. Bisher haben autonome Hochschulen keine autonomen Reformergebnisse liefern können – ein vernichtendes Urteil gegenüber den Universitäten.¹⁰⁷⁰ Derzeit existierten an den Hochschulen keinerlei Instanzen, die Fehlplanungen von Mitteln präventiv begegnen könnten. Eine solche Instanz sei aus diesem Grund zu schaffen. Einleitend zum Thema Kuratorium führte Schütte aus, dass die Realisierung eines Kuratoriums nach dem vorliegenden Arbeitspapier von Staats wegen ein gewagter Vorschlag sei, war es schließlich als gesellschaftliches Regulativ gegenüber den Universitäten, die sich in den Augen Schüttes als reformresistent erwiesen hatten, intendiert. In diesem Gremium, so Schütte weiter, sollten nicht die Mitglieder der Hochschulen dominieren, sondern die Verbindung zu den staatlichen und gesell-

¹⁰⁷⁰ Erneut stellte er sich damit in die Kontinuität von Erwin Stein. (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6213: Zusammenfassende Niederschrift über die Klausurtagung am 15. bis 17. Juli 1968 in Bad Schlangenbad zur Vorbereitung einer Novelle zum Hessischen Hochschulgesetz).

schaftlichen Kräften hergestellt werden. An seinen Redebeitrag schloss sich eine lange Diskussion über dieses Gremium an. Hinsichtlich der Frage, ob das Kuratorium ein Organ der Universität oder ein Organ des Staates werden sollte und wie die Beteiligung außeruniversitärer, gesellschaftlicher Kräfte aussehen sollte, gingen die Meinungen auseinander: Hielt der Frankfurter Rektor Rüegg deren Partizipation für zweckmäßig, betonte Vossius, dass die Förderung der Hochschulaufgaben einen spezifischen Sachverstand und eine Kompetenzregelung nötig mache, die nicht limitiert werden könne durch ein Organ, dessen Mitglieder von Eigeninteressen geleitet würden. Um die Kontinuität aufrechtzuerhalten sei ein Zwischenorgan zu installieren. Nachdem der Assistent Blank einen Vorschlag des Rates der Nichthabilitierten zu Aufgaben und Zusammensetzung des Kuratoriums unterbreitet hatte, wandte sich die Diskussion dem Präsidenten zu. Hier wurde sowohl die Frage nach der Herkunft als auch seine personelle Ausstattung mit Mitarbeitern erörtert. Schließlich wurde von Schulz das Modell einer kollegialen Universitätsspitze in die Debatte eingebracht. Mallmann votierte dafür, in einer Experimentierphase verschiedene Lösungsmöglichkeiten offen zu halten.¹⁰⁷¹

Zu Beginn der am 17. Juli fortgesetzten Beratungen nahmen sich die Teilnehmer des Themas Personalstruktur an. Schnell wandte sich das Gespräch den Beteiligungsquoten in den Hochschulorganen zu. Lektor Conrad plädierte für die Fixierung neuer Beteiligungsverhältnisse. Der Vertreter der Studentenschaft Marburg trat für die Drittelbeteiligung ein. Eine andere Spielart, die der Viertelparität, schlug der Marburger Erziehungswissenschaftler Froese vor: Er votierte für jeweils 25 Prozent für Ordinarien, habilitierte Nichtordinarien, Akademische Mitarbeiter und Studenten. Trautwein erläuterte den Hintergrund für die studentische Forderung. Man wollte die Trennungslinie zwischen Ordinarien und Nichtordinarien eliminieren. Zudem bestand von studentischer Seite der Wunsch, nicht mehr zwischen dem wissenschaftlichen und dem politischen Bildungsauftrag der Hochschule zu unterscheiden. Es entspann sich eine längere Diskussion über die Drittelparität bzw. eine Mindestbeteiligung von 25 Prozent. Rüegg verwies darin, dass eine permanente Diskussion der Hochschulreform fachspezifisch zu führen sei und nicht in großen Gremien mit weit gespanntem Rahmen. Abermals betonte Trautwein, dass es den Studenten darum ginge, dass der Umfang ihrer Beteiligung sicherstelle, dass auf den unteren Ebe-

¹⁰⁷¹ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6213: Zusammenfassende Niederschrift über die Klausurtagung vom 15. bis 17. Juli 1968 in Bad Schlangenbad zur Vorbereitung einer Novelle zum Hessischen Hochschulgesetz.

nen getroffene Entscheidungen nicht auf der übergeordneten Ebene ohne ihre Beteiligung wieder relativiert würden.¹⁰⁷²

In Bezug auf das studentische Ordnungsrecht wollte Mallmann untersuchen, inwieweit ein Hausrecht bzw. ein Ordnungsrecht ein spezielles studentisches Disziplinarrecht obsolet mache. Er unterstützte die Vorschläge des Ministers. Schütte plädierte dafür, dass Grundsätze von einem kleineren Gremium hierzu vorbereitet werden sollten. Zum Themenkreis der Öffentlichkeit der universitären Entscheidungsvorgänge konnte man bei dieser Besprechung keine abschließende Meinungsbildung erzielen. Schließlich diskutierten die Kommissionsmitglieder noch das Besetzungsverfahren von frei werdenden Stellen an.¹⁰⁷³

Einen Monat später, im August, vermeldete die Frankfurter Allgemeine Zeitung, dass die Beamten des Kultusministeriums beauftragt worden waren, einen Entwurf für ein neues Hochschulgesetz zu erarbeiten – genauso wie die Hochschulfachleute der Parteien. Der Kultusminister, so die FAZ weiter, präferierte ein Werk, das Beständigkeit garantiere. Die Kommission der CDU tagte unter Vorsitz der Juristin Walz, die wie Schütte, ebenfalls auf Dauerhaftigkeit setzte. Da man das Hochschulleben vonseiten der SPD unter dem Motto „panta rhei“ betrachtete, hatte sie beschlossen, keinen eigenen Entwurf vorzulegen. Die FDP behielt dabei die Termine im Auge, denn bis Ende des Jahres mussten alle Satzungen nach bisher geltendem Recht verabschiedet werden.^{1074 1075}

Allen vier hessischen Arbeitsgruppen bereitete die Ergänzung des Lehrkörpers durch Berufungen oder der Aufstieg des Nachwuchses auf der Ebene des Fachbereichs Sorgen. Das Gros der Reformer sah als untere Verwaltungsebene nur noch die Fachbereiche mit mehr oder weniger limitierter Finanzhoheit vor. In Bezug auf die Kooperation auf der oberen Ebene existierten verschiedene Modellvorstellungen

¹⁰⁷² Vgl. ebd.

¹⁰⁷³ Vgl. ebd.

¹⁰⁷⁴ Vgl. Fröhder, Walter: Klausurarbeit Hochschulgesetz. Vier Entwürfe in Hessen vorbereitet. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. August 1968.

¹⁰⁷⁵ Sie legte schließlich ein Jahr später am 10. Oktober einen Hochschulgesetz-Entwurf vor, mittels dessen sie die bestehenden Hochschulen zu einer hessischen Gesamthochschule zusammenfassen wollte. Ziel war die optimale Ausnutzung. Als Vorteile der Realisierung führten die Freien Demokraten u. a. die Schwerpunktbildung in Forschung und Lehre nach den jeweils günstigsten Voraussetzungen, ein breiteres Bildungsangebot für Studierende und die Reduzierung der Anwendung des Numerus Clausus auf ein nicht abwendbares Minimum. (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7589: Große Anfrage des Herrn Abgeordneten Karry (FDP) und Fraktion (Drucksache Nr. 2377), betreffend: Gesamthochschule im Lande Hessen (7. Oktober 1969).

unter den Reformern. Zu diesem Zeitpunkt existierten lediglich Mutmaßungen über ein Kuratorium, wie die FAZ berichtete.¹⁰⁷⁶

3.2.2 Weiterer Verlauf und Inhalt

Unter den verschiedenen Innovationen stellten die Einführung der Präsidialverfassung und die der so genannten „Drittelparität“ im satzungsgebenden Konzil die signifikantesten dar. Der Hochschulpräsident sollte von der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Konzil für acht Jahre ernannt und wieder ernannt werden können. Auch sollte die Technische Hochschule Darmstadt den Status einer Universität erhalten. Als weitere Innovationen nannte er die Einführung von zwei Vizepräsidenten, 14 Mitgliedern im Kuratorium, das Ende der Fakultäten, die Einführung von Ständigen Kommissionen und die Ausschreibung frei werdender Stellen.

Diese Neuerungen, von denen viele an die Initiative der Frankfurter Professoren erinnern, kündigte Schütte bei der Erläuterung eines Referentenentwurfes seines Ministeriums gegenüber der Presse am 17. September 1968 an. Die gesamte Universitätsstruktur sollte dem Motto „Modern gestalten, modern verwalten“ folgend rational und neu organisiert werden. Dabei plante der Kultusminister, vier Gesetzesentwürfe, also ein umfassendes Paket¹⁰⁷⁷, vorzulegen: Als Rahmengesetz wollte Schütte ein Gesetz realisieren, das die Kooperation der künftigen drei Hochschultypen in einem Gesamthochschulsystem regeln sollte. Mittels desselben wollte er die Hochschulen dazu anhalten, ihre Ausbildungsmöglichkeiten und Studiengänge aufeinander abzustimmen und Bildungseinrichtungen gemeinsam zu nutzen. Der zweite Entwurf, „Herzstück der Reform“, hatte die Universitäten zum Gegenstand und sollte nach der Kabinettsberatung noch im Oktober in den Landtag eingebracht werden. Mittels eines dritten Entwurfs sollten die Hochschulen für bildende Künste, die Kunst- und Musikhochschulen zu einem System der Kunsthochschulen zusammengefasst werden. Eine Vereinigung der bisherigen Maschinenbau-, Ingenieur-, höheren Wirtschafts- und Sozialfachschulen zu vier Fachhochschulen war mittels des vierten Entwurfs intendiert.¹⁰⁷⁸

Mittels des geplanten Universitätsgesetzes war eine Stärkung der Selbstverwaltung vorgesehen: Den Universitäten sollten auf dem Sektor der Personal- und Wirt-

¹⁰⁷⁶ Vgl. ebd.

¹⁰⁷⁷ Diese Planungen wirken besonders beeindruckend, wenn man sie mit der ministeriellen Initiative von 1966 vergleicht.

¹⁰⁷⁸ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7584 b): Schütte kündigt grundlegende Hochschulreform in Hessen an. Entwurf sieht Präsidialverfassung und „Drittel-Parität“ von Lehrkräften, Assistenten und Studenten vor. In: Hessische Allgemeine vom 18. September 1968.

schaftsverwaltung Befugnisse eingeräumt werden, die vormals im Auftrag des Staates wahrgenommen wurden. – Die Finanzierung der Hochschule sollte flexibler gestaltet werden; wo immer im Landeshaushalt möglich, sollten Globalmittel ausgewiesen werden. Da immer wieder von professoraler Seite aus darauf hingewiesen wurde, dass das „Risiko-Element“ Forschung unvereinbar sei mit starren Haushaltsplänen, sei ein Organ zum Eingreifen nötig, das auch aus staatlichen und gesellschaftlichen Repräsentanten bestehen solle. Dieses Organ, das so genannte Kuratorium, sollte zwischen Hochschule, Staat und Gesellschaft vermitteln, womit Schütte sich abermals in die Tradition zu Erwin Stein stellte.

Für die Universitätsverwaltung sah der Gesetzentwurf eine Konzeption als Einheitsverwaltung, die sich in zwei miteinander verbundenen Ebenen gliedert, vor. – Der vom Kultusministerium erarbeitete Entwurf wollte die drei bis vier bestehenden Verwaltungsebenen durch nur noch zwei substituieren¹⁰⁷⁹: Die erste Ebene konstituierte sich aus dem Zentralbereich der Universität mit ihren zentralen Organen Präsident, Konvent, Senat und Kuratorium. Die Fachbereiche, die als organisatorische Grundeinheiten für Forschung und Lehre vorgesehen waren, bildeten gemeinsam mit ihren Organen die zweite Ebene. Sie sollten die Fakultäten ersetzen, die „bisherige organisatorische und finanzielle Zersplitterung [...] durch die Schaffung der Fachbereiche“ überwinden und damit eine rationellere Nutzung der Lehr- und Forschungsmittel – eine neue Prämisse – realisieren. An der Spitze der Universitätsverwaltung sollte ein für acht Jahre gewählter Präsident stehen.

Der Gesetzentwurf intendierte die Drittelparität im satzungsgebenden Konzil zu realisieren.¹⁰⁸⁰ Als Mittel demokratischer Kontrollen, also als Demokratisierungselement, sollte die Öffentlichkeit in Bezug auf die Willensbildung in den körperchaftlichen Organen der Universität eingeführt werden.

Die Nachricht des Kultusministers bezüglich der Drittelparität hatte bei den Rektoren, wie die FAZ mittels eines drastischen Bildes verdeutlichte, „wie eine Bombe“ eingeschlagen, zumal sie nicht vorab informiert worden waren. Der Frankfurter Rektor Rüegg lud seine Kollegen infolgedessen nach Frankfurt ein, wo man konsensual feststellte, dass man von der Erklärung des Kultusministers überrascht worden sei.¹⁰⁸¹ Die Rektoren vertraten die Position, dass die im Entwurf vorgesehene Drit-

¹⁰⁷⁹ Vgl. ebd.

¹⁰⁸⁰ Vgl. ebd.

¹⁰⁸¹ Vgl. Rektoren waren überrascht. Scharfe Absage an Schütte / „Krasse Widersprüche zu früheren Erklärungen“. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. September 1968.

telparität die Funktionsfähigkeit der Hochschulen gefährde. Sie müsse gar „als Belohnung für die rechtswidrigen Aktionen radikaler Studenten in Frankfurt am Main und Marburg“ angesehen werden. Auf ihrer Seite standen auch Politiker, wie beispielsweise der Frankfurter CDU-Abgeordnete Borsche, der die Drittelparität im satzungsgebenden Konzil als „politische Instinklosigkeit“ charakterisierte.¹⁰⁸²

Wie groß der „äußerste Widerstand“¹⁰⁸³ der Rektoren, der durchaus vonseiten der Politik geteilt wurde¹⁰⁸⁴, tatsächlich war, wie viel „politisches Porzellan [tatsächlich; C.S.] zerschlagen“¹⁰⁸⁵ worden war, verdeutlicht ihr Verhalten gegenüber dem Kultusminister: Die Hessische Rektorenkonferenz nahm einen Gesprächstermin mit Schütte demonstrativ nicht wahr. Die Rektoren teilten dem Kultusminister mit, dass sie nach Vorlage des Entwurfs keinerlei Basis für eine Aussprache mehr sähen, so dass sie der Einladung Schüttes nicht Folge leisten konnten. Ihre Kritik gipfelte gar in der Forderung nach dem Rücktritt Schüttes¹⁰⁸⁶, die jedoch nicht von allen Seiten für gut befunden wurde¹⁰⁸⁷. Stattdessen traten sie an Zinn mit der Bitte heran, mit ihnen eine „möglichst umfassende Aussprache“ über die durch Schüttes Maßnahmen geschaffene „ernste Situation“ zu führen. Die Wiesbadener Landesregierung klassifizierte die Misstrauenserklärung der Rektoren als „wenig angebracht und praktisch ohne besondere Bedeutung.“ Schütte selbst drückte sein Bedauern aus, dass die Rektoren vorschnell Details kritisiert hätten, ohne das klärende Gespräch,

¹⁰⁸² Vgl. ebd.

¹⁰⁸³ Fragen an Schütte und Zinn. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. September 1968.

¹⁰⁸⁴ So äußerte beispielsweise der CDU-Politiker Wallmann gegenüber den Initiativen des Hessischen Kultusministers öffentlich die Befürchtung, dass er versuche, mittels der Umgestaltung der Hochschulen, eine Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik herbeizuführen. Seiner Meinung nach war Schütte auf dem besten Weg, eine Gemeinschaft mit den Studenten zu bilden, denen es nicht um eine sachgerechte Hochschulreform ginge. (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7584 d): CDU-Politiker äußert Verdacht. In: Frankfurter Rundschau vom 24. September 1968).

¹⁰⁸⁵ Vgl. Nachlass Ernst Schütte, Hessische Regierung. Hochschulgesetzgebung (insbesondere Hessen) 1963-1972, Nr. 114: Brief Zinns an Schütte (24. September 1968): Darin beschreibt Zinn die ursprünglich geplante Vorgehensweise, nach der Draht, Mallmann und Walcher über den Entwurf informiert, bevor dann die Rektoren in Kenntnis gesetzt werden sollten. Die Einbringung in den Landtag war erst für nach der Ministerpräsidenten-Konferenz am 30. und 31. Oktober 1968 geplant gewesen. Die Presse sollte zunächst nur über die Existenz eines Referenten-Entwurf informiert werden.

¹⁰⁸⁶ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7584 b): Hessens Rektoren wollen nur mit Zinn sprechen. Heftiger Widerspruch gegen Schüttes Hochschulgesetz. In: Frankfurter Neue Presse vom 20. September 1968.

¹⁰⁸⁷ So missbilligte die ÖTV Bezirksleitung Hessen dies nachdrücklich und auch die Jungsozialisten des Bezirks Hessen Süd wiesen die Erklärung der vier hessischen Rektoren vehement zurück: Ihrer Meinung nach hatten es die hessischen Rektoren für richtig erachtet, ohne jede eigene Konzeption von der Zukunft der Universitäten, dem Kultusminister ihr „Misstrauen“ auszusprechen und demokratische Studenten als „Kriminelle“ zu verleumden, bevor ein einziges Urteil ergangen sei. Sie identifizierten sich weitgehend mit dem Entwurf der Professorengruppe um Habermas. (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7584: JUSO-Pressedienst Bezirk Hessen-Süd. Frankfurt, den 20. September 1968).

zu dem er geladen hatte, abzuwarten. Der Minister hielt es für falsch, die Zusammensetzung des Konzils isoliert unter dem Schlagwort der Drittelparität zu betrachten, vielmehr sei ein ausgewogenes System der inner-universitären Willensbildung insgesamt entscheidend.¹⁰⁸⁸

Nahm der Vorstand des VDS die Ausführungen des Kultusministers hinsichtlich der geplanten Reform „mit Genugtuung“ auf, rief die Erklärung der Rektoren die schärfste Ablehnung des Verbandes hervor. Obgleich die Studentenschaft immer große Bedenken gegen den Eingriff des Staates in die Autonomie der Hochschule gehegt hatte, war sie jedoch zu diesem Zeitpunkt zu dem Ergebnis gelangt, dass eine umfassende Reform nur auf dem Weg des Staatseingriffes möglich wäre. Den Vorschlag des Ministers, die satzungsgebende Versammlung drittelparitätisch zu besetzen, wertete der Vorsitzende Ehmann in seinem Brief als einen gelungenen „Versuch, eine Reform der Universitäten unter Wahrung ihrer Autonomie einzuleiten.“¹⁰⁸⁹

Anfang Oktober unternahm die FDP die Initiative, eine studentische Beteiligung von 25 % für das Konzil anzutragen.¹⁰⁹⁰ Im Landtag erklärte sie dazu, dass die Studenten während verschiedener Gespräche mehrheitlich überzeugt werden konnten, „dass sie mit dieser kleineren Beteiligungsquote im Konzil an der Willensbildung der Hochschule nachhaltiger beteiligt seien als dies im Zusammenwirken mit einem Kuratorium möglich sei.“¹⁰⁹¹ Schütte intendierte mit diesem Beirat die Einführung eines Organs für signifikante Hochschulentscheidungen, das die vermeintliche Entscheidungsmacht der Drittelparität der Studenten im Konzil praktisch wieder aufhebe. Den Freien Demokraten ging es darum, den Präsidenten durch das Konzil, das ihn mit Zweidrittelmehrheit auch wieder abwählen konnte, zu bestimmen. Nach

¹⁰⁸⁸ Der Hauptpersonalrat im Kultusministerium kritisierte vehement, dass er nicht zu den Beratungen hinzugezogen worden war, obgleich von dem Gesetz von ihm vertretene Arbeitnehmer tangiert würden. (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7584 b): Hessens Rektoren wollen nur mit Zinn sprechen. Heftiger Widerspruch gegen Schüttes Hochschulgesetz. In: Frankfurter Neue Presse vom 20. September 1968).

¹⁰⁸⁹ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7585: Brief Christoph Ehmanns, Verband Deutscher Studentenschaften an den Hessischen Ministerpräsidenten Zinn (26. September 1968): Ein Nachgeben wie 1965, so Ehlers weiter, würde gravierende Folgen nach sich ziehen.

¹⁰⁹⁰ Auf der Landesversammlung der hessischen FDP in Gießen äußerte auch Dahrendorf seine Bedenken gegenüber der Drittelparität für Studenten im Konzil der Universitäten. Deziert sprach er sich gegen eine gesetzliche Fixierung der „problematischen“ Drittelparität aus. Er plädierte dafür, es den Hochschulen zu überlassen, welche funktionsbezogenen Mehrheiten sie in den einzelnen Beschlussgruppen wünschten. Abschließend verteidigte er die Satzungshoheit der Universitäten auch gegen den hessischen Einwand, dass es zwei Universitäten dieses Landes bis zu diesem Zeitpunkt nicht gelungen sei, sich selbst eine Satzung zu geben. (Vgl. Dahrendorf kritisiert Schüttes Hochschulgesetz-Entwurf. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. Oktober 1968).

¹⁰⁹¹ FDP-Initiative für hessisches Hochschulgesetz. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. Oktober 1968.

ihrer Überzeugung sollte die Landesregierung nur noch formal bei der Entscheidung mitwirken, während sie diese nach dem Vorschlag des Ministers selbst treffen sollte.¹⁰⁹²

Kultusminister Schütte griff Anfang Oktober selbst in die Diskussion um die Drittelparität ein. Er veröffentlichte den Referentenentwurf, den er als Katalysator für die Diskussion verstanden wissen wollte. Zu diesem Zeitpunkt rechnete der Kultusminister nicht damit, dass wesentliche Teile der Reform bereits im folgenden Jahr in Kraft treten würden, vielmehr ging er davon aus, dass das Gros der Vorschriften erst 1971 Realität würde. Die Drittelparität im Konzil, so sein Plädoyer dafür, ermögliche eine funktionsfähige Hochschule. Für den Senat dagegen sollte diese verweigert werden. Dieses Beteiligungsverhältnis könne nur im Gesamtkontext der gesamten Willensbildung in allen künftigen Organen der hessischen Hochschulen bewertet werden. Auch der Kritik der Studenten, die ihm vorwarfen, dass die Drittelparität letztlich nur Augenwischerei sei, begegnete Schütte dabei: Ihr Vorwurf zielte darauf ab, dass das Konzil mit der Drittelparität der Studenten lediglich eine Restsatzung beschließen könne, da wichtige Aufgaben der früheren Satzung nun vom Gesetz geregelt würden. Damit identifizierten sie den einen entscheidenden Charakter des Gesetzes: nämlich den Versuch, den staatlichen Einfluss auf die Universitäten auszuweiten. Zudem führten sie an, dass das Konzil keine Entscheidungsmacht über den Haushalt habe.¹⁰⁹³

Von universitärer Seite aus appellierte man mehr als einmal an den Kultusminister, das weitere Verfahren nicht zu überstürzen.¹⁰⁹⁴ So warnte beispielsweise der Gießener Senat mit dem Hinweis auf die fundamentale Umgestaltung, die die Referentenentwürfe letztlich für das hessische Hochschulwesen und schließlich konkret für die Universitäten bedeuteten, vor einem überstürzten weiteren Vorgehen. Den Universitäten, den Fakultäten und den verschiedenen Gruppen sei die Möglichkeit, Stellung zu nehmen, einzuräumen. Dies war aufgrund der kurzen Zeit, die der Kultusminister zur Verfügung gestellt hatte – bis zum 25. Oktober sollten die Stellungnahmen vor-

¹⁰⁹² Ebd.

¹⁰⁹³ Vgl. Schütte: Hochschulgesetz braucht Zeit. Referentenentwurf veröffentlicht. Drittelparität verteidigt / Beginn der Verwirklichung. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3. Oktober 1968.

¹⁰⁹⁴ In der Retrospektive entsteht der Eindruck, dass die Universitäten auf den Faktor Zeit setzten. Diese benötigten sie anscheinend dringend, um sich zu positionieren.

liegen – abschließend nicht möglich, schien dem Gießener Senat allerdings aufgrund des ersten Eindrucks für geboten¹⁰⁹⁵:

Aufgrund der bisherigen Untersuchungen sowie der Aussprachen in Senats-, Fakultäts- und Kommissionssitzungen lässt sich jedoch jetzt bereits feststellen, daß der Entwurf eines Universitätsgesetzes in der vorliegenden Fassung schweren Bedenken begegnet und in einer Reihe grundsätzlicher Punkte wie auch in zahlreichen Einzelheiten korrekturbedürftig ist.¹⁰⁹⁶

Wie die verschiedenen Gremien, Institutionen, akademischen Gruppen und die Presse den Referentenentwurf evaluierten, wird Gegenstand des folgenden Unterkapitels sein.

3.2.3 Der Diskurs im Umfeld des Referentenentwurfs

3.2.3.1 Reaktionen der Presse

Nach der chronologischen Darstellung der Ereignisse im Umfeld des Referentenentwurfs sollen im Folgenden die Reaktionen auf denselben fokussiert werden. Dabei wird mit den Reaktionen und Interpretationen der Presse begonnen: Anhand der Schlagzeilen gewinnt man rasch einen ersten Eindruck, wie die hessische Presse den Referentenentwurf beurteilte: So titelte die Hessische Allgemeine am 18. September 1968 „Forscher Schütte“: Der Kultusminister hatte ihres Erachtens ein „geradezu herrisch fortschrittlich“ anmutendes Gesetz entworfen.¹⁰⁹⁷ Selbst in der Frankfurter Rundschau wurde der Entwurf Schüttes als „Vorstoß in Neuland“ charakterisiert. Weiter hieß es dort: „Hier sollen sehr viele Forderungen erfüllt werden, die von Studenten, Assistenten und progressiven Professoren erhoben worden sind und zum Teil bisher als utopisch galten.“¹⁰⁹⁸ Überrascht zeigte sich das Presseorgan ferner darüber, dass sich Schütte so eng an den Entwurf der vier Frankfurter Professoren in seinen Überlegungen anlehnte. Schließlich resümierte man, dass der Entwurf so progressiv wie kein anderer sei.¹⁰⁹⁹ Welche Dimension die hessischen Planungen letztlich wirklich hatten, wurde vom Hessenspiegel charakterisiert. Dort hieß es:

¹⁰⁹⁵ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7594: Brief des Rektors der Justus-Liebig-Universität, Prof. Kötter, an den Kultusminister Schütte: Stellungnahme (24. Oktober 1968); darin: Stellungnahme des Senats der Justus-Liebig-Universität (23. Oktober 1968).

¹⁰⁹⁶ Ebd.

¹⁰⁹⁷ Vgl. Forscher Schütte. In: Hessische Allgemeine vom 18. September 1968.

¹⁰⁹⁸ Vorstoß in Neuland. In: Frankfurter Rundschau vom 18. September 1968.

¹⁰⁹⁹ Vgl. ebd.

Hessen steuert somit auf ein neues Hochschulgesetz zu, das eine Reichweite haben wird, die ähnlichen Planungen in anderen Bundesländern um einige Längen voraus ist. In anderen Bundesländern ist man weit davon entfernt, eine Gesamthochschule zu konzipieren. Dort will man teils Fachhochschulen mit eigenen Statuten, teils Akademien mit voller Rechtsfähigkeit errichten[...].¹¹⁰⁰

Überwiegend charakterisierten die hessischen Blätter, wie die Beispiele bereits belegen, den Entwurf als progressiv, fortschrittlich und den anderen Bundesländern weit voraus.

Doch neben solchen Evaluationen waren durchaus auch zweifelnde Stimmen zu vernehmen: So gab die Schaffung von Fachbereichen Anlass zu kritischen Überlegungen: War man skeptisch, ob durch die Institutionalisierung des Fachbereichs, der größentechnisch zwischen Institut und Fakultät stehen und deren Aufgaben übernehmen sollte, tatsächlich eine Effizienzsteigerung erzielt werden könne, war sich die Gießener Allgemeine zumindest sicher, dass die „Macht der Ordinarien“ gebrochen sei, da die Freiheit der Forschung nunmehr dem Gremium des Fachbereichs obliege. Fraglich erschien dem Blatt jedoch auch der Sachverstand der (jüngeren) Studenten, beispielsweise im Falle von Berufungen. Da das Presseorgan die Befürchtung hegte, dass das Lehrer-Schüler-Verhältnis aufgelöst werde, die Abhängigkeit aber bestehen bleibe, votierte es für die Integration einer Sicherung gegenüber jenem Abhängigkeitsverhältnis.¹¹⁰¹

3.2.3.2 Der hessenweite Diskurs

Da der Referentenentwurf eine ganze Reihe von Veränderungen der bis dahin tradierten Strukturen intendierte, evozierte er eine Vielzahl von Stellungnahmen und damit einen intensiven Diskurs. Bereits ein kursorischer Überblick über die verschiedenen Stellungnahmen lässt einen großen Unterschied erkennen: Während die Stellungnahmen der Interessensvertretungen der Hochschullehrer bzw. der Rektoren von einem ablehnenden, fordernden Tonfall geprägt sind, sie gegen den Referentenentwurf opponierten, steht an erster Stelle der Stellungnahmen der anderen akademischen Gruppenvertretungen die Begrüßung der Initiative – obgleich man im zweiten Schritt verschiedene Einschränkungen und Veränderungen postuliert. Auf

¹¹⁰⁰ Hessen wird den Hochschulbereich vereinheitlichen. In: Der Hessenspiegel 16 (29. Juni 1968).

¹¹⁰¹ Vgl. Höchst problematische „Fachbereiche“. Kritische Überlegungen zum Referentenentwurf des Kultusministeriums (III). In: Gießener Allgemeine vom 16. Oktober 1968.

Deutlichste untermauert diese These ein Dokument der Verfassungskommission der Technischen Universität Darmstadt. Diese sah in der Gesetzesinitiative lediglich das Bemühen, die „Kampfsituation“ an manchen Hochschulen zu eliminieren. Im Entwurf selbst sah die Verfassungskommission eine Bedrohung der Einheitlichkeit der Entwicklung. Zudem nahm sie die Unklarheit, was als Reform verstanden wurde, als äußerst besorgniserregend auf. Es bestehe ein qualitativer Unterschied zwischen Reform im Sinne der Modernisierung, Verbesserung und Aufwärtsentwicklung der bestehenden Hochschulen einerseits und der Ersetzung dieser Hochschulen durch andersartige Gebilde andererseits. Im Hinblick auf den vorliegenden Entwurf erscheine es fraglich, ob die Reform nicht als Zerstörung und Ersetzung der bestehenden Hochschulen zu begreifen sei.¹¹⁰² Und auch die Rektoren der anderen hessischen Universitäten, die sich zu dem auf einer Pressekonferenz bekannt gegebenen Referentenentwurf zu Wort meldeten, erblickten in der Drittelparität im satzungsgebenden Konzil und damit im Entwurf selbst, eine große Gefahr für die Funktionsfähigkeit der Hochschulen und reihten sich damit in die Phalanx der rund 2000 Professoren der Bundesrepublik ein, die im Marburger Manifest öffentlich ihre Kritik an der Drittelparität und dem Präsidialsystem übten.¹¹⁰³

Nach dieser generellen Charakterisierung sollen nun im Folgenden die einzelnen Aussagen des Diskurses analysiert werden. Dabei wird mit den umstrittensten Punkten begonnen: Größte Kritik evozierten zwei Aspekte im Rahmen des Diskurses um den Referentenentwurf: die Einführung der Präsidialverfassung und die Mitbestimmungsrechte. Die Verfassungskommission der Technischen Universität Darmstadt vertrat dabei die Meinung, dass sich die mit der Präsidialverfassung angestrebten Ziele nur erreichen ließen, wenn zugleich mit der Einführung einer starken Verwaltungsspitze eine größere Selbstständigkeit der Hochschule in Aufstellung und Ausführung ihres Haushalts sichergestellt und die bisherige Zweispurigkeit der Hochschule ersetzt werde durch eine einheitliche Wirtschafts- und Personalangelegenheiten umfassende Selbstverwaltung, die insgesamt nur der Rechtsaufsicht des Staates unterliege. Der Position des Präsidenten, seiner Wahl, der Ausgestaltung seines Amtes und seinem Verhältnis zum Senat begegnete die Technische Hochschule skeptisch: So sollte der Präsident beispielsweise von der Hochschule gewählt und nicht

¹¹⁰² Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6206: Verfassungskommission der Technischen Hochschule Darmstadt vom 25.10.1968, Nr. 113.

¹¹⁰³ Vgl. Marburger Kritik an Schütte. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. September 1968.

gestellt werden¹¹⁰⁴ – ein wichtiger Aspekt, denn damit sollte der Universität in diesem Verfahren eine aktive statt einer passiven Rolle zufallen. Auch der Akademische Senat der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität plädierte für die Wahl des Präsidenten durch das Konzil, wie dies auch die Sprecher der Akademischen Mitarbeiter taten¹¹⁰⁵, und lediglich dessen Ernennung durch die Landesregierung als Beamter auf Zeit.¹¹⁰⁶ In die gleiche Richtung zielte auch der Hochschulverband des Landes Hessen, Berufs- und Standesorganisation der Hochschullehrer, der ebenfalls seine Wünsche und Überlegungen zum Referentenentwurf artikulierte. Im ersten Themenkreis seiner Stellungnahme setzte sich dieser Verband mit der Einführung einer Präsidialverfassung auseinander, deren Vorteile er auch durchaus sah. Doch mussten seines Erachtens dafür zwei Voraussetzungen Genüge getan werden: Zum einen die völlige Autonomie des Präsidenten von jeder staatlichen Weisung in sachlichen Fragen und zum anderen die Herstellung einer dauerhaften Vertrauensbasis für den Präsidenten in der Universität. Der Präsident könne nämlich nur dann für die Universität wirksam werden, wenn er als ein mit allen Vollmachten ausgestatteter Repräsentant der Universität gegenüber dem Parlament, der Landesregierung und der Öffentlichkeit fungieren könne. Keinesfalls dürfe er lediglich Beauftragter der Landesregierung sein, wie es der Entwurf für ein neues Hessisches Universitätsgesetz vorsehe.¹¹⁰⁷ Die Universität, so der Verband weiter, sollte auch die Möglichkeit einer Abwahl haben.¹¹⁰⁸ An diesen Verlautbarungen wird evident, dass die Universitäten mit aller Vehemenz versuchten, den Charakter dieses Amtes als universitäres aufrechtzuerhalten, dass die Universitäten versuchten den staatlichen Einfluss darauf zurückzudrängen.

Die Medizinischen Fakultäten, denen es primär um das eigene Fach ging, wie anhand ihrer Stellungnahme verifiziert werden kann, merkten in Bezug auf den Präsidenten an, dass dieser mit einem fachkundigen Beirat versehen werden müsste, da-

¹¹⁰⁴ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6206: Verfassungskommission der Technischen Hochschule Darmstadt vom 25. Oktober 1968, Nr. 113.

¹¹⁰⁵ Da die Position des Präsidenten eindeutig als Organ der Selbstverwaltung konzipiert sei, so die Meinung dieser akademischen Gruppe, galt es diese Konzeption zu stärken, indem beispielsweise ausschließlich das Konzil für die Wahl und die Abwahl des Präsidenten zuständig sein sollte.

¹¹⁰⁶ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6206: Stellungnahme des Senats zum Referentenentwurf eines Gesetzes über die Universitäten des Landes Hessen (23. Oktober 1968), Nr. 107.

¹¹⁰⁷ Auch die Marburger Hochschullehrer nahmen seine vorgesehenen Funktionen als die eines Staatssekretärs war, die unvereinbar mit der verfassungsmäßig garantierten Autonomie der Hochschule seien. (Vgl. Marburger Professoren greifen Hochschulgesetz-Entwurf an. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. Oktober 1968).

¹¹⁰⁸ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6206: Brief Professors Dr. H. Ehrhardt, Hochschulverband des Landes Hessen, an den Kultusminister Schütte (22. Oktober 1968).

mit die Belange der künftigen Medizinischen Fachbereiche berücksichtigt würden.¹¹⁰⁹ Die hessischen Politikwissenschaftler hielten am kollegialen Prinzip fest und votierten für die Installation eines Präsidiums. Die universitäre Satzung sollte ihrer Meinung zufolge die Zahl der Vizepräsidenten regeln.¹¹¹⁰

Eine höchst brisante Aussage des Diskurses stellte die der Mitbestimmungsrechte dar. Dabei wurde beispielsweise vom Frankfurter Senat das Argument der Freiheit von Forschung und Lehre bemüht. Alle Entscheidungen hätten diese Freiheit zu wahren. Eine abgestufte Mitbestimmung wurde begrüßt und für eine Differenzierung hinsichtlich der Aufgaben plädiert. Konkret bedeutete dies, dass der Frankfurter Senat verständlicherweise gegen eine Mitbestimmung der Studenten hinsichtlich der Forschungsprojekte opponierte, da diese zum einen nicht über die dafür entsprechend notwendige Qualifikation verfügten und sie zum anderen nicht länger mit der Forschungseinrichtung vertraut wären. Nach einem Plädoyer für die Kooperation von Hochschullehrern und Assistenten wies der Senat darauf hin, dass die Freiheit von Forschung und Lehre nicht garantiert sei, wenn ein Hochschullehrer aller Sach- und Personalmittel durch einen Mehrheitsbeschluss beraubt werden könne. Der Frankfurter Senat folgerte daher, dass das Hochschulgesetz eine Grundausstattung einräumen müsse. Die Frankfurter vertraten ferner die Position, dass nur Habilitierte über Habilitationen und nur Promovierte über Promotionen zu entscheiden hätten. Auch sollte nur mittels einer Mehrheit von Hochschullehrern über Berufungen und damit über die Zusammensetzung der Gruppe der Hochschullehrer entschieden werden. Echte Repräsentanz sollte durch die direkte Wahl der Vertreter der Hochschullehrer, Nichthabilitierten und Studenten in die zentralen Hochschulorgane realisiert werden. Die Vertretung der nichtakademischen Universitätsangehörigen im Universitätskuratorium wurde von Frankfurter Seite aus aufgrund der Größe des Personenkreises als unzureichend erachtet¹¹¹¹, ein früher und berechtigter Hinweis auf diesen Sachverhalt.

Der Aspekt der Aufgaben und Zusammensetzung der Kollegialorgane der Universität bildete auch den zweiten Schwerpunkt der Überlegungen des Hochschulverban-

¹¹⁰⁹ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6208: Stellungnahme der Hessischen Medizinischen Fakultäten zum Referentenentwurf für das Universitätsgesetz, betr.: Vorbereitung für ein neues Hessisches Universitätsgesetz (Gießen, 25. Oktober 1968).

¹¹¹⁰ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7586 d): Brief H. J. Varains, Seminar für Wissenschaft von der Politik, an den Kultusminister (11. Februar 1969): Stellungnahme zum Referentenentwurf für ein hessisches Universitätsgesetz.

¹¹¹¹ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6206: Stellungnahme des Senats zum Referentenentwurf eines Gesetzes über die Universitäten des Landes Hessen (23. Oktober 1968), Nr. 107.

des des Landes Hessen: In diesem Kontext sprach er sich dezidiert gegen „jede schematische Festlegung der Beteiligung der verschiedenen Gruppen in einzelnen Kollegialorganen der Universität“¹¹¹², also gegen die Drittelparität aus. Die Partizipation der einzelnen Gruppen wollte die Interessensvertretung der Hochschullehrer genauso wie der Frankfurter Senat über das Prinzip der gestuften Verantwortung quantitativ und qualitativ realisieren. Die Hochschullehrer wollten eine Garantie dafür, dass über Fragen von Forschung und Lehre nur Personen, die aufgrund nachgewiesener Qualifikationen selbst forschen und lehren, zu befinden hätten, andere sollten lediglich Vorschläge machen und mitberaten dürfen.¹¹¹³

Der Präsident der Deutschen Physikalischen Gesellschaft ergriff im Diskurs von einer absolut konträren Perspektive kommend das Wort. Obgleich er zwar wertvolle Ansatzpunkte für die Reform entdecken konnte, unterließ er nicht seine Sorge, die vom Vorstand der Gesellschaft geteilt wurde, dem Ministerpräsidenten kundzutun. Dabei verschwendete er keinen einzigen Gedanken an eine Möglichkeit der Partizipation, sondern zeigte sich vielmehr beunruhigt über die Tatsache, dass aus den Referentenentwürfen nicht ersichtlich war, „wie die bewährten experimentellen Institute von nachteiligen Eingriffs- und Mitwirkungsmöglichkeiten fachfremder junger oder älterer Studenten bewahrt bleiben sollen.“¹¹¹⁴ Dezidiert wies Kersten darauf hin, dass wesentliche Reformen zur Reduzierung der Studienzeiten im naturwissenschaftlichen Bereich nicht aufgrund fehlender Ideen und Pläne, sondern aufgrund fehlender finanzieller Mittel realisiert werden konnten. Für ihn stand fest, dass der vorliegende Referentenentwurf erhebliche Gefahren für die weitere Arbeit der natur- und ingenieurwissenschaftlichen Hochschulinstitute berge¹¹¹⁵, womit er durchaus repräsentativ für den naturwissenschaftlichen Bereich stand.¹¹¹⁶

¹¹¹² HHStA, Abt. 504, Nr. 6206: Brief Professors Dr. H. Ehrhardt, Hochschulverband des Landes Hessen, an den Kultusminister Schütte (22. Oktober 1968).

¹¹¹³ Vgl. ebd.

¹¹¹⁴ HHtA, Abt. 504, Nr. 6208: Brief des Präsidenten der Deutschen Physikalischen Gesellschaft, M. Kersten, an den Ministerpräsident des Landes Hessen, betr.: Referentenentwürfe für Hochschulgesetze des Landes Hessen, Stand: 20. September 1968.

¹¹¹⁵ Ebd.

¹¹¹⁶ Dass diese Haltung kein Einzelfall war, demonstriert ein Brief der Dekane der naturwissenschaftlichen Fachbereiche: Diese versuchten nämlich auch, ihr Gewicht während der Diskussion um die Referentenentwürfe in die Waagschale zu werfen, indem sie dem Kultusminister ihren Standpunkt nachdrücklich schilderten und darum baten, für die Naturwissenschaften relevante Aspekte vortragen zu dürfen. Der Referentenentwurf berge gerade in diesem Bereich, „wo experimentell arbeitende Institute und kompliziert technische Einrichtungen besondere Probleme aufwerfen“, große Gefahren. Daraus resultierte der eindringliche Appell der Dekane, kein starres Schema anzuwenden, sondern vielmehr auf die Gegebenheiten bestehender Institute und Einrichtungen einzugehen. (UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 31: Fachbereiche, Hochschulgesetz 1968-1971:

Dieser Position stand die Forderung der hessischen Politikwissenschaftler und auch die des Hauptpersonalrates beim Hessischen Kultusminister diametral gegenüber: Bereits auf den ersten Blick gewinnt man den Eindruck, dass sowohl die Politikwissenschaftler als auch der Hauptpersonalrat bestrebt waren, künftige Entscheidungsprozesse auf eine breitere Basis zu stellen, was für diese universitären Gruppen aufgrund ihres politischen Hintergrundes nicht ungewöhnlich erscheint. So sprachen sie sich dezidiert für die Beteiligung aller Gruppen, also auch die des Personals – gerade in Bezug auf die Beteiligung im Konzil – und gegen „geborene Mehrheiten“ aus.¹¹¹⁷

Obleich auch der Hauptpersonalrat das Vorgehen des Kultusministers begrüßte, der als erster deutscher Minister die seit 1. Januar 1960 existierenden Mitbestimmungsrechte gewährte und qua Gesetz fixierte, waren die Referentenentwürfe, seines Erachtens, doch noch immer verbesserungswürdig: „Wir wären aber noch glücklicher, wenn die demokratischen Mitbestimmungsrechte gleichrangig eingeführt würden, dass nicht ein Ständestaat im Staate entstehen kann.“¹¹¹⁸ Es sei nicht zu vertreten, dass alle mitarbeiten dürften und müssten, aber lediglich erlesenen Gruppen das Recht auf Mitsprache und Partizipation gewährt werde – zumal es sich nach den Studenten um die größte Personalgruppe innerhalb der Universität handele, die nach demokratischen Rechten verlange, aber auch demokratische Pflichten übernehmen wolle.^{1119 1120}

Eine ebenfalls äußerst exponierte Stellung unter den Kritikpunkten nahm das Kuratorium ein; ein Gremium, das Stein institutionalisiert hatte, das dann jedoch von Schütte abgeschafft und nun erneut von den Frankfurter Professoren in die Diskussion eingebracht worden war: Nicht nur die hessischen Politikwissenschaftler, die sich dieses gut als Mittlerinstanz zwischen Staat und Hochschule vorstellen konnten,

Brief der Dekane der Naturwissenschaftlichen Fakultäten an den Hessischen Kultusminister (15. August 1968)).

¹¹¹⁷ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7586 d): Brief H. J. Varains, Seminar für Wissenschaft von der Politik, an den Kultusminister (11. Februar 1969): Stellungnahme zum Referentenentwurf für ein hessisches Universitätsgesetz; HHStA, Abt. 504, Nr. 6209: Hauptpersonalrat beim Hessischen Kultusminister an Kultusminister Schütte (22. Oktober 1968).

¹¹¹⁸ HHStA, Abt. 504, Nr. 6209: Hauptpersonalrat beim Hessischen Kultusminister an Kultusminister Schütte (22. Oktober 1968).

¹¹¹⁹ Vgl. ebd.

¹¹²⁰ Ein Monat später artikulierte auch der Personalrat der Technischen Hochschule Darmstadt sein Bedauern darüber, dass der Entwurf zum Hessischen Hochschulgesetz das Personal insgesamt bei der Selbstverwaltung zu wenig berücksichtige. Aus diesem Grund bat man den Kultusminister vor Einbringung des Gesetzes in den Hessischen Landtag Vertreter des Personals zu hören. (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6209: Brief des Personalrats der Technischen Hochschule Darmstadt an den Kultusminister betr.: Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes (22. November 1968)).

vertraten in Bezug auf die Zusammensetzung dieses Gremiums gänzlich andere Vorstellungen als der Referentenentwurf: Aufgrund seiner Entscheidungskompetenz in Haushaltsfragen sollte es ihrer Meinung zur Hälfte aus Mitgliedern der Regierung und des Landtages zusammengesetzt sein.¹¹²¹ Auch die südhessischen Jungsozialisten meldeten Änderungswünsche diesbezüglich an: Das Kuratorium sollte auch weiterhin seinem Charakter nach ein universitätsinternes Beschlussorgan bleiben.¹¹²² Schließlich votierte, wie noch zu zeigen sein wird, auch die Gießener Versammlung von Hochschullehrern, für eine seinem Charakter als universitäres Organ entsprechende Zusammensetzung.¹¹²³ Am Rande des Diskurses begegnet dem Rezipienten darüber hinaus auch Skepsis gegenüber der Konzeption der Ständigen Kommissionen.¹¹²⁴ Deren Zahl, Zusammensetzung und Zuständigkeiten sollte der Meinung der hessischen Politikwissenschaftler zufolge in die universitäre Satzungskompetenz fallen.¹¹²⁵ Diese Forderung verweist wiederum auf ein Bestreben, das bei den verschiedenen universitären Gruppen zu finden ist: die akademische Autonomie aufrechtzuerhalten, wenn nicht sogar auszubauen. Aus diesem Grund ist das Argument der Freiheit von Forschung und Lehre ein viel zitiertes, das nicht nur von den Gießener Hochschullehrern gebraucht wurde.¹¹²⁶ Auch der Frankfurter Akademische Senat plädierte für ein Mindestmaß an Autonomie, da ein Fortschritt der Wissenschaft nur in Freiheit realisiert werden könne.¹¹²⁷

Obgleich verschiedene Vorschläge hinsichtlich der Einführung von Fachbereichen anstelle der tradierten Fakultäten gemacht wurden – so wies beispielsweise der A-

¹¹²¹ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7586 d): Brief Varains, Seminar für Wissenschaft von der Politik, an den Kultusminister (11. Februar 1969): Stellungnahme zum Referentenentwurf für ein hessisches Universitätsgesetz.

¹¹²² Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7588: Stellungnahme der südhessischen Jungsozialisten zum Entwurf eines Hessischen Hochschulgesetzes. Diese Stellungnahme wurde auf der Funktionärskonferenz der südhessischen Jungsozialisten am 7. und 8. Dezember verabschiedet. (Referenten-Entwurf).

¹¹²³ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6207: Professoren Antrick, Erbslöh, Schmutterer, Simitis, Staudinger und Wewetzer, Gießen vom 23. Oktober 1968, Nr. 118: Stellungnahme einer Versammlung Gießener Hochschullehrer zum Referentenentwurf für ein Hessisches Universitätsgesetz (ausgearbeitet durch einen von der Versammlung am 21. Oktober 1968 eingesetzten Redaktionsausschuss).

¹¹²⁴ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7588: Stellungnahme der südhessischen Jungsozialisten zum Entwurf eines Hessischen Hochschulgesetzes. Diese Stellungnahme wurde auf der Funktionärskonferenz der südhessischen Jungsozialisten am 7. und 8. Dezember verabschiedet. (Referenten-Entwurf).

¹¹²⁵ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7586 d): Brief Varains, Seminar für Wissenschaft von der Politik, an den Kultusminister (11. Februar 1969): Stellungnahme zum Referentenentwurf für ein hessisches Universitätsgesetz.

¹¹²⁶ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6207: Professoren Antrick, Erbslöh, Schmutterer, Simitis, Staudinger und Wewetzer, Gießen vom 23. Oktober 1968, Nr. 118: Stellungnahme einer Versammlung Gießener Hochschullehrer zum Referentenentwurf für ein Hessisches Universitätsgesetz (ausgearbeitet durch einen von der Versammlung am 21. Oktober 1968 eingesetzten Redaktionsausschuss).

¹¹²⁷ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6206: Stellungnahme des Senats zum Referentenentwurf eines Gesetzes über die Universitäten des Landes Hessen (23. Oktober 1968), Nr. 107.

kademische Senat der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität darauf hin, dass die Fachbereiche nicht allzu groß sein dürften, da sie Verwaltungseinheiten darstellten¹¹²⁸, war der Themenkomplex erheblich weniger kontrovers diskutiert, zumal es sich bei diesem primär um einen organisatorischen Aspekt handelte. Die Einsicht, dass die Fakultäten nicht mehr als solche arbeitsfähig waren, hatte sich bis zu diesem Zeitpunkt bereits durchgesetzt. Neben der skeptischen Haltung der Verfassungskommission der Technischen Universität Darmstadt¹¹²⁹ liefen lediglich die Medizinischen Fakultäten gegen die sich abzeichnende Entwicklung Sturm, was sie in ihrer Stellungnahme vom 25. Oktober 1968 mit dem Hinweis auf ihre Sorge um die Weiterentwicklung ihres eigenen Faches zu rechtfertigen suchten. In dieser artikulierten sie die Überlegungen, die sie hinsichtlich einer Aufgliederung der Medizinischen Fakultäten, angestellt hatten. Eine solche würde ihrer Meinung zufolge, die vor dem Hintergrund der realiter bestehenden Sachzwänge durchaus nachvollziehbar ist, immense Probleme mit sich bringen. Da die Medizin ärztlich ausgerichtet sei, könne sie nur als Ganzes einen sinnvollen Fachbereich darstellen. Da der Referentenentwurf jedoch den Fachbereich als kleinste Verwaltungseinheit vorsah, sei diese Lösung indiskutabel. Eine Auflösung in einzelne Fachbereiche lehnten die Medizinischen Fakultäten aus verschiedenen Gründen ab: Da der Gesetzgeber für die Ausbildung von Ärzten die Erfüllung der Bestallungsordnung fordere, das Ausmaß und Ziel der Unterrichtsveranstaltungen abzustimmen sei, sei ein den Fachbereichen übergeordnetes Gremium unerlässlich. Auch für Habilitations- und Promotionsordnungen und zur Steuerung der ärztlichen und wissenschaftlichen Institutionen sei ein solches eine *Conditio sine qua non*. Um eine effiziente Arbeitsweise beim Einsatz der Dienstleistungsbetriebe garantieren zu können, bestehe eine dringende Notwendigkeit zur innerinstitutionellen Kooperation. Für die Medizinischen Fakultäten war eine Gliederung in Fachbereiche als Verwaltungseinheiten nur im Falle von Baumaßnahmen, die die bis dato bestehenden Institute in unmittelbare Nachbarschaft bringen würden, diskutabel. Dafür seien jedoch die finanziellen Voraussetzungen nicht gegeben. Weitere Probleme verursache eine gemeinsame akademische und etatmäßige Verwaltung der jeweiligen Fachbereiche. Die Departments seien zu klein, um einen Fachbereich zu bilden, was so viel bedeute, als dass die Konzeption des Fachbereichs in der Medizin nicht die Vorteile mit sich brächte,

¹¹²⁸ Vgl. ebd.

¹¹²⁹ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6206: Verfassungskommission der Technischen Hochschule Darmstadt vom 25. Oktober 1968, Nr. 113.

die dem Departmentsystem zukommen würden. Da man die Zuordnung der Kliniken zu Fachbereichen als wenig gewinnbringend hinsichtlich der Koordination von Forschung, Lehre, Krankenversorgung oder Verwaltung erachtete, sah man sich veranlasst den Ratschlag zur Zusammenlegung zu Zentren auszusprechen. Ferner verfügten die Kliniken bereits über eine zentrale Verwaltung, die ein großes Volumen bewältige. Die Medizinischen Fakultäten konnten es sich nicht vorstellen, diese Verwaltung zugunsten kleinerer Einheiten aufzulösen. Genauso wenig konnten sie es sich vorstellen, dass die Fachbereiche ihren Aufgaben der akademischen und der Etatverwaltung ohne einen komplexen Verwaltungsapparat nachkommen könnten. Stattdessen empfahlen die Medizinischen Fakultäten – so weit es noch nicht geschehen war – die einzelnen Einrichtungen der Medizinischen Fakultäten einer gemeinsamen Wirtschaftsverwaltung zu unterstellen. Hinsichtlich des Präsidenten merkten sie an, dass dieser mit einem fachkundigen Beirat versehen werden müsste, damit die Belange künftiger Medizinischer Fachbereiche berücksichtigt würden. Vor dem Hintergrund dieser Monita forderten die drei hessischen Medizinischen Fakultäten übereinstimmend die Beibehaltung der Fakultät. „Institute und Kliniken sollten nicht nur als Arbeits-, sondern auch als Verwaltungseinheiten erhalten bleiben.“¹¹³⁰

Die Stellungnahmen bezüglich der geplanten Verwaltungs- bzw. Organisationsreform reichten von ganz allgemeinen Äußerungen wie die der Konferenz der Sprecher der Akademischen Mitarbeiter¹¹³¹, die sich für eine Konkretisierung und Simplifizierung der Verteilung der Aufgaben auf die Organe auf der Zentralebene und für die Reduzierung der an der Selbstverwaltung beteiligten Mitglieder der Körperschaft aussprachen, bis hin zu ganz konkreten Monita bzw. Vorschlägen. So sprach der Akademische Senat der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität die Empfehlung

¹¹³⁰ Des Weiteren schlugen sie vor, sachverwandte Einrichtungen, wie Kliniken und Institute, zu größeren besser funktionsfähigen Einheiten, wie Zentren oder Departments, zusammenzuschließen. Um die Fakultätsarbeit zu erleichtern, sollten Sektionen, eine Fakultätsspitze und eine Fakultätsversammlung eingerichtet werden. Die Medizinischen Fakultäten sprachen des Weiteren die Empfehlung aus, genügend Spielraum für die Erprobung unterschiedlicher Formen der akademischen und Wirtschaftsverwaltung bei einer gesetzlichen Regelung ihrer Organisation zu lassen. Am Schluss regten sie an, bei der Koordinierung zwischen und innerhalb von Instituten und Kliniken sorgfältig abzuwägen, ob die Notwendigkeit tatsächlich gegeben sei, Entscheidungsbefugnisse auf neuere oder übergeordnete Instanzen vorzunehmen oder ob dies einen unzumutbaren Eingriff in die persönliche Entfaltung darstelle. Eine solch streng einheitliche Organisationsform würde der Mannigfaltigkeit der medizinischen Einrichtungen nicht gerecht werden. (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6208: Stellungnahme der Hessischen Medizinischen Fakultäten zum Referentenentwurf für das Universitätsgesetz, betr.: Vorbereitung für ein neues Hessisches Universitätsgesetz (Gießen, 25. Oktober 1968)).

¹¹³¹ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6206: Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Sprecher der akademischen Mitarbeiter in Hessen, H. Brinckmann an Kultusminister, betr.: Stellungnahme der Akademischen Mitarbeiter in Hessen zum Referentenentwurf eines Universitätsgesetzes (25. Oktober 1968).

aus, dass sich der Senat nur aus den Vorsitzenden der Koordinierungsgremien und Vertretern der Assistenten und Studenten konstituieren sollte, um ihn als arbeitsfähiges Gremium zu etablieren.¹¹³² Auch die bereits erwähnten Sprecher der Akademischen Mitarbeiter konnte die Konzeption des Senats im Referentenentwurf nicht überzeugen: „Wird der Senat lediglich als Gremium konzipiert, das einmalige und generelle Entscheidungen zu treffen hat, während die eigentliche Entscheidungskompetenz bei den Ständigen Kommissionen liegt, so erscheint die Einrichtung eines Senates neben einem gleichfalls repräsentativ zusammengesetzten Konzil als überflüssig.“ Ihr Gegenvorschlag sah den Senat als Plenum der Ausschüsse vor, auf die der Senat seine Entscheidungskompetenzen übertragen sollte. Mitglieder der Ausschüsse sollten Mitglieder des Senats sein. Großer Vorteil dieser Konstruktion sei die Erhaltung der Funktion des Senats als kollegiales und zentrales Koordinierungs- und Entscheidungsgremium, indem er zwar Entscheidungsbefugnisse auf Kommissionen übertragen könne, jedoch in jedem Einzelfalle die Entscheidung wiederum an sich zu ziehen befugt sei. Zudem sei der Senat durch diese Lösung als Plenum aus Personen zusammengesetzt, die Kompetenz zur sachlichen Entscheidung besäßen; die Zahl der an der Selbstverwaltung in Zentralebene beteiligten Personen würde darüber hinaus verkleinert.¹¹³³

Wurde das Thema Neuregelung der Haushaltsführung durch Zuweisung eines Globaletats vornehmlich vonseiten der Hochschullehrer aufgegriffen und auch begrüßt¹¹³⁴, wurde das Thema des Ordnungsrechts, das insgesamt im Diskurs einen

¹¹³² Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6206: Stellungnahme des Senats zum Referentenentwurf eines Gesetzes über die Universitäten des Landes Hessen (23. Oktober 1968), Nr. 107.

¹¹³³ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6206: Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Sprecher der akademischen Mitarbeiter in Hessen, H. Brinckmann an Kultusminister, betr.: Stellungnahme der Akademischen Mitarbeiter in Hessen zum Referentenentwurf eines Universitätsgesetzes (25. Oktober 1968).

¹¹³⁴ Es stellt eine weitere Facette des Diskurses dar, das auch vom Hochschulverband aufgegriffen wurde. Dieser begrüßte den Vorschlag, „soweit durch die Gewährung von Globaletats an Universitäten die Instanzen für die Mittelverteilung in engeren Zusammenhang mit Stellen des Mittelbedarfs gebracht und hierdurch der Vorgang der Bewilligung von Mitteln verkürzt und versachlicht werden könnte.“ (HHStA, Abt. 504, Nr. 6206: Brief Professors Dr. H. Ehrhardt, Hochschulverband des Landes Hessen, an den Kultusminister Schütte (22. Oktober 1968)). Doch galt es seines Erachtens verschiedene Schwierigkeiten zu vermeiden: Neben der Vorbereitung des Landtages auf die zu treffende Entscheidung über die Höhe des Globaletats dürften nicht diejenigen darüber entscheiden, die selbst diese Mittel verbrauchen wollten. Zudem postulierte der Landesverband die Mindestausstattung für Hochschullehrer mit selbstständigem Forschungsbereich. (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6206: Brief Professors Dr. H. Ehrhardt, Hochschulverband des Landes Hessen, an den Kultusminister Schütte (22. Oktober 1968)). Auch der Akademische Senat der Frankfurter Universität begrüßte das Prinzip der Globalzuweisungen. (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6206: Stellungnahme des Senats zum Referentenentwurf eines Gesetzes über die Universitäten des Landes Hessen (23. Oktober 1968), Nr. 107). Mit dem Grundtenor des Entwurfs, die Autonomie der Hochschule durch Zuweisung der Haushaltskompetenz zu erweitern, ging auch die Konferenz der Sprecher der Akademischen Mitarbeiter d'accord. (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6206: Brief des Vorsitzenden der Konferenz der Spre-

untergeordneten Stellenwert einnahm, vorrangig von Studenten thematisiert bzw. kritisiert. Die anderen akademischen Gruppen blendeten dies zumeist in ihren Stellungnahmen aus. Lediglich die hessischen Politologen richteten ihre Aufmerksamkeit auf das Ordnungsrecht, das im Referentenentwurf an die Stelle des vormaligen Disziplinarrechts getreten war. Diesbezüglich vertraten sie die Meinung, dass das Gesetz ein für alle Universitätsmitglieder und -angehörigen allgemein geltendes Ordnungsrecht etablieren sollte.¹¹³⁵

3.2.3.3 Die Reaktionen der Gewerkschaft

Der Deutsche Gewerkschaftsbund meldete sich ebenfalls in der Diskussion um den Referentenentwurf zu Wort und befürwortete explizit die Grundtendenzen desselben: angefangen bei der Zusammenfassung der Universitäten, Kunsthochschulen und Fachhochschulen zu einem Gesamthochschulbereich (Rahmengesetz), über die Einführung des Präsidialprinzips bis hin zu dem Versuch, die akademische Freiheit und die gesellschaftliche Kontrolle mithilfe des Kuratoriums in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen.¹¹³⁶ Auch die Neugliederung der Universitäten in Fachbereiche als Grundeinheiten von Lehre und Forschung und die intendierte Partizipation der Wissenschaftlichen Mitarbeiter und Studenten im Konzil der Universität stießen auf positive Resonanz. Additiv begrüßte man die Reformversuche bezüglich der Universitäts-/Finanzverwaltung.¹¹³⁷ Dennoch war der DGB durchaus nicht in toto mit dem Referentenentwurf zufrieden. In Bezug auf das Rahmengesetz postulierte der DGB-Landesbezirk Hessen eine Verpflichtung der Hochschule, durch stärkere Kooperation ein Gesamthochschulsystem zu realisieren; schließlich ging es den Gewerkschaften um die Realisierung einer stärkeren Durchlässigkeit im Bildungswesen und damit um die Erzielung von Chancengleichheit. Die Aufnahme weiterer Bereiche in den Kunst- und Fachhochschulbereich stand an zweiter Stelle ihrer Forderungen.¹¹³⁸

cher der akademischen Mitarbeiter in Hessen, H. Brinckmann an Kultusminister, betr.: Stellungnahme der Akademischen Mitarbeiter in Hessen zum Referentenentwurf eines Universitätsgesetzes (25. Oktober 1968)).

¹¹³⁵ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7586 d): Brief Varains, Seminar für Wissenschaft von der Politik, an den Kultusminister (11. Februar 1969): Stellungnahme zum Referentenentwurf für ein hessisches Universitätsgesetz.

¹¹³⁶ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7594: Änderungsvorschläge des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Landesbezirk Hessen zum Referentenentwurf eines Gesetzes über die Hochschulen des Landes Hessen (Rahmengesetz) und zum Referentenentwurf eines Gesetzes über die Universitäten des Landes Hessen (Universitätsgesetz) (ohne Angabe).

¹¹³⁷ Vgl. ebd.

¹¹³⁸ Vgl. ebd.

Da sein primäres Ziel in der Demokratisierung der Hochschulen bestand, forcierte der DGB sowohl im Kontext des Rahmen- als auch des Universitätsgesetzes ein Mitbestimmungsrecht für die technischen und verwaltungstechnischen Mitarbeiter in den beschließenden und ausführenden Kollegialorganen:

Für den DGB ist die Durchsetzung dieser Forderung für jegliche gesetzliche Neuregelung im Hochschulbereich unabdingbar. Zu einer Demokratisierung der Hochschule gehört, daß man nicht nur den Hochschullehrern, wissenschaftlichen Mitarbeitern und Studenten, sondern auch den übrigen Beschäftigten ein Mitbestimmungsrecht garantiert.¹¹³⁹

Da das Konzil zum stärksten Selbstverwaltungsorgan werden sollte, könnten der Senat und die Kommissionen, wie sie im Referentenentwurf vorgeschlagen wurden, entfallen. Auch der Präsident sollte der Kontrolle dieses Organs stärker unterzogen werden.¹¹⁴⁰ Dass der DGB die Demokratisierung der Hochschule auf seine Fahnen geschrieben hatte, zeigen erneut die Forderungen bezüglich der Zusammensetzung des Kuratoriums und auch der Fachbereichskonferenz: Die Zahl der Mitglieder, die das Konzil bestimmen sollte, war dem DGB zufolge von vier auf sechs zu erhöhen. Signifikant war die sich anschließende Forderung, dass diese sechs Mitglieder jeweils zwei Hochschullehrer, Assistenten und Studenten sein sollten. Zudem forcierte der Deutsche Gewerkschaftsbund die Erhöhung der Vertreter des technischen und verwaltungstechnischen Personals von zwei auf drei Mitglieder. Auch die Fachbereichskonferenz, bestehend aus höchstens 40 Mitgliedern, sollte sich paritätisch aus Hochschullehrern, Wissenschaftlichen Mitarbeitern, Studenten und übrigem Personal zusammensetzen. Eine Differenzierung in Bezug auf die Lehrkörperstruktur sollte lediglich in zwei Gruppen, nämlich in die Hochschullehrer und in die Wissenschaftlichen Mitarbeiter, vorgenommen werden, um ein größeres Maß an Einheitlichkeit und Übersichtlichkeit zu erzielen.¹¹⁴¹

¹¹³⁹ HHStA, Abt. 504, Nr. 7594: DGB Pressedienst: Deutscher Gewerkschaftsbund. Landesbezirk Hessen: DGB zur Hochschulreform in Hessen (Frankfurt am Main, 18. Dezember 1968).

¹¹⁴⁰ Es wurde gefordert, dass das Konzil das Recht erhalten solle, den Präsidenten mit einer Mehrheit von Zweidrittel der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder abzuwählen.

¹¹⁴¹ Vgl. ebd.

3.2.3.4 Der Gießener Diskurs

3.2.3.4.1 *Reaktionen des Senats*

Da „die Referentenentwürfe für ein Hochschulrahmengesetz und ein Universitätsgesetz [...] eine tiefgreifende Umgestaltung des hessischen Hochschulgesetzes im ganzen wie im speziellen“ vorsahen und gerade auch vom Entwurf eines Universitätsgesetzes gravierende Probleme erwartet wurden, wollte sie der Gießener Senat gründlich prüfen. Konnte die vom Kultusminister gesetzte Frist für eine abschließende Stellungnahme des Senats zwar letztlich nicht eingehalten werden, stellte dieses Gießener Gremium jedoch fest, dass der Entwurf eines Universitätsgesetzes in der ihm vorliegenden Form schweren Bedenken begegnete und in verschiedenen Punkten korrekturbedürftig sei. Mit einem Appell an den Kultusminister, das weitere Vorgehen nicht zu überstürzen, endete die vorläufige Stellungnahme vom 23. Oktober 1968 schließlich.¹¹⁴²

3.2.3.4.2 *Reaktionen der Fakultäten*

Nach einer gründlichen Prüfung des Referentenentwurfes während vieler Diskussionen nahmen die einzelnen Fakultäten der Justus-Liebig-Universität Gießen ebenfalls Stellung zu diesem. Bereits ein erster cursorischer Blick lässt viele Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede zutage treten: So zeichnet sich die Stellungnahme der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät durch ihren generellen, formaljuristischen Zugang der Beurteilung aus, während sich die Majorität der restlichen Fakultäten vornehmlich bewusst auf den organisatorischen Aspekt, nämlich die Aufgliederung der eigenen Fakultät in Fachbereiche, konzentrierte.¹¹⁴³

Zudem brachte die Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät eine Reihe anderer Einwände vor, die sowohl die Umständlichkeit als auch den Schematismus verschiedener Paragraphen betrafen.¹¹⁴⁴

¹¹⁴² Vgl. Zum Referentenentwurf eines Hessischen Universitätsgesetzes. Stellungnahme des Senats vom 23. Oktober 1968. In: Justus-Liebig-Universität Gießen. Mitteilungsblatt des Rektorats 6 (7. November 1968). S. 1.

¹¹⁴³ So erwog beispielsweise die Philosophische Fakultät eine Aufgliederung in die drei Fachbereiche:

1. Sprach-, Literaturwissenschaften und Philosophie
2. Geschichte, Altertumswissenschaften und Kunstgeschichte
3. Sozialwissenschaften.

¹¹⁴⁴ So kritisierte sie die Tatsache, dass neben der staatlichen Genehmigung von Habilitations- und Promotionsordnungen die Zustimmung des Senats durch den Referentenentwurf fixiert werde. Des Weiteren wurde § 24 II als zu starre Regelung wahrgenommen, da die Errichtung drei verschiedener und dennoch nicht genau in ihren Kompetenzen abgegrenzter Ausschüsse – ihrer Meinung nach – empfehlenswert erschien. Auch die Bestimmung des § 26 sollte weiter gefasst werden, um der Interdisziplinarität Rechnung zu tragen.

Neben dem Aspekt der Organisation war die Autonomie ein weiteres Thema innerhalb der Diskussionen um den Referentenentwurf auf Fachbereichsebene. Den Wirtschaftswissenschaftlern und Juristen missfiel die Regelung, nach der der Kultusminister für die Zahl und Bildung der Fachbereiche verantwortlich zeichnen sollte. Sie konterkarierte das in der Hessischen Verfassung garantierte Prinzip der Organisationsautonomie der Universität. Vielmehr müsse die Universität gleichberechtigt mit dem Kultusminister entscheiden dürfen.¹¹⁴⁵ Kongruent hierzu war die Haltung der Landwirtschaftlichen Fakultät, die ebenfalls den Inhalt des § 25 kritisierte.¹¹⁴⁶

War auch die Naturwissenschaftliche Fakultät schon durchaus sehr auf ihre eigenen Interessen bedacht¹¹⁴⁷ – wie anhand der Forderung, dass jedes Institut eine Mindestausstattung erhalten müsse, durchscheint – präsentiert sich die Medizinische Fakultät dem Rezipienten in ihrer Stellungnahme besonders selbstreferentiell.

Gemeinsam mit der Veterinärmedizinischen Fakultät stand sie dem Referentenentwurf diametral gegenüber, da sie berechtigtereise eine Verschlechterung der bisherigen Situation erwartete: Ausführlichst – mit Hinweis auf eine mögliche Desintegration der ärztlichen Ausbildung¹¹⁴⁸ – argumentierte ihr Dekan daher gegen die Aufspaltung: Infolge einer solchen Aufgliederung der Medizinischen Fakultät in Fachbereiche würde kein universitäres Organ mehr existieren, das die Verantwortung „für die an die Bestallungsordnung für Ärzte gebundene, allen Fachbereichen auch künftig gemeinsam obliegende Ausbildungsfunktion für den ärztlichen Nachwuchs“ übernehme. Das Vorschlagsrecht zur Ergänzung des Lehrkörpers erfordere genauso wie die Habilitations- und Promotionsordnungen ein übergeordnetes Gremium. Abschließend fasste der Dekan seinen Standpunkt folgendermaßen zusammen:

¹¹⁴⁵ Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Erlasse des Kultus-, Finanz- und Justizministers. 1965-1971: Brief an den Herrn Hessischen Kultusminister: Stellungnahme der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät vom 17. Oktober 1968 (21. Oktober 1968).

¹¹⁴⁶ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6208: Brief des Dekans der Landwirtschaftlichen Fakultät der Justus-Liebig-Universität, Meimberg, an den Kultusminister, betr.: Referentenentwurf eines Gesetzes über die Unis in Hessen (Universitätsgesetz), hier: Fachbereiche (17. Oktober 1968).

¹¹⁴⁷ Die Naturwissenschaftliche Fakultät schlug vor, sich in die Fachbereiche Mathematik, Physik, Chemie, Biologie und Erdwissenschaften zu untergliedern. Jedoch sollte die Fakultät, wenn nicht als Verwaltungseinheit, so doch zumindest als loser Zusammenschluss der fünf Fachbereiche fortbestehen: „Die Fakultät bleibt zuständig für Habilitationen, Berufungen sowie für die Koordinierung der Studienpläne, Prüfungsordnungen und Lehrveranstaltungen. Sie dient ferner als gemeinsames Prüfungsamt. Auf diese Weise bleibt die unbedingt erforderliche Zusammenarbeit der fünf Fachbereiche gewahrt.“ (Zum Referentenentwurf eines Hessischen Universitätsgesetzes. Stellungnahme der Fakultäten. In: Justus-Liebig-Universität. Mitteilungsblatt des Rektorats Nr. 6 (7. November 1968). S. 2-6. Hier: S. 2).

¹¹⁴⁸ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6208: Brief Dekan Straubs der Medizinischen Fakultät an den Rektor (21. Oktober 1968).

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß die im Entwurf zum neuen hessischen Hochschulgesetz vorgesehene Einrichtung von Fachbereichen als funktionsfähige Selbstverwaltungsorgane oberhalb der Lehrstuhlebene nicht mit einer Auflösung der Fakultäten verbunden sein sollte. Sachdienlicher erscheint es, den historisch gewachsenen Verbund der medizinischen Teildisziplinen im Rahmen der Fakultät zu belassen, gegebenenfalls als freiwilliger Zusammenschluss der medizinischen Fachbereiche, ohne damit eine neue Selbstverwaltungseinheit zu konstituieren, ein Vorschlag, wie er auch im sogenannten Biedenkopf-Entwurf der Rektoren-Konferenz von Nordrhein-Westfalen enthalten ist.¹¹⁴⁹

Genauso wie die Mediziner kamen auch die Veterinärmediziner zu dem Ergebnis, dass „einer Beseitigung der jetzigen Organisationsform der Veterinärmedizinischen Fakultät [...] nicht zugestimmt werden [kann; C.S.]“. Kategorisch erklärten sie: „Für die im Referentenentwurf zur Novellierung eines Hessischen Universitätsgesetzes sichtbar werdende Dekonstruktion in Lehre, Klinik und Forschung bewährter Organisationsformen sieht die Fakultät keine Begründung.“¹¹⁵⁰ Zur Erläuterung verwiesen sie zum einen auf die zweckmäßige Größe der Fakultät und zum anderen – ähnlich wie die Humanmediziner – auf ihre Ausbildungsfunktion. Dass die Veterinärmediziner Innovationen eher skeptisch gegenübertraten, verifiziert ihr Votum für die Beibehaltung der Kliniken und Institute als Grundeinheiten für Lehre, Klinik und Forschung, aber auch ihre Aussprache zugunsten der bewährten monokratischen Struktur auf dem Sektor der Kliniken.¹¹⁵¹

Schließlich reihte sich die Landwirtschaftliche Fakultät ebenfalls in die Phalanx der Fakultäten ein, die sich nur die Überführung der bestehenden Fakultät in einen Fachbereich, einhergehend allerdings mit der „Zusammenfassung von einzelnen Instituten zu Forschungs- und Verwaltungseinheiten“, vorstellen konnte.¹¹⁵²

Kontroverse Diskussionen löste die Frage der Neugliederung in Fachbereiche in der Abteilung für Erziehungswissenschaften aus, die ebenfalls diese in das Zentrum ihrer Erörterungen des Referentenentwurfes gestellt hatte. Dabei wurden primär die

¹¹⁴⁹ Vgl. ebd.

¹¹⁵⁰ Zum Referentenentwurf eines Hessischen Universitätsgesetzes. Stellungnahme der Fakultäten. In: Justus-Liebig-Universität. Mitteilungsblatt des Rektorats Nr. 6 (7. November 1968). S. 5.

¹¹⁵¹ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6208: Stellungnahme (beschlossen in der Sitzung vom 18. Oktober) der Veterinärmedizinischen Fakultät zur Frage der Organisation von Fachbereichen (21. Oktober 1968).

¹¹⁵² Sie war ferner der Ansicht, dass zwei Änderungen bezüglich der Verfügungsgewalt des Fachbereichs über die Mittelverteilung für Forschung und Lehre vorzunehmen seien.

„Möglichkeiten der bisher bestehenden Seminare/Institute der Abteilung für Erziehungswissenschaften zu möglichen Fachbereichen, insbesondere mit den dabei für die Didaktiken sich ergebenden Problemen“ diskutiert. Vorgeschlagen wurden hierfür zwei Modelle, auf die im vierten Kapitel noch näher eingegangen wird.¹¹⁵³

3.2.3.4.3 Reaktionen Gießener Hochschullehrer

Da viele Professoren der Justus-Liebig-Universität tatsächlich nicht nur dem Papier nach um eine Reform der Universitätsstrukturen bemüht waren, begrüßte auch die Versammlung der Gießener Hochschullehrer durchaus verschiedene Aspekte des Referentenentwurfes wie beispielsweise die Präsidialverfassung und den Globalhaushalt.¹¹⁵⁴ Doch ihr Hinweis, dass sich der Entwurf genauso wie alle anderen Reformmaßnahmen die im Grundgesetz und die in der Hessischen Verfassung garantierte Freiheit von Forschung und Lehre zu respektieren habe, bedeutete den Auftakt zu einer Reihe von konkreten Änderungsvorschlägen, die den zunächst positiven Grundtenor doch erheblich relativieren: An erster Stelle des von ihnen vorgetragenen Katalogs stand die Forderung nach der alleinigen Mitwirkung des Konzils bei der Ernennung und der Abberufung des Präsidenten. Um Konflikten präventiv zu begegnen, sollte dessen Aufgabenbereich genauso wie der des ersten Vizepräsidenten präzise umschrieben werden. Sowohl die für das Konzil und die anderen Organe vorgesehene Gruppenteilung als auch die Repräsentation in den verschiedenen Organen war nach Meinung der Unterzeichnenden nochmals zu überdenken.¹¹⁵⁵ Die nachfolgenden Forderungen waren gänzlich dem Erhalt der institutionell-universitären Freiheit verpflichtet: Diametral zum Referentenentwurf sollte die Zusammensetzung des Kuratoriums seinen Charakter als *u n i v e r s i t ä r e s* Organ widerspiegeln.¹¹⁵⁶ Die Fachbereiche bzw. die aus den Fachbereichen zusammenge-

¹¹⁵³ UAG, Abteilung für Erziehungswissenschaften, Karton 20: Protokolle 1968-1969: Rat der AfE, betr.: Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes, hier: Beratung der AfE über Fachbereiche.

¹¹⁵⁴ Vgl. UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 31: Fachbereiche, Hochschulgesetz 1968-1971: Stellungnahme einer Versammlung Gießener Hochschullehrer zum Referentenentwurf für ein hessisches Universitätsgesetz (ausgearbeitet durch einen von der Versammlung am 21. Oktober 1968 eingesetzten Redaktionsausschuss) (23. Oktober 1968). Unterzeichnet worden war die Stellungnahme von Antrick (Politische Wissenschaft), Erbslöh (Medizin), Schmutterer (Biologie), Simitis (Rechtswissenschaft), Staudinger (Biochemie) und Wewetzer (Psychologie).

¹¹⁵⁵ Vgl. ebd.

¹¹⁵⁶ Das hieß konkret, dass ihm der Universitätspräsident als Vorsitzender, die beiden Vizepräsidenten, der Vorsitzende des Konzils, zwei beamtete Hochschullehrer, ein Vertreter der Wissenschaftlichen Mitarbeiter und ein Vertreter der Studenten angehören sollten. Von staatlicher Seite aus sollten der Kultusminister oder ein ständiger Vertreter, der Finanzminister oder ein ständiger Vertreter, je ein Mitglied des Haushaltsausschusses und des Kulturpolitischen Ausschusses des Landtages, der Oberbürgermeister der Universitätsstadt und drei Vertreter des öffentlichen Lebens, die durch den Ministerpräsidenten aus einem gemeinsam Vorschlag von Präsident und Senat zu wählen seien,

setzten Gremien der akademischen Selbstverwaltung sollten die Entscheidungskompetenz in Bezug auf Habilitations-, Promotions- und andere Prüfungsordnungen erhalten. Der Kultusminister sollte nur aus rechtlichen Gründen seine Genehmigung verweigern dürfen¹¹⁵⁷ – mit Vehemenz also versuchte die Versammlung ein „Hineinregieren“ des Staates auf diesem ureigenen universitären Gebiet zu verhindern.

D’ accord gingen die Gießener Hochschullehrer mit der Ansicht des Referentenentwurfes, dass der Fachbereich die organisatorische Grundeinheit von Forschung und Lehre repräsentieren solle. Da dabei universitätsspezifischen Entwicklungen Rechnung getragen werden müsse, wäre es essentiell, sich ausschließlich bei der Zahl und des Gegenstandes an den Vorschlägen des Senats der jeweiligen Universität zu halten.¹¹⁵⁸ Dies bedeutete erneut nichts anderes, als dass man die organisatorischen Maßnahmen vonseiten des Staates akzeptierte, jedoch die Verantwortung für die inhaltliche Ausgestaltung selbst einforderte. Schließlich plädierten sie für die Etablierung besonderer Gremien der akademischen Selbstverwaltung zwischen Fachbereichen und Senat.¹¹⁵⁹

Erheblich vehementer fiel die Opposition einzelner Hochschullehrer aus, wie die Bemerkungen des Juristen Ridder¹¹⁶⁰ aus dem gleichen Monat demonstriert: Schon relativ weit zu Beginn der analysierten Quelle kommt er zu dem Ergebnis, dass „die tradierte Universitätsstruktur in Wirklichkeit zugunsten einer tief eingreifenden Fremdbestimmung aufgebrochen“ werde, hatte er also die eigentliche Intention des Staates erkannt. Der Referentenentwurf lege zu sehr Wert auf optische Vordergründigkeiten, nur nachrangige Aspekte inhaltlicher Art fänden Berücksichtigung. Harsche Kritik erntete auch die Institution des zweiten Vizepräsidenten, der von Ridder gar als „staatlich ausgewachsener Kanzlernachfahre“ charakterisiert wurde, der „die

angehören. Auch an eine Partizipation – wenn auch nur mit beratender Stimme – der Vertreter des Personalrates dachte man.

¹¹⁵⁷ Vgl. ebd.

¹¹⁵⁸ Vgl. ebd.

¹¹⁵⁹ Vgl. ebd.

¹¹⁶⁰ Während Helmut Ridder (1919-2007) in den fünfziger Jahren in der Ordinarienenuniversität Karriere machte, geriet er parallel dazu zunehmend in einen Gegensatz zur herrschenden Politik. Die Linke hatte in Helmut Ridder einen zuverlässigen Verfechter, der sich für die Demokratie engagierte: Bemerkenswert für unseren Analysezeitraum ist die Tatsache, dass er in den 60er Jahren Vorsitzender des Kuratoriums Notstand der Demokratie, das sich gegen die Notstandsgesetzgebung wandte und von 1972 bis 1974 Vorstandsmitglied des Bundes demokratischer Wissenschaftler war. Mit seinen Forschungen konzentrierte er sich auf die Themen Grundrechte, deutsche und europäische Verfassungsgeschichte der Neuzeit, Medienrecht, Verfassungsgerichtsbarkeit, politisches Strafrecht, Teilgebiete des Urheberrechts und des allgemeinen Völkerrechts. (Vgl. Ridder, Helmut: In: Munzinger online. <http://www.munzinger.de>. Aufgerufen am 27.01.2010).

staatliche Fremdbestimmung der Universität beträchtlich¹¹⁶¹ verstärke.¹¹⁶² Intention seiner Ausführungen war es, zu zeigen, „dass die Präsidialverfassung der Referentenentwürfe zu einer veranstaltlichenden Indienstnahme der bislang in überkommenen Selbstverwaltungsinstitutionen eingekapselten Universität durch den ‚Staat‘“¹¹⁶³ beitrage. Ähnlich motiviert war Ridders Kritik am Kuratorium: Dieses von außen in die Universität implementierte Organ verfüge über ein ziemliches Schwergewicht, was es in der Tat von staatlicher Seite haben sollte.¹¹⁶⁴ Räumte er hinsichtlich der Fachbereiche ein, dass der Referentenentwurf brauchbare Ansätze liefere, brachte er Ridder hinsichtlich der Lehrkörperstruktur zu wenig Neues.¹¹⁶⁵ Und auch in der Stellungnahme des Juristen Mallmann, nur wenige Tage vor dieser verfasst, wird der Widerstand deutlich, obgleich er anfangs beteuerte, dass die Grundkonzeption des Entwurfs „weithin billigenswert“ sei. Auf Akzeptanz stieß konkret der Ausbau der universitären Selbstverwaltung und damit einhergehend der Abbau der unmittelbaren staatlichen Universitätsverwaltung, die Organisationsreform und die „funktionsbezogene, überholte Hierarchien abbauende Reform der Personalstruktur.“ Dennoch war es dem Entwurf, seines Erachtens, bis her nicht gelungen, diese in einem angemessenen Maße in die Realität umzusetzen; zudem weise er erhebliche Mängel auf: So war ihm der Entwurf zu wenig flexibel, beseitigte die dem Entwurf innewohnende Tendenz zu starrer Reglementierung die Organisationsautonomie der Universitäten fast vollständig. Viele Regelungen erschienen ihm des Weiteren als zu schematisch, weshalb sie wiederum notwendige konkrete Differenzierungen ausschlossen.¹¹⁶⁶

¹¹⁶¹ HHStA, Abt. 504, Nr. 6207: Professor Dr. H. Ridder: Bemerkungen zum Referentenentwurf (RE) eines Gesetzes über die Universitäten des Landes Hessen (Universitätsgesetz) nach dem Stand vom 20. September 1968. (Gießen, 28. Oktober 1968, Nr. 205).

¹¹⁶² Diese Sorge wird erst vor dem Hintergrund der von Erwin Stein in Gießen installierten Kanzler-Figur verständlich.

¹¹⁶³ HHStA, Abt. 504, Nr. 6207: Professor Dr. H. Ridder: Bemerkungen zum Referentenentwurf (RE) eines Gesetzes über die Universitäten des Landes Hessen (Universitätsgesetz) nach dem Stand vom 20. September 1968. (Gießen, 28. Oktober 1968, Nr. 205).

¹¹⁶⁴ Auch die Ständigen Kommissionen konnten seine Zustimmung nicht finden: Da bereits acht echte Zentralorgane der Universität existierten, präsentierte sich die Situation für ihn als „seltsames Bild eines inneruniversitären aufgesplitteten Zentralismus“.

¹¹⁶⁵ Unklar blieb seines Erachtens auch, wo der Student innerhalb der Universität eingeschrieben werde. Zum Oktroi bemerkte der Gießener Professor lediglich, dass dieser unmaskiert erfolgen und von beiden Seiten „ausgestanden“ werden müsse. Am Ende angelangt, monierte er am Auskunftsrecht, dass dieses in jener beliebig interpretierbaren Weite nicht bestehen bleiben könne. (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6207: Professor Dr. H. Ridder: Bemerkungen zum Referentenentwurf (RE) eines Gesetzes über die Universitäten des Landes Hessen (Universitätsgesetz) nach dem Stand vom 20. September 1968. (Gießen, 28. Oktober 1968, Nr. 205)).

¹¹⁶⁶ Als Beispiel für diesen „unsachgemäßen Schematismus“ führte er die Vorschriften über die Zusammensetzung der Kollegialorgane an. Eine abgestufte Mitsprache der Gruppenvertreter konnte die gefährdenden Konsequenzen der schematischen Zusammensetzung abmildern.

Seine besondere Kritik hatten jedoch die Regelungen in Bezug auf die Fachbereiche evoziert. Schließlich attestierte Mallmann dem Entwurf eine „Reihe von Inkonssequenzen, inneren Widersprüchen und Unklarheiten“; dominierende Prinzipien, wie beispielsweise die Beschränkung des Kultusministers auf die Rechtsaufsicht, würden nicht konsequent realisiert, womit er zum eigentlichen Nukleus seiner Kritik kommt: So erhalte der Kultusminister durch den Entwurf erhebliche, über die Rechtsaufsicht hinausreichende Kompetenzen.¹¹⁶⁷ Äußerst widersprüchlich erschien dem Gießener Juristen auch die Neigung des Entwurfes, in organisationsrechtlichen Abschnitten sehr stark reglementieren zu wollen, sich jedoch in anderen Bereichen, wo konkretere Regelungen vonnöten seien, zurückzuhalten: Abgesehen von „schwachen Ansätzen“ trage der Entwurf nicht wesentlich zur Reform der Personalstruktur bei. Seine Bemerkungen fasste er folgendermaßen zusammen:

Der Referentenentwurf ist in vorliegender Fassung noch nicht kabinetsreif. Würde er ohne durchgreifende Verbesserungen verabschiedet und in Kraft gesetzt, brächte er der Hochschulreform mehr Schaden als Nutzen. Er wäre sehr viel schneller reformbedürftig als das Hochschulgesetz von 1966.¹¹⁶⁸

Da er vermutete, dass es einige Zeit in Anspruch nehmen würde, bis das Universitätsgesetz – den Entwurf betrachtete er lediglich als brauchbare Diskussionsgrundlage – eine „ausgereifte, verabschiedungsreife Gestalt“ gewonnen hätte, schlug Mallmann die Verabschiedung einer Novelle zum Hochschulgesetz von 1966 vor.¹¹⁶⁹

Auch nach rund drei Monaten war die Kritik noch bei verschiedenen Hochschullehrern dominierend, wie die Stellungnahme des Mediziners Erbslöh, in der er den Aspekt der Wirtschaftsverwaltung und den der Koordinierung von akademischer Verwaltung und Wirtschaftsverwaltung in seiner Stellungnahme fokussierte, plastisch demonstriert.¹¹⁷⁰ Eine äußerst kritische Haltung nahm der Gießener Mediziner gegenüber der Beseitigung aller Rechte der Fakultäten und des Senats bezüglich der

¹¹⁶⁷ Wie Ridder kritisierte er die komplizierte Zersplitterung der zentralen Organe, die einer organisatorischen Konzentration auf der unteren Verwaltungsebene gegenüberstehe.

¹¹⁶⁸ HHStA, Abt. 504, Nr. 6207: Professor Dr. Walter Mallmann: Stellungnahme zu dem Referentenentwurf eines Gesetzes über die Universitäten des Landes Hessen (Universitätsgesetz) (Stand: 20. September 1968) (21. Oktober 1968).

¹¹⁶⁹ Diese sollte jene Vorschriften enthalten, die eine gänzliche Funktionsunfähigkeit der Universitäten Frankfurt am Main und Marburg verhinderten. (Vgl. ebd.).

¹¹⁷⁰ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 9: Hessisches Hochschulgesetz 4: Erbslöhs Stellungnahme zum Referentenentwurf des Hessischen Hochschulgesetzes (29. Januar 1969).

Vorschläge und Stellungnahmen zum Haushalt und zur Universitätsplanung ein. Für die Kollegialorgane und die Gremien der akademischen Selbstverwaltung seien keinerlei Möglichkeiten mehr gegeben, Einfluss auf die Entwicklung der Bauinvestitionen und des Haushalts der Universität, wichtige Faktoren für die Medizinische Fakultät¹¹⁷¹, zu nehmen, wohingegen eine Majorität außeruniversitärer Mitglieder des Kuratoriums den Haushaltsplan und die Gesamtplanung festlege. Damit werde die Planung als punctum saliens einer jeder fruchtbaren Entwicklung und jeder wirklichen permanenten Reform an der Universität den dort tätigen Forschern, Lehrern, Assistenten und auch Studenten entzogen.¹¹⁷² Erbslöh sah wohl die erfolgreich realisierte Studienreform an der Medizinischen Fakultät, die im Kapitel 4 thematisiert wird, in Gefahr.¹¹⁷³

Im Anschluss an dieses vernichtende Urteil listete er eine Reihe von Änderungsvorschlägen auf, um eine Verwaltungsreform zu realisieren: An vorderster Stelle wies er, ähnlich wie seine Kollegen, auf die Notwendigkeit hin, dass das oberste Wirtschafts- und Verwaltungsorgan, das den Haushaltsvorschlag für die Universität fixieren und beschließen sollte, ein echtes Kollegialorgan der Universität sein müsse. Das Kuratorium als echtes Kollegialorgan der universitären Verwaltungsspitze müsse dem Senat als Kollegialorgan der akademischen Führungsspitze gegenüberstehen. Ferner postulierte Erbslöh die Notwendigkeit, dass sich das Kuratorium neben den leitenden Verwaltungsbeamten der Universität aus den Vertretern der Hauptgruppen von Beamten und Angestellten der Universität unter der Leitung des Präsidenten bzw. Rektors und unter der stellvertretenden Leitung des Vizepräsidenten bzw. des Kanzlers konstituieren solle. Daraus resultierten Konsequenzen für das außeruniversitäre Aufsichtsorgan (Hochschulrat). Weitere seiner Vorschläge betrafen die Ebene der Fachbereiche.^{1174 1175}

¹¹⁷¹ Der Konnex zwischen Mittelverteilung und der Zukunft der jeweiligen Fakultät liegt auf der Hand.

¹¹⁷² Vgl. ebd.

¹¹⁷³ Ebd.: „Eine solche Konstruktion hat mit wirklicher Selbstverwaltung und Autonomie nicht mehr viel zu tun, die Universität wird dadurch zur abhängigen Behörde, die Planungs- und Entwicklungsarbeiten der Forscher sind auf die Gnade oder Ungnade in die Hände von Leuten gelegt, die vom Gegenstand der Forschung und Lehre nur unzureichend Bescheid wissen.“

¹¹⁷⁴ Vgl. ebd.

¹¹⁷⁵ In einem anderen, späteren Brief unterbreitete Erbslöh gemeinsam mit Habermann dem Kultusminister vier Vorschläge, die das Hessische Hochschulgesetz essentiell verbessern sollten: An erster Stelle forcierten sie die Einführung eines langjährigen, professionellen medizinischen Vizepräsidenten. Des Weiteren sollte eine Differenzierung zwischen beamteten (H 3, H 4) und angestellten (H 1, H 2) Hochschullehrern vorgenommen werden, die auch korporationsrechtlich ihren Niederschlag finden sollte und damit einen sehr frühen Ansatz zur Reform des Lehrkörpers darstellt. Die letztgenannte Gruppe sollte der der Assistenten zugeschlagen werden. Die Entwicklung einer Department-

3.2.4 Entwürfe der Landesregierung

Nachdem sich im Laufe der zweiten Hälfte des Jahres 1968 die Ereignisse weiter zugespitzt hatten – „Immer mehr Studenten streiken“, so resümierte die Frankfurter Rundschau –, die Streikaktionen der Frankfurter Studenten, die damit gegen die Hochschulpolitik der Hessischen Landesregierung opponierten, eine immer größere Dimension annahmen¹¹⁷⁶, legte die Hessische Landesregierung eine Woche nach der Vorlage eines Hochschulrahmengesetzes, Ende März 1969 also, ihre Entwürfe für ein neues Universitäts- und Hochschulgesetz vor. Der erst genannte beinhaltete spezielle Regelungen für die Universitäten, der zweit genannte übergreifende Regelungen für das Hochschulwesen des Landes. In Bezug auf den Entwurf des Universitätsgesetzes lassen sich folgende Hauptziele herauskristallisieren:

1. Die Herstellung und Sicherung der Funktionsfähigkeit der Universitäten bei gleichzeitiger Stärkung ihrer Selbstverwaltung und Selbstverantwortung,
2. Mitwirkung aller Gruppen an der Selbstverwaltung nach den Grundsätzen einer funktionsgerechten Beteiligung,
3. Öffentlichkeit der körperschaftlichen Willensbildung und der entscheidenden Akte der Selbstverwaltung,
4. Schaffung einer Einheitsverwaltung, die sich auf zwei Verwaltungsebenen konzentriert (Zentralverwaltung, Fachbereiche), unter Stärkung der Kontinuität in der Verwaltungsspitze,
5. Schaffung eines freien Raumes zur Erprobung von weitergehenden Reform- und Strukturmodellen auf der Grundlage der Fachbereiche in Arbeitsgruppen und Betriebseinheiten.¹¹⁷⁷

Die Majorität der Regelungen – abgesehen von der Ablösung des Rektorats durch eine Präsidialverfassung und abgesehen von Ziffer 5 – stand noch in der Traditionslinie überkommener Vorstellungen bzw. war kongruent zu Überlegungen, über die

struktur und die haushaltsrechtliche Verselbstständigung der Medizin bildeten den Abschluss der kurzen, aber durchaus inhaltsstarken Liste. (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7589: Brief Erbslöhs und Habermanns, Pharmakologisches Institut, an den Hessischen Kultusminister (29. Oktober 1969)).

¹¹⁷⁶ Vgl. Immer mehr Studenten streiken, Germanisten, Anglisten, Ingenieurstudenten: Kampfmaßnahmen. In: Frankfurter Rundschau vom 7. Dezember 1968.

¹¹⁷⁷ Dienstbach, Ingo; Kübel, Klaus; Stieger, Hartmut: Skizzen zur neueren Entwicklung der Justus-Liebig-Universität (1968 bis zur Gegenwart). In: 375 Jahre Universität Gießen. 1607-1982. Geschichte und Gegenwart. S. 223, 224.

bereits ein Konsens erzielt worden war.¹¹⁷⁸ Auf positive Resonanz stießen anfangs zumeist die Pläne, die tradierte Fakultätsstruktur durch übersichtlichere, fachlich gegliederte Einheiten zu substituieren; erst später nahmen die kritischen Stimmen zu. Von Änderungen gänzlich unberührt sollte die Personalstruktur bleiben, was bis ins Frühjahr 1970 heftigst umstritten blieb.¹¹⁷⁹

Zeitgleich präsentierte auch die CDU ihre Entwürfe für ein neues Universitäts- und Hochschulgesetz. Trotz der Unterschiedlichkeiten zwischen beiden waren durchaus auch eine Reihe von Parallelen zu erkennen: So sollte eine Präsidialverfassung die Rektoratsverfassung, Fachbereiche die Fakultäten substituieren, nur noch zwei Verwaltungsebenen bestehen und alle universitären Gruppen, inklusive der Nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter repräsentiert sein. Kongruent waren die beiden Entwürfe ferner in Bezug auf das Gesamthochschulsystem.^{1180 1181}

Beide Vorschläge wurden in der 51. Sitzung des Hessischen Landtags am 21. Mai 1969 diskutiert. Darin pflichtete Schütte der generellen Einsicht bei, dass eine Reform der Hochschulen unumgänglich geworden sei und akzentuierte die Hauptaspekte des eigenen Vorschlages. Der universitäre Charakter habe sich von der traditionellen hin zu einer Gesamthochschule zu entwickeln.¹¹⁸² Demgegenüber charakterisierte Walz den Entwurf der Landesregierung bezüglich des Hochschulgesetzes als reines Organisationsgesetz, die Landesregierung müsse sich noch mehr hinsichtlich

¹¹⁷⁸ Eine Partizipation aller Gruppen hinsichtlich der Selbstverwaltung war bereits auf der Basis der Satzung der Justus-Liebig-Universität von 1967 realisiert worden.

¹¹⁷⁹ Vgl. Dienstbach, Ingo; Kübel, Klaus; Stieger, Hartmut: Skizzen zur neueren Entwicklung der Justus-Liebig-Universität (1968 bis zur Gegenwart). In: 375 Jahre Universität Gießen. 1607-1982. Geschichte und Gegenwart. S. 223.

¹¹⁸⁰ Vgl. Hessische Hochschulentwürfe. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27. März 1969. Im Analysezeitraum war die Errichtung von so genannten Gesamthochschulen im Gespräch. Dieser Typus sollte Ausbildungseinrichtungen von wissenschaftlichen Hochschulen und Fachhochschulen, zum Teil auch von Kunsthochschulen, die mit entsprechenden Prüfungen abgeschlossen werden sollten, umfassen. Dabei wurden Studiengänge diskutiert, die integriert (Kurz- und Langzeitstudium) oder nach Hochschulbereichen getrennt (kooperative Gesamthochschule) sein konnten. (Vgl. hierzu beispielsweise Peisert, Hansgert; Framheim, Gerhild: Das Hochschulsystem in der Bundesrepublik Deutschland. S. 20, 21).

¹¹⁸¹ Am 8. Mai 1969 regte der Hessische Landesrechnungshof an, § 4 Abs. 4 des Entwurfs eines Universitätsgesetzes, der nach der Landtagsdrucksache Nr. 1999 lautete: „Die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Universitäten unterliegt der Prüfung durch den Rechnungshof des Landes Hessen.“, neu zu fassen. Aufgrund der Erfahrungen mit dem Gesetz über Studentenwerke wünschte man anstelle dieser die folgende Formulierung: „Für die Haushalts- und Wirtschaftsführung, Rechnungslegung und Rechnungsprüfung gelten die Bestimmungen des Landes Hessen. Hiernach werden die Vorprüfung durch die Staatlichen Rechnungsprüfungsämter und die Rechnungsprüfung durch den Rechnungshof des Landes Hessen vorgenommen.“ (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7588: Rechnungshof des Landes Hessen an Kultusminister, betr.: Entwurf eines Gesetzes über die Universitäten des Landes Hessen (Universitätsgesetz) (8. Mai 1969)).

¹¹⁸² Vgl. Hessischer Landtag. VI. Wahlperiode: Stenographischer Bericht über die 51. Sitzung am 21. Mai 1969. S. 2717ff.

der Reform einfallen lassen.¹¹⁸³ Im Anschluss daran referierte Walz die Monita der CDU am Universitätsgesetz, die vom Öffentlichkeitsprinzip über die „Macht und Ohnmacht“ des Präsidenten bis zu den Mitbestimmungsrechten reichten.¹¹⁸⁴ Im Unterschied zum Entwurf der Landesregierung plädierte die CDU für eine funktionsgerechte Mitbestimmung, so dass es nicht wundert, dass sie sich gegen eine Drittelparität im Konzil aussprach.¹¹⁸⁵ Im Bezug auf die Fachbereiche postulierte sie eine ausreichende Ausstattung. Neu war auch der christdemokratische Vorschlag, der Berufung auf Lebenszeit eine dreijährige Probezeit vorzuschicken.¹¹⁸⁶ Die FDP rekurrierte zum wiederholten Mal auf ihre Forderung nach einem Bundeskultusministerium und kritisierte den Mangel an Freiraum, der den Universitäten hinsichtlich eigener Initiativen zugestanden würde.¹¹⁸⁷ Rohlmann (SPD) opponierte aufs Heftigste gegen eine Erweiterung der Satzungsautonomie.¹¹⁸⁸ Schließlich plädierte der NPD Abgeordnete Fischer für die Trennung der Wirtschafts- und Wissenschaftsverwaltung und gegen eine generelle Einführung der Fachbereiche, bevor die Gesetzesentwürfe dem Kulturpolitischen Ausschuss zurück überwiesen wurden.¹¹⁸⁹

Am 22. Mai 1969 prophezeite die Frankfurter Allgemeine Zeitung, dass die Studenten in naher Zukunft zu einem Drittel im satzungsgebenden Senat repräsentiert sein würden, da die Gegenentwürfe keinerlei Realisierungsaussichten hätten: „„Kultusminister Schütte begründete dies damit, dass das von ihm mit dem Gesetz angeordnete Präsidialverwaltungs-System für die Hochschulen in sich ausgewogen sei. Darauf allein komme es an.““¹¹⁹⁰ Zu diesem Zeitpunkt forderte die CDU, dass die Studenten in den Fachbereichsversammlungen nur dann die Möglichkeit zur Abstimmung haben sollten, wenn sie die Diplomhauptprüfung abgelegt oder begonnen hätten. Noch war die Partei optimistisch, dass die im Regierungsentwurf vorgesehene Öffentlichkeit der Sitzungen des Konvents, der Fachbereichskonferenzen und der Versammlungen der einzelnen Gruppen noch limitiert werde.¹¹⁹¹ – Bemerkenswert in diesem Kontext sind die schon frühen und durchaus kontinuierlichen Anstrengungen der Lobbyisten, weshalb sie besondere Aufmerksamkeit verdienen:

¹¹⁸³ Vgl. ebd. S. 2723.

¹¹⁸⁴ Vgl. ebd. S. 2723 ff.

¹¹⁸⁵ Vgl. ebd. S. 2727.

¹¹⁸⁶ Vgl. ebd. S. 2728.

¹¹⁸⁷ Vgl. ebd. S. 2729.

¹¹⁸⁸ Vgl. ebd. S. 2732.

¹¹⁸⁹ Vgl. ebd. S. 2737.

¹¹⁹⁰ Drittelparität nur im Konvent. Der SPD-Entwurf für ein hessisches Universitätsgesetz / Erste Lesung. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. Mai 1969.

¹¹⁹¹ Vgl. ebd.

Immer wieder versuchten diese auf das Gesetzgebungsverfahren Einfluss zu nehmen, wie verschiedene Schreiben Prinz Casimirs von Wittgenstein demonstrieren. Als Vorsitzender des Vorstandes der Metallgesellschaft wandte dieser sich im Februar 1969 an den Kultusminister, um sich für eine Berücksichtigung der Belange der Wirtschaft stark zu machen. Die Wirtschaft benötige hoch qualifizierte Nachwuchskräfte. Das Niveau der Ausbildung sei jedoch nur an solchen Universitäten gewährleistet, an denen überdurchschnittlich qualifizierte Hochschullehrer tätig seien. Seines Erachtens verblieb der hoch qualifizierte Nachwuchs nur dann an den Hochschulen, wenn die Leitung der Institute nicht von Institutsräten, wie diese von manchen Entwürfen vorgesehen seien, übernommen würden, sondern vielmehr in den bewährten Händen verblieben. Die Schaffung solch leitender Räte-Gremien würde eine Reihe von jüngeren Hochschullehrern zur Abwanderung bewegen.¹¹⁹² – Im April des gleichen Jahres argumentierte er gegenüber dem Ministerpräsidenten nochmals zugunsten eines Mitspracherechts für Studenten nach „Maßgabe der sachlichen Qualifikation für die Beurteilung der behandelten Fragen“.¹¹⁹³ Immer wieder gelang es dem Prinzen bis zum Kultusminister bzw. Ministerpräsidenten vorzudringen.

Und auch das Sechs-Punkte-Programm der Aktionsgemeinschaft Hessischer Hochschullehrer (AHH) zum Entwurf eines Gesetzes über die Universitäten des Landes Hessen vom April 1969 wies in eine ähnliche Richtung: Darin postulierten die Mitglieder der Aktionsgemeinschaft die Zusammensetzung des Konvents aus Lehrstuhlinhabern, Dozenten, Assistenten, Studenten und Universitätsangestellten im Verhältnis 30:20:20:20:10. Begrüßte die Aktionsgemeinschaft zwar die Schaffung von Fachbereichen einerseits, wies sie auf die Notwendigkeit eines Koordinationsgremiums zum Zwecke der Abstimmungen in Lehrfragen, Aufstellung von Prüfungsord-

¹¹⁹² Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7587: Brief Prinz Casimir Wittgensteins, des stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstandes der Metallgesellschaft A.G. an den Ministerpräsidenten des Landes Hessen Zinn (27. Februar 1969). Im Antwortschreiben versuchte der Ministerpräsident Prinz Casimir Wittgenstein zu beruhigen, indem er einräumte, dass eine sinnvolle Hochschulreform auch die besonderen Bedürfnisse der Naturwissenschaften berücksichtigen müsse. Die Verwaltungskompetenz läge künftig nicht mehr im Bereich der Lehrstühle, Institute und Seminare, sondern bei den Fachbereichen. Auch sollte die Möglichkeit der Schaffung von Wissenschaftlichen Zentren, in denen Direktionen zu bilden seien, bestehen. Somit, so der Ministerpräsident weiter, sei die verantwortliche Leitung von Forschungseinrichtungen und Kliniken auch weiterhin gesichert. Simultan sei aber eine Reduktion „wissenschaftsfremder, hierarchischer Strukturen“ angestrebt. „Von der Schaffung eines Räte-Systems könne nicht die Rede sein [...]“ (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7587: Brief des Hessischen Ministerpräsidenten Zinn an Casimir Prinz Wittgenstein, betr.: Hochschulreform (19. März 1969), was den Prinzen zu hören erfreute. (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7587: Brief Prinz Casimir von Wittgensteins an den Ministerpräsidenten (15. April 1969).

¹¹⁹³ HHStA, Abt. 504, Nr. 7587: Brief Casimir Prinz Wittgensteins an den Ministerpräsidenten (25. April 1969).

nungen u. a. hin. Für die Zusammensetzung der Fachbereichskonferenz schlugen sie eine Relation von 30:30:20:20 vor, um habilitierten Hochschullehrern die Chance der Mitsprache zu garantieren. Ihr vierter Punkt thematisierte die Leitung der ständigen Wissenschaftlichen Einrichtungen und der Wissenschaftlichen Zentren (bzw. der Institute). Ihres Erachtens gehörte das isolierte Institut der Vergangenheit an. In der Lehr- und Forschungszielsetzung sollten sich vielmehr ergänzende Institute zu einem Department mit einem Direktorium, das sich aus Lehrstuhlinhabern und Abteilungsleitern konstituieren sollte, zusammenschließen. Aus dem Direktorium heraus sollte der geschäftsführende Direktor auf Zeit gewählt werden. Den im Department tätigen Dozenten, Assistenten und Studenten sollte bei der Beratung wichtiger Beschlüsse im Beirat des Instituts Mitsprachemöglichkeiten eingeräumt werden. Neben einer Verstärkung des § 20 (4), der die Mindestausstattung betraf, plädierte die Aktionsgemeinschaft in Bezug auf § 64, dass Abweichungen von früher getroffenen (Berufungs-)Vereinbarungen mit den Lehrstuhlinhabern der Verhandlung bedürfen sollten. Für den Fall, dass der Entwurf Gesetzeskraft erlangen würde, befürchtete die Aktionsgemeinschaft eine Verzögerung der als notwendig erachteten Studienreform „durch die Schaffung von Gremien, in denen unzureichender Sachverstand dominieren könnte.“¹¹⁹⁴ Auch sahen die hessischen Hochschullehrer neben der Gefahr der Abwanderung von Hochschullehrern bereits ein Absinken der Effizienz in Forschung und Lehre am Horizont heraufziehen, da Forschungserfolge nur noch durch Teamwork zu realisieren seien.¹¹⁹⁵

Am 12./13. Juni 1969 nahm der Kulturpolitische Ausschuss in seiner 34. bzw. 35. Sitzung die Beratung der §§ 1-27 der Vorlage der Landesregierung kursorisch auf¹¹⁹⁶, die dann in den weiteren Sitzungen im Juli fortgesetzt wurden.^{1197 1198}

¹¹⁹⁴ HHStA, Abt. 504, Nr. 7589: Brief des Sprechers der Aktionsgemeinschaft Hessischer Hochschullehrer (AHH) an den Präsidenten des Hessischen Landtags, den Vorsitzenden der Landtagsfraktionen und Damen und Herren des Kulturpolitischen Ausschusses: Petition: Entwurf eines Gesetzes über die Universitäten des Landes Hessen, LT-Drucksache Nr. VI/1999 vom 3. April 1969.

¹¹⁹⁵ Vgl. ebd.

¹¹⁹⁶ Vgl. HHStA, Abt. 502, Nr. 12198 b): Hessischer Landtag, VI. Wahlperiode: Beschlussprotokoll 35. Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses am 13. Juni 1969: Initiativantrag der Fraktion der FDP betreffend den Entwurf eines Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen – Drucks. Nr. 1471.

¹¹⁹⁷ In seiner Sitzung Anfang Juli 1969 wurden die Vertreter der Verbände gehört und der Beschluss gefasst, die Studentengruppen, die Petitionen zum Hochschulgesetz eingereicht hatten oder einreichen würden, nach den Parlamentsfragen anzuhören. (Vgl. HHStA, Abt. 502, Nr. 12198 b): Hessischer Landtag, VI. Wahlperiode: 38. Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses am 3.7.1969: b) Initiativantrag der Fraktion der FDP betreffend den Entwurf eines Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen – Drucks. Nr. 1471).

¹¹⁹⁸ Sowohl in der 39. als auch in der 40. Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses am 10. und 11. Juli 1969 standen die Vorlage eines Universitätsgesetzes vonseiten der Landesregierung und

Nachdem der Kulturpolitische Ausschuss in seiner 46. Sitzung Vertreter von Studentengruppen zu den Gesetzentwürfen gehört und die kursorische Beratung der Regierungsvorlage sowie der Änderungsvorschläge der Fraktionen abgeschlossen hatte¹¹⁹⁹, wurden in der folgenden Sitzung am 27. November 1969 zwar zahlreiche Beschlüsse gefasst.¹²⁰⁰ Zum Zeitpunkt des Regierungswechsels jedoch waren die Beratungen über den Gesetzesentwurf noch in vollem Gange. Infolge der Bundestagswahl trat Georg August Zinn, der lange Zeit das Amt des Ministerpräsidenten bekleidet hatte, im Oktober 1969 zurück. Sein Nachfolger wurde Albert Osswald. Mit diesem Wechsel ging auch ein Wechsel im Kultusministerium einher: Dort löste – nach längerer Suche nach dem richtigen Kandidaten¹²⁰¹ – der erst seit kurzem der SPD angehörende Ludwig von Friedeburg Ernst Schütte, der zehn Jahre die Position des Kultusministers inne gehabt hatte, ab.¹²⁰² In der Öffentlichkeit wurde die Wahl

Initiativanträge der Fraktion der FDP, der CDU und NPD auf der Tagesordnung. Während der Sitzungen beriet der Ausschuss die §§ 45 bis 71 und damit den gesamten Gesetzentwurf kursorisch. (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7589: Hessischer Landtag. VI. Wahlperiode: Beschlussprotokoll 39. Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses am 10. Juli 1969; Hessischer Landtag. VI. Wahlperiode: Beschlussprotokoll 40. Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses am 11. Juli 1969). In der Plenarsitzung am 16. Juli 1969 fand die erste Lesung des von der NPD eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Wissenschaftlichen Hochschulen – Drucks. Nr. 2193 statt, er wurde an den Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen. (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 12198 b): Hessischer Landtag. VI. Wahlperiode: Beschluss-Protokoll über die 55. Plenarsitzung am 16. Juli 1969), der beispielsweise in seiner 44. Sitzung am 20. November 1969 darüber beriet. In der gleichen Sitzung beriet er auch die §§ 1 bis 13 der Regierungsvorlage und die Änderungsvorschläge der Fraktionen kursorisch; Beschlüsse wurden nicht gefasst. (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7589: Hessischer Landtag. VI. Wahlperiode: Beschlussprotokoll 44. Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses am 20. November 1969). Einen Tag später fuhr man, bei gleicher Tagesordnung, mit der Beratung der §§ 14-21 der Regierungsvorlage fort – ebenfalls ohne Beschlüsse zu fassen. (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7589: Hessischer Landtag. VI. Wahlperiode: Beschlussprotokoll 45. Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses am 21. November 1969).

¹¹⁹⁹ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7589: Hessischer Landtag. VI. Wahlperiode: Beschlussprotokoll 46. Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses am 26. November 1969.

¹²⁰⁰ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7589: Hessischer Landtag. VI. Wahlperiode: Beschlussprotokoll 47. Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses am 27. November 1969.

¹²⁰¹ Verschiedene Namen waren im Gespräch gewesen: Arndt, Best, Birkelbach, Enderwitz, Evers, Frister, Habermas, Hamm-Brücher, von Hentig, von Oerzten, Rau. Schließlich wurde der Name von Friedeburg in letzter Minute in die Diskussion geworfen: „Dem Vernehmen nach hatte Alexander Mitscherlich den Namen genannt, als ihn Ministerpräsident Osswald beim Empfang anlässlich der Friedenspreisverleihung nach einem Kultusminister-Kandidaten gefragt hatte“ („...und siehe es fand sich ein Kultusminister“. In: Hessische Lehrzeitung 22 (November 1969) Nr. 11. S. 1). Auf diese Zufälligkeit rekurrierte die Presse bevorzugt. (Vgl. beispielsweise: Zeitnot, Zufall und Aufstand gegen Radke. Ministerpräsident Osswald an Mitscherlich: „Haben Sie nicht einen Kultusminister für mich?“ In: Frankfurter Neue Presse vom 18. Oktober 1969; Hessen hat wieder eine Regierung. In: Süddeutsche Zeitung vom 18. Oktober 1969).

¹²⁰² Bereits zwei Jahre zuvor kursierten wohl Rücktrittsgerüchte um Schütte, dem die Fähigkeit abgesprochen wurde, sich im Kabinett oder in der Fraktion mit seinen Interessen rechtzeitig durchzusetzen. (Vgl. Rücktrittsgerüchte um Schütte. In: Frankfurter Rundschau vom 1. Juni 1967). Als der Referentenentwurf 1968 auch noch vorzeitig von ihm bekannt gegeben worden war, woraufhin Zinn sich in einem Brief sichtlich erzürnt zeigte (Vgl. Nachlass Ernst Schütte, Hessische Regierung, Hochschulgesetzgebung (insbesondere Hessen) 1963-1972, Nr. 114: Brief Zinns an Schütte (24. September 1968)), bat Schütte selbst um seine Entlassung, da er kein Hindernis für eine Hochschulreform im Land darstellen wollte. (Vgl. Nachlass Ernst Schütte, Hessische Regierung, Hoch-

von Friedeburgs im Herbst 1969 zu Recht als Signal interpretiert, dass die Hessische Regierung auf dem kultur- und gesellschaftspolitischen Sektor den eingeschlagenen Weg weitergehen wollte. Gemeinsam mit seinen Frankfurter Kollegen Denninger, Habermas und Wiethölter war von Friedeburg bereits im Herbst 1968 mit verschiedenen Stellungnahmen zur Hochschulgesetzgebung an die Öffentlichkeit getreten. In diesen plädierten die vier Professoren für eine stärkere Partizipation der Studenten und Mitarbeiter. Auf sie geht schließlich auch das Prinzip zurück, dass keine der universitären Gruppen die absolute Mehrheit in den Hochschulgremien haben sollte. Ihres Erachtens wurde dadurch nämlich Herrschaft an den Universitäten reduziert und der freie Diskurs realisiert. Diese Ideen sollten nicht unerheblichen Einfluss auf die folgenden Beratungen und Diskussionen um das Universitätsgesetz gewinnen.¹²⁰³

Als Parallele zwischen Schütte und von Friedeburg eruierte die Presse „eine aufklärerische Gläubigkeit und Mission, die von widersprechenden Erfahrungen nicht so schnell umzuwerfen ist.“¹²⁰⁴ Wie Schütte anfangs machte sich auch der zwanzig Jahre jüngere von Friedeburg voller Elan an die ihm neu übertragenen Aufgaben. Als Sohn des Generaladmirals von Friedeburg hatte er, wie auch Schütte¹²⁰⁵, ein breites Fächerspektrum, nämlich Mathematik, Physik, Philosophie, Psychologie und Soziologie, in Kiel und Freiburg studiert. Kam Schütte ursprünglich aus dem Schuldienst in die Politik, blickte von Friedeburg dagegen auf eine universitäre Vorgeschichte: Seit 1954 war er als Assistent, später als Abteilungsleiter am Institut für Sozialforschung in Frankfurt tätig, wo er sich 1960 habilitierte. Die Annahme, dass er von der Berliner Situation – er las in den Jahren 1962 bis 1966 als Ordinarius Soziologie an der Freien Universität Berlin – beeinflusst wurde, liegt nahe und ist umso bemerkenswerter. Neben spezifisch sozialwissenschaftlichen Themen widmete sich von Friedeburg auch immer wieder aktuellen Themen, wie der Meinungsforschung, der Intimsphäre und auch der Studentenrevolte.¹²⁰⁶

schulgesetzgebung (insbesondere Hessen) 1963-1972, Nr. 114: Brief Schüttes an Zinn (28. September 1968). Doch wurde diesem anscheinend nicht stattgegeben.

¹²⁰³ Vgl. ebd.

¹²⁰⁴ Auf Schüttes Stuhl. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. Oktober 1969.

¹²⁰⁵ Dieser hatte jedoch seinen Schwerpunkt auf die Geisteswissenschaften Geschichte, Deutsch, Philosophie, gelegt und nur eine Naturwissenschaft, nämlich Erdkunde, studiert.

¹²⁰⁶ Vgl. Friedeburg, Ludwig von. In: Internationales Biographisches Archiv 12 (1999) vom 15. März 1999: Drei Jahre nach seiner Rückkehr ans Institut für Sozialforschung wurde er dann überraschend Kultusminister in der neuen hessischen Regierung Osswalds. Mit noch stärkerer Opposition als im Hochschulbereich sah sich von Friedeburg im Schulsektor konfrontiert. Dort nämlich forcierte er die Gesamtschule. Mit der Ausarbeitung der Rahmenrichtlinien für die Fächer Deutsch, Gesellschaftslehre und Kunsterziehung bot er der Opposition erheblichen Anlass zur Kritik, so dass

Aber rekapitulieren wir nun mit Oberregierungsrat Franck die Grundsätze des Hochschulgesetzes und des Universitätsgesetzes, wie sie im Oktober aktuell waren und die er prägnant zusammenfasst: Es war intendiert, mithilfe des Hochschulgesetzes einen organisatorischen Rahmen für Universitäten, die bisher unter der Definition „wissenschaftliche Hochschulen“ liefen, Kunsthochschulen und Fachhochschulen, die bisherigen Ingenieurschulen, höhere Wirtschaftsfachschulen und vergleichbare Schulen, zu schaffen. Diese genannten Bildungseinrichtungen sollten von nun an als Hochschulen bezeichnet und ihre Aufgaben in den §§ 1, 3, 4, 5, 6, 7, 8 und 9 definiert werden. Dieser organisatorische Rahmen sollte durch ein Universitätsgesetz, ein Kunsthochschulgesetz und ein Fachhochschulgesetz ausgefüllt werden. Das zweite signifikante Prinzip, das dem Hochschulgesetz zugrunde gelegt werden sollte, war die Verbindung der Universitäten, Kunsthochschulen und Fachhochschulen zu einem Gesamthochschulsystem (§ 12), in dem die Hochschulen ihre Aufgaben kooperativ und arbeitsteilig erfüllen sollten. Vorrangig sollte die Abstimmung ihrer Studiengänge aufeinander und die gemeinsame Nutzung der zu schaffenden Forschungs-, Lehr- und Ausbildungsmöglichkeiten (§ 2) sein. Die dritte Säule der Grundsätze thematisierte das zu fixierende Korporationsverfahren der Hochschulen (§§ 11 und 12). So sollten gemeinsame Ausschüsse für die Fachgebiete gebildet werden, die alle oder zumindest mehrere Hochschulen betrafen. Die Ausschüsse sollten sich aus Repräsentanten der beteiligten Hochschulen zusammensetzen und Empfehlungen aussprechen.¹²⁰⁷ Ferner sollte ein Landeshochschulrat mit Beratungsfunktion in generellen und signifikanten Fragen der Hochschulen (§ 12) gebildet werden. Zu diesen Fragen gehörten insbesondere Grundsätze der Hochschulreform, Empfehlungen zu den Entwicklungsplänen der Hochschulen und Grundsätze der Finanzplanung für das Gesamthochschulsystem. Dieser hatte sich aus Mitgliedern der Landesregierung, des Landtages und aus Vertretern der Hochschulen zu konstituieren.¹²⁰⁸

die SPD bei den Landtagswahlen 1974 erhebliche Verluste hinnehmen musste. Schließlich wurde von Friedeburg bei der Regierungsbildung durch Hans Krollmann ersetzt und kehrte in die Forschung zurück. In den Jahren 1980 bis 1988 betätigte er sich darüber hinaus als Fachgutachter der DFG und als Mitglied der Kommission für Bildung beim Parteivorstand der SPD und des Bundesvorstandes der Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich.

¹²⁰⁷ Insbesondere sollten der Ausschuss für den Übergang der Studenten von einem Hochschulbereich zum anderen und der Ausschuss für die gegenseitige Abstimmung von Lehr- und Studienprogrammen (§ 11) gebildet werden.

¹²⁰⁸ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7595 a): Franck an Herrn Referenten V 3, betr.: Kurzreferat über den Stand der Bildungsplanung; hier: Grundsätze der Entwürfe zum Hochschulgesetz und zum Universitätsgesetz; Bezug: Ihre Schreiben vom 22.9. und 7.10.1969 (22. Oktober 1969).

Das Universitätsgesetz sollte in erster Linie die Selbstverwaltung der Universität stärken, indem den Universitäten Befugnisse im Bereich der Wirtschafts- und Personalverwaltung, die bis dato im Auftrag des Staates wahrgenommen wurden, übertragen wurden. Der Universitätsverwaltung sollte das Konzept der Einheitsverwaltung, die sich in zwei Verwaltungsebenen untergliederte, zugrunde gelegt werden. Ein Präsident sollte für acht Jahre an der Spitze der Universität stehen. Der vierte Grundsatz besagte, dass die Fachbereiche die organisatorischen Grundeinheiten für Forschung und Lehre sein sollten. Ein solcher Fachbereich sollte verwandte oder benachbarte Fachgebiete umfassen. Innerhalb eines solchen konnten Arbeitsgruppen und Betriebseinheiten gebildet werden. Für die Fachbereiche sollte die Möglichkeit bestehen, Kliniken, Laboratorien, Werkstätten und Betriebe als ständige wissenschaftliche oder technische Betriebseinheiten einzurichten. Und schließlich wurde die funktionsgerechte Beteiligung und die Öffentlichkeit der Willensbildung zum Grundsatz erklärt.¹²⁰⁹

Anfang November vermeldete die Presse, dass Hessen aufgrund der Lage an den Hochschulen nicht mehr länger mit einem Hochschulgesetz warten wolle.¹²¹⁰ Die Beratungen über einen Entwurf für ein neues Hochschulgesetz wurden nach Neubildung der Landesregierung im Kulturpolitischen Ausschuss des Landtages wieder aufgenommen und von Friedeburg dazu gehört. Von hessischer Seite wollte man Bundesminister Leussink über alles informieren, erwartete aber auch vice versa einen Informationsfluss über die Konzeption des Rahmengesetzes – alleine um sicherzustellen, dass sich das hessische Gesetz dadurch in den Rahmenvorschlag des Bundes einfüge. Als Ausgangspunkt der Beratungen sollte der Entwurf Schüttes dienen, der jedoch von der CDU als überholt angesehen wurde. – Zu diesem Zeitpunkt war die Drittelparität für Studenten von den hessischen Sozialdemokraten leicht abgeschwächt worden.¹²¹¹ Die SPD wollte jedoch das von Schütte noch vorgesehene Ordnungsrecht aus dem Universitätsgesetz herausnehmen. Es sollte zuvor geprüft werden, ob die Hochschulen nicht auch alleine mit dem allgemeinen Strafrecht aus-

¹²⁰⁹ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7589: Franck an Herrn Referenten V 3, betr.: Kurzreferat über den Stand der Bildungsplanung; hier: Grundsätze der Entwürfe zum Hochschulgesetz und zum Universitätsgesetz (22. Oktober 1969).

¹²¹⁰ Vgl. Hessen will nicht auf Leussink warten. Schon bald Hochschulgesetz / Kooperation mit dem Wissenschaftsminister. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. November 1969; Köpke, Horst: Hessen wartet nicht auf Bonner Rahmenregelung. Neues Hochschulgesetz soll zügig beraten und verabschiedet werden / Nochmals Studenten-Hearing. In: Frankfurter Rundschau vom 8. November 1969.

¹²¹¹ Die Nichtwissenschaftlichen Hilfskräfte sollten nun 12 der 120 Vertreter des satzunggebenden Konvents stellen. Jeweils 36 Sitze waren für die Ordinarien, die Wissenschaftler, den Mittelbau und die Studenten vorgesehen.

kämen.¹²¹² – Der vorgesehene Terminplan sah eine zügige Beratung vor, so dass die zweite Lesung im Landtag bereits im Dezember stattfinden sollte. Während eines Hearings hatten die Studenten nochmals die Möglichkeit, sich zu äußern, was jedoch von ihren offiziellen Repräsentanten abgelehnt wurde. Zu diesem Zeitpunkt war die dritte Lesung für März geplant.¹²¹³

Die Hochschulen bezogen eine kritische Haltung¹²¹⁴, schienen regelrecht „auf Zeit spielen“ zu wollen: So postulierte beispielsweise der Gießener Senat im November 1969 die Aussetzung der Beratungen¹²¹⁵ für ein neues Universitätsgesetz, da mittlerweile auf Bundesebene das Hochschulrahmengesetz diskutiert wurde. Das Universitätsgesetz, so lautete die Argumentation, müsse unbedingt in Kongruenz mit den Bundesregelungen eine Klärung der zukünftigen Personalstruktur – ein in der Tat wichtiger Punkt – erzielen.¹²¹⁶ Die Hessische Rektorenkonferenz schloss sich diesem Votum an: Da sich die Grundzüge der bundesrechtlichen Regelungen schon bald abzeichneten, so ihr Vorsitzender Rüegg, man in Hessen ohne Rücksicht auf diese aber das Universitätsgesetz verabschieden würde, bestünde die Gefahr, dass Teile bereits nach kurzer Zeit wieder aufgehoben oder verändert werden müssten.¹²¹⁷ Einzelprobleme könnten kurzfristig durch eine Novelle zum Hochschulgesetz von 1965 bereinigt werden.¹²¹⁸ In der Öffentlichkeit warnte beispielsweise der Erziehungswissenschaftler Froese, Mitglied des Marburger Universitätsdirektoriums

¹²¹² Vgl. Hessen will nicht auf Leussink warten. Schon bald Hochschulgesetz / Kooperation mit dem Wissenschaftsminister. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. November 1969.

¹²¹³ Köpke, Horst: Hessen wartet nicht auf Bonner Rahmenregelung. Neues Hochschulgesetz soll zügig beraten und verabschiedet werden / Nochmals Studenten-Hearing. In: Frankfurter Rundschau vom 8. November 1969.

¹²¹⁴ Die Technische Hochschule Darmstadt hatte sich bereits im Mai 1969 in die Phalanx der Opposition eingereiht. Sie verwies darauf, dass der Gesetzentwurf den Hochschulen jegliche Satzungsautonomie raube. (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7588: Direktorium der Technischen Hochschule Darmstadt an den Kultusminister, betr.: Entwürfe der Hessischen Landesregierung zum Hessischen Universitätsgesetz und zum Hessischen Hochschulgesetz (20. Mai 1969): Stellungnahme).

¹²¹⁵ Am 6. November indessen hatte der Kulturpolitische Ausschuss folgenden Terminplan zur Behandlung erstellt: Am 10. Dezember 1969 war die 2. Lesung des Universitätsgesetzes, am 28. Januar 1970 die 2. Lesung des Hochschulgesetzes und des Universitätsgesetzes und am 11. März 1970 die 3. Lesung dieser beiden Gesetzeswerke vorgesehen. (Vgl. HHStA, Abt. 502, Nr. 12198 b): Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses: Terminplan für Behandlung folgender Gesetze (6. November 1969).

¹²¹⁶ Auch einzelne Hochschullehrer, wie beispielsweise Erbslöh und Habermann vom Pharmakologischen Institut der Justus-Liebig-Universität, versuchten den Gang der Gesetzgebung zu beeinflussen. So erklärten sie dem Kultusminister am 29. Oktober gegenüber, dass das Gesetz durch die Einführung eines langjährigen, professionellen medizinischen Vizepräsidenten erheblich bereichert würde. Große Bedeutung maßen sie auch einer Differenzierung zwischen den beamteten Hochschullehrern und den angestellten Hochschullehrern bei. Schließlich könne das Gesetz durch die Entwicklung der Departmentstruktur und die haushaltsrechtliche Verselbstständigung der Medizin erheblich gewinnen. (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7589: Brief Erbslöhs und Habermanns, Pharmakologisches Institut der Justus-Liebig-Universität, an den Hessischen Kultusminister (29. Oktober 1969).

¹²¹⁷ Vgl. Rektorenkonferenz: Abwarten! In: Frankfurter Rundschau vom 1. Dezember 1969.

¹²¹⁸ Vgl. Hessens Rektoren: Abwarten. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. Dezember 1969.

und Gestalter des Initiativ-Hochschulgesetzentwurfes der FDP-Landtagsfraktion: Neben dem Hinweis, dass man doch das Bundesrahmengesetz abwarten solle, zeigte er den nordrhein-westfälischen Entwurf als vorbildhaft auf, da dieser alternative Reformregelungen anbiete.¹²¹⁹ Auch andere warnende Stimmen erhoben sich aus den Reihen der Politik: So wollte auch der CDU-Politiker Schwarz-Schilling die Beratungen der Regelwerke nicht „überstürzt“ zu Ende führen, ohne das Rahmengesetz des Bundes mit zu berücksichtigen. Auch sei das Beamtenrechtsrahmengesetz einzubeziehen. Die CDU forciere eine Ausbildung der universitären Organisationsstruktur, um „möglichst schnelle und sachgerechte Entscheidungen mit klaren Zielsetzungen und Kompetenzabgrenzungen zu treffen.“ Die Abänderungsvorschläge der SPD dagegen forcierten – nach Ansicht Schwarz-Schillings – eine Politisierung der Beschlussorgane. Durch die Entmachtung des Senats und die Übertragung der Beschlusskompetenzen auf den Konvent oder die vom Konvent gewählten Ständigen Ausschüsse würden sachgerechte Entscheidungen erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht. Die CDU wollte auch bei den nach Gruppen zusammengesetzten Organen Sorge dafür tragen, dass eine Majorisierung einzelner Gruppen weitgehend unmöglich gemacht werde. Um Übereinkünfte über Gruppengrenzen hinweg zu erzwingen, plädierte die CDU für einen Schlüssel für das Konzil, der eine Beteiligung von 45:30 (Wissenschaftliche Mitarbeiter):30 (Studenten):15 vorsah. Letztlich forcierten die Christdemokraten noch einen Abänderungsantrag hinsichtlich der Erprobung von Reformmodellen. Dies gäbe den Universitäten „die Chance zur ständigen Weiterentwicklung aus sich heraus.“¹²²⁰

Im Vorfeld der zweiten Lesung des Gesetzentwurfes erregte die Zahl 61 große Unruhe, da mit so vielen Stimmen in Berlin der Assistent Kreibich zum Präsidenten gewählt worden war und dies nun auch in Hessen möglich sein sollte: Denn nach dem hessischen Entwurf konnten Studenten und Assistenten mit ihrer Majorität im Konvent bei teilweiser Unterstützung durch Vertreter der Nichtwissenschaftlichen Hilfskräfte einen Assistenten, ja sogar einen Studenten zum Präsidenten einer Hochschule wählen¹²²¹ – letztere Möglichkeit, gerade vor dem Hintergrund der Studentenproteste, verständlicherweise ein Unding in den Augen vieler Ordinarien.

¹²¹⁹ Vgl. Köpke, Horst: Professor Froese: Bundesrahmengesetz abwarten. Hessisches Hochschulgesetz sollte alternative Strukturen ermöglichen. In: Frankfurter Rundschau vom 12. November 1969.

¹²²⁰ CDU warnt vor überstürztem Universitäts-Gesetz. Erst Maßnahmen des Bundes abwarten / „Fetisch Drittelparität“. In: Wiesbadener Kurier vom 4. Dezember 1969.

¹²²¹ Vgl. Der hessische Universitätsgesetz-Entwurf. Mit Leussink und SPD-Bundestagsfraktion abgestimmt / Erklärung Friedeburges. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. Dezember 1969.

Auch verschiedene andere Aspekte stießen nicht nur an den Universitäten, sondern gerade auch in den Reihen der Abgeordneten auf Kritik: So sollte der Konvent (Konzil) bei Schütte noch das Gesetzgebungsorgan der Hochschule sein. Der Senat war bei ihm für die Regierung der Universität, die Bestimmung der Fachbereichs-Grenzen, die Errichtung von Wissenschaftlichen Zentren verantwortlich gewesen. Davon war zwar nun unter von Friedeburg nicht mehr die Rede, die meisten Befugnisse hatte dieses Gremium eingebüßt. Die Ständigen Ausschüsse hatten dafür eine erhebliche Kompetenz-Erweiterung erfahren: Die Möglichkeit ihrer Dominanz bei der Ausgestaltung der Hochschule gegenüber den Interessen der Professoren war evident. Der CDU, so interpretierte die FAZ, würde die Zustimmung erheblich leichter fallen, wenn die Senate wieder stärker an der Regierung partizipieren würden.¹²²²

Sowohl daran als auch an der immer noch fehlenden Klärung der Personalstruktur entzündete sich an den Universitäten heftige Kritik.¹²²³ Zumal u. a. die Konferenz der Sprecher der Akademischen Mitarbeiter in Hessen noch im November 1969 eine EntschlieÙung zur Reform der hessischen Hochschulen verabschiedet hatte, in der sie sich als nicht bereit erklärt hatten, den Tatbestand, dass auch das in zweiter Lesung zu beratende Hessische Hochschulgesetz keine Reform der Personalstruktur beinhalte, hinzunehmen. Zum wiederholten Mal machte auch die LAK die Landesregierung und den Landtag darauf aufmerksam, dass ein Gesetz, das sich ausschließlich auf organisatorische Reformen konzentrierte und auf eine Neuordnung der Personalstruktur verzichte, zum Scheitern verurteilt sei. Auch die Versuche des Kultusministeriums, das Problem auf dem Erlassweg zu lösen, wurden als „nutzlos“

¹²²² Vgl. Fröhder, Walter: „Räteregierung“ an den hessischen Hochschulen. Veränderter Wiesbadener Universitätsgesetz-Entwurf beunruhigt Abgeordnete / Konzils-Ausschüsse als Regierungsorgane. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. Dezember 1969.

¹²²³ Vgl. Dienstbach, Ingo; Kübel, Klaus; Stieger, Hartmut: Skizzen zur neueren Entwicklung der Justus-Liebig-Universität (1968 bis zur Gegenwart). In: 375 Jahre Universität Gießen. 1607-1982. Geschichte und Gegenwart. S. 223. Bereits im September 1969 hatte sich der Sprecher der Hessischen Nichtordinarien an den Präsidenten des Hessischen Landtages gewandt, in dem er zwar die Notwendigkeit einer strukturellen Neuordnung der hessischen Hochschulen vonseiten der Nichtordinarien durchaus begrüÙt hatte, jedoch zugleich die Nicht-Berücksichtigung eines signifikanten Sektors der Hochschulreform – der Reform der Personalstruktur – bemängelt. Diese sei nämlich in der zu diesem Zeitpunkt existenten Form den Anforderungen einer modernen Hochschule nicht mehr adäquat. Wollte man tatsächlich eine Erneuerung der Universitäten erzielen, so müsse diese realisiert werden: Erst mit einer Steigerung der Eigenverantwortlichkeit und Initiative der jungen Wissenschaftler und des wissenschaftlichen Nachwuchses und mit einer größeren Attraktivität der Hochschullehrerlaufbahn könne eine Hebung des Niveaus erzielt werden. Den Einwand, dass die Änderung der Personalstruktur in den Kompetenzbereich eines Bundesrechtsrahmengesetzes falle, konnten sie nicht akzeptieren. (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7589: Brief des Sprechers der Hessischen Nichtordinarien, Prof. Dr. Gerhard Vossius an den Präsidenten des Hessischen Landtags, betr.: Eingabe zum Entwurf der Hessischen Landesregierung für das Gesetz über die Universitäten des Landes Hessen, Vorlage 1999 und 1998 (17. September 1969)).

charakterisiert. Nicht mehr länger waren die Assistenten, deren innere Gruppenbildung mittlerweile erheblich fortgeschritten war, gewillt die Haltung des Kultusministers hinzunehmen, vielmehr richteten sie nun konkrete Forderungen an die zuständigen Stellen.¹²²⁴ Ihre Forderungen gipfelten schließlich in der folgenden: „Der Entwurf des hessischen Hochschulgesetzes ist vor Eintritt in die zweite Lesung um einen Personalteil zu erweitern, der sich an den Reformvorstellungen der Bundesassistenten-Konferenz – niedergelegt im Kreuznacher Hochschulkonzept¹²²⁵ – orientiert.“¹²²⁶ Um ihren Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen, erklärte sich die LAK mit den von den Wissenschaftlichen Mitarbeitern beschlossenen Kampfmaßnahmen solidarisch und drohte damit die Wissenschaftlichen Assistenten zu Kampfmaßnahmen aufzurufen, wenn nicht bis zum 10. Dezember verbindliche Erklärungen hinsichtlich der Einlösung ihrer Forderungen vorlägen.¹²²⁷

Trotz dieser verschiedenartigen Opposition bestand die in absoluter Mehrheit im Landtag vertretene SPD auf der Fortsetzung der Beratungen. Resultat der zweiten Lesung des Universitätsgesetzes war eine weit reichende Anpassung an die Vorschläge der Frankfurter Professoren.

Doch werfen wir einen genaueren Blick auf die Nachmittagssitzung des Parlaments am 10. Dezember 1969, die ganz im Zeichen der zweiten Lesung des neuen Hessischen Universitätsgesetzes stand. Obgleich die von der SPD-Fraktion und der Landesregierung vorgeschlagenen Änderungen für die zweite Lesung unproblematisch waren – es gab keine Diskussionen hinsichtlich der Ausklammerung des studentischen Ordnungsrechts und der Partizipation des Nichtwissenschaftlichen Personals und des Reformparagraphens; dagegen waren die Vorschläge kontrovers diskutiert, die eine Verlagerung und exaktere Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Senat

¹²²⁴ So sollten die „diskriminierenden Erlasse, die die Lehrtätigkeit der Akademischen Räte und Studienräte im Hochschuldienst vom 17. April 1969, die die Lehrtätigkeit der wissenschaftlichen Assistenten vom 27. August 1969 und die die Ernennung von Verwaltern von wissenschaftlichen Assistentenstellen vom 26. September 1969 betrafen, umgehend zurückgezogen werden. Der Kultusminister wurde des Weiteren aufgefordert, bis zur Verabschiedung eines neuen Hochschulgesetzes keine weiteren Erlasse dieser Art auszufertigen und die „unerträgliche dienst- und tarifrechtliche Stellung der wissenschaftlichen Hilfskräfte [...] neu zu regeln.“ (Vgl. HHStA, Abt. 502, Nr. 12198 b): Entschließung zur Reform der hessischen Hochschulen. Verabschiedet auf der Sitzung der LAK Hessen am 11. und 12. November 1969 in Darmstadt).

¹²²⁵ Kreuznacher Hochschulkonzept. Reformziele der Bundesassistentenkonferenz. Beschlüsse der zweiten Vollversammlung in Bonn 10. und 11.10.1968. Hg. v. der Bundesassistentenkonferenz.

¹²²⁶ HHStA, Abt. 502, Nr. 12198 b): Entschließung zur Reform der hessischen Hochschulen. Verabschiedet auf der Sitzung der LAK Hessen am 11. und 12. November 1969 in Darmstadt.

¹²²⁷ Vgl. ebd. An dieser Stelle wird deutlich, dass sich die Assistenten und Wissenschaftlichen Mitarbeiter durchaus an den studentischen Aktionen orientierten.

einerseits und Präsident und Ständigen Ausschüssen andererseits zum Ziel hatten¹²²⁸ – attackierte während dieser die CDU das Universitätsgesetz heftigst: Schwarz-Schilling akzentuierte die Vorbehalte seiner Fraktion gegenüber der Regierungsvorlage dahingehend, dass die Universitäten auf Kosten fachbezogener Entscheidungen politisiert und ideologisiert werden würden. Er beschwor die Gefahr herauf, dass aus der Demokratisierung eine totale Vergewaltigung des Einzelnen werde. Die Christdemokraten resümierten schließlich, dass der Entwurf in den Abschlussberatungen eher verschlechtert als verbessert wurde: Minister von Friedeburg glaube offenbar, durch eine stärkere Akzentuierung der politischen Gremien in den Universitäten und eine Zurückdrängung der fachbezogenen Entscheidungen das Allheilmittel der Universitätsmisere entdeckt zu haben.¹²²⁹ Auch die FDP blieb bei ihrer oppositionellen Haltung, ja sie stand dem Gesetzentwurf noch ablehnender gegenüber als der originären Fassung. Sie befürchtete vornehmlich die Entmachtung des Senats; simultan dazu goutierte sie eine ausgewogene Verteilung der Kompetenzen unter den einzelnen universitären Organen, so dass ein ausgewogenes Kräfteverhältnis zustande komme.¹²³⁰ Mit Nachdruck opponierte der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Rohlmann gegen die Position, dass die Rahmengesetzgebung des Bundes abzuwarten sei. Da sich der hessische Entwurf eng an den Empfehlungen des Wissenschaftsrates orientiere, dürfte er sich auch in den Rahmen einer Bundeskompetenz einpassen lassen. Schließlich könne das hessische Modell für eine Universitätsverfassung durchaus auch als „Anregung“ für den Bund dienen.¹²³¹ Von Friedeburg widersprach dem Missverständnis, dass das Universitätsgesetz „vom grünen Tisch aus“, ohne Berücksichtigung der Gegebenheiten an den Hochschulen konzipiert worden sei.¹²³²

Ein weiterer Vorwurf der CDU war, dass der Minister im Entwurf die alte Ordinarien-Universität in Gestalt des Senats anbiete.¹²³³ Ein Kardinalfehler sei es, so von Friedeburg, bei der universitären Neuorganisation den Aufbau eines Industriebetrie-

¹²²⁸ Vgl. Habermas, Jürgen: Für eine handlungsfähige Hochschule. Von einer bevorstehenden „Herrschaft der Räte“ an den Universitäten kann keine Rede sein. In: Frankfurter Rundschau vom 10. Dezember 1969.

¹²²⁹ Vgl. Hessischer Landtag. VI. Wahlperiode: Stenographischer Bericht über die 64. Sitzung vom 10. Dezember 1969. S. 3335; Köpke, Horst: Hessens CDU verdammt geplantes Hochschulgesetz. Opposition nennt Entwurf „Vergewaltigung“ / Ausschuß änderte ursprüngliche Fassung in wichtigen Punkten ab. In: Frankfurter Rundschau vom 11. Dezember 1969.

¹²³⁰ Vgl. Hessischer Landtag. VI. Wahlperiode: Stenographischer Bericht über die 64. Sitzung vom 10. Dezember 1969. S. 3337.

¹²³¹ Vgl. ebd. S. 3339.

¹²³² Ebd. S. 3345.

¹²³³ Vgl. ebd. S. 3346.

bes als Vorbild zu nehmen, schließlich seien Industriebetriebe auf ein anderes Ziel hin organisiert.¹²³⁴ Schließlich charakterisierte der Vorsitzende der NPD-Fraktion Fischer die Ausklammerung eines studentischen Ordnungsrechts aus dem vorliegenden Gesetzentwurf als einen „faulen Trick“.^{1235 1236}

Zu Beginn des neuen Jahres avancierte der Bereich Humanmedizin im Universitätsgesetz zu einem die Diskussion bestimmenden Thema, mit dem sich der Minister ebenfalls auseinanderzusetzen hatte. Dieser war Gegenstand der Besprechung zwischen dem Minister, den Ministerialdirektoren Dr. Kollatz und Dr. Kettner und den Vertretern der Medizinischen Fakultäten am 9. Januar 1970. Nachdem der Kultusminister den Einwand des Gießener Biochemikers Staudinger, mit der Erörterung und Beschlussfassung eines Universitätsgesetzes so lange zu warten, bis das Bundesrahmengesetz vorläge, abgelehnt hatte, wandte sich das Gespräch der Organisationsform der Medizin vor dem Hintergrund ihrer Aufgaben zu. Die Lösungsmöglichkeiten, führte der Minister aus, lägen zwischen einer Medical School auf der einen und der vollen Integration in die Universität auf der anderen Seite. Als problematisch stellten die Mediziner die Krankenversorgung dar. Alle Anwesenden votierten für eine einheitliche Klinikverwaltung, woraufhin der Minister die Aufgaben

¹²³⁴ Vgl. ebd. S. 3347.

¹²³⁵ Vgl. ebd. S. 3353; Lebhaftige Diskussion über Hochschulgesetz-Entwurf. Vorbehalte von FDP und CDU bei zweiter Lesung. In: Hessische Allgemeine vom 11. Dezember 1969.

¹²³⁶ Das Gießener Studentenparlament hatte am 13. Januar 1970 einen Beschluss zu den Änderungen der Fassung des Universitätsgesetzes nach der 2. Lesung im Hessischen Landtag gefasst, den der Allgemeine Studentenausschuss den Vorsitzenden des Kulturpolitischen Ausschusses und den Fraktionsvorsitzenden der SPD, CDU, FDP im Hessischen Landtag am 15. Januar 1970 übermittelte. Trotz der generellen Zustimmung, auf die die Initiative der Hessischen Landesregierung und des Hessischen Landtages stieß, nahm es auch die Gefahr wahr, jegliche Selbstreform der Universitäten durch das Universitätsgesetz in Zukunft zu unterbinden. Das Parlament begrüßte die bereits vorgenommenen Änderungen des Landtages, spricht die Einfügung des § 6, wonach Selbstreformen partiell noch möglich sein sollten, jedoch gingen sie ihm noch nicht weit genug. Mit dem Hinweis, dass die Studenten ihre Zustimmung zum Hochschulgesetz von 1966 gerade wegen der Möglichkeit zur Selbstreform der Universitäten gegeben hatten, forderte man von studentischer Seite aus die folgende Neufassung des § 6: „Soweit das Gesetz vorsieht, dass zur Erprobung von Reformmodellen und neuen organisatorischen Ideen von einzelnen seiner Bestimmungen durch die Satzung abgewichen werden kann, ist ein besonderer Beschluss erforderlich, der entweder der Mehrheit von 2/3 der Mitglieder des Konvents oder mindestens der Mehrheit der Hochschullehrer, der Wissenschaftlichen Mitarbeiter und der Studenten im Konvent bedarf.“ (HHStA, Abt. 504, Nr. 7590: Studentenschaft der Justus-Liebig-Universität. Körperschaft des öffentlichen Rechts. Allgemeiner Studentenausschuss an die Vorsitzende des Kulturpolitischen Ausschusses und an Herren Fraktionsvorsitzende der SPD, CDU, FDP im Hessischen Landtag (15. Januar 1970)). Ferner plädierten sie dafür, in § 16 den folgenden Absatz 2 a einzufügen: „Die Satzung kann unter Beachtung von § 6 abweichende Bestimmungen treffen.“ In § 20 sollte der folgende Absatz 4 a eingefügt werden: „Die Satzung kann unter Beachtung von § 6 abweichende Bestimmungen treffen.“ § 25 sollte um folgenden Zusatz ergänzt werden: „Die Satzung des Fachbereichs kann unter Beachtung von § 6 abweichende Bestimmungen treffen. Die Satzung der Universität kann entsprechend für alle Fachbereiche abweichende Bestimmungen treffen.“ Und schließlich forderte das Parlament in § 26 folgenden Absatz 2 a hinein zunehmen: „Die Satzung des Fachbereichs kann unter Beachtung von § 6 abweichende Bestimmungen treffen.“).

einer solchen ansprach. In der Frage, ob der Leiter des Klinikums Beamter auf Lebenszeit sein oder ob die Leitung einem Kollegialorgan übertragen werden sollte, konnte kein Konsens erzielt werden. Ein weiterer Aspekt von größter Relevanz war eine mögliche Untergliederung des Fachbereichs. In diesem Kontext plädierte Professor Staudinger für die Einrichtung von Departments, d. h. für eine „Zusammenfassung verwandter Fächer möglichst unter einem Dach“. Der Frankfurter Nichtordinarius Vossius warf anschließend ein, dass auch die Möglichkeit in Betracht zu ziehen sei, als unterste Verwaltungseinheit mehrere Fachbereiche zu bilden. Staudinger entgegnete darauf, dass aus fachlicher Perspektive nur ein Departmentsystem funktionieren könne. Er gab allerdings zu, dass es für Gebiete an der Peripherie Schwierigkeiten gäbe, wofür er keinen Lösungsvorschlag habe. Als Mittelweg wurde von Beinhauer (Frankfurt) die Schaffung von etwa sieben Fachbereichen für Humanmedizin unter Zusammenfassung verwandter Fächer vorgeschlagen. Hövels (Frankfurt) konstatierte, dass hinsichtlich der Krankenversorgung als unterste Verwaltungseinheit entweder die einzelne Klinik oder das Department vorgesehen werden müsste, ansonsten befürchtete er eine Gefährdung der ordnungsgemäßen Krankenversorgung. Im Laufe der weiteren Diskussion kristallisierte sich als einmütige Auffassung heraus, dass das Department die unterste Verwaltungseinheit für Wirtschafts- und akademische Verwaltung sein sollte, unter der Bedingung, dass gewisse akademische Angelegenheiten auf höherer Ebene zu entscheiden seien. Anschließend wurde die Frage aufgeworfen, ob die Kompetenz der Sachmittel- und Personalzuteilung bei den einzelnen Lehrstühlen oder dem Department liegen würde. Der Minister wollte in diesem Kontext zunächst auf die Schaffung eines Studiendekans verzichten.

Die Frage nach der Ausgestaltung des Leitungsgremiums nahm ebenfalls einen breiten Raum während der Besprechung ein: Dabei reichten die Positionen von einem hauptamtlichen Klinikleiter mit beigeordnetem Anstaltsvorstand über einen Anstaltsrat, der sich aus den Leitern der Departments, den leitenden Verwaltungsbeamten der Kliniken und Vertretern der anderen Gruppen konstituieren sollte, bis hin zu einem Gesamtfachbereichsrat. Am Ende der Besprechung wurde noch die Frage der Modalitäten hinsichtlich der Haushaltszuweisungen behandelt. Staudinger vertrat die Ansicht, dass hinsichtlich der Krankenversorgungsfunktion die notwendigen Mittel dem Gesamtbereich Medizin direkt überwiesen werden sollten. Daraufhin erläuterte der Kultusminister, dass eine Ausklammerung des Haushalts der Medizi-

nischen Fakultät nicht denkbar sei, wolle man die Autonomie der Hochschulen stärken. Erneut ergriff Staudinger das Wort und entgegnete darauf, dass dann zumindest garantiert sein müsste, dass ein Mediziner am Haushaltsausschuss der Universität partizipieren dürfe. Dies sei, so der Minister, zu überprüfen. Der Frankfurter Mediziner Hövels resümierte nach der intensiven Diskussion, dass er als einzige Lösungsmöglichkeit die selbstständige Medizinische Hochschule für zweckmäßig erachte.¹²³⁷

Nahezu zeitgleich zu dieser Besprechung erklärte Kultusminister von Friedeburg schließlich öffentlich, dass die Drittelparität nun endgültig vom Tisch sei. Als Begründung für seine Sinneswandlung führte er aus, dass dieses System nur so lange in dem bisherigen Entwurf Platz hatte, wie keine Möglichkeit bestanden hätte, die bisherige Personalstruktur an den Universitäten zu ändern. Wenn es gelänge die Personalstruktur zu ändern, resultierten daraus andere Gruppen und auch andere Proporzverhältnisse. Gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erläuterte der Kultusminister seinen veränderten Standpunkt mit der Möglichkeit einer Novellierung des Beamtenrechtsrahmengesetzes des Bundes durch eine neue Regierung.¹²³⁸ Zu diesem Zeitpunkt war die Abgrenzungs-Diskussion noch nicht abgeschlossen. Am wahrscheinlichsten war eine Realisierung eines Modells, das fünf Gruppen im Konvent vorsah: Professoren, Dozenten, Absolventen der ersten Staats- und Diplomprüfung, die für die Dauer eines Stipendiums an der Hochschule weiterhin tätig sein wollten, und die Wissenschaftlichen Angestellten der Bibliotheken und Forschungseinrichtungen, die Studenten und die technischen und Verwaltungsangestellten. Noch offen waren die Quoten.^{1239 1240}

¹²³⁷ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7590: Niederschrift über Besprechung zwischen Minister, Herrn Ministerialdirektoren Dr. Kollatz, Dr. Kettner und Vertretern der Medizinischen Fakultäten am 9. Januar 1970, betreffend den Bereich Humanmedizin im Universitätsgesetz.

¹²³⁸ Vgl. Keine Drittelparität in Hessen. Kultusminister von Friedeburg: „Endgültig vom Tisch“ / Neue Gruppen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. Januar 1970.

¹²³⁹ Vgl. Neuer Schlüssel für Hochschulparitäten. Fünf Gruppen / Friedeburg: Kein Zurückweichen von früheren Vorstellungen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. Januar 1970.

¹²⁴⁰ In der 50. Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses am 22. Januar 1970 beriet man die Vorlage der Landesregierung betreff Entwurf eines Gesetzes über die Universitäten des Landes Hessen kursorisch. In seiner 51. Sitzung am 23. Januar 1970 standen dann die §§ 11 bis 24 der Regierungsvorlage zur Debatte. (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6214: Hessischer Landtag. VI. Wahlperiode: Beschlussprotokoll der 50. Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses am 22. Januar 1970; HHStA, Abt. 504, Nr. 7595 b): Hessischer Landtag. VI. Wahlperiode: Beschlussprotokoll der 51. Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses. 23. Januar 1970).

Vonseiten der CDU wurde die Abwendung von Friedeburgs von seiner kompromisslosen Haltung während der zweiten Lesung positiv registriert. Er bewege sich wieder auf die CDU zu, so nahm es auch die Öffentlichkeit wahr; für die FDP dagegen änderte sich nichts.

Während eines Gesprächs des Kultusministers mit Vertretern der Landesassistenten-Konferenz noch im gleichen Monat begrüßte dieser die Bereitschaft von SPD-Vertretern und Wissenschaftlichen Mitarbeitern, einen Vorschlag für eine neue Personalstruktur auszuarbeiten. Dabei sollte ein Vorschlag für einen Personalteil des neuen Hessischen Universitätsgesetzes vorbereitet werden, der dem Landtag zur dritten Lesung des Gesetzes vorgelegt werden konnte. Die Assistenten nahmen es in der Besprechung positiv auf, dass die Sozialdemokraten in der nunmehr veränderten Regierungsvorlage „eine demokratische und effektive“ Organisationsstruktur für die Selbstverwaltung der Hochschulen präsentiert hatten.^{1241 1242}

¹²⁴¹ Vgl. Neue Hochschul-Personalstruktur. Assistenten arbeiten an Gesetzesvorlage. In: Darmstädter Echo vom 13. Januar 1970.

¹²⁴² Bereits im Februar 1970 hatte sich ihre zustimmende Haltung jedoch verändert, die Landesassistentenkonferenz legte ihr Veto gegenüber der Vorlage des Gemeinschaftsantrages zum Hessischen Hochschulgesetz von SPD-, CDU- und FDP-Landtagsfraktion unter Führung von Best ein. (Vgl. HHStA, Abt. 502, 12198 a): LAK-Hessen, der Vorsitzende: Resolution zum Hessischen Hochschulgesetz (24. Februar 1970). Ihre Kritik galt dabei der Vorgehensweise (– die umfassenden Kompetenzen des Landeskuratoriums lasse jede paritätische Mitbestimmung an den Hochschulen zur Farce werden. Auch führten die Assistenten ins Feld, dass der Präsident nicht demokratisch legitimiert sei, sondern von der Landesregierung nominiert werde –) und der „Disziplinierung der Studenten“ bzw. „aller Hochschulangehörige.“ (Vgl. ebd.). Als Resümee kam die LAK zu dem Schluss, dass „die SPD [...] in einer großen Koalition mit CDU und FDP die Hochschulen dem ungehinderten Zugriff von staatlichem Dirigismus und industriellen Sonderinteressen“ ausliefere. Diesem könne man nur mit aktivem Widerstand begegnen, zu dem die LAK Assistenten, Studenten und übrigen Mitglieder der Hochschule mit dem Ziel, „dieses Gesetz von der Basis aus zum Scheitern zu bringen“ (ebd.), aufrief.

Auf Gießener Ebene signalisierte der Rat der Akademischen Mitarbeiter der Justus-Liebig-Universität ebenfalls im Februar Kampfbereitschaft, wie das folgende Zitat plastisch demonstriert: „Die Akademischen Mitarbeiter der Justus-Liebig-Universität erklärten am Tage ihres Warnstreiks, daß eine Vollversammlung zu Beginn des Sommersemester 1970 die hessische Hochschulgesetzgebung dahingehend überprüfen wird, ob sie den obigen Grundsätzen entspricht. Sie weisen die am Gesetzgebungsprozeß beteiligten politischen Kräfte darauf hin, daß die Gießener Akademischen Mitarbeiter in der Urabstimmung ihre Entschlossenheit erklärt haben, gegebenenfalls die Durchführung der Universitätsgesetze zu verhindern. Das heißt, die Akademischen Mitarbeiter werden von den organisatorischen Möglichkeiten, die ein Hessisches Universitätsgesetz bietet, Gebrauch machen, um den politischen Widerspruch zwischen demokratischer Organisationsfassade und konvertierter Ordinariatenuniversität deutlich zu machen. Ein Hessisches Universitätsgesetz ohne Personalstrukturereform ist zum Scheitern verurteilt. Die Akademischen Mitarbeiter werden am Scheitern eines solchen Gesetzes aktiv mitwirken.“ (HHStA, Abt. 502, Nr. 12198 a): Rat der Akademischen Mitarbeiter der Justus-Liebig-Universität Gießen – Der Sprecher (3. Februar 1970): Beschluß der Vollversammlung während des Warnstreiks am 2. Februar 1970). Sie hatten während einer Urabstimmung mit 81 Prozent beschlossen, eine Personalstrukturereform, orientiert an den Vorschlägen der BAK/LAK Hessen, zu fordern. Geleitet wurden sie dabei vom Gedanken der Demokratisierung, wie ihre acht Forderungen demonstrieren: Alle hauptberuflich an der Universität in Forschung und Lehre Beschäftigten sollten Hochschullehrer sein; unter ihnen sollte Gleichberechtigung herrschen. (Vgl. ebd.). Alternativ sollten sie auf Dauer oder aber auf Zeit eingestellt werden. Eine Hierarchie von Veranstaltungen im Sinne einer Differenzierung von „Unterricht“ und „Lehre“ lehnten die Akademischen Mitarbeiter ab. (Vgl. ebd.). Des Weiteren schlugen sie die Initiierung eines Graduiertenstudiums für alle Fächer vor. Nur in Übereinkunft mit den Akademischen Mitarbeitern der einzelnen Fachbereiche/Fakultäten sollten Übergangsregelungen realisiert werden. (Vgl. ebd.). Als Fazit konstatierten sie schließlich: „Eine Änderung der Personalstrukturereform beinhaltet eine Änderung des vorliegenden Organisationsteils des Universitätsgesetzes in Richtung auf eine Demokratisierung der Selbstverwaltungsorgane auf allen Ebenen durch Beteiligung aller Gruppen.“ (Ebd.).

Die Intention des Kultusministers, das bereits in zwei Lesungen verabschiedete Hessische Universitätsgesetz durch einen Personalteil erweitern zu wollen, evozierte in Hessen, unabhängig von den Vorschlägen zum Bundes-Rahmengesetz, Initiativen für die Formulierung der Personalstruktur im Gesetz.¹²⁴³ Die SPD-Landtagsfraktion und die LAK beschlossen noch im gleichen Monat, eine Kommission für die Reform der Personalstruktur zu bilden. Während eines Gespräches zwischen dem Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, Rudi Rohlmann, dem Vorsitzenden des Kulturpolitischen Ausschusses, Dr. Hanno Drechsler, und der LAK hatte man Übereinstimmung darin erzielt, dass die intendierte Personalstrukturreform auch Änderungen im Organisationsteil – eine nahe liegende Schlussfolgerung – des Gesetzes erforderlich mache. Auch war man sich einig darüber, dass die Verabschiedung solcher möglichst bald vonstatten gehen müsste.¹²⁴⁴ Am 30. Januar 1970 trat erstmals die Verhandlungskommission in Frankfurt zusammen, die über eine Verankerung der Personalstruktur im Hessischen Universitätsgesetz beraten sollte und deren Beratungsergebnisse als Vorlage zur dritten Lesung des Hessischen Universitätsgesetzes in den zu entsendenden Gremien zu vertreten sei. Ziel der Diskussion sollte die Festlegung genereller Grundsätze für die Reform der Personalstruktur an den Universitäten sein.¹²⁴⁵ Hießen die sozialdemokratischen Vertreter die mit dem LAK-Entwurf vom 20. November 1969 vorgelegte Grundstruktur eines Personalteiles gut, stießen die Veränderungen, die im LAK-GEW-Entwurf vorgenommen wurden, nicht prinzipiell auf ihre Zustimmung. Der Aspekt eines Hochschullehrers auf Zeit bedurfte zu diesem Zeitpunkt einer ausführlicheren Diskussion, da in diesem Punkt die Auffassungen zwischen den beiden Verhandlungsgruppen noch divergierten. In diesem Kontext musste insbesondere die Frage der Qualifikationsmerkmale im Hochschullehrerbereich noch geklärt werden. Konsens herrschte hinsichtlich des Prinzips im Haushaltsplan der Hochschule nicht zwischen Zeit- und Dauerstellen zu

¹²⁴³ Da sich die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag geändert hatten, konnte von Friedeburg nun die Personalstrukturreform in Angriff nehmen.

¹²⁴⁴ Vgl. Für Reform der Personalstruktur. SPD-Landtagsfraktion und LAK beschließen Bildung einer Kommission. In: Frankfurter Rundschau vom 12. Januar 1970.

¹²⁴⁵ Sie orientierte sich primär an folgenden Fragestellungen: Sollte eine zukünftige Personalstruktur der Universitäten die Wissenschaftlichen Angestellten neben den Technischen und Administrativen Angestellten als eigene Gruppe auffassen? Welche Folgen für die Personalstruktur resultieren aus einer zeitgemäßen Interpretation der Einheit von Forschung und Lehre? Kann die abstrakte Differenzierung von Unterricht und Lehre im Vollzug der Wissensvermittlung die Differenzierung entsprechend zugeordneter Personengruppen im universitären Lehrkörper rechtfertigen? Wie verhält sich das Postulat nach der korporationsrechtlichen Gleichstellung aller Hochschullehrer zum Prinzip der besoldungsmäßigen Differenzierung im Hochschullehrerbereich? Und schließlich: Welche Überlegungen motivierten die Repräsentanten der LAK und GEW dazu, die Bezeichnung des Assistenzprofessors analog zum BAK-Modell zu modifizieren bzw. überhaupt in Frage zu stellen?

unterscheiden. Erwartete man zur Einschränkung des Stimmrechts durch den Nachweis bestimmter fachlicher Qualifikationen kontroverse Auffassungen, bestand in der Verhandlungskommission Einigkeit darüber, dass die Übergangsvorschriften des Gesetzes, unter Vorbehalt einer endgültigen Regelung in der Universitätssatzung bzw. der Studentenschaftssatzung, Bestimmungen enthalten sollte, denen zufolge die im Gesetz beschriebenen universitären Versammlungen und Organe zu bilden seien. Der ebenfalls anwesende Kultusminister konstatierte daraufhin, dass die generelle Lösung des Personalstruktur-Problems im Hochschulgesetz erfolgen sollte, da sich das Universitätsgesetz dem Hochschulgesetz einzuordnen habe. Dieses Vorgehen sei hochschulpolitisch sinnvoll, um eine im Universitätsbereich entwickelte fortschrittliche Personalstruktur auch auf den Fachhochschulbereich zu übertragen. Wichtig war ihm, dass im Falle einer neuen Personalstruktur im Hessischen Universitätsgesetz noch vor einer Bundesregelung dies so geschehen müsse, dass eine spätere Fixierung durch ein Bundesbeamtenrechtsrahmengesetz nicht das Hessische Universitätsgesetz in Frage stelle, womit nur eine korporationsrechtliche Lösung der Personalstrukturprobleme möglich sei. Von Friedeburg gab zu, dass die Implementierung einer neuen Personalstruktur in der zu diesem Zeitpunkt aktuellen Vorlage des Hessischen Universitätsgesetzes nur durch die Definition neuer Versammlungen und Gruppen möglich sei.^{1246 1247}

Auch die Vertreter der Nichtordinarien entwickelten Vorschläge für den künftigen Status der Hochschullehrer und trugen sie dem Hessischen Kultusminister vor. Die Hessische Rektorenkonferenz diskutierte in einer ihrer Sitzungen die „Möglichkeit, diese verschiedenen Initiativen zu einem nicht mehr gruppenspezifischen Vorschlag der Hochschulen zusammenzufassen und ihnen dadurch eine breitere Basis zu geben.“¹²⁴⁸ Dies war umso wahrscheinlicher, als in Bezug auf den Nukleus der Reform, eine Neuordnung des „akademischen Mittelbaus“, Konsens herrschte und diese in kritischen Stellungnahmen einzelner Hochschulen und der Hessischen Rekto-

¹²⁴⁶ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6928: Protokoll der 1. Sitzung der Verhandlungskommission zur Verankerung einer Reform der Personalstruktur im Hessischen Universitätsgesetz am 30. Januar 1970 in Frankfurt am Main.

¹²⁴⁷ Auch einzelne Professoren meldeten sich in der Diskussion um die Reform der Personalstruktur zu Wort: So beispielsweise Professor Scharmann vom Physikalischen Institut der Universität Gießen, um auf besondere Gegebenheiten im eigenen Fach hinzuweisen. (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6928: Brief des Direktors des Physikalischen Instituts, Prof. Dr. A. Scharmann, an den Hessischen Kultusminister, betr.: Ernennung von promovierten Wissenschaftlichen Assistenten zu Akademischen Räten (28. Januar 1970)).

¹²⁴⁸ HHStA, Abt. 504, Nr. 6928: Vorschlag zur Personalstruktur im Hochschulbereich vorgelegt von der Hessischen Rektorenkonferenz unter Mitarbeit von Nichtordinarien und Nichthabilitierten der hessischen Hochschulen (ohne Angabe)

renkonferenz zum Gesetz-Entwurf bereits postuliert worden war. Am 12. und 19. März 1970 fanden in Darmstadt Sitzungen statt, während dieser die Überlegungen erörtert und prinzipiell von allen Diskussionsteilnehmern akzeptiert wurden. „Das Modell versucht, die Zielvorstellungen einer Personalstruktur-Reform aus den der Hochschule gestellten Aufgaben zu entwickeln. Nur wenn diese Ziele definiert sind, lassen sich Fehlentwicklungen oder Umwege in der Übergangszeit vermeiden.“ Es orientierte sich an den Personalstrukturmodellen der BAK und der WRK, ergänzte diese aber in verschiedenen Punkten.^{1249 1250}

Schließlich sollte es nicht nur bei Sondierungsgesprächen bleiben. Im Zeitraum zwischen der zweiten und der dritten Lesung¹²⁵¹, Ende März/Anfang April, wurden gravierende Änderungen am Entwurf für das Hochschulgesetz und auch am Entwurf für das Universitätsgesetz vorgenommen. Tatsächlich wurde ein neues Personalstrukturmodell¹²⁵² in das Gesetz implementiert, das den Geist der Bundesassistentenkonferenz atmete. Additiv fanden in dieser Zeit weit reichende Sonderregelungen für die Humanmedizin Eingang in das Universitätsgesetz. Beide Initiativen

¹²⁴⁹ Vgl. ebd. So sollte beispielsweise die zukünftige Personalstruktur „die Entwicklung zur integrierten Gesamthochschule, zu Gruppenunterricht und neuen Lehrformen nicht nur ermöglichen, sondern fördern. Hierzu gehören auch propädeutische Kurse und eine intensive Studienberatung im ersten Studienabschnitt, um einen sinnvollen, allmählichen Übergang von der schulischen Unterrichtsform zum weitgehend selbständigen „forschenden Lernen“ zu sichern. Dies kann mit der Möglichkeit eines früheren Übertritts in den Hochschulbereich (etwa in Form des Abitur I) zu einer Entlastung der Oberstufe des sekundären Bildungszweiges führen und den Eintritt in den Gesamthochschulbereich aus der Berufspraxis erleichtern. (2) Die Stellenkategorien müssen soweit differenziert sein, daß Forschung und Ausbildung sowohl in den technisch-naturwissenschaftlichen als auch in den geisteswissenschaftlichen Fächern optimal entwickelbar sind. [...] (3) Die Personalstruktur-Reform darf nicht nur eine korporationsrechtliche, sondern sie muß notwendig eine institutionelle Verbesserung des Hochschullehrerberufs erreichen. [...]“ Auch für das Graduiertenstudium legten Rektoren, Nichtordinarien und Nichthabilitierte einen Vorschlag vor.

¹²⁵⁰ Anfang Februar 1970 beriet der Kulturpolitische Ausschuss über die Vorschläge der SPD-Fraktion zur Änderung und Ergänzung der Vorlage der Landesregierung. Ferner nahm der Ausschuss einen Bericht des Kultusministers über die gegenwärtigen Vorstellungen für eine bundeseinheitliche Personalstruktur entgegen und diskutierte darüber. (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7595 b): Vertraulich: Hessischer Landtag. VI. Wahlperiode: Kurzbericht der 52. Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses 5. Februar 1970).

¹²⁵¹ Anlässlich der Einbringung des Entwurfs eines Fachhochschulgesetzes in den Hessischen Landtag charakterisierte von Friedeburg das Ziel der künftigen Bildungspolitik in Hessen, die an den Anforderungen zukünftiger Praxis orientiert sein sollte: Diese sollte durch ein differenziertes Bildungsangebot mit verschiedenen Übergangsmöglichkeiten die Entfaltung aller Begabungen, die Gleichheit der Bildungschancen und die Realisierung des Grundrechts auf Bildung garantieren. Besondere Bedeutung maß der Minister der Durchlässigkeit innerhalb des Gesamthochschulverbands bei. (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6214: Der Hessische Kultusminister: Informationen und Mitteilungen. 43/70 vom 25. Februar 1970: Zur Einbringung des Entwurfs eines Fachhochschulgesetzes im Hessischen Landtag).

¹²⁵² Der Kulturpolitische Ausschuss hatte sich darauf verständigt, dass es künftig nur noch die fünf Gruppen, Hochschullehrer auf Dauer, Hochschullehrer auf Zeit, Studenten, Wissenschaftliche Mitarbeiter ohne unmittelbare Lehr- und Forschungsaufgaben und Nichtwissenschaftliche Mitarbeiter, geben sollte (Vgl. Auch über die Personalstruktur einig. In: Frankfurter Rundschau vom 19. März 1970).

wurden nahezu ausschließlich von der SPD getragen; Konsens zwischen SPD, CDU und FDP dagegen ergab sich hinsichtlich des Hochschulgesetzes: Dabei waren sich diese Parteien einig, dass ein Landeshochschulverband als Organ zwischen den Hochschulen und dem Kultusminister geschaffen werden sollte. An diesem sollten sowohl Vertreter des Landes als auch Repräsentanten der Gesamthochschulen, Universitäten, Kunsthochschulen und Fachhochschulen als auch Gruppenvertreter mitarbeiten. Zudem sollte dieses Gremium mit weit reichenden Koordinationszuständigkeiten ausgestattet werden – alles Vorstellungen, die massive Kritik evozierten.¹²⁵³

Aber kehren wir nochmals an den Vorabend der zweiten Lesung des Hessischen Hochschulgesetzes zurück: Zu diesem Zeitpunkt, so scheint es, herrschte in den verschiedensten Reihen größte Ablehnung. So übte der Vorsitzende der LAK beispielsweise Kritik am Änderungsantrag zur Zweiten Lesung des Hessischen Hochschulgesetzes. Neben der Wahl des Zeitpunktes, so interpretierte die LAK, war das Verfahren mit Kommissionen, Hearings und Petitionen als taktische Manöver gewählt worden, um von den eigentlich, ihres Erachtens gefährlichen Inhalten abzulenken:

1. Verlagerung wichtiger Entscheidungsprozesse über Forschung, Lehre und Verwaltung in demokratisch nicht kontrollierbare Spitzengremien (Landes-kuratorium),
2. Abschaffung des Prinzips der Selbstverwaltung und der demokratischen Mitbestimmung: [...]
3. Disziplinierung: [...].¹²⁵⁴

Die Hauptursache dieser Reaktion war aber der Austritt der Mitglieder des Kulturpolitischen Ausschusses aus der von Vertretern der SPD-Landtagsfraktion, der Kulturpolitischen Ausschüsse, der GEW und der LAK am 8. Januar 1970 gebildeten Verhandlungskommission. „Die LAK-Hessen wertet die Entscheidung der Kulturpolitischen Ausschüsse als Reaktion auf die Tatsache, daß ihrer innerparteilichen Arbeit an Hochschul- und Universitätsgesetz einer interfraktionellen Vereinbarung zum Hochschulgesetz entgegengestellt wurde, die die Kulturpolitischen Ausschüsse

¹²⁵³ Vgl. Dienstbach, Ingo; Kübel, Klaus; Stieger, Hartmut: Skizzen zur neueren Entwicklung der Justus-Liebig-Universität (1968 bis zur Gegenwart). In: 375 Jahre Universität Gießen. 1607-1982. Geschichte und Gegenwart. S. 223f.

¹²⁵⁴ HHStA, Abt. 504, Nr. 7595 b): LAK-Hessen, der Vorsitzende: Resolution zum Hessischen Hochschulgesetz (24. Februar 1970).

und die betroffenen Mitglieder der Hochschule vor vollendete Tatsachen stellte.“ Damit werde ihnen jegliche Kompetenz in Sachen Hochschulgesetzgebung abgesprochen. Die LAK kündigte ihren Widerstand für den Fall an, dass die Fraktionen im Landtag eine gesetzgeberische Neuordnung des Hochschulwesens ohne die Betroffenen realisieren wollten.¹²⁵⁵

Auch bei den Studentenvertretern der vier hessischen Hochschulen stellte sich zunehmend Frustration ein: Sie konnten schließlich im März 1970 keine Basis mehr für eine weitere Diskussion mit dem neuen Kultusminister erkennen.¹²⁵⁶

In den Plenarsitzungen am 11., 12. und 13. März stand dann die zweite Lesung des Entwurfs für ein Gesetz über die Hochschulen des Landes Hessen (Hochschulgesetz) und verschiedene Entwürfe auf der Tagesordnung.¹²⁵⁷ – Vorab, am 7. März, hatte der Kultusminister die Rektoren, leitenden Verwaltungsbeamten und eine Reihe von Hochschullehrern über die Pläne für ein Hochschulrahmengesetz und Universitätsgesetz informiert.

Herrschte Ende Februar/Anfang März noch eine sehr kritische Stimmung vor, schlug diese sehr schnell jedoch um: „Hessens Hochschulgesetz fand [nun; C.S.]

¹²⁵⁵ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7595 b): Brief Dr. L. Dellits, Vorsitzender der Landesassistentenkonferenz (LAK)-Hessen an den Hessischen Kultusminister, betr.: Änderungsantrag zur Zweiten Lesung des Hessischen Hochschulgesetzes (25. Februar 1970).

¹²⁵⁶ Da sie keine Änderungen der Gesetzesvorlage zugunsten der Studenten erwarteten, brachen sie daraufhin das Gespräch mit von Friedeburg ergebnislos ab. Das von ihnen vorbereitete Kommuniqué, in dem von Friedeburg unterschreiben sollte, dass er im Falle einer Verabschiedung des Gesetzes in der zweiten Lesung zurücktrete, lehnte dieser selbstredend ab. (Vgl. „Keine Basis für Diskussion“. Studentenvertreter brachen Gespräch mit Kultusminister ergebnislos ab. In: Frankfurter Rundschau vom 9. März 1970).

Unterdessen hatte Best einen „interfraktionell“ abgesprochenen Entwurf zu einem Gesetz über die „Verwaltung der Universitäten des Landes Hessen“ präsentiert, in dessen Zentrum die Forderungen nach einer Landesverwaltungsbehörde und der Entzug der Mitbestimmung unsachverständiger Hochschulangehöriger stand. Die Auseinandersetzung zwischen diesem und von Friedeburg bildete den Hintergrund für die Genese des Hochschulgesetzes, denn Best wollte beweisen, dass auch er ein geeigneter Kandidat für den Posten des Kultusministers gewesen wäre. „Während von Friedeburg eine Einheit der wirtschaftlichen und akademischen Verwaltung ‚vor Ort‘ durch die Beteiligten selbst – also Professoren, Assistenten, Studenten und Verwaltungspersonal – anstrebt, will Best die Zentralisierung bei gleichzeitiger Ausschaltung der Beteiligten. Best übersieht (oder will übersehen), daß selbst große Industrieverwaltungen sich heute unter Effizienzgesichtspunkten bemühen, die Entscheidungsprozesse zu dezentralisieren“, so das Urteil des Presseorgans. Zu diesem Zeitpunkt vermutete die Frankfurter Rundschau, dass Best wohl einen weiteren Vorschlag präsentieren würde, was sie veranlasste zu fragen, ob die unter Zinn betriebene progressive Hochschulpolitik wieder ausgehöhlt werde. (Vgl. Hessische Bildungspolitik zwischen Best und Friedeburg. Eine kritische Schrift „hessenpolitik 70“ kursiert unter Sozialdemokraten. In: Frankfurter Rundschau vom 10. März 1970).

¹²⁵⁷ So die zweite Lesung des von der Fraktion der CDU eingebrachten Entwurfs für ein Gesetz zur Reform des gesamten Hochschulwesens im Lande Hessen, die zweite Lesung des von der Fraktion der NPD eingebrachten Entwurfs für ein Hochschulorganisationsgesetz und die zweite Lesung des von dem Abgeordneten Werner Fischer (NPD) und Fraktion eingebrachten Entwurfs für ein Gesetz zur Änderung des Hochschulgesetzes. (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6214: Hessischer Landtag. VI. Wahlperiode: Tagesordnung für die 70. Plenarsitzung am 11. März 1970, für 71. Plenarsitzung am 12. März und für 72. Plenarsitzung am 13. März 1970).

große Mehrheit“.¹²⁵⁸ Seit langem habe wieder einmal eine hochschulpolitische Gesetzesinitiative den Beifall aller demokratischen Fraktionen gefunden. Die CDU drückte ihre Freude darüber aus, nun kooperativ mit der SPD ans Werke gehen zu können, zumal sie genauso wie die SPD die Meinung vertrat, dass der Gesetzgeber nun endlich den universitären Bereich ordnen müsse, der in der Verantwortung des Staates läge.¹²⁵⁹ Schwarz-Schilling räumte in dieser Sitzung gar ein, dass die neue Gesetzesfassung erheblich besser als die alte sei.¹²⁶⁰ Auch die FDP stimmte dem Hochschulgesetz in der Fassung des Ausschussberichts zu.¹²⁶¹ Die NPD dagegen listete eine Reihe von änderungswürdigen Aspekten auf, weshalb sie sich bei der Abstimmung enthalten wollte.¹²⁶² Kultusminister von Friedeburg benannte verschiedene Punkte, an denen seines Erachtens noch weiter zu arbeiten wäre, wie beispielsweise die Zusammensetzung des Landeskuratoriums und die Zusammenarbeit der Hochschulen in den Ständigen Kommissionen.¹²⁶³ Schließlich jedoch beschloss der Hessische Landtag in der Sitzung am 12. März 1970 in der zweiten Lesung das Hochschulgesetz.¹²⁶⁴ Der Entwurf für ein Gesetz über die Hochschulen des Landes Hessen (Hochschulgesetz) wurde daraufhin zur Vorbereitung der dritten Lesung an den Kulturpolitischen Ausschuss zurück überwiesen.¹²⁶⁵

Daraufhin ergriff der Frankfurter Rektor am 18. März nochmals das Wort, um stellvertretend für die vier hessischen Hochschulen einige Probleme zu thematisieren, „von deren Lösung die Funktionsfähigkeit der Hochschulen und ihre sachgerechte Reform entscheidend abhängen werden.“¹²⁶⁶ An prominenter Stelle wies er auf die Divergenz gegenüber den Empfehlungen des Wissenschaftsrates und der Westdeut-

¹²⁵⁸ Vgl. Jasper, Bernd: Hessens Hochschulgesetz fand große Mehrheit. SPD weist Kritik an dem Entwurf zurück: Autonomie der Universität wird nicht angetastet. In: Frankfurter Rundschau vom 12. März 1970.

¹²⁵⁹ Vgl. Hessischer Landtag. VI. Wahlperiode: Stenographischer Bericht über die 70. Sitzung vom 11. März 1970. S. 3655: Hinsichtlich der Autonomie der Universität herrschten insgesamt noch Differenzen zwischen den Sprechern der Fraktionen vor.

¹²⁶⁰ Vgl. ebd. S. 3656.

¹²⁶¹ Vgl. ebd. S. 3659.

¹²⁶² Vgl. ebd. S. 3659 ff.

¹²⁶³ Vgl. ebd. S. 3662.

¹²⁶⁴ Dabei wurde die Fassung angenommen, die ihm mit dem Bericht des Kulturpolitischen Ausschusses vom 4. März 1970 zugegangen war. (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6214: Hessischer Landtag. VI. Wahlperiode: Tagesordnung für die 70. Plenarsitzung am 11. März 1970, für die 71. Plenarsitzung am 12. März 1970 und für die 72. Plenarsitzung am 13. März 1970).

¹²⁶⁵ Vgl. Jasper, Bernd: Hessens Hochschulgesetz fand große Mehrheit. SPD weist Kritik an dem Entwurf zurück: Autonomie der Universität wird nicht angetastet. In: Frankfurter Rundschau vom 12. März 1970.

¹²⁶⁶ HHStA, Abt. 504, Nr. 7587: Brief des Rektors der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main als Vorsitzender der Hessischen Rektorenkonferenz an den Hessischen Kultusminister, nachrichtlich auch an Ministerpräsidenten und Mitglieder der Hessische Landesregierung (18. März 1969).

schen Rektorenkonferenz hin: Seines Erachtens wurde die Organisationsreform „einseitig und unsachgemäß“ ins Zentrum gerückt. Demgegenüber hätten jedoch eine „sinnvolle Reform der Personalstruktur“ und „gesetzliche Sicherungen der Studienreform nur eine marginale Berücksichtigung“ gefunden. Ferner monierte er:

Der Entwurf beruht auf einem unreflektierten Misstrauen gegen jede Leistungsanforderung und Qualifikationskontrolle, wie sie allen Hochschulsystemen industrieller Staaten eigen sind und ersetzt dieses auch vom Wissenschaftsrat und der Westdeutschen Rektorenkonferenz ihren Empfehlungen zugrunde gelegte Leistungssystem durch eine gläubige Zuversicht auf die reformerische Kraft riskanter, bisher in keinem Hochschulsystem der Welt mit Erfolg, erprobten Mitbestimmungsgremien.¹²⁶⁷

Rüegg kritisierte, dass die „Desintegration der Hochschule in Teilkörperschaften und Ständen zum Prinzip erhoben“¹²⁶⁸ werde, anstatt eine Organisationsstruktur zu realisieren, die auf den Fachbereichen basiere und für eine funktionsgerechte Mitbestimmung Sorge trage. Präventiv seien vielmehr Regelungen zu begegnen, die sich erfahrungsgemäß als „Einfallstor für eine radikale Politisierung“¹²⁶⁹ herausgestellt hätten. Anschließend fokussierte der Vorsitzende der Hessischen Rektorenkonferenz den Konvent, der seiner Einschätzung zufolge als politisches Organ konzipiert sei.¹²⁷⁰ Mit Vehemenz opponierte der Frankfurter Rektor gegen die Aufgabe des Prinzips einer funktionsgerechten, gestuften Mitbestimmung, wodurch seines Erachtens eine – nicht zu verleugnende – ernsthafte Gefahr erwachse. Nicht ohne Konsequenzen könne es bleiben, wenn die Gruppe der Hochschullehrer, die er als stabilisierendes und leistungsfähiges Element charakterisierte, nicht ausreichend Gewicht im Konvent erhalte. Seiner Argumentation zufolge bestand eine Proportionalität zwischen dem Maß der Partizipation auf der einen und dem Maß der Verantwortung auf der anderen Seite. Analog zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates und der Westdeutschen Rektorenkonferenz sollte der hessische Entwurf den Aufbau und die

¹²⁶⁷ Ebd.

¹²⁶⁸ Ebd.

¹²⁶⁹ Ebd.

¹²⁷⁰ Er sollte neuerdings auch für alle grundsätzlichen hochschulpolitischen Angelegenheiten und Fragen der Hochschulreform zuständig sein. Durch verschiedene Regelungen werde seine Bedeutung noch weiterhin verstärkt. Die Expansion seiner Kompetenzen verleihe den existierenden Bedenken gegenüber der geplanten „Drittelparität“ in diesem Organ besonderes Gewicht.

Zusammensetzung des Konvents von den Fachbereichen her vorsehen.¹²⁷¹ Auch in Bezug auf die Öffentlichkeit machte er seine Bedenken geltend: Da in allen Kollegialorganen alle Mitglieder repräsentiert seien, genüge es, wenn die Sitzungen nicht vertraulich und nicht öffentlich seien. Ansonsten laufe man Gefahr der ständigen Störung und einer Schwächung der Repräsentativorgane.¹²⁷²

Auf Unverständnis stieß auch die Tatsache, dass der Gesetzgeber für die Gesamtuniversität und deren Organe Verfahrensvorschriften erließ und auch in Teilbereichen in den Vereinigungen der Universitätsmitglieder Vorschriften erzwang – somit also erheblich in die universitäre Autonomie eingriff, sich aber zugleich bemühte, die Studenten selbst davon auszusparen: Dieser Teilkörperschaft billige der Gesetzgeber eine Autonomie zu, die er der Gesamtkörperschaft nicht zubilligen wolle. Rüegg attestierte die Notwendigkeit, dass generelle Verfahrensbestimmungen auch für Studenten zwingend vorzuschreiben seien. Des Weiteren warf er die Frage auf, ob mit der Realisierung der verfassungsmäßigen Beteiligung der Studenten an den korporativen Selbstverwaltungsaufgaben der Universität eine zwangskörperschaftliche Organisation der Studentenschaft noch systemkonform sei. Das Gesetz könnte sich darauf konzentrieren, ebenso die Partizipation der Studenten wie die der anderen Universitätsangehörigen in den verschiedenen Organen zu regeln und dem Präsi-

¹²⁷¹ Zudem listete er eine Reihe von zu berücksichtigenden Aspekten auf:

- a) Hinsichtlich der Zusammensetzung müsse dem von der Ministerpräsidentenkonferenz, der Kultusministerkonferenz, dem Wissenschaftsrat und der Westdeutschen Rektorenkonferenz anerkannten Prinzip der funktionsgerechten Mitbestimmung bzw. der qualitativen Repräsentation der verschiedenen Angehörigen der Universität Rechnung getragen werden.
- b) Die Ständigen Kommissionen müssten, wie in den Empfehlungen des Wissenschaftsrates und der Westdeutschen Rektorenkonferenz, vom Senat gewählt werden.
- c) Die universitären Vertreter für das Kuratorium sollten durch die Gruppen bestimmt werden.
- d) Das alleinige Vorschlagsrecht des Konzils für die Wahl des Präsidenten sei zu streichen.
- e) Der Ordnungsausschuss dürfe nicht durch das Konzil gewählt werden.
- f) Die Zahl der zur Einberufung des Konvents nötigen Mitglieder müsse auf die Beschlussfähigkeitsgremien (50%) heraufgesetzt werden, damit nicht durch eine zu niedrige Schwelle der Einberufungsmöglichkeit der Konvent zum permanenten Resolutionskonvent wird, der mittels Öffentlichkeit einerseits, Anwesenheitspflicht von Präsident, Vizepräsident, Dekanen, Mitgliedern des Allgemeinen Studenten Ausschusses, Vertretern des Studentenparlaments andererseits die Universitätsverwaltung einem ständigen plebiszitären Druck ausgesetzt oder gar lahm gelegt werde.
- g) „Hochschulpolitische Grundsatzfragen und Hochschulreform“ dürften maximal Gegenstand von Beratungen, aber nicht von Entscheidungen des Konzils sein, soweit sie nicht die Satzung betreffen.

(Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7587: Brief des Rektors der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main als Vorsitzender der Hessischen Rektorenkonferenz an den Hessischen Kultusminister, nachrichtlich auch an Ministerpräsidenten und Mitglieder der Hessischen Landesregierung (18. März 1969)).

¹²⁷² Die Erinnerungen an die Hochphase der studentischen Aktionen in Frankfurt waren noch sehr frisch.

ten die Organisation der Wahlen zu übertragen. Simultan sei eine stärkere Beteiligung durch Wahlanreize und eine Verbindung mit Studienleistungen anzustreben. Nach seinem Plädoyer für eine funktionsgerechte Mitbestimmung wandte sich der Vorsitzende dem Aspekt des Präsidenten zu: Galt seine Kritik hier zunächst dem Faktum, dass der Entwurf für den Präsidenten lediglich einen Vizepräsidenten vorsah, monierte er hinsichtlich des Konzils und der Kompetenzverteilung zwischen Präsidenten, Senat und Konvent den Verstoß gegen die Forderung des Wissenschaftsrates, der zufolge eine Vermischung der Kompetenz vermieden werden müsse. Auch die Konzeption der Fachbereiche stieß bei ihm auf wenig Gegenliebe: Sie sei „unausgereift und „keineswegs tragfähig“. ¹²⁷³

Waren die abschließenden Beratungen des Landtages für den 5. Mai angesetzt, gingen diesen zwei Wochen voller hektischer Beratungen voraus. Für die Haltung der Justus-Liebig-Universität maßgeblich entscheidend sollte u. a. das für den 20. April angesetzte Informationsgespräch des Senats mit dem Fraktionsvorsitzenden der SPD, Dr. Best, dem kulturpolitischen Sprecher der SPD, Rohlmann, und dem FDP-Abgeordneten Stein über die neuesten Änderungen des Hochschulgesetzes werden. Konnten während diesem die schlimmsten Ängste gemildert werden, entbrannte zwei Tage später ein Sturm der Entrüstung: Zu diesem Zeitpunkt erfuhr die Justus-Liebig-Universität nämlich, dass das Universitätsgesetz bereits um die Sonderregelungen für die Humanmedizin erweitert, man selbst darüber aber nicht informiert worden war. ¹²⁷⁴ Vor diesem Hintergrund wundert es nicht, dass die LAK mit der Stimme Gießens die Entscheidung traf, keine Vertreter zu der vor dem Kulturpolitischen Ausschuss stattfindenden Anhörung am 23. April ¹²⁷⁵ zu entsenden, da sie die bereits gefallene Entscheidung nicht scheindemokratisch mit legitimieren wollte. Die zentrale Forderung nach der Abschaffung eines weisungsgebundenen Potentials billiger Arbeitskräfte, die die Daueraufgaben von Hochschullehrern übernehmen, sei

¹²⁷³ Diese Argumentation wirkt jedoch aufgrund der Generalisierung wenig überzeugend und fundiert (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7587: Brief des Rektors der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main als Vorsitzender der Hessischen Rektorenkonferenz an den Hessischen Kultusminister, nachrichtlich auch an Ministerpräsidenten und Mitglieder der Hessischen Landesregierung (18. März 1969).

¹²⁷⁴ Vgl. Dienstbach, Ingo; Kübel, Klaus; Stieger, Hartmut: Skizzen zur neueren Entwicklung der Justus-Liebig-Universität (1968 bis zur Gegenwart). In: 375 Jahre Universität Gießen. 1607-1982. Geschichte und Gegenwart. S. 224.

¹²⁷⁵ In der 57. Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses wurde die Behandlung bzw. Beschlussfassung zur Vorlage der Landesregierung betreff des Entwurfs eines Universitäts- und eines Hochschulgesetzes zurückgestellt. Während der Sitzungen am 23. und 24. April 1970 standen die beiden Gesetzesvorlagen dann im Zentrum der Aufmerksamkeit. (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6214: Hessischer Landtag. 6. Wahlperiode: Sitzungen des Kulturpolitischen Ausschusses am 23. April und am 24. April 1970).

unberücksichtigt geblieben, so ihre weitere Argumentation.¹²⁷⁶ Auch die Studentenschaften der vier hessischen Universitäten sprachen sich mit einer ähnlich klingenden Argumentation gegen eine Beteiligung am Hearing aus: Die Hearings dienten lediglich als scheindemokratisches Mäntelchen für eigentlich dirigistisches Vorgehen. „Entscheidungen fielen aufgrund der ‚bestehenden Machtverhältnisse in der Gesellschaft‘. Die ‚Technokraten‘ hätten ihr Konzept bereits durchgesetzt. Die Hochschulen sollten ‚der Bedarfssteuerung einer profitorientierten Wirtschaft angepaßt werden‘.“¹²⁷⁷

Noch Ende April, also kurz vor der dritten Lesung des neuen Universitäts- und Hochschulgesetzes, versuchten die Rektoren der vier hessischen Universitäten – sie hatten ebenfalls ihre Partizipation an dem Hearing verweigert – nochmals manipulativ auf die Landesregierung und die SPD-Fraktion einzuwirken, indem sie einen außerordentlichen Schritt wagten und in einem Brief an den Ministerpräsidenten mit ihrem Rücktritt drohten, falls das Gesetz in der Ausschussfassung vom 17. April gebilligt werde.¹²⁷⁸ Ein essentieller Kritikpunkt war die gravierende Umgestaltung des Universitätsgesetzes zwischen der zweiten und der dritten Lesung ohne eine adäquate Beteiligung der Universitäten.¹²⁷⁹ Gemeinsam wiesen die Rektoren in dem Fernschreiben nochmals explizit darauf hin, dass die Defizite des Entwurfs die Hochschulen in „unverantwortliche rechtliche und verwaltungsmäßige Unsicherheit und in schwere personal- und hochschulpolitische Schwierigkeiten bringen“¹²⁸⁰ würden.

In einer Fünf-Punkte-Erklärung, adressiert an die Landtagsabgeordneten, artikulierten die Rektoren, Konrektoren und Prorektoren ihre Bedenken gegenüber einer „überstürzten Verabschiedung“ des Gesetzes: So verkenne der Entwurf, dass die Or-

¹²⁷⁶ Vgl. LAK lehnt Hearing ab. In: Frankfurter Rundschau vom 23. April 1970.

¹²⁷⁷ Vgl. Dienstbach, Ingo; Kübel, Klaus; Stieger, Hartmut: Skizzen zur neueren Entwicklung der Justus-Liebig-Universität (1968 bis zur Gegenwart). In: 375 Jahre Universität Gießen. 1607-1982. Geschichte und Gegenwart. S. 224.

¹²⁷⁸ Dieses Vorgehen war vom Gießener Senat in der außerordentlichen Sitzung am 29. April einstimmig gebilligt worden. Während derselben hatte das Gremium mit aller Vehemenz der Unterstellung widersprochen, dass die Rektoren durch ihr Vorgehen Reformen „erschweren, wenn nicht gar unmöglich mach[t]en.“ (UAG, Veterinärmedizinische Fakultät, Karton 12: Rektor, Senat 1969-1972: Niederschrift über die a. o. Sitzung des Senats am 29. April 1970; Rektoren drohen mit Rücktritt. Hessisches Universitäts- und Hochschulgesetz stößt auf Ablehnung. In: Frankfurter Rundschau vom 29. April 1970).

¹²⁷⁹ Die relative Entmachtung des Senats und die damit befürchtete Zurückdrängung der Fachkompetenz in den wichtigsten Entscheidungsgremien standen neben der Sonderstellung der Humanmedizin, der Schwächen der geplanten Personalstruktur und der „Denunzierungspflicht“ (§ 6 HUG) im Kreuzfeuer der Kritik des Gießener Rektors.

¹²⁸⁰ Vgl. Dienstbach, Ingo; Kübel, Klaus; Stieger, Hartmut: Skizzen zur neueren Entwicklung der Justus-Liebig-Universität (1968 bis zur Gegenwart). In: 375 Jahre Universität Gießen. 1607-1982. Geschichte und Gegenwart. S. 224.

ganisation der Universität von ihrem Auftrag zur Forschung und Lehre her bestimmt sein müsse. Daher seien die zentralen Organe aus den fachlichen Einheiten herauszubilden. Auch der im Gesetz geplanten Personalstruktur¹²⁸¹ standen die Repräsentanten der Universität kritisch gegenüber, da sie der fachspezifischen Aufgabe in der Universität nicht gerecht werde. Des Weiteren hätte die Notwendigkeit der Koordination und der Kooperation mehrerer Fachbereiche in bestimmten Fragen auf Fachbereichsebene keine Berücksichtigung gefunden. Diametral standen die Rektoren der geplanten Ausgliederung der Humanmedizin aus der Universität gegenüber. Letzter Kritikpunkt am Hessischen Universitätsgesetz war der Vorwurf, dass es dem Prinzip der qualifizierten und funktionsbezogenen Mitbestimmung nicht Rechnung trage.¹²⁸²

Trotz seiner Erklärung:

Die Diskussionen um das neue Hochschulgesetz reißen nicht ab. In diesem Irrgarten des Widerstreits bleiben bedauerlicherweise die Proteste der Studenten, der Streik der Dozenten oder die jetzt angekündigten Rücktrittsdrohungen der Rektoren Kennzeichen von Reaktionen und Haltungen, die im Grunde genommen eine wirksame Reform erschweren, wenn nicht sogar unmöglich machen.[...] Sollte es sich jedoch herausstellen, dass die notwendige kooperative Zusammenarbeit im Rahmen der jetzt gegebenen gesetzlichen Chancen und Möglichkeiten nicht wirksam wird, dann müssen neue Überlegungen angestellt werden. Die hessische Landesregierung lässt keinen Zweifel daran, dass in diesem Fall auch neue Entscheidungen getroffen werden.

lud der Ministerpräsident die Rektoren daraufhin zur Diskussion ein.¹²⁸³

¹²⁸¹ Am 18. April vermeldete die FAZ, dass die Assistenten in Hessen Hochschullehrer auf Zeit werden, wozu keine Habilitationen mehr notwendig sein würden. Gemeinsam mit den Hochschullehrern auf Lebenszeit, den Professoren, sollten die Dozenten die Gruppe der Hochschullehrer im Konvent bilden. Diese neue Personalstruktur war das Ergebnis der Klausurtagung der sozialdemokratischen Fraktion auf dem hessischen Sensenstein. Die Berufung der Assistenten zu Dozenten sollte noch im Mai mit der Verabschiedung des Universitätsgesetzes verfügt werden. (Vgl. Assistenten werden Hochschullehrer auf Zeit. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. April 1970).

¹²⁸² Vgl. Nachlass Ernst Schütte, Hochschulpolitik und Hochschulwesen allgemein 1949-1972, Nr. 74: Fünf-Punkte-Erklärung an die Mitglieder des Hessischen Landtags (29. April 1970); Roitsch, Jutta: Rektoren warnen die hessischen Landtagsabgeordneten. Fünf-Punkte-Erklärung gegen eine überstürzte Verabschiedung des hessischen Universitätsgesetzes. In: Frankfurter Rundschau vom 30. April 1970.

¹²⁸³ Reformer verlieren sich im Irrgarten des Widerstreits. Ministerpräsident Osswald will mit Rektoren das neue Hochschul- und Universitätsgesetz diskutieren. In: Frankfurter Rundschau vom 29. April 1970: Mit dieser Äußerung wollte er die Rektoren zur Überprüfung ihres Standpunktes animieren.

Während der 61. Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses des Hessischen Landtages am 30. April 1970 empfahl dieser¹²⁸⁴ unterdessen schließlich dem Plenum, den Gesetzentwurf mit verschiedenen Änderungen in dritter Lesung anzunehmen und damit alle eingegangenen Petitionen für erledigt zu betrachten.¹²⁸⁵

In einem Interview, veröffentlicht am 2. Mai 1970, signalisierte von Friedeburg, dass er nicht gewillt war, auf die Forderung des FDP-Abgeordneten Karry, die dritte Lesung des Hochschulgesetzes zu verschieben, einzugehen. Bei Bedarf stellte er eine Novellierung des Gesetzes in Aussicht¹²⁸⁶ – es scheint, als ob er die Novellierungen von 1974, 1978 und 1985 bereits zu diesem Zeitpunkt antizipierte. Immer habe es Gespräche gegeben. Er wies darauf hin, dass beide Gesetze das Ergebnis langjähriger Beratungen mit allen (universitären) Gruppen und einer intensiven parlamentarischen Arbeit seien. Die Gesetze seien die Reaktion auf die Reformunfähigkeit der Universitäten¹²⁸⁷, die sich durch die schwerfällige Organisation von Forschung und Lehre, durch die tradierte Arbeitsweise der Selbstverwaltung und durch die einseitige Verteilung der Rechte in eine schier ausweglose Situation manövriert hätten. Die vorherrschende Rechtsunsicherheit werde durch die Gesetze überwunden. Die Universitäten erhielten durch den Konnex von akademischer Verwaltung und Wirtschaftsverwaltung mehr Autonomie. Die Argumente der Gruppen wurden, nach Angabe von Friedeburgs, eingehend bedacht, doch konnten nicht alle widerstreitenden Zielsetzungen in das Gesetz integriert werden. Wer an den Universitäten zur Kooperation und Überwindung der „überkommenen, unzulänglichen Verhältnisse(n)“ bereit sei, der werde in den Gesetzen die Basis finden, um eine neue Universität zu kreieren: Die neuen Rechtsvorschriften schafften die Voraussetzungen für eine demokratische Selbstverwaltung und für eine leistungsstarke Organisation von Forschung und Lehre.¹²⁸⁸

Dennoch kämpften die Rektoren bis zuletzt gegen die Verabschiedung des Reformpakets. Bis zuletzt beklagten sie die Mängel des Gesetzentwurfes und die Vorgehensweise; Informationen über die Veränderungen nach der zweiten Lesung habe

¹²⁸⁴ Nach Behandlung des Antrags von Karry.

¹²⁸⁵ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7596: Ausschnitt aus dem Beschluss-Protokoll über die 61. Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses des Hessischen Landtags vom 30. April 1970: Die Kanzlei des Landtages wurde daraufhin ermächtigt, den Gesetzentwurf in der Fassung, die vom Ausschuss erarbeitet worden war, mit neuer Paragraphenfolge zusammenzustellen und Unrichtigkeiten zu korrigieren.

¹²⁸⁶ Vgl. Köpke, Horst: Im Gespräch: Friedeburg: Hochschulgesetz dringlich. In: Frankfurter Rundschau vom 1./2. Mai 1970.

¹²⁸⁷ Dies war ein schwerwiegender Vorwurf, der an die Position Erwin Steins erinnert.

¹²⁸⁸ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6215: Hessischer Kultusminister: Informationen und Mitteilungen Nr. 77/70 vom 30. April 1970.

man „hintenrum“ oder aus der Presse erhalten. Einer „externen Lobby“, der Landesärztekammer Hessen, sei es gelungen ein gänzlich neues Modell (die Ausgliederung des Faches Humanmedizin zu einem Gesamtfachbereich) in das Gesetz zu implementieren, ohne dass diejenigen, die mit dem Gesetz arbeiten müssten, hinsichtlich der Praktikabilität des Modells befragt worden wären.¹²⁸⁹

Bis zuletzt waren die Hochschulgesetze, wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung das Stimmungspanorama präzise charakterisierte, in der Diskussion.¹²⁹⁰ Am 2. Mai titelte schließlich die Frankfurter Rundschau „Widerstand kommt nur noch von den Professoren.“¹²⁹¹ Für die Studenten sei die hessische Hochschulpolitik ein Randproblem. Ein bemerkenswertes Phänomen lässt sich jedoch bei der erst genannten universitären Gruppe feststellen: Die Professoren begannen zu jenem Zeitpunkt studentische Protestformen zu adaptieren: Eine Vertretung von 80 Professoren der vier hessischen Universitäten erzwang in einer Art „Go-in“ eine Diskussion mit den Mitgliedern des Kulturpolitischen Ausschusses des Hessischen Landtages. Unter ihnen befanden sich auch 30 Gießener Hochschullehrer. Trotz dieses Engagements fiel die folgende Beurteilung durch den Kultusminister niederschmetternd aus, er konstatierte, dass das Hearing nicht ein neues Argument zutage gefördert habe.¹²⁹²

Als Reaktion auf die Rücktrittsdrohung der Rektoren im Falle der Verabschiedung des Hessischen Hochschulgesetzes konstatierte die Landesassistentenkonferenz, dass sie sich nicht „in eine antidemokratisch motivierte Einheitsfront für den Totalboykott der hessischen Hochschulgesetzgebung einspannen lassen“ werde.¹²⁹³ Auch die bekannten Frankfurter Professoren nahmen in der Öffentlichkeit eine Frontstellung gegenüber diesem Verhalten ein: Denninger, Fetscher, Habermas, Hövels, Mitscherlich und Wiethölter stellten die Bedenken der Rektoren als Inszenierung einer „Panikstimmung“ dar, um das Parlament und die Bevölkerung zu erschrecken.¹²⁹⁴

¹²⁸⁹ Roitsch, Jutta: Widerstand kommt nur noch von den Professoren. Für die Studenten ist die hessische Hochschulpolitik ein Randproblem. In: Frankfurter Rundschau vom 1./2. Mai 1970.

¹²⁹⁰ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6215: Hochschulgesetze bis zuletzt in der Diskussion. Darmstädter Rektor bleibt bei seiner Rücktrittsabsicht / Bedenken der Naturwissenschaftler. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. Mai 1970.

¹²⁹¹ Roitsch, Jutta: Widerstand kommt nur noch von den Professoren. Für den Studenten ist die hessische Hochschulpolitik ein Randproblem. In: Frankfurter Rundschau vom 1./2. Mai 1970.

¹²⁹² Vgl. Dienstbach, Ingo; Kübel, Klaus; Stieger, Hartmut: Skizzen zur neueren Entwicklung der Justus-Liebig-Universität (1968 bis zur Gegenwart). In: 375 Jahre Universität Gießen. 1607-1982. Geschichte und Gegenwart. S. 224.

¹²⁹³ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6215: „Nicht Ziele der Assistenten“. Landesassistentenkonferenz zu dem Vorgehen der hessischen Rektoren.“ In: Frankfurter Rundschau vom 4. Mai 1970.

¹²⁹⁴ Vgl. Professoren gegen Rektoren. In: Frankfurter Rundschau vom 4. Mai 1970. Bereits einige Tage zuvor hatte der Frankfurter Kurator, der die im Universitätsgesetz enthaltenen Bestimmungen bezüglich der Haushaltsangelegenheiten und des Hochschulentwicklungsplans für gut und jedweden

Der Kultusminister gab sich bemerkenswerterweise trotz all dieser Opposition optimistisch und glaubte, dass die Professoren aufgrund der Zusicherungen Osswalds unter dem neuen Gesetz loyal mitarbeiten würden. Erneut betonte er am 2. Mai, dass die Universitäten in ihrer gegenwärtigen Verfassung nicht zur Reform fähig wären. Wie bereits angedeutet sollte am 4. Mai 1970 nochmals ein Gespräch zwischen den Rektoren, Ministerpräsident Osswald und Kultusminister von Friedeburg über den Entwurf eines Universitätsgesetzes, der einen Tag später im Landtag verabschiedet werden sollte, stattfinden. Obgleich sich der Gießener Direktoriums-Vorsitzende Kaufmann von der Besprechung keine Ergebnisse versprach – als problematisch erachtete er den Assistenzprofessor und die Ausgliederung der Humanmedizin aus der Universität¹²⁹⁵ –, wird der letztliche Erfolg bereits anhand einer Schlagzeile deutlich, in der es hieß: „Die Professoren waren die besseren Lobbyisten.“¹²⁹⁶ Schließlich nahm der Kulturpolitische Ausschuss nämlich in buchstäblich letzter Minute noch zwei Änderungen am Hessischen Universitätsgesetz vor – wie die Frankfurter Rundschau zu Recht betitelte „Zugeständnisse an die Professoren“¹²⁹⁷: Zum einen handelte es sich um eine Garantie für die Hochschullehrer, in der Fachbereichskonferenz bei Berufungen und Habilitationen nicht überstimmt werden zu können; zum anderen sollten bei der Wahl der Mitglieder der Ständigen Ausschüsse im Konvent die Hochschulgruppen nunmehr Vorschlagslisten einreichen, die die doppelte Anzahl der zu entsendenden Vertreter aufführen mussten. Der Konvent

Aufschub der Verabschiedung des Gesetzes als sträflichen Leichtsinns erachtete, harsche Worte gegenüber den oppositionell gesinnten Professoren gefunden: „Die damals wie jetzt eine Katastrophe an die Wand malenden Professoren waren auch schon beim Hochschulgesetz von 1966 davon ausgegangen, dass das Gesetz nur so aussehen darf, wie es ihnen zusagt. Seinerzeit boten sie Herrn Minister Schütte ein Gesetz mit Begründung frei Haus an. Es fällt ihnen offensichtlich schwer, sich vorzustellen, dass der Gesetzgeber auch andere Auffassungen haben kann. Lässt sich das Parlament von der Rücktrittsdrohung und ihrer auf einen Eklat abzielenden Aufmachung beeinflussen, wäre jeder Bürger ein Trottel, der nicht ebenfalls auf die Barrikaden geht, wenn ihm ein Gesetz oder eine staatliche Maßnahme nicht passt.“ (HHStA, Abt. 504, Nr. 6215: Brief des Kurators der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main an den Hessischen Ministerpräsidenten (30. April 1970).

¹²⁹⁵ Vgl. Prof. Dr. Dr. Kaufmann: „Mit Kleinigkeiten nichts getan!“ Direktoriums-Vorsitzender äußert sich zurückhaltend zu Gesprächschancen mit Osswald. In: Oberhessische Presse vom 2. Mai 1970.

¹²⁹⁶ Vgl. Die Professoren waren die besseren Lobbyisten. In: Frankfurter Rundschau vom 5. Mai 1970. Während dieser Besprechung wurde das Hessische Hochschulgesetz nochmals einer fundamentalen Kritik unterzogen. Zum wiederholten Male betonte Meimberg, dass die Bedenken der Rektoren nicht ausgeräumt worden seien. Das Gesetz weise gewisse Defizite auf und sei darüber hinaus nicht realistisch. Seine Unsicherheit zeige sich anhand der Sonderstellung der Humanmedizin.

¹²⁹⁷ Jasper, Bernd: Zugeständnisse an die Professoren. In letzter Minute änderte Ausschuss hessisches Universitätsgesetz. In: Frankfurter Rundschau vom 5. Mai 1970.

hatte nun die Möglichkeit, zwischen denen auszuwählen, die von den jeweiligen Gruppen vorgeschlagen wurden.¹²⁹⁸

Während der abschließenden Beratungen des Hessischen Landtages am 5. Mai über das Hessische Hochschul- und Universitätsgesetz sah sich Osswald mit dem Vorwurf konfrontiert, er versuche mit dem Universitätsgesetz und dem Gesamthochschulgesetz für alle hessischen Universitäten seine zerstrittene Partei im Gleichgewicht zu halten. Mittels des Hochschulrahmengesetzes wollte er dem „rational einsichtigen Teil“ der Partei entgegenkommen, mittels des Universitätsgesetzes wollte er den „ideologisch verklemmten Flügel“ befriedigen.¹²⁹⁹

Die CDU konzentrierte ihre Kritik auf die befürchtete Politisierung der Hochschulen sowie auf den Ministerpräsidenten und seinen Kultusminister. Unter den Vorschriften des Gesetzes, von denen eine Reihe der „revolutionären Vorstellungswelt des Soziologieprofessors von Friedeburg“¹³⁰⁰ entstammten, erregte besonders § 6 ihren Unmut. Zur Charakterisierung dieses Paragraphen, der die Forschungskontrolle vorsah, prägte der CDU-Landesvorsitzende Dregger die Phrase der „Einführung der Inquisition an unseren Hochschulen“ und beschwor das Bild von „Tribunalen roter Revolutionäre“ herauf, die darüber die Entscheidung zu treffen habe, ob die Wissenschaftler dieser Forderung nachgekommen seien. „Dies ist das Ende der zweckfreien Forschung, die nur auf Wahrheit ausgeht. Dies ist das Ende der Geistesfreiheit an den hessischen Hochschulen.“¹³⁰¹ Osswald unterbrach die Debatte darauf und wies hin, dass die CDU eben solche Bilder bereits bei der Verabschiedung des vorherigen Gesetzes bemüht hatte.¹³⁰²

Von Friedeburg verteidigte das Gesetz und charakterisierte es als eine „vernünftige Grundlage für aufgeklärte Wissenschaft in unserer Gegenwart“¹³⁰³. In Zukunft solle keine universitäre Gruppe so majorisiert werden können¹³⁰⁴, wie es bis dato einer Gruppe – nämlich der der Ordinarien – möglich gewesen sei. Ministerpräsident Osswald konstatierte, dass er an dem Glauben festhalte, über die viel kritisierte pari-

¹²⁹⁸ Ebd.

¹²⁹⁹ Vgl. Hessens Rektoren treten zurück. In: Handelsblatt vom 8. Mai 1970.

¹³⁰⁰ Hessischer Landtag. VI. Wahlperiode: Stenographischer Bericht über die 72. Sitzung am 5. Mai 1970. S. 3849.

¹³⁰¹ Ebd.

¹³⁰² Vgl. Hessischer Landtag. VI. Wahlperiode: Stenographischer Bericht über die 72. Sitzung am 5. Mai 1970. S. 3850; CDU warnt vor roten Revolutionstribunalen. Heftige Auseinandersetzungen im Hessischen Landtag bei Verabschiedung des Universitätsgesetzes. In: Frankfurter Rundschau vom 8. Mai 1970.

¹³⁰³ Hessischer Landtag. VI. Wahlperiode: Stenographischer Bericht über die 72. Sitzung am 5. Mai 1970. S. 3837.

¹³⁰⁴ Vgl. ebd.

tätische Mitarbeit der Studenten in den Entscheidungsgremien der Universität zu einer Kooperation aller Gruppen zu gelangen. Für den Fall, dass sich das erarbeitete Modell jedoch als nicht praktikabel erweisen sollte, sei die SPD bereit, neue Überlegungen anzustellen.¹³⁰⁵

Die SPD, die mit absoluter Majorität im Landtag vertreten war, bestand aber prinzipiell auf ihrer Position. Osswald und der SPD-Sprecher Rohlmann bekannten, vor vier Jahren, als man sich von dem Protest der Hochschulen habe beeindruckend lassen und den Gesetzentwurf Schüttes als Konsequenz verwässerte, falsch gehandelt zu haben.¹³⁰⁶ – Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass die Öffentlichkeit bis zuletzt eine Vertagung der Verabschiedung und die Einarbeitung von Konzessionen an die Ordinarien für möglich gehalten hatte.¹³⁰⁷

Bis Mitternacht zog sich die Debatte im Hessischen Landtag hin. Schließlich:

Nach außerordentlich heftigen Auseinandersetzungen, wie sie der Hessische Landtag schon lange nicht mehr erlebte, ist das neue Universitätsgesetz am Mittwoch um 0.45 Uhr mit den Stimmen der SPD gegen die CDU, FDP und NPD endgültig gebilligt worden. Zuvor war [...] das Hochschulrahmengesetz nur gegen die Stimmen der NPD angenommen worden.¹³⁰⁸

In der Nacht vom 5. auf den 6. Mai 1970 kam es daraufhin zu einem „bislang einzigartigen Schritt“, um mit den Worten des Handelsblattes zu sprechen: „Die hessischen Universitäten haben seit dem Mittwoch ein neues Gesetz und keine Rektoren mehr“¹³⁰⁹ – legten erstmalig in der Bundesrepublik die Rektoren und Prorektoren der Universitäten ihr Amt nieder, um die Landesregierung demonstrativ darauf hinzuweisen, dass die Reform eine falsche sei. Da sie es nicht verantworten konnten ein Gesetz, das sie selbst als verfehlt betrachteten, gegen den Willen vieler Universitätsmitglieder zu realisieren, wählten sie diese spektakuläre und exzeptionelle Art

¹³⁰⁵ Vgl. ebd. S. 3851; Nacht des Universitätsgesetzes. SPD: Höchstmaß an Demokratie – CDU: Ein Unheil. In: Welt am Sonntag vom 10. Mai 1970.

¹³⁰⁶ Hessischer Landtag, VI. Wahlperiode: Stenographischer Bericht über die 72. Sitzung am 5. Mai 1970. S. 3845.

¹³⁰⁷ Vgl. ebd.

¹³⁰⁸ Köpke, Horst: CDU warnt vor roten Revolutionstribunalen. Heftige Auseinandersetzungen im Hessischen Landtag bei Verabschiedung des Universitätsgesetzes. In: Frankfurter Rundschau vom 7. Mai 1970.

¹³⁰⁹ Hessens Rektoren treten zurück. In: Handelsblatt vom 8. Mai 1970.

des Protestes, traten sie, wie bereits eine Woche zuvor schriftlich angekündigt¹³¹⁰, kollektiv zurück.¹³¹¹ Als erster legte der Darmstädter Rektor sein Amt mit Tränen in den Augen, wie „Die Welt“ berichtete, nieder. Das Gesetz treibe den Irrglauben auf die Spitze, dass in der hemmungslosen Demokratisierung aller Institutionen und der Nivellierung der Verantwortung die Rettung der Universität läge. Keines der bundesrepublikanischen Hochschulgesetze, die seines Erachtens alle nicht autoritätsverdächtig waren, treibe die Paralyse der Verantwortung und die Institutionalisierung politischer Konflikte so weit wie das hessische.¹³¹² Am 6. Mai dann sandten der Rektor der Gießener Universität, Paul Meimberg, der Prorektor, Walter Mallmann, und der Konrektor, Heinz Varain, ein gemeinsames Schreiben an den Kultusminister, in dem es hieß:

Sehr geehrter Herr Minister!

Hiermit treten wir von unseren Ämtern als Rektor, Prorektor und Konrektor der Justus-Liebig-Universität zurück. Wir können es nicht verantworten, die mit dem Universitätsgesetz beabsichtigte Umstrukturierung der Universität in unserer derzeitigen Position in die Wege zu leiten. Wir sind davon überzeugt, dass das Gesetz eine sachgerechte Erfüllung der außerordentlich schwierigen Aufgaben der Universität und ihrer Angehörigen angesichts einer wachsenden Überfüllung und nach wie vor unzureichenden Ausstattung nicht fördern, sondern erschweren wird. [...]¹³¹³

Diese Ansicht bekräftigte auch nochmals Rektor Meimberg während eines Interviews mit dem Darmstädter Echo. Gegenüber dem Darmstädter Echo erklärte er, dass das Hessische Universitätsgesetz wohl kaum die existierende Misere an den Hochschulen und den Numerus Clausus eliminieren könne. Ausdrücklich betonte er, dass dieses vielmehr eine für Forschung und Lehre befriedigende Lösung behindere. Noch vernichtender fiel das Urteil des Direktoriums aus, das die Hoffnung des Kul-

¹³¹⁰ Vgl. Reformer verlieren sich im Irrgarten des Widerstreits. Ministerpräsident Osswald will mit Rektoren das neue Hochschul- und Universitätsgesetz diskutieren. In: Frankfurter Rundschau vom 29. April 1970. Die Absprachen diesbezüglich sind leider nicht schriftlich überliefert, wie die Recherchen in Gießen, Marburg, Frankfurt und Wiesbaden ergaben. Vielmehr ist davon auszugehen, dass die Rektoren dafür den informellen Weg – vermutlich den eines Telefongesprächs – wählten.

¹³¹¹ Dieser außergewöhnliche Akt fand einen erheblichen Niederschlag in der Presse.

¹³¹² Vgl. Nellesen, Bernd: Hessens Universitäten büßen für Sünden der Politiker. In: Die Welt vom 9. Mai 1970.

¹³¹³ UAG, Akten der zentralen Verwaltung, Karton 9: Novellierung des hessischen Hochschulgesetzes. Band 10: Einschreiben der Professoren Meimberg, Mallmann und Varain an den Hessischen Kultusminister (6. Mai 1970).

tusministers auf Erfolg des Gesetzes als „Wunderglauben eines Mannes [...], der keinerlei Erfahrung in der Universitätsverwaltung hat“¹³¹⁴, bezeichnete.

Die Westdeutsche Rektorenkonferenz erklärte sich mit den zurückgetretenen Rektoren und Prorektoren solidarisch.¹³¹⁵

In Marburg wählte man eine andere Form des Protests: Hier intendierten die Vertreter der Rechtswissenschaft an der Philipps-Universität, eine Verfassungsklage beim Bundesverfassungsgericht gegen das Gesetz anzustrengen.¹³¹⁶ Nachdem die Frankfurter und Gießener Professoren ihre Unterstützung zugesichert hatten, traten auch die Darmstädter Professoren zu diesen und legten Klage beim Bundesverfassungsgericht ein. Ihr Protest richtete sich primär gegen die Politisierung der Universität, die durch das Gesetz herbeigeführt werde.¹³¹⁷ Trotz des Rücktritts führten die Rektoren die laufenden Amtsgeschäfte weiter.¹³¹⁸

Die besonders heftige und in der hessischen Universitätsgeschichte einmalige Reaktion der Rektoren lässt sich u. a. auf die Verfahrensweise während der Gesetzgebungsphase zurückführen: Wurde in der ersten Lesung noch das Konzept des bereits ausgeschiedenen Kultusministers Schütte diskutiert, war bereits in der zweiten parlamentarischen Generaldebatte ein im Wesentlichen geänderter Entwurf des neuen Ressortchefs von Friedeburg Gegenstand der Erörterungen. Die im Mai nun vorliegende Fassung dagegen stellte das Ergebnis einer SPD-Klausurtagung dar. Sie enthielt einige Neuerungen, wie beispielsweise die Personalstruktur und die Stellung der Medizin, ohne dass die Universitäten jedoch zuvor die Chance hatten sich zu äußern. Diese neu formulierten Texte waren nur auf Umwegen erhältlich. Nukleus des Konflikts war jedoch ein gesellschaftspolitisches Moment: nämlich der im Gesetz mittels der drittelparitätischen Zusammensetzung und hochschulpolitisch entscheidenden Funktion der Ständigen Ausschüsse des Konvents forcierte Aspekt der Demokratisierung. Die Rektoren befürchteten damit ein System zu etablieren, das

¹³¹⁴ Vgl. Reaktion der Rektoren: Rücktritt. Professor Rüegg: Gesetz gegen die Universität – Professor Meimberg: Misere damit nicht behoben. In: Darmstädter Echo vom 8. Mai 1970.

¹³¹⁵ Vgl. Rektorenkonferenz dementiert. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. Mai 1970. Bemerkenswert erscheint die Tatsache, dass die Landesassistentenkonferenz trotz ihrer weiterhin existenten Bedenken gegenüber dem Landeshochschulverband und dem nicht gelösten Problem des Hochschullehrernachwuchses noch im gleichen Monat ihre Bereitschaft zur Mitarbeit signalisierte. (Vgl. Köpke, Horst: Assistenten wollen mitarbeiten. Bedenken gegen den Landeshochschulverband bleiben bestehen. In: Frankfurter Rundschau vom 19. Mai 1970).

¹³¹⁶ Vgl. Verfassungsklage gegen hessisches Hochschulgesetz. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. Mai 1970.

¹³¹⁷ Vgl. 72 weitere Professoren klagen gegen Universitätsgesetz. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. Oktober 1970.

¹³¹⁸ Vgl. Hessens Rektoren zurückgetreten. Protest gegen die Verabschiedung des umstrittenen Universitätsgesetzes. In: Süddeutsche Zeitung vom 8. Mai 1970.

den Konflikt der verschiedenen Hochschulgruppen quasi institutionalisiere, simultan Lehre und Forschung jedoch paralysiere. Die Majorität der Gegner sah durch das Gesetz „alle Macht an den hessischen Hochschulen jenen Gruppen übertragen, die einmal nur von der ‚Liebe im Vorübergehen‘ zur Alma Mater erfasst werden und denen zum anderen, obwohl nur eine Minderheit, allein politisches Engagement zur Majorisierung der Mehrheit genügen“¹³¹⁹ werde. Diametral stand von Friedeburg dieser Position gegenüber, der der festen Überzeugung war, dass die Universität dadurch nicht den „Radikalen“ ausgeliefert werde, sondern sich bei einer guten Kooperation aller Gruppen eine bessere fachspezifische Selbstverwaltung und hochschulpolitische Willensbildung als in anderen deutschen Hochschulgesetzen erzielen ließe.¹³²⁰

Doch von Friedeburg machte sich keine Sorgen über den Rücktritt, wie man der Gießener Allgemeinen entnehmen konnte. Er hatte nämlich keine Komplikationen bei einem Rücktritt der Universitätsdirektoren erwartet.¹³²¹ – Fast schon könnte man den Eindruck bekommen, als ob er bereits eine alternative Lösung des Problems vorbereitet hatte. – Ihm ging es darum,

daß das, was 1960 angefangen worden ist, eine praktikable Gestalt annimmt. Die in Darmstadt, Gießen und Marburg und am wenigsten in Frankfurt am Main begonnene Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Gruppen kann sich jetzt erst entwickeln. Das neue Gesetz bestärkt die Reform und gibt ihr die bisher fehlende verlässliche gesetzliche Grundlage. Das Hochschulgesetz von 1966 hatte viele Fragen offengelassen, so dass die Reformansätze, wie z. B. in Darmstadt, durch Gerichtsurteile wieder außer Kraft gesetzt werden konnten.¹³²²

Am 12. Mai 1970 wurden sowohl das Universitätsgesetz als auch das Hochschulgesetz ausgefertigt. Beide traten am 20. Mai 1970 in Kraft.¹³²³

¹³¹⁹ Kozelsky, Fritz: „Imperatives Mandat“ gebiert die Hochschuldemokratisierung. In: Wiesbadener Tagblatt vom 8. Mai 1970: „Die mit der Hochschule „Verheirateten“ fühlen sich durch das Gesetz entmündigt.“

¹³²⁰ Vgl. Streit um Hessens Universitätsgesetz. Vier Universitätsrektoren demonstrieren gegen die Wiesbadener Regierung. In: Süddeutsche Zeitung vom 4. Mai 1970.

¹³²¹ Hessens Kultusminister ist nicht bange. Von Friedeburg erwartet keine Komplikationen bei einem Rücktritt der Universitätsrektoren. In: Gießener Allgemeine vom 6./7. Mai 1970.

¹³²² Ebd.

¹³²³ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6214: Hessischer Landtag. VI. Wahlperiode: Tagesordnung für die 70. Plenarsitzung am 11. März 1970, für die 71. Plenarsitzung am 12. März 1970 und für die 72. Plenarsitzung am 13. März 1970.

3.2.5 Inhalt der Gesetzeswerke

An dieser Stelle soll eine kurze Zusammenstellung der signifikantesten Innovationen des Universitäts- und des Hochschulgesetzes erfolgen. Nach einem kurzen Blick auf das Hochschulgesetz, in das vornehmlich übergeordnete Regelungen Eingang fanden, wird das Universitätsgesetz fokussiert: Im Hochschulgesetz wurden sowohl ein Landeshochschulverband¹³²⁴ als auch ein Landeskuratorium fixiert; zwei Organe, die einer besseren Organisation, Planung und Abstimmung aber auch einer größeren Transparenz geschuldet waren. So sollte der Landeshochschulverband die Kooperation der einzelnen Hochschulen in Lehre und Forschung sichern und fördern. Organe desselben sollten Präsident, Kanzler und gemeinsame Kommissionen sein. Der sich anschließende zweite Abschnitt thematisierte gemeinsame Bestimmungen für den Landeshochschulverband und die Hochschulen, die den dritten Abschnitt dominierten. In diesem offerierte das Gesetz eine signifikante Definition:

Die Hochschulen dienen der Verwirklichung des Rechts auf Bildung und der wissenschaftlichen Erkenntnis. Im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Landes Hessen sind die Hochschulen berufen, die Studenten auf die Verantwortung in der Gesellschaft vorzubereiten und die Verantwortung der Wissenschaft für die Gesellschaft zu stärken. Die Hochschulen bereiten die Studenten auf Berufe vor, für die ein Studium vorgeschrieben oder nützlich ist. Der dem Hochschullehrer gewährten Lehrfreiheit entspricht die Lernfreiheit des Studenten. Hochschullehrer und Studenten sind verpflichtet, sich an der Studienreform zu beteiligen und Lehr- und Arbeitsprogramme gemäß den fachwissenschaftlichen und hochschuldidaktischen Erkenntnissen gemeinsam zu erarbeiten.¹³²⁵

In Gießen blieb Meimberg bis zur Präsidentenwahl geschäftsführend im Amt. In Frankfurt dagegen wurden die Rektoratsgeschäfte vom Kultusminister persönlich Denninger und Wiethölter, ehemalige Mitstreiter von Friedeburgs, übertragen – wohl gemerkt, ohne die Universität zuvor anzuhören. Die Vermutung liegt nahe, dass der in akademischen Dingen konservative Rüegg aus dem Amt des Rektors entfernt werden sollte. Zumal ihm von Friedeburg seine Entlassung wohl nicht persönlich mitteilte, dafür aber Denninger fragte, ob er als Interimsrektor in Frage käme. (Gespräch mit Notker Hammerstein am 26. April 2010).

¹³²⁴ Eine abgeschwächte Version der ursprünglichen Idee Bests, ein mit erheblichen Kompetenzen ausgestattetes Landeshochschulamt zu institutionalisieren. (Vgl. Die Professoren waren die besseren Lobbyisten. In: Frankfurter Rundschau vom 5. Mai 1970).

¹³²⁵ Gesetz über die Hochschulen des Landes Hessen (Hochschulgesetz) vom 12. Mai 1970 (GVBl. I S. 315). Im sich anschließenden Paragraphen (§ 20) folgte noch der Hinweis auf die Förderung des Kontaktstudiums, die sie betreiben sollten.

Auch Aspekte, die die Studentenschaft betrafen, wurden an dieser Stelle geregelt, bevor die staatliche Aufsicht, die Genehmigung und das Auskunftsrecht angesprochen wurden. Der Kultusminister sollte nach § 37 von Hochschulen Auskunft über einzelne Angelegenheiten verlangen können. Auch wurde ihm im § 38 ein Beauftragungsrecht gegenüber Beschlüssen und Maßnahmen, die das Recht verletzten, eingeräumt. Eben solche konnten gar von ihm aufgehoben werden.¹³²⁶

Nach diesem Überblick über das Hochschulgesetz sollen nun die Innovationen des Universitätsgesetzes vorgestellt werden: Die erste wesentliche Neuregelung¹³²⁷ setzte bei der Universitätsleitung an: Um dem Aspekt der Kontinuität Rechnung zu tragen, sollte der nur auf ein Jahr amtierende Rektor durch den auf acht Jahre gewählten Präsidenten substituiert werden.¹³²⁸ Diese Regelung beendete die Ära, in der die Universität durch eine ehrenamtliche Selbstverwaltung geleitet wurde. Da man sich an den Vorstellungen des amerikanischen Hochschulsystems orientiert hatte, musste der Präsident nun nicht mehr Professor, konnte vielmehr auch Wirtschaftsmanager oder Verwaltungsexperte sein. Die Einführung einer Einheitsverwaltung und einer erweiterten Autonomie waren ebenfalls zentral: Vor der Verabschiedung des neuen Gesetzes war der Rektor lediglich Leiter der Universität in akademischen Angelegenheiten; der Kanzler führte den Bereich der Personal- und Wirtschaftsverwaltung als Auftragsangelegenheit. Danach fiel der gesamte Verwaltungsbereich in den Kompetenzbereich des Präsidenten¹³²⁹; der Kanzler sollte dem neuen Gesetz zufolge die Geschäfte der laufenden Verwaltung führen und die Funktion des Beauftragten für den Haushalt übernehmen.¹³³⁰ Zudem erfuhr die Haushaltsverantwortung der Universität eine erhebliche Stärkung, was sich darin manifestierte, dass sie nunmehr eigenständig über die Verteilung der prinzipiell pauschal den Universitäten zugewiesenen Personal- und Sachmittel zu entscheiden hatte.¹³³¹ Unter den Stichworten

¹³²⁶ Vgl. ebd.

¹³²⁷ Vorab soll an dieser Stelle zumindest auf eine andere Regelung, die unter dem § 8, der die Satzung thematisierte, hingewiesen werden. Darin nämlich wurde fixiert, dass mit einem besonderen Beschluss von einzelnen Bestimmungen der Satzung zur Erprobung von Reformmodellen und neuen organisatorischen Ideen abgewichen werden könne.

Kurz sei ebenfalls auf die Öffentlichkeit der Sitzungen hingewiesen, die mit § 9 Einzug in das Gesetzeswerk hielt.

¹³²⁸ Vgl. Gesetz über die Universitäten des Landes Hessen (Universitätsgesetz) vom 12. Mai 1970 (GVBl. I S. 324).

¹³²⁹ „(2) Der Präsident leitet die Verwaltung der Universität in eigener Verantwortung. Er ist für alle Angelegenheiten zuständig, die keinem anderen Organ durch Gesetz der Satzung zugewiesen sind.“

¹³³⁰ „(1) Der Kanzler ist Beamter auf Lebenszeit. Er besorgt insbesondere die Geschäfte der laufenden Verwaltung nach den Weisungen des Präsidenten. Die Geschäftsordnung nach § 12 Abs. 1 Satz 2 kann nähere Bestimmungen treffen.“

¹³³¹ Vgl. ebd.

„Mitbestimmung/Gruppenuniversität“ kann die Beteiligung der Professoren, Dozenten, Wissenschaftlichen Mitarbeiter und Nichtwissenschaftlichen Mitarbeitern an den universitären Entscheidungen subsumiert werden. Basierend auf dem neuen Universitätsgesetz von 1970 hatte keine Gruppe in den Gremien die Mehrheit. Eine Besonderheit galt lediglich beim Senat, der jedoch nur noch über eng abgesteckte Kompetenzen verfügte.¹³³² Das Ende der Ära der sogenannten Ordinarien-Universität wurde durch das Gesetz besiegelt. Gemeinsam bildeten die Ordinarien nun mit den Dozenten die Gruppe der Hochschullehrer. Doch auch in dieser Zusammenfassung hatten sie im Zeitraum von 1970 bis 1975 in den Gremien keine Majorität; vielmehr mussten sie durch die Kooperation mit Mitgliedern anderer Gruppen die nötigen Mehrheiten versuchen zu erreichen. Hatten die Professoren mit der Einführung von Regelungen, die am parlamentarischen Verfahren orientiert waren, zunächst ihre Schwierigkeiten, waren die Studenten und Mitarbeiter mit eben solchen durch Vollversammlungen u. ä. vertraut.

Senat und Verwaltungsrat wurden durch sechs Kollegialorgane abgelöst: Anfänglich kam dem Konvent¹³³³ als Wahlorgan für den Präsidenten und den Vizepräsidenten eine größere Bedeutung zu, die er im Laufe der Zeit jedoch wieder verlieren sollte. Der Senat, vieler seiner Kompetenzen beraubt, und die Ständigen Ausschüsse waren weitere universitäre Kollegialorgane. Signifikante Befugnisse des Senates sollten auf die vier Ständigen Ausschüsse¹³³⁴ mit Fachzuständigkeiten übergehen. Effizientes Arbeiten sollte durch die geringe Mitgliederzahl realisiert werden.

¹³³² Vgl. ebd.: Dem Senat, der für übergreifende Fragen der Fachbereiche – „soweit nicht eine andere Zuständigkeit durch Gesetz oder Satzung bestimmt ist“ – zuständig sein sollte, fielen folgende Aufgaben zu:

1. „Vorschläge für die Bildung und Änderung von Fachbereichen,
2. Vorschläge zur Errichtung von wissenschaftlichen Zentren,
3. Koordinierung von Lehr- und Studienangelegenheiten der Fachbereiche und der wissenschaftlichen Zentren,
4. Koordinierung der Forschungsprogramme der Fachbereiche und der wissenschaftlichen Zentren,
5. Stellungnahme zu den Berufungsvorschlägen und zu den Ernennungsvorschlägen für Honorarprofessoren,
6. Erlass von Richtlinien für Geschäftsordnungen, Habilitations-, und Promotionsordnungen der Fachbereiche,
7. Zustimmung zu Habilitations-, Promotions- und anderen akademischen Prüfungsordnungen.“

¹³³³ Dieser sollte aus 30 Professoren, 10 Dozenten, 30 Studenten, 10 Wissenschaftlichen Bediensteten und 10 weiteren Bediensteten bestehen.

¹³³⁴ Diese waren zur Entscheidung von Lehr- und Studienangelegenheiten, Organisationsfragen, Angelegenheiten der Forschung und des wissenschaftlichen Nachwuchses, Haushaltsangelegenheiten und Hochschulentwicklungsplan und Fragen des Bibliothekswesens einzurichten. (Vgl. Gesetz über die Universitäten des Landes Hessen (Universitätsgesetz) vom 12. Mai 1970 (GVBl. I S. 324).

An die Stelle einer stark aufgegliederten Hochschullehrerschaft mit ausgeprägten Vorrechten der Ordinarien sowie eines mit vielfältigen Aufgaben, auch stark mit der Lehre befassten akademischen Mittelbaues, soll eine klar gegliederte Personalstruktur treten: Wer selbständig lehrt, soll Hochschullehrer sein, entweder als Professor (= auf Dauer) oder als Dozent (= auf Zeit). Wissenschaftlichen Bediensteten sollen künftig nur Dienstleistungen obliegen, keine selbständigen Aufgaben in Forschung und Lehre. Die Kopplung von Bedienstetenstellung und Weiterbildung soll entfallen. Wer sich weiterqualifizieren will, soll bis zur Promotion als Graduierte im Rahmen der Graduiertenförderung unterstützt werden; die weitere Qualifikation zum Professor soll durch die Dozententätigkeit erfolgen.¹³³⁵

Die immense Bedeutung, die der neuen Personalstruktur tatsächlich zukam, unterstreicht folgendes Zitat:

Die neue Personalstruktur ist ein Kernstück der Hochschulreform. Sie soll für die Stellenpläne der Fachbereiche maßgebend sein. Mit ihr werden die gravierenden Widersprüche beseitigt, die gegenwärtig zwischen der rechtlichen Stellung einer Reihe von Gruppen im jetzigen Lehrkörper und ihre tatsächlichen Aufgaben in Lehre und Forschung bestehen. Außerdem wird durch das vorgeschlagene Gesetz die Überleitung der hauptberuflich an der Universität beschäftigten Wissenschaftler oder deren Ernennung zu Professoren geregelt.¹³³⁶

Eine weitere organisatorische Neuerung stellte die Ablösung der Fakultäten durch Fachbereiche dar.¹³³⁷ In ihren Fachgebieten sollten sie für „die Pflege der Wissenschaften in Forschung und Lehre“ und für die „Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses“ verantwortlich sein. Auch die Errichtung Wissenschaftlicher Zentren

¹³³⁵ Dienstbach, Ingo; Kübel, Klaus; Stieger, Hartmut: Skizzen zur neueren Entwicklung der Justus-Liebig-Universität (1968 bis zur Gegenwart). In: 375 Jahre Universität Gießen. 1607-1982. Geschichte und Gegenwart. S. 227: Wer hauptamtlich an der Universität als Habilitierter tätig war und noch nicht Professor auf Lebenszeit war, sollte per legem 1971 zum Professor auf Lebenszeit übergeleitet werden. Die Fachbereiche konnten für nicht habilitierte Wissenschaftliche Mitarbeiter mit Lehraufgaben die Überleitung zum Professor beantragen. Durch diese Maßnahmen verdoppelte sich die Zahl der an der Gießener Universität tätigen Professoren.

¹³³⁶ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 8166: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften (ohne Angabe).

¹³³⁷ „(1) Der Fachbereich ist die organisatorische Grundeinheit für Forschung und Lehre. Er soll verwandte oder benachbarte Fachgebiete umfassen.“

für Aufgaben, die mehrere Fachbereiche oder die Bedürfnisse der Universität als Ganzes betrafen, fiel in ihren Kompetenzbereich. Der Ständige Ausschuss für Organisationsfragen, Angelegenheiten der Forschung und des wissenschaftlichen Nachwuchses musste dazu sein Plazet erteilen.

Sonderregelungen sollten jedoch hinsichtlich der Humanmedizin gelten: Diese war nicht zu untergliedern, sondern in einen Fachbereich Humanmedizin zu überführen, der zum einen erheblich größer als die anderen Fachbereiche war und zum anderen nur bedingt den Entscheidungen der Ständigen Ausschüsse unterlag.¹³³⁸

Doch war mit der Verabschiedung des Gesetzes die Diskussion noch lange nicht beendet¹³³⁹, vielmehr erhitzte das Thema der Überleitung der Personalstruktur die Gemüter darüber hinaus.¹³⁴⁰ Zeitnah zur Verabschiedung führte von Friedeburg seine Überlegungen hinsichtlich der Überleitungsvorschriften des neuen Universitätsgesetzes aus. Mittels dieses Vorgehens sollte zum einen der Kreis der Professoren, von denen das Gros gegen die Innovationen opponierte, „aufgelockert“ werden, zum anderen sollte auch die numerische Lehrkapazität vergrößert werden¹³⁴¹. Alle Professoren mit dem Status „Beamte auf Lebenszeit“ sollten in die Gruppe der Professoren eingeordnet werden. Ebenfalls in Professorenstellen übergeleitet werden sollten die restlichen habilitierten, hauptamtlich an der Universität tätigen Wissenschaftler. Ferner sollten Wissenschaftliche Beamte im bisherigen „Mittelbau“, wenn

¹³³⁸ Vgl. Gesetz über die Universitäten des Landes Hessen (Universitätsgesetz) vom 12. Mai 1970 (GVBl. I S. 324).

¹³³⁹ Scharfe Kritik wurde in der zweiten Monatshälfte vonseiten der GEW laut, die die Belange der Lehrer nicht nachdrücklich vertreten sah. (Vgl. GEW greift Friedeburg scharf an. „Die Belange der Lehrer nicht nachdrücklich vertreten.“. In: Frankfurter Rundschau vom 20. Mai 1970).

Und auch noch lange nach Verabschiedung des Gesetzes verstummten die kritischen Stimmen gegenüber dem Universitätsgesetz nicht, wie anhand eines Briefes der Akademischen Mitarbeiter der Medizinischen Fakultät an den Kultusminister vom September 1970 deutlich wird. Sie befürchteten, dass es nur wenige Veränderungen in den Kliniken geben würde. In ihrem Brief setzten sie sich dafür ein, dass diese organisatorische Sonderstellung der Medizin nicht durch eine Personalstruktur ergänzt werden dürfe, „die den Status der Assistenten erheblich verschlechtert, die zum Nachteil der Kranken aufgebaut wird und die nur die Vorteile der Professoren“ sichere. Basierend auf dem Universitätsgesetz war es nur möglich, dass die Wissenschaftlichen Assistenten als Hochschullehrer oder als Wissenschaftliche Bedienstete übernommen würden. Doch intendierten die Akademischen Mitarbeiter mittels ihres Briefes auf die schwerwiegenden Konsequenzen, die eine Überführung der Wissenschaftlichen Assistenten in den Wissenschaftlichen Dienst im medizinischen Bereich haben würde, aufmerksam zu machen. Mit dem Hinweis auf die dreifache Aufgabenstellung des Medizinischen Fachbereichs – Forschung, Lehre, Krankenversorgung – wollten sie den Adressaten des Briefes für die drohende Gefahr sensibilisieren, die eine Differenzierung in wissenschaftlich tätige Ärzte, versehen mit leitenden Dauerstellungen, und andererseits in untergeordnete, in der Krankenversorgung tätige und auf ihre Facharztweiterbildung bedachte Ärzte mit sich brächte. Eine Enumeration der verschiedenen Aspekte folgte. (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 2971: Brief des Rats der Akademischen Mitarbeiter der Medizinischen Fakultät der Justus-Liebig-Universität an den Kultusminister (7. September 1970)).

¹³⁴⁰ Vgl. beispielsweise HHStA, Abt. 504, Nr. 8166.

¹³⁴¹ Vgl. Moraw, Peter: Kleine Geschichte der Universität Gießen. S. 260.

sie vorwiegend in der Lehre eingesetzt waren, vom Fachbereich für eine Professorenstelle vorgeschlagen werden. Die nicht Vorgeschlagenen sollten korporationsrechtlich den Dozenten zugeordnet werden. Ihre beamtenrechtliche Stellung sollte sich nicht ändern. Nach dem Freiwerden dieser Stellen sollten diese ebenfalls umgewandelt werden. Dass die Landesregierung der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses besondere Bedeutung beimaß, demonstrieren weitere Überlegungen von Friedeburgs.¹³⁴²

Was an dieser Stelle formalistisch, organisatorisch beschrieben ist, erregte im bundesrepublikanischen Hochschulsystem erhebliches Aufsehen und wurde unter dem Stichwort der „Hessen-Professur“ hinlänglich bekannt: Dieser sollte nämlich keine Berufung von auswärts oder eine längere erfolgreiche Tätigkeit als Privatdozent vorausgehen, sondern lediglich die beschriebene gesetzliche Umwandlung. Bei diesen „Hessen-Professoren“ handelte es sich nämlich um unhabilitierte Assistenten und noch nicht berufene Privatdozenten, die partiell nicht immer dem an sie gestellten wissenschaftlichen Anspruch gerecht werden konnten.¹³⁴³

Da der Gießener Senat – trotz Sitzungssprengungen u. ä. Pressionen¹³⁴⁴ – die Vorschläge der Fachbereiche äußerst kritisch begutachtete¹³⁴⁵, hatte die Justus-Liebig-Universität jedoch keinerlei Leistungsabfall, wie es beispielsweise in Marburg und Frankfurt der Fall war, zu verzeichnen. Hessenweit jedoch führte diese Maßnahme

¹³⁴² Vgl. UAG, Abteilung für Erziehungswissenschaften, Karton 6: Kultusministerium K-R 1961-1971: Rede des Hessischen Kultusministers im Hessischen Landtag vom 5. Mai 1970; Alle Habilitierten werden Professoren. Friedeburgs Vorstellungen von der Umwandlung der neuen Personalstruktur. In: Frankfurter Rundschau vom 7. Mai 1970.

¹³⁴³ Vgl. Moraw, Peter: Kleine Geschichte der Universität Gießen. S. 260/261: „In einigen Fachbereichen führte diese im ganzen recht ungleichmäßig vorgenommene Umwandlung zu ganz neuen Verhältnissen innerhalb der Professorenschaft, so dass die „Ordinarien“ gegenüber den „Nichtordinarien“ in die Minderheit gerieten.“; Hammerstein, Notker: Zur Geschichte der Hessischen Hochschulen nach 1945. In: Berding, Helmut; Eiler, Klaus (Hg.): Hessen 60 Jahre Demokratie. Wiesbaden 2006. S. 325-344. Hier: S. 339.

¹³⁴⁴ Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Senat. Einladungen und Protokolle bis 30. Juni 1973: Niederschrift über die Sitzung des Senats am 1. und am 8. Dezember 1972.

¹³⁴⁵ Vgl. generell – auch zur Rechtsfigur des Dozenten hessischer Art als Hochschullehrer auf Zeit – zu diesem Themenkomplex u. a.: UAG, Abteilung für Erziehungswissenschaften, Karton 3: Präsident, Rektor 1961-1971; UAG, Medizinische Fakultät, Karton 8: Universitätsgesetz; UAG, Medizinische Fakultät, Karton 32: Personalstruktur 1971; UAG, Medizinische Fakultät, Karton 65: Senat – Universität, Konvent 1971-1973; UAG, Karton 72, Medizinische Fakultät: Haushalt und Personal, Stellentableau 1972-1973; UAG, Medizinische Fakultät, Karton 33: Protokolle der Fakultätssitzungen Sommersemester 1970; UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 14: Rektor 1969-1976; UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Erlasse des Kultus-, Finanz- und Justizministers. 1965-1971; UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Fachbereichskonferenz. Einladungen und Protokolle. Juni 1971 - 31. Dezember 1973; UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Rundschreiben des Präsidenten. 1972-1973; UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Schriftwechsel Präsident. 1965-1971; UAG, Veterinärmedizinische Fakultät, Karton 9: Präsident, Allgemeiner Schriftwechsel. 1966-1973: Gesichtspunkte für die Verteilung von Dozentenstellen durch den Senat. Ergebnisse einer Kommissionsbesprechung (Tillmann, Scharmann, Alewell; als Gast: Wahlers).

zu einer erheblichen Schädigung des Rufes, weshalb diese Professuren bei ihrem Freiwerden in den 1980er Jahren eingezogen bzw. in Nachwuchsstellen überführt wurden.¹³⁴⁶

Doch machen wir nochmals einen Schritt zurück: Neben dem Entwurf der Wissenschaftlichen Mitarbeiter der Rechtswissenschaftlichen Abteilung der Justus-Liebig-Universität vom August 1970¹³⁴⁷ setzten sich auch die Gießener Akademischen Mitarbeiter intensiv mit den Plänen zur Änderung des Hessischen Beamtengesetzes und des Hessischen Besoldungsgesetzes auseinander. Ihre Überlegungen kulminierten in den „20 Fragen an den Herrn Hessischen Kultusminister“, die als Gesprächsgrundlage gedacht waren. An prominenter Stelle gaben sie ihrer Verwunderung darüber Ausdruck, dass die Gruppe der Wissenschaftlichen Bediensteten doch die Majorität des bisherigen Akademischen Mittelbaus aufnehmen sollte. Daraus resultierte dann auch zugleich die nächste Frage, die das Verhältnis zwischen der großen numerischen Zahl der Wissenschaftlichen Bediensteten in Relation zu ihrer geringen Repräsentanz in den Kollegialorganen hinterfragte. Stellte diese Gruppe die Hierarchisierungstendenzen in Frage, forcierte sie zugleich die Egalisierung: So erschien es den Akademischen Mitarbeitern durchaus fragwürdig, warum der Kultusminister zwei Klassen von Hochschullehrern kreierte, indem er den Dozenten keine Kolleggeldpauschale zugestand. Verborgen blieb den Akademischen Mitarbeitern auch die Ursache, warum die Habilitation wieder alleinige Zugangsmöglichkeit zur Position eines Hochschullehrers auf Dauer sein sollte.¹³⁴⁸

¹³⁴⁶ Vgl. Hammerstein, Notker: Zur Geschichte der Hessischen Hochschulen nach 1945. In: Berding, Helmut; Eiler, Klaus (Hg.): Hessen 60 Jahre Demokratie. S. 340.

¹³⁴⁷ In diesem disputierten sie das Prinzip, dass die habilitierten bisherigen Nichtordinarien, die hauptamtlich an der Universität tätig waren, Professoren werden sollten. Ihr zweites Credo bestand darin, dass dem Fachbereich die Möglichkeit einzuräumen sei, der Ernennung zum Professor zu widersprechen. Das Veto sollte dann sowohl gegenüber dem Kultusminister als auch gegenüber dem Betroffenen zu begründen sein. (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 8166: Entwurf einer Überleitung der Personalstruktur. Vorgelegt von den Wissenschaftlichen Mitarbeitern der Rechtswissenschaftlichen Abteilung der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Justus-Liebig-Universität Gießen. (6. August 1970): Eine Reihe detaillierter Vorstellungen folgte. Diese betrafen promovierte Wissenschaftliche Assistenten, promovierte Wissenschaftliche Angestellte, Akademische Räte, promovierte Oberstudienräte, Studienräte und Lektoren bis hin zu den Wissenschaftlichen Hilfskräften). Selbstverständlich beteiligte sich auch die Landesassistentenkonferenz an der Diskussion um eine neue Personalstruktur, zumal die verschiedenen Erlasse vonseiten des Kultusministeriums Unruhe innerhalb der Reihen der Akademischen Mitarbeiter evoziert hatten. (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 8166: Brief des Vorsitzenden der Landesassistentenkonferenz Hessen, Dellit, an den Kultusminister von Friedeburg, betr.: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hessischen Beamtengesetzes und des Hess. Besoldungsgesetzes (28. August 1970)).

¹³⁴⁸ Bemerkenswert erscheint die Tatsache, dass die Akademischen Mitarbeiter der Justus-Liebig-Universität innerhalb der Landesassistentenkonferenz äußerst engagiert waren. Die 20 Fragen an den Hessischen Kultusminister vom 28. August 1970, die von ihnen ausgearbeitet worden waren und als Gesprächsgrundlage dienen sollten, demonstrieren dies. Fragwürdig erschien ihnen u. a.:

Ihr Interesse galt auch dem Grund, warum Assistenten, Akademische Räte, Studienräte im Hochschuldienst und Lektoren nicht auf Vorschlag der Fachbereiche gemäß § 40, 41 und 45 übergeleitet wurden. Mittels der letzten beiden Fragen zielten die Akademischen Mitarbeiter ab, dem Kultusminister implizit auf die zu erwartenden Konsequenzen aufmerksam zu machen: So war Frage 19 eindeutig vorwurfsvoll konnotiert: „Warum vollzieht sich in Hessen eine sogenannte Personalstrukturreform ausschließlich auf Kosten der Assistenten und anderer Beamten und Angestellten, wo doch diese Gruppe bereit war, die Hessische Hochschulreform mitzutragen?“¹³⁴⁹ Und schließlich sah die Gruppe bereits am Horizont den „Exodus vieler junger Wissenschaftler“ heraufziehen, da ihre Berufs- und Besoldungserwartung im Vergleich zu außeruniversitären Berufen an Attraktivität verloren hätten.¹³⁵⁰ Am 1. Oktober 1970¹³⁵¹ beschloss der Hessische Landtag einstimmig das Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften, das die Überleitung der Angehörigen des Mittelbaus in die vom Hessischen Hochschulgesetz fixierte Personalstruktur vorsah. Diese differenzierte lediglich noch zwischen Pro-

-
1. „Warum soll entgegen allen öffentlichen Verlautbarungen des Hessischen Kultusministers die Gruppe der Wissenschaftlichen Bediensteten doch den größten Teil des bisherigen Akademischen Mittelbaus aufnehmen?“
 2. Wie verträgt sich die große Anzahl von Wissenschaftlichen Bediensteten mit ihrer äußerst schmalen Repräsentanz in Kollegialorganen?
 3. Warum sieht der Gesetzentwurf nicht die Überführung von Assistenten- und Ratsstellen in Professorenstellen vor, wo doch gerade diese Professorenstellen „beträchtlich vermehrt“ werden sollen?
 4. Warum ist die Habilitation plötzlich wieder alleiniger Schlüssel zum Reich der Hochschullehrer auf Dauer?
 5. Warum schafft der Kultusminister zwei Klassen von Hochschullehrern, indem er den Dozenten keine Kolleggeldpauschale gewährt? [...]
 6. Wie will der Kultusminister den Exodus vieler junger Wissenschaftler verhindern, da ihre Berufs- und Besoldungserwartung im Vergleich mit außeruniversitären Berufen (z. B. den Studienräten) nicht mehr attraktiv sind?“

Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 8166: Brief des Vorsitzenden der Landesassistentenkonferenz Hessen, Dellit, an Kultusminister von Friedeburg, betr.: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hessischen Beamtengesetzes und des Hess. Besoldungsgesetzes (28. August 1970).

¹³⁴⁹ Ebd.

¹³⁵⁰ Vgl. ebd.

¹³⁵¹ Schließlich stößt man auf einen wohl davor zu datierenden Aufruf des Ministerpräsidenten an alle an der Selbstverwaltung beteiligten Gruppen in den hessischen Hochschulen und Universitäten zu sachlicher Zusammenarbeit und Kooperation auf der Basis der „progressiven hessischen Hochschulgesetze“. In seinem eindringlichen Appell wies er darauf hin, dass sich die Landesregierung und das Parlament mit eben diesen Gesetzen für mehr Autonomie und Demokratie an den Hochschulen ausgesprochen hätten. „Damit habe der Gesetzgeber die Erwartung verbunden, ein neues Kapitel der Fortentwicklung von universitärer Selbstverwaltung und Selbständigkeit einzuleiten und darüber hinaus optimale Bedingungen für die Freiheit von Forschung und Lehre zu schaffen.“ Für den Fall, dass die weitere Entwicklung zeigen würde, dass der Verantwortlichkeit, die aus den Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechten erwachse nicht von allen Gruppen im erforderlichen Maße entsprochen wird, könnte er Schritte der Landesregierung zur Novellierung des Universitätsgesetzes nicht ausschließen. „Die Konsequenzen“, so Osswald, „einer solchen Maßnahme hätten dann jene zu vertreten, die absichtlich oder unbewusst die Pflicht zur Kooperation ignorierten.“ (Vgl. HHStA, Abt. 502, Nr. 6633: Informationen der Hessischen Landesregierung (ohne Angabe)).

fessoren, Dozenten und Wissenschaftlichen Bediensteten.¹³⁵² Die neue Zusammensetzung des Lehrkörpers, resultierte aus der konsensualen Überzeugung aller politischen Verantwortlichen, dass die universitäre Realität gesetzlich fixiert werden müsse: Längst übernahmen nämlich viele Angehörige des Mittelbaus Funktionen von Hochschullehrern, verfügten jedoch nicht über deren Rechte. Das neue Universitätsgesetz wollte eine neue Form der Zusammenarbeit, orientiert am Team-Denken, begründen. Das Hessische Kultusministerium wollte jedoch zunächst die Vorschläge der Hochschulen überprüfen, bevor diese dann an den Haushaltsausschuss des Landtags weitergeleitet wurden, der schließlich über die notwendigen Stellenumwandlungen entschied.¹³⁵³

Bis zum 1. Januar 1972 sollten die einzelnen Fachbereiche Studienräte und Oberstudienräte, Wissenschaftliche Assistenten sowie akademische Räte und Oberräte, die vorwiegend mit Lehraufgaben betraut waren, für die Ernennung zum Professor vorschlagen. Der gleiche Stichtag galt auch hinsichtlich der Vorschlagslisten für die Überleitung von Wissenschaftlichen Assistenten zu Dozenten bzw. „wissenschaftlichen Bediensteten“. Die Justus-Liebig-Universität wollte 92 Wissenschaftler zu Professoren auf Lebenszeit und 140 zu Dozenten, mit einer Dienstzeit von sechs Jahren, befördern.

Es dauerte schließlich noch bis Ende des Jahres 1972, bis das hessische Kabinett den gemeinsamen Vorschlag des Kultus- und Finanzministers zur Überführung des wissenschaftlichen Personals der hessischen Universitäten in die neue Personalstruktur nach dem Hessischen Universitätsgesetz billigte. Die Landesregierung leitete diese Entscheidung unverzüglich an den Haushaltsausschuss des Landtags weiter. Diese Entscheidung machte Hessen schließlich zum ersten Bundesland, das an seinen Hochschulen die Personalstruktur realisierte, die im Hochschulrahmengesetzentwurf der Bundesregierung vorgesehen war, da die entsprechenden Bestimmungen des Hessischen Universitätsgesetzes mit denen des Rahmengesetzentwurfs kongruent waren. „Damit wird in Hessen eine der wichtigsten Reformen im Hochschulbereich verwirklicht, die alle Bundesländer anstreben. Die neue Struktur des wissenschaftlichen Personals beseitigt althergebrachte Abhängigkeitsverhältnisse, die hierarchi-

¹³⁵² Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 8166; Dinges, Rainer: Aus Assistenten werden Professoren und Dozenten. Der 1. Januar ist Stichtag für die Überleitung des akademischen Mittelbaus an Hessischen Hochschulen. In: Darmstädter Echo vom 29. Dezember 1971.

¹³⁵³ Vgl. Dinges, Rainer: Aus Assistenten werden Professoren und Dozenten. Der 1. Januar ist Stichtag für die Überleitung des akademischen Mittelbaus an Hessischen Hochschulen. In: Darmstädter Echo vom 29. Dezember 1971.

schen Abstufungen (...) einschließlich des sogenannten „Mittelbaues“ verschwinden.“¹³⁵⁴

Im Oktober, nach längeren Diskussionen mit den Betroffenen¹³⁵⁵, erließ von Friedeburg auch die Wahlordnung für die Wahlen zu den Konventen. Zum ersten Mal wählten alle Universitätsmitglieder, separat nach Gruppen, ein Universitätsparlament.¹³⁵⁶

Das Hessische Hochschulgesetz erfuhr in den folgenden Jahren mehrfach Veränderungen: So beispielsweise bereits am 9. März 1971. Hintergrund war, dass ausschließlich der Präsident des Landeshochschulverbandes dem Urteil des Verwaltungsgerichtshofes zufolge für die Anordnung von Zulassungsbeschränkungen an

¹³⁵⁴ HHStA, Abt. 504, Nr. 2117: Der Hessische Kultusminister: Informationen und Mitteilungen vom 15. November 1972. Nr. 123/72: Neue Personalstruktur an Hessens Universitäten verwirklicht.

¹³⁵⁵ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6216 b) und d) geben beispielsweise einen Einblick in die Diskussionen um die Wahlordnung und die Vorbereitung der Wahlen generell.

¹³⁵⁶ Die Resonanz in Gießen war groß. Einigten sich die Hochschullehrer bemerkenswerterweise auf eine Liste („Das in diesen Vorschlägen dokumentierte gemeinsame Interesse aller Hochschullehrer unserer Universität gilt dem Gesamtwohl der Stätten von Forschung und Lehre. Die Universität ist kein Ort fremdbestimmter oder ferngelenkter Interessenskämpfe. Wie es den Hochschullehrern bisher gelang, in ihrem eigenen Bereich differenzierende Auffassungen tragfähig zu überbrücken, so sehen sie es im Konvent als ihre Aufgabe an, gruppenspezifische Gegensätze nicht zu vertiefen, sondern zu ihrer Überwindung beizutragen.“ (Gruppe I: Hochschullehrer. In: Justus-Liebig-Universität Gießen. Mitteilungsblatt des Rektorats: Nr. 18 (19. Januar 1971): Sonderausgabe zur Konventswahl. S. 2), bildete sich im Bereich der Wissenschaftlichen Mitarbeiter eine Reihe von Gruppierungen; letztlich konnten die Wähler zwischen acht Listen wählen. Aufgrund der Wahlen zum Studentenparlament war es innerhalb der Studentenschaft bereits früher zu hochschulpolitischen Gruppenbildungen gekommen, so dass fünf Listen zur Wahl standen. Schließlich bildeten die Nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter eine Liste für den Bereich der Humanmedizin und für den restlichen Universitätsbereich. Als Konsequenz einer Bestimmung des Hochschulgesetzes, der zufolge nur eine 50%ige Wahlbeteiligung die volle Zuteilung der Sitze für die einzelnen Gruppen garantierte, aber vor allem auch als Konsequenz der neuen Partizipationsregelungen wurde eine sehr hohe Wahlbeteiligung erzielt. Fast 90 Prozent der Hochschullehrer und Wissenschaftlichen Mitarbeiter, rund 66 Prozent der Nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter und 56 Prozent der Studenten traten den Gang zu Wahlurne an. Bereits wenige Tage später fand die erste Sitzung des Konvents statt. Wichtigster Tagesordnungspunkt war die Beschlussfassung über das Wahlverfahren bei der Präsidentenwahl. Sechs Kandidaten traten zunächst für dieses Amt an und stellten sich am 11. Februar 1971 in der Aula zur Anhörung. Unter diesen befanden sich u. a. der geschäftsführende Rektor Paul Meimberg, der bisherige Sprecher der akademischen Mitarbeiter Franz Neumann und der frühere Kanzler. Beifalls- und Unmutsbekundungen ließen schnell eine angespannt-aggressive Atmosphäre entstehen, schließlich kam es zum Eklat, als ein Hochschullehrer einem „progressiven“ Kandidaten vorwarf, ein gespaltenes Verhältnis zum Recht zu haben. Nachdem schließlich Wahlers und Alewell ihre Kandidatur zurückgezogen hatten, unterbreitete der Senat dem Konvent die Kandidaten-Vorschläge Meimberg und Neumann. In der nächsten Konvent-Sitzung am 19. Februar 1971 stand dann die Wahl des Präsidenten auf der Tagesordnung. Mit Spannung, so beschreibt es Kübel, erwartete man den Ausgang der Wahl: Würde wohl mit Neumann ein „progressiver“ Assistenten-Vertreter wie in Berlin und Hamburg oder aber mit Meimberg ein Professor gewählt werden? Für die Anhänger Neumanns schließlich sollte der Ausgang enttäuschend werden, da Meimberg bereits im ersten Wahlgang 47 – gegenüber 42 Stimmen Neumanns – erhielt. Damit wurde der geschäftsführende Rektor, der im Mai 1970 zurückgetreten war, neuer Präsident. Nach der Wahl begann die vorlesungsfreie Zeit, womit zunächst einmal Ruhe in die hochschulpolitische Arbeit einkehrte. Die Wahl der Ständigen Ausschüsse schließlich sollte sich noch länger hinziehen. (Vgl. Dienstbach, Ingo; Kübel, Klaus; Stieger, Hartmut: Skizzen zur neueren Entwicklung der Justus-Liebig-Universität (1968 bis zur Gegenwart). In: 375 Jahre Universität Gießen. 1607-1982. Geschichte und Gegenwart. S. 228).

den hessischen Hochschulen zuständig sein sollte. Daraus zog die sozial-liberale Koalition dann die Konsequenzen: Sie einigte sich auf eine Novellierung des Hochschulgesetzes, die eine Übergangsregelung in der Gestalt vorsah, dass bis zur vollen Arbeitsfähigkeit des im Hochschulgesetz vorgesehenen Landeskuratoriums der Kultusminister zur Anordnung von Zulassungsbeschränkungen ermächtigt werden sollte. Das Hessische Hochschulgesetz hatte nämlich keine Übergangsregelung für die Zeit bis zur Konstituierung des Landeskuratoriums vorgesehen, wodurch niemand berechtigt war, eine Zulassungsbeschränkung auszusprechen.¹³⁵⁷ Das Zweite Gesetz zur Änderung des Hochschulgesetzes ließ auch nicht lange auf sich warten; es wurde vom Landtag am 18. Mai 1971 beschlossen und thematisierte den Aspekt der Bauangelegenheiten.¹³⁵⁸ Abschließend sei noch auf den Antrag der CDU auf Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes vom 6. Juni 1972 verwiesen.¹³⁵⁹

3.2.6 Der Diskurs im Umfeld des Hessischen Hochschul- und Universitätsgesetzes

Zunächst soll anhand der Äußerungen der Presse ein erster Eindruck über die Reaktionen direkt nach der Verabschiedung vermittelt werden, bevor im zweiten Schritt die einzelnen Aussagen des Diskurses im Laufe der Gesetzes-Genese überblickhaft herauspräpariert und analysiert werden sollen.

3.2.6.1 Reaktionen der Presse

Die Presse reagierte unterschiedlich auf das neue Gesetz, rückte jedoch den Aspekt der Demokratisierung in den Fokus der Berichterstattung. So titelte „Die Welt“ beispielsweise „SPD erzwingt Hochschulgesetz“. Der spektakuläre Abschied der Rektoren wurde als Versuch Osswalds und seiner Berater interpretiert, den linken Studenten das Gesetz „schmackhafter“ zu machen. Als Schwachpunkt des Gesetzes

¹³⁵⁷ Vgl. SPD und FDP für Novellierung des Hochschulgesetzes. In: Darmstädter Echo vom 3. März 1971.

¹³⁵⁸ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7596.

¹³⁵⁹ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7731 d): Antrag der Fraktion der CDU, betr.: Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes (Hessischer Landtag. VII. Wahlperiode: Drucks. 7/1804) (6. Juni 1972): Darin forderte die CDU-Fraktion die Landesregierung auf, „bis zum Beginn des Wintersemesters 1972/73 einen Novellierungsvorschlag für das Hessische Hochschulgesetz vorzulegen, der die Verantwortlichkeit des Kultusministers für die Rechtssicherheit an den Hochschulen des Landes Hessen stärkt, der ferner dazu beiträgt, die Beteiligungen an den Wahlen zu den Gremien der Hochschulen und der Studentenschaft zu erhöhen und der die Ungleichheit des rechtlichen Charakters der Gruppen aufhebt.“ Konkret sollte der Kultusminister rechtswidrige Beschlüsse und Maßnahmen aufheben, das Gesetz durch ein praktikables Ordnungsrecht ergänzen und die Vorschriften für die Wahlen zu den Selbstverwaltungsorganen dergestalt ergänzen, dass die Wahlen zu sämtlichen Hochschulgremien im Wege der Briefwahl erfolgen konnten.

identifizierte „Die Welt“ die mangelnde Bereitschaft von CDU und FDP das heikle Gesetz mit zu tragen. Das Blatt erwartete Rebellion und Unruhe.¹³⁶⁰

„Die Welt am Sonntag“ charakterisierte das „Gesetz über die Universitäten des Landes Hessen“, das nach Ansicht der SPD ein „Höchstmaß an Demokratie (Dr. Werner Best) bringen sollte und sich nach Auffassung der CDU zu „ein[em] Unheil“ (Dr. Christian Schwarz-Schilling) auswachsen werde, folgendermaßen: „[Es] garantiert nach Willen der Gesetzgeber allen Gruppen an der Universität ein hohes Maß an Mitarbeit in verantwortlichen Gremien und reformiert grundlegend die Personalstruktur.“¹³⁶¹

In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung kritisierte der Publizist Günther Gillessen mit aller Vehemenz das geplante Hochschul- und Universitätsgesetz gerade aufgrund dieses Themas. Das Hessische Universitätsgesetz erschwere Reformen wie die Lehrkörper- und die Studienreform. Ob eine Drittel- oder eine Viertelparität im Konvent – die daraus resultierenden Konsequenzen seien nahezu identisch. Wichtig sei nur, dass dieses „undemokratische Prinzip“ eingebracht und die Hochschulen nicht im Hinblick auf ihre Aufgaben, sondern auf die Widersprüche ihrer Gruppen organisiert würden. Dieser Aspekt stelle den fundamentalen Fehler schlechthin dar; zumal die Herrschaft des Konvents anstelle der traditionellen Universitätsregierung durch den Rektor und den Senat das Kernstück der neuen Ordnung werde. Nach der Kritik an den Ausschüssen wandte sich Gillessen den Einberufungsmodalitäten des Konvents zu: Ein Drittel der Mitglieder, beispielsweise der Studenten, genüge, um jederzeit Sondersitzungen anzuberaumen. Damit lasse sich der Konvent zur dauernd tagenden Räteversammlung mit imperativem Mandat machen. Im Kontext der Sonderstellung der Medizinischen Fakultät wies der Autor darauf hin, dass eine Politisierung nicht nur eine Institutionalisierung der universitären Konflikte bedeute, sondern letztlich auch eine Entfremdung der Hochschule von ihren Aufgaben. Denn jede falsche Entscheidung räche sich nicht nur im Bezug auf die Medizin.¹³⁶²

Auch das Wiesbadener Tagblatt sparte nicht mit kritischen Anmerkungen, die in eine ähnliche Richtung zielten. Am 8. Mai 1970 titelte Fritz Kozelsky: „Imperatives Mandat‘ gebiert die Hochschuldemokratisierung.“ Da das Universitätsgesetz vor-

¹³⁶⁰ Vgl. SPD erzwingt Hochschulgesetz. In: Die Welt vom 8. Mai 1970.

¹³⁶¹ Nacht des Universitätsgesetzes. SPD: Höchstmaß an Demokratie – CDU: Ein Unheil. In: Welt am Sonntag vom 10. Mai 1970.

¹³⁶² Vgl. Gillessen, Günther: Ein Schritt zur Verhinderung von Reformen. Zur bevorstehenden Verabschiedung des hessischen Universitätsgesetzes. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. April 1970.

nehmlich der Linientreue zu verdanken war, kommentierte das Presseorgan folgendermaßen: „Genosse von Friedeburg, kommst du nach Frankfurt, so sage den Freunden, Du habest uns abstimmen sehen, wie die Partei es befahl.“ Der Meinung der Gegner zufolge werde mit dem Hessischen Universitätsgesetz alle Macht an den Hochschulen jenen Gruppen übertragen, die einmal nur von der „Liebe im Vorübergehen“ zur Alma Mater erfasst und denen zum anderen, obwohl nur eine Minderheit, allein politisches Engagement zur Majorisierung der Mehrheit genügen würde.¹³⁶³

3.2.6.2 Der hessenweite Diskurs

Im hessenweiten Diskurs avancierte die Personalstruktur zu einer bedeutenden Aussage, als sich abzeichnete, dass das geplante Gesetz keine Reform derselben bringen würde. Da erst zwischen der zweiten und der dritten Lesung ein neues Personalstrukturmodell in das Universitätsgesetz eingearbeitet wurde, sollte diese bis ins Frühjahr 1970 ein relevantes Thema bleiben. Der Hochschulverband vertrat bereits im Juni 1969 die Meinung, dass ein Universitätsgesetz eine Neuordnung der Personalstruktur leisten könne, weshalb er es mit Bedauern zur Kenntnis nahm, dass der Entwurf „für die Entwicklung einer heutigen Bedürfnissen angepassten, elastischen und funktionsgerechten Personalstruktur keinerlei Ansätze“ biete, sondern sich vielmehr nahezu ausschließlich auf die Neuorganisation der Universitätsstruktur konzentriere. – In diesem Kontext monierte der Verband besonders die gruppenparitätische Organkonzeption des Entwurfs, stieß ihm der Sachverhalt, dass universitäre Entscheidungsgremien vornehmlich nach politischen Aspekten konzipiert worden seien, negativ auf. Denn Universitäten seien keine politischen Verbände.¹³⁶⁴ – Die Stellungnahme des Landesverbandes Hessen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft bezüglich der Personalstruktur markiert das äußerste Ende des zeitlichen

¹³⁶³ Vgl. Kozelsky, Fritz: „Imperatives Mandat“ gebiert die Hochschuldemokratisierung. In: Wiesbadener Tagblatt vom 8. Mai 1970.

¹³⁶⁴ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7588: Vorsitzender des Hochschulverbandes, Landesverband Hessen, H. Erhardt (16. Juni 1969): Stellungnahme zum Regierungsentwurf eines hessischen Universitätsgesetzes: Da auch die Hessischen Nichtordinarien in der Personalstruktur einen zentralen Aspekt der Hochschulreform erblickten, Vorschläge zur Verbesserung derselben dem Entwurf der Landesregierung mangelten, blieb Kritik zwischenzeitlich beispielsweise auch vonseiten jener universitären Gruppe nicht aus. Eine Erneuerung der Universitäten sei nur durch eine Verbesserung der Personalstruktur zu erzielen. Um das Niveau zu heben, müsse die Eigeninitiative der jungen Wissenschaftler genauso wie die Attraktivität der Hochschullehrerlaufbahn insgesamt gesteigert werden. Ablehnend standen sie dem Einwand gegenüber, dass die Änderung der Personalstruktur Aufgabe des Bundesrechtsrahmengesetzes sei. (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7589: Brief des Sprechers der Hessischen Nichtordinarien, Prof. Dr. Gerhard Vossius, an den Präsidenten des Hessischen Landtags (17. September 1969).

Spektrums: Mit Nachdruck betonte dieser das Moment der Gleichberechtigung in der Gruppe der Hochschullehrer – für ihn war jeder, der hauptberuflich an der Hochschule in Forschung und Lehre tätig war, Hochschullehrer: „Alle Hochschullehrer sind korporationsrechtlich gleichgestellt und bilden eine Gruppe.“ Auch bei der Erfüllung ihrer Aufgaben sollte dieses Prinzip gelten. Die Fachbereiche, so die Meinung der GEW, sollten mit Planstellen für Hochschullehrer ausgestattet werden, die vom Fachbereich besetzt werden sollten. Diese Planstellen seien öffentlich auszuscheiden. Die Besoldung sollte sich an Qualifikation und Alter orientieren.¹³⁶⁵

Der Deutsche Gewerkschaftsbund ging noch einen Schritt weiter: Für ihn war, wie er in seiner Stellungnahme, die er im April 1970 gemeinsam mit der Landesassistentenkonferenz und den vier Studentenschaften der hessischen Universitäten präsentierte, die korporationsrechtliche Gleichstellung der Hochschullehrer, Studenten, administrativen und technischen Mitarbeiter ein erklärtes Ziel.¹³⁶⁶

Je nach Interessensvertretung variierten die Meinungen hinsichtlich der Partizipationsmöglichkeiten, die auch bereits im zeitlichen Umfeld des Referentenentwurfs höchst umstritten waren, in den zentralen Entscheidungsgremien. So wundert es nicht, dass an erster Stelle der Kritikpunkte des Hochschulverbandes die Zusammensetzung wichtiger Entscheidungsgremien stand. Beschlüsse in Fragen, die Forschung und Lehre unmittelbar tangierten, könnten dadurch gegen die übereinstimmende Meinung der Professoren gefasst werden. Durch solche Regelungen, so die Professoren weiter, würden die generellen Einwände gegen die Organkonzeption des Entwurfes besonders deutlich hervortreten. Mit der Amtsobliegenheit der Hochschullehrer, die an der Universität ein Fach in Forschung und Lehre zu vertreten haben, seien sie unvereinbar. Hinsichtlich der Leitung der ständigen Wissenschaftlichen Betriebseinheiten vertraten sie die Position, dass diese ausschließlich in den Händen von ordentlichen und außerordentlichen Professoren liegen sollte.¹³⁶⁷

Auf eine andere Aussage verweist die Stellungnahme der Frankfurter Professoren exemplarisch: Sie vertraten die Position, dass über Prüfungen nur d u r c h diese Prüfung bereits qualifizierte Personen entscheiden dürften. – Dennoch sollten Prü-

¹³⁶⁵ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6215: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft des Landesverbandes Hessen: Vorschläge der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft – Landesverband Hessen zur Personalstruktur an den Universitäten (22. April 1970).

¹³⁶⁶ Vgl. Eigenes Konzept zur Hochschulreform. Stellungnahme der DGB-Kommission, der Assistenten und Studenten. In: Darmstädter Echo vom 15. April 1970: In diesem Kontext plädierten sie zudem für die Durchlässigkeit von Studiengängen.

¹³⁶⁷ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7588: Vorsitzender des Hochschulverbandes, Landesverband Hessen, H. Erhardt (16. Juni 1969): Stellungnahme zum Regierungsentwurf eines hessischen Universitätsgesetzes.

fung und Beratung so transparent wie möglich gestaltet werden. – Aus diesem Grund erachteten sie es als äußerst problematisch, dass Studenten und Nichtwissenschaftliches Personal über die Erteilung akademischer Grade entscheiden sollten.¹³⁶⁸

Eine Drittel- oder Halbparität garantiere keinen Fortschritt, so lautete ihre weitere Argumentation. Obgleich die Professoren das Bedürfnis der Studenten nach politischer Betätigung durchaus nachvollziehen konnten, plädierten sie für fortschreitende Selbstbestimmung der Studenten mit fortschreitendem Studium.¹³⁶⁹

Wurde der öffentliche Diskurs lange Zeit vom Postulat der Drittelparität¹³⁷⁰ dominiert, wurden sich zunehmend auch die Nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter ihres Anspruches auf Beteiligung bewusst. Aus diesem Grund zeigte sich der Bezirksvorstand der ÖTV auch im Vorfeld der Verabschiedung um so bestürzter „über die Tat-

¹³⁶⁸ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6214: Professoren der Universität Frankfurt am Main (ohne Angabe).

¹³⁶⁹ Vgl. ebd.: Bevor sie abschließend den Fokus ihres Interesses auf die Personalstruktur richteten, konkretisierten sie ihr Anliegen nochmals, wie aus dem nachfolgenden Zitat deutlich wird: „Uns geht es um inhaltliche Reform, nicht bloß reformierte Organisation. Deshalb schlagen wir vor: Dezentralisierung, Koordinierung und kleine Gremien.“

Demokratisierung erachteten die Frankfurter Professoren lediglich innerhalb Gruppen gleicher Funktionen für sinnvoll. Prinzipiell stieß die Initiative der Landesregierung, die Personalstruktur in das Universitätsgesetz zu integrieren, daher auf positive Resonanz. Um einer zweimaligen Umstellung präventiv zu begegnen, schlugen sie hinsichtlich der Personalstruktur vor, dass diese der Regelung des Bundesrahmengesetzes weitgehend entsprechen sollte. Im Einzelnen forderten sie:

„1. Wir halten es für selbstverständlich, dass alle Habilitierten, soweit sie hauptamtlich an der Universität tätig sind, gleiche körperschaftliche Rechte besitzen.

2. Wir treten dafür ein, dass alle, die selbständig Lehraufgaben hauptamtlich wahrnehmen, auch dann, wenn sie nicht habilitiert sind, ihrer Aufgabe entsprechend als Assistenzprofessor bezeichnet und körperschaftlich Hochschullehrern gleichgestellt werden.

3. Die bisherige Assistententätigkeit hat in einzelnen Fächern sehr verschiedenen Inhalt. Auf Wahrnehmung der Mehrzahl der Aufgaben kann nicht verzichtet werden.

a) Uns erscheint zweifelhaft, ob sich wissenschaftliche Mitarbeiter als Angestellte oder Beamte auf Zeit für ausschließlich technische Hilfsdienste gewinnen lassen.

b) Bisherigen Assistentenaufgaben können einzeln oder in Verbindung miteinander wahrgenommen werden von Gradierten, die als Angestellte auf Zeit eingestellt werden. Die Hälfte ihrer Arbeitszeit muss zur eigenen Weiterbildung zur Verfügung stehen.

c) Graduierte, die eine Promotion anstreben und dafür Stipendium erhalten, sollten Möglichkeit haben, durch zeitlich begrenzte Tutorenaufgaben Lehrerfahrung zu erwerben.

4. Für Studienräte im Hochschuldienst und Akademische Räte ist eine ihrer Aufgabe entsprechende Lösung zu finden.

5. Promotion, Habilitation oder sonstige Leistungsnachweise sind Voraussetzung für bestimmte Berufstätigkeit. Sie können daher nicht von der Zahl der zur Verfügung stehenden Stellen abhängig gemacht werden

6. Das Habilitationsverfahren ist so zu ändern, dass eine Reihe wissenschaftlicher Einzelveröffentlichungen als Äquivalent der bisherigen Habilschrift anerkannt wird. Lehrerfahrungen sind nachzuweisen.

7. Erhöhung der Kapazitäten.“

¹³⁷⁰ So hatte der SPD-Unterbezirk Darmstadt in Kooperation mit dem Sozialdemokratischen Hochschulbund Darmstadt und einer Kommission des Unterbezirk-Vorstandes der SPD Darmstadt mit Hinweis auf die Beschlüsse des Parteitages der SPD-Hessen / Süd vom Januar 1968 die Drittelparität für den gesamten Hochschulbereich in allen Gremien und Kommissionen postuliert; auch die Nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter seien zu beteiligen. (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7581: SPD, Unterbezirk Darmstadt: Abänderungsvorschläge zum Hessischen Universitätsgesetz. Gesetz über die Universitäten des Landes Hessen. Vorlage der Landesregierung vom März 1969).

sache, dass entgegen allen Erwartungen die 15 000 Nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter der vier hessischen Universitäten nicht als gleichberechtigte Mitglieder der Hochschulkörperschaft anerkannt und in den Organen angemessen berücksichtigt worden sind.“¹³⁷¹ Ihre Forderungen seien unberücksichtigt geblieben, ja es sei gar hinsichtlich des Kuratoriums noch zu einer Verschlechterung gegenüber den ursprünglichen Referentenentwürfen gekommen.¹³⁷² Die Nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter, führte Wolf weiter aus, würden weiterhin als Universitätsangehörige zweiter Klasse behandelt. Zu diesem Zeitpunkt sah sich die Gewerkschaft veranlasst dem Kultusminister zu signalisieren, dass sie nicht mehr länger gewillt war, die Gesetzentwürfe zur Hochschulreform in Hessen zu unterstützen, da sie die Interessen des Nichtwissenschaftlichen Personals in beiden bis dato vorliegenden Gesetzentwürfen für gänzlich unzureichend berücksichtigt fand. Die ÖTV intendierte daraufhin im DGB-Landesbezirksvorstand Hessen zu beantragen, nunmehr mit allem Nachdruck die gewerkschaftlichen Forderungen zur Hochschulreform politisch zu vertreten und Verhandlungen mit den drei demokratischen Fraktionen des Hessischen Landtags aufzunehmen. Dabei sollte zunächst mit der SPD-Landtagsfraktion verhandelt werden. Schließlich postulierte die Gewerkschaft nochmals die Beteiligung des Nichtwissenschaftlichen Personals analog zum Holhoff-Entwurf zu realisieren.¹³⁷³

¹³⁷¹ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7587: Brief von Heinz Wolf, Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, an Ministerpräsidenten Zinn, betr.: Regierungsvorlagen für ein Hessisches Hochschulrahmengesetz und ein Hessisches Universitätsgesetz (1. April 1969).

¹³⁷² Am 24. April 1969 verurteilte daraufhin der DGB öffentlich die Tatsache, dass den technischen und verwaltungstechnischen Mitarbeitern nicht die geforderten Mitbestimmungsrechte eingeräumt werden sollten. Dadurch würden überholte Strukturen bestätigt, die einer umfassenden Demokratisierung diametral gegenüber stünden, was Birkelbach in seinem Antwortschreiben mit Nachdruck zurückwies. (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7587: Antwortschreiben Birkelbachs an DGB-Landesbezirk Hessen, betr.: Hochschulgesetz und Universitätsgesetz (7. Mai 1969): Der Vorwurf werde den zahlreichen, vom Herkömmlichen abweichenden Neuregelungen (funktionsgerechte Mitwirkung der drei akademischen Gruppen in den Organen der Hochschulen, Fachbereichsorganisation, Beseitigung der persönlichen Abhängigkeit des Mittelbaus vom Institutsdirektor u. a. m.) nicht gerecht. Darüber hinaus habe die Hessische Landesregierung im übrigen, so Birkelbach, deutlich zu verstehen gegeben, dass die allgemeine Reform des Personalvertretungsrechts durch die Hochschulgesetzgebung nicht präjudiziert werden soll und dass im weiteren Gesetzgebungsverfahren Reformvorschläge zum allgemeinen Personalvertretungsrecht auch in das Hochschulgesetz und das Universitätsgesetz übernommen werden könnten). Der DGB-Landesbezirksvorstand bekräftigte seine Unterstützung der Aufgaben der Universitäten als Stätten der Forschung, Lehre und des Studiums. Da die Freiheit der Wissenschaft und Forschung nicht zuletzt durch das Prinzip der Selbstverwaltung garantiert werde, müssten auch alle Angehörigen der Universitäten gleichberechtigt daran teilnehmen dürfen. (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7587: Brief des Deutschen Gewerkschaftsbunds, Landesbezirk Hessen, an den Kultusminister, betr.: Hochschulgesetz und Universitätsgesetz (24. April 1969): Erklärung).

¹³⁷³ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7587: Brief von Heinz Wolf, Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, an Ministerpräsidenten Zinn, betr.: Regierungsvorlagen für ein Hessisches Hochschulrahmengesetz und ein Hessisches Universitätsgesetz (1. April 1969).

Noch immer erregte die „überragende[n] Stellung eines mit umfassenden und von den Hochschulangehörigen nicht zu kontrollierenden Vollmachten ausgestatteten Universitätspräsidenten“¹³⁷⁴ die Gemüter: So erhob neben dem Vorsitzenden des Bundes Demokratischer Wissenschaftler auch der DGB, seine warnende Stimme in einer Stellungnahme, die er im April 1970 gemeinsam mit der Landesassistentenkonferenz und den vier Studentenschaften der hessischen Universitäten veröffentlichte.¹³⁷⁵ Von verschiedenen anderen Seiten wurde die Fixierung auf den Universitätspräsidenten als einzig mögliche Form der universitären Leitung als zu einseitig kritisiert.¹³⁷⁶

Auch die Konzeption des Kuratoriums war ein durchaus kontrovers diskutierter Aspekt: Bei gleich lautender Argumentation existierten diesbezüglich zwei diametral entgegen gesetzte Positionen: Zum einen verwiesen die Professoren in bewährter Manier auf die Gefährdung der „Autonomie der Universität“, was von ihren Kontrahenten als Ausdruck ihrer Aversion gegen eine rationale Planung und gegen den Staat und die Gesellschaft gewertet und daher für vernachlässigbar erachtet wurde. So stieß die Form gerade beim Hochschulverband, der das Kuratorium entweder als Bindeglied zwischen Staat und Universität oder als inneruniversitäres Organ verstanden wissen wollte, auf wenig Gegenliebe. Eine Mischform erschien diesem Verband als nicht sachgerechte Lösung.¹³⁷⁷ Und auch auf Bundesebene monierte der Bund Demokratischer Wissenschaftler den Charakter des Universitätskuratoriums, durch das externe Interessenten der Privatwirtschaft Zugang zu Forschung und Lehre ermöglicht werde.¹³⁷⁸ – Nicht zu vernachlässigen war für die Gegner dieser Argumentation jedoch die Notwendigkeit der größtmöglichen Unabhängigkeit wissenschaftlicher Arbeit auch gerade im Bereich der Organisation und Verwaltung.

¹³⁷⁴ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7588: Vorsitzender des Bundes Demokratischer Wissenschaftler, Prof. Dr. Werner Hofmann, an alle Mitglieder der Fraktionen der SPD, CDU, FDP im Hess. Landtag, an den Ministerpräsidenten, an den Kultusminister, an Rektoren der Hessischen Hochschulen und an Vorsitzende der AStA der Hochschulen in Hessen: Offener Brief, betr.: Entwurf eines neuen Universitätsgesetzes für das Land Hessen (ohne Angabe).

¹³⁷⁵ Vgl. Eigenes Konzept zur Hochschulreform. Stellungnahme der DGB-Kommission, der Assistenten und Studenten. In: Darmstädter Echo vom 15. April 1970.

¹³⁷⁶ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7588: Vorsitzender des Hochschulverbandes, Landesverband Hessen, H. Erhardt (16. Juni 1969): Stellungnahme zum Regierungsentwurf eines hessischen Universitätsgesetzes.

¹³⁷⁷ Vgl. ebd.

¹³⁷⁸ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7588: Vorsitzender des Bundes Demokratischer Wissenschaftler, Prof. Dr. Werner Hofmann, an alle Mitglieder der Fraktionen der SPD, CDU, FDP im Hessischen Landtag, an den Ministerpräsidenten, an den Kultusminister, an Rektoren der Hessischen Hochschulen und an Vorsitzende der AStA der Hochschulen in Hessen: Offener Brief, betr.: Entwurf eines neuen Universitätsgesetzes für das Land Hessen (ohne Angabe).

Wissenschaftliche Erwägungen müssen vor allen anderen Erwägungen den Vorzug behalten bzw. überhaupt erst erhalten. Deshalb ist ein spezielles Verwaltungsorgan zwar erforderlich; aber dieses Organ muss von der Universität maßgeblich bestimmt werden. Damit ist keineswegs gesagt, dass Vertreter des Staates diesem Kuratorium nicht angehören sollen. Es könnte die wichtigste Funktion des Kuratoriums werden, die ohnehin vorhandenen engen Beziehungen zwischen Staat und Universität institutionell zu verankern, um sie damit einem breiteren Konsensus und einer universitätsinternen Öffentlichkeit zur Diskussion zugänglich zu machen. Hinsichtlich der Besetzung des Kuratoriums sollte also in Rechnung gestellt werden, daß diese ein universitätsinternes Beschlussorgan in erster Linie bleiben muss [...].¹³⁷⁹

Das Vertrauen in die geplanten Fachbereiche anstelle der Fakultäten war bei vielen nicht sehr stark ausgeprägt: Dem Entwurf zufolge hätten sie die Aufgaben der einstigen Fakultäten und Institute zu übernehmen, was jedoch voraussetze, dass sie zum einen einen Überblick über den Gesamtbereich der ihnen zugeordneten Fächer hätten, und zum anderen auch ins Detail gehende Entscheidungen fundiert treffen könnten.¹³⁸⁰ Als Beispiel für dieses schwierige Unterfangen gerade bei großen Fachbereichen führte der Hochschulverband die Humanmedizin an.¹³⁸¹ Andere dagegen unterstützten die Einrichtung von Fachbereichen, meldeten aber simultan dazu Bedenken gegenüber der Struktur der Fachbereichskonferenz und den Fachbereichsausschüssen an. Unverständlich blieb ihnen auch der Sachverhalt, dass den

¹³⁷⁹ Ebd.

¹³⁸⁰ Die Aktionsgemeinschaft Hessischer Hochschullehrer schlug beispielsweise als Alternative die Department-Struktur vor: „Die Aktionsgemeinschaft Hessischer Hochschullehrer vertritt die Auffassung, dass das isolierte Institut der Vergangenheit angehört und fordert, dass in Lehr- und Forschungszielsetzung sich ergänzende Institute zu einem Department zusammengefasst werden. Lehrstuhlinhaber und Abteilungsleiter in diesen Departments bilden das Direktorium, das aus sich heraus den geschäftsführenden Direktor auf Zeit wählt. Die im Department tätigen Dozenten, Assistenten und Studenten wirken bei der Beratung wichtiger Beschlüsse im Beirat des Instituts mit.“ (HHStA, Abt. 504, Nr. 7589: Brief des Sprechers der Aktionsgemeinschaft Hessischer Hochschullehrer (AHH) an den Präsidenten des Hessischen Landtags, an die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen, an die Damen und Herren des Kulturpolitischen Ausschusses: Petition: Entwurf eines Gesetz über die Universitäten des Landes Hessen, LT-Drucksache Nr. VI/1999 vom 3. April 1969).

¹³⁸¹ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7588: Vorsitzender des Hochschulverbandes, Landesverband Hessen, H. Erhardt (16. Juni 1969): Stellungnahme zum Regierungsentwurf eines hessischen Universitätsgesetzes.

Studenten und Wissenschaftlichen Mitarbeitern auf Fachbereichsebene die Drittelbeteiligung verwehrt werden sollte.¹³⁸²

Immense Lobby-Aktivitäten setzte das Thema der Neugestaltung des Medizinischen Sektors frei: Der 72. Deutsche Ärztetag brachte am 14. Mai 1969 seine Enttäuschung darüber zum Ausdruck, dass sein Engagement um eine „sachgerechte Umgestaltung der Medizinischen Fakultäten [...] bislang gescheitert sind.“¹³⁸³ Zum wiederholten Male postulierte er in dieser Stellungnahme eine Adaption der inneren Strukturen der Medizinischen Fakultäten und Ausbildungsstätten an zeitgemäße Bedingungen für Krankenbetreuung, Lehre und Forschung. Diese müssten Orientierungspunkte für jede Reform der Medizinischen Fakultäten sein. Am besten könnten diese drei Aufgaben in einer Institutionalisierung von Fachbereichen analog des Departmentsystems erfüllt werden:

Die übersichtliche Gestaltung der Fachbereiche in Abteilungen gewährleistet eine bestmögliche Krankenversorgung in ständigem Kontakt mit den Patienten. Kollegiale Zusammenarbeit gleichverantwortlicher leitender Ärzte löst das für die Versorgung der einzelnen Kranken unbefriedigende System der vertikalen Weisungsbundenheit ab.¹³⁸⁴

3.2.6.3 Der Gießener Diskurs

An dieser Stelle soll ein erster Überblick über den in Gießen geführten Diskurs¹³⁸⁵ erfolgen, der im vierten Kapitel dann vertieft wird. Dieser zeigt, dass dort die gleichen Themen, wenn auch ein Stück weit konkreter, erörtert wurden: Allen voran erhitze der Aspekt der Partizipation bzw. der Personalstruktur die Gemüter, führte zu heftigsten Wortgefechten und verhärteten Fronten und war gar eng mit der zweiten signifikanten Aussage des Diskurs, nämlich der institutionellen Ausgestaltung der universitären Medizin verbunden. Wie an anderer Stelle noch detaillierter auszuführen sein wird, plädierte eine Gruppe Mediziner für die Einheit der Medizin und

¹³⁸² Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7588: Stellungnahme der südhessischen Jungsozialisten zum Entwurf eines Hessischen Hochschulgesetzes. Diese Stellungnahme wurde auf der Funktionärskonferenz der südhessischen Jungsozialisten am 7. und 8. Dezember verabschiedet.

¹³⁸³ HHStA, Abt. 504, Nr. 7588: Pressestelle der deutschen Ärzteschaft: Reform der medizinischen Fakultäten: Entschließung des 72. Deutschen Ärztetages (14. Mai 1969).

¹³⁸⁴ Ebd.

¹³⁸⁵ Das Spektrum der Meinungsäußerungen reichte dabei von Professoren über Studenten bis hin zu den Personalräten. Selbst diese sprachen sich dezidiert gegen das in zweiter Lesung im Landtag behandelte Hessische Hochschulgesetz aus, da die bisherigen Ansätze einer demokratischen Verwaltung eliminiert worden seien. (Vgl. Personalräte gegen Hochschulgesetz. In: Frankfurter Rundschau von Ostern 1970).

für die Widerspiegelung der Qualifikation in der Personalstruktur. Auch Einzelpersonen, wie beispielsweise Professor Hanle vom Physikalischen Institut, vertraten eine ähnliche Position.¹³⁸⁶ Die Akademischen Mitarbeiter der Medizinischen Fakultät jedoch konnten sich als Reaktion auf das Gießener Manifest¹³⁸⁷ dieser Ordinarien einer Verlautbarung nicht enthalten: Während einer Vollversammlung enthüllten sie die Forderungen der Ordinarien als „Versuch, unter dem Deckmantel der Notwendigkeit und unter dem Vorwand der angeblich auf den Ordinarien lastenden Alleinverantwortung handfeste Standesinteressen in eine reorganisierte Universität hinüberzuretten.“¹³⁸⁸ In diesem Schriftstück identifizierten sie auf der einen Seite den Willen der Professoren, die Hochschulreform zu politisieren und auf der anderen Seite das Übergehen der Auffassungen vieler anderer Hochschullehrer. Das Festhalten an den patriarchalischen Organisationsformen wurde von den Akademischen Mitarbeitern „als wirklichkeitsfremd und gleichermaßen wissenschaftlichem Fortschritt und optimaler Krankenversorgung hinderlich“¹³⁸⁹ charakterisiert, denn der Allmachtsanspruch des Klinik- oder Institutschefs sei mit der sachlich gebotenen Kooperation kollegial arbeitender Ärzte und Forscher nicht länger zu vereinbaren. „Jede Hochschulreform muss dieser Tatsache Rechnung tragen und die organisations- und personalrechtlichen Voraussetzungen schaffen, um die hierarchisch verfestigten, unzeitgemäßen Autoritätsstrukturen im medizinischen Bereich überwinden zu helfen.“¹³⁹⁰ Neben der Abkehr vom monokratischen Direktorialsystem an allen Kliniken und Instituten und der Übertragung entscheidender Kompetenzen auf ein Kollegialorgan, in dem die an Krankenversorgung, Weiterbildung, Forschung und Lehre beteiligten Mitarbeiter vertreten sein sollten, sei eine Neugliederung der wachsenden medizinischen Fakultät in mehrere überschaubare Fachbereiche unabdingbar.¹³⁹¹

¹³⁸⁶ Seine Meinungsbekundung jedoch fiel um Längen drastischer aus: Er verglich die Situation gar mit 1933 und riet den Akteuren, das Hessische Hochschulgesetz nochmals gründlich zu überdenken. In universitären Gremien dürften Entscheidungen nicht von solchen Personen getroffen werden, denen es an Erfahrung mangle oder die lediglich temporär an der Universität verweilten und damit keine Verantwortung tragen könnten. Schließlich gab er zu bedenken, dass es zweckmäßig wäre, eine bundeseinheitliche Regelung abzuwarten. (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6214: Brief Professor Hanles, I. Physikalisches Institut, an den Ministerpräsidenten (23. Januar 1970)).

¹³⁸⁷ Manifest Gießener Professoren. In: Gießener Allgemeine vom 8. Mai 1969 und Gießener Anzeiger vom 8. Mai 1969.

¹³⁸⁸ HHStA, Abt. 504, Nr. 7587: Brief des Sprechers des Rates der Akademischen Mitarbeiter der Medizinischen Fakultät der Justus-Liebig-Universität, J. Bockel, an den Ministerpräsidenten, betr.: Hochschulgesetzgebung (20. Mai 1969).

¹³⁸⁹ Ebd.

¹³⁹⁰ Ebd.

¹³⁹¹ Vgl. ebd.

Die Naturwissenschaftler machten sich in diesem Kontext den Hinweis auf die Heterogenität zueigen. Die Hochschulreform könne keineswegs in gleicher Weise auf die naturwissenschaftlichen Experimentalfächer wie auf die „Schreibtischfächer“ angewendet werden.¹³⁹² Der Direktor des Instituts für Anorganische und Analytische Chemie formulierte dies folgendermaßen:

Jeder Versuch, die experimentell arbeitenden Institute in kleinere Arbeitsgruppen zu zerschlagen, hat nach meinem Urteil zur Folge, dass die Qualität der Ausbildung der Studenten sowie die wissenschaftliche Produktivität der in „gesunden“ Instituten zu einem lebendigen Ganzen vereinten Arbeitsgruppen auf ein Minimum absinkt und die qualifizierte Forschung an den Universitäten, die als Nährboden der modernen Entwicklung der Industrie der BRD volkswirtschaftlich von hohem Wert ist, in Kürze zum Erliegen kommt.¹³⁹³

Ein Vergleich zwischen den Stellungnahmen der Mediziner und Naturwissenschaftler ergibt also durchaus Kongruenzen. Paradigmatisch für beide war nämlich der Wunsch, dass die jeweilige Sonderstellung des Faches bei der Neuformulierung des Hessischen Hochschulgesetzes berücksichtigt werde.¹³⁹⁴ Eine nicht unbedeutende Rolle spielte in diesem Kontext sicherlich der finanzielle Aspekt.

Hatte das Gesetz über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen von 1966 das ungeliebte Organ des Kuratoriums, durch das Stein 1950 mittels des

¹³⁹² Vgl. UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 66: Hessisches Hochschulgesetz von 1966 und Entwurf für ein neues Hochschulgesetz von 1969 sowie Stellungnahme hierzu; Satzung der Justus-Liebig-Universität 1965-1970: Brief Direktor Hoppes an den Hessischen Kultusminister (19. Januar 1970).

¹³⁹³ UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 66: Hessisches Hochschulgesetz von 1966 und Entwurf für ein neues Hochschulgesetz von 1969 sowie Stellungnahme hierzu; Satzung der Justus-Liebig-Universität 1965-1970: Brief Direktor Hoppes an den Kulturpolitischen Ausschuß über Rektor und Dekan (26. Juni 1969): Schließlich resultiert für ihn daraus die Notwendigkeit, die Universität in drei gleichberechtigte Gruppen zu unterteilen: Medizin, Naturwissenschaften und Geisteswissenschaften. Zwar sollten diese unter einem gemeinsamen Rektor bzw. Präsidenten mit einem Kanzler und einer Rahmenordnung locker, aber ökonomisch vereint sein, doch forderte Hoppe für jede Gruppe einen eigenen Etat und das Recht, über diesen direkt mit dem Ministerium verhandeln zu dürfen.

Im Speziellen galt seine Kritik auf der einen Seite der Zusammensetzung des Kuratoriums und auf der anderen Seite den Ständigen Kommissionen. Als wichtigstes universitäres Gremium, so monierte er, wären die Universitätsangehörigen mit sechs gegenüber acht anderen Personen unterrepräsentiert. Erschwerend, so scheint es, kam hinzu, dass diese sechs vom Konvent zu wählen seien, in dem die Hochschullehrer eine Minderheit darstellten.

¹³⁹⁴ Vgl. beispielsweise UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 66: Hessisches Hochschulgesetz von 1966 und Entwurf für ein neues Hochschulgesetz von 1969 sowie Stellungnahme hierzu; Satzung der Justus-Liebig-Universität. 1965-1970: Brief Dekan Bückmanns an die Dekane der Naturwissenschaftlichen Fakultäten (22. Mai 1969).

„Kanzlers neuen Stils“¹³⁹⁵ den staatlichen Zugriff erweitern wollte, durch einen (vorläufigen) Verwaltungsrat substituiert, wurde die Überlegung seines Vorgängers erneut von Friedeburg aufgegriffen, was den Universitäten prinzipiell missfiel. Daher waren auch in Gießen kritische Stimmen vernehmbar: Konkret richtete sich die Kritik gegen die Zusammensetzung des Kuratoriums auf der einen Seite und gegen die der Ständigen Kommissionen auf der anderen Seite. Auch hier fühlte sich die Universität gegenüber dem externen Personenkreis unterrepräsentiert.¹³⁹⁶

Neben der Institutionalisierung der Fachbereiche stand auch die organisatorische Ausgestaltung derselben zur Debatte: Verwarf der Dekan der Naturwissenschaftlichen Fakultät die Einteilung in Fachbereiche nicht von vorneherein – obgleich er für die praktische Arbeit in den experimentellen Fächern eine Reihe von Voraussetzungen erfüllt sehen wollte – bemerkte er jedoch, dass die praktischen Arbeiten in den Naturwissenschaften und die Ausbildung einer ganzen Studentengeneration gefährdet seien, wenn diese nicht berücksichtigt würden.¹³⁹⁷ Seine größte Sorge galt der Zusammensetzung der Fachbereichskonferenz, die so geändert werden müsse, „dass sie eine sachgerechte und angemessene Vertretung jedes einzelnen Faches und aller Betriebseinheiten gewährleiste (§ 24)“.¹³⁹⁸ Auch die Unabhängigkeit der Betriebseinheiten und Arbeitsgruppen von in der Fachbereichskonferenz variierenden Mehrheiten war ihm ein großes Anliegen, da Mittel, Räume und Personal garantiert sein müssten, um langfristig aufgebaute Lehrveranstaltungen und Forschungsprojekte realisieren zu können.¹³⁹⁹ Für unerlässlich erklärte er ferner die genaue Abgrenzung der Kompetenzen der Direktorien von Betriebseinheiten, der Leiter von Arbeitsgruppen und der Fachbereichskonferenz – ein wichtiger Aspekt in der Praxis, wo schnelle, sachkundige Entscheidungen in den Betriebseinheiten und Arbeitsgruppen getroffen werden müssten.¹⁴⁰⁰ Neben der räumlichen Zusammenlegung findet der Rezipient schließlich ein Plädoyer für die Entwicklung von Arbeitsgruppen als neue

¹³⁹⁵ Moraw, Peter: Kleine Geschichte der Universität Gießen. S. 233.

¹³⁹⁶ UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 66: Hessisches Hochschulgesetz von 1966 und Entwurf für ein neues Hochschulgesetz von 1969 sowie Stellungnahme hierzu; Satzung der Justus-Liebig-Universität 1965-1970: Brief Direktor Hoppes an den Kulturpolitischen Ausschuß über Rektor und Dekan (26. Juni 1969).

¹³⁹⁷ Vgl. UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 66: Hessisches Hochschulgesetz von 1966 und Entwurf für ein neues Hochschulgesetz von 1969 sowie Stellungnahme hierzu; Satzung der Justus-Liebig-Universität 1965-1970: Brief des Dekans der Naturwissenschaftlichen Fakultät an den Kulturpolitischen Ausschuß des Hessischen Landtages über den Rektor (23. Juni 1969); Stellungnahme zum Entwurf eines Hessischen Hochschulgesetzes.

¹³⁹⁸ Ebd.

¹³⁹⁹ Vgl. ebd.

¹⁴⁰⁰ Vgl. ebd.

Organisationsform in Forschung und Lehre, die nicht durch das Gesetz verhindert werden dürfe.¹⁴⁰¹

Ein Vergleich zwischen den Aspekten, die als gravierende Probleme wahrgenommen wurden, lassen sogar eine nicht erwartete gemeinsame Schnittmenge erkennen: Listeten die Hochschullehrer die Änderung der Personalstruktur, die Studienreform und die Verbesserung der Forschung an der Universität durch Bildung von Departments auf¹⁴⁰², ließen sich die Kritikpunkte vonseiten der Studentenschaft unter den Punkten Studienreglementierung, ungenügende demokratische Legitimierung der im Landeskuratorium vertretenen Gruppen, möglicher Numerus clausus, das Bestreben, „die Studenten aus den Selbstverwaltungsgremien herauszukatapultieren“ und Umgestaltung der Hochschulen zu einer Art Berufsschule, „um die Wirtschaft mit unkritischen, fungiblen Fachidioten zu beliefern“, zusammenfassen.¹⁴⁰³ Selbst das Ordnungsrecht avancierte zur Aussage des Diskurses, mit dem sich nicht nur die Studentenschaft, wie beispielsweise die Juristische Fachschaft¹⁴⁰⁴, sondern auch der Senat der Justus-Liebig-Universität auseinandersetzte.¹⁴⁰⁵

¹⁴⁰¹ Vgl. ebd.: Gerade dieser letzte Einwand stützt erneut die Argumentation, dass man in Gießen durchaus reformfreudig gesinnt war. Denn in jenen Arbeitsgruppen hatte sich wohl tatsächlich ein gewisses Maß an studentischer Mitsprache und Beteiligung entwickelt. Intendiert war zum einen, den Arbeitsgruppen Autonomie von den Institutsdirektoren einzuräumen, und ihnen zum anderen langfristig Forschungsmittel, Räume und Personal zu verschaffen. Der Entwurf gefährde diese Entwicklung, da an die Stelle der einstigen Abhängigkeit vom Institutsdirektor nun die Abhängigkeit „von einem Gremium vieler Personen mit wechselnder Zusammensetzung und wechselnder Mehrheit, das keine langfristige Zusage garantieren kann“, trete.

¹⁴⁰² Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7588: Hochschullehrer aus der Medizinischen Fakultät der Justus-Liebig-Universität: An die Mitglieder des Hessischen Landtages (Juli 1969).

¹⁴⁰³ Vgl. Harte Kritik an hessischer Hochschulgesetzgebung. Rektor: „Keine klare Lösung der Probleme!“ – AStA-Vorsitzender Scholz: „Wirtschaft mit Fachidioten beliefern!“ In: Gießener Allgemeine Zeitung vom 6./7. Mai 1970.

¹⁴⁰⁴ Diese forderte die Streichung des Ordnungsrechts, da dieses kein geeignetes Instrument sei, Störungen zu begegnen: Die Anwendung unmittelbaren Zwanges sei nämlich nur den Polizeibehörden vorbehalten. Zudem provoziere das Ordnungsrecht eben jene Situationen, gegen die es wirksam werden solle. Die bis dato existierenden Entwürfe zum Ordnungsrecht erachtete die Fachschaft für verfassungswidrig, da sie konträr zu den rechtsstaatlichen Prinzipien der Verhältnismäßigkeit und Bestimmtheit stünden sowie partiell gegen das Verbot der Doppelbestrafung verstießen. Ihres Erachtens reichten die Bestimmungen des Strafrechts aus.

„Störungen des Universitätsbetriebes kann der Nährboden nur durch eine inhaltliche Hochschulreform entzogen werden, d. h. mit einer bloßen Verwaltungsreform ist es nicht getan. In diesem Zusammenhang stellen wir mit Bedauern fest, dass die Rahmenregelungskompetenz der ständigen Kommissionen des Konvents, die im Referentenentwurf des Kultusministeriums noch vorgesehen war, im Regierungsentwurf fehlt.“ (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7588: Juristische Fachschaft der Justus-Liebig-Universität an den Hessischen Landtag: Petition zum Hochschulgesetz (19. Juli 1969)).

¹⁴⁰⁵ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7588: Beschluß des Senats der Justus-Liebig-Universität vom 11. Juni 1969. Im vierten Kapitel der vorliegenden Arbeit wird dieser Aspekt einer differenzierteren Analyse unterzogen.

3.3 Resümee

Zum Zweck einer abschließenden Bewertung soll eine komparatistische Perspektive gewählt werden, um Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Schwerpunktverlagerungen zwischen den beiden Gesetzeswerken zu eruieren. Ein Blick auf den Zeitpunkt bzw. die Ausgangslage der beiden Gesetze lässt erste Gemeinsamkeiten zutage treten: So war der Gedanke an eine Reform der Universitäten bzw. des Hochschulsektors erst „denkbar“, als die gravierendsten Kriegsschäden behoben und die damit verbundenen materiellen Konsequenzen nicht mehr ganz so schwer wogen; wurde der Moment der Rechtsunsicherheit erst zu diesem Zeitpunkt als störend wahrgenommen. Wollte Kultusminister Schütte mit dem Gesetz von 1966 die Rechtsverhältnisse der hessischen Hochschulen verbindlich regeln und gleichzeitig den staatlichen Einfluss erweitern, dachte Ministerpräsident Zinn später in größeren Dimensionen: Im Kontext des Hessischen Hochschul- und Universitätsgesetzes von 1970 brachte er schon zu Beginn der Überlegungen seine Hoffnung zum Ausdruck, Vorstellungen hinsichtlich der „Grundzüge für eine übereinstimmende Hochschulgesetzgebung im Bundesgebiet“ zu entwickeln.¹⁴⁰⁶ Dennoch waren die Ansätze im Vorfeld des Hessischen Hochschul- und Universitätsgesetzes von 1970 sehr zaghaft: Zunächst wurden lediglich Rufe nach einer Novellierung des vorausgegangenen Regelwerkes laut, zunächst standen die Vorschläge noch ganz in der Tradition übkommener Vorstellungen. Erst im zweiten Schritt begann das Kultusministerium ein gänzlich neues Gesetzeswerk in Erwägung zu ziehen. Die dahinter stehende Motivation war in beiden Fällen recht ähnlich: 1966 hatte sich die Situation, 1968 und 1969 hatten sich schließlich die Bedürfnisse geändert, an die eine Anpassung von universitärer bzw. legislativer Seite erfolgen musste. In beiden Fällen war die Reaktionszeit, um den Sachverhalt mit einem chemischen Terminus technicus zu beschreiben, nicht unbeträchtlich. Ebenfalls in beiden Fällen ging die Initiative von staatlicher Seite aus – als Reaktion auf die Reformunfähigkeit der Universitäten¹⁴⁰⁷: Sowohl Schütte als auch von Friedeburg können daher als in der Traditionslinie von Erwin Stein stehend charakterisiert werden. Oktroyierte Schütte den hessischen Hochschulen gesetzliche Rahmenbedingungen und vergrößerte damit den staatlichen Zugriff auf die Hochschulen nach Stein'scher Manier, griff auch von Friedeburg einen wichtigen Gedanken seines Amtsvorgängers auf: nämlich die Institutionalisierung

¹⁴⁰⁶ HHStA, Abt. 504, Nr. 6213: Zusammenfassende Niederschrift über die Klausurtagung am 15. bis 17. Juli 1968 in Bad Schlangenbad zur Vorbereitung einer Novelle zum Hessischen Hochschulgesetz.

¹⁴⁰⁷ Wie von Friedeburg 1970 argumentierte.

des Kuratoriums. Signifikant in diesem Kontext war zweifelsohne auch die eigentliche Motivation für die Gesetzesinitiativen: eine Steigerung der Effizienz. Dominierten 1966 die Überlegungen hinsichtlich einer Verkürzung der Studiendauer mithilfe einer effizienteren Gestaltung des Studiums, hatte der Minister sowohl 1966 als auch 1969/1970 die Realisierung von Kontinuität in den Reihen der Universitätsspitze zu einem wichtigen Ziel erklärt.

Im Kontext der Rahmenbedingungen muss in Bezug auf das zweite Gesetz eine entscheidende Änderung personalpolitischer Natur hervorgehoben werden: Der für das Gesetz von 1966 verantwortlich zeichnende Kultusminister Schütte wurde durch einen der Frankfurter Professoren, die für Reformen standen, im Amt, Ludwig von Friedeburg, abgelöst.

Doch kommen wir nun zu den Inhalten der beiden Gesetzeswerke: Beide legten einen Akzent auf die Kontinuität der Universitätsspitze. Um die Kontinuität der Verwaltung künftig zu garantieren, wurde 1966 ein vierjähriges Rektorat institutionalisiert; um aber auch Wahlmöglichkeiten einzuräumen, sollten sich die Universitäten zudem noch zwischen einem Hochschulpräsidenten und einem Direktorium – ein Modell, das auf Gießener Überlegungen zurückgeht – entscheiden können. 1970 schließlich trat an die Stelle des Rektorats, also der ehrenamtlichen Selbstverwaltung, dem amerikanischen Vorbild folgend, der auf acht Jahre gewählte Präsident, der nun nicht mehr Professor sein musste, sondern auch Wirtschaftsmanager oder Verwaltungsexperte sein konnte. Damit erhielt das Amt der Universitätsleitung einen gänzlich neuen Charakter: Das Amt des Rektors, der als „primus inter pares“ größtenteils lediglich Repräsentationsaufgaben wahrzunehmen hatte, wurde durch das Amt des Präsidenten, der eine exponierte Stellung im Universitätsgefüge einnahm und zudem dem gesamten Verwaltungsbereich vorstand, abgelöst.

Da man 1966 bestrebt war, die Studienzeiten auf ein Normalmaß zu reduzieren, wurde den Fakultäten die Verantwortung übertragen, Sorge dafür zu tragen, dass die Studenten innerhalb der fixierten Minstdauer des Studiums ihr Studium abschließen konnten. Studienordnungen, Studienberatungen und die Einrichtung von Übungen und Kursen in der vorlesungsfreien Zeit sollten u. a. als Instrumentarien herangezogen werden. 1970 war die Problematik noch immer aktuell, weshalb sich dieser inhaltliche Baustein auch im zweiten, hier analysierten Gesetzeswerk wiederfindet.

Konnte man in Bezug auf das Berufungsverfahren den Eindruck bekommen, dass die Autonomie der Hochschule durch die Rechtsfigur des Oktrois, der jedoch im

Laufe der Verhandlungen vorab erheblich abgeschwächt wurde, limitiert würde, lassen die Regelungen in Bezug auf das Studentenschaftsrecht erste Ansätze zu einem größeren Maß an Demokratisierung an den Hochschulen erahnen. Mittels des Gesetzes von 1966 wurde die Beteiligung der Studenten an der akademischen Verwaltung fixiert. Diese Entwicklung setzte sich vor dem Hintergrund der immer lauter werdenden Forderungen vonseiten der sich emanzipierenden Studentenschaft und Assistentenschaft fort, so dass von Friedeburg in Hessen tatsächlich mit dem neuen Gesetzeswerk von 1970 mehr Demokratie und damit endlich eine Anpassung an die veränderten Rahmenbedingungen der Zeit wagte: Als Stichworte seien Mitbestimmung und Gruppenuniversität genannt. Keine universitäre Gruppe sollte demzufolge in den Gremien mehr über eine Mehrheit verfügen, selbst die Ordinarien mussten durch Kooperation mit anderen Gruppen nach nötigen Mehrheiten suchen und in Gespräche treten, so die grundlegende Intention des Regelwerkes. Der Verlust an Gestaltungsmöglichkeiten des Senats und der Fakultäten ging mit dem Verlust des Einflusses der Ordinarien, die diese traditionell wichtigen universitären Gremien dominiert hatten, einher: Das Ende der „Ordinarienherrschaft“ wurde damit per legem besiegelt.¹⁴⁰⁸ Wie Stein versuchten sowohl Schütte, wenn auch nur in minimalem Umfang, als auch von Friedeburg die Demokratisierung als Korrektiv innerhalb der Mauern der reformresistenten Universitäten zu etablieren. Als Katalysator wirkte hier zweifelsohne die Studentenbewegung.

Auch die Personalstruktur, als Kernstück der Hochschulreform, erfuhr längst überfällig gewordene, signifikante Veränderungen. Das Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften differenzierte schließlich nur noch zwischen Professoren, Dozenten und Wissenschaftlichen Bediensteten. Nun schlug sich der Einsatz dieser universitären Gruppe zumindest personalrechtlich – auch wenn die Motive des Kultusministers beispielsweise hinsichtlich der Schaffung der Hessen-Professuren eine andere war: Schließlich wollte von Friedeburg damit sicherlich vor allem die monolithische Gruppe der Ordinarien mittels dieser neu kreierten Gruppe „auflockern“.

Eine andere organisatorische Innovation des Hessischen Universitätsgesetzes von 1970 stellte die Ablösung der Fakultäten durch Fachbereiche dar. In diesem Kontext sei auf ein weiteres Thema, auf das der Rezipient in beiden Gesetzen stößt, verwiesen: die Integration der Erziehungswissenschaften. Wurden sie 1966 als „Abteilun-

¹⁴⁰⁸ Vgl. Felschow, Eva-Marie; Lind, Carsten; Busse, Neill: Krieg – Krise – Konsolidierung. S. 167.

gen für Erziehungswissenschaften“ integraler Bestandteil der Universitäten, legte man 1970 schließlich die letzte Etappe der Integration der gesamten Lehrerbildung in die Universität zurück. „Die AfE ging in den neuen Universitätsstrukturen auf.“¹⁴⁰⁹ Mit dieser organisatorischen Maßnahme rückten Theorie und Praxis nun endlich enger zusammen.

Von professoraler Seite aus stießen verschiedene Regelungen zu beiden Zeitpunkten auf große Ablehnung: So entzündete sich 1966 an der Stellung des Kanzlers, an der Rechtsnatur der Hochschulen, an der Amtszeit des Rektors, am Oktroi, an den Partizipationsmöglichkeiten¹⁴¹⁰, den Vorlesungszeiten der Übertragung der Verantwortung für ein sachgemäßes Studium auf die Fakultäten und an der Integration der Erziehungswissenschaften die Kritik. Schließlich sahen die hessischen Hochschulen sich verständlicherweise in ihrer Autonomie bedroht, hatten sie sich doch zuvor weitgehend selbstständig verwaltet. Für Gießen dagegen stellte das Gesetz einen Fortschritt dar, milderte es doch den von Stein fixierten staatlichen Zugriff auf die internen Angelegenheiten. Das ungeliebte Kuratorium, Symbol desselben, wurde durch einen Verwaltungsrat ersetzt. Und auch der Kanzler wurde in den Senat und damit in die Universität integriert und war nicht mehr länger direkt dem Ministerium unterstellt.

War die stärkere Ausrichtung der Universität auf die Leitungsebene noch 1966 umstritten, war die Präsidialverfassung, eine unter drei 1966 wählbaren Möglichkeiten, 1970 erheblich weniger kontrovers diskutiert. Die Bedenken gegenüber dem Kuratorium waren dagegen durchaus verbreitet – schließlich nahm von Friedeburg damit einen Gedanken Steins auf, der die staatliche Position gegenüber den Hochschulen, die in seinen Augen versagt hatten, hatte stärken wollen. Die Drittelparität – hier begegnet dem Rezipienten auch wieder der Aspekt der Partizipation – nahmen die Hochschulen gar als Bedrohung wahr und lehnten sie als allzu schematisch ab. In diesem Kontext darf man den Hintergrund der Studentenrevolte, die beispielsweise in Frankfurt partiell dramatische Auswüchse annahm, nicht vergessen. Neu war das in dieser Zeit aufkommende Postulat, das Nichtwissenschaftliche Personal ebenfalls

¹⁴⁰⁹ Schulz, Manfred: Stätten der Lehrerbildung. Die „Hochschule für Erziehung (HfE) und die „Abteilung für Erziehungswissenschaften (AfE)“. In: Carl, Horst; Felschow, Eva-Marie; Reulecke, Jürgen; Roelcke, Volker; Sargk, Corina (Hg.): Panorama 400 Jahre Universität Gießen. Akteure – Schauplätze – Erinnerungskultur. S. 220-225. Hier: S. 224.

¹⁴¹⁰ Die gesetzlich fixierte Beteiligung der Studenten an der akademischen Verwaltung zu diesem Zeitpunkt erscheint als durchaus innovativ. Mit der Realisierung der Mitbestimmung verbunden war die Hoffnung, die Situation zu entschärfen. Auch vier Jahre später sollte mithilfe weiterer Partizipationsmöglichkeiten und der Etablierung einer neuen Personalstruktur Unruhen präventiv begegnet werden.

zu beteiligen. Sorgte 1966 die Integration der Erziehungswissenschaften in die Universitäten für reichlich Diskussionsstoff, avancierte drei Jahre später die Stellung der Medizin zu einem wichtigen Thema des Diskurses. Diese evozierte eine immense Lobby-Arbeit, die aber absolut rationalen Gesichtspunkten, sprich: den Sachzwängen, folgte, weshalb ihr auch letztlich Erfolg beschieden war. Zumeist besann man sich an den Universitäten auf das jahrhundertealte Argument der Freiheit von Lehre und Forschung bzw. auf das der universitären Autonomie¹⁴¹¹ – was bis dahin durchaus erfolgreich war:

Insgesamt bewahrten die europäischen Universitäten ihre Organisationsstrukturen mit einer geradezu kindlichen Abhängigkeit an ihre jahrhundertealte Tradition. Sie waren stolz auf ihre Geschichte und verteidigten sie – auch als sie in Konflikt mit dem gesellschaftlichen Wandel gerieten – mit einer gegenüber Reformen oft blinden Hartnäckigkeit. Der steigende Bedarf an wissenschaftlich ausgebildeten Eliten sprengte ihre materielle Infrastruktur. Für die im Vergleich zu früheren Jahrhunderten rasant zunehmenden Zahlen von Studierenden und Lehrkräften mussten „Universitätspaläste“, „Kathedralen der Wissenschaft“ errichtet werden, die oft nach einigen Jahrzehnten zu klein waren. [...] Trotzdem blieb ihre korporative Grundstruktur erhalten und konnte sich über den Zweiten Weltkrieg sogar festigen.¹⁴¹²

– bediente sich also einer für bildungspolitische Diskurse gängigen Praktik, um eigene Standesinteressen mit Verve zu verteidigen. Insgesamt gesehen lässt sich im Laufe des Analysezeitraumes eine deutliche „Radikalisierung“ der Professoren feststellen¹⁴¹³: Obgleich die Professoren auch 1966 genug Kritikpunkte zu bemängeln hatten, beließen sie es noch bei Worten, um ihren Unmut zu bekunden. 1970 hatte sich die Situation verschärft, war die Kompromissbereitschaft sowohl auf universitärer als auch auf staatlicher Seite erheblich geschwunden, so dass man schließlich

¹⁴¹¹ Vgl. Boppel, Werner: Hochschulrecht und Hochschulverfassung im Wandel der Zeit. In: Material zur Diskussion der Hochschulreform. S. 10ff.: Boppel konstatiert an dieser Stelle, dass der Gedanke der Freiheit von Forschung und Lehre, der den Nukleus für die geistige Autonomie der deutschen Universität des 19. und 20. Jahrhunderts bildete, auf Aufklärung zurückgeht.

Auch ein anderes Prinzip wurde gerne, wenn auch in einem anderen Zusammenhang, zitiert: das der Einheit von Forschung und Lehre. Dies wurde jedoch von Gegnern als Irrlicht entlarvt.

¹⁴¹² Rüegg, Walter (Hg.): Geschichte der Universität in Europa. Band 3: Vom 19. Jahrhundert zum Zweiten Weltkrieg (1800-1945). München 2004. S. 112.

¹⁴¹³ Die Opposition einzelner Professoren war dabei noch stärker ausgeprägt.

studentische Protestformen, wie die des Go-ins, adaptierte und sogar nach der Verabschiedung des Gesetzes geschlossen zurücktrat. Schließlich mussten sie sich gegen die als viel zu schematisch wahrgenommenen Regelungen der Drittelparität und den staatlichen Zugriff wehren.

Die Positionen der Professoren divergierten, je nach Themenkomplex, von denen der Wissenschaftlichen Mitarbeiter bzw. Assistenten und der Studenten; manches Mal jedoch ließ sich, wie gezeigt, auch eine gemeinsame Schnittmenge ausmachen. Beim Gesetz von 1966 war dies im Bezug auf die Vorlesungszeiten der Fall. Vier Jahre später kam eine weitere Gruppe hinzu, gelangte das Nichtwissenschaftliche Personal zum Bewusstsein, für die eigenen Vertretungsrechte aktiv werden zu müssen.

Beiden Gesetzen wohnte im bundesdeutschen Vergleich ein enormes Innovationspotential inne: So konnte sich Schütte 1966 zu Recht darüber freuen, dass der Entwurf als Initialzündung wirkte. Und auch mittels des Gesetzes von 1970 hatte man vonseiten der Politik die Universität, zumindest kurzfristig, revolutioniert und war anderen Bundesländern in der Tat um Längen voraus¹⁴¹⁴, hatte die Grenzen des Sag- und Denkbaren ausgelotet bzw. neu abgesteckt. Die vergleichende inhaltliche Analyse der beiden ergab nämlich, dass der bundesdeutsche Diskurs, der Gegenstand des zweiten Kapitels war, in den Jahren 1966 und 1970 in Hessen tatsächlich in funktionsgerichtete Organisationsstrukturen überführt werden konnte, die beispielsweise im Falle der Universitätsspitze und der Ablösung der Fakultäten durch Fachbereiche aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen unerlässlich geworden waren.

¹⁴¹⁴ Vgl. Hessen wird den Hochschulbereich vereinheitlichen. In: Der Hessenspiegel 16 (29. Juni 1968).

4. Das Beispiel Gießen

Gießen ist wahrhaft wie ein Phönix
aus der Asche gestiegen.¹⁴¹⁵

4.1 *Verhältnis Hochschule – Staat/Gesellschaft*

4.1.1 Im Kontext des Hochschulgesetzes von 1966

War das Verhältnis von Universität zu Staat und Gesellschaft seit altersher spannungsbeladen, prägte dasselbe im Analysezeitraum eine tief greifende Ambivalenz: Auf der einen Seite war die Universität auf den Staat angewiesen – war sie doch ohne dessen finanzielle Unterstützung nicht lebensfähig –, auf der anderen Seite jedoch maß sie dem Aspekt der eigenen Autonomie den allerhöchsten Stellenwert bei, weshalb sie lange Zeit intendierte alle staatlichen Versuche der Einflussnahme zurückzudrängen.

Obgleich die Auseinandersetzung zwischen den hessischen Hochschulen und der Landesregierung hinsichtlich der Hochschulgesetzgebung in den 1960ern bzw. frühen 1970ern insgesamt bereits als kontinuierlicher Akt der Selbstbehauptung interpretiert werden kann, tritt dieser Akt punktuell zu unterschiedlichen Zeitpunkten besonders plastisch hervor. Immer wieder versuchten die Hochschulen ihre Vorstellungen in den gemeinsamen Gesprächen und Verhandlungen zu verwirklichen, was einmal mehr, einmal weniger gelang.¹⁴¹⁶ Immer wieder blitzt das Streben nach Selbstbehauptung der eigenen Autonomie reflexartig auf. Um Redundanzen zu vermeiden, wird sich das folgende Unterkapitel auf diese Kristallisationspunkte konzentrieren: Skizzenhaft sollen diese nochmals isoliert und anschließend genauer analysiert werden, um die Themen, die aus Gießener Perspektive ein hohes Konfliktpotential bargen und damit den universitären Diskurs vor Ort dominierten, zu eruieren. Schon einige Zeit vor den Auseinandersetzungen um das neue Hochschulgesetz stößt der Rezipient in Gießen auf einen Hinweis auf die Sorge um die universitären Rechte – zumal „der staatliche Einfluß oder die staatlichen Einflußmöglichkeiten [in Gießen; C.S.] das bei Universitäten der Nachkriegszeit übliche Maß bei weitem ü-

¹⁴¹⁵ Blasius, Wilhelm: Die Justus-Liebig-Universität Gießen. In: Kippstoff, Petra; Randow, Thomas von; Zimmer, Dieter E. (Hg.): Hochschulführer. S. 96-100. S. 96-100. Hier: S. 96.

¹⁴¹⁶ So versuchte beispielsweise die Naturwissenschaftliche Fakultät im November 1969 Einfluss auf die Mitglieder des Landtags zu nehmen, da sie der Ansicht war, dass der Gesetzentwurf mit den Aufgaben, die ihr gestellt wurden, nicht vereinbar sei. Er bedürfe vielmehr einer grundlegenden Überarbeitung, für die eine Befragung der für die Forschung und Lehre Verantwortlichen unumgänglich sei. (Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 14: Hessisches Hochschulgesetz (Borsche): Brief der Hochschullehrer der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Gießen an die Mitglieder des Hessischen Landtages (29. November 1969).

berschritten.“¹⁴¹⁷ Im Zusammenhang mit der Entstehung der Gießener Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät nämlich hatte der Kultusminister auf dem Erlassweg angeordnet, dass der Lehrstuhl und das Institut der Wirtschaftswissenschaften der neu zu schaffenden Fakultät anzugliedern seien. Dies erregte den Unmut des Dekans der Landwirtschaftlichen Fakultät, der in der Übertragung des Rechtes der Aufstellung einer Berufungsliste für die Wiederbesetzung des vakanten Lehrstuhles an den Planungsausschuss für die neue Fakultät einen gravierenden Eingriff in die ihr rechtmäßig zustehenden Aufgaben sah: „Die Landwirtschaftliche Fakultät sieht es als eine der wesentlichsten Aufgaben der akademischen Selbstverwaltung an, darüber entscheiden zu können, welche Lehrstühle bzw. Institute welchen Fakultäten einzugliedern oder zuzuordnen sind und welchen akademischen Gremien die Aufstellung von Berufslisten zu übertragen sei.“¹⁴¹⁸ Da die Herauslösung einen erheblichen strukturellen Eingriff in die Landwirtschaftliche Fakultät bedeute, legte man umgehend Widerspruch gegenüber dem Erlass des Kultusministers ein.¹⁴¹⁹

Erheblich schwerwiegendere Bedenken aller hessischen Hochschulen evozierten jedoch die politischen Initiativen hinsichtlich eines neuen Hochschulgesetzes in den Jahren 1965/1966, mit dem der Kultusminister die Kongruenz von Gehalt und Form der Hochschulen erzielen wollte.¹⁴²⁰ Kritisierten diese den Gesetzentwurf bereits wegen des fehlenden Ansatzes für eine in die Zukunft weisende Hochschulreform, sahen sie gar „in seiner dirigistischen Tendenz die Gefahr einer Reglementierung des gesamten Hochschullebens“¹⁴²¹. Dies hatte zur Folge, dass alle vier hessischen Hochschulen, unter ihnen auch die Justus-Liebig-Universität, den Entwurf als „rückständig“ und „dirigistisch“ stigmatisierten.¹⁴²²

¹⁴¹⁷ Moraw, Peter: Kleine Geschichte der Universität Gießen. S. 245: Bereits durch das Gesetz von 1950, das 1957 in den wichtigsten Punkten wiederholt wurde, war Gießen die Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts versagt geblieben.

¹⁴¹⁸ UAG, Landwirtschaftliche Fakultät, Karton 19: Rektor 1963-1969: Brief Dekan Linsers an den Hessischen Kultusminister, betr.: Ordinariat für VWL und Finanzwissenschaft (27. Juli 1964).

¹⁴¹⁹ Vgl. ebd.

¹⁴²⁰ Vgl. Erste Debatte im Landtag um das Hochschulgesetz. Kultusminister Schütte begründet den Entwurf – Opposition: Eingriff in akademische Selbstverwaltung. In: Gießener Freie Presse vom 3. Juni 1965.

¹⁴²¹ UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 32: Senat 1959-1969: Entwurf des Antwortschreibens an den Hessischen Kultusminister (1965).

¹⁴²² Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 6: Hochschulgesetz: Das Hochschulgesetz zum ersten Male im Landtag. Umfangreiche Tagesordnung – Kampf um Besoldungsnovelle geht weiter – CDU dringt auf Verwaltungsreform (ohne Angabe). Im Mai mussten die Gießener Professoren konstatieren, dass sich die dirigistische Tendenz des zweiten gegenüber dem ersten Entwurf eher noch verstärkt hatte. (Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 6: Hochschulgesetz: Ernste Bedenken gegen

Im Allgemeinen, so konstatierte der Gießener Senat, widerspreche der Gesetzentwurf in lebenswichtigen Punkten dem Wesen der Universität.¹⁴²³ Im Speziellen sah man die Freiheit von Forschung und Lehre – das universitäre Prinzip schlechthin – gefährdet.¹⁴²⁴ Dabei berief man sich im Dezember des gleichen Jahres auf die Westdeutsche Rektorenkonferenz, die die Regierungsvorlage berechtigterweise ebenfalls als Gefahr für die universitäre Freiheit wertete. – Auch die Bedenken der hessischen Hochschulen hinsichtlich des widerspruchsvollen Verhältnisses von akademischer Selbstverwaltung und staatlicher Hochschulverwaltung wurden von der Westdeutschen Rektorenkonferenz explizit geteilt.¹⁴²⁵

Konkret stand an prominenter Stelle der Kritik des Senats der Justus-Liebig-Universität die Amtszeit des Rektors. Dabei untermauerte man die eigene Opposition gegenüber der Form mit dem Hinweis auf das ausschließliche Recht der Universität, im Rahmen ihrer Selbstverwaltung die einzelnen Erscheinungsformen des universitären Lebens selbst auszugestalten.¹⁴²⁶ Gerade aber auch das neu zu schaffende Organ des Verwaltungsrates rief immense Bedenken hervor. Nicht so sehr die Aufgabenstellung war Ursache dieser Aversion, sondern vielmehr die Form: Als voll integriertes Mitglied des Senats sollte dem – in Gießen: gegenüber dem Kultusminister weisungsgebundenen – Kanzler nun über die Prüfung der Wirtschaftlichkeit hinausgehend das Recht eingeräumt werden, alle Senats-Beschlüsse auf ihre Zweckmäßigkeit hin zu überprüfen.¹⁴²⁷ Diese Regelung wertete man als Verlassen des klassischen Verwaltungsrechts, da der Kanzler „praktisch als verlängerter Arm der Regierung mit dieser rechtlich sehr bedenklichen Zweckmäßigkeitsformel sämtliche Beschlüsse des Senats lahm legen“¹⁴²⁸ konnte. Vor diesem Hintergrund bleibt die universitäre Charakterisierung der neuen Regelung als „großer Eingriff in die

Minister-Entwurf. Gießener Professoren legen einen eigenen Entwurf eines hessischen Hochschulgesetzes vor. In: Gießener Anzeiger vom 14. Mai 1965).

¹⁴²³ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 6: Hochschulgesetz: Universität lehnt Hochschulgesetz-Entwurf ab. Stellungnahme des Gießener Senats – Vertrauen in Kultusminister erschüttert. In: Gießener Anzeiger vom 28. Mai 1965.

¹⁴²⁴ Vgl. UAG, Landwirtschaftliche Fakultät, Karton Nr. 19: Fakultätssitzungen 1964-67: Protokoll der außerordentlichen Fakultätssitzung der erweiterten Landwirtschaftlichen Fakultät am 13. Mai 1965.

¹⁴²⁵ Vgl. ebd.

¹⁴²⁶ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 6: Hochschulgesetz a): Protest des Gesamtsenats: Universität lehnt Hochschul-Gesetzentwurf ab. Wissenschaftler machen starke Bedenken geltend – Resolution des Großen Senats. Pressekonferenz mit eingehenden Erläuterungen. In: Freie Presse vom 28. Mai 1965.

¹⁴²⁷ Vgl. ebd.

¹⁴²⁸ Ebd.

akademische Selbstverwaltung“¹⁴²⁹ nicht nur eine leere Phrase, sondern wird durchaus nachvollziehbar.

Des Weiteren missfiel den Betroffenen besonders, dass der Gesetzentwurf versuchte, Materien zu regeln, deren Ordnung in den Kompetenzbereich einer wissenschaftlichen Hochschule fiel¹⁴³⁰, weshalb die geplante Einführung des so genannten Oktroys zu einem der weiteren kardinalen Kritikpunkte avancierte. Dieses räumte dem Kultusminister die Möglichkeit ein, nach Ablauf der Vorlagefrist (von sechs bis acht Monaten) selbst einen potentiellen Kandidaten zu berufen. Immer wieder wurde auf den Charakter der Universität als alte Gelehrtenrepublik, die sich selbst erneuere, rekurriert¹⁴³¹: „Es geht ein Gespenst um an hessischen Hochschulen – es ist das Gespenst des Oktroi [...]“¹⁴³², vermeldete die Frankfurter Allgemeine provokativ. Konkret befürchtete man, dass mithilfe dieser Bestimmung „dem Kultusminister Tür und Tor geöffnet werde, Berufungen gegen den Willen der Universität auszusprechen.“¹⁴³³ Dies widerspreche der demokratischen Selbstverwaltung der Universität.¹⁴³⁴ Obgleich das Studentenparlament der Universität die Initiative des Kultusministers zur Reform prinzipiell begrüßte, äußerte es in diesem Punkt ebenfalls Befremden über das neu vorgesehene „Recht des Ministers auf Berufung von akademischen Lehrern ohne Zustimmung und selbst gegen den Willen von Fakultät und Senat.“¹⁴³⁵

Auch die geplante Akteneinsicht wurde vonseiten der Gießener Universität als problematisch erachtet, ging doch das vorgesehene Informationsrecht des Ministers nach Meinung der Universität bei Weitem über das Recht auf Rechtmäßigkeitsprüfung hinaus. Mit dem Hinweis auf die Autonomie der universitären Selbstverwaltung

¹⁴²⁹ Ebd.

¹⁴³⁰ Vgl. UAG, Abteilung für Erziehungswissenschaften, Karton 10: Hochschulgesetz: Gesetz über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen. Vorlage der hessischen Hochschulen (22. Dezember 1965).

¹⁴³¹ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 6: Hochschulgesetz a): Protest des Gesamtsenats: Universität lehnt Hochschul-Gesetzentwurf ab. Wissenschaftler machen starke Bedenken geltend – Resolution des Großen Senats. Pressekonferenz mit eingehenden Erläuterungen. In: Freie Presse vom 28. Mai 1965.

¹⁴³² Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 6: Hochschulgesetz: Fromme, Friedrich Karl: Nützliche Hilfe bei Berufungsverfahren. Aber die Universitäten wehren sich. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. Juni 1965).

¹⁴³³ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 6: Hochschulgesetz: Protest des Gesamtsenats: Universität lehnt Hochschul-Gesetzentwurf ab. In: Freie Presse vom 28. Mai 1965.

¹⁴³⁴ Vgl. ebd.

¹⁴³⁵ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 6: Hochschulgesetz: Studentenparlament zum Hochschul-Gesetzentwurf. Resolution an die Fraktion des Hessischen Landtags, an den Ministerpräsidenten und den Kultusminister. In: Freie Presse vom 2. Juni 1965.

bestritt man dem Minister dieses Recht.¹⁴³⁶ Es verletze das Prinzip autonomer Universitäts-Selbstverwaltung, so die Argumentation des Großen Senats.¹⁴³⁷ Schließlich forderte das Gremium vielmehr ein Hochschulgesetz, „das dem Reformwillen und der Gestaltungsfreiheit der Hochschulen Rechnung trägt.“¹⁴³⁸ Erneut wird an dieser Stelle also die Dichotomie Freiheit – gesetzlich fixierte Regeln explizit angesprochen. Von universitärer Seite aus wollte man die Realisierung der Hochschulreform selbst (mit-)gestalten, die Kontrolle nicht gänzlich aus der Hand geben oder um mit den Worten des bundesrepublikanischen Diskurses zu sprechen „Herr im eigenen Haus“ bleiben.

Bei dieser Forderung alleine beließ man es jedoch nicht; vielmehr sahen sich elf Gießener Professoren aufgrund ihrer eigenen Bedenken veranlasst, der Öffentlichkeit einen eigenen Vorschlag zu unterbreiten. Dieser verscrieb sich dem Anspruch, die Freiheit der Universität zu wahren und zugleich den Forderungen der Gesellschaft und den Rechten des Staates Rechnung zu tragen¹⁴³⁹ und kann stellvertretend als Signal für die Gesprächsbereitschaft der Universität gegenüber dem Ministerium interpretiert werden. Sie waren durchaus gewillt, gemeinsam mit dem Ministerium nach einem Kompromiss zu suchen.¹⁴⁴⁰

Als die Universität jedoch den Eindruck bekam, dass Schütte die geäußerten Bedenken und Formulierungshilfen ignorierte, griff man im Juli vonseiten der Universitätsleitung zu einem öffentlichkeitswirksamen Instrument: Als Reaktion auf die Bedrohung der akademischen Freiheit durch das geplante Hessische Hochschulgesetz sagte die Justus-Liebig-Universität ihr traditionelles Jahresfest einfach kurzerhand aus Protest ab.¹⁴⁴¹ In ihrer Erklärung wiesen Rektor und Senat mit Vehemenz die Behauptung des Ministers zurück, dass es sich bei der Ablehnung lediglich um eine von einigen Professoren erfundene Kampfparole handele; dies sei nicht der Fall.

¹⁴³⁶ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 6: Hessisches Hochschulgesetz: Protest des Gesamt-senats: Universität lehnt Hochschul-Gesetzentwurf ab. Wissenschaftler machen starke Bedenken geltend – Resolution des Großen Senats. Pressekonferenz mit eingehenden Erläuterungen. In: Freie Presse vom 28. Mai 1965, Nr. 122.

¹⁴³⁷ Vgl. ebd.

¹⁴³⁸ Ebd.

¹⁴³⁹ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 6: Hochschulgesetz: Ernste Bedenken gegen Minister-Entwurf. Gießener Professoren legen eigenen Entwurf eines hessischen Hochschulgesetzes vor. In: Gießener Anzeiger vom 14. Mai 1965.

¹⁴⁴⁰ Man stand nicht generell allen Innovationen ablehnend gegenüber, wie am Beispiel der Studienreform noch gezeigt werden soll. An diesem wird deutlich, dass man den veränderten gesellschaftlichen Bedürfnissen schon sehr früh Rechnung trug – zumindest wenn man sie in Einklang mit der eigenen (u. a. finanziellen) Situation und den eigenen Voraussetzungen bringen konnte.

¹⁴⁴¹ Vgl. UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 27: Rektor 1962-1969: 1965: Justus-Liebig-Universität sieht sich durch das vorgesehene hessische Hochschulgesetz in ihrer akademischen Freiheit bedroht.

Besonderen Unmut rief die Tatsache hervor, dass der Kultusminister die mehrmalig geäußerten Bedenken der Universitäten ignoriert¹⁴⁴² und die Formulierungsvorschläge lediglich in nebensächlichen Punkten zu Rate gezogen habe. Sie seien nicht zur Anwendung gekommen, wo die dirigistischen Absichten des Kultusministers hätten gestört werden können.¹⁴⁴³ Der Kultusminister betonte daraufhin, dass das Gesetz die akademische Freiheit keineswegs antaste, sondern vielmehr

[...] die Selbstverantwortung der wissenschaftlichen Hochschule für alle Bereiche ihres Wirkens stärken [will; C.S.] und [...] dazu wesentliche Anregungen der Hochschulen übernommen [hat; C.S.]. Bisher sind die Kritiker des Entwurfs den Beweis für ihre Argumentation schuldig geblieben. Statt der Absage des traditionellen Jahresfestes wäre es wünschenswert gewesen, den Gesetzentwurf zum Mittelpunkt einer fairen und sachlichen Analyse und Kritik zu machen.¹⁴⁴⁴

Neben dieser an die Öffentlichkeit gerichteten Aktion versuchte die Justus-Liebig-Universität aber auch die eigene Position gegenüber dem Kultusminister von innen heraus zu stärken: Diesem Zweck sollte die Reform der Satzung dienen, wie explizit in den Akten zu finden ist¹⁴⁴⁵ und wie im folgenden Unterkapitel noch näher auszuführen sein wird.

Bemerkenswert erscheint, dass auch die studentische Seite nicht nur einmal vom Gefühl beschlichen wurde, dass ihre Alma mater in ihren Rechten beschnitten werden sollte. So kritisierte der AStA in einer Immatrikulationsrede beispielsweise dezidiert die „Tendenz der Einengung der akademischen Freiheit“¹⁴⁴⁶ durch die Vorlage der Landesregierung. Ebenfalls sahen sich die Studierenden der Geschichte an der Justus-Liebig-Universität gezwungen ihre Vorbehalte gegenüber der Vorlage der Landesregierung für ein Hochschulgesetz zur Sprache zu bringen, da es „sowohl in die Gesamtstruktur der Universität als auch in die persönliche Studiengestaltung des

¹⁴⁴² Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 6: Hochschulgesetz: Entwurf IV (ohne Angabe).

¹⁴⁴³ Vgl. UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 32: Senat 1959-1969: Entwurf des Antwortschreibens an den Hessischen Kultusminister (1965).

¹⁴⁴⁴ UAG, Medizinische Fakultät, Karton 6: Hessischer Kultusminister, Wiesbaden, den 24. Juni 1965.

¹⁴⁴⁵ Vgl. UAG, Landwirtschaftliche Fakultät, Karton 18: Satzungen der Universität 1956-1967: Antrag der Satzungs- und Gesetzeskommission auf Satzungsänderung (in Sitzung vom 25. Oktober 1965 beschlossen).

¹⁴⁴⁶ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 6: Hochschulgesetz: Immatrikulationsrede des AStA (ohne Angabe).

einzelnen Studenten und in seine notwendige Selbstverantwortung empfindlich eingreift.“¹⁴⁴⁷ Sie waren also durchaus nicht nur an der eigenen Freiheit hinsichtlich der Studiengestaltung interessiert, sondern hatten, so scheint es, die Interdependenz zwischen der eigenen Autonomie und der der Universität als Institution internalisiert.¹⁴⁴⁸ Auch die Studierenden der Romanischen Philologie empfanden die ministerielle Einflussnahme in Bezug auf die Besetzung von Lehrstühlen, auf die Berufung von akademischen Lehrern ohne Zustimmung oder gegen den Willen des Senats als zu weitgehend – zumal sie darin die Gefahr der Politisierung erblickten.¹⁴⁴⁹ Obgleich die Verabschiedung des „Gesetzes über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen“ 1966 letztlich für Gießen sogar eine Abschwächung des von Stein durchgesetzten staatlichen Zugriffes auf inneruniversitäre Angelegenheiten mit sich gebracht hatte¹⁴⁵⁰, war man auch zwei Jahre später, 1967, wieder von der Sorge um die universitäre Freiheit getrieben, wie die Quellen schlaglichtartig demonstrieren: In einem Brief, verfasst von Woll¹⁴⁵¹ und Ridder, an den Kultusminister taten die beiden Herren stellvertretend ihren Unmut hinsichtlich einer „einheitlichen Gestaltung der Promotionsordnungen im Land Hessen“ kund, der sie nicht nachkommen wollten. In diesem Kontext rekurrten sie auf § 3 Abs. 3 des Hochschulgesetzes vom 16. Mai 1966, „wonach die akademischen Angelegenheiten in vollem Umfang Selbstverwaltungsangelegenheiten seien und die durch das Kultusministerium ausgeübte Rechtsaufsicht sich darauf beschränke, die gesetz- und satzungsmäßige Erfüllung der den Hochschulen obliegenden Aufgaben zu überwachen“.¹⁴⁵² Das Ansinnen des Ministers wurde eindeutig als Angriff auf tradierte Privilegien interpretiert und daher abgelehnt.¹⁴⁵³

¹⁴⁴⁷ HHStA, Abt. 504, Nr. 6200: Resolution der Studierenden der Geschichte an der Justus-Liebig-Universität zur Vorlage der Landesregierung – Gesetz über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen (Hochschulgesetz) (17. Mai 1965).

¹⁴⁴⁸ Vgl. ebd.

¹⁴⁴⁹ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6200: Resolution der Studierenden der Romanischen Philologie in Gießen zum Entwurf eines neuen Hochschulgesetzes des Landes Hessen (13. Mai 1965).

¹⁴⁵⁰ Vgl. Felschow, Eva-Marie; Lind, Carsten; Busse, Neill: Krieg – Krise – Konsolidierung. S. 137: Die Regelungen des Gesetzes sahen nämlich vor, dass der Kanzler nun ein Mitglied des Senats sein sollte, das an der akademischen Selbstverwaltung teilnehmen sollte. Nicht mehr länger war er dem Ministerium direkt unterstellt, sondern in das universitäre Organisationsgefüge integriert.

¹⁴⁵¹ Artur Woll (* 30.10.1923) war in den Jahren 1964 bis 1972 als Professor in Gießen tätig. Er wechselte anschließend nach Siegen. Seine Hauptarbeitsgebiete umfassten wirtschaftstheoretische und wirtschaftspolitische Grundfragen, Geld und Währung. Sein Werk „Allgemeine Volkswirtschaftslehre“ gehört zur wirtschaftswissenschaftlichen Standardliteratur. (Vgl. Woll, Artur. In: Munzinger online. <http://www.munzinger.de>. Aufgerufen am 27.01.2010).

¹⁴⁵² Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Promotionsordnung und Schriftwechsel 1965-1980: Brief Wolls und Ridders an den Hessischen Kultusminister (8. März 1967): Um

Trotz dieser hier aufgezeigten oppositionellen Verhaltensmuster wusste man von universitärer Seite aus um den Zuwachs der Universität an politischem Gewicht und politischer Verantwortung¹⁴⁵⁴, gegen den man selbstredend nichts einzuwenden hatte – genauso wie man um die Ambivalenz zwischen der von der Universität postulierten Autonomie der Wissenschaft auf der einen Seite und der von der Gesellschaft formulierten Inhalte des Bildungsauftrages wusste, wie die Begrüßung der Neuimmatrikulierten durch den Rektor 1968 plastisch demonstriert.¹⁴⁵⁵ Dort heißt es nämlich:

Für die Hochschule – und zwar für alle ihre Mitglieder – ist die gesellschaftliche Verpflichtung gegeben, die öffentlichen Mittel mit größter Effizienz einzusetzen. Daraus ergibt sich ganz selbstverständlich, dass die Gesellschaft das Recht hat – wiederum von allen Mitgliedern der Hochschule – Leistungsnachweise zu verlangen. Das immer wieder neu gestellte Problem besteht darin, dass die Gesellschaft nicht darauf verzichten kann, den Inhalt des Bildungsauftrages vorzugeben. Andererseits muß sie der Wissenschaft jene Autonomie gewähren, aus der allein kritisches Denken, Zukunftsanalysen und konkrete Utopien erwachsen können.¹⁴⁵⁶

Auch zu einem anderen Zeitpunkt tritt diese Ambivalenz erneut deutlich zu Tage. In aussichtslos erscheinenden Situationen verhielt sich die Justus-Liebig-Universität nämlich zum bundesrepublikanischen Diskurs konform: Hatte sich die Landwirtschaftliche Fakultät noch 1968 im Kontext der Diskussion über den Entwurf eines neuen Hessischen Universitätsgesetzes auf die Unvereinbarkeit des § 25 mit dem Recht auf Freiheit von Forschung und Lehre und der akademischen Selbstverwaltung berufen¹⁴⁵⁷, artikulierte man, als der Fakultät die Schließung drohte, immer häufiger den Ruf nach dem Staat. So forderte die Landwirtschaftliche Fakultät beispielsweise im Oktober 1969 von der Landesregierung, sich für den Erhalt der eige-

die eigene Argumentation zu stützen, führten sie die Heterogenität der Marburger und der Frankfurter Promotionsordnung, die eine Anpassung schwierig machen würde, ins Feld.

¹⁴⁵³ Vgl. ebd.

¹⁴⁵⁴ Vgl. Meimberg, P.: Thesen zur Gießener Hochschulpolitik. In: Justus-Liebig-Universität Gießen. Mitteilungsblatt des Rektorats Nr. 20 (19. April 1971). S. 1-2. Hier: S. 1.

¹⁴⁵⁵ Vgl. Begrüßung der Neuimmatrikulierten durch den Rektor. In: Justus-Liebig-Universität Gießen. Mitteilungsblatt des Rektorats Nr. 7 (18. Dezember 1968). S. 8-10. Hier: S. 9.

¹⁴⁵⁶ Ebd.

¹⁴⁵⁷ Vgl. UAG, Landwirtschaftliche Fakultät, Karton 17: Fakultätssitzungen 1968-71: Protokoll der Fakultätssitzung (15. Oktober 1968).

nen Fakultät einzusetzen¹⁴⁵⁸ – vor dem Hintergrund ihrer Geschichte ein durchaus berechtigter Hinweis. Zumeist besann man sich im Falle von finanziellen Engpässen auf den Staat, wie dies u. a. auch die Forderungen bezüglich des Stellenplans 1969 demonstrieren.¹⁴⁵⁹

4.1.2 Im Vorfeld des Hessischen Hochschul- und Universitätsgesetzes von 1970

Schockiert waren die hessischen Rektoren, als sie im September 1968 aus der Zeitung von dem Referentenentwurf des Kultusministers erfuhren. Bereits die Vorgehensweise des Ministers führte dazu, dass sie ihm ihr Misstrauen aussprachen.¹⁴⁶⁰

Auf inhaltlicher Ebene kann der warnend konnotierte Hinweis der Gießener Versammlung von Hochschullehrern als repräsentativ gelten: Sie wiesen darauf hin, dass der Referentenentwurf, wie jede andere Reformbestrebung auch, die im Grundgesetz und in der Hessischen Verfassung garantierte Freiheit von Forschung und Lehre zu respektieren habe.¹⁴⁶¹ Inwieweit die Regelungen sachgerecht seien und sie sich im Rahmen der Verfassungsgarantie der Hochschulselbstverwaltung und des Grundrechts der Forschungs- und Lehrfreiheit bewegten, wollte der Senat zu diesem Zeitpunkt prüfen.¹⁴⁶²

Nicht nur gesamtuniversitäre Gremien beriefen sich 1968 erneut auf die Autonomie der Universität, auch auf Fachbereichsebene wachten verschiedene Gremien mit Argusaugen über dieselbe, wie das Beispiel der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät demonstriert. Sie nahm gegenüber dem Referentenentwurf eine distanzierte Position ein, da sie befürchtete, dass dem Kultusminister § 25 die Möglichkeit, die Zahl und Bildung der Fachbereiche durch Rechtsverordnung zu realisieren, offerierte. Diese Regelung widerspreche dem Prinzip der Organisationsautonomie der Universität, fixiert in Artikel 16 der Hessischen Verfassung. Als

¹⁴⁵⁸ Vgl. UAG, Landwirtschaftliche Fakultät, Karton 8: Erhaltung der Fakultät 1967-69: Landwirte fordern: Die Fakultät erhalten. Tenor einer Resolution: Landesregierung soll sich eindeutig für die Erhaltung der Fakultät aussprechen. In: Gießener Allgemeine Zeitung vom 9. Oktober 1969.

¹⁴⁵⁹ Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Fakultätssitzungen: Einladungen und Protokolle. 1965-1971: Aktennotiz aus dem Senat 12. November 1969.

¹⁴⁶⁰ Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Schriftwechsel Präsident 1965-1971: Presseerklärung der Rektoren der hessischen Hochschulen vom 18. September 1968: Die Heftigkeit der Reaktion ist sicherlich partiell auch auf die vorgesehene Drittelparität im satzungsggebenden Konzil zurückzuführen.

¹⁴⁶¹ Vgl. UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 31: Fachbereiche, Hochschulgesetz 1968-1971: Stellungnahme einer Versammlung Gießener Hochschullehrer zum Referentenentwurf für ein hessisches Universitätsgesetz (ausgearbeitet durch einen von der Versammlung am 21. Oktober 1968 eingesetzten Redaktionsausschuss).

¹⁴⁶² Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 11: Senatssitzungen ab 1967/68: Protokoll der Senats-Sitzung vom 23. Oktober 1968: Stellungnahme zu Referentenentwürfen für Rahmengesetz und Hochschulgesetz.

Konsequenz erachtete es die Fakultät als unerlässlich, dass die Universität gleichberechtigt mit dem Kultusminister in dieser Angelegenheit Entscheidungen treffen könne.¹⁴⁶³

Nicht allein die Vollversammlung der Nichtordinarien der Medizinischen Fakultät opponierte im Juni 1969, wie an anderer Stelle noch zu zeigen sein wird, gegen diese, die künftige Fachbereichsstruktur betreffende, organisatorische Regelung, doch bezogen sie konkret Stellung gegenüber der im § 28 vorgesehenen gesetzlichen Fixierung von nur einem Fachbereich für die Humanmedizin als Gesamtbereich mit dem Hinweis, dass „die gesetzliche Festlegung von einem Fachbereich für die Humanmedizin [...] im Grundsatz der Organisationsautonomie der Universität und ihrer Organe“ widerspreche.¹⁴⁶⁴ Man erwartete vom Gesetzgeber, es den Universitäten und Medizinischen Fakultäten zu überlassen, „selbst eine funktionsgerechte Form der Neugliederung im Rahmen des Hessischen Universitätsgesetzes zu finden.“¹⁴⁶⁵ Diese beiden Beispiele unterstreichen den Stellenwert, den der Aspekt der Organisationsautonomie im Gießener Hochschulreform-Diskurs einnahm.

Mehr als einmal bemühte die Justus-Liebig-Universität im Vorfeld der Verabschiedung des Hessischen Hochschulgesetzes und des Hessischen Universitätsgesetzes das Argument der Freiheitsbedrohung, wie die Charakterisierung des Rechtswissenschaftler Mallmanns verdeutlicht: Die dem Entwurf innewohnende Tendenz zu starrer Reglementierung beseitigte seines Erachtens die Organisationsautonomie der Universitäten fast vollständig.¹⁴⁶⁶ Und auch die Stellungnahme des Mediziners Erbslöh, in der er sich auf den Sektor Wirtschaftsverwaltung und der Koordinierung von akademischer Verwaltung und Wirtschaftsverwaltung konzentrierte, stützt diese These: Ein wichtiger Kritikpunkt war das Kuratorium, dem als oberstes Wirtschaftsorgan die Strukturplanung und Finanzplanung der Universität obliege, aufgrund seines Charakters: Wegen seiner Zusammensetzung könne es keineswegs als universitäres Gremium gelten. Dass dem Senat seine Funktion hinsichtlich der Universitätsplanung und der Aufstellung des Haushalts verlustig gehen sollte, evozierte

¹⁴⁶³ Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Erlasse des Kultus-, Finanz- und Justizministers. 1965-1971: Brief an den Herrn Hessischen Kultusminister: Stellungnahme der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät vom 17. Oktober 1968 (21. Oktober 1968).

¹⁴⁶⁴ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 6: Hessisches Hochschulgesetz 1: Beschluss des Rats der Nichtordinarien der Justus-Liebig-Universität (13. Juni 1969).

¹⁴⁶⁵ HHStA, Abt. 504, Nr. 7588: Stellungnahme zum Gesetz über die Universitäten des Landes Hessen. Beschluss der Vollversammlung der Nichtordinarien der Medizinischen Fakultät zum § 28 (Gesamtbereich Medizin).

¹⁴⁶⁶ HHStA, Abt. 504, Nr. 6207: Professor Dr. Walter Mallmann: Stellungnahme zu dem Referentenentwurf eines Gesetzes über die Universitäten des Landes Hessen (Universitätsgesetz) (Stand: 20. September 1968) (21. Oktober 1968).

ebenfalls bei dem Gießener Neurologen Bedenken. Des Weiteren erregte das Faktum, dass künftig das Recht der Fakultäten und des Senats, Vorschläge und Stellungnahmen bezüglich des Haushalts und der Universitätsplanung insgesamt zu machen bzw. abzugeben, seinen Unmut. Als Konsequenz bedeutete dies alles nämlich, dass Kollegialorgane und akademische Gremien keine Chance mehr hätten, auf die Entwicklung von Bauinvestitionen und dem universitären Haushalt Einfluss zu nehmen. – Erneut fühlte man also von universitärer Seite aus die eigenen Einflussmöglichkeiten am Schwinden begriffen. – Dafür bestimme eine außeruniversitäre Majorität im Kuratorium den Haushaltsplan und die Gesamtplanung. Erbslöhs Sorgen kulminierten in folgender Äußerung:

Eine solche Konstruktion hat mit wirklicher Selbstverwaltung und Autonomie nicht mehr viel zu tun, die Universität wird dadurch zur abhängigen Behörde, die Planungs- und Entwicklungsarbeiten der Forscher sind auf die Gnade oder Ungnade in die Hände von Leuten gelegt, die vom Gegenstand der Forschung und Lehre nur unzureichend Bescheid wissen.¹⁴⁶⁷

Ogleich der Aussage, dass sich die Universitäten als reformunfähig erwiesen hätten, vonseiten der Gießener Universität mit Vehemenz widersprochen wurde¹⁴⁶⁸, blieb von Friedeburg bei seiner Meinung: Die schwerfällige Organisation von Forschung und Lehre, die Arbeitsweise der bisherigen Selbstverwaltung und „die einseitige Verteilung der Rechte zugunsten der Gruppe der Ordinarien“ hatten nach Meinung Friedeburgs zufolge die Universitäten „in eine nahezu ausweglose Situation“ geführt.¹⁴⁶⁹ Zudem erwüchse ihnen durch die Verbindung von akademischer Verwaltung und Wirtschaftsverwaltung ein größeres Maß an Autonomie. Die neuen Rechtsvorschriften seien Voraussetzungen für eine leistungsstarke Organisation von Forschung und Lehre¹⁴⁷⁰, womit ein weiteres Motiv des ministeriellen, also staatlichen, Engagements anklingt: das der Produktivität und der Effizienz.

¹⁴⁶⁷ UAG, Medizinische Fakultät, Karton 9: Hessisches Hochschulgesetz 4: Erbslöhs Stellungnahme zum Referentenentwurf des Hessischen Hochschulgesetzes (29. Januar 1969). Anschließend macht er konkrete Gegenvorschläge.

¹⁴⁶⁸ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 6, Hessisches Hochschulgesetz 1: Brief Staudingers an Dr. Martin, Mitglied des Deutschen Bundestages vom 15. September 1969.

¹⁴⁶⁹ Friedeburg verteidigt das Universitätsgesetz. Professoren in der Landtags-Ausschusssitzung (2. Mai 1970).

¹⁴⁷⁰ Vgl. ebd.

Nachdem die Gießener Universität die gesamte Klaviatur der Protestformen ausgespielt hatte – von der Petition über ein Go-in bis hin zur Drohung – und (nur) zwei Änderungen durchgesetzt hatte, warf der Gießener Rektor nochmals, gebilligt vom Senat, das ganze Gewicht in Waagschale: Wie seine hessischen Amtskollegen trat Paul Meimberg schließlich in der Nacht vom 5. auf den 6. Mai 1970 zurück.¹⁴⁷¹

4.2 Verbesserung der universitären Struktur

4.2.1 Diskurs um die Reformbedürftigkeit der akademischen Selbstverwaltung

Nicht nur in der breiten Öffentlichkeit nahm das Thema der Hochschulreform einen zentralen Stellenwert ein, sondern auch auf der universitären Ebene avancierte die Reformbedürftigkeit der akademischen Selbstverwaltung schon sehr früh im Analysezeitraum zu einer essentiellen Aussage des Diskurses. „Alle mit der Materie Vertrauten sind sich einig [gewesen; C.S.], dass die akademische Selbstverwaltung einer Reform bedarf.“¹⁴⁷²

Auch der Brief des Geologen Weyl¹⁴⁷³ untermauert diese These: Eine Senatssitzung im Sommer 1965, in der seiner Meinung nach in erschreckender Weise die Schwerfälligkeit und Unzulänglichkeit dieses Gremiums zutage trat, hatte ihn zum Verfassen eines Schreibens an Rektor und Senat veranlasst. An exponierter Stelle seiner Kritik stand die Überbelastung der wenigen, die Selbstverwaltung leitenden Persönlichkeiten. Ihnen wäre es nicht möglich, wichtige Beschlüsse oder Empfehlungen des Senats in einer angemessenen Zeit zu realisieren: „Ein ruhiges und damit erfolgreiches Durchdenken lebenswichtiger Fragen der Universität dürfte für sie in der Hetze der Tagesarbeit kaum möglich sein.“¹⁴⁷⁴ Aber auch die Institution des Senats selbst war nicht vor seiner Kritik gefeit: Zweimal im Semester einberufen, sei dieses Organ kaum in der Lage, die nötigen Routinearbeiten zu erledigen, ganz zu schwei-

¹⁴⁷¹ Vgl. UAG, Zentrale Verwaltung, Karton 9: Novellierung des hessischen Hochschulgesetzes 10: Brief des Rektorats an den Hessischen Kultusminister (6. Mai 1970).

¹⁴⁷² Prof. Dr. E. von Boguslawski: Hochschulreform und Hochschulgesetz. Eindrücke und Gedanken von Prof. Dr. E. von Boguslawski, Gießen. In: Gießener Freie Presse vom 12. Januar 1965. Bemerkenswerterweise hatte bereits Rektor Gerhard Eigler 1962 in seiner Rede anlässlich der Jahresfeier der Universität auf den dringenden Reformbedarf der Hochschulen aufmerksam gemacht und die Umstrukturierung der Universität in verschiedene Abteilungen anstatt der Fakultäten vorgeschlagen. (Vgl. Felschow, Eva-Marie; Lind, Carsten; Busse, Neill: Krieg – Krise – Konsolidierung. S. 133).

¹⁴⁷³ Hatte Weyl (1912-1988) in Kiel, Innsbruck und Freiburg Geologie studiert, promoviert und sich in Kiel habilitiert, wurde er zum 1. Mai 1956 nach Gießen berufen. 1960/61 wurde er dort Dekan der Naturwissenschaftlichen Fakultät und 1967 zum Rektor der Justus-Liebig-Universität Gießen gewählt. (Vgl. Guenther, Ekke W.: Richard Weyl (1912-1988). In: Schriften des Naturwissenschaftlichen Vereins für Schleswig-Holstein 58 (1988). S. 121-123).

¹⁴⁷⁴ UAG, Dekanat Humanmedizin, 1. Lieferung, Karton 62: Senat 1951-1965: Brief Weyls an den Rektor und Senat der Justus-Liebig-Universität (16. Juli 1965).

gen von wirklich signifikanten Fragen, wie beispielsweise der universitäre Kampf um das Hessische Hochschulgesetz oder der Geländebedarf der Universität. Des Weiteren stand die interne Organisation im Fokus: So führe das „Hin und Her“ der Zuständigkeiten zwischen Kommissionen und Senat zu einer Blockade der Handlungsfähigkeit des Rektors. Weyl konstatierte abschließend, dass die Hochschule bei der gegenwärtigen Arbeitsweise der akademischen Selbstverwaltung jedem straff organisierten Verhandlungspartner hoffnungslos unterliegen müsse, was im Kontext der Hochschulgesetzgebung explizit geworden sei. Seine Worte gewinnen besondere Relevanz vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen zwischen ministerieller und universitärer Seite: Denn nahe liegend ist die darin enthaltene implizite Warnung, dass die akademische Selbstverwaltung dringend reformiert werden müsse, wenn man in Zukunft über einen besseren Ausgangspunkt für Verhandlungen verfügen wolle. Damit maß Weyl der Realisierung von Reformen den Charakter einer *Conditio sine qua non* für die weitere Existenz der mittelgroßen hessischen Universität bei.

An die Adresse des Senats erging der Appell, von nun an Beschlüsse zu fassen, die einer Vereinfachung und größeren Effizienz dienen und deren Realisierung Erfahrungen für eine spätere Satzung liefern sollten. Als zu beratende Aspekte führte Weyl den Komplex der Berufungsvorschläge, den der Kommissionsarbeit und den der Information der Öffentlichkeit an.¹⁴⁷⁵

4.2.2 Die Novelle der vorläufigen Satzung

Welchen Einfluss Weyls Brief letztendlich hatte, ob er gar als Initialzündung für weitere Maßnahmen zu sehen ist, geht aus den Akten nicht hervor, ist jedoch zu vermuten: So versandte der Rektor Ende Oktober 1965 an alle Dekane einen Antrag auf Satzungsänderung, der für die vorliegende Analyse besonders wegen seiner Begründung essentiell ist. Als Ziel des Antrags wurde hier explizit die Vereinfachung der akademischen Selbstverwaltung unter Beibehaltung der bisherigen universitären Struktur formuliert. Erscheint dies noch nicht außergewöhnlich, so lässt die Begründung für den gewählten Zeitpunkt den Rezipienten hellhörig werden – ist diese doch identisch mit der Argumentation Weyls: In der Auseinandersetzung mit dem Hessischen Kultusminister und der Landesregierung war die Stärkung der Position der Universität erklärtes Ziel. Die Satzungsänderung sollte Signalwirkung über die Mauern der Universität hinaus haben. Simultan dazu wollte man der Öffentlichkeit

¹⁴⁷⁵ Vgl. ebd.

demonstrieren, dass die Hochschulen durchaus in der Lage waren, aus eigener Kraft Reformen zu initiieren und zu realisieren, wie beispielsweise die Gewährleistung der Kontinuität der akademischen Selbstverwaltung – ein aktuelles Thema, wie an anderer Stelle bereits aufgezeigt. Die Satzungsreform wollte man expressis verbis zum Anlass nehmen, um auf den Kulturpolitischen Ausschuss dahingehend einzuwirken, dass das Hessische Hochschulgesetz den Weg zur inneren Hochschulreform nicht limitieren möge.¹⁴⁷⁶ Sie war somit primär extrinsisch motiviert. Auf der universitären Mikroebene, also auf der intrinsischen Ebene, war die Intention jener geplanten Teilreform der Satzung, die akademische Selbstverwaltung in dem Maße zu vereinfachen, dass die Mitglieder des Lehrkörpers in stärkerem Maße ihren Aufgaben in Forschung und Lehre nachgehen konnten.

Inhaltlicher Ausgangspunkt des Antrags war die Einsicht, dass eine Reform des Gesamtsenats unerlässlich geworden war. Oft variierende Mehrheiten, spontan gefasste Beschlüsse und massive Meinungsverschiedenheiten mit Beschlüssen der von ihm selbst gewählten Kommissionen demonstrierten die Unmöglichkeit mithilfe des Gesamtsenats die notwendige kontinuierliche Arbeit – essentiell für die akademische Selbstverwaltung – zu leisten. Selbst das normale Pensum der akademischen Selbstverwaltung führte bereits zu Schwierigkeiten. Als Konsequenz der Schwierigkeit, die Beschlussfähigkeit zu gewähren, wurde der Gesamtsenat nur noch zweimal im Semester berufen, was wiederum Verzögerungen der Durchführung von Berufungen bedingte. Eine weitere Folge war die Summierung der Tagesordnungspunkte. Schließlich konnte der Gesamtsenat seine wichtige Kontrollfunktion nur noch unzureichend wahrnehmen.¹⁴⁷⁷

Die Satzungs- und Gesetzeskommission schätzte die Situation dergestalt ein, dass die Grundkonzeption der noch gültigen Satzung aufrechterhalten werden könne, wenn ein kleines arbeitsfähiges Gremium die üblichen Aufgaben der akademischen Selbstverwaltung übernehme. Die Möglichkeit der Einberufung sollte auch in der vorlesungsfreien Zeit bestehen. Durch eine dreijährige Zugehörigkeit – bei jährlichem Ausscheiden eines Drittels der Mitglieder – intendierte man die Kontinuität zu garantieren.¹⁴⁷⁸

¹⁴⁷⁶ Vgl. UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 25: Kuratorium, Satzung, Universitätsbeirat, Hochschulbeirat, Memorandum 1952-1970: Brief des Rektors an die Dekane (28. Oktober 1965).

¹⁴⁷⁷ Vgl. ebd.

¹⁴⁷⁸ Vgl. UAG, Landwirtschaftliche Fakultät, Karton 18: Satzungen der Universität 1956-1967: Antrag der Satzungs- und Gesetzeskommission auf Satzungsänderung (in der Sitzung vom 25. Oktober 1965 beschlossen).

Der vorgelegte Entwurf rekurrierte zwar auf die bis dato übliche „Zweiteilung der höchsten demokratischen Instanz der Universität“. An die Stelle des Gesamtsenats sollte der Senat, der sich aus dem Rektor, jeweils drei Vertretern jeder Fakultät, einem Vertreter der Assistentenschaft und, soweit studentische Angelegenheiten behandelt würden, einem Vertreter der Studentenschaft konstituieren sollte, treten. Ohne Stimmrecht sollten der Prorektor, der designierte Rektor und die Dekane an den Sitzungen partizipieren. Seine Kompetenzen sollten identisch zu denen des ehemaligen Gesamtsenats sein. Der Engere Senat sollte durch das Dekanskonzil, bestehend aus Rektor und Dekanen, substituiert werden. An den Sitzungen dieses Gremiums sollten der Prorektor und der designierte Rektor ohne Stimmrecht teilnehmen. Seine Kompetenzen „entsprechen denen des bisherigen Engeren Senats.“¹⁴⁷⁹

Diesem Antrag zufolge war der Rektor durch die Vollversammlung zu wählen, die wiederum aus allen planmäßigen Professoren und den Nichtordinarienvetretern der Fakultäten bestehen sollte. Sie sollte auf Beschluss des Senats oder des Dekanskonzils bzw. auf Antrag eines Viertels ihrer Mitglieder „durch den Rektor zur Erörterung von Fragen grundsätzlicher Bedeutung“¹⁴⁸⁰ einberufen werden können.

An dieser Stelle soll nicht die gesamte Diskussion hinsichtlich der Novellierung im detail nachgezeichnet, sondern vielmehr auf die Aspekte von Relevanz für den Gegenstand unserer Analyse eingegangen werden: Bereits am 24. November 1965 beschloss der Gesamtsenat die Novelle zur vorläufigen Satzung der Universität, deren Ursprung auf die Satzungs- und Gesetzeskommission zurückging, „um für eine Übergangszeit die Arbeitsfähigkeit der in einem schnell wachsenden personellen Ausbau begriffenen Universität zu sichern“.¹⁴⁸¹ Basierend auf Artikel 60 Absatz 2 der Hessischen Landesverfassung garantierte die Satzungsnovelle die studentische Partizipation an der durch den Großen Senat und den neu gebildeten Senat erfolgenden akademischen Selbstverwaltung; der Gesamtsenat sollte nach dem Antrag in seiner Zusammensetzung eine Erweiterung um jeweils drei Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiter und der Studentenschaft erfahren.¹⁴⁸² Einzige Voraussetzung dafür war, dass die Vertreter der Studentenschaft bei einer Fakultät der Uni-

¹⁴⁷⁹ Ebd.

¹⁴⁸⁰ Ebd.

¹⁴⁸¹ UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 32: Senat 1959-1969: Entschließung des Senats (2. Februar 1966).

¹⁴⁸² Vgl. UAG, Landwirtschaftliche Fakultät, Karton 18: Satzungen der Universität 1956-1967: Antrag der Satzungs- und Gesetzeskommission auf Satzungsänderung (in der Sitzung vom 25. Oktober 1965 beschlossen).

versität eingeschrieben sein mussten.¹⁴⁸³ In den Kompetenzbereich des Großen Senats sollten die Rektorwahl und der Beschluss von Satzung und Satzungsänderung fallen. Jene sollte dabei entsprechend dem bis dato praktizierten Verfahren auf Vorschlag der Fakultäten vom Großen Senat erfolgen. Aus der Einberufungs-Frequenz von mindestens einmal je Semester – additiv dazu konnte er jederzeit durch den Rektor auf Beschluss einer Zweidrittelmehrheit des Senats, auf Antrag eines Viertels der Mitglieder des Großen Senats oder auch auf Antrag einer Fakultät einberufen werden – sollte diesem Gremium ein besonderes Gewicht erwachsen.¹⁴⁸⁴ Entlastet von der Diskussion grundsätzlicher Fragen sollte es dem Großen Senat somit möglich sein, durch Grundsatzdiskussionen richtungsweisend auf die Arbeit des Senats Einfluss zu nehmen. – Ein Aspekt von fundamentaler Bedeutung, wie man dem Vorschlag der Satzungs- und Gesetzeskommission entnehmen kann: Denn obgleich man sich von universitärer Seite aus durchaus der Notwendigkeit der Arbeitsentlastung dieses Organs bewusst war, wurde dennoch erneut die Ausweitung der Entscheidungskompetenzen des Gesamtsenats diskutiert. Am Ende der Diskussion stand allerdings die Erkenntnis, dass auf diese Weise die Konsequenzen der intendierten Reform obsolet gemacht würden.¹⁴⁸⁵

¹⁴⁸³ Vgl. ebd.: Was hier auf den ersten Blick recht selbstverständlich wirkt, löste zu jener Zeit bei den Studenten der Hochschule für Erziehung einen Sturm der Entrüstung aus, da sie mittels dieser Bestimmung vom passiven Wahlrecht exkludiert wurden. Diesem Vorwurf der Diskriminierung trat der Senat vehement entgegen, indem er seine Entscheidung folgendermaßen zu begründen versuchte:

„Der Senat sieht selbstverständlich ebenso wie der Gesamtsenat bei der Satzungsänderung am 24.11.1965 die Studentenschaft von der Hochschule für Erziehung und der Universität entsprechende den einschlägigen gesetzlichen Vorschriften als eine Einheit an. Der Ausschluss der HfE-Studenten vom passiven Wahlrecht für die beiden Organe der Justus-Liebig-Universität beruht auf einer sorgfältigen Überprüfung der geltenden Rechtsgrundlagen durch den Gesamtsenat. Dieser gelangte dabei zu der Überzeugung, dass die Zugehörigkeit von HfE-Studenten zu den beiden Universitätsorganen unzulässig ist, weil beide ausschließlich Universitätsorgane sind. Das gegenseitige Verhältnis von Universität und Hochschule für Erziehung stellte sich für den Gesamtsenat mit hin als ein solches der Koordination und nicht der Integration dar. Die Zugehörigkeit von HfE-Studenten zu Universitätsorganen wäre also nach der Überzeugung des Gesamtsenats kein Fall der Selbstverwaltung, sondern ein Fall der Fremdverwaltung gewesen, den auch Art. 60 Abs. 1 Satz 2 der Hess. Landesverfassung nicht im Auge gehabt haben kann.

All dies schließt auch nach dieser Auffassung nicht aus, dass die Studentenschaft als eine Einheit und das Studentenparlament als eine Einheit Aufgaben der internen Verwaltung der Studentenschaft und der Vertretung der Studentenschaft nach außen, auch gegenüber den beiden in Betracht kommenden Hochschulen als solchen, wahrnehmen.“

Bemerkenswert an diesem Konflikt ist meines Erachtens die Kollision zwischen zwei veränderten strukturellen Momenten: nämlich auf der einen Seite die stärkere Angliederung der Hochschule für Erziehung an die Universität und zum anderen die Veränderung der akademischen Selbstverwaltung durch die oben geschilderte Satzungsnovelle.

¹⁴⁸⁴ Vgl. UAG, Landwirtschaftliche Fakultät, Karton 18: Satzungen: Beschluß des Gesamtsenats einer Novelle zur vorläufigen Satzung der Justus-Liebig-Universität (24. November 1965).

¹⁴⁸⁵ Des Weiteren signifikant am § 1 war die Diskussion hinsichtlich einer Übertragung der Wahl der Fakultätsvertreter und ihrer Stellvertreter auf die Fakultäten: Dies war von verschiedenen Seiten vorgeschlagen, aber von der Kommission mit dem Hinweis, dass dieser Vorschlag über den Grund-

Der Senat, der sich aus dem Rektor, dem Prorektor und dem designierten Rektor, den Dekanen, je zwei Lehrstuhlinhabern aus jeder Fakultät, drei Vertretern der Nichtordinarien und je einem Vertreter der Wissenschaftlichen Mitarbeiter und der Studentenschaft zusammensetzen sollte, „ist in Angelegenheiten der Akademischen Selbstverwaltung zuständig, soweit nicht die Zuständigkeit des Grossen Senats gemäss § 1, des Rektors oder der Fakultäten gegeben ist.“¹⁴⁸⁶

Nach einer detaillierten Definition der Gruppe der Wissenschaftlichen Mitarbeiter¹⁴⁸⁷ – auch diese Spezifizierung, die im Vorschlag vom 19. November lediglich in den Erläuterungen auftaucht, fand Eingang in die Novelle – und der Wahlmodalitäten für diese Hochschulgruppe, folgte ähnlich wie bei den Studenten eine Auflistung der Aufgabenfelder, an denen beide Gruppen nicht partizipieren sollten. Dabei handelte es sich um „die Beratung und Beschlussfassung über Berufungsvorschläge, akademische Ehrungen, persönliche Angelegenheiten der Hochschullehrer und Stellenbesetzungen sowie [bei] Wahlen [...]“.¹⁴⁸⁸

4.2.3 Die Satzungsänderung von 1967 – Entscheidung zugunsten des Direktoriums

Infolge des Hessischen Hochschulgesetzes vom 16. Mai 1966, das den hessischen Hochschulen vorschrieb, dem Kultusminister bis zum 1. Oktober eine Satzung vorzulegen, die diesem Gesetz entsprach, beschloss der satzungsgebende Senat der Justus-Liebig-Universität am 12. Juli 1967 schließlich eine neue Universitätssatzung, die an dieser Stelle aufgrund ihrer Signifikanz der Paragraphen, die die weiteren Organe der Universität in ihrer Funktion und Zusammensetzung bestimmten, vorgestellt werden soll. Am 31. Januar 1968 wurde sie vom Hessischen Kultusminister genehmigt. In seinem Genehmigungs-Schreiben konstatiert der Kultusminister, dass

gedanken der anzustrebenden strukturellen Teilreform der Satzung doch erheblich hinausginge, abgelehnt worden. Intention sei die Entlastung des Gesamtsenats, „indem der Gesamtsenat den Senat sozusagen aus sich entlässt[....] Die vorgeschlagene Wahl der Fakultätsvertreter im Senat durch die Fakultäten läge indes schon jenseits der Schwelle zwischen dem tradierten Gießener Senatsprinzip und dem andernorts verwirklichten Fakultätenprinzip.“ (Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 6: Hessisches Hochschulgesetz 1: Vorschlag der Satzungs- und Gesetzeskommission einer Satzungsänderung (19. November 1965)). An dieser Stelle also hielt man an traditionellen Organisationsmustern fest.

¹⁴⁸⁶ Ebd.

¹⁴⁸⁷ Es handelte sich bei diesen um die Studienräte und Oberstudienräte im Hochschuldienst, die Lektoren, die Lehrbeauftragten, die Akademischen Räte und Oberräte, die Kustoden und Oberkustoden, Konservatoren, Observatoren, Prosektoren, Wissenschaftlichen Assistenten, Verwalter von Wissenschaftlichen Assistentenstellen, Wissenschaftlichen Angestellten der Universität und Wissenschaftlichen Hilfskräfte mit abgeschlossener Hochschulausbildung. (Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 6: Hessisches Hochschulgesetz 1: Novelle zur vorläufigen Satzung der Justus-Liebig-Universität Gießen (24. November 1965)).

¹⁴⁸⁸ Ebd.: Additiv kam bei den Studenten noch der Ausschluss von Angelegenheiten der Wissenschaftlichen Mitarbeiter betreffend hinzu.

nunmehr der Weg für bedeutsame Reformen freigegeben worden sei. Tatsächlich beschritt man in Gießen einen neuen Weg hinsichtlich der Wahl der Verfassung: War die Ausgestaltung der Universitätsspitze vor dem Postulat größerer Kontinuität im Diskurs um das Hessische Hochschulgesetz zu einem zentralen Element avanciert, hatte man sich an der Justus-Liebig-Universität Gießen dem Modell eines Direktoriums verschrieben. Obgleich beispielsweise auch die elf Professoren, die mit einem Gegenentwurf zu dem Hochschulgesetz an die Öffentlichkeit traten, das Gießener Modell als „kontinuitätsförderndes Prinzip“ goutiert hatten¹⁴⁸⁹, war die Einführung des Direktoriums keineswegs unumstritten gewesen. Eine größere Minorität im satzungsgebenden Senat hatte sich den Akten zufolge für die Präsidialverfassung ausgesprochen, weshalb nach sechs Jahren neu beraten werden sollte, ob die Universitätsspitze eine andere Form erhalten sollte.¹⁴⁹⁰

Als Grundlage der neuen Satzung diente ein Entwurf, der von der Satzungskommission des Senates unter Leitung Mallmanns ausgearbeitet worden war. Sie konstituierte sich aus neun großen Abschnitten. Im ersten Abschnitt wurden die Aufgaben, die Stellung und der Aufbau der Universität definiert: Nach der Charakterisierung der Mitglieder der Hochschulkorporation – angefangen bei den Universitätslehrern über die wissenschaftlichen Mitarbeiter bis hin zu den Studenten und Ehrensensatoren – wurden Regelungen für die Organe der Gesamtuniversität fixiert. An die Beschreibung des Rektorats, das die Form eines Direktoriums im Sinne des Hessischen Hochschulgesetzes annehmen sollte, schloss sich die des Großen Senats und des Senats an.¹⁴⁹¹ In Kooperation mit dem Senat, der sich aus dem Rektor, dem Kanzler, den Dekanen und den Wahlsektoren zusammensetzen sollte, sollte dem Rektorat die akademische Verwaltung obliegen – trotz der Befugnisse des Großen Senats¹⁴⁹², in dessen Kompetenzbereich die Wahl des Rektors und der Konrektoren, Änderungen der Universitätssatzung und die Entgegennahme des Berichtes des Rektors über

¹⁴⁸⁹ UAG, Medizinische Fakultät, Karton 6: Hochschulgesetz: Ernste Bedenken gegen Minister-Entwurf. Gießener Professoren legen eigenen Entwurf eines hessischen Hochschulgesetzes vor. In: Gießener Anzeiger vom 14. Mai 1965.

¹⁴⁹⁰ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 13: Satzung der Justus-Liebig-Universität Gießen: Satzung der Justus-Liebig-Universität von Kultusminister Schütte genehmigt (eingegangen am 2. Februar 1968).

¹⁴⁹¹ Der Große Senat sollte sich aus den Lehrstuhlinhabern, den entpflichteten Professoren mit beratender Stimme, dem Kanzler, den Vertreter der Nichtordinarien, den Nichthabilitierten und den Studenten zusammensetzen. Rektor, Konrektoren, Kanzler, Dekane und Wahlsektoren konstituierten den Senat.

¹⁴⁹² Ihm sollten die Lehrstuhlinhaber, die entpflichteten Professoren mit beratender Stimme, der Kanzler, Vertreter der Nichtordinarien, der nichthabilitierten wissenschaftlichen Mitarbeiter und der Studenten angehören.

dessen Amtsführung des Rektorats und die Arbeit des Senats fielen – sollte der Senat als oberstes Organ der akademischen Verwaltung in allen Angelegenheiten der Gesamtuniversität fungieren und für die Stellungnahme zu Vorschlägen der Fakultäten für die Errichtung von Lehrstühlen, zu Entwicklungsplänen, Bauprogrammen und Reihenfolge von Bauvorhaben, Vorschlägen für Aufstellung des Haushaltsvorschlages und Stellungnahmen zu Berufungsvorschlägen der Fakultäten zuständig sein.

Auch eine Beschreibung der Zusammensetzung und der Aufgaben des Verwaltungsrates, die durch das Hessische Hochschulgesetz bestimmt wurden, folgte. Dieses Gremium konstituierte sich aus dem Rektor als Vorsitzendem, dem Kanzler als stellvertretendem Vorsitzenden, drei Lehrstuhlinhabern, einem Nichtordinarius, einem Vertreter der Nichthabilitierten und einem studentischen Vertreter. Angelegenheiten der Wirtschafts- und Personalverwaltung, wie insbesondere der Haushalt, fielen in die Obliegenheiten des Verwaltungsrates. Der vierte Abschnitt war in toto den Fakultäten¹⁴⁹³ und der Abteilung für Erziehungswissenschaften gewidmet, bevor im Anschluss daran Bestimmungen zu den Universitätsanstalten folgten. In diesem Kontext muss bereits auf § 87 hingewiesen werden, der die Bildung eines Anstaltsrates thematisierte und der im nächsten Unterkapitel näher analysiert werden soll. Die Versammlung der Nichtordinarien und Nichthabilitierten und die Studentenschaft bildeten den thematischen Schwerpunkt des sechsten Abschnittes. Komplettiert wurde die Satzung durch allgemeine Vorschriften für die Universitätsverwaltung, unter ihnen beispielsweise die Neuregelung der Bekanntgabe von Vorschriften, Beschlüssen und Maßnahmen¹⁴⁹⁴ und durch die Übergangs- und Schlussvorschriften. Diese beinhalteten die Modalitäten hinsichtlich Satzungsänderungen, die mehrheitlich vom Großen Senat beschlossen werden mussten und die dem beschleunigten Entwicklungsprozess geschuldet waren. Abschließend wurde verfügt, spätestens nach sechs Jahren nach ihrem Inkrafttreten im Großen Senat über die Beibehaltung der Direktorialverfassung zu beraten. Nach Inkrafttreten des neuen Regelwerkes mussten im anschließenden Sommersemester zum einen zahlreiche Wahlen in den verschiedenen Gremien durchgeführt, zum anderen Senat, Verwal-

¹⁴⁹³ Diese sollten für die Pflege von Forschung und Lehre auf ihren Fachgebieten zuständig sein und Sorge für die sachgemäße Gestaltung des akademischen Unterrichts und die Förderung ihres wissenschaftlichen Nachwuchses tragen. Auch sollten sie Studienordnungen aufstellen und deren Ausführung realisieren. Im Anschluss wurde die Zusammensetzung der Engeren Fakultät thematisiert.

¹⁴⁹⁴ Diese sollten den Mitgliedern der Universität in Zukunft in einem erheblich größeren Umfang zugänglich gemacht werden. Des Weiteren wurde eine verstärkte Information der Öffentlichkeit fixiert.

tungsrat, Fakultäten und Kommissionen entsprechend der Satzung neu konstituiert werden. Trotz all dieser strukturellen Veränderungen stellte der Fachbereich 02 im Jahr 1972 fest, dass die Hochschullehrer im Semester noch immer 20 Prozent ihrer verfügbaren Arbeitszeit für Verwaltungstätigkeiten aufbrächten.¹⁴⁹⁵

4.2.4 Fakultäten versus Fachbereiche

4.2.4.1 Der allgemeine Diskurs

Der Diskurs um die Fachbereiche entspann sich im Umfeld des Referentenentwurfs von 1968, in dem der Fachbereich als „organisatorische Grundeinheit für Forschung und Lehre, die verwandte oder benachbarte Fachgebiete umfassen soll“¹⁴⁹⁶, definiert worden war. Wie im bundesrepublikanischen Diskurs insgesamt konnten auch die Universitätsmitglieder in Gießen nicht länger die Augen vor der Schwerfälligkeit der „übergroßen Fakultäten“ und der Überlastung der Dekane und ihrer Büros verschließen, begann man eine Strukturveränderung als wünschenswert zu erachten. So setzten sich schon im Herbst dieses Jahres die verschiedenen Fakultäten mit dem Aspekt der Einrichtung von Fachbereichen auseinander.

Eine immer wieder zu vernehmende, prinzipielle Aussage im Diskurs waren die bereits an anderer Stelle analysierten Bedenken hinsichtlich des § 25, der die Zahl und Bildung der Fachbereiche dem Kompetenzbereich des Kultusministers zuschlug.¹⁴⁹⁷ Darüber hinaus bestand aber auch eine Reihe konkreter Monita: Generell stellten sich vornehmlich die Ordinarien die Frage, ob die Verantwortung für die Forschung, die bis dato in den Händen einer Forscherpersönlichkeit gelegen hatte, einem gesetzlich verankerten Kollektiv übertragen werden konnte.^{1498 1499}

¹⁴⁹⁵ Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Fachbereichskonferenz. Einladungen und Protokolle. Juni 1971 - 31. Dezember 1973: Stellungnahme des Fachbereichs 02 zum Erlassentwurf des Kultusministers, der die Lehrverpflichtung der Hochschullehrer regelt (ohne Angabe).

¹⁴⁹⁶ HHStA, Abt. 502, Nr. 122206 b).

¹⁴⁹⁷ Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Erlasse des Kultus-, Finanz- und Justizministers 1965-1971: Brief an den Herrn Hessischen Kultusminister: Stellungnahme der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät vom 17. Oktober 1968 (21. Oktober 1968).

¹⁴⁹⁸ Vgl. UAG, Landwirtschaftliche Fakultät, Karton 19: Rektor 1963-1969: Professor Doktor Weyl: Stellungnahme zur Errichtung von Fachbereichen anstelle von Fakultäten und Instituten (ohne Angabe).

¹⁴⁹⁹ Weiterer Kritikpunkt waren die sich ergebenden Konsequenzen hinsichtlich der Position des Hochschullehrers: So monierte die Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät die totale Abhängigkeit der Hochschullehrer vom Fachbereich. Bedenken evozierte neben § 19 Abs. 1 und 2 auch die Regelung von § 20 in Verbindung mit § 14 Ziffer 8 und § 49, da in diesen die Zustimmung des Senats für Habilitations- und Promotionsordnungen festgelegt wurde, die aber nach Meinung der Fakultät ein großes Maß an Umständlichkeit in das Verfahren bringen würde. Als zu starr wurde auch die Festlegung der Fachbereichs-Organe und die §§ 23 Absatz 2 und 24 II betrachtet. (Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Erlasse des Kultus-, Finanz- und Justiz-

Gegen eine Aufgliederung sprachen die damit möglicherweise verbundene Störung der Lehre und Zersplitterung der bestehenden Fakultät – wenn keine Koordinierungsstelle geschaffen würde.¹⁵⁰⁰ Auch befürchtete man einer Verstärkung der Spezialisierungstendenz durch die Zerschlagung der Fakultäten Tor und Tür zu öffnen.¹⁵⁰¹ Vor diesem Hintergrund verwundert das Engagement des Senats nicht, der zum wiederholten Male auf die Notwendigkeit hinwies, für Studienfächer, an denen mehrere nach Forschungsaspekten gegliederte Fachbereiche partizipierten, ein verbindendes Organ zu konzipieren:

Die Aufgliederung der bisherigen Fakultäten in Fachbereiche, insbesondere aber die Zusammenfassung von Lehrstühlen aus mehreren Fakultäten in neue Fachbereiche verlangt zwingend eine gemeinsame Institution mehrerer Fachbereiche zur Koordination von Forschung und Lehre, die über die Fachbereichsgrenzen hinaus erforderlich ist.¹⁵⁰²

Anhand der Protokolle der Interfakultativen Fachbereichskonferenz wird ersichtlich, dass die Frage nach der Größe der Fachbereiche eine zentrale Aussage des Diskurses darstellte: Auf der einen Seite sollte die Größe der Fachbereichskonferenz eine Anzahl von 24 Mitgliedern – so der Vorschlag dieses Organs – nicht überschreiten, was die Größe des Fachbereiches determinierte¹⁵⁰³: Denn um eine funktionierende Forschung und Verwaltung gewährleisten zu können, seien die Fachbereiche möglichst klein zu halten.¹⁵⁰⁴ Doch aus dieser Forderung erwuchs auch schon die nächste Schwierigkeit: Wie sollte die Beschlussfassung über Habilitationen in besonders

ministers 1965-1971: Brief an den Herrn Hessischen Kultusminister: Stellungnahme der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät vom 17. Oktober 1968 (21. Oktober 1968)).

Die Hochschullehrer sollten vielmehr auf Dauer eine Grundausrüstung erhalten. In der Landwirtschaftlichen Fakultät machte man sich gar Sorgen, inwieweit die Freiheit des Forschers gefährdet sei (Vgl. UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 19: Rektor 1963-1969: Professor Doktor Weyl: Stellungnahme zur Errichtung von Fachbereichen anstelle von Fakultäten und Instituten (ohne Angabe)).

¹⁵⁰⁰ Vgl. UAG, Landwirtschaftliche Fakultät, Karton 17: Fakultätssitzungen 1968-1971: Protokoll der Fakultätssitzung am 15. Oktober 1968.

¹⁵⁰¹ Vgl. UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 31: Fachbereiche, Hochschulgesetz 1968-1971: Brief Prof. Dr. Saur an den Dekan der Naturwissenschaftlichen Fakultät (1. August 1968).

¹⁵⁰² Meimberg, P.: Zur künftigen Fachbereichsgliederung der Justus-Liebig-Universität. In: Justus-Liebig-Universität Gießen. Mitteilungsblatt des Rektorats Nr. 13 (5. Mai 1970). S. 2-4. Hier: S. 3.

¹⁵⁰³ Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Interfakultative Fachbereichskonferenz 1969-1970: Sitzung der Interfakultativen Kommission für Fachbereichsfragen am 20. Juni 1969.

¹⁵⁰⁴ Vgl. UAG, Landwirtschaftliche Fakultät, Karton 17: Fakultätssitzungen 1968-1971: Protokoll der Fakultätssitzung am 15. Oktober 1968.

kleinen Fachbereichen, in denen ein Regulativ fehlt, aussehen?¹⁵⁰⁵ War eine Berücksichtigung anderer Fächer in Bezug auf das Vorschlagsrecht zur Ergänzung des Lehrkörpers gesichert?¹⁵⁰⁶

Auf der anderen Seite jedoch wurde vonseiten der Philosophischen als auch der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Wunsch eines größeren Umfangs bezüglich der Fachbereichsgruppierungen geäußert. Zumal der Einwand vorgebracht wurde, dass kleinere Fachbereiche eine erheblich stärkere verwaltungstechnische Belastung der einzelnen Hochschullehrer zur Folge hätten.¹⁵⁰⁷ Im Hinblick auf eine ordnungsgemäße Lehre wurde während der Fakultätssitzungen für die Institutionalisierung einer Koordinationsstelle plädiert.¹⁵⁰⁸

Bei der Bildung von Fachbereichen wollte man drei Kriterien berücksichtigt wissen: Zum einen die Gemeinsamkeit der Lehre, zum anderen die Einheit der Forschung und schließlich die Verwaltbarkeit der zu schaffenden Einheiten. Vor diesem Hintergrund gelangte die Landwirtschaftliche Fakultät beispielsweise zu dem Ergebnis, dass aus der Perspektive der Lehre die gesamte Fakultät in einen Fachbereich transformiert werden müsse. Nur auf diese Weise könnten die Aufgaben bezüglich der Lehrpläne, Promotionen und Habilitationen erfüllt werden.¹⁵⁰⁹

4.2.4.2 Die Stellungnahme Linsers

Im Auftrag der Interfakultativen Kommission für Fachbereichsfragen¹⁵¹⁰, in der er mitarbeitete, setzte sich Linser, Mitglied der Landwirtschaftlichen Fakultät, besonders detailliert mit dem Thema „Fachbereiche – Lehrbereiche“ auseinander¹⁵¹¹: Ausgangspunkt seiner Überlegungen war die Einsicht in die Verwissenschaftlichung der Welt. Die Expansion der technischen, industriellen, wirtschaftlichen, soziologischen und sonstigen Teilbereiche stelle Anforderungen in Form von Ausbildungszielen, die diesen Teilbereichen angepasst seien. Die wenigen Ausbildungsziele der

¹⁵⁰⁵ Vgl. UAG, Landwirtschaftliche Fakultät, Karton 19: Rektor 1963-1969: Professor Doktor Weyl: Stellungnahme zur Errichtung von Fachbereichen anstelle von Fakultäten und Instituten (ohne Angabe).

¹⁵⁰⁶ Vgl. ebd.

¹⁵⁰⁷ Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Interfakultative Fachbereichskonferenz 1969-1970: Sitzung der Interfakultativen Kommission für Fachbereichsfragen am 20. Juni 1969.

¹⁵⁰⁸ Vgl. UAG, Landwirtschaftliche Fakultät, Karton 17: Fakultätssitzungen 1968-1971: Protokoll der Fakultätssitzung am 15. Oktober 1968.

¹⁵⁰⁹ Vgl. ebd.

¹⁵¹⁰ Diese war infolge des Hochschulgesetzentwurfes initiiert worden. (Vgl. UAG, Landwirtschaftliche Fakultät, Karton 17: Fakultätssitzungen 1968-71: Protokoll der Fakultätssitzung am 10. Juni 1969).

¹⁵¹¹ Vgl. UAG, Landwirtschaftliche Fakultät, Karton 9: Allgemeine Verwaltung 1967-1971: Stellungnahme Linsers: Fachbereiche – Lehrbereiche (ohne Angabe).

traditionellen Universität, für die die Struktur der Fakultäten kreiert worden war, stünden diesen konträr gegenüber. Ihre primäre Aufgabe bestand in der Zusammenführung einer Gruppe von Einzelwissenschaftlern in der Lehre zu einem gemeinsamen Ausbildungsziel, nicht jedoch in der Einflussnahme auf die sachlich-fachliche Entwicklung der Einzelwissenschaften. Infolgedessen blieben die Ausbildungsziele lange limitiert auf die Fakultäten. Vor diesem Hintergrund gäbe es lediglich zwei Alternativen: Entweder die Einrichtung von spezialisierten Zentren für spezialisierte Ausbildungsziele oder der Weiterbestand der zentralen Universität mit verschiedenen, nach Wunsch zu gestaltenden Ausbildungszielen. Deziert sprach sich der Autor für die Einrichtung von Fachbereichen aus, da sie der Forderung nach höchster Qualität in der Lehre gerecht würde. Es sei eben nicht damit getan, Fachbereiche auf die Art und Weise zu errichten, in dem bereits existierende Fakultäten hinsichtlich Lehraufgaben unterteilt und in Fachbereiche aufgegliedert würden, vielmehr gelte es:

Fachbereiche müssen gerade im Hinblick auf eine optimale Erfüllung ihrer Aufgaben im Rahmen verschiedener, spezialisierter Ausbildungsrichtungen, in ihrer Forschungsarbeit möglichst eng miteinander verbunden sein, um jene Informationsbasis täglich benutzen zu können, die aller verschiedenen Zweige des betreffenden Fachgebietes gemeinsam trägt.¹⁵¹²

Anschließend plädierte er für die strukturelle und organisatorische Trennung von Forschung im Rahmen von Fachbereichen und Lehre im Rahmen von Lehrbereichen.

Die hier skizzierte Gliederung in Fach- und Lehrbereiche bietet die Möglichkeit, je nach den Anforderungen der Zeit alte Lehrbereiche ohne Eingriffe, die die tragende Arbeitsstruktur einer Universität aufzulösen oder neue Lehrbereiche, die in Anpassung an veränderte Verhältnisse notwendig geworden sind, schnell und ohne sehr hohe Investitionen einzurichten.¹⁵¹³

Als Ergebnis befürwortete er die Einrichtung von Fachbereichen im Allgemeinen, doch galt seine Kritik der unsauberen Trennung von Fach- und Lehrbereichen.

¹⁵¹² Ebd.

¹⁵¹³ Ebd.

4.2.4.3 Die Argumentation des Senats

Vor dem Hintergrund dieser Einschätzung verwundert die Argumentation des Senats der Justus-Liebig-Universität, der gegenüber der Definition des Fachbereichs als organisatorische Grundeinheit für Forschung und Lehre eine ablehnende Haltung einnahm, nicht. Diese Definition werde den tatsächlichen Gegebenheiten nicht gerecht: Die organisatorische Gliederung von Forschungs- und Lehraufgaben müssten nicht notwendigerweise kongruent sein. Als Konsequenz schlug das Gremium die Schaffung sowohl eines von der Forschung bestimmten Fachbereichs als auch die Schaffung eines Lehrbereichs – als Organ für die Lehre – vor.¹⁵¹⁴ Fach- und Lehrbereich konnten damit durchaus auch zusammenfallen. Für langfristige Aufgaben schlug der Gießener Senat die Institutionalisierung von Betriebseinheiten vor. Wichtig war dem Senat ferner, dass „über Anzahl und Bildung der Fach- und Lehrbereiche [...] innerhalb einer im Gesetz festzulegenden Frist die Organe der Universität“¹⁵¹⁵ entscheiden. Schließlich sollte jedoch der Fachbereich per Gesetz institutionalisiert werden: Um dieser sich abzeichnenden Bestimmung Rechnung zu tragen, initiierte der Senat am 15. April 1969 die Bildung einer gemeinsamen Kommission der Fakultäten, die die Beratungen über die Neugliederung der Universität in Fachbereiche aufnehmen sollte.¹⁵¹⁶

4.2.4.4 Die Diskussion um die Medizinische Fakultät

Aufgrund des Stellenwertes, der der Diskussion um die Gestalt der Medizin zukam, soll diese einer detaillierten Analyse unterzogen werden. Im Anschluss daran soll jener Verlauf dann mit den anderen Fakultäten kontrastiert werden.

Im Analysezeitraum erfuhr der institutionelle Rahmen der Medizin in Gießen nachhaltige Veränderungen: Von der einstigen Medizinischen Akademie, die man nach Kriegsende bewusst von der Universität isoliert hatte, über die Überleitung zum

¹⁵¹⁴ In der Stellungnahme lautete der konkrete Vorschlag:

1. Der F a c h b e r e i c h ist die organisatorische Grundeinheit der Forschung.
2. Dem L e h r b e r e i c h obliegt die Aufgabe der Ausbildung und Fortbildung und die Koordination der hieran Beteiligten.
3. Die Aufgaben des Lehrbereiches können sich auf einen oder mehrere Fachbereiche, auf Teile von Fachbereichen oder auf einzelne Mitglieder von Fachbereichen erstrecken.
4. Für die Promotion ist der Fachbereich zuständig, über Habilitation und Berufungsvorschläge entscheidet der Fachbereich nach Anhörung der betroffenen Lehrbereiche.“

(Stellungnahme des Senats der Justus-Liebig-Universität vom 3. März 1969. In: Justus-Liebig-Universität Gießen. Mitteilungsblatt des Rektorats Nr. 8 (28. April 1969). S. 3.

¹⁵¹⁵ UAG, Medizinische Fakultät, Karton 6: Hessisches Hochschulgesetz 1: Beschluss des Senats der JLU vom 3. März 1969 zu den Vorschriften über Fachbereiche und Betriebseinheiten im Referentenentwurf des Kultusministeriums.

¹⁵¹⁶ Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Neues Hochschulgesetz 1968-1974: Betr.: Bildung von Fachbereichskommissionen. Bezug: Senatssitzung am 15. April 1969.

universitären Organ bis hin zum Medizinischen Fachbereich. An dieser Stelle soll der Fokus des Interesses allerdings auf die Umwandlung der Medizinischen Fakultät in einen Medizinischen Fachbereich gerichtet werden.

Die geplanten Strukturveränderungen infolge des Hessischen Hochschulgesetzes von 1970 betrafen die Medizinische Fakultät in Gießen nachhaltig: Die Vorgabe des Gesetzgebers im § 28 des Gesetzes über die Universitäten des Landes sah nämlich die Transformation der Fakultät in einen einzigen Fachbereich als Gesamtbereich vor, was bereits im Vorfeld eine heftige Diskussion sowohl auf der universitären als auch auf der Fakultäts-Ebene evozierte.

Auf der Fakultätsebene wirkte die Veröffentlichung des Referentenentwurfs als Initialzündung: Bereits Ende Juli 1968 erarbeitete die Fakultät ein Arbeitspapier für Konrektor Mallmann, das sich auf die Vorbereitungen für ein neues Hessisches Hochschulgesetz bezog. Begrüßte sie in diesem prinzipiell „jede Reformbestrebung, die sich an den gegenwärtigen und zukünftigen Bedürfnissen von Forschung und Lehre orientiert“, verlieh sie doch ihrer Bestürzung über die geplante Beseitigung der bestehenden Struktur Ausdruck. Gegen die Institutionalisierung von Fachbereichen – anstelle der tradierten Fakultäten – wurde der Faktor Koordination, gerade im Hinblick auf die Ausbildung künftiger Ärzte, ins Feld geführt. Auch die Tatsache, dass die existierende zentrale Verwaltung der Kliniken durch kleinere Einheiten abgelöst werden sollte, sah man negativ. Die Planungen wurden als Gefahr für die Einheit der medizinischen Forschung und Dienstleistungen wahrgenommen. Des Weiteren wurde eine Substrukturierung in Fachbereiche als Verwaltungseinheiten nur dann für sinnvoll erachtet, wenn die bisherigen Institute in direkte organisatorische Nachbarschaft zueinander gerückt würden.

Neben weiteren Problemen hinsichtlich der akademischen und etatmäßigen Verwaltung der Fachbereiche identifizierte die Medizinische Fakultät in der nach dem Präsidialsystem organisierten Universitätsspitze ein weiteres Hindernis: Denn diese sei, wie die amerikanischen Erfahrungen lehrten, in Bezug auf die medizinischen Universitätseinrichtungen nicht kompetent. Daraus resultierte die Notwendigkeit der Institutionalisierung eines Beirats, speziell für die medizinischen Angelegenheiten. Daher gelangte sie zu folgendem Schluss: „In Wirklichkeit würde also die angestrebte Verwaltung auf zwei Ebenen zu einer zusätzlichen Belastung führen: weder

Institute und Kliniken noch die Fakultät lassen sich als Funktionseinheit ersetzen.“¹⁵¹⁷

Alternativ plädierte die Fakultät für eine „organische, von politischen Erwägungen unbeeinflusste Änderung ihrer Struktur“. ¹⁵¹⁸ Der Zusammenschluss sachverwandter Institutionen zu größeren und funktionsfähigeren Einheiten, die Stärkung der Funktionsfähigkeit der Fakultätsspitze und die Erleichterung und Rationalisierung der Fakultätsarbeit durch die Einrichtung von Sektionen wurden von der Fakultät in diesem Kontext als oberste Prämissen klassifiziert. Um die an Lehre und Forschung Beteiligten zu entlasten, sei eine gemeinsame Verwaltung aller medizinischen Institutionen nach Vorbild der bereits bestehenden Klinikverwaltung zu schaffen. ¹⁵¹⁹

Diese Plädoyers spiegeln die Diskussion innerhalb der Medizinischen Fakultät wieder. So äußerte etwa der Pharmakologe Habermann¹⁵²⁰ im Oktober des gleichen Jahres seine Bedenken in Bezug auf die starken Zentralisierungstendenzen des neuen Gesetzes. In einem Brief an den Dekan der Medizinischen Fakultät gab er zu bedenken, dass – selbst wenn der Präsident nicht den im Referentenentwurf vorgesehenen Status erreiche –, seine Stellung gegenüber den Fachbereichen außerordentlich dominierend sein werde. Vor diesem Hintergrund sei eine starke Einflussnahme auf den vorgesehenen Medizinischen Fachbereich zu erwarten. In Bezug auf das Kuratorium befürchtete er, dass darin die Belange der Medizin überhaupt nicht oder nur in geringem Umfang zur Geltung kommen werden. Auf das künftige Konzil könne man auch nicht zurückgreifen, da es durch die Stärke des Kuratoriums und des Präsidenten weitestgehend paralysiert sein werde. Der Senat stelle das einzige Gremium dar, das nicht nach politischen, sondern nach sachlichen Aspekten zusammengesetzt sei. Wie er aus dem Ministerium vernommen hatte, wurde die Ansicht zu diesem Zeitpunkt laut, dass die Medizin einen einzigen Fachbereich bilden könne. Man könne aber davon ausgehen, so Habermann weiter, dass es mit der Umbenennung der Fakultät in einen Fachbereich nicht sein Bewenden haben werde. Eine Aufteilung der Medizin in einzelne Fachbereiche ohne eine Dachorganisation

¹⁵¹⁷ UAG, Medizinische Fakultät, Karton 9: Hochschulgesetz 4: Der Dekan der Medizinischen Fakultät: Arbeitspapier der Medizinischen Fakultät für Herrn Konrektor Mallmann (31. Juli 1968).

¹⁵¹⁸ Ebd.

¹⁵¹⁹ Vgl. ebd.

¹⁵²⁰ Ernst Habermann (1926-2001) leitete von 1966 bis 1993 das Rudolf-Buchheim-Institut für Pharmakologie am Fachbereich Medizin an der Justus-Liebig-Universität. Sein Spezialgebiet waren tierische Toxine. Des Weiteren war er Mitglied des Senats der Deutschen Forschungsgemeinschaft (Vgl. Jahresbericht 2002. Fachbereich Medizin der Justus-Liebig-Universität. Hg. v. Dekan des Fachbereichs Medizin der Justus-Liebig-Universität Gießen 2002. S. 50).

erschien ihm nicht vertretbar. In der Konsequenz müsse sich die Medizin künftig stets in einer schwachen Stellung wieder finden.^{1521 1522}

Erneut begegnet dem Rezipienten Skepsis gegenüber dem vom Kultusminister vorgelegten Referentenentwurf in einem Protokoll der Sitzung der Weiteren Fakultät im Januar 1969: Auch während dieser wurden Bedenken gegen die Anwendbarkeit des Referentenentwurfs auf die Medizinische Fakultät artikuliert, woraus man folgte, dass Alternativen zu diesem Entwurf vonseiten der Fakultät vorgelegt werden muss-

¹⁵²¹ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 9: Hessisches Hochschulgesetz 4: Brief Habermanns an den Dekan der Medizinischen Fakultät (11. Oktober 1968).

¹⁵²² Mit seinen Bedenken stand Habermann durchaus nicht alleine, auch Otto Hövel (Frankfurt) kritisierte den Referentenentwurf dezidiert: Anscheinend, so konstatierte er, seien der Veröffentlichung des Entwurfs keinerlei Überlegungen über seine Anwendbarkeit auf die Medizinischen Fakultäten vorausgegangen. Ausgangspunkt seiner Überlegungen bildeten die drei Aufgaben der Medizin, nämlich die der Patientenversorgung, der Aus-, Weiterbildung und die der Förderung der medizinischen Forschung. Mit seiner Schrift intendierte er, zu überprüfen, wie diese Aufgaben am sinnvollsten im Rahmen des Konzepts des Hochschulgesetzentwurfes gelöst werden könnten. Nach einer nicht unkritischen Analyse der Struktur der Medizinischen Fakultät widmete er sich der Frage, ob die Aufgliederung der Medizinischen Fakultät in Fachbereiche im Sinne des Referentenentwurfs eine sinnvolle Strukturreform verspreche. Dabei gelangte er zu dem Fazit, dass der oberflächliche Eindruck, die Medizinische Fakultät einfach in einen Medizinischen Fachbereich umbenennen zu können, falsch sei. Es sei kaum vorstellbar, dass die schon zum damaligen Zeitpunkt schwerfälligen Medizinischen Fakultäten die Funktion primärer Entscheidungsorgane für alle Kliniken und Institute übernehmen könnten. Anschließend stellte er zwei Alternativen vor: Die erste Möglichkeit ging von dem Fall aus, dass die derzeitige Fakultät keine Aufgaben wahrnehmen müsse, die nicht von den Fachbereichen übernommen werden könnten. Unter dieser Prämisse könne sie, wie im Referentenentwurf vorgesehen, zugunsten von mehreren Fachbereichen verschwinden. Die zweite Möglichkeit nahm an, dass die Fakultät Aufgaben zu erfüllen habe, die nicht von kleineren Fachbereichen übernommen werden könnten. Als Konsequenz folgte der Autor, dass in diesem Fachbereich das Modell einer Auflösung der Fakultät in Fachbereiche nicht auf die Medizinische Fakultät anwendbar sei. Die drei hessischen Medizinischen Fakultäten vertaten die Meinung, dass letzterer Fall zutreffe, da ein enger Konnex zwischen Universitätskliniken und klinischer Forschung bestehe. Diesem Punkt schlossen sich Überlegungen zur Untergliederung Medizinischer Fakultäten an, die Hövels aufgrund der dualen Aufgabenbereiche als problematisch charakterisierte. In diesem Kontext resümierte er, dass man wohl nicht umhin könne, die Institute bzw. Departments und die Kliniken bzw. Zentren als Basiseinheiten der Dienstleistung, Lehre und Forschung zu belassen, wenn man schwer arbeitsfähige Konstruktionen vermeiden wolle. Nur dort, wo ein Zusammenschluss die Funktion zu verbessern vermag, sei er zu präferieren. Die Gliederung der Fakultät hinsichtlich einer überschaubaren Wahrnehmung der akademischen Aufgaben könne auf verschiedene Arten gelöst werden. Wichtig sei lediglich, dass sie nicht so starr sein sollte, dass sinnvolle Verbindungen nicht möglich seien. Nach seinen Gedanken bezüglich der Struktur der Universitätskliniken bilanzierte er als ungelöste Probleme der Reform der Medizinischen Fakultät das Recht zur Behandlung von Privatpatienten, die materielle Gleichstellung der Nichtordinarien und die Ergänzung bzw. Regeneration einer Klinikleitung. Additiv wären die Fragen, wie man dafür Sorge trägt, dass gute Leute an die Universitätskliniken gelangen und dort auch bleiben, genauso wie die Frage der Gewährleistung einer ausreichenden Zahl von Hochschullehrern und Assistenten, um eine solche Strukturreform realisieren zu können, zu klären. (Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 9: Hessisches Hochschulgesetz 4: O. Hövel: Überlegungen zur Anwendung des Referentenentwurfs zum Hessischen Hochschulgesetz auf die Medizinischen Fakultäten (ohne Angabe)).

Mit der neuen, zentralen Stellung des Fachbereichs wären Kompetenzzuwächse zu verzeichnen, über die die Medizinischen Fakultäten bisher nicht verfügt hätten. Diametral ständen sich allerdings zwei Aspekte im Referentenentwurf gegenüber: Während die Selbstverwaltungskompetenz des Fachbereichs auf der einen Seite erweitert würde, würde der Entscheidungsraum von Instituts- und Klinikdirektoren auf der anderen Seite beschnitten werden. (Vgl. ebd.).

ten. Die Bildung einer Kommission wurde daher empfohlen.¹⁵²³ Obgleich der Referentenentwurf abgelehnt wurde, war man sich dennoch durchaus der Tatsache bewusst, dass die tradierte Form des „Honoratioren-Dekans“ eine zur modernen Administration und vornehmlich zur Innovation unfähige Figur darstellte, die zudem unrationell sei.¹⁵²⁴

Auch während der Fakultätssitzung vom 10. Februar 1969 erörterten die Mediziner die Stellung der eigenen Fakultät im Rahmen eines neuen Hochschulgesetzes. Nachdem Habermann nochmals seine Ideen skizziert hatte, stellte er drei Lösungsmöglichkeiten zur Debatte. Die erste sah die Aufteilung der Medizinischen Fakultät in intrafakultative Fachbereiche vor, wie dies auch im Referentenentwurf enthalten war. Die Bildung einer Abteilung Gesamtmedizin, der Entwurf ging auf Habermann zurück, stellte die zweite Lösungsmöglichkeit dar. Eine Alternative zu diesen beiden Optionen war die Umwandlung der Medizinischen Fakultät in einen Fachbereich. Nach einer intensiven Diskussion wurde die Aufspaltung in intrafakultative Fachbereiche im Sinne des Referentenentwurfes in einer Stellungnahme an den Kultusminister abgelehnt. Den Dekan instruierten die Fakultätsmitglieder, darauf hinzuwirken, dass Vertreter der hessischen Medizinischen Fakultäten möglichst bald mit dem Ministerium die generelle Einordnung der Medizinischen Fakultäten in das neue Hochschulgesetz absprechen. Dabei sollten zwei Vorschläge zur Diskussion gestellt werden: Zum einen die Einrichtung eines Fachbereichs Medizin (Humanmedizin) und zum anderen das Modell einer Abteilung für die Gesamtmedizin (Humanmedizin und Veterinärmedizin). – Die Medizinische Fakultät strebte nämlich, wie aus dem Protokoll ersichtlich, die Kooperation mit anderen Fakultäten, insbesondere mit der Veterinärmedizinischen in Form gemeinsamer Zentren an. Als Konsequenz sollte der Entwurf der Planungskommission diesen beiden Fakultäten als Diskussionsgrundlage bei Gesprächen mit dem Kultusministerium dienen.¹⁵²⁵ Neben der engen

¹⁵²³ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät: Weitere Fakultäts-Protokolle ab Sommersemester 1968: Protokoll über die Sitzung der Weiteren Fakultät (27. Januar 1969).

¹⁵²⁴ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät: Weitere Fakultäts-Protokolle ab Sommersemester 1968: Bericht des Dekans über vier Monate Amtszeit (ohne Angabe): In diesem Bericht vertrat der Autor des Weiteren die Meinung, dass auch die Organe der Fakultät längst nicht mehr adäquat seien. Selbst wenn das neue Universitätsgesetz nicht gekommen wäre, hätte die Expansion der Engeren Fakultät entweder ihre Aufteilung oder die Vertretung der Lehrstuhlinhaber nach dem Delegationsprinzip verlangt.

¹⁵²⁵ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 20: Protokolle der Fakultätssitzungen SS 1969: Fakultätssitzung vom 10. Februar 1969.

Verbindung der beiden Fachrichtungen in Gießen sprach für eine derartige Koordination die Prävention von Fachegoismen¹⁵²⁶, so meinte man.

Bereits während der Besprechung im Kultusministerium am 23. April 1969¹⁵²⁷ vertrat der Kultusminister die Meinung, dass der exzeptionellen Stellung der Medizin durch die Transformation zu einem eigenen Fachbereich Rechnung zu tragen sei. Die Vertreter der Universität betonten gegenüber dem Kultusminister die doppelte Aufgabe der Medizin, die der Hochschullehre und die der Krankenbetreuung, und forderten deshalb in der anschließenden Diskussion die Unterstellung der Forschung und Lehre unter die akademische Verwaltung. Im Bezug auf den Dienstleistungsbetrieb sprach man sich für die Schaffung einer Verwaltung des Klinikums aus, die auch die theoretischen Institute umfassen sollte. Der Vorschlag, den Dekan, den designierten Dekan, den Prodekan und den ärztlichen Direktor in die Klinikverwaltung einzubeziehen, kam auf. Einen kontroversen Charakter nahm die Besprechung bei der Erörterung der Vertretung des Fachbereiches Medizin gegenüber dem Präsidenten, dem Kuratorium und dem Senat an: Lehnte der Kultusminister eine höhere Beteiligung des Fachbereichs im Senat ab, konnte er sich die Gründung einer eigenen Haushaltskommission, die für den Haushalt des eigentlichen Klinikums verantwortlich zeichnen sollte, durchaus vorstellen. Das Verhältnis 10:6:4 im Fachbereich wurde von medizinischer Seite als unangemessen erachtet, doch konnte er sich in diesem Punkt den Auffassungen der Fakultät nicht anschließen. Nach den Aspekten der Öffentlichkeit und der Fachbereichskommissionen entzündete sich hinsichtlich der Leitung der ständigen Betriebseinheiten nochmals eine heftige Diskussion.¹⁵²⁸

Nachdem man während der Fakultätssitzung am 19. Mai 1969 die Bildung zweier Kommissionen für die Beratung des neuen Hochschulgesetzes beschlossen hatte, unterstützte die Mehrheit das Votum des Assistenten Diehl gegen den Austritt der Medizinischen Fakultäten aus den Universitäten – die Verselbstständigung dieser stand nämlich zu diesem Zeitpunkt ebenfalls als Lösungsansatz zur Diskussion. Anschließend berichtete der Leiter der Neurologischen Universitätsklinik Erbslöh über eine vorangegangene Besprechung im Kultusministerium. Während dieser hatte der

¹⁵²⁶ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 9: Hessisches Hochschulgesetz 4: Erwägungen über eine Abteilung Gesamtmedizin im Rahmen der Universität (ohne Angabe).

¹⁵²⁷ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 8: Hessisches Hochschulgesetz 2: Protokoll über die Sitzung im Kultusministerium (23. April 1969): Leider findet man darin nicht die Namen aller Teilnehmer der Medizinischen Fakultäten. Von ministerieller Seite partizipierten Schütte, Kettner und Kollatz an dem Gespräch.

¹⁵²⁸ UAG, Medizinische Fakultät, Karton 8: Hessisches Hochschulgesetz 2: Protokoll über die Sitzung im Kultusministerium (23. April 1969).

Minister die Notwendigkeit der Erhaltung des Gesamtbereichs Medizin anerkannt und die Bestrebungen für eine Kooperation mit der Veterinärmedizinischen Fakultät begrüßt.¹⁵²⁹ Auch diese sollte als Einheit erhalten bleiben; Planungen hinsichtlich eines gemeinsamen Dachverbandes der Medizinischen und der Veterinärmedizinischen Fakultät bestünden allerdings nicht. Als Konsequenz des neuen Hochschulgesetzes zeichnete sich in dieser Sitzung bereits personalpolitisch ab, dass Habermann unter den Bedingungen des neuen Hochschulgesetzes die Wahl zum Dekan nicht annehmen würde.^{1530 1531}

Im gleichen Monat plädierten 29 Gießener Professoren in einem Manifest öffentlich vehement für die Einheit der Medizin und gegen eine Auflösung in künstlich geschaffene Fachbereiche wie vorgesehen. Kliniken und Institute müssten in ihren tradierten Strukturen erhalten werden, so ihre weitere Argumentation. Die durch wissenschaftliche Leistung und Erfahrung ausgewiesene Qualifikation habe sich folgerichtig „in natürlicher Weise“ in der personellen Struktur medizinischer Institutionen widerzuspiegeln. Das Manifest gipfelte schließlich in dem Hinweis, dass eine Vertretung der anderen am Wissenschaftsprozess beteiligten Gruppen eine „falsch verstandene Demokratie“ bedeute.¹⁵³² Vornehmlich aufgrund des letzten Punktes, werteten die Akademischen Mitarbeiter der Medizinischen Fakultät diese Verlautbarung als Schritt zurück¹⁵³³: In der Stellungnahme des Rates der Akademischen Mitarbeiter sprachen sie sich – neben „der Abkehr vom monokratischen Direktorialsystem an allen Kliniken und Instituten und die Übertragung entscheidender Kom-

¹⁵²⁹ Der engen Verbindung der beiden Fachrichtungen, so hatte man bereits 1968 erwogen, sollte man aufgrund der Kooperationsmöglichkeiten Rechnung tragen. Ferner erschien den Medizinern eine Koordination unumgänglich, um Fachegoismen präventiv zu begegnen. (Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 9: Hessisches Hochschulgesetz 4: Erwägungen über eine Abteilung Gesamtmedizin im Rahmen der Universität (ohne Angabe)).

¹⁵³⁰ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 20: Protokolle der Fakultätssitzungen Sommersemester 1969: Fakultätssitzung vom 19. Mai 1969.

¹⁵³¹ Nochmals postulierte der Dekan in einem Schreiben an die Intrafakultative Kommission für Fachbereichsfragen dezidiert die Einheitlichkeit des Medizinischen Fachbereichs. Als Begründung führte er die Notwendigkeit des Zusammenwirkens zwischen allen theoretischen und praktischen Fächern an. Der Existenz von zahlreichen Querverbindungen könnte man durch die Einrichtung von Zentren, die die gemeinsamen Aufgaben wahrnehmen würden, begegnen. – Eine solche Untergliederung sah das neue Gesetz auch tatsächlich vor: Als Sub-Organisationsformen sollten innerhalb des Fachbereichs ständig wissenschaftliche Betriebseinheiten, nicht ständige Betriebseinheiten und Arbeitsgruppen eingerichtet werden. Als Organisationsformen zwischen den Fachbereichen sollten Wissenschaftliche Zentren und Arbeitsgruppen fungieren. Aufgrund seiner Größe intendierte man dem Fachbereichsrat ein Gros der Aufgaben der Fachbereichskonferenz zu übertragen.

¹⁵³² Vgl. Manifest Gießener Professoren. In: Gießener Allgemeine Zeitung vom 8. Mai 1969 und Gießener Anzeiger vom 8. Mai 1969.

¹⁵³³ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 8: Hessisches Hochschulgesetz 2: Leonhardt, Rudolf: Gießener Sprachverwirrung. Ein unverständliches Manifest zur Lage der Medizin an den deutschen Hochschulen. In: Gießener Allgemeine Zeitung (Mai 1969): An dieser Stelle wird die Interdependenz der verschiedenen Aussagen des Diskurses greifbar.

petenzen auf ein Kollegialorgan, in dem die Krankenversorgung, Weiterbildung, Forschung und Lehre beteiligten Mitarbeiter vertreten sind“¹⁵³⁴ – für eine Neugliederung der ständig wachsenden Medizinischen Fakultät in überschaubare Fachbereiche aus. Prinzipiell begrüßte der Rat den Ausgangspunkt des Regierungsentwurfes: die Beibehaltung der Medizin als integralen Bestandteil der Hochschule. Ein modernes Hochschulgesetz könne, so wurde argumentiert, durch die Einrichtung von Fachbereichen den für den Fortschritt der Medizin notwendigen Kontakt zu anderen Wissenschaften verbessern. Als massives Problem wurde erneut das der wirksamen Selbstverwaltung eines so großen heterogenen und ständig wachsenden Bereichs durch ein zahlenmäßig kleines Repräsentationsorgan (= Fachbereichsrat) gesehen. Additiv sah der Rat die Gefahr der Majorisierung kleiner Teilbereiche bereits am Horizont aufziehen. Die Begründung des Gesetzentwurfes der Hessischen Landesregierung erachtete der Rat als problematisch – nämlich die Orientierung an einem einheitlichen Berufsbild. Konkret wünschte man sich die Möglichkeit der Bildung von gemeinsamen Ausschüssen durch benachbarte Fachbereiche, die Möglichkeit der Einrichtung von Kliniken, Laboratorien, Werkstätten und Betrieben als ständige oder wissenschaftliche Betriebseinheiten durch die Fachbereiche und eine Konferenz der ständigen wissenschaftlichen Betriebseinheit und wissenschaftlichen Zentrums, die ihres Erachtens aus allen am ständigen wissenschaftlichen Zentrumshauptberuflich tätigen Hochschullehrern, aus Vertretern der Wissenschaftlichen Mitarbeiter und der Studenten im Verhältnis 50:30:20 und aus Repräsentanten der Nichtwissenschaftlichen Bediensteten nach Maßgabe der Satzung bestehen sollte.¹⁵³⁵

¹⁵³⁴ UAG, Medizinische Fakultät, Karton 9: Hessisches Hochschulgesetz 4: Stellungnahme des Rates der Akademischen Mitarbeiter der Medizinischen Fakultät der JLU zu den Abschnitten 3 und 4 (§20 bis 28) des Regierungsentwurfes für ein Universitätsgesetz (2.6.1969).

¹⁵³⁵ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 9: Hessisches Hochschulgesetz 4: Stellungnahme des Rates der Akademischen Mitarbeiter der Medizinischen Fakultät der Justus-Liebig-Universität zu den Abschnitten 3 und 4 (§20 bis 28) des Regierungsentwurfes für ein Universitätsgesetz (2. Juni 1969). Konkrete Änderungsvorschläge zu §§ 20, 3, 27 und 28 folgten: Die Satzung sollte nähere Bestimmungen über das Wahlverfahren liefern. („1. Koordinierung von Studienordnungen, Studienplänen, Prüfungs- und Promotionsordnungen; 2. Planung und Durchführung gemeinsamer Lehrveranstaltungen und wissenschaftlicher Aufgaben; 3. Zusammenwirken in Berufungsangelegenheiten; 4. Gemeinsame Benutzung von Fachbereicheinrichtungen“). Schließlich plädierten sie für die Neufassung des § 20 Abs. 3: Die Fachbereiche sollten Kliniken, Laboratorien, Werkstätten und Betriebe als ständige wissenschaftliche oder technische Betriebseinheiten einrichten können. Das Verfahren zu ihrer Auflösung oder Veränderung sollte in der Satzung des Fachbereichs zu regeln sein. Abschließend wies die Gruppe der Akademischen Mitarbeiter darauf hin, dass sie die Hauptlast der Krankenversorgung trage und daher das Niveau der Medizin von ihren Entfaltungsmöglichkeiten abhängen. Schließlich betonten sie emphatisch, dass effiziente Reformen ohne oder gar gegen die Wissenschaftlichen Mitarbeiter nicht denkbar seien und opponierten nochmals – mit dem Hinweis, dass der Gesetzgeber den Medizinischen Fakultäten bezüglich der neuen Fachbereichsgliederung

Hatte die Vollversammlung der Nichtordinarien der Medizinischen Fakultät der Justus-Liebig-Universität noch im August 1968 für die Sonderstellung der Medizin nach amerikanischem Vorbild einer „Medical School“ votiert¹⁵³⁶, nahm sie am 13. Juni 1969 gegen einen einzigen Fachbereich für die Humanmedizin entschieden Stellung. Die gesetzliche Regelung nur eines Fachbereichs für die Humanmedizin widerspreche prinzipiell der Organisationsautonomie der Universität und ihrer Organe. Ferner schaffe sie für die Medizinische Fakultät einen Zustand der Rechtungleichheit gegenüber den übrigen Fakultäten. Zweifel hegte man auch gegenüber der künftigen Verwaltung: Da der Fachbereich per se als kleinste Verwaltungseinheit der Universität konzipiert war, sei es vorerst nicht abzusehen, ob die Verwaltung eines so vielgestaltigen und empfindlichen Komplexes wie der Humanmedizin in einem einzigen Gesamtbereich überhaupt möglich sei. Der Gesetzgeber, so folgerte die Vollversammlung der Nichtordinarien, sollte es aus diesem Grund den Universitäten und in ihnen den Medizinischen Fakultäten überlassen, selbst eine funktionsgerechte Form der Neugliederung im Rahmen des Hessischen Universitätsgesetzes zu finden.^{1537 1538}

nicht die Organisationsautonomie verweigern dürfe, die er anderen zugestanden hatte – gegen einen Gesamtbereich Humanmedizin.

¹⁵³⁶ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 9: Hessisches Hochschulgesetz 4: Vertretung der Nichtordinarien der Medizinischen Fakultät der Justus-Liebig-Universität an Mallmann, betr.: Vorschläge der Nichtordinarien der Medizinischen Fakultät zur geplanten Hochschulreform (3. August 1968): Sie schlugen eine weitere Untergliederung innerhalb dieser „Medical School“ in Sektionen vor. Diese sollten in verwaltungsmäßiger Hinsicht den Fachbereichen entsprechen und sich weiterhin in Zentren mit integrierten Abteilungen aufsplitten.

¹⁵³⁷ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 6: Hessisches Hochschulgesetz 1: Beschluß des Rats der Nichtordinarien der Justus-Liebig-Universität (13. Juni 1969).

¹⁵³⁸ Aber nicht nur in Gießen waren kritische Stimmen gegenüber den Wiesbadener Plänen vernehmbar: Vehement trat auch in Frankfurt der Vorsitzende des Rates der Nichthabilitierten jenen Argumentationen hinsichtlich der Sonderstellung der Medizinischen Fakultät entgegen, die mithilfe des Schlagwortes „cave Krankenversorgung“ jegliche Reformbestrebung unwirksam machen wollten. Eine Fachbereichsgliederung sei, so das Ergebnis von Untersuchungen, möglich und notwendig. Des Weiteren sei die Medizinische Fakultät als Institution in ihrer bisherigen Form und Kompetenzausstattung durch Regelung ersetzbar, die dem Referentenentwurf analog getroffen werden könnten. (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6206: Brief des Vorsitzenden des Rates der Nichthabilitierten der Universität Frankfurt am Main an den Kultusminister (27. Oktober 1968)).

Unbestritten war auch für die Wissenschaftlichen Mitarbeiter in Frankfurt die Einbeziehung des Medizinischen Fachbereichs in die Strukturreform, doch sollten Sonderregelungen vorgesehen werden. (Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6206: Beitrag zur Struktur-Reform der Medizinischen Fakultät aus Sicht der Wissenschaftlichen Mitarbeiter (Oktober 1968)). Innerhalb der Medizinischen Fakultät, so vermeldeten diese, bestünde Übereinstimmung darüber, dass prinzipiell ein Äquivalent für die bisherige Medizinische Fakultät weiter bestehen müsse, doch habe diese Weiterexistenz durchaus ihre Grenzen. Da die Wissenschaftlichen Mitarbeiter konstatierten, dass der Standort der modernen Medizin innerhalb der Gesamtuniversität anzusiedeln sei, müsse im Kontext der Strukturreform auf eine möglichst weit reichende Anpassung gedrungen werden. Dies schließe allerdings Kompetenzen und Strukturelemente, wie sie für die bisherigen Fakultäten charakteristisch waren, größtenteils aus. (Vgl. ebd.). Vor dem Hintergrund der Expansion der Medizin wird die Forderung, die die Wissenschaftlichen Mitarbeiter an die Reform stellten, verständlich. Wenn diese nämlich überhaupt reformiert werden solle, dann müsse man mit der Verkleinerung so weit gehen, dass eine Überschaubar-

Der Zwischenbericht der fakultätsinternen Kommission für das zweite Hessische Hochschulgesetz, die in der Fakultätssitzung vom 12. Juni 1969 den Auftrag erhalten hatte, festzustellen, inwieweit die Interessen der Medizinischen Fakultät Gießen von den neuen Hessischen Hochschulgesetzen tangiert würden¹⁵³⁹, dokumentiert erneut die Existenz der unterschiedlichsten Meinungen hinsichtlich des „Gesamtbereichs Medizin“. Alle Kommissionsmitglieder hegten allerdings Bedenken gegenüber der Zusammensetzung und den Aufgaben des Fachbereichsrates. Einig war man sich ebenfalls darüber, dass die Medizin eine stärkere Vertretung in der Universitätsspitze als im geplanten zweiten Hessischen Hochschulgesetz vorgesehen, erhalten müsse, um ihre mannigfaltigen Belange angemessen zu vertreten. Übereinstimmend erklärten die Kommissionsmitglieder, dass der Medizin ein Spielraum zur eigenen Entscheidung über ihre Struktur zugestanden werden müsse; eine solch starre Organisation wie im Gesetzentwurf erachteten sie als nicht zielführend. Ein Gremium, über dessen Ausgestaltung sie allerdings noch keinen Konsens erlangt hatten, sollte die Entscheidung über die Substrukturierung eines Gesamtbereichs oder die Schaffung von mehreren Fachbereichen mit koordinierenden Organen treffen. Da die Struktur noch kontrovers diskutiert wurde, sah man sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht in der Lage, der Fakultät Empfehlungen hinsichtlich einer Stellungnahme gegenüber dem Kultusminister auszusprechen.¹⁵⁴⁰

Ein Bericht der fakultätsinternen Kommission für das zweite Hessische Hochschulgesetz vom 20. Oktober des gleichen Jahres dokumentiert, dass man noch immer die Frage der organisatorischen Ausgestaltung der Medizin diskutierte und Vor- respektive Nachteile abwog. Lediglich hinsichtlich des Entwurfs einer „Großraumhochschule für Medizin“ – entworfen von Brecht¹⁵⁴¹ aus Tübingen –, herrschte Konsens: Dieser wurde nämlich von allen Mitgliedern aufgrund seiner prinzipiellen Voraussetzung, der „Verselbständigung der medizinischen Fachbereiche im Rahmen der

keit des Fachbereichs gewährleistet werde. Zudem solle man auch vor echten, also möglicherweise unkonventionellen Innovationen nicht Halt machen. Der Rat der Wissenschaftlichen Mitarbeiter der Medizinischen Fakultät forcierte eine Gliederung der Fakultät, die als Rahmenorganisation bestehen bleiben sollte, „in sieben Fachbereiche, eine variierende Anzahl kooperierender Abteilungen oberhalb der Fachbereichsebene und Arbeitseinheiten der Fachbereiche, worunter die Kliniken, die selbständigen Abteilungen und die Institute zu verstehen sind“. (Ebd.).

¹⁵³⁹ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 20: Protokolle der Fakultätssitzungen Sommersemester 1969; Protokoll der Fakultätssitzung am 12. Juni 1969.

¹⁵⁴⁰ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 6: Hessisches Hochschulgesetz 1: Zwischenbericht der fakultätsinternen Kommission für das zweite Hessische Hochschulgesetz (ohne Angabe; vermutlich zwischen Juli und September 1969).

¹⁵⁴¹ Professor Dr. Karl Brecht war Direktor des Physiologischen Instituts der Universität Tübingen und zugleich Vorsitzender des Ausschusses für die ärztliche Vorprüfung.

Gesamthochschule“, abgelehnt. Anschließend erörterte man die Frage, was für den Verbleib der Medizin im universitären Gesamtverband spreche. Als Argumente für deren Verbleib wurden die Lehre, das Personalproblem und die Studenten angeführt. Klinikarbeit, Haushalt und Finanzen und die medizinische Forschung stellten keine *Conditio sine qua non* dar. Absolut heterogen waren die Standpunkte der Kommissionsmitglieder zu diesem Zeitpunkt noch bezüglich der grundsätzlichen Struktur. Ein medizinischer Vizepräsident in einem „Gesamtbereich Humanmedizin“ im Sinne der Überlegungen des Pharmakologen Habermann¹⁵⁴² wurde nur von einem Teil der Kommission als sinnvoll erachtet. Doch allein die Denkschrift Habermanns stieß nicht auf ungeteilte Zustimmung bei den Teilnehmern: So diskutierte man sehr detailliert seine Überlegungen bezüglich der Substrukturierung. Abschließend kam die Kommission zu dem Ergebnis, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt weitere Diskussionen fruchtlos seien, da man nicht wisse, welche Meinungen sich bei der Landesregierung in kommender Zeit herauskristallisieren würden.¹⁵⁴³

Die Diskussion um die Bildung von Fachgruppen bzw. Departments stellt den nächsten Hinweis für unsere Rekonstruktion dar. In der Senats-Sitzung vom 12. Februar 1970 war nämlich der Antrag angenommen worden, den Landtag im Namen des Senats für den Fall, dass das Hessische Universitätsgesetz an einem Gesamtbereich Humanmedizin festhalte, eine Substruktur desselben zu erbitten. Das Gremium wollte hinsichtlich der Einheiten der Substruktur für ähnliche Organisationsformen wie für die Fachbereiche plädieren.¹⁵⁴⁴

Wohl zwischen der zweiten und dritten Lesung, Ende März bzw. Anfang April 1970 fasste die Medizinische Fakultät in einer „Denkschrift zur Struktur und Organisation

¹⁵⁴² Habermann war in seiner Denkschrift von der Überlegung ausgegangen, dass die Leitung der Universität ebenso wie die Leitung des vorgesehenen Gesamtbereichs zum Beruf geworden sei. – Zumal die Aufgaben des Gesamtbereichs eine größere Mannigfaltigkeit aufweisen würden als die der übrigen Fachbereiche. Er konstatierte vor diesem Hintergrund, dass der künftige Gesamtbereich Humanmedizin ca. die Hälfte des Universitätshaushaltes beanspruchen werde. Obgleich der Regierungsentwurf versuche, den Spezifika der Medizin durch die Institutionalisierung eines Gesamtbereichs Humanmedizin Rechnung zu tragen, werde er allerdings unberechtigtweise als überdimensionierter Fachbereich behandelt. Meldete Habermann Zweifel schon hinsichtlich der Kompetenz und Entscheidungsfähigkeit des Fachbereichsrates an, folgte seiner Kritik in Bezug auf die Position des Dekans gleich ein Gegenvorschlag. Da der Status der Fakultätsleitung nicht mehr mit den Aufgaben kongruent sei, plädierte er für einen Vizepräsidenten anstelle des Dekans, dessen Amtszeit auf acht Jahre fixiert werden sollte. (Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 9: Hessisches Hochschulgesetz 3: Denkschrift Habermanns zur Situation des Dekans unter den Bedingungen des Regierungsentwurfs zum HHG. Vorschlag einer präsidialen Leitung des Gesamtbereichs Humanmedizin (5. September 1969)).

¹⁵⁴³ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 9: Hessisches Hochschulgesetz 3: Bericht der fakultätsinternen Kommission für das zweite Hessische Hochschulgesetz vorgelegt auf der Fakultätssitzung am 20. Oktober 1969.

¹⁵⁴⁴ Vgl. UAG, Abteilung für Erziehungswissenschaften, Karton 37: Senat I-F 1967-71: Niederschrift über die Sitzung des Senats am 12. Februar 1970.

des Gesamtbereiches Humanmedizin“ ihre Vorstellungen zusammen: Darin wird die Sonderstellung der Medizin, der durch die Einrichtung eines „Gesamtbereichs Humanmedizin“ Rechnung getragen werde, betont. Erneut formulierte man die Forderung nach gesetzlich vorzusehenden Substrukturen, die Abteilungen und ständige Betriebseinheiten mit ähnlichen Forschungs- oder Ausbildungseinrichtungen, ähnlich wie Zentren und Departments, zusammenfassen sollten. In Anbetracht der im Regierungsentwurf vorgesehenen großen Aufgaben des Fachbereichsrates als Selbstverwaltungsorgan des Gesamtbereichs Humanmedizin sei, so die weitere Argumentation, eine solche Untergliederung im Sinne einer dezentralisierten Zentralisation zweckmäßig. Statt eines Dekans schlug man die Einführung eines Vizepräsidenten vor. Als Argumente für diesen sprächen Kontinuität, Sachverstand, persönliche Verantwortlichkeit, das Mehr an Zeit, geringere kollegiale Rücksichten und das persönliche Prestige. Schließlich, folgte man, blieben nur zwei Alternativen: Entweder ein Gesamtbereich mit einem langjährigen hauptamtlichen Vizepräsidenten, was von der Fakultät als sachgemäße und an vielen Stellen der Welt erprobte Lösung erachtet wurde, oder die Aufgliederung der Medizin in mehrere, weitgehend unabhängige Fachbereiche. Diese Alternative, die für die Fakultät eigentlich keine solche darstellte, charakterisierte sie daher als „das Ende einer zielorientierten Lehre und einer umfassenden Planung.“¹⁵⁴⁵

Noch am 22. April 1970 waren besonders heftige Stimmen der Entrüstung innerhalb des Gießener Konzerts der Kritik zu vernehmen, denn just an diesem Tag erhielt das Rektorat der Universität noch vor der angesetzten Senatssitzung die Neufassung des Universitätsgesetzesentwurfes, die sogleich in dieser erörtert wurde. Großes Befremden evozierte das Vorgehen der Regierungsfraktion des Hessischen Landtages, da den eindeutigen Stellungnahmen aller Universitätsgremien in keinsten Weise Berücksichtigung geschenkt worden war. Besonders opponierte der Senat gegen die Neufassung und Erweiterung der Bestimmungen, die den Bereich Humanmedizin tangierten. Diese nämlich würden nachhaltige Veränderungen der Gesamtstruktur der Universität bedeuten, ja letztlich zur faktischen Ausgliederung des Fachbereichs Humanmedizin führen. Die Kritik gipfelte letztlich im folgenden Antrag: „Der Senat

¹⁵⁴⁵ UAG, Medizinische Fakultät, Karton 9: Hessisches Hochschulgesetz 3: Denkschrift zur Struktur und Organisation des Gesamtbereiches Humanmedizin (ohne Angabe).

wendet sich entschieden gegen Versuche, den Fachbereich Humanmedizin organisatorisch zu verselbständigen und faktisch aus der Universität auszugliedern.“¹⁵⁴⁶

Allen Diskussionen wurde schließlich mit dem am 12. Mai 1970 verabschiedeten Universitäts- und Hochschulgesetz ein Ende bereitet; enthalten waren verschiedene Sonderregelungen für die Humanmedizin: Diese wurde – trotz ihrer Größe – nicht wie andere Fakultäten – untergliedert, sondern in den Fachbereich Humanmedizin überführt. Als Repräsentant sollte der Direktor (Dekan) diesem vorstehen. Bemerkenswert war sein Kompetenzbereich, vor allem, wenn man die Diskussionen um die künftige Stellung des Fachbereichs als Folie heranzieht; dazu heißt es: „Er nimmt neben seinen Aufgaben als Dekan für den Fachbereich Humanmedizin die Aufgaben wahr, die dem Universitätspräsidenten nach diesem Gesetz zustehen.“¹⁵⁴⁷ Konkret bedeutete dies, dass der für vier Jahre gewählte Direktor (Dekan) die Verwaltung des Fachbereichs eigenverantwortlich leiten, für die Gewährleistung der Ordnung im Fachbereich und Universitätsklinikum verantwortlich sein und rechtswidrige Beschlüsse eines Organs des Fachbereichs oder Vorstands des Universitätsklinikums beanstanden sollte.¹⁵⁴⁸ Auch im Vorstand des Universitätsklinikums, das eine einheitliche Personal- und Wirtschaftsverwaltung erhalten sollte, war er neben den stellvertretenden Direktoren (Prodekanen) und dem Verwaltungsdirektor vertreten. Signifikant an diesem neu geschaffenen Entscheidungsgremium war, dass es – und damit einhergehend die Angelegenheiten der Krankenversorgung – nicht unter die Mitbestimmungsregelungen fallen sollte. Ebenso manifestierte sich die exzeptionelle Stellung des Medizinischen Fachbereichs am Entwurf des Haushaltsvoranschlags für diesen, der nicht der Beschlussfassung oder Änderungen der zentralen universitären Organe unterworfen sein sollte.¹⁵⁴⁹

Organisatorische Grundeinheiten von Krankenversorgung, Dienstleistung und Forschung und Lehre waren von nun an die Medizinischen Zentren: „Sie sollen Kliniken, Betriebseinheiten und sonstige Einrichtungen mit gleichartigen Dienstleistungsaufgaben zusammenfassen.“¹⁵⁵⁰ Als oberste Prämisse für solche Zusammen-schlüsse im Bereich der klinischen Medizin wurde die Versorgung der Kranken po-

¹⁵⁴⁶ UAG, Abteilung für Erziehungswissenschaften, Karton 37: Senat I-Z 1967-71: Niederschrift über die Sitzung des Senats (22. April 1970).

¹⁵⁴⁷ Gesetz über die Universitäten des Landes Hessen (Universitätsgesetz) vom 12. Mai 1970 (GVBl. I S. 324).

¹⁵⁴⁸ Vgl. ebd.

¹⁵⁴⁹ Vgl. ebd. S. 333: Als einzige Möglichkeit, auf diesen einzuwirken, konnten sie dem Landeskuratorium eine eigene Stellungnahme zukommen lassen.

¹⁵⁵⁰ Ebd.

stuiert.¹⁵⁵¹ Die Verwaltung derselben lag in den Händen des Direktoriums, bestehend aus den Hochschullehrern des jeweiligen Zentrums, einem Vertreter der wissenschaftlichen Bediensteten, einem Studenten und einem weiteren Bediensteten. Aus diesem Kreis sollte auch der geschäftsführende Direktor gewählt werden. Das Gesetz räumte die Zuordnung von kommunalen, gemeinnützigen und anderen geeigneten Krankenanstalten zum Fachbereich ein.¹⁵⁵²

Aufgrund der massiven Änderungen, die das neue Gesetz für die Leitung der ehemaligen Medizinischen Fakultät bedeutete, erklärte Dekan Habermann am 29. Mai 1970 seinen Rücktritt. Obgleich Habermann die neue Regelung, sprich die Kongruenz von Dekan und Direktor, der zugleich mit präsidentialen Funktionen ausgestattet sein sollte, begrüßte, habe er sich für Forschung und Lehre und nicht für die Hochschulpolitik entschieden, wie er seinen Entschluss gegenüber dem Rektor begründete.¹⁵⁵³

Zu Beginn des Sommersemesters konstituierte sich eine Kommission aus Lehrstuhlinhabern, die sich mit den Fragen der zukünftigen Struktur auseinandersetzte.¹⁵⁵⁴

Doch im Juli 1971 war noch immer keine Substruktur beschlossen worden, weshalb man sich hinsichtlich der Leitung der Seminare am Erlass des Kultusministers vom 3. August 1970 und den Änderungs- und Ergänzungserlassen orientieren wollte.¹⁵⁵⁵

Die exzeptionelle Stellung der Humanmedizin wurde im Laufe der Zeit noch weiter durch Sonderentwicklungen in Strukturfragen verfestigt, was eine gewisse Organi-

¹⁵⁵¹ Vgl. ebd.

¹⁵⁵² Vgl. ebd. S. 334.

¹⁵⁵³ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 9: Hessisches Hochschulgesetz 4: Schreiben Habermanns an den Rektor (29. Mai 1970).

¹⁵⁵⁴ Alle Professoren sollten demnach die Möglichkeit haben, ihre Wünsche hinsichtlich der künftigen Zusammenarbeit zu äußern. Dabei, so meinte Hermann in einem Schreiben an Dengler, dem Vorsitzenden der Kommission für Substrukturierung des Gesamtbereichs, sei eine solche Aufteilung der Fakultät in Departments anzustreben, die möglichst vielen sachlich gut durchdachten Wünschen gerecht werde. Eigler aus der Hals-Nasen-Ohren-Klinik schlug daraufhin ein klinisches Department Gesichtsschädel vor, worunter er die Spezialfächer Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde, die Augenheilkunde und die Zahnheilkunde subsumiert wissen wollte. Als Department für die Forschung sollten sich seines Erachtens die Fächer Augenheilkunde, Anatomie und Pathologische Anatomie zusammenschließen.

Als weiteres Beispiel unter einer Vielzahl sei hier stellvertretend noch auf die Radiologie verwiesen. Als Vorschlag stand die Einrichtung eines Radiologischen Zentrums, das sich aus mehreren Abteilungen konstituieren sollte, zur Diskussion. Diese Lösung eignete sich nämlich bestens, alle radiologischen Einrichtungen der Fakultät organisatorisch und personell zusammenzufassen. (Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 26: Departments-Struktur der Medizinischen Fakultät).

¹⁵⁵⁵ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 32: Personalstruktur: Aktennotiz über das mit den Dekanen der Fachbereiche stattgefundene Informationsgespräch über die sich aus dem Übergang von den Fakultäten auf Fachbereiche ergebenden Fragen (23. Juli 1971).

sationsunruhe evozierte.¹⁵⁵⁶ Eine solche stellte sich besonders virulent nach dem Erlass des Kultusministers im Oktober 1972 ein, in dem er verfügte, die Medizinischen Zentren in Abteilungen zu untergliedern, dabei aber fachliche Differenzierungen zu beachten. Die Abteilungen sollten nicht mehr als 100 Betten umfassen. Die koordinierende Verantwortung für die Abteilung wurde dem Abteilungsleiter innerhalb des Rahmens, der durch die Befugnisse des geschäftsführenden Vorstandes bzw. Direktors des medizinischen Zentrums / der ständigen Betriebseinheit abgesteckt war, übertragen.¹⁵⁵⁷ Die verschiedenen Meinungen hinsichtlich dieser Substrukturierung der Zentren gingen anscheinend so weit auseinander, dass die Fachbereichskonferenz keinen Beschluss fassen konnte, obgleich die Satzungskommission alternative Vorschläge erarbeitet hatte. Als Konsequenz wandte sich der Dekan schließlich an den Kultusminister mit der Bitte, seine Vorstellungen diesbezüglich auf dem Erlasswege zu formulieren.¹⁵⁵⁸

4.2.4.5 Die Überlegungen in den anderen Fakultäten

Am 19. Mai 1969 war die Interfakultative Fachbereichskonferenz an die Fakultäten mit der Bitte herangetreten, Vorschläge hinsichtlich der Bildung von Fachbereichen zu unterbreiten. Dabei sollten sie verschiedene Kriterien, die in Fragen konzentriert waren, berücksichtigen: An prominenter Stelle stand die Frage hinsichtlich der Bindung durch staatlich geregelte Ausbildungs- bzw. Prüfungsordnungen bzw. durch berufsbezogene Ausbildungsgänge. Der Frage nach der optimalen Kooperation in Forschung und Lehre folgte die nach den Konsequenzen der geplanten Fachbereichsgliederung auf die existierenden Promotions- und Habilitationsordnungen. Schließlich wurde auch thematisiert, wie man die Arbeitsfähigkeit der künftigen Fachbereichskonferenz erreichen könne. Eine durchschnittliche Größe von 24 Mitgliedern wurde von der Kommission als praktikabel erachtet. Von der Abteilung für Erziehungswissenschaften und den Naturwissenschaften erbat sie additiv eine Stellungnahme, wie die Grundwissenschaften und die Fachdidaktiken der Abteilung für Erziehungswissenschaften mit den entsprechenden Disziplinen der Philosophischen und Naturwissenschaftlichen Fakultät zusammengefasst werden sollten. An die Me-

¹⁵⁵⁶ Vgl. Dienstbach, Ingo; Kübel, Klaus; Stieger, Hartmut: Skizzen zur neueren Entwicklung der Justus-Liebig-Universität (1968 bis zur Gegenwart). In: 1607-1982. 375 Jahre Universität Gießen. Geschichte und Gegenwart. S. 228.

¹⁵⁵⁷ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 47: Struktur des Fachbereiches Humanmedizin 1971-1973: Erlass des Hessischen Kultusministers. (Oktober 1972).

¹⁵⁵⁸ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 47: Struktur des Fachbereiches Humanmedizin 1971-1973: Brief des Dekans Staudinger an den Hessischen Kultusminister (26. Juni 1973).

dizinische, die Veterinärmedizinische und die Landwirtschaftliche Fakultät trat man mit der Frage heran, ob ein Fachbereich Haushalt und Ernährungswissenschaft gebildet werden sollte.¹⁵⁵⁹

Da die Abteilung für Erziehungswissenschaften im Bezug auf die Neuordnung des Universitätsstudiums für eine erziehungswissenschaftliche und fachdidaktische Ausbildung für das Lehramt aller Schulstufen und Schulformen gleichermaßen plädierte, stellte die vorgeschlagene Fachbereichsgliederung auch sie vor ein besonderes Problem, das es in zahlreichen Diskussionen zu lösen galt. Auf die Anfrage reagierte die Abteilung für Erziehungswissenschaften daher mit verschiedenen Vorschlägen¹⁵⁶⁰: Das erste Modell sah eine Zusammenfassung der Seminare / Institute der Abteilung in zwei Fachbereiche – nämlich den der Pädagogischen Grundwissenschaften und den der Fachdidaktiken – vor. Aus dem Lehr- und Forschungsauftrag resultiere die Notwendigkeit einer engen Kooperation, weshalb der Zusammenschluss dieser beiden Fachbereiche zu einer Fachbereichsgruppe (Fakultät) als geboten erschien. Problematisch stellte sich auch die Zuordnung einiger Didaktiken zu fachwissenschaftlichen Fachgebieten dar, da sich ihre fachlichen Anteile aus Inhalten unterschiedlicher Fachwissenschaften konstituierten.¹⁵⁶¹ Demgegenüber intendierte das zweite Modell die Integration der Fachdidaktiken in die jeweils neu zu schaffenden Fachbereiche und die Zusammenfassung der Lehrstühle für Grundwis-

¹⁵⁵⁹ Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Interfakultative Fachbereichskonferenz. 1969-1970: Interfakultative Kommission für Fachbereichsfragen an Dekane und Ratsvorsitzenden (19. Mai 1969).

¹⁵⁶⁰ Das Seminar für Erziehungs- und Bildungswesen der Abteilung für Erziehungswissenschaften, das Erziehungswissenschaftliche Seminar, das Institut für Pädagogische Forschung der Philosophischen Fakultät sowie das Institut für Arbeits-, Berufs- und Wirtschaftspädagogik der Philosophischen Fakultät sollten zu einem gemeinsamen Fachbereich zusammengefasst werden. Einen weiteren Fachbereich sollte das Seminar für Pädagogische Psychologie und das Institut für Programmiertes Lernen der Abteilung für Erziehungswissenschaften gemeinsam mit dem Institut für Psychologie der Philosophischen Fakultät konstituieren. Schließlich schlug man vor, aus dem Seminar für Soziologie der Erziehung und dem Seminar für Politische Bildung der Abteilung für Erziehungswissenschaften zusammen mit dem Seminar für Wissenschaft von der Politik und dem Soziologischen Seminar der Philosophischen Fakultät einen gemeinsamen Fachbereich zu bilden.

Von 21 Hochschullehrern votierten 11 für den Zusammenschluss der didaktischen Seminare bzw. Institute zu einem Fachbereich „Didaktische Wissenschaften“. Der Rest sprach sich zugunsten einer Eingliederung der didaktischen Seminare/Institute in die aus der Philosophischen und Naturwissenschaftlichen Fakultät neu zu bildenden Fachbereiche aus. (Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Interfakultative Fachbereichskonferenz. 1969-1970: Brief des Vorsitzenden des Rats der Abteilung für Erziehungswissenschaften, Desselberger, an den Rektor und die Dekane (13. Juni 1969)).

¹⁵⁶¹ Als Argument wurde in die Waagschale geworfen, dass beide Fachbereiche aufgrund ihrer Berufsbezogenheit mit den korrespondierenden Lehr- und Forschungsaufträgen einen Funktionszusammenhang bedingten. Zudem befürchtete man eine ungenügende Berücksichtigung des Zusammenhangs zwischen Fachdidaktik und Fachwissenschaft. (Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 3: Schriftwechsel Universitäten und Hochschulen: Stellungnahme zur Gliederung der Abteilung für Erziehungswissenschaften in Fachbereiche (ohne Angabe)).

senschaften und Didaktiken zu einer „erziehungswissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft“. Die Herstellung einer engeren Verbindung der Fachdidaktiken mit den jeweiligen Fächern und der freie Austausch der Didaktiken untereinander in der erziehungswissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft wurden als Vorteile evaluiert. Als möglicherweise problematisch sahen die Erziehungswissenschaftler das traditionelle Übergewicht der Fachvertreter in den einzelnen Fachbereichen an, da daraus resultieren konnte, dass die Belange der Didaktiker nicht gleichberechtigt angesehen würden.¹⁵⁶²

Als Schlussfolgerung ergab sich für die Abteilung, die Errichtung eines erziehungs- und unterrichtswissenschaftlichen Zentrums im Falle der Eingliederung der Abteilung für Erziehungswissenschaften vom Gesetzgeber zu fordern. Dieses sollte aus Vertretern der Erziehungswissenschaften und Fachdidaktiken gleichermaßen zusammengesetzt sein und u. a. bei der Bildung und Zusammensetzung der fachdidaktischen Arbeitsgruppen mitwirken.^{1563 1564}

Da noch weiterhin Redebedarf bestand, wurde die Fachbereichsdiskussion im Rat der Abteilung für Erziehungswissenschaften fortgesetzt. Generell herrschte aber Konsens darüber, dass eine Organisationsform für die gemeinsame Ausbildung aller Lehrer das erklärte Ziel sein müsse.¹⁵⁶⁵ Hatte die Philosophische Fakultät in ihrer

¹⁵⁶² Diesem Punkt wollte man mittels eines Zusatzes präventiv begegnen. (Vgl. UAG, Abteilung für Erziehungswissenschaften, Karton 3: Frankfurt 1961-1971: Stellungnahme des Rates der Abteilung für Erziehungswissenschaften der Justus-Liebig-Universität zur Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes, hier: Beratung der Abteilung für Erziehungswissenschaften über Fachbereiche (Sitzung vom 31. Juli 1968)).

Als Konsequenz wurde die Vernachlässigung des erziehungswissenschaftlichen Auftrages, also eine mangelnde Berücksichtigung des Zusammenhangs von Fachdidaktik und Erziehungswissenschaften, befürchtet. (Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 3: Schriftwechsel Universitäten und Hochschulen: Stellungnahme zur Gliederung der Abteilung für Erziehungswissenschaften in Fachbereiche (ohne Angabe)).

¹⁵⁶³ Vgl. UAG, Abteilung für Erziehungswissenschaften, Karton 20: Protokolle 1968-1969: Justus-Liebig-Universität, Abteilung für Erziehungswissenschaften: Stellungnahme zur Gliederung der Abteilung für Erziehungswissenschaften in Fachbereiche (ohne Angabe).

¹⁵⁶⁴ Bereits im Vorfeld, während einer außerordentlichen Ratssitzung, die der Besprechung des Referentenentwurfs zum neuen Hessischen Hochschulgesetz dienen sollte, hatte man für ein solches mit dem Argument votiert, dass bei einer solchen Atomisierung das Berufsfeld Lehrer durch die Bildung eines solchen Zentrums berücksichtigt werden müsse, was noch stärker auf Lehrer abgestellt sein sollte. Man war sich einig darüber, dass die Einwirkung der gemeinsamen erziehungswissenschaftlichen Aufgabe und die Sicherung der Unterrichtsforschung durch feste gesetzliche Vorschriften notwendig sei. Nochmals verlieh die Abteilung ihrer Forderung am 7. Juli 1970 in einem Antrag Nachdruck. Für den Fall der Aufgliederung der Abteilung für Erziehungswissenschaften in grundwissenschaftliche und fachdidaktische Fachbereiche werde die Kooperation zwischen didaktischen, grundwissenschaftlichen und fachwissenschaftlichen Fachbereichen von wissenschaftlichen Zentren – entsprechend § 26 – geregelt. (Vgl. UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 31: Fachbereiche, Hochschulgesetz. 1968-1971: Antrag der Abteilung für Erziehungswissenschaften der Justus-Liebig-Universität vom 7. Juli 1970).

¹⁵⁶⁵ Vier fachdidaktische Bereiche sprachen sich für und elf gegen eine Integration der fachdidaktischen Seminare bzw. Institute in die Fachbereiche aus. Dagegen wurden keinerlei Bedenken gegen-

Sitzung am 27. Juni mehrheitlich die Einbeziehung der Fachdidaktiken der Abteilung für Erziehungswissenschaften in die Fachbereiche 9-11 abgelehnt¹⁵⁶⁶, wurde dann letztendlich in der Sitzung des Senats vom 8. Juli 1970 der Beschluss gefasst, die Fachdidaktiken der Abteilung für Erziehungswissenschaften in die entsprechenden Fachbereiche zu integrieren. Damit allerdings war die Auflage, wie angedeutet, verbunden, eine „für die Erfüllung gemeinsamer Aufgaben erforderliche Institution zu schaffen, deren Aufgabenstellung dem zuvor erwähnten Antrag der Abteilung für Erziehungswissenschaften vom 7.7.1970 entspricht.“¹⁵⁶⁷ Die Verabschiedung des Hessischen Universitätsgesetzes vom 12. Mai 1970 bedeutete somit den letzten Schritt bezüglich der strukturellen Entwicklung im interessierenden Zeitraum, da

die Abteilung für Erziehungswissenschaften in neuen Universitätsstrukturen aufging: Die für die Ausbildung von Gymnasial- und Berufsschullehrern zuständigen Institutionen wurden in neuen „grundwissenschaftlichen“ Fachbereichen (...) zusammengeschlossen sowie die Fachdidaktiken mit den Fachwissenschaften in den für die Schulausbildung zuständigen geistes- und naturwissenschaftlichen Fachbereichen zusammengefasst.^{1568 1569}

über einer Integration der grundwissenschaftlichen Seminare in die entsprechenden Fachbereiche angemeldet, wobei allerdings die Frage der Verteilung dieser Seminare in die Fachbereiche noch nicht voll geklärt war. Noch einmal wurde die Bildung didaktischer Fachbereiche ins Zentrum der Überlegungen gerückt. Diese wurden durch die Anregung erweitert, dass der Anschluss an die Erziehungswissenschaft eine Notwendigkeit für die fachdidaktischen Bereiche darstelle. Die Majorität der fachdidaktischen Seminare / Institute erachtete die Lösung als akzeptabel. (Vgl. UAG, Abteilung für Erziehungswissenschaften, Karton 1: Protokolle 1970-1971: Niederschrift über die außerordentliche Sitzung des Rates der Abteilung für Erziehungswissenschaften (14. Januar 1970)). Später im gleichen Jahr plädierte der Rat dann für die Integration der Didaktik-Seminare in die jeweiligen Fachbereiche bzw. Fachwissenschaften. (Vgl. UAG, Abteilung für Erziehungswissenschaften, Karton 37: Senat I-Z 1967-1971: Niederschrift über die Sitzung des Senats (8. Juli 1970)).

¹⁵⁶⁶ UAG, Abteilung für Erziehungswissenschaften, Karton 1: Senat A-H 1966-71: Brief der Philosophischen Fakultät an den Senat der Justus-Liebig-Universität (29. Juni 1970): Die Fakultät konstatierte darin die Notwendigkeit, die Fachbereiche 9 und 11 zu teilen. Im Falle des Einbezuges der Fachdidaktiken erwog man gar eine Fünfteilung.

¹⁵⁶⁷ UAG, Abteilung für Erziehungswissenschaften, Karton 37: Senat I-Z 1967-1971: Niederschrift über die Sitzung des Senats (8. Juli 1970).

¹⁵⁶⁸ Schulz, Manfred: Stätten der Lehrerbildung. In: Carl, Horst; Felschow, Eva-Marie; Reulecke, Jürgen; Rölcke, Volker; Sargk, Corina (Hg.): 400 Jahre Universität Gießen. S. 224.

¹⁵⁶⁹ Diese Integration jedoch stellte eine der schwierigsten Aufgaben im Kontext des Universitätsgesetzes dar. Denn: „Dabei darf es weder für die Lehrerausbildung noch für die übrigen Ausbildungs- und Forschungstätigkeiten der neu zusammengefügt Einheiten zu einer Einschränkung der Leistungsfähigkeit kommen.“ (Meimberg, P.: Thesen zur Gießener Hochschulpolitik. In: Justus-Liebig-Universität Gießen. Mitteilungsblatt des Rektorats Nr. 20 (19. April 1971). S. 1-2. Hier: S. 2). Durch die Institutionalisierung eines Zentrums sollte die Lehrerausbildung aller Stufen stimuliert werden: 1971 diskutierte man daher – basierend auf dem Senatsbeschluss vom 8. Juli 1970 – über die Einrichtung eines unterrichtswissenschaftlichen und eines hochschuldidaktischen Zentrums. Diesem zufolge sollte im Falle einer Zuordnung der Fachdidaktiken der Abteilung für Erziehungswissenschaften zu den entsprechenden Naturwissenschaften und der Philosophischen Fakultät eine Institution geschaffen werden, die die gemeinsamen Aufgaben der Lehrerbildung übernehmen sollte. (Vgl.

Bei den anderen Fakultäten stellten sich weniger Probleme grundsätzlicher Art ein, wie das Beispiel der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät belegt. Schließlich konstatierte der Dekan der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät 1969, dass es sich anböte, die Fakultät in einen Rechts- und einen Wirtschaftswissenschaftlichen Fachbereich aufzugliedern:

Die Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät hat durch ihre Übergangsbestimmungen vom 26.6.1968 bereits eine Untergliederung in die Rechtswissenschaftliche und in die Wirtschaftswissenschaftliche Sektion vorgenommen, insofern wird es keine allzu großen Schwierigkeiten bereiten, die Fakultät in zwei Fachbereiche neu zu gliedern, wenngleich die Zusammenarbeit der beiden Fachbereiche noch der weiteren Erörterung bedürfte.¹⁵⁷⁰

Mit dieser Zweiteilung nämlich würde eine Anpassung an die Ausbildungsgänge vollzogen und eine fachbezogene Kooperation in Lehre und Forschung realisiert; zudem wäre die Voraussetzung für die Arbeitsfähigkeit der Fachbereichskonferenz gegeben. Schließlich könnten die Promotions- und die noch zu erarbeitenden Habilitationsordnungen auf die Fachbereiche übertragen werden. Zu diesem Zeitpunkt war noch nicht diskutiert worden, ob eine weitere Untergliederung sinnvoll sei.¹⁵⁷¹ Schließlich wurde einen Monat später nur in den Wirtschaftswissenschaften die Un-

UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 14: Rektor 1969-1976). Als die Einrichtung von Wissenschaftlichen Zentren im Jahr 1972 im Schwange war, genehmigte der Kultusminister der Justus-Liebig-Universität die folgenden: das Zentrum für Datenverarbeitung, das Strahlencentrum, das Zentrum für kontinentale Agrar- und Wirtschaftsforschung, das Zentrum für Philosophie und Grundlagen der Wissenschaft und das Zentrum für Lehrerbildung. Wie für die anderen genehmigten Zentren war auch dessen Errichtung mit verschiedenen Auflagen verbunden: So mussten die im Zentrum tätigen Hochschullehrer einem Fachbereich angehören, in dessen Rahmen sie auch lehrten. Die Beratung von Organen, Fachbereichen und Studenten, das Ermöglichen von Absprachen und die Anregung von Forschung und Lehre wurden als künftiger Kompetenzbereich definiert. Nach Antrag des Präsidenten der Universität sollten sich mit gemeinsamen Aufgaben an der Lehrerbildung beteiligten Fachbereiche befassen, was – wie der Kultusminister folgerte – bedeutete, dass zunehmend die Aufgaben der Schul- und Unterrichtsforschung über das Zentrum organisiert und abgewickelt werden müssten. Von Friedeburg betonte in diesem Kontext folgende Aufgaben: Interdisziplinäre Forschung und Lehre, Hochschuldidaktik bezüglich der wissenschaftlichen Berufsausbildung des Lehrers und interdisziplinäre Dienstleistung. (Vgl. UAG, Abteilung für Erziehungswissenschaften, Karton 31: Kultusminister 1971-1973: Brief von Friedeburgs an den Präsidenten der Justus-Liebig-Universität (16. März 1972).

¹⁵⁷⁰ UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Erlasse des Kultus-, Finanz- und Justizministers. 1965-1971: Herrn Hessischen Kultusminister: Stellungnahme der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät vom 17. Oktober 1968 (21. Oktober 1968).

¹⁵⁷¹ Vgl. UAG, Abteilung für Erziehungswissenschaften, Karton 37: Fakultäten, interfakultative Seminare und Institute 1961-1971: Brief des Dekans der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, Alewell, an Rektor und Dekane, betr.: Anfrage der Interfakultativen Kommission für Fachbereichsfragen vom 19. Mai 1969 zur Bildung von Fachbereichen.

tergliederung in Volks- und Betriebswirtschaftslehre diskutiert.¹⁵⁷² Obgleich von der Interfakultativen Fachbereichskommission Bedenken hinsichtlich der Größenordnung geltend gemacht wurden, wollte die Fakultät jedoch an einer Zweiteilung festhalten.¹⁵⁷³

Die Veterinärmedizinische Fakultät erwog einen Gesamtbereich Veterinärmedizin. Zur Begründung zog sie die Ausbildung auf ein klar definiertes Ausbildungsziel hin heran. Um eine zeitgerechte Lehre garantieren zu können, sollten Unterricht und Forschung kausal verknüpft sein. Trotz des Senats-Beschlusses vom 12. Februar 1970, der eine Untergliederung in vier Fachbereiche vorsah¹⁵⁷⁴, sollte diesem ursprünglichen Ansinnen schließlich Rechnung getragen werden.¹⁵⁷⁵

Die Landwirtschaftliche Fakultät plante zunächst eine Aufgliederung in die Fachbereiche Ernährung, Agrar- bzw. Nahrungsproduktion und Ernährungswissenschaft und Haushalt.¹⁵⁷⁶ Nach einem Gespräch mit dem Kultusminister jedoch mussten die Pläne revidiert und neue Überlegungen angestellt werden, da die Aufteilung die einzelnen Fachbereiche so groß hätte werden lassen, dass die Fachbereichskonferenzen kaum noch arbeitsfähig gewesen wären. Um den ihr zugewiesenen Aufgaben gerecht zu werden und gleichzeitig auf Veränderungen, die aufgrund von naturwissenschaftlicher, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Dynamik zu erwarten waren, reagieren zu können, wollte sich die Fakultät an den drei Grundfunktionen, auf denen die Ernährungswissenschaft künftig aufbauen würde, orientieren: der Produktion von Nahrung, der Verteilung der Nahrungsgüter und der Ernährung selbst. Der Bereich der Nahrungsproduktion sei nochmals aufzugliedern in Tier- und Pflanzenproduktion.¹⁵⁷⁷

¹⁵⁷² Vgl. UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 35: Aufgliederung der Naturwissenschaftlichen Fakultät in Fachbereiche. 1968-70: Protokoll über die Sitzung der Interfakultativen Kommission für Fachbereichsfragen (20. Juni 1969).

¹⁵⁷³ Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Fakultätssitzungen: Einladungen und Protokolle. 1965-1971: Protokoll der öffentlichen Sitzung der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät am 4. Februar 1970.

¹⁵⁷⁴ Nämlich in die Fachbereiche Vorklinische Veterinärmedizin, Klinische Veterinärmedizin, Paraklinische Veterinärmedizin und Veterinärhygiene. (Vgl. UAG, Landwirtschaftliche Fakultät, Karton 48: Rektor Schriftwechsel 1969-1971: Entwurf einer Fachbereichsgliederung nach dem Beschluß des Senats vom 12. Februar 1970).

¹⁵⁷⁵ Vgl. Der Hessische Kultusminister: Verordnung über die Bildung der Fachbereiche an den Universitäten vom 12. März 1971. In: Justus-Liebig-Universität Gießen. Mitteilungsblatt des Rektorats Nr. 20 (19. April 1971). S. 3f.

¹⁵⁷⁶ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 8: Hessisches Hochschulgesetz 2: Brief der Landwirtschaftlichen Fakultät an Rektor in gleicher Angelegenheit (12. Juni 1969).

¹⁵⁷⁷ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 9: Hessisches Hochschulgesetz 3: Zur Neugliederung der Landwirtschaftlichen Fakultät in Fachbereiche (14. Januar 1970).

Nach der Verabschiedung des Hessischen Hochschulgesetzes beantragte die Fakultät im Juni 1970 eine Veränderung der bisherigen Fachbereichsgliederung im Fachbereich „Pflanzliche Erzeugung, Umweltforschung“. An dessen Stelle sollten die Fachbereiche „Angewandte Biologie“ und „Umweltsicherung“ vorzusehen sein. Aufgrund der wachsenden Bedeutung des Gebiets der Umweltsicherung erachtete man es für sinnvoller, die sich darauf spezialisierten Institute aus dem bisherigen Fachbereich „Pflanzliche Erzeugung“ herauszulösen – zumal dies dem Kultusminister entgegenkommen würde.¹⁵⁷⁸

Basierend auf der Intention, die Agrarwissenschaften in den größeren Kontext der Naturwissenschaften, „die den Gegebenheiten der Praxis entsprechend, nicht mehr der Erzeugung von Nahrungsrohstoffen als einen gesonderten Bereich, sondern die Nahrungsversorgung des Menschen als Ganzes sehen einordnen zu wollen“, fiel im Sommer 1970 letztlich die Entscheidung zugunsten der drei Hauptgebiete Nahrungswissenschaften, Haushaltswissenschaften, Umweltsicherung.¹⁵⁷⁹

Hatte die Philosophische Fakultät noch am 11. Juni 1969 vorgeschlagen, die Fakultät in die Fachbereiche Geschichte, Psychologie, Gesellschaftswissenschaften, Erziehungswissenschaften und Sprach- und Literaturwissenschaften und Philosophie zu untergliedern¹⁵⁸⁰, änderte sie in den nachfolgenden Tagen sehr zügig nochmals ihre Meinung und erwog nunmehr eine Einteilung in die Fachbereiche Grundwissenschaften, Historisch-Soziologisch-Politische Wissenschaften und Sprach- und Literaturwissenschaften. Die Interfakultative Kommission für Fachbereichsfragen erörterte am Beispiel der Philosophie die Problematik der Fachbereichszuordnung.¹⁵⁸¹ Nachdem die Fakultät eine Integration der Fachdidaktiken in die Fachbereiche 9 und 11 abgelehnt hatte, erachtete sie die Teilung derselben für notwendig. Der Fachbereich 9 sollte in die Fachbereiche „Geschichte“ und „Altertumswissenschaften“ und der Fachbereiche 11 in die Fachbereiche „Germanistik“ und „Anglistik, Romanistik, Slavistik, Arabistik“ untergliedert werden. Für die Eventualität,

¹⁵⁷⁸ UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 31: Fachbereiche, Hochschulgesetz 1968-1971: Brief Dekan Waßmuts an den Rektor, betr.: Antrag der Landwirtschaftlichen Fakultät auf Änderungen der bisherigen Fachbereichsgliederung (15. Juni 1970): Auch sollte der Fachbereich 19 eine Namensänderung erfahren.

¹⁵⁷⁹ Vgl. UAG, Landwirtschaftliche Fakultät, Karton 8: Erhaltung der Fakultät 1969-1971: An den Erfordernissen der Praxis orientiert: Modell für die Fachbereichsgliederung an der Landwirtschaftlichen Fakultät. Agrar- und Ernährungswissenschaften gehen im Bereich „Nahrungswissenschaft“ auf. In: Gießener Anzeiger vom 1. Juli 1970.

¹⁵⁸⁰ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 8: Hessisches Hochschulgesetz 2: Brief des Dekans der Philosophischen Fakultät an Rektor und Dekane (11. Juni 1969).

¹⁵⁸¹ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 8: Hessisches Hochschulgesetz 2: Protokoll der Sitzung der Interfakultativen Kommission für Fachbereichsfragen am 20. Juni 1969.

dass der Senat die Einbeziehung der Fachdidaktiken in die jeweiligen Wissenschaftsgebiete beschließen sollte, plädierte die Philosophische Fakultät für eine Fünfteilung, die durch Teilung der Fachbereiche 9 und 11 in „Geschichte“, „Altertumswissenschaft“, „Germanistik“, „Anglistik“ und „Romanistik, Slavistik, Arabistik“ realisiert werden sollte.^{1582 1583}

Schließlich entstanden aus der Philosophischen Fakultät insgesamt die folgenden neun Fachbereiche: Gesellschaftswissenschaften, Erziehungswissenschaften, Kunstpädagogik, Musikwissenschaft und Sportwissenschaft, Psychologie, Religionswissenschaften, Geschichtswissenschaften, Germanistik, Anglistik und Sprachen und Kulturen des Mittelmeerraumes und Osteuropas.¹⁵⁸⁴

Nachdem die Naturwissenschaftliche Fakultät¹⁵⁸⁵ zwischenzeitlich die Zusammenziehung von Physik und Mathematik bzw. von Physik und Chemie zu weniger größeren Fachbereichen diskutiert hatte, setzte sich schließlich der Vorschlag einer Aufteilung in fünf Fachbereiche – nämlich Biologie, Chemie, Erdwissenschaften, Mathematik und Physik – durch¹⁵⁸⁶, den Pieckert bereits in der Stellungnahme zum Referentenentwurf im Oktober 1968 in Betracht gezogen hatte.¹⁵⁸⁷ Zu diesem Zeit-

¹⁵⁸² Vgl. UAG, Abteilung für Erziehungswissenschaften, Karton 1: Senat A-H 1966-1971: Brief der Philosophischen Fakultät an den Senat der Justus-Liebig-Universität, betr.: Fachbereichsgliederung (29. Juni 1970).

¹⁵⁸³ Am 6. Oktober 1970 jedoch stellte Marquard nochmals einen Antrag zur Revision des Senatsbeschlusses zur Bildung eines Fachbereichs „Altertumswissenschaft und Kunstwissenschaft“. Darin postulierte er die Professuren der Klassischen Philologie und Vergleichenden Sprachwissenschaft dem schon vorgeschlagenen Fachbereich „Romanistik, Slavistik, Arabistik“ und die Professuren der Monumentenfächer dem schon vorgeschlagenen Fachbereich „Geschichte“ zuzuordnen. Schließlich bestand seine dritte Forderung in der Zusammenfassung der Professuren Kunsterziehung, Musikerziehung und Werkerziehung zu einem musischen Fachbereich. (Vgl. UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 31: Fachbereiche, Hochschulgesetz. 1968-1971: Odo Marquard, Philosophische Fakultät, an Rektor und Senat, betr.: Senatssitzung am 14. Oktober 1970, hier: Antrag auf Revision des Senatsbeschlusses vom 7. August 1970 zum Vorschlag der Bildung eines Fachbereichs „Altertumswissenschaft und Kunstwissenschaft“ (6. Oktober 1970)).

¹⁵⁸⁴ Vgl. Moraw, Peter: Kleine Geschichte der Universität Gießen. S. 259.

¹⁵⁸⁵ Bemerkenswert erscheint, dass die Naturwissenschaftliche Fakultät bereits im Jahr 1965 Überlegungen anstellte, die Fakultät in Abteilungen zu untergliedern. – Als Vorbild dienten dafür die neuen Universitäten, die partiell sogar die Fakultäten gänzlich durch Abteilungen ersetzten. (Vgl. UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 39: Dekane der Fachbereiche, Studentenförderung, Nachwuchsförderung u. a. 1951-1973: Brief Hanles an den Dekan der Naturwissenschaftlichen Fakultät (15. Dezember 1965): So konstatierte der Direktor des Physikalischen Instituts in einem Brief an den Dekan, dass man schon vor Jahren die Idee des Departments aufgegriffen habe. (Vgl. UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 63: Fakultätssitzungen. Zusammensetzung des Institutsrates: Brief des Direktors des Physikalischen Instituts der Universität Gießen an Dekan der Naturwissenschaftlichen Fakultät (21. Februar 1969).

¹⁵⁸⁶ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 8: Hessisches Hochschulgesetz 2: Brief der Naturwissenschaftlichen Fakultät an den Rektor und die Dekane (9. Juni 1969).

¹⁵⁸⁷ Vgl. UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 31: Fachbereiche, Hochschulgesetz 1968-1971: Brief des Dekans der Naturwissenschaftlichen Fakultät: Stellungnahme zur Gliederung in Fachbereiche (1. August 1968); Brief des Dekans der Naturwissenschaftlichen Fakultät, Pickert, an den Rektor, betr.: Stellungnahme zum Referentenentwurf des Universitätsgesetzes (22. Oktober 1968).

punkt war es der Fakultät wichtig gewesen, dass sie als loser Zusammenschluss der fünf Fachbereiche bestehen bleiben sollte. Um die erforderliche Kooperation der fünf Fachbereiche zu garantieren, hatte man 1968 auch noch die Zuständigkeit der Fakultät für Habilitationen, Berufungen sowie Koordinierung von Studienplänen, Prüfungsordnungen und Lehrveranstaltungen gefordert. Auch als gemeinsames Prüfungsamt sollte sie weiter bestehen. Mit Ausnahme der Mathematik wies der Dekan auf die Heterogenität der Fachbereiche hin, die der Arbeitsfähigkeit als kleinste Selbstverwaltungseinheiten entgegenwirke.¹⁵⁸⁸

Schließlich erfuhr die am 5. Mai 1970 veröffentlichte vorläufige Gliederung der Fachbereiche im Herbst desselben Jahres nochmals eine Änderung. Mit der Schaffung eines „Bereichs Humanmedizin“ durch das neue Hessische Universitätsgesetz wurden die verschiedenen Überlegungen hinsichtlich einer gänzlich neuen Struktur der Medizinischen Fakultät, wie bereits ausgeführt, tatsächlich obsolet. Nur die Ernährungswissenschaftlichen Institute I und II sollten im Fachbereich Ernährungswissenschaft mit anderen Instituten verbunden werden. Die im Februar vorgesehene Aufgliederung der Veterinärmedizinischen Fakultät in mehrere Fachbereiche wurde durch den neuen Votrschlag ebenfalls obsolet.¹⁵⁸⁹ Im Fachbereich „Angewandte Genetik und Leistungsphysiologie der Tiere“ sollten zwei aus der Veterinärmedizinischen Fakultät ausgegliederte Lehrstühle mit dem Lehrstuhl für Tierzucht und Haustiergenetik vereint werden. In Bezug auf die Abteilung für Erziehungswissenschaften entschied man sich für eine Integration der Fachdidaktiken in die jeweiligen aus der Philosophischen oder Naturwissenschaftlichen Fakultät zu bildenden Fachbereiche. Schließlich wurde eine Umstrukturierung auf Wunsch des Kultusministers in den Fachbereichen realisiert, die aus der Landwirtschaftlichen Fakultät hervorgingen. Damit sollte der Weg für eine neue Schwerpunktbildung geebnet werden. Um eine enge Kooperation zwischen den philosophischen Disziplinen zu fördern, wurden Philosophie und Wissenschaftstheorie in einem Wissenschaftlichen Zentrum zusammengefasst. Nicht abschließend geklärt worden waren zum einen die

¹⁵⁸⁸ Vgl. UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 31: Fachbereiche, Hochschulgesetz 1968-1971: Brief des Dekans der Naturwissenschaftlichen Fakultät: Stellungnahme zur Gliederung in Fachbereiche (1. August 1968): Zur Wahrnehmung der laufenden Geschäfte müsse der Fachbereich Beauftragte benennen, deren Kompetenzen klar definiert sein sollten. Berechtigte Sorgen machte man sich um die Gewährleistung langfristiger Forschungsaufgaben und deren Finanzierung. Als weitere Forderungen findet der Rezipient die Vertretung der Wissenschaftlichen Zentren im Senat und die Vertretung aller Fachbereiche in jeder der drei Gruppen des Konzils entsprechend ihrer Größe.

¹⁵⁸⁹ Vgl. Neuer Vorschlag zur Fachbereichsgliederung der Justus-Liebig-Universität. In: Justus-Liebig-Universität Gießen. Mitteilungsblatt des Rektorats Nr. 15 (15. Oktober 1970). S. 1-3. Hier: S. 1.

Zuordnung der theologischen Lehrstühle und zum anderen die der kunstwissenschaftlichen und kunstpädagogischen.¹⁵⁹⁰

Durch Verordnung vom 31. März 1971 erklärte der Hessische Kultusminister die ausgearbeitete Fachbereichsstruktur¹⁵⁹¹ für verbindlich, was so viel bedeutete, als dass nun die Fachbereiche aufgebaut werden sollten. Rektor Meimberg forderte daher alle Universitätsmitglieder auf, die „Vorbereitungen zu den in diesem Semester stattfindenden Fachbereichswahlen in allen beteiligten Gruppen zügig zu treffen und sich an den Wahlen vollzählig zu beteiligen.“¹⁵⁹² Schließlich gab Rektor Meimberg Anfang des Jahres 1971 in einem Rundschreiben bekannt, dass die Fachbereiche nach dem Zusammentritt der Fachbereichskonferenzen und der Wahl der Dekane in ihre Zuständigkeiten eintraten. Als Grundeinheiten für Forschung und Lehre sollten sie nun die Aufgaben der bisherigen Fakultäten, Institute und Seminare übernehmen. Institute, Seminare und Kliniken sollten bis zur Entscheidung über ihre innere Gliederung der Fachbereiche wie ständige Betriebseinheiten behandelt werden.¹⁵⁹³

Einer der letzten Schritte auf dem Weg der Realisierung der neuen Organisationsstruktur war die Klärung des Status’ der zentralen universitären Einrichtungen durch die Bildung von wissenschaftlichen Zentren: Zu diesem Zwecke sollten das Strahlenzentrum, das Institut für kontinentale Agrar- und Wirtschaftsforschung, das Tropen-Institut, das Hochschulrechenzentrum, das Zentrum für Lehrerbildung, das Zentrum für regionale Entwicklungsforschung und das Zentrum für Philosophie und Grundlagen der Wissenschaft errichtet werden.¹⁵⁹⁴

¹⁵⁹⁰ Vgl. ebd.

¹⁵⁹¹ Es handelte sich um die Fachbereiche Humanmedizin, Rechtswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Gesellschaftswissenschaften, Erziehungswissenschaften, Sportwissenschaft und Kunst-erziehung, Psychologie, Religionswissenschaften, Geschichtswissenschaften, Germanistik, Anglistik, Romanistik, Slawistik und Arabistik, Mathematik, Physik, Chemie, Biologie, Angewandte Biologie, Angewandte Genetik und Leistungsphysiologie der Tiere, Veterinärmedizin, Ernährungswissenschaften, Nahrungswirtschaft- und Haushaltswissenschaften, Umweltsicherung, Geowissenschaften und Geographie. (Vgl. Der Hessische Kultusminister: Verordnung über die Bildung der Fachbereiche an den Universitäten vom 12. März 1971. In: Justus-Liebig-Universität Gießen. Mitteilungsblatt des Rektorats Nr. 20 (19. April 1971). S. 3f.). Auffällig daran ist, dass die Philosophische und Naturwissenschaftliche Fakultät – nicht nur in Gießen – die stärkste Aufgliederung erfuhren. Vor diesem Hintergrund liegt die Vermutung nahe, dass wohl die Fakultäten mit dem größten Politisierungspotential sicherheitshalber zerschlagen wurden.

¹⁵⁹² Vgl. Meimberg, P.: Fachbereiche lösen Fakultäten ab. Neue Struktur soll schnell funktionsfähig werden. In: Justus-Liebig-Universität. Mitteilungsblatt des Rektorats Nr. 20 (19. April 1971). S. 1.

¹⁵⁹³ Vgl. UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 14: Rektor 1969-1976: Rundschreiben des Präsidenten Meimberg an Dekane der Fachbereiche, betr.: Vollzug des Universitätsgesetzes, hier: Änderung von Zuständigkeiten nach Zusammentritt der Fachbereichskonferenzen: Zur Erledigung der Arbeit des Fachbereichs wurde eine Inspektorenstelle oder eine Angestelltenstelle der Vergütungsgruppe Vc zur Verfügung gestellt. Die Prüfungsordnungen sollten so lange bestehen bleiben, bis neue beschlossen und genehmigt würden. Weitere Bemerkungen zum Prüfungswesen folgten.

¹⁵⁹⁴ Vgl. UAG, Landwirtschaftliche Fakultät, Karton 48: Schriftwechsel Rektor 1969-1971: Brief des Präsidenten (31. März 1971).

4.3 Demokratisierung

4.3.1 Einleitung

Wie bereits angedeutet avancierte das Schlagwort der „Demokratisierung“ der Hochschule zur zentralen Aussage innerhalb des Diskurses um die Hochschulreform, wirkte das Postulat nach mehr Mitsprachemöglichkeiten für die akademischen Gruppen der Assistenten, Nichthabilitierten, Wissenschaftlichen Mitarbeiter und Studenten schon bald als Initialzündung für hitzige Wortgefechte und Auseinandersetzungen, da deren Ausgestaltung kontrovers diskutiert wurde. Auch an der Justus-Liebig-Universität stößt man, wie im folgenden Kapitel zu zeigen sein wird, auf eine ambivalente Situation, herrschten auch hier genauso wenig ausschließlich beharrende oder ausschließlich reformorientierte Tendenzen vor. Wie die Ausgangssituation an einer einzigen Universität aussah, wie dort die Diskussionen ausgetragen wurden, auf welche Argumente rekurriert wurde, welche Gruppen sich durchsetzten und damit schließlich die Verhältnisse des universitären Alltags bestimmten, soll ein Blick auf die Mikroebene verdeutlichen.

4.3.2 Erste Schritte auf dem Weg zur „Demokratisierung“

Ein erster Hinweis auf das Thema „Demokratisierung“ datiert aus dem Jahr 1966: In diesem Jahr ließen bereits einige Fakultäten infolge des neuen Hochschulgesetzes, das erstmals den Senat auch partiell für Nichthabilitierte und Studenten öffnete, noch vor Inkrafttreten der neuen Satzung die Nichthabilitierten und die Studentenvertreter zu den Fakultätssitzungen zu. So dokumentiert beispielsweise das Protokoll der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultätssitzung die erstmalige Begrüßung zweier Nichthabituierter und Studentenvertreter.¹⁵⁹⁵ Im Juli 1966 beschloss auch die Landwirtschaftliche Fakultät, noch vor Verabschiedung der Universitätsatzung, einen Vertreter der Versammlung der Nichthabituierter an den Fakultätssitzungen teilnehmen zu lassen.¹⁵⁹⁶

In der Naturwissenschaftlichen Fakultät hatte der Biologe und Botaniker Boguslawski¹⁵⁹⁷ 1966 den Antrag gestellt, einen zu wählenden Vertreter der Nichthabili-

¹⁵⁹⁵ Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Fakultätssitzungen. Einladungen und Protokolle 1965-1971: Protokoll der Sitzung der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät vom 15. Juli 1966.

¹⁵⁹⁶ Vgl. UAG, Landwirtschaftliche Fakultät, Karton 19: Fakultätssitzungen 1964-1967: Protokoll der Fakultätssitzung vom 19. Juli 1966: In der gleichen Sitzung stimmte die Fakultät zu, einem Studentenvertreter – mit Ausnahme von bestimmten Verhandlungsgegenständen – die Teilnahme an den Fakultätssitzungen zu gewähren.

¹⁵⁹⁷ Eduard von Boguslawski (1905-1999) hatte in Halle und Königsberg Naturwissenschaften studiert und seine Ausbildung mit der Promotion abgeschlossen. 1936 habilitierte er sich an der Univer-

tiertenversammlung an den Fakultätssitzungen teilnehmen zu lassen. Dort erhob sich auch während der Fakultätssitzung am 25. Mai 1966 kein Einspruch, als es um die zukünftige Teilnahme von Assistentenvertretern während der Fakultätssitzungen ging. Auch im darauf folgenden Jahr lassen sich reformfreundliche Tendenzen in dieser Fakultät eruieren: In diesem Kontext erscheint der Brief Weyls an den Dekan der Fakultät bemerkenswert, in dem er darauf hinwies, dass die Versammlung der Nichthabilitierten gemäß § 31, Absatz 2 des Hochschulgesetzes Vertreter in die universitären Kollegialorgane entsende, darin jedoch kein Ausschlusskatalog bezüglich bestimmter Verhandlungspunkte aufgeführt werde. Vor diesem Hintergrund war es für ihn unverständlich, dass die Vertreter der Versammlung der Nichthabilitierten partiell von Fakultätsverhandlungen ausgeschlossen werden bzw. ihnen beispielsweise bei Habilitationen keine Mitwirkungsmöglichkeiten eingeräumt werden sollten. Diesen Aspekt wünschte er daher in der nächsten Sitzung zu erörtern¹⁵⁹⁸. Im Februar des gleichen Jahres regte Weyl daher erneut in der naturwissenschaftlichen Fakultätssitzung an, Vertreter der Nichthabilitierten nicht länger von den Fakultätssitzungen auszuschließen.¹⁵⁹⁹

Zwei Jahre später wurde in der Naturwissenschaftlichen Fakultät sogar ein Antrag gestellt, Wissenschaftliche Räte und Professoren zu Mitdirektoren des I. Physikalischen Instituts zu ernennen – womit dem Institut eine gewisse Sonderstellung zukam.¹⁶⁰⁰ In einem Schreiben an den Landtag im November 1969 traten die Hochschullehrer dieser Fakultät explizit – wenn auch, um weiterreichenden Regelungen präventiv zu begegnen – zugunsten einer Mitsprache und Mitentscheidung der wissenschaftlichen Mitarbeiter entsprechend ihrer Qualifikation ein.¹⁶⁰¹ Dabei beließ

sität Breslau. Schließlich erhielt er 1948 einen Lehrstuhl für Ackerbau und Pflanzenzüchtung an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Gießen, wo ihm zugleich die Leitung des landwirtschaftlichen Forschungsinstituts übertragen wurde. In den Jahren 1951 bis 1953 bekleidete er das Amt des Rektors. Sein Forschungsschwerpunkt lag auf den Stoffwechselvorgängen in den Pflanzen. Ihn interessierten besonders die Möglichkeiten der Ertragssteigerung durch chemische Stoffe. 1974 wurde Boguslawski schließlich emeritiert. (Vgl. Eduard von Boguslawski. In: Internationales Biographisches Archiv 18 (1965) vom 26. April 1965).

¹⁵⁹⁸ Vgl. UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 39: Dekane der Fachbereiche, Studienförderung, Nachwuchsförderung 1951-1973: Brief Professor Weyls an den Dekan der Naturwissenschaftlichen Fakultät (19. Januar 1967).

¹⁵⁹⁹ Vgl. UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 45: 1. April 1966 bis 31. März 1967: Protokoll der Sitzung der Naturwissenschaftlichen Fakultät am 2. Februar 1967.

¹⁶⁰⁰ Vgl. UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 63: Fakultätssitzungen. Zusammensetzung des Institutsrates: Brief des Direktors des Physikalischen Instituts der Justus-Liebig-Universität an den Dekan der Naturwissenschaftlichen Fakultät (21. Februar 1969): Als Argumente führte der Direktor des Physikalischen Instituts an, dass die Departmentstruktur forciert, indem sie auch korporativ etabliert werden sollte.

¹⁶⁰¹ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 14: Hessisches Hochschulgesetz (Borsche): Brief der Hochschullehrer der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Gießen an die Mitglieder des

man es jedoch nicht: Im Dezember des gleichen Jahres intendierte die naturwissenschaftliche Engere Fakultät sogar der Weiteren Fakultät zwei Reformversuche zu unterbreiten, wofür man die Genehmigung des Rektors einholte. Zum einen wollte man dieser vorschlagen, dass jeder Berufungskommission künftig ein Akademischer Mitarbeiter angehören sollte. Zum anderen sollte die Engere Fakultät um – entsprechend den fünf Fachschaften der Naturwissenschaftlichen Fakultät – jeweils fünf Vertreter der studentischen Fachschaften und fünf Vertreter der Akademischen Mitarbeiter mit Stimmrecht ergänzt werden.¹⁶⁰²

Die Satzung von 1968, die aufgrund des Hochschulgesetzes von 1966 nötig geworden war, hatte schließlich eine Beteiligung von zwei Nichtordinarien und zwei Nichthabilitierten im Senat, die jeweils von der Versammlung oder dem Rat der Nichtordinarien bzw. Nichthabilitierten gewählt werden sollten, fixiert. Zwei Studenten wurde ebenfalls das Recht gewährt, am Senat zu partizipieren.¹⁶⁰³ Im Bezug auf die Zusammensetzung des Großen Senats, der neben der Wahl des Rektors und der Konrektoren Änderungen der Universitätssatzung initiieren konnte und auch die Rechenschaftsberichte des Rektors entgegennahm, verfügte das Regelwerk:

4. Vertreter der Nichtordinarien und der Nichthabilitierten; von den Versammlungen oder Räten der Nichtordinarien und der Nichthabilitierten sind so viele Vertreter zu wählen, dass die Zahl der Nichtordinarien im Großen Senat ein Drittel, die Zahl der Nichthabilitierten ein Fünftel der Zahl der Lehrstuhlinhaber erreicht;
5. Studentenvertreter; von der Studentenschaft sind nach Maßgabe ihrer Satzung so viele Vertreter zu bestellen, dass ihre Zahl ein Sechstel der Zahl der Lehrstuhlinhaber erreicht.¹⁶⁰⁴

Auch dem Verwaltungsrat, dem obersten Organ der Wirtschafts- und Personalverwaltung, sollten neben dem Rektor, dem Kanzler und drei Lehrstuhlinhabern ein Nichtordinarius, ein Wissenschaftlicher Mitarbeiter und ein Student angehören.¹⁶⁰⁵

Hessischen Landtages (29. November 1969): Die pauschale Übertragung von Verantwortung auf Gruppen, denen die nötige Sachkenntnis fehle, wollten die Naturwissenschaftler verhindern. Der Gesetzentwurf fördere nämlich durch diese Tendenz einen Gruppenegoismus, der zu fruchtlosen Diskussionen über sachfremde Probleme und zu einem Leistungsverfall führe. Stattdessen verlegten sich die Hochschullehrer auf die Strategie, durch gewisse Zugeständnisse das Maß an Mitbestimmung durch die anderen akademischen Gruppen in den von ihnen gewünschten Grenzen zu halten.

¹⁶⁰² Vgl. UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 33: Kanzler 1961-1970: Brief des Dekans Schraub an Rektor und Kanzler der Justus-Liebig-Universität (9. Dezember 1969).

¹⁶⁰³ Vgl. Satzung der Justus-Liebig-Universität in Gießen. In: Amtsblatt des Hessischen Kultusministers 21 (1968). S. 225-269. Hier: S. 242.

¹⁶⁰⁴ Ebd. S. 246.

¹⁶⁰⁵ Vgl. ebd. S. 247.

Auf Fakultätsebene entsandten die Nichtordinarien drei, die Nichthabilitierten und die Studenten jeweils zwei Repräsentanten in die Engere Fakultät.¹⁶⁰⁶ Die Gießener Universität sei damit bezüglich der Demokratisierung, wie Rektor Weyl konstatierte, anderen Universitäten, die noch immer in der Beratungsphase steckten, ein Stück voraus.¹⁶⁰⁷

4.3.3 Der Testfall: Anstaltsrat oder: Innovationen auf dem Papier versus Geisteshaltungen

Auch die Initiierung eines Anstalts- bzw. Institutrates, der schließlich durch § 87 in der Gießener Satzung verankert wurde, erweckt den Eindruck einer reformfreundlichen Atmosphäre, wagte man doch damit, der Zusammenarbeit auf Institutsebene eine neue Basis zu geben¹⁶⁰⁸:

- (1) An jeder wissenschaftlichen Anstalt, an der mehr als fünf Universitätslehrer und Nichthabilitierte tätig sind, wird ein Anstaltsrat gebildet. Ihm gehören unter Vorsitz des (geschäftsführenden) Direktors an: alle an der Anstalt tätigen Universitätslehrer, die Abteilungsleiter, auch wenn sie keine Universitätslehrer sind, sowie mindestens zwei Vertreter der Nichthabilitierten. Die Zahl dieser Vertreter erhöht sich in Anstalten mit mehr als zwanzig Nichthabilitierten auf mindestens drei.¹⁶⁰⁹

Ihm sollte die Aufgabe zufallen, das allgemeine Forschungsprogramm der Anstalt festzulegen und für die entsprechende Förderung Sorge zu tragen. Die Etablierung dieser neuen Institution war für die Fragestellung nach der Demokratisierung von

¹⁶⁰⁶ Vgl. ebd. S. 252.

¹⁶⁰⁷ Vgl. Felschow, Eva-Marie; Lind, Carsten; Busse, Neill: Krieg – Krise – Konsolidierung. S. 151.

¹⁶⁰⁸ Bemerkenswert erscheint die Tatsache, dass am Botanischen Institut bereits seit 1961 regelmäßig wöchentlich eine Besprechung stattfand, an der Dozenten und planmäßige Assistenten partizipierten. – Fallweise wurden sogar zu dieser Zeit bereits Studenten und technische Mitarbeiter herangezogen. Bereits vor der Institutionalisierung des Institutsrats existierte also eine ähnliche Einrichtung am Botanischen Institut. (Vgl. UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 63: Fakultätssitzungen: Zusammensetzung des Institutsrates: Brief des Direktors des Botanischen Instituts, Denffer, an den Dekan der Naturwissenschaftlichen Fakultät (11. Februar 1969)).

¹⁶⁰⁹ Vgl. Satzung der Justus-Liebig-Universität in Gießen. In: Amtsblatt des Hessischen Kultusministers 21 (1968). S. 258. In: Amtsblatt des Hessischen Kultusministers 21 (1968). Der Anstaltsrat sollte das allgemeine Forschungsprogramm der Anstalt fixieren und in regelmäßigen Anständen zusammentreten. Für jede wissenschaftliche Anstalt sollte zudem eine Anstaltsordnung erlassen werden, an deren Ausgestaltung der Anstaltsrat, bei den Bestimmungen über die Anstaltsbenutzung durch die Studenten auch ein Fachschaftsvertreter beteiligt sein sollte. § 89 thematisierte die Verfahrensweise in Bezug auf Veröffentlichungen von wissenschaftlichen Arbeiten.

größter Signifikanz, da dadurch den jüngeren Wissenschaftlichen Mitarbeitern ein bedeutendes Mitspracherecht zugestanden wurde.¹⁶¹⁰

Ein gründlicher zweiter Blick auf den Gesamtkontext relativiert jedoch den ersten Eindruck etwas, wie beispielsweise die Stellungnahme eines naturwissenschaftlichen Vertreters für Anorganische und Analytische Chemie demonstriert. Darin spricht sich dieser dezidiert gegen das Modell des Anstaltsrates, das die Akademischen Mitarbeiter vorgelegt hatten, aus und führt die Rahmenordnung, die dem § 87 der Universitäts-Satzung widerspreche, als Begründung an. Seinen Unmut erregte das Recht des Anstaltsrates zu Personalfragen Stellung zu nehmen, ihm Einsicht in den Schriftverkehr der Anstalt zu gewähren und die Verpflichtung der Direktoren, den Anstaltsrat über alle Verhandlungen, die das Institut betrafen, zu unterrichten.¹⁶¹¹ Die Äußerungen gipfelten in folgender, sehr bezeichnender Feststellung:

Ich erlaube mir abschließend die Bemerkung, dass mit der vorliegenden Rahmenordnung versucht wird, Rechte der Ordinarien einschneidend zu beschränken, die ihnen bei ihrer Berufung als Direktor eines Instituts seinerzeit de facto und de jure zugesichert wurden, ohne dass entsprechende Pflichten übernommen werden können.[...] Denn aus verständlichem Grund liegt ja die Verantwortung für den Unterricht, die Ausbildung der Mitarbeiter, die Einhaltung von Sicherheitsbestimmungen etc. nach wie vor beim Institutsdirektor. Ich bitte Sie, die Fakultät zu fragen, inwieweit die Naturwissenschaftliche Fakultät der Universität Gießen gewillt ist, die unzumutbare Rahmenordnung zu akzeptieren.¹⁶¹²

Genauso wie die Verfasser des „Marburger Manifests“ macht sich auch der Gießener Ordinarius das Argument des „höheren Sachverstandes“ hier zueigen, um die

¹⁶¹⁰ Wie man sich einen solchen Institutsrat in der Naturwissenschaftlichen Fakultät nun tatsächlich vorstellen muss, beschreibt Weyl in einem Brief an den Dekan: Dieser konstituierte sich im Geologisch-Paläontologischen Institut aus dem Institutsdirektor, drei habilitierten Institutsangehörigen, den Wissenschaftlichen Assistenten bzw. Verwaltern von Assistenten-Stellen. Zwei Studenten sollten künftig mit beratender Stimme an den Sitzungen, die während des Semesters alle vier bis sechs Wochen einberufen wurden, partizipieren. (Vgl. UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 63: Fakultätssitzungen. Zusammensetzung des Institutsrats: Brief Weyls an den Dekan der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Justus-Liebig-Universität (13. Februar 1969)). Vgl. Weyl, R.: Neue Satzung der Justus-Liebig-Universität in Kraft. In: Justus-Liebig-Universität- Mitteilungsblatt des Rektors Nr. 1 (16. April 1968). S. 1-3. Hier: S. 3.

¹⁶¹¹ Vgl. UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 63: Akademische Mitarbeiter. Anstalts- und Institutsrat: Brief von Prof. Dr. R. Hoppe an den Dekan der Naturwissenschaftlichen Fakultät (15. Juli 1968).

¹⁶¹² Ebd.

tradierten autoritären Strukturen zu verteidigen.^{1613 1614} Obgleich man sich also durchaus auf Reformen einließ, sollte sich das Ausmaß der Demokratisierung jedoch in klar abgesteckten Grenzen bewegen; darüber hinaus war man nicht gewillt, weitere Konzessionen, wie beispielsweise an die Akademischen Mitarbeiter, zu machen.¹⁶¹⁵

Aber solch ein Einwand war keineswegs singulärer Natur, wie ein Brief des Prodekans aus dem gleichen Jahr an die Mitglieder der Wirtschaftswissenschaftlichen Sektion beweist. Darin artikuliert dieser nämlich nachdrücklich seine Bedenken gegenüber der geplanten Zusammensetzung der Fachbereichskonferenz. § 28, 1 nämlich hätte zur Folge gehabt, dass eine absolute Mehrheit von Studenten und Wissenschaftlichen Mitarbeitern zustande kommen konnte, wenn diese Gruppen Verstärkung von nur einem Privatdozenten erhalten würden und damit über Berufungsvorschläge und die Zuweisung von Räumen, Personalstellen und Sachmitteln beliebig entscheiden könnten. Additiv betonte der Wirtschaftswissenschaftler Woll ebenfalls das Faktum, dass Nichtpromovierten und -habilitierten dadurch eine Entscheidungsbefugnis in Promotions- und Habilitationsverfahren eingeräumt werde, ohne selbst entsprechend qualifiziert zu sein. Als Fazit konstatierte er: „Es scheint mir sachlich geboten, daß entweder die Beteiligungsverhältnisse auf die Art der Entscheidung abgestellt oder Negativkataloge eingeführt werden.“¹⁶¹⁶

Trotz solcher Innovationen wie der des Anstaltsrates rief die Satzung bei der studentischen Gruppe, die vehement für ein höheres Maß an Demokratisierung an der Justus-Liebig-Universität eintrat und bereits den Satzungsentwurf für nicht weit rei-

¹⁶¹³ Vgl. Berger, Joachim: Die Demokratisierung der Universitäten. In: Regensburger Universitätszeitung 5 (1969) Nr. 5. S. 5.

¹⁶¹⁴ Noch im Vorfeld der Verabschiedung der neuen Hochschulgesetzgebung 1970 rekurrten die Rektoren der vier hessischen Hochschulen unisono auf diese Argumentationslinie: Hinsichtlich der Organisation von Forschung durch Universitätsorgane könnten Entscheidungen nur von Personen getroffen werden, die entsprechend qualifiziert seien. Eine weitere Interdependenz zwischen Qualifikation und Partizipation postulierten sie bezüglich des Prüfungswesens und auch bezüglich Berufungs- und Ernennungsvorschläge. (Vgl. UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 14: Rektor 1969-1976: Brief der Rektoren an die Mitglieder des Hessischen Landtags (29. April 1970): Erklärung der Rektoren der hessischen Universitäten zur Hochschulgesetzgebung).

¹⁶¹⁵ Aber auch vonseiten der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät wurden Bedenken gegenüber dem Modell eines Anstaltsrates nach dem Entwurf des Rates der Akademischen Mitarbeiter angemeldet, so dass man ihn nicht als Ausgangspunkt für die Anstalts- bzw. Seminarordnungen der Fakultät heranziehen wollte. – So stünden, laut Mallmann, einige Regelungen des Modells im Widerspruch zur Satzung; zudem postulierte er bezüglich verschiedener Aspekte eine genauere Differenzierung. (Vgl. UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 63: Akademische Mitarbeiter. Anstalts- und Institutsrat: Brief Professor Dr. Walter Mallmann an Rektor der Justus-Liebig-Universität (8. Juli 1968)).

¹⁶¹⁶ UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Neues Hochschulgesetz 1968-1974: Brief des Prodekans der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät an die Mitglieder der Wirtschaftswissenschaftlichen Sektion (14. Oktober 1968).

chend genug klassifiziert hatte, eher Kritik als Begeisterung hervor. Ihres Erachtens entsprach die Satzung in wesentlichen Grundzügen nicht den von „studentischer Seite vorgetragenen Forderungen nach Demokratisierung und Reformierung der Hochschulen.“¹⁶¹⁷ Postulate, wie die nach Transparenz und qualifizierter Mitbestimmung, sahen sie darin schlichtweg ignoriert. Nicht nur die studentische Repräsentanz, sondern auch die öffentliche Kontrolle der Kollegialorgane sei durch die Satzung nicht garantiert.¹⁶¹⁸ – Ein Blick jedoch auf das Ausmaß der studentischen Beteiligung im Vergleich zu den anderen hessischen Universitäten lässt die Unzufriedenheit nachvollziehbarer werden: An der Technischen Hochschule Darmstadt hatte man eine studentische Beteiligung an den satzungsgebenden Versammlungen von 14,3 Prozent und in Marburg gar eine von 20 Prozent realisiert.¹⁶¹⁹ Im Vergleich dazu muten die 4,1 Prozent an der Justus-Liebig-Universität doch eher marginal an.

Nach der Genehmigung der Satzung durch den Kultusminister war die Enttäuschung der Studenten über die verwirkte Chance des Jahres 1968 groß; hatten doch alle Bemühungen nicht gefruchtet: Noch wenige Tage zuvor hatte der Konvent der Abteilung für Erziehungswissenschaften nochmals den Versuch unternommen, den Kultusminister mittels eines Telegramms umzustimmen. Doch bereits zu diesem Zeitpunkt konnte man nur noch „alia iacta“ vermelden, wurde dieser Appell zum „Sturm im Wasserglas“ wie die Gießener Allgemeine sie charakterisierte. So konnte die Studentenschaft nur noch nachträglich öffentlich konstatieren: „Diese Satzung ist außerordentlich unbefriedigend im Sinne einer Reform und Demokratisierung unserer Universität“¹⁶²⁰, denn die von studentischer Seite aus vorgetragenen Forderungen hinsichtlich qualifizierter Mitbestimmung und Öffentlichkeit waren ihrer Meinung nach nicht berücksichtigt worden, die Ordinarienuniversität vielmehr fest etabliert worden. Von 21 Senatsmitgliedern kamen allein 14 aus den Reihen der Ordinarien; lediglich das letzte Drittel konstituierte sich neben dem Kanzler aus jeweils zwei Nichtordinarien, zwei Nichthabilitierten und zwei Studenten. Im Großen Senat bliebe den Studenten lediglich „andächtiges Zuhören“, da es ihnen dort überhaupt nicht möglich sei, Einfluss zu nehmen. Als Konsequenz forderten sie in

¹⁶¹⁷ UAG, Medizinische Fakultät, Karton 11: Senatssitzungen ab 1967/68: INFO Sonderausgabe (vermutlich 10. Mai 1968).

¹⁶¹⁸ Vgl. ebd.

¹⁶¹⁹ Vgl. Schütte für Fünftel-Beteiligung der Studenten. In: Hochschuldienst XXI (9. Februar 1968) Nr. 3. S. 10.

¹⁶²⁰ Vgl. Pragmatische Erkenntnisse. In: Gießener Allgemeine Zeitung vom 3. Februar 1968.

ihrem Gegenentwurf eine stärkere Beteiligung der Studentenschaft nach dem Modus 40 Ordinarien : 20 Nichtordinarien : 20 Nichthabilitierten : 20 Studenten. Zudem war im Änderungsentwurf die Öffentlichkeit der Verhandlungen in den universitären Organen vorgesehen.¹⁶²¹ Neu waren die Vorschläge für eine Beteiligung der Studentenschaft im Ausschuss für Fragen des wissenschaftlichen Nachwuchses.¹⁶²² Diese Forderungen wirken im Vergleich zu den von ihnen im Vorfeld des Diskussionsabends am 30. April 1968 vertretenen gemäßigter: In der Stellungnahme zu dieser Veranstaltung forderte die Studentenschaft die Drittelbeteiligung der Studenten an allen beratenden und beschließenden Gremien der Hochschule und die grundsätzliche Aufhebung aller so genannter „Negativkataloge“ von Fragen, bei deren Diskussion eine studentische Präsenz bisher nicht zugelassen war. Schließlich plädierten sie für die generelle Öffentlichkeit aller beratenden und beschließenden Gremien. Da die Realisierung inhaltlicher Reformen der Kooperation in geeigneten Kommissionen bedurfte, hatten sie zum einen an den Senat appelliert, eine Hochschulreformkommission auf Basis gewählter und paritätischer Vertretung von Professoren, Assistenten und Studenten sofort einzuberufen und zum anderen an die Fakultäten, auch solche Maßnahmen hinsichtlich der Bildung von Studienreformkommissionen auf Fakultätsebene zu ergreifen.¹⁶²³ Bemerkenswert klingt die Argumentation, mit der die Studentenschaft die Forderungen suchte zu stützen:

Die Zeit drängt. Wenn die Hochschule nicht *h e u t e* zu ihrer Selbstreform fähig ist, wird sie morgen den kärglichen Rest ihrer wohlverstandenen Autonomie gegenüber den Eingriffen wissenschaftsfeindlicher staatlicher Verwaltungsbeschlüsse verlieren.

Jetzt aus „ständischen“ oder ressentimenthaften Vorbehalten schnelle und tiefgreifende Entscheidungen zu verzögern, bedeutet Verantwortungslosigkeit gegenüber der Gesellschaft, zu deren fortschrittlicher Entwicklung die Hochschule entscheidend beizutragen hat.¹⁶²⁴

¹⁶²¹ Diese Forderung war im Analysezeitraum neu. (Vgl. Meyer, Joachim-Ernst: Öffentlichkeit – Mitbestimmung. Was bedeuten sie für die Hochschulreform? In: Georgia Augusta. Hochschulpolitik. Forschungsberichte. Universitätschronik. Mai 1969. S. 2-3).

¹⁶²² Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 18: Studienreform: Satzung der Justus-Liebig-Universität. Kritik und Änderungsvorschläge der Studentenschaft (ohne Angabe).

¹⁶²³ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 22: Studenten Allgemeines 1967-1970: Studentenschaft der Justus-Liebig-Universität Gießen – Allgemeiner Studentenausschuss: Die Zeit drängt! Die Selbstreform der Hochschule muss J E T Z T beginnen (Stellungnahme des AStA zum Diskussionsabend am 30. April 1968).

¹⁶²⁴ Ebd. Im Mai 1968 forderte die Fachschaft Rechtswissenschaft neben der Öffentlichkeit der Sitzungen des Studentenparlaments, des Allgemeinen Studentenausschusses und aller Universitätsgremien – „ohne dadurch zur Frage der Drittelbeteiligung der Studentenschaft negativ Stellung zu nehmen“ – gar, dass künftig kein Studentenvertreter allein in einem universitären Gremium vertreten sein sollte. Damit wollte man den durch die hohe Fluktuation der Studenten entstehenden Nachteile entgegenwirken und zugleich die Unterlegenheit derselben gegenüber den durch jahrelange Gre-

Um den Forderungen Nachdruck zu verleihen, beschloss das Studentenparlament eine Partizipation an einer Hochschulreformkommission, die nicht mindestens 30 Personen umfasste, die nicht mit 1/3 Beteiligung der Studenten einberufen würde und die nicht öffentlich berate, abzulehnen.¹⁶²⁵ Dennoch wurde im Kontext der Einsetzung der Hochschulgesetzeskommission die Studentenschaft gebeten lediglich drei Vertreter und Stellvertreter zu nominieren¹⁶²⁶, weshalb das Studentenparlament diese daraufhin tatsächlich nicht beschickte. „Von den Studierenden blockiert, löste sich die Kommission bereits nach einem Jahr wieder auf, ohne Erhebliches zu ihrem eigentlichen Daseinszweck beigetragen zu haben.“¹⁶²⁷

Als schließlich der Große Senat im Februar 1969 die Drittelparität in den Entscheidungsgremien der Universität verwarf, war dies dann schließlich Anlass genug für rund 30 linksextreme Studenten – in der Majorität SDS-Mitglieder – sich im Vorzimmer des Rektors niederzulassen und denselben zu einer Diskussion herauszufordern. Nachdem der Rektor seine Bereitschaft signalisiert hatte, zu einem späteren Zeitpunkt mit ihnen zu diskutieren, beendeten sie nach drei Stunden ihre Aktion.^{1628 1629}

mientätigkeit geschulten Professoren kompensieren. Da die Interessen der Studenten aus verschiedenen Fakultäten genauso unterschiedlich wie die der Professoren seien, ging ihre zweite Forderung dahingehend, dass, wie die Professoren, aus jeder Fakultät auch jeweils ein Student in den Senat entsandt werden sollte. (= durchgestrichen in Akte) Des Weiteren beanstandete die Fachschaft, dass am Ausschuss für Fragen des wissenschaftlichen Nachwuchses nach der Universitätssatzung und im Rechtsausschuss des Senats faktisch keine Studentenvertreter partizipierten. Da Artikel 60 der Hessischen Verfassung und § 35 des HHG verfügte, dass in allen Selbstverwaltungsorganen der Universitäten Studentenvertreter mit Stimmrecht sitzen sollten, forderte man vom Rektor als Rechtsaufsichtsbehörde dieses Recht unverzüglich wiederherzustellen. (Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Fakultätssatzung 1964-1968: Studentenschaft der Justus-Liebig-Universität, KdöR, Fachschaft Rechtswissenschaft: Antrag (angenommen von der Fachschaftsversammlung am 8. Mai 1968)).

¹⁶²⁵ Vgl. UAG, Abteilung für Erziehungswissenschaften, Karton 37: Senat I-Z 1967-1971: Niederschrift über die Sitzung des Senats am 19. Juni 1968.

¹⁶²⁶ Vgl. ebd.

¹⁶²⁷ Felschow, Eva-Marie; Lind, Carsten; Busse, Neill: Krieg – Krise – Konsolidierung. S. 159.

¹⁶²⁸ Vgl. Dost, Frank; Schmidt, Gerhard: Rektorat nicht gestürmt. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. Februar 1969. In diesem Kontext ebenfalls zu erwähnen, ist der Sachverhalt, dass sich mehrere hundert Studenten als Reaktion auf diese Aktion in der Universitätsaula versammelten und diese mehrheitlich verurteilten.

¹⁶²⁹ Bemerkenswerterweise hatten die Studenten internalisiert, dass grundsätzliche Neuerungen nur in Kooperation aller universitären Gruppen zu erzielen waren. Die alte Ordinariatenuniversität könne nicht durch isolierte Aktionen neu ausgerichtet werden. Diese Einsicht wollte man den Akademischen Mitarbeitern mittels der Solidarisierung im Streik für eine neue Personalstruktur vermitteln. Auch wenn man nicht mit allen Zielen der Akademischen Mitarbeiter d'accord ging, so hielt man die Forderung nach einer neuen Personalstruktur für gerechtfertigt. (Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Studentenschaft, Fachschaften. 1965-1973: Protokoll der 8. Studentenparlaments-Sitzung vom 27. Januar 1970: So hieß es: „Unser Streikziel muß sein, den akademischen Mitarbeitern bewusst zu machen, daß isolierte Aktionen einzelner universitärer Gruppen nicht ausreichen, grundsätzliche Neuerungen für die Hochschule zu erreichen. Allein gemeinsame

Doch nicht nur von studentischer Seite wurde die Demokratisierung der Gießener Universität forciert. Auch andere Gruppen meldeten sich zu Wort: Vor dem Hintergrund der Expansion der Studentenzahlen auf der einen Seite und der Ausweitung der Forschungseinrichtungen auf der anderen Seite, postulierte beispielsweise der Rat der Nichthabilitierten die Entwicklung neuer Strukturprinzipien auf dem Boden der Tradition. Aufgrund der Expansion der Studentenzahlen könnte nämlich nun die Lehrtätigkeit nicht mehr alleine von habilitierten Hochschullehrern wahrgenommen werden. Aus Effizienzgründen sei die Arbeit in kleinen Gruppen zu präferieren, die aber nur durch die Beteiligung einer großen Anzahl qualifizierter Mitarbeiter zu realisieren sei. In ihrem Bereich sei diesen jedoch Selbstständigkeit und Sicherheit zu gewähren – zumal sie wichtige Funktionen wie die Vermittlung von Grundlagen übernähmen. Vehement wurde die oftmals unter der Hand praktizierte Delegation von Lehrtätigkeiten der Ordinarien an abhängige Mitarbeiter verurteilt.

Die Tätigkeit der Assistenten ist für das Funktionieren von Forschung und Lehre unumgänglich notwendig. Ihre Funktion hat sich weitgehend verselbständigt und kann nicht mehr durch eine vertrauensvolle wissenschaftliche Interdependenz zwischen Lehrstuhlinhaber und Mitarbeiter charakterisiert werden. Sowohl Lehr- als auch Forschungstätigkeit geschehen häufig in recht großer Selbstständigkeit. Diese Änderung der Funktion hat bisher keine Entsprechung in dem Status der Assistenten gefunden.¹⁶³⁰

Aus der Funktionsanalyse resultierten für den Rat der Nichthabilitierten verschiedene Folgerungen: Vorrangig fordern sie für die Akademischen Mitarbeiter stärkere Partizipationsmöglichkeiten an der akademischen Selbstverwaltung in allen Gremien – eine zu den der Nichtordinarien-Versammlungen der anderen hessischen Hochschulen kongruente Forderung.¹⁶³¹ Die tatsächliche Beteiligung an Forschung und Lehre, so eine weitere Forderung, müsse deutlich erkennbar sein. Um die Abhängigkeit vom Lehrstuhlinhaber zu reduzieren, empfahl der Rat der Nichthabilitier-

Aktionen der Studenten und der akademischen Mitarbeiter können zu effektiven Ergebnissen führen.“).

¹⁶³⁰ Vgl. UAG, Abteilung für Erziehungswissenschaften, Karton 37: Senat I-Z. 1967-71: Rat der Nichthabilitierten an der Justus-Liebig-Universität (Hg.): Funktion und Status der akademischen Mitarbeiter (Nichthabilitierte, vgl. § 31 Hessisches Hochschulgesetz) an der Justus-Liebig-Universität (März 1968).

¹⁶³¹ Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 6925: Die Vorsitzenden der Nichtordinarien-Versammlungen der Wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen: Gemeinsame Erklärung (20. März 1968).

ten ihre Integration in ein Kollegialorgan. Auch hinsichtlich der Verbesserung der dienstrechtlichen Stellung konnte man konkrete Vorschläge unterbreiten.¹⁶³²

Auch ein Thema, mit dem sich diese universitäre Gruppe zu beschäftigen hatte, war das Ausmaß der Lehrveranstaltungen: So beschloss die Versammlung der Nichthabilitierten in der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät am 22. Mai 1967, „daß außer den Veranstaltungen des Lehrstuhlinhabers keine weiteren Veranstaltungen von den vorhandenen Nichthabilitierten wahrgenommen werden können.“¹⁶³³ Die Fakultät wollte sie bitten, zusätzliche Lehrveranstaltungen erst dann anzubieten, wenn die nötigen personellen Mittel vorhanden sind.¹⁶³⁴

Ähnlich wie den Nichtordinarien war die Anpassung der rechtlichen Stellung an die tatsächliche Funktion in Forschung und Lehre erklärtes Ziel der Akademischen Mitarbeiter. Doch waren sie sich durchaus bewusst, dass diese überfällige Anpassung zum einen nur durch eine universitäre Neuordnung und zum anderen durch beamtenrechtliche Regelungen zu realisieren sei. Gerade von der Änderung der Hessischen Assistentenordnung erhoffte sich der Rat der Akademischen Mitarbeiter daher eine Verbesserung des Status' der Wissenschaftlichen Assistenten.¹⁶³⁵ Wissenschaftlichen Assistenten sollte, ihres Erachtens, prinzipiell die Hälfte ihrer Dienstzeit für ihre eigene wissenschaftliche Arbeit und Ausbildung eingeräumt werden. Der Gießener Rat der Akademischen Mitarbeiter plädierte dafür, den Wissenschaftlichen Assistenten im Rahmen ihrer Dienstaufgaben durch die Fakultäten (Fachbereiche) eine selbstständige Lehrtätigkeit zu übertragen. Doch sollte ihre Lehr- und Unterrichtstätigkeit nicht zwei Wochenstunden übersteigen. Auch traten sie für die

¹⁶³² Vgl ebd.:

- a) „Lektoren für reine Lehrfunktionen in allen Fächern
- b) Abgeordnete Studienräte im Hochschuldienst
- c) Akademische Räte für wissenschaftliche Dauerfunktionen.“

Alternativ zog man die Subsumierung der Studienräte im Hochschuldienst und der Akademischen Räte unter die Kategorie „Akademische Räte“ in Betracht. Damit einhergehend mussten diese Teil des Lehrkörpers im Sinne des Hessischen Hochschulgesetzes werden. Ihr Vorschlag: Wissenschaftliche Angestellte mit Promotion: Angestellte nach BAT IIa mit auf vier Jahre befristete Verträge; Wissenschaftliche Angestellte mit Promotion: Angestellte nach BAT Ib mit unbefristeten Verträgen; Wissenschaftliche Assistenten: Diese Stellen dienen im Wesentlichen der Forschungstätigkeit; Einstellung als Beamte auf Zeit; Wissenschaftliche Hilfskräfte mit Abschluss (auch Doktoranden): Angestellte nach BAT IV a mit auf vier Jahre befristeten Verträgen. (Vgl. UAG, Abteilung für Erziehungswissenschaften, Karton 37: Senat I-Z 1967-1971: Rat der Nichthabilitierten an der JLU (Hg.): Funktion und Status der akademischen Mitarbeiter (Nichthabilitierte, vgl. § 31 Hess. Hochschulgesetz) an der Justus-Liebig-Universität (März 1968)).

¹⁶³³ UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Lehraufträge allgemein 1965-1976: Entschließung der Versammlung der Nichthabilitierten in der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Justus-Liebig-Universität (22. Mai 1967).

¹⁶³⁴ Vgl. ebd.

¹⁶³⁵ Aus diesem Grunde versäumte man es nicht zur Änderung der Paragraphen 5 und 6 Stellung zu nehmen. Konkret sprach man sich für die Änderung des § 5 Absatz 1 Satz 2 aus.

Nennung eines Wissenschaftlichen Mitarbeiters als Mitautor bei Veröffentlichungen ein. Soweit es möglich war, sollten die Beiträge von Wissenschaftlichen Mitarbeitern gekennzeichnet und ihnen ein angemessenes Honorar zugestanden werden.¹⁶³⁶ Erst relativ spät begannen sich die Nichtwissenschaftlichen Bediensteten als universitäre Gruppe zu begreifen und daraus Folgen abzuleiten¹⁶³⁷: So konstituierte sich erst am 1. Dezember 1970 die Versammlung der Nichtwissenschaftlichen Bediensteten, die am 10. Dezember ihren Vorstand wählte.¹⁶³⁸ Zwar stellte das neue Universitätsgesetz für diese Gruppe eine Chance dar, da dem nichtwissenschaftlichen Personal damit erstmals die Möglichkeit gegeben wurde, auf Grundsatzentscheidungen Einfluss zu nehmen: Sie konnten nun bei der Wahl und Abberufung ihres Dienstvorgesetzten mitwirken, auf die Funktionsfähigkeit der Universität mittels Beschlüssen von Satzungen und mittels der vom Konvent zu wählenden Ständigen Ausschüsse Haushaltsangelegenheiten einwirken.¹⁶³⁹ Doch regte sich bereits im Vorfeld der Konventswahlen im Januar 1971, bei denen sie erstmals wahlberechtigt waren, Widerstand in ihren Reihen hinsichtlich des Ausmaßes der Beteiligung: Von den insgesamt 90 Mitgliedern des Konvents sollten sie, die größte Bedienstetengruppe der Universität, lediglich von neun Mitgliedern repräsentiert werden, wohingegen den Hochschullehrern, den Wissenschaftlichen Mitarbeitern und Studenten jeweils 27 Sitze zugestanden wurden.¹⁶⁴⁰ Im Mai 1971 beschloss der Konvent, dass diese Gruppe bis zur endgültigen Regelung durch die Universitätssatzung oder durch die Novellierung des Hessischen Universitätsgesetzes in die Ständigen Ausschüsse, in denen sie nicht repräsentiert war, einen Beobachter mit Rede- und Antragsrecht ent-

¹⁶³⁶ Vgl. UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 66: Hessisches Hochschulgesetz von 1966 und Entwurf für ein neues Hochschulgesetz von 1969 sowie Stellungnahme hierzu; Satzung der Justus-Liebig-Universität 1965-1970: Stellungnahme des Rates der Akademischen Mitarbeiter der Justus-Liebig-Universität zur Änderung der §§ 5 und 6 der Hessischen Assistentenordnung (3. März 1969).

¹⁶³⁷ Bereits 1968 hatten die Personalräte den Antrag auf Aufnahme zweier Vertreter aus ihren Reihen in die Reformkommission gestellt. (UAG, Veterinärmedizinische Fakultät, Karton 24: Rektor, Senat: Sitzungsprotokolle und Einladungen zu Sitzungen. 1955-1969: Antrag der Personalräte der Justus-Liebig-Universität auf Aufnahme von Vertretern des Personals in die Reformkommission (ohne Angabe)).

¹⁶³⁸ Vgl. UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 63: Nichtakademische Bedienstete: Brief des Rektors an die Dekane (14. Januar 1971).

¹⁶³⁹ Vgl. UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 63: Nichtakademische Bedienstete: Flugblatt des Personalrates: Mitbestimmung (ohne Angabe): Um die notwendige Wahlbeteiligung von mindestens 50 Prozent zu erzielen, rief der Personalrat die Nichtakademischen Bediensteten zur Beteiligung an der Wahl zum Konvent auf. Im Falle einer Wahlbeteiligung unter 50 Prozent würde sich nämlich die Vertretung des Nichtwissenschaftlichen Personals von neun auf sieben Sitze verringern. Bei einer Wahlbeteiligung von unter zehn Prozent sollten sogar alle Mandate entfallen.

¹⁶⁴⁰ Vgl. ebd.

senden dürfe.¹⁶⁴¹ Auch auf Fachbereichsebene ließ die vermehrte Beteiligung auf sich warten: Der Fachbereich „Angewandte Biologie“ beispielsweise erörterte erst im Juli 1971 die Erhöhung der Zahl der Vertreter dieser Gruppe. Mit drei Enthaltungen schließlich entschied die Fachbereichskonferenz drei Hospitanten der Nichtwissenschaftlichen Bediensteten zuzulassen.¹⁶⁴² Die Landwirtschaftliche Fakultät begegnete der Forderung ihrer Nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter auf Erhöhung ihrer Vertreter-Anzahl in der Fachbereichskonferenz im Juli 1971 positiv: Drei Herren wurden als Hospitanten aufgenommen. Am 1. Oktober 1971 wurde die Zahl ihrer Vertreter der Fachbereichskonferenz bis zur Erstellung einer neuen Satzung auf zwei erhöht. Auch der Antrag auf Erhöhung der Zahl der Nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter auf die gleiche Zahl wie die der studentischen Vertreter wurde in der gleichen Sitzung angenommen.¹⁶⁴³ Immer wieder wurde in den kommenden Monaten die Diskussion um die Erweiterung der Mitspracherechte der Nichtwissenschaftlichen Bediensteten aktuell.¹⁶⁴⁴ So wollte der Mediziner und Direktor der Klinik für Innere Medizin Hanns-Gotthard Lasch beispielsweise dem „fleißigen Mitarbeiterkreis“ nicht die Beteiligung an der Wahl des Fachbereichsdekans vorenthalten. Deziidiert wies er auf das Missverhältnis zwischen der Zahl der Repräsentanten und der Zahl der Repräsentierten in der Fachbereichskonferenz hin.¹⁶⁴⁵

Am 13. Januar 1972 wurde dann im Vorgriff auf die gemäß § 22 des Hessischen Universitätsgesetzes vom Fachbereich noch zu erlassende Fachbereichssatzung folgender Beschluss einstimmig gefasst: „Die Zahl der Vertreter der weiteren Bediens-

¹⁶⁴¹ Vgl. UAG, Abteilung für Erziehungswissenschaften, Karton 37: Senat I-Z 1967-1971: Niederschrift über die Sitzung des Senats am 8. Juni 1971.

¹⁶⁴² Vgl. UAG, Landwirtschaftliche Fakultät, Karton 23: Sitzungsprotokolle der Fachbereiche 1971-1972: Fachbereich 21: Protokoll der 2. Sitzung der Fachbereichskonferenz „Angewandte Biologie“ am 17. Juli 1971. Am 26. Januar 1972 schließlich wurden zwei weitere stimmberechtigte Mitglieder aus dem Kreis der weiteren Nichtwissenschaftlichen Bediensteten zu den Fachbereichskonferenzen zugelassen – der zweite zumindest für die Zeit der Gültigkeit der Übergangsbestimmungen. (Vgl. UAG, Landwirtschaftliche Fakultät, Karton 23: Sitzungsprotokolle der Fachbereiche 1971-1972: Protokoll der 8. Sitzung der Fachbereichskonferenz „Angewandte Biologie“ am 26. Januar 1972 und Fachbereich 21: Umweltsicherung der Justus-Liebig-Universität: Protokoll der Sitzung der Fachbereichskonferenz am 4. Februar 1972).

¹⁶⁴³ Vgl. UAG, Landwirtschaftliche Fakultät, Karton 23: Sitzungsprotokolle der Fachbereiche 1971-1972: Protokoll der 2. Sitzung der Fachbereichskonferenz im Fachbereich 17 am 1. Oktober 1971.

¹⁶⁴⁴ Vgl. UAG, Landwirtschaftliche Fakultät, Karton 23: Sitzungsprotokolle der Fachbereiche 1971-1972: Protokoll der 8. Sitzung der Fachbereichskonferenz „Angewandte Biologie“ am 26. Januar 1972.

¹⁶⁴⁵ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 36: Fachbereichskonferenzen 1971: Brief Laschs an den Präsidenten (16. Oktober 1971). Der Brief entstand im Kontext der Forderung der weiteren Nichtwissenschaftlichen Bediensteten nach Erhöhung ihrer Repräsentanten von einem auf fünf.

teten in der Fachbereichskonferenz des Fachbereichs [17; CS] beträgt 2.“¹⁶⁴⁶ Im Fachbereich 21 – Umweltsicherung – dagegen wurde der Antrag auf Zulassung eines zweiten Vertreters dieser Gruppe am 4. Februar 1972 geprüft und sogar offiziell abgelehnt.¹⁶⁴⁷

Im gleichen Jahr erklärte der Ständige Ausschuss II die Erhöhung der Vertreter der Nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter in den Fachbereichskonferenzen bei mehr als zehn dem Fachbereich zugewiesenen vollen Stellen für Nichtwissenschaftliche Mitarbeiter um zwei Plätze für gerechtfertigt.¹⁶⁴⁸

4.3.4 Ein weiterer Meilenstein: Die „Vorschaltsatzung“ – Anspruch und Wirklichkeit

Bestand seit Inkrafttreten der Universitätssatzung¹⁶⁴⁹ vom 1. April 1968 die Möglichkeit Anträge auf Satzungsänderung einzubringen, ging die Initiative eines ersten Antrages auf eine solche auf die Gruppe der Gießener Nichtordinarien zurück. Neben der Herstellung der Öffentlichkeit – diese war bereits einige Monate zuvor von studentischer Seite aus generell für die Senats-Sitzungen gefordert und anschließend noch zu diesem Zeitpunkt abgelehnt worden¹⁶⁵⁰ – im Großen und Kleinen Senat erklärten sie als ihr primäres Ziel die Umgruppierung in diesen beiden Organen. Die Forderung nach einer angemessenen Beteiligung von Nichtordinarien und Assistenten an den Honoraren für wissenschaftliche Tätigkeiten stellte einen weiteren Punkt auf ihrer Liste dar.¹⁶⁵¹ In der Sitzung des Senats am 15. Januar 1969 forderte dann auch nochmals der Studentenvertreter die Öffentlichkeit für Sitzungen des Senats und aller anderen Universitätsorgane. Da zusätzliche Anträge erwartet wurden und

¹⁶⁴⁶ Vgl. UAG, Landwirtschaftliche Fakultät, Karton 23: Sitzungsprotokolle der Fachbereiche 1971-1972: Protokoll der 6. Sitzung der Fachbereichskonferenz im Fachbereich 17 am 13. Januar 1972.

¹⁶⁴⁷ Vgl. UAG, Landwirtschaftliche Fakultät, Karton 23: Sitzungsprotokolle der Fachbereiche 1971-1972: Fachbereich 21: Umweltsicherung der Justus-Liebig-Universität: Protokoll der Sitzung der Fachbereichskonferenz am 4. Februar 1972.

¹⁶⁴⁸ Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Rundschreiben des Präsidenten 1972-73: Brief des Präsidenten an die Dekane der Fachbereiche 1-23 (5. Januar 1972): Bei mehr als 40 dem Fachbereich zugewiesenen vollen Stellen für Nichtwissenschaftliche Mitarbeiter sollte die Anzahl ihrer Vertreter in der Fachbereichskonferenz auf drei, bei mehr als 100 auf vier und bei mehr als 250 auf fünf Plätze erhöht werden. Allerdings schloss sich die Verfügung an, dass die Zahl der Nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter ein Fünftel der Zahl der Professoren nicht übersteigen dürfe. Im Einzelfall behielt sich der Ausschuss eine Prüfung vor.

¹⁶⁴⁹ Diese enthielt in der Tat eine Reihe von Vorschriften, die kongruent zur Godesberger Rektoren-Erklärung vom 6. Januar 1968 waren. (Vgl. „Der Weg für bedeutsame Reformen ist frei.“ In: Gießener Allgemeine Zeitung vom 21. Februar 1968).

¹⁶⁵⁰ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 11: Senatssitzungen ab 1967/68: Protokoll der a. o. Senats-Sitzung vom 28. Mai 1968.

¹⁶⁵¹ Vgl. „Reelle Chancen für alle Gruppen in der Universität“. Die Nichtordinarien stellten den ersten Antrag auf Satzungsänderung an der Gießener Alma mater. In: Gießener Allgemeine Zeitung vom 1. Februar 1969.

der kleine Senat lediglich den Antrag formulieren konnte, überließ dieses Gremium die Beschlussfassung darüber dem Großen Senat. Genauso verhielt es sich mit dem Antrag, die Drittelparität für alle Universitätsorgane einzuführen. In dieser Sitzung begann man auch das Problem des Anstaltsrates zu erörtern.¹⁶⁵²

Der Senat war sich durchaus der Änderungsbedürftigkeit der einschlägigen Vorschriften in der Satzung der Justus-Liebig-Universität, besonders hinsichtlich des § 26¹⁶⁵³ bewusst, so dass man die dafür erforderlichen Schritte einleitete, nachzulesen im Bericht der Hochschulgesetzeskommission über ihre Beschlüsse vom 12. Dezember 1968 und vom 9. und 30. Januar 1969.¹⁶⁵⁴ Hatte der Senat noch am 13. Februar 1969 beschlossen, sich weiterhin mit dem Entwurf Mallmanns zu einer Vorschaltsatzung zu beschäftigen, trat am 31. Juli 1969 eine Satzungsänderung, die eben eine solche inkludierte, per Erlass in Kraft. Diese Satzungsänderung brachte drei wichtige Neuerungen mit sich: Zum einen wurden die Sitzungen des Großen Senats nun öffentlich gemacht, wie dies die Nichtordinarien u. a. gefordert hatten. Lediglich mit einer Zweidrittelmehrheit der anwesenden Stimmberechtigten konnte der Ausschluss der Öffentlichkeit erwirkt werden. Die Satzungsänderung räumte des Weiteren sowohl der Gruppe der Nichtordinarien als auch der Gruppe der Nichthabilitierten ein größeres Mitspracherecht ein: Das oberste Organ der akademischen Selbstverwaltung, der Große Senat, sollte sich neben Rektor, Konrektor, und Kanzler aus 40 Vertretern der Lehrstuhlinhaber, 20 Vertretern der Nichtordinarien, 20 Vertretern der Nichthabilitierten und 20 Vertretern der Studentenschaft konstituieren. Additiv partizipierten die entpflichteten Professoren mit beratender Stimme.¹⁶⁵⁵

¹⁶⁵² Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Fakultätssitzungen. Einladungen und Protokolle 1965-1971: Notiz: Bericht über die Sitzung des Senats am 15. Januar 1969.

¹⁶⁵³ Dieser beschäftigte sich mit der Stellung und Aufgabe der Wissenschaftlichen Mitarbeiter: So wurde darin verfügt, dass sie die Universitätslehrer zwar in Forschung und Lehre unterstützen sollten, nicht aber bei Tätigkeiten mitwirken mussten, die keine Amts- oder Dienstgeschäfte seien. Zudem sollte ihnen „Gelegenheit zu eigener wissenschaftlicher Arbeit“ gegeben werden – und das auch in einem angemessenen Rahmen auch während ihrer Arbeitszeit. Ein wichtiger Punkt wurde im Abschnitt 4 fixiert, der besagte, dass die Wissenschaftlichen Mitarbeiter berechtigt sind, „nach Maßgabe dieser Satzung an der Selbstverwaltung der Universität mitzuwirken.“ (Satzung der Justus-Liebig-Universität Gießen. In: Amtsblatt des Hessischen Kultusministers 21 (1968). S. 235).

¹⁶⁵⁴ Am 30. Dezember stößt man dann, fast möchte man sagen: endlich, auf einen studentischen Antrag, der die Zusammensetzung der Engeren Fakultät betrifft. Diesem zufolge sollte die Gruppe der Vertreter der Lehrstuhlinhaber und Direktoren auch durch Nicht-Lehrstuhlinhaber repräsentiert werden können. Außerdem sollte die Gruppe der Vertreter der Nichtordinarien numerisch genauso stark vertreten sein wie die bereits genannte Gruppe.

¹⁶⁵⁵ Vgl. Änderung der Satzung der Justus-Liebig-Universität in Gießen. In: Amtsblatt des Hessischen Kultusministers 22 (1969). S. 570-572. Hier: S. 571; An der Justus-Liebig-Universität: Senat beschloss Satzungsänderung. Sitzungen sind jetzt öffentlich – Drei neue Paragraphen für Reformversuche. In: Gießener Anzeiger vom 5. Juli 1969.

Zentral an dieser Satzungsänderung waren jedoch zum anderen die drei neuen Paragraphen, die in die Satzung eingefügt wurden. Nach Berliner Vorbild intendierte man den Fakultäten und Wissenschaftlichen Anstalten der Universität die Möglichkeit, Reformversuche, also unterschiedliche Modelle der akademischen Mitbestimmung, zu initiieren, einzuräumen, ohne dass diese von Satzungsbestimmungen im Vorfeld blockiert würden. Damit sollte die Chance für Änderungsmöglichkeiten eingeräumt werden:

Zur Förderung der Hochschulreform können in den Fakultäten, einschließlich der Abteilung für Erziehungswissenschaften (AfE), sowie in den wissenschaftlichen Anstalten, die der Universität angegliedert sind, Reformversuche unternommen werden, die der Erprobung neuer Formen der Organisation und Zusammenarbeit dienen.¹⁶⁵⁶

Um einen Reformversuch zu realisieren, sollte das Gremium der Weiteren Fakultät eine Ordnung beschließen, die die Zustimmung mindestens der Mehrheit der Mitglieder finden musste, bevor sie in die Realität umgesetzt wurde; weiterhin durfte sie nur ausgeführt werden, „wenn nicht mehr als die Hälfte der Mitglieder einer Gruppe“ einen oppositionellen Standpunkt einnahm. Solchen Ordnungen, die dem Rektorat und dem Kanzler vorzulegen waren, räumte der Senat durch die Satzungsänderung die Möglichkeit der Divergenz von der Satzung, den Fakultätssatzungen und den Anstaltsordnungen ein; lediglich im Rahmen der Verfassung, speziell des Art. 5 Abs. 3 des Grundgesetzes, mussten sie sich bewegen. Die Reformversuche sollten in den Ordnungen zeitlich auf ein Jahr limitiert werden – eine Verlängerung sollte möglich sein – und nur im Falle einer Gefährdung der Funktionsfähigkeit abgebrochen oder geändert werden. Es war intendiert, dass diese Reformversuche die Leitungsbefugnis der Anstaltsdirektoren und die Verantwortung der Hochschullehrer für Forschung und Lehre nicht tangierten. Während des Reformversuches bestand für den Senat die Option, zu den Sitzungen der Fakultät, Sektion und Anstalt sowie zu Ausschusssitzungen Beobachter zu entsenden. Nach Beendigung desselben war die Fakultät, Sektion oder Anstalt verpflichtet, Bericht über die Durchführung

¹⁶⁵⁶ An der Justus-Liebig-Universität: Senat beschloss Satzungsänderung. Sitzungen sind jetzt öffentlich – Drei neue Paragraphen für Reformversuche. In: Gießener Anzeiger vom 5. Juli 1969.

zu erstatten. Im Falle einer bereits vor Inkrafttreten dieser Paragraphen bestehenden Ordnung musste diese angepasst werden.¹⁶⁵⁷

Sehr häufig machten die Fakultäten allerdings nicht von der neuen Chance Gebrauch, wie ein Protokoll der Senats-Sitzung vom 22. Oktober 1969 vermuten lässt und was auch anhand der Aktenlage verifiziert werden kann. Darin nämlich spricht der Senat die Empfehlung den Fakultäten gegenüber aus, die Möglichkeit, Reformen in praxi umzusetzen, zu nutzen und darüber zu berichten. – Manchen Fakultäten, wie beispielsweise der Veterinärmedizinischen, waren auch enge Grenzen gesteckt: Sie konnte nur im Rahmen der Bestallungsordnung über Reformversuche dieser Art nachdenken.¹⁶⁵⁸ – Und auch das Protokoll über die Senats-Sitzung am 10. Dezember gibt Zeugnis für diese Vermutung, denn während dieser wurde das Bedauern ausgedrückt, dass mit Ausnahme der Abteilung für Erziehungswissenschaften fast nichts im Sinne der so genannten Vorschaltsatzung passiert sei.¹⁶⁵⁹ Diese politisch am weitesten links stehende Abteilung¹⁶⁶⁰ übernahm hierbei nämlich eine Vorreiterrolle: Hatte sich der Rat dort bereits zu Beginn des Jahres 1968 bereit erklärt, die Anträge der Fachschaft, der Pädagogischen Mitarbeiter und Wissenschaftlichen Assistenten bezüglich der Erweiterung ihrer Vertretung im Rat stattzugeben¹⁶⁶¹, befand er – einem Antrag der Fachschaft folgend – in einer späteren Sitzung, nämlich am 8. Februar 1969, neu über die Zusammensetzung dieses Gremiums: Die Möglichkeiten, die die Vorschaltsatzung bot, nutzend sollte der Rat sich von nun an aus Lehrstuhlinhabern, Vertretern der weiteren Angehörigen des Lehrkörpers, Vertretern der Wissenschaftlichen Mitarbeiter und Vertretern der Studenten konstituieren. Dabei sollte die Zahl der Vertreter der letzt genannten Gruppen jeweils die Hälfte die der Lehrstuhlinhaber betragen. Zu diesem Ergebnis waren die Mitglieder des Rats nach einer längeren, letztlich negativ verlaufenden Diskussion

¹⁶⁵⁷ Vgl. ebd.

¹⁶⁵⁸ Vgl. UAG, Veterinärmedizinische Fakultät, Karton 32: Sitzungsprotokolle der Engeren Fakultät vom 23. Dezember 1967 bis 9. Dezember 1969: Protokoll der Sitzung der Veterinärmedizinischen Fakultät Gießen am 9. Dezember 1969.

¹⁶⁵⁹ Diese Beobachtung gibt Anlass zu der Vermutung, dass eine einflussreiche Gruppe auf Senats-Ebene die Realisierung von Reformmaßnahmen forcierte, während die Majorität in den Fakultäten – an der „Basis“ sozusagen – keineswegs so reformfreudig und eher ein abwartendes Verhalten an den Tag legte.

¹⁶⁶⁰ Pross, Helge; Böttcher, Karl Gottlieb Wilhelm; Laubsch, Landolf: Professoren in der Provinz. Eine Erhebung an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Neuwied 1970. S. 123.

¹⁶⁶¹ Vgl. UAG, Abteilung für Erziehungswissenschaften, Karton 20: Protokolle 1968-1969: Protokoll der Ratssitzung vom 26. Januar 1968: In dieser Sitzung wurden den Studenten anstelle der bis dahin zwei Vertreter vier Vertreter mit Stimme und den Pädagogischen Mitarbeitern und Wissenschaftlichen Assistenten drei Vertreter während Ratssitzungen zugestanden. Dieser Beschluss sollte jedoch nicht als Präjudizierung für die künftige Satzung verstanden werden.

des Antrages der Fachschaft gelangt, die für die Studenten eine gleiche Mitgliederzahl wie die der Lehrstuhlinhaber gefordert hatte.¹⁶⁶² – So weit wollte man dann doch nicht gehen. – Da nach dem Beschluss erst festgestellt wurde, dass damit eine Teilsatzung der Abteilung für Erziehungswissenschaften initiiert worden war, bat der Vorsitzende des Rates Desselberger, den Rektor, dem Senat diese Entscheidung nachträglich zur Stellungnahme vorzulegen¹⁶⁶³, was jedoch Probleme mit sich brachte: In diesem Gremium stieß die erziehungswissenschaftliche Initiative auf wenig Gegenliebe. In der Sitzung am 11. Juni beschloss der Senat zu dem vom Rat der Abteilung für Erziehungswissenschaften gefassten Beschluss aufgrund mangelnder Rechtsgültigkeit keine Stellung zu nehmen: Dieser sei nicht mit der Universitätssatzung zu vereinbaren.¹⁶⁶⁴

4.3.5 Die andere Seite: Contra Demokratisierung

Schien die Atmosphäre an der Abteilung für Erziehungswissenschaften durchaus reformfreundlicher, verwundert es nicht, dass gerade ein Mitglied derselben das Verhalten der Universitätsspitze daher stigmatisierte und ihr die Abteilung für Erziehungswissenschaften als Beispiel vor Augen führte.¹⁶⁶⁵ Statt sich an die Spitze der Reformen zu stellen, zeige sich die Universitätsspitze anachronistisch; statt mit den anderen Gruppen und insbesondere mit den Studenten die Universität zu einem Garanten der Demokratie und zu einem Ort gesellschaftsbezogener Wissenschaft zu entwickeln, die den Staat korrigiere und kontrolliere, entziehe man sich dieser Notwendigkeit. Ein eindringlicher Appell erging an die Senatoren, sich an die Spitze der Reformbewegung zu stellen und simultan dazu das Verhältnis zu Studenten, Nichthabilitierten und Nichtordinarien einer Revision zu unterziehen.¹⁶⁶⁶

¹⁶⁶² Vgl. UAG, Abteilung für Erziehungswissenschaften, Karton 20: Protokolle 1968-1969: Protokoll der Ratssitzung (8. Februar 1969).

¹⁶⁶³ Vgl. UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 32: Senat 1959-1969: Brief Desselbergers an den Rektor (22. Mai 1969).

¹⁶⁶⁴ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 18: Senatssitzungen ab 1969: Protokoll der Senatssitzung vom 11. Juni 1969.

¹⁶⁶⁵ Vgl. UAG, Abteilung für Erziehungswissenschaften, Senat A-H 1966-1971: Offener Brief Manfred Grabes an alle Mitglieder des Großen Senats der Justus-Liebig-Universität und an alle Gießener Bürger (12. Februar 1969): Als beispielhaft strich er die praktizierten Reformen in den Ausschüssen, die Umbildung des Rates im Verhältnis 40:20:20:20 und die sogenannte passive Öffentlichkeit während der Ratssitzungen heraus. Des Weiteren stehe die Beteiligung der anderen Bediensteten kurz davor.

Er selbst, Pädagogischer Mitarbeiter an der AfE, engagierte sich in der GEW und im DGB. Wohl aufgrund dieser politischen Aktivitäten wurde er schließlich zu unbequem und ihm drohte 1970 gar die Zwangsversetzung. (Vgl. UAG, Flugblattsammlung, Karton 38: Der Fall Manfred Grabes 1970-71).

¹⁶⁶⁶ Vgl. ebd.

Dass eine solch (reform-)ablehnende Haltung kein Einzelfall war, demonstriert ein weiterer Quellenfund: So liefert die Begründung des Rücktritts eines Mitglieds der Engeren Fakultät der Naturwissenschaftlichen Fakultät dem Rezipienten ein eindrückliches Stimmungsbild hinsichtlich des Mitbestimmungs-Problems: Äußerst deprimiert habe ihn die arrogante Haltung, mit der in jener Zeit den Vorschlägen der Assistenten, die konstruktiv mitarbeiten wollten, begegnet wurde. Nicht sachliche Argumente, sondern vielmehr Emotionen dominierten die Diskussionen wohl mehr als einmal.¹⁶⁶⁷ Dieser Charakterisierung darf man wohl Glauben schenken, stand doch für die Ordinarien einiges auf dem Spiel und war nicht zuletzt dadurch die Atmosphäre spannungsgeladen. Es liegt in der Natur des Menschen, von einmal erhaltenen Privilegien nur ungern Abstand zu nehmen – Motivation genug, jedmögliches Argument in die Waagschale zu werfen: So verhielten sich auch die Ordinarien der Medizinischen Fakultät, die mit einem Manifest an die Öffentlichkeit traten, in diesem nämlich konstatierten sie, dass wissenschaftliche Leistungen und Erfahrungen die Entscheidungskriterien sein müssten, wenn es um die Berufung eines Leiters einer Klinik oder eines Instituts ginge. Eine starre Gruppenverteilung bedeutete dort, ihrer Meinung nach, falsch verstandene Demokratie.¹⁶⁶⁸ Ein physikalisches Axiom besagt, dass actio immer gleich reactio bewirkt, weshalb es nicht verwundert, dass diese Argumentation einen Sturm der Entrüstung bei den Akademischen Mitarbeitern evozierte. Sie interpretierten diese als „schlecht verhüllten Versuch, unter dem Deckmantel der Notwendigkeit und unter dem Vorwand der angeblich auf den Ordinarien lastenden Alleinverantwortung handfeste Standesinteressen in eine reorganisierte Universität hinüberzuretten.“¹⁶⁶⁹ Weiterhin charakterisierten sie das „Festhalten an den überkommenen patriarchalischen Organisationsformen“ in den medizinischen Einrichtungen als realitätsfern. Es wirke wissenschaftlichem Fortschritt und optimaler Krankenversorgung entgegen.¹⁶⁷⁰ Als durchaus plausiblen Grund führten sie die Spezialisierung der medizinischen Teilbereiche an, durch die den Lehrstuhlinhabern schon lange die Kompetenz verlustig gegangen sei, „alle Berei-

¹⁶⁶⁷ Vgl. UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 63: Akademische Mitarbeiter. Anstalts- und Institutsrat: Brief Rolf Meyers an den Dekan der Naturwissenschaftlichen Fakultät (30. September 1969).

¹⁶⁶⁸ Vgl. Manifest Gießener Professoren. In: Gießener Allgemeine Zeitung vom 8. Mai 1969 und Gießener Anzeiger vom 8. Mai 1969.

¹⁶⁶⁹ UAG, Medizinische Fakultät, Karton 8: Hessisches Hochschulgesetz 2: Assistenten: „Ordinarien wollen Politisierung der Hochschulreform.“ In: Gießener Anzeiger vom 20. Mai 1969.

¹⁶⁷⁰ Vgl. ebd.

che eines Faches in Forschung, Lehre und Krankenversorgung zu überblicken“.¹⁶⁷¹ Da nun Kooperation und Kollegialität das Gebot der Stunde sei, konnten sie den „Allmachtsanspruch der Klinik- und Institutschefs“ nicht mehr länger tolerieren und forcierten aus diesem Grund den Abbau der „unzeitgemäßen Autoritätsstrukturen“.¹⁶⁷² Die Abkehr vom monokratischen Direktorialsystem an den Kliniken und Instituten galt als ihr erklärtes Ziel, vielmehr sollte dieses durch ein Kollegialorgan, ausgestattet mit entscheidenden Kompetenzen, substituiert werden.¹⁶⁷³ Erneut formulierten die Mediziner im August des gleichen Jahres ihre Bedenken gegenüber der im Gesetzentwurf vorgesehenen Mitbestimmung, die sie als untragbar und als „Zertifikat garantierten Niedergangs“ charakterisierten: Es sei absurd, einem Studenten, der nur kurzfristig an der Universität ist, zu einer Mitbestimmung heranzuziehen, deren Auswirkungen er weder beurteilen noch in der praktischen Wirklichkeit prüfen könne. In der ärztlichen und administrativen Führung einer Klinik sei nur derjenige befähigt mitzubestimmen, der mitverantwortlich und wenn erforderlich, haftbar gemacht werden könne. Nicht ein einziger Studierender erfülle jedoch diese Voraussetzung. Die sich daran anschließende Subsumierung der Wissenschaftlichen Assistenten unter die Gruppe der Lernenden erlaubte es, für sie ähnliche Überlegungen wie für die Gruppe der Studenten ins Feld zu führen:

Wer mit dem Gedanken an einen Klinik- oder Anstaltsrat eine Mitbestimmung der wissenschaftlichen Assistenten fordert, beweist eine hoffnungslose Unkenntnis der Sachlage. Mitbestimmung verlangt profunde Sachkenntnis, Fähigkeit zu logischem Denken und zu überzeugender Argumentation, reifes Urteilsvermögen und Selbstkritik.¹⁶⁷⁴

Auch ein Hinweis auf die korrigierende Funktion des Klinikdirektors hinsichtlich Publikationen durfte nicht fehlen. Für die Aufgaben der Universität wurde eine Rangordnung als essentielle Voraussetzung postuliert, simultan dazu potentielle Verfechter der Demokratie als Initiatoren der Anarchie klassifiziert. Schließlich

¹⁶⁷¹ Ebd.

¹⁶⁷² Vgl. ebd.

¹⁶⁷³ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 8: Hessisches Hochschulgesetz 2: Stellungnahme des Rats der Akademischen Mitarbeiter der Medizinischen Fakultät zu den Abschnitten 3 und 4 (§ 20 bis 28) des Regierungsentwurfes für ein Universitätsgesetz (2. Juni 1969).

¹⁶⁷⁴ UAG, Medizinische Fakultät, Karton 14: Hessisches Hochschulgesetz (Borsche): Brief an Borsche (MdL) (14. August 1969).

kulminierte die Sorge der Hochschullehrer in der Furcht vor einem gesellschaftlichen Umsturz, dem durch solche Maßnahmen der Weg geebnet würde.¹⁶⁷⁵

Dass man es manchmal wohl nicht bei Worten als Waffen beließ, sondern sich auch unlauterer Hilfsmittel bediente, demonstrieren gleich mehrere Quellenfunde: Als solches klassifizierte beispielsweise Manfred Grabes den Antrag Thilo Ramms, Professor für Arbeitsrecht, in einem offenen Brief an alle Mitglieder des Großen Senats der Universität und auch an alle Gießener Bürger. Dieser nämlich beantragte die Einführung einer Zweidrittel-Mehrheit für Satzungsänderungen. Bis zu diesem Zeitpunkt konnten Satzungsänderungen mit der Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder des Großen Senats realisiert werden. Um jedoch der sich abzeichnenden Änderung der Beteiligungsquoten für bisher unterrepräsentierte Gruppen im Großen Senat von vornherein entgegenzusteuern, beantragte Professor Ramm die Einführung einer Zweidrittel-Mehrheit für Satzungsänderungen. Grabes charakterisierte den Antrag, der die überholte Satzung zementiere, daher als reaktionär.¹⁶⁷⁶

Im gleichen Jahr müssen auch zum wiederholten Male Fakultätssitzungen stattgefunden haben, ohne dass Einladungen an die studentischen Vertreter ergangen waren. Eine Aussage des Akademischen Mitarbeiters Neumann in einer Senatssitzung vom Februar des gleichen Jahres lässt noch wesentlich drastischere Maßnahmen vermuten. In dieser nämlich unterstrich er die Forderung, dass Akademische Mitarbeiter aufgrund ihrer Äußerungen zu hochschulpolitischen Fragestellungen keinerlei Pressionen ausgesetzt werden dürften.¹⁶⁷⁷ Wie es scheint, war folgende Einsicht nicht überall durchgedrungen:

Akademische und wissenschaftliche Räte, nichtplanmäßige Professoren und Dozenten tragen einen großen Teil der Arbeit und Verantwortung, sie sind qualifizierte wissenschaftliche Kräfte, ein geminderter Status ist weiterhin nicht zumutbar. Die gleichberechtigte Beteiligung in allen Gremien der Selbstverwaltung scheint notwen-

¹⁶⁷⁵ Vgl. ebd.: Als Zugeständnis unterstützte man die Forderung, den Wissenschaftlichen Assistenten im Rahmen ihres Achtstunden-Tages Zeit für die eigene wissenschaftliche Arbeit zu gewähren. Auch räumte man den Abteilungsleitern (H2, H3) die Möglichkeit einer privatärztlichen Tätigkeit mit Honorarberechnung ein.

¹⁶⁷⁶ Vgl. UAG, Abteilung für Erziehungswissenschaften, Karton 1: Senat A – H. 1966-1971: Offener Brief Manfred Grabes an alle Mitglieder des Großen Senats der Justus-Liebig-Universität und alle Gießener Bürger (12. Februar 1969).

¹⁶⁷⁷ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 18: Senatssitzungen ab 1969: Protokoll der Senatssitzung vom 13. Februar 1969.

dig zu sein, man findet in den Kreisen der Ordinarien hiergegen auch kaum Widerspruch.¹⁶⁷⁸

Obgleich das Quellenfundament alles andere als flächendeckend charakterisiert werden kann, lässt sich doch generell ein gewisser Stimmungswandel innerhalb des Untersuchungszeitraumes hinsichtlich der Partizipationsforderungen eruieren. Leicht kann man den Eindruck gewinnen, dass die Reaktionen der Betroffenen sich antiproportional zu den Forderungen verhielten, was konkret bedeutete, dass zu Anfang die Forderungen der Nichthabilitierten und Nichtordinarien durchaus als gemäßigt klassifiziert werden können, weshalb man vonseiten der Ordinarien durchaus bereit war, diesen nachzukommen. Je vehementer sie allerdings die Expansion der eigenen Mitspracherechte vornehmlich im Jahr 1969 artikulierte, desto größer war der professorale Widerstand, auf den die anderen universitären Gruppen stießen. Zweifelsohne fühlten sich die Ordinarien von den jungen Wissenschaftlern, die an den künftigen Entscheidungen aktiv partizipieren wollten, in ihren eigenen Privilegien bedroht. Es galt einen Schutzwall, bestehend aus möglichst stichhaltigen Argumenten, zu errichten. Damit jener Damm nicht brach, mussten die Ordinarien aber simultan auch ein gewisses Entgegenkommen signalisieren, weshalb sie sich auf die Argumentationslinie der qualitativen Repräsentation verstiegen¹⁶⁷⁹, die letztlich in die Praxis umgesetzt wurde.

¹⁶⁷⁸ Vgl. Gehlen, Arnold: Zu den Problemen der Hochschulreform und der Unruhe unter den Studenten. In: Unternehmer und Bildung. S. 30.

¹⁶⁷⁹ Besonders evident wird dies im Kontext des Referenten-Entwurfs: So charakterisierte die Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät in ihrer Stellungnahme den § 23 Absatz 2 als zu schematisch. Sie plädierte vielmehr implizit für eine qualitative Repräsentation, denn für Forschungsangelegenheiten empfehle sich eine andere Behandlung als für Probleme der Lehre. (Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Erlasse des Kultus-, Finanz- und Justizministers 1965-71: Stellungnahme der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät (17. Oktober 1968). Wie bereits an anderer Stelle dargelegt, sollte die Beteiligung danach bemessen werden, „inwieweit die einzelnen Gruppen in der Lage sind, bei der Ordnung des jeweiligen zu regelnden Fragenkreises sachlich beizutragen.“ (Hasemann, Karl-G.: Gedanken zur Universitätsreform. Bremen 1969. S. 20).

Aber nicht nur Juristen und Wirtschaftswissenschaftler favorisierten eine solche Art der Repräsentation, auch der Direktor des Instituts für Anorganische und Analytische Chemie postulierte in seiner Stellungnahme gegenüber dem Kultuspolitischen Ausschuss die Notwendigkeit, die Zusammensetzung der ständigen Kommission ihren Aufgaben anzupassen. Eine ständige Kommission, die aus zehn Mitgliedern bestehe, von denen lediglich fünf Hochschullehrer seien, sei nicht in der Lage, für jeden Fachbereich der Universität Angelegenheiten der wissenschaftlichen Forschung und des Nachwuchses verantwortlich zu beurteilen, den sachgerechten Ablauf aller Promotionen und Habilitationen zu überwachen und sachlich fundierte Personal- und Sachmittel den Fachbereiche zuzuweisen. (Vgl. UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 66: Hessisches Hochschulgesetz von 1966 und Entwurf für ein neues Hochschulgesetz von 1969 sowie Stellungnahme hierzu; Satzung der Justus-Liebig-Universität 1965-1970: Brief Hoppes an den Kulturpolitischen Ausschuss über Rektor und Dekan (26. Juni 1969)). Dass man tunlichst auf den Erhalt der eigenen Entscheidungsgewalt bedacht war, demonstriert seine Kritik am Paragraphen 21, der die Vertretung der Fächer regelt. Der

4.3.6 Klärung durch das Hessische Universitätsgesetz von 1970

Wie an anderer Stelle bereits detailliert ausgeführt, verfügte das Universitätsgesetz von 1970, dass keine der an den universitären Entscheidungen beteiligten Gruppen – also Professoren, Dozenten, Wissenschaftliche Mitarbeiter und Nichtwissenschaftliche Mitarbeiter – in den verschiedenen Gremien eine Mehrheit besitzen sollte. Für den Senat bedeutete dies konkret, dass ihm künftig neben dem Vizepräsidenten, den Dekanen der Fachbereiche und den Prodekanen des Bereichs Humanmedizin drei Dozenten, sechs Studenten und drei Wissenschaftliche Bedienstete als Mitglieder angehören sollten.¹⁶⁸⁰ Aus Professoren, Vertretern der Dozenten, der Studenten und der Wissenschaftlichen Bediensteten sollte sich die Fachbereichskonferenz im Verhältnis von 5:1:3:1 zusammensetzen; ein Vertreter der weiteren Bediensteten komplettierte das Gremium.¹⁶⁸¹ Exakt wurde auch die Zusammensetzung in den Ständigen Ausschüssen des Senats und in den Fachbereichsausschüssen fixiert. Dabei richtete sich diese nach dem jeweiligen Aufgabengebiet: Waren im Ausschuss für Lehr- und Studienangelegenheiten neben dem Dekan, einem Professor und einem Dozenten drei Studenten vertreten, so bestand der Ausschuss für Forschungsangelegenheiten demgegenüber aus dem Dekan, zwei Professoren, einem Dozenten, einem Wissenschaftlichen Bediensteten und nur einem Studenten.¹⁶⁸²

Trotz all der dargestellten Diskussionen und Probleme kam Präsident Meimberg in seinem Rechenschaftsbericht 1972 schließlich zu dem Ergebnis, dass sich das Modell der Mitbestimmung mit einer gewissen Abstufung der Verantwortung prinzipiell bewährt habe¹⁶⁸³: „In den Ständigen Ausschüssen der Universität Gießen hat sich die Zusammenarbeit zwischen allen Gruppen auf der sachlichen Ebene abgespielt.“¹⁶⁸⁴

Entwurf ließ ungeklärt, wer das Einzelfach vertreten sollte. Der Naturwissenschaftler nahm allerdings an, dass der Qualifizierteste, also der Ordinarius, diese Funktion übernehme. Dies sei jedoch nur möglich, „wenn die Vertretbarkeit nicht durch beliebig herbeiführbare Voten fachlich weniger qualifizierter Mitglieder des Fachgebietes eingeschränkt werden“ könne. (Ebd.).

¹⁶⁸⁰ Vgl. Gesetz über die Universitäten des Landes Hessen (Universitätsgesetz) vom 12. Mai 1970 (GVBl. I S. 324).

¹⁶⁸¹ Vgl. ebd.

¹⁶⁸² Vgl. ebd.

¹⁶⁸³ Vgl. Hochschulmosaik Gießen. In: Die Deutsche Universitätszeitung XII (1972). S. 519.

¹⁶⁸⁴ Pressestelle der Universität Gießen: Gießen hat sich positiv entwickelt! Gemeinsames Sommerfest der Universität und Gießens Hochschulgesellschaft. In: Die Deutsche Universitätszeitung XVI (1972). S. 685.

4.4 Studienreform

4.4.1 Einleitung

Die breite Zustimmung beispielsweise der Naturwissenschaftlichen Fakultät zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung des Studiums vom 14. Mai 1966 – man hatte sich in der Praxis bereits konform zu jenen Richtlinien verhalten: Der Senat hatte im gleichen Jahr gegenüber den Fakultäten die Empfehlung ausgesprochen, ein Grundstudium einzurichten¹⁶⁸⁵ – lassen eine reformfreundliche Atmosphäre an der Justus-Liebig-Universität vermuten.¹⁶⁸⁶ Und auch die Stellungnahme der gesamten Universität zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates von 1967 lässt diese Vermutung aufkommen: In dieser nämlich erblickten der Rektor und die Dekane eine Bestätigung des eigenen Engagements, „die Studien auf den offensichtlichen Strukturwandel der Studentenschaft und auf die ständig wachsenden Anforderungen der modernen Wissenschaft abzustellen.“¹⁶⁸⁷ Mit einem Teil der Empfehlungen ging die Universität Gießen daher d’ accord: So bejahte sie die Teilung des Studiums in ein Normal- und ein Aufbaustudium, die Einführung einer Zwischenprüfung nach dem vierten Semester, einen anderen Teil, wie beispielsweise die Terminierung der Normalstudienzeit auf acht Semester plus ein Semester, lehnte sie jedoch ab, zumal sie auch eigene Vorschläge machte: So schlug man beispielsweise vor, mithilfe von Fortbildungskursen, Fakultätstagen und Forschungskolloquien die Einrichtung eines Kontaktstudiums vorzubereiten. Den Fakultäten legte man nahe, eine „kleine Studienreform“ zu realisieren, sprich das Grundstudium gemäß den Empfehlungen als Ergänzung zu den bereits durchgeführten Reformen einzurichten. Die Universität vertrat die Meinung, dass es mit dem Hinweis auf ein „exemplarisches Studium“ und entsprechende Prüfungen nicht getan sei und empfahl in einer interfakultativen Kommission der Frage der Hochschuldidaktik in der Praxis nachzugehen.¹⁶⁸⁸

¹⁶⁸⁵ Vgl. Moraw, Peter: Kleine Geschichte der Universität Gießen. S. 250.

¹⁶⁸⁶ Vgl. UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 45: Sitzungsprotokolle der Naturwissenschaftlichen Fakultät: Dekan der Naturwissenschaftlichen Fakultät: Stellungnahme der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Justus-Liebig-Universität Gießen zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen vom 14. Mai 1966 (5. Dezember 1966): Gerade das Festhalten am Konnex von Forschung und Lehre wurde beispielsweise von dieser Fakultät begrüßt. Konsens herrschte hier auch über die Notwendigkeit, eine für alle Studiengänge verbindliche Zwischenprüfungsordnung vorzubereiten.

¹⁶⁸⁷ Vgl. UAG, Abteilung für Erziehungswissenschaften, Karton 37: Senat I-Z 1967-1971: Stellungnahme der Universität Gießen zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen am 19. Januar 1967.

¹⁶⁸⁸ Vgl. ebd.

Nach diesen allgemein-einleitenden Bemerkungen stellt sich die Frage: Wie sah die Realität in den einzelnen Fakultäten aus? Wie wurde die Studienreform in praxi realisiert?

4.4.2 Überblick: Die Studienreform in den einzelnen Fakultäten

Das Gros der Fakultäten in Gießen hatte sich tatsächlich – mehr oder weniger – intensiv mit dem Ausbildungssystem auseinandergesetzt¹⁶⁸⁹, war also sehr um die Realisierung der Studienreform, um eine Intensivierung des Studiums¹⁶⁹⁰ bemüht, da die Erhöhung der Studienzeiten auch hier ein relevantes Thema war: Aus dem Jahr 1965 datiert ein Hinweis, dass die Philosophische Fakultät bereits eine Studienreform initiiert hatte. Genau aus diesem Grund heraus empfanden die Studierenden der Romanischen Philologie auch Befremden über die Bestrebungen des geplanten Hessischen Hochschulgesetzes, konkret über die gesetzliche Verfügung hinsichtlich der Einführung eines obligatorischen Studienplanes. Im Zentrum der Kritik stand „die einseitige Beschneidung des Lehrprogrammes unter Staatsexamensgesichtspunkten“¹⁶⁹¹, da mit dieser die Möglichkeit der Einflussnahme der Prüfungsämter auf die Ausgestaltung des Lehrprogrammes einherginge. Auch die Limitierung der vorlesungsfreien Zeit, die bis dato zur selbstständigen wissenschaftlichen Arbeit zur Verfügung gestanden hatte, wurde von studentischer Seite moniert:

Die sich in diesen Punkten dokumentierende Verschulung und wissenschaftliche Entmündigung der Studierenden steht im Widerspruch zu der seit der Neugründung der Gießener Philosophischen Fakultät mit Erfolg durchgeführten fakultäts-internen Studienreform, die für das Romanische Seminar in dem von Dozenten und Studierenden gemeinsam beschlossenen Merkblatt niedergelegt ist und einen Weg darstellt, den Studierenden die notwendige Orientierung für ihren Studiengang zu geben, ohne die Freiheit des selbstverantworteten Studiums preiszugeben. Demgegenüber enthält der § 16/3

¹⁶⁸⁹ Vgl. UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 39: Hochschulreform, Herabsetzung überhöhter Studienzeiten 1963-1967: Vorsitzender des Philosophischen und Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultätentages der Westdeutschen und Westberliner Universitäten und Technischen Hochschulen (9. April 1965), betr.: Straffung des Studiums und Verkürzung der effektiven Studienzeiten.

¹⁶⁹⁰ Vgl. UAG, Veterinärmedizinische Fakultät, Karton 18: Hochschulreform 1968-1971: Informationsgespräch zu Fragen des Hessischen Universitätsgesetzes (Regierungsentwurf) und der Studienreform am Freitag, den 16. Mai 1969, im Sitzungszimmer der Veterinärmedizinischen Fakultät in Gießen: Ergebnisprotokoll.

¹⁶⁹¹ UAG, Veterinärmedizinische Fakultät, Karton 15: Hochschulgesetz 1965-66: Vollversammlung der Studierenden der Romanischen Philologie: Resolution der Studierenden der Romanischen Philologie in Gießen zum Entwurf eines neuen Hochschulgesetzes des Landes Hessen (13. Mai 1965).

des Hochschul-Gesetzes nicht nur eine Preisgabe der Lernfreiheit, sondern auch eine Preisgabe des Prinzips der Einheit von Forschung und Lehre.¹⁶⁹²

Im gleichen Jahr konnte die Naturwissenschaftliche Fakultät mit gutem Gewissen behaupten, alles getan zu haben, um die Studienzeiten so kurz wie noch vertretbar zu halten¹⁶⁹³. Diese Fakultät beschloss beispielsweise im Sommersemester 1967 eine Zwischenprüfungsordnung. Auch die Beratung der Studienanfänger war ihr, genauso wie die Arbeit in Kleingruppen, die man zu diesem Zeitpunkt bereits in den theoretischen Fächern eingeführt hatte, ein besonderes Anliegen. Eine gemeinsame Stundenplan-Konferenz trug für die Abstimmung der Lehrveranstaltungen Sorge. Im Kontext von hochschuldidaktischen Bestrebungen war additiv ein Seminar zur Didaktik der Mathematik initiiert worden.¹⁶⁹⁴ Bemühte sich die Fakultät die Semesterzeiten voll auszunutzen, plädierte sie jedoch, wie die Studenten der Romanischen Philologie, ebenfalls für die Beibehaltung der vorlesungsfreien Zeit gerade für die jüngeren Semester, die diese zum Nachbereiten des Stoffes benötigten.¹⁶⁹⁵

Obleich ein exakt definierter Studienplan die Studierenden der Veterinärmedizinischen Fakultät in der Bundesrepublik bereits Jahrzehnte vor dem Akutwerden der Studienreform zu einem planmäßigen Studium anhielt¹⁶⁹⁶ – eine Neuregelung war im Analysezeitraum durch die Bundestierärzteordnung vom 17. Mai 1965 erfolgt¹⁶⁹⁷ –, stellte man auch innerhalb der Veterinärmedizinischen Fakultät bereits

¹⁶⁹² Ebd.

¹⁶⁹³ Vgl. UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 39: Hochschulreform, Herabsetzung überhöhter Studienzeiten 1963-1967: Brief Dekan Saur an den Rektor der Justus-Liebig-Universität, betr.: Studienzeitverkürzung; Bezug: Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz der Ständigen Konferenz der Kultusminister und Beschluss des Hessischen Landtags (29. April 1965).

¹⁶⁹⁴ Vgl. UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 27: Rektor 1962-1969: Dekan Gaier: Ausgefüllter Fragebogen für Hessische Rektorenkonferenz (21. September 1967).

¹⁶⁹⁵ Vgl. UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 39: Hochschulreform, Herabsetzung überhöhter Studienzeiten 1963-1967: Brief Dekan Saur an Rektor der Justus-Liebig-Universität, betr.: Studienzeitverkürzung; Bezug: Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz der Ständigen Konferenz der Kultusminister und Beschluss des Hessischen Landtags (29. April 1965).

¹⁶⁹⁶ Vgl. UAG, Veterinärmedizinische Fakultät, Karton 13: Rektor, Allgemeiner Schriftwechsel 1954-1966: Brief Professor Dr. H. Müllers an den Rektor. Betr.: Studienzeitverkürzung; Bezug: Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz, der Ständigen Konferenz der Kultusminister und Beschluss des Hessischen Landtages, Drucksachenabteilung I Nr. 1012. Schreiben des Rektors vom 16. März 1965 (11. März 1965): Der Bundestag hatte am 26. März 1965 die Bundestierärzteordnung als Gesetz verabschiedet, die die Gesamt-Ausbildungszeit auf fünf Jahre fixierte. Um eine Integration der vorlesungsfreien Zeit zu erzielen, hatte man sich zugunsten von Ausbildungsjahren anstelle des Semesterbegriffs entschieden. Den Fakultäten und Hochschulen wurde daher die Verpflichtung übertragen, den Lehrstoff umzustellen und eine Studieneinteilung vorzunehmen. Auf dem Verordnungsweg sollte noch die Verpflichtung, mehrere Zwischenprüfungen abzulegen, ergehen.

¹⁶⁹⁷ Vgl. UAG, Veterinärmedizinische Fakultät, Karton 3: Tierärztliche Bestallungsordnung 1965-1966: Brief Professor Bartels' an den Rektor der Justus-Liebig-Universität. Betr.: Reform des

früh im Untersuchungszeitraum Überlegungen hinsichtlich einer Studienreform an.¹⁶⁹⁸

Der Unterricht ist neu geordnet und es ist eine bundeseinheitlich geltende Studienordnung aufgebaut worden, das Studium ist gestrafft worden, es sind Zwischenprüfungen auch über die bisher klassische Gliederung in einen vorklinischen und klinischen Teil des Studiums hinaus eingeführt worden und die Eigenverantwortlichkeit der Studierenden ist durch die neue Gliederung, insbesondere durch den Zwang zu Zwischenprüfungen erheblich gestärkt worden.¹⁶⁹⁹

Mit der Bestallungsordnung für Tierärzte vom März 1967 hatten die Veterinärmedizinischen Fakultäten eine neue Studienordnung erhalten, die die Empfehlungen des Wissenschaftsrates berücksichtigte. Nach jedem Studienjahr war eine Zwischenprüfung vorgesehen. Eine Konzentration hatte die tierärztliche Prüfung erfahren. Die Studienanfänger sollten durch den Vorsitzenden der Prüfungskommission für die Tierärztliche Vorprüfung beraten werden. Für die individuelle Studienberatung waren die Klinik- und Institutsdirektoren verantwortlich, da sie die Studenten durch die Arbeit in Kleingruppen – eine von Anfang an praktizierte Arbeitsform in der Veterinärmedizin, die sie allerdings durchaus noch intensivieren wollte¹⁷⁰⁰ – am besten kannten. Generell stimmte die Fakultät die Lehrveranstaltungen aufeinander ab: Für jedes Semester wurde ein Studienplan vom Dekanat herausgegeben. Die Semesterferien sollten zur praktischen Ausbildung der Studenten, zum Kontaktstudium und zur Weiterbildung von Tierärzten genutzt werden.¹⁷⁰¹

Studiums, hier: Stellungnahme für die Rektorenkonferenz (19. November 1966): Mit dieser Neuregelung war eine Verkürzung der Berufsausbildung intendiert: Prüfungen sollten auf die gesamte Studienzeit verteilt werden, ein Studienplan den Studenten eine bessere Orientierung ermöglichen.

¹⁶⁹⁸ Vgl. UAG, Veterinärmedizinische Fakultät, Karton 9: Präsident, Allgemeiner Schriftwechsel. 1966-1973: Brief Professor Dr. Frimmers an den Dekan. Betr.: Vorschläge zur Durchführung der Studienreform (16. Dezember 1966).

¹⁶⁹⁹ Vgl. UAG, Veterinärmedizinische Fakultät, Karton 3: Tierärztliche Bestallungsordnung. 1965-1966: Brief Professor Bartels an den Rektor der Justus-Liebig-Universität. Betr.: Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Studienreform (9. Januar 1967).

¹⁷⁰⁰ Vgl. UAG, Veterinärmedizinische Fakultät, Karton 9: Präsident, Allgemeiner Schriftwechsel 1966-1973: Studienreform – Gruppenunterricht: Prof. Dr. Ulbrich – Prof. Dr. Blobel – Prof. Dr. Rott (ohne Angabe): Dahingehend sprach sich beispielsweise Professor Dr. Pallaske aus. Er intendierte eine Expansion der Sektionsübungen, die „seit Jahren“ in Gruppen durchgeführt wurden. Auch den histologischen Kurs hätte man gerne in Form von Gruppenunterricht abgehalten, doch war dies aufgrund der personellen und räumlichen Situation nicht möglich.

¹⁷⁰¹ Vgl. UAG, Veterinärmedizinische Fakultät, Karton 9: Präsident, Allgemeiner Schriftwechsel 1966-1973: Brief Professor Ulbrichs an den Rektor der Justus-Liebig-Universität (22. September 1967).

Auch die Landwirtschaftliche Fakultät konnte 1967 vermelden, dass die Diplomprüfungsordnung den Empfehlungen des Wissenschaftsrates ähnele und ihre Studienrichtungen bereits in ein Grund-, Haupt- und ein Aufbaustudium gegliedert waren. Ferner wurden Zwischenprüfungen bereits nach dem 2., dem 6. und dem 8. Semester abgehalten. Eine intensive Studienberatung durch die Fakultät sei dem Studium ebenfalls vorgeschaltet. Die Fakultät bot zudem auch seit 1965 ein Kontaktstudium in Form von Fortbildungskursen, Forschungskolloquien und Ferienkursen an.¹⁷⁰² Bereits wenige Tage nach der Beantwortung der Fragen des Wissenschaftsrates waren die Beratungen in der Fakultät gar so weit gediehen, dass man künftig die Vorprüfung nach dem zweiten, die Zwischenprüfung nach dem vierten und die Diplomprüfung nach dem achten Semester durchführen wollte. Intention war es in den ersten vier Semestern eine allgemeine Grundausbildung zu vermitteln, um danach die einzelnen Studienrichtungen im 5.-8. Semester zu vertiefen, was jedoch eine neue Studienordnung nötig machte. Die Einteilung für das Studium der Haushalts- und Ernährungswissenschaft sollte analog erfolgen.¹⁷⁰³ Detaillierte Studienpläne, mit deren Fixierung eine Reduzierung der Studienzeiten – wie auch von den Biologen praktiziert – erzielt werden sollte,¹⁷⁰⁴ lagen ebenfalls für beide Studienrichtungen vor und waren Produkte der durchgeführten Reform der Studiengänge, die sich an der geänderten Situation orientiert hatte. Allgemeines Ziel war „bei Einhaltung der vorgeschriebenen Studiendauer die Effektivität des Studiums zu erhöhen und die Ausbildung den geänderten Anforderungen in der Praxis anzupassen.“¹⁷⁰⁵ Ein Aufbaustudium ohne Abschluss der Promotion wurde zu einem späteren Zeitpunkt diskutiert.¹⁷⁰⁶

Waren solche Maßnahmen – Studienpläne und die Institutionalisierung einer Zwischenprüfung – dem Gedanken der Rationalisierung des Studiums geschuldet, so gab es auch verschiedene Entwicklungen bzw. Überlegungen innerhalb des Bereichs

¹⁷⁰² Vgl. UAG, Landwirtschaftliche Fakultät, Karton 19: Fakultätssitzungen 1964-1967: Brief an den Rektor der Justus-Liebig-Universität, betr.: Schreiben vom 5. Januar 1967 – Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Studienreform (19. Januar 1967).

¹⁷⁰³ Vgl. UAG, Landwirtschaftliche Fakultät, Karton 19: Fakultätssitzungen 1964-1967: Protokoll der Fakultätssitzung vom 30. Januar 1967.

¹⁷⁰⁴ Vgl. UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 31: Fachbereiche, Hochschulgesetz 1968-1971: Prof. Dr. D. Bückmann: Stellungnahme der Biologischen Fachvertreter zu dem „Bericht der Landesrektorenkonferenz des Landes Nordrhein-Westfalen zur Organisation der Hochschulverwaltung“ (31. Juli 1968 übersandt).

¹⁷⁰⁵ UAG, Landwirtschaftliche Fakultät, Karton 48: Rektor Schriftwechsel 1969-71: Brief Dekan Waßmuths an den Präsidenten der Justus-Liebig-Universität, betr.: Gesprächsthemen mit dem Wissenschaftsrat (4. Mai 1971).

¹⁷⁰⁶ Vgl. ebd.

der Lehr- bzw. Lerninhalte: Auch für Gießen ist die zunehmend sich verbreitende Einsicht in die Notwendigkeit einer Reform, gerade im Bereich der Lehre, nachweisbar: Der Biologe und Botaniker Boguslawski formulierte diese beispielsweise bereits 1965: Die Auswahl und Begrenzung des Lehrstoffes und damit auch die Limitierung der Studienzeit in zahlreichen Disziplinen erklärte er zur unaufschiebbaren Aufgabe der Fakultäten. Doch wies er simultan auf ein Paradoxon hin: Auf der einen Seite würde der akademische Lehrbetrieb verschult werden, auf der anderen Seite jedoch wäre es den Studenten nicht möglich, den laut Prüfungsordnung verlangten Wissensstoff annähernd kennen zu lernen. Zudem würde für die Professoren und den Nachwuchs der Konnex von akademischer Lehre und Forschung – wertvolles Konstituens der universitären Tradition – auf das Spiel gesetzt werden.¹⁷⁰⁷ Einige Jahre später war das Thema der Reduzierung des Stoffes noch immer aktuell, wie ein Blick auf die Veterinärmedizinische Fakultät beweist.¹⁷⁰⁸

Generell zeichnete sich der Trend ab, einen größeren Praxisbezug in die Studiengänge zu implementieren, wie das Beispiel der Veterinärmedizinischen Fakultät, aber auch das der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen und der Medizinischen Fakultät, auf das später näher eingegangen werden soll, belegt: In der Veterinärmedizinischen Fakultät hatte sich die Erläuterung des Vorlesungsstoffes durch praktische Demonstrationen als vorteilhaft erwiesen. Des Weiteren wollten die Hochschullehrer den Unterricht während Exkursionen veranschaulichen.¹⁷⁰⁹ Die Abstimmung mit anderen Fakultäten, sprich: die Intensivierung von Interdisziplinarität und die Möglichkeit von Verbundvorlesungen waren diskutierte Themen.¹⁷¹⁰ Die Integration der Lehrerbildung in die Gesamtuniversität wirkte im Fall der Abteilung für Erziehungswissenschaften als Initialzündung¹⁷¹¹: Hier überlegte man nämlich,

¹⁷⁰⁷ Vgl. Boguslawski, E. von : Hochschulreform und Hochschulgesetz. Eindrücke und Gedanken von Gießen. In: Gießener Freie Presse vom 12. Januar 1965.

¹⁷⁰⁸ Vgl. UAG, Veterinärmedizinische Fakultät, Karton 18: Hochschulreform 1968-1971: Kommission für die Studienreform der Veterinärmedizinische Fakultät Giessler, Lämmeler, Weis, Zahner, Schmitt, Kroker: Vorschläge zur Studienreform im Rahmen der zur Zeit bestehenden Bestallungsordnung (ohne Angabe).

¹⁷⁰⁹ Vgl. UAG, Veterinärmedizinische Fakultät, Karton 9: Präsident, Allgemeiner Schriftwechsel. 1966-1973: Institut für Hygiene und Infektionskrankheiten der Tiere der Justus-Liebig-Universität. Direktor Ulbrich an den Dekan der Veterinärmedizinischen Fakultät Betr.: Studienreform; hier: Betreuung der Studierenden in Gruppen (13. Januar 1967).

¹⁷¹⁰ Vgl. UAG, Veterinärmedizinische Fakultät, Karton 18: Hochschulreform 1968-1971: Kommission für die Studienreform der Veterinärmedizinische Fakultät Giessler, Lämmeler, Weis, Zahner, Schmitt, Kroker: Vorschläge zur Studienreform im Rahmen der zur Zeit bestehenden Bestallungsordnung (ohne Angabe).

¹⁷¹¹ Vgl. UAG, Abteilung für Erziehungswissenschaften, Karton 6: Kultusministerium K-R 1961-1971: Abteilung für Erziehungswissenschaften, betr.: Neukonzeption von Praktika (22. Januar 1971).

die Praktika neu zu konzipieren. Um diese zu hochschuldidaktisch wertvollen Veranstaltungen zu transformieren, sollte eine Phase der Berufsfindung institutionalisiert werden. Bezüglich der Organisation sollte es möglich gemacht werden, dass alle Praktikanten in ihren jeweiligen Studienfächern hospitieren und unterrichten können sollten. Als unerlässlich erachteten die Erziehungswissenschaftler zudem die Einrichtung einer Vor- und Nachbereitungsphase und die feste Etablierung einer Kooperation zwischen Schule und Universität, um der Forderung nach „Theoriebewährung im Praxisversuch“ gerecht zu werden.¹⁷¹²

Bereits sehr früh hatte die Veterinärmedizinische Fakultät den Gedanken des Kontaktstudiums aufgegriffen und Kurse für leitende Schlachthoftätigkeiten ins Leben gerufen, die jedoch nicht von der Landestierärztekammer Hessen als Kontaktstudium, sondern als Ausbildungskursus betrachtet wurden.¹⁷¹³ Bemühten sich zwar viele Mitglieder der Wirtschaftswissenschaftlichen Sektion an der Ausbildung bereits berufstätiger Wirtschaftswissenschaftler mitzuwirken¹⁷¹⁴, sollte es noch bis zum 16. September 1971 dauern, bis der erste, gemeinhin als solcher akzeptierte Lehrgang für Kontaktstudien für Physik an der Justus-Liebig-Universität eingerichtet wurde.¹⁷¹⁵

Bemerkenswert erscheint die Tatsache, dass auch in Gießen eine Änderung der Vorlesungszeiten diskutiert wurde. Die Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät beantragte eine Verlängerung des Sommersemesters¹⁷¹⁶, woraufhin die Pfingstferien infrage gestellt wurden. Doch warnende Stimmen meldeten Bedenken an, zumal diese für die großen Exkursionen genutzt würden. Schließlich wurde der Fakultät der Vorschlag gemacht, zur besseren Ausbildung ihrer Studenten Ferienkurse abzuhalten.¹⁷¹⁷ Skepsis gegenüber der Idee sui generis war aber nicht der alleinige Grund für die ablehnende Haltung, wie beispielsweise anhand der Veterinärmedizi-

¹⁷¹² Vgl. UAG, Abteilung für Erziehungswissenschaften, Karton 6: Kultusministerium K-R 1961-1971: Brief Langerhans' an den Kultusminister (18. Mai 1971).

¹⁷¹³ Vgl. UAG, Veterinärmedizinische Fakultät, Karton 32: Sitzungsprotokolle der Engeren Fakultät vom 23. Dezember 1967 bis 9. Dezember 1969. Protokoll der Sitzung der Veterinärmedizinischen Fakultät Gießen am 17. November 1967.

¹⁷¹⁴ Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Schriftwechsel Präsident. 1965-1971: Brief an den Herrn Präsidenten der Justus-Liebig-Universität. Betr.: Besuch des Wissenschaftsrats. (Antwort der Fragen) (5. Mai 1971).

¹⁷¹⁵ Vgl. UAG, Abteilung für Erziehungswissenschaften, Karton 6: Kultusministerium K-R 1961-1971. Rede zur Eröffnung des 1. Lehrgangs für Kontaktstudien (Physik) an der Universität Gießen am 16. September 1971.

¹⁷¹⁶ Vgl. UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 44: Sitzungsprotokolle der Naturwissenschaftlichen Fakultät. 1. 4. 1965 – 31. 3. 1966: Protokoll der Sitzung der Naturwissenschaftlichen Fakultät am 26. Januar 1966.

¹⁷¹⁷ Vgl. ebd.

nische Fakultät deutlich wird, organisatorische Schwierigkeiten spielten in diesem Kontext ebenfalls eine Rolle.¹⁷¹⁸

Als die Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät im Jahr 1965 ihre Pforten öffnete, konnte sie auf die „Chance des Starts“¹⁷¹⁹ zurückgreifen und eine Reihe der bereits diskutierten Tendenzen von vornherein berücksichtigen. So war sie sich ihrer wissenschaftlichen, politischen und sozialen Verantwortung als Studienfakultät absolut bewusst, wie die Eröffnungsrede des Juristen Mallmann, neben dem Wirtschaftswissenschaftler Woll der Protagonist, demonstriert: „Eine Studienfakultät muss heute eine Studienreformfakultät sein[...]“¹⁷²⁰ Auch wenn sie den Anspruch erhob, zugleich Forschungs- und Fortbildungsfakultät sein zu wollen, wollte man den Fokus der Aufmerksamkeit in Zukunft auf die Gestaltung von Unterricht und Studium legen, was sie für unsere Fragestellung besonders interessant macht:

Die Fakultät sieht ihre primäre – wenngleich nicht ihre einzige – Aufgabe in der Durchführung einer tiefgreifenden Studienreform. Der inzwischen von ihr entwickelte juristische Studienplan, der sowohl die Ergebnisse der neueren Reformdiskussion als auch mannigfache praktische Erfahrungen verwertet, zielt auf Intensivierung und Straffung des gesamten, siebensemestrigen Studiums. Maßgebend für alle Einzelreformen ist das Bestreben, durch verstärkte Anleitung der Studierenden ebenso wie durch Konzentration und sachgemäße Gliederung des Studienstoffes die Nachteile einer übertriebenen „akademischen Freiheit“ zu vermeiden, ohne in das entgegengesetzte Extrem einer Verschulung zu verfallen.¹⁷²¹

Signifikant für das Programm des rechtswissenschaftlichen und des wirtschaftswissenschaftlichen Studiums war sowohl die Flexibilität seines Charakters¹⁷²² als auch

¹⁷¹⁸ Vgl. UAG, Veterinärmedizinische Fakultät, Karton 18: Hochschulreform 1968-1971: Informationsgespräch zu Fragen des Hessischen Universitätsgesetzes (Regierungsentwurf) und der Studienreform am Freitag, den 16. Mai 1969 im Sitzungszimmer der Veterinärmedizinischen Fakultät in Gießen: Ergebnisprotokoll.

¹⁷¹⁹ Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Eröffnungsfeier 1965: Woll, Artur: Die Aufgaben der Gießener Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. Rede anlässlich der Eröffnung.

¹⁷²⁰ Ebd.

¹⁷²¹ UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Eröffnungsfeier 1965: Pressestelle der Justus-Liebig-Universität: Mitteilung der Pressestelle Nr. 5 (17. Dezember 1965): Daten anlässlich der Feier zur Eröffnung der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät am 17. Dezember 1965.

¹⁷²² Dazu heißt es: „Wenn wir sie [die Programme] nicht vor Beginn unserer Arbeit proklamiert und sie auch seither nicht publiziert haben, so einmal, weil praktische, konkrete Reformarbeit die Forderung des Tages ist, nicht Prinzipienproklamation, Denkschriftenfabrikation, endloses Diskutieren;

die Kooperation mit den Wissenschaftlichen Mitarbeitern, Assistenten und Studenten.¹⁷²³ Bei der Erstellung des Studienplanes rekurrten die Hauptakteure sowohl auf Erfahrungen anderer Fakultäten, auf die Vorschläge des juristischen Fakultätentages, auf die Überlegungen des Arbeitskreises für Fragen der Juristenausbildung als auch auf die Empfehlungen der Justizministerkonferenz.¹⁷²⁴

Der Eröffnung der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät in Gießen war eine Reihe von Überlegungen vorausgegangen, die bis ins Jahr 1963 zurückdatieren.¹⁷²⁵ Zum generellen Ziel hatte Seidenfuß, Vertreter der Wirtschaftswissenschaften in der Landwirtschaftlichen Fakultät, der mit der Erstellung eines Memorandums beauftragt worden war, vorab erklärt, durch „intensive Schulung und starke Selbstbeteiligung der Studenten die frühere Exaktheit juristischen Denkens wieder

sondern vor allem, weil unsere Programme bei aller Klarheit der Grundlinien nicht starr, (scheinbar) perfekt, vielmehr bewusst darauf angelegt sind, am Maßstab der praktischen Erfahrung gemessen, korrigiert, weiter entwickelt zu werden.“ (UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Eröffnungsfeier 1965: Pressestelle der Justus-Liebig-Universität: Mitteilung der Pressestelle Nr. 5 (17. Dezember 1965): Daten anlässlich der Feier zur Eröffnung der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät am 17. Dezember 1965).

¹⁷²³ So nahm die Studienkommission den Antrag der Fachschaft auf Ausgabe von Skripten zu bestimmten Vorlesungen des Grundstudiums (Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Studienreformkommission Wirtschaftswissenschaften + Ausschuß für Lehr- und Studienangelegenheiten bis 1973: Brief der Wirtschaftswissenschaftlichen Fachschaft an Alewell (5. April 1969)) zum Anlass, eine Vorlage zu diesem Thema zu erarbeiten, in der man zu dem Ergebnis gelangte, dass die Ausgabe von Skripten ein Mittel zur sinnvollen Gestaltung von Gruppenarbeit darstelle. (Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Studienreformkommission Wirtschaftswissenschaften + Ausschuß für Lehr- und Studienangelegenheiten bis 1973: Vorlage der Studienkommission zur Frage Vorlesung und Skripte (ohne Angabe)). Genauso wurde der Wunsch der Nebenfachstudenten Mathematik nach einem Studienplan in der Sitzung des Ausschusses für Lehr- und Studienangelegenheiten erstmals am 3. Mai 1972 zur Sprache gebracht (Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Studienreformkommission Wirtschaftswissenschaften + Ausschuß für Lehr- und Studienangelegenheiten bis 1973: Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Lehr- und Studienangelegenheiten (3. Mai 1972)), informierte Dekan Bleicher bereits am 16. Mai des gleichen Jahres alle Fachbereiche über die Intention des Fachbereichs, das Lehrangebot für die Nebenfachstudenten mittels eines generellen Studienplans für diese effektiver zu gestalten. (Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Studienreformkommission Wirtschaftswissenschaften + Ausschuß für Lehr- und Studienangelegenheiten bis 1973: Schreiben Dekan Bleichers an die Dekane der Fachbereiche 01-22 (16. Mai 1972)). Besondere Bedeutung maß man neben der engen Zusammenarbeit zwischen Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlern dem Dialog mit Kollegen anderer Fakultäten, gerade hinsichtlich der Forschung, bei.

¹⁷²⁴ Vgl. ebd. Des Weiteren konnte man die Empfehlungen der Justizministerkonferenz nicht ignorieren – zumal die hessische Ausbildungsordnung auf diesen basierte. (Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Eröffnungsfeier 1965: Woll, Artur: Die Aufgaben der Gießener Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. Rede anlässlich der Eröffnung).

¹⁷²⁵ Bereits in dieser Zeit tauschten sich Ramm und Mallmann, letzterer noch als Ordinarius in Frankfurt am Main tätig, über die Studienreform, die man an der neuen Fakultät praktizieren wollte, aus. Bereits zu dieser Zeit hatte Ramm die Überlegung angestellt, das Studium auf sieben Semester anzulegen, indem die Problemvorlesungen ganz oder zumindest partiell aus dem Studium heraus- und in das Post Graduate-Studium hinein genommen werden sollten. (Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Pläne für die Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, besonders Lehrstuhlprogramm. 1964). Schließlich wurde Hellmuth Stefan Seidenfuß, Vertreter der Wirtschaftswissenschaften in der Landwirtschaftlichen Fakultät, beauftragt, ein Memorandum zu erstellen. (Vgl. Felschow, Eva-Marie; Lind, Carsten; Busse, Neill: Krieg – Krise – Konsolidierung. S. 132.).

zu erreichen und sie mit einer Aufgeschlossenheit gegenüber den Problemen der modernen Gesellschaft und des modernen Staates zu verbinden.“¹⁷²⁶ Ein konkretes Ziel war, die verloren gegangene Einheit der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät wiederzuerlangen.¹⁷²⁷

Der Studienplan, den man im Hinblick auf die Eröffnung¹⁷²⁸ ausarbeitete und der sich an den gesetzlichen Vorschriften orientieren musste¹⁷²⁹, ging von der Prämisse

¹⁷²⁶ Ebd.

¹⁷²⁷ Die Einheit von Forschung und Lehre sollte weiterhin, wenn auch in zeitgemäßen Formen, beibehalten werden. Auf der Liste der Hauptpunkte der Reform stand die Einführung eines Generalsemesters für Juristen, Nationalökonomien, Soziologen und Studenten der Wissenschaft von der Politik ganz oben. Gefolgt wurde sie von der Aufteilung des Fachstudiums in ein dreisemestriges Grundstudium, an dessen Ende eine Zwischenprüfung stehen sollte, in ein praktisches Studiensemester und schließlich in ein viersemestriges Vertiefungsstudium. Unter der Prämisse der Einführung der Studenten in die Rechtswissenschaft stand das Grundstudium.

Die dominierende Ausbildungsform sollte die Arbeitsgemeinschaft sein. Nach dem praktischen Studiensemester, das die Kenntnis des Verfahrens- und Vollstreckungsrechts vermitteln sollte, folgte das Vertiefungsstudium. Jenes sollte sich wiederum in Vertiefungsvorlesungen über die bereits im Grundstudium thematisierten Rechtsgebiete und Problemvorlesungen gliedern. Es war intendiert, während der Vorlesungen, die durch Frage- und Diskussionsstunden aufgelockert werden sollten, praktischen Übungen und Seminaren die Studenten an „die Technik der Urteilsbesprechung und der Erstattung mündlicher und schriftlicher Referate“ heranzuführen. Am Ende des Vertiefungsstudiums stand das Referendarexamen, in dem die gesamte Arbeit des Studenten während des Studiums mitbewertet wurde. Signifikant an diesem reformierten Studium war die Schwerpunktbildung: War der Fokus im Grundstudium auf Strafrecht, bürgerliches Recht und öffentliches Recht, war er im Vertiefungsstudium auf Wirtschaftsrecht, Sozialrecht, internationales Recht und die Erörterung der geschichtlich-politischen Bedingtheit des Rechts gerichtet. Der dritte Schwerpunkt, Verfahrens- und Vollstreckungsrecht, wurde im praktischen Studiensemester behandelt. Anstelle von einzelnen Institutsbibliotheken sollte eine Fakultätsbibliothek eingerichtet werden. (Vgl. Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Pläne für die Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, besonders Lehrstuhlprogramm 1964: Rechtswissenschaftlicher Studienplan der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät (Gießener Modell) (ohne Angabe)).

¹⁷²⁸ Nachdem die Hessische Landesregierung schließlich die Errichtung einer Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät in Gießen, „die einen Beitrag zur Hochschulreform leisten soll“ (UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Pläne für die Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, besonders Lehrstuhlprogramm 1964: Brief des Hessischen Kultusministers an den Rektor (26. März 1964)), gebilligt hatte, wurde am 23. Dezember 1965 – nicht zuletzt zur Entlastung der nach den Feststellungen des Wissenschaftsrates überfüllten Fakultäten gleicher Fachrichtung an anderen Universitäten (Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Pläne für die Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, besonders Lehrstuhlprogramm 1964: Memorandum über den Aufbau einer Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät an der Justus-Liebig-Universität (Februar/März 1963)) – die Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät in Gießen errichtet. Mit einem großen Maß an „Pioniergeist“ (Reißmüller, Johann Georg: Pioniergeist in Gießen. Die neue rechts- und wirtschaftswissenschaftliche Fakultät treibt unbefangenen Studienreform. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. Dezember 1965) ausgestattet, wie dies gar der „German Tribune“ beobachtete, nahm sie zum Sommersemester 1965 ihre Tätigkeit mit neun Hochschullehrern und 81 Studenten auf. Nach der schrittweisen Erweiterung des Lehrkörpers war der Abschluss der ersten Aufbauphase für das Jahr 1967 geplant. (Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Eröffnungsfeier 1964-65: Pressestelle der Justus-Liebig-Universität: Mitteilung der Pressestelle Nr. 5 (17. Dezember 1965)).

¹⁷²⁹ Konkret handelte es sich hierbei um 1965 § 5 DRiG vom 8. September 1961 und um die hessische Juristenausbildungsordnung vom 10. September 1965 (Vgl. BGBl. I S. 1665; GVBl. I 1965, S. 193ff.): Voraussetzung für die Zulassung zur Prüfung war der Nachweis eines siebensemestrigen Studiums. Vorlesungen über die Prüfungsfächer, in Soziologie und in zwei wirtschaftswissenschaftlichen Fächern gehörten genauso dazu wie die Teilnahme an einer Einführungsarbeitsgemeinschaft in einem der beiden ersten Semester. Neben einer Übung für Anfänger und Fortgeschrittene im bürgerlichen Recht, Strafrecht und öffentlichem Recht mussten die Studierenden den erfolgreichen

aus, dass die Studienanfänger an ihrer neuen Ausbildungsstätte Universität zumeist unter einer großen Orientierungslosigkeit zu leiden hätten. Diese wollte man ihnen neben einer verstärkten Beratung durch einführende Vorlesungen und damit einhergehenden Arbeitsgemeinschaften in die Kerngebiete Privatrecht, Strafrecht und Öffentliches Recht nehmen. Während besonderer Lehrveranstaltungen sollten die jungen Rechtswissenschaftler in juristisches Denken und in die Technik der wissenschaftlichen Arbeit eingeführt werden.¹⁷³⁰ Weitere Neuerungen des Studienplanes betrafen das Vorlesungs- und Übungssystem: Zu nennen sind hier die Etablierung von Arbeitsgemeinschaften¹⁷³¹ – neben denen zu den Einführungs-, auch zu verschiedenen systematischen Hauptvorlesungen¹⁷³² – und der vermehrte Einsatz von Übungen mit schriftlichen Arbeiten. In den Kerngebieten sollten des Weiteren Vertiefungsvorlesungen für Fortgeschrittene die enzyklopädischen Übersichtsvorlesungen ergänzen. Der Schwerpunkt der Übungen sollte auf den Anfänger- und Fortgeschrittenenübungen im bürgerlichen Recht, Straf- und öffentlichen Recht liegen. Auf eine Zwischenprüfung wurde verzichtet, zumal auch die juristische Ausbildungsordnung von einer solchen absah.¹⁷³³ Einen zentralen Stellenwert nahm auch der Gedanke ein, den Blick der Studierenden über die engeren Fachgrenzen hinaus

Besuch einer Übung in einem Wahlfach vorweisen können, wie Steiger ausführt. (Vgl. Steiger, Heinhard: Das „Gießener Modell“ – Was es war und was daraus wurde. In: Gropp, Walter; Lipp, Martin; Steiger, Heinhard: Rechtswissenschaft im Wandel. Festschrift des Fachbereichs Rechtswissenschaft zum 400jährigen Gründungsjubiläum der Justus-Liebig-Universität Gießen. Tübingen 2007. S. 65-85. Hier: S. 66).

¹⁷³⁰ In der praktischen Umsetzung bedeutete dies, dass die Studienanfänger nicht mehr länger mit einer sie überfordernden Vorlesung über den Allgemeinen Teil des Bürgerlichen Gesetzbuches konfrontiert wurden, sondern eine einführenden Vorlesung über die Grundlagen des Privatrechts mit Arbeitsgemeinschaften hören sollten. Auch hatte man erkannt, dass sich die rechtsgeschichtlichen Vorlesungen nicht als Einführung eigneten. Die Beschäftigung mit dem allgemeinen Teil sollte sich erst an die spezifischen Vorlesungen über die vier anderen Bücher des BGB anschließen. (Vgl. U-AG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Eröffnungsfeier 1965: Mallmann, Walter: Die Aufgaben der Gießener Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. Rede anlässlich der Eröffnung. (17. Dezember 1965)).

¹⁷³¹ Diese Arbeitsgemeinschaften sollten eine gewisse Größe nicht überschreiten, wie Prof. Simitis 1967 vorschlug: Maximal 25 Studenten sollten laut des Gießener Modells von den Assistenten des jeweiligen Ordinarius betreut werden. (Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Ausbildungsordnung, Prüfungsordnung, Promotionsverfahren allgemein, Promotionsgebühren. 1965-1973; UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Pläne für die Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, besonders Lehrstuhlprogramm. 1964: Raumbedarf der Gießener Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät (ohne Angabe)); Prof. Simitis an den Kultusminister. Betr.: Neufassung der Hessischen Juristischen Ausbildungsordnung vom 27. November 1957 (21. Juli 1965)).

¹⁷³² Es handelt sich dabei a) um Arbeitsgemeinschaften zu den Einführungen in das Strafrecht, bürgerliche Recht und öffentliches Recht und b) um Arbeitsgemeinschaften zu den Hauptvorlesungen zum Strafrecht I und II, Schuldrecht, Sachenrecht, Verfassungsrecht, Verwaltungsrecht I und II, Arbeitsrecht, Wirtschafts- und Handelsrecht, Zivilprozessrecht vom 1. bis zum 5. Semester.

¹⁷³³ Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Eröffnungsfeier 1965: Mallmann, Walter: Die Aufgaben der Gießener Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. Rede anlässlich der Eröffnung. (17. Dezember 1965).

zu weiten und damit einer zu ausgeprägten Spezialisierung entgegenzusteuern, was mittels der Integration wirtschaftswissenschaftlicher, soziologischer und politikwissenschaftlicher Vorlesungen institutionalisiert werden sollte.¹⁷³⁴ Daneben sollten nunmehr bis dahin von der Forschung vernachlässigte Gebiete wie Arbeitsrecht, Sozialrecht und Recht der supranationalen Behörden Berücksichtigung erfahren.¹⁷³⁵ Signifikant am neuen Studienplan waren ferner die Bemühungen, die vorlesungsfreie Zeit effektiver auszunutzen. Zum einen sollten die Studenten mittels schriftlicher Ferienarbeiten, die im Konnex zu Übungen, Vorlesungen oder Seminaren des nachfolgenden Semester stehen sollten, dazu angehalten werden. Zum anderen sah man in dieser Zeit die Chance für die Studenten, sich dem eigenen Studium zu widmen, sie getreu dem Motto „Einsamkeit mit dem Buch“ zu nutzen.^{1736 1737}

Aufgrund des wachsenden Abstandes zu führenden Ländern auf ökonomischem Gebiet hatten auch die Wirtschaftswissenschaftler in Gießen den Fokus ihres Interesses auf die Studienreform gerichtet. Als Ziel für das wirtschaftswissenschaftliche Studium definierten sie die Erziehung der Studenten zu theoretisch geschulten und praxisnahen Ökonomen. Auf drei großen Säulen basierten die Reformüberlegungen der Gießener Wirtschaftswissenschaftler: Das Studium sollte erstens eine erhebliche

¹⁷³⁴ Dazu führte Mallmann aus: „Die enge Zusammenarbeit mit den Nachbardisziplinen in, aber auch außerhalb der Fakultät, z. B. der Medizin, wird ferner in den planmäßig vorgesehenen Sammelvorlesungen über gemeinsam interessierende Problembereiche Früchte tragen, auch in anderen Lehrveranstaltungen, die dafür besonders geeignet erscheinen, wie etwa den handelsrechtlichen Übungen.“ (UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Eröffnungsfeier 1965: Mallmann, Walter: Die Aufgaben der Gießener Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. Rede anlässlich der Eröffnung. (17. Dezember 1965)).

¹⁷³⁵ Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Fakultätssatzung 1964-1968: Auszug aus dem Gießener Anzeiger vom 24. Dezember 1964: Bericht über Äußerungen von Prof. Ramm zur in Gießen geplanten Hochschulreform.

¹⁷³⁶ „Die Förderung des Lesestudiums, der eigenen wissenschaftlichen Arbeit (natürlich auch während des Semesters) dient der Entfaltung der individuellen Kräfte der Studierenden und damit einem Hauptziel jedes, auch des reformierten, gestrafften Studiums: der geistigen Selbständigkeit des jungen Juristen.“ (Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Fakultätssatzung 1964-1968: Auszug aus dem Gießener Anzeiger vom 24. Dezember 1964: Bericht über Äußerungen von Prof. Ramm zur in Gießen geplanten Hochschulreform.).

¹⁷³⁷ Schließlich sei noch auf eine rein organisatorische Gießener Eigenart verwiesen, die sicherlich partiell auch auf die finanzielle Situation zurückzuführen ist: An der neuen Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät wurde auf Spezialinstitute, wie beispielsweise für Kommunalrecht, zugunsten von einheitlichen (rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen) Seminarbibliotheken verzichtet (Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Eröffnungsfeier 1964-65: Pressestelle der Justus-Liebig-Universität: Mitteilung der Pressestelle Nr. 5 (17. Dezember 1965)). Noch einen Schritt weiter, sprich die Vereinigung der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften zu einem Gesamtseminar, allerdings wollte die Fakultät nicht gehen, wie die Reaktion auf einen solchen Vorschlag von Dr. Kettner zeigt. Vielmehr präferierte man zwei getrennte Organisationen, denen jeweils ein geschäftsführender Direktor vorstehen sollte. Weiterhin sollten alle Lehrstuhlinhaber der Fakultät Mitdirektoren in jeweils einem der beiden Seminare sein. (Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Wirtschaftswissenschaften, Fakultätssitzungen: Einladungen und Protokolle 1965-1971: Protokoll der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Justus-Liebig-Universität (25. Oktober 1966)).

Straffung und Konzentration erfahren; zweitens sollte eine verstärkte Aktivität der Studenten während der Lehrveranstaltungen erzielt werden. Drittens war „eine Zusammenfassung oder Integration von Teildisziplinen“¹⁷³⁸ intendiert. Ähnlich wie bei den Juristen wurde auf die Anleitung und Beratung der Studenten in den Anfangssemestern gesteigerten Wert gelegt – nicht zuletzt deswegen, weil das Hessische Hochschulgesetz von 1966 die Fakultäten dazu verpflichtet hatte. Darüber hinaus sollten Studenten die Möglichkeit erhalten, bereits anhand des Vorlesungsverzeichnisses zu ersehen, welche Veranstaltungen für die einzelnen Semester vorgesehen waren. Eine Zwischenprüfung nach dem vierten Semester, die nur einmal wiederholt werden durfte, sollte ebenfalls für einen kraftvollen Start der Studenten sorgen.¹⁷³⁹

Dem Grundstudium sollte die Funktion einer kritischen und problemgeschichtlichen Einführung in die Grundlagen des Faches zukommen, wobei bereits im ersten Semester systematische Lehrveranstaltungen auf dem Studienplan standen. Sie sollten allerdings „über den Rahmen der üblichen Einführungsvorlesungen“ erheblich hinausgehen. Im Vertiefungsstudium fiel der Vorlesung die Vermittlung von Forschungsergebnissen zu. Die verstärkte Integration von Übungen und Seminare war eine weitere Zielvorstellung.¹⁷⁴⁰

Prinzipiell stand zwar „die Systematik des Faches und die Methodik des Denkens“ im Fokus der Aufmerksamkeit der Reformer, jedoch sollte der empirische Stoff nicht gänzlich in den Hintergrund treten. Vielmehr wurde ihm die „Funktion des exemplarischen Prinzips“ zugedacht. Daraus ergab sich für Prüfungen, dass der Verständnisfrage erheblich größeres Gewicht beigemessen wurde als der Stofffrage.¹⁷⁴¹

Charakteristisch für die neue wirtschaftswissenschaftliche Abteilung war die Vereinigung der vormals getrennten Volks- und Betriebswirtschaft: Nunmehr sollte es in Gießen keine Diplomkaufleute und Diplomvolkswirte mehr geben, sondern nur noch Diplomökonomen.^{1742 1743}

¹⁷³⁸ Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Eröffnungsfeier 1965: Mallmann, Walter; Woll, Artur: Die Aufgaben der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. Vortrag bei der Eröffnungsfeier am 17. Dezember 1965.

¹⁷³⁹ „Konzentriertes Arbeiten scheint vielen nur sinnvoll, wenn die Ziele nicht in ferner Zukunft liegen. Wer erst in vier oder fünf Jahren entscheidende Leistungsnachweise zu erbringen braucht, wird nicht schon heute seine Kräfte aufs äußerste anspannen.“ (Ebd.).

¹⁷⁴⁰ Vgl. Ebd.

¹⁷⁴¹ Ebd.

¹⁷⁴² Die Bezeichnung stand zum Zeitpunkt der Eröffnung allerdings noch nicht genau fest.

¹⁷⁴³ Bereits in den ersten Jahren ihres Bestehens war die junge Fakultät mit dem weit verbreiteten Problem fehlender finanzieller Mittel konfrontiert, wie man den Akten entnehmen kann: So datiert ein Brief des Prodekans Simitis an den Kanzler der Universität aus dem Jahr 1966, der die Interdependenz zwischen gestiegenen Studentenzahlen und daraus resultierendem gestiegenen Personal- und Finanzbedarf verdeutlicht. Darin weist er auf den zu erwartenden Mehrbedarf an Hilfskräften für

Da die erste Aufbauphase bis zum Jahr 1967 abgeschlossen sein sollte, soll dieser Zeitpunkt als Einschnitt unserer Analyse herangezogen werden. Die Antwort Wolls im Rahmen der Erhebung der Hessischen Rektorenkonferenz Ende des Jahres 1967 kann hier als Zusammenfassung des Zwischenstandes der Gießener Bemühungen dienen: So konnte dieser sowohl für das Studium der Rechtswissenschaft als auch für das der Wirtschaftswissenschaft das Bestehen von Studienordnungen konstatieren. Schon vor den Empfehlungen des Wissenschaftsrates habe man die Neuordnung des Studiums forciert. So war für das Fach Wirtschaftswissenschaft eine Zwischenprüfung angedacht worden; die diesbezüglichen Ausführungsbestimmungen

zusätzliche Arbeitsgemeinschaften im darauf folgenden Jahr hin. Um der Relevanz des Problems Nachdruck zu verleihen, gipfelten Simitis Ausführungen in der Feststellung, dass die Arbeitsgemeinschaften ihren Zweck dann nicht mehr erfüllen könnten, wenn mehr als 30 Studenten an ihnen teilnehmen würden. (Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Briefwechsel Kanzler ab 1965 bis 1971: Brief Prodekans Prof. Simitis an den Kanzler der Universität (27. Mai 1966)).

Auf finanzielle Engpässe stößt der Rezipient erneut im Jahr 1970. Im Sommersemester war das Studienprogramm gefährdet, weil das Gros der dafür „erforderlichen Mittel erst unmittelbar vor Semesterbeginn zur Verfügung gestellt werden konnte.“ (UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Dringlichkeitsprogramm (Nachtragshaushalt) 1969-1970: Brief Dieckmanns an den Kanzler der Justus-Liebig-Universität, betr.: Dringlichkeitsprogramm für die wissenschaftlichen Hochschulen (16. Juli 1970)). Da die Kleingruppenarbeit einer intensiven Vorbereitung bedurfte, war dies im besonderen Maße für die Studienreform nachteilig. (Vgl. ebd.).

Später im Jahr hatte sich die Situation hinsichtlich der Ausbildungskapazität der Wirtschaftswissenschaftlichen Sektion – ein Aufgabengebiet der Studienkommission, die sich aus drei Hochschullehrern, zwei Wissenschaftlichen Mitarbeitern und fünf Studenten zusammensetzte. (Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Wirtschaftswissenschaftliche Sektionen: Einladungen und Protokolle Anfang Juni 1967 – Mai 1971: Protokolle der Sitzung der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Justus-Liebig-Universität Gießen (8. Januar 1969)) – dermaßen verschlechtert, dass man in einer Veränderung die einzige Möglichkeit der Weiterführung des Gießener Modells (Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Erlasse des Kultus-, Finanz- und Justizministers 1965-1971: Brief Prof. Hedtkamps an den Kultusminister, betr.: Ausbildungskapazität der Wirtschaftswissenschaftlichen Sektion der Justus-Liebig-Universität (21. Dezember 1970)) sah, denn eine beliebige Erhöhung der Studentenzahlen war nicht möglich.

Aus den geschilderten Fällen wird die Interdependenz von finanzieller Lage und maximaler Studentenzahl ersichtlich – letztere auch für die juristische und wirtschaftswissenschaftliche Studienreform ein essentieller Aspekt für deren Wirkungsgrad: Bei der Gründung der Fakultät hatte man daher eine maximale Studentenzahl von 600 Studenten fixiert, die man aber in der Endphase des Untersuchungszeitraumes mit rund 200 Studenten überschritten hatte. (Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Schriftwechsel mit studentischen Vertretern und Fachschaft 1966-1979: Brief Prof. Hedtkamps an den Vorstand der Wirtschaftswissenschaftlichen Fachschaft (19. Mai 1970)). Bereits 1969 war die Kapazität ausgelastet, so dass Woll während einer Sitzung der Sektion auf die Notwendigkeit der Diskussion hinsichtlich der Aufrechterhaltung des Reformstudiums hinwies. (Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Wirtschaftswissenschaftliche Sektion: Einladungen und Protokolle 1967-1971: Protokoll der Sitzung der Wirtschaftswissenschaftlichen Sektion (15. Oktober 1969)). Des Wagnisses, dem man die Studienreform auf diese Weise aussetzte, war man sich also durchaus bewusst, wie man auch einem Brief Prof. Hedtkamps an den Vorstand der Fachschaft Wirtschaftswissenschaften aus dem darauf folgenden Jahr später entnehmen kann. (UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Schriftwechsel mit studentischen Vertretern und Fachschaft 1966-1979: Brief Prof. Hedtkamps an den Vorstand der Wirtschaftswissenschaftlichen Fachschaft (19. Mai 1970)). Vor diesem Hintergrund wird die Diskussion um die Einführung des Numerus clausus an der Wirtschaftswissenschaftlichen Sektion verständlich: Die Mehrheit der Ordinarien tendierte im Sommer 1970 für eine solche zum Sommersemester 1971.

lägen dem Kultusministerium seit August 1966 vor. Demgegenüber sei die Einrichtung einer solchen hinsichtlich des Studiums der Rechtswissenschaft nicht möglich, da sich das juristische Staatsexamen am Richtergesetz und der juristischen Ausbildungsordnung orientieren müsse. In beiden Abteilungen hatte man einen Assistenten zur Studienberatung abgestellt. Zu den Hauptvorlesungen, berichtete Woll, fanden ebenfalls in beiden Abteilungen Arbeitsgemeinschaften in Gruppen von 20 bis höchstens 30 Studenten statt.¹⁷⁴⁴ Mithilfe der Arbeitsgemeinschaften intendierte man, die Studenten zu aktiver Arbeit zu führen, wurden darin schließlich Fragen erörtert und Elementarkenntnisse erweitert.¹⁷⁴⁵

Tatsächlich hatte die Rechtswissenschaftliche Sektion auch die aufgestellte Forderung, die vorlesungsfreie Zeit effektiver zu nutzen, in die Realität umgesetzt: In den Semesterferien wurden bei den Juristen Klausurenkurse und bei den Wirtschaftswissenschaftlern propädeutische Veranstaltungen durchgeführt. Additiv wurden bei den Rechtswissenschaftlern Hausarbeiten zu den Übungen und Ferienarbeiten vergeben.¹⁷⁴⁶ Innerhalb des Reformprogramms lag der Fokus auf der Förderung des Verständnisses für die politischen, ökonomischen und sozialen Grundlagen – Hauptmovers für die Integration dieser Fächer in den Studienplänen. Die Reformen der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung basierten vornehmlich auf der Reduzierung der Spezialvorlesungen der Volks- und Betriebswirtschaftslehre zugunsten des integrierten Studiums bzw. einer generellen Reduzierung der obligatorischen Lehrveranstaltungen auf durchschnittliche 20 Semesterwochenstunden.¹⁷⁴⁷ Hinsichtlich der Diplomprüfung sahen die Wirtschaftswissenschaftler eine Konzentration durch Be-

¹⁷⁴⁴ Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Erlasse des Kultus-, Finanz- und Justizministers 1965-71: Brief Wolls an den Herrn Hessischen Kultusminister (9. November 1967). Ein Jahr später musste man hinsichtlich des Wirtschaftswissenschaftlichen Studiums vermelden, dass überwiegend Kleingruppen eingeführt worden waren, jedoch aufgrund des Personalbestandes die Teilnehmerzahlen in allen Lehrveranstaltungen noch nicht auf die empfohlene Teilnehmerzahl beschränkt werden konnten. (Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Wissenschaftsrat 1966-1975: Brief Ramms an den Hessischen Kultusminister, betr.: Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen; hier: Feststellung der eingeleiteten Maßnahmen (2. Mai 1968)).

¹⁷⁴⁵ Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Schriftwechsel Präsident 1965-1971: Schreiben Prof. Wolls an den Rektor als Vorsitzender der Hessischen Rektorenkonferenz (28. September 1967).

¹⁷⁴⁶ Mithilfe der von den Assistenten oder partiell auch von den Dozenten selbst geleiteten Arbeitsgemeinschaften intendierte man, die Studenten zu aktiver Arbeit zu führen.

¹⁷⁴⁷ Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Wissenschaftsrat 1966-1975: Brief Ramms an den Hessischen Kultusminister, betr.: Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen; hier: Feststellung der eingeleiteten Maßnahmen (2. Mai 1968).

grenzung der Wahlfächer vor.¹⁷⁴⁸ Auf diesen lag nämlich im zweiten Teil des Studiums der Schwerpunkt.¹⁷⁴⁹ Als Voraussetzung für die Zulassung zur Diplomprüfung musste die Zwischenprüfung abgelegt worden sein.¹⁷⁵⁰ Zu diesem Zeitpunkt bereitete die Fakultät ein Aufbaustudium vor.¹⁷⁵¹

Der Besuch des Wissenschaftsrates im Jahr 1971 evozierte an der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät in Gießen einen erneuten Moment der Reflexion über das bisher Erreichte. Zu diesem Zeitpunkt lag für die Studierenden der Rechtswissenschaft lediglich ein vorläufiger Studienplan aus dem Jahr 1968 vor, da man noch experimentierte und weitere Abwandlungen plante. Dieser sah für die sieben Semester 140 Semesterwochenstunden vor, von denen 21 Semesterwochenstunden Arbeitsgemeinschaften, 27 Semesterwochenstunden Übungen u. Ä. und 4 Semesterwochenstunden wirtschaftswissenschaftlichen Lehrveranstaltungen vorbehalten waren.¹⁷⁵² Bereits diese Auflistung lässt erkennen, dass die Rechtswissenschaftliche Sektion die Arbeit in Kleingruppen, besonders in den Anfängerveranstaltungen, auch weiterhin forcierte.¹⁷⁵³ 1969 lösten dann Tutorien die Arbeitsgemeinschaften in den beiden ersten Semestern ab. Nicht unumstritten dagegen war die Entscheidung der Rechtswissenschaftlichen Sektion von 1970 hinsichtlich der Einführungsveranstaltungen. Diese sollten nunmehr in Form von Plenarveranstaltungen und Kleingruppenarbeit organisiert werden.¹⁷⁵⁴

¹⁷⁴⁸ Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Schriftwechsel Präsident 1965-1971: Schreiben Prof. Wolls an den Rektor als Vorsitzender der Hessischen Rektorenkonferenz (28. September 1967).

¹⁷⁴⁹ Vgl. Uni bildet Diplom-Oekonomen aus. Dekan und Seminardirektor sprechen über Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät. In: Gießener Allgemeine Zeitung vom 28. Juni 1969: Das Grundstudium war hinsichtlich seines Charakters stark verschult und schloss, wie an anderer Stelle bereits ausgeführt, mit einer Zwischenprüfung ab.

¹⁷⁵⁰ Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Wissenschaftsrat 1966-1975: Brief Ramms an den Hessischen Kultusminister, betr.: Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen; hier: Feststellung der eingeleiteten Maßnahmen (2. Mai 1968).

¹⁷⁵¹ Vgl. ebd.

¹⁷⁵² Vgl. Steiger, Heinhard: Das „Gießener Modell“. In: Gropp, Walter; Lipp, Martin; Steiger, Heinhard: Rechtswissenschaft im Wandel. S. 68.

¹⁷⁵³ So berichtete man dem Kultusminister 1970, dass vierstündige Arbeitsgemeinschaften im Rahmen der Lehrveranstaltung „Einführung in das Privatrecht“ ins Leben gerufen worden waren, die zehn bis zwölf Studierende umfassten. (Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Dringlichkeitsprogramm (Nachtragshaushalt) 1969-1970: Fachrichtung Rechtswissenschaft an den Hessischen Kultusminister (7. Januar 1970)).

¹⁷⁵⁴ Auch die Bemühungen um die freiwillige Studienberatung trugen sicherlich zur Reduzierung der Anfangsschwierigkeiten bei. Dafür stand jeder Hochschullehrer zur Verfügung; speziell für die Anfänger-Studienberatung wurde regelmäßig auf Wissenschaftliche Mitarbeiter rekurriert. Aufgrund der angespannten personellen und finanziellen Mittel hatte die Rechtswissenschaftliche Sektion bis dahin davon abgesehen, Pläne zur Einführung eines Aufbaustudiums zu konzipieren und Sonderforschungsbereiche zu organisieren. Auch die Einrichtung eines zwei- bis dreijährigen Studienganges hatte man bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht geplant. (Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissen-

Ein ähnliches Bild bietet sich dem Rezipienten anfangs auch in Bezug auf die Wirtschaftswissenschaftliche Sektion. Diese nämlich hatte am 7. Februar 1970 einen Studienplan ausgearbeitet und beschlossen, der jedoch nur in Kraft treten konnte, soweit die erforderlichen Dozenten, Assistenten, Räume und Lehrmittel verfügbar waren und der als Zielvorstellung verstanden wurde.¹⁷⁵⁵ Die allgemeinen Regelungen dieses Plans, der als Experiment behandelt werden sollte, sahen 13 bis 15 Unterrichtsstunden¹⁷⁵⁶ je Semester vor. Stärker als bisher sollten Veranstaltungen in kleinen Gruppen und die vorbereitende Lektüre in den Vordergrund gerückt werden.¹⁷⁵⁷ An der Aufteilung in ein viersemestriges Grund- und ein viersemestriges Hauptstudium wurde auch weiterhin festgehalten.¹⁷⁵⁸ Im ersten Studienabschnitt sollten die Reformansätze, die bereits partiell erfolgreich praktiziert wurden, weiterentwickelt werden. Als erstrebenswert klassifizierte diese Sektion einen Veranstaltungstyp, der Literaturstudium, Vorlesungen und Gruppenarbeit nach dem Prinzip des „lecture and discussion“ verband, da dem vorbereitenden Literaturstudium besonderes Gewicht beigemessen wurde.¹⁷⁵⁹

Sollten die ersten vier Semester der Vermittlung des als gesichert geltenden Wissensstandes dienen¹⁷⁶⁰, wurde im Hauptstudium selbstständigem wissenschaftlichem Arbeiten mehr Raum gegeben. Das Hauptstudium selbst konstituierte sich zum einen aus dem Breitenstudium, in dem das integrierte volks- und betriebswirtschaftliche Studium fortgeführt werden sollte, sprich: das Fundament legen, „sich in jede

schaftliche Fakultät: Wissenschaftsrat 1966-75: Brief Dieckmanns an den Präsidenten (11. Mai 1971)).

¹⁷⁵⁵ Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Studienreformkommission Wirtschaftswissenschaften und LuSt bis 1973: Protokoll der Sitzung der Wirtschaftswissenschaftlichen Sektion (7. Februar 1970).

¹⁷⁵⁶ Diese Angabe war im Vorfeld kontrovers diskutiert worden. (Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Studienreformkommission Wirtschaftswissenschaften und LuSt bis 1973: Protokoll der Sitzung der Wirtschaftswissenschaftlichen Sektion (7. Februar 1970)).

¹⁷⁵⁷ UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Bau 1970-1972: Prüfungsamt für die wirtschaftswissenschaftliche Diplomprüfung der Justus-Liebig-Universität: Studienplan für das wirtschaftswissenschaftliche Studium (Beschuß vom 7. Februar 1970).

¹⁷⁵⁸ Für das Grundstudium hatte die Studienreformkommission vorgeschlagen, die Form des Skriptstudiums zu wählen, das auf der einen Seite von Tutorengruppen und Übungen und auf der anderen Seite von Überblicksvorlesungen und Kolloquien begleitet werden sollte. (Vgl. Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Studienreformkommission Wirtschaftswissenschaften und LuSt bis 1973: Studienreform. Vorschläge – Abstimmung. Ohne Angabe).

¹⁷⁵⁹ UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Bau 1970-1972: Prüfungsamt für die wirtschaftswissenschaftliche Diplomprüfung der Justus-Liebig-Universität: Studienplan für das wirtschaftswissenschaftliche Studium (Beschuß vom 7. Februar 1970).

¹⁷⁶⁰ In diesem Kontext hatte man sich vorab mit der Frage auseinandersetzen müssen, ob eine Einführungsvorlesung abgehalten werden sollte und ob das Kurssystem zweckmäßig sei. (Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Studienreformkommission Wirtschaftswissenschaften + Ausschuß für Lehr- und Studienangelegenheiten bis 1973: Protokoll der Sitzung des Studiausschusses (9. Oktober 1969)).

ökonomische Aufgabe einarbeiten zu können“¹⁷⁶¹ – und dem Tiefenstudium. Während diesem sollte der Student die Möglichkeiten erhalten, mithilfe einer folgerichtigen Kombination der Wahlfächer Schwerpunkte „im Hinblick auf ein späteres Tätigkeitsfeld und auf seine persönlichen Neigungen“¹⁷⁶² auszubilden und einen gewissen Grad der Spezialisierung zu erlangen.¹⁷⁶³ Zum Zeitpunkt der Anfrage war die Abteilung dabei, das Hauptstudium einer Reform zu unterziehen.¹⁷⁶⁴ Auch bestanden bereits 1969 Pläne zur Durchführung eines Kontaktstudiums: So sollte jährlich ein 14-tägiges Seminar für Führungskräfte der Wirtschaft durchgeführt werden.^{1765 1766}

4.4.3 Die Studienreform am Beispiel der Medizinischen Fakultät

4.4.3.1 Allgemeine Einleitung

Nach diesem allgemeinen Überblick soll der Fokus nun nochmals verengt werden: Da die Medizinische Fakultät sehr früh Maßnahmen zur Realisierung der Studienreform ergriffen hatte und diese von Anfang an im Konnex mit einer detaillierten Personal- und Bauplanung realisierte, soll anhand ihres Beispiels dieser Aspekt der Hochschulreform in Gießen einer gründlichen Analyse unterzogen werden. Ob-

¹⁷⁶¹ Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Studienreformkommission Wirtschaftswissenschaften + Ausschuß für Lehr- und Studienangelegenheiten bis 1973: Studienkommission: Vorschlag über den Aufbau des wirtschaftswissenschaftlichen Hauptstudiums (5.- 8. Semester) (Gießen 10. Oktober 1969).

¹⁷⁶² Ebd.

¹⁷⁶³ Ebenso wie das Breitenstudium sollte das Tiefenstudium fünfzig Prozent des Hauptstudiums ausmachen.

¹⁷⁶⁴ Mit dieser waren eine Intensivierung des Studiums, ein verstärktes Literaturstudium, die Verkürzung der Studienzeiten und eine stärkere Objektivierung der Prüfungen intendiert. Das seit langem geplante Aufbaustudium konnte auch in dieser Phase nicht realisiert werden, da noch immer nicht die personellen und sachlichen Voraussetzungen dafür erfüllt waren. Doch bemühten sich viele Mitglieder der Sektion an Seminaren für die Ausbildung von bereits berufstätigen Wirtschaftswissenschaftlern zu partizipieren. (Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Schriftwechsel Präsident, 1965-1971: Brief an den Herrn Präsidenten der Justus-Liebig-Universität (5. Mai 1971)).

¹⁷⁶⁵ Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Fakultätentag Wirtschaftswissenschaften, Anfang Januar 1970 bis 31. Dezember 1973: Ergebnis der Umfrage „Kontaktstudium (Frühjahr 1969).

¹⁷⁶⁶ Zur besseren Orientierung der Studenten förderte man zum einen die freiwillige Studienberatung, an denen alle Hochschullehrer und zwei Studienberatern partizipierten. (Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Schriftwechsel Präsident 1965-1971: Brief an den Herrn Präsidenten der Justus-Liebig-Universität (5. Mai 1971)), zum anderen bemühte man sich um die Erarbeitung eines Studienführers. (Vgl. Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Studienreformkommission Wirtschaftswissenschaften + Ausschuß für Lehr- und Studienangelegenheiten bis 1973: Brief des Präsidenten der Justus-Liebig-Universität an die Dekane der Fachbereiche 01-23 und die geschäftsführenden Direktoren der wissenschaftlichen Zentren der JLU. Betr.: Umfrage des Ständigen Ausschusses I zur Studienreform (29. November 1973)). Überlegungen hierzu sind in der Endphase des Untersuchungszeitraumes nachweisbar. (Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Studienreformkommission Wirtschaftswissenschaften + Ausschuß für Lehr- und Studienangelegenheiten bis 1973: Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Lehr- und Studienangelegenheiten (9. Dezember 1971)).

gleich die vorliegende Arbeit ihren Schwerpunkt bewusst auf die Jahre ab 1964 gelegt hat, soll dennoch der gesamte Komplex der Studienreform, die bereits im Wintersemester 1956/1957 initiiert worden war, analysiert werden, um ihn auf eine long durée nachzuzeichnen. In diesem Kontext übernahm Thure von Uexküll, Direktor der Medizinischen Poliklinik in Gießen, die Rolle eines bedeutenden Protagonisten, der entscheidende Gedanken zur Reform des Medizinstudiums entwickelte und auch öffentlich in verschiedenen Fachorganen formulierte. Seine Überlegungen setzten bei der Ausbildung zum Arzt an, die seiner Meinung nach sowohl fachlichen Unterricht als auch eine Persönlichkeitsbildung beinhalten musste.¹⁷⁶⁷ Umfangreiches theoretisches Wissen sei durch „direktes Lernen“ in Vorlesungen, Seminaren und Übungen zu erwerben. Darüber hinaus allerdings müssten dem angehenden Arzt ebenfalls gewisse Entscheidungsmaßstäbe, Motivationen und Verhaltensnormen durch „indirektes Lernen“ vermittelt werden, die es ihm erst ermöglichten zu handeln. Diese könnten jedoch nur während eines permanenten Kontaktes mit den ärztlichen Lehrern, Pflegepersonal und Patienten „erlernt“ werden.¹⁷⁶⁸ Daraus resultierte für den Gießener Ordinarius die Gleichwertigkeit von praktischer Tätigkeit am Krankenbett und theoretischem Unterricht:

Um den künftigen Arzt für seine Berufsrolle vorzubereiten, müssen die medizinischen Fakultäten also zwei Ziele verfolgen:

- I. Sie müssen den Studenten in ihren Forschungszentren in engstem Kontakt mit den vordersten Linien medizinischen Wissens bringen, um ihm ein höheres Wissenschaftsideal einzuprägen, als es ihm in seiner späteren Praxisausbildung je wieder begegnen wird.
- II. Sie müssen ihn einer Atmosphäre aussetzen, in der die Mitglieder der Fakultät unter ständiger kritischer Kontrolle ihrer Kollegen stehen, um den Studierenden an ein Niveau ärztlicher Verantwortung und Kritik zu gewöhnen, wie er sie in seinem späteren Beruf nicht mehr vorfindet.
- III. Unter diesem Gesichtspunkt muß die Ausbildung zum Arzt als Gesamtprozeß betrachtet werden, in dem die medizinische Fakultät nicht nur die wissenschaftlichen, sondern auch die soziologischen und psychologischen Voraussetzungen für eine Umgebung zu schaffen hat, in welcher die Studierenden sich an

¹⁷⁶⁷ Vgl. Uexküll, Thure von: Studienreform und Fakultätsreform. In: Deutsches Ärzteblatt – Ärztliche Mitteilungen 46 (1961) Nr. 38. S. 2127-2131. Hier: S. 2129.

¹⁷⁶⁸ Vgl. ebd. S. 2130.

4.4.3.2 Charakterisierung der Studienreform

Vor der Folie dieser Überlegungen sind die verschiedenen Maßnahmen zur Studienreform, die die Gießener Fakultät in Angriff nahm, zu verstehen: Obgleich die Beibehaltung der Hauptvorlesungen¹⁷⁷⁰ – mit einer Integration von Spezialfächern – intendiert war, sollte die Ausbildung der Studenten mittels vermehrter praktischer Tätigkeit am Krankenbett intensiviert werden, denn jene war bis zu diesem Zeitpunkt nahezu ausschließlich theoretisch ausgerichtet. Erst nach dem eigentlichen Studium, nämlich während der Famulatur und der Medizinalassistentenzeit, wurden die angehenden Mediziner praktisch unterwiesen – was allerdings ohne Verbindung mit dem theoretischen Unterricht erfolgte. Durch die Aufsplittung bedingt war eine „aktive und passive Einflussnahme auf die Persönlichkeitsbildung des künftigen Arztes nur gering“¹⁷⁷¹ gewesen.

Im Fokus der Gießener Studienreform sollte daher die Blockbildung einzelner Fächer stehen¹⁷⁷², was bedeutete, dass „die Zeit der Semester [...] zwischen den großen Kliniken aufgeteilt wird.“ Innerhalb eines Fachgebietes sollten Theorie und Praxis aufeinander folgen; zugleich aber auch die einzelnen Unterrichtsgebiete zeitlich und stofflich aufeinander abgestimmt sein.¹⁷⁷³ Zudem war eine Aufgliederung des klinischen Unterrichts in einen überwiegend systematisch-schulmäßigen Unterricht für die Anfänger und einen vertieften Unterricht für Fortgeschrittene unter Einbeziehung von Gemeinschaftsvorlesungen vorgenommen worden. Das Blocksystem sollte den Rahmen für eine Unterrichtsintegration in den Fächern bilden und zugleich eine Stoffbegrenzung herbeiführen.¹⁷⁷⁴ Da sich die Studierenden auf diese Weise längere Zeit nur auf ein Fach konzentrieren konnten, sollte es ihnen leichter

¹⁷⁶⁹ Ebd.

¹⁷⁷⁰ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 19: Studienreform 1964-65: Brief Kühn an seine Kollegen (20. Oktober 1965): Darin erläutert er die beiden Prämissen, von denen der Entwurf des neuen Stundenplans ausgehe: zum einen die angestrebte Gliederung des klinischen Unterrichts in Propädeutik, klinische Vorlesung und Unterricht am Krankenbett; zum anderen der Wunsch nach einer sich über das ganze Semester erstreckenden Hauptvorlesung.

¹⁷⁷¹ Pia, Hans Werner: Zwölf Jahre Studienreform in Gießen. In: Deutsches Ärzteblatt – Ärztliche Mitteilungen 65 (1968) Nr. 48. S. 2784-2788. Hier: S. 2786.

¹⁷⁷² Vgl. Uexküll, Th. v.: Studienreform und Fakultätsreform. In: Deutsches Ärzteblatt – Ärztliche Mitteilungen 46 (1961) Nr. 38. S. 2130.

¹⁷⁷³ Ebd.

¹⁷⁷⁴ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 19, Studienreform 1964-65: Dekan der Medizinischen Fakultät an die „Herren Kliniker“ (7. November 1964).

fallen, sich den Stoff besser einzuprägen.¹⁷⁷⁵ Daneben setzte man auf die stimulierende Wirkung des Unterrichts in kleinen Gruppen.¹⁷⁷⁶ Um diesen Gedanken in die Praxis zu überführen, wurden die praktischen Übungen in kleinen Gruppen am Krankenbett und im Laboratorium ab dem 21. Juli 1959 zu einem festen Bestandteil der scheinpflichtigen Hauptvorlesung erklärt.¹⁷⁷⁷ Durch den Unterricht am Krankenbett wollte man die Studenten zu aktiver Beteiligung und selbstständiger Erarbeitung des Stoffes anhalten. Zudem sollte die Übernahme von begrenzter Verantwortung anregend wirken.¹⁷⁷⁸

Die Studienreform ermöglichte es den Studenten durch permanenten Kontakt mit den Patienten aktiv am Unterricht zu partizipieren. Auch für das Verhältnis zu ihren akademischen Lehrern sollte sie Konsequenzen haben: Dieses sollte nämlich ebenfalls durch den täglichen Dialog enger werden.¹⁷⁷⁹ Die Intention des Studienführers war es, den Studenten eine bessere Orientierung im Studium zu bieten.¹⁷⁸⁰

Zwölf Jahre nach der Aufnahme der Studienreform resümiert Pia, Direktor der Neurochirurgischen Klinik, die Leitgedanken derselben kurz und prägnant wie folgt:

Die planmäßige Konfrontation mit dem Kranken, die frühzeitige Übernahme von begrenzter Eigenverantwortlichkeit und der enge Kontakt mit den Lehrenden sollten zu einer stetigen Kontrolle und Überprüfung des Wissens führen und die Selbsterziehung zu wissenschaftlichem und ärztlichem Denken und Handeln von Beginn der klinischen Tätigkeit ab konsequent begünstigen und fördern.¹⁷⁸¹

¹⁷⁷⁵ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 19, Studienreform 1964-65: Schreiben von Sandritter, Pathologisches Institut (8. Dezember 1965).

¹⁷⁷⁶ Vgl. Pia, Hans Werner: Zwölf Jahre Studienreform in Gießen. In: Deutsches Ärzteblatt – Ärztliche Mitteilungen 65 (1968) Nr. 48. S. 2786.

¹⁷⁷⁷ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 19: Studienreform 1964-1965: Studienreform: Beschlüsse der Fakultätssitzungen.

¹⁷⁷⁸ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 19: Studienreform 1964-1965: Brief des Dekans der Medizinischen Fakultät an die „Herren Kliniker“ mit Fragen hinsichtlich der Studienreform (7. November 1964).

¹⁷⁷⁹ Vgl. ebd.

¹⁷⁸⁰ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 19: Studienreform 1964-1965: Brief Dekan Staudingers, betr.: Stellungnahme hinsichtlich der Beschlüsse der Kultusminister-Konferenz (26. März 1965).

¹⁷⁸¹ Pia, Hans Werner: Zwölf Jahre Studienreform in Gießen. In: Deutsches Ärzteblatt – Ärztliche Mitteilungen 65 (1968) Nr. 48. S. 2787.

4.4.3.3 Erste Phase der Studienreform: Von 1956 bis 1964

Bereits in den Jahren 1954 bis 1956 hatte man in Gießen ein Konzept über die Reform des Klinischen Studiums erarbeitet und damit die erste konsequente Studienreform nach dem Krieg initiiert. Am 28. Februar 1956 votierte die Fakultät einstimmig für den Beginn der Studienreform im Wintersemester 1956/57.¹⁷⁸² Ihr waren jedoch durch die geltende Bestallungsordnung, die das Absolvieren bestimmter Pflichtveranstaltungen vorschrieb, enge Grenzen gesetzt. Nahezu keine Veränderungen wurden in der ersten Phase der Studienreform hinsichtlich des ersten klinischen Semesters vorgenommen, das die Grundlagenfächer umfasste. Für das zweite, dritte und vierte klinische Semester war eine Aufgliederung in zwei Abschnitte vorgesehen. „In Blockform, jeweils für eine Semesterhälfte“¹⁷⁸³, waren die Fächer Innere Medizin, Chirurgie, Frauenheilkunde, Nervenheilkunde und Kinderheilkunde zusammengefasst. „Der Unterricht erfolgte weitgehend ganztätig oder halbtätig in den betreffenden Kliniken, je zwei Semester für Innere Medizin und Chirurgie, 1 ½ Semester für Frauen- und Kinderheilkunde und ein Semester für Nervenheilkunde.“¹⁷⁸⁴ Besonderes Augenmerk wurde auf die Kombination von Haupt- und Spezialvorlesung und praktischer Arbeit gerichtet. Eine Konsequenz dieser Bestrebungen war der Anstieg der Stundenzahl in den einzelnen Fächern.

Im Zentrum des fünften klinischen Semesters stand die Ausbildung in den Spezialfächern HNO-, Augen- und Zahnheilkunde, Dermatologie, Orthopädie und Gerichtliche Medizin. Ohne Semestereinteilung war man bestrebt, den Studierenden in Vorlesungen und Kursen einen Überblick über die Grundkenntnisse zu vermitteln.

Für das sechste Semester sah der Studienplan in der ersten Hälfte vormittags die Medizinische Poliklinik vor. Das Gros der Studienzeit allerdings war den Kolloquien und Kursen zur Examensvorbereitung vorbehalten.¹⁷⁸⁵

Der hier beschriebene Studienplan wurde am 14. Dezember 1959 für alle Dozenten als obligatorisch erklärt, nachdem auf den Fakultätssitzungen am 16. Juli 1957 und am 21. Juli 1959 die Entscheidung für eine Fortsetzung und Intensivierung der Stu-

¹⁷⁸² Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 28: Studienreform 1968-1970: Studienreform der Medizinischen Fakultät Gießen. Chronik.

¹⁷⁸³ Pia, Hans Werner: Zwölf Jahre Studienreform in Gießen. In: Deutsches Ärzteblatt – Ärztliche Mitteilungen 65 (1968) Nr. 48. S. 2785.

¹⁷⁸⁴ Ebd.

¹⁷⁸⁵ Vgl. ebd.

dienreform gefallen war.¹⁷⁸⁶ Trotz der Kritik, die in den folgenden Jahren am Blockunterricht geäußert wurde, blieb dieser Studienplan mit kleineren Korrekturen bis zum Sommersemester 1964 in Kraft.¹⁷⁸⁷ Vom Wintersemester 1959/60 an wurde die Zahl der Studenten dabei auf die vorhandenen Arbeitsplätze beschränkt. Dies bedeutete für das erste und zweite Semester eine Beschränkung auf 100, für das dritte bis fünfte Semester auf 70 und für das sechste bis elfte Semester auf 50 Studenten pro Jahr.¹⁷⁸⁸

Dass diese Maßnahmen als äußerst innovativ zu klassifizieren sind, lässt sich daran erkennen, dass sie den Forderungen des 67. Deutschen Ärztetages im Jahr 1964 entsprachen. Dort gab man der Hoffnung Ausdruck, dass die Medizinischen Fakultäten die gegebenen Entwicklungsmöglichkeiten für die Neugestaltung der ärztlichen Ausbildung voll ausschöpften: Die Intensivierung des Medizinstudiums durch Unterricht in kleinen Gruppen, Konzentration des Unterrichtsstoffes und optimale Koordinierung der theoretischen mit der praktischen Ausbildung und die Herstellung persönlicher Kontakte zwischen Lehrern und Schülern durch Beteiligung aller Lehrkräfte an Pflichtunterricht und Prüfungen wurden erwartet.¹⁷⁸⁹

4.4.3.4 Zweite Phase der Studienreform in Gießen: 1965 bis 1968

Bei der Erstellung eines neuen Studienplanes im Jahr 1965 lehnte sich die Fakultät an denjenigen an, der von der Gründungskommission der Medizinischen Hochschule Ulm ausgearbeitet und beschlossen worden war.¹⁷⁹⁰ Des Weiteren wurden Ideen aufgegriffen, die man bei der Neuordnung des Medizinstudiums in Schweden entwickelt hatte.¹⁷⁹¹ Zwar beschloss die Fakultät, das Blocksystem wieder aufzugeben, da es sich aufgrund der zu großen Studentenzahlen – man hatte diese schon, wie angedeutet, limitiert¹⁷⁹² –, der zu geringen Bettenkapazität und den räumlichen und

¹⁷⁸⁶ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 19: Studienreform 1964-1965: Studienreform. Beschlüsse der Fakultätssitzungen.

¹⁷⁸⁷ Vgl. Pia, Hans Werner: Zwölf Jahre Studienreform in Gießen. In: Deutsches Ärzteblatt – Ärztliche Mitteilungen 65 (1968) Nr. 48. S. 2785.

¹⁷⁸⁸ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 19: Studienreform 1964-65: Studienreform. Beschlüsse der Fakultätssitzungen.

¹⁷⁸⁹ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 19: Studienreform 1964-65: Entschließung des 67. Deutschen Ärztetages (3. Juni 1964).

¹⁷⁹⁰ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 19: Studienreform 1964-65: Brief des Dekans der Medizinischen Fakultät an die Herren der Engeren Fakultät (15. Dezember 1964).

¹⁷⁹¹ Vgl. ebd.

¹⁷⁹² Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 21: Studienreform 1966-67: Protokoll über die Sitzung der Studienreform-Kommission am 27. Februar 1967: In dieser Sitzung wurde konstatiert, dass die vorgesehene Zahl von fünf Studenten bereits überschritten sei. Als Konsequenz sollte nach dem zweiten Semester in der Pathologie und der Inneren Medizin eine Prüfung in Form einer Klausur

personellen Gegebenheiten als ineffektiv herausgestellt hatte. Hinsichtlich des Stundenplanes allerdings orientierte man sich weiterhin an den zuvor aufgestellten Prinzipien.¹⁷⁹³ Charakteristisch für diesen war „eine klarere Gliederung der großen Fachgebiete in einen propädeutischen Teil im 1. und 2. klinischen Semester, einen theoretischen und praktischen Abschnitt im 3. bis 5. Semester und einen zusammenfassenden Abschnitt“.¹⁷⁹⁴ In jener zweiten Etappe der Studienreform standen die Integration der Untersuchungskurse und der Spezialfächer und die Erweiterung des Angebots von Gemeinschaftsvorlesungen im Vordergrund. Durch Einbau neuer Vorlesungen, wie beispielsweise die der Virologie und der Medizinischen Statistik, in die traditionellen Fächer wurde der Stundenplan erweitert und modernen Entwicklungen innerhalb der Medizin Rechnung getragen.¹⁷⁹⁵ Die Konsequenz war eine durchschnittliche Wochenstundenzahl von 45, was Kritik vonseiten der Studenten evozierte.¹⁷⁹⁶ Diese bezog man nämlich durchaus in die Diskussion um die Studienreform ein, indem man u. a. Fragebogenerhebungen durchführte. Ergebnis einer solchen war die Analyse Brochers, Eckenbergers und Keisers über Studienprobleme aus dem Jahr 1966. In dieser kommt deutlich zum Ausdruck, dass die Studenten den Unterricht am Krankenbett durchaus wertschätzen und ihn als Vorzug der Gießener Fakultät betrachteten.¹⁷⁹⁷ An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass man um eine permanente Diskussion über die Studienreform innerhalb der Fakultät bemüht war, was sich als unerlässlich für deren Weiterentwicklung erweisen sollte.

Nachdem die Medizinische Fakultät erhebliche Bedenken hinsichtlich der räumlichen Situation und auch der Vermehrung der Lehraufgaben von Dozenten und Assistenten zurückgestellt hatte¹⁷⁹⁸, bekräftigte sie Anfang des Jahres 1966 nochmals, die Studienreform weiter zu intensivieren. Dabei sollte vornehmlich der klinische Unterricht vom dritten Semester an durch eine Ausbildung am Krankenbett ergänzt werden. Zu Beginn des dritten Semesters war eine Prüfung angedacht, um einen

institutionalisiert werden. In Bezug auf auswärtige Studenten beschloss man, nur solche aufzunehmen, die das Physikum mit der Note 1 oder 2 bestanden hatten.

¹⁷⁹³ Vgl. Pia, Hans Werner: Zwölf Jahre Studienreform in Gießen. In: Deutsches Ärzteblatt – Ärztliche Mitteilungen 65 (1968) Nr. 48. S. 2786.

¹⁷⁹⁴ Ebd.

¹⁷⁹⁵ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 11: Bemerkungen zur Situation der Gießener Medizinischen Fakultät. In: „Die Zeit“(ohne Angabe).

¹⁷⁹⁶ Vgl. ebd.

¹⁷⁹⁷ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 21: Studienreform 1966-67: Brocher, T.; Eckenberger, D.; Keiser, J.: Studienprobleme in einer Medizinischen Fakultät (vermutlich 1966).

¹⁷⁹⁸ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 21: Studienreform 1966-67: Memorandum der Medizinischen Fakultät der Justus-Liebig-Universität über die Reform des medizinischen Unterrichts (8. Oktober 1965).

Eindruck des Leistungsstandes der Studierenden zu gewinnen. Hierbei, so betonte Dekan Dost in seinem Schreiben, sollten die Studierenden nicht herausgeprüft werden. Vielmehr sollten sie die Chance erhalten, selbst zu überprüfen, ob sie über die nötigen theoretischen Kenntnisse für den praktischen Unterricht verfügen.¹⁷⁹⁹ Wie man sieht, entsprach diese Prüfungs-Konzeption ganz den Überlegungen des Wissenschaftsrates, wie er sie in seinen Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums aus dem gleichen Jahr formulierte. Bereits 1967 konnte Dekan Pia konstatieren, dass in allen Kursen Zwischenprüfungen durchgeführt wurden – darüber hinaus nach einem klinischen Jahr auch von der Inneren und der Pathologie. Für die Zukunft ging er davon aus, dass die neue Bestallungsordnung weitere Zwischenprüfungen vorsehen werde.¹⁸⁰⁰

Hatte man sich in Gießen höchstwahrscheinlich aus pragmatischen Gründen zunächst auf die Reform der klinischen Semester beschränkt, konnte und wollte man jedoch schon bald nicht mehr die Augen davor verschließen, dass auch der vorklinische Studienabschnitt dringendst einer Reform bedurfte. Diese rückte zunehmend in den Fokus des Interesses, wie dies an der Äußerung des Direktors des Anatomischen Instituts Oksche aus dem Jahr 1967 deutlich zum Ausdruck kommt: „Die vorklinische Studienreform wird in den nächsten Jahren zu den wichtigsten Aufgaben unserer Fakultät gehören.“¹⁸⁰¹

Ab 1966 hatte man konkret – „bei Beibehaltung der vorgeschriebenen Gliederung in Vorlesung und Kurs“ – Maßnahmen zur Intensivierung in den Bereichen der Anatomie, Physiologie und Physiologischen Chemie ergriffen. Im Rahmen der großen Vorlesungen behandelten Dozenten Spezialgebiete.¹⁸⁰² Eine Steigerung des Ausbildungsniveaus konnte mithilfe der Arbeit in kleinen Gruppen an modernen Geräten erzielt werden.¹⁸⁰³ Als Schritt in die richtige Richtung erwiesen sich auch die Aufnahme der medizinischen Psychologie und die von medizin-historischen Vorlesun-

¹⁷⁹⁹ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 21: Studienreform 1966-67: Brief Dekan Dosts betreffend Studienreform (8. Februar 1966).

¹⁸⁰⁰ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 21: Studienreform 1966-67: Brief Pias an Prorektor Heselhaus (2. November 1967).

¹⁸⁰¹ UAG, Medizinische Fakultät, Karton 21: Studienreform 1966-67: Brief Oksches (Anatomisches Institut) an den Dekan (2. Oktober 1967). In diesem Kontext forcierte beispielsweise der Direktor des Anatomischen Instituts die Erstellung eines neuen Institutsgebäudes, da der Baubeginn eines solchen wiederholt verschoben worden war, und die Erweiterung des Stellenplans. (Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 34: Personalplanung bis 1974: Begründung (des Direktors des Anatomischen Instituts) zur Personalbedarfsplanung bis zum Jahre 1972 (3. Oktober 1967)).

¹⁸⁰² Vgl. Pia, Hans Werner: Zwölf Jahre Studienreform in Gießen. In: Deutsches Ärzteblatt – Ärztliche Mitteilungen 65 (1968) Nr. 48. S. 2786.

¹⁸⁰³ Vgl. ebd.

gen.¹⁸⁰⁴ Bemerkenswert erscheint die im Wintersemester 1966/67 geführte Diskussion über die Errichtung eines eigenen Lehrstuhles für Ausbildungsforschung, die allerdings nicht schriftlich festgehalten wurde.¹⁸⁰⁵

Im Wintersemester 1967/68 wurde die Studienreformkommission neu geordnet. Die Bereiche Klinik und Vorklinik wurden integriert, die naturwissenschaftlichen Fächer einbezogen. Ein neuer Stundenplan sollte als Übergang zur neuen Bestallungsordnung dienen.

Relativ am Ende der zweiten Etappe der medizinischen Studienreform musste sich die Fakultät mit den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen auseinandersetzen: Der Vorschlag des Wissenschaftsrates, parallele Studiengänge einzurichten, wurde von ihr begrüßt. Auch folgte man den Vorschlägen hinsichtlich der Dreiteilung des Staatsexamens und der Durchführung von Kollegialprüfungen. Als dritter Aspekt stießen die Möglichkeiten für die Integration verschiedener Spezialfächer in die Hauptfächer, falls die zu integrierenden Stoffgebiete in den Lehrplan und in der Prüfung entsprechend berücksichtigt würden, auf positive Resonanz. Eine konträre Position bezog die Majorität der Fakultät allerdings gegenüber der Schaffung zweier Doktorgrade. Ihrer Meinung nach sollte nur ein solcher bei gleichzeitiger Anhebung des Niveaus beibehalten werden.¹⁸⁰⁶

4.4.3.5 Exkurs: Voraussetzungen für das Gelingen der Studienreform

Von Anfang an war allen Beteiligten an der Studienreform der Medizinischen Fakultät in Gießen bewusst, dass die Maßnahmen nur unter bestimmten Voraussetzungen zu realisieren wären: Von externer, sprich von ministerieller Seite aus musste die Vermehrung der Stellen in Angriff genommen werden; auch die Lösung des räumlichen und sachlichen Problems konnte nur von dieser Seite erfolgen.¹⁸⁰⁷ Ganz konkret erwartete man von universitärer Seite aus, wie dies nicht nur der Dekan der Fakultät als Voraussetzung für die Realisierung der Studienreform formulierte, die

¹⁸⁰⁴ Vgl. ebd.

¹⁸⁰⁵ Leider finden sich in den Akten des Universitätsarchivs – von einem Hinweis in der bereits zitierten Chronik (Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 28: Studienreform 1968-1970: Studienreform der Medizinischen Fakultät Gießen. Chronik) – keine weiteren Dokumente, die es uns erlauben würden diese Diskussion detailliert nachzuzeichnen.

¹⁸⁰⁶ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 21: Studienreform 1966-67: Schreiben Dekan Cremers an den Rektor (5. Januar 1967).

¹⁸⁰⁷ Vgl. beispielsweise UAG, Medizinische Fakultät, Karton 34: Personalplanung bis 1974: Begründung zur Personalbedarfsplanung bis zum Jahre 1972 (3. Oktober 1967).

Bereitstellung der benötigten finanziellen Mittel.¹⁸⁰⁸ Auch Altdekan Ott¹⁸⁰⁹ kam auf dieses Thema während des Besuchs des Hessischen Finanzministers am 23. September 1966 in Gießen zu sprechen, was in der folgenden Äußerung gipfelte: „Mit dem baldigen Ausbau der Fakultät steht und fällt das medizinische Studienreformprogramm, dessen Verwirklichung der Wissenschaftsrat bekanntlich hohe Bedeutung zugesprochen hat [...]“¹⁸¹⁰ Der Ausbau dürfe nicht aufgeschoben werden, wenn die Studienreform nicht zum Scheitern gebracht werden solle.¹⁸¹¹ Dass der finanzielle Aspekt für die Studienreform im gesamten Untersuchungszeitraum¹⁸¹² eine signifikante Größe war, demonstriert ein Brief des Dekans Rettig (Orthopädie) aus dem Jahr 1969. Im Kontext von 57 fehlenden Planstellen wies er dezidiert darauf hin, dass „ohne personelle und räumliche Ausstattung der Hochschulen, also ohne beträchtliche finanzielle Hilfe, eine solche Reform nicht möglich“ sei.¹⁸¹³ Auf der anderen Seite allerdings war man sich durchaus bewusst, dass auch die Fakultät selbst gewisse Voraussetzungen erfüllen musste: Zum Zweck der Koordinierung und Information hatte sich unter der Leitung Thure von Uexkülls eine Studien-

¹⁸⁰⁸ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 19: Studienreform 1964-1965: Brief des Dekans der Medizinischen Fakultät an die Herren der Engeren Fakultät (15. Dezember 1964). Auch ein Jahr später wies Rektor Heselhaus auf gesamtuniversitärer Ebene auf den Zusammenhang zwischen der materiellen Lage und dem Gelingen der Studienreform hin. (Vgl. Die Reformpläne sind absolut in Frage gestellt. In: Gießener Allgemeine Zeitung vom 11. Mai 1967).

¹⁸⁰⁹ Victor Rudolf Ott war in Gießen im Zeitraum von 1956 bis 1979 als Physikalischer Mediziner, Balneologe und Rheumatologe tätig. (Vgl. 375 Jahre Medizin in Gießen. Eine Bild- und Textdokumentation. Katalog zur Ausstellung anlässlich der 375-Jahrfeier im Institut für Anatomie und Zytobiologie vom 11.05.-30.06.1982. Gießen 1982. S. 169).

¹⁸¹⁰ UAG, Medizinische Fakultät, Karton 20: Planungsausschuß der Fakultät II: Altdekan Otts Kurzvortrag während des Besuches des Hessischen Finanzministers in Gießen (23. September 1966).

¹⁸¹¹ Vgl. ebd.

¹⁸¹² Auch in anderen Fakultäten stellten die fehlenden finanziellen Mittel durchaus einen limitierenden Faktor dar: In der Veterinärmedizinischen Fakultät beispielsweise hätte man sehr gerne Sommerkurse für Fortgeschrittene mit dem Schwerpunkt Mikrobiologische Methodik durchgeführt, was jedoch aufgrund der fehlenden personellen Mittel nicht möglich war. (Vgl. UAG, Veterinärmedizinische Fakultät, Karton 9: Präsident, Allgemeiner Schriftwechsel 1966-1973: Institut für Hygiene und Infektionskrankheiten der Tiere der Justus-Liebig-Universität. Direktor Ulbrich an den Dekan der Veterinärmedizinischen Fakultät Betr.: Studienreform; hier: Betreuung der Studierenden in Gruppen (13. Januar 1967)). In dem Antwortschreiben an den Rektor bezüglich der Empfehlungen des Wissenschaftsrates gipfelte dies in der folgenden Conclusio: „Die noch mögliche Vertiefung und Intensivierung des Studiums ist jetzt lediglich noch eine Frage von Stellenanhebungen im Bereich der wissenschaftlichen Mitarbeiter, von der Zurverfügungstellung höherer Sachmittel und letztlich von der permanenten Unterstützung geplanter Bauvorhaben, damit endlich ausreichend Unterrichtsräume geschaffen werden.“ (Vgl. UAG, Veterinärmedizinische Fakultät, Karton 3: Tierärztliche Bestallungsordnung 1965-66: Brief Professor Bartels an den Rektor der Justus-Liebig-Universität. Betr.: Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Studienreform (9. Januar 1967)).

¹⁸¹³ UAG, Medizinische Fakultät, Karton 14: Hessisches Hochschulgesetz (Borsche): Brief Rettigs an Mitglied des Landtages Borsche (9. Juli 1969). Auch die Naturwissenschaftliche Fakultät argumentierte in diesem Kontext einige Jahre zuvor ganz ähnlich: Eine Verkürzung der Ausbildungszeiten könne nur erzielt werden, wenn die personellen und materiellen Voraussetzungen geschaffen würden. (Vgl. UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 39: Hochschulreform, Herabsetzung überhöhter Studienzeiten 1963-1967: Gedanken zur Studienreform der Naturwissenschaftlichen Abteilung der Naturwissenschaftlich-Philosophischen Fakultät (29. Mai 1964)).

reformkommission konstituiert. Signifikant war, dass sie als permanente Institution initiiert worden war.¹⁸¹⁴ – Durch die Beibehaltung dieser Einrichtung trug man dem Verständnis der Hochschul- und Studienreform als fortlaufenden Prozess Rechnung. – Sie hatte sich beispielsweise mit der Limitierung der Studentenzahlen für den Unterricht in kleinen Gruppen zu beschäftigen, da die Mediziner zu der Erkenntnis gelangt waren, dass der Wirksamkeits-Grad von Studienreformen und die Studentenzahlen aufs Engste korrelierten:

Nur gegen erheblichen Widerstand ist es bisher gelungen, die Zahl gegen den Druck der Bewerber nicht weiter zu erhöhen. Jede Zunahme bedeutet die Aufgabe der Reform, da der entscheidende Beitrag, die theoretische und praktische Arbeit in kleinen Gruppen, fallen muß.¹⁸¹⁵

So findet man in den Akten einen Vorschlag hinsichtlich der kontinuierlichen Betreuung der Studenten in kleinen Gruppen, an den sich die Fakultät, verfolgt man diesen Aspekt weiter, auch tatsächlich versucht hat zu halten. Als unabdingbare Voraussetzung sollte das numerische Verhältnis zwischen Habilitierten und Studenten bei 1:5 liegen. Der Habilitierte sollte diese Studenten während der gesamten Zeit ihres Studiums betreuen.¹⁸¹⁶ Die Vorteile für den Studenten bestünden in der Beratung über Planung und Durchführung des Studiums und den sich eventuell ergebenden Problemen. Auch gäbe es dadurch eine Beschwerdestelle für sie. Die Permanenz der Information über die Studienprobleme ihrer Schützlinge wurde als Vorteil für die Dozenten ins Feld geführt. Des Weiteren sei für sie dadurch der heilsame Zwang gegeben, sich mit den Problemen der Lehre auseinanderzusetzen. Auf beiden Seiten führe das beschriebene System zu einem frühzeitigen Erkennen von Spezialbegabungen, zur Förderung des Nachwuchses und zu einem besseren gegenseitigen Verständnis.¹⁸¹⁷

¹⁸¹⁴ Vgl. Pia, Hans Werner: Zwölf Jahre Studienreform in Gießen. In: Deutsches Ärzteblatt – Ärztliche Mitteilungen 65 (1968) Nr. 48. S. 2785.

¹⁸¹⁵ Ebd.

¹⁸¹⁶ Auch Alternativen zu dieser Idee bietet der hier zitierte Vorschlag an: Die erste Alternative sah vor, die Betreuung erst nach bestandem Physikum beginnen zu lassen, da nach dem Physikum oftmals die Universität gewechselt werde. Außerdem lägen während des vorklinischen Studiums besondere Verhältnisse vor, die dem Kliniker oftmals nicht in dem Maße bewusst seien. Eine andere Möglichkeit der praktischen Umsetzung sah vor, dass zehn Studenten zwei Habilitierten zugeordnet werden sollten. Diese wurde allerdings als psychologisch weniger günstig klassifiziert.

¹⁸¹⁷ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 21: Studium allgemein (1968-1971): Vorschlag einer kontinuierlichen Betreuung der Studenten in kleinen Gruppen (undatiert).

Hatte die Studienreform-Kommission bereits zu Beginn des Jahres 1966 eingeräumt, dass die Studentenzahl in „elastischen Grenzen“ gehalten werden, aber nicht die Zahl 70 überschreiten solle,¹⁸¹⁸ konnte sie bereits im Februar 1967 nicht bestreiten, dass die vorgesehene Zahl von fünf Studenten überschritten sei.¹⁸¹⁹ Obgleich der einstige Anspruch den Gegebenheiten der Realität untergeordnet werden musste, bemühte sich die Fakultät dennoch auch weiterhin um die Betreuung der Studenten in kleinen Gruppen.

Die Maßnahmen zur Studienreform hatten zwangsläufig auch Konsequenzen auf die Struktur der Fakultät: Ein Beispiel solcher Intra- und Interfakultätsreformen, die wiederum selbst Voraussetzungen für den Erfolg der Studienreform waren, ist das Konzept des Nervenzentrums. In diesem nämlich waren erstmals alle Teilgebiete – angefangen bei der Neuropsychiatrie über die Kinderpsychiatrie bis hin zur Neurochirurgie und -pathologie – zusammengefasst. Eines ähnlichen Musters bediente sich die Fakultät auch später hinsichtlich ihrer Sondergebiete: Jene wurden im Tropeninstitut, im Strahlencentrum und im Sportwissenschaftlichen Institut vereinigt.¹⁸²⁰

Nicht unerheblich waren auch die baulichen Reformen für das „Gesamtwerk Studienreform in Gießen“. Schon Ende der 50iger Jahre machten die verschiedenen Maßnahmen eine bauliche Neukonzeption nötig, die vom hessischen Kultusministerium und der staatlichen Baubehörde des Finanzministeriums besonders im Zeitraum von 1959 bis 1963 gefördert wurde.¹⁸²¹

¹⁸¹⁸ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 21: Studienreform 1966-67: Protokoll über die Sitzung der Studienreform-Kommission (15. Januar 1966). Interessant ist ebenfalls das Faktum, dass die Medizinische Fakultät im Dezember 1965 entschieden hatte, die Zulassung zum Medizin-Studium in die eigene Hand zu nehmen, um eine „den Erfordernissen ihrer Reformbestrebungen stärker angemessene Auswahl der Studenten“ zu erzielen. Um die bereits initiierten Reformen nicht zu gefährden, sollten jährlich nur 125 Studenten zugelassen werden. (Vgl. UAG, Landwirtschaftliche Fakultät, Karton 15: Pressestelle der Justus-Liebig-Universität ca. 1966: Mitteilungen der Pressestelle Nr. 6 (23. Dezember 1965)).

¹⁸¹⁹ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 21: Studienreform 1966-67: Protokoll über die Sitzung der Studienreform-Kommission am 27. Februar 1967.

¹⁸²⁰ Vgl. beispielsweise UAG, Medizinische Fakultät, Karton 47: Struktur des Fachbereiches Humanmedizin 1971-1973: Brief des Präsidenten an den Dekan, betr. Neustrukturierung des Fachbereichs Humanmedizin (16. November 1972); UAG, Medizinische Fakultät, Karton 11: Situation der Gießener Medizinischen Fakultät In: „Die Zeit“ (ohne Angabe); UAG, Medizinische Fakultät, Karton 35: Neuordnung der Human-Medizinischen Fakultät: Brief des Dekans des Medizinischen Fachbereichs an den Präsidenten der Justus-Liebig-Universität vom 6. Juli 1972, betr. Gewährung einer Zuwendung aus Bundesmitteln zur Vorbereitung, Durchführung und wissenschaftlichen Begleitung von Modellversuchen; hier: Entwicklungsplan des Medizinischen Fachbereiches insbesondere auch Neubauplanung.

¹⁸²¹ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 11: Situation der Gießener Medizinischen Fakultät. In: „Die Zeit“ (ohne Angabe).

Ein Stufenplan, der sogenannte Meyer-Plan, wurde in der ersten Hälfte des Jahres 1963 verabschiedet und sollte den Weg für die Studienreform – rein baulich betrachtet – ebnen: Diese auf 16 Jahre angelegte Gesamtplanung bezog die bereits bestehenden Gebäude mit in ihre Überlegungen ein und stellte vor diesem Hintergrund den Bedarf an Neubauten von theoretischen und klinischen Einrichtungen fest.¹⁸²² Doch ging die Realisierung nur sehr langsam vonstatten: So musste der Direktor des Anatomischen Instituts beispielsweise im Oktober 1967 feststellen, dass der Baubeginn des Anatomischen Instituts, das dringend für die vorklinische Studienreform benötigt wurde, wiederholt verschoben worden war.¹⁸²³ Auch im April 1968 stößt man in den Akten erneut auf Klagen, da der Neubau des Mehrzweckinstituts I noch immer auf sich warten ließ und von Minister Oswald erst für 1970 angekündigt wurde.¹⁸²⁴ Schließlich waren bis zu diesem Jahr vom Bauabschnitt I lediglich der Neubau der Kinderklinik und die Planung für das Nervenzentrum, das 1969 fertig gestellt sein sollte, begonnen worden.¹⁸²⁵

4.4.3.6 Dritte Phase der Studienreform: Die Jahre 1968 bis 1971

Waren zwar die Arbeiten an einer neuen Bestallungsordnung mittlerweile durchaus vorangekommen, musste der Stundenplan ein weiteres Mal Änderungen unterworfen werden. Die Ursache für diese dritte Änderung des Studienplans, der ab dem Sommersemester 1968 verbindlich wurde, lag in der hohen Wochenstundenzahl begründet. Diese sollte statt der bis dahin 45 auf 30 Stunden limitiert werden, um damit den Studenten die Chance zur Überarbeitung einzuräumen. Unter Beibehaltung der existierenden Gliederung besuchten die Studenten vormittags für vier bis fünf Stunden die Vorlesungen, bevor sie nachmittags an der praktischen Arbeit in

¹⁸²² Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 35: Neuordnung der Human-Medizinischen Fakultät: Memorandum über den Aufbau der Medizinischen Fakultät: Der Plan gliederte sich in vier Bauabschnitte und sah als wichtigste Baumaßnahmen im grundlegenden Bauabschnitt den Neubau der Anatomie, die Errichtung der Wäscherei und der Zentralküche vor. Im Rahmen des ersten Bauabschnittes (1961-1968) sollten die Kinderklinik, das Nervenzentrum, die Medizinische und die Röntgen-Klinik neu gebaut werden. Und auch der Neubau des Mikrobiologischen und Pathologischen Instituts war in diesem Rahmen vorgesehen. Die für die restlichen Kliniken und Institute nötigen Neu- und Ausbaumaßnahmen sollten – entsprechend der Bauabschnitte II und III – bis zum Jahr 1976 realisiert werden.

¹⁸²³ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 34: Personalplanung bis 1974: Begründung des Direktors des Anatomischen Instituts zur Personalbedarfsplanung bis zum Jahre 1972 (3. Oktober 1967): Darin betont er ebenfalls die Notwendigkeit der Erweiterung des Stellenplans für den Akademischen Mittelbau und für die Wissenschaftlichen Assistenten.

¹⁸²⁴ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 20: Planungsausschuß II: Universität sieht weiterer Entwicklung wieder mit größerer Zuversicht entgegen. In: Gießener Allgemeine vom 30. April 1968.

¹⁸²⁵ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 35: Neuordnung der Human-Medizinischen Fakultät: Memorandum über den Aufbau der Medizinischen Fakultät (ohne Angabe).

Kursen und am Krankenbett partizipierten.¹⁸²⁶ Besonderen Wert legte die Fakultät auf die weitere Integration von Spezialfächern und Gemeinschaftsvorlesungen wie Klinische Propädeutik, Erste Hilfe, akute Notfälle in der Medizin, Traumatologie, Differentialdiagnose, Pathophysiologie, Klinische Therapie u. a. Dieser Aspekt sollte dem Anstieg der Sondergebiete Rechnung tragen. Die Durchführung sollte unter der Leitung eines Mediziners derjenigen Disziplinen, die von Bedeutung für das Gebiet waren, erfolgen.¹⁸²⁷

Nach der Vorklinik und der Lehre der Spezialgebiete gingen die Überlegungen dahin, ein Internatsjahr, während dem die Studenten sich ganztägig in den Kliniken aufhalten sollten, die Ausbildung komplettieren zu lassen.¹⁸²⁸ Für dieses mussten Lehrkrankenhäuser in die Fakultät einbezogen werden: Ein Beispiel dafür war das Städtische Krankenhaus Hanau, das vom Medizinischen Fachbereich nach Ersuchen des Magistrats der Stadt als Akademisches Krankenhaus anerkannt wurde.¹⁸²⁹

4.4.3.7 Beurteilung der Studienreform

Es überrascht nicht, dass die Durchführung einer solchen Studienreform von der Hessischen Landesregierung begrüßt wurde.¹⁸³⁰ Welchen Stellenwert die Landesregierung der Studienreform aber tatsächlich beimaß, wird in Krisensituationen wie der schwierigen Haushaltssituation des Landes deutlich. Diese erlaubte dem Hessischen Kultusminister die Schaffung einer nur begrenzten Zahl neuer Stellen für die Rechnungsjahre 1969 und 1970 zu bewilligen. Signifikant ist jedoch, dass er in diesem Schreiben betont, dass bei Berufungszusagen die Stellen vorrangig behandelt werden sollten, die der Realisierung der Studienreform dienten. Die Weiterführung der Studienreform, so explizierte er, habe Vorrang.¹⁸³¹

Dass die Studienreform von studentischer Seite durchaus positiv angenommen wurde, wurde an einer anderen Stelle bereits angedeutet. Doch auch andere Universitä-

¹⁸²⁶ Vgl. Pia, Hans Werner: Zwölf Jahre Studienreform in Gießen. In: Deutsches Ärzteblatt – Ärztliche Mitteilungen 65 (1968) Nr. 48. S. 2786.

¹⁸²⁷ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 28, Studienreform 1968-70: Studienreform der Medizinischen Fakultät Gießen. Chronik.

¹⁸²⁸ UAG, Medizinische Fakultät: Weitere Fakultäts-Protokolle ab SS 1968: Protokoll über Sitzung der Weiteren Fakultät am 8. Juli 1968.

¹⁸²⁹ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 33: Protokolle der Fakultätssitzungen vom Wintersemester 1970/71: Protokoll über die Sitzung der Engeren Fakultät am 2. November 1970.

¹⁸³⁰ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 11: Bemerkungen zur Situation der Gießener Medizinischen Fakultät. In: „Die Zeit“ (ohne Angabe).

¹⁸³¹ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 23: Personal-Planung: Anschreiben des Hessischen Kultusministers an die Rektoren und Kanzler der Universität Frankfurt am Main, Gießen und an die Technische Hochschule Darmstadt (ohne Angabe).

ten blickten nach Gießen, so dass es nichts mit Selbstgefälligkeit zu tun hatte, wenn die Fakultät 1965 in ihrem Memorandum konstatierte, dass die Reform des Unterrichts in Deutschland beispielgebend gewirkt hatte. Denn tatsächlich rekurrierte man an den Neugründungen in Ulm und Aachen auf die Reformpläne, die man in der hessischen Universitätsstadt entwickelt und bereits – partiell – erfolgreich in die Praxis umgesetzt hatte.¹⁸³²

Nach der erfolgten Charakterisierung der medizinischen Studienreform bleibt die Frage zu stellen, warum es gerade dieser Fakultät an der Justus-Liebig-Universität, ja sogar deutschlandweit gelungen war, ein solches modernes und zukunftsweises Reformprojekt erfolgreich zu realisieren. Signifikant ist in diesem Kontext, dass bereits die Protagonisten versuchten, eine Antwort darauf zu geben.¹⁸³³ Eine Antwort, die durch die heutige Analyse durchaus bestätigt werden kann: Die Ursache für das Gelingen des Reformversuches ist in der Gießener Situation nach dem Kriege zu suchen: Stark zerstört, sollte die Universität, wie bereits ausgeführt, zunächst lediglich als Teilhochschule weiter bestehen. Diese Institution übte keine große Attraktivität auf Studierwillige aus. Als Konsequenz machte man daher aus der Not eine Tugend, machte sich die Medizinische Fakultät ans Werk, einer relativ kleinen Zahl von Studenten eine besonders gründliche Arztausbildung angedeihen zu lassen. Neben dem rein quantitativ ausschlaggebenden Moment liegt sicherlich auch im Charakter des Unvollständigen dieser akademischen Institution ein nicht zu vernachlässigendes Potential: Denn an bestehenden Fakultäten mussten zunächst alte Strukturen aufgebrochen oder gar beseitigt werden, um Neuerungen den Weg zu bereiten, was nur selten von Erfolg gekrönt war. In Gießen waren diese aufgrund der Nachkriegs-Gegebenheiten nicht so fest zementiert, als dass sie Neuerungen aufhalten konnten; sie förderten solche erst.

4.5 „Massenproblem“ und Numerus Clausus

4.5.1 Überblick über die Entwicklung der Studentenzahlen

Da auch die Justus-Liebig-Universität damit konfrontiert war, das Problem der Qualität im Rahmen der drängenden Quantität zu lösen, wie es Hess formulierte, das

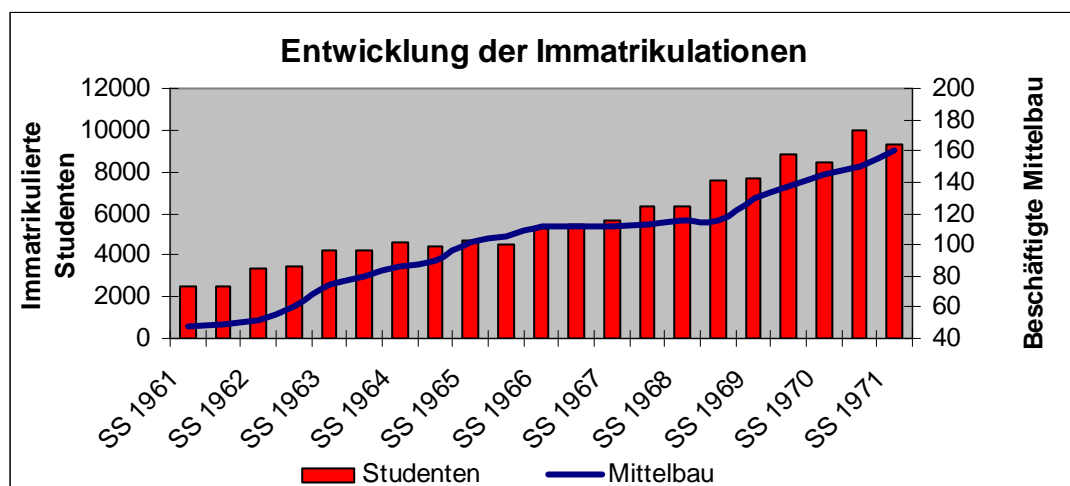
¹⁸³² Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 21: Studienreform 1966-67: Memorandum der Medizinischen Fakultät der Justus-Liebig-Universität über die Reform des medizinischen Unterrichts (8. Oktober 1965).

¹⁸³³ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 19: Studienreform 1961-1963.

„Massenproblem“ als eines der Kernprobleme der Hochschulen¹⁸³⁴ also auch sie tangierte, soll dies im folgenden Unterkapitel fokussiert werden. Zunächst wird auf der Makroebene allgemein den Quantitäten nachgegangen, bevor der Fokus dann auf die Mikroebene verengt und die Situation in den einzelnen Fakultäten bzw. Fachbereichen überprüft werden soll. Ein Blick auf die Personalplanung soll das Bild abrunden. Aufgrund des bemerkenswerten Faktums, dass die Gießener Universität auf dem Gebiet der Kapazitätenberechnung vorbildlich war – bereits im Frühjahr 1966 war eine Stelle für Hochschulstatistik initiiert worden¹⁸³⁵ –, kann man hierbei auf vielfältiges statistisches Material rekurren.

Zunächst soll mithilfe der nebenstehenden Graphik ein Blick auf die Entwicklung der Immatrikulationen in unserem Untersuchungszeitraum geworfen werden.

Abbildung 2: Entwicklung der Immatrikulationen und Mittelbau-Stellen



Quelle: Justus-Liebig-Universität: Personal- und Vorlesungsverzeichnis. SS 1961-SS 1971. Gießen 1961-1971; UAG, Medizinische Fakultät, Karton 23: Personal-Planung.

Überblickt man die gesamten zehn Jahre von 1961 bis 1971 kann man einen kontinuierlichen Anstieg der Immatrikulationen feststellen: „[...] es begann jener Anstieg in schwindelnde Höhe, der die Universität in kurzer Zeit vom Zwergengebilde zur zweitgrößten hessischen Hochschule werden ließ [...]“¹⁸³⁶ Ein direkter Vergleich

¹⁸³⁴ Vgl. Jochimsen, Reimut: Aufgaben der Universität heute und morgen. Festvortrag zur Eröffnung der Kieler Universitätstage am 20. Januar 1969. In: Christina Albertina 7 (1969). S. 15.

¹⁸³⁵ Als eine der ersten Universitäten entwickelte und erprobte sie ein neues Verfahren zur Kapazitätenberechnung: Die Reform der amtlichen Hochschulstatistik, die im Wintersemester 1966/67 durchgeführt wurde, hatte die Transformation der bestehenden reinen Bestandsstatistik in eine Verlaufsstatistik zur Folge. (Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Wirtschaftswissenschaftliches Dekanat: Statistik 1966-71: Stelle für Hochschulstatistik der Justus-Liebig-Universität. Prof. Dr. H. Gerfin; Dipl. rer. Pol. D. Kühn: Die zum Wintersemester 1966/67 neuimmatrikulierten Studenten der Justus-Liebig-Universität. Gießen 1967.)

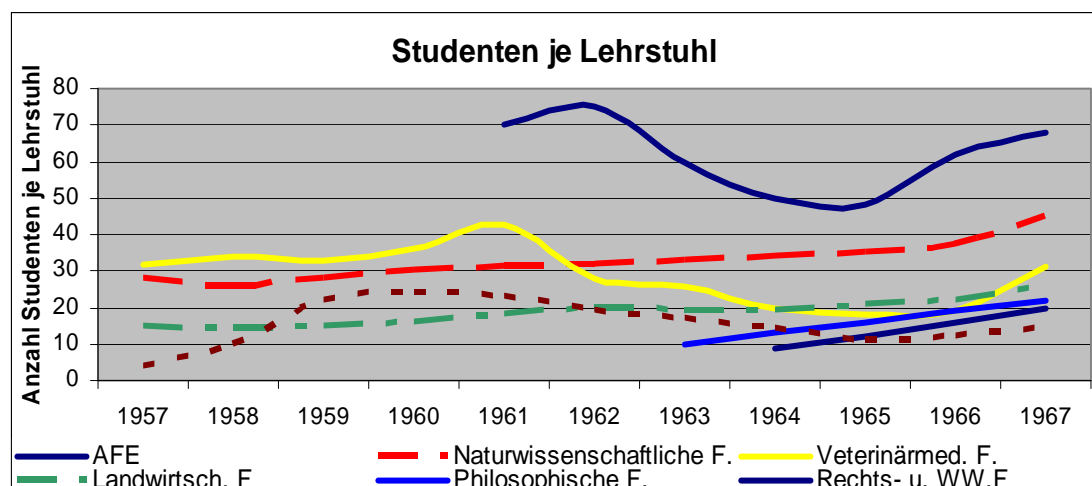
¹⁸³⁶ Moraw, Peter: Kleine Geschichte der Universität Gießen. S. 242.

zwischen den Immatrikulationszahlen des Sommersemesters 1961 und denen des Sommersemesters 1971 ergibt, dass sich diese ungefähr vervierfacht hatten: Die Zahl der eingeschriebenen Studenten stieg von 2452 auf 9265. Vom Sommersemester 1961 bis zum Wintersemester 1962/63 wuchsen die Studentenzahlen lediglich um 1000. Bewegten sich die Zahlen anschließend vom Sommersemester 1963 bis etwa zum Sommersemester 1966, also über einen relativ langen Zeitraum, um die 4500, setzte ab dem Sommersemester 1966 ein erster Anstieg ein: Zu diesem Zeitpunkt nämlich wurde erstmals die 5000er-Marke überschritten; bereits zum Wintersemester 1967/68 die 6000er. – Ab dem Sommersemester 1967 wurde dann jährlich die nächst folgende Tausendermarke erreicht: Noch vor der Erhebung zum Wintersemester 1968/69 hatte erneut ein Aufwärtstrend eingesetzt – allein die Zuwachsrate vom Sommersemester 1970 bis zum Wintersemester 1970/71 lag bei 16,9 Prozent¹⁸³⁷ – und nach zwei weiteren Etappen erreichten die Immatrikulations-Zahlen zum Wintersemester 1970/71 im Untersuchungszeitraum ihren Höhepunkt.

4.5.2 Relation zwischen Studentenzahlen je Lehrstuhl

Nach diesem Überblick über die Gesamtsituation an der Gießener Universität soll nun der Fokus weiter verengt werden, indem die Zahl der Studenten je Lehrstuhl für den Analysezeitraum graphisch analysiert werden soll.

Abbildung 3: Entwicklung der Studentenzahlen pro Lehrstuhl



Quelle: UAG, Medizinische Fakultät, Karton 23: Personal-Planung.

¹⁸³⁷ Vgl. Studentenzahlen. In: Justus-Liebig-Universität Gießen. Mitteilungsblatt des Rektorats Nr. 17 (16. Dezember 1970). S. 6.

Signifikant an der Graphik ist der sich abzeichnende und bereits beschriebene Trend eines Zuwachses an Studierenden in allen sieben Fakultäten zum Ende des Darstellungszeitraumes. Bereits auf den ersten Blick fällt auf, dass die Zahl der Studenten je Lehrstuhl in der Abteilung für Erziehungswissenschaften auf dem höchsten Niveau angesiedelt war. Ihren Höhepunkt im Bezug auf dieses Verhältnis lässt sich auf das Jahr 1962 datieren, in dem über 70 Studenten auf einen Lehrstuhl entfielen. Nach einer Abwärtsbewegung stiegen diese Zahlen erneut ab 1965 an und hatten 1967 wieder eine Studentenzahl zwischen 60 und 70 pro Lehrstuhl erreicht.

Obgleich die Studentenzahlen je Lehrstuhl bei der Philosophischen und der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät anfangs niedriger lagen, bewegte sich die Medizinische Fakultät ab 1962 auf dem relativ niedrigsten Niveau von unter 20 Studenten je Lehrstuhl. Zur Erläuterung muss man an dieser Stelle anführen, dass man an der Medizinischen – und auch an der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen – Fakultät Ansätze einer Studienreform praktizierte, die explizit auf geringen Studierendenzahlen basierte.

Bemerkenswert erscheint aber auch im „Mittelfeld“ die asymptotische Annäherung der beiden Graphen der Philosophischen und der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät um das Jahr 1967. Bei beiden belief sich die Zahl der Studenten je Lehrstuhl auf rund 20. Für die Naturwissenschaftliche und die Veterinärmedizinische Fakultät ist ein immenser Anstieg der Studentenzahlen zum Ende des Analysezeitraumes zu verzeichnen (von zwischen 30 und 40 Studenten auf zwischen 40 und 50 Studenten bzw. von ca. 20 auf ca. 30 Studenten je Lehrstuhl). Bewegten sich die Studentenzahlen in der Landwirtschaftlichen Fakultät anfänglich noch lange Zeit unterhalb der der Medizinischen Fakultät, mussten diese im Laufe des Darstellungszeitraumes ebenfalls einen Aufwärtstrend – wenn auch nicht in dem Ausmaße wie die Veterinärmedizinische und Naturwissenschaftliche Fakultät – verzeichnen.¹⁸³⁸

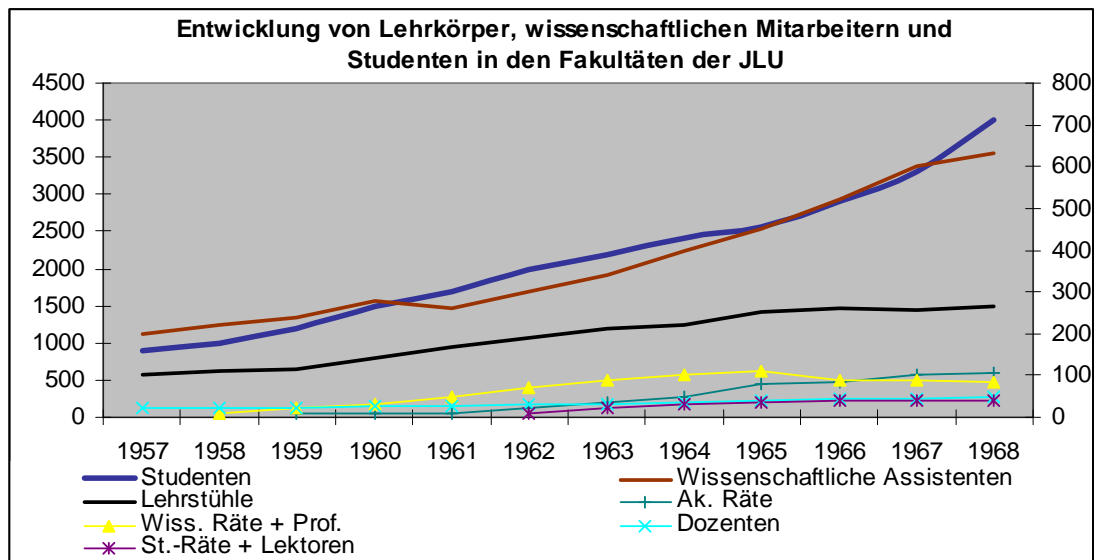
4.5.3 Entwicklung des Lehrkörpers

Erst durch eine Gegenüberstellung dieser Zahlen mit der personellen Situation gewinnt die Analyse an Plastizität¹⁸³⁹:

¹⁸³⁸ Aufgrund der nicht kohärenten Datenbasis wurde das Jahr 1967 als Endpunkt der beiden letzten Grafiken beibehalten.

¹⁸³⁹ Vgl. Moraw, Peter: Kleine Geschichte der Universität Gießen. S. 243: Moraw stellt hier die personelle Situation von 1957/58 der von 1970 gegenüber und bietet damit einen sehr plastischen Vergleich an: „Gegenüber 165 im Jahre 1957/58 lehrten jetzt insgesamt 620 Personen.“

Abbildung 4: Entwicklung der Studentenzahlen und des Lehrkörpers



Quelle: Justus-Liebig-Universität Gießen. Mitteilungsblatt des Rektorats Nr. 2 (22. Mai 1968). S. 2.

Zunächst auffällig an der Graphik ist der immense Anstieg der Zahl der Wissenschaftlichen Assistenten: Konnte man 1960 lediglich auf ca. 250 dieser universitären Gruppe rekurrieren, hatte sich ihre Zahl 1966 mehr als verdoppelt. Lediglich jene universitäre Gruppe wuchs auf einem vergleichsweise hohen Niveau. In diesem Faktum kann man Ausdruck für das sich anbahnende Assistenten-Problem, ein bundesdeutsches Phänomen, erblicken: Denn je mehr die Studentenzahlen anstiegen, desto häufiger zog man Assistenten zu Lehraufgaben heran, mussten sie traditionelle Aufgabengebiete der Ordinarien übernehmen und verloren dadurch kostbare Zeit für ihre eigene Weiterbildung. So hieß es nicht zu Unrecht im Status-Report des Rates der Nichthabilitierten:

Der Anstieg der Studentenzahl hat zur Folge, dass die Lehrtätigkeit nicht nur von habilitierten Hochschullehrern wahrgenommen werden kann. Diese wären damit völlig überfordert. (Bewältigung des Massenstudiums). Der Effizienz der Ausbildung wegen muß das klärende Gespräch in kleinen Gruppen bevorzugt werden. Eine Realisierung dieser Vorstellungen ist nur durch Beteiligung einer großen Anzahl qualifizierter Mitarbeiter möglich. [...] ¹⁸⁴⁰

¹⁸⁴⁰ UAG, Abteilung für Erziehungswissenschaften, Karton 37: Senat I-Z. Rat der Nichthabilitierten an der Justus-Liebig-Universität Gießen (Hg.): Funktion und Status der akademischen Mitarbeiter (Nichthabilitierte, vgl. §31 Hess. Hochschulgesetz) an der Justus-Liebig-Universität Gießen (März 1968).

Auf einem sehr niedrigen Niveau entwickelten sich die Zahlen der Studienräte und Lektoren. Auch die Zahl der Dozenten bewegte sich auf einem relativ konstanten Level um 50 Personen. Die Gruppe der Wissenschaftlichen Räte und Professoren wuchs zunächst bis 1965 erheblich an, dann reduzierte sich ihre Anzahl, bevor sie ab 1966 auf einem niedrigeren Level von rund 100 nahezu stagnierte. Ab dem Jahr 1965 ist auch ein erheblicher Anstieg der Akademischen Räte und Kustoden zu verzeichnen. Kontinuierlich wuchs die Zahl der Lehrstühle zwischen 1957 und 1968 von unter 50 auf rund 125 an.

Als Fazit des hier dargestellten statistischen Materials muss man konstatieren, dass die Studentenzahlen seit 1967 drastisch anstiegen, wobei sie es auf dem höchsten Niveau in der Abteilung für Erziehungswissenschaften taten. Im Wintersemester 1970/71 erreichten sie dann insgesamt ihren vorläufigen Höhepunkt mit 9967 Immatrikulationen. Diesem Phänomen versuchte man mithilfe einer Expansion des Mittelbaus zu begegnen, wie dies die Graphik der zahlenmäßigen Entwicklung von Lehrkörper, wissenschaftlichen Mitarbeitern und Studenten in den Fakultäten demonstriert, doch blieb die Vermehrung des Lehrkörpers hinter den ständig wachsenden Studentenzahlen zurück. Wie wirkte sich dieser Sachverhalt auf die universitäre Praxis aus? Wie sah die Realität in den einzelnen Fakultäten aus? Wie wurde die Situation von den Betroffenen wahrgenommen? Im Folgenden soll diesen Fragen anhand des Quellenmaterials nachgegangen werden.

4.5.4 Graduelle Verschlechterung der Situation

Nach dem Krieg war die Entwicklung der Gießener Studentenzahlen, wie es Blasius beschreibt, stark gehemmt: So wies Weyl 1968 anhand der hier zitierten Graphik zur numerischen Entwicklung von Lehrkörper, Wissenschaftlichen Mitarbeitern und Studenten auf „das langsame Wachstum der Justus-Liebig-Universität von 1957 bis 1961“ hin.¹⁸⁴¹ „Erst seit dem Jahre 1960 ist eine stärkere Zunahme der Studierenden zu verzeichnen, die in den letzten Jahren den Bundesdurchschnitt beträchtlich überstiegen hat.“¹⁸⁴²

Doch noch im Jahr 1965 herrschten – nicht nur – in der Landwirtschaftlichen Fakultät vergleichsweise nahezu paradiesische Zustände: Hier konnte man sich, wie die Statistik demonstriert, noch nicht über Überfüllung und Studienzeit-Verlängerung

¹⁸⁴¹ Weyl, R.: Planung für Universitätszentrum. In: Justus-Liebig-Universität Gießen. Mitteilungsblatt des Rektorats Nr. 2 (22. Mai 1968). S. 1-3. Hier: S. 1.

¹⁸⁴² Vgl. Blasius, Wilhelm: Zur Futurologie der deutschen Universitäten – Gedanken und Berechnungen. In: Die Deutsche Universitätszeitung XII (1971). S. 372-374. Hier: S. 373.

beklagen¹⁸⁴³. Zum Wintersemester 1964/65 waren an der Fakultät nur 370, zum Sommersemester 382 Studenten immatrikuliert.¹⁸⁴⁴ Insgesamt stellte sich die Situation Mitte der 1960er Jahre als recht entspannt dar, was anhand der folgenden Aussage eines Studenten verifiziert werden kann: „Das Bild, das die Gießener Studentenschaft damals vermittelte, kann als idyllisch bezeichnet werden. [...] Während an anderen Universitäten die Überfüllung des Lehrbetriebs beklagt wurde, gab es in Gießen noch immer die Möglichkeit, mit den Hochschullehrern bereits vor Eintritt in die Examensphase Kontakt aufzunehmen, häufig auch von diesen aufgenommen.“¹⁸⁴⁵

Bereits ein Jahr später stößt der Rezipient allerdings auf erste Klagen: Die Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät artikulierte die Notwendigkeit, nach personeller Unterstützung: „Der sprunghafte Anstieg der Studentenzahl lässt aber bereits erkennen, dass vom nächsten Jahr an zusätzliche Hilfskräfte erforderlich sein werden, um die Arbeitsgemeinschaften abzuhalten.“¹⁸⁴⁶

Im Bericht über das Rektoratsjahr 1967/68 verließ Prorektor Weyl seine Sorgen hinsichtlich der auf 5676 bzw. 6298 gestiegenen Studentenzahlen Ausdruck, sah er sich bereits zu diesem Zeitpunkt „vor erhebliche Probleme in der Durchführung von Lehrveranstaltungen, der räumlichen Unterbringung oder der sozialen Fürsorge [...]“ gestellt.¹⁸⁴⁷ Eine Bemerkung des Vorsitzenden der Hessischen Rektorenkonferenz impliziert ferner, dass die Situation in ganz Hessen äußerst prekär war, da er mit der Einführung des Numerus clausus in verschiedenen Fächern rechnete, sollte

¹⁸⁴³ Vgl. UAG, Landwirtschaftliche Fakultät, Karton 15: Stellungnahme der Fakultät zur Studienzeitverkürzung 1964-1965: Brief Stählin's an den Dekan der Landwirtschaftlichen Fakultät (5. April 1965). Noch im Jahr 1969 konnte Dekan Großmann dem Rektor nicht wirklich antworten, da Zulassungsbeschränkungen in der Landwirtschaftlichen Fakultät noch nicht vonnöten gewesen waren. (Vgl. UAG, Landwirtschaftliche Fakultät, Karton 48: Brief Dekan Großmann's an den Rektor (2. Oktober 1969).

¹⁸⁴⁴ Vgl. Vorlesungsverzeichnis der Justus-Liebig-Universität Gießen. Sommersemester 1965 und Wintersemester 1965/66. Gießen 1965/1966: Zu diesem Zeitpunkt wurde diese Zahl der Studierenden lediglich von der neu gegründeten Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät mit 81 unterboten.

¹⁸⁴⁵ Vgl. Brinkmann, Heinrich: Gießener Studentenbewegung – die 68er Jahre in Gießen. In: George, Uta; Haug, Christine; Kah, Rainer (Hg.): Die andere Perspektive. Ein historischer Rückblick auf Gießen im 20. Jahrhundert. Gießen 1997. S. 219-229. Hier: S. 220.

¹⁸⁴⁶ Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Briefwechsel Kanzler ab 1965 bis 1971: Brief des Prodekans Simitis an den Kanzler der Universität (27. Mai 1966): Dies war gerade für die Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät von essentieller Bedeutung, da sie, wie an anderer Stelle bereits ausgeführt, als Studienreformfakultät in Gießen initiiert worden war.

¹⁸⁴⁷ Weyl, R.: Bericht über das Rektoratsjahr 1967/68. In: Justus-Liebig-Universität Gießen. Mitteilungsblatt des Rektorats. Nr. 7 (18. Dezember 1968). S. 3-8. Hier: S. 4.

sich der Hessische Landtag nicht dazu entschließen, die erforderlichen Personal- und Sachmittel zu bewilligen.¹⁸⁴⁸

Im April 1968 klassifizierte Weyl die Expansion der Studentenzahlen gar als zentrales Problem überhaupt, wie folgendes Zitat verifiziert:

Eines der Hauptprobleme unserer Universitäten ist ganz sicher ihre Überdimensionierung, die sie insbesondere für die Studenten unüberschaubar macht, diese zur Isolierung in der Masse drängt, und die ein für erfolgreiches Arbeiten notwendiges persönliches Verhältnis von Lehrenden und Lernenden unterbindet. Ich sage dies in bewusstem Gegensatz zu der vielfach vertretenen Tendenz, dieses persönliche Verhältnis durch Institutionalisierung zu ersetzen. Ich gehe sogar so weit, zu behaupten, dass alle noch so gut geplanten und durchgeführten Reformen der Universität nutzlos bleiben müssen, wenn es nicht gelingt, den persönlichen Kontakt und das persönliche Verhältnis dort zu erhalten, wo es glücklicherweise noch in weiten Bereichen besteht, und es dort wieder herzustellen, wo es insbesondere in den Massen verlorengegangen ist.¹⁸⁴⁹

Immer wieder stößt man im Untersuchungszeitraum in den Berichten des Rektorats über das vergangene Amtsjahr auf Hinweise auf die mit dem Anstieg der Studentenzahlen verbundenen Probleme.¹⁸⁵⁰ So beispielsweise erneut 1968, als Weyl in einem Beitrag im Mitteilungsblatt des Rektorats seinen Sorgen, dass das Erreichen der geplanten Kapazität bereits in absehbarer Zeit zu erwarten sei, Ausdruck verlieh:

Als Richtzahl für die Weiterentwicklung der Studentenzahlen der Justus-Liebig-Universität bis zum Jahre 1974 sind bei der mittelfristigen Personalbedarfsplanung 8400 Studierende angenommen worden. Nach der bisherigen Zuwachsrate ist aber damit zu rechnen, dass diese Zahl schon 1970/71 erreicht sein wird.¹⁸⁵¹

¹⁸⁴⁸ Vgl. UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 27: Rektor 1962-1969: Brief des Vorsitzenden der Hessischen Rektorenkonferenz an die Abgeordneten des Hessischen Landtags (13. Mai 1967): An dieser Stelle sei allerdings darauf hingewiesen, dass diese Äußerung im Kontext der Studienreform gemacht wurde.

¹⁸⁴⁹ Weyl, R.: Planung für Universitätszentrum. In: Justus-Liebig-Universität Gießen. Mitteilungsblatt des Rektorats Nr. 2 (22. Mai 1968). S. 2.

¹⁸⁵⁰ Vgl. Bericht des Rektorats über das Amtsjahr 1968/69. In: Justus-Liebig-Universität Gießen. Mitteilungsblatt des Rektorats Nr. 11 (16. Dezember 1969). S. 1-2. Hier: S. 1.

¹⁸⁵¹ Weyl, R.: Planung für Universitätszentrum. In: Justus-Liebig-Universität Gießen. Mitteilungsblatt des Rektorats Nr. 2 (22. Mai 1968). S. 1-3. Hier: S. 1.

Im Oktober des Jahres 1969 musste der Senat, der jeglichen Zulassungsbeschränkungen sui generis konträr gegenüber stand, diese – „soweit es für die ordnungsgemäße Durchführung der Lehre unabweisbar ist“ – „im Einzelfall als kurzfristige Maßnahme anerkennen.“ In der gleichen Senats-Sitzung stellte man die Forderung auf, schnellstens Maßnahmen zur Beseitigung bestehender Engpässe unter Wahrung der Gesamtstruktur der Universität einzuleiten.¹⁸⁵²

Schließlich berichtete Rektor Meimberg in der Sitzung des Großen Senats am 7. Januar 1970 erneut über den „außergewöhnlichen Anstieg der Studentenzahlen und über die ernsten Probleme, die sich damit ergeben.“¹⁸⁵³ Sein Vergleich mit den anderen hessischen Hochschulen lässt das tatsächliche Ausmaß der Problematik erst offensichtlich werden. Denn: „Keine andere hessische Universität hat in den letzten fünf Jahren nahezu eine Verdopplung erfahren.“¹⁸⁵⁴ Anhand einer Gegenüberstellung mit der personellen Ausstattung und mit dem Volumen der Haushaltsmittel für Lehr- und Forschungszwecke demonstriert Meimberg die verheerende Lage: „Die Wachstumsraten der personellen, finanziellen und baulichen Ausstattung der Universität standen also in den vergangenen fünf Jahren in gar keinem Verhältnis zu den Wachstumsraten der Studenten und den vom wissenschaftlichen Fortschritt bestimmten Wachstumsraten für eine international konkurrenzfähige Forschung.“¹⁸⁵⁵ Trotzdem war es gelungen, eine Zulassungsquote von ca. 82 Prozent aufrecht zu erhalten. Eine partielle Verschlechterung der Studienbedingungen konnte dabei jedoch nicht ausbleiben. Nachfolgend zeigte er die damit verbundenen infrastrukturellen Probleme, wie beispielsweise die ungenügende Zahl von Wohnheimplätzen, auf.¹⁸⁵⁶

Auf diese wies auch der stellvertretende AStA-Vorsitzende Christian Welcker im September in einem Antrag an den Senat hin: Da die Studentenexpansion ein Ausmaß erreicht habe, das es nicht mehr ermögliche, allen Studenten eine Wohnstatt zu sichern, geschweige denn ein ordnungsgemäßes Studium zu realisieren, sollte der Senat für die gesamte Universität beschließen, für das Sommersemester 1971 und

¹⁸⁵² Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 18: Senats-Sitzungen ab 1969: Senats-Sitzung vom 22. Oktober 1969.

¹⁸⁵³ Rapider Anstieg der Studentenzahlen – Ausstattung der Universität bleibt bedenklich zurück. Bericht des Rektors an den Großen Senat. In: Justus-Liebig-Universität. Mitteilungsblatt des Rektors Nr. 12 (5. Februar 1970). S. 1-3. Hier: S. 1.

¹⁸⁵⁴ Ebd.

¹⁸⁵⁵ Ebd. S. 1f.

¹⁸⁵⁶ Ebd. S. 2.

das Wintersemester 1970/71 nur noch Studenten der Medizin und Veterinärmedizin aufzunehmen.¹⁸⁵⁷

In einem engen Konnex mit der Expansion standen, die Etat-Engpässe¹⁸⁵⁸: Im Juni des gleichen Jahres versuchte Meimberg daher nochmals den Zusammenhang zwischen Reformmöglichkeiten auf der einen und materieller Ausstattung auf der anderen Seite in den Fokus des inneruniversitären Diskurses zu rücken.¹⁸⁵⁹ Schließlich diagnostizierte er im Dezember 1970 „eine bedrohliche Unterkapazität“.¹⁸⁶⁰

Hatte der Rektor bereits im Juli in einem Interview mit dem Gießener Anzeiger auf die Verschlechterung des Zahlenverhältnisses hingewiesen und die künftig notwendige Einführung eines Numerus clausus prognostiziert¹⁸⁶¹, musste er im November 1970 konstatieren, dass der Zuwachs an Studierenden in den letzten Jahren an keiner der hessischen Universitäten so groß war wie an der Gießener Universität.¹⁸⁶² Mit aller Vehemenz rollte die Studentenlawine¹⁸⁶³, um mit Roegele zu sprechen, nun auch auf Gießen zu: Im Laufe dieses Jahres hatte sich die Lage drastisch verschlechtert: War es im Sommersemester noch gelungen, Zulassungsbeschränkungen in den Fächern Mathematik/Physik, Psychologie, Neue Sprachen, Rechts- und Wirtschaftswissenschaft, Ernährungswissenschaft und Erziehungswissenschaften (AfE) abzuwenden, befürchtete der Rektor bereits zu diesem Zeitpunkt die Unausweichlichkeit des Numerus clausus.¹⁸⁶⁴ Zum Wintersemester 1970/71 hatten sich 9967

¹⁸⁵⁷ Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Wissenschaftsrat 1966-1975: Brief Christian Welckers (Senator, stellvertretender AStA-Vorsitzender), Studentenschaft der Justus-Liebig-Universität an das Rektorat der Justus-Liebig-Universität (17. September 1970).

¹⁸⁵⁸ Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Wirtschaftswissenschaftliche Sektion: Fakultätssitzungen. Einladungen und Protokolle 1965-71: Protokolle der Senats-Sitzung am 27. November 1968.

¹⁸⁵⁹ Vgl. Meimberg, Paul: Die Realisierung des Sofortprogramms 1970 für die Justus-Liebig-Universität. In: Justus-Liebig-Universität. Mitteilungsblatt des Rektorats Nr. 14 (24. Juni 1970). S. 1-3. Hier: S. 1.

¹⁸⁶⁰ Meimberg, Paul: Zwischen Numerus clausus und Vorlesungsstreik. Zur Lage der Justus-Liebig-Universität. In: Justus-Liebig-Universität. Mitteilungsblatt des Rektorats Nr. 17 (16. Dezember 1970). S. 1-4. Hier: S. 1.

¹⁸⁶¹ Vgl. UAG, Landwirtschaftliche Fakultät, Karton 8: Erhaltung der Fakultät 1969-1971: Professor Dr. Meimberg: Strukturverschlechterung hat zu Spannungen an der Universität geführt. Kritische Anmerkungen des Rektors zur materiellen und personellen Ausstattung. In: Gießener Anzeiger vom 8. Juli 1970: In diesem Interview machte er darauf aufmerksam, dass der ungünstigen Verschiebung des Zahlenverhältnisses zwischen Ordinarien und Nichtordinarien und den Studierenden und die von Hochschullehrern und akademischen Mittelbau keinerlei Beachtung geschenkt würde.

¹⁸⁶² Vgl. UAG, Landwirtschaftliche Fakultät, Karton 48: Rektor Schriftwechsel 1969-1971: Rektor an Kommilitonen (25. November 1970).

¹⁸⁶³ Vgl. Roegele, Otto B.: Die Studentenlawine rollt auf uns zu. In: Die Politische Meinung 13 (1968) Nr. 123. S. 25-36.

¹⁸⁶⁴ Vgl. Meimberg, Paul: Die Realisierung des Sofortprogramms 1970 für die Justus-Liebig-Universität. In: Justus-Liebig-Universität Gießen. Mitteilungsblatt des Rektorats Nr. 14 (24. Juni 1970). S. 3.

Studierende an der Gießener Universität eingeschrieben.¹⁸⁶⁵ Damit wurde die Prognose des Wissenschaftsrates aus dem Jahre 1966 zur Farce – dieser hatte für Gießen lediglich 5500 Studenten (ohne die Abteilung für Erziehungswissenschaften) vorhergesagt¹⁸⁶⁶ und das durchschnittliche Wachstum in Hessen bei Weitem überschritten: Während die Zahl der Studierenden vom Sommersemester 1965 bis zum Sommersemester 1970 in Marburg um 5, Frankfurt 12, Darmstadt 28 Prozent angestiegen ist, stieg sie im gleichen Zeitraum in Gießen um 80 Prozent.“¹⁸⁶⁷

Schließlich verfasste der Allgemeine Studentenausschuss einen Offenen Brief an den Rektor, in dem er den Streik begründete: 1000 neue Studenten hätten feststellen müssen, dass das Lehrangebot der Majorität kein sachgemäßes Studium ermögliche, dass sie zwar eingeschrieben waren, sie aber dennoch nicht studieren konnten. Mit ihrem Streik intendierten sie, diesen Missstand für das Sommersemester 1971 zu beseitigen. Dem Rektor, der sich des politischen Kampfmittels des Rücktritts gegenüber dem Hessischen Universitätsgesetz bedient habe, stellte der AStA die Frage, warum er sich desselben nicht auch wegen dieser Zustände bediene.¹⁸⁶⁸

4.5.5 Reaktionen auf die Zustände: Streiks in den Naturwissenschaften und der Abteilung für Erziehungswissenschaften

4.5.5.1 Die Medizinische und Naturwissenschaftliche Fakultät

Im Folgenden soll die Situation in den einzelnen Fakultäten dargestellt werden. Da bereits 1969 in der Medizinischen Fakultät ein Notprogramm initiiert werden muss-

¹⁸⁶⁵ Vgl. Vorlesungsverzeichnis der Justus-Liebig-Universität Gießen. Wintersemester 1970/71. Gießen 1971.

¹⁸⁶⁶ Vgl. UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 45: Sitzungsprotokolle der Naturwissenschaftlichen Fakultät: Protokoll der Sitzung der Naturwissenschaftlichen Fakultät am 4. Mai 1966.

¹⁸⁶⁷ Meimberg, Paul: Zwischen Numerus clausus und Vorlesungsstreik. Zur Lage der Justus-Liebig-Universität. In: Justus-Liebig-Universität. Mitteilungsblatt des Rektorats Nr. 17 (16. Dezember 1970). S. 1-4. Hier: S. 1.

¹⁸⁶⁸ UAG, Medizinische Fakultät, Karton 22: Studenten Allgemeines 1967-70: Offener Brief der Studentenschaft der Justus-Liebig-Universität Gießen, Allgemeiner Studentenausschuss an den Rektor der Justus-Liebig-Universität Prof. Meimberg (1. Dezember 1970). Doch nicht nur von studentischer Seite bezog man klar Stellung gegen die Einführung eines Numerus clausus, wie der Widerspruch gegen den Erlass vom 26. Januar 1970, der jedoch vom Kultusminister zurückgewiesen wurde, beweist und an anderer Stelle bereits angedeutet wurde. So erwartete man bis spätestens zum Wintersemester 1970/71 Regelungen hinsichtlich der Aufnahme von Studenten bei vorherrschendem Mangel an Arbeitsplätzen. (Vgl. UAG, Abteilung für Erziehungswissenschaften, Karton 37: Senat I-Z 1967-1971: Niederschrift über die Sitzung des Senats am 18. März 1970). Während der nachfolgenden Diskussion beschloss man, den Kultusminister darauf hinzuweisen, dass eine Vielzahl anderer – bestimmte Fächer der Naturwissenschaftlichen und der Philosophischen Fakultät 85 Personalstellen und Sachmittel erhalten hatten –, ebenfalls vom Numerus clausus bedrohter Fächer aber hinsichtlich ihrer Anmeldungen zum Nachtragshaushalt bislang unberücksichtigt geblieben waren. Auch die Einführung von Vorsemestern wurde dabei zur Sprache gebracht.

te, um die infolge der angestiegenen Studentenzahlen entstandenen Unterrichtsprobleme in der vorklinischen Ausbildung zu lösen¹⁸⁶⁹, soll mit dieser begonnen werden. Mittels eines Streiks zu Beginn des Wintersemesters machten die Studenten dieser Fakultät auf ihre Sorgen aufmerksam: Der Platzmangel, der es nicht allen Studierenden erlaube, das Physikum aufzunehmen¹⁸⁷⁰, wirkte als Initialzündung. Nur zwei Monate später folgten die Mathematik- und Physikstudenten ihrem Beispiel: Sie traten ebenfalls in einen aktiven Streik, um gegen die geplante Einführung des Numerus clausus zu protestieren.¹⁸⁷¹ Bestanden bereits Zulassungsbeschränkungen für Biologie und Chemie, konnten sie nun auch nicht mehr länger für die Fachrichtungen Mathematik und Physik abgewendet werden, obgleich die Fakultät diesen konträr gegenüber stand. Der Dekan klassifizierte diese Maßnahmen nämlich als „ein für Studenten und Wissenschaft gleichermaßen schädliches Verfahren“.¹⁸⁷² Da die Fakultät die Ursache des Problems in der Verzögerung der notwendigen Neubauten für die betreffenden Institute und partiell ihrer Verschiebung auf der Dringlichkeitsliste nach hinten begründet sah, erschien es ihr wichtiger, ausreichend Mittel für neue Laborplätze und Hörsaalplätze bereit zu stellen als Vorschriften zur „Verwaltung des Mangels“ zu erlassen. Im Einzelnen übten die Fakultätsmitglieder gerade an der Starrheit des Erlasses Kritik, die eine unzureichende Berücksichtigung von Bundeswehr-Absolventen zur Konsequenz habe. Desgleichen opponierte man gegen die Verweigerung der Immatrikulation bei fehlendem Laborplatz. Stattdessen plädierten die Naturwissenschaftler für individuelle Ausleseverfahren, wie sie sich in der Biologie und Chemie bewährt hatten, dadurch könne allen Gegebenheiten Rechnung getragen werden. Mit Vehemenz konstatierte die Fakultät, dass die einheitliche Bewertung aller Abiturnoten keinen Maßstab zur Beurteilung der Eignung des Studenten für ein bestimmtes Fach darstelle. Ein anderer Bewertungsmaßstab oder die individuelle Selektion durch ein persönliches Gespräch seien zu präferieren. Hinsichtlich der Vorschrift, dass das Abitur nicht länger als sechs Jahre zurückliegen dürfe,

¹⁸⁶⁹ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 20: Protokolle der Fakultätssitzungen Sommersemester 1969: Protokoll der Fakultätssitzung am 10. Februar 1969.

¹⁸⁷⁰ Vgl. Becker, Thomas P.; Schröder, Ute (Hg.): Die Studentenproteste der 60er Jahre. S. 271.

¹⁸⁷¹ Vgl. Gießener Allgemeine Zeitung vom 15. Januar 1970. Im gleichen Monat initiierte auch die Fachschaft Leibeserziehung einen Warnstreik, den man bis zum 30. Januar aufrechterhielt. Neben den geänderten Studieninhalten und Prüfungsanforderungen stand auch hier die Expansion der Räumlichkeiten an prominenter Stelle des Forderungskatalogs.

¹⁸⁷² UAG, Naturwissenschaftliche Fakultät, Karton 69: Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten des Dekans bzw. der Dekane verschiedener naturwissenschaftlicher Fachbereiche (1962, 1963), 1964-1976: Brief Dekans Schraub an den Rektor, betr.: Zulassung zum Studium in zulassungsbeschränkten Fachrichtungen, hier: Aufnahme von Studenten in die vier wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen bei Mangel an Arbeitsplätzen (21. Oktober 1969).

votierte sie ebenfalls für eine individuelle Prüfung. Schließlich resultierten aus der kurzen Zustimmungsfrist von einer Woche möglicherweise Ungerechtigkeiten durch zufällige Gegebenheiten.¹⁸⁷³

4.5.5.2 Die Abteilung für Erziehungswissenschaften und die Philosophische Fakultät

Die Situation in der Abteilung für Erziehungswissenschaften stellte sich als verheerend dar: Die Zahl der Immatrikulierten hatte vom Wintersemester 1967/68 bis zum Wintersemester 1970/71 eine Steigerung von 1371 erfahren. Simultan dazu jedoch wuchs die Zahl der Hochschullehrer und Mitarbeiter lediglich marginal: Waren zum Wintersemester 1967/78 36 Professoren für die Ausbildung der Studierenden verantwortlich, übernahmen diese Aufgabe im Wintersemester 1970/71 41 Professoren. Es verwundert deshalb nicht, dass die künftigen Erziehungswissenschaftler in diesem Semester in den Streik traten – vor allem auch, weil sie den Eindruck gewannen, dass das Kultusministerium die „katastrophalen Zustände“ an der Abteilung nicht anerkannte.¹⁸⁷⁴ Selbst der Rat solidarisierte sich mit den streikenden Studenten und empfahl, an den Arbeitsgruppen der streikenden Studenten zu partizipieren.

Ein Protokoll über die Senatssitzung am 14. Oktober demonstriert, wie ernst die Lage tatsächlich zu diesem Zeitpunkt war: Da die Abteilung zu diesem Wintersemester (1970/71) mit 3567 Studierenden konfrontiert war¹⁸⁷⁵, beschloss sie schließlich einen Aufnahmestopp ab dem Sommersemester 1971 und die Festsetzung der Höchstteilnehmerzahl an Seminaren und Übungen auf 30 Studenten. Dies wurde in besagter Senatssitzung zum Anlass einer Diskussion genommen; der Rektor intendierte diesen nämlich zu beanstanden. Doch kam der Senat abschließend zu dem Ergebnis, dem Antrag der Abteilung für Erziehungswissenschaften auf vollständige Aufnahmesperre ab dem Sommersemester 1971 für Studienbewerber für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen zuzustimmen. Weiter hieß es:

¹⁸⁷³ Vgl. ebd.

¹⁸⁷⁴ Vgl. UAG, Flugblattsammlung, Karton 58: Abteilung für Erziehungswissenschaften steht seit dem 20.10.1970 im aktiven Streik; UAG, Flugblattsammlung, Karton 38: Basis: Informationen für junge Lehrer und Erzieher. Sondernummer – Streik Abteilung für Erziehungswissenschaften Gießen (5.11.1970):

„Pilgerfahrt nach Gießen.

Und es begab sich, daß der Herr +) in dem kleinen Universitätsstädtchen Gießen weilte. Da traf er einen Studenten, bepackt mit einer Kollegmappe voll guter Hoffnungen. „Wohin gehst Du?“ fragte ihn der Herr. „Ich gehe an die Abteilung für Erziehungswissenschaften, um ein sinnvolles Studium aufzunehmen“, antwortet der Jüngling. Da segnete ihn der Herr, wandte sein Antlitz ab und weinte bitterlich.

+) Ob der Herr wohl der Kultusminister ist, der um die Misere der Lehrerbildung weiß, aber immer noch glaubt, mit Beschönigungen die Lage „retten“ zu können?“

¹⁸⁷⁵ Vgl. ebd.

Die Diskussion des Senats zeigte, dass auch in anderen Fachbereichen ähnliche Schwierigkeiten wie in der Abteilung für Erziehungswissenschaften bestehen und ähnliche Anträge zu erwarten sind. Der Senat weist darauf hin, dass die bestehenden Zulassungsbeschränkungen in Medizin, Veterinärmedizin, Biologie und Chemie selbstverständlich aufrecht erhalten bleiben müssen.¹⁸⁷⁶

Schließlich galt es, auf die katastrophale Situation hinsichtlich der Kapazitäten hinzuweisen.¹⁸⁷⁷ Vonseiten der Abteilung bat man den Kultusminister mit Nachdruck, Maßnahmen zu ergreifen, um den Stellenplan der Abteilung sofort um 119 Stellen in einem Nachtragshaushalt 1970 zu erhöhen.¹⁸⁷⁸ Auch der Rat der Abteilung selbst blieb nicht untätig, sondern stellte vielmehr Überlegungen an, welche Maßnahmen zu ergreifen wären, um das Studium im Sommersemester 1971 doch ordnungsgemäß durchführen zu können.¹⁸⁷⁹

Von studentischer Seite aus war man nicht gewillt, hinsichtlich des Streiks gegenüber dem Kultusminister nachzugeben, der ihnen ein Ultimatum gesetzt hatte: Das Studentenparlament nahm den Standpunkt ein, dass die Nichtanrechnung des Wintersemesters nicht den Studenten der Abteilung für Erziehungswissenschaften angelastet werden könne, da auch die wenigen bewilligten neuen Planstellen an jener Situation nichts ändern könnten, sondern vielmehr der unnachgiebigen Haltung des Kultusministeriums. Daraus resultierte die folgende kategorische Ablehnung:

Das 9. Studentenparlament verurteilt mit aller Schärfe die erpresserischen und wissenschaftsfeindlichen Versuche des hessischen Kultusminister von Friedburg, die Studenten der Abteilung für Erziehungswissenschaften unter den gegenwärtigen, personalpolitisch völlig unzumutbaren Umständen ultimativ zu einer Wiederaufnahme ihres Studienbetriebes zum 1.12.1970 zu zwingen.¹⁸⁸⁰

¹⁸⁷⁶ Vgl. UAG, Abteilung für Erziehungswissenschaften, Karton 37: Senat I-Z 1967-71: Niederschrift über die Sitzung des Senats am 15. Oktober 1970.

¹⁸⁷⁷ Vgl. UAG, Abteilung für Erziehungswissenschaften, Karton 1: Protokolle 1970-71: Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 22. Oktober 1970.

¹⁸⁷⁸ Vgl. UAG, Abteilung für Erziehungswissenschaften, Karton 1: Protokolle 1970-71: Beschlüsse des Rates für Erziehungswissenschaften Gießen vom 22. Oktober 1970.

¹⁸⁷⁹ Vgl. UAG, Abteilung für Erziehungswissenschaften, Karton 1: Protokolle 1970-71: Niederschrift über die Sitzung des Rates der Abteilung für Erziehungswissenschaften vom 22. Januar 1971: Lehraufträge und die Abordnung von Lehrern standen dabei zur Diskussion.

¹⁸⁸⁰ UAG, Medizinische Fakultät, Karton 22: Studenten Allgemeines 1967-1970: Studentenschaft der Justus-Liebig-Universität Gießen, KdöR – das Parlamentspräsidium (7. Dezember 1970): Resolution des 9. Studentenparlaments Gießen.

Auch hierin unterstützte der Rat der Abteilung die Studenten mittels einer Resolution, in der er dieses aufs Schärfste verurteilte und sein Befremden darüber ausdrückte, dass

[...] der Kultusminister einerseits Repressalien auf die Studentenschaft ausübt, die für ein bildungspolitisch gerechtfertigtes Ziel kämpft, während er andererseits nicht bereit ist, Zusagen für den Haushaltsvoranschlag 1971/72 zu machen, die keine qualitative Verbesserung der Lehrsituation an den Hessischen Lehrerbildungsinstitutionen zur Folge haben könnten.¹⁸⁸¹

Schließlich ersuchte der Hessische Kultusminister von Friedeburg im Januar 1971 das Rektorat, alle möglichen Maßnahmen zur Wiederaufnahme des Lehrbetriebes in die Wege zu leiten, so dass studierwilligen Studenten das Studium ermöglicht werden könne. Diesbezüglich bat er um die Vergabe von Lehraufträgen in den Engpassfächern, der Abordnung von Lehrern und die schnellst mögliche Vorlage der Anträge auf Besetzung noch offener Stellen.

Auch in der Philosophischen Fakultät initiierten die Studenten Streiks, um auf die miserable Lage aufmerksam zu machen. Wie angespannt die Situation tatsächlich war, demonstriert das Zahlenmaterial aus dem Germanistischen Seminar, an dem 975 Studierende eingeschrieben waren. Als Konsequenz wurden 22 Pro- und Mittelseminare für 700 angemeldete Studenten angeboten. Um die Arbeit in kleinen Gruppen von 25 bis 30 Teilnehmern durchführen zu können, ergab sich ein Fehlbestand von sechs bzw. einem Seminar(en).¹⁸⁸²

¹⁸⁸¹ UAG, Abteilung für Erziehungswissenschaften, Karton 1: Protokolle 1970-1971: Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 24. November 1970.

¹⁸⁸² Vgl. UAG, Philosophische Fakultät, Karton 17: Brief Engels an den Dekan der Philosophischen Fakultät (ohne Angabe): Der daraus resultierende Forderungskatalog der Studenten umfasste folgende Aspekte:

- I. „die vorzeitige Umwandlung der vorhandenen Stellen gemäß der neuen Personalstruktur
- II. die rechtzeitige Zuweisung der neu beantragten Stellen zum Sommersemester 1971
- III. räumliche Verbesserungen
- IV. vorübergehende Einstellung des Seminarbetriebes (für ca. 14 Tage)
- V. Genehmigung bzw. Unterstützung durch den Rektor hinsichtlich eines intendierten Gesprächs
- VI. einer Kommission von Dozenten und Studenten in Wiesbaden
- VII. Umwandlung der aktuellen Tutoren-Stellen in feste Dozenten-Stellen.“

4.5.5.3 Die Wirtschaftswissenschaftliche Sektion

1970 ergab auch die Kapazitätsberechnung für die Wirtschaftswissenschaftliche Sektion, dass die im Gesetz zur Gründung der Justus-Liebig-Universität vorgesehene und als günstig erachtete Relation zwischen Studierenden und Lehrenden, das „Gießener Modell“ also, nicht mehr aufrecht zu erhalten war.¹⁸⁸³ Immer dringlicher wurde die Frage nach der Kapazitätsgrenze, wie Hedtkamp in einem Brief an den Vorstand der Wirtschaftswissenschaftlichen Sektion betonte – zumal die Sektion gerade auf Anregung der Fachschaft eine (erneute) Studienreform beschlossen hatte. Eine beliebige Erhöhung der Studentenzahlen sei unter Wahrung des Gießener Modells nicht möglich – zumal dafür das Personal fehle. Und auch die Bauplanungen für Hörsäle orientierten sich lediglich an Zahlen von 600 bis 800 Studenten in den Wirtschaftswissenschaften. – Im Mai 1970 erwartete man bis zum Sommersemester 1971 einen Anstieg der Studentenzahlen auf 900-1000 Studenten.¹⁸⁸⁴

Selbst wollten die Wirtschaftswissenschaftler eine Überschreitung der Kapazitätsgrenze um 50 Prozent akzeptieren, wenn die Landesregierung die personellen Voraussetzungen schaffen würde. Eine personelle Anpassung an die wachsenden Studentenzahlen über dieses Maß würde jedoch eine Gefahr hinsichtlich der Größe der Institution bedeuten: Eine Teilung in einen betriebswirtschaftlichen und einen volkswirtschaftlichen Fachbereich ließe sich dann kaum noch vermeiden. Bemerkenswert erscheint die Tatsache, dass man davon ausging, bereits mit der Androhung eines Numerus clausus nachhaltige Ergebnisse zu erzielen.¹⁸⁸⁵

Im Juni richtete der Prodekan einen Brief an die Studentenschaft – mit der ein reger Austausch über dieses Problem herrschte, in dem er sie um eine Stellungnahme zur Begrenzung der Studentenzahlen bat. – Die Mehrheit der Ordinarien der Wirtschaftswissenschaftlichen Sektion tendierte im Sommer 1970 zur Einführung des Numerus clausus für das Sommersemester 1971.¹⁸⁸⁶ – Die Reaktion der Studentenschaft manifestierte sich in zwei Briefen. Der erste hatte den Kultusminister als Ad-

¹⁸⁸³ Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Schriftwechsel mit studentischen Vertretern und der Fachschaft 1966-1979: Antrag der Studenten und Assistenten an die Wirtschaftswissenschaftliche Sektion, an den Kultusminister und den Hessischen Landtag folgenden Brief zu schreiben (beschlossen auf der Fachschaftsvollversammlung am 12. November 1970).

¹⁸⁸⁴ Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Schriftwechsel mit studentischen Vertretern und Fachschaft. 1966-1979: Brief Professor Hedtkamps an den Vorstand der Wirtschaftswissenschaftlichen Fachschaft (19. Mai 1970).

¹⁸⁸⁵ Vgl. ebd.

¹⁸⁸⁶ Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Schriftwechsel mit studentischen Vertretern und Fachschaft. 1966-1979: Brief des Fachschaftsvorsitzenden Gerd Beckmann an die Wirtschaftswissenschaftliche Sektion der Justus-Liebig-Universität, z. H. Herrn Prodekan Hedtkamp (1. Juni 1970).

ressaten, der zweite den Prodekan. In beiden lehnten die Studenten dezidiert den Numerus clausus ab und rekurrten dabei auf den im Diskurs gängigen Hinweis auf das Grundgesetz:

1. Wir gehen davon aus, daß
2. in der Anwendung des numerus clausus eine Anmaßung zu sehen ist, die gegen das Grundgesetz in grober Weise verstößt, und
3. auf Grund der jahrelangen Praktizierung des numerus clausus an anderen Fakultäten sich gezeigt hat, daß kein Auswahlkriterium existiert, das eine sachlich gerechtfertigte Auslese unter den Studenten gewährleistet.¹⁸⁸⁷

Kontrastiv dazu forderten die studentischen Vertreter vom Kultusministerium die umgehende Realisierung der notwendigen Kapazitätserweiterungen. Als weitere Notwendigkeit erachtete die Fachschaft, sich nicht lediglich auf ein Sofortprogramm zu verlassen, sondern kurzfristig zu prüfen, welche räumlichen und personellen Ressourcen existieren, um die angespannte Lage zu überwinden.¹⁸⁸⁸ Fünf Monate später opponierte sie nochmals vehement gegen den Numerus clausus als Instrument zur Realisierung der Forderungen, die das Gesetz über die Gründung der Wirtschaftswissenschaftlichen Sektion beinhaltete. Die Studenten und Assistenten der Sektion begründeten ihre Haltung damit, keine Hilfestellungen für eine verfehlte Bildungspolitik geben zu wollen. Da sie die staatliche Bildungspolitik für die Situation verantwortlich machten, müsse der Staat auch die Mittel zur Verfügung stellen, um die vom Staat gewünschten Studienverhältnisse aufrechtzuerhalten¹⁸⁸⁹: Vom Kultusminister forderten sie daher die Einrichtung von sechs neuen wirtschaftswissenschaftlichen Lehrstühlen inklusive der dazugehörenden Ausstattung. Auch verlangten sie die Überprüfung der Möglichkeit, einen weiteren Fachbereich aufzubauen. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, schlossen sie die Anwendung von Kampfmaßnahmen nicht aus.¹⁸⁹⁰

¹⁸⁸⁷ Ebd.

¹⁸⁸⁸ Vgl. ebd.

¹⁸⁸⁹ Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Schriftwechsel mit studentischen Vertretern und Fachschaft. 1966-1979: Antrag der Studenten und Assistenten an die Wirtschaftswissenschaftliche Sektion, an den Kultusminister und den Hessischen Landtag folgenden Brief zu schreiben (wurde auf der Fachschaftsvollversammlung von 12. November 1970 beschlossen).

¹⁸⁹⁰ Vgl. ebd.

Signifikant am Beschluss der Wirtschaftswissenschaftlichen Sektion vom Dezember des gleichen Jahres, der an den Kultusminister weitergeleitet wurde, ist die Ähnlichkeit der Argumentation, mit dem die Sektion ihrer Sorge Ausdruck verlieh¹⁸⁹¹, mit der studentischen:

Die Mitglieder der Wirtschaftswissenschaftlichen Sektion sind vielmehr der Auffassung, dass für das Entstehen einer Situation, in der eine Diskussion über die Beantragung des Numerus Clausus notwendig werden könnte, die staatliche Bildungspolitik die volle Verantwortung trifft. Sie gehen davon aus, dass für die Schaffung der vom Staat gewünschten Studienverhältnisse (Gießener Modell) der Staat auch die Mittel bereit stellen muß; dass es also nicht darum gehen kann die Studentenzahlen der Kapazität, sondern nur darum, die Kapazität den Studentenzahlen anzupassen.¹⁸⁹²

Schließlich streikten im Wintersemester 1970/71 ca. 4000 Studenten, um auf die ihnen unzureichend erscheinenden personellen und materiellen Grundlagen ihres Studiums aufmerksam zu machen.¹⁸⁹³

4.5.6 Der Höhepunkt des Massenproblems am Ende des Untersuchungszeitraumes

Einen Höhepunkt erreichte das Problem der Quantitäten in Gießen im Jahr 1971: Zu diesem Zeitpunkt wuchs die Zahl der Studierenden stärker an als die Einwohnerzahl der mittelhessischen Stadt.¹⁸⁹⁴ Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass der Senat nach eingehender Diskussion und großen Bedenken nicht mehr umhin konnte, für das Sommersemester 1971 einen generellen Aufnahmestopp für Studienanfänger zu beschließen,

da der Hessische Kultusminister für das Haushaltsjahr 1971 in einem Erlaß gegenüber einem Mindestbedarf von 369 Stellen nur 125 Stellen in Aussicht gestellt hat und eine Erhöhung der Sachmittel ge-

¹⁸⁹¹ Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Erlasse des Kultus-, Finanz- und Justizministers. 1965-1971: Brief Professor Hedtkamps an den Kultusminister: Beschluß der Wirtschaftswissenschaftlichen Sektion vom 16. Dezember 1970 (21. Dezember 1970).

¹⁸⁹² Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Schriftwechsel mit studentischen Vertretern und der Fachschaft 1966-1979: Antrag der Studenten und Assistenten an die Wirtschaftswissenschaftliche Sektion, an den Kultusminister und den Hessischen Landtag folgenden Brief zu schreiben (beschlossen auf der Fachschaftsvollversammlung am 12. November 1970).

¹⁸⁹³ Vgl. Meimberg, Paul: Aufnahmestopp für Studienanfänger. In: Justus-Liebig-Universität Gießen. Mitteilungsblatt des Rektorats Nr. 19 (11. Februar 1971). S. 2-3. Hier: S. 3.

¹⁸⁹⁴ Vgl. Blasius, Wilhelm: Zur Futurologie der deutschen Universitäten – Gedanken und Berechnungen. In: Die Deutsche Universitätszeitung XII (1971). S. 373.

genüber 1970 trotz Preissteigerungen und stark erhöhter Studentenzahlen nicht vorgesehen ist. Für das Wintersemester 1971/72 hält der Senat ein ordnungsgemäßes Studium nur für möglich, wenn der errechnete Mindestbedarf gedeckt wird. Zudem ist der Vollzug des neuen Universitätsgesetzes nicht gewährleistet.¹⁸⁹⁵

Dieser Beschluss, so die Ausführungen von Rektor Meimberg in einer Presseerklärung am 15. Januar 1971, dürfe nicht als „spektakuläre Deklamation“ missverstanden werden, sondern sei als „ernste Mahnung an die Öffentlichkeit“ intendiert. Die Situation der Justus-Liebig-Universität müsse als exemplarisch für die Situation im tertiären Bildungswesen insgesamt gelten. Ohne Berücksichtigung des Studentenzuwachses im Wintersemester 1970/71 habe sich – trotz des Einsatzes aller geeigneten Kräfte – ein Fehlbedarf von 1680 Semesterwochenstunden eingestellt, was so viel bedeute wie 30 Prozent des gesamten Bedarfs an Vorlesungen, Übungen und Seminarveranstaltungen. Aus diesem Grund wies Meimberg nochmals auf die notwendige Erhöhung bezüglich des Sachmittel-, Bau- und Personaletats hin.¹⁸⁹⁶ Doch der Kultusminister entsprach diesem Beschluss nicht, sondern akzeptierte einen Aufnahmestopp lediglich für die Psychologie.¹⁸⁹⁷

Resümierend lässt sich konstatieren, dass auch in Gießen eine drastische Expansion der Studierenden stattfand: Hatten sich die Studentenzahlen vom Sommersemester 1961 bis zum Sommersemester 1965 gerade einmal verdoppelt, so verdoppelten sie sich in den darauf folgenden fünf Jahre nochmals. Im bundesrepublikanischen Vergleich allerdings muten diese Zahlen eher harmlos an: Obgleich man die Notwendigkeit einer Vermehrung der Stellen von universitärer Seite aus durchaus sah, wie die Statistik zur Personalplanung demonstrierte, schuf die Politik andere (finanzielle) Voraussetzungen.

Zunächst opponierte man vonseiten des Senats aus vehement gegen die Einführung eines Numerus clausus als Lösung für das Problem der steigenden Studentenzahlen, doch bereits 1971 musste man sich der Realität stellen, konnte man sich nicht länger vor der Einsicht verschließen, dass auch die eigene Hochschule „nicht beliebig er-

¹⁸⁹⁵ UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Senat. Einladungen und Protokolle bis 30. Juni 1973: Niederschrift über die Sitzung des Senats am 13. Januar 1971.

¹⁸⁹⁶ Vgl. Meimberg, Paul.: Aufnahmestopp für Studienanfänger. In: Justus-Liebig-Universität. Mitteilungsblatt des Rektorats Nr. 19 (11. Februar 1971). S. 3.

¹⁸⁹⁷ Vgl. UAG, Veterinärmedizinische Fakultät, Karton 12: Rektor, Senat 1969-1972: Niederschrift über die Sitzung des Senats am 17. Februar 1971.

weiterbar“¹⁸⁹⁸ war. Bis 1972 hatte sich die Lage sogar nochmals verschärft, wie das Protokoll der Senats-Sitzung demonstriert: So lagen am 1. November 1972 Anträge für Zulassungsbeschränkungen für sieben Fachrichtungen vor.¹⁸⁹⁹ Und auch 1973 hatte das Problem seine Aktualität noch immer nicht verloren, wie aus den Akten hervorgeht.¹⁹⁰⁰

4.6 Ordnungsrecht

Nachdem die Ministerpräsidenten der Bundesrepublik am 5. Februar 1969 für ein einheitliches Ordnungsrecht votiert hatten, vereinbarten die Kultusminister zwei Tage später ohne Verzögerungen mit der Erarbeitung eines solchen anzufangen, was – wie die Quellen eindeutig belegen – an den Hochschulen auf wenig Gegenliebe stieß.¹⁹⁰¹ Dabei ist besonders bemerkenswert, dass die Diskussion an der Justus-Liebig-Universität Gießen lediglich auf zwei Ebenen stattfand: Neben der Studentenschaft wurde auch das oberste universitäre Gremium, der Senat, von ihr erfasst, wie die eindringlichen Appelle an den Landtag demonstrieren. Jene politische Instanz forderte dieser auf, den Staatsvertrag über Grundsätze zur Reform der wissenschaftlichen Hochschulen und über die Vereinheitlichung des Ordnungsrechts an den Hochschulen vom 27. März genauso wie die ordnungsrechtlichen Vorschriften der Entwürfe eines Universitätsgesetzes nicht in dieser Form zu verabschieden: Die Bedenken des Senats galten an erster Stelle dem Artikel II des Staatsvertrages, dem §§ 52 der Vorlage der Landesregierung und den §§ 67ff des Entwurfs der CDU-Fraktion, da man sie als hochschulpolitisch bedenklich klassifizierte. Der Senat erwartete von ihnen eher eine Behinderung als eine Förderung der inneren Befriedung der Universität.

Additiv warf das höchste akademische Organ der Gießener Universität noch verfassungsrechtliche Bedenken gegen jene in die Waagschale: Die schwersten Ord-

¹⁸⁹⁸ Clemen, Wolfgang: Hochschulgesetze, die die Reform erschweren. In: Maier, Hans; Zöller, Michael (Hg.): Die andere Bildungskatastrophe. Hochschulgesetze statt Hochschulreform. Köln 1970. S. 86-96. Hier: S. 89.

¹⁸⁹⁹ Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Senat. Einladungen und Protokolle bis zum 30. Juni 1973: Niederschrift über die Sitzung des Senats (9/72) am 1. November 1972.

¹⁹⁰⁰ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 63: Senat, Konvent 1971: Fortsetzung der Sitzung aus Vertagung vom 23. Mai 1973.

¹⁹⁰¹ So kommentierte das Gießener Studentenschaftsorgan „Info“ dieses Vorgehen im Juni 1969 folgendermaßen: Jahrelang hätten die Kultusminister nichts zur Hochschulreform beitragen können, doch nun konnte das Ordnungsrecht, das zur Disziplinierung beitragen solle, innerhalb weniger Monate erarbeitet werden. Der AStA interpretiert das zu schützende Gemeinschaftsgut die „Ordnung der Universität“ nicht lediglich als Funktionieren des Universitätsbetriebes, sondern auch die Sicherung des wissenschaftlichen, d. h. kritischen Forschungs-, Lehr- und Lernprozesses. (Vgl. INFO. Hg. vom Allgemeinen Studentenausschuss der Justus-Liebig-Universität (Juni 1969).

nungsmaßnahmen der langfristigen oder dauerhaften Verweisung von der Universität würden die Grenzen des Ordnungsrechts hin zum Strafrecht überschreiten und dürften der im Grundgesetz garantierten Berufsfreiheit konträr gegenüberstehen. Vor diesem Hintergrund forderte der Senat Verbesserungen – gerade auch hinsichtlich des Hausrechts. Als Ziel der Reformarbeit formulierte er ein modernes Hochschulrecht, „das, frei von obrigkeitsstaatlichen Relikten, mit rechtsstaatlich einwandfreien Mitteln die wissenschaftliche Arbeit schützt.“¹⁹⁰² Explizit wurde die Ablehnung auch von der Medizinischen Fakultät begrüßt. Am 14. Juli ging der Gießener Senat noch einen Schritt weiter und beschloss die Hessische Landesregierung zu bitten, von der Verabschiedung des Ordnungsrechtes Abstand zu nehmen.¹⁹⁰³

Da die Studenten direkt betroffen waren, stößt man auf eine Reihe von Reaktionen, die hinsichtlich ihres Tones eine erhebliche Varianz aufweisen. So reihte sich beispielsweise auch die Juristische Fachschaft in die Formation gegen das geplante Ordnungsrecht ein. Sie schlug dabei einen gemäßigten Tonfall an und beschränkt den Weg der Petition an den Hessischen Landtag. Dabei rekurrierte sie, wie zu zeigen sein wird, auf ähnliche Argumente wie der Senat. Ihre Forderung jedwedes Ordnungsrecht zu streichen, begründete sie mit dem Hinweis darauf, dass dieses in „keiner denkbaren, mit dem Grundgesetz vereinbaren Fassung die Funktionsfähigkeit des Lehrbetriebes sichern“ könne. Da die Ausübung von unmittelbarem Zwang in den Kompetenzbereich der Polizeibehörden falle, könne ein Ordnungsrecht, dort wo es zu Störungen komme, keine Abhilfe schaffen. Die Universität werde eben nicht, wie die Befürworter argumentierten, in die Lage versetzt, ihre Probleme selbst zu regeln und die Polizei aus den eigenen Mauern fernzuhalten. Das Ordnungsrecht habe nur eine Wirkung im Nachhinein.

Als zweites Argument führte die Fachschaft an, dass das Ordnungsrecht erst die Situation provozieren würde, gegenüber der es präventiv wirken solle. Als Konsequenz von Relegationen erwartete sie nämlich das Abrücken der gemäßigten Studentenschaft ins extremistische Lager. Letztlich klassifizierte sie die vorliegenden Entwürfe für ein Ordnungsrecht als verfassungswidrig, aufgrund ihres Verstoßes der rechtsstaatlichen Grundsätze der Verhältnismäßigkeit und Bestimmtheit und partiell gegen das Verbot der Doppelbestrafung. Als Fazit blieb der Fachschaft nur noch zu

¹⁹⁰² Vgl. HHStA, Abt. 504, Nr. 7588: Beschluss des Senats der Justus-Liebig-Universität (11. Juni 1969).

¹⁹⁰³ Als geeignete Diskussionsgrundlage erachtete man die vom AStA/LSD unterbreitete Vorlage und die Bochumer Hochschulordnung. (Vgl. UAG, Veterinärmedizinische Fakultät, Karton 12: Rektor, Senat. 1969-1972: Niederschrift über die Sitzung des Senats am 11. Juni 1969).

konstatieren, dass die Bestimmungen des Strafrechts ausreichten, zumal sich bei Bestrafungen wegen Körperverletzung, Sachbeschädigung u. Ä. keine Solidarisierungseffekte einstellen würden: „Unmittelbaren Störungen kann ohnehin – mit oder ohne Ordnungsrecht – nur unter Anwendung des Hausrechts des Rektors bzw. der Ordinarien begegnet werden.“¹⁹⁰⁴ Schließlich wiesen die 100 Studenten darauf hin, dass den Störungen des Universitätsbetriebes letztlich nur durch eine inhaltliche Hochschulreform effektiv begegnet werden könne.¹⁹⁰⁵

Im Oktober erklärten auch die Studenten der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung ihre Solidarität mit allen Studenten der eigenen Universität und der anderen hessischen Universitäten, die gegen das Hessische Hochschulgesetz und insbesondere das darin integrierte Ordnungsrecht in der zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Form opponierten. Sie charakterisierten die geplante Einführung desselben als „eine unangemessene, ohnmächtige Reaktion der Landesbehörden auf sachlich völlig berechtigte Reformforderungen der großen Mehrheit aller Studenten.“ Des Weiteren erblickten sie darin den Versuch, die Autonomie der Universitäten zu limitieren und den Einfluss der Politik auszuweiten. Die Studenten appellierten an die Landtagsabgeordneten, dieser Vorlage des Hessischen Hochschulgesetzes nicht zuzustimmen. Abschließend forderten sie vom Landtag, die Einwände zu berücksichtigen und das Hessische Hochschulgesetz mitsamt dem Ordnungsrecht dahingehend zu ändern, ansonsten könne eine Bestreikung des Lern- und Forschungsbetriebes nicht ausgeschlossen werden.¹⁹⁰⁶

Einen erheblich schärferen Ton schlug die Juristische Studentenschaft bei der Formulierung ihrer Position an; so beginnt ihre Stellungnahme:

Die Vollversammlung der juristischen Fakultät Gießen verurteilt das von der Landesregierung vorgelegte Ordnungsrecht als einen Anschlag auf die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Darüberhinaus sind wir der Ansicht, dass das neue Hochschulgesetz insgesamt gegen fundamentale Interessen von Lehrenden und Lernenden verstößt.

¹⁹⁰⁴ HHStA, Abt. 504, Nr. 7588: Juristische Fachschaft der Justus-Liebig-Universität an den Hessischen Landtag: Petition zum Hochschulgesetz (19. Juli 1969).

¹⁹⁰⁵ Ebd. Eine Verwaltungsreform reiche nicht aus. Schließlich tat man seinen Unmut darüber kund, dass „die Rahmenregelungskompetenz der ständigen Kommissionen des Konvents, die im Referentenentwurf des Kultusministers noch vorgesehen war, im Regierungsentwurf“ fehlte. Ein Vorschlag zu § 18 Abs. 1 folgte.

¹⁹⁰⁶ Vgl. HHStA, Abt. 502, Nr. 12198 b): Wirtschaftswissenschaftliche Fachschaft an der Justus-Liebig-Universität Gießen: Offener Brief an den Ministerpräsidenten, Kultusminister, Vorsitzende der Landtagsfraktionen der SPD, FDP, CDU (30. Oktober 1969).

Ihren Worten Nachdruck wollten die Studenten mithilfe eines eintägigen Warnstreiks und einer Protestfahrt nach Wiesbaden am 2. Juli verleihen. Dort sollte eine öffentliche Diskussion mit den Parteien vor dem Landtag initiiert werden. An die Studentenschaften des Landes, speziell an die Gießener Fachschaften sollte der Appell ergehen, an dieser Aktion zu partizipieren.¹⁹⁰⁷

Schließlich wurden Basis- und Projektgruppen initiiert, die ebenfalls in harschem Tonfall die geplanten Maßnahmen kritisierten: Auf Flugblättern stellte das Aktionskomitee aller Basis- und Projektgruppen die rhetorische Frage, wie Terror in einem Rechtsstaat aussähe. Kongruent zum bundesrepublikanischen Diskurs vertrat man darin die Meinung, dass man mit Inkrafttreten des Ordnungsrechts vonseiten des Staates darauf spekuliere, die studentische Protestbewegung endgültig zu zerschlagen. Damit, so ihre weitere Argumentation, werde die politische Aktivität der Studenten doppelt bedroht. Das studentische Fragerecht werde auf ein Minimum limitiert bzw. gänzlich unterbunden, da den Professoren die Möglichkeit eingeräumt werde, Diskussionen und Kritik an Vorlesungen als Störung der Lehrveranstaltungen zu interpretieren, wodurch den Beteiligten basierend auf dem Ordnungsrecht die Relegation drohe. Mit drastischen Worten taten sie ihren Unmut, der in folgenden Worten kulminierte, kund:

Seit Jahren werden von Studenten Forderungen gestellt, mit der Intention, die Lehrmethoden und die Struktur der Universität zu verändern. Durch das neue Ordnungsrecht soll gerade diese Gruppe der Hochschule daran gehindert werden, ihre Vorstellungen weiter zu entwickeln, zu artikulieren und durchzusetzen. Das Ordnungsrecht ist exemplarisch dafür, dass auf die Interessen der großen Mehrheit der Hochschulmitglieder geschissen wird. Die, die auf diese Scheiße hinweisen, werden auch noch bestraft.

Lasst Euch nicht politisch kastrieren! Nehmt teil am Kampf der Basisgruppen und Projektgruppen gegen das Ordnungsrecht! Kampf dem Notstandsgesetz der Universität!¹⁹⁰⁸

Bemerkenswert erscheint gerade die letzte Interpretation des Ordnungsrechts als universitäres Notstandsgesetz.

¹⁹⁰⁷ Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Studentenschaft, Fachschaften 1965-1973: Streik nur am Mittwoch (ohne Angabe).

¹⁹⁰⁸ UAG, Sammlung Brinkmann, Gießener Studentenbewegung Juli 1968 bis SS 1969 (1968-1970): Flugblatt des Aktionskomitees aller Basis- und Projektgruppen: Wie sieht Terror in einem „Rechtsstaat“ aus? (ohne Angabe).

Doch bei leeren Worten und Drohungen ließ man es nicht bewenden, wie das Studium der Akten zutage fördert: Bereits im Juni 1969 vermeldete das Aktionskomitee aller Basisgruppen den Beginn der Organisation des Widerstandes gegen das Ordnungsrecht, was konkret bedeutete, dass die Studenten mittels Go-ins und Vorlesungssprengungen in fünf Veranstaltungen der Philosophischen Fakultät Kampfmaßnahmen ergriffen hatten. Diese sollten demonstrieren, dass auch die Gießener Studenten sich nicht durch die Verhängung eines faktischen Diskussionsverbotes an der Fortführung der Diskussion hindern ließen. Drei Aspekte listeten sie im Flugblatt auf, über die diskutiert wurde: Zum Einen „über die Beseitigung irrationaler und disziplinierender Arbeitsformen im Studium“, zum Zweiten „über die Abschaffung der absoluten Interpretationsgewalt der Professoren, was adäquate „Formen“ und Inhalte kritischer Wissenschaft“ seien und schließlich „über die politischen und wirtschaftlichen Machtinteressen, denen das Hochschulgesetz und Ordnungsrecht dienen sollen [...]“. Am 26. Juni beschloss die Juristische Fachschaft auf einer Vollversammlung einen mehrtägigen Streik, um ihren Protest gegen das geplante Ordnungsrecht zu demonstrieren.¹⁹⁰⁹

Tatsächlich waren die wort- und tatenreichen Proteste von Erfolg gekrönt: Denn weder im Hessischen Hochschulgesetz noch im Hessischen Universitätsgesetz wurde ein studentisches Ordnungsrecht schriftlich fixiert. Im ersten Gesetzeswerk findet sich lediglich der Hinweis, dass die Satzung oder eine besondere Hausordnung nähere Bestimmungen treffen sollte, „die die Funktionsfähigkeit der Hochschulen gewährleisten sollen.“¹⁹¹⁰

4.7 Politisches Mandat

Ähnlich wie mit dem Ordnungsrecht verhält es sich mit dem Aspekt des politischen Mandats: Es stellte zwar eine Aussage im Diskurs dar, war aber auch in Gießen lediglich eine periphere, alleine schon an der fehlenden Quellendichte ersichtlich. Der Vollständigkeit halber soll ihr dennoch nachgegangen werden.

Das Rektorat ging mit dem Thema des politischen Mandats der Studentenschaft offensiv um¹⁹¹¹: So initiierte es am 30. April 1968 einen Informations- und Diskus-

¹⁹⁰⁹ Vgl. Becker, Thomas P.; Schröder, Ute (Hg.): Die Studentenproteste der 60er Jahre. S. 256.

¹⁹¹⁰ Gesetz über die Hochschulen des Landes Hessen (Hochschulgesetz) vom 12. Mai 1970 (GVBl. I S. 315).

¹⁹¹¹ Ähnlich gesprächsbereit hatte man sich bereits 1967 gezeigt, als die Universitätsleitung Repräsentanten aller studentischen Gruppen zu einem gemeinsamen Treffen zu allgemeinen universitären Problemen und zu den Motiven der Studentenproteste eingeladen hatte. Da das Verhältnis zwischen organisierter Studentenschaft und Universitätsleitung zu diesem Zeitpunkt als gut charakterisiert

sionsabend zu den Themen Mitverantwortung und Mitbestimmung in der Universität und politisches Mandat der Universität.¹⁹¹² Während diesem unterstrich Rektor Weyl, dass sich die Universität selbst reformieren müsse, wenn sie einer von außen diktierten Reform entgehen wolle. „Wenn alle Beteiligten zu Kompromissen bereit seien, gebe es kein Hindernis für eine stärkere Mitbestimmung der Studenten in der Universität.“¹⁹¹³ Das Postulat der Drittelparität beschied der Rektor jedoch den Studenten abschlägig, da das Maß der Mitbestimmung in Relation zu der übernommenen Verantwortung zu stehen habe. Der Politikwissenschaftler Varain hielt anschließend einen Vortrag über das politische Mandat der Universität.¹⁹¹⁴

Im darauf folgenden Monat (Mai 1968) vermeldete das studentische Informationsorgan „INFO“, dass das Studentenparlament zu erkennen gegeben hatte, zu politischen Tagesfragen Stellung nehmen zu wollen.¹⁹¹⁵ Noch im gleichen Monat richtete der Ältestenrat der Studentenschaft aus diesem Grund einen Antrag an den Rektor der Universität, in dem er ihn in seiner Eigenschaft als Rechtsaufsichtsbehörde bat, zu drei Fragen Stellung zu nehmen.

An erster Stelle stand die Frage, ob die Studentenschaft als Körperschaft des öffentlichen Rechts, sprich als Zwangskörperschaft, und Glied der Hochschule über einen allgemeinen politischen Auftrag verfüge: „[...] hat die Studentenschaft außer der Vertretung der hochschulpolitischen Belange ihrer Mitglieder [...] einen Auftrag, im Namen ihrer Mitglieder zu allgemeinen und tagespolitischen Ereignissen Stellung zu nehmen und in der Öffentlichkeit zu wirken?“¹⁹¹⁶ Die zweite Frage, die in direktem Zusammenhang zur ersten stand und diese nochmals konkretisierte, fokussierte sich auf § 34 Abs. 2. Ziff 5 des Hessischen Hochschulgesetzes vom 1. Juni 1966.

werden kann, erblickten die Studenten in der mangelnden Ausstattung und dem Unterrichtssystem den punctum saliens. (Vgl. Felschow, Eva-Marie; Lind, Carsten; Busse, Neill: Krieg – Krise – Konsolidierung. S. 149).

¹⁹¹² Vgl. UAG, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät: Schriftwechsel Präsident 1965-1971: Einladung des Rektor Weyls an Lehrkörper, Wissenschaftliche Mitarbeiter und Studenten zu einem Informations- und Diskussionsabend am Dienstag, 30. April 1968.

¹⁹¹³ Felschow, Eva-Marie; Lind, Carsten; Busse, Neill: Krieg – Krise – Konsolidierung. S. 151f.

¹⁹¹⁴ Vgl. ebd. Von den Studenten, Assistenten und Nichtordinarien wurden die marginalen Partizipationsmöglichkeiten ihrer Gruppen an den universitären Gremien an diesem Abend moniert. Zudem forderten die Assistenten ihre Aufnahme in das Vorlesungsverzeichnis, da viele ihrer Veranstaltungen noch immer unter dem Namen des Ordinarius angekündigt wurden. Die Öffentlichkeit der Sitzungen war ein weiterer Diskussionspunkt.

¹⁹¹⁵ Vgl. UAG, Medizinische Fakultät, Karton 11: Senatssitzungen ab 1967/68: INFO Sonderausgabe (Mai 1968).

¹⁹¹⁶ Weyl, R.: Politisches Mandat der Studentenschaft? In: Justus-Liebig-Universität Gießen. Mitteilungsblatt des Rektorats Nr. 2 (22. Mai 1968). S. 5.

Konnte dieser Paragraph so interpretiert werden, dass es der Studentenschaft erlaubt sei, zu gewissen politischen Aspekten Position zu beziehen?¹⁹¹⁷

Obleich das Rektorat die Anfrage aufgrund ihrer Grundsätzlichkeit nicht selbst beantwortete, sondern diese an den Kultusminister als oberste Rechtsaufsichtsbehörde weiterleitete, gab es eine eigene Einschätzung: § 34 Abs. 2 des Hochschulgesetzes legitimiere kein generelles „politisches Mandat“ der Studentenschaft. Auch sei es in Hessen nicht mit dem Hinweis auf das Gewohnheitsrecht zu rechtfertigen. Schließlich wies das Rektorat noch auf die Diskussion des Arguments der verfassungsrechtlich garantierten Wissenschaftsfreiheit hin.¹⁹¹⁸ Vor diesem Hintergrund erscheint die Position, die der Senat nur einige Tage später einnahm, zunächst bemerkenswert: In der Senats-Sitzung vom 28. Mai 1968, die von einem Sit-in von rund 100 Studenten flankiert wurde, akzeptierte er nämlich das Recht der Studenten, „als Staatsbürger mit legalen Mitteln zur Notstandsgesetzgebung Stellung zu beziehen und begrüßte ihre politische Aktivität.“ In einer Resolution sprach er – aufgrund der exzeptionellen Bedeutung der Notstandsgesetze und dem wachsenden Druck – sogar die Empfehlung aus, in der Phase der dritten Lesung dieser Gesetze die Lehrveranstaltungen ausfallen zu lassen.¹⁹¹⁹ Einen Tag später protestierten Gießener Studenten und Schüler in der Innenstadt gegen die Notstandsgesetze. Verschiedene Schulen, Betriebe und das Gebäude der Stadtverwaltung waren Ziele ihres Protestmarsches. Schließlich benannten sie gar ihre Alma mater während eines Teach-ins in „Georg-Büchner-Universität“ um.¹⁹²⁰ „Damit sollte dem Bemühen um eine politische Akzentuierung der Universität Rechnung getragen werden.“¹⁹²¹ Die Gründung einer kritischen Universität innerhalb der Hochschule, die sich der politischen Aufklärung widmen sollte, war damit intendiert.¹⁹²²

Am 11. Juni schließlich beschied der Kultusminister dem politischen Mandat von Zwangskörperschaften, wie die Studentenschaft eine darstellte, implizit eine klare Absage: Denn explizit hatte er gegenüber der Universität Marburg darauf hingewiesen, dass der *einzelne* Student – genauso wie auf Freiwilligkeit basierende Studentische Vereinigungen – über ein politisches Mandat verfüge. Diese Erklärung sollte

¹⁹¹⁷ Vgl. ebd.

¹⁹¹⁸ Vgl. ebd.

¹⁹¹⁹ Vgl. UAG, Abteilung für Erziehungswissenschaften, Karton 37: Senat I-Z 1967-1971: Niederschrift über die Sitzung des Senats am 28. Mai 1968.

¹⁹²⁰ Vgl. Becker, Thomas P.; Schröder, Ute (Hg.): Die Studentenproteste der 60er Jahre. S. 198.

¹⁹²¹ Felschow, Eva-Marie; Lind, Carsten; Busse, Neill: Krieg – Krise – Konsolidierung. S. 155.

¹⁹²² Vgl. ebd.

auch als Antwort auf die Anfrage des Ältestenrates der Gießener Studentenschaft gelten.¹⁹²³

Der Problembereich des politischen Mandats muss, wie bereits angedeutet, insgesamt für Gießen als untergeordnet klassifiziert werden, was allein eine quantitative Analyse der studentischen Aktionen im Untersuchungszeitraum belegt. Dürfen Vergleiche mit Großstadt-Universitäten wie Berlin oder Frankfurt erst überhaupt nicht gezogen werden, bewegte sich die Zahl der studentischen Aktivitäten immer noch in einer gänzlich anderen Größenordnung als beispielsweise die der Universität Tübingen (,die von ihrer Größe her mit der Gießener Hochschule vergleichbar war): Die Situation an der Justus-Liebig-Universität stellte sich als vergleichsweise harmlos dar. Man könnte auch sagen, dass die Studenten¹⁹²⁴ in der Provinz gemäßigt ans Werk gingen¹⁹²⁵: So erregte die Notstandsgesetzgebung zwar auch ihren Unmut und auch der Bildungsnotstand wurde von ihnen angeprangert, doch bedurfte es beispielsweise im Kontext des 9. Hessentages erst einer Frankfurter Studentengruppe, um eine solch radikale Aktion wie die Verseuchung des Schwimmbades mit Chemikalien, in dem die Schwimmmeisterschaften ausgetragen werden sollten, zu realisieren.¹⁹²⁶

Auf der inhaltlichen Ebene kann man konstatieren, dass die Themenschwerpunkte, mit denen sich die Gießener Studentenbewegung auseinandersetzte, konform zu denen der bundesrepublikanischen waren: Zum einen beschäftigte sie sich mit hochschulpolitischen Aspekten wie der Öffentlichkeit des Senats oder den eigenen Studienbedingungen.¹⁹²⁷ Zum anderen rückten sie – wenn auch seltener – Themen wie die US-Kriegsführung in Vietnam¹⁹²⁸ und die Notstandsgesetzgebung¹⁹²⁹ in den Fokus ihres Interesses.¹⁹³⁰

¹⁹²³ Vgl. Kultusminister zur politischen Tätigkeit der Studentenschaft. In: Justus-Liebig-Universität Gießen. Mitteilungsblatt des Rektorats. Nr. 5 (22. Juli 1968). S. 1.

¹⁹²⁴ Als politische Gruppierungen gab es neben dem SDS die Humanistische Union, den Sozialdemokratischen Hochschulbund, den Liberalen Studentenbund Deutschlands, die Gießener Studentenunion, die in den Ring Christlich Demokratischer Studenten überging, und den Nationaldemokratischen Studentenbund. (Vgl. Sammlung Brinkmann).

¹⁹²⁵ Auch wenn die Stimmung zwischen Professoren und Studenten nach dem Jahreswechsel 1967/68 gereizter wurde. (Vgl. Felschow, Eva-Marie; Lind, Carsten; Busse, Neill: Krieg – Krise – Konsolidierung. S. 148).

¹⁹²⁶ Vgl. Becker, Thomas P.; Schröder, Ute (Hg.): Die Studentenproteste der 60er Jahre. S. 257.

¹⁹²⁷ Vgl. UAG, Flugblattsammlung, Karton 59 und 60.

¹⁹²⁸ Vgl. UAG, Flugblattsammlung, Karton 38: GEW/SEW, Manfred Grabe (Jutta Grabe u. a.) (1965); UAG, Flugblattsammlung, Karton 59: Einladung der Fachschaft Psychologie zur Diskussion bzgl. des Vietnam-Krieges (12. Januar 1970); UAG, Flugblattsammlung, Karton 70: Rotes 1. Mai Komitee (1972).

¹⁹²⁹ Vgl. UAG, Flugblattsammlung, Karton 39: DGB mit Teilgewerkschaften und Gewerkschaftsjugend ab 1968: So fand bereits am 5. Dezember 1966 einer Podiumsdiskussion zum Thema Not-

4.8 Resümee

Durch die Analyse des Fallbeispiels Gießen gewann die These, dass die Auseinandersetzung zwischen den hessischen Hochschulen und der Landesregierung im Analysezeitraum insgesamt als kontinuierlicher Akt der Selbstbehauptung interpretiert werden kann, erhebliche Plastizität. Mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Freiheit von Forschung und Lehre¹⁹³¹ forcierte die Gießener Universität ihre Lobby-Arbeit, um ihre ureigensten akademischen Rechte zu verteidigen: So sagte sie beispielsweise im Kontext der Verabschiedung des Gesetzes von 1966 ihr traditionelles Jahresfest ab, legte in Kooperation mit den anderen hessischen Hochschulen einen alternativen Gesetzentwurf vor, richtete Petitionen an die Landtagsmitglieder. Schließlich gipfelten ihre Aktionen 1970 sogar in der Adaption studentischer Protestformen, wie Go-ins, und im kollektiven Rücktritt, einem bis dahin exzeptionellen Schritt von Rektoren.

Trotz dieser Verteidigung der Organisationsautonomie, die bei finanziellen Engpässen gerne einmal nicht ganz so strikt interpretiert wurde, nahmen auch die Gießener Akteure die Notwendigkeit der Verbesserung der universitären Strukturen wahr. Ihnen fiel die Schwerfälligkeit des Senats auf, weshalb sie 1965 intendierten die vorläufige Satzung zu novellieren, um zum einen eine Vereinfachung der akademischen Selbstverwaltung zu erzielen und zum anderen aber auch die eigene Position zu stärken bzw. im eigenen Sinne auf den Kulturpolitischen Ausschuss einzuwirken. Eine weitere organisatorische Neuerung im Analysezeitraum betraf die Fakultäten, die von den Fachbereichen abgelöst wurden. Dabei fällt in der Retrospektive auf, dass vornehmlich die Philosophische und die Naturwissenschaftliche Fakultät und die Abteilung für Erziehungswissenschaften – also universitäre Bereiche mit hohem Konfliktpotential, wie anhand der Streiks infolge der Überfüllung gesehen – eine gravierende organisatorische Neuordnung erfuhren. Dagegen blieb bei den Medizern und Veterinärmedizinerinnen – nicht zuletzt aber auch pragmatischen Aspekten geschuldet – nahezu alles beim Alten.

Weitere Satzungsänderungen, die in diesen Jahren tatsächlich als Indikatoren einer „außerordentlichen Unruhe“ gelten können, griffen den Aspekt der Demokratisie-

standsgesetzgebung statt. (Vgl. UAG, Flugblattsammlung, Karton 50: Pendel Nr. 22 (November 1966)).

¹⁹³⁰ Vgl. Sargk, Corina: Studentische Protestformen. Vom Auszug der Studenten zum Sit-in, Go-in und Teach-in. In: Panorama 400 Jahre Universität Gießen. Akteure – Schauplätze – Erinnerungskultur. S. 292-297.

¹⁹³¹ Bemerkenswert erscheint die Verschränkung innerhalb ihrer Argumentation: Das Gesetz von 1966 sei „dirigistisch“ und damit „rückständig“.

rung auf, wie beispielsweise die Einführung eines Anstalts- bzw. Institutsrates, der jüngeren Wissenschaftlern mehr Mitsprachemöglichkeiten einräumte, der Öffentlichkeit der Sitzungen des Großen Senats und eines größeren Mitspracherechts für die Gruppe der Nichtordinarien und Nichthabilitierten.

Auch die Institutionalisierung der so genannten Vorschaltsatzung lässt ein generelles reformfreundliches Klima, das anscheinend besonders stark in der Abteilung für Erziehungswissenschaften ausgeprägt war, vermuten. Wie jedoch in der gesamten Bundesrepublik war diese Atmosphäre durchaus von einer Ambivalenz geprägt, gab es auch hier konservative Ordinarien, die sich zur Verteidigung der eigenen Privilegien auf das Argument des „höheren Sachverstandes“ beriefen. Je vehementer Assistenten und Studenten – gerade der letzt genannten Gruppe reichte das Ausmaß der Mitsprachemöglichkeiten zu keinem Zeitpunkt aus – die Expansion der eigenen Partizipation postulierten, desto größer war der professorale Widerstand, besonders deutlich 1969 zu beobachten.

Neben der allgemeinen Forderung, die Diskrepanz zwischen ihrer rechtlichen Stellung und ihrer tatsächlichen Funktion zu beseitigen, verfolgten die Wissenschaftlichen Mitarbeiter in Gießen auch äußerst pragmatische Motive: So ging es ihnen ebenfalls um das Ausmaß der Lehrveranstaltungen und eine deutlicher erkennbare Beteiligung an Forschung und Lehre. Erst spät begannen sich die Nichtwissenschaftlichen Bediensteten an den Auseinandersetzungen zu beteiligen, da sie sich im Untersuchungszeitraum erst als universitäre Gruppe konstituierten. Eine Klärung in Bezug auf die Mitbestimmung brachte schließlich das Hessische Universitätsgesetz von 1970.

Schon früh und vor allem kontinuierlich setzten sich die einzelnen Fakultäten der Justus-Liebig-Universität mit dem Thema der Studienreform auseinander. Neben der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, die im Untersuchungszeitraum erst eröffnet wurde, nimmt die Medizinische Fakultät an der Justus-Liebig-Universität in diesem Kontext eine hervorragende Stellung ein. Bereits im Wintersemester 1956/57 hatten die Mediziner eine Studienreform initiiert, die sie 1959 nochmals intensivierten. In regelmäßigen Abständen überdachten sie das originäre Konzept, beispielsweise als sich die Wochenstundenzahl 1968 als zu hoch herausgestellt hatte. Die praktische Tätigkeit am Krankenbett, die Konzentration des Stoffes und die Arbeit in Kleingruppen sollten u. a. eine Intensivierung des Studiums herbeiführen. Das Moment der Schwäche, sprich die anfänglich nur geringe Attraktivi-

tät der Gießener Medizin für Studenten, transformierten die dort tätigen Mediziner erfolgreich zum Moment der Stärke, so dass sie gar in den Zeiten der ständig wachsenden Studentenzahlen die Gruppengröße limitieren mussten.

Wie in der gesamten Bundesrepublik stiegen die Studentenzahlen auch an der Justus-Liebig-Universität erheblich an. In den Jahren von 1961 bis 1971 vervierfachten sie sich. Trotz verschiedener Bemühungen dem Problem zu begegnen, beispielsweise durch den Ausbau des Mittelbaus, verschärfte sich die Situation zunehmend, so dass am Ende des Analysezeitraumes gar ein genereller Aufnahmestopp für Studienanfänger erwogen wurde. Eine untergeordnete Rolle spielten in Gießen die beiden studentischen Themen des Ordnungsrechts und des Politischen Mandats, da die mittelhessische Universitätsstadt keine zentrale Rolle in der Studentenbewegung spielte.

5. Schlussbemerkung

Nur vereinzelt wurde der hessischen Hochschulgesetzgebung in den 1960er und 1970er Jahren bisher, aufgrund der Sperrfristen in den Archiven, von Zeithistorikern Beachtung geschenkt. Wenn dieser Zeitraum Würdigung erfuhr, stand auch für den hessischen Kontext die Studentenbewegung im Fokus des Interesses. Mit der vorliegenden Analyse wird also bis dato weitgehend ausgeklammertes Forschungsterrain betreten. Dabei hat sich das Analysekonzept bewusst einer immer weiter voranschreitenden Fokussierung, ausgehend von der Ebene der Bundesrepublik, über Hessen, bis hin zur konkreten Situation anhand des Fallbeispiels Gießen, verschrieben.

Nachdem die materiellen Folgen des Zweiten Weltkrieges nicht mehr ganz so schwer wogen, begannen Staat, Gesellschaft und Hochschulen die Krise der Universität wahrzunehmen: Erstmals erhob die Universität sich selbst zum Forschungsgegenstand. Wie anhand des zweiten Kapitels evident geworden ist, löste diese Situation einen wahren „Platzregen von Manifesten, Resolutionen, Konzepten, Reden, Leitartikeln [...]“¹⁹³² aus und schuf damit einen breiten Diskurs, der charakteristisch für das Thema im Analysezeitraum ist: Nicht nur Universitätsmitglieder wurden von diesem erfasst, sondern vielmehr die gesamte Gesellschaft, in die dieser Diskurs hineingetragen und von ihr mitgestaltet wurde: Sie stellte neue Forderungen an die altherwürdige Institution. Damit erreichte der Diskurs eine ungeahnte Breite: Erstmals nahm die Gesellschaft Bildung als Schlüsselmoment ihrer künftigen Entwicklung wahr, eine verständliche Reaktion auf den noch immer tief sitzenden Sputnik-Schock. Zugespitzt kann man die These aufstellen, dass der Diskurs um die Hochschulpolitik und -gesetzgebung nicht nur die akademischen Verhältnisse verändert hat, sondern sich vielmehr, vor allem kurzfristig, auf das kollektive Bewusstsein auswirkte. Die Hochschulreform bzw. Bildung im Allgemeinen avancierte zum Thema, das in aller Munde war, weshalb sich hier ein weites Feld für weitere Forschungen auftut. Als Katalysatoren müssen sowohl Pichts Omen einer nahenden Bildungskatastrophe als auch die Studentenbewegung gelten, die, wie eingangs bereits demonstriert, keine Gelegenheit ausließ, auf das Thema aufmerksam zu machen. Bildung avancierte zu dem die Öffentlichkeit bestimmenden Thema: Bezeichnenderweise kam auch die Justus-Liebig-Universität nicht umhin, eine eigene Pressestelle einzurichten.

¹⁹³² Mallmann, Walter: Bemerkungen zu Fragen der Hochschulreform. In: Justus-Liebig-Universität. Mitteilungsblatt des Rektorats 7 (18. Dezember 1968). S. 10.

Der öffentliche Diskurs des Analysezeitraumes lässt sich in drei Phasen untergliedern: Setzten die Reformvorschläge zunächst bei der Stärkung der Allgemeinbildung, wie beispielsweise auch das Blaue Gutachten, an, bemühten sich die Reformer der zweiten Phase um den Ausbau der räumlichen, finanziellen und personellen Ressourcen der vorhandenen Hochschulen. Erst in der dritten Phase brach sich die Erkenntnis Bahn, dass solche äußerlichen Ansätze nicht den Kern der Krise und damit den Kern des Problems trafen.

Zu einer zentralen Aussage des Diskurses entwickelte sich das Verhältnis von Hochschule und Staat, zumal die Klärung desselben eine *Conditio sine qua non* darstellte. Auch die universitären Strukturen hielten einer kritischen Überprüfung nicht stand: angefangen bei der Universitätsspitze bis hin zu den Fakultäten, die von den Fachbereichen abgelöst werden sollten. Vor dem Hintergrund der ständig wachsenden Studentenzahlen, die aus den geburtenstarken Jahrgängen, der verstärkten Nachfrage nach Bildung, der Akademisierung und der Verlängerung der Studienzeiten resultierten, wurde die alte Organisationsstruktur in Frage gestellt und die Steigerung der Effektivität als oberste Handlungsanweisung postuliert. Verschiedene Lösungsansätze wurden in diesem Kontext erwogen: Setzten sowohl die wissenschaftspolitischen Gremien als auch die Hochschulen selbst zunächst bei den äußeren Gegebenheiten an, konzentrierten sie sich anschließend auf die Verkürzung der Studienzeiten und die Reduzierung der Durchlaufzeiten der Studenten, bevor sie sich schließlich auf die Einführung eines *Numerus clausus* besannen, die jedoch kontrovers diskutiert wurde.

Neben den Strukturen gerieten auch zunehmend die fehlenden Partizipationsmöglichkeiten der Studenten und Assistenten ins Kreuzfeuer der Kritik. Nicht länger nahmen die Studenten dies hin, vielmehr griffen sie auf aktiv-aggressive Protestformen wie Go-ins und Demonstrationen zurück. Bemerkenswerterweise hat die Forschung die Bedeutung, die der wachsenden Kritik von diesen beiden akademischen Gruppen auf der einen Seite und ihrem rein quantitativen Wachstum auf der anderen Seite zukommt, bisher noch unterschätzt. Zwar ist belegt, dass lediglich eine Minorität der Studenten zur aktivistischen Gruppe gehörte, doch hat das Bewusstwerden der Größe der eigenen universitären Gruppe sowohl bei den Studenten als auch bei den Assistenten zur Veränderung der Selbstwahrnehmung geführt: Die Studenten revoltierten gegen die tradierten hierarchisierten Beziehungsverhältnisse, votierten für ein politisches Mandat, gingen auf die Straße. Die Assistenten, die

noch einen Schritt in ihrer organisatorischen Entwicklung zurück waren, formierten sich erst vor diesem Hintergrund als Gruppe, die erstmals Forderungen aufstellte. Diese Aussage verweist auf die generationenspezifische Problematik: Die Studenten und die Assistenten waren junge Leute, die auch in der Universität demokratische Prinzipien, wie sie für die junge Demokratie der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg gefordert wurde, in die Tat umgesetzt sehen wollten. Ob das nun erweiterte Mitsprachemöglichkeiten betraf, die Forderung nach mehr Transparenz im Sinne des Prinzips der „checks and balances“ oder gar die Rechtfertigung gegenüber der demokratischen Gesellschaft nach außen. In diesem Kontext ist Görtemakers Charakterisierung der studentischen Protestbewegung insgesamt zuzustimmen, bei der er den Akzent auf die moralischen und ideologischen Betrachtungen als Hauptmovens derselben legt.¹⁹³³ Ihr gelang es das hochschulpolitische Klima derart zu verändern, dass die Grenzen des Sag- und schließlich auch Machbaren in bis dahin noch neues Terrain vorgeschoben wurden, dass schließlich „mehr Demokratie“ in der Hochschule gewagt wurde, was schließlich seinen Niederschlag auf Länderebene im Hessischen Hochschul- und Universitätsgesetz von 1970 fand. Damit schaffte die Studentenbewegung einen Fluchtpunkt, an dem sich die nächsten Generationen zu orientieren hatten. Sie gab der studentischen Meinungsbekundung eine öffentliche Form, die noch von heutigen Studentengenerationen genutzt wird. Vor dem Hintergrund dieser positiven Bewertung der Bewegung ist die Tatsache, dass sich die studentische Forderung nach mehr Mitsprache auch im November 2009 in der „Gießener Erklärung“¹⁹³⁴ begegnet, umso bemerkenswerter. Diese relativiert jedoch nicht den Erfolg der Protestbewegung, sondern lässt die studentische Forderung zu einem Topos schlechthin werden, dessen Wurzeln bis in die 1960er Jahre zurückreichen.

Auf inhaltlicher Ebene trug die Industriegesellschaft bzw. die Wirtschaft mehr und mehr ihre Bedürfnisse, die darin bestanden, die Studiengänge als Vorbereitung auf die Massenberufe zu assimilieren, an die Universität heran, so dass diese in den 1960ern vor dem Problem der Integration von Bildung und Ausbildung stand. Hinzu kam das gravierende Problem der Expansion der Studentenzahlen, die letztlich

¹⁹³³ Vgl. Görtemaker, Manfred: Kleine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. S. 195: „Bei der Protestbewegung der sechziger Jahre handelte es sich somit nicht um eine Rebellion aus Armut oder sozialer Benachteiligung, sondern um das Aufbegehren von Angehörigen des Bildungsbürgertums bzw. der Mittelschicht, die sich in ihren Aktionen weniger von unmittelbaren materiellen und ökonomischen Interessen als von relativ autonomen ‚moralischen und ideologischen Betrachtungen‘ leiten ließen.“

¹⁹³⁴ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27. November 2009.

als Katalysator wirkte: Nicht länger konnte die Reform der Studieninhalte und der Organisation ignoriert werden: Der Student konnte auf der Universität nicht das Wissen, das er für sein gesamtes Leben benötigte, erwerben, weshalb das Studium diesen veränderten Gegebenheiten anzupassen war. Nicht länger konnte auch das Humboldt'sche Prinzip der Freiheit von Lehre und Studium ohne jegliche Veränderungen aufrechterhalten werden. Schon bald polarisierten hier die Meinungen: Rationalisierung bzw. Effektivierung versus Freiheit des Studiums. Wie ernst genommen die Reformdiskussion tatsächlich wurde, zeigt sich zum einen anhand der Entstehung einer Wissenschaft, die nun erstmals die universitäre Lehre reflektierte: die Hochschuldidaktik, und zum anderen anhand der auf politischer Ebene in Angriff genommenen Maßnahmen zur Hochschulreform.

Der hier charakterisierte Diskurs um die Hochschulreform bildete die Folie für die Genese der hessischen Hochschulgesetzgebung in den 1960iger und Anfang der 1970iger Jahren, die den Nukleus der vorliegenden Arbeit darstellt. Während dieser Zeit erfuhren die verschiedenen Aussagen des bundesrepublikanischen Diskurses eine Konkretisierung, wurden sie von der Theorie in die Praxis überführt, was eine gewisse Zeit in Anspruch nahm: Obgleich die ersten Initiativen für ein Gesetzeswerk für den universitären Sektor bereits aus dem Jahr 1959 datieren, sollte es bis zum Inkrafttreten eines solchen noch bis ins Jahr 1966 dauern. Die Ursache dafür war, dass verschiedene geplante Innovationen kontrovers diskutiert wurden, wie beispielsweise die Gestaltung der Universitätsleitung oder die Rechtsstellung und Aufgaben der Abteilungen für Erziehungswissenschaften. Dabei schreckte so mancher Hochschullehrer auch nicht davor zurück, die politischen Reformversuche mit dem Hinweis auf die jüngste Vergangenheit abzuwehren: Keineswegs dürfe die Wissenschaft bzw. die Universität politisiert werden.

Bemerkenswert daran ist die sich im Laufe der Zeit verändernde, der Politik zugrunde liegende Motivation: War anfangs vonseiten der Politik eine Vereinheitlichung der Rechtsverhältnisse intendiert, sollte damit bald schon ein Stück Hochschulreform realisiert werden, da sich die Hochschulen in den Augen des Staates als reformunfähig erwiesen hatten. Schließlich wurden die Kontinuität der Universitätsspitze, die Verantwortung der Fakultäten für einen ordnungsgemäßen Ablauf des Studiums, die Verbesserung des Berufungsverfahrens, die Integration der Abteilungen für Erziehungswissenschaften – als Fakultäten – in die Universitäten und die Veränderung des Studentenschaftsrechts in Richtung einer Erweiterung der studen-

tischen Mitsprachemöglichkeiten zu wichtigen Säulen des ersten Gesetzes. Da viele universitäre Bereiche, wie beispielsweise die Vorlesungszeiten, von staatlicher Seite aus durch dasselbe geregelt werden sollten, sie dadurch also einen erheblichen Eingriff in ihre bisherige Autonomie zu spüren bekamen, nahmen die Hochschulen dasselbe verständlicherweise als Bedrohung der eigenen Satzungsautonomie wahr, weshalb der Widerstand umso heftiger ausfiel. Gerade die originäre Version des Oktrois provozierte heftigste Auseinandersetzungen und wurde daher, wie so manche andere Neuerung auch, wieder abgeschwächt. Auch in Gießen gaben sich Rektorat und Senat über den Kabinettsentwurf besorgt, obgleich die einstige staatliche Einflussnahme an der Lahn durch das Regelwerk insgesamt schließlich – durch die Integration des Kanzlers in die Universität – abgeschwächt wurde. Im Laufe der Zeit schließlich konzentrierte sich die Gießener Kritik auf die vorgesehene Rektorszeit und die Stellung des Verwaltungsdirektors. Obgleich die Wissenschaftlichen Mitarbeiter und Studenten der Justus-Liebig-Universität die Initiative tendenziell begrüßten, fanden auch einige Punkte bei ihnen keine Unterstützung: So freute sich die erst genannte Gruppe zwar über den Zuwachs an Rechten, doch monierte sie simultan, dass den Studenten letztlich mehr Rechte zugestanden werden sollten als ihnen selbst. Die Studenten jedoch gingen nicht mit der Verschulungstendenz des Studiums d'accord.

Tatsächlich muss das Gesetz als Initialzündung für verschiedene andere Ländergesetze gelten, die intendierten, die universitären Angelegenheiten einheitlich zu regeln. „Es leitete damit einen Prozess der Zentralisierung in der Hochschulpolitik ein, der 1976 einen Höhepunkt in dem vom Bund verabschiedeten ersten Hochschulrahmengesetz finden sollte.“¹⁹³⁵ Ihm war jedoch keine lange Geltungsdauer vergönnt: In der Tat setzten bereits 1968 erste Überlegungen zur Novellierung des Gesetzes ein, so dass man fast schon den Einruck gewinnen könnte, dass das Gesetz von 1966 dem Hessischen Hochschul- und Universitätsgesetz von 1970 lediglich als Wegbereiter für wesentlich umfassendere inhaltliche Initiativen dienen sollte. Es erwies sich schließlich als Schrittmacher, soll heißen: Erst von Friedeburg konnte der von Schütte eingeschlagenen, aber letztlich nicht realisierten Weg, der sich in einer Erweiterung des staatlichen Einflusses gegenüber den Universitäten, die in seinen Augen in Bezug auf die nötigen Reformen versagt hatten, niederschlagen sollte, vollenden.

¹⁹³⁵ Felschow, Eva-Marie; Lind, Carsten; Busse, Neill: Krieg – Krise – Konsolidierung. S. 137.

Das neue Gesetzeswerk von 1970, so waren sich SPD und CDU, in personae: Schütte und Walz, einig, sollte sich im Gegensatz zum ersten durch Beständigkeit auszeichnen, was letztlich aber nur Wunschdenken blieb, wie die verschiedenen Novellierungen verdeutlicht haben. Es stellte einen wichtigen, wenn auch nicht den einzigen Pfeiler der geplanten Gesetzgebung dar, denn neben dem Hochschul- und Universitätsgesetz wurden durch ein Kunst- und ein Fachhochschulgesetz die Rahmenbedingungen des Hochschulwesens nachhaltig verändert. Zunächst jedoch wurde ein Referentenentwurf erarbeitet, der erneut die Ausgestaltung der Universitätsspitze als Präsidialsystem und die Erweiterung der Partizipationsmöglichkeiten zu zentralen Aspekten erhob. Vor dem Hintergrund des Jahres 1968 wundert es nicht, dass gerade das Aufgreifen des letzten Themas als Versuch, die aufgebrachte Studentenschaft zu beruhigen, interpretiert wurde und daher die professorale Seite Sturm dagegen lief. Ebenso umstritten war das geplante Kuratorium – ein Instrument, den staatlichen Einfluss erneut auszudehnen. Es scheint, so widersprüchlich dies auch zunächst klingt, als ob der Staat versuchte, über den Weg der Demokratisierung den eigenen Einfluss auszudehnen. Ganz nach dem Prinzip des „divide et impera“ schwächte er die Stellung der Ordinarien, gestand aber gleichzeitig den Studenten mehr Mitsprachemöglichkeiten zu, lenkte damit vordergründig die Aufmerksamkeit auf diesen Aspekt, um seine eigentliche Intention, nämlich die Erweiterung des staatlichen Zugriffs, in die Tat umzusetzen.

Ganz anders verhielt es sich jedoch mit der Ablösung der Fakultäten durch Fachbereiche. Kein Universitätsmitglied konnte länger die Augen davor verschließen, dass jene tradierten Organisationsformen ihre Arbeitsfähigkeit verloren hatten, so dass man sich auch in Gießen gleich an die Überlegungen der bestmöglichen Gliederung in Fachbereiche machte. Diese Gesprächsbereitschaft stieß jedoch sehr schnell auf Grenzen: Denn sowohl die Medizinische als auch die Veterinärmedizinische Fakultät konnten sich den eigenen Bereich nur als Einheit vorstellen.

Noch während der Beratungen des Gesetzentwurfes kam es zu einem Regierungswechsel mit nicht unerheblichen Konsequenzen für die Hochschulgesetzgebung dieser Jahre: Im Kultusministerium löste Ludwig von Friedeburg Ernst Schütte ab, wodurch deutlich wurde, dass der eingeschlagene Weg zwar fortgesetzt, aber nun erheblich beschleunigt werden sollte. So wundert es nicht, dass der neue Kultusminister den Weg mit aller Vehemenz ausbaute, um die Metapher nochmals zu bemühen. Der erheblich jüngere Frankfurter Soziologieprofessor sorgte schließlich tat-

sächlich für eine Beschleunigung der Entwicklungen, schaffte das, was von Stein begonnen und von Schütte versucht, aber letztlich in entscheidenden Punkten nicht realisiert worden war. Während der Beratungen evozierten verschiedene Aspekte die Kritik der Beteiligten bzw. Betroffenen, deren Meinungen selbst oft auseinander gingen: angefangen bei der Kompetenzerweiterung der Ständigen Ausschüsse, über die fehlende Personalstruktur, bis hin zum Ausmaß der Partizipationsmöglichkeiten und dem Bereich Humanmedizin. Die Bedenken der Betroffenen hielten lange an, ablesbar an den mannigfaltigen Versuchen den Gesetzgebungsprozess durch verschiedene Initiativen zu beeinflussen: Noch kurz vor der dritten Lesung versuchten die Rektoren mit einem Brief, in dem sie mit ihrem Rücktritt drohten, ihren Einfluss geltend zu machen. – Signifikant an diesem Gesetzgebungsprozess ist, dass auch erstmals die Nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter sich als Gruppe zusammenfanden und das Wort ergriffen. – Doch von Friedeburg ließ sich nicht „erweichen“, eine verständliche Reaktion vor dem Hintergrund der Abschwächung des ursprünglich geplanten Gesetzeswerkes von 1966 durch Schütte: Er sah die Gesetze als Reaktion auf die Reformunfähigkeit der Universitäten, die sich durch die schwerfällige Organisation von Forschung und Lehre, durch die tradierte Arbeitsweise der Selbstverwaltung und durch die einseitige Verteilung der Rechte in eine schier ausweglose Situation manövriert hätten. Der Fortschritt des Regelwerkes lag für ihn in der Beseitigung der zu diesem Zeitpunkt existenten Rechtsunsicherheit. Bemerkenswert erscheint die Tatsache, dass die Professoren daraufhin zu originär studentischen Protestformen griffen, in buchstäblich letzter Minute auch noch zwei Zugeständnisse erwirkten und dennoch zurücktraten. – In der Retrospektive war also der Lobby-Arbeit, wie sie von professoraler und vor allem von medizinischer Seite betrieben worden war, durchaus Erfolg beschieden. – Mit der Verabschiedung des Universitätsgesetzes am 12. Mai 1970 endete die Ära der traditionellen Universität; sie wurde von der Gruppenuniversität abgelöst. Schließlich wurde mit der neuen Personalstruktur, wie von der Landesassistentenkonferenz gefordert, per legem ein weiteres Stück Hochschulreform realisiert. Trotz der Novellierungen, die bereits 1974 zum ersten Mal, dann nochmals 1978 und 1985, vorgenommen wurden, veränderten die beiden Gesetze den Charakter der Institution sowohl auf organisatorischer als auch inhaltlicher Ebene: Senat und Fakultäten als ehemalige Pfeiler der „klassischen“ Universität wurden ihrer Tragfähigkeit beraubt, denn als neues Fundament galten von nun an die verschiedenen universitären Gruppen – doch letztlich bleibt zu kons-

tatieren, dass auch in diesem Fall der einstige Anspruch hinter der Wirklichkeit zurückblieb.

Bemerkenswert erscheint, dass die Themen des bundesrepublikanischen Diskurses alle durchaus auch in Gießen diskutiert wurden, selbstredend wesentlich konkreter, und dass den Warnungen vor der „Bildungskatastrophe“, um mit den Worten Pichts zu sprechen, Beachtung gezollt wurde. In einigen Fällen konnte man hier sogar einen Ausbau, der über die Vorschläge des Wissenschaftsrates hinausging, realisieren. Einen wichtigen Einschnitt in diesem Kontext stellt der 17. Dezember 1964 dar, an dem das letzte Gießen-Gesetz die Konstituierung der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen und der Philosophischen Fakultät auf den Weg brachte und damit – mit Ausnahme einer Theologischen Fakultät – das Fächerspektrum einer Volluniversität komplettierte. Der Interpretation Moraws, der die Justus-Liebig-Universität von 1957 an zu der „kleinen Spitzengruppe der wirklich gelungenen Neuschöpfungen der Nachkriegszeit“ rechnet, kann man also beipflichten.¹⁹³⁶ Ab 1970 dann erwiesen sich drei Faktoren von besonderer Relevanz für die Entwicklung der Gießener Universität, wie auch an den anderen hessischen Hochschulen: Denn sowohl die Hochschulgesetzgebung als auch das technokratisch-bürokratisch veränderte Umfeld und die Auseinandersetzungen der verschiedenen universitären Gruppen prägten ihren Charakter entscheidend.¹⁹³⁷

Explizit sei hier nochmals auf die Interdependenz der Sektoren Universität, Gesellschaft und Staat hingewiesen: Gegenseitig versuchten sie sich zu beeinflussen. Offen zutage tritt dies beispielsweise anhand von Dokumenten, die auf Lobby-Arbeit, wie die Briefe des stellvertretenden Vorsitzenden der Metallgesellschaft Prinz Wittgenstein, verweisen. Doch auch universitäre Gruppen betrieben nichts anderes als solche Lobby-Arbeit: Ob nun Professoren, die um ihre Privilegien kämpften, oder Studenten, die mehr Mitspracherechte einforderten. Insgesamt betrachtet hat die Analyse aus der Perspektive der Hochschulen die These bestätigt, dass der Analysezeitraum als kontinuierlicher Akt der Selbstbehauptung für die hessischen Hochschulen betrachtet werden muss. Dementsprechend häufig rekurrten sie auf das Argument der Freiheit von Forschung und Lehre, über das sie als Institution verfügten, und stigmatisierten – zu Recht – verschiedene Regelungen der beiden Gesetzeswerke, wie den Oktroi oder das Recht der Akteneinsicht des Ministers, als Eingriffe in die universitäre Autonomie – selbst vor öffentlichkeitswirksamen Maß-

¹⁹³⁶ Vgl. Moraw, Peter: Kleine Geschichte der Universität Gießen. S. 243.

¹⁹³⁷ Vgl. ebd. S. 255.

nahmen schreckte die Universität nicht zurück. Dabei lassen sich verschiedene Kristallisationspunkte isolieren, bei denen es sich um die ureigensten akademischen Rechte, wie beispielsweise das auf Freiheit von Forschung und Lehre, Kooptation ihres Lehrkörpers oder das auf Verabschiedung von Promotionsordnungen, handelte. Dass sie eine Expansion der universitären Autonomie begrüßte und diesbezügliche ministerielle Verfügungen hinsichtlich der Finanzverwaltung nicht als dirigistischen Eingriff stigmatisierte, verwundert nicht. Ob sich im Laufe des Untersuchungszeitraumes eine Akzentverschiebung von diesen allgemeinen universitären Privilegien, von denen auch die Justus-Liebig-Universität nicht lassen wollte, hin zu Aspekten der Organisationsautonomie, die im Fachbereichs-Diskurs ihren Niederschlag fand, ergeben hatte oder ob es sich lediglich um ein Phänomen der Aktenlage handelt, lässt sich abschließend nicht klären.

Neben rein defensiven Maßnahmen, wie verschiedenen Formen des öffentlichen Protestes, die sogar den Rücktritt des Rektors beinhalteten, bemühte man sich in Gießen jedoch auch aktiv, die eigene Position zu stärken, um sich gegenüber dem Kultusminister behaupten zu können. – Der Reformbedürftigkeit der Universität war man sich, wie bereits verifiziert werden konnte, nämlich durchaus bewusst. Die Akteure an der Justus-Liebig-Universität hatten also den Konnex zwischen Reformfähigkeit und Fortbestand der eigenen Institution erkannt. Anscheinend lag gerade darin der Erfolg der Jahre 1957 bis 1970. – Dennoch war das Verhältnis zwischen Staat und Hochschule auch hier von einer starken Ambivalenz geprägt.

Kontrovers diskutiert wurde in Gießen ebenfalls die Ausgestaltung der neu zu institutionalisierenden Fachbereiche. Gelang es Human- und Veterinärmedizin, letztlich einen Sonderstatus zu erhalten, stellte das Hessische Universitätsgesetz von 1970 einen strukturellen Meilenstein für die Abteilung für Erziehungswissenschaften, die in neuen Universitätsstrukturen aufging, dar. Man gab sich an der Justus-Liebig-Universität in bestimmten Bereichen zwar durchaus reformfreundlich, als Beispiel sei hier auf die Vorschaltssatzung nach Berliner Vorbild verwiesen – doch in abgesteckten Grenzen, wie anhand der Diskussionen um den Anstaltsrat verifiziert werden kann. Denn: Auch in Gießen gab es viele Ordinarien, die sich eine demokratisierte Universität ohne ihre Privilegien nur schwerlich vorstellen konnten und wollten. Auch in Gießen klang die professorale Gegenwehr ähnlich wie im bundesrepublikanischen Diskurs. Wie überall gingen diese Innovationen bzw. Partizipationsmöglichkeiten den Studenten, als Beispiel sei an dieser Stelle nochmals auf die

Satzung von 1968 verwiesen, und auch partiell und mit anderen Akzentuierungen den Assistenten und Wissenschaftlichen Mitarbeitern nicht weit genug. Auch hier meldeten sich die Nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter als letzte universitäre Gruppe im Diskurs um die Demokratisierung zu Wort. Je größer die Vehemenz der Fordernden wurde, desto weniger war die professorale Seite jedoch gewillt, ihnen entgegenzukommen. Schließlich besannen sich auch die Gießener Ordinarien auf das Argument der qualitativen Mitbestimmung.

In Bezug auf die Studienreform zeigte man sich in Gießen neuen Ideen und Entwicklungen sehr offen; die Majorität der Fakultäten setzte sich mit diesem wichtigen Thema auseinander. Die Medizinische Fakultät übernahm dabei die Vorreiterrolle, was anhand der frühen Hinweise auf eine praktizierte Studienreform aus dem Jahr 1954 verifiziert werden kann. Generell lassen sich die verschiedenen Überlegungen kategorisieren: Auf der einen Seite stößt man auf Ansätze, die der Steigerung der Effektivität des Studiums, also einer Rationalisierung geschuldet waren. Auf der anderen Seite stehen jedoch die Konzepte, die die inhaltliche Ebene zum Ausgangspunkt der Überlegungen nahmen und sich eine Intensivierung zum Ziel gesetzt hatten. Dabei konnte im Fall der Implementierung eines stärkeren Praxisbezugs, wie beispielsweise im Rahmen der Lehrerbildung, erneut eine Interdependenz zwischen der universitären Ebene, in diesem Fall der Studienreform, und den gesellschaftlichen Ansprüchen an dieselbe herauspräpariert werden. Die „Chance des Starts“, wie Woll es formulierte, konnte nur von der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, die 1965 eröffnet wurde, genutzt werden. Sie war sich von ihrem Selbstverständnis kommend ihrer Verantwortung als Studienreformfakultät bewusst und institutionalisierte phasenweise die verschiedenen Ansätze des Diskurses um die Studienreform. Transparenz, Flexibilität und Dialog bzw. generell Kommunikation – gerade auch mit den Wissenschaftlichen Mitarbeitern und Studenten – waren, wie anhand der ausführlichen Charakterisierung der Medizinischen Studienreform gesehen, wichtige Prämissen für die erfolgreiche Umsetzung der Studienreform. Doch mussten ferner konkrete Bedingungen, nämlich die finanziellen Voraussetzungen, erfüllt sein, was sich zumeist schwierig gestaltete – trotz der Anerkennung der Bemühungen um die Studienreform vonseiten des Ministeriums. Tatsächlich war Gießen auf dem Gebiet der medizinischen und juristisch-wirtschaftswissenschaftlichen Studienreform seiner Zeit voraus und wirkte gar beispielgebend für andere Hochschulen im Bundesgebiet. Bemerkenswert erscheint

das Motiv für die Studienreform: Die Gießener Medizinische Fakultät machte aus der Not nach Kriegsende tatsächlich eine Tugend und verschrieb sich dem Ziel einer kleinen Zahl von Studenten eine möglichst fundierte Arztausbildung angedeihen zu lassen. Hinzu kam, dass sowohl in dieser als auch in der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Neu- bzw. Wiederanfang als Initialzündung wirkte. Doch mit dem Anstieg der Studentenzahlen erwuchsen daraus durchaus Probleme. Obgleich die Situation im Vergleich zu anderen Universitäten in der Bundesrepublik anfangs noch entspannt war, kam es in den Jahren von 1961 bis 1971 zu einer Vervierfachung der Immatrikulationen. Diesem äußerst problematischen Phänomen versuchte man auch in Gießen mit einer Stellenvermehrung im Bereich des Mittelbaus zu begegnen; doch blieb diese Stellenvermehrung insgesamt hinter den Zahlen der Immatrikulationen erheblich zurück, was in der universitären Praxis zu gravierenden Verschlechterungen der Studienbedingungen führte. Vonseiten des Rektorats artikulierte man die Sorge darüber wiederholt in den Berichten über die verschiedenen Rektoratsjahre. Eine weitaus öffentlichkeitswirksamere Form wählten die Studenten, die ihren Protest mithilfe von Streiks kundtaten: ob Erziehungswissenschaftler, Philosophen, Mathematiker oder Physiker – im Wintersemester 1970/71, kurz vor dem Höhepunkt des enormen Anstiegs der Studentenzahlen, streikten schließlich 4000 Studenten, also nahezu die Hälfte der Studenten der gesamten Universität. Vonseiten des Senats wusste man sich nur noch mit dem Beschluss eines generellen Aufnahmestopps für Studienanfänger für das Sommersemester 1971 zu helfen, der jedoch vom Kultusminister nicht akzeptiert wurde.

Entwickelte sich das Problem der stark wachsenden Studentenzahlen auch im Laufe des Analysezeitraumes in Gießen zu einer nicht mehr zu vernachlässigenden Größe, spielten die Themen des Ordnungsrechtes und des politischen Mandats eine eher untergeordnete Rolle. Die relevanten Themenschwerpunkte waren zwar konform zu denen des bundesrepublikanischen Diskurses, doch war die Studentenschaft in Gießen per se wesentlich zurückhaltender, was anhand einer quantitativen Analyse ihrer Aktionen schon ablesbar ist. Bezeichnenderweise bedurfte es erst einer Frankfurter Initiative, um während des Hessentags öffentlichkeitswirksam in Erscheinung zu treten.

Die Analyse hat schließlich die These bestätigt, dass die Justus-Liebig-Universität Gießen die Schwäche, unter der sie bedingt durch die Entwicklungen in der Nachkriegszeit zu leiden hatte, im Untersuchungszeitraum zu ihrer Stärke transformierte,

indem sie beispielsweise die eigene institutionelle Reformbedürftigkeit erkannte und als Anlass für die Ausarbeitung einer Satzungsnovelle nahm. Konnte man in der ersten Nachkriegszeit aufgrund der äußeren Gegebenheiten nur einen minimalen Beitrag zur Hochschulreform leisten – zu sehr konzentrierte man sich auf die Allgemeinbildung und die Erziehung der Studenten, begann man im Analysezeitraum, den Moraw als „beginnende zweite Reformphase“ kategorisiert, am Diskurs um die Hochschulreform nicht nur zu partizipieren, sondern gestaltete ihn gar aktiv mit, indem der Senat 1966 beispielsweise den Fakultäten nahe legte ein Grundstudium zu institutionalisieren.¹⁹³⁸ Die Justus-Liebig-Universität erkannte die Chance und nutzte sie entsprechend: Besonders evident wird dies auf dem Sektor der Studienreform und hierbei anhand des Beispiels der Studienreform in der Medizinischen, forciert durch Uexküll, und Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, forciert durch Mallmann und Woll. Hier machte man sogar über die Grenzen Deutschlands hinaus von sich reden; hier wird der erfolgreiche Weg, den die hessische Universität zurücklegte am greifbarsten, gerät die drohende Schließung der Universität in den Nachkriegsjahren schnell in Vergessenheit.

Die vorliegende Untersuchung, die bewusst die Blickachse Bundesrepublik – Hessen – Gießen gewählt hat, zeigt aber auch verschiedene Forschungsdesiderate auf: Einer detaillierteren Untersuchung bedürfen die Rückwirkungen der hessischen Hochschulgesetzgebung auf die bundesrepublikanische Ebene. Welche Konsequenzen hatten die hessischen Erfahrungen für das spätere Hochschulrahmengesetz? Welche Ideen griff man auf? Welche wurden vor diesem Hintergrund verworfen oder überhaupt nicht in Erwägung gezogen? In eine ähnliche Richtung müsste auch ein eher entwicklungsgeschichtlich orientierter Ansatz zielen. Zu klären wären dabei die Fragen nach den Gemeinsamkeiten bzw. Unterschieden der Hochschulgesetze der letzten vier Dezennien. Eine Einordnung der Hochschulpolitik in die von Zinn insgesamt betriebene Politik müsste ebenfalls vorgenommen werden. Ein komparatistischer Ansatz zwischen den Hochschulgesetzen der einzelnen Bundesländer bzw. zwischen verschiedenen Universitäten bietet einen weiteren Forschungsansatz. Aufgrund der Relevanz, die verschiedenen Akteuren in unserem Forschungszusammenhang zukommt, wäre das notwendige Korrelat zu der vorliegenden Analyse eine auf einem biographischen Ansatz basierende Untersuchung.

¹⁹³⁸ Vgl. ebd. S. 250.

Ein kurzer Ausblick soll die Arbeit nun abrunden: Die Jahre nach 1972 können mit dem Bild eines zurückschlagenden Pendels beschrieben werden. Schon das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes wies in diese Richtung. Mit jenem wurden Regelungen für verfassungswidrig erklärt, die im Hinblick auf Forschungsfragen und Berufungen keine Majorität der Professoren vorsahen. Zudem wurde das Stimmrecht der sonstigen Mitarbeiter starken Beschränkungen unterworfen. Als Konsequenz wurde der 1972 angenommene Satzungsentwurf in Gießen, in dem die Gießener Bereitschaft zur Kooperation aller Gruppen signalisiert worden war, obsolet. Seither haben die immer detaillierteren Regelungen vonseiten des Landes größtenteils die Aufgaben einer Satzung übernommen.¹⁹³⁹

Dem Hessischen Universitätsgesetz war keine allzu große Kontinuität beschieden. So wurde es bereits 1974 erstmalig, und dann 1978 und 1985 novelliert. Auch das geplante gemeinsame Gremium der hessischen Hochschulen, das als Partner des Ministeriums agieren sollte, wurde nicht realisiert. Das Hochschulrahmengesetz von 1976 bildete schließlich den Endpunkt der Tendenz, die einstigen Reformen wieder zurückzunehmen. Obgleich der Einfluss der bewahrenden Tendenz also durchaus nicht vernachlässigt werden darf, bleibt dennoch zu konstatieren, dass der Analysezeitraum nicht allein aus Gießener, sondern aus universitätsgeschichtlicher Perspektive einen Wendepunkt repräsentiert: Die 1960er und 1970er Jahre erwiesen sich als prägend für die Institution Universität. In dieser Zeit wurde der Weg zur Universität, wie wir sie heute kennen, bereitet. Während dieses Jahrzehnts wurden Ideen und Reformansätze entwickelt, die zuvor nicht „sagbar“ waren, wurden die Grenzen des Sagbaren neu gesteckt, in neues Terrain vorgeschoben, an denen sich die nachfolgenden Generationen abzuarbeiten hatten. Die tradierte Ordinarienuniversität, geprägt von einem von den Ordinarien dominierten Senat und Fakultäten, wurde – trotz des durchaus auch erfolgreichen Widerstandes dieser universitären Gruppe – vom neuen Modell der Gruppenuniversität abgelöst. In dieser standen nun dem Präsidenten die vier Gruppen der Hochschullehrer, der Wissenschaftlichen Mitarbeiter, der Studenten und Nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter gegenüber. Wieder einmal hat die Institution Universität damit in ihrer Jahrtausende alten Tradition ihre Wandelbarkeit bzw. Anpassungsfähigkeit erfolgreich unter Beweis gestellt.

¹⁹³⁹ Vgl. ebd. S. 262.

Quellenverzeichnis

Ungedruckte Quellen

Hauptstaatsarchiv Hessen, Wiesbaden

Abteilung 502	Hessischer Ministerpräsident, Staatskanzlei
Abteilung 504	Hessisches Kultusministerium
Abteilung 1203	Nachlass Ruth Horn
Abteilung 1236	Friedrich Sperl
Abteilung Z 502	Kabinettsprotokolle

Universitätsarchiv Marburg, Marburg

Bestand 305 a	Rektor und Senat
---------------	------------------

Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Bestand	Nachlass Ernst Schütte
---------	------------------------

Universitätsarchiv Gießen, Gießen

UAG	Abteilung für Erziehung
UAG	Flugblattsammlung
UAG	Landwirtschaftliche Fakultät
UAG	Medizinische Fakultät
UAG	Naturwissenschaftliche Fakultät
UAG	Philosophische Fakultät
UAG	Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
UAG	Sammlung Brinkmann
UAG	Veterinärmedizinische Fakultät
UAG	Zentrale Verwaltung

Gedruckte Quellen

Drucksachen

Hessischer Landtag: Verhandlungen des Hessischen Landtags. Stenographische Berichte. 5. und 6. Wahlperiode (1965-1970).

Zeitschriften und Zeitungen (systematisch ausgewertet)

Deutsche Universitätszeitung (DUZ) 1964-1972

Frankfurter Allgemeine Zeitung 1964-1971

Frankfurter Rundschau 1964-1971

Gießener Allgemeine Zeitung 1966-1971

Gießener Anzeiger 1964-1971

Justus-Liebig-Universität. Mitteilungsblatt des Rektorats. 1968-1971

Gesetze und Verordnungen

Amtsblatt des Hessischen Kultusministers 17 (1964) - 24 (1971).

Vorlesungsverzeichnisse

Personen- und Vorlesungsverzeichnis der Justus-Liebig-Universität Gießen. Sommersemester 1961 – Sommersemester 1971.

Literaturverzeichnis

80 Jahre Deutsches Studentenwerk. Bonn 2002.

Adam, Heribert: Studentenschaft und Hochschule. Möglichkeiten und Grenzen studentischer Politik. Frankfurt am Main 1965 (= Frankfurter Beiträge zur Soziologie 17).

Aly, Götz: Unser Kampf. 1968 – ein irritierter Blick zurück. Frankfurt am Main 2008.
American Historical Review, Forum „The International 1968, Part I & Part II“, 114 (2009). S. 42-135, S. 329-404.

Amerikanische Universitäten und Deutsche Hochschulreform. Heidelberg 1967
(= Sonderdruck aus Jahrbuch für Amerikastudien XII (1967)).

Anger, Hans: Probleme der deutschen Universität. Bericht über eine Erhebung unter Professoren und Dozenten. Tübingen 1960.

Anrich, Ernst: Die Idee der deutschen Universität und die Reform der deutschen Universitäten. Darmstadt 1960.

Aschoff, Volker: Alma Mater Utopia. Reden und Briefe zur Hochschulreform. Ratingen 1967.

Ders.: Von der Freiheit der Wissenschaft und ihrer Gefährdung in unserer Zeit (= Ansprache des scheidenden Rektors am 12.11.1965). In: Aschoff, Volker: Alma Mater Utopia. Reden und Briefe zur Hochschulreform. Ratingen 1967. S. 34-38.

Bahrdt, H. P.: Soziologie der „Massenuniversität“. In: Universitätstage 1963. Universität und Universalität. Veröffentlichung der Freien Universität Berlin. Berlin 1963. S. 150-164.

Barthold, Werner: Die Hessische Hochschulgesetzgebung – Modell einer verfassungswidrigen und revolutionären Utopie und des marxistischen Staatsabsolutismus. München o. J.

Bartz, Olaf: Der Wissenschaftsrat. Entwicklungslinien der Wissenschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1957-2007. Stuttgart 2007.

Bauer, Franz: Geschichte des Deutschen Hochschulverbandes. München 2000.

Bauermeister, Wolf: Die Nichtordinarien. Untersuchung über Arbeitsbedingungen und Rechtsstellung der habilitierten Hochschullehrer ohne Lehrstuhl. Göttingen 1970 (= Schriften des Hochschulverbandes 23).

Baumgarten, Eduard: Zustand und Zukunft der deutschen Universität. Tübingen 1963.

Bauß, Gerhard: Die Studentenbewegung der sechziger Jahre in der Bundesrepublik und Westberlin. Handbuch. Köln 1977.

Becker, Thomas P.; Schröder, Ute (Hg.): Die Studentenproteste der 60er Jahre. Archivführer – Chronik – Bibliographie. Köln; Weimar; Wien 2000.

Beckmann, Hans-Karl; Bohnsack, Fritz; Rosen, Friedrich von; Rückriem, Georg M. (Hg.): Zur Reform des pädagogischen Studiums und der Lehrerbildung. Weinheim; Berlin; Basel 1968.

Berding, Helmut; Eiler, Klaus (Hg.): Hessen. 60 Jahre Demokratie. Wiesbaden 2006.

Berger, Joachim: Die Demokratisierung der Universitäten. In: Regensburger Universitätszeitung 5 (1969) Nr. 5. S. 4-6.

Berger, Rolf: Zur Stellung des Wissenschaftsrats bei der wissenschaftspolitischen Beratung zwischen Bund und Ländern. Baden-Baden 1974.

Bernhardt, Markus: Gießener Professoren zwischen Drittem Reich und Bundesrepublik. Ein Beitrag zur hessischen Hochschulgeschichte 1945-1957. Gießen 1990 (= Studia Gießensia 1).

Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 10. April 1968: Grundsätze für ein modernes Hochschulrecht und für die strukturelle Neuordnung des Hochschulwesens. In: Jacobsen, Hans-Adolf; Dollinger, Hans (Hg.) unter Mitwirkung von Bredow, Wilfried von: Die Deutschen Studenten. München 1968. S. 298-300.

Besson, Waldemar: Universitätsreform in der heutigen Zeit. Ein Vortrag. Hg. v. Senator für Wissenschaft und Kunst. Berlin 1967.

Bettermann, Karl August: Die Universität in der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. In: Universitätstage 1963. Universität und Universalität. Veröffentlichung der Freien Universität Berlin. Berlin 1963. S. 56-72.

Blasius, Wilhelm: Die Justus-Liebig-Universität Gießen. In: Kipphoff, Petra; Randow, Thomas von; Zimmer, Dieter E. (Hg.): Hochschulführer. Hamburg 1966 (= Die Zeit Bücher). S. 96-100.

Bochow, Michael; Joas, Hans: Der Lehrkörper der deutschen Hochschulen. In: Goldschmidt, Dietrich; Teichler, Ulrich; Webler, Wolff-Dietrich (Hg.): Forschungsgegenstand Hochschule. Überblick und Trendbericht. Frankfurt am Main; New York 1984 (= Campus Forschung 403). S. 81-105.

Boguslawski, Eduard von. In: Internationales Biographisches Archiv 18 (1965) vom 26. April 1965.

Boppel, Werner: Hochschulrecht und Hochschulverfassung im Wandel der Zeit. Material zur Diskussion der Hochschulreform. Bonn 1972 (= Materialien zur Tagungs- und Seminararbeit der Politischen Akademie Eichholz 22). S. 9-17.

Bothien, Horst-Pierre: Protest und Provokation, Bonner Studenten 1967/1968 (= Forum Geschichte 6). Essen 2007.

Brentano, Margherita von: Politikum wider Willen – Zur gegenwärtigen Lage der Universität. In: Leibfried, Stephan (Hg.): Wider die Untertanenfabrik. Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule. Köln 1967 (= Stimmen zur Zeit 6). S. 373-383.

Brezinka, Wolfgang: Krise und Erneuerung der deutschen Universitäten. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 6 (1968) Heft 21. S. 5-19.

Brinkmann, Heinrich: Gießener Studentenbewegung – die 68er Jahre in Gießen. In: George, Uta; Haug, Christine; Kah, Rainer (Hg.): Die andere Perspektive. Ein historischer Rückblick auf Gießen im 20. Jahrhundert. Gießen 1997. S. 219-229.

Ders.: Von Demos, Teach-ins, Kinderläden. Die Studentenbewegung der späten 60er und frühen 70er Jahre in Gießen. In: Spiegel der Forschung 24 (November 2007) Nr. 2. S. 63-71.

Burckhardt, Martin: 68. Die Geschichte einer Kulturrevolution. Berlin 2009.

Caplow; Theodore; Mc Gee, Reece J.: The Academic Marketplace. New Brunswick 2001.

Carl, Horst; Felschow, Eva-Marie; Reulecke, Jürgen; Roelcke, Volker; Sargk, Corina (Hg.): Panorama 400 Jahre Universität Gießen. Akteure – Schauplätze – Erinnerungskultur. Gießen 2007.

Clausen, Lars; Frese, Jürgen; Saß, Hans-Martin; Scharlau, Winfried; Schmidt, Siegfried J.; Wilhelmi, Hans-Herbert: Assistenten in einer neuen Universität. Denkschrift zur Stellung der Assistentenschaft in der Universität Bielefeld. Gütersloh 1968 (= Wissenschaftstheorie – Wissenschaftspolitik – Wissenschaftsgeschichte 9).

Colbe, W. Busse von: Mängel und Modelle des wirtschaftswissenschaftlichen Studiums. In: Schaller, Klaus (Hg.): Wissenschaft und Lehre. Hochschuldidaktische Vorschläge und Versuche. Heidelberg 1970. S. 110-125.

Dahrendorf, Ralf: Bildung ist Bürgerrecht. Ein Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik. Hamburg 1965.

Das Marburger „Manifest zur Politisierung und sogenannten Demokratisierung der Hochschulen der Länder der Bundesrepublik Deutschland“ vom April 1968. In: Jacobsen, Hans-Adolf; Dollinger, Hans (Hg.) unter Mitwirkung von Bredow, Wilfried von: Die Deutschen Studenten. Der Kampf um die Hochschulreform. Eine Bestandsaufnahme. München 1968. S. 202-204.

Das Hochschulwesen in der Bundesrepublik Deutschland. Probleme und Tendenzen. Hg. in Verbindung mit dem Deutschen Akademischen Austauschdienst. Bearbeitet im Sekretariat der Kultusministerkonferenz unter Mitwirkung des Sekretariats der Westdeutschen Rektorenkonferenz. Stand Juli 1965.

Davis, Belinda u. a. (Hg.): Changing the world, changing oneself. Political protest and collective identities in West Germany and the U.S. in the 1960s and 1970s. New York 2010 (= Protest, culture and society 3).

DeGroot, Gerard: The 60s unplugged. A kaleidoscopic history of a disorderly decade. London 2008.

Der Kölner Verwaltungsgerichtsentscheid vom 11. April 1968 über das politische Mandat der Bonner Studentenschaft (mit Auszug aus der Urteilsbegründung). In: Jacobsen, Hans-Adolf; Dollinger, Hans (Hg.) unter Mitwirkung von Bredow, Wilfried von: Die Deutschen Studenten. Der Kampf um die Hochschulreform. Eine Bestandsaufnahme. München 1968. S. 361-367.

Denninger, Erhard: Das Hochschulrahmengesetz – Kernstück einer Bildungsreform? Frankfurt am Main 1972.

Dichgans, Hans: Berufung auf Probe und weitere Vorschläge zur Struktur des Lehrkörpers. In: Mitteilungen des Hochschulverbandes XV (1967). S. 235-238.

Dienstbach, Ingo; Kübel, Klaus; Stieger, Hartmut: Skizzen zur neueren Entwicklung der Justus-Liebig-Universität (1968 bis zur Gegenwart). In: 375 Jahre Universität Gießen. 1607-1982. Geschichte und Gegenwart. Ausstellung im Oberhessischen Museum und Gail'sche Sammlungen 11. Mai bis 25. Juli 1982. Gießen 1982. S. 220-269.

Dirsch, Felix: Kulturrevolution oder Studentenbewegung? Ansätze zur Historisierung der Ereignisse von „1968“. In: Zeitschrift für Politik 55 (2008). S. 5-32.

Ders.: „1968“: Von der erlebten Zeitzeugenschaft zum Gegenstand der Historiographie? Eine Literaturschau in der Rückschau auf das Jubiläumsjahr 2008. In: Zeitschrift für Politik 56 (2009). S. 89-97.

Doering-Manteuffel, Anselm: Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert. Göttingen 1999.

Dohnanyi, Klaus von: Hochschulpolitik 1972 – Hochschule im gesellschaftlichen Konflikt. Bonn 1972.

Dokumente zur Hochschulreform 1945-1959. Bearbeitet von Rolf Neuhaus. Hg. v. der Westdeutschen Rektorenkonferenz. Wiesbaden 1961.

375 Jahre Universität Gießen. 1607-1982. Geschichte und Gegenwart. Ausstellung im Oberhessischen Museum und Gail'sche Sammlungen 11. Mai bis 25. Juli 1982. Gießen 1982.

375 Jahre Medizin in Gießen. Eine Bild- und Textdokumentation. Katalog zur Ausstellung anlässlich der 375-Jahrfeier im Institut für Anatomie und Zytobiologie vom 11.05.-30.06.1982. Gießen 1982.

Dubinsky, Karen u. a. (Hg.): New world coming. The sixties and the shaping of global consciousness. Toronto 2009.

Ebbinghaus, Angelika; Henninger, Max; Linden, Marcel van der (Hg.): 1968. Ein Blick auf die Protestbewegungen 40 Jahre danach aus globaler Perspektive. Leipzig 2009.

Eckart, Wolfgang U. (Hg.): Man, Medicine and the State. The Human Body as an Object of Government Sponsored Medical Research in the 20th Century. Stuttgart 2006.

Edding, Friedrich: Die Hochschulen im Wachsen der Wirtschaft. In: Universitätstage 1967. Universität und Demokratie. Veröffentlichung der Freien Universität Berlin. Berlin 1967. S. 80-94.

Eley, Geoff: Forging democracy. The history of the left in Europe. 1850-2000. Oxford 2002.

Ellwein, Thomas: Krisen und Reformen. Die Bundesrepublik seit den sechziger Jahren. München ²1993 (= Deutsche Geschichte der neuesten Zeit vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart).

Ders.: Die deutsche Universität. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Wiesbaden ²1997.

Empfehlungen, Entschlüsse und Nachrichten vom Präsidenten mitgeteilt. Hg. v. der Westdeutschen Rektorenkonferenz. Bonn – Bad Godesberg 1959-1965; 1967.

Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen. Hg. v. Wissenschaftsrat. Bonn 1966.

Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Struktur und Verwaltungsorganisation der Universitäten. Hg. v. Wissenschaftsrat. Bonn – Bad Godesberg 1968.

Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Struktur und zum Ausbau des Bildungswesens im Hochschulbereich nach 1970. Hg. v. Wissenschaftsrat. Bonn 1970.

Enke, Ulrike (Hg.): Die Medizinische Fakultät der Universität Gießen. Institutionen, Akteure und Ereignisse von der Gründung 1607 bis ins 20. Jahrhundert. Stuttgart 2007.

Erklärung des Verbandes Deutscher Studentenschaften zur Hochschulreform vom 24. Juni 1968. In: Jacobsen, Hans-Adolf; Dollinger, Hans (Hg.) unter Mitwirkung von Bredow, Wilfried von: Die Deutschen Studenten. Der Kampf um die Hochschulreform. Eine Bestandsaufnahme. München 1968. S. 288-291.

Erklärung zur Hochschulreform des Präsidiums des Hochschulverbandes vom 27. April 1968. In: Jacobsen, Hans-Adolf; Dollinger, Hans (Hg.) unter Mitwirkung von Bredow, Wilfried von: Die Deutschen Studenten. Der Kampf um die Hochschulreform. Eine Bestandsaufnahme. München 1968. S. 179-183.

Eschenburg, Theodor: Das „politische Mandat“ der Studentenschaften. In: Jacobsen, Hans-Adolf; Dollinger, Hans (Hg.) unter Mitwirkung von Bredow, Wilfried von: Die Deutschen Studenten. Der Kampf um die Hochschulreform. Eine Bestandsaufnahme. München 1968. S. 356-360.

Etzemüller, Thomas: 1968 – ein Riss in der Geschichte? Gesellschaftlicher Umbruch und 68er-Bewegungen in Westdeutschland und Schweden. Konstanz 2005.

Fandel, Günter; Dyckhoff, Harald; Reese, Joachim: Industrielle Produktionsentwicklung. Eine empirisch-deskriptive Analyse ausgewählter Branchen. Berlin; Heidelberg; New York u. a. ²1994.

Felschow, Eva-Marie; Lind, Carsten; Busse, Neill: Krieg – Krise – Konsolidierung. Die „zweite Gründung“ der Universität Gießen nach 1945. Hg. vom Präsidenten der Justus-Liebig-Universität Gießen. Gießen 2008.

Fischer Jürgen: Westdeutsche Rektorenkonferenz: Geschichte, Aufbau, Gliederung. Bad Godesberg ³1966.

Foucault, Michel: Archäologie des Wissens. Frankfurt am Main ⁸1997.

Fraenkel, Ernst: Universitas litterarum und pluralistische Demokratie. In: Universitätstage 1967. Universität und Demokratie. Veröffentlichung einer Vortragsreihe der Freien Universität Berlin am 19. und 20. Januar 1967. S. 5-19.

François, Etienne u. a. (Hg.): 1968 – ein europäisches Jahr? Leipzig 1997 (= Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung 6).

Frei, Norbert: 1968. Jugendrevolte und globaler Protest. ³München 2008.

Freiheit in Not. Universität heute – Chaos oder Reformmodell? Hg. v. Verein für Studentische und Hochschulfragen e.V. Bonn 1972.

Friedeburg, Ludwig von: Studienreform – Erwartungen und Möglichkeiten. Rede des hessischen Kultusministers Ludwig von Friedeburg bei der Jahresversammlung 1974 der Westdeutschen Rektorenkonferenz in Augsburg am 6. Mai 1974. Unkorrigierte Bandabschrift. O.O. 1974.

Ders.; Hörlemann, Jürgen; Hübner, Peter; Kadritzke, Ulf; Ritsert, Jürgen; Schumm, Wilhelm (Hg.): Freie Universität und politisches Potential der Studenten. Über die Entwicklung des Berliner Modells und den Anfang der Studentenbewegung in Deutschland. Neuwied; Berlin 1968.

Friedeburg, Ludwig von. In: Internationales Biographisches Archiv 12 (1999) vom 15. März 1999.

Fritzsche, Bence: Dreißig Jahre Hochschulverband. Reden und Referate zum 30jährigen Bestehen auf dem 30. Hochschulverbandstag vom 4. bis 6. März 1980 in Hannover. Bonn-Bad Godesberg 1980.

Gassert, Philipp: Ein Wendepunkt der Nachkriegszeit? „1968“ in der Jubiläumsliteratur zum Dreißigsten. In: Historische Mitteilungen 15 (2002). S. 286-296.

Ders.: Das kurze „1968“ zwischen Geschichtswissenschaft und Erinnerungskultur: Neuere Forschungen zur Protestgeschichte der 1960er-Jahre. In: H-Soz-u-Kult <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/2010-04-001>>. Aufgerufen am 30.04.2010.

Gehlen, Arnold: Zu den Problemen der Hochschulreform und der Unruhe unter den Studenten. In: Unternehmer und Bildung. Festschrift zum 60. Geburtstag von Ludwig Vaubel. Köln; Opladen 1968 (= Veröffentlichungen der Walter-Raymond-Stiftung 10). S. 27-36.

Gesetz zur Errichtung der Justus-Liebig-Hochschule. In: Justus-Liebig-Universität Gießen. Hg. vom Rektorat der Justus-Liebig-Universität zur Gründungsfeier 1967. Gießen 1967. S. 21.

Geulen, Reiner: Im Räderwerk – Zum akademischen Disziplinarrecht. In: Leibfried, Stephan (Hg.): Wider die Untertanenfabrik. Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule. Köln 1967 (= Stimmen zur Zeit 6). S. 194- 201.

Gilcher-Holtey, Ingrid (Hg.): 1968 – vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft. Göttingen 1998.

Goldschmidt, Dietrich; Teichler, Ulrich; Webler, Wolff-Dietrich (Hg.): Forschungsgegenstand Hochschule. Überblick und Trendbericht. Frankfurt am Main 1984 (= Campus Forschung 403).

Görtemaker, Manfred: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart. München 1999.

Ders.: Kleine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. München 2002.

Gräfin, Birte: Bildungspolitik in Bremen von 1945 bis zur Gründung der Universität 1971. Hamburg; Münster 2006.

Grass, Karl Martin: Idealtypischer Entwurf für eine neue Hochschule. In: Material zur Diskussion der Hochschulreform. Bonn 1972 (= Materialien zur Tagungs- und Seminararbeit der Politischen Akademie Eichholz 22). S. 51-60.

Greven, Michael Th.: Jubiläumsliteratur – „1968“ und die „68er“ als Erinnerungsort und aktuelle Projektionsfläche. In: Neue Politische Literatur 53 (2008). S. 195-204.

Gutachten zur Hochschulreform. Hg. v. Studienausschuß für Hochschulreform. Hamburg 1948.

Gutjahr-Löser, Peter: Die Reaktion der Professoren auf die studentische Protestbewegung. In: Material zur Diskussion der Hochschulreform. Bonn 1972 (= Materialien zur Tagungs- und Seminararbeit der Politischen Akademie Eichholz 22). S. 45-50.

Habermas, Jürgen: Universität in der Demokratie – Demokratisierung der Universität. In: Universitätstage 1967. Universität und Demokratie. Veröffentlichung einer Vortragsreihe der Freien Universität Berlin am 19. und 20. Januar 1967. Berlin 1967. S. 67-79.

Ders.: Vom sozialen Wandel akademischer Bildung. In: Leibfried, Stephan (Hg.): Wider die Untertanenfabrik. Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule. Köln 1967 (= Stimmen zur Zeit 6). S. 10-24.

Ders.: Zwangsjacke für die Studienreform – Die befristete Immatrikulation und der falsche Pragmatismus des Wissenschaftsrates. In: Leibfried, Stephan (Hg.): Wider die Untertanenfabrik. Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule. Köln 1967 (= Stimmen zur Zeit 6). S. 86-96.

Hamm-Brücher, Hildegard: Die Krise ist lösbar. In: Das Deutsche Bildungsmagazin 5 (1972) Nr. 11. S. XIV.

Hammerstein, Notker: Zur Geschichte der hessischen Hochschulen nach 1945. In: Berding, Helmut; Eiler, Klaus (Hg.): Hessen 60 Jahre Demokratie. Wiesbaden 2006. S. 325-344.

Hasemann, Karl-G.: Gedanken zur Universitätsreform. Bremen 1969 (= Schriftenreihe Pro Universitate Bremensi 6).

Haustein, Petra: Von der Jahrestagsprosa zur Analyse. Das Jahr 1968 im Spiegel der Forschung. In: Neue Politische Literatur 53 (2008). S. 401-429.

Hecken, Thomas: Gegenkultur und Avantgarde 1950-1970. Situationisten, Beatniks, 68er. Tübingen 2006.

Heimendahl, Eckhart (Hg.): Die Zukunft der Universität. Lehre und Forschung oder Forschung und Lehre und Verwaltung. München 1966.

Heinemann, Isabel; Wagner, Patrick (Hg.): Wissenschaft – Planung – Vertreibung. Neuordnungskonzepte und Umsiedlungspolitik im 20. Jahrhundert. Stuttgart 2006.

Hennis, Wilhelm: Haben wir einen Beruf zur Hochschulgesetzgebung? In: Loccumer Protokolle 8 (1968): Hochschulpolitik und Gesellschaftspolitik. Tagung vom 18. bis 21. März 1968. Loccum 1968. S. 17-35.

Ders.: Die deutsche Unruhe. Studien zur Hochschulpolitik. Hamburg 1969 (= Zeitfragen Nr. 6).

Hentig, Hartmut von: Schule ohne Abschluss – Universität ohne Anfang. Oder: Studieren als politischer Vorgang. In: Schulz, Gerhard (Hg.): Was wird aus der Universität? Standpunkte zur Hochschulreform. Tübingen 1969. S. 26-54.

Heppe, Hans von: Aufbau- und Organisationsfragen der Universität. In: Kolumbe, Erich; Bruhn, Wolfgang (Hg.): Gestalt und Wandlung der Universität. Hamburg 1963. S. 101-114.

Hess, Gerhard: Probleme der deutschen Hochschule und die Neugründungen. Konstanz 1966 (= Konstanzer Universitätsreden 1).

Hess, Gerhard; Dahrendorf, Ralf; Menke-Glückert, Peter; Ritter, Joachim: Strukturprobleme unserer wissenschaftlichen Hochschulen. Köln; Opladen 1965.

Hessisches Hochschulgesetz – kein Fortschritt. Die Hochschulen Hessens verurteilen in Erklärungen den Gesetzes-Entwurf – Vertrauen der Hochschulen in Kultusminister erschüttert – Autonomie der Hochschulen gefährdet. In: Hochschuldienst. Informationen aus dem wissenschaftlichen Leben XVIII (8. Juni 1965) Nr. 11.

Heuser, Wolfgang: 50 Jahre Hessische Rektoren-Konferenz. 21. April 1949 – 21. April 1999. Bonn 1999.

Hey, Bernd; Wittmütz, Volkmar (Hg.): 1968 und die Kirchen. Bielefeld 2008 (= Religion in der Geschichte 17).

Hodenberg, Christina von: Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945-1973. Göttingen 2006 (= Moderne Zeit 12).

Dies.; Siegfried, Detlef (Hg.): „Wo „1968“ liegt. Reform und Revolte in der Geschichte der Bundesrepublik. Göttingen 2006

Horn, Gerd-Rainer: The spirit of '68. Rebellion in Western Europe and North America. 1956-1976. Oxford 2007.

Hübner, Horst: Sozialdemokratische Hochschulpolitik, Ordinarienuniversität und Studentenbewegung 1960-1980. Eine politisch-soziologische Analyse sozialdemokratischer Hochschulreform in Nordrhein-Westfalen unter besonderer Berücksichtigung der Universität Münster. Münster 1982 (= Hochschulschriften: Abt. Soziologie).

Institutsreform. Modelle studentischer Mitbestimmung. Hg. v. Verband Deutscher Studentenschaften Köln 1969.

Jacobsen, Hans-Adolf; Dollinger, Hans (Hg.) unter Mitwirkung von Bredow, Wilfried von: Die Deutschen Studenten. Der Kampf um die Hochschulreform. Eine Bestandsaufnahme. München 1968.

Jacobshagen, Arnold; Leniger, Markus; Henn, Benedikt (Hg.): Rebellenische Musik. Gesellschaftlicher Protest und kultureller Wandel um 1968. Köln 2007 (= Musicolonia 1).

Jahresbericht 2002. Fachbereich Medizin der Justus-Liebig-Universität. Hg. v. Dekan des Fachbereichs Medizin der Justus-Liebig-Universität Gießen. Gießen 2002.

Jaraus, Konrad: Deutsche Studenten 1800-1970. Frankfurt am Main 1984 (= Neue historische Bibliothek).

Jaspers, Karl; Rossmann, Kurt: Die Idee der Universität. Für die gegenwärtige Situation entworfen von Karl Jaspers und Kurt Rossmann. Berlin; Göttingen; Heidelberg 1961.

Jaudas, Joachim: Stellungnahme zur Hochschul- und Studienreform. Studenten zur Hochschulreform. Hg. v. der Niedersächsischen Landeszentrale für Politische Bildung. Hannover 1968. S. 7-29.

Jochimsen, Reimut: Aufgaben der Universität heute und morgen. Festvortrag zur Eröffnung der Kieler Universitätstage am 20. Januar 1969. In: Christina Albertina 7 (1969). S. 15-25.

Juchler, Ingo: Die Studentenbewegungen in den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland der sechziger Jahre. Eine Untersuchung hinsichtlich ihrer Beeinflussung durch Befreiungsbewegungen und -theorien aus der Dritten Welt. Berlin 1996 (= Beiträge zur politischen Wissenschaft 88).

Jüchter, Heinz Theodor; Heinz, Wolfgang: Studienreform 1965. Die aktuelle Diskussion. Perspektiven. Bonn 1965 (= Schriften des Verbandes Deutscher Studentenschaften 4).

Kalischer, Wolfgang: Repräsentative Aspekte der Pläne und Vorschläge zur Hochschulreform in der BRD. In: Teichler, Ulrich; unter Mitarbeit von Opitz, Kurt (Hg.): Faktoren und Zielvorstellungen der Hochschulreform in der Bundesrepublik Deutschland. Bericht und Dokumentation über eine Tagung im Unesco-Institut für Pädagogik in Hamburg vom 9. bis 13. Juni 1969. Hamburg 1970. S. 46-59.

Karner, Stefan; Tomilina, Natalja u. a. (Hg.): Prager Frühling, Das internationale Krisenjahr 1968. Graz 2008 (= Kriegsfolgen-Forschung Sonderband 9).

Kermer, Wolfgang (Hg.): „1968“ und die Akademiereform. Von den Studentenunruhen zur Neuorganisation der Stuttgarter Akademie in den siebziger Jahren. Ostfildern; Ruit 1998.

Killy, Walther (Hg.): Deutsche Biographische Enzyklopädie. Band 1: Aachen-Boguslawski. München 1995 – Band 10: Thibaut – Zycha. München 1999.

Kleinschmidt, Christian: Der produktive Blick. Wahrnehmung amerikanischer und japanischer Management- und Produktionsmethoden durch deutsche Unternehmer 1950-1985. Berlin 2002.

Klimke, Martin: The other alliance. Student protest in West Germany and the United States in the global sixties. Princeton 2010 (= America in the world).

Kloss, Günther: Hochschulreform in der Bundesrepublik Deutschland. Die Last der Tradition. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 6 (1968) Nr. 21. S. 20-41.

Koenen, Gerd: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977. ²Köln 2001.

Kogon, Eugen: Rebellion und Reform an unseren Hochschulen. In: Frankfurter Hefte 24 (1969) Nr. 3. S. 151-158.

Konferenz „68“. Umbrüche in bildungsgeschichtlichen Perspektiven. Impulse und Folgen eines kulturellen Umbruchs in der Geschichte der Bundesrepublik. In: H-Soz-u-Kult. <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=10166>. Aufgerufen am 21.11.2009.

Kraft, Sandra: Vom Autoritätskonflikt zur Machtprobe. Die Studentenproteste der 60er Jahre als Herausforderung für das Establishment in Deutschland und den USA. Phil. Diss. Heidelberg 2008.

Kraushaar, Wolfgang: 1968. Das Jahr, das alles verändert hat. München; Zürich ²1998.

Ders.: (Hg.): Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Hamburg 1998.

Ders.: Der Zeitzeuge als Feind des Historikers? Ein Literaturbericht zur 68er Bewegung. Erw. Fassung der Beilage zu: Mittelweg 36 (1999) Nr. 8. S. 49-72.

Kreuznacher Hochschulkonzept. Reformziele der Bundesassistentenkonferenz. Beschlüsse der zweiten Vollversammlung in Bonn. 10. und 11.10.1968. Hg. v. Bundesassistentenkonferenz. Bonn ²1968.

Krockow, Christian Graf von: Der Dinosaurier will überleben. Reform oder Revolution an den Universitäten? In: Der Monat 20 (August 1968) Nr. 239. S. 39-46.

Kröger, Claus: Ausstellungs-Rezension zu: Die 68er. Kurzer Sommer – lange Wirkung 01.05.2008-02.11.2008. Historisches Museum Frankfurt am Main. In: H-Soz-u-Kult. <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/id=65&type=rez-ausstellungen>>. Aufgerufen am 04.08.2008.

Kromphardt, Karl: Um die innere Reform unserer Hochschulen und Universitäten. In: Der Convent 20 (1969) Nr. 3. S. 72-74.

Kurlansky, Mark; Fritz, Franca; Koop, Heinrich: 1968. Das Jahr, das die Welt veränderte. Köln 2005.

Laepple, Klaus: Die Akzente der Diskussion der Hochschulreform und ihre Ergebnisse seit 1968. In: Material zur Diskussion der Hochschulreform. Bonn 1972 (= Materialien zur Tagungs- und Seminararbeit der Politischen Akademie Eichholz 22). S. 32-35.

Landwehr, Achim: Geschichte des Sagbaren. Einführung in die Historische Diskursanalyse. Tübingen ²2004.

Langguth, Gerd (Hg.): Aspekte zur Reformpolitik. Beiträge engagierter Studenten. Mainz 1971.

Ders.: Heilswahrheit contra Wissenschaftsfreiheit. – Zur Funktion der Wissenschaft –. In: Langguth, Gerd (Hg.): Aspekte zur Reformpolitik. Beiträge engagierter Studenten. Mainz 1971. S. 67-83.

Lauermann, Manfred: Vierzig Jahre 1968: Ein Literaturüberblick. In: Berliner Debatte Initial 20 (2009). S. 111-149.

Leggewie, Claus: 1968 – Ein transatlantisches Ereignis und seine Folgen. In: Junker, Detlef u. a. (Hg.): Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges. Ein Handbuch. Bd. 2: 1968–1990. Stuttgart 2001. S. 632-643.

Leibfried, Stephan (Hg.): Wider die Untertanenfabrik. Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule. Köln 1967 (= Stimmen zur Zeit 6).

Ders.: Die angepasste Universität. Zur Situation in der Bundesrepublik und den USA. Frankfurt am Main ²1968 (= edition suhrkamp 265).

Ders.; Stephan; Preuß, Ulrich K.: Wissenschaft als gesellschaftliche Praxis im Interesse der Emanzipation – Thesen zum politischen Mandat der Studentenschaft. In: Leibfried, Stephan (Hg.): Wider die Untertanenfabrik. Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule. Köln 1967 (= Stimmen zur Zeit 6). S. 340-352.

Lemper, Lothar Theodor: Garantieren die neuen Hochschulgesetze die Funktion der Hochschulen? In: Material zur Diskussion der Hochschulreform. Bonn 1972 (= Materialien zur Tagungs- und Seminararbeit der Politischen Akademie Eichholz 22). S. 18-27.

Linke, Angelika; Scharloth, Joachim (Hg.): Der Züricher Sommer 1968. Zwischen Krawall, Utopie und Bürgersinn (= NZZ Libro). Zürich 2008.

Litten, Jens: Theoretische Überlegungen zu praktischen Konsequenzen der Hochschulreform. In: Studenten zur Hochschulreform. Hannover 1968. S. 57-88.

Löwenthal, Richard: Hochschule für die Demokratie. Grundlinien für eine sinnvolle Hochschulreform. Köln 1971.

Lucke, Albrecht von: 68 oder neues Biedermeier. Der Kampf um die Deutungsmacht. Berlin 2008.

Lübbe, Hermann: Der Mythos der kritischen Generation. Ein Rückblick. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 20 (1988). S. 17-25.

Lüst, Reimar: Die Hochschule heute. In: Scheibe, Erhard; Süßmann, Georg (Hg.): Einheit und Vielheit. Festschrift für Carl Friedrich v. Weizsäcker zum 60. Geburtstag. Göttingen 1973. S. 275-290.

Maier, Hans; Zöller, Michael (Hg.): Die andere Bildungskatastrophe. Hochschulgesetze statt Hochschulreform. Köln 1970.

Malinowski, Stephan; Sedlmaier, Alexander: „1968“ als Katalysator der Konsumgesellschaft. Performative Regelverstöße, kommerzielle Adaptionen und ihre gegenseitige Durchdringung. In: Geschichte und Gesellschaft 32 (2006). S. 238-267.

Mallmann, Walter. In: Schuder, Werner (Hg.): Kürschners deutscher Gelehrten-Kalender. Berlin 1966.

Mangoldt, Hans von: Universität und Staat. Zur Lage nach dem Hochschulrahmengesetz. Tübingen 1979.

Marwick, Arthur: The Sixties, Cultural revolution in Britain, France, Italy, and the United States, c.1958-c.1974. Oxford 1998.

Material zur Diskussion der Hochschulreform. Bonn 1972 (= Materialien zur Tagungs- und Seminararbeit der Politischen Akademie Eichholz 22).

Meschkat, Klaus: Auf Sand gebaut? – Gedanken zur neuen Universität. In: Leibfried, Stephan (Hg.): Wider die Untertanenfabrik. Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule. Köln 1967 (= Stimmen zur Zeit 6). S. 25-41.

Meyer, Joachim-Ernst: Öffentlichkeit – Mitbestimmung. Was bedeuten sie für die Hochschulreform? In: Georgia Augusta 11 (1969). S. 2-3.

Mikat, Paul; Schelsky, Helmut: Grundzüge einer neuen Universität. Zur Planung einer Hochschulgründung in Ostwestfalen. Gütersloh 1967 (= Wissenschaftstheorie – Wissenschaftspolitik – Wissenschaftsgeschichte 1).

Moraw, Peter: Kleine Geschichte der Universität Gießen. Gießen ²1990.

Mössbauer, Rudolf L.: Strukturprobleme der deutschen Universität. Bremen 1965.

Müller, Peter: Der Student und die Hochschule. In: Universitätstage 1963. Universität und Universalität. Veröffentlichung der Freien Universität Berlin. Universität und Universalität. Berlin 1963. S. 135-149.

Münch, Werner: Die Ergebnisse der studentischen Protestbewegung seit 1968. In: Material zur Diskussion der Hochschulreform. Bonn 1972 (= Materialien zur Tagungs- und Seminararbeit der Politischen Akademie Eichholz 22). S. 36-44.

Munzinger online. <http://www.munzinger.de>.

Nagel, Katja: Die Provinz in Bewegung. Studentenunruhen in Heidelberg 1967-1973 (= Buchreihe der Stadt Heidelberg 13).

Narr, Wolf Dieter: Die gegenwärtige Funktion des Assistenten und ihre Problematik dargestellt auf der Assistententagung der Evangelischen Akademie Loccum im Januar 1968. In: Jacobsen, Hans-Adolf; Dollinger, Hans (Hg.) unter Mitwirkung von Bredow, Wilfried von: Die Deutschen Studenten. Der Kampf um die Hochschulreform. Eine Bestandsaufnahme. München 1968. S. 226-240.

Ders.: Krise oder Ende der Universitätsreform? Fünf Minuten nach zwölf – Ein Appell zur radikalen Universitätsreform. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 23 (1969). S. 44-62.

Neue Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Konstanzer Blätter für Hochschulfragen Jahrgang VII (1969). Nr. 22. S. 18-24.

Neue Wege zur Hochschulreform: Differenzierte Gesamthochschule – Autonome Universität. Diskussionsleiter: Prof. Hellmut Becker; Referent: Ralf Dahrendorf. Hg. v. Bergedorfer Gesprächskreis zu Fragen der freien industriellen Gesellschaft. Hamburg; Berlin 1967.

Nevermann, Knut: Studienreform als politische Bildung. In: Leibfried, Stephan (Hg.): Wider die Untertanenfabrik. Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule. Köln 1967 (= Stimmen zur Zeit 6). S. 291-297.

Nipperdey, Thomas: Fünfzig Jahre Forschungsförderung in Deutschland. Ein Abriß der Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft. 1920-1970. Bonn-Bad Godesberg 1970.

Nitsch, Wolfgang: Hochschule. Soziologische Materialien. Heidelberg 1967 (= Pädagogische Forschungen; Veröffentlichungen des Comenius-Instituts; Reihe: Erziehungswissenschaftliche Studien 40).

Ders.: Vorlesungsrezensionen als Hochschulkritik. In: Leibfried, Stephan (Hg.): Wider die Untertanenfabrik. Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule. Köln 1967 (= Stimmen zur Zeit 6). S. 220-245.

Nolte, Ernst: Hochschulreform und Politik. In: Zeitschrift für Politik N.F. 15 (1968) Nr. 3. S. 281-294.

Nord, Ferdinand Ernst (Hg.): Robbins-Bericht. Essen 1964 (= Wissenschaft und Wirtschaft 14).

Nyssen, Friedhelm: Die gesellschaftspolitischen Implikationen der geplanten „Neuordnung des Studiums“. In: Leibfried, Stephan (Hg.): Wider die Untertanenfabrik. Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule. Köln 1967 (= Stimmen zur Zeit 6). S. 97-111.

Oehler, Christoph: Hochschulentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland seit 1945. Frankfurt; New York 1989 (= Campus Forschung; Band 357).

Offe, Claus: Historische Aspekte der Funktion und Struktur der deutschen Universität. Faktoren und Zielvorstellungen der Hochschulreform in der Bundesrepublik Deutschland. Bericht und Dokumentation über eine Tagung im Unesco-Institut für Pädagogik in Hamburg vom 9. bis 13. Juni 1969. Hamburg 1970. S. 20-31.

Paulus, Stefan: Vorbild USA? Amerikanisierung von Universität und Wissenschaft in Westdeutschland 1945-1976 (= Studien zur Zeitgeschichte 81). München 2010.

Peisert, Hansgert; Framheim, Gerhild: Das Hochschulsystem in der Bundesrepublik Deutschland. Funktionsweise und Leistungsfähigkeit. Stuttgart 1979.

Pia, Hans Werner: Zwölf Jahre Studienreform in Gießen. In: Deutsches Ärzteblatt – Ärztliche Mitteilungen 65 (1968) Nr. 48. S. 2784-2788.

Picht, Georg: Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation. Freiburg im Breisgau 1964.

Prince, Simon: Northern Ireland's '68. Civil rights, global revolt and the origins of the troubles. Dublin 2007.

Pross, Helge; Bötticher, Karl Gottlieb Wilhelm; Laubsch, Landolf: Professoren in der Provinz. Eine Erhebung an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Neuwied 1970.

Raiser, Ludwig: Deutsche Hochschulprobleme im Lichte amerikanischer Erfahrungen. Kiel 1966.

Reimann, Bruno W.: Hochschulreform – Illusion und Pleite? Bonn 1978.

Reinhardt, Rudolf: Autonomie, Selbstverwaltung, Staatsverwaltung in der Universität. Unter besonderer Berücksichtigung des Hessischen Hochschulgesetzes vom 16. Mai 1966 (HessHochschulG). In: Gerber, Hans u. a. (Hg.) Wissenschaftsrecht – Wissenschaftsverwaltung – Wissenschaftsförderung. Zeitschrift für Recht und Verwaltung der

wissenschaftlichen Hochschulen und der wissenschaftspflegenden und -fördernden Organisationen und Stiftungen 1 (1968). S. 6-27.

Ridder, Helmut; Ladeur, Karl-Heinz: Das sogenannte politische Mandat von Universität und Studentenschaft. Rechtsgutachten. Köln 1973.

Riese, Hajo: Hochschulreform und kein Ende. In: Gegenwartskunde. Zeitschrift für Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Bildung 17 (1968). S. 21-24.

Ritter, Gerhard: Die Krisis des deutschen Universitätswesens. Tübingen 1960.

Rodrain-Pfennig, Margit: 1968 zwischen Bildungskatastrophe und Bildungsreform oder von Picht zu Pisa. In: Schwab, Andreas; Schappach, Beate; Gogos, Manuel (Hg.): Die 68er. Kurzer Sommer – lange Wirkung. Frankfurt am Main 2008 (= Schriften des Historischen Museums Frankfurt am Main 27). S. 26-35.

Roegele, Otto B.: Die Studentenlawine rollt auf uns zu. In: Die Politische Meinung 13 (1968) Nr. 123. S. 25-36.

Röhrs, Hermann (Hg.) unter Mitarbeit von Hess, Gerhard: Tradition und Reform der Universität unter internationalem Aspekt. Ein interdisziplinärer Ansatz. Frankfurt am Main; Bern; New York; Paris 1987 (= Studien zur Erziehungswissenschaft 20).

Rohstock, Anne: Von der „Ordinarienuniversität“ zur „Revolutionszentrale“? Hochschulreform und Hochschulrevolte in Bayern und Hessen 1957-1976. Erscheint demnächst.

Rudolf, Hedwig; Husemann, Rudolf: Hochschulpolitik zwischen Expansion und Restriktion. Ein Vergleich der Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Frankfurt; New York 1984 (= Campus Forschung 389).

Rübner, Hartmut: Zähmende Historisierung oder fundamentale Destruktion. Was um 2008 zu „1968“ erschien. In: Birke, Peter; Hüttner, Bernd; Oy, Gottfried Oy (Hg.): Alte

Linke – Neue Linke? Die sozialen Kämpfe der 1968er Jahre in der Diskussion. Berlin 2009. S. 207-218.

Rüegg, Walter (Hg.): Geschichte der Universität in Europa. Band 3: Vom 19. Jahrhundert zum Zweiten Weltkrieg (1800-1945). München 2004.

Ders.: Die 68er Jahre und die Frankfurter Schule. Vortrag vom 31. Mai 2008 in Heidelberg. Heidelberg 2008.

Sargk, Corina: Studentische Protestformen. Vom Auszug der Studenten zum Sit-in, Go-in und Teach-in. In: Carl, Horst; Felschow, Eva-Marie; Reulecke, Jürgen; Roelcke, Volker; Sargk, Corina (Hg.): Panorama 400 Jahre Universität Gießen. Akteure – Schauplätze – Erinnerungskultur. Gießen 2007. S. 292-297.

Schabedoth, Hans-Joachim: Hochschulreform – eine verpasste Chance. Die politische Auseinandersetzung um die Hochschulreform – seit 1969. Voraussetzungen, Verlauf, Ergebnisse. Hagen 1982 (= Demokratischer Sozialismus in Theorie und Praxis).

Schaller, Klaus: Wissenschaft und Lehre. Hochschuldidaktische Vorschläge und Versuche. Heidelberg 1970.

Scheibe, Erhard; Süßmann, Georg (Hg.): Einheit und Vielheit. Festschrift für Carl Friedrich v. Weizsäcker zum 60. Geburtstag. Göttingen 1973.

Schelsky, Helmut: Abschied von der Hochschulpolitik oder Die Universität im Fadenkreuz des Versagens. Bielefeld 1969.

Ders.: Einsamkeit und Freiheit. Düsseldorf 1971.

Schildt, Axel; Siegfried, Detelf; Lammers, Karl Christian (Hg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften. Hamburg 2000.

Schildt, Axel; Siegfried, Detelf (Hg.): Between Marx and Coca-Cola. Youth cultures in changing European societies. 1960-1980. New York 2006.

Schlaeger, Hilke: Hochschulreform nach 1945. In: Kipphoff, Petra; Randow, Thomas von; Zimmer, Dieter E. (Hg.): Hochschulführer. Hamburg ³1966. S.49-58.

Schmidhäuser, Eberhard: Die Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden. Grundsätze einer neuen Hochschulordnung. In: Loccumer Protokolle 8 (1968): Hochschulpolitik und Gesellschaftspolitik. Tagung vom 18. bis 21. März 1968. Loccum 1968. S. 133-141.

Schmidt, Lothar; Thelen, Dieter: Hochschulreform. Gefahr im Verzuge? Mit einem Gesetzentwurf. Frankfurt 1969 (= Informationen zur Zeit).

Schmidtke, Michael: Der Aufbruch der jungen Intelligenz. Die 68er Jahre in der Bundesrepublik und den USA. Frankfurt am Main 2003 (= Campus historische Studien 34).

Schneider, Friedrich: Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates und die Probleme der Hochschulgesetzgebung. In: Loccumer Protokolle 8 (1968): Hochschulpolitik und Gesellschaftspolitik. Tagung vom 18. bis 21. März 1968. Loccum 1968. S. 36-51.

Schülein, Johann August: Monster oder Freiraum? Texte zum Problemfeld Universität. Gießen 1979.

Schulz, Manfred: Stätten der Lehrerbildung. Die „Hochschule für Erziehung (HfE) und die „Abteilung für Erziehungswissenschaften (AfE)“. In: Carl, Horst; Felschow, Eva-Marie; Reulecke, Jürgen; Roelcke, Volker; Sargk, Corina (Hg.): Panorama 400 Jahre Universität Gießen. Akteure – Schauplätze – Erinnerungskultur. Gießen 2007. S. 220-225.

Schulze, Winfried: Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft 1920-1995. Berlin 1995.

Schumm, Wilhelm: Kritik der Hochschulreform. Eine soziologische Studie zur hochschulpolitischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. München 1969.

Schütte für Fünftel-Beteiligung der Studenten. In: hochschul-dienst XXI. Nr. 3 vom 9. Februar 1968. S. 10.

Schwab, Andreas; Schappach, Beate; Gogos, Manuel (Hg.): Die 68er. Kurzer Sommer – lange Wirkung. Frankfurt am Main 2008 (= Schriften des Historischen Museums Frankfurt am Main 27). S. 26-35.

Schwan, Alexander; Sontheimer, Kurt (Hg.): Reform als Alternative. Hochschullehrer antworten auf die Herausforderung der Studenten. Köln und Opladen 1969.

Schweitzer, Walter; Friedrichs, Karl August (Hg.): Universität Passau. Gestern – heute – morgen. Festschrift für Karl-Heinz Pollock. Passau 1997.

Siegfried, Detlef: Forschungsbericht 1968. In: H-Soz-u-Kult. <hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/id=2327>. Aufgerufen am 27.04.2010.

Ders.: Sound der Revolte, Studien zur Kulturrevolution um 1968. Weinheim 2008 (= Materialien zur historischen Jugendforschung).

Ders.: Furor und Wissenschaft. Vierzig Jahre nach „1968“. In: Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History 5 (2008). S. 130-141.

Simon, Uwe-Rainer: Vorstellungen zur Hochschul- und Studienreform. In: Studenten zur Hochschulreform. Hannover 1968. S. 35-55.

Slobodian, Quinn: Radical Empathy. The Third World and the New Left in 1960s West Germany. Phil. Diss. New York 2008.

Söllner, Alfons: „1968“ – Eine Nachlese. In: Mittelweg 36 (2008). S. 33-59.

Spiegel, Heinz-Rudi: Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft 1949-1998. In: Dahlemer Archivgespräche 5 (1999). S. 155-166.

Spix, Boris: Abschied vom Elfenbeinturm? Politisches Verhalten Studierender 1957-1967. Berlin und Nordrhein-Westfalen im Vergleich. Diss. masch. Universität Siegen 2007.

Steiger, Heinhard: Das „Gießener Modell“ – Was es war und was daraus wurde. In: Gropp, Walter; Lipp, Martin; Steiger, Heinhard: Rechtswissenschaft im Wandel. Festschrift des Fachbereichs Rechtswissenschaft zum 400jährigen Gründungsjubiläum der Justus-Liebig-Universität Gießen. Tübingen 2007. S. 65-85.

Steinacker, Sven: Es bewegt sich was – Die sechziger und siebziger Jahre als Wendezeit in Westdeutschland. In: Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau 31 (2008) Nr. 2. S. 5-21.

Stoltenberg, Gerhard: Hochschule – Wissenschaft – Politik. Zwölf Beiträge. Frankfurt am Main; Berlin 1968.

Ders.: Die Stellung des Hochschullehrers in der Gesellschaft. Rede des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung anlässlich des 18. Hochschulverbandstages in Düsseldorf am 6. Juli 1968. In: Jacobsen, Hans-Adolf; Dollinger, Hans (Hg.) unter Mitwirkung von Bredow, Wilfried von: Die Deutschen Studenten. Der Kampf um die Hochschulreform. S. 170-179.

Strauch, Hans-Joachim: Mallmann, Walter. Nachruf. Neue Juristische Wochenschrift 1983. S. 1532f.

Studenten zur Hochschulreform. Hg. v. der Niedersächsischen Landeszentrale für Politische Bildung. Hannover 1968.

Suri, Jeremi: Power and protest. Global revolution and the rise of détente. Cambridge, Mass. 2003.

Symposium „Anspruch – Realität – Perspektiven. Die Hochschulreform der 70er Jahre im Licht der politischen Situation von heute am 22. Oktober 1992 in Siegen (= Podium; Siegener Universitätsreden).

Tagungsbericht 1968 – Ein Blick auf die Protestbewegungen 40 Jahre danach aus globaler Perspektive / 1968 – A view of the protest movements 40 years after, from a global perspective. Linz 11.09.2008-13.09.2008. In: H-Soz-u-Kult. <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=2393>>. Aufgerufen am 29.11.2008.

Teichler, Ulrich; unter Mitarbeit von Opitz, Kurt (Hg.): Faktoren und Zielvorstellungen der Hochschulreform in der Bundesrepublik Deutschland. Bericht und Dokumentation über eine Tagung im Unesco-Institut für Pädagogik in Hamburg vom 9. bis 13. Juni 1969. Hamburg 1970.

Ders.: Die Universität vor den Anforderungen der modernen Arbeitswelt. In: Röhrs, Hermann (Hg.) unter Mitarbeit von Hess, Gerhard: Tradition und Reform der Universität unter internationalem Aspekt. Ein interdisziplinärer Ansatz. Frankfurt am Main u. a. 1987. S. 313-328.

Tellenbach, Gerd (Hg.): Probleme der Deutschen Hochschulen. Die Empfehlungen der Hinterzartener Arbeitstagungen im August 1952. Göttingen 1953 (= Schriften des Hochschulverbandes 3).

Ders.: Studien- und Prüfungsordnungen im Zusammenhang mit der Hochschulreform. (= Referat auf der Tagung der westdeutschen Kultusminister und Hochschulrektoren am 26./27. Oktober 1960 in Marburg). In: Mielitz, Reinhard (Hg.): Gerd Tellenbach. Der sibyllinische Preis. Schriften und Reden zur Hochschulpolitik 1946-1963. Freiburg 1963. S. 229-238.

Ders.: Möglichkeiten der Rationalisierung und Verkürzung des Studiums in der Philosophischen Fakultät. In: Mielitz, Reinhard (Hg.): Gerd Tellenbach. Der sibyllinische Preis. Schriften und Reden zur Hochschulpolitik 1946-1963. Freiburg 1963. S. 259-264.

Teppe, Karl (Hg.): Der gesellschaftsgeschichtliche Ort der „68er“-Bewegung. Münster 1998 (= Westfälische Forschungen. Zeitschrift des Westfälischen Instituts für Regionalgeschichte des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe 48 (1998)).

Thema: Universitätsreform. Wünsche – Pläne – Ziele. In: 150 Jahre Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität. Bonn 1968 (= Bonner Universitätsblätter 1968). S. 89-100.

Thesen zur Hochschulorganisation und für die strukturelle Neugliederung des Lehrkörpers, vorgelegt von der Bundesassistentenkonferenz in ihrem „Kreuznacher Hochschulkonzept“. In: Jacobsen, Hans-Adolf; Dollinger, Hans (Hg.) unter Mitwirkung von Bredow, Wilfried von: Die Deutschen Studenten. Der Kampf um die Hochschulreform. Eine Bestandsaufnahme. München 1968. S. 241-243.

Thieme, Werner: Hochschullehrer und Hochschulreform. In: Mitteilungen des Hochschulverbandes XVI (1968) Nr. 2. S. 53-57.

Tolomelli, Marica: „Repressiv getrennt“ oder „organisch verbündet“. Studenten und Arbeiter 1968 in der Bundesrepublik Deutschland und in Italien. Opladen 2001 (= Forschung Politikwissenschaft Bd. 113).

Uexküll., Thure von: Studienreform und Fakultätsreform. In: Ärztliche Mitteilungen. Deutsches Ärzteblatt. 46 (1961) Nr. 38. S. 2127-2131.

„...und siehe es fand sich ein Kultusminister“. In: Hessische Lehrzeitung 22 (November 1969) Nr. 11. S. 1ff.

Universitätstage 1967. Universität und Demokratie. Veröffentlichung einer Vortragsreihe der Freien Universität Berlin am 19. und 20. Januar 1967. Berlin 1967.

Ders.: „Reformieren aber nichts ändern“. VDS-Stellungnahme zum Westdeutschen Rektorenkonferenz-Beschluss über die Drittelparität. In: Hochschuldienst XXI (1968) Nr. 19. S. 13.

Vogel, Bernhard: Die Hochschulpolitik zwischen den Anforderungen der Forschung und der Lehre. In: Loccumer Protokolle 8 (1968): Hochschulpolitik und Gesellschaftspolitik. Tagung vom 18. bis 21. März 1968. Loccum 1968. S. 1-16.

Ders.: Universität heute – Chaos oder Reformmodell? In: Freiheit in Not. Universität heute – Chaos oder Reformmodell? Hg. v. Verein für Studentische und Hochschulfragen. Bonn 1972. S. 1-6.

Vossler, Otto: Gedanken über die Universität. Vorgetragen am 28. November 1968 in einer öffentlichen Sitzung derselben Gesellschaft. Wiesbaden 1969 (= Sitzungsberichte der Wissenschaftlichen Gesellschaft an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main: Sitzungsberichte 7 (1968) Nr. 2). S. 5-24.

Weber, Wolfgang: Die „Kulturrevolution“ 1968. In: Volker Dotterweich (Hg.): Kontroversen der Zeitgeschichte. Historisch-politische Themen im Meinungsstreit. München 1998. S. 207-228.

Weber, Wolfgang; Kabs, Rüdiger: Einführung in die Betriebswirtschaftslehre. Wiesbaden ⁶2006.

Webler, Wolff-Dietrich: Geschichte der Hochschule seit 1945. In: Ausbildung und Sozialisation in der Hochschule. Stuttgart 1983 (= Lenzen, Dieter (Hg.): Enzyklopädie der Erziehungswissenschaft. Handbuch und Lexikon der Erziehung in 11 Bänden und einem Register-Band. Band 10). S. 169-192.

Ders.: Forschung zu Hochschulpolitik und -planung des Staates, der Verbände und sozialer Bewegungen. In: Goldschmidt, Dietrich; Teichler, Ulrich; Webler, Wolff-Dietrich (Hg.): Forschungsgegenstand Hochschule. Überblick und Trendbericht. Frankfurt am Main; New York 1984 (= Campus Forschung 403). S. 233-274.

Werner, E.; Zieris, E.; Lipp, W.: Student und Studium in Bochum. Zur Soziologie der Gründungssemester an der Ruhr-Universität. Mit einem Vorwort von Prof. Dr. J. C. Papalekas. Stuttgart 1970.

N.W.: Die Jahre 1946-1957. In: 375 Jahre Universität Gießen. 1607-1982. Geschichte und Gegenwart. Ausstellung im Oberhessischen Museum und Gail'sche Sammlungen 11. Mai bis 25. Juli 1982. Gießen 1982. S. 214-217.

N. W.: Die Justus-Liebig-Universität 1957-1968. In: 375 Jahre Universität Gießen. 1607-1982. Geschichte und Gegenwart. Ausstellung im Oberhessischen Museum und Gail'sche Sammlungen 11. Mai bis 25. Juli 1982. Gießen 1982. S. 217-219.

Wolbring, Barbara; Franzmann, Andreas (Hg.): Zwischen Idee und Zweckorientierung. Vorbilder und Motive von Hochschulreformen seit 1945. Berlin 2007 (= Wissenskultur und gesellschaftlicher Wandel 21).

Wolff, Christian: Die stille Gegenreform. Zur Reform des Prüfungswesens. In: Ruperto Carola 24 (1972) Nr. 50. S. 42-59.

Zierold, Kurt: Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar. Wiesbaden 1968.

Zimmermann, Michael (Hg.): Zwischen Erziehung und Vernichtung. Zigeunerpolitik und Zigeunerforschung im Europa des 20. Jahrhunderts. Stuttgart 2007.

Zoller, Peter (Hg.): Aktiver Streik. Dokumentation zu einem Jahr Hochschulpolitik am Beispiel der Universität Frankfurt am Main. O. O. und o. J.

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
Abt.	Abteilung
AfE	Abteilung für Erziehungswissenschaften
AHH	Aktionsgemeinschaft Hessischer Hochschullehrer
a. o.	außerordentlich
AStA	Allgemeiner Studenten Ausschuss
BAK	Bundesassistentenkonferenz
Bd.	Band
BGBI	Bundesgesetzblatt
BHE	Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
BRD	Bundesrepublik Deutschland
CDU	Christlich Demokratische Union
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DRiG	Deutsches Richtergesetz
DSU	Deutsche Studenten Union
Ebd.	Ebenda
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP	Drei Demokratische Partei
GEW	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
GVBl	Gesetz- und Verordnungsblatt
HfE	Hochschule für Erziehung
HHG	Hessisches Hochschulgesetz
HHStA	Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden
HIS	Hochschul-Informationssystem
HUG	Hessisches Universitätsgesetz
JLU	Justus-Liebig-Universität
LAK	Landesassistentenkonferenz
LSD	Liberaler Studentenbund Deutschlands
LuST	Ausschuß für Lehr- und Studienangelegenheiten
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands

Nr.	Nummer
NS	Nationalsozialismus
ÖTV	Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
RE	Referentenentwurf
SDS	Sozialistisch Deutscher Studentenbund
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Sommersemester
UAG	Universitätsarchiv Gießen
VDS	Verband Deutscher Studenten
Vgl.	Vergleiche
VWL	Volkswirtschaftslehre
WRK	Westdeutsche Rektorenkonferenz
WS	Wintersemester

„Ich erkläre: Ich habe die vorgelegte Dissertation selbständig und nur mit den Hilfen angefertigt, die ich in der Dissertation angegeben habe. Alle Textstellen, die wörtlich oder sinngemäß aus veröffentlichten oder nicht veröffentlichten Schriften entnommen sind, und alle Angaben, die auf mündlichen Auskünften beruhen, sind als solche kenntlich gemacht.“

Dekan: Prof. Dr. Peter von Möllendorff

1. Berichterstatter: Prof. Dr. Horst Carl
2. Berichterstatter: Prof. Dr. Winfried Speitkamp

Tag der Disputation: